Bundesministerium für
Wirtschaft, Familie und Jugend

6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich

Jugend aus Sicht der

- Wissenschaft (Teil A)
- Jugendarbeit (Teil B)

www.bmwfj.gv.at

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
Sektion Familie und Jugend, Abteilung II/5
Franz-Josefs-Kai 51, 1010 Wien

Projektleitung: Marina Hahn-Bleibtreu

Redaktion: Sachverständigenkommission zum 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich

Layout: Claudia Goll, BMWFJ

Titelbild: Colourbox.com

Druck: Offset 3000 | 7035 Steinbrunn

Wien, 2011

Sechster Bericht zur Lage der Jugend in Österreich

Jugend aus Sicht der Wissenschaft (Teil A)
Jugendarbeit (Teil B)

Inhalt

Einleitung und Zusammenfassung 1
Eva Dreher | Sabine Liebentritt

Teil A: Junge Menschen in Österreich – Jugend aus wissenschaftlicher Sicht 2

Teil B: Jugendarbeit in Österreich – Leistungen und Angebote 14

TEIL A: JUNGE MENSCHEN IN ÖSTERREICH – JUGEND AUS WISSENSCHAFTLICHER SICHT 25

Kapitel 1: Jugendbegriff in Forschung und Praxis 27

1.1 Soziologischer Jugendbegriff – Was ist Jugend? 27
Rudolf Richter

1.2 Jugend aus entwicklungspsychologischer Perspektive 33
Eva Dreher

1.3 Jugend aus pädagogischer Sicht 39
Stephan Sting

1.4 Jugendbegriff in der Jugendarbeit: Der junge Mensch als Mensch 43
Lajali Abuzahra

1.5 Überlegungen zum juristischen Jugendbegriff 45
Alois Birklbauer

Kapitel 2: Eine entwicklungspsychologische Perspektive 49

2.1 Das Jugendalter – Lebensabschnitt und Entwicklungsphase 49
Eva Dreher | Ulrike Sirsch | Sabine Strobl | Sigrid Muck

Kapitel 3: Jugend – Bildung – Arbeit 83

3.1 Der demographische Wandel und seine Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme und die Generationenbeziehungen 83
Gudrun Biffl

3.2 Bildungspartizipation – Bildungswege und Bildungswahl 97
Peter Schlögl

3.3 Bildungsferne Jugendliche 119
Karl Niederberger

3.4 Arbeitsmarktbedingungen und Beschäftigung 133
Lorenz Lassnigg

3.5 Warum und in welchem Ausmaß verschulden sich Jugendliche? 155
Heinz Schoibl

3.6 Einkommen, Armut und Lebensbedingungen von Jugendlichen in Österreich 167
Matthias Till

Kapitel 4: Interessen – Werte – Beziehungen 183

4.1 Die Wertewelt junger Menschen in Österreich 183
Ingrid Kromer

4.2 Familie, Freunde/innen, Szene: Beziehungskulturen im jugendlichen Alltag 199
Beate Großegger

4.3 Jugendliche Freizeitkulturen in der Risikogesellschaft 229
Bernhard Heinzlmaier

4.4 Aktive Bürger/innenschaft – Politische Partizipation von Jugendlichen in Österreich 255
Eva Zeglovits | Steve Schwarzer

Kapitel 5: Gesundheit – riskantes Verhalten – Delinquenz 275

5.1 Die Gesundheit der Jugend in Österreich als Grundlage für politische Maßnahmen 275
Wolfgang Dür | Robert Griebler | Markus Hojni

5.2 Jugend und Sexualität 295
Barbara Neudecker | Karlheinz Valtl

5.3 Sucht 309
Stephan Sting

5.4 Präventionsforschung 323
Franz Gschwandtner | Richard Paulik | Seifried Seyer | Rainer Schmidbauer

5.5 Konflikt, Eskalation, Gewalt 339
Ingo Bieringer

5.6 Zählen und Verstehen: Jugenddelinquenz, erfahrungswissenschaftlich betrachtet 353
Walter Fuchs | Brita Krucsay

TEIL B: JUGENDARBEIT IN ÖSTERREICH – LEISTUNGEN UND ANGEBOTE 377

Kapitel 1: Strukturen der Jugendarbeit in Österreich 379

1.1 Die außerschulische Jugendarbeit 379
Eva Häfele

1.2 Der Weg zu empirischen Portraits der Offenen und der Verbandlichen Jugendarbeit in Österreich: Sichtbare Partizipation und mehr 409
Arno Heimgartner

Kapitel 2: Jugendarbeit – Zugänge und Methoden 429

2.1 Freizeit in der Jugendarbeit 429
Eva Häfele

2.2 Erlebnispädagogik und Jugendarbeit 437
Martina Gasser | Werner Ebner | Jürgen Einwanger

2.3 Sexuelle Bildung in der Jugendarbeit 451
Carola Koppermann

2.4 Sport und Jugendarbeit 459
Helmut Baudis

2.5 Kultur in der Jugendarbeit 469
Eva Häfele

2.6 Praxisbericht „gegen Rechtsextremismus" 477
Christa Bauer | Willi Mernyi

Kapitel 3: Information – Bildung – Arbeit 485

3.1 Informationskompetenz 485
Alexandra Cangelosi

3.2 Bildung und Ausbildung im Kontext von Jugendarbeit 503
Richard Krisch

3.3 Bildung und Berufsorientierung in Kinder- und Jugendorganisationen 517
Benedikt Walzel

3.4 Niederschwelliger jugendgerechter Zugang zur beruflichen Qualifizierung 525
Martin Hagen

3.5 Lebensphase Jugend und Anforderungen an die Jugendarbeit 537
Heinz Schoibl

Kapitel 4: Jugendarbeit und Jugendwohlfahrt 555

4.1 Jugendwohlfahrt in Österreich 555
Josef Scheipl

4.2 Schnittflächen von Jugendwohlfahrt und Jugendarbeit 577
Josef Scheipl

Schlussfolgerungen der Sachverständigenkommission 589

Jugendpolitische Empfehlungen und Maßnahmen 589

Autorinnen und Autoren 615

Einleitung und Zusammenfassung

Eva Dreher
Sabine Liebentritt

Im sechsten österreichischen Jugendbericht wird eine umfassende Perspektive auf Prozesse und Anforderungen des Aufwachsens in der österreichischen Gesellschaft entworfen. Jugendpolitik wird dabei als Querschnittsmaterie erkennbar: Überall dort, wo sich Jugendliche aufhalten, wo sie zentrale Lebenserfahrungen machen, gilt es, entwicklungsförderliche Rahmenbedingungen für alle Jugendlichen herzustellen und Ressourcen und Kompetenzen situationsangemessen und lebenslagenspezifisch zu fördern. Dies betrifft im engen Sinn die Bereiche Jugendarbeit, Jugendförderung und Jugendwohlfahrt. Dies betrifft aber darüber hinaus auch z.B. die Familien-, Bildungs- und Arbeitsmarkpolitik, die Gesundheits- und Kriminalpolitik und gesellschaftspolitische Aktivitäten in den Bereichen Konsum, Freizeit und Medien.

Zu den unterschiedlichen, für das Aufwachsen und die Lebenssituation von Jugendlichen relevanten Themenbereichen haben Experten und Expertinnen aus Wissenschaft und Praxis in Österreich vorhandene Daten und Erkenntnisse zusammengetragen, um den Grundstein für die Entwicklung einer wissensbasierten Jugendpolitik zu legen. Die vorliegende Zusammenstellung von Expertisen zu Einzelthemen versucht, das vorhandene Wissen zu sammeln, zu systematisieren und in ein mosaikartiges Gesamtbild zu integrieren.

Erstmals in der österreichischen Jugendberichterstattung, zeichnet eine unabhängige Sachverständigenkommission für die Auswahl der Themenbereiche und der Expertisen verantwortlich.

Die Mitglieder der Sachverständigenkommission sind:

- Lajali Abuzahra (Muslimische Jugend Österreich)
- Univ.-Prof. Dr. Johann Bacher (Johannes-Keppler-Universität Linz)
- Franz Bair (ehemals Landesjugendreferat Niederösterreich)
- Univ.-Prof. Dr. Eva Dreher (Ludwig-Maximilians-Universität München)
- Mag. Sabine Liebentritt (bOJA – Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit, Wien)
- Univ.-Prof. Dr. Stephan Sting (Alpen-Adria-Universität Klagenfurt)
- Mag. Christian Theiss (selbständig, ehemaliger Kinder- und Jugendanwalt der Steiermark)

Teil A: Junge Menschen in Österreich – Jugend aus wissenschaftlicher Sicht

1. Jugendbegriff in Forschung und Praxis

Die Diskussion um Theorie und Praxis der Erforschung und Förderung von Bedingungen und Realisationsmöglichkeiten des Erwachsenwerdens erfordert zunächst Überlegungen, anhand welcher Merkmale ‚Jugend' charakterisiert werden kann, welche Züge über Generationen hinweg Gültigkeit haben, welche in einer von Wandel gekennzeichneten Gesellschaft obsolet erscheinen. Das Verständnis von ‚Jugend' unterliegt nicht nur der Zeitgeschichte, sondern spiegelt ebenso Erkenntnisinteressen verschiedener Disziplinen wider, die sich mit Phänomenen der ‚Jugendphase' unter grundlagen- und anwendungsorientierten Zielen auseinandersetzen. In einer Expertise zum Jugendbegriff in Forschung und Praxis wird dem multidisziplinären Fundament des Jugendberichts Rechnung getragen. Experten und Expertinnen aus den Bereichen Soziologie (Rudolf Richter), Entwicklungspsychologie (Eva Dreher), Pädagogik (Stephan Sting), Jugendarbeit (Lajali Abuzahra) und Jugendrecht (Alois Birklbauer) zeigen jeweils auf, welche Zugänge zum Thema ‚Jugend' die verschiedenen Fachrichtungen bieten.

2. Jugendalter: Lebensabschnitt und Entwicklungsphasen

Die Tatsache, dass jede/r Erwachsene selbst einmal das Jugendalter als Lebensphase und Entwicklungsetappe durchschritten hat, mag das persönliche Expertentum in der Beurteilung spezieller ‚Jugendphänomene' begründen. Die Bandbreite positiver wie negativer Erinnerungen, die mit individuellen Erlebnissen, Herausforderungen und Erfahrungen der eigenen Jugendzeit verknüpft sind, finden sich oft in Urteilen über ‚Jugend' wieder, die zwar authentisch sind, gleichzeitig aber als Grundlage für ein umfassendes Verständnis dieser Entwicklungsphase kaum hinreichende Gültigkeit haben.

Die Expertise von Eva Dreher (Ludwig-Maximilians-Universität München), Ulrike Sirsch, Sabine Strobl (Universität Wien) und Sigrid Muck (Therapieambulatorium Mistelbach) zum Lebensabschnitt Jugendalter stellt entwicklungstheoretische Konzepte in den Mittelpunkt, die den Übergang von der Kindheit ins Erwachsenenleben auf der Basis individueller und gesellschaftlicher Systemzusammenhänge erklären, gleichzeitig aber auch der Eigengesetzlichkeit biopsychosozialer Veränderungen und der Vielfalt individueller Entwicklungspfade Rechnung tragen. Als derzeit zentrales theoretisches Paradigma gilt die aktive Mitwirkung der Person an der Gestaltung von Bedingungen und Prozessen ihrer Entwicklung. Die internationale entwicklungsorientierte Jugendforschung betont in diesem Zusammenhang die Relevanz der Förderung von Kompetenzen der Selbstregulation.

Der Beitrag fokussiert auf ‚normale' Entwicklungsvorgänge zwischen Pubertät und frühem Erwachsenenalter. Diese Sicht schließt Probleme und Schwierigkeiten im Lebensalltag der Heranwachsenden zwar nicht aus, akzentuiert jedoch, dass die Lebensphase des Jugendalters keineswegs generell als ‚Krisenzeit' gelten kann. Im Rekurs auf das Konzept der Entwicklungsaufgaben zeigt sich, dass die Mehrzahl der Heranwachsenden der Aus-

einandersetzung mit alterstypischen Anforderungen hohes Interesse entgegenbringt. Unter gesellschaftspolitischen und zukunftsgerichteten Zielen ist gerade dieses Faktum ein relevanter Ausgangspunkt für differenzierte Fragen nach Voraussetzungen und Bedingungen, die Unterschiede bezüglich fördernder oder hemmender Entwicklungsmöglichkeiten erzeugen. Mit dieser Perspektive eröffnet der Beitrag das interdisziplinäre Spektrum der nachfolgenden Thematiken, zu denen die Autoren und Autorinnen im Zuge ihrer Expertisen jeweilige Antworten bieten und neue Aufgaben für Forschung und Praxis formulieren.

3. Jugend – Bildung – Arbeit

Der Themenblock Jugend – Bildung – Arbeit befasst sich mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die in hohem Maße Einfluss auf die Lebenschancen von Jugendlichen nehmen. Fakten zum demographischen Wandel werfen zum einen Fragen zum Verhältnis der Generationen und zu sozialen Sicherungssystemen auf, zum anderen werden gesellschaftliche Interessenverschiebungen deutlich, die prinzipielle Möglichkeiten und Ziele von Bildung und Teilhabe am Erwerbsleben tangieren. Für die heranwachsende Generation – differenziert nach Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund und regionaler Zugehörigkeit – lassen sich Maßnahmen einer zukunftsgerichteten Jugendpolitik ableiten.

Der demographische Wandel und seine Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme und die Generationenbeziehungen

Der Beitrag von Gudrun Biffl (Wifo, Wien; Donau-Universität, Krems) verdeutlicht den demographischen Wandel unter Bezug auf Veränderungen der Altersstruktur und bundesländerspezifische Zuwanderungsraten. Demographisch bedingt sieht die Autorin die Gefahr, dass Investitionen in Bildung und Forschung nicht adäquat ausgebaut werden bzw. infrastrukturelle Einrichtungen für Kinder und Jugendliche abgebaut werden, was unter anderem die Abwanderung aus ländlichen Gebieten verschärft. In Anbetracht des im letzten Jahrzehnt überproportional gestiegenen Arbeitslosenrisikos von Jugendlichen (15 bis 19 Jahre) und jungen Erwachsenen (20 bis 24 Jahre) stellt die Sicherung der sozialen Durchlässigkeit des Bildungssystems eine zentrale Herausforderung dar. Flexible und neue Beschäftigungsformen bieten nach Ansicht der Autorin Chancen, einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden. Problematisch wird diese Situation dann, wenn langfristig kein Einstieg in eine stabile und gesicherte Beschäftigung gelingt. Insbesondere die Förderung von Jugendlichen mit geringen Kompetenzen erscheint als vorrangig, um problematische Entwicklungen – bedingt durch langfristig misslingende Integration in den Arbeitsmarkt – zu verhindern.

Bildungspartizipation: Bildungswege und Bildungswahl

Peter Schlögl (Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung, Wien) kennzeichnet in seinem Beitrag „Bildungspartizipation: Bildungswege und Bildungswahl" zunächst die Bildungsbeteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen; sie beträgt bei 15- bis 19-Jährigen 82%, bei 20- bis 29-Jährigen 20%. Weder in Ausbildung noch in Beschäftigung sind lediglich 3,6% der 15- bis 19-Jährigen. Bei den Qualifikationen der über 25-Jährigen dominiert die Lehre (40%), gefolgt von der Matura (20%). Der Bericht des Autors konzentriert sich auf das formale Bildungswesen, das durch regionale, geschlechts-, migra-

tions- und schichtspezifische Disparitäten gekennzeichnet ist. Hervorgehoben werden zum einen der geringe Anteil von Mädchen in gewerblich-technischen berufsbildenden höheren Schulen bzw. die Konzentration auf wenige Lehrberufe, zum anderen die deutlich unterrepräsentierte Quote an Jugendlichen mit Migrationshintergrund in berufsbildenden höheren Schulen und in der dualen Ausbildung. Hinsichtlich der Bildungsdiskussion weist Schlögl darauf hin, dass neben Fragen der Verteilungsgerechtigkeit (wer besucht welche Schule) auch verstärkt Fragen der Teilhabegerechtigkeit Beachtung finden sollten. Dabei geht es um die Förderung von Grundkompetenzen, die für eine gesellschaftliche Partizipation unabdingbar sind. Aus Sicht des Autors bestehen Handlungsnotwendigkeiten in einer Reduktion der äußeren Differenzierung des Bildungswesens zugunsten einer inneren Differenzierung, ferner in der Entwicklung von bedarfsgerechten Ressourcenverteilungsmodellen und einer Verbesserung der statistischen Datenbasis zur Erfassung von Bildungswegen und Schulpopulationen.

Bildungsferne Jugendliche

Anhand einer im Frühjahr 2008 durchgeführten empirischen Studie des Instituts für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung an der Universität Linz (IBE) geht die Expertise von Karl Niederberger (IBE) der Frage nach, welche Bedingungen und Faktoren dazu führen, dass Jugendliche bildungsfern werden. Definitorisch wird dabei von folgender Kennzeichnung ausgegangen: als ‚bildungsfern' gelten Jugendliche, die im Alter zwischen 15 und 24 Jahren als abgeschlossene Ausbildung höchstens über Pflichtschulabschluss verfügen und sich in keiner formalen weiterführenden Ausbildung befinden.

Hinsichtlich möglicher Risikofaktoren für Bildungsferne wurde folgende Rangliste ermittelt: Ausbildungsabbruch, Wunschausbildung konnte nicht realisiert werden, nicht-deutsche Muttersprache, mangelnde Nutzung aktiver Informationskanäle (Lesen, Internet, Freunde), schulische Probleme, intuitives Entscheidungsverhalten, niedriges Bildungsniveau der Eltern, wenig Sport- und Vereinsengagement, mangelnde soziale Unterstützung durch Freunde und Angehörige, urbaner Wohnort. Weitere Ergebnisse zur Analyse von Verhaltens- und Einstellungsdifferenzen belegen, dass bildungsferne Jugendliche mit allen Aspekten des täglichen Lebens signifikant unzufriedener sind als bildungsnahe Jugendliche. Für bildungsferne Jugendliche stellt sich die berufliche Situation extrem ungünstig dar, insofern erscheint es plausibel, dass sie ein ausgeprägtes Bedürfnis nach beruflicher Veränderung, nach einem angesehenen Beruf, guter Bezahlung und einem sicheren Arbeitsplatz haben.

Arbeitsmarkt

Lorenz Lassnigg (IHS, Wien) untersucht in seiner Expertise die Arbeitsmarktsituation Jugendlicher in Österreich. Der Autor weist zunächst auf die – auch im europäischen Vergleich – günstige Ausgangssituation bei den Schlüsselvariablen „Jugendarbeitslosigkeit bzw. Jugendbeschäftigung", „Qualifikationsstand" und „frühe Schulabgänge" hin und belegt dies anhand statistischer Daten. Allerdings nennt der Autor auch erkennbare Problemsituationen. Diese betreffen vorrangig die Integration Jugendlicher und junger Erwachsener in den Arbeitsmarkt. So haben Jugendliche mit Migrationshintergrund deutlich geringere Zugangschancen zur beruflichen Bildung und es gibt nach wie vor eine starke Segregation nach Geschlecht. Ferner fühlen sich viele Jugendliche nicht ausreichend auf

die Anforderungen der Arbeitswelt vorbereitet; darüber hinaus sind bei Personen mit Lehrabschluss die längerfristigen Verbleibsquoten im erlernten Beruf sehr gering.

Auf Arbeitsmarktprobleme Jugendlicher wird in Österreich seitens der Politik rasch und umfassend reagiert. Eine Beschäftigungsorientierung und eine Konzentration auf die duale Ausbildung kennzeichnen nach Lassnigg arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Ausgegangen wird von einem Defizitmodell, das die Ursachen fehlender Arbeitsmarktintegration bei den Qualifikationsdefiziten von Jugendlichen sieht. Allerdings werden strukturelle Ursachen, wie eine frühe schulische Selektion, eine starke Abhängigkeit schulischer und beruflicher Laufbahnen von der sozialen Herkunft sowie veränderte Qualifikationsanforderungen kaum thematisiert und nur bedingt politisch zu ändern versucht.

Wichtig ist nach Ansicht des Autors ein grundlegender Paradigmenwechsel, der von einem Defizitmodell zu einem Interessenmodell führend, auch Aktivitäten außerhalb des Erwerbsbereichs berücksichtigt. Forschungsbedarf sieht Lassnigg hinsichtlich quantitativer und qualitativer Analysen zur Zukunft der Jugend, der Erstellung von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsprognosen sowie der Evaluierung von Maßnahmen, die über eine reine Deskription hinausgehen.

Warum und in welchem Ausmaß verschulden sich Jugendliche?

Die Praxis der Erwachsenenwelt bezüglich Konsummotivation, Umgang mit Kaufentscheidungen, Finanzierungsalternativen und der Dynamik von Schuldenkarrieren bietet Kindern und Jugendlichen offensichtlich hinreichende Modelle für eigenes Handeln. So belegt u.a. die Quote der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die eine Schuldnerberatung in Anspruch nehmen, dass der Beginn von Verschuldungskarrieren mit Motiven einhergeht, die das eigenständige Konsum- und Finanzverhalten regulieren.

Auf der Basis der Ergebnisse quantitativer und qualitativer sozialwissenschaftlicher Studien zum jugendlichen Finanzverhalten skizziert der Autor, Heinz Schoibl (Helix-Forschung und Beratung, Salzburg), Motive und Indikatoren für einen möglichen Verlauf von Schuldenkarrieren. Während der Beginn erster ‚kleinerer Schulden' (ca. ab 12 Jahren) eingebettet ist in die Beziehungskultur der Peergruppe und das gegenseitige Leihen und Ausborgen von Geld Zugehörigkeit dokumentiert, ist zu berücksichtigen, dass weitere Etappen des Konsum- und Finanzgebarens in enger Korrespondenz zur Ausdehnung der Geschäftsfähigkeit stehen. Obwohl weder Konsumschulden noch Kaufsucht monokausal erklärt werden können, bergen die für Jugendliche wichtigen Marker ihres Erwachsenwerdens gleichzeitig auch Risiken für Verhaltensmuster, die ihre Konsum- und Finanzkompetenz übersteigen. So zeigt der Autor anhand konkreter Fakten, wie Verfügbarkeit eines eigenen Kontos, Übergang zu bargeldlosem Konsum, eigener Verdienst, Ermöglichung einer Kontenüberziehung (z.B. ab 16 Jahren) analoge Linien zu steigenden Verschuldungsquoten auf. Diese Komponenten können in eine Eskalationsspirale münden, wenn Ansprüche des Konsums und/oder Erfordernisse der Lebensgestaltung (z.B. eigenes Auto, Wohnraumbeschaffung) hinzukommen und verfügbare Regulationsmöglichkeiten überschreiten. Ein entwicklungsorientierter Aufbau von Konsum- und Finanzkompetenzen fordert ein Spektrum an Maßnahmen. Sie umfassen die systematische Erforschung des Finanz- und Konsumverhaltens spezifischer Zielgruppen, Überlegungen zu möglichen strukturellen Maßnahmen (z.B. Standards innerhalb des Finanzwesens, Regelung von Verantwortlichkeiten) und Konzepte zur Gestaltung präventiver Zugänge einschließlich ihrer Evaluation.

Einkommen, Armut und Lebensbedingungen von Jugendlichen in Österreich

In der Expertise zu den ökonomischen Lebensbedingungen von Jugendlichen zeigt Matthias Till (Statistik Austria, Wien) anhand der Ergebnisse von Sonderauswertungen (EU-SILC 2007, Befragung von ca. n = 6800 Haushalte) auf, wie sich diese im Kontext von Armutsgefährdung und finanziellen Deprivationen gestalten. Ein Viertel aller armutsgefährdeten Menschen in Österreich sind Jugendliche und junge Erwachsene (10 bis 27 Jahre), konkret sind 13% der jungen Menschen von Einkommensarmut gefährdet, für finanzielle Deprivation liegt die Zahl etwas höher. Manifest arm sind 5%. Hinsichtlich Altersgruppen bestehen keine Unterschiede. Aus geschlechtsspezifischer Sicht tragen Mädchen und junge Frauen (15%) ein höheres Gefährdungsrisiko, als Burschen und junge Männer (11%). Außerordentlich hoch ist die Gefährdungsquote bei Jugendlichen in Wien (25%), während in kleinen, stark agrarisch geprägten Gemeinden zwischen 6 und 9% der Jugendlichen armutsgefährdet sind.

Unterschiedliche Lebensformen betreffend, haben allein lebende Jugendliche und junge Erwachsene sowie Jugendliche und junge Erwachsene mit Kindern ein besonders hohes Armutsrisiko. Das geringste Risiko haben Jugendliche, die erwerbstätig sind und noch im elterlichen Haushalt leben. Jugendliche und junge Erwachsene aus unteren sozialen Schichten weisen ein höheres Armutsrisiko auf, Migrationshintergrund (1. und 2. Generation) scheint ebenso einen Einfluss zu haben. Unter den finanziellen Deprivationen kommt unvorhergesehenen Ausgaben eine entscheidende Armut generierende Funktion zu.

4. Interessen – Werte – Beziehungen

„Interessen – Werte – Beziehungen" sind nicht nur Bestandteil der konkreten Lebenswelt von Jugendlichen, sondern markieren wichtige Komponenten in der kognitiven, emotionalen und sozialen Auseinandersetzung, die mit Identitätsentwicklung einhergeht und zum Erwerb von Einstellungen, Handlungsorientierungen und Maximen beiträgt. Im Zentrum des ersten Beitrags steht die Darstellung eines Wertekanons, der auf der Basis von Ergebnissen empirischer Studien erhoben wurde. Die Thematik Beziehungen zu Eltern und Freunden zeigt die Gestaltung und Gewichtung sozialer Netzwerke auf und charakterisiert damit wesentliche Entwicklungskontexte von Jugendlichen. Einen weiteren Ausschnitt der Lebenswelt stellt ‚Freizeit' dar, die als selbstbestimmte Zeit persönlichen Handlungsraum bietet. Der gesellschaftliche Aspekt der lebensweltlichen Verankerung wird unter der Perspektive der politischen Partizipation von Jugendlichen analysiert.

Die Wertewelt junger Menschen in Österreich

Unter Bezug auf die Österreichische Jugend-Wertestudie von 2006/07 zu Lebenskonzepten und Werthaltungen von 14- bis 24-Jährigen weist Ingrid Kromer (Universität Wien) auf die grundlegend gewandelten gesellschaftlichen Bedingungen hin und hebt deren Bedeutung für die mehrdimensional organisierte Wertewelt der heutigen Jugendgeneration heraus. Als deutlichste Veränderung im letzten Jahrzehnt gilt der Lebensbereich ‚Arbeit', so dass aus dem massiven Wandel der Arbeitsmarktbedingungen der Wandel von Werteinstellungen abgeleitet werden kann. Im Weiteren wird die Bedeutung von Familie und Freundeskreis im Sinne von Beziehungsnetzwerken hervorgehoben, deren stabile Verbundenheit grundlegend für Wertebezogenheit und Orientierung ist.

Die Einstellungen zu Politik betreffend werden Gründe dafür aufgezeigt, dass das Verhältnis der Jugendlichen zu Politik als distanziert gelten kann und ein deutlicher (geschlechtsunabhängiger) Rückgang des Interesses an Politik zu verzeichnen ist. Aspekte des Demokratieverständnisses werden in Verbindung mit der Bedeutung des soziokulturellen Hintergrundes (Bildungsgrad) herausgestellt. Als weitere Komponente im Wertekanon kommen typische Aspekte der Religiosität österreichischer Jugendlicher zur Sprache, dabei wird die zunehmende „Entkirchlichung" und die Vielfalt glaubensbezogener Positionen thematisiert.

Eine Wertesynthese (eine Kombination von Ausprägungen in einzelnen Wertedimensionen) erlaubt zwar eine Differenzierung in abgrenzbare Wertetypen, lässt aber keine Typologie der heutigen Jugendgeneration erkennbar werden, d.h. Jugendliche stellen keine wertehomogene Gruppe dar. Als zentrale Dimensionen jugendlicher Werthaltungen postuliert Ingrid Kromer „Lieben, Leisten, Hoffen".

Familie, Freunde und Freundinnen, Szene: Beziehungskulturen im jugendlichen Alltag

Entgegen der häufig verbreiteten Annahme stellt die Herkunftsfamilie als Unterstützungssystem und emotionales Auffangbecken ein wichtiges Bezugssystem dar, das im Jugendalter durch Gleichaltrige ergänzt – aber nicht ersetzt – wird. In diesem Sinn zeigt die Expertise von Beate Großegger (Institut für Jugendkulturforschung, Wien) auf, dass Jugendliche die Qualität der Beziehung zu ihren Eltern großteils als positiv und vorwiegend partnerschaftlich beschreiben. Das elterliche Engagement bezüglich der Bildungskarriere ihrer Kinder wird von 15- bis 18-Jährigen verstärkt wahrgenommen; deutlich ausgeprägt ist dieses Engagement vor allem bei bildungsnahen Familien. Beinahe die Hälfte der Jugendlichen fühlt sich in Bezug auf ihre Ausbildung seitens der Eltern unter Leistungsdruck gesetzt; dies gilt vor allem bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund, da ihre Eltern hohe Leistungserwartungen haben.

Die innerfamiliäre Situation betreffend bestehen zwar Konflikte, auf Konfrontation mit den Generationen gehen Jugendliche aber heute weniger ein. Es wird vielmehr von einer Selbstsozialisation gesprochen, da gerade im Alltag auf die Ressource der Gleichaltrigen zurückgegriffen wird; insbesondere der technologische Fortschritt kommt dieser Entwicklung entgegen. Insofern stellt die Gruppe der Gleichaltrigen – neben der Familie – einen wichtigen Erfahrungs- und Übungsraum für Jugendliche dar. Jugendliche – auch computeraffine – sind in feste Freundschaftsnetzwerke eingebunden und Freundschaftsbeziehungen basieren vor allem auf gemeinsamen Interessen und emotionaler Nähe, weswegen Freundinnen und Freunde wichtige Gesprächspartner darstellen.

Im Beziehungsverhalten Jugendlicher zeigt sich einerseits eine Sehnsucht nach Verbindlichkeit und Stabilität in den Primärbeziehungen Familie, Freundeskreis und mit zunehmenden Alter auch in romantischen Beziehungen. Andererseits streben Jugendliche nach Identität in jugendkulturellen Lebensstilgemeinschaften. Im Zentrum steht dabei, eine Gemeinschaft (mit eher schwach ausgeprägter Bindung) zu fühlen und sich darin Ausdruck verleihen zu können. Der Beziehungsalltag lässt sich sowohl durch starke Bindungen in Primärbeziehungen mit hoher emotionaler Bindungsqualität, wechselseitigem Vertrauen und Verantwortungsbewusstsein kennzeichnen als auch durch schwache Bindungen in losen Kontakt- und Geselligkeitsnetzwerken, in denen Prestige und Nutzen im Vordergrund stehen.

Jugendliche Freizeitkulturen in der Risikogesellschaft: Posttraditionelle Formen der Vergemeinschaftung, Freizeitverhalten, Mediennutzung und Sport

Die Expertise von Bernhard Heinzlmaier (tfactory, Hamburg und Wien) geht von einer „Ökonomisierung des Sozialen" (Unterordnung aller Lebensbereiche unter Imperative des Marktes) aus, die zunehmend auch das Alltagshandeln in jugendlichen Freundeskreisen, Peergroups und Szenen erfasst. Das Konkurrenz- und Leistungsprinzip dringt damit auch in das Freizeitverhalten ein. Die damit verbundenen Stressfaktoren betreffen die Verlagerung der Persönlichkeitsbildung in die Freizeit (v. a. in Form von Kursen) und die gewachsene Selbstverantwortung für die eigene Lebensgestaltung sowie die Eingebundenheit in jugendkulturelle Kontexte.

Attribute der „Jugendlichkeit" sind auf heutigen Freizeitmärkten dominant geworden. Im Freizeitverhalten gewinnen informelle, posttraditionale Gemeinschaftsformen unter Jugendlichen an Bedeutung. Die Freizeit wird als selbstbestimmte Zeit, Freiraum für Experimente und pädagogisch nicht kontrollierte Sphäre von anderen, fremdbestimmt erlebten Lebensbereichen abgegrenzt. In den Freizeitinteressen dominiert somit das Zusammensein mit Freunden, gefolgt von der Mediennutzung (Musik hören, Fernsehen, Videos / DVDs ansehen, Computer- und Internetnutzung). Dabei wird die These vertreten, dass vor allem nicht-diskursive Bildmedien auf dem Vormarsch sind und dass mit geringer Anstrengung verbundene, visuelle Rezeptionsformen bevorzugt werden. Eine Sonderstellung nimmt das Internet ein, das als „Allroundmedium" aktive mediale Kommunikationsformen begünstigt. Ein typisches Merkmal posttraditionaler Gemeinschaftsformen ist das „Event", in dem flexible Zusammenschlüsse und Erlebnisorientierung kulminieren (z.B. Privatpartys, die sich öffentlicher/erwachsener Kontrolle entziehen und Raum lassen für gruppenspezifische bzw. individuelle Gestaltungen). Die Veränderungen im Freizeitverhalten betreffen auch den Sport, der sich von seiner Bindung an Vereine und Verbände löst und zu einem Feld der körperbezogenen Ästhetisierung und Identitätsarbeit wird. Parallel dazu wird eine Psychologisierung des Lebens konstatiert, hinter der sich eine Verunsicherung und Reflexionsbedürftigkeit der nach außen „coolen" Jugendlichen verbirgt.

Aktive Bürger/innenschaft

Ein weit gefasstes Verständnis von aktiver Bürger/innenschaft im Kontext eines weiten Demokratie- und Politikbegriffs bildet die Grundlage dieser Expertise von Eva Zeglovits (Universität Wien) und Steve Schwarzer (TNS Opinion, Brüssel). Die Autorin und der Autor stellen zunächst die Frage „Was ist politische Partizipation oder aktive Bürger/innenschaft?", sie fragen weiters nach den Einflüssen von aktiver Bürger/innenschaft bei Jugendlichen, nach den Faktoren für die aktive politische Teilnahme an der Gesellschaft und nach Gründen dafür, dass sich Menschen der Politik entziehen. Ausgehend von den Entwicklungen rund um die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre werden Ergebnisse aus aktuellen österreichischen Studien zur politischen Partizipation von Jugendlichen analysiert und ein positiver Effekt dieser Maßnahme konstatiert. Vorliegende Ergebnisse zeigen, dass bei den 15-25-Jährigen seit der Absenkung des Wahlalters das politische Interesse, eine Grundvoraussetzung politischer Beteiligung, gestiegen ist. Politische Partizipation wird in unterschiedlichen Formen realisiert. Ca. ein Drittel der 14-24-Jährigen beteiligte sich bereits an Wahlen, an Spendenaktionen oder Unterschriftensammlungen. Demgegenüber ist die Mitwirkung in Schüler-/Jugendvertretungen (19%), die Beteiligung an Demons-

trationen (13%) und Bürgerinitiativen (4%) eher selten. Während ca. ein Viertel bereits „politisches Konsumverhalten" (Kauf von Produkten aus politischen, ethischen oder Umweltgründen) praktiziert hat, sind illegale und gewalttätige Formen politischer Partizipation in Österreich wenig verbreitet. Zu Partizipationsformen via Internet gibt es bisher noch keine aussagekräftigen Daten. Als wichtiges Motiv für politische Partizipation gilt die lebensweltliche Verankerung von Interessen, die aus aktuellen, die Jugendlichen betreffenden Problemen resultieren. Der Schule kommt bei der Bereitstellung von Möglichkeiten für Mitgestaltung und Mitbestimmung eine zentrale Rolle zu. In den abschließenden Empfehlungen werden die positiven Auswirkungen der Wahlaltersenkung und der Einführung des Schulfachs „Politische Bildung" nochmals hervorgehoben. Zielgruppen besonderer Anstrengung zur Verringerung einer Politik-Distanz und einer nachhaltigen Anbahnung der Bereitschaft zu aktiver Mitwirkung in der Demokratie sind Jugendliche mit Migrationshintergrund und berufstätige Heranwachsende.

5. Gesundheit – riskantes Verhalten – Delinquenz

Im Lebensabschnitt des Jugendalters vollziehen sich grundlegende Veränderungen im physiologisch-biologischen Bereich sowie in verschiedenen kognitiven Funktionen, die zur Erweiterung des Handlungs- und Erfahrungsspielraums beitragen. Die daraus resultierenden, neuen Anforderungen betreffen Prozesse des Abwägens und Bewertens von Chancen und Risiken. Häufig stehen bei der Wahl von Alternativen unmittelbarer Nutzen und Gewinn ausschließlich im Vordergrund. Die Auseinandersetzung mit den Themen Gesundheit, riskantes Verhalten und Delinquenz erfolgt für Jugendliche meist im Spannungsfeld zwischen Experimentieren und Erfahren von Eigenverantwortlichkeit.

Die Gesundheit der Jugend in Österreich als Grundlage für politische Maßnahmen

Ausgehend von der WHO-Definition von Gesundheit als „körperliches, geistiges und soziales Wohlbefinden" zeigen Wolfgang Dür, Robert Griebler und Markus Hojni (alle Ludwig Boltzmann Institut für Medizin- und Gesundheitssoziologie, Wien), dass Gesundheit in Form von Human- und Sozialkapital einen wichtigen gesellschaftlichen Produktivfaktor darstellt, dessen Förderung an den Schnittstellen zwischen Menschen und sozialen Systemen ansetzen muss.

Basierend auf Studien zur Einschätzung des Gesundheitsverhaltens Jugendlicher (HBSC-Studie 2006, österreichische Gesundheitsbefragung 2006/07, European Social Survey, Kärntner Jugendgesundheitsbericht 2006, Studie zur Gesundheit von Lehrlingen 2001) zeigen die Autoren, dass sich subjektive Gesundheit und Lebensqualität der 11-15 Jährigen auf einem hohen bis mittleren Niveau befinden. Ein Einbruch zeichnet sich ab dem 13. Lebensjahr ab; er lässt eine mangelnde Passung zwischen Lebensbedingungen in Familie und Schule mit Anforderungen des Erwachsenwerdens vermuten. Diese Beeinträchtigungen scheinen jedoch eher passager zu sein, da bei den 15-29-Jährigen die Lebensqualität wieder ansteigt, wobei Mädchen verstärkt nach dem 13. Lebensjahr ihre Gesundheit schlechter einschätzen als Jungen. Während sich bei den 11-15-Jährigen vor allem psychosomatische Beschwerden wie Kopfschmerzen, Schlafstörungen und Nervosität zeigen, treten bei den 15-29-Jährigen zunehmend körperliche Beschwerden auf.

Da in der Jugendphase Grundsteine für spätere Lebensstile und Verhaltensweisen gelegt werden, spielen gesundheitsbelastende Einstellungen gegenüber Ernährung, Bewegung, Tabak- und Alkoholkonsum für spätere Risiken eine bedeutende Rolle. Das markanteste Gesundheitsproblem im Jugendalter sind Unfälle und Verletzungen im Verkehr und infolge von riskantem Sport- und Freizeitverhalten. Als zentrale gesundheitsbezogene Einflussfaktoren gelten Bildung, Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeiten in Lebenswelten, soziale Beziehungen, sozialer Status und sozioökonomische Lage. Ansatzpunkte der Gesundheitsförderung im Jugendalter sehen die Autoren im Ausgleich ungünstiger familiärer Schichteffekte sowie in schulischen Maßnahmen zur Verbesserung der physischen und sozialen Bedingungen in der Schulumwelt. Die Auseinandersetzung mit Unfällen in Verkehr, Sport und Freizeit wird als notwendige Maßnahme ebenfalls betont.

Jugend und Sexualität

Die Autorin Barbara Neudecker (Universitäten Wien und Innsbruck) und der Autor Karlheinz Valtl (Universität Wien) beschreiben in ihrer Expertise den Forschungsstand zur Jugendsexualität. Einschränkend verweisen sie auf den Mangel an Studien zur Jugendsexualität in Österreich. Im Mittelpunkt der Ausführungen stehen Befunde zu sexuellen Erfahrungen Jugendlicher. Hierzu geben 77% der Mädchen und 81% der Jungen unter 14 Jahren Erfahrungen mit Küssen oder Schmusen an, die Hälfte der Jungen und Mädchen mit 14 Jahren berichten von intimen Erfahrungen in Form von Petting. Der überwiegende Teil der Studien zur Jugendsexualität fokussiert auf das Alter und Erfahrungen mit dem ersten Geschlechtsverkehr. 10% der 14-jährigen Mädchen und Jungen hatten bereits ersten Geschlechtsverkehr, bei den 16-jährigen Jugendlichen hatten bereits 50% den ersten Geschlechtsverkehr, demgegenüber hatten ca. 25% der über 18-Jährigen noch keinen Geschlechtsverkehr. Die Mehrheit der Jugendlichen schätzt sich zwar als aufgeklärt ein, das Wissen über Verhütung und mögliche Risiken bei ungeschütztem Geschlechtsverkehr wird jedoch kaum umgesetzt, vor allem bei Gelegenheitssex gibt es keine verhütungsbezogene Kommunikation (33%). Ferner ist das Bewusstsein für sexuell übertragbare Krankheiten (z.B. AIDS, Herpes, Hepatitis) wenig ausgeprägt.

Weitere relevante Aspekte betreffen die Einstellung zu Masturbation und die Bedeutung von Pornographie. 33% der Jungen und 18% der Mädchen sehen Selbstbefriedigung als wichtigen Bestandteil ihres Sexuallebens. Die Mehrheit der Jugendlichen (69% der Jungen, 57% der Mädchen) haben bereist „pornografische" Bilder oder Filme gesehen. Während die Hälfte der Mädchen Pornos ablehnt, findet die Hälfte der Jungen sie erregend und sehen sie als Lernpotential. Mehr aufklärende Informationen wünschen sich jedoch 84% der Jugendlichen.

Der Anteil an Teenager-Schwangerschaften in Österreich ist rückläufig, allerdings im Vergleich zu anderen Ländern (wie z.B. Deutschland, Frankreich) höher. Da es keine zentrale Erfassung gibt, können Schwangerschaftsabbrüche nur geschätzt werden. Ebenso erweisen sich Zugänge zum Thema ‚sexuelle Gewalt' als schwierig – es fehlen aussagekräftige Studien.

Sucht

In der Expertise zu ‚Sucht' weist Stephan Sting (Alpen-Adria Universität Klagenfurt) einleitend darauf hin, dass die Suchtentwicklungen in Österreich eine gravierende Gesundheitsbelastung darstellen, und merkt an, dass dabei der Anteil Jugendlicher/junger Erwachsener schwer abzuschätzen sei, da in der Suchtdiskussion ‚Sucht' auf das Jugendalter verschoben würde. Die Abgrenzung von Konsum und Sucht ist insofern schwierig, als der Übergang zu süchtigem Verhalten unklar ist, und die Indizien dafür vielfältig sind. Suchtprobleme betreffen einen kleinen Teil der Jugendlichen, sie manifestieren sich erst im weiteren Verlauf des Lebens.

Für den Tabakkonsum gilt das Jugendalter als Einstiegsphase, als vorrangige „Kulturdroge" ist Alkohol zu nennen: 97% der Österreicher/innen ab 14 Jahren sind alkoholerfahren. Den Verlauf betreffend lässt sich ein zunehmend früherer Einstieg in den Alkoholkonsum erkennen, er beginnt bereits mit 13 Jahren, nimmt bei den 16-17-Jährigen deutlich zu, wird allerdings bei den 18-21-Jährigen geringer und geht bei den über 21-Jährigen zurück. Im Jugendalter ist täglicher Alkoholkonsum eher selten, vielmehr ist er auf das Wochenende konzentriert (Rauschtrinken). Rauscherfahrungen haben im Jugendalter eine spezifische Bedeutung, z.B. als Aufnahmeritual in eine Peergruppe oder als Möglichkeit einer Grenzerfahrung.

Ein klares temporäres und altersspezifisches Phänomen stellt der Konsum von illegalen Drogen dar, er beschränkt sich in der Regel auf einige wenige Probier-Experimente. Für die am häufigsten konsumierte illegale Droge, Cannabis, ergeben sich für Österreich im internationalen Vergleich unterdurchschnittliche Werte. Zu substanzungebundenen Suchtformen (z.B. pathologische Spielsucht, Internetsucht) liegen bislang in Österreich keine substantiellen Untersuchungen vor.

Suchtprävention wurde in Österreich in den letzten Jahrzehnten professionalisiert und umfasst zahlreiche Aktivitäten wie die Vermittlung von Informationen und Wissen über die Wirkung jeweiliger Substanzen und die Anzeichen von Suchtverhalten, ferner zielen Aktivitäten auf die Stärkung von Selbstwert und Selbstwirksamkeit und auf die Förderung sozialer und kommunikativer Kompetenzen. Riskant konsumierende Jugendliche und junge Erwachsene betreffend geht es darüber hinaus um Früherkennung und Frühintervention sowie um Schadensminimierung.

Präventionsforschung

Die Autoren, Franz Gschwandtner Richard Paulik, Seifried Seyer und Rainer Schmidbauer (Institut für Suchtprävention, Linz), definieren in ihrer Expertise „Prävention" als vorbeugende Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, ein unerwünschtes Ereignis oder eine unerwünschte Entwicklung zu vermeiden. Sie stellen eingangs verschiedene Klassifikationssysteme vor: Die Einteilung in Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention differenziert nach den Interventionszeitpunkten der Maßnahmen, universelle, selektive und indizierte Prävention stellt eine zielgruppenbezogene Einteilung dar, eine weitere Einteilung unterscheidet verhaltens- bzw. personenorientierte und verhältnis- bzw. strukturorientierte Prävention. Die Frage nach den Ursachen betreffend machen die Autoren deutlich, dass Problemverhaltensweisen multifaktoriell bedingt sind. Mit Hilfe der grundlegenden Beziehung von

sozialem Status und Gesundheit wird erläutert, wie materielle, psychosoziale und kulturell-verhaltensbezogene Faktoren (z.B. Lebensstile) Gesundheit und Gesundheitshandeln beeinflussen.

Der für die letzten zwei Jahrzehnte konstatierte Aufschwung der Prävention wird kritisch reflektiert, indem er einerseits als Antwort auf das in der Risikogesellschaft entstandene Sicherheitsbedürfnis betrachtet wird und andererseits mit neuen Formen der disziplinierenden Körperkultivierung in Verbindung gebracht wird. Da Prävention stets ein normativer Prozess ist, benötigt er Macht, um wirksam sein zu können. Allerdings dürfen an Jugendliche gerichtete Präventionsmaßnahmen nicht bevormundend und normierend sein, sondern müssen an der Mündigkeit und Lebenssouveränität der Adressat/innen ansetzen.

Die Darstellung ausgewählter Präventionsstrategien konzentriert sich vor allem auf Lebenskompetenzansätze, die sich am Schutz- und Risikofaktorenmodell orientieren. Die Erläuterung des Lebenskompetenzansatzes geht darauf ein, wie er insbesondere in schulischen Kontexten eingesetzt werden kann. Darüber hinaus werden strukturbezogene Faktoren wie Schulklima, Arbeitsbedingungen und Wohnumfeld berücksichtigt und der Einsatz von kompetenten Multiplikator/innen empfohlen.

Abschließend stellen die Autoren Empfehlungen für die Prävention generell sowie für die Bereiche Familie, Schule, Gemeinde, Betrieb, Jugendarbeit und für die Arbeit mit Migranten und Migratinnen zusammen und geben Anregungen für die Konzeption geeigneter Präventionsmaßnahmen.

Konflikt, Eskalation, Gewalt: Debatten über „steigende Gewaltbereitschaft" und einige Aspekte zu Jugendarbeit

Die Expertise von Ingo Bieringer (Friedensbüro Salzburg) zum Thematik ‚Konflikt, Eskalation, Gewalt: Debatten über „steigende Gewaltbereitschaft" und einige Aspekte zu Jugendarbeit' belegt nicht nur die Brisanz dieses Problemfeldes, sondern vermittelt durch die Differenzierung von Gewaltphänomenen relevante Zugänge zu angemessenen Gegenstandsdiagnosen und entsprechenden Interventionen. Verschiedene Gewaltbegriffe werden häufig synonym verwendet, bezeichnen jedoch Unterschiedliches; ausgehend von Fallskizzen zeigt der Autor in der Differenzierung von Aggression, Konflikt, Mobbing, Happy Slapping, Eskalation, Selbstschädigendes Verhalten, Vandalismus, Amok, Gewalt, Devianz, Delinquenz, Kriminalität ein Spektrum von Gewaltphänomenen auf.

Zur wissenschaftlichen Erklärung dieser Phänomene hält der Autor integrative Theorien für geeignet. Diese Theorien dienen ihm als Basis für Handlungsempfehlungen an Politik, Jugendarbeit und Jugendforschung. So sollte Jugendpolitik von einer defizit- bzw. problemorientierten zu einer ressourcenorientierten Sichtweise und Praxis übergehen, um kollektive Etikettierungen (z.B. kriminelle Jugendliche) zu vermeiden. Einen wichtigen Beitrag zur Gewaltprävention und vorgelagert zur Integration von mehrfach benachteiligten Jugendlichen kann Offene Jugendarbeit leisten. Darüber hinaus gilt aber das Kooperationsprinzip zwischen den unterschiedlichen Einrichtungen als unerlässlich (Jugendarbeit, Polizei, Schulsozialarbeit). Insbesondere in der Arbeit mit Jugendlichen aus vielfach belasteten Familiensystemen ist die Kooperation zwischen Organisationen ein zentrales Kriterium hinsichtlich (primärer, sekundärer, tertiärer) Gewaltprävention.

Zählen und Verstehen: Jugenddelinquenz, erfahrungswissenschaftlich betrachtet

Walter Fuchs und Brita Krucsay (Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie, Wien) setzen sich in ihrer Expertise mit Jugenddelinquenz auseinander, wobei sie erstmals für Österreich neben Daten der Kriminalitäts- und Gerichtsstatistik auch Dunkelfeldstudien und qualitative Studien verwenden. Dadurch ist eine Beurteilung der Aussagekraft der medial viel beachteten Kriminalitätsstatistik möglich.

Zunächst zeigt sich folgendes Bild: Seit 2003 lässt sich ein Anstieg der Anzeigen gegen Jugendliche wegen strafrechtlicher Delikte beobachten. Die Zahl der Verurteilungen blieb dagegen relativ konstant. Auch bei den angezeigten Gewalthandlungen (Körperverletzungen) kann seit 2002 ein Anstieg beobachtet werden. Ursachen für den Anstieg der Anzeigen sehen die Autor/innen unter anderem in einem geänderten Anzeigenverhalten der Bevölkerung und – in Bezug auf Eigentumsdelikte – in einer verstärkten technischen Überwachung. Beides führt zu mehr Anzeigen. Ein Anstieg der Jugendkriminalität im Sinne tatsächlich begangener Taten kann daraus jedoch nicht abgeleitet werden.

Mittels Sekundäranalyse einer erstmals in Österreich durchgeführten Dunkelfeldstudie, werden mögliche Einflussfaktoren auf Gewalthandlungen analysiert. Dabei werden wichtige Variablen, die die Wahrscheinlichkeit von selbst berichteter körperlicher Gewalt in den letzten 12 Monaten erhöhen, erfasst (z.B. Geschlecht, Schultyp, Selbstkontrolle, Drogenkonsum, schlechte Schulleistungen, eigene Opfererfahrung, Wahrscheinlichkeit, selbst in den letzten 12 Monaten eine Körperverletzung begangen zu haben). Aufgezeigt wird, dass dem Migrationshintergrund hier kein signifikanter Einfluss zukommt.

In einer qualitativen Studie werden die Motive und Gründe der devianten Handlungen von Jugendlichen, die am Rande der Gesellschaft stehen, genauer aufgezeigt. Dabei zeigen sich das Zusammenspiel von erfahrenen Diskriminierungen und Stigmatisierungen und das daraus resultierende Erleben der eigenen Chancen- und Perspektivenlosigkeit.

Das abschließende Resümee gibt Empfehlungen, die aus Sicht der jugendlichen Bedürfnisse formuliert sind.

Teil B: Jugendarbeit in Österreich – Leistungen und Angebote

Freiräume für junge Menschen sind in unserer modernen und komplexen Gesellschaft vielfach bereits verloren gegangen – sowohl räumlich, zeitlich als auch ideell. Außerschulische Jugendarbeit hat die Aufgabe, jungen Menschen abseits von rein pädagogisch oder wirtschaftlich bzw. kommerziell dominierten Handlungsfeldern Freiräume und „Experimentierfelder" zu bieten, die für die konstruktive und kreative Entfaltung der Potentiale und Ressourcen in der Entwicklungsphase „Jugend" unbedingt notwendig sind.

Die Entwicklung von sozialen Kompetenzen, Soft Skills und Kreativität aber auch Lerneffekte – insbesondere non-formal und informell – in den vielfältigen Kontexten der Jugendarbeit in Österreich, stärken die Innovationskraft, das gesellschaftliche Miteinander und nicht zuletzt den wirtschaftlichen Status eines Landes, einer Region, einer Kommune.

Die in der Jugendarbeit tätigen Menschen tragen mit ihrem Engagement und ihrer Fachlichkeit sehr stark zu einem gesellschaftlichen „Mehrwert" bei.

Ein praxisorientierter Zugang bildet die Grundlage der deskriptiven und analytischen Expertisen und Fachbeiträge im Teil B des Jugendberichts, der eine Verknüpfung von Lebenswelten junger Menschen und faktischen Gegebenheiten rund um „Jung sein" in Österreich mit den Angeboten von Jugendarbeit darstellt.

Praktikerinnen und Praktiker aus den unterschiedlichsten themenbezogenen Arbeitsfeldern beschreiben auf Basis ihrer Erfahrungen und ihres fachspezifischen Know-How die Situation junger Menschen in Österreich und Chancen und Entwicklungsperspektiven. Es wird deutlich, was auf welche Art bereits wirkungsvoll für und mit den jungen Menschen jugendpolitische Realität ist und wo Handlungsbedarf geortet werden könnte, um das schlummernde Weiterentwicklungspotential positiv für Österreich und die jungen Menschen in Österreich nutzbar zu machen. Alle Beiträge betonen die Bedeutung von Partizipation und Freiwilligkeit als wesentliche Prinzipien in der Jugendarbeit. Diese Prinzipien bilden die Grundlage einer außerschulischen Jugendarbeit in Österreich und sind durchgängig in der Jugendarbeit verankert.

1. Status-quo der Jugendarbeit in Österreich

Ist-Situation der Jugendarbeit in Österreich

Eine Einführung in die Ist-Situation der Jugendarbeit in Österreich bildet der Beitrag von Eva Häfele (www.worknet.at). Darin liefert die Autorin eine Übersicht über das komplexe Jugendarbeitsgefüge in Österreich. Ausgehend von einer Beschreibung der Jugendarbeit im staatlichen System, in welchem die institutionellen und politischen Rahmenbedingungen verdeutlicht werden (Jugendpolitik auf Bundesebene, Aufgaben und Kompetenzen der Bundesländer, Jugendarbeit auf kommunaler Ebene und ein Exkurs zum Thema „Jugendforschung"), werden die beiden bundesweiten Netzwerke der Jugendarbeit „bOJA – Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit" und „Jugendinfo.cc" analysiert. Im dritten Kapitel wird die Bundesjugendvertretung als gesetzlich verankerte Interessensvertretung skizziert. Das vierte Kapitel des Beitrags beleuchtet den Stellenwert von Jugendarbeit in der Gesellschaft. Dies erfolgt unter einer differenzierten Betrachtungsweise: auf Bundes-

ebene, auf der Ebene der Bundesländer und auf kommunaler Ebene. Der Ausstattung wird im fünften Kapitel der Expertise Rechnung getragen. Hier beschreibt die Autorin sowohl die finanziellen wie auch die personellen Ressourcen – soweit quantitative Daten verfügbar – und geht weiterführend auf die Themen „Freiwilligenarbeit" und „Qualifizierung" der in der Jugendarbeit Tätigen ein.

In weiterer Folge sind eine Beschreibung der Handlungsfelder „Verbandliche Jugendarbeit", „Offene Jugendarbeit" und „Jugendinformation" und deren Schnittstellen zu angrenzenden Handlungsfeldern, Inhalte, Angebote und Methoden der Jugendarbeit, sowie ein Exkurs zu „Qualität und Vernetzung" nachzulesen. Das neunte und letzte Kapitel des Beitrags widmet sich unter der Überschrift „Ausblick und Empfehlungen" den Empfehlungen für die Jugendpolitik zur Gestaltung der Jugendarbeit – differenziert betrachtet nach Bundesebene, Bundesländerebene und kommunale Ebene.

Jugendarbeit aus empirischer Sicht

Der sich in zwei Teile gliedernde Beitrag von Arno Heimgartner (Universität Graz – Institut für Bildungs- und Erziehungswissenschaft) unter der Überschrift „Der Weg zu empirischen Portraits der Offenen und der Verbandlichen Jugendarbeit in Österreich: Sichtbare Partizipation und mehr." ergänzt die umfassende Situationsbeschreibung von Eva Häfele mit vorhandenem empirischem Datenmaterial.

Der erste Teil befasst sich mit der Offenen Jugendarbeit, der zweite Teil geht auf die Verbandliche Jugendarbeit ein. Der Autor sagt über seinen Beitrag: „Beiden Teilen gemeinsam ist der Versuch, empirisches Material zu zeigen, um eine entsprechende empirische Forschungs- und Dokumentationsarbeit anzuregen, die kontinuierlich und kollektiv österreichweit erbracht werden sollte."

In den Ausführungen zur Offenen Jugendarbeit wird eine von Heimgartner (2009) mit Unterstützung von Dorit Kraft durchgeführte Studie mit ihren Ergebnissen dargestellt. Im Rahmen einer Fragebogenuntersuchung wurden Daten zu Personal, Ausstattung und Angebotsstruktur der Jugendeinrichtungen, zu den thematischen Prioritäten der Jugendlichen und zu Projekten in der Jugendarbeit sowie zur Besucher/innenstruktur erhoben. Die Ergebnisse zeigen, dass Offene Jugendarbeit in allen österreichischen Bundesländern verankert ist, sich aber im Hinblick auf Qualifikation und Anzahl des Personals, Trägerschaft, Finanzierung und Ausstattungsgrad durch eine große Heterogenität auszeichnet. Ein großer Teil der Jugendeinrichtungen wird von der jeweiligen Gemeinde als freiwillige Leistung finanziert, was oft eine knappe finanzielle Basis und unsichere Beschäftigungsverhältnisse zur Folge hat. Im Zentrum der Arbeit der befragten Einrichtungen steht das Angebot eines offenen Treffpunktes, das durch eine Vielfalt pädagogisch begleiteter Freizeitangebote ergänzt wird. Beratung der Jugendlichen, Ausrichtung von Events, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit und Weiterbildungsangebote sind weitere Schwerpunkte, wobei die Angebote insgesamt durch die Prinzipien Partizipation, Niederschwelligkeit, Freiwilligkeit, Geschlechtersensibilität und offener Zugang charakterisiert sind.

Der Autor kommt in seinen Ausführungen zum Schluss: „Während Ausbildungen zunehmend initiiert, Standardisierungen formuliert werden (z.B. Qualitätshandbuch der Offenen Kinder- und Jugendarbeit des Steirischen Dachverbandes, 2008) und Publikationsbestrebungen gut wahrnehmbar sind (u.a. Jugend Inside, Publikationsreihe der Wiener

Jugendzentren, KOJE Handbuch), wird der empirischen Forschung, die über das lokale Dokumentationswesen hinausgeht, bislang noch nicht ausreichend nachgekommen. Es ist sogar so, dass derzeit deskriptive Aussagen über Jugendzentren und Jugendtreffs, die zudem verlässlich und österreichweit sein sollen, mangels an Festlegungen, welche Einrichtungen als solche zu bezeichnen sind, und mangels an statistischem Engagement, wie es sich etwa in einer entsprechenden Datensammlung zeigen würde, nicht zu formulieren sind."

Die Darstellung der verbandlichen Jugendarbeit fasst der Autor wie folgt zusammen: „Sie durchdringt sämtliche gesellschaftliche Bereiche und ist damit ein Abbild des traditionsreichen Zivilgesellschaftslebens. Es kann ein politischer und methodischer Pluralismus und eine infrastrukturelle und thematische Vielfalt erwartet werden. Verfolgt man auch hier das Interesse, organisationsseitige Aussagen zu formulieren, wäre in einer Befragung von dem österreichweiten, aus Datenschutzgründen verschlossenen Vereinsregister auszugehen." Der Autor hat in seinem Beitrag als Grundlage für die Ausführungen zur Verbandlichen Jugendarbeit die von Hollerweger und Heimgartner koordinierten Studie zur Freiwilligenarbeit herangezogen, die als zentrale Methode einen von der Statistik Austria realisierten Mikrozensuszusatz enthält.

2. Jugendarbeit: Zugänge und Methoden

Aufbauend auf die allgemeine Darstellung der Jugendarbeitssituation in Österreich werden im Kapitel „Zugänge und Methoden" ausgewählte Aspekte von Jugendarbeit erläutert. Dabei handelt es sich um Freizeit, Erlebnispädagogik, Sexualpädagogik, Sport und Kultur. Als eine Art Exkurs wird dem Thema „Rechtsextremismus" in Form eines „Praxisberichts" Rechnung getragen.

Freizeit in der Jugendarbeit

Nach einer kurzen Einleitung erörtert die Autorin Eva Häfele (www.worknet.at) die Fragestellung: „Was heißt Freizeit für Jugendliche?". Dabei werden Unterschiede zwischen „freien, flottierenden und unstrukturierten Aktivitäten" und „organisiert-regelhaften Aktivitäten" erläutert. Die zweite Fragestellung des Beitrags widmet sich dem Aspekt von Chancenverteilung und leitet dann über auf die Kinderrechtekonvention, in welcher das Recht auf Freizeit in Art. 31 festgelegt ist. Versorgungsdefizite werden stärker am Land berichtet.

Weiters stellt die Autorin die Situation für die Jugendarbeit dar – differenziert betrachtet nach verbandlicher Jugendarbeit, Offener Jugendarbeit und Jugendinformationsarbeit.

Der Abschnitt Datenlage, Forschungsstand und Forschungslücken stellt eine Übersicht über Forschungsergebnisse und Datenmaterialien dar. Abschließend geht die Autorin auf mögliche Entwicklungen ein und leitet daraus Empfehlungen ab. Besonders wichtig ist dabei eine Beachtung der Genderdimension. Vor allem Mädchen brauchen öffentliche Räume.

Erlebnispädagogik und Jugendarbeit

Die Autor/innen Martina Gasser, Werner Ebner und Jürgen Einwanger (www.erlebnispaedagogik.at) unterscheiden in ihrem Beitrag zwischen „Erlebniskonsum" und Erlebnis als „Erfahrung" und stellen Überlegungen an zur Bedeutung von Natur und Gruppe für Lernprozesse. Die Angebotssituation in Österreich in der Erlebnispädagogik ist durch Prozesse der Professionalisierung, Standardbildung und Zertifizierung gekennzeichnet. Die Autor/innen konstatieren eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen für erlebnispädagogische Projekte und plädieren im Gegenzug für eine Pädagogik, die eher auf „Erlebnis und Reflexion" als auf „Sanktionen und Regeln" setzt.

Im letzten Teil des Beitrags werden prägnant formulierte Empfehlungen zusammengestellt, die aus theoretischen Überlegungen und der konkreten Situation der Erlebnispädagogik in Österreich abgeleitet werden. Die Empfehlungen beziehen sich auf die Bedeutung von Erlebnissen für eine gesunde Entwicklung, auf die Notwendigkeit einer spezifischen Qualifizierung der in diesem Bereich Tätigen, auf den Stellenwert von Handlungs-, Spiel- und Freiräumen in jugendlichen Entwicklungsprozessen und auf den Forschungsbedarf zur Erlebnispädagogik.

Sexualpädagogik in der Jugendarbeit

Carola Koppermann (www.sexuellebildung.at) behandelt in ihrer Expertise zur Sexualpädagogik ein Themenfeld innerhalb der Jugendarbeit, das bislang eher Zurückhaltung erfahren hat. Der „Grad der Institutionalisierung bzw. die Vernetzung zum Themenfeld Sexualpädagogik bzw. sexuelle Bildung ist" nach Ansicht der Autorin „nicht sehr weit fortgeschritten. Einzelne, professionell arbeitende Anbieter/innen stehen neben Einzelaktionen diverser Institutionen". Sexualität stellt nach wie vor ein Thema dar, das mit Tabus und Unsicherheiten behaftet ist.

Die Autorin legt zunächst den Rahmen ihrer Expertise fest, indem sie zwischen Jugendorganisationen und der Offenen Jugendarbeit differenziert. Im weiteren Verlauf des Beitrags skizziert die Autorin, was „emanzipatorische" Sexualpädagogik bedeutet und macht deutlich, dass dieser pädagogische Aspekt – wenn auch unbewusst – stark mit Jugendarbeit verknüpft sein sollte. Die Autorin hält eine Sensibilisierung und Qualifizierung von Personen, die mit Jugendlichen arbeiten, für wichtig. Einheitliche Qualitätsstandards existieren derzeit nicht. In der vorgelegten Expertise werden folgende Grundvoraussetzungen für eine gut durchgeführte Sexualpädagogik angeführt:

- jugendspezifisches Basiswissen
- sexualpädagogische Kompetenzen
- spezielle Didaktik
- Bereitschaft und Möglichkeiten zur Selbstreflexion unter Bewahrung der Grenzen
- Beziehungsarbeit

Im Weiteren geht die Autorin auf die Offene Jugendarbeit und deren Potentiale ein. Sie sieht in der fachlichen Grundausbildung und in der Beziehungsarbeit wichtige Faktoren für eine emanzipatorische Sexualpädagogik. Wichtig ist dabei, von einem weit gefassten Begriff der Sexualpädagogik auszugehen jenseits von Erwachsenensexualität und Fortpflanzung. Insbesondere Fragen rund um Liebe und Partnerschaft finden im Alltag der

Offenen Jugendarbeit ihren Niederschlag. Dem gegenüber stehen knappe Ressourcen und eine Fülle an unterschiedlichen Aufträgen und Erwartungen, was Offene Jugendarbeit alles leisten sollte.

Sport und Jugendarbeit

Helmut Baudis (Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur in Österreich – www.askoe.at) untersucht in seinem Beitrag die sportlichen Aktivitäten von Jugendlichen. Als wesentliche Trends sieht er eine Verlagerung vom Vereinssport zum Individualsport, zum Teil bedingt durch die zunehmende Bedeutung von Risiko-, Extrem-, Natur- und Trendsportarten. Bei den Vereinssportaktivitäten rangiert nach wie vor Fußball an erster Stelle. Insgesamt liegt nach Auffassung des Autors eine paradoxe Situation vor: Es wird so viel Sport betrieben wie noch nie, dennoch besteht Bewegungsmangel. Dies gilt für alle Altersgruppen, also auch für Jugendliche. Soziale Kontaktmöglichkeiten und Entspannung stellen neben Gesundheit und Fitness wichtige Motive der Sportausübung dar, insbesondere für Mädchen.

Die Herausforderung der Jugendarbeit im Sport sieht der Autor darin, diesen Trends und Motivlagen Rechnung zu tragen und auch niedrigschwellige Angebote bereitzustellen. Ein weiteres Ziel sollte sein, wieder verstärkt Jugendliche als ehrenamtliche Mitarbeiter/innen in Sportvereinen zu gewinnen. Dafür könnte das Jahr 2011 genutzt werden, dass als „European Year of Volunteering" ausgerufen wurde. Zu einer besonderen Herausforderung wird der mögliche Ausbau ganztägiger Schulformen führen. Einerseits wird dadurch die Nutzung der Sportinfrastruktur eingeschränkt. Andererseits könnten Sportangebote von Vereinen in die Schule hineingetragen und Teil des schulischen Angebots werden.

Kultur in der Jugendarbeit

Der Kulturbezug der Jugendarbeit wird im Spannungsfeld von traditionellen Kulturformen und jugendkulturellen Eigenaktivitäten betrachtet. Dabei unterscheidet Eva Häfele als Autorin (www.worknet.at) zwischen einer „bildungstheoretischen" Position, die Kulturarbeit als Vermittlung von Kultur und künstlerischen Fähigkeiten begreift, und einer „alltagskulturellen" Orientierung, die Kultur in der alltäglichen Lebenserfahrung von Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen verortet. Kulturarbeit hat sich in den praktischen Handlungsfeldern der Jugendarbeit seit den 1980er Jahren vielfältig entwickelt, während die theoretische Aufarbeitung bis heute hinterher hinkt. Die Autorin verweist auf die standort- und zielgruppenspezifische Ausdifferenzierung der Kulturarbeit in der Jugendarbeit. Sie hebt die Bedeutung niedrigschwelliger Zugänge zum Kulturangebot hervor, zeigt die Ambivalenz der zunehmenden Event-Orientierung auf und deutet Möglichkeiten interkultureller Ansätze in der Kulturarbeit an.

Das generelle Ziel der Kulturarbeit – die Erweiterung der Teilhabemöglichkeiten Jugendlicher an der Gesellschaft und an ihren kulturellen Angeboten – kann bisher nur sehr ungleich realisiert werden. Der Jugendarbeit werden in dem Zusammenhang kompensatorische Potentiale eingeräumt, die an Beispielen aus der verbandlichen Jugendarbeit, der Jugendinformationen und der Offenen Jugendarbeit näher erläutert werden.

Im weiteren Verlauf geht die Autorin auf die in Österreich nur sehr beschränkt vorhandene Datenlage zur Kultur in der Jugendarbeit ein. Die geringe Anzahl an Forschungen zu diesem Bereich wird als Ergebnis eines weitgehenden Fehlens einer Jugendforschungs-

Infrastruktur in Österreich betrachtet. Zukünftige Weiterentwicklungen der Kulturarbeit sieht sie in neuen jugendkulturellen Aktivitätsformen wie Facebook und Mobiltelefonie. Abschließend liefert sie Anregungen für die Jugendpolitik, die vor allem Möglichkeiten der Vernetzung, die Förderung von interkultureller Kompetenz und Kulturarbeit für Jugendliche mit Migrationshintergrund, die kulturpädagogische Qualifizierung von Mitarbeiter/innen in der Jugendarbeit und die Zertifizierung kultureller Kompetenzen von Jugendlichen betreffen.

Konkret regt sie an, dass die von den Jugendlichen erworbenen kulturellen Kompetenzen zertifiziert werden. Als Vorbilder nennt sie den „Arts Award" in Großbritannien und den „Kompetenznachweis Kultur" in Deutschland.

Praxisbericht „Rechtsextremismus"

In diesem Beitrag beschreiben die Autorin Christa Bauer und der Autor Willi Mernyi (Mauthausen Komitee Österreich) in einer kurzen Einführung, was unter Rechtsextremismus zu verstehen ist. Sie beschreiben geänderte neue Erscheinungsformen, die ein Erkennen erschweren. In weiterer Folge räumen sie mit drei Irrtümern rund um Rechtsextremismus auf und stellen klar:

- Rechtsextremismus ist nicht ausschließlich ein „Jugendphänomen"
- Rechtsextremismus hat sehr wohl mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu tun
- Rechtsextremismus ist nicht nur ein „Unterschichtenphänomen"

Anschließend erläutern sie die Prinzipien der pädagogischen Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen und Erwachsenen: „Hinschauen", „Erkennen" und „Handeln".

Weiterführende Überlegungen in Hinsicht auf konstruktive Hilfe- und Unterstützungsmöglichkeiten, beispielsweise in Form von Beratungsstellen, anzubieten runden den Beitrag ab.

3. Information – Bildung – Arbeit

Im Themenblock „Information – Bildung – Arbeit" wird auf Erfahrungen, Entwicklungen und Notwendigkeiten in Zusammenhang von „Außerschulischer Jugendarbeit" und dem wirtschafts-, bildungs- und jugendpolitisch relevanten Herausforderungen rund um „Bildung und Beschäftigung von jungen Menschen" eingegangen.

Ausgehend von der Möglichkeit für junge Menschen sich Informationskompetenz aneignen zu können über die Darstellung der Bedeutung und Möglichkeiten von „Bildung und Beschäftigung" in der Offenen Jugendarbeit und in den vielfältigen Organisationen der Verbandlichen Jugendarbeit bis hin zu einem Beitrag „Lebensphase Jugend und die Anforderungen an die Jugendarbeit" werden Sichtweisen von Praktiker/innen und die Zugänge und Potentiale aus dem Blickwinkel der Jugendarbeit heraus deutlich.

Informationskompetenz und politische Bildung

Alexandra Cangelosi (www.jugendinfo.cc) beschäftigt sich in ihrem Praxisbeitrag mit der Relevanz von Informationskompetenz in der Jugendarbeit. Informationskompetenz ist der UNESCO folgend eine der sechs Überlebenskompetenzen des 21. Jahrhundert. Informationskompetenz umfasst die Fähigkeit, Information zu finden, zu bewerten und zu verwenden.

Informationskompetenzen sind auch in der außerschulischen Jugendarbeit von besonderer Bedeutung. Eine besondere Herausforderung stellt dabei die Verschiebung des Informationsbedarfs von einfachen, konkreten Basisfragen zu komplexen Zusammenhängen und Orientierungen dar. Ausgehend von der Situation in den Jugendinformationszentren in Österreich beschreibt die Autorin weiters die Bedeutung von Informationskompetenz im Kontext der verbandlichen und insbesondere der Offenen Jugendarbeit. Nach Ansicht der Autorin ist die Vermittlung von Informationskompetenz an die Jugendlichen eine zentrale Aufgabe dieser Handlungsfelder.

In einer Überleitung zur „politischen Bildung" wird die Verknüpfung und Verzahnung von Informationskompetenz und politischer Bildung deutlich. Am Beispiel des Vorarlberger Projekts „Ich bin wählerisch" wird darauf konkret eingegangen. Mögliche Entwicklungen und Empfehlungen bilden den Abschluss der Expertise.

Bildung und Ausbildung im Kontext Offener Jugendarbeit

Der Beitrag von Richard Krisch (Referent für Pädagogische Grundlagenarbeit www.jugendzentren.at) beschreibt die Bildungsaufgaben der Offenen Jugendarbeit. Offene Jugendarbeit ermöglicht zum einen nach Ansicht des Autors vielfältige sozialräumlich bezogene Lernprozesse. Sozialräumliches Lernen findet auf unterschiedlichen Ebenen statt, die vom Autor durch Praxisbeispiele verdeutlicht werden.

Zum anderen bietet sie spezifische Bildungsangebote für stark sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche. Bildungsarbeit in der Offenen Jugendarbeit unterscheidet sich zentral von Bildungsprozessen in Schulen. Sie ist freiwillig, niederschwellig, kooperativ und nicht-hierarchisch und ermöglicht durch praktische Tätigkeiten den Erwerb von ganz spezifischen Fähigkeiten und Kompetenzen. Der Autor tritt daher – in Abgrenzung zu einer Ganztagesschule – für eine Ganztagesbildung ein und greift damit eine Diskussion auf, die intensiv in Deutschland vor einigen Jahren geführt wurde.

Bildung und Berufsorientierung in Kinder- und Jugendorganisationen

Der Fachbeitrag der Bundesjugendvertretung (www.jugendvertretung.at) stellt einleitend die Betrachtung von non-formaler Bildung und die damit einhergehenden Leistungen in Kinder- und Jugendorganisationen in den Vordergrund. Dabei wird auf das Bundes-Jugendfördergesetz Bezug genommen: „Kinder- und Jugendorganisationen verfolgen mit ihrer Arbeit einen ganzheitlichen und partizipativen Bildungsansatz, wie er auch vom Bundes-Jugendförderungsgesetz gefordert wird. Neben Kriterien wie der Persönlichkeitsentfaltung sowie der körperlichen, seelischen und geistigen Entwicklung junger Menschen geht es dem Gesetzgeber ebenso darum, berufs- und karriereorientierte Bildung durch Kinder- und Jugendarbeit zu fördern (vgl. B-JFG, § 3)."

Weiters werden Betrachtungen zu freiwilligem Engagement und deren Einfluss auf Beruf und Bildung dargestellt. Ausgehend von Erläuterungen zu impliziter Berufsorientierung in den zahlreichen Organisationen wird explizite Berufsorientierung und die Auseinandersetzung mit dem Thema Arbeitswelt zunächst beschrieben und an Hand von zwei konkreten Beispielen erläutert.

Im dritten Teil des Beitrags geht es um die Bildungsmaßnahmen, die in den Kinder- und Jugendorganisationen stattfinden. „Jede Kinder- und Jugendorganisation bildet ihre freiwillig Engagierten für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen aus, um so die Qualität ihrer Angebote sicherzustellen und das Engagement junger Menschen professionell zu unterstützen und zu begleiten. Die Ausbildungen beinhalten stets allgemeine Grundlagen (wie etwa Pädagogik, Gruppendynamik, etc.) und organisationsspezifische Elemente." Der Aspekt „Bildungsmaßnahmen in Kinder- und Jugendorganisationen" werden an Hand von drei konkreten Bildungsmaßnahmen näher beschrieben. Mit der Überschrift „Ausblick – Herausforderungen für die Jugendpolitik" skizziert die Bundesjugendvertretung Notwendigkeiten bzw. wünschenswerte Entwicklungen.

Niederschwelliger jugendgerechter Zugang zur beruflichen Qualifizierung

Martin Hagen (Offene Jugendarbeit Dornbirn, www.ojad.at) liefert in seiner Expertise einen Einblick in die Realitäten von Bildungsabbrecher/innen und jungen Menschen, die abseits vom Arbeitsmarkt stehen und beleuchtet die Verbindung zu einer Gesellschaft, die sich qualifizierte und arbeitswillige junge Menschen wünscht. Differenzierungen, ob die frühen Bildungsabgänger/innen einen Pflichtschulabschluss erworben haben, sowie Informationen über kausale Ursachen fehlen weitgehend. Hier sieht der Autor dringenden Forschungsbedarf.

Zur Integration in den Arbeitsmarkt und zur Nachqualifizierung sind niederschwellige Angebote der Berufsorientierung, Berufsberatung und Qualifizierung erforderlich. Neben Angeboten der klassischen Bildungsträger beleuchtet der Autor die Notwendigkeit für niederschwellige Angebote der Berufsorientierung und Qualifizierung in der außerschulischen Jugendarbeit. Besonderer Fokus des Beitrags liegt darin, die Leistungen der Offenen Jugendarbeit zur Arbeitsmarktintegration von schlecht qualifizierten Jugendlichen aufzuzeigen.

Vom eigenen Arbeitskontext ausgehend, beschreibt der Autor ausführlich Erfahrungen einer konkreten Einrichtung der Offenen Jugendarbeit mit Qualifizierungsmaßnahmen. Diese zeigen, wie wichtig eine Kultur der zweiten und dritten Chance ist. Wichtige Erfolgsfaktoren sind:

- Zugang zur Zielgruppe. Dieser ist über Freizeitangebote möglich.
- Teilnahme der Zielgruppe an der Maßnahme. Hier ist Toleranz gegenüber Rückschlägen und Vakanzen erforderlich.
- Vermittlung in den Arbeitsmarkt. In dieser Phase ist persönliche Betreuung und Beratung wesentlich.

Zur Gewährleistung eines Erfolgs in der Qualifizierung von frühen Bildungsabbrecher/innen in der Offenen Jugendarbeit erachtet er folgende Maßnahmen für zentral:

- Qualifizierung der Mitarbeiter/innen der Offenen Jugendarbeit.
- Gute Betreuungsrelationen in den Maßnahmen.
- Pädagogischer Aufbau der Maßnahmen.
- Evaluierung der Maßnahmen. Bei positiver Evaluierung wird eine Überführung in das Regelsystem der beruflichen Bildung vorgeschlagen.

Lebensphase Jugend und Anforderungen an die Jugendarbeit

Heinz Schoibl (www.helixaustria.com) untersucht in seiner Expertise die sozialen Rahmenbedingungen Jugendlicher und die Interaktion mit der Jugendarbeit. Er verweist dabei auch auf die Tendenz, dass Interaktion und Verknüpfung zunehmend häufiger stattfinden. Inwieweit sich diese Verknüpfungen von sozialen Rahmenbedingungen und Jugendarbeit in Methoden und Angeboten niederschlagen ist in den unterschiedlichen Handlungsfeldern der Jugendarbeit unterschiedlich stark ausgeprägt.

Einstieg in die Expertise bildet die Beschreibung des Jugendalters als – historisch gesehen – junges gesellschaftliches Phänomen, deren Entstehung in der Blütezeit des Bürgertums auf das späte 19. / frühe 20. Jahrhundert datiert werden kann.

Darauf aufbauend skizziert der Autor die Entwicklungen in der Jugendarbeit: Von den traditionellen Angeboten der Jugendsozialarbeit sowie der sozialen Infrastruktur wird zunehmend versucht, dem Wandel der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen nach Freiraum und individueller Förderung Rechnung zu tragen. Jugendsozialarbeit geht zunehmend in die Richtung, ihre Kontaktangebote dort zu setzen, wo die Kinder und Jugendlichen sich aufhalten (sowohl räumlich als auch in Hinsicht auf ihre Bedürfnisse). Damit findet ein Paradigmenwandel in der Jugendarbeit statt. Schlussfolgerungen und Maßnahmenvorschläge zu folgenden Aspekten runden den Fachbeitrag des Autors ab:

- Rechtliche Grundlagen
  Regelung von bundesweiten Grundsätzen der Infrastrukturversorgung
  Abstimmung der rechtlichen Grundlagen für Jugendwohlfahrt und Jugendförderung
- Sozialwissenschaftliche Forschung
  systematische Evaluation der Planungs- und (wissensgeleiteten) Strukturentwicklung
- Qualitätssicherung und Standardentwicklung in der Kinder- und Jugend(sozial)arbeit

4. Jugendarbeit und Jugendwohlfahrt

Die klassische Trennung von Jugendförderung und Jugendwohlfahrt, wie sie in Österreich in politischer und fördertechnischer Hinsicht noch verankert ist, ist in der praktischen Arbeit mit jungen Menschen bisweilen schon längst aufgelöst.

Jugendarbeit bedeutet nicht nur „Spiel, Spaß und Freizeit" und „Förderung von jungen Menschen ohne Problemfokus", sondern bearbeitet mit unterschiedlichen jungen Menschen in verschiedensten Settings mit differenten fachspezifischen Methoden Themen und Problemstellungen, die durchaus jugendwohlfahrtsrelevant sind.

Vor diesem Hintergrund runden die Darstellung des Jugendwohlfahrtsystems in Österreich und das Aufzeigen von bereits existierenden Verknüpfungen von Jugendarbeit und Jugendwohlfahrt mit der Beleuchtung von Entwicklungsperspektiven die Expertisen des Teils II „Jugendarbeit in Österreich" in Form von zwei Fachbeiträgen ab.

Jugendwohlfahrt in Österreich

Joseph Scheipl (Universität Graz – Institut für Bildungs- und Erziehungswissenschaft) arbeitet aus dem umfassenden Bereich der Jugendwohlfahrt in seinem Beitrag zentrale Inhalte heraus, die ihm in Zusammenhang mit dem hiermit vorliegendem „Jugendbericht" besonders relevant erscheinen:

Grundlegende Klärungen; Leitende Prinzipien; Inhaltliche Angebote; Einige spezifische Themenstellungen;

Aspekte wie Strafbestimmungen oder Finanzierung werden bewusst nicht diskutiert.

Einleitend werden im Beitrag der Begriff „Jugendwohlfahrt in Österreich" definiert und die gesetzlichen Grundlagen dargestellt. Damit werden der Charakter des Gesetzes sowie die damit verbundenen grundlegenden Bestimmungen und deren Auslegung in den einzelnen Bundesländern umrissen.

Weiterführend befasst sich der Autor mit den Grundzügen und Leistungen der Jugendwohlfahrt in Österreich, definiert die Anspruchsberechtigung, erläutert das Prinzip der Subsidiarität und weist auf die Problematik von Standardisierung hin. In der Folge werden die Vielfalt der Leistungen und ihre quantitativen Ausprägungen dargestellt und die Frage behandelt, inwiefern das Modell der Sozialorientierung zukunftsweisend ist.

Auf zwei spezifische Problemlagen wird näher eingegangen: Der Autor beleuchtet zum einen das Verhältnis zwischen Jugendwohlfahrt und Kinder- und Jugendpsychiatrie, zum anderen geht er auf das Phänomen sogenannter „unbetreubarer" Kinder und Jugendlicher ein.

In einem eigenen Kapitel werden Status und Aufgaben der Kinder- und Jugendanwaltschaft dargestellt.

In diesem Fachbeitrag finden sich neben einer ausführlicher Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Stand der Forschung und dem Forschungsbedarf im Bereich der Jugendwohlfahrt auch die Diskussion der vier Novellierungen des Jugendwohlfahrtsgesetzes 1989, indem dieses Gesetz als sozialhistorisch relevanter struktureller Markierungspunkt gewürdigt und eine gesetzliche Neuordnung angerissen wird. Abschließend entwirft der Autor neun Anregungen zur Weiterentwicklung der Situation der Jugendwohlfahrt in Österreich.

Schnittflächen von Jugendwohlfahrt und Jugendarbeit

In seiner Expertise verdeutlicht Josef Scheipl (Universität Graz – Institut für Bildungs- und Erziehungswissenschaft) die Chancen einer stärkeren Kooperation zwischen Jugendwohlfahrt und Jugendarbeit und schlägt dafür den Begriff „integrative" bzw. „inklusive Jugendarbeit" vor. Er begründet die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Jugendwohlfahrt damit, dass die Jugendwohlfahrt in Österreich zwar ein dichtes und differenziertes Hilfsangebot in Form von mobilen Diensten sowie Beratungs- und Betreuungseinrichtungen besitzt, dieses aber von Jugendlichen wenig in Anspruch genommen bzw. gemieden wird. Als Schwierigkeit werden die Erreichbarkeit von Jugendlichen mit Problemen durch die Jugendwohlfahrt und der Aufbau von Kooperationsbereitschaft und Akzeptanz bei diesen beschrieben. Die Schwellenängste der Jugendlichen sind hoch, die Vorgaben der Jugendwohlfahrt sind eng (strikt vorgegebener struktureller Rahmen, wenig flexibles Angebot). Die Angebote der Jugendarbeit (Information, Alltagskommunikation, Freizeitbegleitung, Animation) ermöglichen der Jugendarbeit aus Sicht des Autors einen guten Zugang zu Jugendlichen (mehr Reichweite, keine Stigmatisierung).

Er skizziert den Umstand, dass in der Jugendarbeit zunehmend entsprechende Angebote entwickelt werden.

Wie der Autor beschreibt, haben diese „Überschneidungen" eine Grundlage in den Gesetzesmaterialien für Jugendwohlfahrt und Jugendarbeit. Die Gesetzesgrundlagen für Jugendwohlfahrt legen den Fokus auf Hilfestellungen für Jugendliche in unterschiedlichen inhaltlichen Bereichen und betonen die Beachtung der Zusammenarbeit zwischen Jugendwohlfahrt und Jugendarbeit. Damit wird auch per Gesetz für die Jugendwohlfahrt ein gewisser Überschneidungsbereich mit der Jugendarbeit angesprochen, während für die Jugendarbeit (Bundesjugendförderungsgesetz) die Dienste, welche die öffentliche Jugendwohlfahrt bereitstellt, ausgeklammert werden. Ergänzend dazu beschreibt der Autor den Umstand, dass auf Bundesländerebene Jungendberatungsstellen und -dienste teilweise sehr wohl als Teil der Jugendarbeit thematisiert und beschrieben werden.

Abschließend erörtert der Autor drei Probleme und Schwierigkeiten beim Ausbau integrativer Ansätze:

1. Während für die Jugendwohlfahrt die Grundgesetzgebungskompetenz beim Bund, die ausführende Gesetzgebung bei den Ländern liegt, obliegt die Gesetzgebungskompetenz für die Jugendförderung gänzlich den Ländern.
2. Die Jugendwohlfahrt und Jugendarbeit sind zwei unterschiedliche Verwaltungsbereiche mit jeweils zugeordneter Finanzierung, dies setzt eine gute Kooperation von Leiter/innen unterschiedlicher politischer Ressorts (möglicherweise aus unterschiedlichen politischen Lagern) voraus.
3. Die Schnittstellen zur Jugendwohlfahrt werden von der Jugendarbeit als schwierig eingestuft, die Zusammenarbeit funktioniert nur punktuell.

DIE AUTORINNEN:

Univ.-Prof. Dr. **Eva Dreher** lehrt und forscht am Department für Psychologie der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) in München. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Entwicklungspsychologie des Jugend und frühen Erwachsenenalters, Entwicklungspsychologie der Lebensspanne: Konzepte der Entwicklungsregulation, Angewandte Entwicklungspsychologie: interdisziplinäre Ansätze zur Förderung der Entwicklung von Kompetenzen und Bewältigungsressourcen und Design, Didaktik und Evaluation systemischer Intervention und Beratung. Eva Dreher ist Mitglied der Sachverständigenkommission zum 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich.

Mag. **Sabine Liebentritt** (Studium der Psychologie, Universitätslehrgang Politische Bildung, Akademie-Studium „Public Relations") ist Geschäftsführerin des Bundesweiten Netzwerkes Offene Jugendarbeit – bOJA und Mitglied der Sachverständigenkommission zum 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich.

Teil A

Junge Menschen in Österreich – Jugend aus wissenschaftlicher Sicht

Kapitel 1: Jugendbegriff in Forschung und Praxis

Jugendforschung und Jugendarbeit agieren in multidisziplinären Handlungsfeldern. „Jugend" wird in den mit Jugendfragen befassten wissenschaftlichen Fachdisziplinen und der pädagogischen Praxis dabei teils sehr ähnlich, in Teilbereichen aber auch unterschiedlich konzeptualisiert. Expert/innen aus den Bereichen Soziologie, Entwicklungspsychologie, Pädagogik, Jugendarbeit und Jugendrecht zeigen im Folgenden, welche Zugänge zum Thema „Jugend" die für Jugendforschung und Jugendarbeit relevanten Fachbereiche bieten.

1.1 Soziologischer Jugendbegriff – Was ist Jugend?

Rudolf Richter

Soziologische Jugendbegriffe orientieren sich immer an der Empirie. Sie gehen nicht von einer idealistisch-metaphysischen Konzeption der Jugend aus, sondern davon, wie Gesellschaften Jugend verstehen, was als Jugend bezeichnet wird.

1. Jugend – historisch gesehen

So selbstverständlich wir heute von Jugend sprechen, so kurz wird Jugend als abgegrenzte Phase im Lebenslauf gesehen. Noch um 1900 stellen Historiker (z.B. Mitterauer 1986, Aries 1975) einen abrupten Übergang vom Kindheitsalter zum Erwachsenenalter fest. Zwar hat es eine Phase der Entwicklung der geschlechtlichen Reife immer gegeben, dass diese aber als eigenständige Phase im Lebenslauf gilt, ist kulturell gewachsen. Wie Persönlichkeitsveränderungen bewertet werden, wie weit man in der Gesellschaft jungen Menschen erlaubt, Lebensentwürfe auszuprobieren und Verhaltensmöglichkeiten zu entdecken, das ist nicht in der Biologie festgeschrieben, sondern gesellschaftlich konstruiert. Erst im Laufe des 20. Jahrhunderts beginnt sich eine Jugendphase herauszubilden. Diese Phase dehnt sich im Laufe des Jahrhunderts immer mehr aus.

Das hängt sehr eng mit der Verlängerung des Lebenslaufes insgesamt zusammen. Parallel zur Herausbildung einer Jugendphase entsteht auch eine neue Altersphase, die ebenfalls auf Grund der erhöhten Lebenserwartung immer länger wird. Das Bildungsbewusstsein des Bürgertums förderte die Entstehung einer eigenen Jugendphase. Lernen in Institutionen wurde als Vorbereitung für den Beruf als notwendig angesehen. Im Zuge der technologischen Entwicklung und der raschen Vergrößerung des Wissens wird diese Phase der Ausbildung immer länger. Heute sprechen wir vom Bildungsmoratorium.

Zudem kann man im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts eine Vorverlagerung der sexuellen Reife feststellen. Die Jugendphase beginnt früher.

2. Die Definition von Jugend

Das, was wir heute Jugend nennen, ist durch Besonderheiten in der biologischen, psychischen, sozialen und kulturellen Entwicklung gekennzeichnet (vgl. Hurrelmann 2007, Bolin 2009).

Biologisch beginnt die Jugendphase mit der Entwicklung der Sexualreife. Der Aufbau einer eigenen Geschlechtsrolle und die Entstehung von Partnerbindungen kennzeichnen die Jugend.

Mit dieser geht die Persönlichkeitsentwicklung einher. Die Jugendphase ist eine Periode des Ausprobierens verschiedener Identitäten. Diese Entwicklung ist im Laufe der Zeit immer freier und unspezifischer geworden. Waren früher die Jugendlichen noch in Institutionen wie kirchlichen Jugendgruppen, der Parteijugend und anderen organisierten Gemeinschaften integriert, so wird heute ein mehr oder weniger loser Freundeskreis für die Entwicklung wichtiger. Die Hinwendung zur Gleichaltrigengruppe ist für diese Persönlichkeitsentwicklung notwendig und wird auch gesellschaftlich toleriert.

Damit entwickelt sich auch die soziale Person. Die Jugendlichen sind auf der Suche nach ihrem Platz in der Gesellschaft, sie beobachten das gesellschaftliche Organisationsgefüge. Gerade dieser Prozess des Beobachtens bewirkt eine reflektierte und kritische Einschätzung gesellschaftlicher Hierarchien, die Ursache für vermehrte Protesthaltungen ist. Politische Werthaltungen werden übernommen und in manchen Fällen beginnt die Partizipation als Staatsbürger/in. Die Jugendlichen entwickeln die Fähigkeit, sich selbst einzuordnen.

Daneben übernehmen Jugendliche die Rolle von Konsumenten am Markt. Sie bekommen Geld und investieren in Konsumgüter. Der Mediensektor wird für die Jugendlichen besonders wichtig.

In der Phase der Schulbildung werden auch Berufsrollen entwickelt, aber erst gegen Ende der Jugendphase wird eine Berufsrolle ausgebildet und es gelingt, eigenständig ökonomisch zu handeln.

Parallel dazu entstehen und stabilisieren sich Werthaltungen. Dabei fällt auf, dass Jugendliche heute nicht weit von den Wertvorstellungen ihrer Eltern abweichen. Dies hängt damit zusammen, dass der Werthorizont der Eltern weiter ist als früher und verschiedene Werthaltungen akzeptiert werden. Medien und die Gleichaltrigengruppe, womöglich organisiert in Jugendszenen, sind dabei die wesentlichen Vermittler und haben Kirche und politische Parteien als Orientierungsinstanzen weitgehend abgelöst.

3. Abgrenzung gegen Kindheit und Erwachsenenphase

Die Soziologie kennt das Konzept der Passageriten, das aus der Anthropologie kommt. Umbrüche und Wechsel im Lebenslauf sind durch bestimmte Riten gekennzeichnet. So symbolisiert im christlichen Europa die Firmung den Übergang von Kindheit zum Jugendlichen. Im kommunistischen Deutschland entsprach diesem Ereignis etwa die Jugendweihe. Viele Gesellschaften kennen solche Riten.

Der Übergang zum Erwachsenenalter war gekennzeichnet durch Heirat, Familiengründung und Übernahme einer vollen Berufstätigkeit, vor allem durch den Mann.

Heute sind die Übergänge fließend. Die Religion spielt im säkularisierten Europa eine untergeordnete Rolle; Übergangsriten werden weniger bedeutungsvoll. Deswegen ist eine eindeutige Grenze kaum mehr sichtbar, kontinuierlich entwickelt sich das Kind zum Jugendlichen.

Auch der Übergang in die Erwachsenenphase ist nicht mehr eindeutig gekennzeichnet. Heirat und Familiengründung verschieben sich ins dritte Lebensjahrzehnt, aus dem Elternhaus ziehen die Jugendlichen in der Regel schon früher aus. Die Soziologie konnte feststellen, dass sich in den Achtzigerjahren des zwanzigsten Jahrhunderts eine Phase der Postadoleszenz entwickelt hat, heute spricht man oft von einem Stadium des jungen Erwachsenen. Darin ist die intellektuelle, soziale und biologische Reife erreicht, allerdings verweilen viele noch in Bildungsinstitutionen, gehen keiner geregelten Berufstätigkeit nach und sind weder verheiratet, leben auch nicht in lang dauernden Partnerschaften, noch haben sie Kinder. Damit ist auch hier ein fließender Übergang zur Erwachsenenphase gegeben. Ein typisches Beispiel für die Ambivalenz dieser Phase ist, dass die Jugendlichen ausziehen, bleiben oft aber bei den Eltern gemeldet, halten dort ihr Jugendzimmer aufrecht und nehmen vor allem elterliche Serviceleistungen in Anspruch, vom Kochen bis zum Wäschewaschen. Die neue Wohnung hat oft den Charakter eines Jugendzimmers außerhalb des elterlichen Haushalts.

Generell kann man eine frühe Jugendphase unterscheiden, die eigentliche pubertäre Phase, die mit etwa 12 Jahren beginnt, ein bis zwei Jahre andauert und dann bis etwa zum Alter von 17 Jahren ausklingt. Weiters eine mittlere Phase, die durch Abschluss einer Bildungsstufe und Übergang für viele zu einer tertiären Ausbildung gekennzeichnet ist. Schließlich eine späte Jugendphase der 22- bis 30- Jährigen, gekennzeichnet durch den graduellen Übergang zur vollen Erwachsenenrolle (vgl. auch Cuyvers 2004 für Europa).

4. Die Diversifizierung von Jugend

Jugend ist aber nicht gleich Jugend. Sie stellt sich heute diversifizierter dar als früher, vielfältiger auch als es die ohnehin schon sehr weite Charakterisierung der Jugendphase, wie wir sie oben getroffen haben, vermuten ließe (vgl. etwa Hoikkala 2009, Shell 2006). Der gesamtgesellschaftliche Prozess der Individualisierung bewirkt eine soziale Stratifikation von Jugend.

Spezialisierte Bildungsverläufe, frühe Entscheidungen für einen bestimmten Schulzweig lassen unterschiedliche Lebensformen und erwartbare Lebensverläufe entstehen. Eine grundlegende Differenzierung wird bestimmt durch die Entscheidung, ob man Hauptschule und Lehre absolviert oder in die Mittelschule eintritt. Dann stellt sich die Frage, ob berufsbildend oder allgemeinbildend und welcher Zweig. Dies erzeugt unterschiedliche Erfahrungen. Die soziale sozio-ökonomische Situation der Herkunftsfamilie, die Möglichkeiten, an der Konsumkultur zu partizipieren oder nicht, verfestigt soziale Unterschiede und kann sie sogar vergrößern.

Nicht zu unterschätzen sind Normen des Jugendrechts, die Jugend als spezielle Phase behandeln. So gelten besondere strafrechtliche Regelungen für Jugendliche. In bestimmten Bereichen gibt es regionale Differenzen, etwa im Jugendschutzrecht. Die Ausgehzeiten in den Bundesländern sind unterschiedlich geregelt, sodass 16-Jährige in einem Bundesland bis 1 Uhr (z.B. Wien) in einem anderen bis 23.00 (z.B. Steiermark) alleine ausgehen dürfen. Es gibt Regelungen bis zum Alter von 14 Jahren, dann eventuell bis 16 (z.B. Wahlalter ab 16) und bis 18 Jahren (z.B. volle Geschäftsfähigkeit). So unterscheidet auch der Gesetzgeber unterschiedliche Jugendphasen.

Die Globalisierung (vgl. auch Beck, Beck-Gernsheim 2009) und die Medien haben wesentlich zu einer Diversifizierung der Jugendphase beigetragen. Jugend entwickelt sich heute nicht mehr im begrenzten Bereich des Dorfes, der Nachbarschaft, der Schule oder überschaubarer lokaler Regionen, viel weitere geografische Regionen sind mitzudenken. Ein wesentliches Charakteristikum der Jugend ist die Mediennutzung. Damit sind nicht nur die mittlerweile traditionellen Medien wie Fernsehen oder verschiedene Musikträger gemeint, vielmehr spielt das Internet eine wesentliche Rolle. Die Möglichkeit der sozialen Software wie etwa Facebook oder MySpace, die interaktiv sofortigen Austausch von Informationen ermöglichen und die von den Jugendlichen genutzt werden, erweitern das Lernen in den virtuellen Raum hinein und globalisieren es. Dazu kommen Urlaubsreisen, die heute in weiter entfernte Länder gehen als früher. Ebenso erweitern schulische Austauschprogramme vor allem im tertiären Sektor den internationalen Austausch.

Diese Möglichkeiten stehen aber nicht allen in gleicher Weise offen, sie sind sozial unterschiedlich verteilt. Das führt zu mannigfaltigen, individualisierten Erfahrungen. Ein gemeinsamer Erfahrungshorizont, der eine Generation kennzeichnet, existiert nicht mehr, es sei denn die gemeinsame Erfahrung der Vielfältigkeit.

Horizontale und vertikale Differenzierungen prägen das Leben der Jugend und lassen sozial ungleiche Lebenschancen entstehen. Nicht alle Gesellschaftsmitglieder haben gleichen Zugang zu den Medien, nicht alle gleichen Zugang zu den Konsumgütern. Es entstehen Benachteiligungen, Exklusionen, Ausschlüsse aus dem vermeintlichen Mainstream. Ansteigende Jugendkriminalität, Aggressivität und Vandalismus sind auch als Resultate dieser sozialen Ungleichheitsprozesse.

Daneben spielen sich horizontale Differenzierungsprozessen ab, die durch die Vielfalt an möglichen und angebotenen Werten entstehen und zu unterschiedlichen Lebensstilen führen. Sie drücken sich in Jugendszenen aus, oft lokal, meist auch zeitlich begrenzt. Früher sprach die Soziologie von Jugendkulturen oder Subkulturen. Im Begriff der Kultur ist allerdings ein relativer konsensueller, von den Mitgliedern einer Kultur geteilter Wertekanon mitgedacht. Dieser wird zunehmend unverbindlicher. Deswegen scheint der Begriff der Szene geeigneter (vgl. Wächter 2008, Ferchhoff 2007, Heinzlmaier 2004). Einer Jugendszene kann man sich für eine Zeit anschließen, kann aber auch sehr einfach wieder ausscheiden. Es gibt kaum Aufnahmeriten. Äußerlichkeiten wie bestimmte, leicht zu besorgende Kleidung und der Aufenthalt an bestimmten Plätzen (Szenelokale) bestimmen die Zugehörigkeit. Geht man nicht mehr hin, gehört man nicht mehr dazu. Die Mitgliedschaft ist fluktuierend. Manche finden schon den Begriff der Jugendstile als zu bestimmend.

5. Herausforderungen für Gesellschaft und Politik

Die heutige Situation der Jugend stellt Gesellschaft und Politik vor neue Herausforderungen (siehe auch: Roger 2007). Es ist nicht mehr nur die Jugend schlechthin in Kontrast zur Erwachsenengeneration zu betrachten, sondern auf die ausdifferenzierten sozialen Lagen der Jugend, wie auch auf die Ausweitung der Phase in all ihren Unterschieden hinzuweisen. Es kommt darauf an, auf die verschiedenen, individualisierten Lebensformen zu reagieren. Daraus ergeben sich Fragen für die Bildungspolitik (welche Bildungswege sollen für welche Gruppen angeboten werden?), der Sozialpolitik (wie soll soziale Ungleichheit zwischen reichen und armen, Migrant/innen und Nicht-Migrant/innen, unterschied-

lichen Herkunftsmilieus ausgeglichen werden), der Wohnungspolitik (welche Wohnformen sind neben dem Wohnen bei den Eltern zu berücksichtigen) und vieles andere mehr.

Für die Politik stellt sich im Bereich der Jugend die Aufgabe, auf diese vielfältigen Lebensformen im Rahmen eines diversity mamagements einzugehen.

6. Ausblick

Es gibt auch heute eine Jugendphase im Lebenslauf; diese ist allerdings schillernd, dauert länger und ist nicht gegenüber der Kindheits- und Erwachsenenphase eindeutig abgrenzbar. Der biologische und soziale Reifeprozess geht fließend in die Erwachsenenphase über.

Hinter der Vorstellung des Erwachsenseins steht, dass das Gesellschaftsmitglied vollverantwortlich das öffentliche Leben (z.B. im Beruf) und das Privatleben (z.B. in Familie) als soziale Person gestalten kann. Diese idealtypische Vorstellung ist aber empirisch nicht einfach zu verifizieren. Auch die Erwachsenenphase muss keineswegs durch klare öffentliche und private Rollen bestimmt sein. Phasen unterschiedlicher Berufstätigkeit, Berufswechsel und Arbeitslosigkeit einerseits, wie auch Familienphasen, die durch Scheidung von Phasen eines Singledaseins – wie es eher für Jugendliche charakteristisch war – abgelöst werden, bewirken, dass sich die einzelnen Lebensabschnitte immer weniger voneinander substanziell unterscheiden. Auch lebenslanges Lernen, die Notwendigkeit, umzulernen und den Beruf zu wechseln, zeigen, dass Ausbildung nicht mit der formalen Schulausbildung abgeschlossen ist. Heute gibt es auch in der Erwachsenenphase Ausbildungszeiten.

Die gesellschaftlichen Lebenswelten werden durch ihre Vielfältigkeit und Flexibilität immer ähnlicher. So muss heute die Abfolge des Lebenslaufs neu diskutiert werden. Die Definition der Phasen, die sich mit der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft seit dem 19. Jahrhundert in Europa herausgebildet haben, mag der heute vorhandenen empirischen Realität der Vielfältigkeit, der Ambivalenz und des Fluktuierens nicht mehr gerecht werden.

Solange allerdings noch keine Vorschläge für Neudefinitionen und keine neue Theorien des Lebenslaufs existieren, wird es weiterhin gerechtfertigt sein, von einer Jugendphase zu sprechen.

Literatur

Bolin, Göran (2004): Themed Section Introduction: Research on Youth and Youth Cultures. In: Young 12, 2004. Thousand Oaks: Sage. 237-243

Cizek, Brigitte, Schipfer, R. K. (Hg.) (2004): Zwischen Identität und Provokation. Das Spannungsfeld Jugendliche – Erwachsenwerden – Familie. Dokumentation des Symposiums Familie in Wissenschaft und Praxis. 20.-22. Nov., 2002. Strobl am Wolfgangsee. ÖIF Materialien- Heft 19, 2004.

Beck, Ulrich/ Beck-Gernsheim, Elisabeth (2009): Global Generations and the Trap of Methodological Nationalism For a Cosmopolitan Turn in the Sociology of Youth and Generations. In: European Sociological Review. 25(1), 2009. Oxford: Oxford University. 25-36.

Cuyvers, Peter (2004), Verspätete Familienbildung – verspätetes Erwachsenenwerden, in: Cizek, Brigitte, Schipfer, R. K. (Hg.) (2004): Zwischen Identität und Provokation. Das Spannungsfeld Jugendliche – Erwachsenwerden – Familie. ÖIF Materialien Heft 19, 2004. S. 57 – 69.

Heinzlmaier, Bernhard (2004) Szenen, Szenecodes und Jugendtrends: Was Eltern über ihre Kinder wissen sollten. In: Cizek, Brigitte, Schipfer, R. K. (Hg.) (2004): Zwischen Identität und Provokation. ÖIF Materialien Heft 19, 2004. S. 71-79.

Ferchhoff, Wilfried (2007): Jugend und Jugendkulturen im 21. Jahrhundert. Lebensformen und Lebensstile. Wiesbaden: VS Verlag für Soziawissenschaften

Friesl, Christian, Kromer, Ingrid, Polack, Regina (Hg.) (2009): Lieben, Leisten, Hoffen. Die Wertewelt junger Menschen in Österreich. Wien: Czernin

Hagendorn, Jörg (2008): Jugendkulturen als Fluchtlinien. Zwischen Gestaltung von Welt und der Sorge um das gegenwärtige Selbst. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Hoikkala, Tommi (2009): The diversity of youth citizenships in the European Union. In: Young 17, 2009. Thousand Oaks: Sage. 5-24

Hurrelmann, Klaus (2007): Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. 9., aktualisierte Auflage. Weinheim und München: Juventa

Mitterauer, Michael (1986): Sozialgeschichte der Jugend, Frankfurt am Main, Suhrkamp

Roger, Clemence (2007): Youth participation in society. In: Asia Europe Journal. 5(4), 2008. Berlin und Heidelberg: Springer. 439-477

Shell Deutschland Holding (Hg.) (2006): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Klaus Hurrelmann, Mathias Albert, TNS Infratest Sozialforschung. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch

Wächter, Natalia (2008): Aktuelle Jugendkulturen in Theorie und Praxis. Squatter, Blogger, Krocha, Boarder, Lookalikes, … . In: Bogner, R./ Stipsitz, R. (Hg.): Jugend im Fokus. Pädagogische Beiträge zur Vergewisserung einer Generation. Prag: Löcker. 83- 105

DER AUTOR:

Univ.-Prof. Dr. **Rudolf Richter** ist Dekan der Fakultät für Sozialwissenschaften und Professor für Soziologie am Institut für Soziologie an der Universität Wien. Seine Forschungsinteressen liegen vor allem in den Bereichen der Familiensoziologie, der politischen Soziologie sowie der Demokratie- und Sozialstrukturforschung.

1.2 Jugend aus entwicklungspsychologischer Perspektive

Eva Dreher

Eine Definition von ‚Jugend' aus der Sicht der Psychologie hat zunächst eine Reihe von Bedeutungsfacetten zu berücksichtigen, die als Dimensionen des Jugendbegriffs in den Sozialwissenschaften generell vertreten sind. Disziplinübergreifender Konsens besteht im Verständnis der ‚Jugendphase' als soziohistorisch und gesellschaftspolitisch verankertes Phänomen, das dem epochalen Wandel, der sozioökonomischen und multikulturellen Veränderung von Lebensbedingungen unterliegt, letztlich aber auch das Selbstverständnis der jeweiligen Erwachsenengeneration widerspiegelt. Als übereinstimmende Position gilt ferner, dass das ‚Jugendalter' innerhalb des Lebenszyklus eine besonders markante Phase darstellt; Entwicklungspfade der Kindheit münden in biologische, kognitive und soziale Veränderungen, deren Dynamik sowohl bisherige Entwicklungseffekte moderiert als auch prospektiv auf Prozesse und Funktionen späterer Entwicklungsetappen wirkt (vgl. Oerter & Dreher, 2008).

Traditionell wie aktuell weisen Fragestellungen zum Phänomen ‚Jugend' eine hohe interdisziplinäre Ausrichtung aus. Daraus folgt, dass Befunde und Erfahrungen beteiligter Forschungs- und Praxisfelder wiederum relevante Informationen für den Fluss definitorischer Akzentsetzungen bieten. Diesbezüglich prototypische Modifikationen betreffen sowohl Korrekturen in der zeitlichen Strukturierung der Jugendphase (z.B. Beginn, Dauer, Ende), als auch generations- und/oder kohortenabhängige Typisierungen von ‚Jugend' als spezifischer Lebensphase.

Diesbezüglich interessant ist die derzeit viel diskutierte Ausdehnung der Jugendphase mit Verlagerung des Beginns ‚nach unten' und Ausdehnung des Abschlusses ‚nach oben'. Anfang des letzten Jahrhunderts wurden mit den Begriffen ‚verkürzte Pubertät' und ‚gestreckte Pubertät' (Bernfeld, 1923) geringere vs. größere Entwicklungschancen aufgrund eines früheren bzw. späteren Berufseintritts gekennzeichnet. Obwohl auch heute noch Variationen der Ausbildungszeit zu den Kriterien qualitativ (nicht quantitativ) unterschiedlicher Entwicklungsbedingungen zählen, gilt heute generell, dass die Jugendphase innerhalb komplexer und sich rasch verändernder Lebensbezüge als ‚Lernphase' für den Auf- und Umbau von Kompetenzen, Rollen und Funktionen der Lebensbewältigung eine zeitliche Ausdehnung rechtfertigt.

Theoretische und empirische Zugänge, die für eine definitorische Analyse zweckdienlich sind, bietet die Entwicklungspsychologie, die ihren Gegenstand als „Beschreibung und Erklärung sowie Vorhersage und Beeinflussung menschlichen Verhaltens und Erlebens unter dem Aspekt der Veränderung über die Zeit" (Trautner, 2006) formal bestimmt.

Entwicklung als ‚Veränderung über die Zeit' kommt zunächst in einer Periodisierung des Jugendalters zur Geltung. Hierbei werden unter Verwendung von Altersmarken bereichsspezifische Veränderungsmuster differenziert. In der Literatur fällt auf, dass zur Abgrenzung unterschiedlicher ‚Jugendetappen' keine einheitlichen Kennzeichnungen verwendet werden, was u.a. auf interdisziplinär unterschiedliche Definitionskriterien zurückgeht. Im Kontext entwicklungsbezogener Jugendforschung ist der Terminus ‚Adoleszenz' internatio-

nal gebräuchlich. Als Beginn des Jugendalters bzw. Abgrenzung zur Kindheit gilt das Einsetzen der biologischen Prozesse der Geschlechtsreife (Pubertät).

Die eigentliche Kennzeichnung der Jugendentwicklung erfolgt über eine phänomenologische Differenzierung der Veränderungsdynamik über drei Phasen hinweg, wobei entsprechende Altersangaben die jeweilige zeitliche Erstreckung markieren. Unterschieden werden ‚frühe Adoleszenz' (early adolescence) zwischen 10 und 13 Jahren, ‚mittlere Adoleszenz' (middle adolescence) zwischen 14 und 17 Jahren und ‚späte Adoleszenz' zwischen 18 und 21 Jahren (vgl. Steinberg, 2008, p. 7). Für diesen Altersbereich werden – vornehmlich im englischen Sprachgebrauch – die Begriffe ‚Youth' oder ‚Emerging Adulthood' verwendet. Als Kennzeichnung einer speziellen Entwicklungsetappe ist ‚Emerging Adulthood' allerdings konzeptuell weiter gefasst (Arnett, 2004; Arnett, 2007). Neben der Zeitdimension (18 Jahre bis Beginn des dritten Lebensjahrzehnts) werden definitorische Merkmale auf zwei Ebenen differenziert: erstens anhand gesellschaftlich relevanter Kriterien des Erwachsenseins (z.B. Selbständigkeit, finanzielle Unabhängigkeit, Eigenverantwortlichkeit, berufliche und familiäre Verpflichtungen), zweitens auf der Basis subjektiver Komponenten des eigenen Lebensstils (z.B. Exploration, Wahl- und Entscheidungsalternativen).

Generell zu berücksichtigen ist bei einer Zuordnung von Altersangaben zu entwicklungsabhängigen Phänomenen, dass ‚Alter' im engeren Sinn keine genuin entwicklungsursächliche Variable darstellt, sondern Abläufe in der Zeit repräsentiert. Insofern wird im entwicklungswissenschaftlichen Verständnis die Dimension ‚Zeit', die – naturwissenschaftlich betrachtet – eine physikalische Variable ist, im Sinne einer Trägervariable für reifungs- und erfahrungsabhängige Prozesse definiert. Bezüglich der Bedeutung von Altersangaben ist ferner in Rechnung zu stellen, dass dabei alle Differenzierungsmerkmale individueller Entwicklungstempi außer Acht gelassen sind.

Für das psychologische Verständnis jugendtypischen Verhaltens und Erlebens hatte – historisch betrachtet – die biogenetische Position von Granville Stanley Hall (1846-1924) nachhaltige Bedeutung. Seine Entwicklungskonzeption (1904) basiert auf der Annahme, dass individuelle Wachstums- und Reifungsmuster (Ontogenese) großteils dem Grundplan der Entstehung der menschlichen Art (Rekapitulation der Phylogenese) folgen und chronologisch geordnete Stufen abbilden. Hall definiert ‚Adoleszenz' als eigenständige Stufe, die auf die Stufen frühe Kindheit, Kindheit und Jugend folgt. Ihr dominantes Merkmal basiert auf der Annahme, dass reifungsabhängige Veränderungen mit psychischen Krisen korrespondieren. Bis in die 70er Jahre hielten sich – trotz Relativierung und Kritik – Spuren dieser Auffassung in unterschiedlichsten Provenienzen (vgl. Sturm-und-Drang-Thematik; zweite Trotzphase in der Adoleszenz; adjustment vs. turmoil). Galt ‚Krisenhaftigkeit' über lange Zeit als das Kennzeichnen des Jugendalters, so fällt die gegenwärtige Sicht insofern moderater aus als jede Entwicklung einerseits eine Erweiterung bisheriger Möglichkeiten (Entwicklung als Fortschritt) mit sich bringt, andererseits das Verlassen von vorhandener Sicherheiten (Entwicklung als Risiko) bedeutet. Es trifft zu, dass Entwicklungsprozesse der Adoleszenz auch heutige Jugendliche mit einer Vielzahl von Veränderungen konfrontieren und ein breites Spektrum an Reaktionsmustern unterschiedlich ‚vehementer' Ausprägung hervorrufen. Dennoch sind die Strategien der Auseinandersetzung, die Schritte der Umorientierung und Neuanpassung nicht generell mit ‚Krisen' im Sinne von dramatischen Entwicklungsstörungen oder devianten Phänomenen gleichzusetzen.

Aktuelle entwicklungstheoretische Positionen umfassen die gesamte Lebensspanne und arbeiten mit Konzepten, die zur Kennzeichnung der Entwicklung im Jugendalter ebenfalls relevante Zugänge bieten. Hierzu zählen insbesondere ‚Entwicklungsaufgaben', ‚Übergänge' und ‚kritische Lebensereignisse', wobei das Verständnis von ‚Bewältigung' sowohl den Bezug zu sich selbst als auch die wechselseitige Passung mit den Systemen der umgebenden Lebenswelt impliziert (vgl. Dreher, 2007).

Das Konzept der Entwicklungsaufgaben – von Robert J. Havighurst und seinen Kollegen an der Universität von Chicago während der 30er und 40er Jahre erarbeitet – zielte vornehmlich darauf ab, entwicklungspsychologisches Wissen und Denken zur Förderung pädagogisch kompetenten Handelns zu vermitteln. Unter dem Titel 'Developmental tasks and education' publizierte Havighurst 1948 seine Konzeption, die Entwicklung als einen Lernprozess auffasst, der sich über die gesamte Lebensspanne erstreckt. Das Spektrum von Entwicklungsaufgaben im Jugendalter umfasst die (Neu-)Konzeptualisierung von Identität, Eltern-, Freundschafts- und Partnerbeziehungen, Aufbau von Autonomie (emotional, kognitiv, verhaltensbezogen), Ausbildungs- und Berufsorientierung, die Übernahme der Geschlechtsrolle, bis hin zu Zukunftsentwürfen des eigenen Lebensstils.

Entwicklungsaufgaben resultieren aus biologischen Veränderungen, gesellschaftlichen Erwartungen und individuellen Wert- und Zielsetzungen und führen im Kontext realer Anforderungen zum Erwerb von Fertigkeiten und Kompetenzen, die zur konstruktiven und zufriedenstellenden Bewältigung des Lebens in einer Gesellschaft notwendig sind. „It assumes an active learner interacting with an active social environment" (Havighurst 1982, S. VI) – eine Formulierung, die sich mühelos in moderne dynamisch kontextualistische Entwicklungskonzeptionen integrieren lässt. Das Konzept ‚Entwicklungsaufgabe' weist insofern auf das entwicklungstheoretisch aktuelle Konstrukt ‚aktive Selbstgestaltung' hin. Die hierbei zugrunde liegende Annahme besagt, dass das Individuum durch eigene Aktivität als Ko-Produzent seiner Entwicklung fungiert (Lerner & Busch-Rossnagel, 1981; Lerner & Steinberg, 2004). Eine Konkretisierung hierzu bieten aktuellste Forschungspositionen zur Hirnentwicklung in der Adoleszenz, die beispielweise im Prinzip des ‚use it or lose it' den aktiven Beitrag der Person zur strukturellen und funktionalen Veränderungen des Gehirns verankert sehen (Steinberg et al., 2006; Keating, 2004).

Die Mitgestaltung der eigenen Entwicklung zählt zu den Qualitätsstandards einer ressourcenorientierten Entwicklungsförderung, deren Praxisumsetzung die Funktion von Mentoren und Mentorinnen in den Blick rückt. Erst seit einigen Jahren findet die Untersuchung von Mentorenfunktionen im Kontext von Entwicklungsförderung breiteres Forschungsinteresse (Rhodes, 2005; Rhodes & Lowe, 2009; Darling, 2005; DuBois, & Karcher, 2005). Im Verständnis des entwicklungsorientierten Lernens (Rogoff, 1990) fordern Mentor/innen auf der Basis ihres Erfahrungsvorsprungs Handlungen und Strategien heraus, die den Jugendlichen beim Erwerb und der Optimierung von Selbst- und Sozialkompetenzen unterstützen. Unter traditioneller wie aktueller Perspektive der Förderung der Jugendentwicklung (vgl. Greenberger & Sorensen, 1974; Silbereisen & Lerner, 2007; Lerner et al., 2009) gelten Selbst- und Sozialkompetenzen als Kriterien psychosozialer Reife. Hierzu zählen: Strategien der Selbstregulation, bereichs- und situationsspezifisches Sozialverhalten, Fähigkeit zur Selbstreflexion und Selbstbewertung, Kenntnis und Nutzung sozialer Ressourcen.

Literatur

Arnett, J. J. (2004). A longer road to adulthood. In Emerging Adulthood: The Winding Road from Late Teens through the Twenties (pp. 3-25). New York: Oxford University Press.

Arnett, J. J. (2007). Emerging Adulthood: What Is It, and What Is It Good For? Child Development Perspectives, 1(2), 68-73.

Bernfeld, S. (1923). Über eine typische Form der männlichen Pubertät. Imago, 167-188.

Darling, N. (2005). Mentoring adolescents. In D. L. DuBois & M. J. Karcher (Eds.), Handbook of Youth Mentoring (pp. 177-190). Thousand Oaks: Sage Publications.

Dreher, E. (2007). Opitimierung von Selbstwirksamkeit. Entwicklungspotenziale (er-)kennen und nutzen! In A. Bucher, K. Lauermann & E. Walcher (Hrsg). Ich kann. Du kannst. Wir können. Selbstwirksamkeit und Zutrauen. 55. Tagungsband der Internationalen Pädagogischen Werktagung, Salzburg, 2006, S. 33-57.

DuBois, D. L. & Karcher, M. J. (2005). Youth Mentoring: Theory, research, and practice. In D. L. DuBois & M. J. Karcher (Eds.), Handbook of Youth Mentoring (pp. 2-11). Thousand Oaks: Sage Publications, Inc.

Greenberger, E. & Sorensen, A. B. (1974). Toward a concept of psychosocial maturity. Journal of Youth and Adolescence, 3 (4), 329-358.

Hall, G. S. (1904). Adolescence. Its Psychology and its Relations to Physiology, Anthropology, Sociology, Sex, Crime, Religion, and Education (Vol. I and II). New York: Appleton.

Havighurst, R. J. (1982). Developmental Tasks and Education. (1st ed. 1948; 7th printing). New York: Longman

Keating, D. P. (2004). Cognitive and brain development. In R. M. Lerner & L. Steinberg (Eds.), Handbook of Adolescent Psychology (Second Edition, pp. 45-84). Hoboken, NJ.: Wiley & Sons, Inc.

Lazarsfeld, P. F. (1931). Jugend und Beruf. Jena: Fischer.

Lerner, R. M. & Busch-Rossnagel, N. A. (1981). Individuals as producers of their development: Conceptual and empirical bases. In R. M. Lerner & N. A. Busch-Rossnagel (Eds.), Individuals as producers of their development (pp. 1-36). New York: Academic Press.

Lerner, R. M. & Steinberg, L. (2004). The scientific study of adolescent development. Past, present, and future. In R. M. Lerner & L. Steinberg (Eds.), Handbook of Adolescent Psychology (Second Edition, pp. 1-12). Hoboken, NJ.: Wiley & Sons, Inc.

Lerner, J. V., Phelps, E., Forman, Y. & Bowers, E. P. (2009). Positive Youth Development. In R. M. Lerner & L. Steinberg (Eds.), Handbook of Adolescent Psychology (Third Edition. Vol. 1: Individual Bases of Adolescent Development, pp. 524-558). Hoboken, NJ.: Wiley & Sons, Inc.

Oerter, R. & Dreher, E. (2008). Jugendalter. In R. Oerter & L. Montada (Hrsg.). Entwicklungspsychologie (6. Auflage, S. 271-332). Weinheim: Psychologie Verlags Union.

Rhodes, J. E. (2005). A model of Youth Mentoring. In D. L. DuBois & M. J. Karcher (Eds.), Handbook of Youth Mentoring (pp. 30-43). Thousand Oaks: Sage Publications.

Rhodes, J. E. & Lowe, S. R. (2009). Mentoring in Adolescence. In R. M. Lerner & L. Steinberg (Eds.), Handbook of Adolescent Psychology (Third Edition. Vol. 2: Contextual Influences on Adolescent Development, pp. 152-190). Hoboken, NJ.: Wiley & Sons, Inc.

Rogoff, B. (1990). Apprenticeship in thinking: cognitive development in social context. New York: Oxford University Press.

Silbereisen, R. K. & Lerner, R. M. (2007). Approaches to Positive Youth Development: A view of the issues. In R. K. Silbereisen & R. M. Lerner (Eds.), Approaches to Positive Youth Development (pp. 3-30). London: Sage Publications Ltd.

Steinberg, L. (2008). Adolescence (8th edition). New York: McGraw-Hill.

Steinberg, L., Dahl, R., Keating, D., Kupfer, D. J., Masten, A. S. & Pine, D. S. (2006). The study of developmental psychopathology in adolescence: Integrating affective neuroscience with the study of context. In D. Cicchetti & D. J. Cohen (Eds.), Developmental Psychopathology (Vol. 2: Developmental Neuroscience, pp. 710-741). Hoboken, NJ: J. Wiley & Sons, Inc.

Trautner, H.-M. (2006). Entwicklungsbegriffe. In W. Schneider & F. Wilkening (Hrsg.), Theorien, Modelle und Methoden der Entwicklungspsychologie. Enzyklopädie der Psychologie, Themenbereich C: Theorie und Forschung, Serie V: Entwicklungspsychologie (Bd. 1, S. 59-91). Göttingen: Hogrefe.

DIE AUTORIN:

Univ.-Prof. Dr. **Eva Dreher** lehrt und forscht am Department für Psychologie der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) in München. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Entwicklungspsychologie des Jugend- und frühen Erwachsenenalters, Entwicklungspsychologie der Lebensspanne: Konzepte der Entwicklungsregulation, Angewandte Entwicklungspsychologie: interdisziplinäre Ansätze zur Förderung der Entwicklung von Kompetenzen und Bewältigungsressourcen und Design, Didaktik und Evaluation systemischer Intervention und Beratung. Eva Dreher ist Mitglied der Sachverständigenkommission zum 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich.

1.3 Jugend aus pädagogischer Sicht

Stephan Sting

Vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 70er und 80er Jahre des 20. Jahrhunderts hat sich ein gesellschaftliches Strukturmuster von „Jugend" herausgebildet, das eng an die Entwicklung der Industrie- und Arbeitsgesellschaft gekoppelt ist: „Jugend" galt demnach als Medium gesellschaftlicher Entwicklung, als das Neue, Kommende, mit dem gesellschaftlichen Fortschritt und der Zukunft Verbundene. Zugleich wurden Heranwachsende im Rahmen des „Bildungsmoratoriums" teilweise von gesellschaftlichen Verpflichtungen und Verbindlichkeiten freigesetzt, um sich für zukünftige Positionen in der Gesellschaft zu bilden und zu orientieren. Zum Kennzeichen der Jugendphase wurde das Erproben und Austesten normativer Regeln und Grenzen und das Experimentieren mit neuartigen Lebensorientierungen und soziokulturellen Praktiken. Als Spiegel der Zukunft erfuhr sie hohe gesellschaftliche Aufmerksamkeit, was einerseits eine Kontrolle und skeptische Überwachung der „Gesellschaftsfähigkeit" der Jugend mit sich brachte und andererseits eine Jugendforschung, die nach dem jeweils neuen und zukünftigen Bild der Jugend – als Bild der zukünftigen Gesellschaft – suchte (vgl. Schröer 2002; Münchmeier 2005; Böhnisch u.a. 2005).

Die gegenwärtigen gesellschaftlichen Transformationen führen dazu, dass sich dieses Strukturmuster von Jugend auflöst. Stichworte dazu sind die Pluralisierung und Ausdehnung der Jugendphase sowie die Entstrukturierung oder Entgrenzung von Jugend. Inzwischen erscheint es nicht mehr legitim von „der Jugend" sowie von kontextunabhängigen „Jugendtypen" zu sprechen. Die Jugendphase bewahrt zwar ihre spezifische, mit Hilfe des Konzepts der Entwicklungsaufgaben beschreibbare Entwicklungslogik und sie wird in biographischen Selbstreflexionen als intensives Lebensgefühl erlebt, das jedoch eine große Varianz von Problemkonstellationen und Lebenssituationen aufweist (vgl. Göppel 2005, 2, 76ff.). Die Jugendphase zeichnet sich durch Heterogenität in Abhängigkeit von der Lebenslage und durch Ausdifferenzierung in Teilprozesse und Einzelphasen aus.

Böhnisch, Schröer und Thiersch beobachten, dass sich der Zusammenhang von Jugend und gesellschaftlicher Erneuerung entkoppelt. Die Jugend ist heute „keine strategische Sozialgruppe einer entwicklungsbewussten Gesellschaft" mehr (Böhnisch u.a. 2005, 146). Die menschliche Arbeitskraft wird durch Rationalisierung und technische Produktivität entwertet. Das bringt den Autoren zufolge eine Entwertung und „Entgrenzung" von Jugend mit sich: Jugendliche werden aus ihrem geschützten Entwicklungsraum herausgelöst und mit sozialen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Armut oder familiären Trennungen konfrontiert. Zugleich werden die Übergänge in den Erwachsenenstatus unübersehbar und ungewiss (Böhnisch u.a. 2005, 147ff.). Münchmeier konstatiert in diesem Kontext eine Reihe neuer Anforderungen an Jugendliche: einen verschärften Bildungsdruck und Wettbewerb um Bildungsabschlüsse, der zu einer Verlängerung der Schul- und Ausbildungszeiten führt und dennoch keine Gewähr für eine erfolgreiche berufliche Positionierung bietet; die Auseinandersetzung mit einer Pluralität von Wert- und Lebensorientierungen; steigende Erwartungen an Selbstständigkeit, Mobilität, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit (Münchmeier 2005, 817). Für einen Teil der Jugendlichen besteht die Bedrohung des „Überflüssigwerdens", bei dem die Integration ins Erwerbsleben dauerhaft scheitert.

Im Zuge des gesellschaftlichen Transformationsprozesses verschieben sich die Handlungsorientierungen Jugendlicher. In der Spannung von institutionalisiertem, gesellschaftlich vorgegebenem Lebenslauf und eigener Biographie geht es weniger um Eigensinn, Emanzipation und Selbstbestimmung als um die Suche nach Zugehörigkeiten und Integration. Dabei weicht das Abwarten und Zurückstecken zugunsten eines späteren, zukünftigen Erwachsenenstatus zumindest partiell einer ausgeprägteren Gegenwartsorientierung. Durch die Verengung der Zukunftshorizonte sind die Gegenwart und die Konzentration auf kurzfristigere Aufgaben der Lebensbewältigung wichtiger geworden (vgl. Schröer 2002, 91; Münchmeier 2005, 827).

Dennoch bleiben die Entwicklungsanforderungen der Pubertät und die Erwartungen, die mit den gesellschaftlichen Bildern des sozialen Lebensalters „Jugend" einhergehen, bestehen (vgl. Raithelhuber 2008, 169). Die sich ausdehnende Jugendphase ist nach wie vor durch einen Zustand der Schwebe, des Dazwischen-Lebens und des Übergangs geprägt. Dabei sind die Orientierungsaufgaben komplexer geworden und von der diffusen Angst des Nicht-Mithalten-Könnens begleitet (Schröer 2002, 92). Vor dem Hintergrund hat sich das Experimentier- und Risikoverhalten verstärkt, während Jugendlichen zugleich weniger Kredit für Experimente und Selbsterprobungen zugebilligt wird. Jugendkulturelles Handeln wird zunehmend kontrolliert und gerät schneller in „soziale Risikozonen" der Devianz (Böhnisch u.a. 2005, 147). Die Jugendphase erscheint immer mehr als Problemphase und als Phase der „Verwundbarkeit", was durch die Verschlechterung der gesundheitlichen Situation von Jugendlichen untermauert wird (Homfeldt/Sting 2006, 139).

Eine Folge der gesellschaftsweiten Etablierung des Konzepts „Jugend" bestand darin, dass soziale Ungleichheiten in der homogenisierten Schul- und Jugendkultur latent geworden sind. Die verstärkte gesellschaftliche Polarisierung führt jedoch dazu, dass Selektions- und Differenzierungsprozesse gegenwärtig schon im Jugendalter offensichtlich werden. Heranwachsende müssen heute als eine nach Geschlecht, Ethnizität, Entwicklungsbesonderheiten und Status unterschiedene Zielgruppe betrachtet werden. Darüber hinaus produziert der verschärfte Bildungswettbewerb nicht nur Sieger, sondern auch Verlierer, die mit Misserfolgen und Erfahrungen des Scheiterns konfrontiert sind. Die daraus resultierenden Belastungen können zu Ohnmachtsgefühlen, Verweigerung und früher Abwendung von der gesellschaftlichen „Normalität" führen (vgl. Blandow 2008, 136). Insbesondere Jugendliche aus sozial benachteiligten Milieus stehen zwar vor denselben Aufgaben wie andere Jugendliche, verfügen aber über geringere soziale Ressourcen und treffen in ihrem Umfeld auf andere Angebote zur Lebensorientierung. Im Verlauf der Übergangssequenz Schule-Ausbildung-Beruf brechen die herkunftsbedingten Ungleichheiten zunehmend auf, und es verstärken sich soziale Schließungstendenzen, die sozial benachteiligte Jugendliche mit stark eingeschränkten Optionen zur Lebensgestaltung konfrontieren (vgl. Raithelhuber 2008, 154). Nach Schätzungen sind davon bis zu einem Fünftel der Heranwachsenden betroffen (Hornstein 2009, 56).

Die Verlängerung und Ausdifferenzierung der Jugendphase bringt eine Aufsplitterung in Teilprozesse mit sich. Das klassische Jugendalter von 14 bis 18 Jahren ist heute dadurch charakterisiert, dass die Jugendlichen überwiegend in der Familie leben und noch zur Schule gehen. Die Ausdehnung der Bildungszeiten hat die Gleichsetzung von „Jungsein" und „Schüler/innensein" zur Folge. Eine Konsequenz davon ist die „Entmischung der

Generationen": „Generationendurchmischte Situationen, wie sie z.B. für die Situation am Arbeitsplatz typisch sind, werden in der Jugendphase strukturell knapp …" (Münchmeier 2005, 819). Die Bedeutung von „Jungsein" ergibt sich daher weniger aus der Abgrenzung und Differenz zu den „Alten" als aus dem Vergleich, der Zugehörigkeit und Identifikation mit Gleichaltrigen.

Zugleich wird eine zweite Such- und Orientierungsphase notwendig, die die gesellschaftlichen Transformationen erzwungen, aber auch ermöglicht haben. In pädagogischen Kontexten wird das Alter der 18- bis ca. 25-Jährigen als „junges Erwachsenenalter" bezeichnet. Münchmeier betrachtet diese „zweite, nachschulische Jugendphase" als einen komplizierten und „offenen Lebensbereich", der ein hohes Maß an Unbestimmtheit und biographischen Risiken in sich birgt und durch spezifische Anforderungen geprägt ist: Die jungen Erwachsenen bewegen sich noch unterhalb des gesellschaftlich anerkannten Selbstständigkeitsstatus; sie sind nach wie vor von ihren Familien abhängig, wobei die Verantwortung für die erfolgreiche Berufseinmündung in den letzten Jahren stark zulasten der Familien und deren ungleichen Ressourcen privatisiert worden ist; sie müssen ihren persönlichen Entwicklungsprozess mit erreichbaren Formen der beruflich-ökonomischen Entwicklung verbinden und im Rahmen der brüchig gewordenen Standards des Erwachsenseins eine ihren Lebensumständen angemessene Lebenspraxis entwickeln (Münchmeier 2005, 826; vgl. auch Schröer 2002, 90).

Auch Arnett weist auf die Enttäuschungen, Desillusionierungen und Zurückweisungen hin, die in dieser Lebensphase zu bewältigen sind; er betont aber stärker den explorativen und experimentellen Charakter der späten Jugendphase, die er sowohl von der „Adoleszenz" als auch vom „jungen Erwachsenenalter" abgrenzt und mit dem Begriff der „Emerging Adulthood" beschreibt (vgl. Arnett 2000, 474ff.). Er stellt damit die Eigenständigkeit dieses Lebensabschnitts heraus, der durch biographische Instabilität, Diversität und Nicht-Normativität gekennzeichnet ist, wodurch individuelle Willensentscheidungen eine große Rolle bei der eigenen Lebensgestaltung spielen. Emerging Adulthood ist für ihn ein neuer Lebensabschnitt, der durch sein hohes Maß an Freiheiten bei relativ geringen Zwängen und sozialen Kontrollen Spielräume für biographische Erkundungs- und Orientierungsprozesse eröffnet (vgl. Arnett 2000, 475f.). Diese Phase hat sich in Gesellschaften mit hohen Bildungsanforderungen und prosperierender ökonomischer Entwicklung etabliert. Sie ist eine Reaktion auf die Vervielfältigung von Lebensoptionen, wobei die Möglichkeit, sie positiv als Gestaltungschance wahrzunehmen von den Ressourcen und der sozialen Position des Heranwachsenden abhängt.

Schließlich hat die Verfrühung der Jugendphase mit sich gebracht, dass sich 10- bis 14-Jährige immer weniger als Kinder begreifen. Es hat sich eine neue Zwischenphase der „Vermischung" von Kindheit und Jugend etabliert, die mit dem Hilfsbegriff der „Kids" bezeichnet wird (vgl. Drößler 2002, 53). Die Vorverlagerung der Pubertät, die frühe Einbindung in die Medien- und Konsumwelt und die reduzierte elterliche Kontrolle nach dem Übergang in weiterführende Schulen führen zu einer soziokulturellen Akzeleration, nach der 10- bis 14-Jährige zunehmend jugendtypische und jugendkulturelle Lebensstile entwickeln, zugleich aber noch keine demonstrative Ablösung von Erwachsenen betreiben und sich durch eine Gleichzeitigkeit von kindlichen und jugendlichen Verhaltensweisen auszeichnen (vgl. Böhnisch 1999, 119ff.). In pädagogischen Kontexten wird deutlich, dass

diese Altergruppe nicht mehr in Angebote der Kinderarbeit passt, in Angeboten für Jugendliche aber ebenfalls oft noch nicht richtig Fuß fasst. Die Kids sind Ausdruck einer „Zerfaserung" von Jugend nach unten (Drößler 2002, 57). Man könnte sie in Anlehnung an Arnett als „Emerging Adolescents" bezeichnen.

Die Ausdifferenzierung von Jugend in heterogene Teilphasen macht deutlich, dass Heranwachsen heute komplexer geworden ist. Diese Entwicklung ist nicht nur Resultat einer plural und komplex gewordenen Gesellschaft, sondern ebenso einer Erweiterung der Lebensspanne durch die Erhöhung der Lebenserwartung, die es zulässt, dass sich biographische Selbsterprobungen verlängern.

Literatur

Arnett, J. J. (2000): Emerging Adulthood. A Theory of Development From the Late Teens Through the Twenties. In: American Psychologist, Vol. 55, No. 5, pp. 469-480

Blandow, J. (2008): Jugend. In: Hanses, A./Homfeldt, H. G. (Hrsg.): Lebensalter und Soziale Arbeit. (Schneider Verlag Hohengehren) Baltmannsweiler, S. 131-151

Böhnisch, L. (1999): Sozialpädagogik der Lebensalter. (Juventa) Weinheim

Böhnisch, L./Schröer, W./Thiersch, H. (2005): Sozialpädagogisches Denken. (Juventa) Weinheim

Drößler, T. (2002): Kids. In: Schöer, W./Struck, N./Wolff, M. (Hrsg.): Handbuch Kinder- und Jugendhilfe. (Juventa) Weinheim, S. 53-79

Göppel, R. (2005): Das Jugendalter. (Kohlhammer) Stuttgart

Homfeldt, H. G./Sting, S. (2006): Soziale Arbeit und Gesundheit. München

Hornstein, W. (2009): Jugend-Gesellschaft-Politik. Plädoyer für eine zukunftsorientierte Konstruktion von Jugend und eine generationenbewusste Politik. In: Soziale Passagen 1, H. 1, S. 49-71

Münchmeier, R. (2005): Jugend. In Otto, H. U./Thiersch, H. (Hrsg.): Handbuch Sozialpädagogik/ Sozialarbeit. (Reinhardt) München, S. 816-830

Raithelhuber, E. (2008): Junge Erwachsene. In: Hanses, A./Homfeldt, H. G. (Hrsg.): Lebensalter und Soziale Arbeit (Schneider Verlag Hohengehren) Baltmannsweiler, S. 152-173

Schröer, W. (2002): Jugend. In: Schröer, W./Struck, N./Wolff, M. (Hrsg.): Handbuch Kinder- und Jugendhilfe. (Juventa) Weinheim, S. 81-97

DER AUTOR:

Univ.-Prof. Dipl.-Päd. Dr. **Stephan Sting** ist stellvertretender Institutsvorstand des Instituts für Erziehungswissenschaften und Bildungsforschung an der Universität Klagenfurt und Studienprogrammleiter der Studienrichtung Pädagogik. Seine Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte sind Sozialpädagogik und Bildung, Soziale Arbeit und Gesundheit, Suchtprävention und die Theorie der Sozialpädagogik. Weiters ist er Mitglied der Sachverständigenkommission zum 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich.

1.4 Jugendbegriff in der Jugendarbeit: Der junge Mensch als Mensch

Lajali Abuzahra

Junge Menschen sind in erster Linie Menschen. Es handelt sich bei dieser Aussage um keine Tautologie und auch nicht um eine selbstverständliche Selbstverständlichkeit. Vielmehr geht es darum, einen Aspekt zu betonen, der nicht immer als gegeben wahrgenommen wird: Junge Menschen sind denkende Wesen, die selbständig handeln und dementsprechend auch selbständig entscheiden können. Daraus folgt, dass sie auch ein Recht darauf haben, ihre Entscheidungen auch tatsächlich selbst zu fällen. Jugendliche weisen als Menschen insofern Bedürfnisse auf, die auch andere Menschen haben. Sie brauchen Freunde und Kontakte, Arbeit und Bildung, etc.

1. Junge Menschen vs. alte Menschen?

Den jungen Menschen als vollwertigen Menschen anzuerkennen, bedeutet auch, die Konfliktlinie des Alters zu überwinden. Aus dieser Perspektive werden junge Menschen nicht mehr als Subgesellschaft betrachtet, die in die breitere Gesellschaft „hineingeführt" werden müssen. Vielmehr wird anerkannt, dass sie ein Teil der Gesellschaft sind. Und so sind auch die Unterschiede zwischen Menschen höheren Alters ebenso innerhalb der Gruppe der jungen Menschen zu finden. Junge Menschen haben Arbeit und sind arbeitslos. Sie weisen einer höheren und einen niedrigeren Bildungsstand auf. Manche haben einen Migrationshintergrund und andere nicht. All die Unterscheidungsmerkmale, die wir in der breiteren Gesellschaft finden, finden wir ebenso unter Jugendlichen. In diesem Sinne sind Jugendliche ein Spiegelbild unserer Gesellschaft und bilden keine Subgruppe oder Parallelgesellschaft.

2. Jugendarbeit und der junge Mensch

Abseits der juristischen Definition von Jugendlichen und den damit zusammenhängenden Konsequenzen hat das für die Jugendarbeit v.a. eine Konsequenz: Jugendliche dürfen nicht wahrgenommen werden als Menschen, denen geholfen werden muss, sondern als Menschen, die in ihrer eigenen Persönlichkeitsentwicklung begleitet und unterstützt werden. Jugendarbeit ist in diesem Sinne keine Konstruktionsarbeit, sondern eine unterstützende Arbeit. Das bedeutet für Jugendarbeiter/innen u.a., Jugendliche als volle Menschen anzunehmen, auf deren Wünsche und Persönlichkeiten einzugehen und mit keinem vorgefertigten Bild des perfekten Jugendlichen an diese jungen Menschen heranzutreten. Das heißt, die spezifische Lebenswelt der Jugendlichen anzuerkennen, ihnen in erster Linie zuzuhören, bevor die Begleitung und Unterstützung beginnt. Das heißt, dass junge Menschen in ihren Befindlichkeiten und Problemen auch ernst genommen werden müssen. Sie sind mündige Menschen mit anzuerkennenden Gedanken. Jugendliche sollen nicht verändert werden, sondern in ihrer Entwicklung begleitet werden.

3. Konsequenzen für die Jugendarbeit

Für die praktische Jugendarbeit bedeutet das, ein Angebot für Jugendliche zu offerieren, das folgende Kriterien erfüllt:

- Bedürfnisorientierung: Jugendarbeit hat auf Basis der Bedürfnisse von Jugendlichen konzipiert zu werden. Das bringt eine ständige Veränderung für die Konzeptionalisierung der konkreten Jugendarbeit mit sich. Entsprechend der jeweiligen Bedürfnisse von Jugendlichen, die immer wieder aufs Neue „erforscht" werden müssen, sollen diese im Mittelpunkt der Jugendarbeit stehen.
- Freiräume für Jugendliche schaffen: Jugendarbeit soll nicht ausschließlich vorgeben, sondern als Folge des „Zuhörens" Jugendlichen auch erlauben, ihre eigenen Freiräume zu gestalten. Der Kreativität und Eigengestaltung von Jugendlichen sollen keine Grenzen gesetzt werden. Vielmehr soll die Jugendarbeit dafür sorgen, Jugendlichen Räume zur Verfügung zu stellen, in denen Jugendliche Eigenverantwortung übernehmen können, um in diesem Prozess der Eigenverantwortung in ihrer Persönlichkeitsentwicklung heranzureifen.
- Ressourcenorientierung
- Lebensweltorientierung: Es gilt, in der Jugendarbeit die Lebensweltorientierung von Jugendlichen als Maßstab zu nehmen. Das heißt zum einen, die Lebensumstände von Jugendlichen als Ausgangspunkt zu nehmen und die Orientierung von Jugendlichen, in welche Richtung sie ihr Leben steuern wollen, als Richtung anzuerkennen, um ihnen auf dem Weg dorthin Unterstützung mitzugeben.
- Freiwilligkeit
- Offenheit und Niederschwelligkeit: Um möglichst viele Jugendliche zu erreichen, muss darauf geachtet werden, dass so wenige Barrieren wie nur möglich existieren. Abseits eines vielfältigen Angebots für Jugendliche mit verschiedenen Ansprüchen gilt es v.a., eine Niederschwelligkeit zu garantieren, die es erlaubt, Angebote für so viele Jugendliche wie nur möglich zu garantieren, ohne bestimmte Segmente auszuschließen.
- Partizipation: Die Jugendarbeit soll Jugendliche nicht als Teilnehmer/innen wahrnehmen, sondern als partizipierende Akteur/innen, die selbst im Mittelpunkt stehen.

DIE AUTORIN:

Lajali Abuzahra, studiert Politikwissenschaft in Wien und ist aktiv bei den Jungen Musliminnen Österreich (JMÖ) und Mitglied der Sachverständigenkommission zum 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich.

1.5 Überlegungen zum juristischen Jugendbegriff

Alois Birklbauer

Geht es darum, den Begriff des „Jugendlichen" im juristischen Kontext zu erfassen, so ist zunächst zu fragen, inwieweit er in verschiedenen Rechtsnormen beschrieben wird. Bei der Darstellung dieses Themas soll im Folgenden der Fokus auf die rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten des Jugendlichen auf der einen Seite und das Zuschreiben von Verantwortung durch allfällige rechtliche Konsequenzen auf der anderen Seite gelegt werden.

Im Hinblick auf die zivilrechtliche Geschäftsfähigkeit und damit verbunden die Übernahme von zivilrechtlicher Verantwortung differenziert das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch (ABGB) nicht zwischen „jugendlich" und „erwachsen", sondern zwischen minderjährig (bis zum vollendeten 18. Lebensjahr) und volljährig (vgl § 21 ABGB). Innerhalb der Minderjährigen wird weiters zwischen mündigen (ab Vollendung des 14. Lebensjahres) und unmündigen Minderjährigen unterschieden (§ 21 Abs 2 ABGB) mit der Konsequenz, dass ein mündiger Minderjähriger über Sachen, die ihm zur freien Verfügung überlassen worden sind, und über sein Einkommen aus eigenem Erwerb soweit verfügen und sich verpflichten kann, als dadurch nicht die Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse gefährdet wird (§ 151 Abs 2 ABGB). Vor Vollendung des 14. Lebensjahres kann ein Kind nur Rechtsgeschäfte abschließen, die von Minderjährigen seines Alters üblicherweise geschlossen werden und eine geringfügige Angelegenheit des täglichen Lebens betreffen. Auch diese Rechtsgeschäfte hängen grundsätzlich von der Zustimmung des Erziehungsberechtigten ab. Sie werden jedoch unabhängig davon mit der Erfüllung der das Kind treffenden Pflichten rückwirkend rechtswirksam (vgl § 151 Abs 3 ABGB). Trotz fehlender ausdrücklicher Begrifflichkeit kann man auf Grund der vorhandenen rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten als „Jugendliche" im Bereich der zivilrechtlichen Geschäftsfähigkeit allenfalls Personen ab Vollendung des 14. und vor Vollendung des 18. Lebensjahres erfassen. Andere Altersgrenzen sind nicht von Bedeutung. Nach Vollendung des 18. Lebensjahres gibt es überhaupt keinen Ansatz für eine altersmäßige Differenzierung.

Das vollendete 14. Lebensjahr als markante Grenze zwischen „Kind" und „Jugendlicher" ergibt sich auch aus dem Abstellen auf die zivilrechtliche Verantwortungsfähigkeit (Schadenersatz- oder Deliktsfähigkeit). Verursacht ein Kind vor Vollendung des 14. Lebensjahrs einen Schaden, so ist es grundsätzlich nicht zum Ersatz verpflichtet (vgl § 1308 ABGB). Der Richter kann jedoch aus Gründen der Billigkeit dem Geschädigten einen Schadenersatz zusprechen „mit Rücksicht auf das Vermögen des Beschädigers und des Beschädigten" (§ 1310 ABGB), wenn also das Kind finanziell weitaus besser gestellt ist als der Geschädigte. In der Praxis wird häufig ein entsprechender Schadenersatz auch zugesprochen, wenn eine entsprechende Haftpflichtversicherung für das Kind besteht und das Kind somit den Schaden nicht selbst zu tragen braucht. Mit Vollendung des 14. Lebensjahres trifft auch einen Minderjährigen die volle Schadenersatzpflicht.

Eine ähnliche Relevanz von Altersgrenzen in Zusammenhang mit Verantwortung gibt es auch im Bereich des Strafrechts. Die Strafmündigkeit ist die Grundvoraussetzung für die Schuldfähigkeit (§ 11 Strafgesetzbuch; StGB) und damit für die Verhängung strafrechtlicher Reaktionen (Strafen, vorbeugende Maßnahmen, Diversion), wobei es diesbezüglich keine Unterschiede zwischen gerichtlichem und verwaltungsbehördlichem Strafrecht gibt

(vgl § 4 Verwaltungsstrafgesetz; VStG). Die Strafmündigkeit ist grundsätzlich mit Vollendung des 14. Lebensjahres gegeben (§ 74 Abs 1 Z 1 StGB; §§ 1 Z 1; 4 Abs 1 Jugendgerichtsgesetz; JGG). Vorher kann sie keinesfalls vorliegen. Bei fehlender geistiger Reife kann sie auch noch bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres ausgeschlossen sein (§ 4 Abs 2 Z 1 JGG). Mit Vollendung des 18. Lebensjahres ist sie stets anzunehmen, außer eine Person ist zur Zeit der Tat wegen einer Geisteskrankheit, wegen einer geistigen Behinderung, wegen einer tiefgreifenden Bewusstseinsstörung oder wegen einer anderen schweren, einem dieser Zustände gleichwertigen seelischen Störung unfähig, das Unrecht seiner Tat einzusehen oder nach dieser Einsicht zu handeln (vgl § 11 StGB). Entsprechend dieser Konsequenzen definiert § 1 Z 2 JGG den Jugendlichen auch als Person, die „das vierzehnte, aber noch nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat". Trotz mit Vollendung des 14. Lebensjahres grundsätzlich vorhandener Strafmündigkeit gibt es bis zum vollendeten 18. Lebensjahr noch verschiedene Möglichkeiten, einen Jugendlichen nicht mit der vollen Härte zu bestrafen, indem zB die Rahmen für das Ausmaß einer möglichen Freiheitsstrafe nur halb so groß sind wie für Erwachsene (vgl § 5 Z 4 JGG).

Das Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) mit der zentralen Aufgabe, die „Entwicklung Minderjähriger durch Anbot von Hilfen zur Pflege und Erziehung zu fördern und durch Gewährung von Erziehungsmaßnahmen zu sichern (Jugendfürsorge)" (vgl § 1 Abs 1 Z 2 JWG), definiert den Jugendbegriff nicht eigens, sondern spricht primär vom „Minderjährigen", wohl nicht zuletzt durch den Konnex zum Erziehungsrecht, das den zivilrechtlichen Begriffen und Kategorien folgt. Das JWG spricht jedoch von „Jugendlichen" ausdrücklich etwa in § 31 Abs 4 JWG, wenn es die Möglichkeit einräumt, Hilfen zur Erziehung auch nach Erreichung der Volljährigkeit mit Zustimmung des Jugendlichen längstens bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres fortzusetzen, wenn dies zur Sicherung des Erfolges bisheriger Erziehungshilfen notwendig ist. Jugendlicher ist demnach also eine volljährige Person nach Vollendung des 18. und vor Vollendung des 21. Lebensjahres. Im Bereich der Jugendwohlfahrt obliegt nur die Grundsatzgesetzgebung der Kompetenz des Bundes. Die Ausführungsgesetze fallen in die Zuständigkeit der Länder (vgl Art 12 Abs 1 Z 1 B-VG), sodass es im Bereich des Jugendwohlfahrtsrechts neun Landesgesetze gibt, die im Rahmen dieses Berichts keiner eingehenden Analyse unterzogen werden können. Beispielhaft sei nur das oö. JWG erwähnt. Dieses verwendet immer wieder das Begriffspaar „Kinder und Jugendliche" (vgl §§ 1 Abs 3; 10 Abs 4 und 5; 17 oö. JWG), ohne allerdings die Begriffe zu definieren. Die in § 43 Abs 2 oö. JWG normierte Möglichkeit, für „Jugendliche" Hilfen zur Erziehung auch nach Erreichung der Volljährigkeit mit Zustimmung des Jugendlichen längstens bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres fortsetzen zu können, wenn dies zur Sicherung des Erfolges bisheriger Erziehungshilfen notwendig ist, deutet darauf hin, dass der Begriff des Jugendlichen im Bereich der Jugendwohlfahrt für volljährige junge Menschen reserviert sein soll und bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres der Begriff des Kindes und damit verbunden des Kindeswohls im Mittelpunkt steht.

Der Jugendschutz fällt in die ausschließliche Kompetenz der Länder (vgl Art 15 B-VG), wodurch es neun verschiedene Jugendschutzgesetze gibt. Beispielhaft sei an dieser Stelle wiederum das oö. Jugendschutzgesetz (JSchG) erwähnt. § 2 Z 1 oö. JSchG definiert als Jugendliche „Minderjährige bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres". Der Begriff des Kindes ist diesem Gesetz fremd, womit überhaupt keine Grenze nach unten besteht und

somit z.B. ein 7-jähriges Kind ein Jugendlicher iS des oö. JSchG ist. Dies wird vor allem in der Regelung über den Aufenthalt von Jugendlichen (vgl § 5 oö. JSchG) deutlich, wenn ausdrücklich geregelt ist, dass Jugendlichen bis zum vollendeten 14. Lebensjahr von 5.00 Uhr bis 22.00 Uhr der Aufenthalt an allgemein zugänglichen Orten (z.B. Plätzen, Straßen, Parks, Freigelände) oder in Gastgewerbebetrieben, bei öffentlichen oder Kinovorführungen ohne Begleitung einer Aufsichtsperson erlaubt ist (§ 5 Abs 1 Z 1 lit a oö. JSchG). Freilich können Strafsanktionen gegen Jugendliche (vgl § 13 oö. JSchG) auf Grund der allgemeinen Voraussetzung der Strafmündigkeit nur gegen Jugendliche ab Vollendung des 14. Lebensjahres ausgesprochen werden, womit in einzelnen Bereichen wiederum die Altersgrenze 14 von Bedeutung ist.

Um ein abgerundetes Bild der Bedeutung von Jugendalter und (zivil- und strafrechtlicher) Verantwortung zu erhalten, sei noch darauf hingewiesen, dass trotz fehlender strafrechtlicher Verantwortung mangels Erreichung des Strafmündigkeitsalters sehr wohl eine Registrierung von unter 14-jährigen Jugendlichen, die im Verdacht stehen, eine gerichtlich strafbare Handlung begangen zu haben, zulässig ist (vgl § 57 Abs 1 Z 5 Sicherheitspolizeigesetz; SPG). Diese Daten können dann zwei Jahre lang gespeichert bleiben (vgl § 58 Abs 1 Z 5 SPG).

Zusammengefasst sei festgehalten, dass der Begriff des Jugendlichen in unserer Rechtsordnung nicht einheitlich definiert ist. Auf Grund der Verantwortung, die jungen Menschen zugeschrieben wird, ist jedoch das Alter zwischen dem vollendeten 14. und 18. Lebensjahr als juristisch relevantes Jugendalter einzustufen.

DER AUTOR:

Univ.-Prof. Mag. Dr. **Alois Birklbauer** ist Universitätsprofessor am Institut für Strafrechtwissenschaften und Leiter der Abteilung für Praxis der Strafrechtswissenschaften und Medizinstrafrecht auf der Johannes Kepler Universität Linz und u.a. Mitglied des Menschenrechtsbeirats.

Kapitel 2: Eine entwicklungspsychologische Perspektive

2.1 Das Jugendalter – Lebensabschnitt und Entwicklungsphase

Eva Dreher
Ulrike Sirsch
Sabine Strobl
Sigrid Muck

Das Jugendalter ist Ausgangspunkt vielfältiger Auseinandersetzungen, in denen konträre Perspektiven, polarisierende Meinungen und nicht zuletzt auch Idealisierungen vorzufinden sind. Sowohl gesellschaftliche und kulturelle Dimensionen als auch konkurrierende Lebensentwürfe spiegeln sich – über Zeitalter hinweg – in den Vorstellungen über ‚Jugend' wider. Belege hierfür reichen zurück bis in die Antike. Im Alltagsdenken wird 'Jugend' oft mit 'Erwachsenwerden' assoziiert. Global betrachtet ist damit eine Übergangsperiode gemeint, die zwischen Kindheit und Erwachsenenalter liegt. Die Zuschreibung der Attribute 'nicht mehr Kind' und 'noch nicht Erwachsener' akzentuiert eine 'Zwischenposition', die beides umfasst: Verhaltensformen und Privilegien der Kindheit aufzugeben und Fähigkeiten, Aufgaben, Rollen und Handlungsmöglichkeiten zu erwerben, die den Status und die Ressourcen des Erwachsenen begründen und ausfüllen.

Der folgende Beitrag widmet sich dem Jugendalter unter entwicklungspsychologischer Perspektive mit dem Ziel, theoretische Grundlagen und praxisrelevante Konzepte aufzuzeigen. Er soll zum Verständnis der Veränderungen in der Jugendphase beitragen und den Blick auf Entwicklungsressourcen dieses Lebensabschnitts richten. Zentrale Themen hierzu werden in drei Abschnitten behandelt: Im ersten geht es um dominante Fragestellungen und Konzepte entwicklungspsychologischer Jugendforschung, die im Wandel ihrer Geschichte aufgezeigt werden und Zugänge zu aktuellen Forschungsbereichen verdeutlichen.

Der zweite Abschnitt befasst sich mit Differenzierungen der Jugendphase. Zunächst werden unterschiedliche Entwicklungsetappen des Jugendalters vorgestellt. Die nachfolgende Beschreibung biologischer, kognitiver und sozialer Veränderungen wird verknüpft mit deren Bedeutung für zentrale Themen der adoleszenten Persönlichkeitsentwicklung. Der dritte Abschnitt schlägt eine Brücke zur Praxis der Entwicklungsförderung. Ausgehend von Qualitätsstandards entwicklungsorientierter Intervention wird das Modell einer evidenzbasierten Entwicklungsförderung vorgestellt. Es zeigt Strategien und Ziele auf, die die Auseinandersetzung mit Entwicklungsaufgaben unterstützen, den Erwerb von Kompetenzen und Persönlichkeitsressourcen fördern und den Jugendlichen letztlich dazu befähigen, einen aktiven Part in der Gestaltung der eigenen Entwicklung auszuüben.

1. Theorien und Trends entwicklungspsychologischer Jugendforschung

Geht es um das Verständnis von ‚Jugend', so sind im Alltagswissen wie in der Fachdiskussion die Begriffe ‚Krisenzeit' und ‚Identitätsfindung' wohlbekannt und mit unterschiedlichen Assoziationen, Erklärungen und Wertungen verknüpft. Ein kurzer Blick auf die theoretischen Wurzeln dieser ‚Ankerbegriffe' zeigt markante Punkte im Wandel des Verständnisses dieser Entwicklungsetappe auf und verdeutlicht im historischen Exkurs zentrale Forschungsanliegen der Entwicklung im Jugendalter.

Von der ‚Krise' zu ‚Bewältigungskonzepten'

Historisch betrachtet stammt die erste und explizit als Entwicklungstheorie der Adoleszenz ausgewiesene Theorie aus dem Bereich der biogenetischen Erklärungsansätze und geht auf Granville Stanley Hall (1846-1924) zurück, der zugleich als Begründer einer wissenschaftlich fundierten Psychologie des Jugendalters gilt. Nach Halls Auffassung ist die Adoleszenz eine „Sturm und Drang"-Periode, deren charakteristische Merkmale vehemente innerpsychische Spannungen und interpersonelle Konflikte sind (vgl. Hall, 1904). Die Unvermeidbarkeit dieser Phänomene sieht er in der biologischen Entwicklung begründet; sie verlaufe sprunghaft und diese Diskontinuität spiegle sich in der psychischen Organisation wider.

Obwohl diese Position bereits damals auf Widerspruch stieß (z.B. Hollingworth 1928), blieb das „Sturm und Drang"-Konzept – auch 'Stör-Reiz'-Modell genannt – über Jahrzehnte ein konstantes Paradigma der Jugendentwicklung. In der phänomenologischen Tradition der Jugendforschung beispielsweise wurden Tagebücher von Jugendlichen analysiert (Bühler, 1928, 1991) und dabei Merkmale des Erlebens und Verhaltens als Korrelate biologischer Veränderungen typisiert. Noch in den 50er Jahren fand die Annahme, dass reifungsabhängige Veränderungen mit psychischen Krisen korrespondieren und dies in 'Trotzperioden' zum Ausdruck komme, vor allem in der pädagogisch-psychologischen Praxis hohe Akzeptanz. In der Stufenkonzeption von Oswald Kroh (1951, 1958) beispielsweise wird der Übergang in die Adoleszenz als 'zweite Trotzphase' bezeichnet.

In der psychoanalytischen Tradition erachtet Anna Freud (1958, 1969) die Adoleszenz als krisenhafte Phase der psychosexuellen Entwicklung. Ihre Auffassung „to be normal during the adolescent period is by itself abnormal" (Freud, 1958, S. 275) ist charakteristisch für die damals geführte 'storm and stress debate'. Als Quelle der Konflikthaftigkeit galt die mit der sexuellen Reife verbundene Intensivierung libidinöser Energien, für deren Abwehr der Jugendliche (noch) nicht über adäquate Mechanismen (Ich-Funktionen) verfügt und infolge dessen mit Normen, Werten und Standards seiner Identifikationspersonen in Konflikt gerät (Über-Ich). Die innerpsychischen Turbulenzen begründen sowohl einen Anstieg an Impulsivität, Aggressivität und Egozentrik als auch emotionale Extreme und ambivalente Verhaltensformen zwischen exzessiver Unabhängigkeit und Abhängigkeit. Diese Fokussierung auf ‚Konflikthaftigkeit' erschien insbesondere zur Erklärung von Prozessen der Ablösung von den Eltern und des Ringens um Autonomie plausibel.

Eine gewisse Wende von Krisenkonstellationen hin zu Bewältigungskonzepten ging zunächst von neoanalytischen Ansätzen aus. Sie nehmen eine stärkere Gewichtung der Ich-Funktionen vor und räumen damit den kognitiven Prozessen in der Auseinandersetzung

mit Problemen einen höheren Stellenwert ein (vgl. Haan, 1977). So sind beispielsweise die Einschätzung der situativen Anforderungen und die Beurteilung der eigenen Handlungsmöglichkeiten wichtige handlungsleitende Komponenten in Bezug auf mögliche Bewältigungsstrategien (Copingstrategien). Vor allem aus der Stress- und Bewältigungsforschung (vgl. Lazarus, 1986) gingen weitere Differenzierungen kognitiver und emotionaler Bewältigungsmöglichkeiten hervor, die einer bis heute aktuellen Coping-Forschung des Jugendalters als theoretische Grundlage dienen (vgl. Seiffge-Krenke, 1995; Seiffge-Krenke & Lohaus, 2006).

‚Krisen' und ‚Ich-Identität'

Die schärfste Kontrastierung zum biogenetischen Krisenpostulat bot die Kulturanthropologie mit einem jugendtheoretischen Ansatz, dessen Basiskonstrukt ‚Identität' lautet. Nach Mead (1971) bedeutet Identität im Wesentlichen Bindung an Sinnkonzepte und kulturelle Werte sowie Orientierung an Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft innerhalb der Gesellschaft. Während für Jugendliche in statischen Kulturen Identität aus der Zugehörigkeit, den Sitten und Handlungsformen ihre Volkes erwächst, wird die Identitätssuche vor allem in komplexen, sich rasch wandelnden Gesellschaften zur zentralen Aufgabe.

Diese Fokussierung bietet eine interessante Parallele zur psychosozialen Entwicklungstheorie von Erik H. Erikson (1902-1994). Das Generalthema seiner Theorie ist das Erringen von Identität. Dieser Prozess der Persönlichkeitsentwicklung erstreckt sich über die gesamte Lebensspanne und beruht auf der Bewältigung so genannter ‚psychosozialer Krisen'. Erikson (1988) verwendet den Krisenbegriff im Sinne von ‚Wendepunkten' in der Auseinandersetzung mit den spezifischen Herausforderungen einer jeden Lebensetappe. Die ‚Wendepunkte' verweisen einerseits auf ‚Vulnerabilität', die aus dem Aufbrechen bestehender Identifikationen erwächst, andererseits auf Potenziale der Veränderung und den Erwerb neuer Ressourcen.

Der Adoleszenz als Phase der Exploration und Selbsterprobung weist Erikson explizit zwei Aufgaben zu: zum einen die Integration psychosexueller und psychosozialer Veränderungen, zum anderen die Orientierung in der komplexen Anforderungsstruktur der Erwachsenenwelt mit dem Ziel, eigene Werte und für sich eine Position innerhalb der Gesellschaft zu finden. Zur Bewältigung dieser Aufgaben bedarf es des Aufbaus von Selbstkonsistenz. Auf dieser Leistung beruht nach Erikson die Entwicklung von ‚Ich-Identität', als Potential, das den Jugendlichen für die Auseinandersetzung mit nächsten Herausforderungen rüstet.

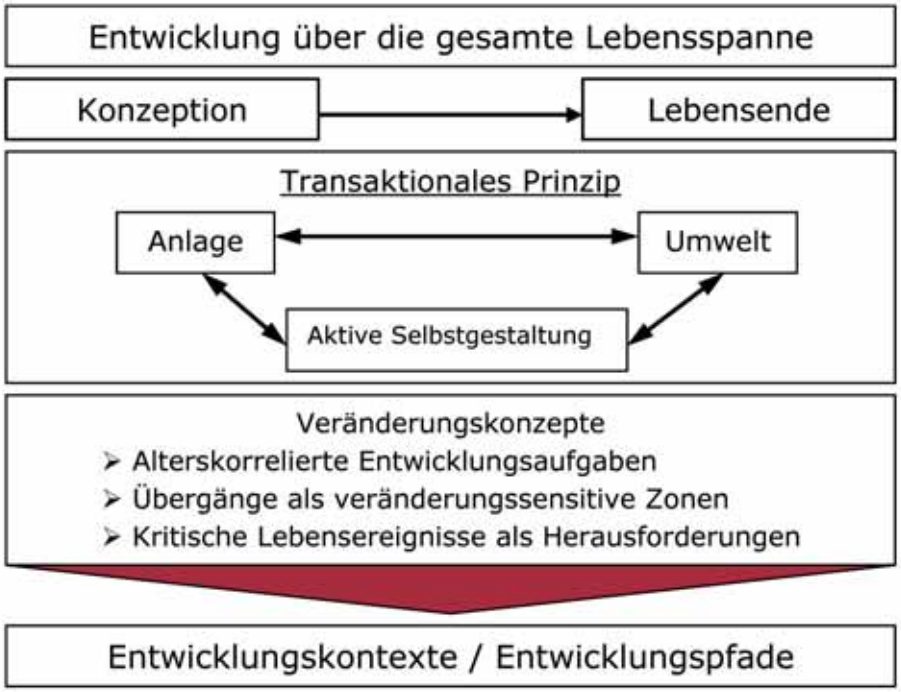
Von ‚Entwicklungsaufgaben' zu ‚Entwicklungspotenzialen'

Auf der internationalen Ebene ist seit den 70er Jahren eine Intensivierung und konzeptuelle Erweiterung der jugendpsychologischen Forschung zu verzeichnen. Der Aufschwung profitiert u. a. von einer stärkeren interdisziplinären Ausrichtung, wodurch wissenschaftliche Fortschritte aus den Bereichen der Biologie, Soziologie, Anthropologie und Medizin in Fragestellungen des Jugendalters einbezogen werden können. Demgegenüber resultieren neue konzeptuelle Akzentsetzungen in der entwicklungspsychologischen Adoleszenzforschung aus der Profilierung zentraler Paradigmen der Lifespan-Entwicklungspsychologie. Dazu zählt ein systemtheoretisches Verständnis von Entwicklungsprozessen und die

Betonung der individuellen ‚Plastizität' als genuine Komponente der Veränderung (vgl. Lerner & Steinberg, 2009). Die Positionierung des Jugendalters als Entwicklungsphase innerhalb der Lebensspanne bietet somit neue konzeptuelle Zugänge zur Erforschung dieses Zeitabschnitts.

Einen Überblick zur konzeptuellen Strukturierung der Entwicklungspsychologie der Lebensspanne zeigt Abbildung 1.

Abbildung 1: Entwicklungspsychologie der Lebensspanne – konzeptuelle Strukturierung



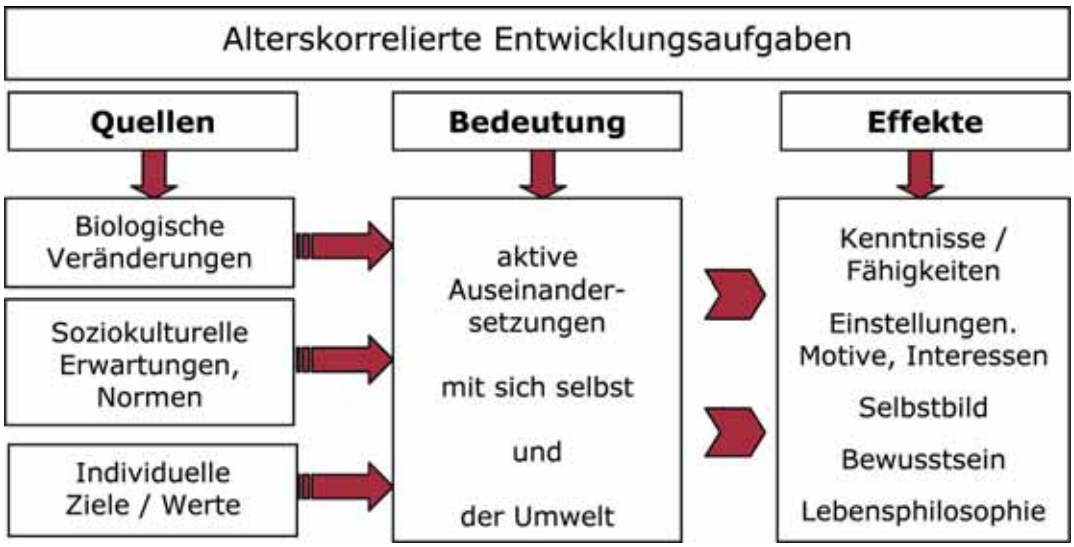
Das heutige Forschungsinteresse der Entwicklungspsychologie gilt dem gesamten Veränderungsspektrum zwischen Konzeption und Lebensende. Die Dynamik der Entwicklungsprozesse wird erklärt durch Wechselwirkungen (Transaktionen) zwischen biologischen Faktoren (z.B. Anlage), ökologischen Bedingungen (Umwelt, Lebensraum, historische Zeit) und dem ‚aktiven Beitrag' des Individuums. ‚Aktive Selbstgestaltung' bedeutet, dass die Person durch Handlungen und Zielsetzungen als Ko-Produzent eigener Entwicklung agiert (Lerner & Busch-Rossnagel, 1981). Zur Erfassung von Veränderungsprozessen wird – über die Basisprozesse von Wachstum, Reifung, Lernen hinausgehend – vornehmlich auf die Konzepte ‚Entwicklungsaufgaben', ‚Übergänge' und ‚kritische Lebensereignisse' rekurriert. Die Gemeinsamkeit dieser Konzepte besteht darin, dass sie spezielle, mit Veränderungsprozessen verbundene Anforderungen konkretisieren, die jedoch nicht isoliert auftreten, sondern immer auch eingebettet sind in verschiedene individuelle und institutionelle Entwicklungskontexte (Familie, Freundeskreis, Schule, Beruf, Gesellschaft) und dementsprechend adaptive Bewältigungsleistungen erfordern.

Konzept ‚Entwicklungsaufgaben'

Das Konzept der Entwicklungsaufgaben geht ursprünglich auf R. J. Havighurst (1901-1991) zurück. Erstmals um 1940 formulierte er so genannte ‚developmental tasks' für sechs Lebensetappen (frühe, mittlere Kindheit, Adoleszenz, frühes, mittleres, höheres Erwachsenenalter) und ordnete jeder Etappe spezielle Entwicklungsaufgaben zu (Havighurst, 1982).

Einen Überblick zu den Komponenten des Konzepts der Entwicklungsaufgaben zeigt Abbildung 2. Entwicklungsaufgaben beinhalten bereichsspezifische Anforderungen und Entwicklungsziele. In den Bewältigungsleistungen manifestieren sich Fähigkeiten, Einstellungen, Sinnkonzepte und Komponenten des Lebensstils. Havighurst (1982) nennt drei ‚Quellen', aus denen Entwicklungsaufgaben hervorgehen: (1) biologische Veränderungen des Organismus, (2) Erwartungen und Ansprüche seitens der umgebenden Gesellschaft und Kultur, (3) Wertvorstellungen und Zielsetzungen eines aktiven Individuums (siehe Abb. 2). Wenn subjektive Wertvorstellungen und Ziele Entwicklungsaufgaben begründen können, bedeutet dies auch, dass die Person auf den eigenen Entwicklungspfad Einfluss nimmt und das entspricht dem Postulat der ‚aktiven Selbstgestaltung'.

Abbildung 2: Komponenten des Konzepts der Entwicklungsaufgaben



Zu zentralen Thematiken der Entwicklungsaufgaben im Jugend- und frühen Erwachsenenalter zählen (1) die Auseinandersetzung mit der eigenen Person (Körperkonzept, Identität, Komponenten der Selbstregulation und Verantwortungsübernahme), (2) die Gestaltung von Beziehungen (Bindung und Ablösung im Kontext von Familie und Peergruppe, Freundschaft und Partnerschaft), (3) die Konkretisierung von Lebensentwürfen (soziale und berufliche Kompetenzen, Wertorientierungen, Rollenübernahme und Entwürfe von Zukunft und Lebensstil).

Die Vielfalt der Fragestellungen, unter denen ‚Entwicklungsaufgaben' heute thematisiert werden, unterstreicht die Relevanz des Konzeptes. In der jugendpsychologischen Forschung gelten ‚Entwicklungsaufgaben' als relevantes Konstrukt der Veränderung, als

Zugang zur Identifikation fördernder und hemmender Einflussgrößen und als Analyseeinheit zur inhaltlichen Bestimmung von Prozess- und Zielkomponenten von Programmen entwicklungsorientierter Intervention (Prävention, Erziehung, Ausbildung). Langjährige Erfahrungen aus der eigenen Forschung in diesem Feld haben immer wieder gezeigt, dass die Beschäftigung mit Entwicklungsaufgaben bei Jugendlichen nicht nur hohes Interesse findet, sondern als ‚Lernen in eigener Sache' auch aktiv verfolgt wird (Dreher, E. & Dreher, M., 1985; Oerter & Dreher, 2002; Dreher, M. & Dreher, E., 2009; Dreher, E. & Dreher, M., 2009).

Konzept ‚Übergänge'

Entwicklungstheoretisch gelten ‚Übergänge' generell als Zeitabschnitte intensiven Wandels (vgl. Kimmel & Weiner, 1995). Übergänge erzeugen Instabilität, die häufig mit erhöhter Vulnerabilität (Verletzlichkeit, Anfälligkeit) einhergeht. Entwicklungsbedingte Übergänge implizieren zwei Optionen: (1) die Erweiterung bisheriger Möglichkeiten (Entwicklung als Fortschritt) und (2) das Aufgeben erworbener Sicherheit (Entwicklung als Risiko). Übergänge gelten auch als ‚labile Phasen', da Gewohnheiten und Handlungsmuster ihre vertraute Gültigkeit bzw. Funktionalität verlieren, gleichzeitig aber noch keine alternativen Bewältigungsstrategien für neue Anforderungen aufgebaut sind. Derartige Erfahrungen können emotional als Verlust an Sicherheit, aber auch als stimulierende Herausforderung empfunden werden. Insbesondere für die frühe Adoleszenz treffen diese Charakteristika in besonderem Maß zu, da multiple Übergänge in biophysischen, kognitiven und sozialen Funktionsbereichen stattfinden. Obwohl für den Start der Übergänge eine gewisse Sequenz postuliert werden kann, verlaufen die Verarbeitungs- und Konsolidierungsprozesse bereichsspezifisch überlagert und in unterschiedlichem Tempo.

Biophysische Übergänge gehen mit Körpererfahrungen einher, die vom ‚Wachsen' während der Kindheit grundlegend abweichen. Im Zuge der Geschlechtsreife verliert das bisher aufgebaute Körperschema seine Gültigkeit. Über die Veränderung von Körperproportionen hinaus müssen neue geschlechtsspezifische Vorstellungen in das Bild der eigenen Person integriert werden. Diese Auseinandersetzung erfolgt nicht unabhängig von Normen und Idealen, die das Bild einer erwachsenen Frau bzw. eines erwachsenen Mannes prägen. Hinzu kommt, dass körperliche Veränderungen nicht nur selbst erfahren werden, sondern für andere wahrnehmbar sind und Reaktionen hervorrufen, die von Jugendlichen oft als Belastung empfunden werden.

Übergänge im Bereich kognitiver Funktionen sind durch eine Umstrukturierung der Denk- und Reflexionsfähigkeit gekennzeichnet. Es wird jetzt möglich, nicht nur konkrete Sachverhalte gedanklich zu verarbeiten, sondern sich Bereiche des Möglichen zu erschließen. Gleichzeitig kommen mit der Fähigkeit der Metakognition (Denken über Denken) neue Formen der Selbstbeobachtung und Selbstreflexion, des Vergleichens, Schlussfolgerns und Urteilens ins Spiel. Dies ermöglicht auch ein Hinterfragen von bisher als sicher und gültig Geglaubtem. Die Entdeckung von Widersprüchlichkeiten und Diskrepanzen kann Erkenntnisse und Einsichten erzeugen, aber auch Verunsicherung, Zweifel, oder auch Wut auslösen.

Übergänge im Zuge der sozialen Entwicklung gehen mit der Erweiterung von Handlungsspielräumen einher. Dies betrifft Veränderungen zwischenmenschlicher Beziehungen, Übernahme neuer Rollen und vermehrte Anforderungen im Bereich sozialer Kompetenzen. Jugendlichen stehen heutzutage nahezu alle Handlungsfelder der Erwachsenenkultur offen

(Mediennutzung, Informationsangebote, Konsum- und Freizeitaktivitäten etc.). Damit verbunden ist ‚Entwicklungsstress', wenn angemessene Bewältigungsstrategien noch fehlen bzw. mangelnde Kompetenzen durch Verhaltensweisen des 'Als-ob' kompensiert werden müssen. Insofern führen nicht einzulösende Erwartungen oft zu einem Verlust an Selbstwert oder auch zu riskanten Entscheidungen bzw. risikoreichen Verhaltensweisen.

Konzept ‚Kritische Lebensereignisse'

Bei so genannten ‚Kritischen Lebensereignissen' handelt es sich um reale Erfahrungen, die mit Emotionen einhergehen und eine gewisse Zäsur im Alltagsgeschehen mit sich bringen (vgl. Filipp, 1995). Dabei ist die Person selbst die ‚evaluative Instanz', deren Empfinden darüber entscheidet, mit welcher emotionalen Qualität – positiv oder negativ – die entsprechende Erfahrung konnotiert wird.

Im Entwicklungskontext bedeutet das Attribut ‚kritisch', dass die Auseinandersetzung mit solchen Ereignissen nicht auf Routinen basiert, sondern Handlungsstrategien bzw. Hilfen erfordert, die in Korrespondenz zur Valenz der Empfindung stehen. Kritischen Lebensereignissen im Jugendalter kommen vielfach Erfahrungen der ‚Erstmaligkeit' und ‚Einmaligkeit' zu. Sie gelten als entwicklungswirksam. Die Entwicklungswirksamkeit umfasst mehrere Aspekte: (1) die bewusste Differenzierung des Erlebens (emotionale Betroffenheit, handlungsbezogene Kontrollierbarkeit), (2) die logische Verknüpfung von Ereignis und Folgen, die sowohl kausal (ursachenbezogen) als auch final (zielbezogen) ausgerichtet sein kann, und (3) die Reflexion, die eine Integration signifikanter Erfahrungen in die Biographie ermöglicht (Dreher, E. & Dreher, M., 1991).

Entwicklungskontexte und Systemwirkungen

Charakteristische Merkmale des Jugendalters können niemals unabhängig von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Kontexten, in denen junge Menschen aufwachsen, verstanden werden. Derzeitige Phänomene, wie z.B. ‚Internet-Identitäten', ‚Körperinszenierungen', ‚Konsumanpassung' haben mehr mit Zügen unserer Gesellschaft zu tun als mit der Natur der Adoleszenz als einer Entwicklungsphase. Um zu verstehen, wie sich Jugendliche in der gegenwärtigen Gesellschaft entwickeln, muss man verstehen, wie die Welt, in der Jugendliche leben, ihr Verhalten und ihre sozialen Beziehungen bestimmen. Kontexte – wie Familie, Peergruppe, Schule, Arbeit und Freizeit – in denen Jugendliche leben, verändern sich und diese Veränderungen wandeln die Art dieser Lebensetappe (vgl. Steinberg, 2008a). Die systemische Vernetzung des Individuums mit Entwicklungskontexten unterstreicht, dass Entwicklungsprozesse einerseits externen Einflussfaktoren unterliegen, sich andererseits das Individuum aber auch ‚Entwicklungsnischen' schaffen kann. Äußere Bedingungen gemäß eigener Bedürfnisse und Ziele zu moderieren, verweist auf Plastizität im Sinne von individuellem Entwicklungspotenzial.

Die Systemperspektive stellt auch das zentrale Denkmuster in der Konzeption von Entwicklungsmodellen dar, die der komplexen Interdependenz zwischen generellen Rahmenbedingungen biologischer, kultureller und gesellschaftlicher Art und jeweiligen Entwicklungskontexten Rechnung tragen. Urie Bronfenbrenner (1917-2005), dessen ökologisches Entwicklungsmodell international hohe Bedeutung hat, konzipiert das Zusammenspiel von Entwicklungskontexten (z.B. Familie, Wohnumgebung, Schule,

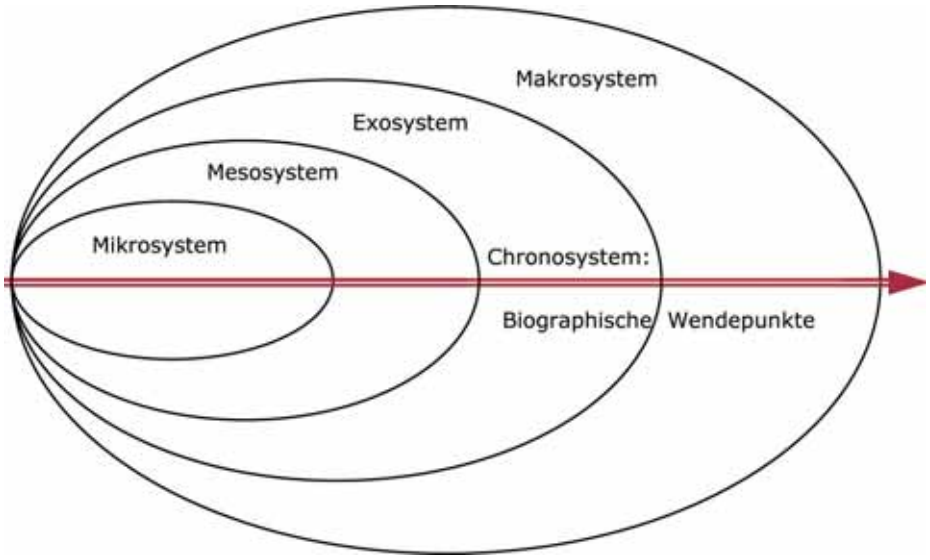
Arbeitsplatz, kulturelle Normen und Werte) als Vernetzung von immer komplexer werdenden Systemen. In der Modelldarstellung bildet er die Systembeziehungen von Mikro-, Meso-, Exo- und Makrosystem als ineinander verschachtelte Schalen zunehmenden Umfangs ab (siehe Abb. 3).

Zur Verdeutlichung eine kurze Kennzeichnung des Mikro- und Makro-Systems, d.h. des engsten und des weitesten Systems:

Die innerste Schale steht für das ‚Mikrosystem'; es umfasst unmittelbare Beziehungen und ist dadurch gekennzeichnet, dass eine Person mit einer anderen über längere Zeit in bestimmten Rollenbezügen interagiert. Über diese Interaktion werden Beziehungsqualitäten differenziert und gemeinsame Erfahrungen im Zuge der Ausübung unterschiedlicher Tätigkeiten aufgebaut. Das Makrosystem – die äußerste Schale – beinhaltet das gesamte Wertesystem, das das Individuum umgibt. Es repräsentiert kulturelle Normen und gesellschaftliche Erwartungen und findet seinen Ausdruck sowohl im Zeitgeist als auch in der öffentlichen Meinung. Die Entwicklungsrelevanz dieses Systems beruht auf der Konfrontation mit Richtlinien und Bewertungsmaßstäben, die Verhalten und Bewusstsein regulieren.

In einer Erweiterung des Modells postuliert Bronfenbrenner das Chronosystem, das sich durch alle Systeme zieht. Es markiert im Sinne biographischer Wendepunkte die zeitliche Abfolge signifikanter Ereignisse.

Abbildung 3: Das ökologische Entwicklungsmodell nach Bronfenbrenner (1989)



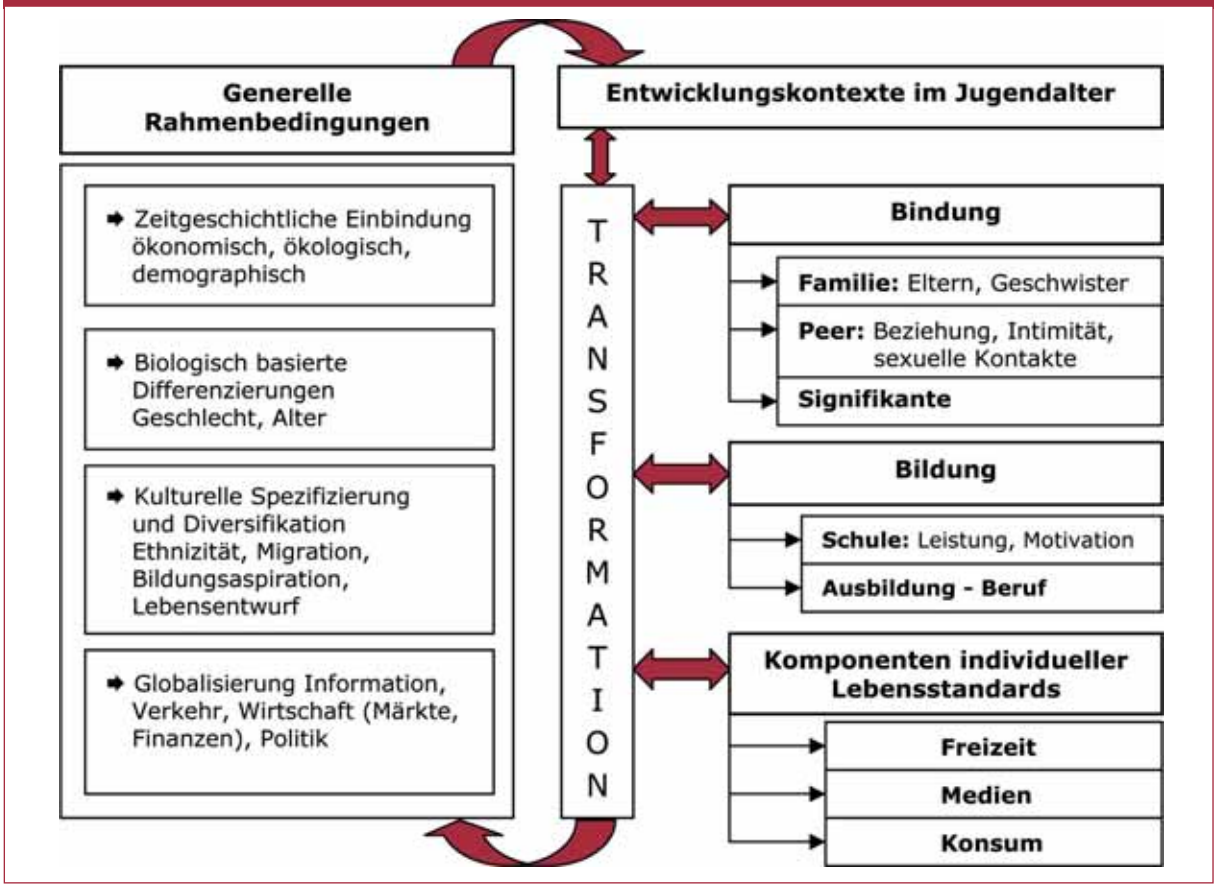
Die Systeme betreffend lässt sich die Qualität der Einflüsse differenzieren, d.h. für jedes System können protektive Faktoren und Risikofaktoren identifiziert werden. So gilt beispielsweise eine feindselige Beziehung als Risikofaktor im Mikrosystem, Gewalt in den Medien als Risikofaktor im Makrosystem. Eine protektive Wirkung kann im Mikrosystem von positiven Rollenmodellen ausgehen, ein Beispiel für protektive Faktoren im Makrosystem stellt die Gesetzgebung zum Schutz vor Benachteiligung dar.

Bronfenbrenner (1989) geht davon aus, dass Individuen stets in verschiedene Lebenskontexte eingebunden sind und die Interaktion mit diesen Kontexten ihre Entwicklung bestimmt. Der Prozess der Entwicklung wird als Veränderung eines Individuums in einer sich verändernden Welt verstanden. Signifikante Entwicklungsimpulse gehen von Tätigkeiten, Beziehungen und Rollen aus, die die Person einerseits innerhalb verschiedener Lebensbereiche aufbaut, von denen sie andererseits aber auch wieder beeinflusst wird. Insbesondere den so genannten ‚ökologischen Übergängen' zwischen verschiedenen Systemen wird hohe Entwicklungsrelevanz zugeschrieben. So gilt z.B. der Wechsel der Schule oder der Eintritt in das Berufsleben oder, generell gefasst, jeder Übergang in eine neue Region des Lebensraums als signifikante Erfahrung, die spezielle Adaptationsleistungen erfordert.

Im Blick auf die Lebenslage des Jugendlichen lässt die Systemperspektive als sicheres Fazit zu, dass weder ‚Rahmenbedingungen' noch ‚Kontexte' per se als Determinanten der Entwicklungslage hinreichend sind.

Die nachfolgende Graphik (Abb. 4) zeigt eine Konfiguration von Systemzusammenhängen, die im Jugendalter als entwicklungswirksame Motoren gelten können.

Abbildung 4: Generelle Rahmenbedingungen und Entwicklungskontexte im Jugendalter



Entwicklungsaufgaben für Forschung und Praxis

Ein Exkurs zu Forschungsperspektiven des Jugendalters fordert natürlich auch die Frage, ob neue Erkenntnisse gewonnen, Wissen vermehrt werden konnte. Laurence Steinberg, dessen Adoleszenz-Forschung seit Jahrzehnten den internationalen Fortschritt mitgestaltet, zeigt hierzu einige interessante Linien auf (Steinberg, 2008a). In den letzten Jahren konnte ein wesentlich umfassenderes Verständnis in folgenden Bereichen gewonnen werden: Hirnentwicklung im Jugendalter, Veränderungen der Schlaf-Wach-Rhythmen, Risikoverhalten, romantische Beziehungen, Umgang mit Medien einschließlich Internetnutzung, entwicklungsrelevante Einflüsse von Mentoring und die Ausdehnung der späten Adoleszenz, gekennzeichnet als ‚Emerging Adulthood' (Arnett, 2000).

Die im letzten Jahrzehnt vielleicht bedeutsamste Erweiterung des Wissens über Jugendliche betrifft unterschiedliche Gesellschaftsgruppen, Kulturen und Erdteile. Neuen Denk- und Forschungslinien, die sich Themen dieser ‚Diversity' widmen, ist anzuraten, die Diskussion nicht nur auf Unterschiede, sondern ebenso auf Ähnlichkeiten zu richten. Es gibt bedeutsame Unterschiede in den Erfahrungen Jugendlicher mit sozial, ökonomisch und kulturell verschiedenem Hintergrund. Zahlreiche Studien zeigen aber auch, dass viele Einflüsse auf die Entwicklung ethnischer und kultureller Gruppen im Jugendalter mehr Ähnlichkeit als Verschiedenheit aufweisen. Über ethnische Gruppen hinweg sind beispielsweise Faktoren, die Schulleistung, riskantes Sexualverhalten und Drogenkonsum beeinflussen, nahezu identisch, d.h. ‚Vielfalt' muss nicht notwendigerweise ‚Unterschiedlichkeit' bedeuten. So folgte beispielsweise aus der Globalisierung des letzten Jahrzehnts, dass die durch technische Innovation ermöglichten Verhaltensmuster die Adoleszenz über die gesamte Welt viel ähnlicher gemacht hat.

Die oft genannte Forderung, Bedingungen, die nahezu jeden Aspekt der Entwicklung beeinflussen (z.B. Ethnizität, Gender-Thematik, ökonomische Bedingungen, Bildungszugänge) als sog. ‚Querschnittsthematik' zu erforschen, baut sicher einer Reduktion auf Stereotype vor, bedeutet aber auch, dass die für die Umsetzung erforderliche Investition in Forschung und Praxis geleistet werden muss.

2. Jugendphase – Entwicklungsetappen und Veränderungen

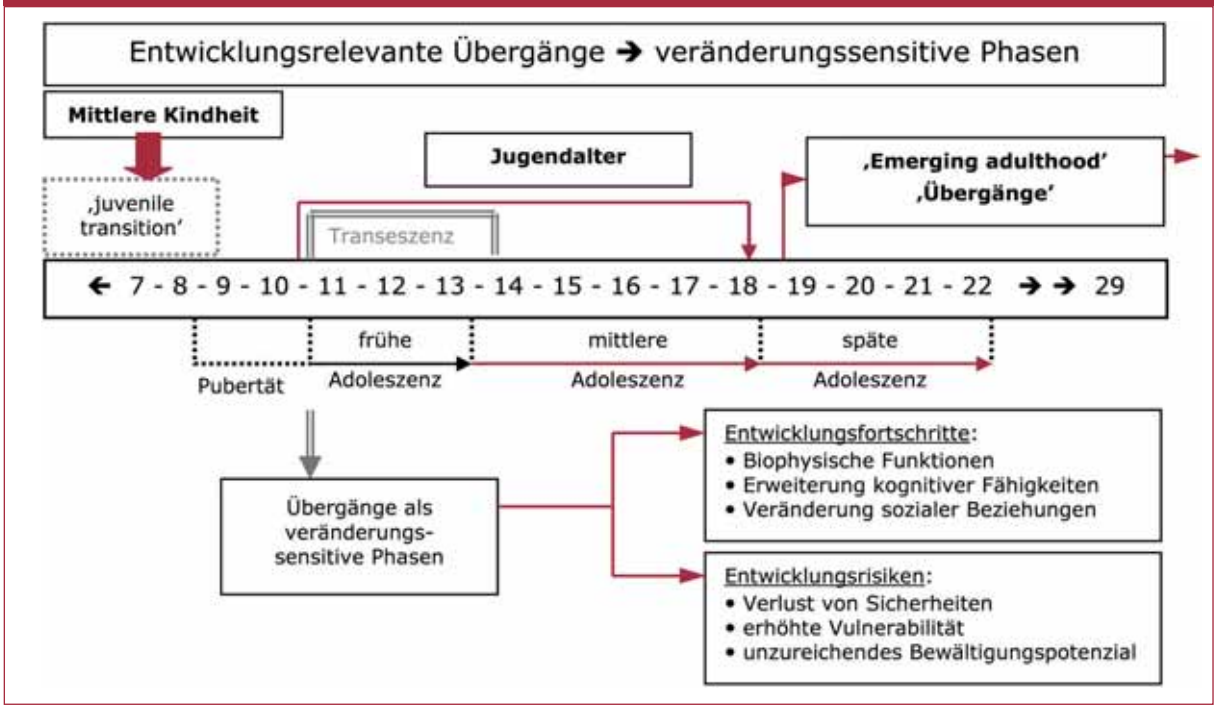
Der Begriff ‚Jugendphase' legt nahe, dass sich das gesamte Entwicklungsgeschehen innerhalb eines Zeitabschnittes mit wohl definiertem Beginn und Ende vollziehe. Diese Vorstellung einer metrischen und faktischen 'Ganzheitlichkeit' trügt. Der folgende Abschnitt befasst sich mit zeitbezogenen Abgrenzungen sowie mit Veränderungen biologischer, kognitiver und sozialer Funktionen, anhand derer die entwicklungspsychologische Forschung die ‚Jugendphase' strukturiert und differenziert.

Periodisierung des Jugendalters

In verschiedenen Handlungsfeldern der Gesellschaft (z.B. Verkehr, Recht, Öffentlichkeit, Politik) erfolgt die Zuweisung eines – per Gesetz festgelegten – Status auf der Basis von Altersmarkierungen (z.B. Schulpflicht, Mitbestimmungsrechte, Strafmündigkeit, Volljährigkeit). Auch die jugendpsychologische Forschung verwendet Altersmarkierungen und kennzeichnet entwicklungsbedingte Unterschiede durch Altersdifferenzen.

Die Periodisierung des Jugendalters konzentriert sich auf den Altersbereich zwischen ca. 10 und 25 Jahren. Die Untergliederung in mehrere Zeitabschnitte unterstreicht, dass sich die biopsychosoziale Entwicklung im Jugendalter über verschiedene Etappen mit charakteristischen Veränderungsmerkmalen erstreckt. International weitgehend gebräuchlich ist folgende Einteilung, die in Abbildung 5 veranschaulicht ist.

Abbildung 5: Periodisierung des Jugend- und frühen Erwachsenenalters



Pubertät (ca. 9/10-11 Jahre) mit Übergang in die ‚frühe Adoleszenz' (early adolescence) zwischen 11 und 13/14 Jahren, ‚mittlere Adoleszenz' (middle adolescence) zwischen 14 und 17 Jahren, ‚späte Adoleszenz' zwischen 18 und 22 Jahren (late adolescence) und Übergangphase ins Erwachsenenalter ‚Emerging Adulthood' zwischen 18 und ca. 25 Jahren (vgl. Steinberg, 2008a)

‚Juvenile Transition' und Übergang in die Pubertät

Im Entwicklungsmodell der Psychoanalyse von Sigmund Freud (vgl. Freud, 1905; zit. nach Elhardt, 1984, S. 25) erscheint die mittlere Kindheit als sog. ‚Latenzphase', d.h. als triebdynamisch unbedeutende Phase vor dem ‚Ausbruch' der Pubertät. Zu Beginn des 20sten Jahrhunderts mag ein endokrinologischer Wissensstand vorgelegen haben, der dieser Annahme Plausibilität verlieh.

Aktuelle interdisziplinäre Forschungsarbeiten zum Übergang von der Kindheit in die Pubertät, bezeichnet als ‚juvenile transition' bieten hierzu eine neue Sicht (vgl. Del Guidice, Angeleri & Manera, 2009). Diese Übergangphase hat universellen Charakter mit zeitlichen Variationen. Der Altersbereich der ‚juvenile transition' liegt im Durchschnitt bei Mädchen zwischen 7 bis 10 Jahren, bei Jungen zwischen 7 bis 12 Jahren, wobei die zeitliche Dauer bei Jungen aufgrund des späteren Beginns der Pubertät um ca. zwei Jahre länger ist. Die ‚juvenile transition'-Phase wird durch endokrine Mechanismen (Adrenarche) ausgelöst, die eine Ausschüttung von Geschlechtshormonen bewirken. Mit der Adrenarche

sind nur geringe körperbezogene Effekte verbunden, jedoch induziert sie eine Reihe von Verhaltensänderungen, die sowohl geschlechtsspezifische Merkmale als auch interindividuelle Unterschiede aufweisen. Am bedeutungsvollsten ist dabei die Zunahme an sozialen Aktivitäten mit gleichgeschlechtlichen Gleichaltrigen; konträr dazu ist eine plötzlich auftretende ‚Feindseligkeit' gegenüber dem andern Geschlecht – bei Kindern dieses Alters ein durchaus bekanntes Phänomen. Als neu hingegen gilt, dass Fähigkeiten, die im Zuge dieser geschlechtsfokussierten Interaktion aufgebaut werden, die soziale Position des Individuums über die nachfolgenden Jahre hinweg signifikant beeinflussen. Ergebnisse aus Längsschnittstudien zur Dominanz und Peerakzeptanz sprechen dafür, dass der Rang, der im Zuge der ‚juvenile transition'-Phase erworben wird, über Jahre relativ stabil bleibt, d.h. für die gruppenspezifische Positionierung im Jugendalter relevant erscheint (vgl. Weisfeld, 1999, zit. nach Del Guidice et al., 2009, S. 12).

Pubertät und frühe Adoleszenz

Es besteht weitgehender Konsens, dass die biologischen Veränderungen der Pubertät den Beginn der Adoleszenz definieren. Das Einsetzen der Pubertät führt zu charakteristischen hormonellen Veränderungen, insbesondere zu einer erhöhten Freisetzung von Geschlechtshormonen (Androgene, Östrogene). Diese Auslöseprozesse kommen in Gang, bevor die typischen körperlichen Veränderungen sichtbar werden. Entwicklungsbiologischen Erkenntnissen zufolge ist der zeitliche Verlauf der Pubertät bereits pränatal festgelegt und beruht auf hormonellen Steuerungszyklen zwischen Hypothalamus, Hypophyse und Keimdrüsen, wobei Beginn und Tempo der Pubertät voneinander unabhängig sind. Die Zeitmarken betreffend ist die geschlechtsspezifische Differenz zu berücksichtigen, d.h. im Vergleich zu den Mädchen treten Pubertätsmerkmale bei den Jungen um ca. 1-2 Jahre später auf.

Die körperlichen Veränderungen während der Pubertät umfassen folgende Merkmale: schnelles Größenwachstum in Verbindung mit Gewichtszunahme, Entwicklung der primären und sekundären Geschlechtsmerkmale, Veränderung der Fett- und Muskelanteile, sowie Veränderungen des Blutkreislaufs und der Atmung. Diese biophysische Entwicklung ist durch genetische, umgebungs- und ernährungsbezogene Faktoren bedingt und weist im Jugendalter eine hohe zeitliche Variation innerhalb und zwischen den Geschlechtern auf. So liegt der Beginn bei den Mädchen zwischen dem 8. und 13. Lebensjahr, der Abschluss zwischen dem 13. und 18. Lebensjahr; bei den Jungen liegt der zwischen 9,5 und 13,5 Lebensjahren und der Abschluss zwischen 13,5 Jahren und dem 19. Lebensjahr. Für Jugendliche, die eine hohe Asynchronie zum zeitlichen Entwicklungsverlauf der Gleichaltrigen aufweisen, kann pubertäre Früh- und Spätentwicklung zum Entwicklungsrisiko werden, wenn die Abweichungen von der ‚Norm' nicht durch ein entsprechend unterstützendes Umfeld ‚gepuffert' werden, sondern eine Balance in (selbstwertdienlichen) riskanten Verhaltensweisen gesucht wird (vgl. Oerter & Dreher, E., 2008).

Diskussionen über die Pubertät thematisieren oft die Vorverlagerung der Geschlechtsreife. In diesem Zusammenhang taucht dann auch der Begriff ‚säkulare Akzeleration' auf. Sein Ursprung ist folgender: Auf der Basis von international erhobenen Daten konnte für den Zeitraum zwischen 1820 und 1980 eine kontinuierliche Vorverlagerung des durchschnittlichen Menarchealters (erste Menstruation bei Mädchen) von ca. 16 auf ca. 12 Jahre, d.h. um ca. vier Jahre festgestellt werden, wobei auch heute noch eine deutliche interindividuelle Schwankungsbreite zu verzeichnen ist. Gemäß des derzeitigen Wissensstandes wird

angenommen, dass einem Absinken des durchschnittlichen Menarchealters unter 12 Jahre Grenzen gesetzt sind, da die zugrunde liegenden biologischen Prozesse gewisse Zeitspannen beanspruchen, die selbst unter optimalen Ernährungs-, Hygiene- und Gesundheitsbedingungen nicht unterboten werden können (vgl. Grob & Jaschinski, 2003).

Die entwicklungspsychologische Forschung kennzeichnet die Zeitspanne zwischen ca. 10 und 14 Jahren als ‚frühe Adoleszenz' (early adolescence). Diese Phase erregte seit Beginn der Adoleszenzforschung hohes Interesse, weil sie eine – innerhalb der Ontogenese – einzigartige Veränderungsdynamik zwischen physischen und psychischen Komponenten repräsentiert. Das Phänomen, dass innerhalb dieser Zeit viele Lebensveränderungen gleichzeitig auftreten wird auch als ‚pile-up' (‚Aufstapeln' mehrerer kritischer Lebensereignisse) bezeichnet und bedeutet für die Jugendlichen vermehrte Anstrengungen in der Verarbeitung emotionaler Empfindungen (Goosens, 2006).

Ewert (1983) führt aus, dass die Verdichtung von Übergangsphänomenen den Kern dieser Entwicklungsphase ausmacht, was u. a. in der Zuordnung des Begriffs ‚Transeszenz' zum Ausdruck kommt. In den Zeitraum der frühen Adoleszenz fallen biologische, kognitive und soziale Veränderungen verbunden mit Erwartungen an die eigene Person und Anforderungen, die der veränderte Status mit sich bringt. Diese komplexen Übergangsphänomene spielen sich in einem – ontogenetisch betrachtet – relativ kurzen Zeitraum ab. Hinzu kommt, dass diese Veränderungen nicht in Form einer geordneten Sequenz erfahren werden, sondern eher als Konfrontation mit Unvorhersehbarkeit und Nichtkontrollierbarkeit. Insofern sind Prozesse der Integration biophysischer, kognitiver und sozialer Veränderungen in das Selbstbild, sowie die Konzeptualisierung eines neuen Körperkonzeptes ein bedeutendes Forschungsfeld der frühen Adoleszenz (vgl. Harter, 2006).

Mit der Veränderung des Körperkonzepts gewinnt das Zusammenspiel zwischen emotionalen Komponenten und der Vulnerabilität des Selbstkonzepts neue Dimensionen. Die kognitive Verarbeitung körperlicher Merkmale durch einen selbst und die Reaktionen anderer auf Veränderungen der eigenen Person sind bedeutsame Erfahrungen, die zur (Selbst-) Bewusstheit und zu (Selbst-)Bewertungen beitragen. Erkennbare Schwankungen in der Bewertung und Zufriedenheit mit sich selbst werden oft dem unmittelbaren Einfluss der Pubertät zugeschrieben. Zwar gelten körperliche Veränderungen als wichtige Indikatoren für die Einschätzung des Selbst, sie fallen aber gerade in der frühen Adoleszenz mit einer Reihe bedeutsamer Veränderungen im Umfeld des Jugendlichen zusammen. So sind positive wie negative Selbstwertschwankungen häufig auf das Zusammenwirken mehrerer Komponenten zurückzuführen, wie z.B. Schulwechsel, neue Zeitorganisation, Veränderung des Freundeskreises. Als ebenfalls für die Entwicklung des Selbst relevanter Aspekt gilt das ‚Timing' der Pubertät, wobei auf der Basis von empirischen Befunden weder geschlechts- noch zeitspezifisch (Früh- / Spätentwicklung) eindeutige Wirkungsmuster auf das Selbst nachzuweisen sind. Kompensatorische Effekte der Früh- / Spätentwicklung erscheinen auch hier verknüpft mit zusätzlichen Bedingungen des Umfeldes, die Verunsicherung reduzieren, Verständnis signalisieren bzw. den veränderten Status anerkennen (vgl. Pinquart & Silbereisen, 2000).

Mittlere und späte Adoleszenz

Die biopsychosozialen Veränderungen der frühen Adoleszenz zeichnen wesentliche Züge des Übergangs in die Entwicklungsphase der Altersspanne zwischen ca. 14 und 18 Jahren vor. Im Alltagsdenken wird diese Zeit oft als ‚das Jugendalter' verstanden, in dem bestimmte Privilegien der Erwachsenen ersehnt, auch bereits erprobt werden, mit dem Erlangen der Volljährigkeit jedoch ein Anspruch darauf ‚per jure' besteht.

Geschlechtsreife, neue Denkmöglichkeiten und Bewusstseinsformen definieren einen Ist-Zustand, der den Jugendlichen einerseits stark auf sich zentriert, andererseits aber auch Neugier auf Erfahrungen im sozialen Umgang und Selbstbestimmung im Erproben von Situationen und Handlungsmöglichkeiten herausfordert. In einer Studie zur Bedeutung des Erwachsenwerdens aus der Sicht von Jugendlichen (vgl. Dreher, E & Dreher, M., 2002) nennen über 50% der befragten 12- bis 16jährigen Schüler/innen (N=463) „Unabhängigkeit" und „Selbständigkeit" als vorrangiges positives Merkmal; interessant ist aber auch, dass gleichzeitig für ca. ein Drittel dieser Jugendlichen ‚Verantwortung' die Rangliste der Nennungen negativer Merkmale des Erwachsenwerdens anführt.

Unter entwicklungspsychologischer Perspektive besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Gewinn an Selbständigkeit und der ‚Ablösung' von den Eltern. Im Jugendalter kommt dieser Thematik eine Schlüsselstellung zu – nicht zuletzt deshalb, weil sie mit weiteren, für die Autonomie-Entwicklung wesentlichen Aufgaben korrespondiert; dazu zählen u. a. die Erweiterung und Differenzierung von Kontakten zu Gleichaltrigen, der Aufbau von Partnerbeziehungen, sowie das Bemühen um Ausbildung und berufliche Orientierung.

Die Konzeptualisierung von ‚Ablösung' im Kontext der Lebensspanne betont, dass Verselbständigung nicht notwendigerweise Gegenspieler von Verbundenheit ist, sondern eine gelungene Individuation die Balance zwischen beiden erfordert (vgl. Dreher, E & Dreher, M., 2002). Obwohl vornehmlich in der frühen und mittleren Adoleszenz konflikthafte Auseinandersetzungen zwischen Autonomieansprüchen der Jugendlichen und diesbezüglichen Vorstellungen der Eltern ansteigen, sprechen die Forschungsbefunde insgesamt dafür, dass Veränderungen in der Eltern-Kind-Beziehung im Wesentlichen in wechselseitigen Prozessen der Kommunikation, des Argumentierens und Aushandelns erfolgen und weniger durch ‚emotionale Brüche' ausgelöst werden (vgl. Walper, 2008). Zunehmende Selbständigkeit und Individualität gehen mit der Reflexion und Neubewertung kindlicher Bindungen einher. Diesen Prozess können Eltern dadurch unterstützen, dass sie der ‚sichere Ort' sind, an dem Auseinandersetzung möglich ist, unterschiedliche Standpunkte vertreten und Differenzen ausgetragen werden können, der aber auch Hilfe gewährleistet, wenn Unsicherheit, Fehlschläge oder Ratlosigkeit die eigenen Möglichkeiten übersteigen.

Havighurst (1982) verlagert das Erlangen von Identität auf spätere Phasen der Adoleszenz. Begründet kann dies damit werden, dass Identität – vergleichbar der Entwicklung von Autonomie – aus der Auseinandersetzung mit mehreren, korrespondierenden Entwicklungsaufgaben resultiert. Insofern repräsentiert ‚Identität' ein zu einem bestimmten Zeitpunkt erlangtes Bewältigungsmuster wahrgenommener Entwicklungsaufgaben (vgl. Dreher, E. & Dreher, M., 1985). Den individuellen Prozess betreffend ist die Einbettung in jeweilige Kontexte und Systembedingungen in Rechnung zu stellen, d.h. bezüglich der Auseinandersetzung mit Entwicklungsaufgaben sind jene Einflüsse zu ‚verrechnen', die diesen Prozess moderieren. Der Entwicklungskontext ‚Familie' beispielsweise ist durch

generationsspezifische Entwicklungslagen geprägt. Für das Zusammenleben von Jugendlichen und Eltern bedeutet dies ein Aufeinandertreffen unterschiedlicher Entwicklungslagen bzw. die Koordination verschiedener Bewältigungsanforderungen. Während für Jugendliche das Streben nach Selbständigkeit, die Suche nach Neuem und die Erprobung von Alternativen im Mittelpunkt stehen, erfordert die Entwicklungslage der Eltern eher, bestehende Anforderungen und Verpflichtungen zu erfüllen (z.B. Elternaufgaben und Berufsausübung) und mit veränderten Aufgaben und Rollen neue Zielorientierungen zu verbinden (z.B. Umgewichtung von Verantwortlichkeiten, Fürsorge gegenüber alternden Eltern, Revision bestimmter Lebenspläne). Die Bewältigung von Entwicklungsaufgaben unter Systembedingungen kann im Modell der ‚Passung' erklärt werden, da es Bedingungen wechselseitiger Einflussnahme differenziert und fördernde / hemmende Effekte transparent macht. Findet beispielsweise im Familienkontext ein Erfahrungsaustausch statt, bei dem Jugendliche von Eltern aber ebenso Eltern von Jugendlichen profitieren, so erfolgt die Bewältigung der jeweiligen Entwicklungsaufgaben als individueller Prozess innerhalb der Ko-Konstruktion eines sich verändernden Systems.

Unter systemischer Perspektive stellt ‚Migrationshintergrund' einen Entwicklungskontext im Spannungsfeld gesellschaftlicher Wertesysteme dar, der an Jugendliche eine Verdichtung unterschiedlicher Anforderungen heranträgt (vgl. Hamburger & Stauf, 2009; Schmitt-Rodermund & Silbereisen, 2008; Silbereisen, 2010). Im Fall mangelnder oder geringer Passung zwischen elterlichen Erfahrungen und den Entwicklungsaufgaben des Erwachsenwerdens im aktuellen gesellschaftlichen Lebenskontext brauchen Jugendliche Navigationshilfen, z.B. durch signifikante Erwachsene außerhalb des Familiensystems; demgegenüber zeichnet sich als entwicklungsförderliche Passung ab, wenn Jugendliche ihren Erfahrungshintergrund einbringen können und als Lotsen ihrer Eltern agieren, sobald diese unter aktuellen Lebensbedingungen mit ‚neuen' Entwicklungsaufgaben konfrontiert sind.

‚Emerging Adulthood'

Arnett (2000, 2001) kennzeichnet den Zeitabschnitt zwischen 18 und 25 Jahren als Übergang zwischen Adoleszenz und Erwachsenenalter und führte hierfür den Begriff ‚Emerging Adulthood' ein. Eine Ausdehnung dieses Entwicklungsabschnittes kann sich aber bis zum dritten Lebensjahrzehnt erstrecken (Buhl & Lanz, 2007), speziell in Gesellschaften, in denen die volle Verantwortlichkeit der Erwachsenenrolle auf Grund längerer Ausbildungszeiten für höhere berufliche Qualifikationen später zum Tragen kommt. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Globalisierung der Weltwirtschaft nehmen Larson, Wilson und Rickman (2009) an, dass diese Entwicklungsphase in den kommenden Jahrzehnten weltweit immer mehr an Bedeutung gewinnen wird. Dabei wird sich zeigen, in welchem Ausmaß die Kulturabhängigkeit von ‚Emerging Adulthood' Schereneffekte mit nachhaltigen Auswirkungen auf das Erwachsenenleben bedingt. Entwicklungsrelevante Merkmale dieser Übergangsphase sind (a) sich verändernde Lebensumstände (Beziehungen, Ausbildung, finanzielle Situation), (b) das Erkunden von (selbst gewählten) Möglichkeiten der Lebensführung und (c) das Erkennen von Alternativen sowie das Umgehen mit Wahlfreiheit bei Entscheidungen. Arnett (2000) begründet seine ‚Theory of development from the late teens through the twenties' zum einen auf der Basis quasi ‚objektiver' Kriterien (z.B. ökonomische Unabhängigkeit, Selbständigkeit), zum anderen im subjektiven Erleben dieser Übergangsphase als Zeit der Exploration, der Fokussierung auf die

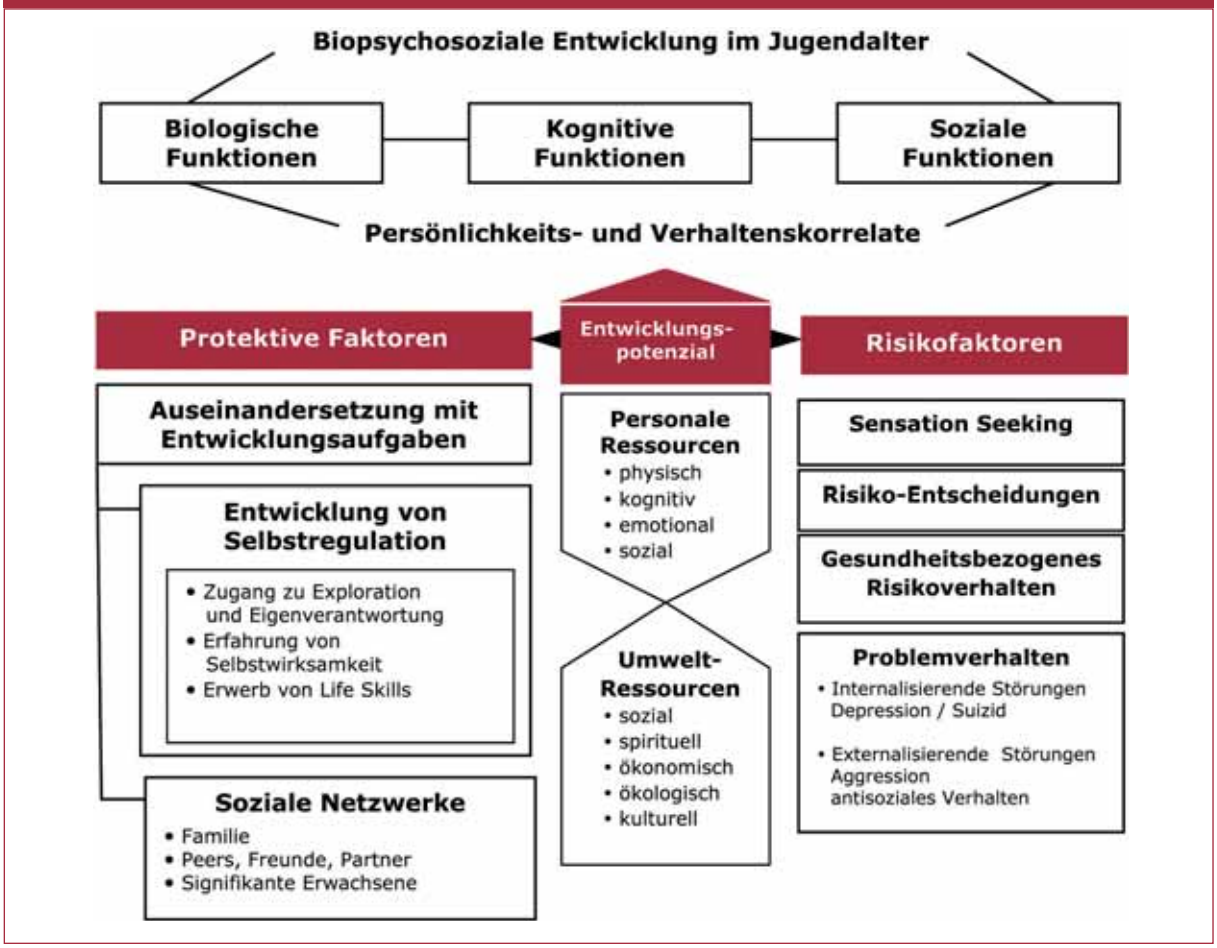
eigene Person, verbunden mit ambivalenten Gefühlen, noch jugendlich oder bereits erwachsen zu sein (vgl. Arnett, 2006). Studien zur ‚Emerging Adulthood'-Phase in Österreich zeigen, dass junge Erwachsene individuelle Kriterien, wie z.B. ‚Verantwortlichkeit für eigenes Handeln' und ‚familiäre Kompetenzen' sowie ‚normentsprechendes Verhalten' als vorrangig für das Erwachsensein beurteilen (Sirsch, Dreher, Mayr & Willinger, 2009).

Bei der Einschätzung des eigenen Erwachsenseins fühlen sich ca. 30-40 % als erwachsen, ca. 60 % als teilweise erwachsen und ca. 5-10 % als nicht erwachsen (Sirsch, Bruckner & Dreher, 2008). Insofern erscheint es plausibel, dass die Beurteilung des subjektiven Erlebens der ‚Emerging Adulthood'-Phase heterogen ausfällt: Exploration einerseits, Unsicherheit andererseits sind Erfahrungsqualitäten, die sowohl in geschlechts- als auch altersspezifisch unterschiedlichen Identitätsentwürfen der jungen Erwachsenen zu finden sind.

Zentrale Veränderungen – Persönlichkeits- und Verhaltenskorrelate

Mit der Veränderung biopsychosozialer Funktionen im Jugendalter sind signifikante Persönlichkeits- und Verhaltenskorrelate verbunden. Sie definieren die adoleszente Entwicklungslage und stellen gleichzeitig die Basis für den weiteren Ausbau von Entwicklungspotenzialen dar. Das Modell in Abbildung 6 zeigt Komponenten und Funktionszusammenhänge, die diesen Prozess regeln.

Abbildung 6: Zentrale Veränderungen und Entwicklungspotenzial



Entwicklungspotenziale beruhen auf Systemeffekten, die aus den Wechselwirkungen zwischen personalen Ressourcen (körperliche, geistige, emotionale und soziale Charakteristika der Persönlichkeit) und Ressourcen der Umwelt (soziale Vernetzung, Werte, ökonomische und ökologische Ausstattung, kultureller Lebensraum) hervorgehen. Das Entwicklungspotenzial gewinnt im Zuge der Bewältigung von Entwicklungsaufgaben an Umfang und Wirksamkeit; es erweist sich andererseits aber auch als sensibel in Bezug auf eine dysfunktionale Ausprägung; so können Fähigkeiten beispielsweise durchaus auch in einem schädigenden Sinn eingesetzt werden.

Fundamental für die Entwicklungsdynamik im Jugendalter sind Fortschritte in kognitiven Funktionsbereichen. Sie umfassen zum einen die Erweiterung der Denkfähigkeiten, zum anderen die Effizienz der Verarbeitung von Information und in Verbindung damit die Veränderung bewusstseinsbildender Prozesse (Dreher, E. & Dreher, M., 2008).

Nachfolgend werden zunächst zentrale Aspekte der kognitiven Entwicklung skizziert und anschließend auf neurowissenschaftliche Erkenntnisse zu reifungs- und erfahrungsabhängigen Phänomenen der Gehirnentwicklung in der Adoleszenz eingegangen.

Kognitive Fähigkeiten – zentrale Fortschritte im Jugendalter

Aus entwicklungstheoretischer Sicht basieren kognitive Fortschritte auf Veränderungen der strukturellen Qualität von Denkoperationen, die im Jugendalter die Fähigkeit zu formaloperatorischem Denken begründen (vgl. Piaget & Inhelder, 1977). Die Erweiterung der Denkkapazität besteht in Fähigkeiten der Abstraktion, des multidimensionalen und relativistischen Denkens. Jugendliche können abstrakte Konzepte verstehen, über hypothetische Konstellationen nachdenken und multiple Hypothesen zum Ausgang eines Ereignisses formulieren; ferner sind sie in der Lage, für eine gegebene Situation Handlungsalternativen in Betracht zu ziehen, sowie planvoll bei der Entwicklung von Zielen und der Implementierung von Strategien vorzugehen.

Zur Erklärung dieser kognitiven Leistungen dienen auch Studien, die sich auf Fortschritte in Bereichen der Informationsverarbeitung konzentrieren. Hierbei gilt die Fähigkeit, eigene Denkvorgänge zu reflektieren (Metakognition) als eine der wichtigsten Veränderungen. Denken über das Denken beinhaltet auch die Beobachtung (monitoring) der eigenen kognitiven Aktivitäten, z.B. das bewusste Anwenden einer Strategie, um ein Problem zu lösen. Ein weiterer interessanter Aspekt ist die Zunahme an Introspektion und Selbstreflexion. Jugendliche denken über ihre Emotionen nach und darüber, wie andere über sie denken. Dies bedeutet, eigenes Verhalten differenzierter bewerten, kontrollieren und regulieren zu können. Die im Jugendalter ansteigende Fähigkeit, selektiv die Aufmerksamkeit auf wichtige Aspekte zu konzentrieren und aufgabenirrelevante Information auszublenden, steigert die Effizienz kognitiver Leistungen deutlich. Weitere positive Faktoren sind die Zunahme der Gedächtniskapazität und das damit einhergehende höhere Tempo der Informationsverarbeitung, sowie die komplexere Organisation kognitiver Aktivitäten (vgl. Dreher, E. & Dreher, M., 2008).

Erkenntnisse der Neurowissenschaften

Die Neurowissenschaften liefern interessante Beiträge zum Verständnis struktureller und funktionaler Zusammenhänge in der Gehirnentwicklung des Jugend- und frühen Erwachsenenalters. Es werden beeindruckende Fakten zur Plastizität des Gehirns vorgelegt, die sowohl reifungsabhängige Prozesse als auch die gestaltende und modifizierende Wirkung von Erfahrungen umfassen (Giedd et al., 1999; Paus et al., 1999; Casey, Giedd & Thomas, 2000; Johnson, 2001; Luna et al. 2001).

Strukturelle und funktionale Veränderungen

Neuere Forschung zur Hirnreifung – Untersuchungen zum Hirnwachstum und zu Veränderungen der Hirn-Chemie – ist unter Anwendung bildgebender Verfahren in der Lage, individuelle Gehirnfunktionen abzubilden und bezüglich Struktur und Funktionen zu vergleichen. Diesbezügliche Ergebnisse weisen auf Aspekte der Gehirnreifung im Jugendalter hin, die möglicherweise in Verbindung stehen mit der kognitiven, emotionalen und verhaltensbezogenen Entwicklung während dieses Zeitabschnitts, allerdings nicht vor dem frühen Erwachsenenalter abgeschlossen sind. (Casey et al., 2000; Keating, 2004).

Besondere Bedeutung kommt der Reifung in den Frontalregionen zu, insbesondere dem präfrontalen Kortex (PFC), der generell zuständig ist für komplexere kognitive Funktionen. Sein Wachstum, bei dem mehr Synapsen produziert werden als für eine intakte Informationsverarbeitung notwendig sind, erreicht seinen Höhepunkt während der Pubertät, bei Mädchen ca. mit 11 Jahren, bei Jungen ca. mit 12 Jahren. Dieser Vorgang – als Überproduktion bezeichnet (Giedd et al., 1999) – scheint mit besonderer Aufnahmefähigkeit für neue Informationen und dem leichten Erwerb neuer Fähigkeiten verbunden zu sein. Es folgt ein erheblicher struktureller Umbau durch teilweises Absterben (selective pruning) von überschüssigen neuronalen Verbindungen. Diese Abnahme an Synapsen in verschiedenen Teilen des Gehirns führt zu einer effizienteren und fokussierteren Informationsverarbeitung, wobei das Prinzip gilt: Nur was gebraucht wird, bleibt erhalten (use it or lose it).

Die Reifung im präfrontalen Kortex betrifft ferner eine fortlaufende Myelinisierung (Huttenlocher, 1994; Paus et al., 1999; Sowell, Trauner, Gamst & Jernigan, 2002). Myelin bildet eine isolierende Schicht, die die Axone (lange Fortsätze der Nervenzellen) umhüllt; dies führt zu höherer Leitfähigkeit bzw. Geschwindigkeit in der Übertragung elektrischer Signale. Die Myelinbildung dauert bis in die zweite Lebensdekade an (vgl. Keating, 2004) und schreitet bei Mädchen schneller voran als bei Jungen. Dies könnte einer der Gründe für reiferes Verhalten, d.h. bessere Impulskontrolle, höhere Aufmerksamkeit und Konzentration bei Mädchen sein (Strauch, 2003).

Während der Phase der Umstrukturierung ist das Gehirn besonders empfindlich und anfällig für Schädigung, die durch psychoaktive Substanzen (Alkohol, Drogen etc.) verursacht werden kann. Da es Belege für erfahrungsabhängige Veränderungen des Synapsenwachstums gibt, sind Aktivitäten der Jugendlichen und ihre Auseinandersetzung mit der Umwelt dafür ausschlaggebend, welche synaptischen Verbindungen gestärkt und welche eliminiert werden (Giedd et al., 1999).

Erfahrungsabhängige Veränderungen kennzeichnen generell Vorgänge, die zur Erklärung der ‚Plastiziät' des Gehirns beitragen: So sind neurale und neuroendokrine Systeme empfänglich für Einwirkungen, die durch die Auseinandersetzung mit der Umwelt initiiert werden. Daraus resultiert sowohl eine Differenzierung der Funktionen im präfrontalen Kortex als auch eine komplexere Vernetzung mit anderen Regionen (z.B. des limbischen Systems). Der präfrontale Kortex hat die Funktion, kognitive Aktivitäten zu koordinieren und über metakognitive Operationen zu steuern (vgl. Case, 1992; Stuss, 1992). Diese Prozesse gelten als zentral für die Erweiterung der kognitiven Fähigkeiten und Komponenten der Informationsverarbeitung (z.B. Arbeitsgedächtnis, Aufmerksamkeitssteuerung); ferner kommt es zu einer bewussteren Kontrolle der kognitiven Prozesse sowie zu effizienterem Ausblenden irrelevanter Information (inhibitorische Funktion). Nach Kwon und Lawson (2000) geht mit der Entwicklung der präfrontalen Funktionen die Möglichkeit einer höheren kognitiven Beanspruchung einher (z.B. beim schlussfolgernden Denken), was u. a. auch zur Optimierung folgender Leistungen beiträgt: Planung mit größerer Antizipationsweite und Prioritätsentscheidungen, Differenzierung der Selbstbewertung, Strategien der Emotionsregulation und situationsangemessenem Sozialverhalten.

Regulative Funktionen – Emotionalität, Sensation Seeking und riskantes Verhalten

Aktuelle neurowissenschaftliche Erkenntnisse konnten das Verständnis der Selbstregulation entscheidend verbessern. Selbstregulation wird in diesem Kontext als Kontrolle definiert, die für die Planung und Ausführung von Verhalten verantwortlich ist. Dies bezieht sich sowohl auf exekutive Funktionen (z.B. Regulation von Aufmerksamkeit; Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen) als auch auf die Kontrolle von Emotionen (Affekt, Triebe und Motivation) und das Zurechtkommen mit neuen Reizen und Situationen.

Im Laufe der Adoleszenz zeigen sich insbesondere im Limbischen System neuroendokrinologische Veränderungen (Dopamin-, Serotoninhaushalt), die eine Erhöhung der emotionalen Erregbarkeit (Intensität und Dauer) und starke Gefühlsschwankungen mit sich bringen. Jugendliche zeigen eine erhöhte Tendenz zu so genannten ‚hot cognitions', d.h. zu Denkprozessen unter Bedingungen starker Gefühle oder hoher Erregung („Bauchgefühle") im Unterschied zu ‚cold cognitions', Denkprozessen unter Bedingungen geringer emotionaler Erregungsbeteiligung (Steinberg et al., 2006).

Diese gesteigerte Emotionalität steht in Verbindung mit einer Reihe weiterer Phänomene, die im Verhaltensrepertoire von Jugendlichen auffallend sind. Dazu zählt einerseits eine erhöhte Reagibilität auf Stress, andererseits aber auch ein abgeschwächtes Reagieren auf ‚Belohnungen', was wiederum zum Aufsuchen von ‚Erregung' führt. Insofern gelten Veränderungen des Neurotransmitterhaushaltes als entwicklungsbedingte Ursachen für ‚Sensation Seeking' und die Tendenz zu riskanten Entscheidungen und Verhaltensweisen (vgl. Spear, 2000; Martin et al., 2002.).

Zuckerman, auf den das Konstrukt ‚Sensation Seeking' zurückgeht, definiert es als „the seeking for varied, novel, complex, and intense sensations and experiences, and the willingness to take physical, social, legal, and financial risks for the sake of such experience" (Zuckerman, 1994, S. 27). Bezüglich der Qualität derartiger Erfahrungen weist Arnett (1994) darauf hin, dass neben der Neuigkeit von Reizen die Intensität als wichtiges

Kriterium der Empfindung zu berücksichtigen ist. In einer österreichischen Studie konnten unterschiedliche Reizpräferenzen im Zusammenhang mit dem Bildungsstatus erfasst werden; während Lehrlinge ein ausgeprägteres Bedürfnis nach intensiven Reizen zeigten, präferierten die Studierenden eher neuartige Reize (Pichler, 2008).

Der von Jugendlichen oft ersehnte ‚Kick' und das Bedürfnis, ‚Nicht-Alltägliches' auszuprobieren, spielt auch für das Zustandekommen riskanter Entscheidungen eine Rolle. Zahlreiche Studien bestätigen einen Zusammenhang zwischen Sensation Seeking und Risikoverhalten. So korreliert beispielsweise ausgeprägtes Sensation Seeking negativ der mit Bewertung von Risiken und positiv mit höherer Bereitschaft zu Risikoverhalten. Steinberg (2008b) bietet Belege dafür, dass Risikopräferenzen und Sensation Seeking über die mittlere Adoleszenz (14-17 Jahre) ansteigen und dann wieder abnehmen. Ferner betont er, dass riskantes Verhalten vor allem in der Peergruppe auftritt. So zeigen Befunde zu Entscheidungen beim Fahrverhalten, dass die Gegenwart von Freunden jugendliches Risikoverhalten verdoppelt. Die neurobiologische Erklärung dafür besagt, dass Peers neurale Schaltkreise aktivieren, die in die Belohnungsverarbeitung involviert sind und diese Aktivierung wiederum das Sensation Seeking steigert. Nach Auffassung von Steinberg (2008b) beruht eine zunehmende Risikobereitschaft während der Adoleszenz nicht auf mangelnder Informiertheit, sondern darauf, dass sich das dopaminäre System schneller entwickelt als das kognitive Kontrollsystem. Wenn man bedenkt, dass die Intensivierung emotionaler Empfindungen in der Pubertät einsetzt, die volle Entwicklung der Selbst-Regulationsfähigkeiten bis weit ins frühe Erwachsenenalter hineinreicht, so bietet Dahl (2004, S. 17) mit der Metapher „starting the engines with an unskilled driver" eine plausible Erklärung für manches ‚Problem' im Verhalten Jugendlicher.

Da es jedoch bezüglich der Bereitschaft zu Risikoverhalten offensichtliche Unterschiede zwischen Jugendlichen gibt, die nicht ausschließlich neurobiologisch erklärt werden können (z.B. welche Risiken lösen Begeisterung aus, heben den Status, erzeugen wessen Anerkennung?), erscheint die Bedeutung zeitabhängiger, kultureller und sozialer Faktoren zur Bewertung von Risiken und Erklärung riskanten Verhaltens relevant (vgl. Sunstein, 2008).

Schlafverhalten – Auswirkungen auf Verhalten und Leistung

Obwohl die genaue Funktion des Schlafs für Phasen der Gehirnentwicklung nicht geklärt ist (Dahl & Lewin, 2002), zeigen Forschungsergebnisse, dass die adoleszente Gehirnentwicklung mit gravierenden Veränderungen im Schlaf-Wach-Rhythmus der Jugendlichen korrespondiert.

Die von Mary Carskadon und Kolleg/innen in den USA durchgeführten Forschungsarbeiten zum jugendlichen Schlafverhalten zeigen interessante Phänomene zur Struktur und Organisation des Schlafs, sowie zu Auswirkungen auf die Verhaltensregulation und auf schulische Leistungen (Wolfson & Carskadon, 2003). Unter Verwendung des identischen methodischen Instrumentariums konnten in einer mit Jugendlichen in Österreich durchgeführten Replikatikonsstudie nahezu vergleichbare Ergebnisse aufgezeigt werden (Zuderstorfer, 2007; Zuderstorfer & Dreher, 2009). Im Folgenden wird auf das gesamte Spektrum der adoleszenten Schlafforschung Bezug genommen, da der oben genannten Studie aufgrund der – nicht repräsentativen – Stichprobe (N= 340; 9.- 12. Schulstufe) ein eher explorativer Charakter zukommt.

Obwohl im Jugendalter nach wie vor ein durchschnittlicher Schlafbedarf von 9 bis 10 Stunden besteht, zeigen sich in der Praxis charakteristische Veränderungen der Schlafmuster Jugendlicher: (1) eine stetige Abnahme der Schlafdauer mit dem Alter (Wolfson & Carskadon, 1998), (2) verzögerte Schlafenszeiten (Millman, 2005) und (3) eine immer größer werdende Diskrepanz zwischen dem Schlafverhalten an Schultagen und jenem an Wochenenden (Mercer et al., 1998, zit. n. Brand et al., 2010, S. 140; Dahl & Lewin, 2002). Diese Schlafmuster scheinen sich nach neueren Studien ab dem 20. bis 22. Lebensjahr wieder zu relativieren (Roenneberg et al., 2004). Die Tendenz, unter der Woche Schlafens- und Aufstehzeiten hinauszuzögern, besteht dabei auch noch im frühen Erwachsenenalter (Lund, Reider, Whiting & Prichard, 2010).

Als Gründe für die markanten Veränderungen des Schlaf- / Wachverhaltens wird ein Zusammenspiel zwischen inneren und äußeren Faktoren angenommen. Neueren Erkenntnissen zufolge kommt es zu entwicklungsbedingten biologischen Veränderungen in der Schlaf-Wach-Regulation und dadurch zu einer Verschiebung der zirkadianen Phasenlage, hin zu so genannten ‚Abendtypen' (Roenneberg et al., 2004). Es wird davon ausgegangen, dass diese Veränderungen der Schlafmuster in engem Zusammenhang mit den neuronalen Umstrukturierungen im Gehirn der Jugendlichen stehen (Benca, 2004). So wird Melatonin, eine Substanz, die im Gehirn an der Steuerung des Schafs beteiligt ist und Müdigkeit erzeugt, bei Jugendlichen bis zu zwei Stunden später in der Nacht produziert (Carskadon, Acebo & Jenni, 2004). Ferner beeinflusst das psychosoziale Umfeld die verhaltensgesteuerte Regulation des Schlafverhaltens von Jugendlichen: Dazu zählen verschiedene Möglichkeiten spätabendlicher Aktivitäten, das wachsende Zugeständnis von Autonomie und die Steigerung der schulischen Anforderungen (Carskadon et al., 2004). Brand et al. (2010) konnten diesbezüglich keine eindeutigen geschlechtsspezifischen Merkmale finden.

Insgesamt deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass Jugendliche besonders an Schultagen unter einem permanenten Schlafdefizit leiden. Die National Institutes of Health (NIH, 1997; zit. n. Wolfson, 2010, S. 97) bezeichnen Adoleszente und Emerging Adults im Alter zwischen 12 und 25 Jahren als Risikogruppe für Schlafprobleme: Einschlaf- und Durchschlafschwierigkeiten, verzögertes Schlafphasensyndrom und exzessive Tagesschläfrigkeit. Der offensichtlichste Effekt von mangelndem Schlaf bei Jugendlichen ist die Schläfrigkeit untertags bei reizarmen Aktivitäten (Dahl & Lewin, 2002; Lund et al., 2010). Darüber hinaus hat Schlafmangel beeinträchtigende Konsequenzen für bedeutsame Funktions- und Handlungsbereiche (Carskadon, 1990, 2004; Wolfson & Carskadon, 1998; Giannotti, Cortesi, Sebastiani & Ottaviano, 2002; Dahl & Lewin, 2002; Brand et al., 2010; Lund et al., 2010); sie betreffen vorrangig Schulleistungen, Aufmerksamkeit und Konzentrationsfähigkeit, Stimmungslage, Unfallrisiken, Substanzkonsum und Stressmanagement. Die National Sleep Foundation (2000) hat einen Katalog praxisrelevanter Maßnahmen vorgestellt. Das Spektrum reicht von Vorschlägen zur Zeitgestaltung im Schul- und Leistungsbereich, über Aufklärungskampagnen bis hin zu Maßnahmen der ‚Public Policies', z.B. die Strukturierung der Stundenpläne und die Anpassung von Aktivitäten an optimale Leistungsfähigkeit; Aufnahme von altersbezogenen Schlafinformationen in den Lehrplan; Initiativen in Fahrschulen mit Informationen über die Effekte von Schläfrigkeit auf die Fahrfähigkeit.

3. Jugendalter und Entwicklungsförderung: Konzepte und Kriterien

Eine hohe internationale Resonanz konnte die entwicklungspsychologische Adoleszenz-Forschung in den letzten Jahrzehnten verzeichnen. Sicher gründet das wachsende Interesse auch darauf, dass die Thematiken der Jugendphase in hervorragender Weise geeignet sind, den Konstrukten der Lifespan-Entwicklungspsychologie (z.B. Plastizität, Systembeziehungen, Diversität) empirische Evidenz zu verleihen. Fortschritte in der Grundlagenforschung bereiteten den Weg für Anwendungsperspektiven, die seit den 90er Jahren die aktuellsten Trends in der Adoleszenzforschung repräsentieren. Lerner und Steinberg unterstreichen dabei den Gewinn einer ‚research-application synthesis' (2009, S. 4), auf deren Basis sowohl Jugendprogramme entwickelt als auch die Kooperation zwischen Forschung, Praxis und Jugendpolitik forciert werden kann. Lerner (2004) versieht mit dem Etikett ‚Positive Youth Development' eine Programmatik, die auf Entwicklungspotenziale Jugendlicher setzt. Sein Credo fokussiert auf Interaktion mit protektiven Entwicklungskontexten und Förderung regulativer Kompetenzen, die Jugendliche befähigen, den ‚eigenen Beitrag' zur (Selbst-)Gestaltung ihrer Entwicklung zu leisten (Lerner, R. M., Almerigi, Theokas & Lerner, J. V., 2005; Silbereisen & Lerner, 2007; Gestsdóttir & Lerner, 2007, 2008; Lerner, J. V., Phelps, Forman & Bowers, 2009).

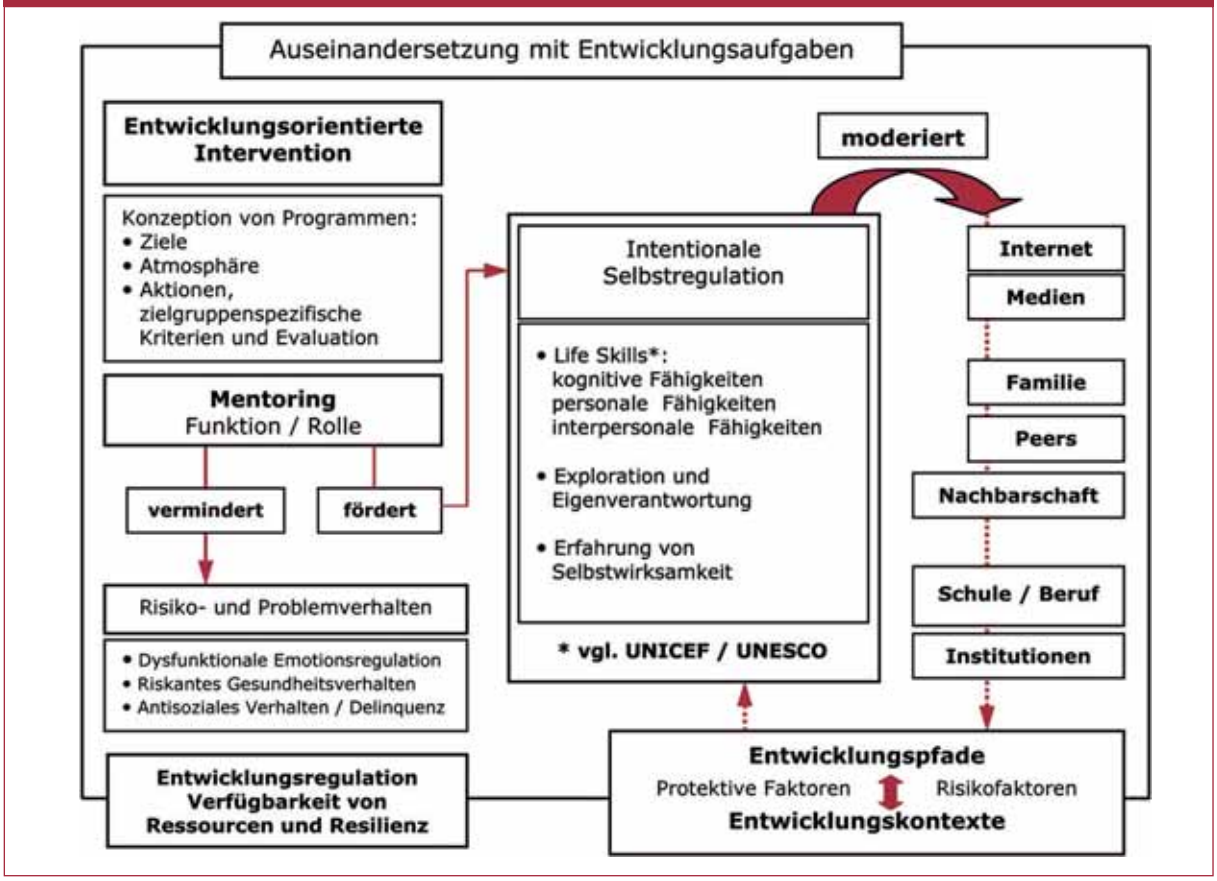
Qualitätsstandards entwicklungsorientierter Intervention

Vorstellungen über ‚Entwicklungsförderung' weisen immer eine anthropologische Verankerung auf. So zählt die Anerkennung von Kompetenz, sozialer Einbindung und Autonomie als menschliche Basisbedürfnisse zu den Grundzügen eines ressourcenorientierten Menschenbildes (vgl. Deci & Ryan, 2000). ‚Kompetenz' repräsentiert das Bestreben, effektiv handeln zu können und fähig zu sein, die Anforderungen des Alltags zu bewältigen. Entwicklung von Kompetenz schließt Strukturierung und Anleitung, sowie die Konfrontation mit optimal herausfordernden (nicht überfordernden) Aufgaben und Verantwortlichkeiten ein. ‚Soziale Einbindung' bezieht sich auf das Empfinden, dazuzugehören und schafft die Voraussetzung für emotionale Sicherheit, um aktiv die Umwelt zu erkunden. Gleichzeitig gilt das Bedürfnis nach Zugehörigkeit auch als zentrales Motiv für die Internalisierung von sozialen Regeln und die Anpassung an soziale und kulturelle Gegebenheiten. Die Frustration dieses Bedürfnisses hingegen begünstigt Rebellion und Reaktanz oder Apathie und Depression.

Das Bedürfnis nach ‚Autonomie' bezieht sich auf die Entwicklung selbstregulierter Aktivitäten im Bereich des Denkens, der Emotionen, Entscheidungen und Handlungen. Die Förderung von Autonomie bedarf einer Umwelt, die gleichermaßen Herausforderung und Unterstützung für individuelle Erfahrungen von Selbstwirksamkeit bietet und externe Unterstützung an den individuellen Fortschritt adaptiert.

Akzeptiert man diese Basisbedürfnisse – Kompetenz, soziale Einbindung, Autonomie – als Grundplan für Maßnahmen der Entwicklungsförderung, so sind damit sowohl gewisse Zielvorgaben als auch handlungsleitende Kriterien abgesteckt. Das nachfolgende Modell (Abb. 7) zeigt zentrale Komponenten und Systemzusammenhänge einer evidenzbasierten Entwicklungsförderung im Jugendalter.

Abbildung 7: Modell einer evidenzbasierten Entwicklungsförderung im Jugendalter



Kriterien der Konzeption von Maßnahmen / Programmen

Konkrete Maßnahmen bzw. Programme brauchen relevante Themen und Handlungsmöglichkeiten. Dass die Entwicklungsaufgaben hierfür eine reiche Auswahl bieten, zeigen die Wünsche und Interessen der Jugendlichen. Im artikulierten Handlungsbedarf werden ferner klare Effekt-Erwartungen deutlich: Programme, Kurse und Maßnahmen beurteilen Jugendliche in erster Linie dann als nützlich, wenn sie Hilfestellung für ihre Probleme geben und der Lerngewinn ihr Persönlichkeitsprofil bereichert. Die praktische Umsetzung solcher Konzepte erfordert Bedingungen auf zwei Ebenen: (1) didaktisch-methodische Strategien, die Anreiz für Fragen bieten, Situationen unter divergenten Perspektiven beleuchten, Lösungen auf unterschiedlichen Wegen suchen und Informationen generieren, die über das Selbst-Verständliche hinausreichen; (2) ein Lernsetting, dessen Atmosphäre sowohl Züge einer sach- und zielbezogenen Interaktion ausweist, aber auch ‚emotionale Spielräume' bietet, die auf Zugehörigkeit und Anerkennung von Gleich-Wertigkeit (Äqui-Valenz) basieren (vgl. Dreher, E., 1999, 2007).

Mentoring als Entwicklungsressource

Zur Besprechung persönlicher Dinge suchen sich Jugendliche oft bestimmte Personen aus, die ihnen aus unterschiedlichsten Kontexten bekannt sind und in der Regel Bezugspersonen außerhalb der Familie darstellen. Solche Personen – als „Signifikante Andere" bezeichnet (Berger & Luckmann, 1969) – sind für das Individuum bedeutsam, da sie als

Rollenmodelle fungieren und den Erfahrungshorizont erweitern (vgl. Galbo, 1984). Da die Beziehung zu den Eltern, vor allem aufgrund der Autonomiebestrebungen der „Kinder", Veränderungen erfährt (Steinberg, 2008a), nimmt der Einfluss der ‚Signifikanten Anderen' zu. Personen, die eine solche Beziehung zum Jugendlichen haben, werden als „Mentorinnen" / „Mentoren" bezeichnet. Sie sind vom Jugendlichen selbst gewählt und übernehmen diese Rolle ohne expliziten Auftrag (DuBois & Karcher, 2005; Hamilton & Hamilton, 2004). Voraussetzung für effiziente Einflussnahme ist das Gefühl emotionaler Verbundenheit, das auf Gegenseitigkeit, Vertrauen und Empathie beruht. Betont wird, dass Prozesse, wie die persönliche Entwicklungsgeschichte des Jugendlichen, bestehende soziale Kompetenzen, sowie der Familienkontext die Beziehung zu Mentor/innen moderieren (Rhodes, 2005). Diese Beziehung kann sich auf verschiedene Bereiche auswirken, auf die kognitive Entwicklung (z.B. neue Perspektiven, Herausforderungen), die sozial-emotionale Entwicklung (z.B. Kommunikationsfähigkeit, Emotionsregulation), sowie die Identitätsbildung (z.B. Selbstwert, Wertvorstellungen).

Eine Studie mit österreichischen Jugendlichen (Strobl, 2009) ergab, dass ca. 75 Prozent eine Mentorin /einen Mentor haben, überwiegend (ca. 65%) des gleichen Geschlechts, zumeist (ca. 65%) eine nicht-verwandte Person, die im Durchschnitt 6-8 Jahre älter ist als der / die Jugendliche. Die Jugendlichen bevorzugen ein Mentoring, das weniger direkte Unterstützung gibt, vor allem aber hohes Interesse an den Zielen und Beziehungen des Jugendlichen zum Ausdruck bringt und gemeinsame Aktivitäten setzt. Lern- und Entwicklungsraum kann für Jugendliche dadurch geschaffen werden, dass seitens des Mentors / der Mentorin Erfahrungen berichtet, neue Perspektiven eröffnet und Unterstützung angeboten wird. Unterstützung ist jedoch ein sensibles Thema, da Jugendliche – um Autonomie bemüht – nicht gerne direkt um etwas bitten. Im Rahmen „nicht merkbarer Hilfe" sollen Ermutigung spürbar und Ressourcen zur Verfügung sein. Ferner profitieren Jugendliche davon, wenn ihnen Strategien aufgezeigt werden, die sie selbst zur Lösung ihrer Probleme nutzen können.

Ein spezieller Bereich des ‚Mentoring' befasst sich mit Möglichkeiten zur Förderung von Resilienz. ‚Resilienz' steht für einen erfolgreichen Umgang mit Belastungen; synonyme Begriffe sind Stressresistenz, psychische Robustheit und psychische Elastizität. Es wird angenommen, dass Resilienz eine Fähigkeit ist, die durch Interaktion mit Umwelt erlernt wird (vgl. Werner, 1999; Wustmann, 2005). Im Zusammenhang mit Mentorenfunktionen sind zwei Modelle der Resilienzforschung von Bedeutung: das Modell der Kompensation und das Modell der Schutzfaktoren; ‚Kompensation' besagt, dass positive Erfahrungen in der Mentorenbeziehung möglichen Risikofaktoren entgegenwirken, während die Gewährung von Schutzfaktoren negative Auswirkung verhindert und positive Erfahrungen verstärkt. Mentorenbeziehungen stellen demnach eine zusätzliche Ressource für die erfolgreiche Bewältigung von Entwicklungsaufgaben unter Belastungen dar.

Die Wirksamkeit von Mentoring als Strategie entwicklungsorientierter Intervention fordert eine stringente Passung zwischen jugendspezifischen Entwicklungszielen und entsprechenden Maßnahmen. In der Graphik (Abb. 8) zur Programmatik entwicklungsorientierter Intervention sind wesentliche Komponenten der Passung aufgezeigt.

Abbildung 8: Programmatik entwicklungsorientierter Intervention

Selbstregulation als zentrale Kompetenz

Konzepte der Selbstregulation entstanden im Kontext unterschiedlicher Theorierichtungen und weisen Akzentsetzungen auf, die von Persönlichkeitsmerkmalen bis zu Kontrollmechanismen reichen (Vohs & Baumeister, 2004). Für die gegenwärtige Thematik der Entwicklungsförderung sind Ansätze interessant, die ‚Selbstregulation' als Kompetenz fassen und damit einen Anschluss an das Konstrukt der Plastizität zulassen. So belegen empirische Studien beispielsweise, dass die Ausübung von Selbstkontrolle Trainingseffekte erzeugt, die in Richtung erhöhter Ausdauer und einer generellen Zunahme an Kontrollkapazität gehen (Muraven, Baumeister & Tice, 1999).

Hinsichtlich der Wirksamkeit regulativer Fähigkeiten im Entwicklungskontext werden zwei Formen unterschieden: die ‚adaptive Entwicklungsregulation' (Brandtstädter, 2006) und die ‚intentionale Selbstregulation' (Gestsdóttir & Lerner, 2007, 2008).

Das Attribut ‚adaptiv' bringt zur Geltung, dass es sich bei dieser Form der Regulation um Prozesse der Anpassung innerhalb des Individuum-Umwelt-Systems handelt (z.B. Beziehungs-, Arbeitskontexte). Die intentionale Selbstregulation hingegen fokussiert auf exekutive Funktionen der Handlungskontrolle und willentlichen Zielerreichung, wie z.B. Aufmerksamkeit fokussieren, Anstrengung aufrecht erhalten, Emotionen kontrollieren und Impulse hemmen.

Selbstregulation im Jugend- und frühen Erwachsenenalter betreffend fordert Moilanen (2007) eine Differenzierung zwischen kurz- und langfristiger Selbstregulation. Will man nämlich bestimmte Ziele erreichen, so müssen kurz- und langfristig wirksame Kontrollstrategien koordiniert werden. Dies kann bedeuten, dass beispielsweise Anstrengungen über eine lange Zeitspanne aufrechterhalten und Impulse kurzfristig unterdrückt werden müssen. Darüber hinaus erlaubt langfristige Selbstregulation auch ein Denken „im Nachhinein" und „im Voraus", d.h. man kann vergangene Verhaltensweisen beurteilen und zukünftige planen.

Selbstregulation als Entwicklungspotenzial

Geht es bei der Entwicklung von Selbstregulation in der Adoleszenz vornehmlich darum, dass Komponenten der Regulation internalisiert und zu bewussten ‚Werkzeugen' werden, so braucht dieser Prozess Handlungsfelder und Fertigkeiten, die helfen, Intentionen auf die Ebene von Handlungen umzusetzen. Einen effizienten Zugang hierfür bietet die Förderung von sog. ‚Life Skills'.

Die World Health Organization (WHO) definiert 'Life Skills' als Fähigkeiten zu adaptivem und positivem Verhalten, das Individuen befähigt, sich mit Anforderungen und Herausforderungen effektiv auseinanderzusetzen. Diese Fähigkeiten werden entweder gelehrt oder durch direkte Erfahrung im Umgang mit Problemen und Fragen des Alltags erworben.

Die United Nations Children's Fund (UNICEF) und die United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) unterteilen die Life Skills in drei Bereiche: Kognitive, personale und interpersonale Fähigkeiten.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die bereichsspezifische Differenzierung der Life Skills (Übersetzung aus dem Englischen von den Autorinnen).

Life Skills ➔ **Kognitive Fähigkeiten (learning to know)**

Fähigkeiten, Entscheidungen zu treffen, Probleme zu lösen

- Fähigkeit Informationen zu sammeln
- Konsequenzen gegenwärtigen Handelns für sich selbst und andere abschätzen können
- Alternative Lösungen für Probleme festlegen
- Fähigkeit zur Analyse des motivationalen Einfluss eigener und fremder Werte und Einstellungen

Fähigkeit zum kritischen Denken

- Analysieren der Einflüsse von Peers und Medien
- Analysieren von Einstellungen, Werten, sozialen Normen und Überzeugungen einschließlich der Faktoren, die diese beeinflussen
- Ermitteln relevanter Informationen und Informationsquellen

Life Skills ➔ **Personale Fähigkeiten (learning to be)**

Fähigkeit zur Steigerung der internen Kontrollüberzeugung

- Fähigkeit zum Aufbau von Selbstachtung und Selbstvertrauen
- Fähigkeit der Selbstbewusstheit einschließlich der Bewusstheit von Rechten, Einflüssen, Werten, Einstellungen, Stärken und Schwächen
- Fähigkeit, sich Ziele zu setzen
- Fähigkeit zur Selbstbeobachtung, Selbsteinschätzung, Selbstbewertung

Fähigkeiten im Umgang mit Gefühlen

- Ärgerregulierung
- Umgang mit Trauer und Angst
- Bewältigungsstrategien für den Umgang mit Verlust, Missbrauch und Trauma

Fähigkeiten zur Bewältigung von Stress

- Zeitmanagement
- Positives Denken
- Entspannungstechniken

Life Skills ➔ **Interpersonale Fähigkeiten (learning to life together)**

Fähigkeiten zu interpersonaler Kommunikation

- Verbale und nonverbale Kommunikation
- Aktives Zuhören
- Gefühle ausdrücken, Feedback geben (ohne Schuldzuweisung) und Feedback entgegennehmen

Fähigkeiten zur Verhandlung / Ablehnung

- Verhandlungs- und Konfliktmanagement
- Durchsetzungsfähigkeit
- Fähigkeit, etwas abzulehnen

Empathie

- Fähigkeit zuzuhören, Bedürfnisse und Umstände anderer zu verstehen und das Verständnis dafür auszudrücken

Kooperation und Teamarbeit

- Den Beiträgen und der Ausdrucksweise anderer Respekt entgegen bringen
- Einschätzen der eigenen Fähigkeiten und des Beitrag zur Gruppe

Fähigkeit, die Anwaltschaft zu übernehmen

- Fähigkeit, Einfluss zu nehmen und zu überzeugen
- Fähigkeit zu Netzwerk- und Motivationsarbeit

Quellen: UNESCO: Introductions to Life Skills / UNICEF: Which skills are „life skills" [http://www.unicef.org]

Die Praxis der Selbstregulation in unterschiedlichen Handlungsbereichen führt zu unmittelbaren Erfahrungen der Selbstwirksamkeit und der Eigenverantwortung. In einer eher traditionellen Begrifflichkeit werden solche Entwicklungsschritte als Gewinn psychosozialer Reife bezeichnet (vgl. Greenberger & Sorensen, 1974). Aus heutiger entwicklungstheoretischer Sicht lässt sich dieser Gewinn noch unter weiteren Aspekten bilanzieren. Selbstregulation umfasst Kompetenzen, die das Profil der eigenen Identität differenzieren. Werden jedoch regulative Fähigkeiten eingesetzt, um bestimmte Merkmale und Effekte in den umgebenden Entwicklungskontexten zu moderieren, so erhält dieses Potenzial als ‚entwicklungsgestaltende Ressource' eine weitere Funktion, die zum einen in Richtung aufsuchender und verstärkender Aktivitäten zum anderen aber auch vermeidende und abschwächende Strategien beinhaltet. Solche Moderatoreffekte, die aus der Selbstregulation hervorgehen, betreffen zum Beispiel die Auswahl des Freundeskreises, die bewusste Nutzung von Medien, Bildungsaspiration, sowie das Engagement in Vereinen. Ferner können Risikofaktoren identifiziert werden, die sowohl Entwicklungskontexte (z.B. Wohnumgebung, Nachbarschaft) als auch individuelle Verhaltensmuster betreffen.

Unter dieser Perspektive schließt sich der Kreis: sowohl intentionale als auch adaptive Regulationfähigkeiten begründen wichtige Beiträge zu einer aktiven und eigenverantwortlichen Auseinandersetzung mit anstehenden Aufgaben und Entwicklungszielen.

4. Resümee

Ausgehend von der Zielsetzung des Beitrags, charakteristische Züge des Jugendalters aus entwicklungspsychologischer Sicht darzustellen, bietet ein historischer Exkurs zunächst Aufschluss über wichtige Etappen der Forschungsgeschichte zur Jugendentwicklung. Die Anwendung der Konzepte der Entwicklungspsychologie der Lebensspanne auf das Jugendalter erweitert die Fragestellungen und empirischen Zugänge zur Analyse spezifischer Merkmale und Veränderungsprozesse dieser Lebensphase. Darüber hinaus trägt diese Neuorientierung aber auch wesentlich zur Wende des Jugend-Bildes bei, das in Forschung und Praxis über Jahrzehnte ‚Krisen-geprägt' war. Insbesondere Ergebnisse der interdisziplinären Adoleszenzforschung unterstreichen die Plastizität der Jugendphase. Die Förderung dieses Potenzials unterstützt nicht nur gegenwärtige Entwicklungsschritte, sondern bereitet gleichzeitig Ressourcen für die Bewältigung nachfolgender Aufgaben vor. Die heutige Adoleszenzforschung zeichnet sich durch konzeptuelle Stringenz aus, die im Theorie-Praxis-Transfer eine evidente Entsprechung findet und Qualitätsstandards für entwicklungsorientierte Intervention bereitstellt.

Der Leserin, dem Leser mag aufgefallen sein, dass kaum Studien und Ergebnisse einer österreichischen Adoleszenzforschung zur Sprache kommen. Dies lässt sich zum einen damit erklären, dass der vorliegende Beitrag – wie in der Einleitung zum Jugendbericht bereits angekündigt – eine theoretische ‚Vorschau' auf Inhalte und Befunde gibt, die in den Themen der nachfolgenden Expertisen zum Jugendbericht ausgeführt werden.

Zum anderen benennt diese Auffälligkeit aber auch ein wahres Defizit bzw. den für Österreich notwendigen Ausbau einer breiten systematischen Grundlagenforschung zur Entwicklung im Jugend- und frühen Erwachsenenalter. Bereits die Arbeiten aus unserer Forschungsgruppe (vgl. Dreher, Sirsch, Strobl & Muck, 2010) – meist im Rahmen universitärer Qualifikationen durchgeführt – dokumentieren, dass die Konzepte ‚Entwicklungsaufgaben', ‚Selbstregulation', ‚Mentoring' und Übergänge ins Erwachsenenalter signifikante Fragestellungen und empirische Zugänge für grundlagen- und anwendungsorientierte Forschungsstrategien bieten.

Literatur

Arnett, J. J. (1994). Sensation seeking: A new conceptualization and a new scale. Personality and Individual Differences, 16, 289-296.

Arnett, J. J. (2000). Emerging adulthood. A theory of development from the late teens through the twenties. American Psychologist, 55, 469-480.

Arnett, J. J. (2001). Conceptions of the transition to adulthood: Perspectives from adolescence through midlife. Journal of Adult Development, 8, 133-143.

Arnett, J. J. (2006). Emerging adulthood: Understanding the new way of coming of age. In J. J. Arnett & J. L. Tanner (Eds.), Emerging adults in America. Coming of age in the 21st century (pp. 3-19). Washington, D.C.: American Psychological Association.

Benca, R. M. (2004). Regulation of sleep and arousal: Introduction to part VII. Annals of the New York Academy of Sciences, 1021, 260-261.

Berger, P. L. & Luckmann, T. (1969). Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit: eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt: Fischer.

Brand, S., Gerber, M., Beck, J., Hatzinger, M., Pühse, U. & Holsboer-Trachsler, E. (2010). High exercise levels are related to favorable sleep patterns and psychological funktioning in adolescents: A comparison of athletes and controls. Journal of Adolescent Health, 46, 133-141.

Brandtstädter, J. (2006). Action perspectives on human development. In W. Damon (Series Ed.) & R. M. Lerner (Ed.), Handbook of child psychology: Vol. 1. Theoretical models of human development (6th ed., pp. 516–568). Hoboken, NJ: Wiley.

Bronfenbrenner, U. (1989). Die Ökologie der menschlichen Entwicklung: Natürliche und geplante Experimente. Frankfurt a. M.: Fischer.

Buhl. H. M. & Lanz. M. (2007). Emerging adulthood in Europe: Common traits and variability. Journal of Adolescent Research, 22, 439-443.

Bühler, Ch. (1928). Kindheit und Jugend. Leipzig: Hirzel.

Bühler, Ch. (1991). Das Seelenleben des Jugendlichen. Versuch einer Analyse und Theorie der psychischen Pubertät (7. Aufl.). Stuttgart: Fischer UTB.

Carskadon, M. A. (1990). Patterns of sleep and sleepiness in adolescents. Pediatrician, 17, 5-12.

Carskadon, M. A. (2004). Sleep deprivation: Health consequences and societal impact. The Medical Clinics of North America, 88, 767-776.

Carskadon, M. A., Acebo, C. & Jenni, O. G. (2004). Regulation of adolescent sleep: Implications for behaviour. Annals of the New York Academy of Sciences, 1021, 276-291.

Case, R. (1992). The role of the frontal lobes in the regulation of cognitive development. Brain and Cognition, 20, 51-73

Casey, B. J., & Giedd, J. N., & Thomas, K. M. (2000). Structural and functional brain development and its relation to cognitive development. Biological Psychology, 54, 241-257.

Dahl, R. E. (2004). Adolescent brain development: A period of vulnerabilities and opportunities. Keynote address. Annals of the New York Academie of Sciences, 1021, 1-22.

Dahl, R. E. & Lewin, D. S. (2002). Pathways to adolescent health: Sleep regulation and behaviour. Journal of Adolescent Health, 31, 175-184.

Deci, E. L. & Ryan, R. M. (2000). The darker and brighter sides of human existence: Basic psychological needs as a unifying concept. Psychological Inquiry, 11, 319-338.

Del Guidice, M., Angeleri, R. & Manera, V. (2009). The juvenile transition: A developmental switch point in human life history. Developmental Review, 29, 1-31.

Dreher, E. (1999). Systemisches Denken und Handeln im Kontext von Forschung und Lehre. Abschlussarbeit zur Ausbildung ‚Systemische Familientherapie'. Weinheim: Institut für Familientherapie e.V.

Dreher, E. (2007). Optimierung von Selbstwirksamkeit. Entwicklungspotenziale (er-)kennen und nutzen! In A. Bucher, K. Lauermann & E. Walcher (Hrsg.). Ich kann. Du kannst. Wir können. Selbstwirksamkeit und Zutrauen (S. 33-57). 55. Tagungsband der Internationalen Pädagogischen Werktagung, Salzburg, 2006.

Dreher, E. & Dreher, M. (1985). Entwicklungsaufgaben im Jugendalter: Bedeutsamkeit und Bewältigungskonzepte. In D. Liepmann & A. Stiksrud (Hrsg.), Entwicklungsaufgaben und Bewältigungsprobleme in der Adoleszenz (S. 56-70). Göttingen: Hogrefe.

Dreher, E. & Dreher, M. (1991). Entwicklungsrelevante Ereignisse aus der Sicht von Jugendlichen. Schweizerische Zeitschrift für Psychologie, 50, 24-33.

Dreher, E. & Dreher, M. (2002). Familientabus und Ablösung. In B. Rollett & H. Werneck. (Hrsg.). Klinische Entwicklungspsychologie und Familie (S. 137-157). Göttingen: Hogrefe.

Dreher, E. & Dreher, M. (2008). Kognitive Entwicklung im Jugendalter. In M. Hasselhorn & R. K. Silbereisen (Hrsg.) Enzyklopädie Psychologie, Serie V (Entwicklung), II Grundlegende Veränderungen während des Jugendalters (S. 55-107). Göttingen: Hogrefe.

Dreher, E. & Dreher, M. (2009). Fragebogen zu Entwicklungsaufgaben im Jugendalter

(5. Fassung, gekürzt). München: Ludwig-Maximilians-Universität München.

Dreher, E., Sirsch, U., Strobl, S. & Muck, S. (2010). Dokumentation empirischer Forschungsarbeiten zu aktuellen Konzepten und Themen der Entwicklung im Jugend- und frühen Erwachsenenalter. München und Wien: Department Psychologie der Ludwig-Maximilians-Universität München und Fakultät Psychologie der Universität Wien.

Dreher, M. & Dreher, E. (2009). Entwicklungsaufgaben im Jugendalter. Basisinformation zum empirischen Vorgehen. München: Ludwig-Maximilians-Universität München

DuBois, D. L & Karcher, M. J. (2005). Theory, research and practice. In: D. L. DuBois & M. J. Karcher (Eds.). Handbook of Youth Mentoring (pp. 2-11). Thousand Oaks: Sage Publications.

Elhardt, S. (1984). Tiefenpsychologie: Eine Einführung (9., überarbeitete u. ergänzte Auflage). Stuttgart: Kohlhammer UTB.

Erikson, E. H. (1988). Jugend und Krise. Die Psychodynamik im sozialen Wandel (3. Aufl.). Stuttgart: Klett-Cotta.

Ewert, O. M. (1983). Entwicklungspsychologie des Jugendalters. Stuttgart: Kohlhammer.

Filipp, H.-S. (1995.). Ein allgemeines Modell für die Analyse kritischer Lebensereignisse. In H.-S. Filipp (Hrsg.). Kritische Lebensereignisse (3. Aufl., S. 3-52). Weinheim: Beltz PVU.

Freud, A. (1958). Adolescence. In R. S. Eissler (Ed.), Psychoanalytic study of the child (Vol. 13, pp. 255-278). New York, NY: International Universities Press.

Freud, A. (1969). Adolescence as a developmental disturbance. In G. Kaplan & S. Lebovici (Eds.), Adolescence. Psychosocial perspectives (pp. 5-10). New York: Basic Books.

Galbo, J. J. (1984). Adolescents´ perception of significant adults: A review of the literature. Adolescence, 19, 951-970.

Gestsdóttir, S. & Lerner, R. M. (2007). Intentional Self-Regulation and Positive Youth Development in Early Adolescence: Findings From the 4-H Study of Positive Youth Development. Developmental Psychology, 43, 508-521.

Gestsdóttir, S. & Lerner, R. M. (2008). Positive Development in Adolescence: The Development and Role of Intentional Self-Regulation. Human Development, 51, 202–224.

Gianotti, F., Cortesi, F., Sebastiani, T. & Ottaviano, S. (2002). Circadian preference, sleep and daytime behaviour in adolescence. Journal of Sleep Research, 11, 191-199.

Giedd, J. N., Blumenthal, J., Jeffries, N. O., Castellanos, F. X., Liu, H., Zijdenbos, A., Paus, T., Evans, A. C. & Rapoport, J. L. (1999). Brain development during childhood and adolescence: A longitudinal MRI study. Nature Neuroscience, 2, 861-863.

Goossens. L. (2006). Emotion, affect, and loneliness in adolescence. In S. Jackson & L. Goossens (Eds.). Handbook of Adolescent Development (pp. 51 – 70). New York: Psychology Press.

Greenberger, E. & Sorensen, A. B. (1974). Toward a concept of psychosocial maturity. Journal of Youth and Adolescence, 3, 329-358.

Grob, A. & Jaschinski, U. (2003). Erwachsen werden. Entwicklungspsychologie des Jugendalters. Weinheim: Beltz PVU.

Haan, N. (1977). Coping and defending. Process of self-environment organization. New York: Academic Press.

Hall, G. S. (1904). Adolescence. Its psychology and its relations to physiology, anthropology, sociology, sex, crime, religion and education (Vol. I and II). New York: Appleton.

Hamburger, F. & Stauf, E, (2009). „Migrationshintergrund" zwischen Statistik und Stigma. SCHÜLER. Wissen für Lehrer. Themenheft ‚Migration', S. 30-31.

Hamilton, S.F. & Hamilton, M. A. (2004). Contexts for mentoring. Adolescent-adult relationships in workplaces and communities. In R. M. Lerner & L. Steinberg (Eds.). Handbook of adolescent psychology (pp. 395-428). Hoboken, NJ: Wiley.

Harter, S. (2006). Self-processes and developmental psychopathology. In D. Cicchetti & D. J. Cohen (Eds.), Developmental Psychopathology (Vol. 1, pp. 370-418). Hoboken, NJ: J. Wiley & Sons, Inc.

Havighurst, R. J. (1982). Developmental tasks and education (7th printing, 1st publ. 1948). New York Longman.

Hollingworth, L. S. (1928). The psychology of the adolescent. Englewood Cliffs, NJ: Prentice Hall.

Huttenlocher, P. R. (1994). Synaptogenesis, synapse elimination, and neural plasticity in human cerebral cortex. In C. A. Nelson (Ed.), Minnesota symposium on child psychology: Vol. 27, pp. 35-54. Hillsdale, NJ: Erlaum.

Johnson, M. H. (2001), Funktional brain development in humans. Nature Reviews Neuroscience, 2, 475-483.

Keating, D. P. (2004). Cognitive and brain development. In R. M. Lerner & L. Steinberg (Eds.), Handbook of Adolescent Psychology (2nd ed., pp. 45-84). Hoboken, NJ: J. Wiley & Sons.

Kimmel, D. C. & Weiner, I. B. (1995). Adolescence: A developmental transition. New York: John Wiley & Sons Inc.

Kroh, O. (1951). Psychologie der Entwicklung. In H. Kleinert, H. Stucki u. Mitarb. (Hrsg.), Lexikon der Pädagogik (Bd. II, S. 438-447). Bern: Francke.

Kroh, O. (1958). Entwicklungspsychologie des Grundschulkindes. Teil 1: Die Phasen der Jugendentwicklung (1. Aufl. des Neudrucks). Weinheim: Beltz.

Kwon, Y.-J. & Lawson, A. E. (2000). Linking brain growth with the development of scientific reasoning ability and conceptual change during adolescence. Journal of Research in Science Teaching, 37, 44-62.

Larson, R. W., Wilson, S. & Rickman, A. (2009). Globalisation, societal change, and adolescence across the world. In R. M. Lerner & L. Sternberg (Eds.), Handbook of Adolescent Psychology. Vol.2: Contextual influences on adolescent development (pp. 590-622). Hoboken: New Jersey: Wiley & Sons.

Lazarus, R. S. (1986). Puzzles in the study of daily hassles. In R. K. Silbereisen, K. Eyferth & G. Rudinger (Eds.), Development as action in context (pp. 39-53). Berlin: Springer.

Lerner, J. V., Phelps, E., Forman, Y. & Bowers, E. P. (2009). Positive Youth Development. In R. M. Lerner & L. Steinberg (Eds.), Handbook of Adolescent Psychology (Vol. 1, 3rd ed., pp. 524-558). Hoboken, NJ.: Wiley & Sons, Inc.

Lerner, R. M. & Busch-Rossnagel, N. A. (1981). Individuals as producers of their development: Conceptual and empirical bases. In R. M. Lerner & N. A. Busch-Rossnagel (Eds.), Individuals as producers of their development (pp. 1-36). New York: Academic Press.

Lerner, R. M. & Steinberg, L. (2009). The scientific study of adolescent development: Historical and contemporary perspectives. In R. M. Lerner & L. Steinberg (Eds.), Handbook of Adolescent Psychology (Vol. 1, 3rd, ed., pp. 3-14). Hoboken, NJ.: Wiley & Sons, Inc.

Lerner, R. M. (2004). Diversity in individual context relations as the basis for positive development across the life span: A developmental systems perspective for theory, research, and application. Research in Human Development, 1, 327-346.

Lerner, R. M., Almerigi, J. B., Theokas, C., & Lerner, J. V. (2005). Positive Youth Development. A view of the issues. Journal of Early Adolescence, 25, 1, 10-16.

Luna, B., Thulborn, K. R., Munoz, D. P., Merriam, E. P., Garver, K. E., Minshew, N. J., Keshavan, M. S., Genovese, C. R., Eddy, W. F. & Sweeney, J. A. (2001). Maturation of widely distributed brain function subserves cognitive development. Neuroimage, 13, 786-793.

Lund, H. G., Reider, B. D., Whiting, A. B. & Prichard, J. R. (2010). Sleep patterns and predictors of disturbed sleep in a large population of college students. Journal of Adolescent Health, 46, 124-132.

Martin, C. A., Kelly, T. H., Rayens, M. K., Brogli, B. R., Brenzel, A., Smith, W. J. & Omar, H. A. (2002). Sensation seeking, puberty, and nicotine, alcohol and marihuana use in adolescence. Journal of the American Academy of Child and Adolescent Psychiatry, 41, 1495-1502.

Mead, M. (1971). Der Konflikt der Generationen. Jugend ohne Vorbild. Olten: Walter.

Millman, R. P. (2005). Excessive sleepiness in adolescents and young adults: causes, consequences, and treatment strategies. Pediatrics, 115, 1774-1786.

Moilanen, K. L. (2007). The Adolescent Self-Regulatory Inventory: The development and validation of a questionnaire of short-term and long-term self-regulation. Journal of Youth and Adolescence, 36, 835–848.

Muraven, M., Baumeister, R. F. & Tice, D. M. (1999). Longitudinal imprivement of self-regulation through practice: Building self-control strength through repeated exercise. The Journal of Social Psychology, 139, 446-457.

National Sleep Foundation (2000). Adolescent sleep needs and patterns: Research report and resource guide. Verfügbar unter: www.sleepfoundation.org [1.6.2009].

Oerter, R. & Dreher, E. (2002). Jugendalter. In R. Oerter & L. Montada (Hrsg.). Entwicklungspsychologie (5. Aufl., S. 258-318). Weinheim: Beltz PVU.

Oerter, R. & Dreher, E. (2008). Jugendalter. In R. Oerter & L. Montada (Hrsg.) Entwicklungspsychologie (6. Aufl., S. 271-332). Weinheim: Beltz PVU.

Paus, T., Zijdenbos. A., Worsley, K., Collins, D. L., Blumenthal, J., Giedd, J. N., Rapoport, J. L. & Evans, A. C.(1999). Structural maturation of neural pathways in children and adolescents: in vivo study. Science, 283, 1908-1911.

Piaget, J. & Inhelder, B. (1977). Von der Logik des Kindes zur Logik des Heranwachsenden. Essay über die Ausformung der formalen operativen Strukturen. Olten / Freiburg im Breisgau: Walter (Original erschienen 1955: De la logique de l'entfant à la logique de l'adolescent).

Pichler, N. (2008) Die Regulation von Schlafverhalten und Sensation Seeking im Jugend- und frühen Erwachsenenalter. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Wien.

Pinquart, M. & Silbereisen, R. K. (2000). Das Selbst im Jugendalter. In W. Greve (Hrsg.). Psychologie des Selbst (S. 75-95). Weinheim: Beltz. Psychologie Verlags Union.

Rhodes, J. E. (2005). A model of youth mentoring. In: D. L. DuBois & M. J. Karcher (Eds.). Handbook of Youth Mentoring (pp. 30-43). Thousand Oaks: Sage Publications.

Roenneberg, T., Kuehnle, T., Pramstaller, P. P., Ricken, J., Havel, M., Guth, A. & Merrow, M. (2004). A marker for the end of adolescence. Current Biology, 14, 1038-1039.

Schmitt-Rodermund, E. & Silbereisen, R. K. (2008).Well-adapted adolescent Ethnic German immigrants in spite of adversity – The protective effects of human, social, and financial capital. European Journal of Developmental Psychology, 5, 186-209.

Seiffge-Krenke, I. & Lohaus, A. (2006). Stress und Stressbewältigung im Kindes- und Jugendalter. Göttingen: Hogrefe.

Seiffge-Krenke, I. (1995). Stress, coping, and relationship in adolescence. Hillsdale, NJ: Erlbaum.

Silbereisen, R. K. & Lerner, R. M. (2007). Approaches to Positive Youth Development: A view of the issues. In R. K. Silbereisen & R. M. Lerner (Eds.), Approaches to Positive Youth Development (pp. 3-30). London: Sage Publications Ltd.

Silbereisen, R. K. (2010). Wie gelingt die Integration von Migranten? reportpsychologie, 35, 245. vgl. dazu: www.migration.uni-jena.de

Sirsch, U., Bruckner, J. & Dreher, E. (2008, April). Erwachsenfühlen im Zuge der Entwicklungsphase „emerging adulthood". Vortrag auf der 8. Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Psychologie, Linz, Österreich.

Sirsch, U., Dreher, E., Mayr, E. & Willinger, U. (2009). What does it take to be an adult in Austria? Views of adulthood in Austrian adolescents, emerging adults and adults. Journal of Adolescent Research, 24, 275-292.

Sowell, E. R., Trauner, D. A., Gamst, A. & Jernigan, T. L. (2002). Development of cortical and subcortical brain structures in childhood and adolescence: A structural MRI study. Developmental Medicine and Child Neurology, 44, 4-16.

Spear, L. P. (2000). Neurobehavioral changes in adolescence. Current Directions in Psychological Science, 9, 111-114.

Steinberg, L. (2008a). Adolescence (8th ed.). New York: McGraw Hill.

Steinberg, L. (2008b). A social neuroscience perspective on adolescent risk-taking. Developmental Review, 28, 78-106.

Steinberg, L., Dahl, R., Keating, D., Kupfer, D. J., Masten, A. S. & Pine, D. S. (2006). The study of developmental psychopathology in adolescence: Integrating affective neuroscience with the study of context. In D. Cicchetti & D. J. Cohen (Eds.), Developmental Psychopathology (Vol. 2, pp. 710-741). Hoboken, NJ: J. Wiley & Sons, Inc.

Strauch, B. (2003). The primal teen. How new discoveries about the teenage brain can guide your child through the turbulent passage of adulthood. New York: Doubleday.

Strobl, S. (2009, November). Qualität in der Beziehungsarbeit – Wirkmechanismen von Beziehungsaufbau bei Jugendlichen. Fachtagung der bOJA-Bundesweites Netzwerk offenen Jugendarbeit, Graz, Österreich.

Stuss, D. P. (1992). Biological and psychological development of executive functions. Brain and Cognition, 20, 8-23

Sunstein, C. R. (2008). Adolescent risk-taking and social meaning: A commentary. Developmental Review, 28, 145-152.

Vohs, D. K. & Baumeister, R. F. (2004). Understanding self-regulation: An introduction. In R. F. Baumeister & D. K. Vohs (Eds.). Handbook of Self-Regulation: Research, Theory, and Applications (pp.1-9). New York: The Guilford Press.

Walper, S. (2008). Eltern-Kind-Beziehungen im Jugendalter. In R. K. Silbereisen & M. Hasselhorn (Hrsg.), Entwicklungspsychologie des Jugendalters. Enzyklopädie für Psychologie, Themenbereich C: Theorie und Forschung, Serie V: Entwicklungspsychologie (Bd. 5, S. 135-188). Göttingen: Hogrefe.

Werner, E. (1999). Entwicklung zwischen Risiko und Resilienz. In G. Opp, M. Fingerle & A. Freytag (Hrsg.). Was Kinder stärkt: Erziehung zwischen Risiko und Resilienz. (S. 25-36). München / Basel: E. Reinhardt.

Wolfson, A. R. & Carskadon, M. A. (1998). Sleep schedules and daytime functioning in adolescents. Child Development, 69, 875-887.

Wolfson, A. R. & Carskadon, M. A. (2003). Understanding adolescents' sleep patterns and school performance: a critical appraisal. Sleep Med Rev, 7, 491-506.

Wolfson, A. R. (2010). Adolescents and emerging adults' sleep patterns: New developments. Journal of Adolescent Health, 46, 97-99.

Wustmann, C. (2005). Das Konzept der Resilienz und seine Bedeutung für das pädagogische Handeln. In I. Bohn (Hrsg.). Resilienz: Was Kinder aus armen Familien stark macht (S. 6-14). Frankfurt am Main: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik.

Zuckerman, M. (1994). Behavioral expression and biosocial bases of sensation seeking. Cambridge: Cambridge University Press.

Zuderstorfer, K. & Dreher, E. (2009, September). Schlafverhalten von Jugendlichen – Auswirkungen auf Tagesverfassung und Schulleistung. Vortrag gehalten bei der 19. Tagung der Fachgruppe Entwicklungspsychologie der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, Hildesheim, Deutschland.

Zuderstorfer, K. (2007). „Veränderung des Schlafverhaltens und Entwicklung von Selbstregulation in der Adoleszenz". Eine empirische Studie an Schülern im Altersbereich von 14 bis 20 Jahren. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Wien.

DIE AUTORINNEN:

Univ.-Prof. Dr. **Eva Dreher** lehrt und forscht am Department für Psychologie der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) in München und ist Mitglied der Sachverständigenkommission zum 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich.

Sigrid Muck, Mag., Universität Wien, Fakultät für Psychologie, Institut für Entwicklungspsychologie und Psychologische Diagnostik; nunmehr Therapieamublatorium Mistelbach (VKKJ).

Ulrike Sirsch, Mag. Dr., Klinische Psychologin und Gesundheitspsychologin, seit 1991 am Institut für Psychologie der Universität Wien im Bereich Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie tätig, Promotion 1996; Forschungsschwerpunkte: Schulwechsel, Selbstkonzept, Migration.

Sabine Strobl, Mag., Diplomstudium Psychologie an der Universität Wien, Lehrveranstaltungsleiterin an der Universität Wien, Fakultät für Psychologie, Institut für Entwicklungspsychologie und Psychologische Diagnostik.

Kapitel 3: Jugend – Bildung – Arbeit

3.1 Der demographische Wandel und seine Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme und die Generationenbeziehungen

Gudrun Biffl

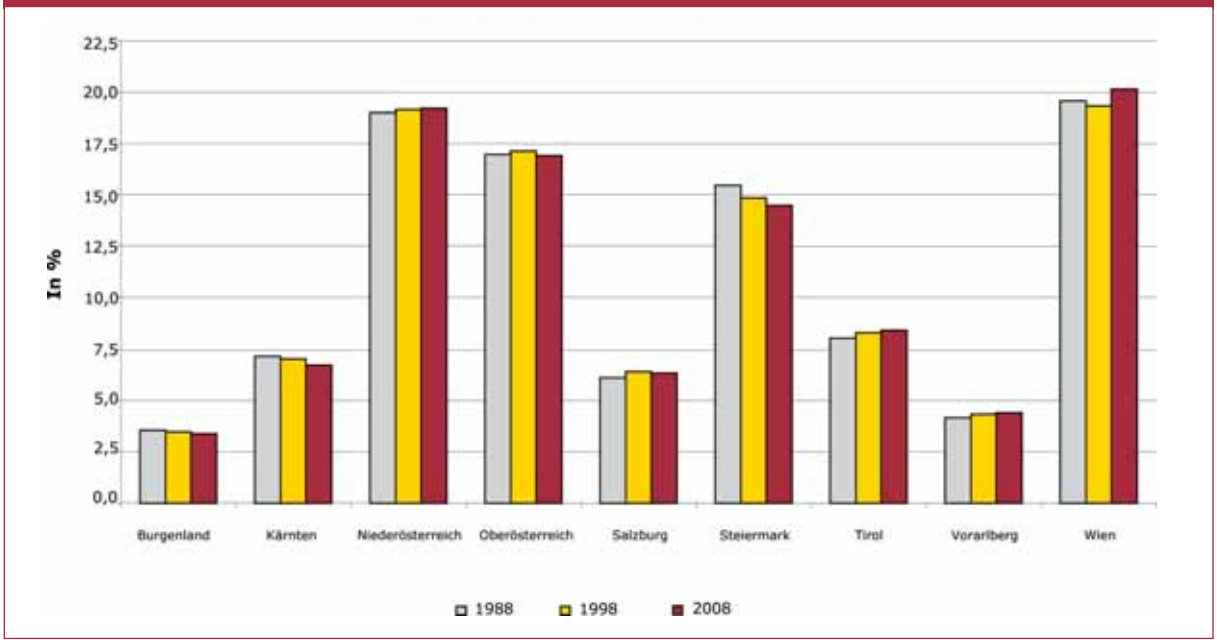
1. Zum Einstieg

Die Ausführungen zur Jugend sind vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise zu sehen, die in Österreich im Herbst 2008 einsetzte und die den Arbeitsmarkt mittel- bis längerfristig beeinträchtigen wird. Von der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage sind Jugendliche besonders stark betroffen. Einerseits schrumpft ihre Chance auf eine Beschäftigung angesichts von Aufnahmesperren, andererseits sind Jugendliche die ersten, die ihre Jobs verlieren, da sie noch nicht zu den Kernbelegschaften gehören und großteils über flexible Beschäftigungsformen, insbesondere Leiharbeit und freie Dienstnehmerverträge, eingestellt werden. In der Folge fallen für den Arbeitgeber kaum Kündigungskosten an. Aber nicht nur ihre Erwerbschancen sind beeinträchtigt, sondern auch ihre Weiterbildungschancen, und zwar dann, wenn sie keine passende Lehrstelle finden, weil Betriebe zunehmend unter wirtschaftlichen Druck geraten. Die Hoffnung, dass die demographische Verknappung der Jugendkohorten die Probleme der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt schlagartig lösen wird, ist nicht gerechtfertigt, da kein quantitativer Mangel an Arbeitskräften herrscht. Dafür ist nicht zuletzt die Pensionsreform verantwortlich sowie Maßnahmen, die verhindern sollen, dass die Babyboomgeneration vor dem gesetzlichen Pensionsalter aus dem Erwerbsleben austritt (OECD 2005).

2. Die demographische Lage heute und Ausblick in die Zukunft

In Österreich leben derzeit (Jahresdurchschnitt 2008) 8,3 Millionen Einwohner/innen. Das sind um 751.000 Personen oder knapp 10% mehr als noch vor 20 Jahren. Der Anstieg war im Wesentlichen die Folge einer Netto-Zuwanderung aus dem Ausland, die in Wellen erfolgte. Die erste Welle setzte im Gefolge des Falls des Eisernen Vorhangs und der Krise im ehemaligen Jugoslawien ein, die zweite in Verbindung mit der Osterweiterung der EU. Die Verteilung der Bevölkerung auf die Bundesländer verändert sich nur langsam, folgt aber dem regionalen Zuwanderungsmuster.

Abbildung 1: Bevölkerungsstruktur nach Bundesländern



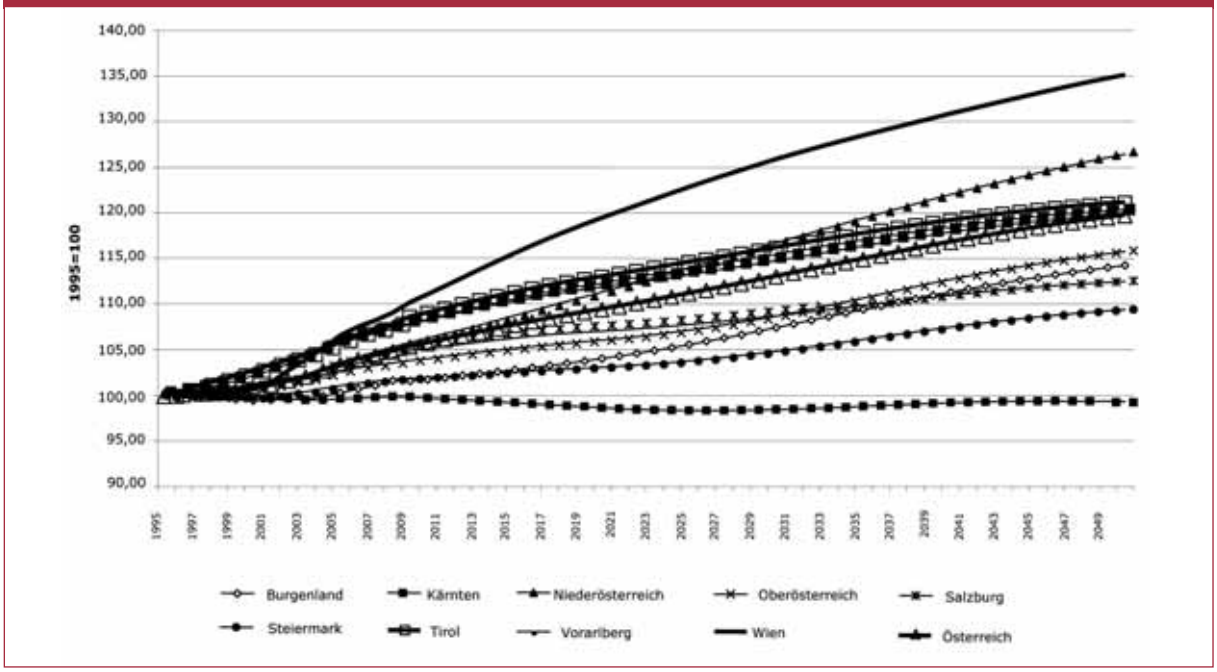
Quelle: Statistik Austria

In der Folge steigt der Anteil Wiens an der Gesamtbevölkerung leicht an während der Anteil von Steiermark und Kärnten laufend leicht zurückfällt (Abbildung 1). Diese Entwicklung findet in der Zukunft ihre Fortsetzung, wie die Bevölkerungsprognose von Statistik Austria verdeutlicht. (Abbildung 2) Wien wird in Zukunft das demographisch jüngste Bundesland, wie aus der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria hervorgeht (für Details siehe Hanika, 2007/2009).

Der Anteil der Migrant/innen an der Bevölkerung erhöhte sich in den letzten 20 Jahren in allen Bundesländern. Besonders hoch war der Anstieg in den letzten Jahren in den östlichen Bundesländern, gefolgt von den westlichen Bundesländern. Zwischen 2001 und 2008 stieg die Zahl der im Ausland geborenen Personen um 262.000 Personen bzw. 26,1%. Der Anteil der ersten Generation von Migrant/innen erreichte im Jänner 2009 15,3% und ist merklich höher als der Ausländeranteil mit 10,4%. Die Spanne des Migrationsanteils reicht von 8,3% der Bevölkerung im Burgenland bis knapp 30% in Wien. (Abbildung 3)

Da Österreich eine lange Tradition der Zuwanderung hat, gibt es auch zunehmend Jugendliche der zweiten Generation, d.h. Jugendliche, von denen die Eltern aus dem Ausland nach Österreich zugewandert sind. Im Jahr 2009 waren rund ein Viertel der Personen mit Migrationshintergrund Migrant/innen der zweiten Generation. Der Zahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist besonderes Augenmerk zu schenken, da das Erstausbildungssystem oft nicht in der Lage ist, den Jugendlichen die Förderung angedeihen zu lassen, die notwendig wäre, um mit den Einheimischen im Schulerfolg gleich zu ziehen. In der Folge haben sie Schwierigkeiten, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und ihre Potenziale zu entfalten.

Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung 1995-2008 und Prognose 2050

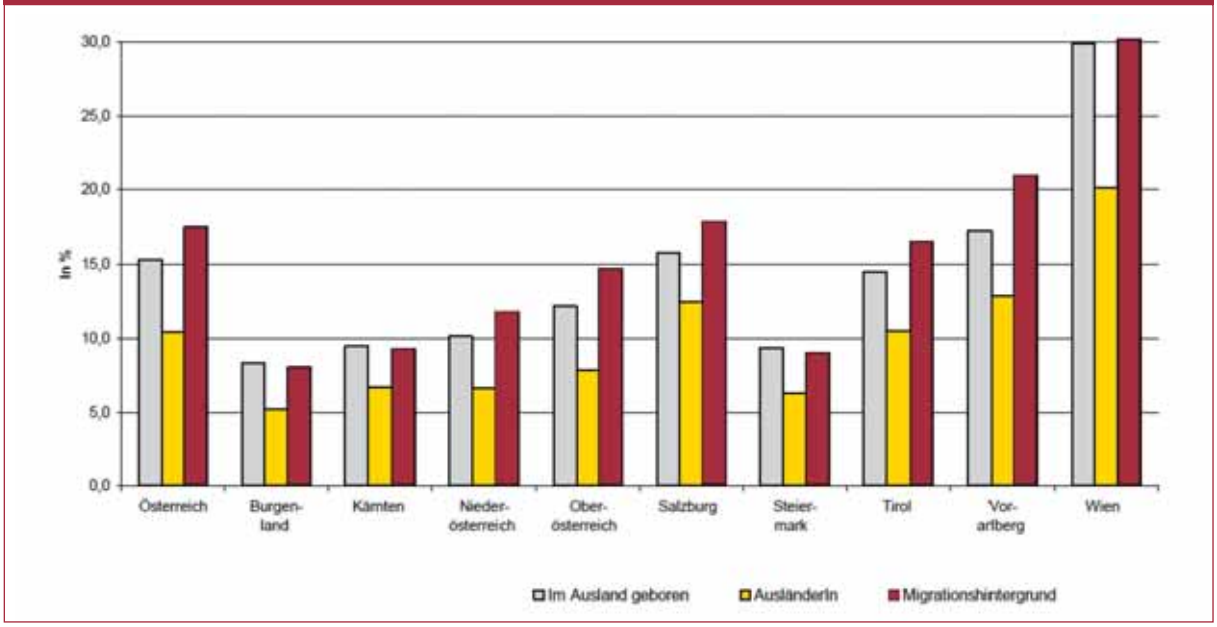


Quelle: Statistik Austria, Eigene Brechnung

Die Zahl der zugewanderten Personen erhöhte sich für alle Herkunftsregionen, besonders aber die neuen und alten EU-MS, das vormalige Jugoslawien, und in den 2000er Jahren vor allem ‚sonstige' Staaten. Deren Anteil erhöhte sich zwischen 2001 und 2008 von 13,8% auf 18,5% der im Ausland geborenen Bevölkerung. Hingegen stagniert bzw. schrumpft der Anteil der Personen aus der Türkei (2009 12,3% der im Ausland geborenen Bevölkerung) und aus dem vormaligen Jugoslawien (30% der im Ausland geborenen Bevölkerung) in den 2000er Jahren.

Die Zuwanderung aus dem Ausland konzentriert sich auf Jugendliche zwischen 20 und 24; sie trägt somit zur Verjüngung der österreichischen Bevölkerung merklich bei. Diejenigen Bundesländer, die die höchste Zuwanderung aufweisen, können damit den Alterungsprozess der Bevölkerung gegenüber den anderen Bundesländern etwas abschwächen. Durch die Zuwanderung wird auch die Fertilität etwas angehoben, da die Geburtenrate der Zuwanderer deutlich höher ist als die der Einheimischen. Mit einer Fertilitätsrate der Einheimischen von 1,29 gegenüber 1,91 der Ausländerinnen kann allerdings das Niveau, das für eine quantitative Reproduktion der Bevölkerung ausreichen würde, nicht erreicht werden.

Abbildung 3: Anteil ausländischer Staatsbürger/innen (im Ausland geboren) und zweiter Generation nach Bundesländern: Jänner 2009



Quelle: Statistik Austria

3. Demographische Alterung der Bevölkerung

Derzeit sind 21,2% der Bevölkerung, oder 1,8 Millionen, Kinder und Jugendliche unter 20. Vor 20 Jahren (1988) lag ihr Anteil noch bei 25% und in 20 Jahren wird ihr Anteil an der Bevölkerung auf 18,9% oder 1,7 Millionen schrumpfen (-79.000, -4,5%). Gleichzeitig werden der Anteil und die Zahl der Personen über 65 merklich ansteigen, von derzeit 17,2% der Bevölkerung, oder 1,4 Millionen, auf 23% oder 2,1 Millionen.

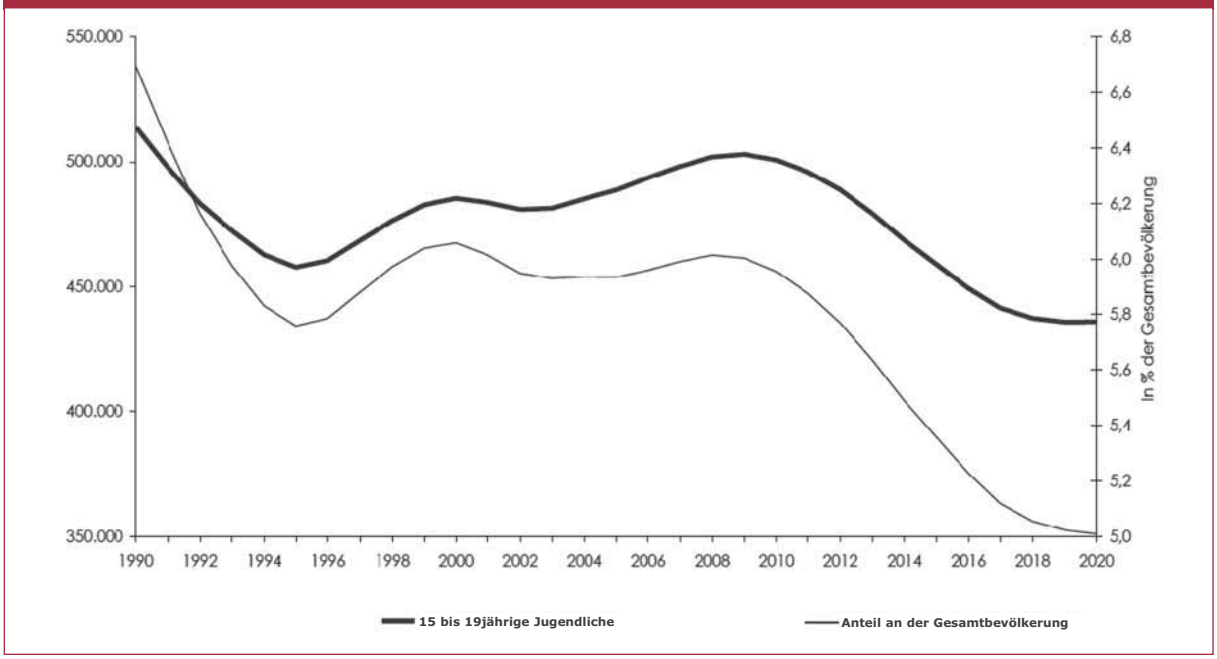
Aus Abbildung 4 wird ersichtlich, dass die Zahl und der Anteil der Jugendlichen an der Bevölkerung nicht kontinuierlich sinken werden, sondern dass es zu einem relativ abrupten Einbruch der Kohorte der 15- bis 19-Jährigen zwischen 2009 und 2018 kommen wird, eine Folge der geringen Kinderzahl der Baby-Slump-Generation. Trotzdem ist nicht zu erwarten, dass die Verknappung der Jugendlichen automatisch mit einer Verbesserung ihrer Erwerbschancen Hand in Hand gehen wird.

Jugendliche befinden sich an der Schwelle in den Arbeitsmarkt und sind daher von den verschiedensten Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt besonders stark betroffen. Allein der Einstieg in den Arbeitsmarkt nach der Schule zum Zeitpunkt eines Konjunkturabschwungs bedeutet, dass nicht alle Schulabgänger/innen einen Arbeitsplatz finden können, da Betriebe keine Neuaufnahmen mehr vornehmen bzw. sogar Stammpersonal kündigen. In der derzeitigen Krise ist in der Folge die Jugendarbeitslosigkeit deutlich stärker gestiegen als die anderer Altersgruppen, und zwar um 38,6% gegenüber dem Vorjahr im Juni 2009 während der Anstieg im Schnitt bei 33% lag.

Je nach Dauer des Konjunkturabschwungs verfestigt sich die Jugendarbeitslosigkeit in unterschiedlichem Ausmaß. Jugendliche, die in den Arbeitsmarkt als Arbeitsuchende einsteigen, sind mit einem Stigma behaftet, das ihre Beschäftigungs- und Erwerbschancen in

Österreich ähnlich wie in vielen OECD Ländern nachhaltig verringert. Nur wenige Länder haben ein begleitendes arbeitsmarktpolitisches Instrumentarium wie die nordischen Länder entwickelt, das sicherstellt, dass Jugendliche aufgefangen und nicht nachhaltig stigmatisiert werden (Ryan 2001, Gregg – Tominey, 2004; Kieselbach – Beelmann, 2003). Aber nicht nur der Konjunkturzyklus hat einen stärkeren Effekt auf die Jugendlichen als auf die Erwachsenen, sondern auch der berufliche Strukturwandel sowie der Wandel der Verhaltensmuster der Arbeitgeber/innen, allen voran der verstärkte Einsatz flexibler Beschäftigungsformen. Das ist einerseits die Konsequenz von Senioritätsregeln und Beschäftigungsschutzmaßnahmen wie LIFO (last in – first out) – denen zufolge Betriebe in einer Situation, in der sie infolge eines Nachfrageeinbruchs Kündigungen aussprechen müssen, die Letzteintritte zuerst kündigen müssen – andererseits aber auch die Folge des geringen betriebsspezifischen Erfahrungswissens der Jugendlichen. Während von Jugendlichen erwartet wird, dass sie schon aus der Schule das Wissen mitbringen, das auf dem Arbeitsmarkt gefragt ist, werden Kernbelegschaften innerbetrieblich laufend weiter qualifiziert.

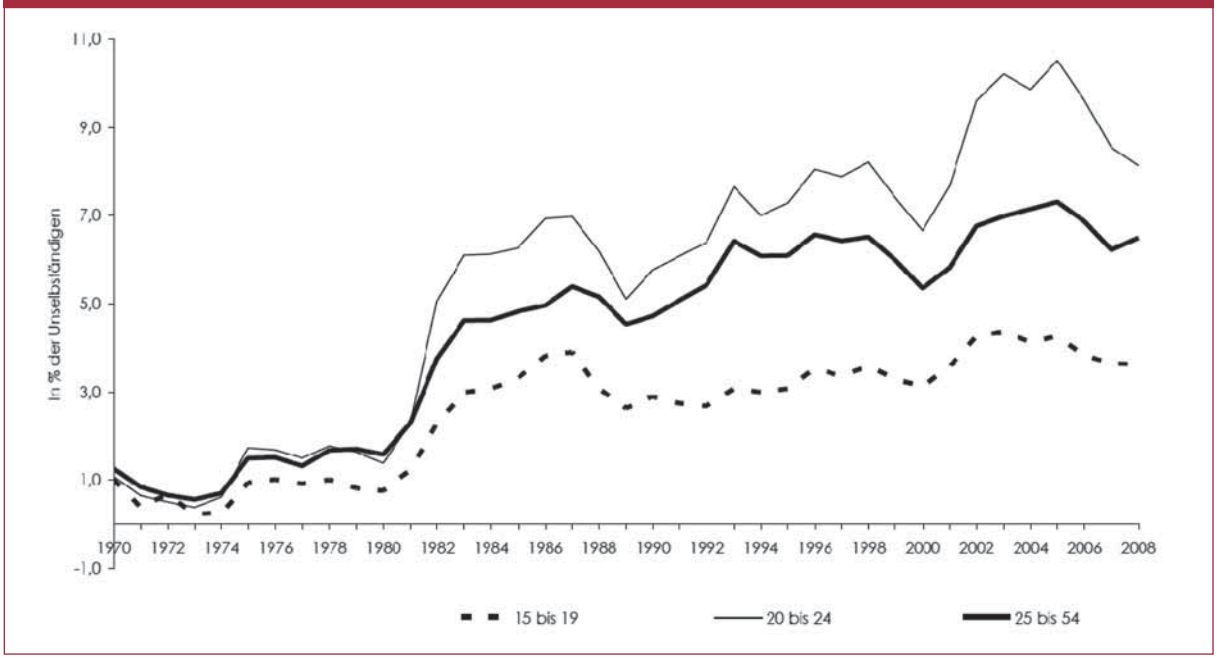
Abbildung 4: Bevölkerungsentwicklung der 15-19jährigen in Österreich



Der längerfristige Strukturwandel, weg von industriell-gewerblicher Arbeit hin zu den Dienstleistungen, trifft Jugendliche dann besonders hart, wenn das Erstausbildungssystem nicht rasch genug auf Änderungen in den Anforderungsprofilen an Arbeitskräfte reagiert. Aber auch die Verringerung der Zahl von Eintrittspforten in den Arbeitsmarkt, an denen man angelernt wird, erschwert den Einstieg der Jugend ins Erwerbsleben, obschon keine Generation bis dato an der Schwelle in den Arbeitsmarkt so gut qualifiziert war wie die heutige Jugend. Was der Jugend fehlt ist allerdings das Erfahrungswissen über die Funktionsmechanismen der Arbeit in den Betrieben, und das beeinträchtigt ihre Arbeitsproduktivität bzw. trägt zu ihrer psychischen Belastung bei. Da ältere Arbeitskräfte in Österreich in allen Bundesländern in überdurchschnittlichem Maße von Jobverlusten

betroffen waren[1], konnten sie ihre traditionelle Aufgabe der Anleitung der Jugend auch nicht mehr in alter Manier und im gleichen Ausmaß wahrnehmen. All das sind Faktoren, die zur Steigerung der Jugendarbeitslosigkeit in Österreich beitragen.

Abbildung 5: Entwicklung der Arbeitslosenquote der männlichen Jugendlichen im Vergleich zu Männern im Haupterwerbsalter

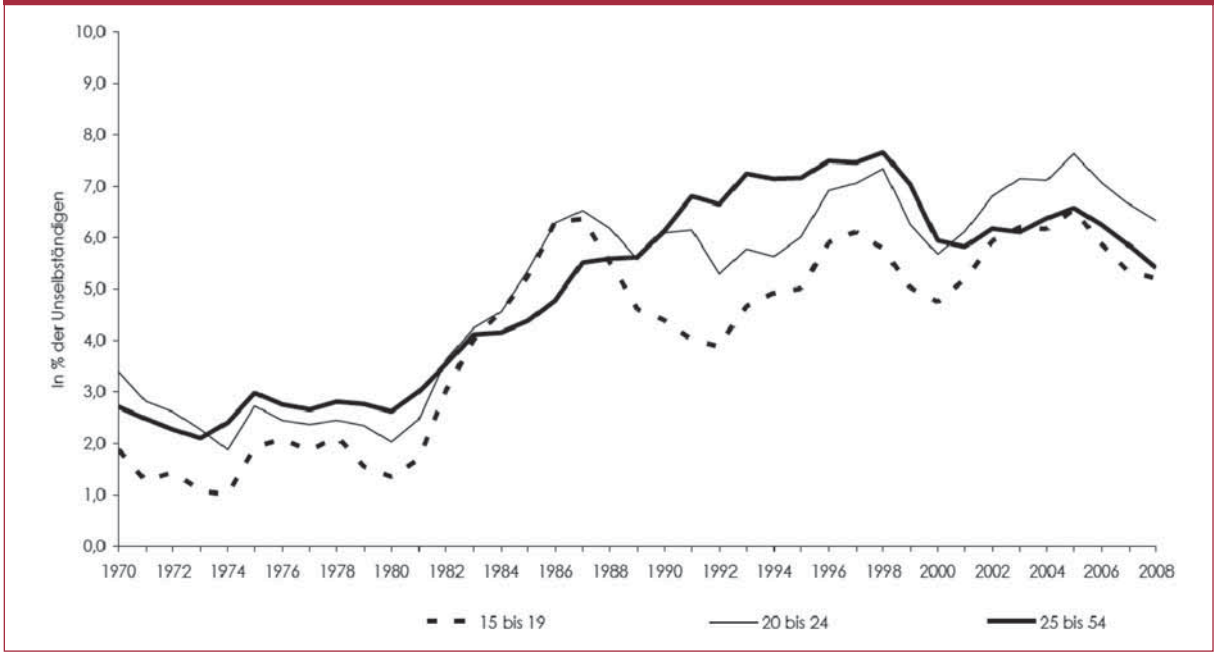


Quelle: AMS, Eigene Berechnungen.

In der Folge ist die Arbeitslosenquote der Jugendlichen im Schnitt längerfristig (seit Mitte der 1980er Jahre) stärker gestiegen als die der Gesamtwirtschaft. Aber vor allem seit dem Jahr 2000 steigt die Jugendarbeitslosigkeit überproportional an. Während die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosenquote (der Unselbständigen gemäß administrativer Daten) zwischen 2000 und 2008 um 0,2 Prozentpunkte von 5,8% (des Angebots der Unselbständigen) auf 5,6% schrumpfte, erhöhte sie sich bei den Jugendlichen (15 bis 24 Jahre) von 5,2% auf 6,2% (+1 Prozentpunkt). Bei den Frauen stieg die Jugendarbeitslosigkeit so stark an, dass sowohl Teenager als auch 20- bis 24-jährige Frauen heute höhere Arbeitslosenquoten haben als Frauen im Schnitt. Auch bei männlichen Jugendlichen stieg die Arbeitslosenquote seit dem Jahr 2000 überproportional an, jedoch blieb sie bei den männlichen Teenagern weiterhin unter dem Schnitt, nicht zuletzt weil die Lehre eine größere Bedeutung hat als für weibliche Teenager (Abbildungen 5 und 6).

[1] Der technologische Wandel, der praktisch alle Berufe erfasst, hat dazu beigetragen, dass ein großer Anteil der skills der Älteren obsolet wurde.

Abbildung 6: Entwicklung der Arbeitslosenquote der weiblichen Jugendlichen im Vergleich zu Frauen im Haupterwerbsalter



Quelle: AMS, Eigene Berechnungen.

Dabei ist der Übergang von der Schule zur Arbeit in manchen Bundesländern leichter als in anderen; das hängt einerseits mit dem Schulsystem und dem Grad der Einbindung einer zeitgemäßen Berufsorientierung in die Ausbildung zusammen, andererseits mit Arbeitsmarktstrukturen. Die Zahl der Arbeitsplätze mit standardisierten Anforderungsprofilen und Produktionsprozessen aus der Zeit der Massenfertigung verringert sich (quantitative Jobverluste) und flexible Spezialisierung und Fertigungssysteme treten an ihre Stelle. Des Weiteren steigt die Nachfrage nach Dienstleistungen unterschiedlichster Art und damit ändern sich die Jobinhalte (qualitativer Jobwandel). Zusätzlich kommen vermehrt flexible Beschäftigungsformen zum Einsatz (Leiharbeit, Werkverträge, freie Dienstnehmer/innen, geringfügig Beschäftigte, Heimarbeiter/innen, Telearbeiter/innen etc.). Jugendliche steigen häufig über alternative Beschäftigungsformen, die einen vergleichsweise geringen Sozialschutz und niedrige Löhne aufweisen, in den Arbeitsmarkt ein. Damit wird die Einkommenssicherheit der Jugendlichen geringer, was eine verantwortliche eigenständige Lebensplanung erschwert.

Solange neue Beschäftigungsformen vorübergehende Brücken in das Erwerbsleben darstellen, ist es nicht so problematisch; jedoch ist der Übergang in eine Regelbeschäftigung nicht immer leicht, und gewisse Jugendgruppen, etwa ethnische Minderheiten und Migrant/innen der ersten und zweiten Generation, haben ein erhöhtes Risiko am Rande der Erwerbsgesellschaft zu verbleiben.

4. Effekt des demographischen Alterns auf die sozialen Sicherungssysteme

Die Alterung der Gesellschaft ist mit steigenden Kosten für die Versorgung der Älteren verbunden, sowohl im Pensionssystem als auch im Gesundheits- und Pflegesystem. Angesichts knapper Budgets kommt daher das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen und eine mit Kosten verbundene Schulreform, etwa in Richtung Ganztagsschule, unter einen starken Kostendruck. In der Folge verschiebt sich die Versorgungsstruktur von den Kindern (Kindergärten, Schulen) zu den Pensionisten (Alters- und Pflegeheimen). Das bedeutet, dass Arbeitsplätze im Bereich der Versorgung Älterer geschaffen werden, insbesondere im Gesundheits- und Pflegebereich, während Jobs im Kindergarten- und Schulbereich tendenziell abgebaut werden. Vor allem im ländlichen Raum verschärft das Schließen von Schulen infolge von Kindermangel die Abwanderungstendenz aus diesen Regionen.

Dem wird schwer entgegen zu treten zu sein. Jedoch ist sicher zu stellen, dass die Jugend eine umfassende und gute Ausbildung erhält. Denn eine gut gebildete Jugend ist die Voraussetzung dafür, dass das Wirtschaftswachstum in einer wissensbasierten postindustriellen Gesellschaft zum Wohle aller aufrecht erhalten bleiben kann.

Die Jugend ist der Träger der Innovationskraft eines Landes. Wenn sie in der Lage ist, sich voll zu entfalten, kann die Produktivkraft der Wirtschaft und Gesellschaft ungebrochen erhalten bleiben. Ältere Menschen müssen nämlich ab einem gewissen Alter mit einer Verringerung ihrer Leistungskraft rechnen. Das gilt vor allem für Menschen in physisch und psychisch anspruchsvollen Tätigkeiten. Nur in Berufen, in denen Erfahrungswissen und aufbauendes Wissen der Produktivität förderlich sind, sinkt die Arbeitsproduktivität nicht mit steigendem Alter. Jedoch sind verhältnismäßig wenig ältere Arbeitskräfte in Österreich in derartigen wissensbasierten Jobs. Daher wird es notwendig sein, neben der Verbesserung der Aus- und Weiterbildung der Jugendlichen in ein System des lebensbegleitenden Lernens zu investieren (Biffl 2007). Dadurch kann die Anpassung des Wissens an neue Anforderungen auch in höherem Alter gewährleistet werden und damit die Weiterbeschäftigungschance älterer Arbeitskräfte angehoben werden. Sie wiederum ist die Voraussetzung dafür, dass in die Sozialsysteme über Sozialversicherungsbeiträge der älteren Beschäftigten Geld hinein fließt und nicht über Gebühr Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung und Erwerbsunfähigkeits-/ Pensionen abfließen.

Eine besondere Herausforderung besteht einerseits in der Verringerung der Gendersegmentation im Bildungssystem, andererseits in der Sicherung der sozialen Durchlässigkeit unseres Bildungssystems. Zu ersterem ist anzumerken, dass sich die Segmentation der Ausbildung nach Ausbildungskanälen und Geschlecht in Österreich im Gegensatz zum Ausland verschärft (Biffl 2005, Biffl–Leoni 2006). Sie könnte sich als Hemmschuh für die Innovationskraft Österreichs herausstellen und dazu beitragen, dass Frauen Schwierigkeiten haben, Jobs in wachstumsträchtigen, gut bezahlten Tätigkeiten zu bekommen. Die PISA-Studien (OECD 2004/2006) zeigen, dass der Unterschied der Leistungen zwischen Mädchen und Burschen in Österreich in allen Disziplinen – Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften – besonders ausgeprägt ist. So erreichten etwa die Jugendlichen in Österreich im Schnitt 511 Punkte auf der Naturwissenschaftsskala (PISA 2006), um 5 Punkte weniger als in Deutschland. Gleichzeitig lagen die Werte der Mädchen im Schnitt

um 8 Punkte unter denen der Burschen. Damit liegt der ‚gender gap' über dem OECD-Schnitt von 2 Punkten und ist auch etwas höher als in Deutschland. Was die Leistungen in Mathematik anbelangt, so lagen Österreichs Jugendliche mit 505 Punkten knapp über dem OECD Schnitt von 498. Der Rückstand der Mädchen gegenüber den Burschen ist allerdings mit einer Differenz von 23 Punkten der größte unter allen OECD Ländern (OECD Schnitt: 11 Punkte).

Bei der Leseleistung liegt Österreichs Jugend mit 490 Punkten im OECD Schnitt (Deutschland 495). Mädchen weisen in allen OECD Ländern bessere Werte auf als Burschen. In Österreich liegt der Abstand zwischen Mädchen und Burschen leicht über dem OECD Schnitt von 38 Punkten.

Das besagt, dass dem gendergerechten Lehren in Österreich bislang noch wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Dies steht in krassem Gegensatz zu den nordischen Ländern, allen voran Finnland und Norwegen, wo Mädchen sogar bessere Leistungen in den Naturwissenschaften aufweisen als Burschen. In der Mathematik ist der Leistungsunterschied zwischen Mädchen und Burschen nicht nur in den nordischen Ländern gering, sondern auch in Frankreich, Griechenland und der Türkei. Ein geringer ‚gender gap' in den Leistungen der Jugendlichen eröffnet Mädchen und Burschen gleiche Chancen in der Berufswahl und im Zugang zu höheren Schulen. (Biffl 2010)

Auch die geringe soziale Durchlässigkeit des Bildungssystems kann ein wesentlicher Hemmschuh für die Innovationskraft Österreichs sein. Sie verhindert nämlich, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund ihre Fähigkeiten voll entwickeln können. Migrant/innen haben den Wandel im Bildungsverhalten nicht mitgemacht, den Einheimische in den neunziger Jahren vollzogen haben (Biffl 2002, 2004). Während einheimische Hauptschüler/innen heute ihre Ausbildung meist verlängern, zunehmend über eine Matura an einer berufsbildenden höheren Schule, gehen Kinder mit Migrationshintergrund vergleichsweise häufig nach der Schulpflicht gleich auf den Arbeitsmarkt. Dieser Weg ist meist steinig, und führt nur über Umwege und unter finanziellem und persönlichem Aufwand wieder zurück in die Aus- und Weiterbildung. Dieses Bildungsverhalten legen vor allem Jugendliche der ersten und zweiten Generation aus den traditionellen „Gastarbeiterzuwanderungsregionen" an den Tag. Jugendliche aus der EU oder den mittel-osteuropäischen Ländern (MOEL) haben ein ähnliches Bildungsverhalten wie einheimische Jugendliche. Aber auch Kinder beiderlei Geschlechts von Migrant/innen aus dem früheren Jugoslawien erhöhen zunehmend ihren Bildungsgrad gegenüber der Elterngeneration, vor allem über die Lehre und berufsorientierte mittlere Schulen. Auch männliche Jugendliche aus der Türkei verbessern ihren Bildungsgrad sichtlich gegenüber dem ihrer Eltern; dies trifft aber nicht in dem Maße auf türkische Mädchen zu. Ihr Bildungsgrad hat sich in Österreich gegenüber den achtziger Jahren sogar verschlechtert, was zum Teil eine Folge einer laufenden Zuwanderung von Frauen mit geringem Bildungsgrad sein kann, zum Teil auch ein Wandel des Bildungsverhaltens der zweiten Generation Mädchen.

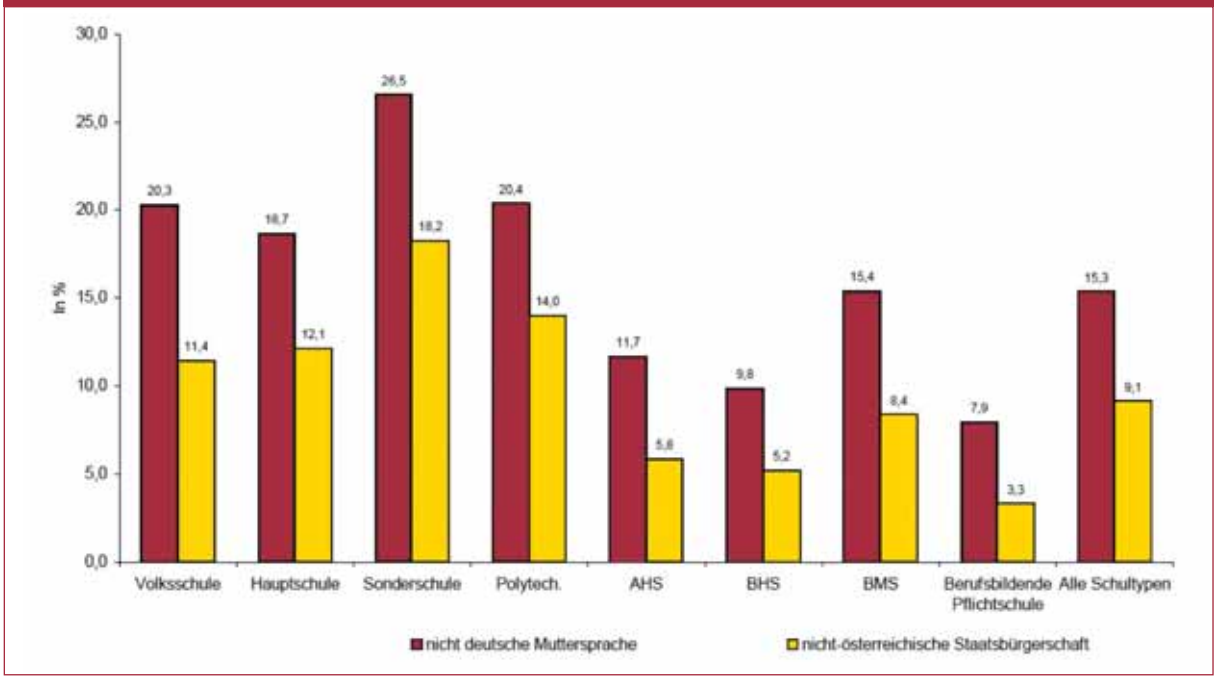
Im Schnitt ist die Ausbildungsstruktur der Jugendlichen aus Drittstaaten daher weiterhin schlecht. Der unterdurchschnittliche Bildungsgrad der Jugendlichen aus Drittstaaten ist zum Teil das Resultat der mangelnden Anpassungsfähigkeit des Bildungssystems an die Bedürfnisse einer zunehmend multikulturellen und vielsprachigen Schülerschaft. Das zeigt sich sowohl in der PISA-Erhebung (OECD, 2006) als auch am hohen Anteil der Kinder von

Migrant/innen in Sonderschulen, vor allem Kinder von Migrant/innen aus der Türkei und dem früheren Jugoslawien. Die Abbildung 7 zeigt, in welchen Elementen des Schulsystems der Anteil der Schüler/innen mit nicht-deutscher Muttersprache bzw. ausländischer Staatsbürgerschaft besonders hoch ist. Das ist im Zusammenhang mit der Setzung von Integrationsmaßnahmen im Schulsystem eine wichtige Information, aber auch für den Arbeitsmarkt, der solcherart über die Qualifikationsstruktur der Schulabgänger/innen erfährt.

Dem zufolge liegt der Anteil der Schüler/innen mit nicht-deutscher Muttersprache im Schuljahr 2006/07 im Durchschnitt aller Schulen in Österreich bei 15,3%. In den Sonderschulen ist der Anteil am höchsten, mit 26,5%, und in den berufsbildenden Pflichtschulen (Lehre) am geringsten mit 7,9%.

Dort wo der Zustrom besonders hoch war, d. h. insbesondere in den Ballungszentren, allen voran Wien, war der Anpassungsbedarf und -druck im Bildungssystem groß und wurde nicht immer gut gemeistert. Die starke räumliche Konzentration von Migrant/innen in einigen Schulen Wiens hat eine klare Mehrheit der Schüler/innen einen nicht-deutschsprachigen Migrationshintergrund hat Anforderungen an das Schulsystem (Begleitlehrer/innen, Integrationshilfen) gestellt, mit denen das System zum Teil überfordert war.

Abbildung 7: Anteil der Schüler/innen mit nicht-deutscher Muttersprache und nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft Schuljahr 2006/07



Quelle: BMUKK, DUK-Berechnungen.

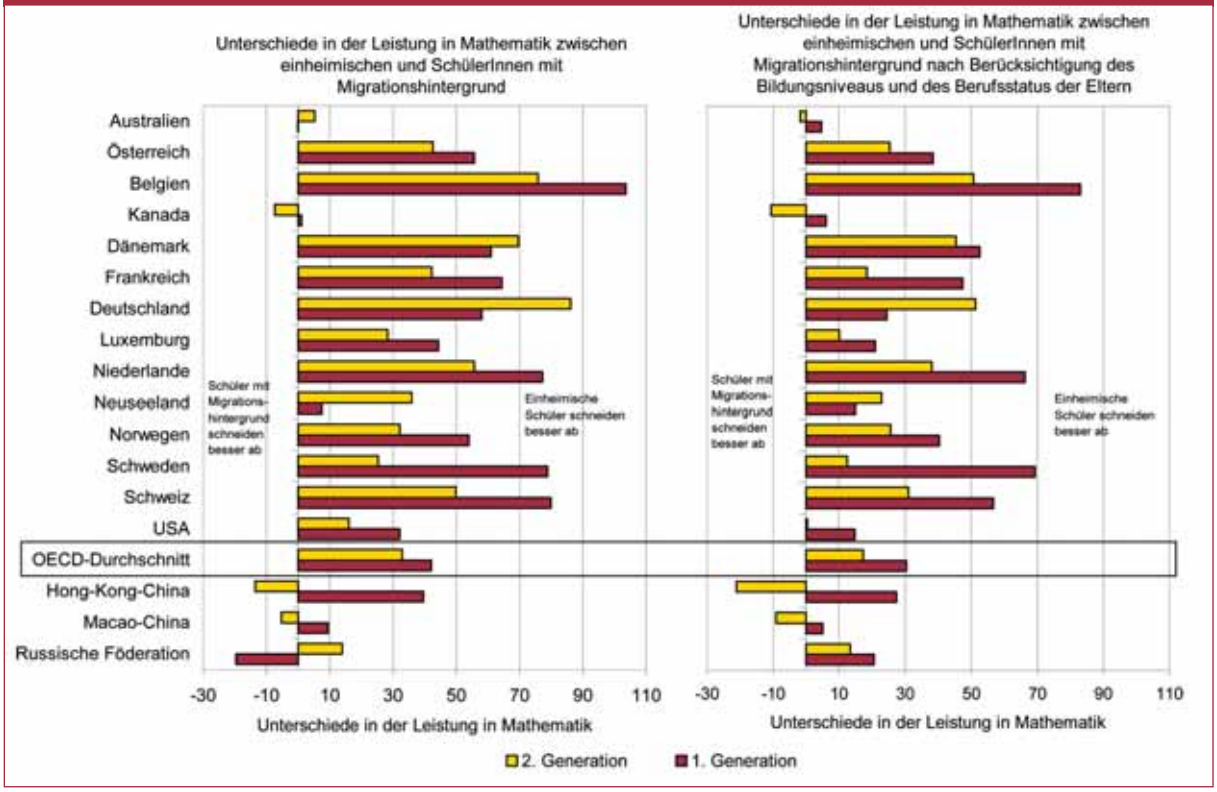
Im internationalen Vergleich liegt Österreich den PISA-Ergebnissen zufolge (OECD, 2006B) schlecht, was die Bildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund anbelangt. Dabei ist anzumerken, dass sich die Sachlage zwischen 2003 und 2006, den beiden Erhebungszeitpunkten mit etwas unterschiedlichen Erhebungsschwerpunkten, nicht verbessert hat.

Bei der Bewertung der Situation ist zu berücksichtigen, dass der Sozialstatus der Eltern und die Sprache, die zu Hause gesprochen wird, einen Einfluss auf den schulischen Erfolg haben.[2] Daher hat die OECD die Erfolgsquote der 15-Jährigen um diese Strukturunterschiede zwischen Einheimischen und Migrant/innen bereinigt, um echte Vergleiche zwischen den Kindern von Einheimischen und von Migrant/innen der ersten und zweiten Generation machen zu können.

Aus Abbildung 8 ist ersichtlich, dass auch nach Berücksichtigung der Unterschiede im Sozialstatus der Einwanderungspopulation und der Aufnahmebevölkerung die erste und zweite Generation Migrant/innen eine schlechtere Performanz haben als die Einheimischen. Dies gilt vor allem für Belgien, Dänemark, die Niederlande, Schweiz, Deutschland und Österreich. Auffällig ist, dass es in Österreich kaum zu einer Verbesserung der schulischen Fähigkeiten (Mathematik) der zweiten Generation gegenüber der ersten Generation kommt, während das in der Schweiz und Holland, vor allem aber in Schweden doch der Fall ist. Deutschland schwimmt in dem Zusammenhang gegen den Strom, indem die zweite Generation eine schlechtere Performanz in Mathematik (nach Bereinigung um Sozialstatus) hat als die erste Generation. In den Ländern, in denen die erste und zweite Generation der Schüler/innen einen ähnlich hohen sozio-ökonomischen Status haben wie die Einheimischen, so etwa Kanada und Australien, gibt es keine Performanzunterschiede zwischen Einheimischen und Einwanderern.

[2] Brizic (2007) geht der Frage nach, warum türkische Kinder sowohl in Deutsch als Zweitsprache als auch in ihrer 'Muttersprache' so schwach abschneiden. Ihre Forschungsergebnisse legen nahe, dass der Schlüssel zum Verständnis in der großen Sprachvielfalt der Türkei liegt. In der Schule wird zwar Türkisch in Wort und Schrift gelehrt, nicht aber immer im Alltag gesprochen (z.B. unter Kurden). Somit ist es nicht nur der geringe Bildungsgrad der Zuwanderer aus der Türkei, der für die geringe Sprachkompetenz verantwortlich ist, sondern auch die Vielfalt der Sprachen, die MigrantInnen aus der Türkei sprechen, die für die geringe Sprachkompetenz in türkisch verantwortlich ist. Die Sprachforschung legt nahe, in einer derartigen Situation eine bilinguale Ausbildung zu fördern, da dadurch die sprachliche Ausdruckskraft insgesamt entwickelt wird.

Abbildung 8: Anteil der 15jährigen Schüler/innen in ausgewählten OECD-Ländern, die zu Hause eine andere als die Unterrichtssprache sprechen bzw. einen Migrationshintergrund aufweisen (2003)



Quelle: OECD PISA 2003

Die PISA Daten verdeutlichen, dass das Faktum der Zuwanderung einen Einfluss auf den Erfolg der Kinder mit Migrationshintergrund im Schulsystem des Aufnahmelandes hat. Es dauert offenbar länger als eine Generation, um mit den Einheimischen im Schnitt gleichzuziehen. Es zeigt sich, dass die Sprachkompetenz ein wichtiger Grund für Unterschiede in der Performanz ist (Chiswick Miller, 2003), ebenso wie das Alter zum Zeitpunkt der Zuwanderung (Alba Nee, 1997).

5. Schlussfolgerungen und Vorschläge für die Jugendpolitik

Der demographische Wandel bewirkt eine Verschiebung der Sozialausgaben weg von den Jungen hin zu den Älteren. Daraus ergibt sich ein Generationenkonflikt, bei dem es nicht zuletzt um den Kampf um Ressourcen geht. Durch die Alterung der Bevölkerung kommt es aber auch zu einer Interessensverschiebung, die sich in politischen Schwerpunktsetzungen niederschlagen kann, die nicht im Interesse der Jugend sind. Auch daraus ergibt sich ein gewisses Spannungsfeld zwischen den Generationen.

In dem Generationenkonflikt liegt eine gewisse Gefahr, denn eine mangelnde Förderung der Kinder und Jugendlichen kann die Innovationskraft Österreichs insgesamt bremsen. Schon jetzt fällt Österreich in den Ausgaben für Bildung und Forschung im internationalen Vergleich zurück. Eine bildungsbedingte Innovationsschwäche bedeutet aber, dass die Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums nicht gewährleistet ist, was die Erhaltung der Wohlfahrt aller in einer alternden Bevölkerung erschwert. Daher sollte der Weiterbildung

der Jugendlichen besonderes Augenmerk geschenkt werden, insbesondere dem Nachholen des Hauptschulabschlusses und der Erlangung der Berufsreifeprüfung. Derzeit ist die Finanzierungsfrage dieser Bildungsmaßnahmen ein wesentliches Hemmnis für die Weiterbildung. Wenn nicht der Arbeitgeber, das Land und/oder das Arbeitsmarktservice diese Weiterbildung fördert, kommt es häufig nicht dazu. Da es in Österreich im Gegensatz zu anderen Ländern, etwa den nordischen, keinen Rechtsanspruch auf ein höheres Bildungsniveau (etwa Maturareife) gibt, sind Kinder von bildungsfernen Schichten mit geringem Einkommen, häufig mit Migrationshintergrund, oft nicht in der Lage, sich die Ausbildung 'leisten' zu können, die nicht nur ihnen sondern auch der Gesellschaft einen größeren Mehrwert brächte.

Literatur

Alba, R., Nee, V., Rethinking assimilation theory for a new era of immigration. International Migration Review, 1997, 31, S. 826-874.

Biffl, G., Die ökonomische Situation der Frauen in Österreich, Beitrag zum Österreichischen Frauenbericht 2010, BKA, 2010, Wien.

Biffl, G., Weiterbildung und Lebensbegleitendes Lernen: Vergleichende Analysen und Strategievorschläge für Österreich, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 102/2007.

BIFFL, G., Jugend und Arbeit in Europa, in Österreichisches Institut für Jugendforschung (Hrsg.), Die Jugend ist die Zukunft Europas – aber bitte noch nicht jetzt!, 2005, Wien.

Biffl, G., Chancen von jugendlichen Gastarbeiterkindern in Österreich, 2004, WISO 27(2), S. 37-55

Biffl, G., Der Bildungswandel in Österreich in den neunziger Jahren, WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(6), S. 377-384.

BIFFL, G., LEONI, T., Handlungsoptionen für eine Erhöhung der Einkommensgerechtigkeit und Chancengleichheit für Frauen in Oberösterreich, Studie des WIFO im Auftrag der Arbeiterkammer OÖ, 2006.

Brizic, K. (2007), Das geheime Leben der Sprachen, Gesprochene und verschwiegene Sprachen und ihr Einfluss auf den Spracherwerb in der Migration, Internationale Hochschulschriften, Bd.465, Waxmann Verlag.

Chiswick, B. R., Miller, P. W., „The complementarity of language and other human capital: Immigrant earnings in Canada", Economics of Education Review, 2003, 22, S. 469-480.

Gregg, P., Tominey, E., The Wage Scar from Youth Unemployment, CMPO Working Paper Series No. 04/097, Februar 2004, Universität Bristol, http://www.bris.ac.uk/Depts/CMPO/workingpapers/wp97.pdf

Hanika, A., Zukünftige Bevölkerungsentwicklung Österreichs 2007 bis 2050 (2075), Statistische Nachrichten 12/2007, S. 1088-1105.

Hanika. A. (2009): Bevölkerungsvorausschätzung 2009-2050 sowie Modellrechnung bis 2075 für Österreich, Schnellbericht 8.2, Statistik Austria, Wien.

Kieselbach, T., Beelmann, G., Arbeitslosigkeit als Risiko sozialer Ausgrenzung bei Jugendlichen in Europa, Aus Politik und Zeitgeschichte (B 06-07/2003), http://www.bpb.de/publikationen/1WME8Y,5,0,Arbeitslosigkeit_als_Risiko_sozialer_Ausgrenzung_bei_Jugendlichen_in_Europa.html#art5

OECD, Ageing and Employment Policies: Austria, OECD, Paris, 2005.

OECD, Where immigrant students succeed: A comparative review of performance and engagement in PISA 2003, Paris, 2006B.

OECD, Assessing Scientific, Reading and Mathematical Literacy, A Framework for PISA 2006, 2006AParis.

OECD , Lernen für die Welt von morgen, Erste Ergebnisse von PISA 2003, 2004, Paris.

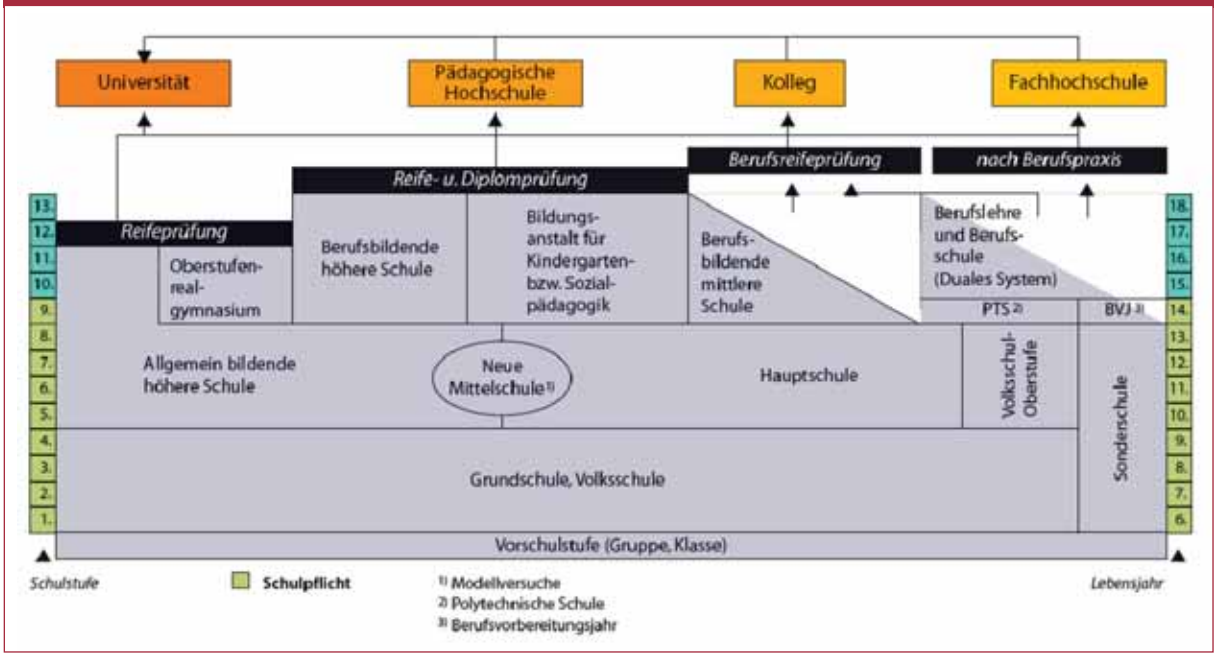
Ryan, P. (2001), The school-to-work transition: A cross-national perspective, Journal of Economic Literature, Vol.39-1: 34-92.

DIE AUTORIN:

Univ. Prof. Mag. Dr. **Gudrun Biffl** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO) und Expertin für die Fachbereiche Arbeitsmarkt, Einkommen und soziale Sicherheit. Weiters ist sie Leiterin des Departments Migration und Globalisierung auf der Donau-Universität Krems, Vortragende am Zentrum für Europäische Integration und der Business School Krems.

Anmerkungen des Herausgebers:

Das österreichische Schulsystem[3]



Abkürzungen (mit Relevanz für die folgenden Expertisen):

VS:	Volksschule
HS:	Hauptschule
PTS:	Polytechnische Schulen
B(M/H)S	Berufsbildende (mittlere/höhere) Schule
AHS	Allgemein bildende höhere Schulen

3.2 Bildungspartizipation – Bildungswege und Bildungswahl

Peter Schlögl

Abstract

Die Bildungsbeteiligung Jugendlicher in den vielfältigen Bildungs- und Ausbildungsformen wird im Überblick für die untere und obere Sekundarstufe sowie hinsichtlich des Übergangs zu postsekundären und tertiären Bildungswegen dargestellt. Es soll damit nicht ausgesagt werden, dass Lernen ausschließlich in formalen Bildungsprogrammen stattfindet, aber die Datenlage zum informellen Lernen Jugendlicher ist praktisch inexistent. Die Verwaltungsdaten sowie empirische Studien zeigen, dass die Vielfalt von Bildungswegen mit einer starken geschlechtsspezifischen, sozialen, und zum Teil regionalen Stratifikation – anders gesprochen ungleichen Bildungschancen – der Jugendlichen einhergeht. Der Beitrag beschreibt die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen an den vielfältigen Ausprä-

[3] Siehe Bundesministerium für Unterricht und Kunst: www.bmukk.gv.at

gungen formaler Bildungsgänge sowie stellt Daten und Befunde zu Motiven und Hintergründen der realisierten Bildungswahl dar. Den Abschluss bilden ausgewählte Empfehlungen für die Politik mit Hinblick auf Bildung und Lernprozesse Jugendlicher.

1. Hintergrund und Ausgangssituation

Bildungsbeteiligung im Überblick

Die Beteiligung an schulischen, beruflichen und hochschulischen Bildungsgängen hat sich in der zweiten Republik kontinuierlich gesteigert. Neben der allgemeinen Schulpflicht, die für alle Kinder, die sich dauerhaft in Österreich aufhalten und die neun Schuljahre dauert, haben sich insbesondere in der postobligatorischen Bildung, insbesondere auf der oberen Sekundarstufe, wachsende Bildungsbeteiligungen gezeigt. In Österreich ist die Schulpflicht in Form einer Unterrichtspflicht gesetzlich verankert und es besteht keine Verpflichtung zum Besuch einer öffentlichen oder mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Schule (Schulpflichtgesetz). Dennoch gibt es wenige Befunde und auch wenig Forschung zu den Themenfeldern häuslicher Unterricht, Schulabsentismus oder deviantem Verhalten wie Schulschwänzen. Am ehesten werden Fragen von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und mit Behinderungen thematisiert. Eine öffentlich publizierte Zahl wie groß die Gruppe der Kinder und Jugendlichen ist, die grundsätzlich im schulpflichtigen Alter sind und nicht oder nicht regelmäßig eine Schule besuchen, liegt nicht vor. Im Rahmen der internationalen Berichterstattung und des europäischen Benchmarkings liefert Österreich jedoch Daten zur postobligatorischen Bildungsbeteiligung. So weist EUROSTAT etwa aus, dass 2007 10,9% der 18- bis 24-Jährigen (10,2% der Frauen und 11,6% der Männer) keinen über die Pflichtschule hinausgehenden Schulbesuch bzw. -abschluss aufweisen. Damit liegt Österreich nahe am Zielwert von 10% der für 2010 in der EU akkordiert wurde und besser als der Durchschnitt der EU 27 (bei rund 15%). Gleichzeitig zeigt sich über die letzen Jahre hier keine Verbesserung bei der Zahl der *early school leavers* (EUROSTAT, LFS), im Jahr 2007 sogar eine leichte Verschlechterung[4]. Das Risiko einer Nichtfortsetzung oder eines Abbruches schulischer oder beruflicher Bildungsprozesse hängt stark mit regionalen und sozioökonomischen Merkmalen zusammen (Steiner 2005; Dornmayr, Schlögl et al. 2006; Steiner&Steiner 2006). Ein Vorschlag zu einer konzeptiven Fassung des Begriffes Drop-outs und Schulabbrecher wurde aktuell vorgelegt und berücksichtigt systematisch die unterschiedlichen statistischen Zugänge und empirischen Herangehensweisen (vgl. Steiner 2009) und wenig überraschend streuen die ermittelten Werte je nach Datenquelle und Berechnungsmethode. Jene Gruppe von Jugendlichen, die den Übertritt von der unteren in die obere Sekundarstufe nicht vornehmen liegt bei rund 5,5% (ebd., S. 7), die in Folge auftretenden Ausbildungsabbrüche erhöhen den Anteil auf die oben angeführten Werte.

[4] Wobei hier die Problematik der internationalen Vergleichsstatistik und der Zeitreihenbrüche erst nach mehrjähriger Beobachtung verlässliche Aussagen zulässt.

Abbildung 1: Bildungsindikatoren, Österreich im Vergleich zu ausgewählten Ländern und internationalen Durchschnittswerten

Indikator	Österreich	Deutschland	Schweiz	EU19	OECD
Bildungsbeteiligung der 15-19-Jährigen (in %)	82,0	88,6	83,5	84,9	81,5
Bildungsbeteiligung der 20-29-Jährigen (in %)	20,0	28,5	22,1	25,1	25,1
Junge Menschen nicht in Ausbildung und nicht erwerbstätig (in % der 15-19-J.)	3,6	2,2	2,8	2,9	3,0

Quelle: Statistik Austria 2009, S. 95

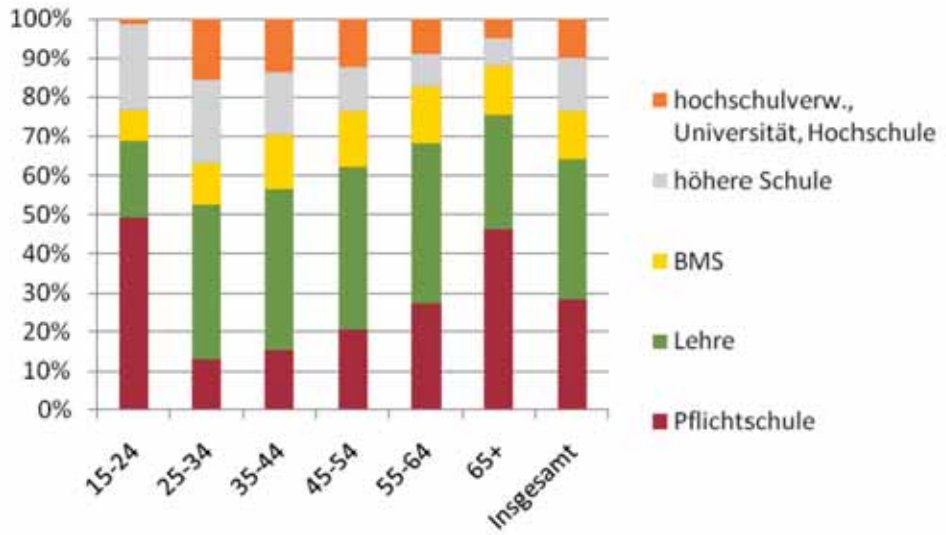
Österreich liegt im Hinblick auf die Bildungsbeteiligung in der Alterskategorie 15-19-Jährige mit 82% dieser Altersgruppe leicht über dem OECD-Durchschnitt jedoch hinsichtlich der EU19 und den beiden Nachbarländern Deutschland und Schweiz zurück. Noch stärkeren Rückstand kann man in der folgenden Altersklasse der 20-29-Jährigen ablesen, was sich auch regelmäßig in der Berichterstattung über die vergleichsweise geringe Studierenden- und Hochschulabsolventen/innenquote für Österreich ausdrückt. Im internationalen Vergleich kann auch angeführt werden, dass die durchschnittliche Bildungsverweildauer im Formalsystem in Österreich unter dem erwartbaren Wert zu liegen kommt. Mit einer national durchschnittlich zu erwartenden Ausbildungsdauer von 16,4 Jahren sogar mehr als ein Jahr unter dem OECD-Durchschnitt von 17,6 Jahren (vgl. OECD 2009).

Qualifikationsstruktur

Wenig überraschend nimmt die Höhe des Bildungsstands, der formalen Qualifikation, mit ansteigendem Alter von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu. Einerseits weil die weiterführenden Ausbildungen deren typische Abschlussalter erst in höheren Alterskategorien haben, andererseits die Bildungspartizipation der jungen Kohorten über jenen der älteren Jahrgänge zu liegen kommt. Dennoch ist zu erkennen, dass in der Gruppe der 25-34-Jährigen, die das typisches Abschlussalter von weiterführender Bildung bereits erreicht haben, im Jahr 2007 knapp 13% keinen über die Pflichtschule hinausgehenden Abschluss aufweisen. Dies ist ein Wert der auch über die letzen Jahre hinweg stabil ist. Er umfasst im Wesentlichen zwei Gruppen. Zunächst jene, die im Anschluss an das Pflichtschulalter keine weiterführende Ausbildung begonnen haben und jene, die zwar eine Ausbildung begonnen haben, diese – aus welchen Gründen auch immer – aber nicht abgeschlossen haben. Die Proportion zwischen diesen Gruppen kann aktuell aufgrund der dürftigen Datenlage nicht verlässlich abgeschätzt werden.

Die größte Gruppe hinsichtlich des Ausbildungstandes stellt mit Abstand diejenige mit der höchsten Qualifikation Lehre dar. In der Altersgruppe 25+ sind dies – analog zur Proportion in der Ausbildung – rund 40% der Wohnbevölkerung, die zweitgrößte Gruppe sind mit knapp 22% die höheren Schulen (allgemein- und berufsbildend). Wobei hier auch markante Unterschiede zwischen Männern und Frauen zu erkennen sind, denn bei der Lehre sind es nahezu 50% der Männer jedoch vergleichsweise gering – nur 30% der Frauen – mit diesem höchsten Abschluss. Andererseits weisen die Frauen mit 14% einen doppelt so hohen Anteil hinsichtlich der BMSen auf wie die Männer.

Abbildung 2: Bildungsstandard (höchste abgeschlossene Ausbildung) der Wohnbevölkerung ab 15 Jahren nach Altersgruppen, in Prozent



Altersgruppe		Pflichtschule	Lehre	BMS	höhere Schule	hochschulverw., Universität, Hochschule
15-24		49,2	19,9	7,8	21,7	1,4
25-34		12,9	39,7	10,5	21,4	15,5
35-44		15,4	41,2	14,1	15,6	13,8
45-54		20,4	41,7	14,4	11,2	12,3
55-64		27,1	41,3	14,4	8,3	8,9
65+		46,2	29,4	12,5	7,0	5,0
Insgesamt		**28,3**	**35,7**	**12,4**	**13,9**	**9,6**

Quelle: Statistik Austria 2009

2. Formale und informelle Bildung

Lebenslanges Lernen ist gegenwärtig eine nicht mehr wegzudenkende Prämisse von Forschungskonzepten in den Erziehungswissenschaften, hier besonders in den berufs- und wirtschaftspädagogischen Teildisziplinen sowie der Erwachsenenbildung und gleichzeitig auch ein Standardelement der politischen Diskurse zu Bildung und Arbeitsmarkt in den Industriestaaten und darüber hinaus. Dieses – alles andere als klar abgegrenzte – Konzept lässt den Blick auf Schule und (berufliche) Erstausbildung zunehmend ambivalent erscheinen. Einerseits wird damit die primäre Rolle dieser Institutionen im Lernprozess relativiert, andererseits zeigen Daten zur Beteiligung an Weiterbildung eindeutige Korrelationen mit dem erreichten formalen Bildungsniveau. Gleichzeitig wird sowohl konzeptiv als auch politisch die verstärkte Würdigung von Kenntnissen und Fertigkeiten eingefordert, die auch außerhalb formaler Bildungsprogramme entwickelt werden. Sei es in außerschulischen Aktivitäten, Praxis- und Arbeitserfahrungen und persönlicher Entwicklung. Umschrieben wird diese Kompetenzentwicklung zumeist mit informellem Lernen.

Im politischen Diskurs gewann die Begrifflichkeit von formalem, nicht-formalem und informellem Lernen im Zusammenhang mit den Politiken um lebenslanges Lernen in den 1990er Jahren eine breite Öffentlichkeit. CEDEFOP, die Agentur zur Förderung der beruflichen Bildung der Europäischen Union, legte eine entsprechende Definition vor. Formales Lernen findet dem gemäß üblicherweise in einer Bildungs- oder Ausbildungseinrichtung statt, ist in Bezug auf Lernziele, Lernzeit oder Lernförderung strukturiert, führt zur Zertifizierung und ist aus der Sicht der Lernenden zielgerichtet. Nicht formales Lernen findet nicht in klassischen Bildungs- oder Berufsbildungseinrichtung statt und führt üblicherweise nicht zur Zertifizierung. Gleichwohl ist es systematisch in Bezug auf Lernziele, Lerndauer und Lernmittel und aus Sicht der Lernenden zielgerichtet. Informelles Lernen findet im Alltag, am Arbeitsplatz, im Familienkreis oder in der Freizeit statt. Es ist in Bezug auf Lernziele, Lernzeit oder Lernförderung nicht strukturiert und führt üblicherweise nicht zur Zertifizierung. Informelles Lernen kann zielgerichtet sein, ist jedoch in den meisten Fällen nichtintentional (Europäische Kommission 2001, S. 9).

Die grundlegende Unterscheidung zwischen formalen und nicht-formalen Bildungsprozessen wurde jedoch bereits 1899 von Dewey in seinen Lectures in the Philosophy of Education in den bildungstheoretischen Diskurs eingeführt (vgl. Dewey 1966) und dieser betonte den pädagogisch-didaktischen Wert formaler Bildung allein darin, dass für Lernende dadurch die Komplexität der Realität reduziert werden könne, um die Welterschließung, die generelles Ziel von Bildung wäre, zu unterstützen. Die realisierte Organisation von Schule insgesamt und von Unterricht im Besonderen hingegen waren aus seiner Sicht schon damals als überholt zu bezeichnen, da diese vorwiegend konservative Strukturen der Wissensvermittlung (nämlich ausschließlich von bereits bestehendem Wissen) und der Zuweisung künftiger gesellschaftlicher Positionen wären, die in sich zunehmend dynamisierenden Gesellschaften aber nicht mehr adäquat wären (man bedenke 1899!). Beides würde der Entwicklung fortschrittlich orientierter (progressiver) Gesellschaften abträglich sein. Zwei Kritikpunkte denen sich unsere heutigen Bildungssysteme immer noch und wahrscheinlich sogar in wachsendem Maß ausgesetzt sehen. Unbestritten ist bei Vertreter/innen der formalen Bildung ebenso wie bei jenen des außerschulischen Lernens, dass Lernen hier wie dort stattfindet. Noch so klare Begrifflichkeiten zu Lernarrangements und entsprechende Abgrenzungsnarrative (Chisholm 2008, S. 3) stimmen jedoch mit den zunehmend fluider werdenden Lernverläufen und -biographien letztlich immer weniger überein. Jedenfalls muss konstatiert werden, dass nichtformale und informelle Lehr-/Lernschauplätze nicht das Systemprivileg, als Anerkennungs- oder Beglaubigungsinstanzen von Lernergebnissen genießen (Chisholm 2008, S. 2) und lösen so in der Bildungsstatistik bis dato keine bis wenig Resonanz aus. Aus diesem Grund muss auch im Folgenden auf Teilnahme an formaler Bildung abgestellt werden. Kritisch anzumerken ist dabei jedoch, dass im österreichischen Bildungswesen bis dato eine konsequente Kompetenzorientierung oder Lernergebnisorientierung fehlt, d.h. dass die erfolgreiche Teilnahme an Bildungsprogrammen im Grunde allein ein Beleg dafür ist, welchen Unterricht Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erfahren haben, welche Lernergebnisse oder –erträge, welche Kenntnisse und Fertigkeiten daraus erwachsen sind oder auch nicht, ist nicht zwingend ableitbar.

3. Ein formales Bildungssystem das zunehmend komplexer wird

Komplexität wird in der Systemtheorie gelegentlich als eine Eigenschaft beschrieben, die dazu zwingt, umfassende Erklärungen abzufassen, um Systeme beschreiben zu können. Höchste Komplexität wäre somit dann erreicht, wenn jedes Element eines Systems einzeln beschrieben werden muss, um seinen Platz und/oder seine Funktionalität beschreiben zu können. Das österreichische Bildungssystem befindet sich demgemäß kontinuierlich auf dem Weg zu höherer Komplexität. Denn die Bildungswahl und Bildungsbeteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen realisiert sich in Österreich in einem zunehmend differenzierenden Bildungs- und Berufsbildungssystem. Schon ab der unteren Sekundarstufe – im Alter von etwa zehn Jahren – teilen sich die Bildungswege (Hauptschule, AHSen, Neue Mittelschule, Sonderschule u.a.) und führen im Anschluss an das Pflichtschulalter in eine sich fortwährend immer mehr diversifizierende obere Sekundarstufe, die neben vollschulischen auch duale (betriebsgebundene) berufliche Bildungsgänge umfasst. Diese starke Ausdifferenzierung verbindet sich seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend mit Ausbildungsplatzengpässen und gleichzeitig mit dem Ausbau von schulischen Ausbildungsangeboten sowie lehrstellenmarktstützenden und -ergänzenden – zumeist arbeitsmarktpolitisch motivierten und organisierten – Maßnahmen (vgl. Schlögl 2000) und zuletzt auch eine politische (nicht rechtliche) Ausbildungsgarantie bis zum 18ten Lebensjahr. Weiters reichern bildungspolitische Innovationen wie die integrative Berufsausbildung, Lehre& Matura sowie standortbezogene Profilbildungen allgemeinbildender und berufsbildender Schulen mittlerweile die Landschaft der Bildungswege auf der Sekundarstufe II zusätzlich an. Auch hinsichtlich der Bildungsprogramme im postsekundären und tertiären Bereich sind tiefgreifende Entwicklungen im Gange, die sich im Umbau der Studienarchitektur gemäß der Anforderungen des Europäischen Hochschulraumes (die in Österreich in Form von Bachelor-, Master- und Doktoratsprogrammen realisiert wurden) und Ausdifferenzierung der Hochschullandschaft (öffentliche und private Universitäten, fachhochschulische Einrichtungen sowie pädagogische Hochschulen), unter zunehmender Programm-Autonomie dieser Einrichtungen, manifestieren.

4. Bildungsströme und Übertrittsquoten

Das Bundesgesetz über die Schulorganisation (SchOG) definiert das österreichische Schulwesen als Einheit unterschiedlicher Alters- und Reifestufen, Lebensaufgaben und Berufsziele und gibt die grundsätzliche, äußere Gliederung des österreichischen Schulwesens vor (§ 3 (1) SchOG). Die Schulen haben demgemäß die Aufgabe, an der Entwicklung der Anlagen der Schüler/innen „durch einen ihrer Entwicklungsstufe und ihrem Bildungsweg entsprechenden Unterricht" (§ 2 (1) SchOG) mitzuwirken. Oswald und Weilguny merken diesbezüglich an, dass es dem Gesetz nach keine Notwendigkeit für einen Unterricht entsprechend der Altersstufe – wohl aber entsprechend des Entwicklungsstandes – gibt, dass jedoch in der Praxis vorwiegend eine Zuordnung nach Alter im österreichischen Schulsystem getroffen wird (Oswald and Weilguny 2005, 8). So lässt sich beginnend mit der Schulpflicht eine verhältnismäßig homogene Altersgliederung erkennen. Verzögerte Einschulung, flexible Schuleingangsphasen, Repetieren und vereinzelt das Überspringen von Schulstufen führen zu einer gewissen Bandbreite von Alterskategorien über die Schulstufen hinweg. Je früher Bildungswegentscheidungen im österreichischen System anstehen, umso geschlossener sind jedoch die Altersgruppen. An der ersten Schwelle im

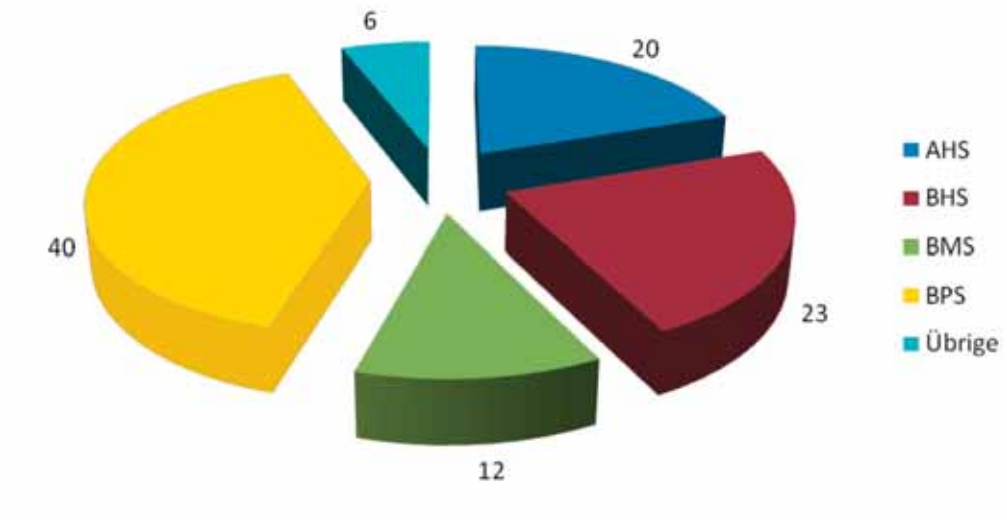
System nach vier Jahren der grundsätzlich neunjährigen Schulpflicht (die auch durch die Erfüllung des 15ten Lebensjahres erfüllt wird) sind die Kinder in den meisten Fällen im Alter von rund zehn Jahren. Befinden sich in der Volksschule (Schulstufen eins bis vier) grundsätzlich 98% aller beschulten Kinder (die übrigen 2% in Sonderschulen oder speziellen Statutschulen). Beim Wechsel von der vierten auf die fünfte Schulstufe teilt sich diese bis dahin recht geschlossene Gruppe. 33% der Volksschüler/innen besuchen im Anschluss eine allgemeinbildende höhere Schule (AHS) und rd. 65% eine Hauptschule (HS) (Austria 2009). Die übrigen besuchen eine Sonderschule, Statutschule oder es findet kein Übertritt statt. Diese grobe Zweigliedrigkeit verdeckt jedoch, dass auch diese beiden großen Schulformen der unteren Sekundarstufe (SEK I) sich in der Realität alles andere als homogen darstellen. So finden sich in den AHS-Formen die achtjährige Langform (Gymnasium), Realgymnasien und andere Zweige ab der 7. Schulstufe sowie thematische Schulschwerpunkte (Sport, Musik u.a.). Der Anteil der AHSen, die autonome Maßnahmen in den Lehrplänen der Unterstufe setzten, liegt bei über 80%, wobei zwei Drittel davon, lehrplanautonome Maßnahmen für kleine Änderungen in den Stundentafeln nützen sowie etwas weniger als ein Drittel für schulübergreifende thematische oder inhaltliche Schwerpunktsetzungen (Gutknecht-Gmeiner, Lachmayr et al. 2007, S. 43). Auch bei den Hauptschulen finden sich im Zuge von Profil- und Schwerpunktbildungen standortspezifische Profile (Musik, Sport, EDV u.a.). 2007 hatten über der Hälfte der Hauptschulen gewisse Änderungen in den Stundentafeln (57%) und in 39% schulübergreifende thematische bzw. inhaltliche Schwerpunktsetzungen vorgenommen (Gutknecht-Gmeiner, Lachmayr et al. 2007, S. 22). Hinzu kommen zahlreiche regionale oder lokale Sonderformen (Kooperative Mittelschule in Wien, die Schulversuche zur neuen Mittelschule u.a.). Im Zuge moderner schulentwicklerischer Praxis auf Basis von gewissen Lehrplanautonomien und Schulversuchen wird die Bildungslandschaft damit für Eltern und Kinder zunehmend vielfältig und damit verbunden auch unübersichtlicher.

Betrachtet man die zweite Schwelle im Bildungssystem nach weiteren vier Schulstufen, so zeigt sich, dass mit dieser ersten Teilung der Schüler/innengruppen von einer nachhaltigen Versäulung der Bildungspfade gesprochen werden kann. Auf Basis des neuen Bildungsdokumentationssystems liegen nunmehr aktualisierte Daten und Auswertungen zu den Bildungsströmen vor (siehe Wintersteller 2009). Denen zu Folge setzten 2006/07 im Anschluss an die AHS-Unterstufe 61% in einer der verschiedenen Oberstufenvarianten der AHS fort, 30% wechseln in eine berufsbildende höhere Schule (BHS) und damit verbleiben 91% in zu einer Reifeprüfung führenden Schulen. Von der Hauptschule wechseln 28% in eine BHS, 28% in die Polytechnische Schule (berufsvorbildende einjährige Schulform, PTS) und in späterer Folge in berufliche Ausbildungsformen, 21% in eine berufsbildende mittlere Schule (BMS) und damit 77% in einen berufsorientierten Ausbildungsweg. Allein 6% der Hauptschüler/innen wechseln in eine Oberstufenform einer AHS. Überraschend ist auch, dass statistisch gesehen, von immerhin 7% der Schüler/innen der 4. Klassen der HS keine Aussage über den Übertritt oder den Verbleib gemacht werden kann. Bei der AHS-Unterstufe sind dies deutlich weniger, nämlich 1,2%. Zusammen betrifft dieses Phänomen jedoch dann über 8% einer Kohorte, dass zumindest in den Statistiken, deren Bildungsweg oder Verbleib nicht abbildbar ist.

Die spezifische Situation, dass die neunjährige Schulpflicht mit den jeweils vierjährigen Schulformen zeitlich nicht zur Deckung gebracht werden kann, ist ein Umstand, der seit der großen Schulgesetzgebung zu Beginn der 1960er Jahre nicht gelöst ist und führt dazu, dass im Anschluss an die 9. Schulstufe für viele Schüler/innen eine nochmalige Bildungswegentscheidung Platz greift, denn das Lehrlingsausbildungswesen beginnt erst mit der 10. Schulstufe. In den letzten Jahren erhöht sich – auch vor dem Hintergrund rückläufiger Ausbildungsplatzzahlen im Lehrlingswesen – der Anteil an Jugendlichen, die ihre Schulpflicht in einer weiterführenden Schule beenden und nicht in der bildungssystematisch vorgesehenen PTS absolvieren. Es verbleiben 80% aller AHS-Schüler/innen der 9. Schulstufe auch auf der 10. Schulstufe in der AHS sowie 75% der BHS-Schüler/innen in der BHS. Über die nachhaltige Verortung in der oberen Sekundarstufe kann deshalb eigentlich erst in der 10. Schulstufe (gleichzeitig das erste postobligatorische Jahr) eine verlässliche Aussage getroffen werden. Bezogen auf die Daten des Schuljahres 2007/2008 lässt sich folgende Verteilung ablesen.

Ausbildungsplatzengpässe insbesondere bei betrieblichen Ausbildungen(Duale Ausbildung) nahmen in den Jahren seit Mitte der 1990er mit unterschiedlicher Dynamik zu. Im Ausbildungsjahr 2007/08 wurden bereits mehr als 10.000 jugendliche Personen in arbeitsmarktpolitisch motivierten und finanzierten Lehrgängen (die berufsqualifizierend sind) gefördert, was nahezu einem Viertel der Lehrlinge eines Jahrgangs entspricht. Der ab dem Ausbildungsjahr 2008/09 einsetzende Reformprozess zielt darauf ab, die überbetriebliche berufliche Ausbildung – ergänzend zum weiterhin prioritären betrieblichen Lehrstellenangebot – als gleichwertigen und regulären Bestandteil der dualen Berufsausbildung zu etablieren und als Element der Ausbildungsgarantie für Jugendliche bis 18 Jahre auszubauen.

Abbildung 3: Verteilung der Schüler/innen in der 10ten Schulstufe, in Prozent



Schultyp	Anteil in %
AHS	20
BHS	23
BMS	12
BPS (Berufsschule)	40
Übrige	6
Zusammen	**101**

Quelle: Statistik Austria 2009

Demgemäß befinden sich in den regulären und formalen Bildungsformen im Anschluss an die Pflichtschulzeit die deutlich überwiegende Zahl in berufsorientierter Ausbildung, den weitaus größten Anteil daran hat die Lehrlingsausbildung, das heißt die duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule (berufsbildende Pflichtschule, BPS). Ein Umstand, der im internationalen Vergleich als Stärke und gleichzeitig als Schwäche des österreichischen Bildungswesens beschrieben wird. Denn der Schnitt der OECD-Länder liegt bei rund 44%, bei den EU-19 Staaten bei rund 48% (OECD 2009, Indikator C1) von Jugendlichen in berufsorientierten Bildungsgängen. Als Schwäche wird umgekehrt angemerkt, dass der korrespondierende Wert von vergleichsweise niedriger Beteiligung an allgemeiner Bildung auf der oberen Sekundarstufe wenig Flexibilität der Absolvent/innen an sich rasch ändernde Qualifikationsbedarfe mit sich bringen könnte.

Betrachtet man die vierte Schnittstelle hin zu den postsekundären und tertiären Bildungseinrichtungen nach Vorbildung in hochschulischen Formen, so lassen die Daten der inländischen Erstimmatrikulierten an öffentlichen Universitäten und an fachhochschulischen Einrichtungen neuerlich ungleiche Inanspruchnahme erkennen. Einerseits sind – nicht ganz überraschend – die Übertrittsquoten in den Tertiärbereich bei AHS-Abschluss mehr als doppelt so hoch als bei BHS-Abschluss. Dies begründet sich u.a. darin, dass

durch den Abschluss einer BHS und der damit verbundenen Doppelqualifikation neben der Reifeprüfung eine hochwertige fachliche Ausbildung erworben wird, die – anders als bei der AHS – einen unmittelbaren Arbeitsmarktzugang eröffnet.

Abbildung 4: Inländische Erstimmatrikulierte ordentliche Studierende an öffentlichen Universitäten und erstmalig aufgenommene inländische Studierende an Fachhochschul-Studiengängen im Wintersemester 2007/08 nach Vorbildung

	Öffentliche Universitäten			Fachhochschul-Studiengänge		
	zus.	m	w	zus	m	w
Insgesamt	21.202	8.843	12.359	10.154	5.589	4.565
AHS	11.916	4.722	7.194	3.392	1.636	1.756
BHS insg.	7.997	3.461	4.536	5.297	2.979	2.318
HAK	2.614	952	1.662	1.652	690	962
HTL	2.796	2.191	605	2.436	2.136	300
HUM	1.939	177	1.762	993	106	887
LFW	217	116	101	76	43	33
BA/Akad.	431	25	406	140	4	136
inländ. Postsek. A	37	22	15	54	17	37
Univ., Hochschulen	122	73	49	-	-	-
BRP	591	317	274	560	383	177
Externisten-RP	89	45	44	43	22	21
SBP	82	46	36	178	107	71
Ausl. RP	258	97	161	95	60	35
ausl. Postsek. A	16	5	11	-	-	-
EU-Univ.Reife	1	1	-	-	-	-
ohne RP	92	54	38	535	385	150
o.A.	1	-	1	-	-	-

Quelle: Statistik Austria 2009, eigene Berechnungen

In den öffentlichen Universitäten, mit dem Bildungsziel wissenschaftlicher Berufsvorbildung, setzt sich die Population der Neuzugänge zu 93% aus Reifeprüfungsabsolvent/innen zusammen, 56% von den AHSen und 37% von BHSen und verwandten Bildungsanstalten. In den Fachhochschul-Studiengängen, die berufliche Bildung auf tertiärem Niveau als Bildungsauftrag haben, sind die knapp 86%, zu 33% aus den AHSen und zu 52% aus BHSen und verwandten Bildungsanstalten. Die Proportion zwischen den allgemeinbildenden und berufsbildenden Reifeprüfungen stellt sich jeweils im umgekehrten Verhältnis dar. An den Universitäten machen non-traditional students ohne klassische Hochschulzugangsberechtigung 3,6% aus, an den fachhochschulischen Einrichtungen immerhin 13%. In beiden Fällen haben die Männer hier die Mehrheit. Bei den Gesamtzahlen der inländischen Studienbeginner/innen überwiegen an den Universitäten mit über 58% die Frauen, an den fachhochschulischen Einrichtungen mit 55% die Männer.

5. Disparitäten in der Partizipation

In der Literatur wurde wiederholt herausgearbeitet, dass die frühe Differenzierung im österreichischen Bildungssystem gleicher Beteiligung unterschiedlicher Gruppen abträglich ist. Die Bildungswegentscheidung im Anschluss an die Volksschule bestimmt maßgeblich den weiteren Bildungsverlauf (Schlögl&Lachmayr 2004; Bacher 2007; Bacher, Beham et al. 2008; Bacher&Stelzer-Orthofer 2008; Bacher&Leitgöb 2009). Neben den strukturellen Gegebenheiten erfährt zunehmend aber auch das alltägliche Handeln der konkret handelnden Personen (Lehrkräfte, Schulmanagement etc.) sowie eine spezifische Schulkultur (vgl. Budde, Scholand et al. 2008) bzw. Berufskultur (vgl. Gomolla 2006) Aufmerksamkeit, die für die doch anhaltende ungleiche Bildungsbeteiligung bzw. des Bildungserfolgs (mit)verantwortlich gemacht werden. Direkte und indirekte institutionelle Diskriminierungen werden in spezifischen gesetzlich-administrativen Strukturen, in Maßnahmen, informellen Routinen (ebd., S. 90), aber auch in etablierten Normen verortet, die – obwohl nicht negativ intendiert – systematisch nach Geschlecht, Schicht oder Herkunft ungleiche Beteiligungs- oder Erfolgschancen vorfinden (ebd., S. 98).

Bei der Berufswahl bzw. der Wahl einer Ausbildung, die unmittelbar oder mittelbar eine Rolle bei der Berufsergreifung oder -ausübung spielt, wirken vielfältige Faktoren. Manche Autor/innen manifestieren gar die Berufswahl als eines der Rätsel des Erwachsenwerdens (vgl. Reuel 2003). Bildungsunterschiede lassen sich nicht direkt als ein Ergebnis von Schichtzugehörigkeit erklären, sondern sind zumeist das Ergebnis der (mehrfachen) Bildungswahl von Eltern und/oder Kindern, die vor dem Hintergrund der vom jeweiligen sozialen Status aus bewerteten Erträge, Kosten und der Erfolgswahrscheinlichkeit getroffen werden. Die aktuellen Manifestationen von ungleicher Teilnahme an weiterführender Bildung sind evident, statistische Korrelationen sind nachgewiesen, eine umfassende theoretische Erklärung wurde bis dato aber noch nicht vorgelegt. Seit den 1970er Jahren werden diesbezüglich verschiedene Ausprägungen bzw. Erweiterungen der Rational-Choice-Theory diskutiert, aber eine hinreichende Klärung steht noch aus. Für die soziale Schichtung – operationalisiert in Form des elterlichen Bildungsabschlusses – konnte für Österreich mehrfach eine deutliche Ungleichverteilung gegenüber der erwartbaren Verteilung auf die Bildungspfade nachgewiesen werden, die bisher im Vordergrund stehende Erklärungen, wie etwa das Geschlecht des Kindes, in ihrer Erklärungskraft überwiegen. Als weitere relevante Dimensionen für die Bildungsbeteiligung werden neben den Befunden schulischer Leistungsbeurteilung und Interesse bzw. Neigungen der Kinder oder Jugendlichen insbesondere regionale Aspekte, Geschlecht und Migration ins Treffen geführt, die Einfluss für realisierte Bildungsbeteiligung haben, jedoch bis dato noch nicht theoretisch-systematisch in Beziehung gesetzt werden können.

Räumliche Disparitäten

Fassmann untersuchte diesbezüglich die Ausstattung mit schulischen Bildungsinstitutionen in verschiedenen Regionen Österreichs, die Bildungsbeteiligung der Wohnbevölkerung und eventuelle Benachteiligungen, etwa durch große Pendeldistanzen. Die unterschiedliche schulische Ausstattung der politischen Bezirke führt hinsichtlich räumlicher Erreichbarkeit zu ungleichen Bildungsmöglichkeiten, die individuell nur durch entsprechend längere Anfahrtswege auszugleichen sind. Die Schülerpendelwanderung ist der „individuelle Preis für die räumlichen Disparitäten im Bildungsbereich" (Fassmann 2002, S. 39): Ein Viertel aller

Schüler/innen (inkl. Volksschule) musste 1991 täglich eine halbe Stunde oder länger zur Schule pendeln, vor allem AHS und BHS/BMS-Schüler/innen sind davon betroffen: Jeder dritte AHS-Schüler benötigt täglich mindestens eine Stunde für die Strecke Wohnung-Schule-Wohnung, für BHS / BMS sind zwei von drei Schüler/innen diese Zeitspanne unterwegs. Die Spannweite der Teilnahme an einer maturaführenden Schule reicht in den einzelnen Bezirken Österreichs von 25 – 65% (Statistik Austria 2008, S. 25). Zwischen den Bundesländern variierte 2001 weiters der Anteil der Schüler/innen der 10. Schulstufe, die eine BHS besuchten zwischen 20% in Tirol und der Steiermark und 40% im Burgenland. Umgekehrt war der Anteil von BerufsSchüler/innen in Tirol doppelt so hoch wie im Burgenland (48% vs. 25%, vgl. Schmid 2003).

Geschlechtsspezifische Disparitäten

Betrachtet man die Bildungsbeteiligung von Jungen und Mädchen im Österreichischen Bildungswesen so ist zu bemerken, dass je nach unterschiedlichem Aggregationsniveau der Betrachtung grundsätzlich andere Befunde zu konstatieren sind. Auf höher aggregiertem Niveau zeigen sich keine oder weniger deutliche Geschlechterverteilungen nach Schultypen. Auf Ebene von Fachrichtungen oder konkreten beruflichen Ausbildungen (Lehrberufe) hingegen sind extreme Disparitäten zu erkennen.

Abbildung 5: Schüler/innen nach ausgewählten Schultypen im Schuljahr 2007/08, in Prozent

(ausgewählte) Schultypen		Gesamt	davon w	Anteil in %
Allgemeinbildende Pflichtschulen insg.		**622.123**	**294.453**	**47,3**
	Volksschulen	337.934	163.074	48,3
	Hauptschulen	249.703	118.690	47,5
	Sonderschulen	13.148	4.756	36,2
	Polytechnische Schulen	21.338	7.933	37,2
AHS insgesamt		**205.442**	**110.955**	**54,0**
	AHS-Unterstufe	117.656	60.958	51,8
	AHS-Oberstufe	87.786	49.997	57,0
Berufsschulen		**136.191**	**47.011**	**34,5**
	gewerbl. und kaufm. Berufsschulen	135.356	45.506	33,6
	land- und forstw. Berufsschulen	835	505	60,5
Berufsbildende mittlere Schulen insges.		**52.003**	**25.771**	**49,6**
	techn. gewerbl. mittlere Schulen	16.567	3.279	19,8
	kaufmännische mittlere Schulen	11.864	6.884	58,0
	wirtschaftsberufl. mittlere Schulen	9.137	7.824	85,6
	sozialberufliche mittlere Schulen	1.455	1.337	91,9
	land- und forstw. mittlere Schulen	12.980	6.447	49,7
Berufsbildende höhere Schulen insges.		**135.658**	**68.789**	**50,7**
	techn. gewerbl. höhere Schulen	59.942	15.072	25,1
	kaufmännische höhere Schulen	43.863	26.515	60,4
	wirtschaftsberufl. höhere Schulen	28.211	25.661	91,0
	land- und forstw. höhere Schulen	3.642	1.541	42,3
Insgesamt		**1,151.417**	**546.979**	**47,5**

Quelle: Statistik Austria 2009

Die geringsten Werte hinsichtlich des weiblichen Anteils weisen die mittleren und höheren vollzeitlichen Schulen im technisch-gewerblichen Bereich auf. Umgekehrt sind in den wirtschaftlichen und sozialberuflichen Schulen die Anteile der männlichen Schüler noch deutlich geringer und liegen dort z.T. unter 10%. Was in der hier gewählten Darstellung, die der Gliederung der Statistik Austria folgt, nicht erkennbar wird ist, dass im breiten Feld der dualen Ausbildung – die wie weiter oben gezeigt wurde den größten Anteil an weiterführender Bildung ausmacht – auch solch deutliche Differenzierungen nach Ausbildungsberufen zu erkennen sind. Das Lehrlingswesen (in der obenstehenden Darstellung durch die BerufsSchüler/innen repräsentiert) lässt nochmals markante Differenzierungen nach Geschlecht erkennen. Es bestehen rund 260 gesetzlich geregelte Ausbildungsberufe. Die jungen Männer und Frauen verteilen sich mehrheitlich jedoch auf eine deutlich geringere Zahl an Lehrberufen und hier wiederum in unterschiedlicher Konzentration. So finden sich rund 48% aller männlichen Lehrlinge in einem der zehn häufigsten Lehnberufe aber rund 70% der weiblichen Lehrlinge. Diese Konzentration beginnt sich über die letzen Jahre hinweg nur langsam zu verringern (vgl. Bergmann, Gutknecht-Gmeiner et al. 2002a; Bergmann, Gutknecht-Gmeiner et al. 2002b).

Abbildung 6: Verteilung der Lehrlinge in den am häufigsten ausgebildeten Lehrberufen nach Geschlecht 2008

Weibliche Lehrlinge		**Männliche Lehrlinge**	
Lehrberuf	Anteil an den weiblichen Lehrlingen insgesamt in %	Lehrberuf	Anteil an den männlichen Lehrlingen insgesamt in %
1. Einzelhandel insgesamt	24,3	1. Kraftfahrzeugtechnik	9,2
2. Bürokauffrau	12,2	2. Installations- und Gebäudetechnik	5,9
3. Friseurin und Perückenmacherin (Stylistin)	11,6	3. Elektroinstallationstechnik	5,4
4. Restaurantfachfrau	4,7	4. Maschinenbautechnik	5,2
5. Köchin	4,1	5. Einzelhandel	5,2
6. Gastronomiefachfrau	3,5	6. Koch	4,1
7. Hotel- und Gastgewerbeassistentin	2,8	7. Tischlerei	4,0
8. Pharmazeutisch-kaufmännische Assistentin	2,5	8. Maurer	3,6
9. Verwaltungsassistentin	2,4	9. Metalltechnik - Metallbearbeitungstechnik	3,4
10. Blumenbinderin und –händlerin (Floristin)	1,8	10. Maler und Anstreicher	2,4
Summe	69,9	Summe	48,4

Quelle: Lehrlingsstatistik 2009, WKO, Stichtag 31.12.2009

Jugendliche mit Migrationshintergrund

Die Schulstatistik lässt anhand von zwei personenbezogenen Merkmalen Rückschlüsse auf eventuellen Migrationshintergrund zu. Einerseits durch die Staatsbürgerschaft und andererseits, der weichere aber wahrscheinlich insgesamt betrachtet dennoch validere Aspekt, jener der nicht-deutschen Umgangssprache – in den allermeisten Fällen gleichbedeutend mit Nicht-Unterrichtssprache. Hier zeigen die Daten zur Partizipation markante Unterschiede nach Schulen und auch Regionen. Bei Migrant/innen scheint – so einzelne Befunde – weniger Unterstützung ihrer Kinder in schulischen Belangen möglich. Gründe dafür werden in den geringeren Ressourcen (niedrigerer Informationsstand bzw. geringere Bildung und Sprachkenntnisse der Elterngeneration, belastende berufliche Tätigkeiten, geringe finanzielle Mittel zur Auslagerung der Unterstützung etwa in Form von Nachhilfe) gesehen. Dem stehen jedoch durchaus höhere Leistungsanforderungen an die Kinder seitens der Eltern mit Migrationshintergrund sowie ein größeres Interesse an schulischen Leistungen gegenüber (vgl. Lachmayr 2005, S. 73; Weiss 2006, S. 34). In Kontakt mit Lehrer/innen sind Migrant/innen-Eltern jedoch seltener. Die Kombination aus geringerer Unterstützung und hoher Erwartung kann für die Kinder belastend wirken (vgl. Wieser u.a. 2008, S. 124) und den Schulerfolg sowie die Partizipation beeinflussen.

Während sich mit einem Anteil von knapp 21% Kinder und Jugendliche in den allgemeinen Pflichtschulen wiederfinden, aber auch innerhalb dieser nicht gleich verteilt (so liegt der Anteil in den Sonderschulen bei über 27%). In der AHS-Unterstufe liegt der Anteil im Vergleich zur Hauptschule um 8% niedriger und in den weiterführenden Ausbildungen insgesamt markant unter dem der Pflichtschulen. Dies ist ein eindeutiger Indikator dafür, dass jene Gruppe an der Schnittstelle überproportional aus dem System aussteigt oder keinen Neueinstieg findet. Am stärksten ist dies – überaschender Weise – bei der stark praktisch orientierten Lehrausbildung zu verzeichnen, wo der Anteil bei vergleichsweise niedrigen 8% liegt gefolgt von den BHSen (10,5%). Den höchsten Anteil im beruflichen Bereich weisen mit 16% die BMSen auf. Aber auch hier sind nach Fachrichtungen weitere Diversifikationen erkennbar, die jedoch hier den Rahmen sprengen würden. Details dazu bietet der nationale Bildungsbericht 2009, Indikator B4 (vgl. Lassnigg&Vogtenhuber 2009).

Abbildung 7: Schüler/innen mit nicht-deutscher Umgangssprache im Schuljahr 2007/08

(ausgewählte) Schultypen		Gesamt	davon mit nicht-deutscher Umgangssprache	Anteil in %
Allgemeinbildende Pflichtschulen insg.		**622.123**	**128.927**	**20,7**
	Volksschulen	337.934	71.992	21,3
	Hauptschulen	249.703	48.956	19,6
	Sonderschulen	13.148	3.576	27,2
	Polytechnische Schulen	21.338	4.403	20,6
AHS insgesamt		**205.442**	**25.602**	**12,5**
	AHS-Unterstufe	117.656	15.596	13,3
	AHS-Oberstufe	87.786	10.006	11,4
Berufsschulen		**136.191**	**11.012**	**8,1**
Berufsbildende mittlere Schulen insges.		**52.003**	**8.361**	**16,1**
Berufsbildende höhere Schulen insges.		**135.658**	**14.226**	**10,5**
Insgesamt		**1,151.417**	**188.128**	**16,3**

Quelle: Statistik Austria 2009

Schichtspezifische Aspekte und Aspiration

Beim Vergleich des Einflusses von primärem (Leistungskompetenz bzw. Schulnoten vermittelt über das kulturelle/soziale Kapital der Eltern bzw. des familiären Umfeldes) und sekundärem Effekt (Einstellungen und Aspiration zu Bildungsverläufen und Leistungsfähigkeit) auf die Bildungsbeteiligung stellt sich heraus, dass der sekundäre soziale Effekt den größeren Beitrag zur Bildungsungleichheit liefert. Es bestehen zwar durchaus Unterschiede in der Leistung zwischen Kindern unterer und oberer Schicht. Allerdings wechseln in Österreich bei gleich guter Leistung weniger Kinder der unteren Schicht in eine allgemeinbildende höhere Schule als Kinder der oberen Schicht (Müller-Benedict 2007, S. 628).

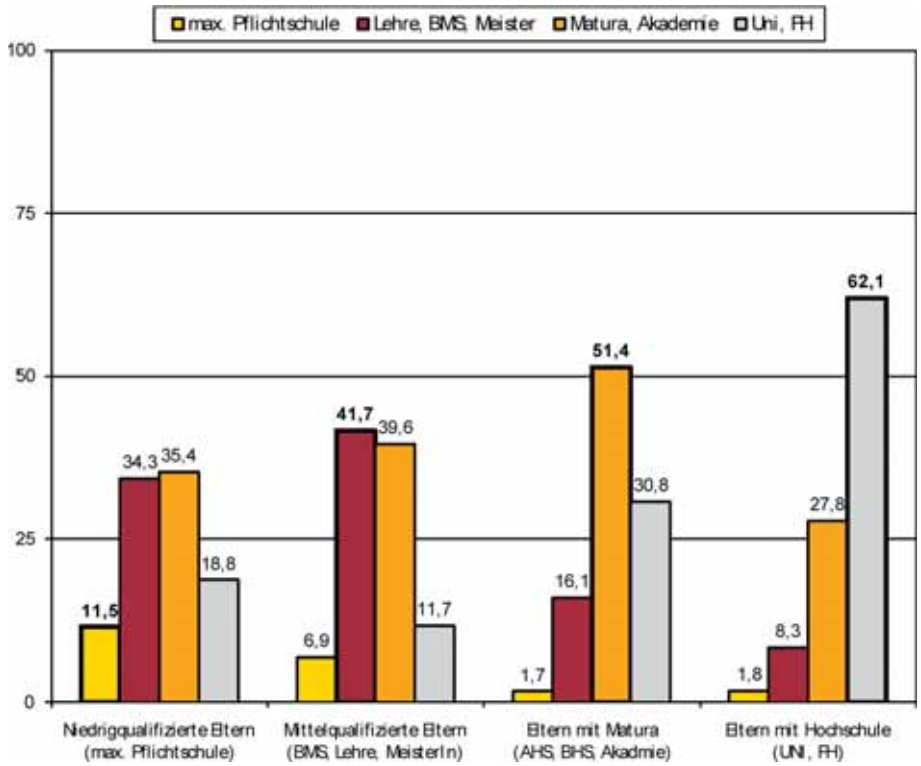
Für die 8. Schulstufe wurde für Österreich in einer Pfadanalyse ein höherer Einfluss der Bildungsaspirationen („Welchen höchsten schulischen Abschluss soll Ihr Kind erreichen") und der aktuell besuchten Schule auf den geplanten Schulbesuch als durch die Schulleistungen nachgewiesen (Bacher, Beham et al. 2008, S. 124). Der Einfluss der darüber indirekt wirkenden schichtspezifischen Bildungswahl ist an der ersten Schnittstelle stärker als an der zweiten (ebd., S. 103) und überwiegt auch den geschlechtsspezifischen Einfluss.

Die Bildungsaspirationen unterscheiden sich je nach eigenem Bildungshintergrund der Eltern erheblich: so steigt etwa der Wunsch, dass das Kind später eine Hochschule besucht, von 14% bei Eltern mit nur Pflichtschulabschluss auf 62% bei Eltern, die selbst eine Hochschule besucht haben. Umgekehrt verhält es sich beim gewünschten Bildungsniveau „Mittlere Qualifikation" (BMS, Lehre). Diese Bildungsaspiration weisen 54% der niedrigqualifizierten Eltern, jedoch nur 9% der Eltern mit Hochschulabschluss auf (Lachmayr& Rothmüller 2009, S. 47). Aus motivationaler Sicht geben Eltern aus niedrigster Schicht häufiger an, die Schulwahl aufgrund der Arbeitsplatzchancen, der einschlägigen Berufsausbildung, des erwarteten Verdienstes, der Dauer und Kosten der Ausbildung und des

Interesses des Kindes zu wählen, als Eltern aus höchster Schicht, welche die Möglichkeit eines Hochschulstudiums, die breit gefächerte Allgemeinbildung und den Ruf der Schule höher für die Wahl der Schule bewerten (Schlögl and Lachmayr 2004, S. 73).

Die Analyse der Bildungsaspiration nach der höchsten formalen Qualifikation der Eltern im Jahr 2008 (vgl. Lachmayr&Rothmüller 2009) bestätigt ältere Ergebnisse aus 2003 (vgl. Schlögl&Lachmayr 2004): Je höher die Bildung im Haushalt, desto wichtiger ist der Statuserhalt. 62% aller befragten Elternhaushalte mit universitärem Abschluss streben einen ebensolchen für ihr Kind an. Bei Haushalten mit Matura als höchste Qualifikation ist der Statuserhalt ebenfalls dominant (51%), der erhoffte Statusausbau durch einen akademischen Abschluss mit 31% deutlich stärker als ein Statusabbau durch einen maximalen mittelqualifizierten Abschluss (16%).

Abbildung 8: Bildungsaspiration 2008 nach formaler Bildung im Haushalt

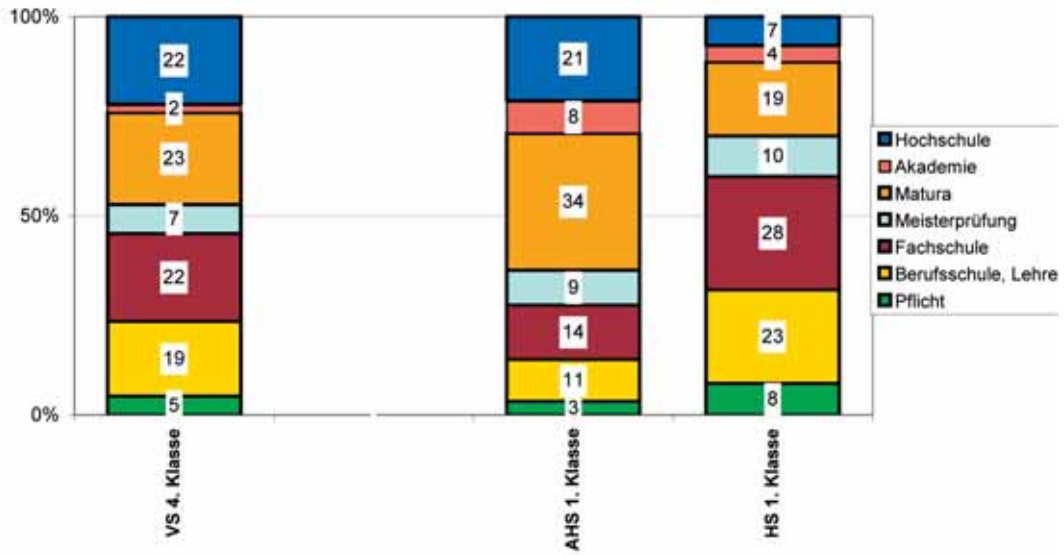


		Niedrigqualifizierte Eltern (max. Pflichtschule)	Mittelqualifizierte Eltern (BMS, Lehre, MeisterIn)	Eltern mit Matura (AHS, BHS, Akademie)	Eltern mit Hochschule (UNI, FH)
Aspiration	max. Pflichtschule	28,6	13,6	3,2	1,6
	Lehre, BMS, Meister	14,3	42,6	10,6	4,8
	Matura, Akademie	33,3	26,6	46,8	21,0
	Uni, FH	23,8	17,2	39,4	72,6
Gesamt		100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: Lachmayr&Rothmüller 2009

Durch empirische Erhebungen und die Analyse der Hintergrunddaten von in den letzen Jahren durchgeführten large-scale-Assessment-Untersuchungen (wie etwa PISA und PIRLS) liegen hinsichtlich des sozio-ökonomischen Hintergrunds der Schüler/innen sowie von Studierenden nunmehr eine Vielzahl von Daten vor, die im Wesentlichen ein einheitliches Bild zeichnen. Beginnend von der ersten Schnittstelle nach der Volksschule zeigen die Schüler/innenpopulationen markante Unterschiede hinsichtlich Bildungshintergrund der Eltern, Region und ökonomischen Parametern. Bereits bei der ersten Schnittstelle zeigt sich eine markante Differenzierung der elterlichen Bildungsstruktur für die beiden möglichen Bildungswege. Weisen in der ersten Klasse Hauptschule beinahe 60% der Eltern als höchste Bildungsressource im Haushalt eine mittlere Qualifikation aus (Pflichtschule, Lehre, BMS) inkl. der Meisterprüfung gar 70% so ist der entsprechende Anteil in der ersten Klasse der AHS mit 37% annähernd nur halb so groß. Umgekehrt das Bild bei höheren Qualifikationen ab Reifeprüfungsniveau. So geben in der Hauptschule 30% der Elternhaushalte diese Abschlüsse an, in der AHS beinahe ein Drittel (63%). Der Anteil der Eltern mit postsekundärer Ausbildung ist mit 29% mehr als 2,5mal so hoch wie in der Hauptschuleinstiegsklasse.

Abbildung 9: Höchste formale Bildung im elterlichen Haushalt, erste Schnittstelle



Höchste Bildung Haushalt	VS 4. Klasse	AHS 1. Klasse	HS 1. Klasse
Pflichtschule	4,7	3,4	8,0
Berufsschule, Lehre	18,8	10,5	23,5
Fachschule	22,0	13,6	28,4
Meisterprüfung	7,3	8,8	10,2
Reifeprüfung	23,0	34,4	18,6
Akademie	2,1	8,2	4,2
Hochschule	22,0	21,1	7,2
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Quelle: Eigenerhebung öibf 2003

Für die zweite Schnittstelle lässt sich ein differenziertes Bild zeichnen. Findet sich in der fünften Klasse AHS vergleichsweise ein ähnliches Bild wie in den Einstiegsklassen der AHS (allerdings mit Zuwächsen bei den hochschulischen Abschlüssen) ist für die berufs(vor)bildenden Wege Dreifaches auszusagen. Zunächst erkennt man durchgängig einen relativ gesehen niedrigen Anteil an postsekundären Abschlüssen mit rd. 10%. Zweitens liegen bei den Reifeprüfungen die berufsbildenden Vollzeitschulen mit rd. einem Fünftel vor Polytechnischer Schule und auch Berufsschule und zwar um das Zwei- bis Dreifache. Und drittens unterscheidet sich die Qualifikationsstruktur im mittleren Qualifikationsspektrum graduell von BHS über BMS, BS und Polytechnischer Schule mit stetig steigender Formalqualifikation.

Abbildung 10: Höchste formale Bildung im elterlichen Haushalt, zweite Schnittstelle

Höchste Bildung Haushalt	AHS 4. Klasse	HS 4. Kasse	AHS 5. Klasse	BHS 1. Klasse	BMS 1. Klasse	Poly-technische Schule	Berufs-schule
Pflichtschule	1,8	11,2	2,1	4,3	5,7	16,9	12,6
Berufsschule, Lehre	9,3	26,2	14,5	19,9	27,2	36,5	33,2
Fachschule	17,8	28,3	12,8	28,1	28,4	16,4	25,6
Meisterprüfung	10,2	10,3	8,9	15,6	10,3	11,9	14,1
Reifeprüfung	29,8	14,2	26,4	22,1	21,1	11,9	6,5
Akademie	6,7	4,7	6,8	6,5	4,6	3,2	4,0
Hochschule	24,4	5,2	28,5	3,5	2,7	3,2	4,0
Gesamt	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**

Quelle: Eigenerhebung öibf 2003

In einer 2008 durchgeführten Follow-up Erhebung des öibf zu den hier präsentierten Daten mit gleichlautender Fragestellung erbrachte bei vergrößerter Stichprobe von 5.163 Elternhaushalten nahezu idente Befunde zu schicht- bzw. bildungsstatusbezogenen Verteilungen in den österreichischen Schulen[5].

Besonders relevant erscheint es, dass diese Segregation nicht vollständig durch die Ergebnisse der schulischen Noten bzw. Leistungstestungen in den internationalen Vergleichsstudien erklärt werden können (primärer Schichteffekt). So kann die Analyse auf Schulebene des – sicherlich zentralen Kompetenzbereichs Lesekompetenz – die Übertritte von der Volksschule in die weiteren Schulformen nicht mit ausreichender Wahrscheinlichkeit vorhersagen. Andererseits lässt sich die Übertrittsquote in die AHS entscheidend durch die räumliche Lage der Schule (Stadt-Land), Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund, mittleres Niveau der familiären Bildungsressourcen sowie den Anteil an Kindern mit zumindest einem Elternteil mit Reifeprüfung (Matura) – jeweils am Schulstandort – erklären und widerspricht damit im Grunde dem in den Unterrichtsgesetzen vorgesehenen individuellen Leistungsprinzip (Schreiner 2009, S. 151), denn die Volksschule erstellt die Diagnose über die AHS-Reife der einzelnen Schüler/innen. Besonders brisant ist dies neben dem normativen Problem, da – wie schon weiter oben angesprochen – Bildungswege in Österreich nur zu einem geringen Anteil bei späteren Bildungswegentscheidungen revidiert werden und von einer vorherrschenden Versäulung gesprochen werden kann.

[5] Die diesbezüglichen Daten sind jedoch seitens des Auftraggebers noch nicht freigegeben.

6. Bildungsgerechtigkeit als Ergebnis oder als Anspruch

Die identifizierte relative Festlegung auf gewisse Bildungspfade durch auferlegte frühe Bildungswegentscheidungen wirft zahlreiche Fragen auf. In der bildungspolitischen Diskussion widerstreiten – ohne hier eine systematische Analyse anbieten zu können (vgl. hierzu für Deutschland etwa Stojanov 2008) – zwei grundlegende Positionierungen zur Bildungsgerechtigkeit. Einerseits soll die leistungsdiagnostische Kompetenz des Schulsystems sowie individuelle Motive (vorwiegend Interesse) die frühe Allokation (im Sinne von Leistungsgerechtigkeit) begründen, andererseits werden zunehmend empirisch fundiert, nicht schul(leistungs)spezifische Merkmale der Segregation als Gegenargument für zu viele und zu frühe Schnittstellen ins Treffen geführt. In diesem Sinne wird die Problematik vorrangig im Zusammenhang mit Verteilungsgerechtigkeit thematisiert, also dass Kinder und Jugendliche unterschiedliche Bedingungen der Entwicklung ihrer Potenziale vorfinden und so Diskriminierung erfolge sowie individuelle und gesellschaftliche Chancen vertan würden. Deshalb rücken je nach gesellschaftspolitischer Position Fördermodelle einerseits und Hoffnungen auf verbesserte, verlässlichere diagnostische Instrumente oder Verfahren andererseits ins Blickfeld, eben um allen gerecht zu werden (dieser Gerechtigkeitsbegriff hat in der nationalen Tradition hohen Stellenwert vgl. etwa Kehlsen 1953/2000, S. 34). Allein im Zusammenhang mit dem Nachholen des Pflichtschulabschlusses oder bei Alphabetisierungsmaßnahmen für Erwachsene treten oftmals noch Fragen der Teilhabegerechtigkeit im Sinne von Grundkompetenzen als Grundlage von gesellschaftlicher Partizipation in den Vordergrund. Stärker normative, positivrechtliche Ansätze der Anerkennungsgerechtigkeit, wie etwa der Menschenrechts- oder Grundrechtsansatz finden sich in den Mainstream-Diskussionen weniger häufig, und dann zumeist im Zusammenhang mit Frauenförderung oder der Zugangsmöglichkeit für Menschen mit Behinderung.

7. Empfehlungen

- Die große Vielfalt und regionale Unterschiede der unterschiedlichen Schulformen, Typen und Standortprofile führen zu Unübersichtlichkeit und Desorientierung. Künftig wäre zu prüfen inwiefern innere Differenzierungen von Bildungsgängen unter Wahrung eines einheitlichen und breit akzeptierten Kerncurriculums grundsätzlich mit allen Schulstufen (Primar-, untere und obere Sekundarstufe) die gleichen Berechtigungen und Zugangsmöglichkeiten vergeben werden könnten. Dies würde die Mobilität und faktische Durchlässigkeit an den Schnittstellen erhöhen und helfen, Revidierungen von zunächst eingeschlagenen Bildungspfaden erleichtern.
- Der gelebten Praxis von voranschreitender äußerer Differenzierung von Bildungswegen steht seit einigen Jahren eine – zumindest im schulischen Bereich – zunehmend intensiv geführte Diskussion um innere Differenzierung zumeist anhand der Begriffe Individualisierung des Unterrichts und Förderung unterschiedlicher Potenziale im unterrichtlichen Alltag gegenüber. Vor dem Hintergrund knapper Ressourcen wäre zunehmend eine Intensivierung der inneren Differenzierung angezeigt unter gleichzeitiger Rücknahme der äußeren Differenzierung von Bildungswegen. So könnten verstärkt Potenziale von Jugendlichen entwickelt, und nicht durch hohe Selektivität und mangelnde Durchlässigkeit an den Schnittstellen vergeudet werden.

- Trotz zunehmend verbesserter Datenlage hinsichtlich von Bildungsverläufen und Bildungsströmen zeigen sich noch weitere statistische bzw. datentechnische Verbesserungsbedarfe insbesondere was die Out-of-school-Population sowie die Drop outs betrifft.
- Erstmals ist es in Österreich im nationalen Bildungsbericht 2009 gelungen, realisierte Zugänge zu Bildungsangeboten nach soziodemografischen Merkmalen der Schüler/innen und deren Eltern als Indikator für Qualität eines Bildungssystems zu etablieren. Ein nächster logischer Schritt muss es sein, diese Befunde mit systematischen Mechanismen der Ressourcenverteilung und anderer politischer Interventionen zu verknüpfen, um sektorspezifisch und standortorientiert das Aufnahmeverhalten der Einrichtungen bewusst und gezielt zu organisieren und dabei konsequent Prinzipien des Diversity-Managements zur Anwendung zu bringen.
- In unserem Bildungssystem und in der Öffentlichkeit wird schulisches Versagen überwiegend auf Minderleistung oder Versagen des lernenden Individuums zurückgeführt. Die Drop-out-Problematik stellt aber vielmehr ein strukturelles Problem des Nicht-Erreichens von gemeinsam vereinbarten Zielen von Lernenden und Bildungseinrichtungen dar und erzeugt erhebliche individuelle und gesellschaftliche Kosten. Dem Phänomen wäre deshalb mit pädagogisch-didaktischen Konzepten in den Bildungseinrichtungen und mit attraktiven Alternativen – etwa in der außerschulischen Jugendarbeit – zu begegnen. Hilfreich wäre neben dieser Abkehr von der „Versagens"-Metapher hin zu einer Feststellung von erworbenen Kompetenzen auch bei vorzeitigem Ausscheiden aus Bildungsprogrammen Rechnung zu tragen. Damit könnten Abgänger/innen mit einem fachlich begründeten Befund gestattet werden, was sie gelernt haben und so motivational und auch hinsichtlich von Anküpfungspunkten für weiteres oder späteres Lernen ein Grundstein gelegt werden. Aktuell steht der defizitäre Charakter des negativen Abschlusszeugnisses zu stark im Vordergrund.
- Lernen und Kompetenzentwicklung findet in allen Lebenszusammenhängen statt. Die aktuelle Datenlage suggeriert, dass die überwiegend in Form von Unterricht und formaler Bildung statt finden würde. Dies täuscht darüber hinweg, dass die aktuellen Feststellungs- und Beurteilungsprinzipien und verfahren des formalen Systems in nur geringem Ausmaß auf valide Instrumente und Methoden Lernergebnisfeststellung zurückgreifen können. Insofern sollten dahingehend sektorenübergreifende Verfahren und Methoden der Identifikation, Feststellung und Messung von Lernergebnissen ausverhandelt werden, die abgekoppelt vom Lernort (Schule, Freizeit, Betrieb, …) allein auf die Handlungskompetenz abstellen. Dies würde auch eine Grundlage für verbesserte Anerkennung individueller Kompetenzen befördern. Entsprechende Forschung sollte diese Entwicklungen vorbereiten und begleiten.
- Hinsichtlich des Befunds, dass nichtformale und informelle Lernarrangements aktuell nicht das Systemprivileg als Anerkennungs- oder Beglaubigungsinstanzen von Lernergebnisse genießen, gilt es künftig hin allgemein akzeptierte Validierungsstrukturen zu implementieren. Dadurch könnten Lernergebnisse unabhängig vom Lernweg der eingeschlagen wurde, mit gleichem gesellschaftlichem Gewicht versehen werden. Dies sollte idealer Weise in einem sektorenübergreifenden Modell realisiert werden.

Literatur

Bacher, J. (2007): Effekte von Gesamtschulsystemen auf Testleistungen und Chancengleichheit, WISO – Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift des Instituts für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften Vol. 30, (Nummer 2), 16-34

Bacher, J. / Stelzer-Orthofer C. (2008): Schulsysteme, Wohlfahrtsstaatswelten und schulische Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, In: Leibetseder, B./Weidenholzer, J. (Hg.): Integration ist gestaltbar, Wien: Braumüller, 65-93

Bacher, J./Beham, M. u.a. (Hg.) (2008): Geschlechterunterschiede in der Bildungswahl, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Bacher, J./Leitgöb H. (2009). Testleistungen und Chancengleichheit im internationalen Vergleich, PISA2006. Österreichischer Expertenbericht zum Naturwissenschaftsschwerpunkt, Schreiner C./Schwantner U. (Hg.), Graz: Leykam, 195-206

Bergmann, N./Gutknecht-Gmeiner, M. u.a. (2002a): Berufsorientierung und Berufseinstieg von Mädchen in einen geteilten Arbeitsmarkt – Empirische Erhebungen zum Berufswahlprozess von Mädchen, Band I der Studie Berufsorientierung und Berufseinstieg von Mädchen in einen geteilten Arbeitsmarkt, Wien: L&R Social Research

Bergmann, N./Gutknecht-Gmeiner, M. u.a. (2002b): Geteilte (Aus-)Bildung und geteilter Arbeitsmarkt in Fakten und Daten, Band II der Studie Berufsorientierung und Berufseinstieg von Mädchen in einen geteilten Arbeitsmarkt, Wien: L&R Social Research

Budde, J./Scholand, B. u.a. (2008): Geschlechtergerechtigkeit in der Schule. Eine Studie zu Chancen, Blockaden und Perspektiven einer gender-sensiblen Schulkultur, Weinheim: Juventa

Chisholm, L. (2008): Das Lernkontinuum und Kompetenzorientierung: neue Schnittmengen zwischen der allgemeinen und der beruflichen Bildung, Berufs- und Wirtschaftspädagogik Online bwp@ spezial 3 Berufs- und Wirtschaftspädagogik in Österreich. Oder: Wer „macht" die berufliche Bildung in AT?

Dewey, J. (1916/1980): Democracy and Education, Carbondale: Southern Illinois University Press

Dewey, J., (Hg.) (1966): Lectures in the Philosophy of Education >1899<, New York: Random House

Dornmayr, H/Schlögl, P. u.a. (2006): Benachteiligte Jugendliche: Jugendliche ohne Berufsausbildung, AMS Österreich: Wien

Europäische Kommission (Hg) (2001): Mitteilung der Kommission: Einen europäischen Raum des Lebenslangen Lernens schaffen. Luxemburg

Fassmann, H. (2002): Räumliche Disparitäten im österreichischen Schulsystem, ÖROK, Wien

Gomolla, M. (2006): Fördern und Fordern allein genügt nicht! Mechanismen institutioneller Diskriminierung von Migrantenkindern und -jugendlichen im deutschen Schulsystem, In. Auernheimer, G. (Hg.) Schieflagen im Bildungssystem. Die Benachteiligung der Migrantenkinder, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 87-102

Gutknecht-Gmeiner, M/Lachmayr, N. u.a. (2007): Profilbildung in der Sekundarstufe. Bundesweite Erhebungen und Befragung von Schulleitungen. Wien: Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung

Kehlsen, H. (1953/2000): Was ist Gerechtigkeit? Stuttgart: Reclam

Lachmayr, N. (2005): Migrationshintergrund und soziale Selektion beim Bildungszugang, In: berufsbildung: Zeitschrift für Praxis und Theorie in Betrieb und Schule, September 2005, 59. Jg., Nr. 94/95, 73-74

Lachmayr, N./Rothmüller, B. (2009): Bundesweite Erhebung zur sozialen Situation von Bildungswegentscheidungen. Follow-Up-Erhebung 2008. Wien: ÖIBF

Lassnigg, L. /Vogtenhuber, S. (2009): Schüler/innen mit Migrationshintergrund in öffentlichen und privaten Schulen nach Schultyp, In: Specht, W. (Hg.): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009, Graz: Leykam, 40-41

Müller-Benedict, V. (2007): Wodurch kann die soziale Ungleichheit des Schulerfolgs am stärksten verringert werden? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg. 59(4), 615-639

OECD (Hg.) (2008): Education at a Glance 2008, Paris: OECD

OECD (Hg.) (2009): Education at a Glance 2009. OECD Indicators, Paris: OECD

Oswald, F. /Weilguny, W.M. (2005): Schulentwicklung durch Begabungs- und Begabtenförderung. Impuls zu einer begabungsfreundlichen Lernkultur, Salzburg: Österreichisches Zentrum für Begabtenförderung und Begabungsforschung

Reuel, G. (2003): Berufswahl – Blindprobe oder Probehandeln? online verfügbar: http://www.sowi-online.de/reader/berufsorientierung/akteure-gatwu.htm [2.9.2009]

Schlögl, P. (2000): Maßnahmen und Initiativen im Zusammenhang mit der Situation am Lehrstellenmarkt, Erziehung und Unterricht 9-10/00, 1116-1122

Schlögl, P. /Lachmayr, N. (2004): Soziale Situation beim Bildungszugang. Motive und Hintergründe von Bildungswegentscheidungen in Österreich. Wien: ÖIBF

Schlögl, P. /Lachmayr, N. (2005): Chancengleichheit und Bildungswegentscheidung: Empirische Befunde zur Ungleichheit beim Bildungszugang, WISO – Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift des ISW 1/2005, 139-154

Schmid, Kurt (2003): Regionale Bildungsströme in Österreich. ibw-research brief 03. Wien: ibw, online: www.ibw.at/html/rb/pdf/schm_099_03_rb.pdf [12.4.2010]

Schreiner, C. (2009): Schulwegentscheidungen und schulischer sowie familiärer Hintergrund. In: Specht W. (Hg.): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009, Band 1, Graz: Leykam. 150-151

Statistik Austria (2008): Bildung in Zahlen 2006/07. Schlüsselindikatoren und Analysen. Wien. online: http://www.statistik.at/web_de/dynamic/services/publikationen/5/publdetail?id=5& listid=5&detail=461 [12.4.2010]

Statistik Austria (Hg.) (2009): Bildung in Zahlen 2007/08, Schlüsselindikatoren und Analysen, Wien

Steiner, M. (2005): Dropout und Übergangsprobleme. Ausmaß und soziale Merkmale von Bildungsabbrechern und Jugendlichen mit Einstiegsproblemen in die Berufstätigkeit, Wien: Institut für Höhere Studien

Steiner, M. (2009): Drop-outs und AbbrecherInnen im Schulsystem. Definitionen, Monitoring und Datenbasen, Wien: Institut für Höhere Studien

Steiner, M. /Steiner, P. M. (2006): Bildungsabbruch und Beschäftigungseintritt. Ausmaß und soziale Merkmale jugendlicher Problemgruppen, Wien: Institut für Höhere Studien

Stojanov, K. (2008): Die Kategorie der Bildungsgerechtigkeit in der bildungspolitischen Diskussion nach PISA. Eine exemplarische Untersuchung, Zeitschrift für Qualitative Forschung 9. Jg.(Heft 1-2), 209-230

Weiss, H. (2006): Bildungswege der zweiten Generation in Österreich. In: Herzog-Punzenberger, Barbara (Hg.) Bildungsbe/nach/teiligung in Österreich und im internationalen Vergleich. KMI Working Paper 10/2006. S.27-39. online: http://www.oeaw.ac.at/kmi/Bilder/kmi_WP10.pdf [12.4.2010]

Wieser, R./Dornmayr, H. u.a. (2008): Bildungs- und Berufsberatung für Jugendliche mit Migrationshintergund gegen Ende der Schulpflicht, Wien: AMS

Wintersteller, A. (2009): Bildungsströme an den Schnittstellen des österreichischen Schulsystems. In: Specht W. (Hg.): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009, Band 1, Graz: Leykam, 56-59

DER AUTOR:

Mag. **Peter Schlögl**, Studium der Philosophie und Biologie an der Universität Wien, Diplom, geschäftsführender Institutsleiter Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung (öbif). Inhaltliche Schwerpunkte: Lebenslanges Lernen, Bildungswegentscheidung, professionelle Beratungsdienste im Bildungswesen und Qualität im Bildungswesen. Peter Schlögel ist u.a. Mitglied des Österreichisches Fachhochschulrates und hält Lehrveranstaltungen an den Universitäten Innsbruck (Inst. für Erziehungswissenschaften) und Linz (Abt. für Wirtschaftspädagogik)

3.3 Bildungsferne Jugendliche

Karl Niederberger

1. Definition

Das IBE – Institut für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung an der Universität Linz – wurde im Frühjahr 2008 von der Arbeiterkammer Oberösterreich mit der einer schriftlichen Befragung oberösterreichischer Jugendlicher beauftragt. Schwerpunkt der Untersuchung ist/war die Frage, welche Faktoren dazu führen, dass Jugendliche bildungsfern werden. Statt des Begriffes „bildungsferne Jugendliche" werden in vielen Studien auch die Begriffe „Early School Leavings", „frühe Abbrecher/innen" und auch „Drop-outs" verwendet. Die Definition in der vorliegenden Studie lautet: Als bildungsferne Jugendliche gelten Jugendliche im Alter zwischen 15 und 24 Jahren, die als abgeschlossene Ausbildung höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen und sich in keiner formalen weiterführenden Ausbildung befinden. Demnach gelten bei folgenden Ergebnissen alle jene Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren, auf die diese Beschreibung nicht zutrifft, als „bildungsnah". Diese Definition orientiert sich am formalen Bildungsabschluss, da dieser abfragbar und auswertbar erscheint.

2. Forschungsfragen

Im Vorfeld der Befragung wurden von der Universität Linz im Zuge eines sozialwissenschaftlichen Forschungspraktikums Tiefeninterviews mit bildungsfernen Jugendlichen durchgeführt. Die Erkenntnisse aus diesen qualitativen Befragungen und die Ergebnisse bereits vorliegender anderer Studien im Themenfeld bilungsferne bzw. bildungsbenachteiligte Jugendliche (u.a. Bergmann/ Putz/ Wieser, 2001; Dornmayr/ Henkel/ Schlögl/ Schneeberger/ Wieser, 2006; Steiner/ Wagner, 2007) stellten die Basis zur Erstellung der Forschungsfragen und der Fragebogenkonstruktion am IBE dar. Der Fragebogen umfasste 8 Seiten, 50 Fragen und (aufgrund von Fragebatterien und Mehrfachantwortensets) 230 Items. Als wesentliche, zentrale Forschungsfrage wurde formuliert:

- Welche Faktoren erhöhen das Risiko, bildungsfern zu werden?

In zweiter Linie sollen anhand dieser Studie folgende Forschungsfragen beantwortet werden:

- Üben Geschlecht, Alter, Muttersprache, Regionalität und Bildungsniveau der Eltern (als Indikator für sozioökonomischen Status/ soziale Herkunft) einen Einfluss auf dieses Risiko aus?
- Welche Indikatoren der Ausbildungsvergangenheit erhöhen das Risiko, bildungsfern zu werden?
- Wie unterscheiden sich Ausbildungspläne und -perspektiven von bildungsfernen und bildungsnahen Jugendlichen?
- Wie wirkt sich Bildungsferne auf die berufliche Situation und Arbeitslosigkeit aus?
- Übt Bildungsferne einen Einfluss auf die allgemeine Lebenszufriedenheit aus?
- Welche beruflichen Erwartungen haben bildungsferne Jugendliche?
- Unterscheidet sich das soziale Umfeld von bildungsfernen zu bildungsnahen Jugendlichen und wenn ja, wie?

- Verhalten sich bildungsferne Jugendliche anders als bildungsnahe Jugendliche? Über welche Kanäle informieren sie sich, wie treffen sie Entscheidungen und wie gestalten sie ihre Freizeit?
- Unterscheiden sich die Wertehaltungen von bildungsfernen Jugendlichen zu bildungsnahen Jugendlichen und üben diese Wertehaltungen einen Einfluss auf das bildungsferne Risiko aus?

3. Stichprobe

Mithilfe einer geschichteten Stichprobe aus der Mitgliederdatenbank der Arbeiterkammer Oberösterreich und dem Adressenmaterial von 15- bis 24-jährigen Jugendlichen, die beim Arbeitsmarktservice Oberösterreich gemeldet sind und über höchstens Pflichtschulabschluss verfügen, wurden am 7. März 2008 insgesamt 13.826 Fragebögen an oberösterreichische Jugendliche versandt. Die Grundgesamtheit setzt sich aus 15- bis 24-jährigen Jugendlichen zusammen, die nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Sie umfasst also 15- bis 24-jährige Jugendliche, die auch durchschnittliches oder hohes Bildungsniveau aufweisen. Diese umfassende Betrachtungsweise wurde gewählt, um die Zielgruppe der bildungsfernen Jugendlichen im Kontrast zu anderen Jugendlichen darstellen zu können. Zum anderen können nur so Einflussgrößen auf das unterschiedliche Bildungsverhalten objektiv determiniert werden.

Der Befragungszeitraum betrug drei Wochen. Insgesamt standen nach Ende des Befragungszeitraums 1.343 auswertbare Fragebögen zur Verfügung (10% Rücklaufquote), von denen 384 als Bögen bildungsferner Jugendlicher gelten. Bildungsferne erscheinen in dieser Studie mit 29% des Gesamtrücklaufs bewusst überrepräsentiert, um Vergleiche zu Bildungsnahen statistisch bewerkstelligen zu können. Zum Vergleich: Im nationalen Bildungsbericht Österreich 2009 wird auf eine Quote von 11% Jugendlicher im Alter zwischen 18 und 24 Jahren verwiesen, die im Jahr 2007 ohne ausreichende Minimalqualifikation das Bildungssystem verlassen hatten. Die vorliegende Stichprobe dient also nicht einer Bildungserhebung, sondern der Analyse divergierenden Verhaltens von bildungsfernen und bildungsnahen Jugendlichen.

Abbildung 1: Demografische Merkmale Rücklauf

Demographische Verteilung n=1.343			
Geschlecht n=1331	Weiblich		Männlich
Absolute Werte	831		500
In Prozent	62		38
Alter n=1321	Unter 20		20 bis 24
Absolute Werte	618		703
In Prozent	47		53
Muttersprache n=1320	Deutsch		Nicht-Deutsch
Absolute Werte	1143		177
In Prozent	87		13
Wohnort n=1268	Urban		Rural
Absolute Werte	246		1022
In Prozent	20		80
Soziale Herkunft n=1273	Niedrig	Mittel	Hoch
Absolute Werte	166	840	267
In Prozent	13	66	21

In der Stichprobe finden sich 831 weibliche Jugendliche (62%). Die Altersverteilung erscheint mit 53% unter 20-Jähriger und 47% Jugendlicher zwischen 20 und 24 Jahren relativ ausgewogen.

177 Personen (13%) gaben an, dass ihre Muttersprache nicht Deutsch ist. 79 Personen führten als Muttersprache Sprachen aus dem ehemaligen Jugoslawien an (Albanisch, Bosnisch, Kroatisch, Serbisch, Serbokroatisch), 50 Personen sprechen Türkisch und 38 Personen gaben Sprachen aus Ländern des ehemaligen Ostblocks (28), Asiens (8) und Afrikas (2) an. Weiters wurden Englisch (7), Französisch (2) und Spanisch (1) als Muttersprachen genannt.

Die Befragung fand in Oberösterreich statt. Erhoben wurde der Wohnortbezirk und der Arbeitsortbezirk sowie die Größe des Wohnortes (3 Kategorien: bis 3.000; 3.000 bis 30.000; über 30.000 Einwohner). In der Folge wird Bezug nehmend auf die Wohnregion zwischen urban (> 30.000 Einwohn-er/innen, 20% der Stichprobe) und rural (< 30.000 Einwohner/innen; 80% der Stichprobe) unterschieden.

Der sozioökonomische Status bzw. die soziale Herkunft wird mittels Bildungsniveau der Eltern dargestellt. Es wurde sowohl die höchste abgeschlossene Ausbildung der Mutter als auch des Vaters abgefragt. Verfügen beide über höchstens Pflichtschulabschluss, so wird von niedrigem Bildungsniveau der Eltern gesprochen (13% der Stichprobe). Weist mindestens ein Elternteil mindestens Maturaniveau auf, dann drückt das hohes Bildungsniveau aus (21%), und die Komplementärmenge zu diesen beiden Kategorien stellt mittleres Bildungsniveau der Eltern dar (66%).

4. Beantwortung der Forschungsfragen

Insgesamt reiht sich die für oberösterreichische Jugendliche durchgeführte Studie des IBE gut in die bereits bestehenden Forschungsbefunde (Bergmann/ Putz/ Wieser, 2001; Dornmayr/ Henkel/ Schlögl/ Schneeberger/ Wieser, 2006; Steiner/ Wagner, 2007) ein. Die Innovationskraft der IBE-Studie liegt darin, dass die Prüfung der Zusammenhänge und Einflussfaktoren auf das Risiko der Bildungsferne in einer bislang nicht verfügbaren Größenordnung (384 Datensätze von bildungsfernen Jugendlichen) vorgenommen werden konnte. Die bislang in vielen Studien als relevant eingestuften Faktoren konnten durch die IBE-Studie auf einer breiten empirischen Basis bestätigt und ergänzt werden. Daneben wurden weitere Zusammenhänge statistisch messbar und tiefergehender analysiert.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die soziodemographischen Merkmale Muttersprache, Bildungsniveau der Eltern und Wohnregion der Jugendlichen einen entscheidenden Einfluss auf das Bildungsverhalten der Jugendlichen ausüben. Diese Merkmale und auch das Bildungsverhalten stehen in engem Zusammenhang mit der Freizeitgestaltung, der Art der Informationsbeschaffung, dem Entscheidungsverhalten und dem Ausmaß der Unterstützung von Freunden und Angehörigen, die Jugendliche erfahren. Wesentlich erhöht wird das Risiko, bildungsfern zu werden, wenn Jugendliche ihre Wunschausbildung nicht ergreifen können und ihre Ausbildung abbrechen. Auch lässt sich zeigen, dass bildungsferne Jugendliche mit allen Aspekten des täglichen Lebens signifikant unzufriedener sind als bildungsnahe Jugendliche.

Üben Geschlecht, Alter, Muttersprache, Regionalität und Bildungsniveau der Eltern einen Einfluss auf das Risiko aus, bildungsfern zu werden aus?

Das Geschlecht spielt als beruflicher Prägungsfaktor eine entscheidende Rolle. Die Vor- und Nachteile des jeweiligen Geschlechts gleichen sich allerdings in Bezug auf das Risiko, bildungsfern zu werden, aus: Während Burschen über die Vorteile verfügen, leichter ihren Wunschberuf ergreifen zu können, seltener in Kleinbetrieben tätig zu sein, seltener emotional zu entscheiden, mehr Sport zu betreiben und häufiger in Vereinen engagiert zu sein, gleichen Mädchen das durch bessere Schulnoten, weniger spontane Entscheidungen und häufigere Nutzung aktiver Informationskanäle (Lesen und Freunde) aus.

Das Alter spielt hinsichtlich des Risikos, bildungsfern zu werden, eine untergeordnete Rolle. Die Muttersprache gilt als wesentlicher Einflussfaktor auf das Risiko, bildungsfern zu werden. Jugendliche mit nicht-deutscher Muttersprache sind im urbanen Raum überrepräsentiert und ihre Eltern verfügen dreimal so häufig über niedriges Bildungsniveau. Sie erfahren signifikant weniger Unterstützung bei Berufsorientierung und Bildungsberatung und sind bei der Lehrstellensuche stark benachteiligt. Ausbildungen werden überwiegend aus finanziellen Gründen abgebrochen.

Die Regionalität kann hier in dieser Studie als signifikanter Einflussfaktor auf das Risiko, bildungsfern zu werden, ausgewiesen werden, und zwar unabhängig vom Migrationshintergrund. Denn auch Jugendliche mit deutscher Muttersprache weisen in der Stadt ein 1,7-fach so hohes Risiko auf, bildungsfern zu werden, als Jugendliche mit deutscher Muttersprache am Land. Jugendliche in der Stadt haben signifikant mehr Schwierigkeiten mit Lehrer/innen, liefern schlechtere Schulnoten und empfinden die Lerninhalte langweiliger und uninteressanter als Jugendliche vom Lande. Inwiefern das mit der erhöhten

Reizüberflutung in Städten oder mit einer eventuellen mangelnden Qualität städtischer Schulen zu tun hat, kann diese Studie nicht klären. Die Chance für höhere Ausbildungen erscheint in Städten größer. Gleichzeitig stellt sich aber auch das Risiko, bildungsfern zu werden, höher dar. Die große Breite an mittlerem Bildungsniveau im ruralen Bereich mindert einerseits das Risiko, bildungsfern zu werden und verringert andererseits die Chancen für Ausbildungen im tertiären Bereich. Weiterführende Forschungsarbeit scheint hier notwendig. Bemerkenswert ist diese städtische Benachteiligung auch insofern, da das durchschnittliche Bildungsniveau der Eltern in Städten signifikant höher erscheint als am Lande.

Denn das Bildungsniveau der Eltern spielt in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle. Jugendliche, deren Eltern über höchstens Pflichtschulabschluss verfügen, weisen ein doppelt so hohes Risiko auf, bildungsfern zu werden, als Jugendliche, wo zumindest ein Elternteil über mindestens Maturaniveau verfügt. Kinder von Eltern mit niedrigem Bildungsniveau haben signifikant häufiger Prüfungsangst, können seltener ihren Wunschberuf ergreifen, erhalten signifikant weniger finanzielle Zuwendungen von ihren Eltern und geben häufiger an, dass sie aus finanziellen Gründen keine weiterführenden Ausbildungen ergreifen. Sie betreiben weniger Sport als Jugendliche von Eltern mit mittlerem oder hohem Bildungsniveau. Auch die Studie „Dropoutstrategie" des IHS (Steiner/ Wagner 2007, 8) zeigte diesen starken Einfluss der sozialen Herkunft bzw. der soziodemographischen Merkmale auf das Bildungsfernen- bzw. Dropoutrisiko deutlich auf.

Welche Indikatoren der Ausbildungsvergangenheit erhöhen das Risiko, bildungsfern zu werden?

Nicht die Möglichkeit vorzufinden seinen Wunschberuf zu ergreifen, kann als wesentlicher Angelpunkt angesehen werden, dass Berufskarrieren „schief laufen". Bedingt durch Prüfungsangst und Lernschwierigkeiten, werden schlechte Schulnoten geliefert, die wiederum den Traum vom Wunschberuf oft platzen lassen. In der Folge müssen Berufe und Ausbildungen ergriffen werden, die nicht dem Wunsch entsprechen und daher das Abbruch- bzw. Dropout-Risiko erhöhen. Und eben Ausbildungsabbrüche können als der stärkste Einflussfaktor auf das Risiko, bildungsfern zu werden, angesehen werden. Bemerkenswert erscheint, dass Ausbildungsabbrüche unabhängig vom Geschlecht, der Muttersprache und dem Bildungsniveau der Eltern passieren. Lediglich im urbanen Raum passieren Ausbildungsabbrüche 1,5-mal so häufig wie am Lande.

Wie unterscheiden sich Ausbildungspläne und -perspektiven von bildungsfernen und bildungsnahen Jugendlichen?

Mehr als die Hälfte der antwortenden Jugendlichen planen einen formellen Bildungsabschluss. Dies gilt sowohl für Bildungsnahe als auch für Bildungsferne. Der höchste Anteil an Jugendlichen, die einen formellen Schulabschluss planen, findet sich bei Bildungsnahen mit Migrationshintergrund und der geringste Anteil bei Bildungsfernen aus dem urbanen Raum mit deutscher Muttersprache. Die Studie „Benachteiligte Jugendliche – Jugendliche ohne Berufsausbildung" des IBW (Dornmayr et al 2006) weist desweiteren nach, dass sich über 2/3 der bildungsfernen Jugendlichen aktiv um eine Erhöhung ihres Qualifikationsniveaus bemühen.

Wir wirkt sich Bildungsferne auf die berufliche Situation und Arbeitslosigkeit aus?

Die berufliche Situation stellt sich für bildungsferne Jugendliche dramatisch ungünstiger dar als für bildungsnahe: Bildungsferne Jugendliche sind mit allen Berufsaspekten (Arbeitsplatzsicherheit, Arbeitsklima, Aufstiegsmöglichkeiten, Weiterbildungsmöglichkeiten, direkte Vorgesetzten, Arbeitszeitregelung, Einkommen, die berufliche Tätigkeit, bisherige berufliche Laufbahn) signifikant unzufriedener. Das geringste Zufriedenheitsdefizit lässt sich beim Einkommen feststellen. Doch auch hier zeigt sich, dass bildungsferne Jugendliche durchschnittlich weniger verdienen, obwohl sie keine Lehren mit den geringeren Lehrlingsentschädigungen absolvieren. Bildungsnahe Jugendliche verdienen durchschnittlich mehr und kommen mit ihrem Geld auch besser aus. Das Einkommen übt auf ihre berufliche Zufriedenheit einen geringeren Einfluss aus als für Bildungsferne. Noch wichtigere Einflussfaktoren als das Einkommen stellen für Bildungsferne das Arbeitsklima, die direkten Vorgesetzten, die Arbeitsplatzsicherheit und Aufstiegsmöglichkeiten dar. Während bei Bildungsnahen die Arbeitsplatzsicherheit eine untergeordnete Rolle für die berufliche Zufriedenheit spielt, zählen für sie Weiterbildungsmöglichkeiten mehr als für Bildungsferne.

Bildungsferne Jugendliche sind signifikant häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Sie arbeite(te)n vor allem in Hilfsberufen und Kleinbetrieben. Die erhöhte Arbeitslosigkeit bei Bildungsfernen zeigt sich vor allem im urbanen Raum und ist nur zum Teil auf den erhöhten Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Städten zurückzuführen. Denn auch Jugendliche mit deutscher Muttersprache in Städten über 30.000 Einwohner weisen eine doppelt so hohe Arbeitslosenquote auf als Jugendliche in ländlichen Gebieten. Mehr als zwei Drittel aller von Arbeitslosigkeit betroffenen Antwortenden gaben einen Mangel an passenden Stellen in ihrer Region an. Dies gilt für den urbanen Raum in gleichem Maße wie für ländliche Gebiete.

Übt Bildungsferne einen Einfluss auf die allgemeine Lebenszufriedenheit aus?

Bildungsferne Jugendliche sind mit allen Zufriedenheitsaspekten des Lebens signifikant unzufriedener als bildungsnahe. Beruf und Wohnsituation sind die wesentlichsten Einflussfaktoren auf die Gesamtzufriedenheit der Jugendlichen. Für bildungsferne Jugendliche stellen Aufstiegsmöglichkeiten und Arbeitsplatzsicherheit wesentliche Elemente ihrer Lebenszufriedenheit dar. Für bildungsnahe Jugendliche spielt der Freundeskreis eine wichtigere Rolle als für bildungsferne.

Welche beruflichen Erwartungen haben bildungsferne Jugendliche?

Sowohl für bildungsferne als auch für bildungsnahe Jugendliche sind ein regelmäßiges Einkommen, Spaß bei der Arbeit und eine interessante berufliche Tätigkeit am wichtigsten – Ergebnisse, welche jenen des österreichischen Jugendradars (BMSG 2003) entsprechen. Das Bedürfnis nach beruflicher Veränderung ist bei Bildungsfernen signifikant stärker ausgeprägt. Bildungsnahen Jugendlichen sind eine interessante Tätigkeit, von Arbeitskollegen anerkannt zu werden, berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten, Aufstiegsmöglichkeiten und Vereinbarkeit Beruf/Familie signifikant wichtiger als den bildungsfernen. Umgekehrt ist der sichere Arbeitsplatz den Bildungsfernen signifikant wichtiger. Ganz allgemein haben bil-

dungsnahe Jugendliche höhere Erwartungen an den Beruf als bildungsferne: Von den 16 abgefragten beruflichen Erwartungen weisen 13 bei den Bildungsnahen einen geringeren Mittelwert auf (also sind wichtiger) als bei Bildungsfernen. Die drei Ausnahmen bilden die Erwartungen an einen sicheren Arbeitsplatz, an eine gute Bezahlung und an einen Beruf, der in der Gesellschaft angesehen ist. Diese drei Punkte sind Bildungsfernen wichtiger und spiegeln den Wunsch nach höherer sozialer Partizipation wider.

Unterscheidet sich das soziale Umfeld von bildungsfernen zu bildungsnahen Jugendlichen und wenn ja, wie?

Bildungsferne Jugendliche versuchen häufiger ein Problem zuerst selbst zu lösen. Dieser grundsätzlich positive Lösungsansatz ist allerdings bedingt durch eine signifikant geringere Unterstützung des sozialen Umfeldes, die Bildungsferne erfahren. Sie erhalten signifikant seltener Unterstützung von Freund/innen und Angehörigen bei Übersiedlungen, Reparaturen, beim Umgang mit Ämtern und bei privaten Problemen. Signifikant seltener haben sie Menschen, die zu ihnen halten, auch wenn sie Fehler machen. Migrationshintergrund und Arbeitslosigkeit verschärfen diese Situation, nicht jedoch die höchste abgeschlossene Ausbildung der Eltern. Das Bildungsniveau der Eltern spielt lediglich bei der finanziellen Unterstützung eine Rolle. Je niedriger dieses Niveau ist, desto geringer fallen finanzielle Hilfestellungen aus.

Bildungsferne sind mit ihrer Beziehung zu den Eltern und ihrer Wohnsituation signifikant unzufriedener. Dabei spielt es in beiden Fällen keine Rolle, ob sie noch bei den Eltern wohnen oder nicht. Unterstützung bei privaten Problemen und auch Arbeitslosigkeit üben hier auf beide Zufriedenheitsaspekte den stärksten Einfluss aus.

Bildungsferne Jugendliche schmieden Familienpläne konkreter als Bildungsnahe. Der häufiger vorkommende Migrationshintergrund bei Bildungsfernen spielt diesbezüglich eine wesentliche Rolle. Je konkreter Familienpläne vorhanden sind, desto unkonkreter werden Ausbildungspläne.

Auch sind bildungsferne Jugendliche mit ihrem Freundeskreis unzufriedener. Erschwert wird diese Situation durch häufigere Arbeitslosigkeit, Migrationshintergrund und Beschäftigungsverhältnisse in Hilfsberufen.

Der wichtigste Einflussfaktor auf die Zufriedenheit mit dem Freundeskreis ist – so zeigen Korrelationsanalysen – einen Menschen zu haben, der auch zu einem steht, wenn man Fehler macht.

Verhalten sich bildungsferne Jugendliche anders als bildungsnahe Jugendliche? Über welche Kanäle informieren sie sich, wie treffen sie Entscheidungen und wie gestalten sie ihre Freizeit?

Sowohl bildungsferne als auch bildungsnahe Jugendliche informieren sich am häufigsten über das Internet. Allerdings informieren sich Bildungsferne seltener als Bildungsnahe. Vor allem aktive Informationskanäle, wie Internet, Weiterbildungen, Lesen und der zwischenmenschliche Austausch, werden von Bildungsfernen weniger in Anspruch genommen. Passive Informationskanäle, wie Fernsehen und Radio, werden von beiden Beobachtungsgruppen in gleichem Ausmaß genutzt. Während der Migrationshintergrund diesbezüglich

keine nachweisbare Rolle spielt, übt das Bildungsniveau der Eltern einen signifikanten Einfluss aus: Kinder von Eltern mit niedrigem Bildungsniveau nehmen seltener aktive Informationskanäle in Anspruch.

Entscheidungen werden von bildungsfernen Jugendlichen schneller, spontaner und emotionaler getroffen. Dies trifft auch auf Jugendliche mit nicht-deutscher Muttersprache und auf jüngere Jugendliche zu. Die mangelnde soziale Unterstützung des nächsten Umfeldes, die Bildungsferne erfahren, steht in engem Zusammenhang mit diesem intuitiven Entscheidungsverhalten.

Bildungsferne Jugendliche verbringen ihre Freizeit am liebsten mit Musik hören. Bildungsnahe Jugendliche gehen lieber fort, sie betreiben wesentlich mehr Sport und engagieren sich häufiger in Vereinen. Beide Beobachtungsgruppen verbringen ihre Freizeit am liebsten bei sich oder bei Freund/innen zu Hause. In Lokalen, Gasthäuser, Pubs und Diskos erscheinen bildungsnahe Jugendliche überrepräsentiert. In Einkaufszentren, in Parks und Jugendzentren wird man häufiger auf Bildungsferne stoßen.

Bildungsferne Jugendliche verfügen seltener über einen eigenen PKW/ Motorrad/ Moped und schmieden seltener Urlaubspläne. Dies gilt unabhängig vom Geschlecht, dem Alter, der Muttersprache, der Regionalität und dem Bildungsniveau der Eltern.

Es scheint, dass das Freizeitverhalten der Jugendlichen sehr stark von den finanziellen Rahmenbedingungen geprägt ist: Denn Fortgehen, eigener PKW/ Motorrad/ Moped und Urlaub kosten Geld, während Musik hören und der Aufenthalt in Einkaufszentren, in Parks und in Jugendzentren bei Weitem günstiger zu bewerkstelligen sind. Es zeigt sich ganz klar, dass Bildungsfernen weniger Geld zur Verfügung steht.

Unterscheiden sich die Wertehaltungen von bildungsfernen Jugendlichen zu bildungsnahen Jugendlichen und üben diese Wertehaltungen einen Einfluss auf das Bildungsfernen-Risiko aus?

Die wichtigsten drei Werte der Jugendlichen sind Freundschaft, Familie und Ehrlichkeit. Von den insgesamt 25 abgefragten Werten bedeuten Religion/ Glaube und Politik den Jugendlichen am wenigsten. Dies alles gilt für bildungsferne ebenso wie für bildungsnahe Jugendliche. Eine über diese 25 Werte durchgeführte Faktorenanalyse ortet sieben Orientierungen der Jugendlichen: Gereiht nach ihrer Wichtigkeit sind das

- Privatsphäre (Familie, Freunde, Spaß)
- Redlichkeit (Ehrlichkeit, Gerechtigkeit, Verantwortung, …)
- Intimsphäre (Liebe, Sexualität)
- Aufstieg (Beruf, Erfolg, Geld/ Vermögen, Leistung …)
- Freiheit (Unabhängigkeit, Toleranz, Großzügigkeit)
- Erkenntnis (Bildung, Politik, Selbstverwirklichung/ Individualität)
- Überzeugung (Umweltbewusstsein, Religion/ Glaube)

Der wesentliche Unterschied zwischen bildungsfernen und bildungsnahen Jugendlichen zeigt sich hinsichtlich Aufstiegs- und Erkenntnisorientierung: Während Bildungsferne wesentlich stärker aufstiegsorientiert sind, zeigen sich Bildungsnahe signifikant häufiger erkenntnisorientiert. Bildungsnahe Jugendliche scheinen den beruflichen Erfolg über den Umweg des Erkenntnisgewinns zu suchen, während Bildungsferne den direkten Weg bestreiten wollen.

Welche Faktoren erhöhen das Risiko bildungsfern zu werden?

Zur Beantwortung dieser Frage wurden aus den zur Verfügung stehenden Daten jene Variablen ausgewählt, die Unterschiede zwischen Bildungsfernen und Bildungsnahen aufzeigen und ganz allgemein in einem kausalen Zusammenhang zur Bildungsferne stehen können.

Um Prädiktoren für Bildungsferne zu prädizieren, eignet sich die binäre logistische Regressionsanalyse. Die binäre logistische Regression berechnet die Wahrscheinlichkeit des Eintreffens eines Kriteriums in Abhängigkeit von Prädiktoren. Vor dem Hintergrund der bisherigen Ergebnisse wurden verschiedene unabhängige Variablen ausgewählt, die als mögliche Prädiktoren für Bildungsferne in Frage kommen. 23 Dimensionen gehen als unabhängige Variablen in die vorliegende Analyse ein. Inhaltlich lassen sich diese in soziodemografische, ausbildungsspezifische, verhaltensspezifische Merkmale und in das Merkmal „soziales Umfeld" untergliedern:

Soziodemografische Merkmale

- Geschlecht
- Alter
- Muttersprache
- Regionalität
- Bildungsniveau der Eltern
- Einzelkind/ Geschwister

Ausbildungsspezifische Merkmale

- Beurteilung der schulischen Inhalte
- Beurteilung der schulischen Rahmenbedingungen
- Ausbildungsabbruch
- Wunschausbildung ergriffen
- Bildungsberatung
- Berufsorientierung
- Besuch von Berufsinformationsmesse

Verhaltensspezifische Merkmale

- Nutzung aktiver Informationskanäle (Internet, Vorträge/ Seminar/ Weiterbildungen, Lesen und Freunde/innen/ Kolleg/innen)
- Nutzung passiver Informationskanäle (TV und Radio)
- Freizeitverhalten (Sport/ Vereinsengagement)
- Orientierung (Aufstieg/ Redlichkeit/ Freiheit/ Erkenntnis/ Überzeugung/ Intimsphäre/ Privatsphäre)
- Intuitives Entscheidungsverhalten (spontane und emotionale Entscheidungen)

Soziales Umfeld

- Unterstützung bei Übersiedlung/ Reparaturen
- Fehler werden verziehen
- Unterstützung beim Umgang mit Ämtern
- Unterstützung bei privaten Problemen
- Wohnen bei Eltern

Schrittweise wurden – unter Verwendung der Rückwärts-Elimination – Variablen, die ein fünfprozentiges Signifikanzniveau überschreiten, aus dem Anfangsmodell mit 23 Dimensionen entfernt. Das endgültige Regressionsmodell schließt 1.330 der insgesamt 1.343 antwortenden Jugendlichen in die Analyse ein. Die Güte des Modells entspricht allen üblichen statistischen Gütemaßen. Mithilfe des Modells können 68% der bildungsfernen und 82% der bildungsnahen Jugendlichen richtig prädiziert werden. Demnach ortet die durchgeführte logistische Regression 10 signifikante Einflussfaktoren für das Risiko bildungsfern zu werden. Diese Faktoren sind in der Folge nach der Stärke ihres Einflusses gereiht:

- Ausbildungsabbruch (meist aus finanziellen Gründen)
- konnte Wunschausbildung nicht ergreifen (meist keine passenden Lehrstellen)
- nicht-deutsche Muttersprache
- mangelnde Nutzung aktiver Informationskanäle (Lesen, Internet, Freunde)
- schulische Probleme (Prüfungsangst, Lerninhalte werden als uninteressant und langweilig angesehen)
- intuitives Entscheidungsverhalten (hängt eng mit mangelnder Unterstützung durch das soziale Umfeld zusammen)
- niedriges Bildungsniveau der Eltern
- wenig Sport, wenig Vereinsengagement
- mangelnde soziale Unterstützung durch Freunde und Angehörige
- urbaner Wohnort

Zu berücksichtigen sei, dass die aufgezählten Einflussfaktoren zum Teil miteinander signifikant korrelieren.

Die ausbildungsspezifischen Merkmale „Ausbildungsabbruch" und „Wunschausbildung" scheinen also den stärksten Einfluss auszuüben. Dieser negative Einfluss wird in allen Studien im Themenbereich „Jugend und Bildungsbenachteiligung" herausgearbeitet (Steiner/ Wagner 2007; Dornmayr et al 2006; Buchegger-Traxler 2008; Bergmann et al 2001). Ausbildungsabbrüche hängen vor allem mit Schul- und Lernmüdigkeit und dem Wunsch zusammen, möglichst früh eigenes Geld zu verdienen, wie auch Bergmann et al. (2001) aufzeigen. Jugendliche aus dem urbanen Raum, Jugendliche mit nicht-deutscher Muttersprache und Jugendliche, deren Eltern über ein niedriges Bildungsniveau verfügen, können signifikant seltener ihre Wunschausbildung ergreifen. Alle drei soziodemographischen Ausprägungen wirken in diesem Zusammenhang als unabhängige Einflussfaktoren.

Auch die Beurteilung der schulischen Inhalte gilt als signifikanter Einflussfaktor auf das Risiko bildungsfern zu werden. Hier zeigt sich, dass vor allem Jugendliche aus dem urbanen Raum und Jugendliche von Eltern mit niedrigem Bildungsniveau die schulischen Inhalte negativer beurteilen. Die Muttersprache der Jugendlichen spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle.

Das Nutzen aktiver Informationskanäle fördert Bildungsnähe. Vor allem männliche Jugendliche haben hier Aufholbedarf.

Sport und Vereinsengagement: Hier haben Jugendliche die Möglichkeit – neben Familie und Ausbildungsinstitution – Menschen aus anderen Altersgruppen und Gesellschaftsschichten kennenzulernen. Das fördert das Erlernen sozialer Kompetenzen, stärkt das soziale Umfeld und kann bewirken, dass Jugendliche ihre Entscheidungen eher diskursiv als intuitiv fällen.

5. Empfehlungen

Die Ergebnisse zeigen, dass ein Nachdenken auf verschiedenen Ebenen notwendig ist: Familie, Ausbildungs-, Beratungsinstitutionen und Vereine sind gefordert, Kinder und Jugendliche in verschiedenen Lebensphasen zu unterstützen. Dafür bedarf es nicht nur Mittel der öffentlichen Hand, sondern auch wirksame öffentliche Signale, um ein Bewusstsein für Bildung vor allem in bildungsfernen Schichten der Bevölkerung zu erwecken.

Familie

Aus empirischer Sicht zeigt sich erneut, dass Bildungsbenachteiligung großteils vererbt wird. Aus diesem Grund sollte schon zu Beginn der Elternschaft die Basis für ein bildungsnahes Umfeld geschaffen werden. Sinnvoll wäre es wirksamere Anreizsysteme zu schaffen, um Eltern zur regelmäßigen Teilnahme an Elternbildungskursen (Stichwörter: Zuwendung, Geduld und Konsequenz) zu bewegen. Gleichsam kann eine Bindung zur Elternbildung schon bei Geburtsvorbereitungslehrgängen geschaffen werden. Auch über die Kanäle Fernsehen und Radio sind bildungsferne Schichten erreichbar (Klepp, 2006, S.157ff).

PIRLS 2006 (Programm in International Reading Literacy Study, Suchań u.a., 2007) kommt zu dem Ergebnis, dass Kinder, deren Eltern im Vorschulalter Leseaktivitäten setzten (z.B. Bücher vorlesen, Lieder singen, Geschichten erzählen), in der 4. Schulstufe signifikant bessere Lesekenntnisse aufweisen – eine Voraussetzung für Bildungsnähe. Öffentlichkeitswirksame Kampagnen könnten viele Eltern – auch aus bildungsfernen Schichten – anregen.

Ausbildungsinstitutionen

Das erhöhen der Leselust von Volksschulkindern fördert deren Lesekompetenz. Dies erhöht die Chancen, den Lerninhalten der Sekundarstufe I folgen zu können.

Nicht nur Initiativen für den Deutschunterricht sind gefragt, sondern auch muttersprachlicher Unterricht erscheint sinnvoll. Je besser Kinder und Jugendliche ihre Muttersprache beherrschen, umso leichter erlernen sie eine Zweitsprache. (Bauer/ Kainz, 2007) Obgleich die Diskussion um die „Notwendigkeit der Bilingualität" aktuell relativ kontrovers geführt wird.

Lernen lehren: Bildungsferne Jugendliche geben signifikant häufiger an nicht gerne zur Schule gegangen zu sein, Schwierigkeiten beim Lernen für Prüfungen und auch Angst vor diesen gehabt zu haben, genauso wie sie signifikant häufiger angeben schlechtere Schulnoten zu haben. In der Schule sollte deshalb Grundlegendes zu Lern- und Arbeitstechniken, Lernplanung, Zeitmanagement, Konzentration, Motivation und Prüfungssituation vermittelt werden.

Dem Erkennen von Begabungen darf in jeder Phase des Schullebens besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Installation spezieller Fördergruppen, die auf individuelle Bedürfnisse und Begabungen der Kinder und Jugendlichen eingehen, erhöht die Chancen die Begabungen zu erkennen und reduziert das Risiko von späteren Ausbildungsabbrüchen aufgrund unpassender Berufs- oder Bildungswahl.

Die empirischen Befunde weisen darauf hin, dass gerade bildungsferne Jugendliche das Schulsystem oftmals ohne erkennbare berufliche Perspektive bzw. orientierungslos verlassen. (Buchegger-Traxler 2008; INBAS GmbH/ Dierkes 2002) Gleichzeitig senkt das Erkennen des Wunschberufes und das Ergreifen einer kompetenz- und begabungsadäquaten Berufsausbildung das Risiko, bildungsfern zu werden. Insofern gilt es Angebote zur beruflichen Orientierung zu intensivieren und auszubauen. Darüber hinaus wäre eine zeitlich vorgesetzte und verstärkte Einführung des Unterrichtsfaches Berufsorientierung im Lehrplan bereits in der siebten Schulstufe anzudenken.

Beratungsinstitutionen

Für bildungsferne Jugendliche stellt die Kontaktaufnahme mit öffentlichen Institutionen oft eine Hürde dar. Daher braucht es gerade im Bereich Bildungsangebote sowie Bildungs- und Berufsberatung niederschwellige Angebote. Möglicher Ansatzpunkt sind Info-Points in Schulen (z.B. Einladen von externen Bildungsberatern) oder auch in Jugendzentren, wo diese institutionellen Barrieren durchbrochen werden und Beratungsgespräche den notwendigen informellen Charakter aufweisen.

Vereine

Sport und Vereinsengagement können das soziale Umfeld der Betroffenen stärken. Ein gut funktionierendes soziales Umfeld mindert das Risiko, bildungsfern zu werden. Beim Sport und in Vereinen erhöht sich für Jugendliche die Chance, auch andere Altersgruppen und Gesellschaftsschichten kennenzulernen. Sie erfahren dort – neben Familie und Schule – eine weitere dritte Lebensrealität. Diese dritte Lebensrealität fördert Sozialkompetenzen und Konfliktlösungspotenziale und heterogenisiert das Umfeld der Jugendlichen, was wiederum einen Impulsgeber für Berufs-/ Bildungsoptionen darstellen kann. Die Erfolge von Projekten wie beispielsweise „Kicken & Lesen"(Weber, 2009) in Stuttgart, Baden-Württemberg, bestätigen diese Ansätze, denen auch politisch mehr Augenmerk geschenkt werden darf.

Kampagnen

Es zeigt sich, dass bildungsfernen Jugendlichen die Werte Geld/ Vermögen über- und Bildung unterdurchschnittlich wichtig sind. Zudem zeigt sich, dass bildungsferne Jugendliche meist aus finanziellen Motiven Ausbildungen abbrechen bzw. keine weiterführenden Ausbildungen besuchen. Die vorliegende Studie zeigt, dass sich der Umweg über Bildung zur beruflichen und gesellschaftlichen Integration lohnt („Bildung lohnt sich"). Zudem stellt Bildung ein wesentliches Element von Lebensqualität dar. Diesbezüglich öffentlichkeitswirksame Bewusstseinsbildung kann nachhaltig positive Wirkungen erzielen.

Literatur

Bauer, F./ Kainz, G.: Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund beim Bildungszugang, WISO, Nr. 17, Linz, April 2007

Bergmann, N./ Putz, I./ Wieser, R. (2001): Jugendliche ohne Berufsausbildung. Eine Studie aus Sicht der Betroffenen, Verlag Hofstätter, AMS report 25, Wien.

BMSG [Hrsg.] (2003): Jugendradar 2003, Wien, online unter: www.bmwa.cms.apa.at/cms/content/attachments/1/6/8/CH0618/CMS1261577568766/4._jugendbericht_-_teil_a_-_kurzfassung.pdf [18.07.2008]

Buchegger-Traxler, A. (2008): Bildung auf Umwegen. Jugendliche Berufsbiographien. Endbericht Forschungspraktikum aus empirischer Sozialforschung. Institut für Soziologie an der Johannes Kepler Universität Linz

Dornmayr, H./ Henkel, S.-M./ Schlögl, P./ Schneeberger, A./ Wieser, R. (2006): Benachteiligte Jugendliche – Jugendliche ohne Berufsausbildung, Wien, online unter: www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/Benachteiligte_Jugendliche.pdf [18.07.2008]

Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS GmbH)/ Dierkes, A. (2002): Berufsorientierung für Benachteiligte, In: Schudy, J. (Hrsg.): Berufsorientierung in der Schule, Klinkhardt, Bad Heilbronn 2002, S. 307-321.

Klepp, D. (2006): Erhebung und Evaluierung Elternbildung der vom Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz geförderten Elternbildungsveranstaltungen in Österreich, Wien, Österreichisches Institut für Familienforschung

Solga, H. (2005): Meritokratie – die moderne Legitimation ungleicher Bildungschancen. Institutionalisierte Ungleichheit. Wie das Bildungswesen Chancen blockiert. Juventa Verlag

Steiner, M. (2009): Early School Leaving und Schulversagen im österreichischen Bildungssystem, Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009, Band 2, Seite 144.

Steiner, M./ Wagner, E. (2007): Dropoutstrategie, Wien, online unter: www.bmukk.gv.at/medienpool/16245/do_strategie_endbericht.pdf [18.07.2008]

Suchań, Wallner-Paschon, Stöttinger, Bergmüller (2007): PIRLS 2006 – Internationaler Vergleich von Schülerleistungen, Graz, Leykam.

Weber, A. (2009): Kicken & Lesen – Das Buch. Landesstiftung Baden Württemberg GmbH, Stuttgart

DER AUTOR:

Karl Niederberger, Mag. rer. soc. oec., Studium der Statistik an der Universität Wien und Linz mit Schwerpunkt Demographie. Seit Mai 2000 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung an der Johannes Kepler Universität Linz (IBE). Arbeitsschwerpunkte: Methoden der angewandten und theoretischen Statistik, Aufbereitung und Analyse von Datenbanken, Demographie, Soziographie, Fiskalanalysen, Monitorings, Marktanalysen, Modellbildungen.

3.4 Arbeitsmarktbedingungen und Beschäftigung

Lorenz Lassnigg

Das Kapitel gibt auf Basis vorhandener Daten und Expertisen eine sehr knappe zusammenfassende Darstellung der Arbeitsmarktbedingungen und der Beschäftigung von Jugendlichen in Österreich.[6] Die Übergänge in Beschäftigung bzw. die Barrieren und Hindernisse bei diesen Übergängen bilden einen zentralen Aspekt der Analyse.

1. Befunde und Einschätzungen zur Situation und Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsbedingungen für Jugendliche

In den vorliegenden Analysen wird einerseits grundsätzlich eine vergleichsweise günstige Situation für die große Mehrheit der österreichischen Jugendlichen am Arbeitsmarkt festgestellt, gleichzeitig werden viele gesellschaftliche Veränderungen herausgearbeitet, die die Bedingungen für die Jugendlichen in Arbeitsmarkt und Beschäftigung komplizierter und schwieriger machen, und es wird die Aufmerksamkeit auf einen Teil der Jugendlichen gelenkt, der aufgrund von Benachteiligung unverschuldet mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hat (Stichworte Chancengleichheit und Ausgrenzung). Andererseits besteht traditionell eine große politische Sensibilität für Probleme am Jugendarbeitsmarkt, die auch in umfassenden und vielfältigen Interventionen v.a. im Rahmen der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik ihren Ausdruck findet (insbesondere das in den 1990ern geknüpfte sogenannte „Auffangnetz" ist hier zu nennen, das zur „Ausbildungsgarantie" ausgeweitet wurde).

Veränderungen und Problemlagen mit Auswirkungen auf Jugendbeschäftigung und -arbeitsmarkt

Die folgenden allgemeinen Veränderungen und Problemlagen für die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktbedingungen der Jugendlichen werden in der Forschungsliteratur festgestellt (vgl. zur Zusammenfassung der Literatur Klinglmair/Bodenhöfer 2009, Lassnigg 2006, 2007)

- Dynamik im Qualifikations- und Kompetenzbedarf, Höherqualifizierung und Flexibilität;
- Druck mehr zu lernen und Ausgrenzungsrisiko bei fehlenden Qualifikationen/ Kompetenzen;
- Veränderungen betreffen Eingangsbereich in Beschäftigung/Arbeitsmarkt besonders stark;
- Liberalisierungen betreffen die Jugendlichen besonders direkt (atypische/prekäre Arbeit);
- mehr Wahlmöglichkeiten bei größerer Unsicherheit;
- Veränderungen der Geschlechterverhältnisse und Familienstrukturen;
- Migrationserfahrungen/-hintergrund führen zu Benachteiligungen;
- Integration in das Beschäftigungs- und Erwachsenenleben hat sich verlängert;
- soziale Sicherung im männlichen „Ernährer-Modell" greift oft nicht;
- demografische Veränderung hat widersprüchliche Auswirkungen (Knappheit-Belastung).

[6] Ausführlichere Analysen und Belege finden sich in einem Materialienband zum Arbeitsmarkt für Jugendliche: http://www.equi.at/dateien/materialbd-jugend-am.pdf

Empirische Phänomene im Bereich von Jugendbeschäftigung und -arbeitsmarkt

Günstige Situation im Vergleich, aber auch Anspannungen und Problemsituationen am Jugendarbeitsmarkt[7]

Überblick für die Periode 2004-2008

Die vergleichsweise günstige Position Österreichs bei der geringen Jugendarbeitslosigkeit bzw. hohen Jugendbeschäftigung, wie auch beim Qualifikationsstand und bei den vorzeitigen Schulabgänger/innen wird v.a. durch die Europäischen Indikatoren und Benchmarks abgestützt; im Vergleich zur Europäischen Entwicklung verliert Österreich jedoch teilweise an Boden, und in den letzten Jahren haben sich diese Indikatoren teilweise nicht verbessert siehe Tabelle M1 im Materialbd., sowie Steiner 2009).[8] Die Beschäftigungsquote stagniert, die Arbeitslosigkeit hat ein etwas höheres Niveau erreicht, die vorzeitigen Schulabgänger/innen stagnieren. Es gibt deutliche Probleme und Anspannungen, für deren Bearbeitung aber eine vergleichsweise günstige Ausgangsposition besteht.

Abbildung 1: Bestands- und Bewegungszahlen von 15-24-Jährigen in Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

ABSOLUT-WERTE	2004	2005	2006	2007	2008	2004-2008
Wohnbevölkerung	1.000.823	1.013.362	1.016.934	1.017.896	1.020.716	1.013.946
Erwerbspersonen		589.973	561.104	552.386	560.499	452.792
Beschäftigtenbestand	497.216	497.068	502.438	510.545	517.434	504.940
Arbeitslosenbestand	38.747	41.568	38.094	35.141	34.069	37.524
*Arbeitslos Lebensunterhalt					52.992	
Leistungsbezieher/innen	31.803	33.377	30.328	28.292	27.749	30.310
*in Ausbildung					414.748	
Zugänge in unselb.Besch.	547.013	554.772	568.386	583.390	597.368	570.186
Abgänge aus unselb.Besch.	482.353	486.748	493.318	504.456	529.232	499.221
Betroffenheit von AL	171.883	189.073	185.959	177.147	175.829	182.002
Betroff.Langz.AL (>180T)	9.933	8.294	6.579	5.544	5.479	5.867
Betroff.Langz.AL (>365T)	1.227	911	682	448	371	728

[7] Die Einschätzungen dieses Abschnittes beziehen sich v.a. auf die Durchschnittswerte der Periode 2004-08, geben also ein robustes pauschales Bild für die Zeit vor der Krise ab.

[8] In den letzten Jahren geht man davon aus, dass für Ländervergleiche der Arbeitslosenanteil an den Jugendlichen aussagekräftiger ist, da die Arbeitslosenrate von der Definition des Arbeitskräftepotentials abhängig ist – hier macht die Lehrlingsausbildung einen wesentlichen Unterschied, da Lehrlinge auch zum Arbeitskräftepotential gezählt werden und damit die Berechnungsbasis vergrößern (und die Rate verringern) im Vergleich zu Ländern, wo die Schüler/innen nicht zum Arbeitskräftepotential gezählt werden. Entsprechend ist auch im EU-Durchschnitt der AL-Anteil der Jugendlichen viel geringer als die AL-Rate (2007: 7% gegen 15% in EU-15), und auch der österreichische Vorsprung ist bei diesem Indikator deutlich geringer (2007: 5,3% gegen 7,1% in EU-15 beim AL-Anteil, aber 8,6% gegen 14,7% bei der AL-Rate). Diese Indikatoren führen auch zu unterschiedlichen Konstellationen nach Geschlecht: bei der Arbeitslosenrate sind die weiblichen Jugendlichen eher im Nachteil, beim Arbeitslosenanteil die männlichen Jugendlichen.

Zugänge in Arbeitslosigkeit	211.269	228.541	220.647	209.879	212.497	216.567
Abgänge aus Arbeitslosigkeit	209.236	221.405	221.113	208.863	201.735	212.470
Aus AL in Beschäftigung	107.565	111.031	111.884	109.369	105.802	109.130
Aus AL in Qualifizierung	37.381	44.738	44.178	34.791	33.545	38.927
Aus AL out of Labour Force	64.290	65.636	65.051	64.676	62.388	64.408
*Elternkarenz(w)+P/ZD(m)					38.884	
Lehrverhältnisse		122.378	125.961	129.823	131.880	127.511
Lehrstellensuchende	5.375	6.156	6.100	5.689	5.695	5.803
Offene Lehrstellen	2.356	2.900	3.611	3.546	3.633	3.209
RELATIV-WERTE	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**	**2004-2008**
*Wohnbevölkerung (=100%)	*100%*	*101%*	*102%*	*102%*	*102%*	*INDEX*
Erwerbspersonen		58%	55%	54%	55%	45%
Beschäftigtenbestand	50%	49%	49%	50%	51%	50%
Arbeitslosenbestand	3,9%	4,1%	3,7%	3,5%	3,3%	4%
*Arbeitslos Lebensunterhalt					5,2%	
Leistungsbezieher/innen	3,2%	3,3%	3,0%	2,8%	2,7%	3%
*in Ausbildung					41%	
Zugänge in unselb.Besch.	55%	55%	56%	57%	59%	56%
Abgänge aus unselb.Besch.	48%	48%	49%	50%	52%	49%
Betroffenheit von AL	17%	19%	18%	17%	17%	18%
Betroff.v.LangzeitAL	0,0%	0,0%	0,6%	0,5%	0,5%	0%
Zugänge in Arbeitslosigkeit	21%	23%	22%	21%	21%	21%
Abgänge aus Arbeitslosigkeit	21%	22%	22%	21%	20%	21%
Aus AL in Beschäftigung	11%	11%	11%	11%	10%	11%
Aus AL in Qualifizierung	3,7%	4,4%	4,3%	3,4%	3,3%	4%
Aus AL out of Labour Force	6,4%	6,5%	6,4%	6,4%	6,1%	6%
*Elternkarenz(w)+P/ZD(m)					3,8%	
Lehrverhältnisse		12%	12%	13%	13%	13%
Lehrstellensuchende	0,5%	0,6%	0,6%	0,6%	0,6%	1%
Offene Lehrstellen	0,2%	0,3%	0,4%	0,3%	0,4%	0%
Betroffenheit von AL (=100%)	*100%*	*110%*	*108%*	*103%*	*102%*	*INDEX*

Betroff.Langz.AL (>180T)	5,8%	4,4%	3,5%	3,1%	3,1%	4%
Betroff.Langz.AL (>365T)	0,7%	0,5%	0,4%	0,3%	0,2%	0%
aus AL in Beschäftigung	63%	59%	60%	62%	60%	61%
aus AL in Qualifizierung	22%	24%	24%	20%	19%	22%
aus AL out of Labour Force	37%	35%	35%	37%	35%	36%
*Elternkarenz(w)+P/ZD(m)					22%	
Arbeitslosenbestand (=100%)	*100%*	*107%*	*98%*	*91%*	*88%*	*INDEX*
Lehrstellensuchende	14%	15%	16%	16%	17%	16%
Beschäftigtenbestand (=100%)	*100%*	*100%*	*101%*	*103%*	*104%*	*INDEX*
Lehrverhältnisse		25%	25%	25%	25%	25%
Quelle: Berechnungen aus Tabelle M2 Materialbd.						

(Abb.1 beschreibt die verwendeten Indikatoren im Durchschnitt 2004-2008 und Tab. M2 im Materialbd. zeigt die Entwicklung 2004-2008).

Grundsätzlich haben die Jugendlichen in Österreich eine hohe Erwerbsquote, die teilweise darauf zurückgeht, dass die Lehrlinge als erwerbstätig gezählt werden (diese machen etwa ein Viertel des Beschäftigtenbestandes der 15-24-Jährigen bzw. bei den 15-19-Jährigen sogar 70% aus – würden diese analog den Schüler/innen als voll in Ausbildung befindlich gezählt, wäre die Erwerbsquote entsprechend niedriger, und würde nur noch geringfügig über EU-15 liegen).

Die Arbeitslosigkeit ist ein vielschichtiges Phänomen, das auch empirisch nicht so leicht abgrenzbar ist. Überwiegend handelt es sich um einen vorübergehenden Zustand, der mit Mobilität einhergeht. Die Mobilität ist bei den Jugendlichen und jungen Menschen hoch, da sie erst eine stabile Position finden müssen (jährlich werden bei den 15-24-Jährigen mehr als 500.000 Zugänge und Abgänge aus einem Beschäftigungsverhältnis gezählt, bei einem Beschäftigtenbestand von etwa 500.000).

Etwa 180.000 oder 18% der 15-24-Jährigen sind von registrierter Arbeitslosigkeit betroffen, im Durchschnitt dauert diese etwa drei Monate (ca. 80 Tage, etwas kürzer als die Gesamtarbeitslosigkeit mit ca. 100 Tagen). Der jahresdurchschnittliche Bestand, der sich aus unterschiedlichen Personen zusammensetzt liegt bei 40.000 in der AMS-Zählung. Dieser unterscheidet sich aber auch von den Zählungen von Statistik Austria (etwa 50.000 nach Lebensunterhaltskonzept). Es unterscheiden sich auch die erfassten Personenkreise in den beiden Zählungen, d.h. es suchen auch Personen nach Arbeit, die nicht registriert sind (wie auch in den Befragungen registrierte Arbeitslose angeben, dass sie nicht suchen).

Etwa 6.000 15-24-Jährige sind länger als 180 Tage arbeitslos registriert (darunter weniger als 1.000 länger als ein Jahr). Ein Ende der Registrierung bedeutet jedoch nicht unbedingt die Aufnahme einer Beschäftigung, dies ist bei etwa 60% der Betroffenen der Fall, die anderen Übergänge münden in Qualifizierung (20%) oder verlassen (vorübergehend)

das Arbeitskräftepotential (über 30%; darunter fällt bei den jungen Männern der Präsenz/Zivildienst und bei den jungen Frauen die Haushaltsführung). Während 60.000 arbeitslose Personen in 2008 das Arbeitskräftepotential verlassen haben befinden sich nur etwa 40.000 im Bestand der Hausfrauen bzw. Präsenz/Zivildiener. Es gibt also ca. 40.000 Bewegungen aus Arbeitslosigkeit in Qualifizierung und möglicherweise 20.000 (vorübergehend) aus dem Arbeitskräftepotential hinaus; bezogen auf die Wohnbevölkerung sind das ca. 6% der Jugendlichen. Teilweise werden diese dann später in Beschäftigung übergehen, teilweise werden sie aber auch wieder arbeitslos registriert werden, obwohl ihre Langzeitarbeitslosigkeit durch die Maßnahme unterbrochen ist.

Eine Momentaufnahme für den Geburtsjahrgang 1980

Eine Tiefenauswertung für den Geburtsjahrgang 1980 im Jahr 2005, also im Alter von 25 Jahren, ergibt ein Bild der Beschäftigungsintegration im Spiegel der Sozialversicherungsdaten, also für jene Personen, die bis zum Alter von 25 Jahren bereits registriert wurden (Alteneder et al. 2006).[9] Dieses Bild zeigt sehr deutlich den langwierigen Prozess der Verankerung in Beschäftigung, wie er heute von vielen Jugendlichen durchlaufen wird, und es zeigen sich auch die Unterschiede, die innerhalb eines Jahrganges bestehen. Etwa die Hälfte der erfassten Jugendlichen wird als vollständig integriert klassifiziert, etwas mehr als ein Viertel als überwiegend integriert. Etwa ein Viertel eines Geburtsjahrganges ist also im Alter von 25 Jahren nicht oder nur teilweise in Beschäftigung integriert – teilweise handelt es sich dabei um Studierende, die meistens neben ihrem Studium auch in irgend einer Form erwerbstätig sind (diese können auch unter die teilweise integrierten fallen), zum anderen Teil handelt es sich um Personen, die sich nicht erfolgreich in Beschäftigung integrieren konnten.[10]

Überwiegend (fast 60%) hatten die Jugendlichen bereits Kontakt mit dem Arbeitsmarktservice, ein Viertel bereits zwischen 15 und 18 Jahren, etwa ein Fünftel hatte zwischen 20 und 25 Jahren jährlichen Kontakt und 16% waren auch jährlich arbeitssuchend vorgemerkt (weniger als 10% des Jahrganges hatten nie eine Vormerkung). Wenn man diese Zahlen verallgemeinert, so hätten 15.000 bis 20.000 Jugendliche eines Jahrganges im Alter zwischen 20 und 25 Jahren regelmäßige Erfahrungen mit registrierter Arbeitslosigkeit. Wenn man dies auf die gesamte Altersgruppe hochrechnet ergibt sich auch etwa die Größenordnung der weiter oben angeführten Bewegungen (60.000), die nicht in Beschäftigung verlaufen. Die Aufschlüsselung der Arbeitslosigkeit nach den spezifischen Altersgruppen (Tabelle 2A im Materialbd.) zeigt, dass v.a. die ältere Gruppe der 20-24-Jährigen betroffen ist (etwa drei Viertel der Arbeitslosigkeit) und dass in dieser Gruppe männliche Jugendliche stärker betroffen sind. Während in der jüngeren Altersgruppe die Lehrstellensuchenden einen beträchtlichen Teil der Arbeitslosigkeit ausmachen, sind in der älteren v.a. Lehrabgänger/innen mit oder ohne Abschluss enthalten.

[9] Leider kann diese Grundgesamtheit im Hinblick auf die Bevölkerung nicht einwandfrei eingeschätzt werden. Die Bestandszahl an erfassten Personen ist jedoch nicht geringer als dieser Jahrgang in der Wohnbevölkerung lt. Statistik Austria, sondern sogar etwas größer.

[10] Der Grad der Integration wird gemessen an den Beschäftigungstagen in vollversicherungspflichtiger Beschäftigung pro Jahr: vollständig integriert 100% beschäftigt, überwiegend 50%-100%, teilweise integriert 25%-50%, kaum integriert weniger als 25%, nicht integriert keine Beschäftigung.

Verbleibsanalysen von MaßnahmenteilnehmerInnen ergeben regelmäßig, dass ein Teil der Jugendlichen in Beschäftigung kommt, während ein beträchtlicher Teil aber auch die Maßnahme vorzeitig verlässt oder sich nach der Beendigung nicht in Beschäftigung verankern kann (BMASK 2009a) – wie das Bildungswesen insgesamt erfüllen die Maßnahmen neben einer Qualifizierungs- und Integrationsfunktion de facto auch die Rolle einer Selektionsinstanz.

Formale Höherqualifizierung[11]

Wie in den meisten Ländern nimmt die weiterführende Bildungsbeteiligung auch in Österreich zu, und ein steigender Anteil an Jugendlichen setzt die Bildungskarriere im Hochschulwesen fort. Der Schwerpunkt der Ausbildung liegt in Österreich auf der mittleren Berufsbildung, und der Zugang in das Hochschulwesen ist zwar steigend, aber vergleichsweise gering, teilweise werden die BHS als Äquivalente für eine Hochschulausbildung eingestuft.

Im Hochschulwesen haben bedeutende Reformen stattgefunden, beginnend mit der Einrichtung der Fachhochschulen, und der folgenden Umstellung der Studien auf die Bologna-Struktur mit den gestuften Abschlüssen. Dadurch befindet sich der Arbeitsmarkt auf dieser Ebene in einer beginnenden Veränderungsphase, deren Gestalt jedoch noch nicht wirklich absehbar ist.

Der Zusammenhang der Veränderungen der Bildungsbeteiligung mit dem Arbeitsmarkt und der Beschäftigung ist nur wenig klar und unterliegt teilweise widersprüchlichen Einschätzungen. Klar ist, dass mit steigenden Abschlüssen bessere Einkommens- und Beschäftigungschancen sowie eine verringerte Arbeitslosigkeit einhergehen, hinsichtlich des näheren Bedarfes nach den verschiedenen Abschlüssen gibt es jedoch unterschiedliche Auffassungen, ohne dass starke empirische Stützungen vorliegen.

In der Labour Force sieht man gegenüber der Wohnbevölkerung v.a. einen höheren Anteil an höher Gebildeten in den älteren Jahrgängen, was die steigende Erwerbsbeteiligung mit steigendem Bildungsstand spiegelt. Unter den Arbeitslosen ist der gleichmäßig erhöhte Anteil an Pflichtschüler/innen/-absolventen/innen in allen Altersgruppen von etwa 30% ersichtlich, deren LFS-Arbeitslosenrate ist entsprechend durchgängig erhöht, v.a. bei den jüngeren Jahrgängen liegt diese teilweise sehr hoch (12% bis 17%). Die übrigen Bildungsabschlüsse liegen näher beim Durchschnitt, v.a. die BHS und meistens auch die Hochschulabsolvent/innen liegen unter dem Durchschnitt (Darstellung M1 im Materialbd.).

Aufgrund der Zuwanderung gibt es – regional gestreut – teilweise sehr hohe Anteile an Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Im Pflichtschulwesen bis zu 40% (NBB-I 2009, Indikatoren B4, B5). Die weitere Bildungsbeteiligung ist jedoch sehr unterschiedlich, v.a. in den höheren Schulen und in der Lehrlingsausbildung sind die Zugangschancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund wesentlich verringert, nur in den BMS ist die Zugänglichkeit stärker gegeben (Schneeberger 2009; ÖIJ 2007).[12]

[11] Die Einschätzungen hier beziehen sich auf die Durchschnitte der Periode 2006-2008

[12] Die Studie von ÖIJ (2007) umfasst eine ausführliche quantitative und qualitative Darstellung und Analyse der Situation der jugendlichen Migrant/innen in Wien, die die vorhandenen Analysen durch sehr anschauliche Beschreibungen ergänzt. Es ergibt sich ein differenziertes Bild der verschiedenen Gruppen von Migrant/innen und ihrer Erfahrungen, die allzu oft von Diskriminierung geprägt sind, aber andererseits auch gerade durch die Beispiele von Unterstützungserfahrungen im Bildungswesen wie auch im AMS auf die große Bedeutung hinweisen, die derartige positive Interventionen etwa von Lehrer/innen oder Berater/innen auf die Karrieren der Jugendlichen haben.

Abbildung 2: Zusammengefasste Übergänge zwischen 2005/06 und 2006/07 im Querschnitt

	BS	BMS	BHS	TOTAL	BS**	BMS	BHS	TOTAL
Bestand 2005/06*	77730	24355	105784	**207869**	100%	100%	100%	**100%**
Aufstieg innerhalb Typ	72480	18098	91334	181912	93%	74%	86%	88%
"BRUTTO"-VERLUST	5250	6257	14450	**25957**	7%	26%	14%	**12%**
Mobil nä.Stufe	143	2492	3382	**6017**	0%	10%	3%	**3%**
dar. nicht niedrigerer Typ	*143*	*453*	*448*	*1044*	*0%*	*2%*	*0%*	*1%*
darunter niedrigerer Typ	*0*	*2039*	*2934*	*4973*	*0%*	*8%*	*3%*	*2%*
Wiederholung (incl. mobil)	2510	2430	8788	**13728**	3%	10%	8%	**7%**
(nur mobil WH)	*174*	*257*	*1276****	*1707*	*0%*	*1%*	*1%*	*1%*
"NETTO"-VERLUST	1464	1335	2280	**5079**	2%	5%	2%	**2%**

*Ausgangsbestand: jeweils alle Stufen ohne Abschlussklassen
** Rundungsfehler bei den Prozentwerten
*** in BHS davon 919 = 72% niedrigerer Typ
Quelle: Schulstatistik, Berechnung IHS aus Tabelle M4 Materialbd.

Mit der neuen Bildungsstatistik ist eine ansatzweise Berechnung auch der Abbruch-, Wiederholungs- und Mobilitätsvorgänge im Bildungswesen möglich (siehe Tabelle M4 und Darstellung M2 im Materialbd.). In einem Jahr schreiten in der Berufsbildung insgesamt 12% der Schüler/innen nicht in ihrer regulären Schulkarriere fort („Brutto"-Verlust). Dieser Verlust setzt sich zusammen aus 7% Wiederholer/innen (darunter 1% in Verbindung mit Schultypenwechsel), 3% Mobilitätsvorgängen ohne Laufbahnverlust (darunter jedoch 2% Übergänge in niedrigere Schultypen; „Abwärtsmobilität"), und 2% Abgängen aus dem System („Netto"-Verlust).

Abbildung 3: „Netto"-Verlustraten nach Schulstufen und fiktive kumulierte Verlustrate im Längsschnitt

	„Netto"-Verlustrate 2006/07						
	9.St.	**10.St.**	**11.St.**	**12.St**	***Eingangsjahr gerundet***	**kumulierte "Netto"-Verluste gerundet**	**kumulierte "Netto"-Verlustrate**
BS		2,7	1,3	0,9	34500	1670	4,8%
BMS	6,8	4,5	2,4		12500	1660	13,2%
BHS	2,3	1,9	1,5	2,8	30800	2540	8,2%
Summe					77900	5870	7,5%

Quelle: Schulstatistik, Berechnung IHS aus Tabelle M4 Materialbd.
St. = Schulstufe

In einer fiktiven Kohortenbetrachtung beträgt der „Netto"-Verlust über die gesamten Oberstufenjahrgänge 7,5% der Eingangskohorte (Abb. 3). Die Verluste sind deutlich höher in den BMS (Querschnitt 5%, kumuliert 13,2%) und niedriger in den Berufschulen (Querschnitt 2%, kumuliert 4,8%) und durchschnittlich in den BHS (Querschnitt 2%, kumuliert 8,2%). Mobilität im System ist gering (im Querschnitt 4%, davon drei Viertel verbunden mit Wiederholung oder mit Wechsel in niedrigere Schultypen). Wechsel von BMHS in die Berufsschule bzw. Lehrlingsausbildung machen insgesamt in der Querschnittsbetrachtung in der 9./10.Stufe etwa 7% des Ausgangsbestandes dieser beiden Schultypen aus und liegen in der Größenordnung der Klassenwiederholung (in den BMS deutlich höher, in den BHS etwas niedriger).

Die PISA-Erhebungen haben einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem sozialen Hintergrund der Schüler/innen und deren Leistungen ergeben, so dass die steigende Bildungsbeteiligung nicht für alle Jugendlichen die gleichen Chancen mit sich bringt. Nach vergleichenden Analysen ist die soziale Selektivität in Systemen, die in frühem Alter eine Selektion nach dem Leistungsstand vornehmen, deutlich erhöht. In Österreich ist vor allem der Besuch der AHS-Oberstufe, und damit auch die weitere Studienwahrscheinlichkeit, stark mit einem gehobenen sozialen Hintergrund verbunden (die Mehrheit der Schüler/innen stammt aus einem Haushalt mit Matura- oder Hochschulniveau, Darstellung M3 im Materialband; vgl. auch NBB-I, Indikatoren C4, F7-F9, Lassnigg et al. 2009).

Trotz der starken Beziehung des Bildungswesens zur Beschäftigung fühlen sich die Jugendlichen nicht besonders gut auf die Anforderungen der Arbeitswelt vorbereitet, v.a. bei den über-20-Jährigen, die bereits oft berufliche Erfahrungen gesammelt haben, äußern etwa 70 Prozent mehr oder weniger deutliche Kritik (ÖIJ 2005, 4).

Veränderungen in der Lehrlingsausbildung[13]

Ein großer Anteil der Jugendlichen wechselt nach der Pflichtschule in die Lehrlingsausbildung (nach verschiedenen Berechnungsweisen liegt dieser Anteil jedenfalls bei mehr als einem Drittel, meistens bei 40% einer Alterskohorte). Spätestens seit einem Jahrzehnt ist der Übergang in die Lehre mit Problemen verbunden, es gibt einen steigenden Anteil an Jugendlichen, die schwer eine Lehrstelle finden, und es werden in breitem Maße öffentliche Fördermaßnahmen gesetzt. In diesem Bereich ist die Altersgruppe der 15-19-Jährigen betroffen, insbesondere die Pflichtschulabgänger/innen, aber es wechseln auch beträchtliche Anteile von Jugendlichen aus den ersten Klassen der BMHS in eine Lehrlingsausbildung.

Die Entwicklungen im Bereich der Lehre sind vielfältigen Interpretationen und Diskussionen ausgesetzt, die einerseits bei Veränderungen der Rekrutierungsbasis (angebotsseitig) und andererseits bei veränderten Wirtschafts- und Qualifikationsstrukturen (nachfrageseitig) ansetzen. Bisher gibt es jedoch keine ausreichenden Analysen, um kausale Zusammenhänge überzeugend darzustellen. Vorwiegend wird in Österreich mit angebotsseitigen Faktoren argumentiert: Da ein zunehmender Anteil an Jugendlichen in höhere Ausbildungen strebt, die Leistungsstreuung der Jugendlichen in der Pflichtschule aber nicht verringert wurde, verändert sich die Rekrutierungsbasis für die Lehrlingsausbildung in den Bereich von Jugendlichen mit weniger erfolgreichen Schulerfahrungen und –leis-

[13] Siehe die Darstellungen M8 (1970-2009) und M9 (1924-2008) im Materialbd.

tungen. Aus Mangel an geeigneten Bewerber/innen würden weniger Lehrstellen geschaffen. Nachfrageseitige Veränderungen werden in Österreich nur wenig thematisiert, wenn es auch seit Jahren viele indirekte Hinweise auf derartige Veränderungen gibt, und diese auch in anderen Ländern teilweise stark thematisiert werden.

Durch die neuerdings geschaffene und geförderte Möglichkeit, die Lehrausbildung mit der Berufsreifeprüfung zu verbinden (Berufsmatura), sollen die Anreiz- und Wettbewerbsstrukturen zugunsten der Lehre verbessert werden. Dadurch wird sich empirisch zeigen, inwieweit sich der Lehrstellenmarkt verbessert, oder inwiefern auch nachfrageseitige Verursachungsfaktoren für die Anspannungen am Lehrstellenmarkt vorliegen, die mit tiefergehenden Veränderungen der Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Arbeits- und Qualifikationsstrukturen, sowie mit den konjunkturellen Einflüssen zu tun haben.

Wenn man den Lehrstellenmarkt längerfristig betrachtet, so gibt es offensichtlich Hinweise auf strukturelle Veränderungen, die auf eine relative Steigerung von Unterbringungsproblemen und eine eher stagnierende effektive Nachfrage nach Lehrlingen zu den gegebenen Bedingungen hindeuten. Am Lehrlingsmarkt liegt die Zahl der Lehrstellensuchenden seit Jahren über der Zahl der offenen Lehrstellen, die Lehrverhältnisse stagnieren, und der Anteil der geförderten Lehrstellen ist beträchtlich. Die offenen Lehrstellen sind seit dem Einsetzen der Förderungen in der zweiten Hälfte 2005 etwas gestiegen, wenn auch Analysen in einem beträchtlichem Maß von Mitnahmeeffekten ausgehen (BMASK 2009a).

Die bereits zitierte Analyse des Geburtenjahrganges 1980 ergibt etwa 40.000 erfolgreiche Lehrstellensuchende, davon hat fast die Hälfte (43%) auch über das AMS gesucht, etwas mehr als 80% haben bis zum Alter von 25 die Lehrzeit erfüllt, und etwa 17% haben diese abgebrochen (ca. 7.500 Personen).[14] Obwohl nach Abschluss etwa 90% zunächst im Lehrbetrieb weiterbeschäftigt waren, beträgt dieser Anteil im Alter von 25 Jahren nach den Sozialversicherungsdaten nur noch 4% (37% sind noch in der Branche beschäftigt). Wenn dies richtig ist, so wäre die Lehrlingsausbildung fast ausschließlich auf die kurzfristige Verwertung ausgerichtet (Alteneder et al. 2006, 28, vgl. auch Löffler 2008).

Frühe Bildungsabbrüche und mangelnde Kompetenzen[15]

Nach neueren ökonomischen Modellrechnungen sind die im Bildungswesen erworbenen Grundkompetenzen von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung, indem sie eine bessere Voraussage des Wirtschaftswachstums ermöglichen als die traditionell verwendeten Bildungsjahre (Hanushek/Woessmann 2008). Vor allem die PISA-Erhebung ergibt eine Schätzung für das erreichte Kompetenzniveau der österreichischen Jugendlichen, demzufolge ein beträchtlicher Anteil von mehr als 20% keine ausreichenden Grundkompetenzen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften erworben hat (Schmich 2009, v.a. Abb. 4.3.10). Andere Schätzungen von Risikogruppen werden seit einiger Zeit auch aufgrund von Informationen über die Schul- und Bildungslaufbahn durchgeführt (Steiner/Wagner 2007, Steiner/Steiner 2006). Der EU-Indikator für frühen Schulabbruch liegt in

[14] ‚Lehrzeit erfüllt' bedeutet, dass die Beschäftigungszeiten lt. Sozialversicherungsdaten der durchschnittlichen vollen Zeit einer Lehre entsprechen, es muss aber nicht bedeuten, dass auch die Prüfung erfolgreich abgeschlossen wurde; hierzu gibt es nur Informationen über die Zahl der Antritte und Erfolge, diese Informationen können jedoch nicht direkt auf die Lehrlingszahlen bezogen werden; die ‚Erfolgsquote' der bestandenen in Prozent der abgelegten Prüfungen liegt 2008 bei 83% (Schneeberger/Novak 2009, S.36) – wenn man diese Quote auf die ‚erfüllte Lehrzeit' bezieht, so schließen etwa zwei Drittel erfolgreich ab.

[15] Die Angaben beziehen sich auf die Periode 2000-2007.

Österreich insgesamt bei 11%, und ist bei verschiedenen Hintergrundmerkmalen teilweise bedeutend erhöht (Steiner 2009): städtisches Umfeld (12%), Eltern arbeitslos (21%), Eltern niedrige Bildung (19%), Migrationshintergrund (2.Generation: 19%; Geburtsland nicht EU-15: 30%). Früher Schulabbruch ist anschließend mit deutlich erhöhter Arbeitslosigkeit (29%) und Out-of-Labour-Force (21%; Frauen: 30%) bzw. mit Beschäftigung in Hilfstätigkeiten (74% der Beschäftigten) verbunden.

Wenn man diese Werte auf die 15-24-jährige Bevölkerung umrechnet, so ergeben sich quantitative Anhaltspunkte: kumuliert ergeben sich etwa 200.000 Jugendliche mit mangelnden Kompetenzen bzw. 100.000 mit frühen Bildungsabbrüchen. Der Bestand an arbeitslosen 15-24-jährigen Abbrecher/innen liegt in dieser einfachen Hochrechnung bei 23.000, in Hilfstätigkeiten beschäftigt wären nach diesen Relationen etwa 30.000.

Geschlechtsspezifische Unterschiede

Seit langem ist die starke geschlechtsspezifische Segregation des Ausbildungssystems bekannt. Darstellung M4 im Materialbd. zeigt exemplarisch den Frauenanteil an detaillierten Ausbildungsgängen. Es gibt von 44 Kategorien nur in etwa 10 bis maximal 20 eine einigermaßen ausgewogene Geschlechterverteilung, in 8 Kategorien dominieren die Männer stark (weniger als 30% Frauenanteil), in 13 Kategorien dominieren die Frauen stark (über 70% Frauenanteil), die Trennlinie verläuft klar zwischen technischen Fachrichtungen einerseits und Sozial-, Gesundheits- und Dienstleistungsfachrichtungen andererseits. Diese Trennung führt zu einem der geringsten Frauenanteile in technisch-naturwissenschaftlichen Studien im Europäischen und internationalen Vergleich. Es gibt deutliche Hinweise dafür, dass diese Segregation durch die vergleichsweise früh beginnende Berufsbildung mit bedingt ist, die bereits eine hohe Segregation aufweist (Lassnigg 2004, Fig.8; Lassnigg/Vogtenhuber 2008, 9).

Kritische Würdigung der Datengrundlagen

Datengrundlagen

Für die allgemeine Erfassung des Jugendarbeitsmarktes bestehen laufende Datengrundlagen einerseits auf Basis des Labour Force Survey der Statistik Austria, und andererseits auf Basis der Registerdaten des AMS und des Sozialversicherungsmonitoring. Aus beiden Quellen sind jährliche Daten in Tabellen- und Berichtsform im Internet abrufbar, zu einigen Aspekten auch monatliche und/oder Quartalsdaten. Routinemäßige Aufgliederungen gibt es nach Geschlecht, Alter, Bundesländern, und verschiedenen speziellen Merkmalen. Aus diesen Datengrundlagen lässt sich relativ rasch ein allgemeines Bild über die Situation und Entwicklung am Jugendarbeitsmarkt machen, ohne dass größere Forschungsmittel für Basisinformationen erforderlich sind, wie das noch vor einigen Jahren der Fall war. Historische Analysen sind mit Zeitreihenbrüchen (AMS-Daten) bzw. abgeschnittenen Darstellungen (10 Jahre, Statistik Austria), konfrontiert.

Die Lehrlingsstatistik hat im Laufe der Zeit verschiedene Umstellungen und Veränderungen durchgemacht, gegenwärtig wird sie von der Wirtschaftskammer Österreich angefertigt, ist aber im Unterschied zu früher nur noch für WKO-Mitglieder bzw. kostenpflichtig abzurufen (http://wko.at/statistik/Extranet/Lehrling/Lehrling.htm) und stellt damit keine allgemein zugängliche Informationsbasis mehr dar.

Die Schulstatistik hat in den letzten Jahren gravierende Veränderungen erfahren, die für einige Jahre zum Ausfall der Statistik geführt haben und befindet sich in einer Umbruchsituation. Aktuell enthält der Nationale Bildungsbericht einen Datenband (NBB-I: http://www.bifie.at/sites/default/files/pub-pdf/2009-06-16_NBB-Band1.pdf) und Statistik Austria veröffentlicht einen jährlichen Bericht (http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/bildung_und_kultur/publdetail?id=5&listid=5&detail=508) und einen ausführlichen Satz an Tabellen, v.a. zur aktuellen Situation und auch manche Zeitreihen (http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/index.html).

Lücken im Datenbestand

Lücken bestehen vor allem bei vier wichtigen Informationen: Erstens wäre eine Aufgliederung nach Alter und Ausbildung sehr nützlich, um direkte Informationen über die Absolventen/innen zu erlangen; zweitens wäre eine routinemäßige Aufgliederung nach aussagekräftigen regionalen Merkmalen (städtisch-ländlich) wünschenswert; drittens besteht in der österreichischen Statistik eine Lücke der Erfassung sozialer Hintergrundfaktoren, sei es der Migrationshintergrund oder der sozio-ökonomische Hintergrund, viertens sind Informationen für eine fundamentale Dimension des Arbeitsmarktes fast überhaupt nicht verfügbar: Einkommensinformationen.

Wenn außerdem nähere Aufschlüsselungen der Jugendlichen erforderlich sind, etwa nach spezialisierten Qualifikationen, so stoßen die verfügbaren Datengrundlagen des Labour Force Survey sehr rasch auf ihre Grenzen: Die Datenbasis ist zu gering, um Aufgliederungen nach einfachen Merkmalen wie Alter und Geschlecht zu ermöglichen. So ist ein einfaches Monitoring der Beschäftigungsentwicklung der Absolventen/innen nach Qualifikationen mit den Mitteln der offiziellen Statistik nicht möglich (vgl. Lassnigg/Vogtenhuber 2007).

Eine weitere Problematik, die v.a. im Hinblick auf Europäische oder internationale Vergleiche von großer Bedeutung ist, besteht in der Zwischenposition der Lehrlingsausbildung zwischen Bildung und Beschäftigung. Wenn diese als Ausbildung gezählt wird, so erfolgt der Übergang in Beschäftigung nach der Ausbildung, also auch nach der Lehrlingsausbildung. Dieser Übergang wird jedoch nicht direkt beobachtet, auch sind die Vergleiche von Erwerbsquoten von Jugendlichen mit Verzerrungen verbunden.

2. Forschungsstand und Forschungslücken

Wie die bisherige Darstellung zeigt, besteht ein quantitatives Bild des aggregierten Jugendarbeitsmarktes, bzw. v.a. auch des Lehrstellenmarktes als Teilbereich, das auch in verschiedenen Analysen laufend aktualisiert wird. Qualitative Aspekte werden jedoch nicht gleichgewichtig laufend beobachtet und analysiert. Dies betrifft sowohl eine im Prinzip einfache Beobachtung der Entwicklungen im Bereich der Jugendbeschäftigung (wie laufen die Übergangsprozesse ab, in welchen Sektoren und betrieblichen Bereichen und Funktionen werden Jugendliche eingesetzt, welche Arbeitsbedingungen haben sie, wie spielen die Flexibilisierungstendenzen mit der Karrieregestaltung zusammen, welche Risiken entwickeln sich und wie können diese abgefedert werden etc.), die jedoch schon aufgrund der Begrenzungen in den vorhandenen laufenden Datenbasen beispielsweise des LFS nicht einfach zu beobachten sind, als auch eine weitergehende Forschung, die die Entwicklungen und Veränderungen im Bereich der Jugend im Zusammenhang mit den allseits betonten

und „gehypten" bedeutenden und immer rascheren gesellschaftlichen Veränderungen betrachtet. Wenn der Arbeitsmarkt und die Beschäftigung in der Zukunft ganz anders aussehen werden als in der Gegenwart und der Vergangenheit, so betrifft dies offensichtlich ganz besonders die Jugendlichen und ihre Entwicklungsperspektiven. Hier geht es um eine Dynamik von Stabilität und Veränderung, die in der internationalen Jugendforschung eine zentrale Rolle spielt, in Österreich jedoch nur wenig beachtet wird. Die Jugendforschung versucht hier in den Veränderungen bei den Jugendlichen die Vorboten künftiger gesellschaftlicher Veränderungen zu analysieren, und es wäre wichtig diese Forschung mit den Forschungen in Bildung und Beschäftigung zu verbinden, was bisher aber nur sehr begrenzt der Fall ist. Die Schließung des ÖOJ kann hier als Signal in die falsche Richtung gesehen werden.

Abgesehen von diesen weitergehenden Überlegungen kann man Forschungsbedarf auch in konkreten Bereichen orten. So gibt es im Bereich der Lehrlingsausbildung in den Nachbarländern mittlerweile eine rege Forschungstätigkeit über Fragen, die grundlegend für das Verständnis der Entwicklung sind (etwa über die Faktoren für die Bereitstellung von Lehrstellen, oder über die finanziellen Aspekte der betrieblichen Ausbildung), in Österreich aber nicht beachtet werden.[16] Darüber hinaus besteht in Österreich das parallele schulische Angebot der BHS und BMS, das in seinen Konsequenzen für die Qualifikationsstrukturen und das Kompetenzangebot so gut wie nicht untersucht ist. Es gibt dazu lediglich verschiedene Annahmen und abstrakt-statistische Analogieüberlegungen, die jedoch nicht über den Status von Glaubensüberzeugungen hinausgehen (etwa die These, dass die BHS substitutiv für Hochschulabschlüsse in anderen Ländern fungieren würden). Ebenso gibt es viele offene Fragen zur Entwicklung des Bedarfes an Qualifikationen und Kompetenzen, etwa bezüglich des Verhältnisses von mittleren und höheren Qualifikationen, und auch im Hinblick auf den Weiterbildungsbedarf.

Ein weiteres Feld von reger Forschungsaktivität ist die Analyse und Evaluierung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für Jugendliche. Dazu gibt es viele Einzelstudien, und einige breitflächigere Analysen, die meistens einen großen deskriptiven Schwerpunkt haben und teilweise auch mehr oder weniger kurzfristige Verbleibsuntersuchungen enthalten (vgl. für Überblicksdarstellungen Lassnigg 2009, BMASK 2009a). Die international mittlerweile stark entwickelte kausal orientierte Evaluationsforschung[17] ist in Österreich jedoch wenig entwickelt, und es ist aufgrund der unterschiedlichen methodischen Standards schwierig, die österreichischen Ergebnisse mit dem wissenschaftlichen Status-Quo zu vergleichen.

[16] Vgl. für Deutschland: http://www.bmbf.de/de/6201.php und für die Schweiz: http://www.bbt.admin.ch/themen/berufsbildung/00405/index.html?lang=en

[17] Vgl. für eine aktuelle Übersicht http://www.iza.org/ > Evaluation of Labor Market Programs; sieh auch Lassnigg 2009

3. Wirksamkeit von Politikansätzen und Empfehlungen

State-of-the-Art auf vergleichender Ebene

Erfahrungen mit der Wirksamkeit von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für Jugendliche gibt es seit den 1980er Jahren, als international und in Österreich im Umfeld von breiteren Wirtschaftskrisen im Zusammenspiel mit einem demografischen Aufschwung weithin Probleme am Jugendarbeitsmarkt aufgetreten sind. Frühe Meilensteine der Analyse waren die OECD Transition-Studie (OECD 2000) und eine zusammenfassende Diskussion der Wirksamkeit von Jugendarbeitsmarktpolitik von Martin/Grubb (2001). Zwei Metastudien befassen sich mit der Wirksamkeit von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (Betcherman et al. 2004, Kluve et al. 2007, Kluve 2006) und eine umfassende Europäische Studie hat die Situation von besonders benachteiligten Jugendlichen näher untersucht und Politikstrategien herausgearbeitet (Walther/Pohl et al. 2005). Auf der Politikebene hat die EU-Kommission 2001 ein Weißbuch zur Jugendpolitik veröffentlicht (EK 2001) und in einem jüngsten Dokument wird ein breiter politikübergreifender Ansatz propagiert (EK 2009, EU 2009).

Zwei Aussagen sind der internationalen Forschung gemeinsam: Erstens ergeben die Evaluierungen eine schwache Wirksamkeit von rein arbeitsmarktpolitisch angelegten Maßnahmen, und zweitens wird ein umfassender Ansatz als nötig angesehen, der die gesellschaftliche Situation der Jugend insgesamt in den Blick nimmt, und – bei allen damit verbundenen Schwierigkeiten – auch politikübergreifend das Bildungswesen, die sozialen Umstände, und Arbeitsmarkt und Beschäftigung berücksichtigt (vgl. z.B. Wyn/Dwyer 2000, du Bois-Reymond/Chisholm 2006).

Man kann die vorhandenen Politikvorschläge auf internationaler Forschungsebene im Hinblick auf die Verbesserung am Jugendarbeitsmarkt bzw. der Übergänge in Beschäftigung stilisiert folgendermaßen zusammenfassen und kommentieren (Lassnigg 2007, 2006):

- Verbesserungen im Bereich der Bildung sind zentral (Stichwort: „education first”);
- Maßnahmen oder Strukturen, die Bildung und Beschäftigung zu verbinden versuchen;
- Höherqualifizierung bedroht wenig Qualifizierte, Integration oft nur kurzfristig;
- vorwiegend realisierte Maßnahmen für benachteiligte Jugendliche vernachlässigen die Verbindung von Bildung und Beschäftigung: Arbeitsmarktausbildung, verstärkte Berufsbildung, Deregulierung von (Einstiegs)-Beschäftigung; „inclusive education”;
- für benachteiligte Jugendliche vorgeschlagen: Ansätze der Aktivierung durch individuelle Aktionspläne (multifunktionale Dienste, Einkommenssicherung, individualisierte Unterstützungen);
- Österreich dem beschäftigungsorientierten Übergangsregime zugeordnet.

Politikeinsatz und Wirksamkeit in Österreich

In Österreich liegen neben einer Reihe von mehr oder weniger spezialisierten Detailstudien und Evaluationen einige rezente Gesamtdarstellungen und Einschätzungen zu den vorhandenen Politikansätzen und ihrer Wirksamkeit vor (vgl. v.a. BMASK 2009b, BMASK 2009a, Steiner 2009, Schneeberger 2009).[18]

Es gibt eine Vielzahl von Maßnahmen im Bereich der Bildungs- und der Arbeitsmarktpolitik, die sich indirekt und direkt auf den Jugendarbeitsmarkt und die Jugendbeschäftigung beziehen (vgl. die Zusammenstellung in BMASK 2009b). Im Folgenden werden diese schwerpunktmäßig auf die herausgearbeiteten Problembereiche bezogen.

Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik

Im Jahr 2008 wurden 97.000 15-24-Jährige neu in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gefördert (bezogen auf etwa 176.000 Personen, die in dieser Altersgruppe von Arbeitslosigkeit betroffen waren, etwa die Hälfte), absolut und relativ etwas weniger als im Vorjahr, aber auf dem Hintergrund der Wirtschaftskrise mit einer leichten Umschichtung zu den 20-24-Jährigen, mit dem Schwerpunkt auf Ausbildungsmaßnahmen. Fast 40.000 Jugendliche dieser Altersgruppe sind in diesem Jahr neu gefördert worden (BMASK 2009b, 45-46). Im Vergleich zur Größenordnung von etwa 60.000 von Arbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen, die in den letzten Jahren eher Bewegungen aufwiesen, die nicht einer stabilen Beschäftigungsintegration entsprechen, ist der Förderanteil hoch. Einem großen Teil der Jugendlichen werden Angebote gemacht, und es gibt auch die Möglichkeit einer Förderung für den Lebensunterhalt im Falle einer Maßnahmenteilnahme. Es stellt sich aber die Frage nach der Wirksamkeit dieser Förderungen. Es wurde darauf hingewiesen, dass nach dem allgemeinen Forschungsstand die Wirksamkeit von Maßnahmen für Jugendliche besonders stark in Frage gestellt wird.

Höherqualifizierung und Chancengleichheit

In diesem Bereich ist der Ansatzbereich zu weit und die Situationsdefinition über weite Strecken zu unklar, um konkrete Maßnahmen zuordnen zu können. Die Höherqualifizierung ist an sich unbestritten, darüber, wie weit sie gehen soll, bzw. in welchen Bereichen prioritärer Zusatzbedarf an Qualifikationen und Kompetenzen besteht, gehen die Meinungen auseinander, und es gibt verschiedenste und widersprüchliche Signale. Unter Innovationsgesichtspunkten wird der Bedarf nach tertiären Qualifikationen, insbesondere im Bereich Technik und Naturwissenschaften, betont, unter demografischen Gesichtspunkten wird immer wieder der Ersatzbedarf an FacharbeiterInnen hervorgehoben, sowie aufgrund der demografischen Alterung der prinzipielle Bedarf im Gesundheitsbereich, wo jedoch gleichzeitig wiederum die Finanzierungspotentiale in Frage gestellt werden, usw. Evidenzen, die ausreichen, um handlungsleitend zu wirken, fehlen zu diesen Fragen weitgehend.

[18] BMASK 2009b umfasst in offizieller Darstellung einen sachlich gestützten Überblick über die aktuellen Maßnahmen im Bereich von Jugend und Arbeit in Österreich; BMASK 2009 enthält eine umfassende Bestandsaufnahme aller arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Zeitraum 1994-2009, inklusive quantitativer Angaben zum Monitoring und einem Überblick über vorhandene Evaluierungen; Steiner 2009 beschäftigt sich mit den Problemen des frühen Schulabganges und Schneeberger 2009 mit der Ausbildungsgarantie.

Auch die Problematik der sozialen Chancengleichheit, die v.a. mit den Befunden aus PISA wieder in die öffentliche Aufmerksamkeit gerückt ist, steht trotz der erdrückenden empirischen Hinweise auf die strukturellen Probleme der frühen Selektion im Bildungswesen noch so sehr im politischen Wettbewerb, dass ein ausreichender Konsens für wirksame Maßnahmen trotz der Hinweise der internationalen und europäischen Institutionen noch fehlt.

Im Bereich der geschlechtsspezifischen Teilungen im Bildungswesen und in der Beschäftigung gibt es seit Jahrzehnten Maßnahmen (z.B. Mädchen und Frauen in Technik, oder Förderungen des Zuganges in segregierte Ausbildungen oder Berufe), die jedoch nicht oder nur geringfügig greifen. Nach der neueren „Life-Course"-Forschung liegen die Ursachen der geschlechtsspezifischen Unterschiede im Bildungs- und Beschäftigungsverhalten in den grundlegenden Strukturen der sozialen Sicherung und der Familienförderung begründet und können auch nur dort wirksam geändert werden (Bovenberg 2007).

Im Bereich der Benachteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist heute bereits klar, dass eine durchgreifende Förderung bereits vor Eintritt in das Bildungswesen beginnen muss, und sich dann weiter fortsetzen muss, wobei eben auch die Bedingungsfaktoren im gesamten gesellschaftlichen Umfeld eine wesentliche Rolle spielen (Biffl 2009).

Lehrstellenmarkt und Auffangnetz

Der Lehrstellenmarkt ist seit den 1990ern ein wesentliches politisches Aktionsfeld, wo auf zwei Seiten angesetzt wird: es werden Lehrstellen gefördert um die Nachfrage nach Lehrlingen zu erhöhen, und es werden Jugendliche, die trotzdem keine Lehrstelle finden, im sog. „Auffangnetz" gefördert, das zur „Ausbildungsgarantie" erweitert wurde.

Die Lehrstellenförderung hat in den letzten Jahren sehr hohe Ausmaße erreicht (der Bestand an Geförderten umfasste bereits ein Drittel der Lehrverhältnisse) und ihre Wirksamkeit ist umstritten, sie wurde dann entsprechend grundlegend reformiert (BMASK 2009ab). Seit der massiven Förderung ab 2005 kann eine leicht positive Entwicklung der offenen Lehrstellen am Lehrstellenmarkt beobachtet werden, Simulationen ergeben jedoch hohe Mitnahmeeffekte (BMASK 2009a, 140). Gleichzeitig hat sich der Schwerpunkt der Lehrstellenförderung von der gezielten Förderung von Benachteiligten bzw. von Chancengleichheit ab 2005 zur Seite der Lehrstellen verlagert (Schneeberger 2009).

Mit dem aktuell wieder reformierten Auffangnetz ist ein eigener institutioneller Kontext entstanden.[19] In den letzten Jahren werden etwa 15.000 bis 17.000 Jugendliche im Auffangnetz gefördert.

Diese Maßnahmen wurden mehrfach evaluiert. Dabei zeigt sich, dass damit Ausbildungschancen für vielfältig benachteiligte Jugendliche (in Wien haben zwei Drittel der teilnehmenden Jugendlichen Migrationshintergrund) geschaffen werden, die auch bei einem Teil zum Abschluss der Ausbildung bzw. zur Verankerung in Beschäftigung führen. Es gibt aber auch Ausfälle von bis zu 30% und die Verankerung in Ausbildung oder Beschäftigung liegt

[19] „Der ab dem Ausbildungsjahr 2008/09 eingesetzte Reformprozess zielt darauf ab, die überbetriebliche Lehrausbildung – ergänzend zum weiterhin prioritären betrieblichen Lehrstellenangebot – als gleichwertigen und regulären Bestandteil der dualen Berufsausbildung zu etablieren." (BMASK 2009b, 49); die Entwicklung umfasst nicht nur ein fast jährlich novelliertes eigenes Gesetz (JASG), sondern auch mehrfache Novellierungen des BAG, sowie eine Reihe von Bundesrichtlinien des AMS und auch Änderungen im Bereich des AMFG bzw. AMPFG und der Arbeitslosenversicherung erforderte (Vgl. BMASK 2009a, 121-125).

bei etwa der Hälfte bis unter zwei Drittel der Verbleibenden. Legt man diese groben Werte auf den Bestand von 17.000 um, so kann bei etwa 7.000 mit einer Verankerung gerechnet werden, bei 10.000 muss ein Abbruch oder keine erfolgreiche Verankerung in Ausbildung bzw. Beschäftigung erwartet werden.

Schließlich wurde mit der starken Förderung der „Lehre mit Matura" möglicherweise die Wettbewerbsposition der Lehrlingsausbildung verbessert. Die Nachfrage ist hoch, ob sich damit strukturelle Entwicklungen ergeben werden, kann erst die Zukunft zeigen.

Frühe Schulabgänger/innen

Auf den Bereich der frühen Schulabgänger/innen ist die Aufmerksamkeit v.a. durch die Europäische Politik gelenkt worden. In den letzten Jahren ist einige Klarheit geschaffen worden, und es gibt mittlerweile auch Politikinstrumente, insbesondere die Förderung des Nachholens von Pflichtschulabschlüssen und der Berufsreifeprüfung sollen wesentlich verstärkt und weiterentwickelt werden. Nach wie vor ist aber die Datenlage schwach, und es ist schwierig diese Personengruppe aufzufinden, die oft auch mit vielfältigen Problemen der Benachteiligung und Stigmatisierung zu kämpfen hat.

Steiner (2009) zeigt, dass die Ursachen des frühen Schulabbruches nur wenig untersucht sind. Sie können in strukturellen Faktoren des österreichischen Bildungswesens wie auch in der Bildungspraxis verortet werden. Zu strukturellen Faktoren gibt es keine spezifischen Analysen, in den Bildungsprozessen spielen Faktoren wie Motivation (Langeweile), schlechte Schulleistungen und angenommene Leistungsdefizite, Pull-Faktoren wie Arbeit und Einkommen, Peer-Gruppen-Effekte, Verhältnis zu Lehrpersonen (unfair empfundene Behandlung, „Herumnörgeln") und Orientierungslosigkeit. Weitere gesellschaftliche Faktoren und auch unangepasste Jugendsubkulturen, die hier sicher eine Rolle spielen, werden nicht erwähnt.

Es werden fünf Interventionsstrategien angeführt: das Auffangnetz, die arbeitsmarktpolitischen Programme („Jobs4Youth"), Nachholen des Hauptschulabschlusses, das Vermittlungs- und Bewerbungscoachingprojekt „Der Jugend eine Chance", und der an Case-Management orientierte Clearing-Ansatz, der auf Jugendliche mit Behinderung fokussiert ist. Diese Maßnahmen sind jedoch teilweise breiter angelegt und nicht spezifisch auf frühen Schulabbruch zugeschnitten, auch haben sie sehr unterschiedliches Gewicht.[20] Bei der Analyse der Interventionsstrategien und Maßnahmen werden drei Charakteristika herausgearbeitet:

- der Schwerpunkt liegt auf kurativen Interventionen, v.a. Re-Integration über beschäftigungsbezogene Maßnahmen;
- eine Gesamtstrategie, die auch den präventiven Aspekt umfassen sollte, fehlt;
- im internationalen Vergleich fällt die Beschäftigungszentriertheit besonders auf, die auch mit individualisierten defizitorientierten Ursachenzuschreibungen verknüpft ist, während davon ein anderes „universalistisches" Interventionsmuster unterschieden wird, das stärker auf der mangelnden Orientierung aufbaut und die Potentiale der Jugendlichen in den Vordergrund rückt.

[20] So nahmen 2007/08 an „Der Jugend eine Chance", das am deutlichsten für frühe Schulabgänger/innen zugeschnitten ist wenn diese Langzeitarbeitslos geworden sind, etwa 2.000 Jugendliche teil: im Clearing gab es 2008 ca. 6.700 Förderfälle, Nachholen des Hauptschulabschlusses etwa 1.200, das Auffangnetz mit bis zu 17.000 Förderfällen, und in einer ähnlichen Größenordnung Jobs4Youth (das einen breiten Maßnahmenmix für 19-24-Jährige anbietet) sind viel umfassendere Programme.

Zur Weiterentwicklung der Interventionen werden, auch unter Berücksichtigung von internationalen „good-practice"-Beispielen schwerpunktmäßig Strategieempfehlungen in vier Bereichen abgegeben:

- Prävention in Form durchgreifend verstärkter Förderung in der Vorschule beginnend;
- Reform der Erstausbildung in Richtung verringerter Selektivität und stärkerer Potential- statt Defizitorientierung;
- holistisch angelegte Berufsorientierung mithilfe individueller Aktionspläne; und
- strategiegeleitete Kooperation der Akteur/innen auf der Basis klarer politischer Zielsetzungen.

4. Zusammenfassung und Empfehlungen

Die Situation der Jugendlichen in Bezug auf Arbeitsmarkt und Beschäftigung ist in Österreich vergleichsweise günstig, nicht zuletzt weil alle Akteure/innen und auch die Politik in diesem Bereich beim Sichtbarwerden von Problemen rasch und massiv gegengesteuert haben. Die Strategien und Maßnahmenstrukturen verfolgen eine bestimmte Richtung, die man als beschäftigungsorientiert bezeichnen kann, wie auch eine EU-vergleichende Studie festgestellt hat. Schwerpunkte der Interventionen sind die Lehrlingsausbildung und die Arbeitsmarktpolitik, erstere kann als bedingt präventiv bezeichnet werden, letztere ist kurativ.

Obwohl klar ist, dass wirtschaftliche und gesellschaftliche Faktoren eine Rolle spielen, setzen die Interventionen einen Fokus auf individuelle Defizite, die wenn möglich ausgeglichen werden sollen. Die offene Frage ist jedoch, wie weit diese Erwartung realistisch ist. Offensichtlich gibt es eine Zahl an Jugendlichen, bei denen diese Maßnahmen nicht greifen. Von der Forschung her gesehen sind breitere Ansätze nötig.

In dieser Strategie ist insbesondere die Position des Bildungswesens zu hinterfragen. So ist es erforderlich, relativ kurz nach Verlassen der Erstausbildung etwa 100.000 Jugendlichen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen den Erwerb weiterer Kompetenzen zu ermöglichen, die sie vorher im Bildungswesen nicht erworben haben. Überdies setzen sich die Selektionsprozesse, die im Schulwesen stattgefunden haben, in diesen Maßnahmen fort. Einerseits befinden sich oft in den Maßnahmen benachteiligte Jugendliche konzentriert, wo man von weiter benachteiligenden „Peer Effekten" (d.h. voneinander nicht unbedingt Vorteilhaftes zu lernen) ausgehen kann; andererseits stellt sich die Frage nach der nachhaltigen Wirksamkeit dieser Maßnahmen. Es wäre also hier nach der Verantwortung des Bildungswesens zu fragen, um präventiv bei allen Jugendlichen bessere Voraussetzungen für die weitere Laufbahn zu schaffen. Die institutionelle Trennung der Kinder und Jugendlichen nach der vermuteten Leistungsfähigkeit, die im Alter von 10 Jahren beginnt, setzt sich hier immer weiter fort und verstärkt so die soziale Segregation der Jugendlichen.

Ein zweiter Ansatzpunkt, der von der Jugendforschung und auch von den einschlägigen Politikempfehlungen betont wird, besteht darin, die Jugendlichen in ihrem gesamten Interessenspektrum zu sehen, und ihren Beitrag zur langfristigen gesellschaftlichen Entwicklung stärker ins Zentrum der Politik zu stellen. Neben der Beschäftigung sind Fragen von der gesellschaftlichen Beteiligung, der sozialen Unterstützung, der Gesundheit, der Freiwilligenbetätigung und der Entwicklung einer nachhaltigen Lebensführung in einer

integrierten Jugendpolitik zu berücksichtigen. In diesen Bereichen findet wertvolles informelles Lernen statt, das durch die Kommunen wie auch durch Nichtregierungsorganisationen unterstützt werden muss. In diesen Bereichen können auch wichtige Grundkompetenzen erworben werden, die so viel nachgefragt werden aber in der Schule nur zweifelhaft vermittelt werden können, nicht zuletzt auch Kreativität und unternehmerisches Handeln.

Mehr Wissen im Bereich von Jugendarbeitsmarkt und -beschäftigung

Zu den folgenden Aspekten sollte systematisch die Wissensbasis weiterentwickelt werden:

Vorausschau von Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Es gibt nur sehr wenig systematisches Wissen darüber, in welcher Richtung sich die Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche voraussichtlich entwickeln werden. Ohne einer Planung das Wort reden zu wollen, wäre hier eine bessere Wissensbasis für alle Akteur/innen von Vorteil.

Jugend und Zukunft

Dies betrifft die weiter gefasste Frage, in welche Welt die Jugendlichen hineinwachsen, und wie sie in die Lage versetzt werden, sich den zukünftigen Herausforderungen zu stellen, ohne infolge von steigenden Risiken und Unsicherheiten kurzsichtige gesellschaftliche und politische Perspektiven zu entwickeln. Diese Fragen sind in vielerlei Hinsicht mit Arbeitsmarkt und Beschäftigung direkt verbunden, sei es über den Umweltaspekt der Arbeit, den internationalen Wettbewerb oder die Erfahrungen mit den Migrationsfolgen. Die vorhandenen Forschungen und Diskurse zu diesen Fragen sind bisher fast nicht mit den beschäftigungspolitischen Diskursen verbunden.

Grundlagen für Information und Beratung

In vielen politischen Überlegungen und Dokumenten werden hohe Erwartungen in verschiedenste Informations- und Beratungsleistungen gesetzt. Wenn in diesen Bereichen Defizite bestehen, sollen diese sicher beseitigt werden, aber es sind auch „naive" Vorstellungen über die Wirkungen dieser Leistungen zu vermeiden und es sind auch die Grundlagen der Information und Beratung so zu fassen, dass sie auf die Zukunft ausgerichtet sind. Es gibt Positionen im Bereich der Jugendforschung, denen zufolge viele Jugendliche aufgrund ihrer sozialen Primärerfahrungen mehr über die heutige und zukünftige Welt wissen, als ihre Berater/innen.

Evaluierung

Wirksamkeit von Interventionen. Schließlich sollte auch die Wirksamkeit der Interventionen im Sinne der erweiterten Sichtweise rigoros evaluiert werden, um die Strategien und die dafür erforderlichen effektiv und effizient einsetzen zu können. Obwohl in der wissenschaftlichen Literatur zur Evaluierung arbeitsmarktpolitischer Jugendmaßnahmen die Ergebnisse vergleichsweise ungünstig sind, gibt es hier nur wenig vergleichbare Ansätze in Österreich, die das Gegenteil aufweisen würden.

Interventionen

Es gibt massive mehr oder weniger kurative Interventionen, die jedoch einer engen Strategie der Beschäftigungsorientierung folgen. Nach heutigem Forschungsstand ist das österreichische Bildungswesen nicht in der Lage Chancengleichheit sicher zu stellen, weder sozial, noch geschlechtsspezifisch, und schon gar nicht im Hinblick auf Migrationshintergrund. Ein beträchtlicher Teil der Jugendlichen erwirbt im Bildungswesen nicht die erforderlichen Grundkompetenzen und ein weiterer Teil bricht die Bildungslaufbahn vorzeitig ab. Wenn hier auch kurative Maßnahmen erforderlich sind, so bestehen in zwei Bereichen Defizite:

- erstens im Bereich derjenigen Jugendlichen, für die sich die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsmaßnahmen als nicht erfolgreich erweisen;
- zweitens im Bereich der Prävention im Schul- und Bildungswesen.

Vor allem im zweiten Bereich ist eine seriöse Auseinandersetzung damit erforderlich, inwieweit Probleme am Arbeitsmarkt bereits teilweise im Bildungswesen vorprogrammiert werden, und inwieweit hier Handlungsbedarf besteht. Nach vorhandenen Evidenzen führen die Strukturen und Praktiken im Bildungswesen teilweise zu den sozialen Selektionsprozessen, die auch mit den mangelnden Kompetenzen der Jugendlichen zusammenhängen.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, Ketten von Benachteiligung so früh wie möglich zu brechen und ein ausreichendes Niveau von Grundkompetenzen bei allen Jugendlichen sicherzustellen (dass dies möglich ist, zeigen andere Länder). Weiterhin muss es Laufbahnen mit Anknüpfungspunkten und Gelegenheiten zum Weitergehen und Neuorientieren im Bildungswesen und in der Erwachsenenbildung in ausreichendem Maß geben.

Spezielle Probleme

Auf folgende Probleme und Fragen sollte vordringlich Wert gelegt werden:

- Wer geht verloren zwischen den Systemen? Wie kann das verhindert werden? Etwa kommunale Follow-up-Mechanismen im Anschluss an die Pflichtschule;
- Sicherung von Förderansprüchen und –gelegenheiten diese wahrzunehmen. Z.B. sollten Abbrecher/innen effektive Möglichkeiten haben, ihre Ausbildung wiederaufzunehmen und abzuschließen (z.B. Stipendien);
- Wirksamkeit von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen? Wie kann das Zusammenspiel von Arbeitsmarktausbildung und Abschlüssen im Bildungswesen verbessert werden?
- Möglichkeiten von Neuorientierung und Anrechnung sollten verbessert werden
- Was bringt die Lehrlingsausbildung? Hier wären die Chancen danach zu beobachten.

Literatur

Alteneder, Wolfgang; Gregoritsch, Petra; Kernbeiß, Günter; Löffler, Roland; Lehner, Ursula; Wagner-Pinter, Michael (2006): Der Ersteinstieg am Arbeitsmarkt – Österrreichbericht. Befunde zu den Arbeitsmarkterfahrungen von Personen des Geburtsjahrganges 1980. Endbericht Synthesis. AMS-Arbeitsmarktstrukturberichte [http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/Endbericht-ersteinstieg.pdf; Bundesländer: http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/endbericht_bundeslaender_integriert.pdf; 2009-11-30]

Betcherman, G / Olivas, K / Dar A (2004): Impacts of Active Labor Market Programs: New Evidence from Evaluations with Particular Attention to Developing and Transition Countries. Social Protection Discussion Paper Series No. 0402. The World Bank. [http://siteresources.worldbank.org/SOCIALPROTECTION/Resources/SP-Discussion-papers/Labor-Market-DP/0402.pdf; 2009-11-30]

Biffl, Gudrun (2009): Zur Rolle der Bildung für Migrant/innen in Österreich. In: Lassnigg, Lorenz; Babel, Helene; Gruber, Elke; Markowitsch, Jörg (Hrsg.) (2009), Öffnung von Arbeitsmärkten und Bildungssystemen. Beiträge zur Berufsbildungsforschung, Studienverlag, Innsbruck, 57-77.

BMASK (2009a): Dokumentation aktive Arbeitsmarktpolitik in Österreich 1994-Mitte 2009. Massnahmen, Instrumente, Programme und Politiken, Reformschritte, Monitoring, Evaluierung. [http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/2/7/9/CH0690/CMS1249975678352/dokumentation_aktive_amp_in_oesterreich_1994-2009_final_juli_2009.pdf; 2009-11-30]

BMASK (2009b): Jugend und Arbeit in Österreich. [http://www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/7/6/7/CH0690/CMS1249976411510/jugend_und_arbeit_2009.pdf; 2009-11-30]

Bovenberg, Ary Lans (2007): The life-course perspective and social policies: an overview of the issues. DELSA/ELSA/WP1(2007)8. Paris: OECD.

du Bois-Reymond, Manuela; Chisholm, Lynne (2006): The Modernization of Youth Transitions in Europe. Special Issue of New Directions for Child and Adolescent Development 2006(113)

Eder, F. (2006): Interessen und Bewältigung der Schule. In: Haider, Günther; Schreiner, Claudia, Hg., Die PISA-Studie. Österreichs Schulsystem im internationalen Wettbewerb, Wien, Böhlau.

EK-Europäische Kommission (2001): Weißbuch der Kommission vom 21. November 2001 mit dem Titel „Neuer Schwung für die Jugend Europas" [KOM(2001) 681 endg. Brüssel [http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=de&type_doc=COMfinal&an_doc=2001&nu_doc=681; 2009-11-30]

EK-Europäische Kommission (2009): Eine EU-Strategie für die Jugend – Investitionen und Empowerment. Eine neue offene Methode der Koordinierung, um auf die Herausforderungen und Chancen einzugehen, mit denen die Jugend konfrontiert ist. Mitteilung der Kommission 27.4.2009, Brüssel [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0200:FIN:DE:PDF; 2009-11-30]

EU (2009): Presentation on EU's strategy for Youth: Investing and Empowering [http://ec.europa.eu/youth/news/doc/new_strategy/eu_youth_strategy.pdf; 2009-11-30]

Hanushek, Eric A.; Woessmann, Ludger (2008): The Role of Cognitive Skills in Economic Development. Journal of Economic Literature, 46:3, 607–668.

Klinglmair, Robert; Bodenhöfer, Hans Joachim (2009): Benachteiligte Jugendliche – ein Überblick über Probleme und Lösungsansätze im internationalen Vergleich. In: Lassnigg, Lorenz; Babel, Helene; Gruber, Elke; Markowitsch, Jörg (Hrsg.) (2009), Öffnung von Arbeitsmärkten und Bildungssystemen. Beiträge zur Berufsbildungsforschung, Studienverlag, Innsbruck, 147-161.

Kluve, J., Card, D., Fertig, M., Góra, M., Jacobi, L., Jensen, P., Leetmaa, R., Nima, L., Patacchini, E., Schaffner, S., Schmidt, C.M., Klaauw, B. van der, Weber, A. (2007): Active Labor Market Policy in Europe: Performance and Perspectives. Springer: Berlin.

Kluve, Jochen (2006): The Effectiveness of European Active Labor Market Policy. IZA DP No. 2018. [http://ftp.iza.org/dp2018.pdf; 2009-11-30]

Lassnigg, L. (2006): Research based policy proposals for the improvement of the school-to-work-transition. Paper at conference: „Innovating labour market policies: transitional labour markets and flexicurity", Amsterdam 30.11.-1.12. 2006 [http://www.equi.at/dateien/Amstd-transition-policy.pdf; 2009-11-30]

Lassnigg, L. (2007): Improving labour market transitions by lifelong learning? In: Lassnigg, Lorenz; Burzlaff, Helen; Davia Rodriguez, Maria A.; Larssen, Morten (eds.) (2007), Lifelong learning. Building bridges through transitional labour markets, Het Spinhuis, Amsterdam, 265-292.

Lassnigg, L.; Vogtenhuber, S. (2007): Klassifikation für Ausbildung und Beruf: Darstellung der Klassifikation. IHS-research report. Vienna [Internet: http://www.equi.at/dateien/IHS-Ausbildungsklassifikatio.pdf; 2009-11-30].

Lassnigg, Lorenz (2004): To match or mismatch? The Austrian VET system on struggle with diverse and changing demand, in: Gramlinger, Franz; Hayward, Geoff; Ertl, Hubert (eds.), Berufs- und Wirtschaftspaedagogik – online. Vocational and Business Education and Training in Europe: Qualifications and the World of Work, Issue Nr.7. [http://www.bwpat.de/7eu/lassnigg_at_bwpat7.pdf; 2009-11-30]

Lassnigg, Lorenz (2009): Zum Verhältnis von Steuerung und Evaluation – am Beispiel der Arbeitsmarktpolitik. Eröffnungsvortrag der 11. Jahrestagung der DeGEval, in: Zeitschrift für Evaluation, 8 (1), S. 137-146. [http://www.equi.at/dateien/DEGEVAL-klft-keynote08.pdf; 2009-11-30]

Lassnigg, Lorenz; Bock-Schappelwein, Julia; Pitlik, Hans (2009): Bildungsökonomie: Eine vernachlässigte Quelle erweiterten Steuerungswissens im österreichischen Bildungswesen. In: Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009, Band 2 Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen. Graz: Leykam, 361-379 [http://www.bifie.at/sites/default/files/pub-pdf/2009-06-16_NBB-Band2.pdf; 2009-11-30]

Lassnigg, Lorenz; Vogtenhuber, Stefan (2008): Monitoring of qualification and employment in Austria: An empirical approach based on the labour force survey (LFS). In: Deitmer, L., Kämäräinen, P., Manning, S. (Eds.) Proceedings of the ECER VETNET Conference 2008. Papers presented for the VETNET programme of ECER 2008 „From Teaching to Learning?" in Gothenburg (10 to 12 September 2008) [http://vetnet.mixxt.org/networks/files/download.7889; 2009-11-30)

Löffler, Roland (2008): Zwischen Integration und Prekarität – Geringqualifizierte am österreichischen Arbeitsmarkt. In: Brigitte Mosberger, René Sturm (Hg.) Einbindung durch Ausbildung. Beiträge zur Fachtagung „Zur Situation von Personen mit geringer Qualifizierung am österreichischen Arbeitsmarkt" vom 14. Mai 2007 in Wien. AMS-report 62, 7-17 [http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/AMS_report62_tagung_ams_caritas_abif_juni2007.pdf; 2009-11-30]

Martin, John P.; Grubb, David (2001): What works and for whom: a review of OECD countries' experiences with active labour market policies, Working Paper Series 2001:14, IFAU – Institute for Labour Market Policy Evaluation [http://ideas.repec.org/p/hhs/ifauwp/2001_014.html; 2009-11-30]

NBB-I (2009): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009, Band 1: Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren. Graz: Leykam [http://www.bifie.at/sites/default/files/pub-pdf/2009-06-16_NBB-Band1.pdf; 2009-11-30]

OECD (2000): From initial education to working life. Making transitions work. Paris: OECD:

ÖIJ-Österreichisches Institut für Jugendforschung (2005): Jugendliche und Arbeitsmarkt. Exklusiverhebung des Österreichischen Instituts für Jugendforschung im Auftrag der österreichischen Bundesjugendvertretung. Forschungsbericht [http://www.oeij.at/site/article_list.siteswift?so=all&do=all&c=download&d=article%3A153%3A1; 2009-11-30]

ÖIJ-Österreichisches Institut für Jugendforschung (2007): Jugendliche Migrant/innen in Bildung und Arbeit. Auswirkungen von Sozialkapital und kulturellem Kapital auf Bildungsentscheidungen und Arbeitsmarktbeteiligung. OeNB Jubiläumsfonds Projekt 11762. Wien [http://www.oeij.at/site/article_list.siteswift?so=all&do=all&c=download&d=article%3A139%3A1; 2009-11-30]

Schmich, Juliane (2009): Eine Charakterisierung der Risikoschüler/innen. Kap 4.3 in PISA 2006: Österreichischer Expertenbericht zum Naturwissenschafts-Schwerpunkt Graz: Leykam [http://www.bifie.at/buch/322/4/3; 2009-11-30]

Schneeberger, Arthur (2009): Bildungsgarantie bis zum 18./19. Lebensjahr – Entwicklungen und Perspektiven in der Berufsbildung. In: Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009, Band 2 Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen. Graz: Leykam, 55-72 [http://www.bifie.at/sites/default/files/pub-pdf/2009-06-16_NBB-Band2.pdf; 2009-11-30]

Steiner M., Steiner P. (2006): Bildungsabbruch und Beschäftigungseintritt. Ausmaß und soziale Merkmale jugendlicher Problemgruppen, IHS-Forschungsbericht. Wien. [http://www.equi.at/dateien/bildungsabbruch_2006.pdf; 2009-11-30]

Steiner, Mario (2009): Early School Leaving und Schulversagen im österreichischen Bildungssystem. In: Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009, Band 2 Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen. Graz: Leykam, 141-159 [http://www.bifie.at/sites/default/files/pub-pdf/2009-06-16_NBB-Band2.pdf; 2009-11-30]

Steiner, Mario; Wagner, Elfriede (2007): Dropoutstrategie. Grundlagen zur Prävention und Reintegration von Dropouts in Ausbildung und Beschäftigung. IHS-Forschungsbericht. Wien [http://www.bmukk.gv.at/medienpool/16245/do_strategie_endbericht.pdf; 2009-11-30]

Walther, A.; Pohl, A. et al. (2005): Thematic Study on Policy Measures concerning Disadvantaged Youth. Study commissioned by the European Commission, DG Employment and Social Affairs. Final Report. Coordinated by the Institute for Regional Innovation and Social Research (IRIS), Tübingen. [http://ec.europa.eu/employment_social/social_inclusion/docs/youth_study_en.pdf; http://ec.europa.eu/employment_social/social_inclusion/docs/youth_study_annex_en.pdf; 2009-11-30]

Wyn, Johanna; Dwyer, Peter. (2000): New patterns of youth transition in education. International Social Science Journal, 52(164), 147-159

Darstellung A1: Übersicht über öffentlich verfügbare Datengrundlage zum Jugendarbeitsmarkt im Bereich von AMS, Statistik Austria und BMASK

AMS-Arbeitsmarktdaten: http://www.ams.at/ueber_ams/14172.html

Tabellenabfrage (http://iambweb.ams.or.at/ambweb/AmbwebServlet?trn=start)

Historisch (seit 1990er bis 2003, Bestand am Monatsende, Quartale oder ausgewählte Monate)

arbeitslose Jugendliche nach Altersgruppen und Ausbildung

arbeitslose Akademiker/innen nach Studienrichtungen

Aktuell (teilweise seit 1990er, teilweise seit 2004, Monate und Jahresdurchschnitte)

Arbeitslosenbestände, Abgänge, Verweildauern nach Altersgruppen

Berichte (jährlich seit 2004, letztes Jahr auch Monate; http://www.ams.or.at/ueber_ams/14202.html)

AL-Betroffenheit, Dauer, Langzeitarbeitslosigkeit nach Alter, Ausbildung (2004-2008)

Jahresberichte: Lehrstellenmarkt, Bestands- und Bewegungsdaten über Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Qualifizierung, Out-of-Labour-force, nach Alter (2004-2008)

Statistik Austria (http://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/index.html)

Arbeitsmarkt-Berichte (10 Quartale , 5 Jahresergebnisse teilweise mit weitergehenden Zeitreihen;)

Erwerbsstatus (nach Alter aktuelle Werte)

Arbeitslose, Arbeitssuchende (nach Alter aktuelle Werte)

BMASK Arbeitsmarktpolitik/-förderung (http://www.bmask.gv.at/cms/site/liste.html?channel=CH0690)

AMP ausführliche Information jährlich 2001-2007

AMP Dokumentation 1994-Mitte2009 (http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/2/7/9/CH0690/CMS1249975678352/dokumentation_aktive_amp_in_oesterreich_1994-2009_final_juli_2009.pdf)

DER AUTOR:

Dr. **Lorenz Lassnigg**, tätig als Forscher und Leiter der Forschungsgruppe equi (www.equi.at) an der Abteilung Soziologie des Instituts für Höhere Studien (IHS) Wien (www.ihs.ac.at). Studienabschluss 1980 (Pädagogik und Politikwissenschaft), Postgradualer Lehrgang in Soziologie am IHS und freiberufliche Forschungstätigkeit (u.a. am Institut für Tiefenpsychologie der Universität Wien).

3.5 Warum und in welchem Ausmaß verschulden sich Jugendliche?

Heinz Schoibl

Im Zuge der Modernisierung der westlichen Gesellschaften hat sich in den vergangenen 50 Jahren auch das Konsum- und Finanzverhalten generell verändert. Nicht das Primat des (Über)Lebensnotwendigen dominiert die Motivation für den privaten Konsum. Der symbolische (Marken-)Gehalt gibt dem Konsum eine qualitativ neue Funktionalität auf den Dimensionen Identität, emotionaler Befindlichkeit und (nicht zuletzt) sozialer Positionierung. Nicht mehr das angesparte Vermögen gilt nun als Voraussetzung für den Konsum, stattdessen genügt der perspektivische Nachweis der individuellen Bonität, um den gewünschten Konsumstandard mittels Fremdgeld (Kontoüberziehung, Leasing und/oder Kredit) unabhängig von allfälligen Sparguthaben umzusetzen. Dieser Einstellungswandel wird jedoch nur eher unzureichend durch eine gezielte Qualifizierung bezüglich Finanzierungsformen, unterschiedlichen Formen der Fremdgeldfinanzierung und der Modalitäten zur Bewältigung von Verschuldung abgefedert.

Mit Blick auf die Konsumverlockungen, mit denen Jugendliche (12 bis 18 Jahre) und junge Erwachsene (18 bis etwa 25 Jahre) in besonderem Ausmaß konfrontiert sind, steht vor diesem Hintergrund auch der Informationsstand über die Modalitäten der Konsumfinanzfinanzierung sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Bewältigung von Verschuldung und insbesondere von Überschuldungskrisen auf dem Prüfstand.

1. Dimensionen der Verschuldung in Österreich

Seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts kann eine Zunahme der Privatverschuldung von Haushalten in Österreich beobachtet werden. Aktuell haben etwa 265.000 Österreicher/innen Schwierigkeiten, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen (EU-SILC 2006). Im Jahr 2008 wurden von den Schuldnerberatungsstellen in Österreich etwa 45.000 Haushalte beraten (Grohs 2009). Seit einigen Jahren stellen die Beratungsstellen eine Zunahme der Vorsprache von jungen Erwachsenen (jünger als 25 Jahre) in Überschuldungskrisen fest. So war im Jahr 2006 jede/r Fünfte der überschuldeten Klient/innen der Beratungsstellen in Oberösterreich jünger als 25 Jahre (Lehner 2007, S. 7). Zudem kann ein hoher Anteil der Privatverschuldung auf einen frühen Einstieg in Schuldenkarrieren in der Adoleszenz zurückgeführt werden. Bei etwa 66% der Klient/innen in der Schuldenberatung Vorarlberg, die zum Zeitpunkt ihrer Vorsprache in den Beratungsstellen jünger als 35 Jahre waren, fand der Einstieg in ihre Verschuldungsdynamik im Alter unter 25 Jahren statt (Schoibl/Rünzler 1998).

2. Sozialwissenschaftliche Arbeiten zum jugendlichen Finanzverhalten

Aktuell liegen für Österreich einige regional- und zielgruppenspezifische Studien vor, die gezielt das Finanzverhalten Jugendlicher untersuchen bzw. auf die Zielgruppe Jugendlicher mit Schulden eingehen. Eine umfassende Untersuchung zur Verschuldung von Familien mit Kindern und Jugendlichen sowie zum Finanzverhalten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen wurde in Österreich jedoch bis dato noch nicht realisiert. Der Zusammenhang

von Konsum- und Finanzkompetenz Jugendlicher und der Ver- bis Überschuldung der Privathaushalte in Österreich ist tatsächlich nur ansatzweise wissenschaftlich erschlossen. Dementsprechend sind auch die aktuell realisierten und z.T. sehr elaborierten Angebote zur Prävention von Schuldenkarrieren letztlich nur unzureichend empirisch abgesichert. Im Einzelnen liegen folgende Studien vor[21]:

- regionale quantitative Studien: Fragebogenerhebungen zum Konsum- und Finanzverhalten von Schüler/innen (Vorarlberg, Oberösterreich)
- regionale qualitative Studie: Interviews mit jungen Migrant/innen (Wien)
- quantitative Fragebogenerhebung zum Thema Kaufsucht (Österreich)
- regionale quantitative Studie: Telefoninterviews zum Konsum- und Finanzverhalten von Lehrlingen und jungen Erwerbstätigen (Vorarlberg)
- regionale qualitative Studien; Interviews mit jungen Klient/innen von Schuldenberatungsstellen (Oberösterreich)
- regionale Sekundäranalysen von Beratungsdokumentationen zur Überschuldung von jungen Haushalten (Vorarlberg, Oberösterreich).

3. Motive für den Beginn von Schuldenkarrieren in frühen Lebensphasen

Jugendliche beginnen etwa ab dem Alter von 12 Jahren, sich wechselseitig Geld für den täglichen Konsum, den Besuch von Veranstaltungen oder Lokalen zu borgen. In der Regel handelt es sich während der Phase rechtlicher Geschäftsunmündigkeit um kleinere Schulden für ein Getränk oder eine Eintrittsgebühr etc., die jeweils relativ kurzfristig wieder zurückgezahlt werden (vgl. dazu Lehner 2007, S. 106f.). Es gehört in den Peer Groups offensichtlich zum guten Ton, sich gegenseitig mit kleineren Leih- und Tauschgeschäften der wechselseitigen Zuneigung und der Zugehörigkeit zur Peer Group zu versichern. Etwa ab dem Alter von 15 Jahren (Phase der eingeschränkten Geschäftsfähigkeit) verfügen viele Jugendliche dann bereits über ein regelmäßiges Einkommen. Ein eigenes Konto wird zunehmend zur Regel (ebenda, S. 103f.).

- 42% der Jugendlichen mit 14 Jahren verfügen über ein eigenes Konto, 83% der 15-18Jährigen steigen darüber hinaus mit einer eigenen Bankomatkarte auf bargeldlose Konsumformen um (Lehner 2007, S. 104).

Jugendlichen, die älter als 16 Jahre sind, kann von den Banken eine Kontoüberziehung ermöglicht werden. Dieses Angebot wird von vielen Jugendlichen vor allem für größere Anschaffungen in Anspruch genommen, etwa für den Erwerb eines Mopeds, für den Führerschein oder das erste Auto. Sie steigen damit, im Rahmen ihrer Ablöse aus dem familiären Kontext und dem unmittelbaren sozialen Nahraum, von der eingeübten Praxis der wechselseitigen Solidarhaltung auf die Finanzierung durch ein anonymes Bankinstitut um. Schutzvorsorgen, die einer Verschuldung von Jugendlichen entgegenwirken sollten, sind lediglich als ‚freiwillige' Übereinkommen und Absichtserklärungen konstituiert und insgesamt gesehen eher zahnlos.[22]

[21] Am Ende dieses Beitrags findet sich eine kommentierte Bibliografie.

[22] So traten etwa in einer einschlägigen Kontrolluntersuchung, Jugendliche sprachen bei Banken mit dem Anliegen von Kontoüberziehung bzw. einer Kreditkarte vor, unterschiedliche bis widersprüchliche Informationen und Praktiken durch die kontaktierten Banken zutage (kija 2002).

- „Die erste Kontoüberziehung fand bei der Mehrheit der jungen Verschuldeten (64%) zwischen 16 und 18 Jahren statt, nur fünf Prozent geben einen früheren Zeitpunkt an." (Lehner et al., S. 173)
- Eine überproportional große Bedeutung für eine Verschuldung im jugendlichen Alter kommt dem Kauf eines Autos (52%) oder einer Wohnraumbeschaffung zu (34%). (Schoibl/Rünzler 1998, S. 51f.)
- Kontoüberziehung und Konsumschulden von Jugendlichen stehen in einem direkten Verhältnis mit einem eigenen Einkommen, z.B. aus einem Lehrverhältnis: 53% der BerufsSchüler/innen konnten ihr Konto überziehen und 28% waren zum Befragungszeitpunkt verschuldet (Schoibl/Rünzler 1998, S. 111f.). Nahezu alle BerufsSchüler/innen planten zudem für die Zeit nach ihrem 18. Geburtstag den Erwerb eines Pkw – in der Mehrzahl auf Pump, d.h. mittels Bank- oder Leasingkredit. (aao, S. 108)

4. Konsumkompetenz von Jugendlichen

Innerhalb weniger Jahre findet in der Altersspanne zwischen 14 und 18 Jahren ein grundlegender Wandel der Konsum- und Finanzierungsformen statt. Von Bedeutung erscheint dabei vor allem, dass die Konsum- und Finanzkompetenz vieler Jugendlicher gemäß vorliegender Studien denkbar unzureichend ist. Insbesondere über die Konditionen einer Kontoüberziehung herrscht bei den Jugendlichen weitgehend Unwissen vor. Das betrifft z.B. die Höhe der Überziehungszinsen, mögliche Konsequenzen bezüglich der Durchführung von Daueraufträgen durch die Bank etc. (Schoibl/Rünzler 1998, S. 111)

Konsumverhalten und Finanzkompetenz der Jugendlichen sind wesentlich davon abhängig, ob und inwieweit sie in Kaufentscheidungen der Familie eingebunden werden bzw. über die finanzielle Situation ihrer Eltern Bescheid wissen. (Lehner 2007, S. 60f.) Darauf deutet insbesondere die Tatsache hin, dass der Großteil jener Personen, die sich bereits im jugendlichen Alter verschuldet haben, keine entsprechende Unterstützung durch ihre Eltern erfahren hat. Deren Eltern zeichneten sich durch einen eher sorglosen Umgang mit Geld aus. Unter anderem wurden im Rahmen defizitärer Erziehungsstrategien Konsumangebote eher dafür eingesetzt, um die Kinder zu beschäftigen und/oder ruhig zu stellen. (Lehner 2007, S. 123ff.) Demgegenüber scheint der Einfluss der Schulen gemäß den Rückmeldungen durch die Jugendlichen eher gering zu sein. Nur knapp ein Drittel verweist auf eine gezielte Auseinandersetzung mit Geld, Schulden, Finanzierungsformen etc. Demgegenüber sind etwa 40% der befragten Jugendlichen unsicher, ob diese Themen im Unterricht jemals behandelt wurden. Bei weiteren 25% wurden diese Fragen in der Schule nicht behandelt. (Lehner 2007, S. 176)

5. Jugendliche sind in hohem Ausmaß kaufsuchtgefährdet

Elmar Lange (2004) unterscheidet in seiner umfassenden Studie des Konsumverhaltens Jugendlicher drei Konsumtypen. Rationales Konsumverhalten beruht auf der Überprüfung von Qualität, Nützlichkeit sowie Preis-Leistung-Verhältnis und insbesondere der Leistbarkeit. Demgegenüber stehen beim demonstrativen bzw. kompensatorischen Konsumtypus eher personenbezogene emotionale Aspekte im Vordergrund. Danach geht der demonstrative Konsumtypus eher davon aus, durch den Konsum bestimmter Waren die eigene Positionierung in der jeweiligen Referenzgruppe positiv zu beeinflussen. Dem kompensatorischen Typus dient der Konsum von Waren vorrangig als Ausgleich für Frustrationen

oder Benachteiligungserfahrungen und demgemäß dazu, die eigene Befindlichkeit zu verbessern (Lange 2004 sowie Lehner 2007). Personen mit Tendenz zu demonstrativem sowie kompensatorischem Konsum sind gemäß einer Kaufsuchterhebung in Österreich (Kollmann/Kautsch 2004) in besonderem Ausmaß gefährdet, dass sich aus diesem sehr emotional geprägten Konsumverhalten tatsächlich eine veritable Kaufsucht entwickelt, dass also konsumiert werden muss, weil andernfalls das eigene Wohlbefinden beeinträchtigt wird:

- Während durchschnittlich etwa 6% der Österreicher/innen von Kaufsucht betroffen waren und bei weiteren 19% ein erhebliches Risiko zur Entwicklung von Kaufsucht vorlag, erwiesen sich 15% der jugendlichen Personen als stark kaufsuchtgefährdet und weitere 29% als deutlich kaufsuchtgefährdet.
- In der Altersgruppe der jungen Erwachsenen sind junge Frauen etwas stärker von Kaufsucht gefährdet, was von den Autor/innen mit dem hohen gesellschaftlichen Druck, einem bestimmten Schönheits- bzw. Outfitideal zu entsprechen, erklärt wird.
- Von den Jugendlichen wird Werbung in einem hohen Ausmaß positiv bewertet. Rund 70% der Jugendlichen stehen Werbung positiv und eher unkritisch gegenüber. Jugendliche sind im Vergleich zur älteren Generation damit deutlich anfälliger für die Verlockungen der Konsumwelt. (Kollmann/Kautsch 2004)

6. Verschuldung junger Erwachsener

Gemäß den vorliegenden Studien geht ein großer Anteil der jungen Menschen vorsichtig und rational mit Geld um. Schulden zu machen, wird eher vermieden bzw. für eine größere Anschaffung eher nur in Anspruch genommen, wenn daraus entstehende Zahlungsverpflichtungen mit dem laufenden Einkommen respektive dem vorhandenen Guthaben (Bausparvertrag etc.) ohne Probleme gedeckt werden können. Dem steht ein kleinerer Anteil von Jugendlichen gegenüber, die ein erhöhtes Risiko tragen, in eine riskante Verschuldungsdynamik einzusteigen. Gründe dafür lassen sich gemäß den vorliegenden Untersuchungen von Betreuungsdokumentationen der Schuldnerberatungsstellen nach folgenden Kriterien unterscheiden.

Abbildung 1: Verteilung nach Überschuldungskontexten

Hausstandsgründung, Wohnungsanmietung und -einrichtung		34%
Bürgschaften		23%
Bürgschaften für Bekannte oder Verwandte	15%	
Bürgschaften für Ex-Lebensgefährten/innen	8%	
überhöhter Konsum (z.B.: Autokauf etc.)		20%
(prekäre) gescheiterte selbständige Erwerbstätigkeit		10%
keine eindeutige Zuordnung zu einem Überschuldungskontext		13%

Quelle: Schoibl/Rünzler 1998

Das Risiko, in eine Überschuldungsdynamik zu geraten, ist ungleich verteilt. Zu den besonders gefährdeten jungen Menschen zählen:

- Jugendliche mit Migrationshintergrund: Junge Vorarlberger/innen mit Migrationshintergrund sind sowohl anteilsmäßig als auch bezüglich der Schuldenhöhe, ib. hinsichtlich Kreditschulden, häufiger verschuldet als Vorarlberger/innen ohne Migrationshintergrund. „51% der Vorarlberger/innen mit türkischem/exjugoslawischem Hintergrund haben aktuell einen Kredit zu bedienen (gegenüber einem Anteil von 20% bei den Österreicherinnen); weiters haben 37% der jungen Migrant/innen aktuell ihr Konto überzogen – bei den Österreicher/innen ist das demgegenüber nur bei jeder Sechsten (17%) der Fall." (Schoibl 2005, S. 53).
- Personen mit Migrationshintergrund unterscheiden sich von Inländer/innen hinsichtlich ihres Konsum- und Finanzverhaltens dadurch, dass Migrant/innen eher für alltägliche Konsumbedürfnisse (im Kontext Wohnen) Fremdgeld aufnehmen oder Zahlungsverpflichtungen (z.B. Bürgschaften) in diesem Kontext eingehen. Prekäre Einkommens- und Lebensbedingungen nehmen in diesem Sinne erheblichen Einfluss auf Art und Ausmaß des Schuldenrisikos. (Haller 2003)
- Herkunft aus finanziell benachteiligtem Elternhaus: Der finanzielle Status der Eltern hat direkten Einfluss auf das Schuldenrisiko von Jugendlichen; verschuldete junge Erwachsene kommen überproportional häufig aus Haushalten mit angespannten Finanzen. (Lehner 2007)
- Jugendliche und junge Erwachsene (jünger als 25 Jahre) mit prekärem Erwerbsstatus sind häufiger verschuldet als Personen, die mit ihrer Erwerbssituation eher zufrieden sind (Schoibl 2005, S. 56)
- Aktuelle Schuldenbelastung: Schulden zu haben, führt offensichtlich zu einem Gewöhnungseffekt. Eine aktuelle Schuldenbelastung hindert nicht daran, größere Neuanschaffungen zu planen. Auffällig ist zudem, dass verschuldete Personen im Durchschnitt höhere laufende Ausgaben tätigen und einen aufwändigeren Lebensstil pflegen als Personen ohne aktuelle Schulden. (Schoibl 2005, S.67f.)
- Selbständigkeit ist teuer: Die Ablöse aus dem Elternhaus und die Anschaffung einer eigenen Wohnung wird von jungen Erwachsenen häufig mit Fremdgeld finanziert. Demgegenüber haben Personen, die noch bei ihren Eltern leben, ein deutlich geringeres Schuldenrisiko. (Schoibl 2005, S. 55)

Das Schuldenrisiko betrifft gleichermaßen Männer wie Frauen, allerdings sind verschuldete Männer in der Regel mit höheren Schulden und entsprechenden Zahlungsverpflichtungen belastet als Frauen (Schoibl 2005, S. 51f.). Aufgrund vergleichsweise schlechterer sozioökonomischer Bedingungen (berufliche Karriere, Erwerbsperspektiven, Teilzeitbeschäftigung und Unterbrechung der Erwerbsbeteiligung) haben Frauen jedoch für die Bewältigung von kritischen Situationen (das betrifft in besonderem Maße Frauen, die Bürgschaften für ihre Lebensgefährten übernommen haben und nach einer Trennung deren Konsumschulden ‚erben') schlechtere Karten als Männer.

7. Präventionsansätze und Angebote der Konsum – sowie Finanzerziehung

Aufgrund der Praxisfeststellung, wonach zunehmend jüngere Klient/innen in den regionalen Schuldnerberatungsstellen vorsprechen, haben sich Mitarbeiter/innen aus regionalen Schuldnerberatungsstellen in den vergangenen Jahren für präventive Angebote engagiert und diese modellhaft umgesetzt. Vor allem ist hier auf den „Finanzführerschein" zu verweisen, der inzwischen im Bundesland Vorarlberg[23] zum Regelangebot in den Pflichtschulen zählt. In partnerschaftlicher Umsetzung werden in altersspezifisch gestalteten Workshopreihen die Schüler/innen auf einen rationalen und wissensgeleiteten Umgang mit Geld vorbereitet. Der Besuch dieser Workshops wird formal mit der Ausstellung eines Finanzführerscheins abgeschlossen.

Erwähnenswert erscheinen hier weiters gezielte Vorsorgen zur Bekämpfung der Jugendverschuldung, etwa durch die Bereitstellung von Präventionsmaterialien (z.B. in Oberösterreich: Schuldenkoffer[24]). Gemäß einer systematischen Analyse von aktuell realisierten Präventionsangeboten (Lehner 2007, S. 141ff.) im Bundesland Oberösterreich kann zum einen großes Interesse und Engagement von Pädagogen/innen hervorgehoben werden, die eine Zusammenarbeit mit den Expert/innen aus der Schuldnerberatung suchen und entsprechende Angebote in den Schulen realisieren.

Information und Einschulung in Fragen des Konsum- und Finanzverhaltens wird demnach in den Pflichtschulen Vorarlbergs und Oberösterreichs bereits relativ breit angeboten. Zunehmend werden die Präventionsangebote der Schuldnerberatungsstellen auch in Berufsschulen bzw. im Rahmen der Lehrlingsausbildung in größeren Betrieben realisiert.

Kritisch ist in der Gesamtschau dieser Bemühungen um Konsum- und Finanzerziehung jedenfalls festzuhalten, dass diese Bildungs- und Präventionsprogramme in Österreich noch keinesfalls flächendeckend eingesetzt werden. Dazu kommt, dass die Konzentration auf die schulische Verbreitung derselben dazu führt, dass Jugendliche aus bildungsfernen Milieus sowie Schul- und Ausbildungsabbrecher/innen mit diesen Angeboten kaum bzw. nicht erreicht werden. Insbesondere Jugendliche, die ein übergroßes Schulden- und Überschuldungsrisiko aufweisen, bleiben damit von der Prävention ausgeschlossen.

8. Anregungen und Empfehlungen

Die aktuell vorliegenden Untersuchungen zum Finanz- und Konsumverhalten Jugendlicher geben punktuelle Hinweise und Grundlagen für die Gestaltung von Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung von Ver- bis Überschuldung Jugendlicher. Insbesondere mit Blick auf die Erfordernisse für zielgruppenspezifische und nachhaltige Aspekte von Prävention ist jedoch großer Nachholbedarf festzustellen.

[23] Eine Kurzvorstellung von Konzept und Ablaufplan findet sich unter: http://www.fitfuersgeld.at/Idee-und-Konzept.19.0.html

[24] Die Informations- und Präventionsmaterialien können auf der Homepage der Schuldnerberatung Oberösterreich eingesehen und heruntergeladen werden: www.schuldenkoffer.at

Maßnahmenempfehlungen im Überblick

Forschung

Eine grundlegende Beforschung des Zusammenhangs von Finanz-/Konsumverhalten und Überschuldung sowie eine wissenschaftliche Grundlegung von alters- und zielgruppenspezifisch differenzierten Angeboten und Maßnahmen kann sicherstellen, dass Angebote zur Prävention auch wirklich treffsicher und nachhaltig ausgestaltet und umgesetzt werden. Aufbauend auf den vorliegenden regionalen und zielgruppenspezifischen Studien benötigt es eine österreichweit angelegte und repräsentative Grundlagenerhebung über Wirkfaktoren, die für die Entwicklung von riskanten Haltungen und Einstellungen sowie für den Einstieg in eine Überschuldungsdynamik ursächlich sind. Auf der Grundlage solcherart gesicherten und belegten Wissens über Rahmenbedingungen, Wirkfaktoren und zielgruppenspezifische Aspekte der Jugendverschuldung gilt es dann, detaillierte Instrumente zur primären sowie sekundären Prävention zu erarbeiten, deren Umsetzung mittels begleitender formativer Evaluation überprüft und verbessert werden sollte. Eine regelmäßig wiederholte Ex-Post-Evaluation (etwa alle fünf Jahre) bietet darüber hinaus die Möglichkeit, Verlaufszahlen über die Entwicklung von Kaufsuchtgefährdung und Jugendverschuldung,

Ergebnisse und Erfahrungen mit Präventions-/Interventionsmaßnahmen sowie empirisch belegte Grundlagen für allfällige Nachbesserungen in den strukturellen Grundlagen sowie den praktischen / organisatorischen Ansätzen zur Prävention gewährleisten zu können.

Strukturelle Maßnahmen

Einheitliche Standards für die Führung von Jugendkonten, für Jugendberatung bzgl. Kreditkarten und Überziehungskonditionen sind vor dem Hintergrund der aktuellen Daten zur Verschuldung Jugendlicher ein Gebot der Stunde. In diesem Zusammenhang erscheint es auch dringend erforderlich, eine verbindliche jugendspezifische Vorsorge einzuführen, die der bedenklichen Praxis, Jugendliche und junge Erwachsene (unabhängig ihres sozioökonomischen Status) als Bürg/innen für Kredite ihrer Familien oder Lebensgefährt/innen heranzuziehen, entgegenwirken kann. Eine verpflichtende externe Beratung als Voraussetzung für die Übernahme von Bürgschaften für Personen unter 25 Jahren könnte hier eine wesentliche Sicherheit darstellen.

Um Jugendlichen mit prekärem sozioökonomischen Status (ohne Ausbildung, aufgrund von Kinderbetreuung nur eingeschränkt erwerbsfähig etc.) einen Ausstieg aus der Schuldenfalle zu gewährleisten, bedarf es neben individuellen Angeboten der Beratung und Sekundärprävention auch einer strukturellen Absicherung. Modellhaft wurden von der ASB Schuldnerberatungen GmbH im Rahmen von EU-Projekten geeignete Ansätze entwickelt (wie z.B. „Finanz-Coaching" und „Schulden Shredder"), die auf Sicht der strukturellen Verankerung durch Bereitstellung der nötigen Ressourcen benötigen.

Primäre Prävention

Um den Informationsstand von Jugendlichen in Bezug auf Konsum- und Finanzverhalten nachhaltig verbessern zu können, sollten die in den Pflichtschulen in einzelnen Bundesländern bereits umgesetzten Bildungsangebote zur Konsum- und Finanzerziehung (z.B. „Finanzführerschein" im Bundesland Vorarlberg) in den Lehrplänen der pädagogischen Akademien, der Pflicht- und weiterführenden Schulen sowie der Berufsschulen als Regelangebot im österreichischen Bildungswesen verankert werden. Neben reiner Information müssten hier auch Angebote zur Kaufsuchtprävention entwickelt und integriert werden. Weiters sollten entsprechende Bildungsangebote für Eltern, z.B. Elternvereine und Volkshochschulen, zu einer Sensibilisierung hinsichtlich der Effekte von Erziehungsstilen und der Notwendigkeit der Förderung rationaler Konsumeinstellungen führen. Ein breit angelegter gesellschaftlicher Diskurs über Konsummuster und Schuldenfallen erscheint auch deshalb überfällig, um der aktuellen Dominanz von Hochglanzwerbung und offensiven Konsumverlockungen, denen insbesondere auch Jugendliche täglich ausgesetzt sind, einen aktiven Widerpart in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung entgegensetzen zu können.

Sekundäre Prävention

Besonderen Nachholbedarf gibt es aktuell im Kontext der sekundären Prävention, d.h. der (niederschwelligen) Zugänge in Beratung und Hilfestellung zur Bewältigung bereits eingetretener Verschuldung bzw. zur Verhinderung von Überschuldungskrisen. Als Beispiele für Ansätze und Angebote der sekundären Prävention kann hier auf die Entwicklung von inte-

grierten Ansätzen der Jugendsozialarbeit in offenen Handlungsfeldern[25], in der Peerberatung in schulfernen Milieus, der sozialen Gruppenarbeit in der Offenen Jugendarbeit und nachgehenden Angeboten der Eventbegleitung verwiesen werden. Dabei sollten/könnten Erfahrungen aus anderen Hilfebereichen wie etwa der Suchtprävention modellhaft herangezogen werden.

Die Entwicklung und flächendeckende Implementierung von Modellen und Angeboten zur Bewältigung von Überschuldungskrisen bei sozioökonomisch benachteiligten Jugendlichen sind ein weiteres Gebot der Stunde.

Kommentierte Bibliografie

ASB – Schuldnerberatung GmbH	Finanz-Coaching	Bewältigung von Überschuldungskrisen durch Kooperation von Schuldnerberatung mit jugend- und arbeitsmarktrelevanten Beratungs- und Hilfeeinrichtungen[26]
Hans Grohs	Schuldenreport 2009[27]	Jahresbericht mit detaillierter Auswertung der Beratungsfälle in den bevorrechtigten Beratungsstellen
Birgitt Haller, Karin Stögner, Andreas Salmhofer	Verschuldung von MigrantInnen in Wien. Ursachen, Ausmaße und Folgen, Wien 2003	Aktenanalyse der Schuldenberatung Wien Interviews mit Klient/innen mit Migrationshintergrund, (Jugend ist in dieser Studie nur ein Nebenthema; sechs Interviews mit jungen Migrant/innen)
Klartext – Schuldnerberatung Oberösterreich	www.schuldenkoffer.at	Diese Zusammenstellung von Präventions- und Informationsmaterialien richtet sich vor allem an Multiplikator/innen und Lehrkräfte. Die Materialien sind speziell auf den Einsatz im Schulunterricht zugeschnitten.
KIJA – Kinder- und Jugendanwaltschaft	Chaos bei den Jugendkonten, Wien 2002[28]	Im Rahmen einer verdeckten Untersuchung zur Handhabung der Jugendkonten durch Banken in Wien holten Jugendliche Informationen über Konditionen von Jugendkonten, Bedingungen für Kontoüberziehung und Kreditkartenvergabe ein.
Karl Kollmann, Irene Kautsch	Kaufsucht in Österreich, Wien 2004	Fragebogenerhebung, österreichweit, insgesamt 1.000 Telefoninterviews; repräsentative Zusammensetzung der Stichprobe

[25] Vgl. dazu die vergleichende Untersuchung von unterschiedlichen Modellen der Jugendsozialarbeit sowie deren Einbettung in jugendspezifische Infrastruktur, z.B. Jugendzentren, in: Heinz Schoibl, Jugendsozialarbeit in Offenen Handlungsfeldern, eine vergleichende Analyse unterschiedlicher Modelle im Spannungsverhältnis zwischen Streetwork, offener Jugendarbeit und institutionalisierter Jugendberatung im Bundesland Vorarlberg, Salzburg – Bregenz 2004

[26] Informationen unter: http://www.asb-gmbh.at/asb/equal/newssystem/schuldnerberatung-projekte-finanz-coaching07.php, letzter Zugriff: 15.9.2009

[27] Download unter: http://www.asb-gmbh.at/asb/equal/newssystem/asb_schuldenreport_2009.pdf, letzter Zugriff: 15.9.2009

[28] Download online unter: http://www.kija.at/magazin/archiv/jugendkonten/jugendkonten.html, letzter Zugriff: 15.9.2009

Elmar Lange	Jugendkonsum im 21. Jahrhundert, Wiesbaden 2004	umfassende Untersuchung des Konsum- und Finanzverhaltens von Jugendlichen (15 – 20 Jahre) aus zwei Städten in den alten und neuen Bundesländern der BRD (Bielefeld und Halle), ein Schwerpunkt dieser Untersuchung liegt auf der Analyse der Gefährdung bzw. Betroffenheit von Jugendlichen von Kaufsucht; repräsentative Zusammensetzung der Stichproben; Methode: leitfadengestützte mündliche Interviews
Markus Lehner, Annamaria Gabanyi, Fritz Hemedinger	Jugendverschuldung. Analyse und Präventionsansätze, Linz 2007	repräsentative Fragebogenerhebung in Pflichtschulen, weiterführenden Schulen sowie Berufsschulen, insgesamt 3.000 Jugendliche im Alter zwischen 10 und 25 Jahren Aktenanalyse in den Schuldenberatungsstellen in Oberösterreich Interviews mit jungen Klienten/innen der Schuldenberatung (jünger als 25 Jahre)
Heinz Schoibl, Beat Rünzler	Überschuldet ins Leben und keiner schaut hin!? Ursachen und Rahmenbedingungen der Verschuldung von 16-25Jährigen in Vorarlberg, Salzburg 1998	Aktenanalyse der Schuldenberatung IfS Vorarlberg Fragebogenerhebung bei insgesamt 300 Schüler/innen (Polytechnischer Lehrgang, AHS, BHS sowie Berufsschulen) und Besucher/innen von Jugendzentren zwischen 14 – 18 Jahren (repräsentative Zusammensetzung der Stichprobe)
Heinz Schoibl	mit roten Zahlen ins Erwerbsleben, Salzburg 2005	Telefoninterviews mit 300 Lehrlingen, BerufsSchüler/innen und jungen Erwerbstätigen im Alter von 18 bis 25 Jahren (eingeschränkt repräsentativ) vertiefende Interviews mit 30 Jugendlichen mit unterschiedlichem sozioökonomischem Status (annähernd repräsentative Verteilung gemäß Geschlecht, Migrationshintergrund, Erwerbsbeteiligung)
Statistik Austria	EU-SILC 2006, Einkommen, Armut und Unterversorgung, Wien 2008[29]	Erhebung zur Einkommenssituation der österreichischen Haushalte

[29] Download unter: http://www.statistik.at/web_de/frageboegen/private_haushalte/eu_silc/index.html#index10; Zugriff am 15.9.2009

DER AUTOR:

Heinz Schoibl, Dr. phil., Jahrgang 1951, Sozialpsychologe, Studium von Psychologie und Politikwissenschaft. Soziale Arbeit – Wohnungslosenhilfe (1979-89); Angewandte Sozialforschung: am Institut für Alltagskultur (1990-1996), seit 1997 Gesellschafter von Helix – Forschung und Beratung, OEG; Forschungsschwerpunkte: Soziale Infrastrukturforschung und angewandte Sozialforschung zu: Jugend und Jugendarbeit, Ausländer/innen, Schuldenkarrieren von Jugendlichen, Armut und Wohnungslosenhilfe etc.

Weitere Informationen sind unter www.helixaustria.com nachzulesen. Einzelne Forschungsarbeiten und Publikationen stehen zum Download zur Verfügung.

3.6 Einkommen, Armut und Lebensbedingungen von Jugendlichen in Österreich

Matthias Till

Für diese Expertise wurden vom Autor Sonderauswertungen von EU-SILC 2007 zur sozialen Lage der Jugendlichen in Österreich durchgeführt. Die Operationalisierung bezieht sich im Folgenden auf Personen im Alter zwischen 10 und 27 Jahren und kann einem differenzierten Jugendbegriff daher nur bedingt gerecht werden. Die Lebenssituation der Jugendlichen wird hier aus einem bestimmten Blickwinkel der Armutsberichterstattung angenähert und hat weitgehend explorativen Charakter. Unter Bezugnahme auf den Stand der Forschung und die Datenlage werden Möglichkeiten vertiefender Analysen von EU-SILC-Daten als Basis für eine regelmäßige Jugendberichterstattung aufgezeigt.

1. Haushaltseinkommen und Lebensstandard

Der Haushaltskontext als Grundprämisse dieser Expertise

Entsprechend den Konventionen der Armutsberichterstattung in den EU-Mitgliedsstaaten liegt der Schwerpunkt dieses Beitrags auf dem Haushaltseinkommen, der finanziellen Lage und der Verfügbarkeit von Konsumgütern in Privathaushalten.

Ob die Einkommenssituation als armutsgefährdend gilt, hängt neben allfälligen eigenen Einkünften von Jugendlichen vor allem von den Einkünften anderer Haushaltsangehöriger, insbesondere von jenen der Eltern, ab. Die Abhängigkeit von anderen Haushaltsangehörigen gilt natürlich auch, für finanzielle Einschränkungen in der Lebensführung und die Ausstattung mit Konsumgütern und der Wohnsituation, die als sogenannte Deprivationsmerkmale für sozioökonomische Benachteiligung untersucht werden. Diese Expertise berücksichtigt stets die Gesamtsituation der Haushalte, in denen Jugendliche leben. Implizit wird damit die Annahme getroffen, dass die Jugendlichen in einem Haushalt denselben Lebensstandard vorfinden, wie Eltern und andere Haushaltsangehörige. In der Lebensrealität von Jugendlichen, die noch bei ihren Eltern leben, kann die Verfügbarkeit über die finanziellen Ressourcen und die Teilhabe am Lebensstandard des Haushaltes jedoch deutlich eingeschränkt sein. Beispielsweise wird die Nutzung eines vorhandenen Internetanschlusses von den jeweiligen Arrangements innerhalb eines Haushaltes abhängen. Anderseits bleiben nichtmonetäre Zuwendungen (z.B. Lebensmittel, Eigentumswohnung etc…) an Jugendliche, die nicht mehr im Elternhaus wohnen, unberücksichtigt. Bei der Beschreibung von offensichtlich problematischen Rahmenbedingungen eines Haushaltes wird die konkrete Lebenssituation von Jugendlichen im Elternhaus daher nur indirekt und möglicherweise etwas verkürzt dargestellt.

EU-SILC als Datenquelle der Armutsberichterstattung in Österreich

EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) ist die einzige verfügbare Datenquelle zu Haushaltseinkommen in Österreich. Diese Expertise beruht auf den zuletzt veröffentlichten Ergebnissen der Erhebung im Jahr 2007, bei der rund 6.800 private Haushalte befragt wurden. In diesen Haushalten lebten insgesamt 3.674 Personen im Alter zwischen 10 und 27 Jahren, die ab einem Alter von 16 Jahren auch persönlich befragt wur-

den. Personen, die nicht in Privathaushalten leben, d.h. insbesondere Jugendliche in Heimen für Schüler/innen oder Studierende sowie Wohnungslose, werden in diesen Daten nicht erfasst.[30] Für Jugendliche unter 16 Jahren sind nur eingeschränkte Informationen zu deren eigener Lebenssituation verfügbar, da sich der Fragebogen hauptsächlich an Erwachsene richtet.

2. Armutsgefährdung und Deprivation

Definition und Messung von Armutsgefährdung

Das Haushaltseinkommen liefert wichtige Leitindikatoren für soziale Eingliederung. Im Gegensatz zum Personeneinkommen erlaubt das Haushaltseinkommen, zumindest indirekt auf den Lebensstandard privater Haushalte zu schließen. Auf dieser Grundlage basiert auch die jährliche Berichterstattung von Statistik Austria zur Armutsgefährdung. Zur Berechnung der Haushaltseinkommen wird die Summe aller Erwerbseinkommen im Haushalt zuzüglich Kapitalerträge und Pensionen sowie allfälliger Sozialtransfers gebildet. Nach Abzug von Steuern und Abgaben wird das Nettohaushaltseinkommen berechnet. Das verfügbare Haushaltseinkommen errechnet sich dann nach Abzug und Hinzurechnung von Unterhaltsleistungen und sonstigen monetären Privattransfers zwischen den Haushalten.

Als „armutsgefährdet" werden jene Personen bezeichnet, deren Haushalt über ein geringes Jahreseinkommen verfügt. Die jeweils anzuwendende Schwelle ist je nach Haushaltszusammensetzung unterschiedlich und entspricht 60% des mittleren Äquivalenzeinkommens. Laut EU-SILC 2007 beträgt die Armutsgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt 10.945 Euro pro Jahr, das sind 912 Euro pro Monat (Statistik Austria 2007). Dieser Wert hat sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig erhöht. Für Mehrpersonenhaushalte anderer Zusammensetzung muss dieser Wert entsprechend der international etablierten EU-Skala (1-0,5-0,3) gewichtet werden. Für jede weitere erwachsene Person im Haushalt erhöht sich die Armutsgefährdungsschwelle somit um 456 Euro, für jedes Kind um 274 Euro pro Monat.

Abbildung 1: Armutsgefährdungsschwellen für verschiedene Haushaltstypen

Haushaltstyp	Gewichtungsfaktor nach EU-Skala	Jahreswert (in €) 2007	Monatswert (in €) 2007
Einpersonenhaushalt	1.0	10.945	912
1 Erwachsener + 1 Kind	1,3	14.228	1.186
2 Erwachsene	1,5	16.417	1.368
2 Erwachsene + 1 Kind	1,8	19.701	1.641
2 Erwachsene + 2 Kinder	2,1	22.984	1.915
2 Erwachsene + 3 Kinder	2,4	26.268	2.189

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2007
Monatwert entspricht 1/12 des Jahreswertes; Kind = unter 14 Jahre

[30] Laut Anstaltenerhebung der Statistik Austria haben etwa 1% der Personen zwischen 15 und 29 Jahren ihren Hauptwohnsitz nicht in einem Privathaushalt. Rund die Hälfte dieser Personen wird in Ausbildungseinrichtungen erfasst.

Definition und Messung von finanzieller Deprivation und manifester Armut

Nicht in jedem Fall zeigt das Haushaltseinkommen, ob ein Haushalt in der Lebensführung oder durch die finanzielle Situation stark eingeschränkt ist. Durch erhöhte Lebenskosten oder Schulden können Benachteiligungen auch bei einem höheren Einkommen als der Armutsgefährdungsschwelle entstehen. Umgekehrt können Vermögensbesitz bzw. Wohnungseigentum, Naturaleinkünfte usw. die finanzielle Situation verbessern, so dass auch ein geringeres Einkommen noch nicht zu gravierenden Einschränkungen führt.

In einer Telefonumfrage (n = 500) und mit Hilfe von Interviews mit Expert/innen und Armutsbetroffenen wurde im Jahr 2008 erstmals empirisch erhoben, welche der in der EU-SILC Befragung erhobenen Grundbedürfnisse nach Meinung der Mehrheitsbevölkerung zu einem absolut notwendigen Mindestlebensstandard gehören. (Till-Tentschert & Weiss 2008) Demnach werden Armutslagen dann sichtbar, wenn es die finanzielle Lage nicht zulässt:[31]

- unerwartete Ausgaben zu tätigen
- 1 mal pro Monat Freunde oder Verwandte einzuladen
- jeden 2.Tag Fleisch, Fisch, Geflügel oder vergleichbare vegetarische Speisen zu essen
- neue Kleidung zu kaufen
- regelmäßige Rechnungen rechtzeitig zu bezahlen
- die Wohnung angemessen warm zu halten
- notwendige Arztbesuche zu tätigen

Wenn ein Haushalt bei mindestens zwei dieser insgesamt sieben Merkmale von deutlichen Benachteiligungen betroffen ist, gilt dies als finanzielle Deprivation.

Abbildung 2: Typologie von Armutslagen

		Finanzielle Deprivation	
		Nein	Ja
Armutsgefährdung durch niedriges Einkommen	Nein	Kein Mangel	Teilhabemangel
	Ja	Einkommensmangel	Manifeste Armut

Aus der Kombination von Armutsgefährdung durch geringe Einkommen und deprivierter Lebensführung ergeben sich vier Armutslagen. Einkommensmangel betrifft Personen, die trotz Einkommens unter der Armutsgefährdungsschwelle am Mindestlebensstandard partizipieren. Im Gegensatz dazu beschreibt Teilhabemangel schwere finanzielle Einschränkungen bei einem Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle. Personen, die sowohl armutsgefährdet, als auch finanziell depriviert sind, gelten als manifest arm. Kein Mangel liegt vor, wenn weder Armutsgefährdung noch finanzielle Deprivation eine Benachteiligung erkennen lassen.

[31] Eine ausführliche Darstellung des Konzepts der finanziellen Deprivation findet sich in STATISTIK AUSTRIA (2009), S.47ff.

Ausmaß von Armutsgefährdung und finanzieller Deprivation bei Jugendlichen

Aus der SILC Erhebung des Jahres 2007 ist die Zahl der armutsgefährdeten Jugendlichen zwischen 10 und 27 Jahren auf rund 236.000 zu schätzen. Das entspricht knapp einem Viertel aller armutsgefährdeten Menschen in Österreich. Damit sind rund 13% der Jugendlichen zwischen 10 und 27 Jahren armutsgefährdet. Das Gefährdungsrisiko liegt bei Jugendlichen demnach etwas über dem Durchschnitt (12%), ist aber deutlich geringer als bei Kindern unter 10 Jahren (16%). Die Gefährdungsquote von Jugendlichen vor Erreichen der Volljährigkeit (14%) ist höher als bei volljährigen Jugendlichen (13%).

Abbildung 3: Armutsgefährdung und finanzielle Deprivation nach Altersgruppen

	Gesamt (=100%) in 1.000	Finanziell Depriviert			Armutsgefährdet		
		in 1.000	Anteil	Quote	in 1.000	Anteil	Quote
			in %			in %	
Insgesamt	**8.214**	**1.234**	**100**	**15**	**989**	**100**	**12**
Altersgruppe							
unter 10 Jahre	832	136	11	16	132	13	16
10 bis 17 Jahre	769	128	10	17	104	11	14
18 bis 27 Jahre	1.053	185	15	18	132	13	13
28 bis 64 Jahre	4.207	570	46	14	425	43	10
mehr als 64 Jahre	1.354	215	17	16	195	20	14

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2007

Gerade bei Jugendlichen ist es sinnvoll, neben der Armutsgefährdungsquote auch die finanzielle Deprivationsquote zu berücksichtigen. Dieser Indikator spiegelt, wie gut die Befragten ihre finanziellen Möglichkeiten selbst einschätzen. Auch die jeweiligen Konsumbedürfnisse, Lebenskosten und andere Ressourcen als das Einkommen können dafür entscheidend sein, ob man mit den verfügbaren finanziellen Mitteln auskommt und sich Grundbedürfnisse leisten kann. Für Jugendliche besonders bedeutsam sein können dabei Wohnkosten, Schulden und Ersparnisse sowie die im Einkommen nicht berücksichtigten Zuwendungen der Eltern. Die Zahl der finanziell deprivierten Jugendlichen liegt mit 313.000 (das sind etwa 17%) etwas höher als die Zahl der Armutsgefährdeten. Besonders Jugendliche die ihre Volljährigkeit bereits erreicht haben, sind von Einschränkungen betroffen. Mit 18% liegt die finanzielle Deprivationsquote der 18 bis 27-jährigen sogar über jener der Kinder unter 10 Jahren (16%). In der späten Jugendphase klaffen Notwendigkeiten und finanzielle Verwirklichungschancen also besonders stark auseinander.

Manifest wird eine Armutslage dann, wenn deprivierte Lebensführung gleichzeitig mit einem geringen Einkommen auftritt. In dieser Situation sind die finanziellen Möglichkeiten so stark eingeschränkt, dass auf länger andauernde Benachteiligungen zu schließen ist. Rund 92.000 Jugendliche befinden sich in einer manifesten Armutslage.

Abbildung 4: Armutslagen nach Altersgruppen

	Gesamt (=100%) in 1.000	Kein Mangel			Einkommensmangel			Teilhabemangel			Manifeste Armut		
		in 1.000	Anteil	Quote	in 1.000	Anteil	Quote	in 1.000	Anteil	Quote	in 1.000	Anteil	Quote
			in %			in %			in %			in %	
	Gesamtbevölkerung												
Insgesamt	**8.214**	**6.390**	**100**	**78**	**591**	**100**	**7**	**836**	**100**	**10**	**398**	**100**	**5**
Altersgruppe													
unter 10 Jahre	832	617	10	74	79	13	9	83	10	10	53	13	6
10 bis 17 Jahre	769	571	9	74	69	12	9	93	11	12	36	9	5
18 bis 27 Jahre	1.053	791	12	75	76	13	7	129	15	12	56	14	5
28 bis 64 Jahre	4.207	3.393	53	81	244	41	6	390	47	9	180	45	4
mehr als 64 Jahre	1.354	1.017	16	75	122	21	9	142	17	10	73	18	5

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2007. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

In der Gruppe der 10 bis 27-jährigen tragen Mädchen und junge Frauen (15%) ein höheres Gefährdungsrisiko, als Burschen und junge Männer (11%). Außerordentlich hoch ist die Gefährdungsquote bei Jugendlichen in Wien (25%), während in kleinen, stark agrarisch geprägten Gemeinden zwischen 6 und 8% der Jugendlichen armutsgefährdet sind. Nicht beantwortet werden kann im Rahmen dieser Expertise, inwiefern das ausgeprägte Stadt-Landgefälle möglicherweise das Ergebnis von Wanderungsbewegungen von armutsgefährdeten Jugendlichen in den Ballungszentren ist.

Abbildung 5: Armutsgefährdung und finanzielle Deprivation bei Jugendichen (10-27 Jährige)

	Gesamt (=100%) in 1.000	Finanziell Depriviert			Armutsgefährdet		
		in 1.000	Anteil	Quote	in 1.000	Anteil	Quote
			in %			in %	
Insgesamt	1.821	313	100	17	237	100	13
männlich	941	153	49	16	108	46	11
weiblich	880	160	51	18	129	54	15
Gemeindetyp							
Wien	340	91	29	27	85	36	25
>100.000	145	27	9	19	29	12	20
>10.000	303	46	15	15	36	15	12
<= 10.000 EW Agrarquote <3%	375	65	21	17	37	16	10
<= 10.000 EW Agrarquote 3-7%	353	48	15	14	22	9	6
<= 10.000 Ew Agrarquote >= 7%	305	36	11	12	27	11	9

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2007

Auffällig ist, dass die in Bezug auf Armutsgefährdung stark ausgeprägten Stadt-Land Disparitäten bei der finanziellen Deprivationsquote wesentlich schwächer sind. Obwohl das Einkommen meist über der Gefährdungsschwelle liegt, können sich Jugendliche in agrarisch geprägten Gemeinden Grundbedürfnisse des Mindestlebensstandards häufig nicht leisten. Trotzdem treten manifeste Armutslagen, also die Kombination von niedrigem Einkommen mit Einschränkungen in der Lebensführung, besonders häufig in Wien auf.

Abbildung 6: Armutslagen bei Jugendlichen (10-27 Jährige)

	Gesamt (=100%) in 1.000	Kein Mangel			Einkommensmangel			Teilhabemangel			Manifeste Armut		
		in 1.000	Anteil	Quote	in 1.000	Anteil	Quote	in 1.000	Anteil	Quote	in 1.000	Anteil	Quote
			in %			in %			in %			in %	
Insgesamt	1.821	1.363	100	75	145	100	8	222	100	12	92	100	5
männlich	941	723	53	77	64	44	7	110	50	12	44	48	5
weiblich	880	640	47	73	81	56	9	112	50	13	48	52	5
Gemeindetyp													
Wien	340	214	16	63	36	24	10	41	18	12	50	54	15
>100.000	145	100	7	69	18	12	12	16	7	11	(12)	(13)	(8)
>10.000	303	232	17	76	25	17	8	36	16	12	(11)	(11)	(3)
<= 10.000 EW Agrarquote <3%	375	283	21	75	27	19	7	55	25	15	(10)	(11)	(3)
<= 10.000 EW Agrarquote 3-7%	353	289	21	82	16	11	5	43	19	12	(6)	(6)	(2)
<= 10.000 Ew Agrarquote >= 7%	305	246	18	81	23	16	8	32	14	10	(4)	(4)	(1)

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2007. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Armutsgefährdung im Lichte der Diversität jugendlicher Lebensformen

Bei der Bestimmung des Jugendbegriffes gehen Expertisen übereinstimmend von einer zunehmend verlängerten und diversifizierten Jugendphase aus. So gibt es in der Altersgruppe der 10 bis 27 Jährigen sowohl im Elternhaushalt lebende Kinder als auch selbsterhaltende Lehrlinge, Berufstätige oder Studierende sowie Personen im Jugendalter, die bereits selbst Eltern sind.

Die Diversität der jugendlichen Lebensformen spiegelt sich in einer starken Heterogenität im jeweiligen Risiko der Armutsgefährdung. Mehr als drei Viertel der Jugendlichen leben im elterlichen Haushalt (einschließlich Stief- oder Pflegeeltern). Sie sind daher auch die größte Gruppe unter den armutsgefährdeten Jugendlichen. Wenn Jugendliche selbst (noch) nicht erwerbstätig sind, dann hängt das Risiko der Armutsgefährdung sehr davon ab, ob Vater und Mutter im Haushalt leben.[32] Kinder ab 10 Jahren und Jugendliche, die mit beiden Eltern im Haushalt leben, haben ein Gefährdungsrisiko von 11%. Wenn nur ein Elternteil im Haushalt lebt, dann verdoppelt sich dieses Risiko nahezu und wenn Jugendliche ohne Eltern leben, sind bereits 41% armutsgefährdet. Ungefähr die Hälfte der insgesamt rund 102.000 nicht erwerbstätigen und ohne Eltern lebenden Jugendlichen studiert. Ein Viertel ist arbeitslos.[33]

[32] Darüber hinaus wird in der Berichterstattung regelmäßig beobachtet, dass Haushalte mit mehreren Verdienenden, insbesondere in Zusammenhang mit Frauenerwerbsbeteiligung, ihr Gefährdungsrisiko stark verringern können (vgl Statistik Austria 2009 S 42).

[33] Aufgrund der geringen Stichprobengröße sind zwischen diesen Gruppen keine signifikanten Unterschiede in der Armutsgefährdung nachweisbar. Zumindest bei finanzieller Deprivation zeigt sich jedoch ein für Arbeitslose tendenziell höheres Risiko als bei Studierenden.

Abbildung 7: Armutsgefährdung und finanzielle Deprivation bei Jugendlichen (10-27 Jährige) nach Lebensform

	Gesamt (=100%) in 1.000	Finanziell Depriviert			Armutsgefährdet		
		in 1.000	Anteil	Quote	in 1.000	Anteil	Quote
			in %			in %	
Jugendliche insgesamt	1.821	313	100	17	237	100	13
mit beiden Elternteilen	738	89	29	12	83	35	11
mit einem Elternteil	205	56	18	27	43	18	21
ohne Eltern	102	42	13	41	42	18	41
Erwerbstägige mit beiden Elternteilen	374	47	15	13	11	5	3
Erwerbstätige mit einem Elternteil	94	21	7	22	(6)	(3)	(7)
Erwerbstägige ohne Eltern	185	25	8	14	22	9	12
Jugendliche mit Kindern	123	34	11	27	30	13	24

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2007. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Das geringste Gefährdungsrisiko tragen jene Jugendlichen, die erwerbstätig sind aber noch im Haushalt der Eltern leben. Wenn Vater und Mutter (einschließlich Stief- oder Pflegeeltern) im Haushalt leben, beträgt die Gefährdungsquote der erwerbstätigen Jugendlichen nur 3%. In den meisten Fällen sind diese Jugendlichen bereits volljährig. In dieser Konstellation entstehen keine zusätzlichen Kosten für eigene Haushaltsführung und gleichzeitig werden die Einkommenschancen des Haushaltes maximiert. Nach den Daten von EU-SILC 2007 leben von 100 Jugendlichen immerhin 26 im Elternhaushalt und sind selbst erwerbstätig. Diese Lebensform erweist sich angesichts der hohen ökonomischen Sicherheit als besonders vorteilhaft für viele Jugendliche. Inwiefern Jugendliche jedoch überhaupt leistbare Alternativen zum „Hotel Mama" vorfinden, hängt jedoch auch von den jeweiligen Bedingungen des Arbeits- und Wohnungsmarktes ab. Von 100 erwerbstätigen Jugendlichen (einschließlich Lehrlingen) leben lediglich 28 in einem eigenen Haushalt ohne Eltern. Mit einer Gefährdungsquote von 12% ist die ökonomische Absicherung bei diesen selbsterhaltenden Jugendlichen deutlich schlechter, als bei erwerbstätigen Jugendlichen im elterlichen Haushalt (3-7%). Auch im Vergleich zu den über 27 jährigen Erwerbstätigen (6%) haben erwerbstätige Jugendliche im eigenen Haushalt ein etwa doppelt so hohes Gefährdungsrisiko. Die finanzielle Situation von Jugendlichen, die das Elternhaus verlassen erweist sich als sehr ungünstig. Demnach können handfeste ökonomische Rahmenbedingungen bei der allgemein konstatierten Verlängerung der Jugendphase eine wichtige Rolle spielen.

Abbildung 8: Armutslagen bei Jugendlichen (10-27 Jährige) nach Lebensform

	Gesamt (=100%) in 1.000	Kein Mangel			Einkommensmangel			Teilhabemangel			Manifeste Armut		
		in 1.000	Anteil	Quote	in 1.000	Anteil	Quote	in 1.000	Anteil	Quote	in 1.000	Anteil	Quote
			in %			in %			in %			in %	
Insgesamt	1.821	1.363	100	75	145	100	8	222	100	12	92	100	5
mit beiden Elternteilen	738	588	43	80	60	41	8	66	30	9	23	25	3
mit einem Elternteil	205	126	9	61	24	16	12	36	16	18	19	21	9
ohne Eltern	102	41	3	41	19	13	18	19	9	19	23	25	22
Erwerbstägige mit beiden Elternteilen	374	320	23	85	(8)	(5)	(2)	43	19	11	(4)	(4)	(1)
Erwerbstätige mit einem Elternteil	94	70	5	75	(3)	(2)	(3)	18	8	19	(3)	(3)	(3)
Erwerbstägige ohne Eltern	185	145	11	78	15	10	8	18	8	10	(7)	(8)	(4)
Jugendliche mit Kindern	123	72	5	59	17	12	14	21	10	17	(12)	(14)	(10)

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2007. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Besondere Problemlagen bei Eltern im Jugendalter

Sieben von 100 Jugendlichen leben mit eigenen Kindern im Haushalt. Nahezu alle in EU-SILC erfassten Jugendlichen mit eigenen Kindern im Haushalt sind volljährig, wobei davon etwa drei Viertel Frauen sind. Die finanzielle Situation für Väter oder Mutter im Jugendalter ist besonders ungünstig. Die Zahl der armutsgefährdeten jugendlichen Eltern wird auf etwa 30.000 geschätzt. Mit einer Armutsgefährdungsquote von 24% zählen sie zu den am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen in Österreich.[34] In vielen Fällen bleiben diese Jugendlichen auch von dem in Österreich geltenden Mindestlebensstandard ausgeschlossen. Die Deprivationsquote von 27% ist für jugendliche Eltern außerordentlich hoch und zeigt, dass finanzielle Nachteile nur in seltenen Fällen durch andere Ressourcen ausgeglichen werden können.

Die vorliegenden Daten erlauben keine Beurteilung, ob die prekäre finanzielle Situation von jugendlichen Eltern die Bildungsbeteiligung einschränkt oder Auswirkungen auf das Fertilitätsverhalten bei Jugendlichen (z.B. Schwangerschaftsabbrüche) hat. Es kann jedoch festgestellt werden, dass vor allem dann, wenn familiäre Unterstützung fehlt, eine frühe Elternschaft für Jugendliche eine ernsthafte finanzielle Krise auslösen und vor Beendigung einer Berufsausbildung eine nachhaltige ökonomische Benachteiligung zur Folge haben kann. Geförderter Wohnraum, finanzielle Unterstützung und Kinderbetreuungsmöglichkeiten sind daher wichtig, um existenzielle Voraussetzungen für eine Familiengründung im Jugendalter zu gewährleisten und weiterführende Bildungsaktivitäten und Berufschancen für Jungfamilien zu ermöglichen.

[34] Dabei werden hier nur jene Jugendlichen berücksichtigt, die gemeinsam mit ihren Kindern in einem Privathaushalt leben. Nicht mitgezählt sind getrennt von ihren Kindern lebende Jugendliche, beispielsweise wenn Kinder beim getrennt lebenden Elternteil, bei Verwandten oder in einem Kinderheim aufwachsen.

Welche Rolle spielt die soziale Herkunft der Eltern?

Bei EU-SILC wird die soziale Position der Eltern vorwiegend für jene Jugendliche erfasst, die zum Erhebungszeitpunkt im Elternhaus leben. Mit hochgerechnet rund 1,4 Millionen Personen ist dies die bedeutend größte Gruppe unter den Jugendlichen. Die vorliegenden Sonderauswertungen legen dabei einen engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Armutslagen nahe.

Jugendliche, deren Eltern höchstens einen Pflichtschulabschluss besitzen, haben eine vier Mal so hohe Armutsgefährdungsquote (21%) und sogar eine sechs Mal so hohe Deprivationsquote (42%), wie jene Jugendliche, deren Mutter oder Vater oder beide Elternteile eine Hochschulbildung absolviert haben. Jugendliche, deren Eltern nicht berufstätig sind, haben eine neun Mal so hohe Gefährdungsquote (21%) wie Jugendliche mit mindestens einem Elternteil in einer höheren oder hochqualifizierten Tätigkeit (3%). Bei Jugendlichen deren Eltern Hilfsarbeiter oder Hilfsarbeiterin sind, ist das Gefährdungsrisiko fünfmal höher. Der ausgeprägte Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Armutslagen spiegelt vor allem die eingeschränkten Erwerbschancen von Eltern mit geringer Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt wider. Dies schafft zweifellos unmittelbar gravierende finanzielle Benachteiligungen für Jugendliche, die mitunter auch ihre eigene soziale Teilhabe und Bildungschancen berühren. Für eine Beurteilung, ob Benachteiligungen fortdauern, wenn Jugendliche das Elternhaus verlassen, wären allerdings spezielle Längsschnittanalysen der in EU-SILC verfügbaren Paneldaten erforderlich, die über den Rahmen dieser Expertise hinausführen.

Erhöhte Gefährdungslagen in der ersten und zweiten Zuwanderergeneration

Das Geburtsland der Eltern wird bei EU-SILC voraussichtlich ab der Erhebungswelle 2010 erhoben. Die Analyse von Armutslagen nach der Migrationsherkunft ist daher nur für jene Jugendlichen möglich, die gemeinsam mit ihren Eltern wohnen. Dabei sind teilweise gravierende Benachteiligungen für Jugendliche, die in Zuwandererhaushalten leben festzustellen, insbesondere in der sogenannten zweiten Generation. Wenn ein oder beide Elternteile die österreichische Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung erhalten haben, ist die Gefährdungsquote (28%) vier Mal höher als bei Jugendlichen, deren Eltern in Österreich geboren sind (7%). Bedingt durch den höheren Anteil an Herkunftsländern in der Europäischen Union erscheint die Situation etwas günstiger, wenn die Eltern keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen.[35] Doch auch diese Gruppe ist einem dreimal höheren Risiko ausgesetzt als Jugendliche mit in Österreich geborenen Eltern.

[35] Etwa ein Fünftel entfällt auf EU-Staatsbürger/innen.

Abbildung 9: Armutsgefährdung und finanzielle Deprivation bei Jugendlichen (10-27 Jährige) nach sozialer Position der Eltern

	Gesamt (=100%) in 1.000	Finanziell Depriviert			Armutsgefährdet		
		in 1.000	Anteil in %	Quote in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %
Insgesamt	**1.425**	**215**	**100**	**15**	**144**	**100**	**10**
höchster Bildungsabschluss der Eltern							
Max. Pflichtschule	176	74	34	42	38	26	21
Lehre/mittlere Schule	774	99	46	13	71	49	9
Matura	272	29	14	11	24	17	9
Universität	203	13	6	7	11	8	5
Höchste berufliche Stellung der Eltern							
nicht erwerbstätig	170	71	33	42	44	31	26
Hilfsarbeiter	229	60	28	26	33	23	14
Facharbeiter	263	35	16	13	27	19	10
Mittlere Tätigkeit, Meister	185	15	7	8	(5)	(3)	(3)
Höhere oder hochqualifizierte Tätigkeit	330	19	9	6	9	6	3
Selbständige	248	14	7	6	25	18	10
Zuwanderungsstatus							
keine österreichische Staatsbürgerschaft	168	50	23	30	34	24	20
eingebürgert	103	34	16	33	29	20	28
seit Geburt österreichische Staatsbürgerschaft	1.154	132	61	11	81	56	7

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2007. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.
Eltern: Mutter und/oder Vater im gemeinsamen Haushalt.
Berufliche Stellung: "Selbständige" wird für diese Klassifikation als höchste berufliche Position gewertet.
Zuwandererstatus: "eingebürgert" wenn Vater und/oder Mutter eingebürgert wurden; "keine österreichische Staatsbürgerschaft" wenn keine Einbürgerung vorliegt und weder Vater noch Mutter die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen.

Unter welchen Lebensbedingungen leben Jugendliche?

Die qualitativen Lebensbedingungen der Jugendlichen können durch konventionelle Indikatoren nur bedingt beschrieben werden. Die folgenden Sonderauswertungen zeigen daher einige ergänzende Aspekte zu den Lebensumständen der Haushalte, in denen Jugendliche leben.

Abbildung 10 zeigt die Häufigkeit von Merkmalen einer deprivierten Lebensführung. Die ersten sieben Merkmale sind gleichzeitig die Definitionsmerkmale finanzieller Deprivation. Ergänzend wird ausgewiesen, ob es für alle Haushaltsmitglieder finanziell möglich ist, zumindest eine Woche pro Jahr auf Urlaub zu fahren. Dieses Merkmal erwies sich als ungeeignet für die Definition des Mindestlebensstandards, da dies vor allem im ländlichen Raum nicht als absolut notwendig für einen solchen Mindestlebensstandard gilt. Dennoch dürfte gerade für Entwicklung von Jugendlichen, die Möglichkeit Urlaub zu machen, besonders wichtig sein.

Abbildung 10: Finanzielle Einschränkungen

... % können sich nicht leisten ...	Gesamt (=100%) in 1.000	Kriterien für finanzielle Deprivation														Urlaub zu machen	
		unerwartete Ausgaben zu tätigen		1x pro Monat Freunde od. Verwandte einzuladen		jeden 2.Tag Fleisch, Fisch etc... zu essen zu essen		neue Kleidung zu kaufen		regelmäßige Rechnungen rechtzeitig zu bezahlen		die Wohnung angemessen warm zu halten		notwendige Arztbesuche zu tätigen			
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
	Gesamtbevölkerung																
Insgesamt	**8.214**	**2.353**	**29**	**829**	**10**	**685**	**8**	**568**	**7**	**328**	**4**	**214**	**3**	**199**	**2**	**2.104**	**26**
Altersgruppe																	
unter 10 Jahre	832	282	34	71	9	66	8	64	8	48	6	19	2	21	3	249	30
10 bis 17 Jahre	769	253	33	77	10	69	9	69	9	41	5	31	4	22	3	235	31
18 bis 27 Jahre	1.053	361	34	117	11	85	8	73	7	45	4	25	2	26	2	294	28
28 bis 64 Jahre	4.207	1.110	26	374	9	311	7	276	7	180	4	110	3	109	3	976	23
mehr als 64 Jahre	1.354	348	26	190	14	155	11	86	6	13	1	30	2	21	2	351	26
	Jugendliche (10-27 jährige)																
Insgesamt	1.821	614	34	194	11	154	8	142	8	86	5	56	3	48	3	528	29
männlich	941	308	33	94	10	74	8	68	7	43	5	31	3	25	3	266	28
weiblich	880	306	35	100	11	80	9	74	8	43	5	25	3	22	3	263	30
Gemeindetyp																	
Wien	340	196	58	35	10	33	10	48	14	30	9	25	7	(8)	(2)	118	35
>100.000	145	60	41	(9)	(6)	14	9	17	12	(8)	(5)	(7)	(5)	(5)	(4)	42	29
>10.000	303	103	34	31	10	28	9	18	6	10	3	(8)	(3)	(5)	(2)	85	28
<= 10.000 EW Agrarquote <3%	375	113	30	40	11	32	8	23	6	21	6	9	2	18	5	120	32
<= 10.000 EW Agrarquote 3-7%	353	77	22	46	13	31	9	21	6	(7)	(2)	(3)	(1)	(6)	(2)	86	24
<= 10.000 Ew Agrarquote >= 7%	305	65	21	33	11	16	5	14	5	11	4	(3)	(1)	(5)	(2)	78	25
Jugendliche Lebensformen																	
mit beiden Elternteilen	738	195	26	59	8	49	7	53	7	22	3	19	3	17	2	172	23
mit einem Elternteil	205	97	48	31	15	29	14	27	13	21	10	14	7	8	4	96	47
ohne Eltern	102	66	65	22	22	16	15	(14)	(14)	(6)	(6)	(4)	(4)	(6)	(6)	42	41
Erwerbstägige mit beiden Elternteilen	374	80	21	34	9	22	6	15	4	(16)	(4)	(6)	(2)	(12)	(3)	95	25
Erwerbstätige mit einem Elternteil	94	35	37	16	17	12	13	(9)	(10)	(5)	(6)	(2)	(2)	(2)	(2)	40	42
Erwerbstägige ohne Eltern	185	69	37	14	7	11	6	(8)	(4)	(7)	(4)	(6)	(3)	(2)	(1)	35	19
Jugendliche mit Kindern	123	71	58	18	14	15	12	16	13	9	7	(4)	(4)	(1)	(0)	50	40

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2007. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Abbildung 11 zeigt die Häufigkeit des Besitzes von Konsumgütern und bietet weitere Anhaltspunkte für die Beurteilung unterschiedlicher materieller Voraussetzungen von Jugendlichen. Im Gegensatz zur Darstellung in Abbildung 10 wird dabei ausgewiesen wie viele Personen über ein bestimmtes Konsumgut im Haushalt verfügen, unabhängig davon, ob ein Konsumgut zwar leistbar wäre, aber aus anderen Gründen nicht im Haushalt vorhanden ist. Da Jugendliche vielfach nicht selbst über die Anschaffung bestimmter Konsumgüter entscheiden, kann das Fehlen eines Internetanschlusses im Haushalt eine wesentliche Beschränkung darstellen, auch wenn keine finanziellen Gründe vorliegen. Freilich ist nicht gewährleistet, dass wenn ein Konsumgut in einem Haushalt verfügbar ist, dieses auch von Jugendlichen genutzt werden kann.

Abbildung 11: Besitz von Konsumgütern

... % besitzen ...	Gesamt (=100%) in 1.000	Internet		DVD-Player		PC		Geschirrspül-maschine		PKW		Telefon		Handy	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
	Gesamtbevölkerung														
Insgesamt	**8.214**	**4.811**	**59**	**5.927**	**72**	**5.695**	**69**	**6.245**	**76**	**6.816**	**83**	**5.634**	**69**	**7.549**	**92**
Altersgruppe															
unter 10 Jahre	832	558	67	716	86	667	80	712	86	744	89	562	68	822	99
10 bis 17 Jahre	769	589	77	669	87	687	89	649	84	676	88	547	71	762	99
18 bis 27 Jahre	1.053	721	69	891	85	853	81	806	77	873	83	696	66	1.035	98
28 bis 64 Jahre	4.207	2.649	63	3.206	76	3.124	74	3.290	78	3.644	87	2.893	69	4.040	96
mehr als 64 Jahre	1.354	293	22	443	33	365	27	788	58	879	65	936	69	890	66
	Jugendliche (10-27 jährige)														
Insgesamt	**1.821**	**1.311**	**72**	**1.561**	**86**	**1.540**	**85**	**1.455**	**80**	**1.549**	**85**	**1.243**	**68**	**1.797**	**99**
männlich	941	681	72	809	86	798	85	753	80	803	85	634	67	925	98
weiblich	880	630	72	752	85	741	84	702	80	746	85	609	69	872	99
Gemeindetyp															
Wien	340	245	72	260	77	266	78	200	59	163	48	227	67	336	99
>100.000	145	96	67	127	88	110	76	100	69	110	76	100	69	140	96
>10.000	303	216	71	278	92	251	83	251	83	277	91	204	67	301	99
<= 10.000 EW Agrarquote <3%	375	273	73	326	87	338	90	311	83	360	96	261	69	372	99
<= 10.000 EW Agrarquote 3-7%	353	271	77	320	91	319	90	324	92	341	97	246	70	348	99
<= 10.000 Ew Agrarquote >= 7%	305	209	69	250	82	256	84	269	88	299	98	206	67	301	99
Jugendliche Lebensformen															
mit beiden Elternteilen	738	612	83	647	88	678	92	651	88	674	91	527	71	732	99
mit einem Elternteil	205	138	67	176	86	169	82	150	73	155	76	145	71	200	98
ohne Eltern	102	66	65	78	76	75	73	48	47	46	45	57	56	99	97
Erwerbstägige mit beiden Elternteilen	374	268	72	323	86	331	88	323	86	363	97	266	71	368	98
Erwerbstätige mit einem Elternteil	94	59	62	79	83	75	80	71	76	81	86	63	67	93	99
Erwerbstägige ohne Eltern	185	113	61	158	85	142	77	120	65	136	73	110	59	183	99
Jugendliche mit Kindern	123	56	46	100	81	70	57	90	73	93	76	75	61	121	99

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2007. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Abbildung 12 bietet eine Übersicht über Wohnprobleme in der Bevölkerung und zeigt im Allgemeinen geringe Unterschiede zwischen Erwachsenen und Jugendlichen. Naheliegend ist, dass Kinder und Jugendliche aufgrund der Haushaltsgröße vor allem hinsichtlich des Merkmals Überbelag benachteiligt sind. Dies gilt insbesondere in den größeren Städten und bei Jugendlichen mit eigenen Kindern im Haushalt. Mit zunehmendem Alter tritt eine überbelegte Wohnsituation jedoch seltener auf.

Abbildung 12: Wohnprobleme

... sind betroffen von ...	Gesamt (=100%) in 1.000	Lärm		Feuchtigkeit, Schimmel		Kriminalität, Vandalismus		Luft-, Umwelt-verschmut-zung		Überbelag		Kein Bad/WC		Dunkle Räume		Ungeziefer	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
	Gesamtbevölkerung																
Insgesamt	**8.214**	**1.629**	**20**	**775**	**9**	**939**	**11**	**654**	**8**	**611**	**7**	**150**	**2**	**468**	**6**	**268**	**3**
Altersgruppe																	
unter 10 Jahre	832	165	20	106	13	98	12	69	8	110	13	13	2	50	6	38	5
10 bis 17 Jahre	769	152	20	75	10	90	12	63	8	92	12	(7)	(1)	43	6	30	4
18 bis 27 Jahre	1.053	210	20	121	11	102	10	68	6	107	10	30	3	72	7	33	3
28 bis 64 Jahre	4.207	849	20	379	9	512	12	357	8	270	6	67	2	248	6	135	3
mehr als 64 Jahre	1.354	254	19	94	7	137	10	97	7	32	2	32	2	55	4	32	2
	Jugendliche (10-27 jährige)																
Insgesamt	1.821	362	20	196	11	192	11	132	7	199	11	38	2	115	6	63	3
männlich	941	180	19	104	11	96	10	65	7	107	11	21	2	62	7	33	4
weiblich	880	182	21	92	10	96	11	66	8	92	10	16	2	53	6	30	3
Gemeindetyp																	
Wien	340	100	29	35	10	76	22	54	16	95	28	26	8	33	10	13	4
>100.000	145	39	27	25	18	28	19	17	11	36	25	(1)	(1)	17	12	12	8
>10.000	303	65	21	34	11	34	11	24	8	28	9	(4)	(1)	17	5	(8)	(3)
<= 10.000 EW Agrarquote <3%	375	72	19	42	11	27	7	17	4	19	5	(1)	(0)	19	5	(9)	(2)
<= 10.000 EW Agrarquote 3-7%	353	51	14	29	8	21	6	15	4	11	3	(4)	(1)	13	4	11	3
<= 10.000 Ew Agrarquote >= 7%	305	35	12	32	10	(6)	(2)	(6)	(2)	9	3	(1)	(0)	17	6	10	3
Jugendliche Lebensformen																	
mit beiden Elternteilen	738	131	18	61	8	85	12	52	7	90	12	12	2	43	6	27	4
mit einem Elternteil	205	48	23	26	13	29	14	26	13	26	13	(1)	(1)	16	8	(8)	(4)
ohne Eltern	102	33	32	(13)	(12)	(11)	(11)	14	14	(11)	(11)	(9)	(9)	(11)	(10)	(5)	(5)
Erwerbstägige mit beiden Elternteilen	374	62	17	40	11	30	8	12	3	28	7	(4)	(1)	22	6	10	3
Erwerbstätige mit einem Elternteil	94	18	20	18	19	(7)	(7)	(5)	(5)	(5)	(5)	(1)	(2)	(5)	(5)	(5)	(6)
Erwerbstägige ohne Eltern	185	43	23	20	11	22	12	14	8	(9)	(5)	(5)	(3)	(10)	(5)	(2)	(1)
Jugendliche mit Kindern	123	27	22	19	15	10	8	(7)	(6)	30	24	(5)	(4)	(9)	(7)	(5)	(4)

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2007. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

3. Regelmäßige Jugendberichterstattung auf Basis von EU-SILC

Jugendforschung kann eine wichtige Grundlage für eine faktengestützte Jugendpolitik bieten. Demographische Prozesse sind mittelfristig vorhersehbar. Deshalb ist es wichtig, Analysen zur historischen Entwicklung und der gegenwärtigen sozialen Lage von Jugendlichen zu vertiefen, um auf dieser Grundlage zukünftige Ungleichheiten prognostisch abschätzen zu können.

Vorrangig wäre dabei ein kontinuierliches Monitoring auf Basis vorhandener Datenquellen in der amtlichen Statistik. Aufgabe differenzierterer empirischer Analysen sollte es dabei vor allem sein, die Rolle zunehmender Arbeitsmarktunsicherheiten, des Wohnungsmarktes sowie der Verschuldung und Konsumerwartungen von Jugendlichen eingehender zu untersuchen.

Aufgrund der jährlich durchgeführten Erhebung und der gleichzeitigen Erfassung von Lebensbedingungen und detaillierten Einkommensinformationen, bietet EU-SILC eine wichtige Basis für eine regelmäßige Jugendberichterstattung ohne zusätzliche Erhebungskosten.

Im Rahmen der Standardberichterstattung können die empirischen Analysemöglichkeiten von EU-SILC zur sozialen Lage von Jugendlichen jedoch nicht voll ausgeschöpft werden.

Im Rahmen einer Dauerbeobachtung sind Analysen sozialer Determinanten von Bildungswegentscheidungen von großer Bedeutung, da diese besonders langfristig wirksam sind. Insbesondere der Längsschnittcharakter der EU-SILC Daten ist verstärkt zu nutzen, um die Wahrscheinlichkeit eines Übertrittes in oder aus einer benachteiligten Lebenssituation in Zusammenhang mit der Aufnahme oder Beendigung einer bildungs- oder beruflichen Aktivität zu untersuchen. Die starke finanzielle Benachteiligung jugendlicher Eltern macht dabei auch spezielle Analysen zu den unmittelbaren Folgen einer Haushalts- bzw. Familiengründung im Jugendalter erforderlich.

Als europäische Erhebung bietet EU-SILC die besten Voraussetzungen für eine vergleichende Einordnung der Ergebnisse und bietet Antworten auf die Frage: Wo steht Österreich im internationalen Vergleich?

Vertiefende Analysen zur sozialen Lage der Jugendlichen auf Grundlage der jährlich wechselnden thematischer Module von EU-SILC könnten von Statistik Austria bei entsprechender Beauftragung angeboten werden. Beispielsweise wurde im Jahr 2005 eine Modulerhebung über die intergenerationale Vererbung von Armut durchgeführt. Langfristige Folgen benachteiligter Lebensbedingungen im Jugendalter werden dabei sichtbar (vgl. Statistik Austria 2007). Im Jahr 2006 wurde eine Schwerpunkterhebung zu den sozialen und kulturellen Teilhabemöglichkeiten bei allen Personen ab 16 Jahren erhoben. Soziale Beziehungen und kulturelle Aktivitäten haben für Heranwachsende besondere Bedeutung. Vertiefende Analysen dieser Daten sind daher gerade für Jugendliche besonders vielversprechend. Im Jahr 2007 folgte eine Schwerpunkterhebung zur Wohnsituation und Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen die besonders im ländlichen Bereich eine starke soziale Differenzierung und damit einhergehende Mobilitätserfordernisse nachweisen konnte. Zuletzt wurde schließlich im Jahr 2008 eine Erhebung zur Verschuldung abgeschlossen, die tiefere Einblicke in die Zukunftschancen vieler Jugendlicher bietet. Schließlich werden in der laufenden Erhebung des Jahres 2009 spezielle Merkmale zur materiellen Deprivation erhoben, die den Bedürfnissen von Jugendlichen besser gerecht werden. Im kommenden Jahr wird eine Schwerpunkterhebung zur ungleichen Verfügbarkeit von Ressourcen innerhalb eines Haushaltes gestartet. Wiederum hat dies besondere Relevanz für den Lebensalltag von Jugendlichen, die ja vielfach noch von ihren Eltern abhängig sind.

Literatur

TILL-TENTSCHERT, U. & WEISS H. (2008), Merkmale deprivierter Lebensführung in Österreich, Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich, Arbeitspapier 1. Wien.

TILL-TENTSCHERT, URSULA; VANA, IRINA (HRSG.) (2009): In Armut aufwachsen. Empirische Befunde zu Armutslagen von Kindern und Jugendlichen in Österreich. Wien, Universität Wien, Institut für Soziologie. ISBN 978-3-901298-41-7.

STATSISTIK AUSTRIA (2007): Einkommen, Armut, Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2005. Wien.

STATSISTIK AUSTRIA (2009): Einkommen, Armut, Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2007. Wien.

Ausgewählte Publikationen zum Thema:

Armutsgefährdung, Sozialbericht 2007-2008, BMASK, 2009.

Armutslagen in Wien, Institut für Soziologie, Universität Wien, 2006. (als Herausgeber)

Einkommensverteilung Risiko der Einkommensarmut in: Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung: Zweiter Bericht, Eurostat, 2002

DER AUTOR:

Matthias Till hat bis 2001 am Institut für Soziologie der Universität Wien studiert und ist dort Lehrbeauftragter. Er ist seit 1998 in der nationalen und europäischen Armuts- und Sozialberichterstattung tätig. Insbesondere war er an der Durchführung des Europäischen Haushaltspanels (ECHP 1995-2001) in Österreich beteiligt und ist heute bei Statistik Austria Projektleiter für EU-SILC. Seit Herbst 2008 leitet er den Analysebereich der Direktion Bevölkerung.

Kapitel 4: Interessen – Werte – Beziehungen

4.1 Die Wertewelt junger Menschen in Österreich

Ingrid Kromer

1. Einführung in das Thema

Das Heranwachsen findet heute unter grundlegend gewandelten gesellschaftlichen Bedingungen statt und muss als komplexer und pluraler als früher beschrieben werden: Vormals stabilisierende soziale Rahmenbedingungen brechen zunehmend auf und fragmentieren die ehemaligen großen kollektiven Identitäten. „Das Besondere an der heutigen Ungewissheit ist die Tatsache, dass sie nicht in Verbindung mit einer drohenden historischen Katastrophe steht, sondern vielmehr mit den alltäglichen Praktiken eines vitalen Kapitalismus verwoben ist. Instabilität ist normal" (Sennet 1998, S.38). Neben diesen veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen prägen sowohl horizontale wie vertikale Differenzierungen die Jugend heute und führen zu ungleichen Lebenschancen und Lebenshoffnungen. Die Jugend heute ist aber trotz dieser gesellschaftlichen Prozesse nicht nur aufgelöst in zersplitterte voneinander vollkommen unabhängige Jugendbiografien und Jugendszenen zu begreifen. Die Jugend ist zum einen die subjektive biografische Lebensphase, in der (Entwicklungs-)Aufgaben der inneren Entwicklung, des Lernens, der Identitätsbildung anstehen; zum anderen ist sie aber auch eine gesellschaftlich bestimmte Lebenslage, abhängig von gesellschaftlichen Bedingungen und Erwartungen, vor allem aber von der Zukunft und Zukunftsfähigkeit der zentralen Regelungen und Grundlagen der Gesellschaft (Kromer/Hatwagner, 2008, S.261f). So entwickeln sich auch Werte von jungen Menschen aus der sozialen Deutung persönlicher Erfahrungen in dieser Gesellschaft. Werte sind reflexive Standards zur Entscheidung über persönliche Präferenzen und bezeichnen emotional besetzte Vorstellungen über das Wünschens- und Begehrenswerte. Werte entstehen demnach durch die individuelle Artikulation von Erfahrungen mithilfe symbolischer Mittel, die die jeweilige Kultur zur Verfügung stellt. Mädchen/junge Frauen und Burschen/junge Männer entwickeln dabei ihre Werthaltungen im Spannungsfeld von Individualisierung und Gruppenbezug.

Auffallend bei der heutigen Jugendgeneration ist, dass Werte mehrdimensional organisiert sind und damit ein gleichgewichtiges Nebeneinander von verschiedenen Wertebereichen ermöglichen. Empirische Studien im deutschsprachigen Raum zeigen seit Jahren, dass es bei den Wertorientierungen junger Menschen kein entweder oder sondern ein sowohl als auch gibt. (Gille/Sardei-Biermann/Gaiser/Rijke 2006; Deutsche Shell 2006; Wippermann/Calmbach 2008; Friesl/Kromer/Polak 2008). Im Werteraum von Mädchen/jungen Frauen und Burschen/jungen Männern sind beispielsweise autonomiestärkende und gemeinschaftsfördernde, demokratiestabilisierende und neoautoritäre, solidarische und fremdenfeindliche, geschlechteregalitäre und traditionelle Einstellungen zu finden.

Die letzte umfassende Jugend-Wertestudie in Österreich wurde 2006/07 vom Österreichischen Institut für Jugendforschung (ÖIJ) in Kooperation mit dem Institut für Praktische Theologie (IPT) durchgeführt. Sie steht in der Tradition der „European Values Survey" im Jahr 1990 und 1999/2000. In diesen vorangegangenen Studien wurden erstmals die Werteinstellungen von 14- bzw. 16- bis 24-Jährigen erforscht. Die vorliegende „Österreichische Jugend-Wertestudie 2006/07" erforschte zum dritten Mal seit 1990 Lebenskonzepte und Werthaltungen von 14- bis 24-Jährigen (1990 wurden Jugendliche erst ab 16 Jahren befragt) und ermöglicht einen Einblick, wie sich gesellschaftliche Transformationen auf die Wertewelt junger Menschen in Österreich auswirken. Mit dieser dritten Erhebung im Jahr 2006/07 liegen aktuelle Daten über Werte und Einstellungen in Lebenswelten junger Menschen in Österreich vor. Erstmals wurden auch in einer eigenen Stichprobe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund wesentliche Aspekte der Jugendpopulation berücksichtigt. In der aktuellen Studie kommen sowohl quantitative (repräsentative Fragebogenerhebung) als auch qualitative (Fokusgruppendiskussionen) Untersuchungsmethoden zur Anwendung. Da die Studie den Charakter einer Replikationsstudie aufweist, ermöglicht der Vergleich der Ergebnisse von nunmehr drei Untersuchungswellen wesentliche Erkenntnisse über Strukturen, Hintergründe und Veränderungen der Einstellungslage Jugendlicher. Der Zeitvergleich über fast zwei Jahrzehnte ist wohl die Stärke der Österreichischen Jugend-Wertestudie und ermöglicht einen umfassenden Einblick in die Wertewelt von jungen Menschen in Österreich. Themenfelder in der Studie sind Fragen zu Familie/Partnerschaft/ Freundeskreis, Schule/Ausbildung/Arbeit/Wirtschaft, Politik/Engagement/ Demokratie, religiöse/moralisch-ethische Einstellungen sowie Fragen nach dem Geschlechterrollenverständnis junger Menschen und ihren gesellschaftspolitischen Positionierungen.

Die nachfolgenden Darstellungen beruhen daher großteils auf der Datenbasis der 1990, 1999 und 2006 durchgeführten Österreichischen Jugend-Wertestudie und beschreiben einen Ausschnitt des Jugendalters, nämlich die 14- bzw. 16- bis 24-jährigen Mädchen/jungen Frauen und Burschen/jungen Männern in Österreich. (Friesl/Kromer/Polak, 2008).

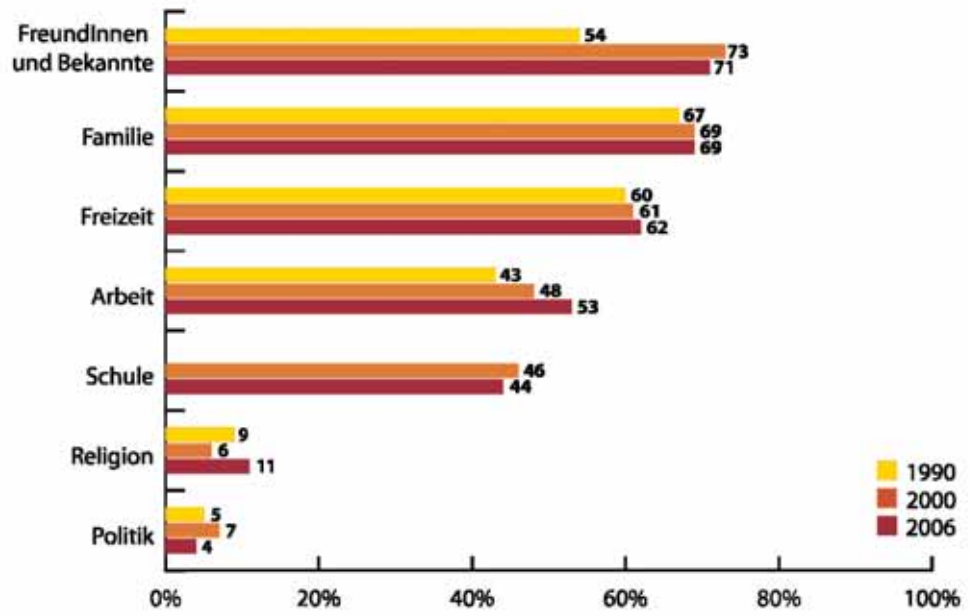
2. Werteinstellungen zu zentralen Lebensbereichen im Überblick

Mädchen/junge Frauen und Burschen/junge Männer bewegen sich in verschiedenen Lebensräumen und Kontexten wie Familie, Freizeit, Schule/Arbeit, Religion und Politik, greifen ein und gestalten diese mit. Gleichzeitig bieten diese Lebenswelten auch Rahmenbedingungen, die für junge Menschen unterschiedliche Chancen eröffnen, aber auch Zumutungen und Grenzen festlegen.

Fragt man 14- bis 24-Jährige Jugendliche/junge Erwachsene nach der Wichtigkeit verschiedener Lebensbereiche so liegen der Freundeskreis und die Familie mit rund 70 Prozent an oberster Stelle. Beide stehen für die soziale Nahwelt und erfahren heute hohe Wertschätzung. Es sind attraktive Lebensräume für junge Menschen in einer komplexen Welt, denn diese bieten Überschaubarkeit, emotionale Geborgenheit und das Aufgehobensein in kleinen sozialen Netzwerken. Dabei kann der Lebensbereich Freizeit mit rund 60 Prozent nicht abgekoppelt von Freunde/innen und Cliquen gesehen werden, denn hier wird vor allem gemeinsame Zeit verbracht.

Im Mittelfeld mit rund 50 Prozent liegen Arbeit und Schule. Veränderte ökonomische und leistungsbezogene Ansprüche spiegeln sich deutlich im Bedeutungsgewinn von Arbeit bei Jugendlichen wider, steht doch die Arbeitslosigkeit an der Spitze jener Faktoren, über die sich beide Geschlechter große Sorgen machen. Religion mit 11 Prozent hat die Politik mit 4 Prozent in ihrer Wichtigkeit überholt und verweist damit auf eine stärkere Suche nach der Deutung von Lebenskonzepten und Lebenspraxen.

Abbildung 1: Sehr wichtige Lebensbereiche von 16- bis 24-Jährigen im Zeitvergleich



Quelle: Jugend-Wertestudie 2006/07 (n=1.001); JuWeStu 2000 (n=816); JuWeStu 1990 (n=750)

Ein Blick auf die Grafik zeigt, dass sich Veränderungen in den letzten Jahrzehnten sehr deutlich in den Lebensbereichen Freunde/innen und Bekannte und Arbeit manifestieren. Ein massiver Bedeutungszuwachs (19%) bei den Freunden/innen und Bekannten ist von 1990 auf 2000 erkennbar. Freundschaften mit Gleichgesinnten waren jungen Menschen schon immer sehr wichtig, aber nie so wichtig wie im Jahr 2000. Dieser Wert ist bis heute relativ stabil geblieben. Der Lebensbereich Arbeit verzeichnet in den letzten 16 Jahren einen kontinuierlichen Bedeutungszuwachs (je 5%) und kann als Indiz für zunehmende Veränderungen und Verunsicherungen am Arbeitsmarkt gesehen werden. (Kromer/ Hatwagner, 2008, S.46)

Arbeit als existenzsichernder und identitätsstiftender Faktor

Der massive Wandel der Arbeitsmarktbedingungen in den letzten Jahrzehnten wirkt sich in den Werteinstellungen junger Menschen deutlich aus. Sowohl Mädchen/junge Frauen als auch Burschen/junge Männer streben vorrangig nach einem sicheren und sinnvollen Arbeitsplatz, der zum einen die eigene ökonomische Lebensgrundlage sichert und ein geregeltes Leben ermöglicht, und zum anderen auch persönliche Entwicklungschancen und Selbstverwirklichung gewährleistet. Bei einer genaueren Analyse lassen sich Differenzen zwischen den Geschlechtern erkennen: So ist den jungen Frauen ein gutes Arbeits-

klima am Arbeitsplatz wesentlich wichtiger als den Burschen. Mädchen möchten auch vermehrt einen Beruf ergreifen, bei dem sie etwas Sinnvolles für die Allgemeinheit tun können. Junge Männer wiederum präsentieren sich stärker erfolgs-, status- und leistungsorientiert. Männlichen Jugendlichen sind Aufstiegschancen im Beruf sehr wichtig und sie wollen im Leben etwas leisten, auch, wenn es oft schwer und mühsam ist. Junge Männer binden ihren Lebenssinn häufiger an die Erwerbsarbeit und wollen stärker wirtschaftlich unabhängig sein als Mädchen und junge Frauen. Zeit für sich selbst zu haben und eigene Interessen und Hobbys zu entwickeln, ist jedoch für die Mehrheit beider Geschlechter von großer Bedeutung. Eine gelingende Balance zwischen Berufsleben und Freizeit wird zunehmend wichtiger, da Selbstverwirklichungsaspekte vor allem in die Freizeit verlegt werden (müssen).

Die zunehmende Bildungsexpansion und die Erwerbsbeteiligung von Frauen in den letzten Jahrzehnten zeigen ihre Spuren: Sowohl für junge Männer als auch für junge Frauen ist es heute normal, dass Erwerbsarbeit unabhängig vom Geschlecht zum Leben dazu gehört. Auf die zunehmenden Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt reagieren demzufolge beide Geschlechter mit Sorge, besonders aber Mädchen und Burschen mit Migrationshintergrund. Arbeitslos zu werden stellt für sie eine Grundangst dar, dies spiegelt sich auch in dem wachsenden Wunsch nach Arbeitsplatzsicherheit wider. Auch der steigende Wunsch nach weniger Stress zeigt eine Reaktion auf den wachsenden Leistungsdruck, dem sich die jungen Menschen ausgeliefert fühlen.

Das Modell der erwerbsorientierten Normalbiografie besitzt nach wie vor eine Leitfunktion für die Mehrheit der Jugendlichen in Österreich, auch wenn eine qualifizierte Teilzeitanstellung für viele denkbar ist. Gleichzeitig können sich viele junge Menschen mit höherer formaler Bildung vorstellen, einer selbstständigen Tätigkeit nachzugehen.

Beziehungsnetzwerke geben Sicherheit und Orientierung

Die Familie hat seit Jahren für die überwiegende Mehrheit der jungen Menschen in Österreich hohe Priorität. Mädchen stellen im Ranking die Familie gleichwertig neben ihren Freundeskreis (73% zu 72%); Burschen hingegen beurteilen die Familie als deutlich weniger wichtig (64% zu 71%). Hier werden geschlechtsspezifische Sozialisationsbedingungen trotz des Wandels des Geschlechterverhältnisses in den letzten Jahrzehnten sichtbar.

Konkrete Fragen nach der Herkunftsfamilie in der BMSG-Jugendstudie (2006) zeigen, dass Mädchen und Burschen das Familienklima überwiegend als sehr gut beschreiben. Dabei ist auffallend, dass das Verhältnis zu den Müttern bzw. Stiefmüttern deutlich positiver beurteilt wird als zum Vater bzw. Stiefvater (91% zu 80% sehr gut und gut). Weiters zeigen die Daten, dass Burschen die Beziehung zu ihren Eltern insgesamt etwas weniger positiv bewerten: Mädchen identifizieren sich im Allgemeinen stärker mit den Müttern und haben auch eine engere Beziehung mit diesen. Söhne hingegen grenzen sich von ihren Müttern stärker ab, scheinen in ihren Vätern aber oft keinen geeigneten Ersatz zu finden. Die Ergebnisse zeigen auch, dass mit zunehmendem Alter der jungen Menschen keine wesentlichen Veränderungen im Verhältnis zu den Eltern festzustellen sind. D. h. trotz der steigenden Eigenständigkeit der Jugendlichen bleibt die Verbundenheit mit den Eltern stabil.

Soziale Beziehungen, insbesondere Paarbeziehungen sind Mädchen und Burschen wichtig, trotz oder vielleicht auch gerade deshalb, weil diese heute an Dauer und Beständigkeit

verlieren. Die Beziehungswerte, also was aus der Sicht von jungen Menschen zu einer guten Beziehung gehört, können insgesamt als in sich sehr konsistent interpretiert werden: Spaß, gemeinsame Zeit, Vertrauen, Treue und körperliche Nähe sind die Basis für eine gute Beziehung. Auch die Ehe bzw. Lebenspartnerschaft sind für junge Menschen nach wie vor attraktiv. Mehr als drei Viertel der befragten jungen Frauen und Männer möchten standesamtlich und knapp zwei Drittel auch kirchlich heiraten. Damit eine Ehe/Lebensgemeinschaft gelingt, sind aus ihrer Sicht vor allem Treue, Toleranz, eine erfüllte Sexualität und Zeit für gemeinsame Beziehungsgespräche von großer Wichtigkeit. Zudem gewinnen angemessenes Einkommen und gemeinsame Kinder wieder an Bedeutung. Auffallend sind geschlechterspezifische Ausprägungen bei den sogenannten Erfolgskriterien für eine gute Beziehung bzw. Lebensgemeinschaft, die auf eine stärkere Beziehungsorientierung der Mädchen und jungen Frauen verweisen. Betrachtet man die bevorzugten Beziehungspläne junger Menschen, so zeigt der Zeitvergleich mit 2000 keine wesentlichen Veränderungen: Zum einen, ein klares „Ja" zu einer festen Beziehung in der Gegenwart, bei der erst in späterer Zukunft an Kinder gedacht wird und zum anderen ein klares „Ja" zum Singledasein mit der Option auf Bindung in der Zukunft. Neben diesen zwei Zukunftsperspektiven, die von jeweils einem Drittel der Jugendlichen favorisiert werden (im Jahr 2000 waren es mit jeweils rund 40 Prozent noch etwas mehr), möchte rund ein Zehntel möglichst bald eine Familie gründen. Insgesamt zeigt sich, dass Mädchen und junge Frauen sich signifikant häufiger als Burschen einen fixen Partner in der Gegenwart wünschen und den Kinderwunsch auf später verschieben. Junge Männer hingegen möchten häufiger als Mädchen in ihrer Jugendzeit noch viel erleben und sich erst später langfristig binden. Das heißt, es gibt prinzipiell bei beiden Geschlechtern einen Beziehungswunsch, bezüglich der konkreten Umsetzung haben junge Frauen und Männer allerdings unterschiedliche Vorstellungen. (Kromer/Hatwagner, 2008, S.22ff)

Neben Familie und fester Beziehung(en) ist vor allem der Freundeskreis von zentraler Bedeutung. Jugendliche lernen ihre Freunde/innen überwiegend in der Schule, Nachbarschaft oder aufgrund gemeinsamer Freizeitinteressen kennen. (BMSG-Jugendstudie, 2006, S.15) Auch in der vorliegenden Wertestudie wird sichtbar, dass junge Menschen, unabhängig von Geschlecht und Alter ihre Zeit nach der Schule oder Arbeit am häufigsten mit ihren Freunden/innen verbringen: Bei den Freizeitbeschäftigungen liegt etwas mit Freunden/innen unternehmen mit rund 70 Prozent an erster Stelle, (Kromer/Hatwagner, 2008, S.40f). Diese kleinen überschaubaren Beziehungsnetzwerke können als private Sphären, als Gefühls- und Freizeitgemeinschaft beschrieben werden, die von Jugendlichen mit Sinn und Bedeutung gefüllt werden. In ihren Beziehungen hoffen sowohl junge Frauen als auch junge Männer jenen Raum zu finden, der – abseits der heutigen Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft – Identität und Selbstverwirklichung ermöglicht.

Geschlechtergerechtigkeit im privaten und öffentlichen Bereich

In der vorliegenden Österreichischen Jugend-Wertestudie wurde ein umfassender Fragenkomplex zum Geschlechterrollenverständnis der 14- bis 24-Jährigen faktorenanalytisch in drei homogene Gruppen zusammengefasst: Das emanzipatorische Rollenverständnis geht davon aus, dass insbesondere Frauen unterstützt und aufgefordert werden müssen, sich im privaten wie im öffentlichen Bereich durchzusetzen und gleichberechtigte Positionen einzunehmen. Diesem Rollenverständnis stimmen Mädchen und junge Frauen zu 85 Pro-

zent zu. Jeder zweite männliche Jugendliche ist dagegen. Ein ähnliches Bild zeigt sich in der Bewertung des egalitären Rollenverständnisses. Hier sind Positionen zusammengefasst, die eine prinzipielle Gleichbehandlung von Frauen und Männern im privaten wie im öffentlichen Bereich fordern. Auch diesem Modell stimmen 85 Prozent der weiblichen Jugendlichen zu, und bei den männlichen Jugendlichen sind es etwas mehr als zwei Drittel. Zugleich vertritt aber auch mehr als die Hälfte der männlichen Jugendlichen ein traditionelles Rollenverständnis. In ihm sammeln sich die bekannten Bilder traditioneller Rollenzuschreibungen. Knapp 40 Prozent der weiblichen Befragten kann diesem Rollenverständnis etwas abgewinnen. Die größten geschlechtsspezifischen Differenzen in dieser Analyse finden sich in der Gruppe der nicht-muslimischen Migrant/innen. Hier sind die Mädchen/jungen Frauen in ihren Einstellungen und Denkweisen durchwegs gleichauf mit den weiblichen Jugendlichen mit österreichischen Wurzeln. Nicht-muslimische junge Männer mit Migrationshintergrund vertreten demgegenüber signifikant stärker traditionelle Rollenbilder und verwehren sich deutlicher gegen egalitäre oder emanzipatorische Rollenverständnisse als ihre Geschlechtsgenossen ohne Migrationshintergrund. Damit zeigt sich zwischen Mädchen und Burschen mit Migrationshintergrund eine deutliche Differenz im Geschlechtsrollenverständnis. Unterschiedliche Lebensrealitäten und Bewältigungsformen zwischen weiblichen und männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund scheinen für die große Diskrepanz zwischen den Einstellungen und Handlungsweisen verantwortlich zu sein. Durch die Bildungsbeteiligung und den Zugang zu Erwerbsarbeit von jungen Migrantinnen erhalten diese Zugang zu gesellschaftlichen und sozialen Ressourcen, die unter anderem auch zu einer veränderten Sicht der Geschlechterverhältnisse führt. (Kromer/Hatwagner, 2008, S.237). Eine nähere Analyse zeigt zudem, dass auch politisch nicht interessierte junge Menschen eher traditionellen Rollenzuschreibungen zustimmen als politisch Interessierte und Engagierte.

Die Pluralisierung und Individualisierung von Lebenslagen in einer globalisierten Gesellschaft wirken sich demnach auch auf die Geschlechterverhältnisse im privaten und öffentlichen Bereich aus. Die Offenheit gegenüber weiblicher Emanzipation in der Berufswelt lässt große Fortschritte erkennen. So hat sich die Berufstätigkeit der Frau im „common sense" der Gesellschaft etabliert und gehört mittlerweile zur Normalbiografie einer Frau. Betrachtet man allerdings die Daten zur Familienarbeit, so ist festzustellen, dass diese nach wie vor weiblich konnotiert ist und die Zuständigkeit vor allem von den jungen Männern deutlich den Frauen zugeschoben wird. Eine erfreuliche Ausnahme ist der Bedeutungszuwachs aktiver Vaterschaft: Eine große Mehrheit von jungen Männern möchte nicht mehr nur die Rolle des Familienernährers übernehmen, sondern auch die Beziehung zu den eigenen Kinder gestalten sowie die Unabhängigkeit ihrer Töchter fördern.

Im öffentlichen Bereich scheint das Aufbrechen von traditionellen Machtstrukturen wesentlich schwieriger zu sein. Die geringe Akzeptanz der Aussage Mehr Frauen in die Politik zeigt dies sehr deutlich auf, denn die Mehrheit der Burschen und jungen Männer lehnen ein vermehrtes politisches Engagement von Frauen deutlich ab. Nur rund 40 Prozent befürworten ein vermehrtes Engagement von Frauen in der Politik, hingegen votieren drei Viertel der weiblichen Jugendlichen für diese Aussage. Gleichzeitig sind männlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen mehrheitlich demokratische Grundwerte wie Meinungsfreiheit und gleiches Wahlrecht wichtig – Geschlechteregalität wird folglich nicht als notwendige Basis für eine Demokratie gesehen.

Einstellungen zu Politik zwischen Entfremdung und Desillusionierung

In der europäischen Jugendstudie EUYOUPART (Spannring/Ogris/Gaiser 2008), wurde die Bedeutung von Politik und politischer Partizipation für junge Menschen untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass junge Frauen und Männer sich weigern, in entweder-oder bzw. in schwarz-weiß Kategorien zu denken. Keiner politischen Führung oder Organisation wird das Monopol auf Wahrheit zugestanden, und auch Ideologien haben an Glaubwürdigkeit verloren. Daher finden es Jugendliche schwierig, Loyalität zu einer (einzigen) Organisation zu zeigen. Sie ziehen es vor, offen und autonom zu bleiben und sich ihre eigene Weltsicht, moralische Standards und politische Identität zu kreieren.

Auch die österreichischen Daten der Wertestudie zeigen ähnliches (Kromer/Hatwagner, 2008, S.61ff): Insgesamt kann das Verhältnis der Jugendlichen zu Politik als distanziert beschrieben werden. Auch bei den höher Gebildeten überwiegt Frustration und Kritik am politischen System. Junge Menschen vermissen die konstruktive Auseinandersetzung mit den Problemen der Bevölkerung, wobei aus ihrer Sicht speziell die Interessen der jungen Generation negiert werden. Ideale werden wirtschaftlicher Logik und Machtstreben unterworfen. Eine Quelle großer Frustration ist die mangelnde Effektivität politischer Aktivitäten – so zeigte sich in den letzten Jahren, dass weder Wahlen noch Petitionen, Demonstrationen oder Streiks Politiker/innen in ihren Entscheidungen beeinflussen konnten. Dies stellt in weiterer Folge die Glaubwürdigkeit und Legitimität der demokratischen Struktur des politischen Systems zunehmend in Frage. Die quantitativen Daten der Jugend-Wertestudie zeigen, dass nur 4 Prozent der Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren sich „sehr" und weitere 29 Prozent „etwas" für Politik interessieren. Fast zwei Drittel der jungen Österreicher/innen haben jedoch „kaum" (32%) und „gar kein" (31%) Interesse an Politik. Vergleicht man diese Daten mit den Erhebungen von 1990 und 2000, so steht das Interesse an Politik auf dem tiefsten Stand. Auch der Politikwissenschaftler Ulram (2007) zeigt in seinen österreichischen Vergleichsstudien zu politischen Einstellungen junger Menschen einen signifikanten Rückgang gegenüber den Jahren 1980 und 2000 an. Konnte man einen starken Anstieg des politischen Interesses in den 80er und 90er Jahren erkennen, so sinkt nun dieses Interesse kontinuierlich ab. Ein Fokus auf die Geschlechter in den Jugend-Wertestudien zeigt, dass es im Laufe der Neunziger Jahre eine Annäherung des Ausmaßes politischen Interesses bei den Mädchen und Burschen gab, das bis heute parallel verläuft. Politikinteresse erweist sich demnach heute nicht mehr als geschlechtsabhängig.

Jedoch kann ein nachweislicher Zusammenhang zwischen Schulbildung und politischem Interesse gesehen werden; das heißt, je höher die Bildung der Jugendlichen (und auch deren Eltern), umso mehr interessieren sie sich für Politik. (Shell-Jugendstudie, 2006; Gille/Gaiser/Rije, 2006; Kromer/Hatwagner, 2008)

Neben diesem beunruhigenden Interessensschwund an Politik muss jedoch auch nach dem Politikverständnis von jungen Menschen gefragt werden. Die Ergebnisse der Wertestudie zeigen, dass Jugendliche mit Politik vor allem traditionelle Parteipolitik assoziieren; das heißt unter anderem institutionalisierte Politik, hierarchische Strukturen, fehlende Partizipationsmöglichkeiten, nicht eingelöste Wahlversprechen. Politik in diesem Sinne ist bei Jugendlichen demzufolge unattraktiv und uninteressant.

Dies wirkt sich auch auf das Vertrauen in politische Institutionen aus, denn dieses ist insgesamt nur wenig ausgeprägt. (Ulram, 2006; Kromer/Hatwagner, 2008). Dabei zeigt sich

ein enger Zusammenhang zwischen dem Parlament, der EU, der Nato, politischen Parteien und der UNO. Das heißt, jene jungen Frauen und Männer, die beispielsweise sehr viel Vertrauen in die EU haben, setzen auch eher Vertrauen in die NATO und die anderen Institutionen. Gleichzeitig zeigt sich ein wichtiger Zusammenhang zwischen dem Vertrauen zu den angeführten Instanzen und dem angegebenen politischen Interesse: Politisch interessierte Jugendliche vertrauen politischen Institutionen eher als nicht bzw. wenig interessierte.

Die österreichische Jugend-Wertestudie gibt neben dem Politikinteresse auch Hinweise auf das Demokratieverständnis von Jugendlichen in Österreich: Jugendliche und junge Erwachsene befürworten und respektieren mehrheitlich demokratische Grundwerte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung, Demonstrationsrecht, Wahlen oder die Notwendigkeit einer politischen Opposition. So stimmen rund 85 Prozent der Jugendlichen zu, dass jeder Mensch das Recht hat, für seine Meinung einzutreten und für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen. 70 Prozent der jungen Menschen in Österreich sehen es als demokratische Pflicht, sich an Wahlen zu beteiligen. Und dass eine lebensfähige Demokratie ohne politische Opposition undenkbar ist, wird von zwei Drittel der befragten jungen Frauen und Männer bejaht. Gleichzeitig zeigen die Daten, dass die Hälfte der Jugendlichen gegen eine Diktatur ist, aber trotzdem eine starke Hand mal wieder Ordnung in den Staat bringen sollte. Knapp die Hälfte jener möchte auch, dass sich ein starker, nicht gewählter Mann um das Land kümmert. Dabei sind es die männlichen Heranwachsenden, die sich zwar gegen die Diktatur, aber für eine starke Hand aussprechen. Ähnliche Ergebnisse zeigt auch die letzte Shell-Jugendstudie (2006).

Diese ambivalenten Aussagen von jungen Menschen deuten darauf hin, dass es sich hier nicht um eine generelle Absage an die Demokratie handelt, sondern vielmehr um einen Veränderungswunsch im Sinne einer Verbesserung der persönlichen Lebensbedingungen. Diese Erklärung kann auch mit den früheren Ergebnissen des Forschungsprojektes „Ways of Integration of Young People in the European Societies" (Spannring, 2005) bestätigt werden. Die Studie zeigt unter anderem, dass geringer sozialer Status, weniger Bildung sowie Arbeitslosigkeit sich negativ auf das Demokratiebewusstsein auswirken, also das Risiko anti-demokratischer Einstellungen erhöhen. Dass Burschen und junge Männer mit Migrationshintergrund ein weniger ausgeprägtes Demokratieverständnis in der Wertestudie erkennen lassen, ist damit vermutlich vor allem auf ihre oft ungünstigeren Lebensbedingungen und Lebenschancen zurückzuführen.

Zusammenfassend zeigt sich, dass der sozio-kulturelle Hintergrund wie auch das Niveau von Bildung, Wissen und politischer Erfahrung sich als wichtiger Faktor für politisches Interesse und Engagement erweist. Die Jugend-Wertestudie teilt die jungen Menschen in zumindest zwei Gruppen: Vor allem Jugendliche mit wenig Bildung und starken Unsicherheitserfahrungen sehen Politik als schmutziges Geschäft und distanzieren sich davon. Sie weisen zwar auf unfaire Bedingungen in verschiedensten Lebensbereichen hin, jedoch ohne diese als politische Themen zu erkennen oder politische Forderungen daran zu knüpfen. Junge Menschen mit höherem Bildungsgrad und starkem politischen Bewusstsein mögen angesichts der Unmöglichkeit, etwas bewirken zu können, zwar frustriert von konventionellen und alternativen politischen Organisationen sein, sie versuchen trotz alle dem die Gesellschaft zu demokratisieren und neue Aktionsräume zu öffnen – fernab von den konventionellen und elitegeleiteten Formen der politischen Partizipation.

Religiosität – subjektiv, vielfältig und widersprüchlich

Die Daten in der Österreichischen Jugend-Wertestudie machen sichtbar, dass sich das religiöse Feld wandelt. Im Vergleich zu den beiden Untersuchungswellen 1990 und 2000 wird deutlich, dass der Lebensbereich Religion an Bedeutung gewonnen hat. Rund jedeR Zehnte findet Religion sehr wichtig (1990: 9 %, 2000: 6%, 2006/07: 11%). Gleichzeitig wird aber auch offenkundig, dass die Zahl jener, die Religion überhaupt nicht wichtig finden, ebenfalls zunimmt. Trotz der signifikanten Bedeutungszunahme des Lebensbereiches Religion darf jedoch nicht übersehen werden, dass sich Religion nach wie vor in der Rangordnung der Lebensräume an vorletzter Stelle befindet.

Die bzw. der typische Jugendliche in Österreich mit ihrer/seiner subjektiven Religiosität könnte sehr treffend mit der Aussage „Ich glaube an Gott, bin aber nicht religiös" beschrieben werden. Diese Schere zwischen selbsteingeschätzter Religiosität und Gottesglaube weitet sich seit 1990 zunehmend. Dies zeigen die Daten recht deutlich, zum einen mit der niedrigen Zustimmung zu einem religiösen Selbstverständnis (knapp ein Drittel versteht sich selbst als religiös) und andererseits mit einer hohen Zustimmung zum Glauben an Gott (rund 70 Prozent). Diese Entwicklung kann als Konsequenz von Entkirchlichungsprozessen in der Gesellschaft allgemein und im Besonderen bei jungen Menschen gedeutet werden. Religion ist keine alltäglich präsente Lebenswirklichkeit mehr in die junge Menschen hineinwachsen (müssen), um soziale Zugehörigkeit zu erwerben. Das persönliche Leben verläuft abseits religiöser Gemeinschaften und Kirchen und diese werden folglich von der Mehrheit der Jugendlichen auch als kaum relevant erlebt.

Ein weiterer Aspekt kann in einem grundsätzlich veränderten Zugang zu „Commitments", also eindeutig und endgültig entschiedenen Zugehörigkeitsbekenntnissen aller Art gesehen werden. Die Mehrheit der 14- bis 24-Jährigen entscheidet sich für eine Optionenvielfalt, und das nicht nur in religiösen Belangen. Religiosität im Sinne einer sich bekennenden und entschiedenen Zugehörigkeit zu einer spezifischen verbindlichen religiösen Gemeinschaft mit ihren Normen, Regeln und Ritualen ist eine Option, die derzeit von wenigen gewählt wird.

Ihr Glaube an Gott stellt sich sehr vielfältig dar – auch innerhalb der muslimischen Gruppe – und wird sowohl mit naturalistischen als auch autonomistischen und skeptischen Positionen verbunden. – Denn junge Menschen reagieren auf ihren veränderten sozioreligiösen Kontext. (Polak/Uhlik/Renner, 2008, S.126ff).

3. Die heutige Jugendgeneration im Fokus von Wertetypen

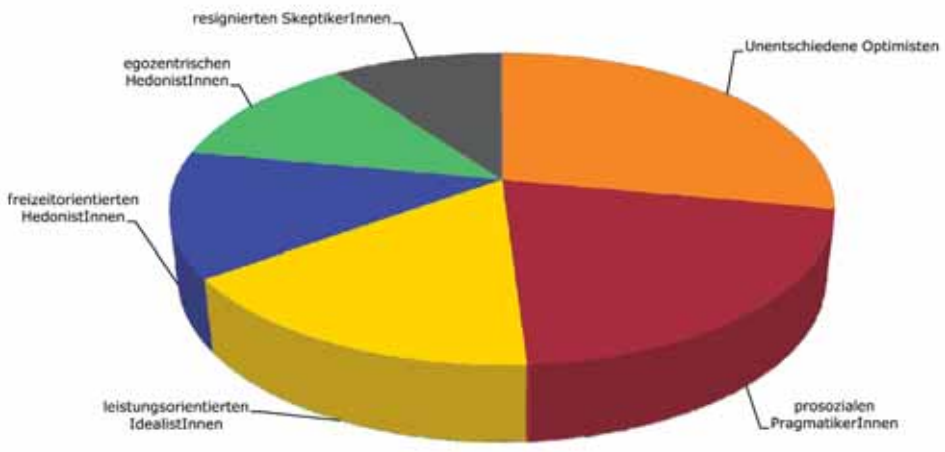
Junge Menschen stehen heute vor der großen Herausforderung, ein komplexes und stabiles Orientierungssystem zu entwickeln. Dabei stellt die Wertesynthese eine Grundlage für die heute geforderte moderne Balance von individueller und sozialer Selbstkontrolle und individueller Selbsterweiterung dar.

Finden sich in der heutigen Jugendgeneration in Österreich verschiedene Varianten einer solchen Wertesynthese, d.h. lassen sich unterschiedliche ‚Wertetypen' ermitteln, die spezifische Wertedimensionen repräsentieren? Zur Klärung dieser Frage wurde auf der Basis verschiedener statistischer Gruppierungsverfahren (Faktoren- und Clusteranalysen) eine differenzierte Datenanalyse vorgenommen. So konnten zunächst vier Wertedimensionen extrahiert werden, die Varianten der individuellen Bedeutsamkeit gegenwärtiger und

zukünftiger Lebensgestaltung kennzeichnen:„authentischer Pragmatismus", „freizeitorientierter Hedonismus", „berufs- und leistungsbezogener Materialismus" und „prosozialer Idealismus". Im Zuge einer weiteren Analyse ließen sich aus der Kombination der Wertedimensionen und demografischen Merkmalen der Stichprobe (Jugend-Wertestudie 2006/07; n= 1.181; Kromer/Hatwagner 2008, S. 265) unterschiedliche Wertetypen voneinander abgrenzen.

Die ermittelte Typologie stellt die heutige Jugendgeneration in Österreich in sechs voneinander abgrenzbaren Wertetypen mit ihren kennzeichnenden Profilen dar. Damit werden zum einen die Gemeinsamkeiten, Differenzen und Widersprüche in den jugendlichen Wertvorstellungen sichtbar, zum anderen zeigt diese Typologie auch die Fülle an Ressourcen und Potenzialen auf, die junge Menschen entwickeln und bereit sind zu investieren – für ihr persönliches Glück, aber auch für eine gerechte und solidarische Welt. (Kromer/Hatwagner, 2008, S.262ff).

Abbildung 2: Wertetypologie der heutigen Jugendgeneration zwischen 14 und 24 Jahren



Quelle: Österreichische Jugend Wertestudie 2006/07

Die unentschiedenen Optimisten/innen stellen mit 28 Prozent die größte Gruppe der Stichprobe dar und sammeln vor allem 16-Jährige. Keine der Wertedimensionen ist besonders ausgeprägt, dass heißt hier ist noch sehr viel offen und unentschieden, was vermutlich auf einen Alterseffekt zurückzuführen ist. Im Wesentlichen konzentrieren sich Mädchen und Burschen in dieser Gruppe auf ihr persönliches Lebensglück – sich später ein angenehmes Zuhause schaffen, einen sicheren Arbeitsplatz finden, viel Geld verdienen, im Beruf erfolgreich sein, stehen im Vordergrund, wobei grundsätzlich alle Optionen offen gehalten werden. Politisch sind sie eher uninteressiert und stimmen fremdenfeindlichen Positionen vermehrt zu. Insgesamt blicken sie vorwiegend positiv in die Zukunft und glauben fest daran, ihre persönlichen Ziele auch erreichen zu können. Während Jugendliche mit österreichischen Wurzeln und nicht-muslimische Migrant/innen gleichermaßen in dieser Teilgruppe zu finden sind, gehören Muslim/innen wesentlich seltener der Gruppe der Optimist/innen an.

In der Teilgruppe der prosozialen Pragmatiker/innen (21%) sind überdurchschnittlich viele Mädchen und junge Frauen vertreten. Sie lehnen hedonistische Wertemuster ab, während Werte, die den berufs- und leistungsbezogenen Materialismus betreffen, eine durchschnittliche Bedeutung haben. Sie streben ein ausgeglichenes Privatleben an, das sie eigenverantwortlich und selbstbestimmt erreichen möchten. Sie übernehmen sowohl Verantwortung für die persönliche Entfaltung also auch für die soziale und natürliche Umwelt. Das heißt konkret, dass sie u. a. einfacher und natürlicher leben wollen, hilfsbereit gegenüber andern Menschen sind und Menschen, die anders sind, akzeptieren. Diese Gruppe bewertet Solidarität in der Familie besonders hoch, gleichzeitig zeichnet sie sich durch ein überdurchschnittliches Interesse an einem individualisierten Lebensglück aus. Politisch sind die Vertreter/innen dieser Gruppe mäßig interessiert. Dabei ist auch auffallend, dass sie relativ stark die traditionellen Geschlechterrollen in Beruf und Familie ablehnen.

Die leistungsorientierten Idealisten/innen (16%) lehnen sehr stark pragmatische Werte ab, hingegen sind prosoziale und materialistische Werte (z. B. Erfolg im Beruf, sicherer Arbeitsplatz, Status in der Gesellschaft, gute Leistungen) überdurchschnittlich bedeutsam. Sie suchen nach einem ausgeglichenen Wertemix aus Vergnügen, beruflichem Erfolg und sozialer Verantwortung in ihrem Leben. Diese Teilgruppe setzt sich vorwiegend aus jungen Frauen und Männern über 19 Jahren zusammen, die sich gesellschaftlich bereits gut verortet erleben. Sie zeigen sich politisch eher interessiert und lehnen Fremdbestimmung und undemokratische Regierungsformen deutlich ab. Wichtig ist ihnen Solidarität in der Familie und eine selbstbestimmte und eigenverantwortliche Lebensweise.

In der Gruppe der freizeitorientierten Hedonisten/innen (13%) sind jene Mädchen und Burschen zu finden, die leistungsorientierte und materialistische Einstellungen stark ablehnen und hauptsächlich nach Spaß, Vergnügen und Genuss suchen. Die Freizeit hat für diese Teilgruppe einen hohen Stellenwert und Selbstverwirklichung wird außerhalb des Berufs gesucht. Die vorwiegend 17-Jährigen übernehmen Verantwortung für ihre Umwelt und weisen die höchste Zustimmung im Bereich der Mesosolidarität auf. Das meint zum Beispiel Einkommensunterschiede verringern, Armut mit persönlichem Verzichten bekämpfen, an Bedürftige verteilen. Sie blicken unbeschwert in die Zukunft und haben das Gefühl, dass sie über ihr Leben bestimmen können. Ihr politisches Interesse ist sehr gering, jegliche Art von Fremdbestimmung wird jedoch entschieden abgelehnt.

Die Gruppe der egozentrischen Hedonisten/innen (12%) setzt sich zu zwei Dritteln aus Burschen zusammen. Diese vorwiegend jüngere Teilgruppe strebt in erster Linie nach Vergnügen und der Befriedigung spontaner Bedürfnisse. Sicherheit und Erfolg im Beruf, eine vernünftige Ausbildung, einen hohen Status in der Gesellschaft und viel Geld zu verdienen, erachten sie nur für mäßig wichtig. Im Unterschied zu den freizeitorientierten Hedonist/innen zeigen sie eine breite Ablehnung bei solidarischen Werten auf der Mikro- und auch Mesoebene. Solidarität in Familie und Gesellschaft, aber auch das politische Interesse ist bei den Jugendlichen hier am geringsten ausgeprägt. Die männlichen egozentrischen Hedonisten lehnen darüber hinaus das emanzipatorische Rollenbild besonders deutlich ab, hingegen stehen die Mädchen in dieser Gruppe neuen Rollenbildern offen gegenüber.

In der Gruppe der resignierten Skeptiker/innen (10%) finden sich jene Mädchen und Burschen wieder, die allen Wertedimensionen skeptisch ablehnend gegenüber stehen. Es sind weder alters- noch geschlechtsspezifische Besonderheiten in dieser Gruppe zu finden. Allerdings zeigt sich, dass hier vor allem junge Muslim/innen überrepräsentiert sind. Der Blick dieser Jugendlichen in die Zukunft ist von Unsicherheit geprägt. Weder fühlen sie sich von der Gesellschaft ernst genommen, noch haben sie den Eindruck, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Weiters ist auffallend in dieser Teilgruppe, dass der Ruf nach einem starken Mann in der Politik und die Ablehnung egalitärer sowie emanzipatorischer Rollenbilder besonders stark ausgeprägt sind. Diese Besonderheiten der Gruppe deuten darauf hin, dass es sich hier um junge Menschen handelt, die sich strukturell, sozioökonomisch und/oder persönlich benachteiligt erleben.

Diese sechs Wertetypen zeigen einmal mehr, dass es die Jugend nicht als homogene Gruppe gibt. Jugendliche haben keine abstrakten Werte; ihre Werthaltungen müssen neben dem Alter und dem Geschlecht auch unter dem Aspekt der biografischen Relevanz betrachtet werden. Sowohl persönliche Ressourcen als auch gesellschaftliche Rahmenbedingungen sind für die persönlichen Wertepräferenzen bedeutsam.

4. Exkurs: Gewaltbereitschaft von jungen Menschen

Das Thema Gewalt von Jugendlichen wurde in den letzten Jahren in den österreichischen Medien häufig präsentiert und diskutiert. Dabei wird zumeist von einem drastischen Zuwachs der Gewalt berichtet und der Mythos einer gewalttätigen Jugend verstärkt. Ob Jugendliche tatsächlich immer gewalttätiger werden, kann anhand der vorhandenen österreichischen Studien nicht eindeutig festgestellt werden, da keine Zeitvergleichsstudien vorliegen. Um der Gewaltbereitschaft auf den Grund zu gehen wurden oft qualitative Studien durchgeführt. Die internationale DAPHNE-Studie (Riepl/Williamson 2009) zum Thema Gewalt im öffentlichen Raum, an der sich neben Österreich noch drei weitere europäische Länder beteiligten, gibt vor allem einen Einblick in die Formen von Gewalt unter Jugendlichen: Die Bandbreite reicht von Provokation, Verteidigung und Rache zwischen Individuen oder kleinen Gruppen, Konkurrenzkämpfen zwischen größeren Gruppen, Sanktionen für das Brechen von Gruppennormen, über Bullying und Gewalt im Internet, spielerische Gewalt zwischen Freund/innen, sexuelle Belästigung von Mädchen durch Burschen, bis zur körperlichen Gewalt von Mädchen gegen Burschen, körperlicher Gewalt von Burschen gegen Mädchen und Raub und Wegnahme von Eigentum (z.B. Handy).

Die Intentionen für gewalttätige Handlungen bestehen dieser Studie zufolge darin, verschiedene Arten von Ressourcen (Territorium, Macht, Status etc.) zu gewinnen bzw. zu verteidigen oder Anerkennung zu erhalten. Im Detail stehen folgende Intentionen hinter gewalttätigen Interaktionen: Platz und Raum, Macht und Status, Identität und Selbstbehauptung, Unterstützung von Freund/innen, Revanche, Beschützen von Mädchen und Jüngeren, Machtlosigkeit. (Kromer/Blum 2009, S.152ff).

Neben dem Aspekt der Intentionen und Formen der Gewalttätigkeit unter Jugendlichen, stellt sich die Frage, ob man diese auch in Zahlen ausdrücken kann. Die Schwierigkeit liegt darin, dass Kriminalstatistiken die soziale Wirklichkeit nicht vollständig abbilden können und Verzerrung aufgrund des juristischen Hintergrundes gegeben ist. Diesem Effekt wirkt die internationale Self-Report-Delinquency-Study (ISRD-2), an der sich Österreich mit

einem Städetsample beteiligte, entgegen (Stangl/Kromer/Hager/Stummvoll 2006): durch Opfererhebungen und Täter/innenbefragungen entsteht ein aufschlussreiches statistisches Gesamtbild zum Thema Gewalt von Jugendlichen. Das Ergebnis: Ein Drittel der 13- bis 15-jährigen Schüler/innen gibt an, sich bereits mindestens einmal im Leben gewaltbereit verhalten zu haben und wird damit als gewaltbereit bezeichnet. Im Zuge der detaillierten Analyse der Gewaltbereitschaft zeigten sich eindeutige geschlechtsspezifische Differenzen: Burschen sind viel eher dazu bereit, sich gewalttätig zu verhalten als Mädchen. Weiters zeigt die Studie, dass Persönlichkeitsmerkmale wie Risikobereitschaft, Spontaneität, Egoismus und Impulsivität Auswirkungen auf Gewaltdelikte (Körperverletzung, Gruppenschlägereien, Vandalismus, ...) haben. D. h. eine geringe Selbstkontrolle steht mit erhöhter Gewaltbereitschaft in Verbindung.

Eine weitere Self-Report-Studie zum Thema Jugend und Gewalt in Österreich (Zuba 2006) kommt zu dem Ergebnis, dass mehr als 90 Prozent der 15- bis 20-Jährigen Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung ablehnen und 88 Prozent der Jugendlichen versuchen, jeder Art von gewalttätigen Handlungen aus dem Weg zu gehen. Beim Vergleich dieser Daten mit jenen aus der Jugend-Wertestudie aus dem Jahr 2000 (Friesl, 2001) zeigt sich eine deutliche Abnahme des Gewaltpotenzials. Nun sind knapp 20 Prozent mehr Jugendliche der Ansicht, Konflikte auch gewaltfrei lösen zu können. Während bei der früheren Studie noch jedeR zweite Jugendliche meinte, dass es hin und wieder zu Schlägereien kommen könne, sind nun nur mehr rund 30 Prozent dieser Meinung. Waren 2000 noch ein Viertel der befragten Jugendlichen bereit, wichtige Sachen durch Gewaltanwendung durchzusetzen, sind dies 2006 lediglich rund 10 Prozent der Befragten. Die Studie ergab unter anderem auch, dass die Einstellung zu Gewalt stark vom Geschlecht, der Schulbildung und dem Alter abhing. So wiesen Mädchen eine geringere Gewaltbereitschaft auf und meinten, gewalttätigen Handlungen aus dem Weg zu gehen. Nur 17 Prozent der Mädchen äußerten, sich gegen Angriffe manchmal mit Schlägen zu wehren. Im Gegensatz dazu gaben 40 Prozent der Buben an, dies zu tun. Bezüglich der Schulbildung der befragten Jugendlichen wurde deutlich, dass die Zustimmung, dass es hin und wieder zu Schlägereien kommen könne, mit der Höhe der Schulbildung abnahm. Weiters wurde die Befürwortung von Gewalt mit dem Alter geringer.

Auch wenn die direkte Gegenüberstellung dieser beiden Studien aufgrund der unterschiedlichen Designs problematisch erscheint, so gibt sie doch einen Eindruck zur Gewaltbereitschaft von Jugendlichen. Das Ausmaß der Gewaltbereitschaft liegt demnach zwischen 10 und 30 Prozent, wobei die Differenz vor allem zwischen grundsätzlicher Einstellung und tatsächlichem Verhalten zu verorten ist.

Die Lage um die Diskussion zu Jugendgewalt in Österreich ist also folgende: Geht man von der Anzeigenstatistik des Kriminalitätsberichtes des Innenministeriums aus, steigt die Jugendgewalt. Im Gegensatz dazu zeigen Self-Report-Studien, dass Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung von Jugendlichen 2006 häufiger abgelehnt wird als noch im Jahr 2000.

Um ungerechter Verurteilung, falschen Interpretationen sowie unreflektierten Maßnahmen vorzubeugen, ist es wichtig, die Situation zu Gewalt unter Jugendlichen zu erforschen. Die Entwicklung von neuen langfristigen Handlungskonzepten ist dringend erforderlich, wozu es Grundlagenforschung zu Gewalterfahrungen unter jungen Menschen braucht. Erst auf Basis qualitätsvoller empirischer Daten zu Gewalt unter Jugendlichen, die auch einen

Zeitvergleich ermöglichen, können Maßnahmen dazu erarbeitet werden. Die Forschung zu diesem Thema wurde in den letzten Jahren jedoch stark vernachlässigt.

5. Lieben, Leisten, Hoffen als zentrale Dimensionen jugendlicher Werthaltungen

Die Österreichische Jugend-Wertestudie hat Werthaltungen junger Menschen als Rahmenbedingungen ihrer Lebensgestaltung hinterfragt und als Ergebnis eine umfassende Dokumentation (Friesl/Kromer/Polak 2008) vorgelegt, die drei zentrale Dimensionen jugendlicher Werthaltungen mit „Lieben, Leisten, Hoffen" pointiert zusammenfasst: Die Dimension Lieben verweist darauf, dass Mädchen/junge Frauen und Burschen/junge Männer in ihrer Suche nach Liebe und Glück auf Beziehungsnahräume fokussieren. Soziale Nahorientierungen wie Freundschaft, Partnerschaft und Familie, begleitet von einem Streben nach persönlicher Unabhängigkeit, liegen weiter im Trend und sind bedeutsame Lebensbereiche.

Leisten, eine weitere zentrale Dimension, betont zum einen die hohen Leistungsanforderungen an Jugendliche, aber auch ihre hohe Leistungsbereitschaft, diesen Herausforderungen zu begegnen. Leistungsorientierung seitens junger Menschen kann als eine neuere Entwicklung unter den Einstellungsmustern bei beiden Geschlechtern erkannt werden. Jugendliche und junge Erwachsene konzentrieren sich zunehmend auf Schule, Ausbildung und Beruf. Ihre Leistungsorientierung erfolgt jedoch aus unterschiedlichen Beweggründen; sei es aus existenzsichernden und ökonomischen Motiven – und das teilweise unter großem Druck, sie dient aber auch der Selbstverwirklichung und Sinnstiftung.

Die dritte Dimension Hoffen wird zum Bild ferner und vorerst uneingelöster Wünsche, die sich jedoch nicht nur auf Religion und Ethik beschränken. Junge Menschen hoffen auf eine sichere Arbeit, die Spaß macht und von der man auch gut leben kann; sie hoffen auf eine gute zukunftsorientierte (Aus-)Bildung; sie hoffen auf eine veränderte Politik, die sie als junge Frauen und Männer ernst nimmt, Mitgestaltung ermöglicht und am gesellschaftlichen Reichtum partizipieren lässt; Mädchen/junge Frauen und Burschen/junge Männer hoffen auf Gerechtigkeit – für sich selber und im globalen Kontext.

Literatur

BMSG-Jugendstudie (2006): Für Jugendliche Zukunft sichern. Endbericht. Wien: Österreichisches Institut für Jugendforschung

Deutsche Shell (2006) (Hg.): Jugend 2006. 15. Shell Jugendstudie. Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt/Main: Fischer (TB)

Friesl, C. (Hg.) (2001): Experiment Jung-Sein. Die Wertewelt österreichischer Jugendlicher. Wien: Czernin Verlag

Friesl, C. / Kromer, I. / Polak, R. (Hg.) (2008): Lieben, Leisten, Hoffen. Die Wertewelt junger Menschen in Österreich. Wien: Czernin Verlag

Gille, M. / Sardei-Biermann, S. / Gaiser, W. / Rijke de R. (2006): Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Kromer, I. (2008): „... ausgebremst und angepasst! Wertorientierungen junger Menschen in Österreich". S.17-25. In: Poier, K. / Konschegg, K. / Spannring, J. (Hg.): Jugend und soziale Gerechtigkeit. Schriftenreihe des Dr.-Karl-Kummer-Instituts – Band 5. Graz: Leykam Verlag

Kromer, I. / Blum J. (2009): Deprived Young People Struggling for Resources and Recognition in a Densely Built Quarter: Urbanitz, Austria. P. 131-166. In: Riepl, B. / Williamson, H. (Ed.): Portraits of Peer Violence in Public Space. Experiences from Young People in Four Localities in Europe. Vienna: Austrian Institute of Youth Research

Kromer, I. / Hatwagner, K. (2008): Lebensräume: Wo sich Jugendliche aufhalten. S.17-74; Lebensbilder: Zusammenleben in der Gesellschaft. S.77-123; Jugendliche und ihre Werte: Querberbindungen und Verdichtungen. S.214-272. In: Friesl, C. / Kromer, I. / Polak, R. (Hg.) (2008): Lieben, Leisten, Hoffen. Die Wertewelt junger Menschen in Österreich. Wien: Czernin Verlag

Kromer, I. / Kromer O. (2008): Es macht schon einen Unterschied. Werte und Wünsche von Mädchen und Burschen in Österreich. S.59-80. In: Bogner, R. / Stipsits, R. (Hg.): Jugend im Fokus. Pädagogische Beiträge zur Vergewisserung einer Generation. Prag: Löcker Verlag

Polak, R. / Uhlik, J. / Renner, K. (2008): Lebenshorizonte: Religion und Ethik. S.126-213; Trends, Perspektiven und Handlungsoptionen. S.274-307. In: Friesl, C. / Kromer, I. / Polak, R. (Hg.) (2008): Lieben, Leisten, Hoffen. Die Wertewelt junger Menschen in Österreich. Wien: Czernin Verlag

Riepl, B. / Williamson, H. (eds.): Portraits of Peer Violence in Public Space. Experiences from Young People in Four Localities in Europe. Written by Blum, J. / Helve, H. / Ilves, K. / Kromer, I. / Liikanen, V. / Maher, J. / Riepl, B. / Strömpl, J. / Williamson, H. Vienna: Austrian Institute of Youth Research

Sennet, R. (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin: Bvt

Spannring, R. (2005): Some qualitative Findings on Young People´s attitude towards Political Participation. Vienna: Austrian Institute of Youth Research

Spannring, R. / Ogris, G. / Gaiser, Wolfgang (2008): Youth and Political Participation in Europe. Results of the Comparative Study EUYOUPART. Opladen: Barbara Budrich

Stangl, W. / Kromer, I. / Hager, I. / Stummvoll, G. (2006): Jugenddelinquenz in Österreich – Ein Beitrag zur zweiten internationalen „Self-Report-Delinquency Study". Wien: Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie und Österreichisches Institut für Jugendforschung

Wippermann C. / Calmbach, M. (2008): Wie ticken Jugendliche? Sinus-Milieustudie U27. Herausgegeben vom Bund der deutschen Katholischen Jugend und Misereor. Düsseldorf: Verlag Haus Altenberg

Zuba, R. / Schirl, I. (2006): Jugend und Gewalt. Gewalt innerhalb und außerhalb der Schule. Wien: Österreichisches Institut für Jugendforschung

DIE AUTORIN:

Ingrid Kromer, Mag, Studium der Erziehungswissenschaften mit Fächerkombination der Sonder- und Heilpädagogik; dzt. Doktoratsstudium zum Thema „Kinderarmut" am Institut für Soziologie an der Universität Wien; Wissenschaftliche Projektmitarbeiterin am Institut für Soziologie und am Kompetenzzentrum für Soziale Arbeit (KOSAR) – FH Campus Wien; langjährige professionelle Praxiserfahrung in der Jugendarbeit sowie in der grundlagenorientierten Kindheits- und Jugendforschung (Wissenschaftliche Projektleiterin am Österreichischen Institut für Jugendforschung von 9/1993 bis 12/2009); Forschungsschwerpunkte: Soziologie der Kindheit und Jugend, Gewalt unter Jugendlichen, Jugenddelinquenz, Werteforschung, Schulsozialarbeit, gesellschaftliches und politisches Engagement von Jugendlichen, Kindheits- und Jugendpolitik, Armut.

4.2 Familie, Freunde/innen, Szene: Beziehungskulturen im jugendlichen Alltag

Beate Großegger

Die heutige Jugend lebt in einem Kunterbunt an „Wir-Bezügen". Ein Nebeneinander von Beziehungskulturen mit ganz unterschiedlichen Beziehungsqualitäten prägt ihr Beziehungsverhalten. Bis ins frühe Jugendalter ist die Familie nicht nur die wichtigste Sozialisationsinstanz, sondern im Regelfall auch das wichtigste Bezugs- und Orientierungssystem. Ab dann gewinnen Freund/innen im Alltag der Jugendlichen an Bedeutung und die Jugendlichen orientieren sich mehr und mehr an der „Gesellschaft der Gleichaltrigen". (Zinnecker u.a., 2002) Peers fungieren nun neben der Familie als zweiter wichtiger Bezugspunkt der individuellen Lebensgestaltung.

Die Gleichaltrigenkulturen, in denen sich die Jugendlichen bewegen, charakterisieren sich durch Beziehungsvielfalt: Beziehungen mit unterschiedlicher Verbindlichkeit und Beziehungstiefe stehen nebeneinander und erfüllen im Alltag der Jugendlichen unterschiedliche Funktionen. Starke Bindungen zu besten Freund/innen schaffen Vertrauen und emotionale Stabilität, eher lose und unverbindlich strukturierte Geselligkeitsnetzwerke dienen Jugendlichen dazu, sich in der Gesellschaft der Gleichaltrigen und den sie prägenden Jugendkulturen zu orientieren und sich bezugnehmend auf die Leitthemen dieser Gesellschaft der Gleichaltrigen selbst zu definieren. Ergänzend zu den innerfamiliären Beziehungen bieten Gleichaltrigenkontakte für Jugendliche einen wichtigen Erfahrungsraum, in dem sie Schritt um Schritt aus der Herkunftsfamilie hinaustreten und Selbständigkeit üben können. Die emotionale Bindung an die Herkunftsfamilie bleibt im Regelfall dennoch bestehen. Die Beziehungs- bzw. Bindungsphilosophie der Jugendlichen geht demnach nicht in Richtung entweder Peers oder Familie, sondern großteils in Richtung eines Sowohl-als-auch. Wie Hurrelmann (2007, S. 130) betont, ist eine derartige „Doppelorientierung an beiden Sozialisationsinstanzen das vorherrschende Muster der sozialen Beziehungen im Jugendalter".

1. Herkunftsfamilie und Qualitäten innerfamiliärer Generationenbeziehungen aus Sicht Jugendlicher

Die Herkunftsfamilie fungiert für junge Menschen heute vielfach bis ins Jungerwachsenenalter als ein wichtiges Unterstützungssystem – nicht nur, was die Bewältigung der Herausforderungen des Alltags, sondern insbesondere auch was Existenzsicherung und Versorgungsleistungen betrifft. Mit anderen Worten: Das „Hotel Mama" liegt im Trend. Junge Österreicher/innen ziehen immer später von zuhause aus – eine Entwicklung, auf die bereits der 4. Bericht zur Lage der Jugend (BMSG, 2003) aufmerksam gemacht hat und die bis heute anhält: Im Jahr 2009 lebten in der Altersgruppe der 20- bis 29-jährigen laut Media-Analyse 23,3% – also rund jede/r Vierte – noch im „Hotel Mama" und nutzten den elterlichen Haushalt als günstige und bequeme Wohnform. (Großegger, 2010, S. 6) Die Jugendforschung zeigt junge Menschen hier in einer widersprüchlichen Situation: Eine vollständige, von den Eltern oftmals geförderte oder zumindest tolerierte Selbständigkeit in Bezug auf Lebensstil und Werte steht – vor allem in den höheren Bildungsschichten, wo Jugendliche heute vergleichsweise lang in Ausbildungszusammenhängen verhaftet bleiben

– häufig einer ökonomischen Unselbständigkeit gegenüber. Hurrelmann u.a. (2006, S. 35) sprechen in diesem Zusammenhang von einem für die Jugendphase charakteristischen „Spannungsverhältnis zwischen soziokultureller Selbständigkeit und sozioökonomischer Unselbständigkeit".

Sofern innerfamiliäre Beziehungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen (weitgehend) konfliktfrei und positiv erlebt werden, ist die Herkunftsfamilie aber nicht nur Versorgungsinstanz, sondern vielmehr auch emotionales Auffangbecken, welches ein Gefühl der Aufgehobenheit, Geborgenheit und damit in emotionaler und sozialer Hinsicht letztlich auch Sicherheit vermittelt. Das heißt, trotz Autonomiestreben, das den mit der Jugendphase verbundenen Ablösungsprozess vom Elternhaus bestimmt, ist die Eltern-Kind-Beziehung auch im Jugend- und Jungerwachsenenalter als bedeutsame emotionale Verbindung zu sehen. Zudem wirkt die Herkunftsfamilie vielfach bis ins Jungerwachsenenalter als erste Anlaufstelle in schwierigen Lebenssituationen: Junge Menschen suchen beispielsweise bei finanziellen Problemen oder, wenn sie mit dem Gesetz in Konflikt geraten, vorzugsweise bei ihren Eltern Rat und Unterstützung. (vgl. BMSG 2003)

Die Eltern-Kind-Beziehung hat eine sehr spezielle Beziehungsqualität: Sie steht für eine unaufkündbare Primärbeziehung, die sich in der Bindungsintensität von anderen sozialen Beziehungen meist unterscheidet. (vgl. Zimmermann 2000, S. 91; Jureit 2006, S. 62) So stabilisierend positiv erlebte Beziehungen wirken, so negativ sind die Effekte, die konfliktthaft erlebte familiäre Beziehungen auf Jugendliche haben. Wie die vom Institut für Jugendkulturforschung durchgeführte Studie „Soziale Exklusion aus lebensweltlicher Sicht: Familienalltag in benachteiligten Lagen" (2009) zeigt, werden familiäre Konflikte (sowohl Partnerschaftskonflikte der Eltern als auch Eltern-Kind-Konflikte) von Jugendlichen, die in Familien aufwachsen, wo ökonomische, soziale und emotionale Probleme zusammenkommen und sich zu einer so genannten Multiproblematik verdichten, zum Teil belastender erlebt als die angespannte materielle Lage, die die Lebenssituation der Familie charakterisiert. Der Mangel an emotionaler Geborgenheit und Harmonie in der Herkunftsfamilie bringt diese Jugendlichen in „psychische Not", die sie aus eigenen Stücken oft nicht meistern können. (vgl. Großegger, 2009)

Elternhaus und Erziehung aus Sicht österreichischer Jugendlicher

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Eltern-Kind-Beziehung im Zuge gesellschaftlicher Wandelprozesse radikal verändert. Kinder und Jugendliche werden viel stärker als früher als eigenständige Menschen mit eigenen Interessen und Bedürfnissen anerkannt. Zimmermann (2000, S. 91) spricht in diesem Zusammenhang von einer Zunahme von „Emotionalität und partnerschaftlicher Kommunikation in der Eltern-Kind-Beziehung." Von den österreichischen Jugendlichen wird die Qualität der Eltern-Kind-Beziehung großteils positiv beschrieben und sie wird mehrheitlich partnerschaftlich und dialogorientiert erlebt:

- Zwei von drei Jugendlichen im Alter von 11 bis 18 Jahren meinen: „Ich habe zuhause immer sagen dürfen, was ich denke". Immerhin rund jede/r Zweite dieser Altersgruppe gibt an, sich zuhause sicher und geborgen zu fühlen. Und vier von zehn 11- bis 18-jährigen beschreiben ihre Eltern als verständnisvoll, wenn die Kinder sich mit Problemen an sie wenden.

- Familienalltag wird allerdings nicht uneingeschränkt als Hafen der Harmonie beschrieben. Nur rund jede/r Dritte sagt, dass sich die Eltern entschuldigen, wenn sie ihre Kinder einmal ungerecht behandeln. Und immerhin rund jede/r Fünfte gibt in der Face-to-face-Befragungssituation an, dass den Eltern auch schon einmal die Hand ausrutscht, wenn die Kinder es übertreiben. Diese Jugendlichen deklarieren die „gesunde Watschn" als Festbestandteil des elterlichen Erziehungsrepertoires und geben damit zumindest eine punktuelle Überforderung ihrer Eltern in bestimmten Alltags- bzw. Erziehungssituationen zu erkennen. (vgl. Abbildung 1)

Abbildung 1: Elterliches Erziehungsverhalten aus Sicht Jugendlicher nach Geschlecht und Alter

Frage: Ich lese dir jetzt einige Aussagen vor, die das Elternhaus und die Erziehung betreffen. Bei welchen dieser Aussagen würdest du sagen: Ja, das trifft auch auf mich zu?

	11 bis 18 Jahre	weiblich	männlich	Kids (11 bis 14)	Jugendliche (15 bis 18)
Ich habe zu Hause immer sagen dürfen, was ich denke.	64,7	66,2	63,1	58,7	70,6
Ich habe mich zu Hause immer sicher und geborgen gefühlt.	55,0	58,1	51,9	53,8	56,2
Meine Eltern waren bestrebt, mir eine gute Ausbildung zukommen zu lassen.	54,2	54,0	54,4	43,0	65,3
Meine Eltern waren immer verständnisvoll für die Probleme der Kinder/Jugendlichen.	40,9	41,6	40,1	41,8	39,9
Meine Eltern haben sich immer bei mir entschuldigt, wenn sie mich einmal ungerecht behandelt haben.	34,8	34,5	35,1	37,7	31,9
Meine Eltern haben in Diskussionen/ Auseinandersetzungen meist das letzte Wort gehabt.	34,2	36,4	32,0	33,3	35,1
Auseinandersetzungen in unserer Familie sind immer fair abgelaufen.	33,7	32,0	35,4	32,4	35,0
Ab und zu ist meinen Eltern die Hand ausgerutscht, wenn ich es zu weit getrieben habe.	20,0	17,5	22,4	20,2	19,8
Meine Eltern haben mir immer alles erlaubt.	12,0	11,1	12,8	10,3	13,6
Basis	880	440	440	440	440

Datenquelle: Institut für Jugendkulturforschung (2007): Wiederholungsbefragung zum Jugendradar 2003, rep. für 11- bis 18-jährige[36] , n=880, Ang. in %

[36] Quotenstichprobe: quotiert nach Alter, Geschlecht, Bildung und Ortsgröße

Im Vergleich der Geschlechter und der Alterssubgruppen (Kids = 11- bis 14-jährige; Jugendliche = 15- bis 18-jährige) zeigen sich in der Einschätzung und Bewertung des elterlichen Erziehungsverhaltens kaum Unterschiede. (vgl. Abbildung 2) Deutliche Unterschiede in der Bewertung der Eltern-Kind-Kommunikation sowie in Bezug auf ein von den Eltern vermitteltes Gefühl der Geborgenheit bringt hingegen der Vergleich der Bildungssegmente zu Tage: Jugendliche, die eine Schule mit Matura besuchen, beschreiben die Eltern-Kind-Beziehung insgesamt deutlich stärker partnerschaftlich und dialogorientiert als Jugendliche, die eine Schule ohne Matura besuchen oder eine Lehre machen, und sie nehmen die Herkunftsfamilie auch zu einem höheren Prozentsatz als Ort der Geborgenheit wahr:

- 70,6% der 11- bis 18-jährigen AHS- und BHS-Schüler/innen geben an, zuhause immer offen sagen zu dürfen, was sie denken; in der Gruppe der Hauptschüler/innen, Schüler/innen einer Polytechnischen Schule, Schüler/innen einer BMS und Lehrlinge sind es deutlich weniger, nämlich 59%.
- 66,3% der 11- bis 18-jährigen AHS- und BHS-Schüler/innen sagen, dass sie sich zuhause immer sicher und geborgen gefühlt haben; in der Gruppe der Hauptschüler/innen, Schüler/innen einer Polytechnischen Schule, Schüler/innen einer BMS und Lehrlinge sagen dies lediglich 46,3%.
- 50,3% der 11- bis 18-jährigen, die eine Schule mit Matura besuchen (AHS/BHS), beschreiben die eigenen Eltern als immer verständnisvoll für die Probleme ihrer Kinder. Bei den Schüler/innen, die eine Schule ohne Matura besuchen (HS, PS, BMS), und den Lehrlingen attestieren hingegen nur 34,1% der Befragten ihren Eltern Verständnis für die Probleme der Kinder.
- Und ebenfalls nur 30% der Schüler/innen, die eine Schule ohne Matura besuchen (HS, PS, BMS), und Lehrlinge geben an, dass sich ihre Eltern bei ihnen entschuldigen, wenn sie sie ungerecht behandelt haben. Bei den Jugendlichen, die eine AHS oder BHS besuchen, sind es 41,1%.

Abbildung 2: Elterliches Erziehungsverhalten aus Sicht Jugendlicher nach Bildung

Frage: Ich lese dir jetzt einige Aussagen vor, die das Elternhaus und die Erziehung betreffen. Bei welchen dieser Aussagen würdest du sagen: Ja, das trifft auch auf mich zu?

	11 bis 18 Jahre	AHS/BHS	HS/Poly/ BMS/ Lehre	sonstige
Ich habe zu Hause immer sagen dürfen, was ich denke.	64,7	59,5	70,6	88,2
Ich habe mich zu Hause immer sicher und geborgen gefühlt.	55,0	46,3	66,3	68,4
Meine Eltern waren bestrebt, mir eine gute Ausbildung zukommen zu lassen.	54,2	39,9	72,4	83,6
Meine Eltern waren immer verständnisvoll für die Probleme der Kinder/Jugendlichen.	40,9	34,1	50,3	40,5
Meine Eltern haben sich immer bei mir entschuldigt, wenn sie mich einmal ungerecht behandelt haben.	34,8	30,0	41,1	41,2
Meine Eltern haben in Diskussionen/Auseinandersetzungen meistens das letzte Wort gehabt.	34,2	32,0	36,8	43,7
Auseinandersetzungen in unserer Familie sind immer fair abgelaufen.	33,7	31,2	37,0	38,2
Ab und zu ist meinen Eltern die Hand ausgerutscht, wenn ich es zu weit getrieben habe.	20,0	21,2	18,3	20,4
Meine Eltern haben mir immer alles erlaubt.	12,0	11,8	12,4	7,1
Basis	880	362	500	18

Datenquelle: Institut für Jugendkulturforschung (2007): Wiederholungsbefragung zum Jugendradar 2003, rep. für 11- bis 18-jährige, n=880, Ang. in %

Was das elterliche Bemühen um Förderung der Bildungskarrieren der eigenen Kinder betrifft, stellt immerhin rund jede/r Zweite 11- bis 18-jährige (55%) den eigenen Eltern ein gutes Zeugnis aus und sagt: „Meine Eltern sind/waren immer bestrebt, mir eine gute Ausbildung zukommen zu lassen", wobei im Vergleich der Subgruppen hier einmal mehr Bewertungsunterschiede zu beobachten sind – und zwar sowohl nach Alter, also auch nach Bildung:

Elterliches Bemühen, den Kindern eine gute Ausbildung zu ermöglichen, wird von den 15- bis 18-jährigen deutlich häufiger genannt (65,3%) als von 11- bis 14-jährigen (43%), was u.a. auch darauf zurückzuführen sein dürfte, dass für Jugendliche im frühen Jugendalter wie auch für deren Eltern eine solide Berufsausbildung noch nicht vorrangiges Thema ist.

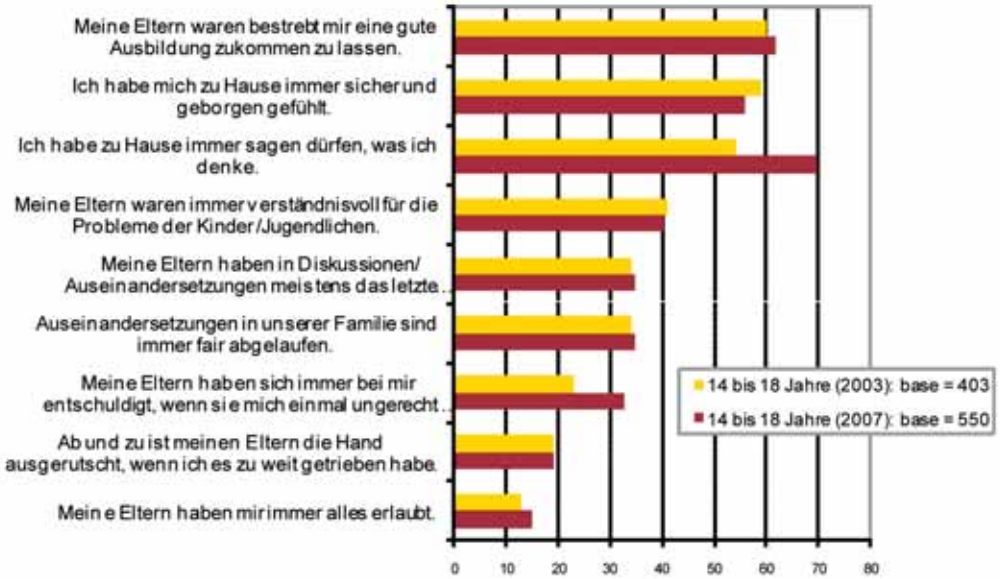
Ein noch deutlicherer Unterschied zeigt sich im Vergleich der Bildungssegmente: In der Gruppe der Jugendlichen, die eine Schule mit Matura besuchen, sind es 72,4%, die angeben, dass ihre Eltern immer bemüht waren, den Kindern eine möglichst gute Ausbildung zukommen zu lassen. Bei den Jugendlichen, die eine Schule ohne Matura besuchen oder eine Lehre machen, sagen das hingegen nur 39,9%.

Wenn es um elterliches Engagement für eine gute Ausbildung der Kinder geht, die letztendlich einen wichtigen Beitrag zur Sicherung ihrer Zukunftschancen bedeutet, scheinen bildungsnahe Jugendliche demnach bevorteilt – ein Phänomen, dem die Jugendpolitik mit gezielter Bildungsförderung sowie problemsensitiver Bildungs- und Berufsorientierung zumindest ansatzweise gegensteuern kann.

Bemerkenswert ist, dass sich das elterliche Erziehungsverhalten bzw. die Qualität der innerfamiliären Generationenbeziehung, zumindest nach der Einschätzung und Bewertung Jugendlicher, in den letzten Jahren als sehr stabil erweist. Das zeigt ein Vergleich der Daten zur Altersgruppe der 14- bis 18-jährigen aus 2003 und 2007: Lediglich eine leichte Tendenz zu (noch) stärker partnerschaftlich-dialogorientiertem Erziehungsverhalten lässt sich hier ausmachen. (siehe Abbildung 3)

Abbildung 3: Elterliches Erziehungsverhalten aus Sicht 14- bis 18-jähriger: Vergleich 2003 und 2007

Frage: Ich lese dir jetzt einige Aussagen vor, die das Elternhaus und die Erziehung betreffen. Bei welchen dieser Aussagen würdest du sagen: Ja, das trifft auch auf mich zu.



Datenquellen: Spectra (2003): 4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich: Jugendradar, rep. für 14- bis 30-jährige [37], n=1.549, Ang. in %; Institut für Jugendkulturforschung (2007): Wiederholungsbefragung zum Jugendradar 2003, rep. für 11- bis 18-jährige, n=880, Ang. in %

Alles in allem kann man festhalten, dass eine partnerschaftlich-konsequente Erziehung, die im familialen Alltag für Kinder und Jugendliche Gestaltungsspielräume, aber auch klare Vorgaben und Regeln schafft, aus Sicht Jugendlicher der heute dominante Erziehungsstil ist. Das heißt, die Eltern sind bemüht, ihren Kindern Orientierung zu geben und bestimm-

[37] Quotenstichprobe: quotiert nach Geschlecht, Alter, Ausbildung/Berufsstand, Bundesland, Ortsgröße.

te Lebensregeln zu vermitteln, sie binden ihre Kinder zugleich aber auch in familiale Entscheidungen ein, berücksichtigen ihre Perspektiven und Bedürfnisse und geben ihnen somit die Möglichkeit, den familialen Alltag mitzugestalten. Ein derartiger Erziehungsstil kommt der Entwicklung von Selbständigkeit und Verantwortlichkeit entgegen (Hurrelmann, 2007, S. 111) und ist aus sozialisationstheoretischer Sicht als besonders entwicklungsförderlich anzusehen: „Die Kinder fühlen sich durch die erfahrene Anerkennung akzeptiert und entwickeln die Bereitschaft zur Mitgestaltung des Familienalltags" (Veith, 2008, S. 39), sie bekommen von den Eltern aber auch klare Orientierungspunkte, was ihnen wiederum ein Gefühl von Stabilität und Sicherheit vermittelt.

Die von den Jugendlichen wahrgenommene Dominanz eines partnerschaftlich-konsequenten Erziehungsstils soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nach wie vor auch Familien gibt, in denen Eltern wenig entwicklungsförderlich erziehen: Eltern, die ihren Kindern gegenüber betont autoritär auftreten, ihnen enge Grenzen setzen und sie mit starren Regeln, die nicht begründet werden, konfrontieren und damit soziale Abhängigkeit und Passivität fördern, Eltern die zu einem nachgiebigen (= permissiven) Erziehungsverhalten mit viel Zuwendung und Wärme, aber (zu) wenig Grenzen tendieren und ihre Kinder damit oftmals überfordern oder zumindest verunsichern, aber auch Eltern, die in der Erziehung ein radikales „Laissez-Faire" an den Tag legen, an der Idee des natürlichen Aufwachsens („natural growth") festhalten und die Kinder in wichtigen Dingen des Alltags sich selbst überlassen. Um bestmögliche Entwicklungschancen für alle Jugendlichen zu sichern, müssten im Bereich der Elternberatung und des Eltern-Coachings gerade hier verstärkt Initiativen gesetzt werden und es müssten dabei vor allem jene Eltern angesprochen werden, die mit Angeboten der Elternarbeit bislang kaum erreicht werden. Das heißt, Elternarbeit darf sich nicht einseitig an Eltern aus den gebildeten Mittelschichten orientieren, die, wie die Forschung zeigt, ohnehin eher zu entwicklungsförderlicher Erziehung tendieren. (vgl. Jurczyk/Barthelmes, 2009) Elternberatung muss sich vielmehr auch und gerade jenen Eltern, die bislang kaum erreicht werden, zuwenden und hier neue Wege der Zielgruppenansprache gehen, aber auch neue Angebote schaffen und neue Ansätze der Vermittlung von Erziehungskompetenzen finden. Sinnvoll scheint in diesem Zusammenhang in jedem Fall, möglichst früh – idealerweise bereits im Kleinkindalter – problemsensitive Elternberatungsangebote an a-typische Zielgruppen wie Eltern aus bildungsfernen Milieus oder Eltern mit Migrationshintergrund heranzutragen.

Elterliches Bemühen um Förderung der Bildungskarriere: zwischen Unterstützung und Leistungsdruck

Bildung gilt in unserer Gesellschaft als Investition in die Zukunft. Um Zukunftschancen der Jugend zu sichern, wird daher heute viel in Bildung investiert. Auch auf elterlicher Seite beobachtet man, wie gezeigt, vielfach ein Bestreben, dem Nachwuchs eine gute Ausbildung zukommen zu lassen und den Kindern so eine gute Ausgangsbasis für die berufliche Zukunft zu schaffen, aber auch soziale Anerkennung zu sichern. Dies ist grundsätzlich positiv zu werten, allerdings leiten sich aus den Bildungshoffnungen, die Eltern für ihre Kinder entwickeln, auch diverse Problematiken ab, die die Jugendlichen, wie die Jugendforschung zeigt, teils sehr deutlich artikulieren, die in den Debatten der Erwachsenen aber nicht immer ausreichend berücksichtigt werden.

Sehen muss man in diesem Zusammenhang, dass die Ausgangsvoraussetzungen dafür, dass Eltern die Bildungskarrieren ihrer im Jugendalter befindlichen Kinder angemessen unterstützen können, in unserer Gesellschaft ungleich verteilt sind – dies gilt auch und gerade, wenn es um einen an schulischen Leistungen gemessenen Bildungserfolg und motivationale Unterstützung geht. Bildungsnahe Eltern haben es hier deutlich leichter als Eltern aus bildungsfernen Milieus bzw. Eltern mit Migrationshintergrund (erste Generation), die in ihren Unterstützungsbemühungen oftmals gehandicapt sind: sowohl, was ihre Sprachkompetenz, als auch was ihren Einblick in die österreichischen Bildungsinstitutionen betrifft. Insbesondere jene Eltern mit Migrationshintergrund, die selbst (eher) bildungsfern sind, entwickeln zum Teil große Bildungshoffnungen für ihre Kinder, zumal sie sich für die Kinder eine materiell gesicherte Zukunft und sozialen Aufstieg wünschen. Die Bildungskarriere ihrer Kinder ist ihnen ein wichtiges Anliegen. Und sie setzen teils auch sehr hohe Erwartungen in ihre Kinder, gerade was das Bildungskarrieremachen betrifft.

Wie Patricia Gapp (2007, S. 139) zeigt, haben gute Schulleistungen für Eltern ausländischer Herkunft deutlich größere Bedeutung als für österreichische Eltern: Über 60% der Eltern von Migrant/innen der zweiten Generation halten gute Schulleistungen ihrer Kinder für sehr oder zumindest eher wichtig, in der Gruppe der österreichischen Eltern sind es hingegen lediglich 38%. Darüber hinaus wünschen sich laut dieser Untersuchung deutlich mehr Eltern mit ausländischer Herkunft, dass ihre Kinder in jedem Fall eine akademische Ausbildung absolvieren (nämlich 31%), als dies „österreichische" Eltern tun (hier sind es 12%). Gerade in jenen Milieus, wo Eltern aufgrund ihrer eigenen Bildungserfahrungen nicht ausreichend in der Lage sind, ihre Kinder beim Erreichen des angestrebten Bildungserfolges zu unterstützen, liegen Bildungshoffnungen und ein von elterlicher Seite ausgehender Bildungs- bzw. Leistungsdruck vermutlich nahe beisammen.

Aber auch Jugendliche aus den Bildungsschichten erfahren von Seiten ihrer wohlmeinenden Eltern immer öfter Leistungsdruck. Wie die deutsche Trendstudie „Timescout Welle 11" (Tfactory Hamburg, 2007) zeigt, haben rd. 45% der zum überwiegenden Teil im bildungsnahen Milieu beheimateten trendrelevanten 11- bis 14-jährigen das Gefühl, dass nur ihre (schulischen) Leistungen zählen, nicht aber sie selbst für ihre soziale Umwelt wichtig sind, und ebenfalls rd. 45% geben an, dass ihre Eltern auf sie Druck ausüben, damit sie in der Schule erfolgreich sind. (vgl. Heinzlmaier 2007: 8) Bei den 15- bis 19-jährigen ist es nicht viel anders: 41% fühlen sich von den Eltern in Bezug auf die Ausbildung unter Leistungsdruck gesetzt, und immerhin 34% haben das Gefühl, dass nicht sie selbst, sondern nur ihre Leistungen zählen. 2008 publizierte Vergleichsdaten für Österreich zeigen ein ähnliches Bild: Auch hier sagen rd. 45% der trendrelevanten 11- bis 14-jährigen und knapp 40% der trendrelevanten 15- bis 19-jährigen, dass sie das Gefühl haben, nicht um ihrer selbst willen, sondern für die von ihnen erbrachten Leistungen geliebt zu werden. Und in beiden Altersgruppen haben rd. 50% der Jugendlichen das Gefühl, dass ihre Eltern auf sie Druck ausüben, damit sie in der Schule/Ausbildung erfolgreich sind. (Tfactory Hamburg, 2007; Tfactory Wien, 2008)

Abschied vom Generationenkonflikt und das Phänomen der Selbstsozialisation

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Rolle der Familie als Sozialisationsinstanz massiv verändert. Werte wie Autonomie, Eigenverantwortung, aber auch Selbstverwirklichung und Partizipation sind in der formalen Bildung, aber auch in informellen Bildungszu-

sammenhängen innerhalb und außerhalb der Familie zu einem wichtigen Thema geworden. Das heißt, die Erwachsenengesellschaft versucht Kinder und Jugendliche möglichst früh an diese Grundwerte heranzuführen. Abgesehen davon beginnt Jugend heute vergleichsweise früh: 11- oder 12-jährige sehen sich vielfach nicht mehr als Kinder, sondern verstehen sich bereits als Jugendliche und reklamieren zumindest für Teilbereiche des persönlichen Alltags weitgehende Selbständigkeit.

In diesem Szenario wird Weltaneignung immer weniger von der Lebenserfahrung bzw. der Lebensweisheit der älteren Generation inspiriert. Zeitgemäß-situationsadäquate Weltdeutungsschemata, Wertekataloge und Identitätsmuster stehen bei der heutigen Jugend immer mehr im Einflussbereich der Gleichaltrigenkulturen. Zunehmend orientieren sich Jugendliche an Menschen, die sich durch eher wenig Lebenserfahrung auszeichnen, sich dafür aber mit ähnlichen Lebensthemen beschäftigen und auch ganz ähnliche Alltagssorgen haben wie sie selbst. Das, worüber Sozialisationstheoretiker/innen bereits längere Zeit spekulierten, wurde mit dem österreichischen Jugendbericht aus dem Jahr 2003 erstmals umfassend belegt: Acht von zehn Jugendlichen setzen in der Alltagsproblembewältigung auf Freunde und Freundinnen, die nur um ein paar Jahre älter sind, – mit der Begründung: „die kann man gut um Rat fragen, weil sie bereits ähnliche Erfahrungen gemacht haben." (vgl. Großegger, 2003)

Aufgrund des beschleunigten kulturellen und technologischen Wandels erleben Jugendliche das „Weltwissen", aber auch die eingespielten und erprobten Alltagspraktiken der Elterngeneration in so manchem für sie persönlich wichtigen Lebensbereich als entwertet. Vor allem die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, aber auch alltagskulturelle Praxen, über die sich Jugendliche definieren, liegen heute großteils außerhalb des Vermittlungsbereichs der Erwachsenen. Jugendliche agieren gerade hier als aktive, eigeninitiative Subjekte, die sich in der Auseinandersetzung mit ihrer (sozialen und/oder medialen) Umwelt selbst Fähigkeiten aneignen und Identität bilden. In der Pädagogik begegnet man diesem Phänomen mit dem Begriff „Selbstsozialisation", wobei Selbstsozialisation sowohl als ein im engeren Wortsinn „selbständiger" Aneignungsprozess als auch ein in der Interaktion mit Gleichaltrigen stattfindender Prozess verstanden wird. Diese Abkehr von der Orientierung an der Lebensweisheit der Älteren und die Hinwendung zu lebensweltlichem Wissen und in den Lebenswelten Jugendlicher erprobten Erfahrungen hat natürlich Konsequenzen für die Rolle Erwachsener in intergenerationellen Beziehungen (sowohl innerhalb als auch außerhalb der Familie) und sie stellt neue Herausforderungen an eine aus Sicht Jugendlicher zeitgemäße Gestaltung pädagogischer Situationen. In diesem Szenario ist es nicht mehr so leicht, als Erwachsene/r mit Angeboten und Themen auf Jugendliche einfach zuzugehen und bei ihnen quasi automatisch Aufmerksamkeit, Interesse und Akzeptanz zu finden. Allzu schnell wird das, was Erwachsene anbieten, als pädagogisierend empfunden und daher abgelehnt. Jugendliche sehen die pädagogische Rolle der Erwachsenen anders: Sie wünschen sich ein Bereitstellen von Rahmenbedingungen für Selbstgestaltung und – bei kniffligeren Lebensfragen – ein „coaching on demand".

Die innerfamiliären Generationenbeziehungen sind immer auch als Spiegel des Generationenverhältnisses in der Gesellschaft. Das heißt, die Eltern-Kind-Beziehung – wie sie von den Jugendlichen erlebt und gelebt wird – hat eine kulturelle Dimension, die zumindest indirekt über das gesellschaftliche Miteinander von Jung und Alt Auskunft gibt. Wie der

generelle Trend zeigt, ist der große Generationenkonflikt sowohl in den Familien als auch in der Gesellschaft passé. Dies führt im Alltag der Jugendlichen jedoch nicht zu einem Mehr an Kontakt mit der älteren Generation. Im Gegenteil, die Jugendforschung zeigt in vielen für Jugendliche wichtigen Lebensbereichen eine klare Orientierung an der „Gesellschaft der Gleichaltrigen". Was man dabei zur Kenntnis nehmen muss, ist, dass die heutige Jugend dem Prinzip Lebensweisheit mit einer gewissen Ignoranz begegnet – allerdings ist dies eine sehr friedfertige Ignoranz. Das heißt, die heutige Jugend geht nicht mehr, so wie einst, auf Oppositionskurs zur Erwachsenengesellschaft. Das zeigt sich im gesellschaftlichen Generationenverhältnis und auch in den innerfamiliären Generationenbeziehungen. In den Familien wird das Konfliktpotential heute großteils eher gering erlebt. Zumindest gilt dies für die Mehrheit der österreichischen Jugendlichen bzw. für jene Jugendlichen, deren Eltern in Österreich geboren sind.

Ein wenig anders stellt sich die Situation bei Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund dar. Dies deutet eine aktuelle Studie von Patrizia Gapp (2007) an, die sich mit dem Aufwachsen in Migranten/innenfamilien beschäftigt. Im direkten Vergleich von Jugendlichen der zweiten Generation und österreichischen Jugendlichen kommt Gapp zu dem Ergebnis, dass die zweite Generation unter signifikant stärkerem familiären Druck steht. Die Daten zeigen, „dass der Konfliktstoff in Migrantenfamilien tatsächlich größer ist als in den einheimischen Familien: Die Jugendlichen mit Migrationshintergrund berichten wesentlich häufiger, dass ihre Eltern andere Lebensvorstellungen hätten als sie selbst (...); dass die Eltern überhöhte Erwartungen an sie hätten (...), und dass sie sich von den Eltern nicht verstanden fühlen." (Gapp, 2007, S. 135f) In Familien, in denen eine traditionsreiche Erziehung hoch gehalten wird, sind die Spannungen in der familiären Generationenbeziehung am größten. Türkische Jugendliche scheinen hier besonders betroffen: 58% der türkischen Jugendlichen der 2. Generation bezeichnen den Erziehungsstil ihrer Eltern als sehr oder eher traditionell (Gapp, 2007, S. 137; siehe auch Tabelle 3), wobei man hier anmerken muss, dass ein Großteil der Eltern von türkischstämmigen Jugendlichen aus ländlichen Regionen der Türkei stammt, in denen die traditionelle Ordnung einen besonders hohen Stellenwert hat.

Abbildung 4: Spannungen in der familiären Generationenbeziehung: subjektive Wahrnehmung von 16- bis 24-jährigen Migrant/innen der zweiten Generation und Nicht-Migrant/innen im Vergleich

Zustimmung zu Aussagen: stimme sehr/eher zu (Top2-Boxes auf Skala 1 bis 4)

	Jugendliche mit Migrationshintergrund – zweite Generation	Jugendliche ohne Migrationshintergrund – Kontrollgruppe
Ich habe manchmal Probleme mit meinen Eltern, weil sie andere Vorstellungen vom Leben haben als ich.	45	36
Meine Eltern haben Erwartungen an mich, die ich nicht erfüllen kann.	21	12
Es gibt häufig Spannungen, weil meine Eltern mich nicht verstehen.	32	26
Basis	1.000	403

Quelle: Gapp, 2007, S. 135f (Angaben in %)

Man kann also festhalten: In Migrationsfamilien ist der Generationenkonflikt bzw. das Potential für intergenerationelle Spannungen in der Familie tendenziell größer als in österreichischen Familien. Das soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in Migrationsfamilien mehr als die Hälfte der 14- bis 26-jährigen angeben, dass es in ihren Herkunftsfamilien in der Eltern-Kind-Beziehung keine oder nur geringe Spannungen gibt.

2. Die Gesellschaft der Gleichaltrigen: beste Freunde/innen, Clique, Peers

Ab einem Alter von 11 oder 12 Jahren, wenn sich Heranwachsende selbst nicht mehr als Kinder, sondern schon als Jugendliche begreifen, gewinnen Gleichaltrigenbeziehungen an Bedeutung. Wie Hurrelmann (2007, S. 133) betont, stellen Gleichaltrigengruppen ähnlich wie die Sozialisationsinstanz Familie „in vieler Hinsicht Übungs- und Trainingsräume für das Sozialleben in modernen Gesellschaften dar." Ein wesentlicher Unterschied zwischen der Sozialisationsinstanz „Gleichaltrigengruppe" und den von Erwachsenen dominierten Sozialisationsinstanzen wie Familie oder auch Schule liegt allerdings darin, dass Gleichaltrigengruppen ihren Mitgliedern vollwertige Gestaltungs- und Teilhabechancen gewähren, was die Familie und auch die Schule nicht in gleichem Maße tun. Deshalb gewinnen Gleichaltrigenbeziehungen, so Hurrelmann (2002, S. 34f), „eine ständig größere Bedeutung für psychische und soziale Orientierung (...)" Jugendlicher.

Gleichaltrige sind für Jugendliche (bzw. junge Menschen an der Schwelle vom Kindes- zum Jugendalter) nicht nur wichtige FreizeitpartnerInnen, sondern auch Bezugspersonen, denen sie sich zumindest mit kleineren persönlichen Problemen anvertrauen. Und sie sind zugleich auch Co-Akteur/innen in Prozessen der Selbstsozialisation. Gleichaltrigenbeziehungen schaffen einen Rahmen für gemeinsame Erfahrungsbildung und Erfahrungsartikulation im Jugendalter und machen ein Aneignen von (für Jugendliche wichtigen) Lebens- und Erfahrungsräumen möglich. (vgl. Scherr, 2009, S. 166f) Sie unterstützen den Ablösungsprozess von der Herkunftsfamilie und ermöglichen – insbesondere in Zusammenhang mit gemeinschaftlichem Freizeiterleben – gemeinsame im Sinne von miteinander geteilten Autonomieerfahrungen.

Die Beziehungsrealitäten, in denen Jugendliche heute leben, sind durch eine Vielfalt und Vielgestaltigkeit von Gleichaltrigenbeziehungen charakterisiert: Da gibt es Zweierfreundschaften mit hohem Verbindlichkeitsgrad (Stichwort „bester Freund/beste Freundin"), es gibt feste Freundeskreise, in denen sich die Beziehung untereinander durch starke emotionale Bindung und großes Vertrauen charakterisiert. Und es gibt eher lose Bekanntenkreise und so genannte Szene-Kontakte, die den Jugendlichen persönlich wichtig sind, auch wenn es hier weniger zu Vertrauensbeziehungen kommt, sondern es vor allem um Geselligkeitskontakte geht, die im Zeichen von jugendkulturell Integriert-Sein stehen. In all diesen verschiedenen Beziehungskontexten lernen Jugendliche, sich in sozialen Zusammenhängen (außerhalb der Familie) zu bewegen. Sie üben, soziale Spielregeln anzuerkennen, die eine Gemeinschaft bestimmen und Bedürfnisse des/der Anderen wahrzunehmen und (im idealen Fall) zu respektieren. Und sie lernen auch, gemeinsame Sinnbezüge und gemeinsame Handlungsorientierungen zu entwickeln. (vgl. Hurrelmann, 2007)

Die Freundschaftsbeziehungen 11- bis 18-jähriger

Die breite Mehrheit der österreichischen Jugendlichen ist in feste Freundschaftsnetzwerke eingebunden. Zum überwiegenden Teil konzentrieren sich Jugendliche in ihren Freundschaftsbeziehungen nicht auf einen einzigen besten Freund bzw. eine einzige beste Freundin, sondern haben mehrere sehr gute Freunde/innen. (siehe Abbildung 5)

Abbildung 5: Freundschaftsbeziehungen bei 11- bis 18-jährigen

Frage: Wie viele gute Freunde und Freundinnen hast du? Damit meine ich Leute, die dir wirklich wichtig sind und mit denen du über alles reden kannst.

	11 bis 18 Jahre	weiblich	männlich	Kids (11 bis 14)	Jugendliche (15 bis 18)
durchschnittliche Anzahl der Freunde/innen (Mittelwert)	6,5	6,3	6,7	6,9	6,1
	11 bis 18 Jahre (in %)	**weiblich (in %)**	**männlich (in %)**	**Kids (in %)**	**Jugendliche (in %)**
habe einen guten Freund/eine gute Freundin	4,5	4,5	4,5	4,9	4,1
habe mehrere gute Freunde/mehrere gute Freundinnen	94,2	94,6	93,7	93,5	94,9
habe keinen guten Freund/keine gute Freundin	1,3	0,9	1,8	1,7	1,0
Basis	880	440	440	440	440

Datenquelle: Institut für Jugendkulturforschung (2007): Wiederholungsbefragung zum Jugendradar 2003, rep. für 11- bis 18-jährige, n=880

11- bis 14-jährige haben im Durchschnitt 7 gute Freunde/innen, denen sie vertrauen und mit denen sie über alles reden können, 15- bis 18-jährige Jugendliche haben durchschnittlich 6 sehr gute Freunde/innen. Der Anteil jener, die angeben keinen guten Freund bzw. keine Freundin zu haben, ist gering: in der Altersgruppe der 11- bis 14-jährigen liegt er bei 1,7% und in der Altersgruppe der 15- bis 18-jährigen lediglich bei 1%.

Der in den Medien häufig vertretenen These von einer zunehmenden Beziehungsarmut und sozialen Verinselung der heutigen Jugend fehlt demnach die empirische Basis. Selbst in der Gruppe der computeraffinen Jugendlichen (ComputerspielerInnen, Jugendliche aus der Computerszene), die in der öffentlichen Diskussion als besonders gefährdet gelten, lässt sich keine soziale Verinselung beobachten. Viele Erwachsene stellen sich Computerfreaks als dickliche Jungen vor, die eine einsame, sozial isolierte Existenz fristen und sozial-kommunikative Defizite durch intensive Beschäftigung mit dem Computer kompensieren. Dieses Bild geht, wie eine vom Institut für Jugendkulturforschung (2008) im Auftrag der Bundesstelle für die Positivprädikatisierung von Computer- und Konsolenspielen und des Jugendministeriums (BMWFJ, vormals BMGFJ) durchgeführte Studie zu „Computerspielen im jugendlichen Alltag" zeigt, an der Realität der computerbegeisterten

Jugend aber völlig vorbei: Passionierte Gamer (= Jugendliche, die täglich, fast täglich oder zumindest mehrmals pro Woche Computer- und/oder Konsolenspiele spielen) sind zum überwiegenden Teil nicht sozial isolierte „Computer(spiel)nerds", sondern – so wie andere Jugendliche auch – in feste Freundeskreise eingebunden.

Abbildung 6: Freundschaftsbeziehungen und Größe der Freundeskreise bei 11- bis 18-jährigen: Computerszene und passionierte Gamer versus Jugendliche mit (eher) geringer Computer(spiel)affinität

Frage: Wie viele gute Freunde und Freundinnen hast du? Damit meine ich Leute, die dir wirklich wichtig sind und mit denen du über alles reden kannst.

	Fallzahl	einen Freund/ eine Freundin (in %)	mehrere Freund/innen (in %)	keinen Freund/ keine Freundin (in %)	durchschnittl. Zahl der Freund/innen (Mittelwert)
11 bis 18 Jahre gesamt	880	4,5	94,2	1,3	6,5
Computerszene	209	4,4	92,7	2,9	7,9
Passionierte Gamer	319	4,3	94,1	1,6	6,7
Durchschnittsgamer	337	5,2	93,9	0,8	6,7
Nicht-Spieler/innen	208	3,2	95,7	1,1	5,8

Datenquelle: Institut für Jugendkulturforschung (2008): Computerspiele im Alltag Jugendlicher – Sonderauswertung aus elf/18 07, rep. für 11- bis 18-Jährige[38] , n=880

Die breite Mehrheit der passionierten Gamer (94,1%) hat mehrere gute Freunde/innen; 4,3% der passionierten Gamer geben an, zumindest einen wirklich guten Freund bzw. eine wirklich gute Freundin zu haben. Der Anteil der Jugendlichen, die eigenen Angaben zu Folge keinen einzigen wirklich guten Freund/keine einzige wirklich gute Freundin haben, ist auch im Segment der passionierten Gamer marginal (1,6%). Bei Jugendlichen, die sich als Teil der Computerszene sehen, verhält es sich im Übrigen ganz ähnlich. (siehe Abbildung 6)

Dies soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sowohl in der Gruppe der computer(spiel)affinen Jugendlichen als auch in der Gruppe der weniger computer(spiel)begeisterten Jugendlichen jeweils eine kleine Minderheit gibt, die eigenen Angaben zufolge keinen einzigen guten Freund bzw. keine einzige gute Freundin hat. Diese Jugendlichen sind ohne Zweifel als eine spezielle Problemgruppe zu sehen. Ihnen wäre besondere Aufmerksamkeit und Zuwendung zu schenken sowie – im Einzelfall – auch psychologische bzw. therapeutische Unterstützung anzubieten. Tatsache ist nämlich, dass Jugendliche, die keine Freundschaftsbeziehungen unterhalten, in Bezug auf die für Jugendliche so wichtige „Gesellschaft der Gleichaltrigen" als sozial und kulturell exkludiert anzusehen sind. Das heißt, sie sind „Outsider", sie gehören nicht dazu und sie spüren das in gewisser Weise wohl auch. Diese Jugendlichen haben häufig depressive Verstimmungen, sie entwickeln

[38] Quotenstichprobe: quotiert nach Alter, Geschlecht, Bildung und Ortsgröße.

vielfach ein negatives Selbstbild und zeigen auch allgemein ein eher geringes Wohlbefinden. (Hurrelmann, 2007, S. 129) Mit anderen Worten: Jugendliche, die sozial isoliert sind und/oder die sich Gleichaltrigenbeziehungen verweigern, sind nicht nur in ihrer Persönlichkeitsentwicklung gehandicapt, sondern auch in ihrer mentalen Gesundheit gefährdet.

Gleich und gleich gesellt sich gern: Bindungsfaktoren in Gleichaltrigenbeziehungen

Aus Sicht Jugendlicher gilt für positiv erlebte Freundschaftsbeziehungen allem voran, dass die Chemie stimmen muss: Man muss miteinander richtig Spaß haben können und sich gut leiden können. Abgesehen davon sind aber auch räumliche Nähe bzw. regelmäßige Kontakte in der Schule oder am Ausbildungsplatz, gemeinsame jugendkulturelle Interessen (insbesondere zu nennen sind hier Musik und – vor allem bei jüngeren Jugendlichen sowie generell bei männlichen Jugendlichen – Sport), und bei den ab-15-jährigen gemeinsame Lebensstilorientierung sowie gemeinsame Szenetreffs bzw. eine gemeinsame Ausgehkultur zentrale Bindungsfaktoren in den Freundeskreisen österreichischer 11- bis 18-jähriger. (siehe Abbildung 7)

Abbildung 7: Bindungsfaktoren in den Freundeskreisen 11- bis 18-jähriger

Frage: Wenn du an deine Freunde denkst, was von der Liste, die ich dir vorlese, trifft auf deinen Freundeskreis zu? Falls du mehrere Freundeskreise hast, dann denke bitte an die Freundesgruppe, mit der du dich am meisten verbunden fühlst. (Mehrfachnennungen)

	11 bis 18 Jahre	weiblich	männlich	Kids (11 bis 14)	Jugendliche (15 bis 18)
Wir haben miteinander Spaß	82,5	86,9	78,1	81,9	83,1
Wir können uns einfach gut leiden	73,6	79,1	68,1	72,1	75,1
Wir kennen uns aus der Schule/vom Arbeitsplatz	59,0	62,3	55,7	63,2	54,8
Wir haben einen ähnlichen Musikgeschmack	55,5	57,0	54,1	54,2	56,9
Wir wohnen nicht weit weg voneinander	45,4	47,6	43,2	46,3	44,4
Viele machen den selben Sport	40,5	31,1	49,8	47,2	33,8
Wir haben einen ähnlichen Lebensstil	38,6	41,5	35,7	32,0	45,2
Wir treffen uns in den selben Lokalen	33,7	33,7	33,6	20,6	46,7
Wir treffen uns im Chat/im ICQ/im MSN	26,5	24,1	28,9	21,9	31,1
Wir haben ähnliche Ansichten über Gott und die Welt	26,2	29,3	23,1	22,0	30,5
Viele sind im selben Verein	24,6	18,8	30,4	28,1	21,0
Viele sind in der selben Jugendorganisation aktiv	11,2	11,0	11,4	8,7	13,7
Wir setzen uns gemeinsam für gesellschaftliche Anliegen ein	9,6	11,0	8,2	9,2	10,1
Nichts davon	1,4	0,9	1,9	1,3	1,6
Basis	880	440	440	440	440

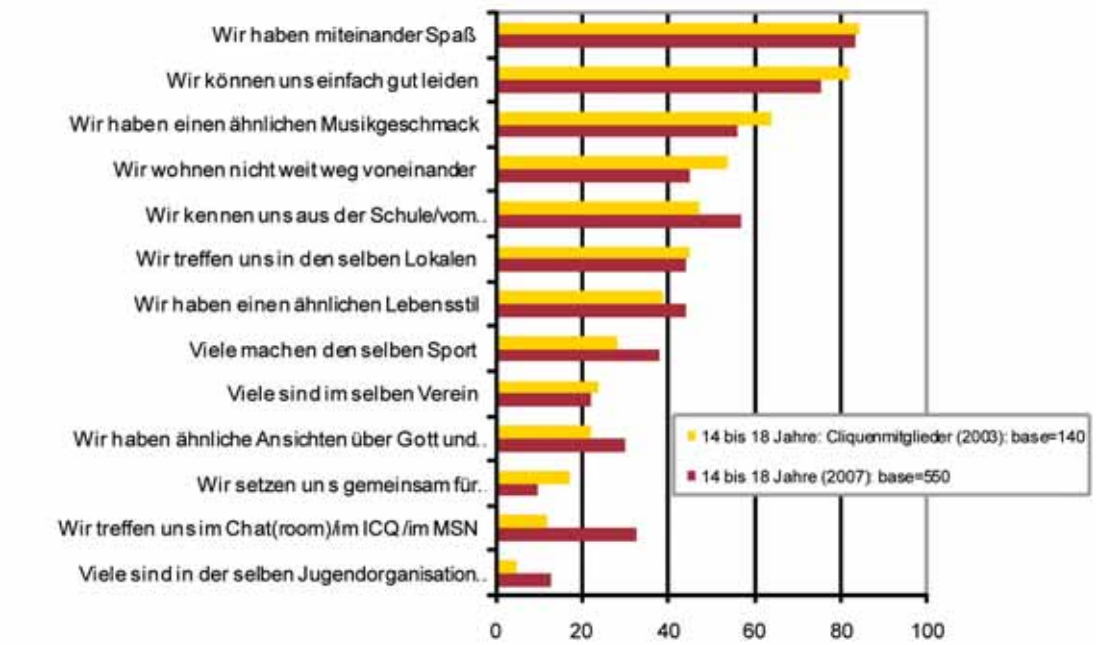
Datenquelle: Institut für Jugendkulturforschung (2007): Wiederholungsbefragung zum Jugendradar 2003, rep. für 11- bis 18-jährige, n=880, Ang. in %

Teilhabe an institutionellen Formen der Gemeinschaft hat als Bindungsfaktor in den jugendlichen Freundeskreisen – zumindest in der subjektiven Wahrnehmung der Jugendlichen – kaum Bedeutung: Mitgliedschaft in einem Verein und – damit verbunden – gemeinsame Teilhabe am Vereinsleben ist so etwa nur für 2 von 10 Mädchen und 3 von 10 Burschen ein freundschaftsbildender Faktor. Auch gemeinsames Engagement für gesellschaftliche Anliegen oder gemeinsame Aktivitäten in einer Jugendorganisation spielen als

Bindungsfaktoren in den Freundschaftsbeziehungen 11- bis 18-jähriger eine untergeordnete Rolle: Lediglich rund jede/r zehnte Jugendliche gibt an, dass die Freundesgruppe, mit der sie/er sich am meisten verbunden fühlt, gemeinsam in ein und derselben Jugendorganisation aktiv ist bzw. sich gemeinsam für gesellschaftspolitische Anliegen einsetzt. Und auch gemeinsame weltanschauliche Positionen sind, wie die vom Institut für Jugendkulturforschung durchgeführte Wiederholungsbefragung zum Jugendradar für die Altersgruppe der 11- bis 18-jährigen (2007) zeigt, für 3 von 4 Jugendlichen kein zentrales Kriterium in Bezug auf die Bindung, die im eigenen Freundeskreis vorherrscht. (siehe Abbildung 7) Alles in allem kann man also sagen, dass die Freundschaftsbeziehungen Jugendlicher diesen Daten zufolge auf Basis subjektiv wahrgenommener emotionaler Nähe und gemeinsamer Interessen funktionieren – eben frei nach dem Motto „Gleich und gleich gesellt sich gern."

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt der 4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich (BMSG 2003), der Bindungsfaktoren in jugendlichen Cliquen untersucht. Auch hier zeigt sich, dass neben der Chemie, die zwischen den Jugendlichen stimmen muss, jugendkulturelle Themeninteressen wie Musik und Sport, fixe Treffpunkte, räumliche Nähe sowie ein ähnlicher Lebensstil für den emotionalen und sozialen Kitt in den Cliquen der 14- bis 19-jährigen sorgen, während ähnliche Wertorientierungen und gemeinsames gesellschaftspolitisches Engagement bei cliquenorientierten Jugendlichen eine eher untergeordnete Rolle spielen. (vgl. auch Großegger, 2003, S. 17f)

Abbildung 8: Bindungsfaktoren in Freundeskreisen: „14- bis 18-jährige gesamt" (2007) und „14- bis 18-jährige Cliquenmitglieder" (2003) im Vergleich



Datenquellen: Spectra (2003): 4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich: Jugendradar, rep. für 14- bis 30-jährige, n=1.549, Ang. in %; Institut für Jugendkulturforschung (2007): Wiederholungsbefragung zum Jugendradar 2003, rep. für 11- bis 18-jährige, n=880, Ang. in %

Der Vergleich der Bindungsfaktoren in jugendlichen Cliquen (2003) und der Bindungsfaktoren in festen Freundeskreisen (2007) bei 14- bis 18-jährigen weist lediglich in Bezug auf Online-Vergemeinschaftung (Chat/ICQ/MSN) auf einen Bedeutungszuwachs hin; dieser lässt sich aber mit der im Zeitraum 2003 bis 2007 zu verzeichnenden Entwicklung im Bereich der Internetkommunikation bzw. mit der „Veralltäglichung" von Online-Kontakten im jugendlichen Alltag erklären. (siehe Abbildung 8)

In der öffentlichen Debatte sind Freundschaftsbeziehungen Jugendlicher im Allgemeinen kein großes Thema – mit einer Ausnahme, nämlich Freundschaftsbeziehungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Im Zusammenhang mit sozialer Integration von jungen Migrant/innen wurde wiederholt auf die hohe Bedeutung von inter-ethnischen Gleichaltrigenkontakten hingewiesen, sprich: Freundschaftsbeziehungen zwischen jungen Migrant/innen und einheimischen Jugendlichen.

Wie die Migrationsforschung zeigt, liegen Wunsch und Wirklichkeit gerade in diesem Punkt aber häufig weit auseinander: Jugendliche mit Migrationshintergrund suchen und finden nicht immer automatisch Zugang zu den Gleichaltrigenkulturen, in denen sich Jugendliche der Aufnahmegesellschaft bewegen, sondern bleiben in ihren Gleichaltrigenbeziehungen oft stark auf das eigen-ethnische Milieu konzentriert. Gründe dafür gibt es mehrere: Neben einer subjektiv wahrgenommenen und/oder objektiv gegebenen Ablehnung durch Einheimische spielen hier auch eine selbstgewählte Orientierung am Migrationsmilieu sowie zum Teil aktive Einflussnahme der Eltern eine Rolle. (vgl. Weiss, 2007a)

Laut Weiss/Strodl (2007, S. 100) sind rein eigen-ethnische Freundschaftsnetzwerke bei türkischstämmigen Jugendlichen der zweiten Generation sowie Jugendlichen, deren Eltern aus Ex-Jugoslawien stammen, besonders verbreitet:

- 61% der 16- bis 24-jährigen Jugendlichen mit türkischen Eltern unterhalten keine Freundschaften mit Jugendlichen, deren Eltern gebürtige Österreicher/innen sind;
- immerhin 48% der 16- bis 24-jährigen Jugendlichen aus Ex-Jugoslawien haben keine Freundschaften mit Jugendlichen, deren Eltern gebürtige Österreicher/innen sind;
- bei Jugendlichen mit Eltern aus anderen Herkunftsländern sind die Freundschaftsnetzwerke hingegen offener.

Abbildung 9: Ethnische Segregation bei 16- bis 24-jährigen Migrant/innen der zweiten Generation: türkischer Migrationshintergrund, ex-jugoslawischer Migrationshintergrund und andere Länder im Vergleich

Ethnische Zusammensetzung der Freundeskreise	Zweite Generation – Eltern aus ...		
	der Türkei	Ex-Jugoslawien	anderen Ländern
nur Freund/innen mit österreichischen Eltern	7	16	27
sowohl Freund/innen mit österreichischen als auch mit ausländischen Eltern	32	36	52
nur Freund/innen mit ausländischen Eltern	61	48	21
Basis	458	356	186

Quelle: Weiss/Strodl, 2007, S. 100 (Angaben in %)

Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass entgegen der gängigen Meinung ein höherer Bildungsstatus nicht automatisch zu mehr inter-ethnischen Gleichaltrigenkontakten führen muss. Festhalten lässt sich vielmehr, „dass die These der impliziten sozialen Integrationswirkung des höheren Bildungswegs – sei es aufgrund der Opportunitäten oder aufgrund offenerer Einstellungen im gehobenen Bildungsmilieu – in dieser einfachen Form nicht zutrifft. Die Kontaktwahl, als ein Aspekt der sozialen Integration, ist stark an die Lebensweise der Eltern gebunden." (Weiss/Strodl, 2007, S. 113) Eine Abschottung von Jugendlichen der zweiten Generation gegenüber der „Gesellschaft der Gleichaltrigen", in der sich einheimische Jugendliche bewegen, scheint demnach vor allem mit einer ethnischen Orientierung des Elternhauses in Beziehung zu stehen. (vgl. Weiss/Strodl, 2007, S. 125) Das heißt, wenn man inter-ethnische Gleichaltrigenbeziehungen bei Jugendlichen aus türkischen und ex-jugoslawischen Familien mit stark ethnischer Orientierung fördern will, genügt es nicht, allein die Jugendlichen anzusprechen, sondern man müsste (zumindest flankierend) hier gezielt auch bei den Eltern ansetzen.

Ein weiterer interessanter Aspekt, der in der Debatte rund um eine ethnische Segregation von Teilen der Migrationsbevölkerung Berücksichtigung finden sollte: Die Tendenz zu eigen-ethnischen Gleichaltrigenbeziehungen ist, wie Weiss/Strodl (2007) zeigen, vor allem ein ostösterreichisches Problem. In den westlichen Bundesländern kommt es im Vergleich zu Wien weniger stark zu ethnisch homogenen Kontakten und auch die Wohngebiete sind in den westlichen Bundesländern weniger stark ethnisch geprägt. Weiss/Strodl (2007, S. 98) begründen dies mit der vergleichsweise geringeren Zahl von Migrant/innen in den westlichen Bundesländern. Folgt man dieser Argumentation, gilt, dass eine geringere Dichte an Migrant/innen inter-ethnische Kontakte begünstigt und insofern die soziale Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund fördern kann.

Themen der Gleichaltrigenkommunikation

Die Jugendphase charakterisiert sich dadurch, dass Heranwachsende Schritt um Schritt ein Stück mehr selbständig werden und sich in Bezug auf ihr Denken und Handeln von den Eltern ablösen. Konkret heißt das, Jugendliche tendieren dazu, sich in einzelnen für sie persönlich wichtigen Lebensbereichen dem Einfluss oder besser: der Einflussnahme ihrer Eltern immer mehr zu entziehen. Wie bereits der 4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich gezeigt hat, holen sich Jugendliche Tipps für den (jugendlichen) Alltag in erster Linie von gleichaltrigen Freunden und Freundinnen. Sie sehen ihre Freund/innen gewissermaßen als lebensweltliche Expert/innen in „jugendspezifischen Fragen" an. Auch bei kleineren Problemen werden Freund/innen ab dem Jugendalter zu zunehmend wichtigen Ansprechpersonen. (vgl. Großegger, 2003) Bei Themen, die den Jugendlichen als „sehr persönlich" erscheinen, reklamieren sie nunmehr immer öfter ein Recht auf ihre „eigene Privatheit" gegenüber den Eltern. Und auch bei Themen, die jugendkulturell codiert sind, werden Eltern nunmehr zunehmend weniger als ernstzunehmende Gesprächspartner/innen gesehen. Das heißt, trotz emotionaler Bindung an das Elternhaus konzentriert sich die Alltagskommunikation bzw. die Verhandlung der persönlich wichtigen Themen bei Jugendlichen immer mehr auf das Gleichaltrigenumfeld. Was sind nun aber die Themen, über die sich die österreichischen Jugendlichen in ihren Freundeskreisen vorzugsweise austauschen?

Wie „elf/18 – die Jugendstudie" des Instituts für Jugendkulturforschung (2007) zeigt, sind gemeinsame Unternehmungen in der Freizeit sowie Musik die Themen, die die Gleichaltrigenkommunikation der 11- bis 18-jährigen ganz klar beherrschen. Aber auch Probleme in der Schule, Klatsch und Tratsch, populäre Fernsehserien, Liebeskummer, Sport, Sex, Probleme mit den Eltern sowie Mode und Styling finden sich im Ranking der wichtigen Themen der Peerkommunikation in dieser Altersgruppe unter den Top-Ten. Es sind also vor allem lebensweltliche Themen sowie Impulse aus der jugendkulturrelevanten Populärkultur, die den Gleichaltrigennetzwerken der 11- bis 18-jährigen Gesprächsstoff liefern. Ernste Themen, die den Erwachsenen häufig Kopfzerbrechen bereiten, wie etwa finanzielle Dinge, das tagespolitische Geschehen oder – auch in einem breiteren gesellschaftspolitischen Kontext gesehen – Themen wie Armut in der Dritten Welt spielen in der Gleichaltrigenkommunikation 11- bis 18-jähriger hingegen eine untergeordnete Rolle: Sie belegen im Ranking der wichtigen Gesprächsthemen die letzten drei Ranglistenplätze. (siehe Abbildung 10)

Abbildung 10: Gesprächsstoff im Freundeskreis

Frage: Wenn du dich mit deinen Freunden triffst, über was redet ihr da hauptsächlich? (Mehrfachnennungen)

	11 bis 18 Jahre	weiblich	männlich	Kids (11 bis 14)	Jugendliche (15 bis 18)
was wir in der Freizeit gemeinsam unternehmen könnten	69,6	74,4	64,7	66,3	72,8
über Musik	62,8	64,5	61,2	56,9	68,7
über Probleme in der Schule	48,9	56,5	41,4	48,5	49,4
über Klatsch und Tratsch	45,1	59,0	31,2	41,9	48,3
über Fernseh-Serien	44,1	47,8	40,4	44,9	43,2
über Liebeskummer	42,4	62,1	22,6	38,3	46,4
über Sport	42	25,3	58,7	43	41,0
über Sex	41,6	41,5	41,7	29,3	53,9
über Probleme mit den Eltern	40,8	50,8	30,9	37	44,7
über Mode/Styling	35,9	50,4	21,4	31,5	40,2
wie wir einem Freund/einer Freundin, der/die Probleme hat, helfen könnten	34,6	42,1	27,1	27,6	41,6
was wir später einmal beruflich machen werden	31,3	35,1	27,4	25,6	37,0
über Drogen	30,7	32,9	28,4	22,6	38,7
über Popstars	27,7	36,3	19	36,2	19,2
über Computerspiele	26,5	9,1	43,9	29,7	23,4
über Dinge rund um Computer	25,4	8,9	41,9	23,7	27,1
über finanzielle Dinge	22,1	23,2	21,0	15,0	29,2
über das, was sich in der Politik tut	18,4	16,3	20,4	7,5	29,3
über die Armut in der Dritten Welt	8,6	9,0	8,2	4,7	12,5
Basis	880	440	440	440	440

Datenquelle: Institut für Jugendkulturforschung (2007): elf/18 – die Jugendstudie 2007, rep. für 11- bis 18-jährige , n=880, Ang. in %

Der Vergleich des Gesprächsstoffs im Freundeskreis nach Geschlecht zeigt, dass es in der Altersgruppe der 11- bis 18-jährigen offensichtlich typische Mädchen-Themen wie auch typische Burschen-Themen gibt: 62% der Mädchen, aber nur 22,6% der Burschen geben

an, im Freundeskreis häufig über Liebeskummer zu reden. Für 59% der Mädchen spielt Klatsch und Tratsch in der Gleichaltrigenkommunikation eine zentrale Rolle, bei den Burschen sagen das hingegen nur rd. 31%. Rund 50% der Mädchen geben an, im Freundeskreis häufig über Mode und Styling oder auch über Probleme mit den Eltern zu reden, bei den Burschen sind es wiederum deutlich weniger, nämlich rund 30% bei Mode/Styling und 20% bei Problemen mit den Eltern. Dafür hat die männliche Jugend bei den „traditionellen Männerthemen" die Nase vorne: Als wichtige Gesprächsthemen im Freundeskreis von Burschen deutlich häufiger genannt werden so etwa Sport (Burschen: 58,7%, Mädchen: 25,3%), Computerspiele (Burschen: 43,9%, Mädchen: 9,1%) sowie ganz generell Dinge rund um den Computer (Burschen: 41,9%, Mädchen: 8,9%)

Bei den eher unwichtigen Themen „Finanzen" und „Institutionen- bzw. Gesellschaftspolitik" bestehen hingegen bemerkenswerter Weise keine nennenswerten Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Jugendlichen.

Der Vergleich nach Altersgruppen macht deutlich, dass es Themen gibt, die für 11- bis 14-jährige Kids und 15- bis 18-jährige Jugendliche gleichermaßen relevant sind, wie zum Beispiel Freizeitgestaltung, Musik, Probleme in der Schule oder auch populäre Fernsehserien, über die eben jeder spricht. Andere Themen sind hingegen wiederum eher altersspezifisch. Popstars sind so etwa eher eine Sache der so genannten „Generation Bravo", die sich an der Schwelle von Kindes- zum Jugendalter befindet: Immerhin 36,2% der 11- bis 14-jährigen sagen, dass sie mit ihren Freund/innen u.a. hauptsächlich über Popstars reden, bei den 15- bis 18-jährigen sind es hingegen nur mehr 19,2%. Dafür reden 15- bis 18-jährige im Vergleich zu den 11- bis 14-jährigen erwartungsgemäß häufiger über Sex (in der Altersgruppe der 15- bis 18-jährigen wird Sex von 53,9% als wichtiges Gesprächsthema im Freundeskreis genannt, in der Altersgruppe der 11- bis 14-jährigen hingegen nur von 29,3%), über Mode/Styling (von 40,2% der 15- bis 19-jährigen, jedoch nur von 31,5% der 11- bis 14-jährigen als wichtiges Thema der Peerkommunikation genannt) oder Drogen (von 38,7% der 15- bis 19-jährigen und nur 22,6% der 11- bis 14-jährigen als wichtiges Thema genannt). Ebenfalls eher eine Sache der schon etwas Älteren sind die berufliche Zukunft (von 37,0% der 15- bis 19-jährigen, jedoch nur 25,6% der 11- bis 14-jährigen als wichtiges Thema der Peerkommunikation genannt), die Frage, wie man einem Freund oder einer Freundin, der/die Probleme hat, helfen könnte (von 41,6% der 15- bis 19-jährigen und nur 27,6% der 11- bis 14-jährigen genannt) und die insgesamt eher unbedeutenden Themen „Finanzen" sowie „Institutionen- und Gesellschaftspolitik" (finanzielle Dinge werden von 29,2% der 15- bis 19-jährigen und 15% der 11- bis 14-jährigen, Politik von 29,3% der 15- bis 19-jährigen, aber nur 7,5% der 11- bis 14-jährigen und Armut in der Dritten Welt von 12,5% der 15- bis 19-jährigen und lediglich 4,7% der 11- bis 14-jährigen genannt).

Für die Jugendarbeit und Jugendpolitik sind diese Ergebnisse in zweifacher Hinsicht interessant. Zum einen zeigen sie, dass nur bestimmte, vor allem jugendkulturrelevante Themen in die Gleichaltrigenkommunikation einbezogen werden. Bei komplexen und von jugendkulturellen Alltagswelten abgekoppelten Fragen, zu deren Beantwortung das Beiziehen lebensweltlicher Erfahrungen Gleichaltriger nicht weiterhilft, scheinen junge Menschen nach wie vor auf Unterstützung von Seiten der Erwachsenen angewiesen. Abhängig vom Thema, wie auch abhängig von der Qualität der innerfamiliären Generationenbeziehung kommen hier teils die Eltern, teils aber auch professionelle Angebote der (Jugend-)Information und Beratung in Spiel.

Abgesehen davon weisen die vorliegenden Daten darauf hin, dass Konzepte der Informations- und Bildungsarbeit, die bei der Peerkommunikation ansetzen und versuchen, bestimmte ernste (Lebens-)Themen im Sinne einer Themensensibilisierung in die Gleichaltrigenkommunikation einzuschleusen, im frühen Jugendalter noch deutlich weniger wirksam sein dürften als etwa bei 15- bis 18-jährigen Jugendlichen. Dies betrifft die Sexualpädagogik, die Berufsorientierung, aber auch die politische Bildungsarbeit.

3. Beziehungsstile und Beziehungskulturen im Wandel?

Individualisierungs- und Modernisierungsprozesse sind nicht nur Motor des kulturellen Wandels. Sie verändern auch die Formen des sozialen Miteinanders in der Gemeinschaft und der Gesellschaft. Sozialer, technologischer und kultureller Wandel greifen ineinander und hinterlassen im Beziehungsverhalten des Gegenwartsmenschen ihre Spuren. Sie beeinflussen die Lebensqualität und haben letztendlich auch Einfluss auf das zwischenmenschliche Beziehungsverhalten und die Beziehungskulturen.

Im Beziehungsverhalten Jugendlicher lassen sich derzeit zwei Trends beobachten:

- zum einen eine ausgeprägte Sehnsucht nach Verbindlichkeit und Stabilität, die Jugendliche u.a. vor allem in harmonischen Primärbeziehungen suchen, hier regiert das Prinzip der starken Bindung das auf Vertrauen, aber auch Verantwortung füreinander basiert;
- zum anderen das Streben nach Identitätsgewinn durch Identifikation mit post-traditionalen Lebensstilgemeinschaften, in denen schwache Bindungen vorherrschen und wo Gemeinschaft ohne solidaritätsbezogene Wertsetzungen erlebt und gelebt wird.

Trend 1: Sehnsucht nach stabilen Primärbeziehungen

Jugendliche sind auf der Suche nach sich selbst. Und sie sind zugleich auch auf der Suche nach ihrem Platz in der Gemeinschaft und der Gesellschaft. (vgl. Großegger, 2008b) Die heutige Jugend wächst in einer hochkomplexen, multioptionalen Welt heran, in der zwar vieles möglich ist, in der zugleich aber auch für immer weniger Lebensbereiche langfristige Sicherheiten garantiert sind – ein Umstand, der Herausforderung und vielfach auch Überforderung bedeutet.

Jugendliche reagieren mit einem gesteigerten Bedürfnis nach Sicherheit und Geborgenheit, das sie vermittels intakter Primärbeziehungen zumindest ansatzweise zu stillen versuchen. Vor diesem Hintergrund wird nur zu verständlich, dass Jugendliche heute vielfach ein harmonisches Familienleben und eine positiv erlebte soziale Einbindung in feste Freundeskreise als ihre zentralen Lebensziele nennen. (Großegger/Heinzlmaier, 2007, S. 21f) Persönliches Vertrauen in Menschen, die den Jugendlichen am nächsten stehen, und positiv erlebte Sozialbeziehungen helfen ihnen Sicherheit und Stabilität für die eigene Lebensführung zu gewinnen. Die Bedeutung, die dieses Vertrauen für die Alltagsbewältigung der Jugendlichen hat, ist nicht zu unterschätzen.

Wie Luhmann (2000) zeigt, reduziert Vertrauen Komplexität. Wenn man Vertrauen in Menschen aus dem persönlichen Umfeld oder auch Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen hat, erübrigt es sich, ständig darüber nachzudenken, wie unberechenbar das Leben doch ist. Und man ist auch nicht gezwungen, sich fortwährend aufs Neue für dieses unberechenbare Leben zu rüsten. Durch Vertrauen gewinnen Jugendliche Sicherheit für

die eigene Lebensführung. Und diese Sicherheit macht sie handlungsfähig. Abgesehen davon stabilisiert Anerkennung durch „signifikante Andere" Identität. (vgl. Keupp u.a., 2002, S. 256ff) Ein Gefühl ständiger Unsicherheit wirkt hingegen lähmend und mangelnde Anerkennung bedroht das Selbstwertgefühl junger Menschen.

Das heißt, Jugendliche, die ihre Familien-, Freundschafts- oder Paarbeziehungen labil und konfliktträchtig erleben, müssen nicht nur mit der gesellschaftlichen Komplexität zurande kommen, sie sind in ihrem privaten Beziehungsalltag mit einem zusätzlichen Belastungsszenario konfrontiert. Primärbeziehungen fungieren hier nicht – so wie es sich Jugendliche wünschen würden – als ein Ventil, um Überforderung auszugleichen bzw. zu kompensieren. Im Gegenteil: Sie verschärfen vielmehr noch die ohnehin schon hohe Alltagskomplexität.

Trend 2: Identitätsgewinn durch Identifikation mit Lebensstilgruppen

In individualisierten Gesellschaften wird das Prinzip der Beziehungsvorgabe durch das Prinzip der Beziehungswahl ersetzt. Jugendliche, die in individualisierten Gesellschaften aufwachsen, sind es gewohnt, ihre Beziehungspartner/innen immer wieder aufs Neue frei zu wählen, und sie sind dabei u.a. auch vom Flexibilitätsparadigma der Gegenwartsgesellschaft geprägt. Neue Formen von eher kurzfristig angelegten, dafür oftmals umso intensiver erlebten Beziehungen gewinnen heute an Bedeutung. Sie stehen nicht für Gemeinschaft im traditionalen Sinn, d.h. sie basieren nicht auf dem Prinzip der Selbstverpflichtung zu Loyalität und Verantwortung und gründen nicht in einer von wechselseitigem Vertrauen geprägten, tiefen emotionalen Bindung und in solidaritätstiftenden gemeinsamen Werten. Sie formieren sich vielmehr auf Basis gemeinsamer Interessen sowie geteilter Alltagspraxen und ästhetischer Ausdrucksformen, die für den Einzelnen/die Einzelne in einem bestimmten biographischen Abschnitt handlungsleitend sind. Hitzler u.a. (2001 sowie 2008) sprechen in diesem Zusammenhang von post-traditionaler Vergemeinschaftung. Bauman (2009) nähert sich diesem Phänomen mit dem Begriff der „ästhetischen Instant-Gemeinschaften" an.

Im jugendkulturellen Alltag findet dieser Typus der Gemeinschaft vor allem in jugendkulturellen Lebensstilgemeinschaften, die in der Jugendsoziologie auch als jugendkulturelle Szenen bezeichnet werden, ihren Ausdruck. Jugendkulturelle Szenen repräsentieren heute nicht nur einen wichtigen Bereich der jugendlichen Freizeitkultur, sie bieten Jugendlichen – neben bzw. alternativ zu traditionellen Sozialzusammenhängen wie Familie, Schule, Jugendorganisationen etc. – zugleich auch Stoff für die „alltägliche Identitätsarbeit" (Keupp u.a., 2002), unterstützen ihre kulturellen Selbstdeutungsprozesse und schaffen einen Rahmen für eine „gefühlte Gemeinschaft" („imagined community"), die all jene, die ähnliche Interessen haben und ähnlich „drauf sind", aufnimmt. In der bunten Vielfalt der Lebensstile, durch die sich die heute großteils freizeitkulturell strukturierte, in weiten Bereichen mehrheitsfähige Jugendkulturlandschaft charakterisiert, finden immerhin rund 9 von 10 Jugendlichen (zumindest) eine Szene, mit der sie sich identifizieren und zu der sie – im Sinne einer gefühlten Gemeinschaft – Zugehörigkeit deklarieren. (vgl. Abbildung 11)

Im Wesentlichen funktionieren Szenen als de-lokalisierte Peer-Groups (vgl. Hitzler u.a., 2001), sie vermitteln Jugendlichen das Gefühl, nicht nur soziokulturell mit dabei zu sein, sondern vielmehr auch irgendwo dazu zu gehören. Im Unterschied zu lokalen Peer-Groups

regieren hier allerdings nicht starke, selbstverpflichtende Bindungen, sondern schwache Bindungen, die eher temporären Charakter haben, also auf Zeit eingegangen werden. Wie für ästhetische Gemeinschaften generell charakteristisch wird das Gemeinschaftsgefühl hier nicht auf Basis von gemeinsamen Werten und Bereitschaft zu wechselseitiger Solidarität, sondern „im ‚Wärmekreis' alltäglicher Praxis hervorgebracht und genossen." (Bauman, 2009, S. 81)

Abbildung 11: Szenen als gefühlte Gemeinschaft: Szene-Zugehörigkeit in der Altersgruppe der 11- bis 18-jährigen

Frage: Es gibt verschiedene Jugendkulturen und Jugendszenen. Bitte sag mir, zu welchen der folgenden Szenen du dich zugehörig fühlst.

(Liste mit 18 Szenen: Snowboard, Fußball, Computerszene, Fitness, HipHop, Beachvolleyball, Metal/Rocker, Mountainbike, Inline-Skater, Techno, Ökos/Alternative, Skateboard, Punks, House, Streetball, Skinheads, Gothics, Trekkies)

	11 bis 18 (in %)	weiblich (in %)	männlich (in %)	11 bis 14 (in %)	15 bis 18 (in %)
Jugendliche, die sich keiner Jugendszene zugehörig fühlen	5,9	7,3	4,5	4,1	7,7
Jugendliche, die sich mindestens einer Jugendszene zugehörig	94,1	92,7	95,5	95,9	92,3
	11 bis 18	**weiblich**	**männlich**	**11 bis 14**	**15 bis 18**
Anzahl der Jugendszenen, zu denen Zugehörigkeit deklariert wird (Mittelwert)	2,29	2,08	2,49	2,27	2,31
Basis	880	440	440	440	440

Datenquelle: Institut für Jugendkulturforschung (2007): elf/18 – die Jugendstudie 2007, rep. für 11- bis 18-jährige, n=880

Obschon Jugendliche heute ein oftmals ausgeprägt individualistisches Selbstkonzept entwickeln (insbesondere in den bildungsnahen Schichten ist dies der Fall), obschon sie von ihrer sozialen Umwelt keinesfalls als Teil einer eintönigen Masse gesehen werden wollen, empfinden sie die gemeinsame Orientierung an einem Lebensstil nicht als uniformierend, sondern – zumal dieser nuancierten Interpretationen durchaus Spielraum lässt und oft auch geradezu dazu einlädt – vielmehr als partizipativ. Selbstdefinition passiert hier in hohem Maße über eine Identifikation mit überregional wirksamen jugendkulturellen Stilen. Und Gemeinschaft ist hier so lange lebendig, solange sie vermittelt über die performative Praxis, die sich rund um einen gemeinsamen expressiven Gruppenstil formiert, gelebt wird. Jugendliche, die sich einer Jugendszene zugehörig fühlen und dies auch offen deklarieren, demonstrieren eine eigentümliche Form der „Bereitschaft zu Gemeinsamkeit", die Schulze (1995, S. 78) in der „Entgrenzung des Lebens", durch die sich die von Individualisierungs- und Pluralisierungsprozessen geprägten Gesellschaften charakterisieren, begründet sieht.

Aufwachsen mit einem Patchwork an Wir-Bezügen

In den alltäglichen Lebenswelten der Jugendlichen fließen starke und schwache Bindungen ineinander. Familie, fester Freundeskreis und – mit steigendem Alter zunehmend wichtig – die Paarbeziehung bieten Jugendlichen eine mentale und emotionale Heimat. Lose Bekanntenkreise, jugendkulturelle Szenen und oftmals ergänzend auch jugendkulturelle Online-Social-Networks funktionieren hingegen eher wie ein großer Aufenthaltsraum, in dem man mit Gleichgesinnten Zeit verbringen kann: als Marktplatz, wo – zumindest für einen bestimmten biographischen Zeitraum – jenes soziale und kulturelle Leben spielt, an dem Jugendliche teilhaben müssen, um nicht als Outsider zu gelten, sondern um „richtig dazuzugehören". „Alltägliche Identitätsarbeit" vollzieht sich bei Jugendlichen heute demnach in einem Patchwork multipler Wir-Bezüge. (vgl. Kraus, 2006)

Einiges deutet darauf hin, dass die Wertigkeit traditionaler Gemeinschaften, die auf ethischer Verantwortlichkeit, längerfristiger Selbstverpflichtung, und dem „Recht jedes Mitglieds auf gemeinschaftliche Absicherung gegen die Risiken der im Leben des einzelnen unvermeidbaren Irrtümer und Missgeschicke" (Bauman, 2009, S. 90) basiert, insbesondere in hoch individualisierten, post-traditionalen Milieus tendenziell abnimmt. Die Bereitschaft zu langfristiger Selbstverpflichtung schwindet oder besser gesagt: Sie reduziert sich auf einen engen Kreis von Personen, die den Jugendlichen wirklich wichtig sind: die Familie, die Paarbeziehung und wenige beste Freund/innen. Außerhalb dieses engen Kreises werden Gemeinschaftsformen, die auf solidarischer Selbstverpflichtung basieren, kaum gesucht (das zeigt sich u.a. auch in der geringen Bereitschaft Jugendlicher zu solidaritätsbasiertem längerfristigem Engagement in Organisationen und Vereinen). Dafür ist die individualisierte Jugend aber sehr gesellig und kommunikativ und – zumal sie mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sozialisiert ist – zugleich auch geübt darin, über regionale Grenzen hinweg schwach bindende Netzwerkbeziehungen mit Gleichgesinnten zu knüpfen und zu pflegen. Viele, wenn auch eher oberflächliche Kontakte in der „Gesellschaft der Gleichaltrigen" zu haben, gilt als Prestigefaktor, denn viele Kontakte signalisieren nicht nur, dass man gefragt ist, sondern vielmehr auch, dass man – vermittelt über Geselligkeitskontakte – in die „Gesellschaft der Gleichaltrigen" voll integriert ist. Die Logik ist simpel und funktioniert frei nach dem Motto: „Hey Mann, so famous ist nicht jeder in unserem Alter. Hey, ich bin ur famous: Ich hab 100 Freunde in meinem Handy drinnen." (Gespräch zwischen zwei Lehrlingen in der U-Bahn)

Das, worum es hier primär geht, sind Kontakte zu Menschen, die bei der Verwirklichung der eigenen Anliegen und Interessen nützlich sein können – und sei es nur, dass man Kontakte zu Anderen, mit denen man Interessen, Ideen und „Styles" teilen kann, sucht. Um in diesem Szenario erfolgreich (verwertbare) Beziehungen zu knüpfen, muss man sich intensiv auf sich selbst konzentrieren, auf die Wahrnehmung und Inszenierung des eigenen Selbst wie auch auf das Ideal vom eigenen und vom anderen Selbst. Hier geht es im Wesentlichen um marktförmige Selbstbeschreibung, die auf einer Verwendung kultureller Skripte beruht, welche auf die Leute, die man erreichen will, attraktiv wirken und Grundlage für die Gestaltung der „wünschenswerten" Persönlichkeit sind. (vgl. dazu auch Illouz, 2006, S. 124) Theoretiker/innen diskutieren in diesem Zusammenhang eine Ökonomisierung der Sozialen (vgl. Neckel, 2008; Heitmeyer/Endrikat, 2007), die nicht nur auf das Beziehungsverhalten im öffentlichen Leben und in der Arbeitswelt Einfluss hat, sondern auch immer mehr im Privaten und hier insbesondere in den Freizeitbeziehungen Platz greift.

Die empirische Jugendforschung zeigt, dass Jugendliche beide skizzierten kontrastierenden Beziehungskulturen als feste Bestandteile ihres Alltags erleben: Primärbeziehungen mit hoher emotionaler Bindungsqualität, wechselseitigem Vertrauen und Verantwortungsbewusstsein einerseits und lose Kontakt- und Geselligkeitsnetzwerke mit schwachen Bindungen, die für die BeziehungspartnerInnen zumindest in irgendeiner Form nützlich sind, zum anderen. Für ihr privates Leben wünschen sich Jugendliche emotional tiefe, starke Bindungen und sie konzentrieren sich auf wenige Menschen, die ihnen zumindest zum aktuellen Zeitpunkt ganz besonders wichtig sind, und dennoch stellen sie ihnen scheinbar wertfrei oberflächliche Kontaktnetzwerken als ebenso wichtigen Alltagsbestandteil gegenüber, wobei für letztere gilt: „Die gesuchte Bindung soll jene, die sie gefunden haben, keinesfalls binden, um Max Webers berühmtes Bild zu bemühen: es wird kein stahlhartes Gehäuse gesucht, sondern ein leichtes Cape." (Bauman, 2009, S. 81) Die Herausforderung, der sich Jugendliche gegenüber sehen, ist, die unterschiedlichen Funktionen, die starke und schwache Bindungen erfüllen, subjektiv sinnvoll zu organisieren und die ersehnten und konkret erlebten Beziehungsqualitäten in eine stimmige Balance zu bringen.

4. Konsequenzen für die Jugendpolitik

In unserer Gesellschaft werden private Beziehungen – zumindest solange keine auffälligen Abweichungen vom gesamtgesellschaftlichen Wertekonsens vorliegen – als privat gesehen. Erwartet wird, dass sich die Politik hier möglichst wenig einmischt. Politische und/oder pädagogische Institutionen sollen in die Welten des Zwischenmenschlichen nur dann regulierend eingreifen, wenn es Probleme gibt und akuter Handlungsbedarf besteht.

Dessen ungeachtet hat Jugendpolitik aber die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Jugendliche Beziehungen in der Familie, im Freundeskreis, in der Schule, am Arbeitsplatz etc. positiv erleben können – gelingen kann dies, wenn Jugendpolitik als Querschnittmaterie angelegt wird, d.h. dass alle Politikbereiche, die in irgendeiner Form in den Alltag der Jugendlichen hineinwirken, auf eben diese Auswirkungen, aber auch auf ihre Kompatibilität mit den Bedarfslagen und den Bedürfnissen von Jugendlichen hin überprüft werden. Um nur drei Beispiele zu nennen: Wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen zur materiellen Existenzsicherung sowie Familienförderung können das Risiko reduzieren, dass finanzielle Sorgen der Eltern in für Jugendliche psycho-emotional hoch belastende, konfliktträchtige Familiensituationen münden. Gewaltprävention in der Schule kann einen Beitrag leisten, dass im Lebensraum Schule, wie von den Jugendlichen mehrheitlich gewünscht, ein weitgehend konfliktfreies soziales Miteinander möglich ist. Und auch bezogen auf Freizeitmöglichkeiten lässt sich ein derartiger Querschnittansatz denken: Durch Bereitstellung einer an den Bedürfnissen Jugendlicher orientierten Freizeitinfrastruktur wird Jugendlichen nicht nur ermöglicht, gemeinsam mit Gleichaltrigen ihren Interessen nachzugehen, sondern es wird auch ein Rahmen geboten, wo Peer-Beziehungen eine positive Wirkung als Übungs- und Trainingsräume für das Sozialleben entfalten können.

Für Jugendliche, die nicht das Glück haben, ihre Familien- und/oder ihre Peer-Beziehungen harmonisch und intakt zu erleben, sondern deren Alltag vielmehr von problematischen Beziehungskonstellationen geprägt ist (sei es, dass sie in diesen Beziehungskonstellationen Opfer, Täter/innen oder möglicherweise auch beides zugleich sind), bedarf es hingegen spezieller Maßnahmen und auch gezielter Intervention. Besonderes Augenmerk wäre hier auf die Problematiken von Jugendlichen in sozialen Randlagen sowie von Ju-

gendlichen aus bildungsfernen Migrationsmilieus zu legen, so dass auch diese Jugendlichen eine Chance haben, ihren Platz in der Gemeinschaft und der Gesellschaft zu finden. Verbesserte Rahmenbedingungen für eine Zusammenarbeit und Vernetzung von Jugendwohlfahrt, schulischem Bereich, außerschulischer Jugendarbeit sowie Elternarbeit könnten hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Literatur

Bauman, Zygmunt (2009): Gemeinschaften. Auf der Suche nach Sicherheit in einer bedrohlichen Welt. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (Hg.) (2003): 4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich/Teil A: Jugendradar. Wien: Eigenverlag

Ecarius, Jutta (2009): Jugend und Familie. Eine Einführung. Stuttgart: Kohlhammer

Gapp, Patrizia (2007): Konflikte zwischen den Generationen? Familiäre Beziehungen in Migrantenfamilien, in: Weiss, Hilde (Hg.): Leben in zwei Welten. Zur sozialen Integration ausländischer Jugendlicher der zweiten Generation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 131-153

Gebhardt, Winfried (2008): Gemeinschaften ohne Gemeinschaft. Über situative Event-Vergemeinschaftung, in: Hitzler u.a. (Hg.): Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnografische Bestimmungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 202-213

Großegger, Beate (2001): Beziehungswerte. Freunde, Partnerschaft und Familie in den Werte-Sets Jugendlicher, in: Friesl, Christian (Hg.): Experiment Jung-Sein. Die Wertewelt österreichischer Jugendlicher. Wien: Czernin, 6-72

Großegger, Beate (2003): Die sozialen Netzwerker. Primärbeziehungen im jugendlichen Alltag, in: Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (Hg.): 4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich/Teil A: Jugendradar. Wien: Eigenverlag, 6-39

Großegger, Beate (2008a): Computerspiele im Alltag Jugendlicher. Gamer-Segmente und Gamer-Kulturen in der Altersgruppe der 11- bis 18-jährigen. Wien: Projektbericht zur Studie des Instituts Jugendkulturforschung im Auftrag des BMGFJ und der BuPP

Großegger, Beate (2008b): Extreme Spielarten der Jugendkultur, in: Scheithauer, Herbert u.a. (Hg.): Problemverhalten und Gewalt im Jugendalter. Erscheinungsformen, Entstehungsbedingungen, Prävention und Intervention. Stuttgart: Kohlhammer, 316-332

Großegger, Beate (2009): Soziale Exklusion aus lebensweltlicher Perspektive. Familienalltag in benachteiligten Lebenslagen: Marginalisierungserfahrungen, Exklusionsempfinden und Bewältigungsstrategien von Kindern, Jugendlichen und deren Eltern. Wien: Berichtsband zur Eigenstudie des Instituts für Jugendkulturforschung

Großegger, Beate (2010): Jugend und Gesellschaftspolitik – Teil 1. Die Fuß-Fasser: 14- bis 29-jährige als Zielgruppe des ORF. Wien: Zwischenbericht zur Studie Jugend und Gesellschaftspolitik durchgeführt vom Institut für Jugendkulturforschung im Auftrag des ORF

Großegger, Beate; Heinzlmaier, Bernhard (2007): Die neuen vorBilder der Jugend. Stil- und Sinnwelten im neuen Jahrtausend. Wien: G&G

Heitmeyer, Wilhelm; Endrikat, Kirsten (2008): Die „Ökonomisierung des Sozialen". Folgen für „Überflüssige" und „Nutzlose", in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 55-72

Heinzlmaier, Bernhard (2007): Jugend unter Druck. Das Leben der Jugend in der Leistungsgesellschaft und die Krise der Partizipation im Zeitalter des posttraditionellen Materialismus (E-Paper), online verfügbar unter:
http://www.jugendkultur.at/Leistungsdruck%20Report_2007_jugendkultur.at.pdf
(Zugriff am 4.8.2009)

Hitzler, Ronald (2008): Brutstätten posttraditionaler Vergemeinschaftung. Über Jugendszenen, in: Hitzler u.a. (Hg.): Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnografische Bestimmungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 55-72

Hitzler u.a. (2001): Leben in den Szenen. Formen jugendlicher Vergemeinschaftung heute. Opladen: Leske+Budrich

Hitzler u.a. (Hg.) (2008): Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnografische Bestimmungen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Hurrelmann, Klaus (2007): Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung (9., aktualisierte Auflage), Weinheim/München: Juventa

Hurrelmann, Klaus u.a. (2006): Eine pragmatische Generation unter Druck. Einführung in die Shell Jugendstudie 2006, in: Dt. Shell (Hg.): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck (15. Shell Jugendstudie), Frankfurt am Main: Fischer, 31-48

Illouz, Eva (2006): Gefühle in Zeiten des Kapitalismus. Adorno-Vorlesungen 2004, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Jureit, Ulrike (2006): Generationenforschung, Göttingen: UTB

Jurczyk, Karin; Barthelmes, Jürgen (2009): Private Kindheit. Zwischen Familie und Freunden, zwischen Bildung und Medien – ist das Private wirklich privat?, in: Deutsches Jugendinstitut e.V. (Hg.): DJI Bulletin 85 – Themenheft: Das Wissen über Kinder – eine Bilanz empirischer Studien, 1/2009, 9-12

Kraus, Wolfgang (2006): Alltägliche Identitätsarbeit und Kollektivbezug. Das wiederentdeckte Wir in einer individualisierten Gesellschaft, in: Keupp, Heiner; Hohl, Joachim (Hg.): Subjektdiskurse im Wandel. Zur Theorie des Subjektes in der Spätmoderne. Bielefeld: Transcript, 143-164

Luhmann, Niklas (2000): Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität (4. Auflage). Stuttgart: UTB

Neckel, Sighard (2008): Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft. Frankfurt/New York: Campus

Prischnig, Manfred (2008): Paradoxien der Vergemeinschaftung, in: Hitzler u.a. (Hg.): Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnografische Bestimmungen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 35-54

Scherr, Albert (2009): Jugendsoziologie. Einführung in Grundlagen und Theorien (9., erweiterte und umfassend überarbeitete Auflage), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Schulze, Gernhard (1995): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart (5. Auflage), Frankfurt/New York: Campus

Veith, Hermann (2008): Sozialisation, München/Basel: UTB

Weber, Max (1984): Soziologische Grundbegriffe (6., erneut durchgesehene Auflage), Tübingen: UTB

Weiss, Hilde (Hg.) (2007a): Leben in zwei Welten. Zur sozialen Integration ausländischer Jugendlicher der zweiten Generation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Weiss, Hilde (2007b): Wege zur Integration? Theoretischer Rahmen und Konzepte der empirischen Untersuchung, in: Weiss, Hilde (Hg.): Leben in zwei Welten. Zur sozialen Integration ausländischer Jugendlicher der zweiten Generation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 13-32

Weiss, Hilde (2007c): Sozialstrukturelle Integration der zweiten Generation, in: Weiss, Hilde (Hg.): Leben in zwei Welten. Zur sozialen Integration ausländischer Jugendlicher der zweiten Generation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 33-69

Weiss, Hilde; Strodl, Robert (2007): Soziale Kontakte und Milieus – ethnische Abschottung oder Öffnung? Zur Sozialintegration der 2. Generation, in: Weiss, Hilde (Hg.): Leben in zwei Welten. Zur sozialen Integration ausländischer Jugendlicher der zweiten Generation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 97-129

Zimmermann, Peter (2000): Grundwissen Sozialisation. Einführung zur Sozialisation des Kindes- und Jugendalter. Opladen: Leske+Budrich

Zinnecker u.a. (2002): Null Zoff & voll busy. Die erste Jugendgeneration des neuen Jahrtausends. Opladen: Leske+Budrich

Datenquellen

Institut für Jugendkulturforschung (2005): elf/18 – die Jugendstudie (Eigenstudie), rep. für 11- bis 18-jährige Jugendliche in Österreich, n=800

Institut für Jugendkulturforschung (2007): elf/18 – die Jugendstudie (Eigenstudie), rep. für 11- bis 18-jährige Jugendliche in Österreich, n=880

Institut für Jugendkulturforschung (2007) im Auftrag des BMSG: Wiederholungsbefragung zum Jugendradar 2003, rep. für 11- bis 18-jährige Jugendliche in Österreich, n=880

Institut für Jugendkulturforschung (2008): Vorwahlbefragung zur Nationalratswahl 2008 (Eigenstudie), rep. für 16- bis 19-jährige, n=300

Institut für Jugendkulturforschung im Auftrag des BMGFJ und der BuPP (2008): Computerspiele im Alltag Jugendlicher: Gamer-Segmente und Gamer-Kulturen in der Altersgruppe der 11- bis 18-jährigen, n=880

Spectra im Auftrag des BMSG (2003): 4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich: Jugendradar, rep. für 14- bis 30-jährige Jugendliche und junge Erwachsene in Österreich, n=1.549

Tfactory Hamburg: Timescout Welle 11 (2007), 11- bis 39-jährige Trendsetter und Early Adopters, n=1.200

Tfactory Wien: Timescout Welle 9 (2008), 11- bis 39-jährige Trendsetter und Early Adopters, n=1.005

DIE AUTORIN:

Beate Großegger, Mag.Dr. phil., ist wissenschaftliche Leiterin und stv. Vorsitzende des Instituts für Jugendkulturforschung – jugendkultur.at in Wien. Sie studierte Publizistik- und Kommunikationswissenschaft mit Schwerpunkt Kommunikationssoziologie und Kommunikationspsychologie und ist seit 1996 in der Jugendforschung tätig. Von 1996 bis 2000 arbeitete sie in der Abteilung „Jugendkultur- und Trendforschung" des Österreichischen Instituts für Jugendforschung. Seit 2001 leitet sie die Forschungsabteilung des Instituts für Jugendkulturforschung – jugendkultur.at in Wien. Seit 2002 ist sie darüber hinaus Lehrbeauftragte am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien, seit 2005 Lehrbeauftragte am Institut für Praktische Theologie der Universität Innsbruck.

Aktuelle Forschungsschwerpunkte: Jugend und Politik, Jugend und Medien, soziale Exklusion, Lebensstile und Werte, innovative Ansätze der Zielgruppenkommunikation.

4.3 Jugendliche Freizeitkulturen in der Risikogesellschaft

Posttraditionale Formen der Vergemeinschaftung, Freizeitverhalten, Mediennutzung und Sport

Bernhard Heinzlmaier

1. Die Risikogesellschaft als allgemeiner Rahmen des Freizeit(er)lebens von Jugendlichen

Der deutsche Soziologe Ulrich Beck beschreibt unsere Gesellschaft als „Risikogesellschaft". Das wesentliche Kennzeichen einer solchen Gesellschaft ist, dass sie nach der „Logik der Risikoproduktion" funktioniert. Beck verweist hier vor allem auf gesellschaftlich produzierte Risiken, also Risiken, die unmittelbar aus den Produktionsverhältnissen, der Art und Weise, wie die Produktion von Gütern und ihre Verteilung in unserer Gesellschaft organisiert wird, hervorgehen. (vgl. Beck 2007) Gesellschaften, die nach einer Logik der Risikoproduktion funktionieren, werfen für den Einzelnen die Frage nach dem individuellen Umgang mit gesellschaftlich produzierten Risiken auf. Insbesondere die Jugend ist von der neuen gesellschaftlichen Risikokultur betroffen. Aus traditionalen Gemeinschaften und Beziehungen freigesetzt, steht sie heute vielfach vor der Situation, dass sie gesellschaftlich produzierte Risiken im hohen Maße individuell, also auf sich alleine gestellt, zu bewältigen, oder neudeutsch gesagt, zu managen hat.

Entsprechend ist das Urteil der Jugend über die Gesellschaft ein ambivalentes. Zum einen findet sie vieles von dem, was die postmoderne Wissens- und Erlebnisgesellschaft zu bieten hat, interessant und erstrebenswert, zum Beispiel hochwertige Konsumgüter, aber auch interessante berufliche Entwicklungsmöglichkeiten, zum anderen steht sie einem immer verschulter und reglementierter werdenden Bildungssystem, der einseitigen Unterordnung von Ausbildungsgängen unter die Bedürfnisse der Wirtschaft und der damit verbundenen zunehmenden Entfremdung der Lernenden von ihren persönlichen Zielen, Wünschen und Bedürfnissen mit großer Skepsis gegenüber. Zudem wird die Arbeitswelt als risikoreich und ungerecht wahrgenommen. Man hat das Gefühl, alles richtig zu machen und dennoch dafür nicht entsprechend belohnt zu werden.

Das Entfremdungsgefühl und die damit verbundene Angst, die eigenen Selbstverwirklichungsinteressen zugunsten von Anforderungen, die von äußeren Mächten auferlegt werden, zurückzustellen oder gar aufgeben zu müssen, zeigt beispielhaft die Blitzumfrage „Uni-Proteste 2009" (Institut für Jugendkulturforschung 2009b), in deren Rahmen die Protest-Elite der Uni-Protestbewegung im Umfeld des besetzten Audimax der Universität Wien zu ihren wichtigsten Handlungsmotiven befragt wurden. Ihre wichtigste Forderung war „Bildung statt Ausbildung". Gemeint ist damit ein selbstbestimmtes Studium mit einem Curriculum, das nicht in erster Linie den Interessen der Wirtschaft unterworfen ist und individuellen Bildungsinteressen, vor allem aber der Persönlichkeitsbildung, mehr Raum gibt.

2. Die Ökonomisierung des Sozialen, das Steigerungsspiel und deren Auswirkungen auf das Freizeitverhalten der Jugend

Das Leben der Jugend ist heute durchgehend von einer Ökonomisierung des Sozialen (vgl. Heitmeyer 2007) betroffen. Sie drückt dem Leben der Menschen sowohl in der Arbeitswelt, in den Bildungsinstitutionen, als auch in der Freizeit ihren Stempel auf. Ökonomisierung des Sozialen bedeutet, dass alle Bereiche des Lebens der Menschen den Imperativen des Marktes untergeordnet werden. Die Marktwirtschaft tritt quasi über die Ufer ihres Flussbettes und überschwemmt die gesamte Gesellschaft mit ihren ökonomischen Normen und Regulativen. Effizienz, Nützlichkeit, Verwertbarkeit, Funktionsfähigkeit, Rentabilität etc. werden zu den einzigen und allgemeinen Gradmessern menschlichen Denkens und Handelns. (vgl. Heitmeyer 2007)

Empirisch lässt sich der alles kolonialisierende Siegeszug der ökonomischen Logik beispielhaft am Bedeutungszuwachs der Erwerbsarbeit in unserer Gesellschaft demonstrieren. Debatten über Arbeitszeitverkürzung wie in den 1980er Jahren, über ein erfülltes Leben mit weniger oder gar ohne Erwerbsarbeit, werden heute nicht mehr geführt. Vielmehr ist unsere Gesellschaft arbeitszentriert, auf den gesellschaftlichen Bereich der Arbeit werden alle anderen Lebensbereiche der Menschen bezogen und diesem hierarchisch untergeordnet. So werden nach und nach die sozialen Sicherungssysteme (z.B. Krankenversicherung), die Familie und besonders Schulen und Universitäten den Bedürfnissen der Marktlogik untergeordnet, sämtliche gesellschaftliche Institutionen, die bislang in relativer Distanz zum Markt existierten, werden zusehends in dessen Einflussbereich gebracht und haben sich nun weitgehend an wirtschaftlichen Anforderungen zu orientieren.

Die Ökonomisierung des Sozialen bemächtigt sich auch des Alltagshandelns der Menschen. In den Freundeskreisen, in den Peergroups, in den Szenen der Jugendlichen werden der ökonomischen Sphäre entlehnte Erfolgskriterien zur Grundlage von Anerkennung und Inklusion. Damit wird auch die Freizeit zu einem Bestandteil der Leistungsgesellschaft. Das Handeln der jungen Menschen in der Freizeit folgt zum großen Teil der ökonomischen Logik des Steigerungsspiels. (vgl. Schulze 2004) Immer weiter, immer größer, immer höher ist zum Grundprinzip der jugendlichen Freizeit- und Erlebnisgesellschaft geworden. Wer ist der beste „Styler"? Wer hat das schnellste Auto? Wer kann die besten Tricks auf dem Snowboard? Wer hat die meisten Freunde in Facebook und ist damit „the most famous" in der Peergroup?

Diese und ähnliche Fragen bewegen die Jugendlichen in der Freizeit. Und der Konkurrenzkampf um Style und Erlebnisqualität kennt keine Grenzen. Die Fähigkeit zum Ankommen, zur zumindest vorübergehenden Zufriedenheit mit dem Erreichten, ist nicht nur der Jugend, sondern der ganzen Gesellschaft verloren gegangen. Die Jugendlichen haben von den Erwachsenen gelernt, dass man sich in der postmodernen Leistungs-, Konkurrenz- und Erlebnisgesellschaft niemals mit dem zufrieden geben darf, was man gerade hat. Nach vorne schauen, die Grenzen immer weiter hinausschieben, ständig auf der Suche nach dem Neuen, dem Besseren sein, dass ist die Grundhaltung, die in unserer Gesellschaft belohnt wird. Die Jugend kopiert lediglich das Freizeitverhalten der Erwachsenen, wenn sie ihr Heil in der Vermehrung des individuellen Konsums und in materiellen Grenzüberschreitungen sucht. Wie ihre Eltern haben die Jungen selbst in der Freizeit das Ankommen verlernt, und wie diese haben sie dafür den entsprechenden Preis zu bezahlen.

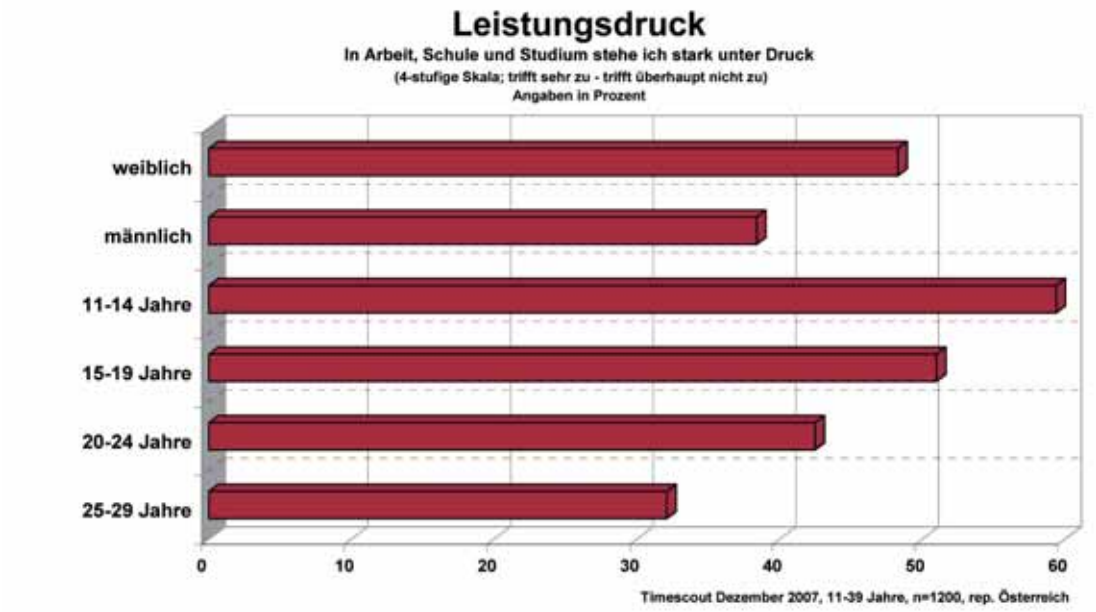
3. Leben und Freizeitverhalten in der Burnout- und Stressgesellschaft

In einer Gesellschaft wie in der unseren, in der das Leistungs- und Konkurrenzprinzip sich dermaßen verallgemeinert hat, bleibt auch die Freizeit von Druck- und Stresserfahrungen nicht ausgenommen. Jugendliche und junge Erwachsene fühlen sich in unserer Gesellschaft unter permanenten Druck gesetzt. Besonders intensiv wird der Druck in den Bereichen Arbeit, Studium und Schule empfunden. Fast 70 Prozent der 11- bis 29-jährigen geben an, in Arbeit und Ausbildung stark unter Druck zu stehen. (Heinzlmaier 2007:8)

Was auffällt, ist, dass sich deutlich mehr weibliche Jugendliche und junge Erwachsene unter Druck fühlen als männliche Jugendliche und junge Erwachsene (weiblich: 71,2 Prozent, männlich: 60,9 Prozent). Im Altersgruppenvergleich zeigt sich, dass bei den unter-20-jährigen, insbesondere in der Gruppe der 11- bis 14-jährigen, die Zahl derer, die sich stark unter Druck fühlen, am höchsten ist. In der Altersgruppe der 11- bis 14-jährigen fühlen sich 75 Prozent unter starkem Druck. Bei den 15- bis 19-jährigen sinkt der Anteil auf 66 Prozent, um schließlich bei den 25- bis 29-jährigen auf einen Tiefststand von 61 Prozent anzukommen. Es zeigt sich also, dass vor allem das Geschlecht und das Alter Einfluss auf das Stress- und Druckempfinden der jungen Österreicher/innen haben.

Abbildung 1: Von 11- bis 29-jährigen empfundener Leistungsdruck

Zustimmung zur Aussage „In der **Arbeit/der Schule/im Studium** stehe ich stark unter Druck" – Top-2-Boxes auf Skala 1 bis 4



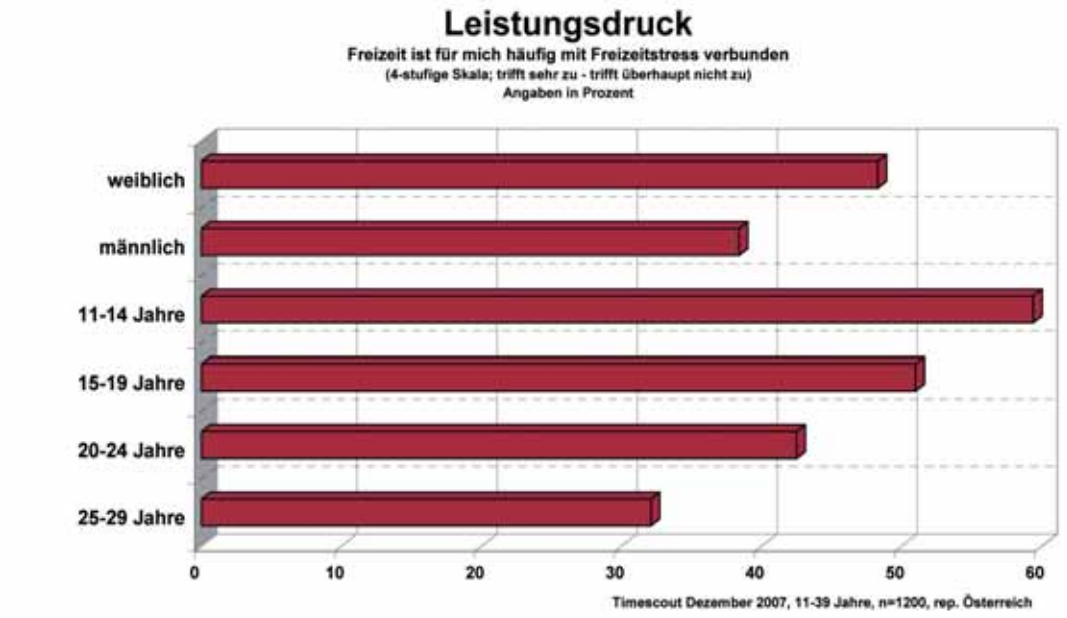
Datenquelle: tfactory Österreich (2007): Timescout Welle 10, rep. für 11- bis 39-jährige Trendsetter und Early Adopters, n=1.200

Stress- und Druckgefühle stehen allerdings keineswegs ausschließlich in Verbindung mit dem „Ernst des Lebens" oder dem „Reich der Notwendigkeit", also mit Arbeit und Ausbildung. Auch das „Reich der Freiheit", die Freizeit, wird mit Stresserlebnissen in Verbindung gebracht. Und die besonders vom Stress betroffenen Gruppen sind dieselben, die auch in

den Lebensbereichen Arbeit, Bildung und Schule die höchste Stressbelastung aufweisen: weibliche Jugendliche und unter-20-jährige Jugendliche. Der Anteil der in der Freizeit stark stressbelasteten Jugendlichen nimmt auch hier mit zunehmendem Alter kontinuierlich ab: Liegt er bei den 11- bis 14-jährigen noch fast bei 60 Prozent, so sinkt er in den höheren Altersgruppen kontinuierlich ab, um sich am Ende bei den 25- bis 29-jährigen auf einem Niveau von rd. 30 Prozent einzupendeln.

Abbildung 2: Von 11- bis 29-jährigen empfundener Leistungsdruck

Zustimmung zur Aussage „Freizeit ist für mich häufig mit **Freizeitstress** verbunden" – Top-2-Boxes auf Skala 1 bis 4



Datenquelle: tfactory Österreich (2007): Timescout Welle 10, rep. für 11- bis 39-jährige Trendsetter und Early Adopters, n=1.200

Woran liegt es nun, dass gerade die unter-20-jährigen selbst die Freizeit, also jene Zeit, die ihnen zur Regeneration und zum Sammeln neuer Energien dienen sollte, damit sie den Herausforderungen der Bildungs- und Arbeitswelt besser gerecht werden können, eher zusätzlich zu stressen scheint, als sie zu entlasten?

Betrachten wir zuerst jene Gruppe, in der der Anteil der Gestressten am größten ist: die 11- bis 14-jährigen. Ein wichtiger Faktor für das massenhafte Entstehen von Stress und Druck sind hier vermutlich vor allem die von den Eltern aus den Mittelschichten unternommenen Versuche, etwas, was die Schulen immer weniger leisten, nämlich die allgemeine Persönlichkeitsbildung, in die Freizeit zu verlagern. Während in den Schulen mehr und mehr auf für die spätere Berufsausbildung funktionales Wissen fokussiert wird, wird die Freizeit zusehends für die Vermittlung von so genannten Softskills, allgemeinen Kulturtechniken und Persönlichkeitsbildung benutzt. In der frühen Jugendphase (11 bis 14 Jahre) erscheint der jugendliche Alltag ähnlich dem der Kindheit funktional verinselt. In der Sozialisationsforschung steht der Begriff der Verinselung für die Zerstückelung der kindlichen und frühjugendlichen Lebenswelt in kleine, oft unvermittelt nebeneinander stehende Einheiten und die fast lückenlose Integration von Kindern und Jugendlichen in päda-

gogische Einrichtungen. (vgl. Hurrelmann 2002) Was ihnen dadurch verloren geht, sind Freiräume, in denen sie sich ungestört bewegen können und in denen sie die Chance haben, sich unabhängig von pädagogischer Anleitung mit ihren persönlichen Fähigkeiten und Interessen auseinander zu setzen. „In einer durchreglementierten Lebenswelt mit strenger Zeitstrukturierung sind die Möglichkeiten hierfür begrenzt." (Hurrelmann 2002: 252) Die Kinder und Jugendlichen werden von einer betreuten Insel zu anderen bewegt. Lerngruppen, Sportverein, Ballettkurs, Tanzkurs, Reitstunden, Theatergruppen etc. werden ihnen von den Eltern mit den besten Absichten verordnet, führen aber am Ende oft zu einem vollständig durchstrukturierten und funktional kolonialisierten frühjugendlichen Freizeitalltag, in dem keine Freiräume für autonome oder selbstsozialisatorische kulturelle Praxen mehr offen bleiben.

Nicht der einzelne Kurs, aber die Verdichtung der betreuten Kursangebote, die weitgehende Durchreglementierung und Durchstrukturierung des gesamten Lebens der Jugendlichen auch außerhalb der Schule, erzeugen hier das Gefühl von Stress und Druck.

Auf eine völlig andere mögliche Problematik, die ein Auslöser für Freizeitstress sein könnte, verweist der französische Psychiater Alain Ehrenfeld in seinem Buch „Das erschöpfte Selbst". Für Ehrenfeld ist das große Problem des Menschen unserer Zeit die Last des Möglichen. Seiner Meinung nach leidet der postmoderne Mensch nicht primär an bedrückenden Normen und beengenden Regulativen, sondern an den ständig weit geöffneten Räumen des Möglichen, die er ohne über ausreichende Führung, Vorgaben oder Vorlagen zu verfügen, gestalten muss. Die Menschen stehen unter dem permanenten Druck, aus eigener Verantwortung heraus Initiativen setzen zu müssen, gestalten zu müssen, aus sich selbst etwas machen zu müssen. (vgl. Ehrenfeld 2008)

Gerade Jugendliche, die aufgrund ihrer Stellung im Entwicklungsverlauf im hohen Maße damit beschäftigt sind, sich selbst und ihren Platz in einer komplexen sozio-kulturellen Welt zu finden, fühlen sich von den überall rund um sie herum offenen Möglichkeitsräumen besonders überfordert. Vielfach ohne auf ein Vorbild zurückgreifen zu können und mit nur wenig Unterstützung von Erwachsenen müssen sie sich eine eigene Identität, ein individuelles und unverwechselbares Persönlichkeitsprofil erarbeiten. Die Zahl der Jugendlichen, die mit dieser Anforderung nicht mehr zurecht kommen und demzufolge mit dem ständigen Gefühl leben müssen, die gesellschaftlich gebotenen Möglichkeiten nicht ausreichend nutzen zu können und damit auf Dauer „unvollständig" zu bleiben, wird immer größer. Wenn man nicht das aus sich selbst machen kann, von dem man glaubt, dass es gesellschaftlich erwünscht ist, wenn man die offenen Räume nicht mit Ideen und Projekten füllen kann, wie es die Gesellschaft von einem selbständigen, autonom entscheidenden und handelnden Individuum erwartet, kann Verzweiflung und Depression die Folge sein.

Viele Jugendliche fühlen sich aufgrund der tagtäglichen Überforderung durch beständig offene Möglichkeitsräume wie gelähmt. Sie hören auf zu handeln, weil sie die Last, immer eigenverantwortlich und initiativ sein zu müssen, nicht mehr (er-)tragen können. Ehrenfelds allgemeine Gesellschaftsdiagnose der sich ausbreitenden Depression passt zur besonderen Situation einer durch den Zwang zur Selbstverwirklichung und zur Individualisierung überforderten Jugend in der postmodernen Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft. „Die Depression zeigt uns die aktuelle Erfahrung der Person, denn sie ist die Krankheit einer Gesellschaft, deren Verhaltensnormen nicht mehr auf Schuld und Disziplin,

sondern auf Verantwortung und Initiative gründen. Gestern verlangten die sozialen Regeln Konformismus im Denken, wenn nicht Automatismus im Verhalten; heute fordern sie Initiative und mentale Fähigkeiten. Die Depression ist eher eine Krankheit der Unzulänglichkeit als ein schuldhaftes Fehlverhalten, sie gehört mehr ins Reich der Dysfunktion als in das des Gesetzes: Der Depressive ist ein Mensch mit einem Defekt." (Ehrenfeld 2008:20)

Folgen wir Ehrenfeld, so ist einer der wichtigsten Gründe, dass sich die postmoderne Jugend gestresst und unter Druck bis hin zur depressiven Handlungsunfähigkeit fühlt, der Umstand, dass ihr alles möglich ist, dieses Mögliche aber nur durch selbstverantwortliche Eigeninitiative erschlossen werden kann. Somit liegt die Quelle von Freizeitstress letztendlich auch darin begründet, dass Jugendliche für sich eine passende jugendkulturelle Rolle finden müssen, sich deren Ästhetik und Denk- und Handlungsmuster anzueignen haben, um so die Inklusion in eine jugendkulturelle Community zu erreichen. Und hinzu kommt, dass dieser Prozess niemals abschließbar ist, da es viele solche Communities gibt und die Aufgabenstellung darin besteht, mehreren dieser Communities zur gleichen Zeit anzugehören, möglichst flexibel von einer zur anderen „switchen" zu können, immer die passende Charaktermaske aufgesetzt und ohne Aussicht, jemals ein alles abschließendes Ziel zu erreichen. Das heißt, die Krise der postmodernen Jugend gründet auch in der Überforderung durch Eigenverantwortung und im nicht enden wollenden Selbstverwirklichungs- und Selbsterschaffungszwangs des postmodernen Individualismus.

4. Juvenilisierung der Freizeitkultur

In der Gegenwartsgesellschaft hat Jugendlichkeit einen hohen Statuswert. „Wer heute als Erwachsener noch „in" sein und damit den Idealen von Jugendlichkeit gerecht werden will, muss jenseits milieuspezifischer Traditionalismen zunächst einmal durch sportliche Eleganz, „body image", Harmonie und Dynamik, verbunden mit einem Höchstmaß an jugendlichem Habitus zu glänzen versuchen. Schlank, schön und sportlich scheint immer mehr mit Können, Leistungsstärke, Scharfsinn, Flexibilität, Geschicklichkeit und Beweglichkeit gleichgesetzt zu werden. Erfolg im 21. Jahrhundert wird wesentlich über diese Attribute definiert." (Ferchhoff 2007: 261f) Damit ist Jugendlichkeit nicht mehr allein für die unter 30-jährigen eine notwendige Eigenschaft. Weit über diese Altersgruppe hinaus ist das Attribut „Jungsein" heute für nahezu alle Gesellschaftsmitglieder zu einem unverzichtbaren Bestandteil eines erfolgreichen und vor allem sinnvollen Lebens geworden. Der Notwendigkeit des Willens zum Jungsein kann sich heute fast keiner mehr entziehen.

Jugendlichkeit ist gleichzeitig eine Frage der Einstellung und des kulturellen Ausdrucks, d.h. wir sprechen über eine „verinnerlichte Jugendlichkeit und Identitätsstabilisierung, welcher über das Äußere Ausdruck verliehen werden soll". (Posch 2009:109) Es geht also für den Menschen der Postmoderne vordergründig darum, das innere Einstellungsmuster der Jugendlichkeit mit Hilfe von typischen Zeichen und Symbolen öffentlich adäquat darzustellen. Und wer sich als jugendlich darstellen, inszenieren will, der braucht Zugriff auf das Zeichen- und Symbolreservoir der Jugendkulturen. Wenn heute Erwachsene, also Leute weit jenseits der 30er, jugendlich sein wollen, so geht das nicht immer auf eine persönliche, unabhängige und freie Entscheidung zurück. Vielmehr besteht in der Gesellschaft ein Zwang zum Jungsein. Wer nicht im Kopf jung ist und es nicht versteht, diese jugendliche Einstellung in passender kultureller Form öffentlich zu demonstrieren, der gilt vielen, insbesondere den Entscheidungsträger/innen der Berufswelt, aber auch im Freundes- und

Kollegenkreis, als träge, nicht erfolgsorientiert, zu wenig dynamisch, einfach als alt. Es gibt heute nichts Schlimmeres als zum alten Eisen zu gehören. Wer ihm zugezählt wird, dem droht nicht nur die Exklusion aus dem Arbeitsmarkt. Also versuchen die Menschen den Ausschluss aus der Gemeinschaft der Jungen, Erfolgreichen, Dynamischen und Schönen dadurch zu vermeiden, dass sie sich demonstrativ jugendlich inszenieren, indem sie sich kulturelle Artefakte, Verhaltensweisen und Lebenseinstellungen der Jugendkulturen aneignen.

Jugendlichkeit wird heute auf den Freizeitmärkten gehandelt. Sie steckt in Sportgeräten, Modeartikeln, Accessoires, aber auch in Urlaubsangeboten, Computerspielen und Musikevents. Die kulturelle Macht auf den Freizeitmärkten liegt in den Händen der jungen Generationen. Junge Modedesigner/innen bestimmen, welche Hosen und Schuhe die juvenilen 50er zu tragen haben, 20-jährige Stars der Musikszene geben den Takt und Tanzstil vor, nach dem sich junggebliebene Alte auf Bällen und in Tanzlokalen bewegen und blutjunge Netzwerktechniker/innen und Programmierer/innen bestimmen darüber, wie die Alten im Internet kommunizieren und welche Computerprogramme sie benutzen.

Nimmt man also die kulturelle Sphäre im weiteren Sinn ins Visier, so zeigt sich schnell, dass dort jugendliche Dynamik, junge Lifestyles und juvenile Ästhetiken regieren. Hier scheint sich in der Realität abzubilden, was Margaret Mead schon in den 1960er Jahren als zukünftige, präfigurative Kultur beschrieben hat, eine Kultur, in der die Älteren von den Jungen zu lernen haben, nicht umgekehrt, wie es in traditionellen Gesellschaften üblich ist. (vgl. Mead 1982) Der Grund für diese Umkehrung der kulturellen Machtverhältnisse liegt für Mead in der Enttraditionalisierung der Gesellschaft. In einer Gesellschaft wie der unseren, die durch dynamischen Wandel und schnelle Wechsel charakterisiert ist, werden Fertigkeiten, Werte, Gebräuche, ästhetische Muster etc. so schnell entwertet, dass den Alten nur mehr wenig bleibt, was sie den Jungen weitergeben könnten. Ihre traditionellen kulturellen Besitzstände und Kompetenzen sind oft bereits prekär und schon im Begriff wertlos zu werden, während sie diese noch an ihre Nachfolger/innen weiterzugeben versuchen.

Im Gegensatz dazu stehen die Jungen an der Spitze des Fortschritts, an der Bruchlinie zwischen der Gegenwart und der Zukunft, mitten in der heißen Zone, wo sich das neue abzuzeichnen beginnt und erste Konturen gewinnt. Gerade in einer Gesellschaft des Steigerungsspiels, in der es als höchste Tugend gilt, neue Möglichkeiten zu erschließen, Altes hinter sich zu lassen und die Grenzen hin zum Noch-nie-Dagewesenen zu überschreiten, ist es von entscheidender Bedeutung, sensibel für Zukunftstrends zu sein. Nicht das, was heute ist und schon gar nicht was gestern war, ist interessant, sondern das, was morgen kommen wird. Und am besten ist es überhaupt, das Neue hervorzubringen, es zu erschaffen, die Trends selbst zu setzen.

Entsprechend leben und agieren die Jugendlichen vor allem in der Freizeit. Sie tragen den angesagtesten Haarschnitt, haben das coolste neue Schidress, hören die hippste Musik aus den Clubs von New York, verwenden das aktuellste Handy-Modell von Apple und wissen, auf welcher Internetplattform man einfach sein muss, will man die interessantesten Typen kennen lernen. Die Jungen verfügen damit über das Wissen, das zur Ausübung des wichtigsten postmodernen Kultes, des Jugendkultes, unerlässlich ist. Nachdem ein immer größer werdender Teil der Älteren sich aufgrund des hohen Konformitätsdrucks dazu entschließen muss, aktiver Bestandteil dieses Kults zu sein, gerät die Jugend als authentischer Träger des Kultes in eine durchaus relevante sozio-kulturelle Machtposition. Sie ent-

scheidet darüber, welche (Freizeit-)Sportarten von den Menschen ausgeübt werden, welche Klamotten man dabei trägt, was die angesagtesten Musikevents sind, und welches Bier man am Abend in der Bar trinkt. Die Macht auf den Kultur- und Freizeitmärkten gehört der Jugend, während sie im Wirtschaftsleben und in der Politik nach wie vor fest in den Händen der Alten ist.

5. Freizeit als Artikulationsraum ästhetisch geprägter Jugendkulturen

Während die personelle Basis der Jugendkultur die Peergroup darstellt, ist die Freizeit deren zeitliche Grundlage. (vgl. Schäfers/Scherr 2005: 142) Freizeit wird als Eigenzeit definiert und ist damit jene Zeit, die Jugendlichen zur Verfolgung ihrer eigenen Bedürfnisse und Interessen zur Verfügung steht. In der Freizeit sollte es, aus der Perspektive der Jugendlichen betrachtet, in erster Linie um ihre persönlichen Interessen gehen, um individuelle Präferenzen und Zwecke. Wesentlich erscheint der Verweis auf den expressiven Charakter der Freizeit. Die Freizeit ist für Jugendliche der bevorzugte Artikulationsraum für ihre kulturellen Ambitionen, es ist jener in der Regel öffentliche Raum, in der sich die Kultur der Jugendlichen am deutlichsten zeigt. (Silbereisen u.a. 1996: 261)

Die Jugendkulturen, die sich in der Freizeit manifestieren, sind ästhetisch geprägte Kulturen, d.h. Kulturen, die das Sinnliche, alles das, was mit den Sinnen wahrnehmbar ist, in ihren Mittelpunkt stellen. Jugendkulturen sind aber mehrheitlich nicht grob sinnlich. Es sind Kulturen, die das Sinnliche kultivieren, denen eine Tendenz zu Überformung, Überhöhung und Veredelung des Sinnlichen innewohnt. (vgl. Welsch 1996: 25) Jugendkulturelle Gemeinschaften, wie die in den Medien viel diskutierten und häufig abgebildeten Krocha, die Gothics, die Punks, aber auch sportliche Gemeinschaften wie die Beachvolleyballer/innen investieren viel Zeit und Energie in die Umsetzung eines genau festgelegten, nach teilweise komplexen Regeln definierten körperlichen und modischen Erscheinungsbildes.

Dieser starke Bezug vieler Jugendkulturen zur Ästhetisierung des eigenen Selbst hängt auch damit zusammen, dass die postmodernen Jugendkulturen Empfindungs- und Wahrnehmungskulturen sind. Man versucht einander über Strategien des Einfühlens und Verstehens nahe zu kommen. Über Körperbild und modische (Selbst-)Inszenierungen werden Werte, Weltanschauungen und Lebensphilosophien zum Ausdruck gebracht. Es geht dabei darum, sich der jugendkulturellen und auch der darüber hinaus gehenden Öffentlichkeit mitzuteilen, indem man Bilder anbietet, Bilder, die zum Verstehen von persönlichen Identitäten und Images über visuelle Wahrnehmung einladen. Diskursorientierte Kommunikationsstrategien sind in der überwiegenden Anzahl der Jugendkulturen sekundär. Dies ist auch der Grund dafür, dass die wissenschaftliche Arbeit an und mit Jugendkulturen ihren Schwerpunkt auch auf eine qualitativ-verstehende, bildinterpretierende empirische Forschung legen muss, will sie den Kommunikationspraktiken der Jugendkulturen tatsächlich gerecht werden.

6. Freizeit und posttraditionale Gemeinschaftsformen

Die Freizeit vieler Jugendlichen spielt sich zunehmend außerhalb von traditionellen Institutionen ab. Wenn sie im Entwicklungsverlauf vom Kind zum Jugendlichen die erste Möglichkeit sehen, brechen sie häufig aus traditionellen Strukturen aus und wenden sich informellen, posttraditionalen Gemeinschaftsformen zu. (vgl. Hitzler u.a. 2005)

Was ist nun das Typische dieser posttraditionalen Gemeinschaften und worin besteht ihr wesentlicher Unterschied zu traditionalen Gemeinschaftsformen? Posttraditionale Gemeinschaftsformen nehmen mehr Rücksicht auf die Freiheits- und Selbstverwirklichungsbedürfnisse des Individuums. „Der entscheidenden Unterschied dieser auf die genannten (und andere) Modernisierungseffekte gleichsam ‚antwortenden' Vergemeinschaftungsangebote gegenüber herkömmlichen Gesellungsformen besteht im Wesentlichen darin, dass die Teilhabe an ihnen nicht mit den in traditionalen und traditionellen Gemeinschaften üblichen Bindungen und Verpflichtungen einhergeht." (Hitzler u.a. 2008: 55) Die Motive für das Verlassen von traditionalen, beispielsweise verbandlichen Strukturen, werden von den Jugendlichen dementsprechend in erster Linie in den geringen Entfaltungsmöglichkeiten gesehen, die diese, häufig zudem auch noch erwachsenendominierten Strukturen, ihnen zu bieten haben, aufgrund der zu weitgehenden Verbindlichkeits- und Bindungsansprüche, die dort gestellt werden.

Grundsätzlich ist in diesem Zusammenhang anzumerken, dass die Freizeit für Jugendliche auch eine Zeit ist, in der sie sich der Kontrolle durch Erwachsene und pädagogische Institutionen entziehen wollen. (Schäfers/Scherr 2005:146) Eine weit bessere Möglichkeit das eigene Leben unabhängig von Erwachsenen aktiv zu verbringen, emotional befriedigende Erlebnisse zu haben und sich auch entsprechend kreativ unter Verwendung jugendkultureller ästhetischer Elemente selbst zu inszenieren, bieten die offenen, außerhalb der Erwachsenenkontrolle stehenden posttraditionalen Formen der Vergemeinschaftung, für die sich im jugendsoziologischen Kontext die Bezeichnung Szene eingebürgert hat. Dementsprechend kann es kaum verwundern, dass die Mehrheit der Jugendlichen den Wunsch hat, dort möglichst viel Zeit verbringen zu können. (vgl. Schäfers/Scherr 2005)

In den letzten Jahren hat sich die Szenelandschaft ausdifferenziert und eine breite Palette an Szenen hat sich herausgebildet. Die gesamte Szenelandschaft ist ständigen Wechseln und permanenten Wandlungen unterworfen, wobei man aber sagen kann, dass die quantitativ bedeutendsten Szenen oft über lange Zeiträume hinweg in ihren Grundstrukturen und ästhetischen Basismustern stabil bleiben.

Abbildung 3: Zugehörigkeit zu Jugendszenen in der Altersgruppe der 16- bis 19-jährigen

Datenquelle: tfactory Österreich (2009): Jugendszeneanalyse 2009, rep. für 16- bis 29-jährigen, n=1.200

In Österreich und in Deutschland fühlen sich mehr als drei Viertel der 11- bis 29-jährigen (vgl. tfactory Österreich 2008, tfactory Deutschland 2008, Institut für Jugendkulturforschung 2007, Grossegger/Heinzlmaier 2007, Grossegger/Heinzlmaier 2002, Silbereisen u.a. 1996) einer informellen Gemeinschaft oder Szene zugehörig. In beiden Ländern ist die Fitness-Szene die weitaus bedeutendste. In ihr vergemeinschaften sich junge Menschen, denen es primär um ein jugendkulturell adäquates ästhetisches Körpererscheinen geht. Gemeinschaftsstiftendes Thema ist also das Interesse an der Gestaltung des eigenen Körperbildes, die Sorge um das körperliche Selbst.

Die Snowboardszene ist die bedeutendste Wintersportszene im Alpenland Österreich. Es ist die am stärksten mit jugendkultureller Stilistik aufgeladene Jugendszene. (vgl. Grossegger/Heinzlmaier 2007) Mindestens genauso wichtig wie das Beherrschen der sportlichen Technik ist hier die Fähigkeit, richtig mit stylischen Modeartikeln und angesagten Marken umgehen zu können. Darüber hinaus stehen die Snowboarder für den typischen jugendkulturell „coolen" Habitus, dem das individuelle Spaß-Haben über gesellschaftliche Anerkennung geht. Snowboarder definieren sich über ihre Rolle als Rebellen des Alltags. Ihr Rebellentum bleibt aber in der Regel dem Terrain des Stilistischen verhaftet.

Die Fußballfans stellen eine männlich dominierte Fankultur dar. Ihre Angehörigen definieren sich über die Begeisterung für einen ganz bestimmten Verein, die Beziehungskultur weist viele traditionelle, an männerbündischen Kulturformen orientierte Elemente auf. Die Gruppe hat ihre größte quantitative Verbreitung unter den 16- bis 19-jährigen. (vgl. tfactory Österreich 2008, tfactory Österreich 2009) Mit höherem Alter nimmt die Affinität zur Fußballfankultur deutlich ab.

Insgesamt betrachtet ist die szenische Verankerung bei den 16- bis 19-jährigen und bei den männlichen Jugendlichen am stärksten ausgeprägt. Mit zunehmendem Alter wird die Szenebindung loser, um sich bei einem Großteil der Jugendlichen zwischen dem 25. und dem 29. Lebensjahr langsam gänzlich zu lösen. (vgl. tfactory Österreich 2009)

Eine wichtige Eigenheit, die den postmodernen jugendkulturellen Gruppen anhaftet, ist ihr weitgehend auf den individuellen Zweck bezogener Zugang zur Gemeinschaft. Die Gemeinschaft ist für Jugendliche kein Selbstzweck, nichts Höheres, „das über den Individuen steht, sondern das Mittel dieser Individuen, eben solche Individuen vollständig sein zu können." (Scholz 2008:28) Gemeinschaft dient also hier, ganz in marxistischer Tradition, in erster Linie dazu, dass „jeder Einzelne sich selbst bestimmen und sich selbst näher sein kann." (Scholz 2008:28)

Dort, wo die Selbstverwirklichung des Individuums Priorität hat, werden traditionale Gemeinschaften notwendigerweise geschwächt. So auch in den Jugendkulturen. Es werden nicht nur traditionale Formen der Vergemeinschaftung aufgrund des Einflusses von gesellschaftlicher Individualisierung und Pluralisierung von posttraditionalen Gemeinschaften abgelöst, sondern auch die Bindungskultur innerhalb der bestehen bleibenden traditionalen Gemeinschaften verändert sich in Richtung weniger Verbindlichkeit und größerer Freiräume für das teilnehmende Individuum.

Posttraditionale Gemeinschaften sind als lose geflochtene Netzwerke in erster Linie dazu da, die Interessen des Einzelnen zu befördern, und haben dementsprechend einen relativ geringen Verpflichtungscharakter. (vgl. Hitzler u.a. 2005, Hitzler u.a. 2008) Der Einzelne bleibt innerhalb solcher Netzwerke relativ ungebunden und damit handlungsfähig im Bezug auf die vielfältigen anderen Optionen, die das Leben in einer postmodernen Gesellschaft bietet. Nur dem, der sich nicht festlegt, stehen die vielen Chancen und Alternativen der postmodernen Freizeitwelt dauerhaft offen. Das permanente Offensein für alle möglichen, vielleicht auch gegenüber sich ganz spontan bietenden Optionen, legt das gesellschaftlich dominierende Prinzip des Steigerungsspiels nahe. Unter seinem Einfluss steht der Mensch unter permanenter gespannter Aufmerksamkeit, damit ihm nicht neue oder alternative Handlungsoptionen entgehen können, die ein höheres Maß an Selbstverwirklichungs- und Erlebnisqualität beinhalten, als jene Optionen, auf die er gerade festgelegt ist. (Schulze 2004)

Menschen, die in einer Kultur des Steigerungsspiels sozialisiert wurden, haben das Ankommen, was so viel wie zumindest vorübergehendes Zufriedensein mit dem was sie erreicht haben und was sie sind, bedeutet, nicht gelernt. Ihr Blick ist immer nach vorne gerichtet, auf das, was noch kommen könnte, keineswegs zurück auf das, was gewesen ist und ruht niemals zufrieden auf dem, was gerade ist. Insbesondere Online-Social-Networks als Systeme der schwachen Bindung offerieren breit ausdifferenzierte Möglichkeitsräume, in denen die postmodernen Flaneure ein ständiges Unterwegssein auf der Suche nach dem Neuen kultivieren. Insofern sind die Online-Social-Networks eine gute Metapher für eine Lebenskultur, in der das gemeinsame Element, das alle eint, das der Bewegung, der Mobilität, des prinzipiellen Unterwegsseins ist (vgl. Gebhardt/Hitzler/Schnettler 2006:13) Zudem bieten die Online-Social-Networks die Möglichkeit, dass eine moralische Grundorientierung, die Richard Sennett „flexible Bindungslosigkeit" nennt, und die im Kern darin besteht, sich nie eindeutig und endgültig festzulegen und zu binden, auch in der Freizeit adäquat ausgelebt werden kann. (vgl. Sennett 2007)

7. Freizeitinteressen von Jugendlichen

Freizeit ist für Jugendliche eine Zeitspanne, in der sie die Chance zur Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung haben und auch aktiv nutzen. (vgl. Ferchhoff 2007: 326ff) Freizeit ist damit vor allem auch eine Zeit, in der nach freiem Ermessen erlebt und gelebt werden kann. Damit grenzt sich die Freizeit von der meist überwiegend fremdbestimmten Berufs- und Lernzeit ab.

Freizeit wird von Jugendlichen auch ganz explizit dazu genutzt, um sich der Kontrolle durch Eltern und pädagogische Institutionen zu entziehen. (Schäfers/Scherr 2005: 142) Im Vergleich zur Berufs- und Lernzeit sind die sozialen Zwänge und die normativen Erwartungen in der Freizeitsphäre bei weitem nicht so groß. (Hurrelmann 2005: 135ff) In der Freizeit fühlen sich die Jugendlichen frei. Sie ist ein Freiraum, in dem autonom und selbstbestimmt agiert werden kann, in dem experimentelles Handeln bis hin zum absichtlichen Normen- und Tabubruch möglich ist. Obwohl es in der auf Sensationen gerichteten Medienberichterstattung häufig anders erscheint, ist der Tabubruch, die systematische Herausforderung der Erwachsenengesellschaft, heute allerdings nicht mehr das wichtigste Bestreben der (post-)modernen Jugendkulturen. Vielfach erscheinen die Jugendlichen angepasst, ihr Freizeitverhalten ist weit weniger exaltiert und normenverletzend, als es der Medienboulevard glauben machen will. (Großegger, Heinzlmaier 2007:28)

Freizeit ist für Jugendliche aber nicht nur ein Lebensbereich, der der Erholung und der Regeneration von einem stressigen Arbeits- und Bildungsalltag dient. In der Freizeit wird immer auch an der eigenen Identität gearbeitet. (vgl. Hitzler u.a .2005, Hitzler u.a. 2008) Diese Identitätsarbeit passiert in erster Linie im Rahmen von posttraditionalen, der Erwachsenenkontrolle entzogenen Gemeinschaften. Unternehmungen mit Freunden, was so viel heißt wie das Zusammensein mit Gleichaltrigen in informellen, posttraditionalen Gruppen, sind die mit Abstand beliebteste Freizeitbeschäftigung junger Menschen.

Schon seit den 1960er Jahren wissen wir, dass sich die Freizeit der Jugendlichen verstärkt aus der institutionellen Gebundenheit heraus und in informelle, offen strukturierte Gruppenkontexte hinein verlagert. Entscheidende Auslöser für diesen Prozess sind die Erhöhung des Lebensstandards, die Zunahme der arbeitsfreien Zeit, die Angebotsexplosion am Konsumgütermarkt und das Entstehen eines Erlebnismarktes gewesen. (vgl. Schulze 2005) Genau in dem Zeitraum, als sich diese grundlegenden sozioökonomischen Veränderungen zum ersten Mal besonders stark manifestierten, also zwischen den 1960er und den 1980er Jahren, zeigt sich in Deutschland ein deutlicher Anstieg der Integration von Jugendlichen in informelle Netzwerke. Gaben im Jahr 1964 noch lediglich 50 Prozent der deutschen Jugendlichen an, ihre freie Zeit regelmäßig oder öfter in informellen Freundesgruppen zu verbringen, so waren es im Jahr 1984, als die Frage im Rahmen der Shell Jugendstudie repliziert wurde, bereits 75 Prozent. (Krüger 1993: 461f)

Es kann davon ausgegangen werden, dass sich aufgrund der vergleichbaren ökonomischen Entwicklungen in Österreich in diesem Zeitraum ganz ähnliche Veränderungen im gruppenbezogenen Freizeitverhalten der Jugend vollzogen haben. Verlässliche Zahlen zur Situation in Österreich haben wir allerdings erst für die Zeit nach der Jahrtausendwende. Wie elf/18 – die Jugendstudie des Instituts für Jugendkulturforschung (2007) oder die Trendstudie Timescout (tfactory Österreich 2007) zeigen, ist auch die breite Mehrheit der österreichischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen in informelle, szenische Gruppen integriert.

Neben den gemeinsamen Unternehmungen mit Freund/innen in informellen szenischen Netzwerken dominieren Freizeitformen, die mit der Nutzung von Medien zusammenhängen, das Freizeitverhalten der jungen Österreicher/innen. Es sind diese das Hören von Musik und die Nutzung von Medien wie Fernsehen, Videos und DVDs, Kino und Internet, die die Jugendlichen im Alter zwischen 11 und 18 Jahren am meisten interessieren und fesseln. Angesichts dieser Medienpalette muss die These „Freizeit von Jugendlichen ist Medienzeit" aber modifiziert werden. Genauer gesagt ist Jugendfreizeit Bildmedienzeit. In unseren von Bildmedien bestimmten Jugendkulturen ist alles Ästhetische, also all das, was unmittelbar auf die Sinne einwirkt, von großer Bedeutung für das Denken und Handeln der Jugendlichen. Schon in den 1980er Jahren hat der österreichische Philosoph Günther Anders darauf hingewiesen, dass in der modernen Mediengesellschaft die Bilder von der Realität wichtiger geworden sind als das Reale selbst. „Früher hat es Bilder in der Welt gegeben, heute gibt es die Welt im Bild, richtiger: die Welt als Bild, als Bilderwand, die den Blick pausenlos fängt, pausenlos besetzt, die Welt pausenlos abdeckt." (vgl. Anders 2002:132)

In einer Welt, die vom Bild beherrscht wird, werden insbesondere die jungen Menschen mehr und mehr zu ästhetischen Wesen. Vor allem von den Jugendlichen wird sogar behauptet, dass sie in erster Linie mit den Augen denken. Alles sinnlich Erfahrbare, alles Sichtbare hat für sie bei Entscheidungen und Wahlakten des Alltags größte Relevanz. Vor allem in der Freizeit wird die Form wichtiger genommen als der Inhalt. Nicht Diskurse und Argumentationen stehen im Mittelpunkt, sondern die Art und Weise, wie die Dinge arrangiert, verpackt, in Bilder übersetzt sind. Vor allem der junge Mensch möchte nicht nur als rationales Wesen angesprochen werden. Insbesondere in der Freizeit, aber nicht nur dort, möchte er ästhetische Lust erleben. Oder, wie es Wolfgang Welsch in seinem Buch „Grenzgänge der Ästhetik" ausdrückt: „Die spezifisch ästhetische Lust bezieht sich beispielsweise auf das Arrangement von Speisen – statt auf deren Substanz, oder den Vollzug der Liebe statt der Triebbefriedigung oder auf die Form der Rede – anstelle von deren Inhalt." (vgl. Welsch 1996:21) Alles das zusammengenommen heißt, dass wir es heute mit jungen Menschen zu tun haben, die eine hohe Bereitschaft haben, sich über sinnliche Einflüsse und Erlebnisse ansprechen und motivieren zu lassen. Und dieser Umstand ist vor allem auf den großen Einfluss der Bildmedien auf die Lebenwelt der Jugendlichen zurückzuführen.

Abbildung 4: Die beliebtesten Freizeitaktivitäten der 11- bis 18-jährigen Jugendlichen

Datenquelle: Institut für Jugendkulturforschung (2005): elf/18 – die Jugendstudie (Eigenstudie), rep. für 11- bis 18-jährige Jugendliche in Österreich, n=800

Die Musik ist ein Schlüsselbereich des jugendlichen Freizeiterlebens. Große Teile der Freizeitaktivitäten von Jugendlichen sind rund um musikalische Erfahrungen gruppiert. Musik ist für Jugendliche ein relevantes Verständigungs- und Ausdrucksmedium. (vgl. Müller-Bachmann 2002:121). Mit Hilfe der Musik können nicht nur eigene Gefühle und Befindlichkeiten reguliert werden, sie eröffnet auch die Möglichkeit zu demonstrieren, wie man sich fühlt, wer man ist und zu welchen lebensstilistischen Strömungen und Gruppen man zugehörig ist oder sich zugehörig fühlt. Wesentlich für die Bedeutung der Musik in der jugendlichen Freizeitkultur ist ihre Beschaffenheit als weitgehend nicht-diskursives, ästhetisches Medium. Musik erzeugt Stimmungen, richtet sich unmittelbar an die Sinne. Musik wird gefühlt und verstanden. Musik versucht nicht zu erklären. Gerade dadurch weist Musik eine hohe Kompatibilität zu den postmodernen Jugendkulturen auf, die sinnliche Kulturen des Empfindens und des Verstehens sind. Wie die Musik argumentieren sie nicht, sondern beschränken sich darauf, Stimmungen zu erzeugen. Und noch etwas kann als Begründung für die Wahlverwandtschaft und Familienähnlichkeit zwischen Musik und Jugendkultur herangezogen werden. Genau wie die postmodernen Jugendkulturen ist die Musik flüchtig, vergänglich und ereignishaft. „Das Sichtbare verharrt in der Zeit, das Hörbare hingegen vergeht in der Zeit. Sehen hat es mit beständigem, dauerhaft Seiendem zu tun, Hören hingegen mit Flüchtigem, Vergänglichem, Ereignishaftem." (Welsch 1996: 247)

Musik ist ein flüchtiges, ereignishaftes und zudem emotionales, ja irrationales Medium. Sie begünstigt emotionale Begegnungen, schafft Anschlussfähigkeiten über reale und rationale gesellschaftliche, politische, soziale etc. Grenzen hinweg. „Die durch Musik transportierte Emotionalität, die gleichzeitig ggf. die individuellen Gefühle der einzelnen Jugendlichen verstärkt oder sie kanalisiert, und die Einstellungsmuster zu ganz unterschiedlichen Themenkreisen, befähigen den einzelnen Jugendlichen, einen Anschluss an die Gefühle und Einstellungen anderer Jugendlicher zu finden." (Müller-Bachmann 2002: 126)

Man kann sagen, dass die Musik das emotionale – und damit ein äußerst relevantes und wirksames – Bindungsmittel der Jugendkulturen ist. Der Musiknutzung liegen sowohl soziale als auch individuelle Motive zugrunde. Auf der individuellen Ebene benutzen Jugendliche Musik zur Modulation und Kontrolle ihrer Stimmungen und Gefühle, auf der sozialen Ebene wird Musik verwendet, um sich jugendkulturell zu positionieren, um sich in bestehende Lebensstilgruppen zu inkludieren oder sich von diesen abzugrenzen.

8. Freizeit als Medienzeit

Medien aller Art sind gegenwärtig ein zentrales Element in den Lebenswelten der postmodernen Jugend. Neben den traditionellen Erziehungsinstitutionen wie Elternhaus, Gleichaltrigengruppe und Schule haben sich die Medien im Verlauf des 20. Jahrhunderts zu einer mächtigen Sozialisationsinstanz entwickelt. Jugendliche scheinen heute in einzelnen Bereichen mehr über und durch Medien zu erfahren und zu lernen als über Schule und Elternhaus. (Friedrichs/Sander 2010: 28)

In der jugendsoziologischen Literatur wird die Jugend häufig als Multi-Media-Generation bezeichnet. (vgl. Ferchhoff 2007) Damit ist gemeint, dass Jugendliche keine Berührungsängste mit Medien haben, sich neuen Kommunikationstechnologien unbefangen nähern, über eine relativ hohe Mediennutzungskompetenz verfügen und alte und neue Medien ganz selbstverständlich in ihren individuellen Medienmenüs integrieren.

Durch die flächendeckende Ausbreitung der digitalen Medien ist es im letzten Jahrzehnt zu tiefgreifenden Veränderungen im jugendlichen Medien(nutzungs)verhalten gekommen. Zusätzlich zu den unidirektionalen Massenmedien, die auf Einwegkommunikation ausgerichtet sind, nutzen Jugendliche heute digitale Medien, die ihnen erweiterte Partizipationsmöglichkeiten eröffnen (vgl. Hugger 2010: 10)1 Die Hinwendung zu den digitalen Medien, die das Bild als Kommunikationsmittel privilegieren, zieht ein verändertes Rezeptionsverhalten nach sich. Die Nutzung von Printmedien gegenüber den audiovisuellen Medien geht zurück. Die jungen MediennutzerInnen bevorzugen die mit weniger individueller Anstrengung verbundene Rezeption der Bildmedien gegenüber jenen, die sich auf das geschriebene oder gesprochene Wort stützen, „das dem Hörer und Leser eine eher bilderzeugende, aktive geistige Anstrengung im Zusammenhang der Deutung und Dekontextualisierung von Vorstellungswelten abverlangt" (Ferchhoff 2007: 361).

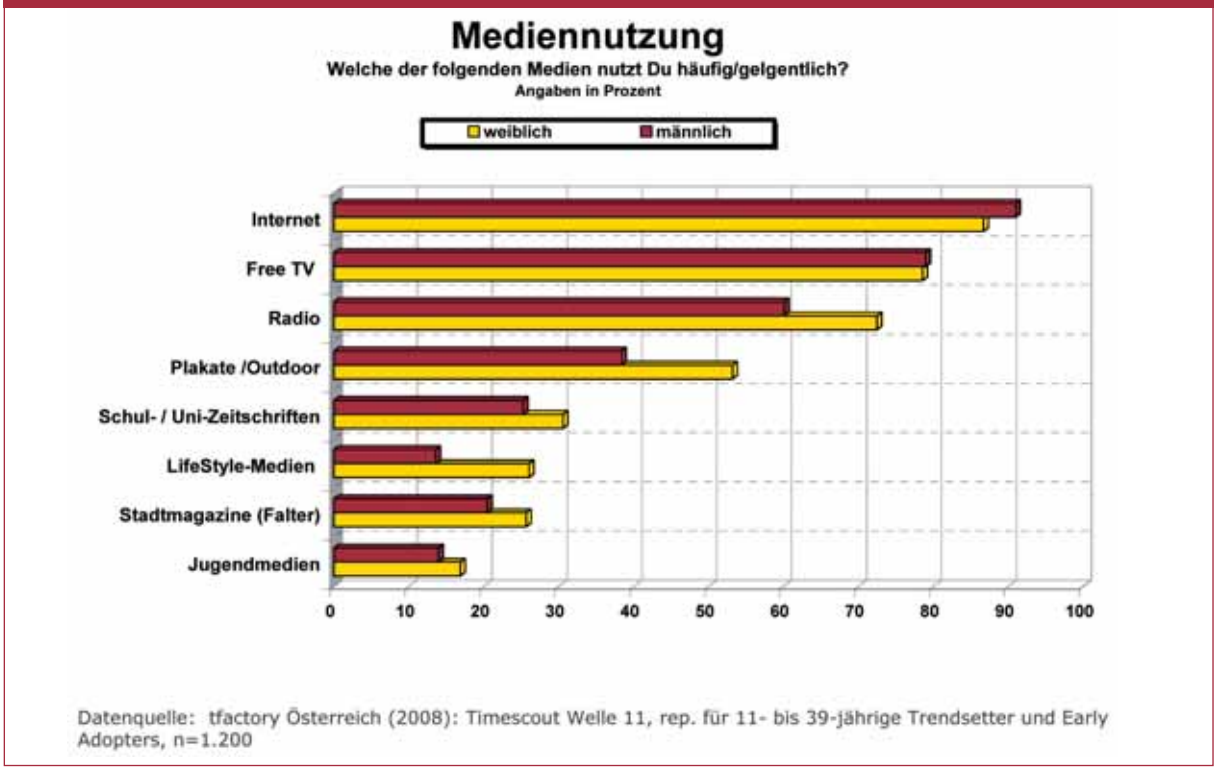
Jugendliche tendieren also dazu, sich jenen Medien zuzuwenden, die ihnen eine leichte, unangestrengte, unmittelbare Rezeption ermöglichen. Doch die neuen digitalen Medien, die das Bild in einer bisher noch nicht dagewesenen Form privilegieren, treffen nicht auf einen ferngesteuerten, der suggestiver Kraft der Bilder wehrlos ausgelieferten jungen Rezipienten. Im Gegenteil, die Botschaften der Medien treffen auf mehrheitlich aktive und kreative junge MediennutzerInnen, insbesondere im Bereich des neuen „Mitmach-Net" Web 2.0. (Friedrichs/Sander 2010:31)1

Gerade das interaktive Web 2.0 ist ein schönes Beispiel dafür, dass das Verhältnis zwischen Medium und Rezipient keine Einbahnstraße, sondern von der Wechselwirkung der gegenseitigen Beeinflussung geprägt ist. Oder um es mit den Worten von Roger Silverstone zu sagen: „In dem Prozess, in dem sich die Botschaft der Medien und unsere Vorstellungen vermischen, sind wir weder frei noch ganz und gar ferngesteuert." (Silverstone 2007: 135)

Welche Medien nutzen Jugendliche nun am liebsten (Medienpräferenz), wie oft nutzen sie sie (Nutzungshäufigkeit), wie groß ist das Zeitbudget, das für Medienaktivitäten verausgabt wird, und wie ist es auf die einzelnen Medien und Kommunikationskanäle verteilt?

Internet, Fernsehen und Radio sind nach wie vor Leitmedien für Jugendliche. An der Spitze der Nutzungshierarchie hat das Internet im Verlauf der letzten Jahre dem Fernsehen den Rang abgelaufen. Dennoch zeigt sich deutlich, dass das klassische Fernsehen nach wie vor auf hohem Niveau steht und damit eine Schlüsselposition im Medienalltag von Jugendlichen einnimmt. (Hugger 2010:8)

Abbildung 5: Mediennutzung der 11- bis 29-jährigen Österreicher/innen



Das Fernsehen spielt vor allem im Kontext des Ruhe- und Entspannungsbedürfnisses von Jugendlichen eine bedeutende Rolle. Interessant ist hierbei, dass sich das Bedürfnis nach Ruhe und Erholung erst Ende der 1980er Jahre in der individuellen Freizeitpraxis von Jugendlichen etabliert und in der Folge von der Jugendforschung thematisiert wird. Dies könnte ein Indiz für die beginnende Zunahme von Stresserfahrungen in dieser Zeit sein. (Krüger 1993: 456)

Das Fernsehen ist nun das Medium, dass sich als „lean-back-medium" am besten dafür eignet, das subjektive Gefühl des Abschaltens bzw. des sich Ausschaltens erlebbar zu machen. Die zentrale Qualität des Fernsehens besteht im „Nicht-Agieren-müssen" (Ferchhoff 2007: 373), im einmal nicht aktiv und initiativ sein müssen, im sich fallen lassen dürfen, ohne dadurch das Image eines faulen Menschen zu bekommen, der die Möglichkeitsräume seiner Zeit nicht nutzt.

Was macht nun aber die besondere Attraktivität des Internets aus? Hierbei kann auf den medienwissenschaftlichen Begriff der technischen Konvergenz zurückgegriffen werden. Konvergenz bedeutet in diesem Zusammenhang, dass das Internet zu einem Allroundmedium geworden ist, das unterschiedliche Medienbedürfnisse wie Kommunikation, Unterhaltung und Information gleichzeitig erfüllt. (Friedrichs/Sander 2010: 30) Das Internet ist damit der Universalschlüssel zur Medienwelt. Über das Internet wird der Zugang zu unterschiedlichen Medieninhalten, die traditionellerweise auf anderen Kommunikationskanälen zugänglich sind (Fernsehen, Tageszeitungen) möglich. Die zweite wichtige Attraktivitätskomponente liegt in der Möglichkeit zur aktiven Kommunikation, die das Internet eröffnet. Über 70 Prozent der Jugendlichen nutzen das Internet mehrmals die Woche, weil sie E-Mails schreiben, Communities besuchen oder per Chat kommunizieren wollen. Hieran zeigt sich, dass beim Internet besonders das aktive Moment eines „Lean-Forward-Mediums" geschätzt wird. Im Internet geht es für Jugendliche in erster Linie um aktive Kommunikation und Beziehungspflege. Zudem bietet sich das Internet aber auch als autonomer Raum an, in dem Jugendliche ihr kulturelles Leben ohne Erwachsenenbeaufsichtigung leben können, d.h. sie können ihre Kulturen praktizieren, ohne Reglementierung und Pädagogisierung durch Erwachsene unterworfen zu sein. (Friedrichs/Sander 2010: 34f.)

Während die Internetnutzung in den letzen Jahren deutlich angestiegen ist, geht die TV-Nutzung zurück, vor allem hat sich aber die Art und Weise, wie Jugendliche das Medium Fernsehen nutzen, deutlich verändert. Die Daten der österreichischen Media-Analyse zeigen, dass im Zeitraum von 2001 bis 2007 die Zahl der Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 19 Jahren, die das Internet unmittelbar am Tag vor der Befragung genutzt haben, von 33,4 Prozent auf 66,7 Prozent gestiegen ist. Gleichzeitig ist die durchschnittliche Jahresreichweite der ORF-Programme in der Altersgruppe im selben Zeitraum von 43,5 Prozent auf 35,5 Prozent gefallen. (Verein Arbeitsgemeinschaft Media-Analysen 2007)

Die Fernsehgewohnheiten der Jugendlichen unterscheiden sich von denen der Erwachsenen in vielfältiger Form. Die wichtigste Eigenheit der jugendlichen Fernsehkonsument/innen besteht darin, dass das TV-Gerät nicht mehr die ungeteilte Aufmerksamkeit der Seher/innen genießt. Jugendlicher Medienkonsum tendiert mehr und mehr zur simultanen Medienrezeption. Jugendliche nehmen das Fernsehen vielfach nur über den Laptoprand hinweg wahr, während gleichzeitig noch geskypt wird und der Mp3-Player läuft. Zudem ist die Medienrezeption von Jugendlichen durch die Dominanz eines anderen „alltagsästhetischen Schemas" (Schulze 2005:150) bestimmt als das vieler Erwachsener. Jugendliche suchen, auch wenn sie sich beim Fernsehen passiv zurücklehnen, im TV-Programm gezielt nach spannender Unterhaltung, d.h. nach Abwechslung, dynamischen Bildern, schnellen Wechseln, unerwarteten Wendungen. Damit steht die jugendliche TV-Rezeption im Zeichen des Spannungsschemas, ein Kulturschema, in dem es unter anderem darum geht, das „Selbst gut zu stimulieren". (Schulze 2005: 156) Die Stimulierung des Selbst erfolgt am besten durch rasante Wechsel von Sinn-, Ton und Bilderwelten (Ferchhoff 2007: 371), durch Tempo, Abwechslung, Fragmentierung und „die Zusammenballung von Augenblicksmomenten". (Schäfers/Scherr 2005: 145)

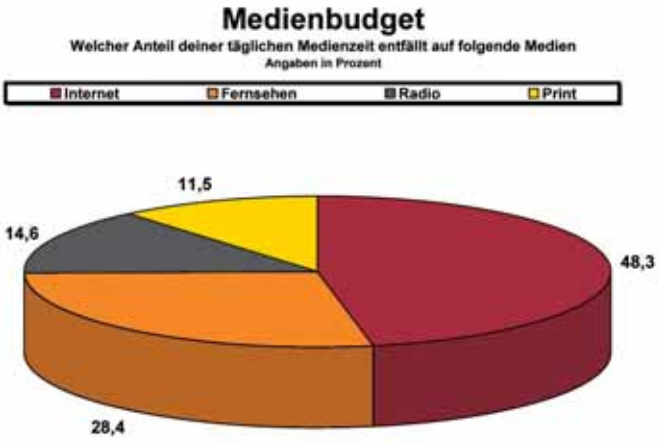
In der Art und Weise der jugendlichen TV-Rezeption zeigt sich etwas, was Ferchhoff das „Subito-Prinzip" nennt: Die Jugend nimmt sich für nichts lange Zeit. Wünsche müssen schnell befriedigt werden genauso wie sich Zeichen und Codes spontan und schnell ent-

ziffern lassen müssen. Ist dies nicht der Fall, dann geht man darüber hinweg, wendet sich dem nächsten, vielleicht leichter decodierbaren Text zu. Metaphorisch für ein solches Medienverhalten steht das „Zappen". Es ist das Symbol für jugendliche Ungeduld und das Gebundensein an den spontanen Zauber der Oberfläche, der sich hier und jetzt und sofort, also subito, einzustellen hat. „Ungeduldiges Zappen ist Gegenprogramm zum geduldigen Abwarten-Können, zur gelassenen Lebensplanung und zum analytisch-tiefenstrukturellen Aufsuchen eines roten Fadens." (Ferchhoff 2007: 372)

Einen deutlichen Unterschied finden wir im Medienverhalten der Geschlechter. Während die männlichen Jugendlichen ein postmodernes, an schnellen Wechseln und oberflächlichen Bildreizen ausgerichtetes Medienwahrnehmungsverhalten haben, ist der Umgang der Mädchen und jungen Frauen noch stark am traditionellen Muster der Schreib-Lesekultur ausgerichtet. Zeitschriften, Magazine, Bücher spielen in der Lebenswelt der weiblichen Jugend eine wichtige Rolle, genauso wie dort der aktive, kultivierte Umgang mit der gesprochenen, vor allem aber mit der geschriebenen Sprache, noch eine große Relevanz besitzt. So ist bei den weiblichen Jugendlichen aus den Mittelschichten das Tagebuchschreiben noch immer verbreitet und es werden Radioprogramme wie FM4, die das sprachlich gepflegte Feature kultivieren, besonders geschätzt.

Aus deutschen Untersuchungen wissen wir, dass Jugendliche und junge Erwachsenen im Durchschnitt täglich ca. vier Stunden mit Medien verbringen. (tfactory Deutschland 2008) Die größten Anteile der Medienzeit entfallen auf Internet, Fernsehen und Radio. Laut JIM-Studie 2008 entfallen davon in der Altersgruppe der 14- bis 19jährigen 120 Minuten auf das Internet, 100 Minuten auf das Fernsehen und 97 Minuten auf das Radio. (zitiert nach Friedrichs/Sander 2010:30) Ganz ähnliche Ergebnisse zeigt die Jugendtrendstudie „Timescout 2008": Auch hier entfällt der größte Anteil der jugendlichen Medienzeit auf das Internet. (tfactory Deutschland 2008)

Abbildung 6: Medienbudget der 11- bis 29-jährigen jungen Deutschen



Datenquelle: tfactory Deutschland (2008): Timescout Welle 15, rep. für 11- bis 39-jährige Trendsetter und Early Adopters, n=1.200

Durch den größer werdenden Einfluss der digitalen Medien kommen vor allem die Printmedien und hier insbesondere die Tageszeitungen und die gedruckten Jugend- und Lifestylemagazine stark unter Druck. Wesentlich hier auch der Hinweis auf die Unterschiede in der Mediennutzung zwischen den Geschlechtern. So nimmt die Radionutzung im Medienbudget der Mädchen und jungen Frauen einen deutlich größeren Raum ein, während das Internet von weiblichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen etwas weniger genutzt wird als von den männlichen.

9. Junge Freizeitkultur als Eventkultur

Jugendliche Freizeit- und Erlebniskultur spielt sich keineswegs nur in den virtuellen Räumen der Medien ab. Mindestens genauso wichtig wie virtuelle Erfahrungen sind reale Erlebnisse im Rahmen von so genannten Events. Events gelten als etwas Außergewöhnliches, als etwas, was den Rahmen der alltäglichen Erfahrungen sprengt und sie unterliegen dem weiter oben bereits beschriebenen Gesetz der Steigerungslogik.

„Einzigartig sind Events aber auch, weil die in ihnen angebotenen Stimuli dem Gesetz des „Immer mehr und immer größer" unterliegen. Ein Event, der nur das Gleiche bietet wie ein Vorgänger, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, weshalb auch die Veranstalter von Events deren „Einzigartigkeit" mit allen medialen Mitteln herausstellen und aggressiv vermarkten. (vgl. Gebhardt 2000:20)

Zudem ist der Event auch die typische Veranstaltungsform für Jugendliche, die in posttraditionalen Gemeinschaften ihre Freizeit verbringen. Diese offenen, instabilen, ja oft flüchtigen Gruppierungen können durch das gemeinsame Erleben von Events zumindest vorübergehend zum Bewusstsein ihrer selbst kommen und das vor allem dadurch, dass sie ihre Besonderheit durch ästhetische Stilmittel öffentlich demonstrieren. Gebhard spricht in diesem Zusammenhang sogar vom Event als prototypische Veranstaltungsform spätmoderner Gesellschaften. „Trotz aller internen Differenzierung dominiert aber das Gefühl, im gemeinsamen Vollzug des Events eine Einheit, eine „große Familie" zu bilden. Auch deshalb lässt sich der Event als die prototypische Veranstaltungsform spätmoderner Gesellschaften bezeichnen. Events sind die sozialen Orte und Zeiträume, an und in denen die Mitglieder postmoderner Gesellungsformen (wie z.B. Szenen), die im Vergleich zu den traditionalen (wie z.B. Familien) bzw. klassisch modernen Gesellungsformen (wie z.B. Verbände, Vereine, Parteien) ungleich lockerer und unverbindlicher gebaut sind (vgl. Hitzler 1998), wenigstens partikular und für den Moment zum Bewusstsein ihrer selbst kommen." (Gebhardt 2000:21)

Über Events wird unter Jugendlichen viel und gern gesprochen. Events werden einmal real erlebt und im Anschluss daran wird das Erlebte in Gesprächen viele Male aktualisiert. Events sind eines der wichtigsten Gesprächsthemen im Alltag der Jugendlichen. Das Wort Event ist eine Chiffre für ein erlebnisintensives Ereignis, ein besonderes, außerordentliches Ereignis, das sich explizit von der Alltäglichkeit des Lebens unterscheidet. Wichtig ist, dass dieses Ereignis sich in Form und Inhalt deutlich vom „normalen" Leben abhebt. Werte, Normen und Handlungsroutinen, die den Alltag prägen, sind auf dem und im Event außer Kraft gesetzt. Der Event ist das „Reich der Freiheit", dass sich vom „Reich der Notwendigkeit" (Institut für Jugendkulturforschung 2009a) abhebt.

Der Event erlaubt das, was im Reich der Notwendigkeit verboten ist, was dort peinlich, übertrieben, exaltiert erscheint. Der Event ist dazu da, jene Grenzen für die Überschreitung zu öffnen, die man im Alltag bereitwillig akzeptiert.

Abbildung 7: Eventbesuch der 14- bis 25-jährigen Österreicher/innen

Datenquelle: Institut für Jugendkulturforschung (2009) Gesundheitsförderung im Zielsegment Jugend: Grundlagenstudie zu Gesundheitsbewusstsein und Gesundheitsstilen bei 14- bis 25-jährigem Event-Publikum im urbanen Raum und in den Regionen, n=850

Genauso wie sich der Event als Rahmenbedingung des (Er-)Lebens vom „normalen" Alltag objektiv unterscheidet, so unterscheiden sich die subjektiven Einstellungen und Verhaltensweisen der Jugendlichen während des Eventbesuchs von denen, die sie im Alltag prägen. Es ist keine Seltenheit, dass im Alltag angepasste und „vernünftige" Jugendliche am Event alle Grenzen und Regeln ignorieren und regelrecht die „Sau rauslassen", weil der Event im Denken der Jugendlichen als Ort codiert ist, an dem die Regeln und Normen des Alltags vorübergehend außer Kraft gesetzt sind. (Institut für Jugendkulturforschung 2009a)

Die beliebteste Form des Events ist die Privatparty. Privatpartys haben in den letzten Jahren in den Jugendkulturen an Bedeutung gewonnen. 90 Prozent der österreichischen Jugendlichen geben an, Privatpartys zu besuchen. Die Vorliebe für Privatpartys teilen Jugendliche und junge Erwachsene, männliche und weibliche Jugendliche sowie Jugendliche in den Städten und Jugendliche in den Regionen. (Institut für Jugendkulturforschung 2009a)

Warum sind die Privatpartys so populär und warum hat ihre Popularität in den letzten Jahren so zugenommen? Es gibt drei Begründungen, die hier ins Treffen geführt werden können:

Der Versuch, öffentliche Räume, an denen Jugendkulturen stattfinden, stärker zu regulieren und zu kontrollieren, führt bei Teilen der Jugendlichen zu einem Rückzug ins Private. Vor allem Jugendliche, die aufgrund ihres Alters beim Genuss von Suchtmitteln wie Alkohol

und Nikotin oder durch restriktive Ausgehzeitenregelungen eingeschränkt werden, ziehen sich in private Kontexte zurück, in denen sie nicht-regelmentiert und nicht-kontrolliert agieren können wie sie wollen.

Ausgehen wird immer teurer: Eintritte und Getränke haben sich in den letzten Jahren deutlich verteuert. Dies hat dazu geführt, dass auch junge Erwachsene, die bereits alle Freiheiten genießen, lieber im privaten Freundeskreis mit billig eingekauften Speisen und Getränken feiern als in der Gastronomie.

Ein wichtiger Aspekt beim Feiern ist für Jugendliche die richtige kulturelle Codierung des Events (z.B. Musik, Design der Räumlichkeiten) und die Anwesenheit der richtigen Personen. Freunde und kulturell Nahestehende sind neben Abschalten wollen und Spaß haben die wichtigsten Gründe, warum man einen Event besucht. (Institut für Jugendkulturforschung 2009a) Da viele kommerzielle Events Mainstreamveranstaltungen sind, bei denen keine Rücksicht auf spezielle Szenekulturen und -ästhetiken genommen wird, und zudem Massenveranstaltungen sind, auf denen sich alle Kulturen vermischen, werden private Events vorgezogen, weil man dort sicher sein kann, die richtigen Leute zu treffen und zudem die ästhetischen Rahmenbedingungen selbst gestalten kann. Insofern ist das steigende Interesse an Privatpartys auch eine Folge der Individualisierung der Jugendkulturen. Der individualisierte junge Mensch ist immer weniger bereit, in der Freizeit (ästhetische) Vorgaben hinzunehmen, die von einem Fastfood-Eventmarketing von außen an ihn herangetragen werden. Er möchte sein Feierumfeld so gestalten, dass es seinen individuellen kulturellen, vor allem aber seinen symbolisch-ästhetischen Ansprüchen im hohen Maße gerecht wird.

Musik ist, wie bereits dargestellt, das wichtigste Medium und Ausdrucksmittel der Jugendkulturen. Die Musik, die man hört, dient nicht nur der Stimmungskontrolle. Ebenso ist sie ein wichtiges Stil- und Kommunikationsmittel, mit dem junge Menschen Identität konstruieren und Zugehörigkeit demonstrieren. Während Sport verbindend und integrativ wirkt, polarisiert die Musik. Musik ist ein wichtiges Mittel der Individuation, ein Stilmittel mit dem man zeigt, wie einzigartig und besonders man ist. In einer gesellschaftlichen Gruppe, in der Musik dermaßen wichtig ist wie unter jungen Menschen, sind auch Veranstaltungen und Örtlichkeiten von großer Bedeutung, wo die Musik im Zentrum steht. Demzufolge ist es nicht verwunderlich, dass über 80 Prozent der Jugendlichen Musikfestivals besuchen, fast 70 Prozent Konzerte und über 50 Prozent Diskotheken. Und auch die populären Stadt- und Gemeindefeste werden in erster Linie wegen der dort gezeigten Musikdarbietungen besucht. (Institut für Jugendkulturforschung 2009a)

10. Freizeit als Sport- und Körperkult

Eine zentrale Rolle in der Freizeit der Jugend spielt der Sport. Sport wird in immer größerem Ausmaß in posttraditionalen Kontexten, d.h. außerhalb von traditionellen Sportvereinen betrieben. Struktureller Rahmen der sportlichen Betätigung sind lockere, informelle Freundesgruppen, mit denen gejoggt, im Park Fußball gespielt oder im Fitnesszentrum Bodystyling getrieben wird.

Das Fitnesszentrum ist die Metapher für eine neuartige, posttraditionale Sportkultur. Es bietet eine marktgerechte, professionelle Dienstleistung an, fordert dem Konsumenten aber keinerlei persönliche Bindungen und Verpflichtungen über die vertraglichen Rechts-

pflichten hinaus ab. Man kann kommen und gehen wann und mit wem immer man will. Die Bestimmung des Ausmaßes der Beteiligung am sozialen Leben der Einrichtung obliegt dem Konsumenten, der zum Fitnesszentrum nicht mehr als eine „kühle", zweckrationale Geschäftsbeziehung unterhält, die ihn zu nichts anderem verpflichtet, als seinen monatlichen Beitrag zu zahlen und sich an die Hausordnung zu halten.

Im Zentrum der sportlichen Betätigung der Jugendlichen steht der Körper. In einer individualisierten Jugendkultur ist der Körper ein wichtiges Symbol und Stilmittel, um Einzigartigkeit zu demonstrieren. Durch den gestylten Körper inszeniert man sich als etwas Besonderes und generiert mit ihm gleichzeitig Identität, Anerkennung und Selbstwertgefühl. Der Körper wird so zum Sinnzentrum des Lebens, zum „Bezugspunkt für Sinnhaftigkeit". (Ferchhoff 2007: 239) Der Körper also als sinnerzeugende Instanz in einer Kultur der Sichtbarkeit, in der er gleichsam als jeder Zeit einsetzbares, mobiles Kapital fungiert, das sich deutlich offensichtlicher als soziales und kulturelles Kapital zum Einsatz bringen lässt. Damit ist der Körper auch die adäquateste Kapitalform in einer Kultur der Sichtbarkeit. (vgl. Schroer 2005:36)

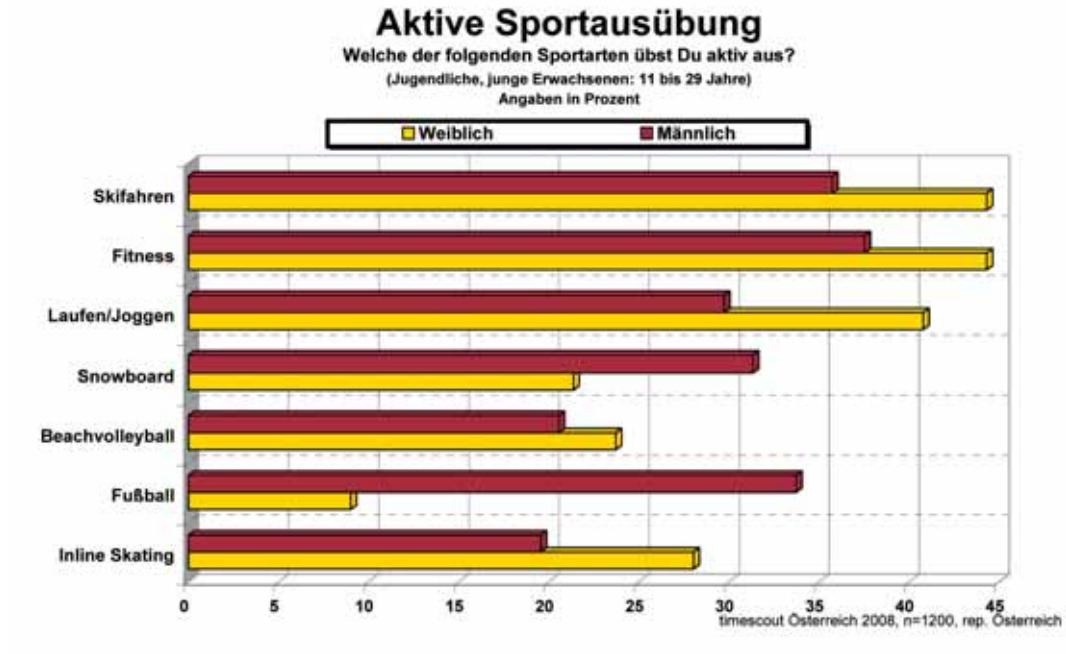
Es gilt jedoch neben der symbolisch-demonstrativen Bedeutung des Körpers in einer individualisierten Gesellschaft einen weiteren Faktor zu beachten, der den gestiegenen Grad an Aufmerksamkeit für den Körper erklären hilft. Es ist dies das, was Bette als „simultan ablaufende Steigerung von Körperverdrängung und Körperaufwertung im Rahmen der modernen Gesellschaft" (Bette 2005:23) bezeichnet. So ist der Körper in vielen gesellschaftlichen Bereichen, z.B. im Erwerbsarbeitsleben, aber auch im Haushalt oder im Bereich der Fortbewegung im Öffentlichen Raum unwichtiger geworden. „Zugleich expandieren kommerzielle Sportangebote, die Menschen ihren Körper wieder spüren lassen und den gesellschaftlichen, beruflichen und technisch bedingten Bedeutungsverlust von Körperlichkeit gewissermaßen kompensieren."(vgl. Posch 2009: 126)

Der Körperkult, der sich in den Fitnesszentren inszeniert ist also letztendlich auch als Versuch vieler junger aber auch älterer Menschen zu bewerten, einen Körper, der im alltäglichen Lebensvollzug zweitrangig geworden ist, wieder an die erste Stelle, ins Zentrum ihrer Aufmerksamkeit und ihres Empfindens zu rücken. Während also im „Reich der Notwendigkeit" der Körper an Relevanz verliert, entsteht in der Sphäre der freien Zeit ein Körperkult, der in letzter Konsequenz auch als Refunktionalisierung eines in der Arbeitswelt und in der alltäglichen Mobilität zusehends entfunktionalisierten Körpers zu werten ist.

Der skizzierte Bedeutungszugewinn des Körpers hat weitreichende Auswirkungen auf jugendliche Lebensmilieus und posttraditionale Vergemeinschaftungsformen. Sie sind einer zunehmenden „Versportung" unterworfen, d.h. Bodystyling und das damit verbundene demonstrative Präsentieren des Körpers rücken ins inhaltliche Zentrum vieler jugendkultureller Stilgruppen.

Wendet man sich den Sportpraxen der österreichischen Jugend zu, so zeigt sich, dass jene Sportarten dominieren, die gezielt auf die Formung des Körpers oder auf die jugendkulturelle Selbstdarstellung gerichtet sind. Traditioneller Mannschaftssport, Sport als Konkurrenz- und Leistungssport und Sport als absichtsloses Spiel zur Freude und Erbauung treten entsprechend in den Hintergrund, verlieren aber nicht grundsätzlich an Bedeutung.

Abbildung 8: Aktive Sportausübung der jungen Österreicher/innen zwischen 11 und 29 Jahren



Datenquelle: tfactory Österreich (2008): Timescout Welle 11, rep. für 11- bis 39-jährige Trendsetter und Early Adopters, n=1.200

Im Geschlechtervergleich zeigt sich, dass in den Sparten Fitness und Laufen/Joggen der Anteil der aktiven Mädchen und jungen Frauen etwas höher ist, als der der Burschen und jungen Männer. Anhand dieses Ergebnisses sieht man, dass die Ausübung von Sport zur gezielten Beeinflussung und Gestaltung der Körperästhetik unter der weiblichen Jugend stärker verbreitet ist als unter der männlichen. Dagegen zeigen die männlichen Jugendlichen eine noch traditioneller geprägte Herangehensweise an sportliche Aktivitäten. So ist unter Männern der traditionelle Mannschaftssport Fußball wichtiger, obwohl wir wissen, dass auch das Fußballspiel immer häufiger unter posttraditionalen Gemeinschaftsbedingungen außerhalb von Institutionen auf Wiesen oder in Parkanlagen stattfinden, und jene Sportarten wie z.B. Snowboard gerade auch unter männlichen Jugendlichen wichtig sind, die stark mit jugendkultureller Symbolik aufgeladen sind und damit die demonstrative Inszenierung von „coolen", ästhetisch bestimmten Identitätsbildern ermöglichen.

Die starke Körperbezogenheit der Jugend führt dazu, dass auch in der soziologischen Literatur wieder häufiger über den Körper gesprochen wird. (vgl. Schroer 2002, Bette 2005, Posch 2009) Mit der Aktualisierung des Körpers in der soziologisch orientierten Jugendforschung geht die Verbreitung der These, dass die Alltagskultur der Jugendlichen vom Zauber der Oberfläche beherrscht sei, einher. Damit ist gemeint, dass noch nie zuvor für eine so große Zahl an Jugendlichen die Beschäftigung mit dem eigenen Körper, mit dem eigenen Körperbild so wichtig war wie heute. Für diese These sprechen eine Fülle von empirischen Befunden. Es stellen sich damit aber auch eine Fülle von neuen Fragen. Warum investieren junge Menschen heute so viel Zeit in den Zauber ihrer Körperoberfläche? Warum gibt man mehr Geld denn je für „schönheitsfördernde" Dienstleistungen und sportlich-körperbildende Aktivitäten aus? Warum sind die Fitness-Center voll mit jungen Leuten, die dort an ihrem Körper arbeiten?

Im Grunde lässt sich der Körperkult als eines der Phänomene der gesellschaftlichen Individualisierung interpretieren. Wenn das Individuum zum zentralen Bezugspunkt für die Gesellschaft und für sich selbst wird, dann kommt auf dieses Individuum die Aufgabe zu, seine eigene Körperästhetik individuell zu gestalten, d.h. es muss aus sich eine besondere, unverwechselbare Erscheinung, ein einzigartiges Bild, machen. Der Körper wird so zum ästhetischen Mittel, um Individualität zu demonstrieren.

Wir leben in einer Gesellschaft, die maßgeblich von den Medien beeinflusst wird. Die Medien, die uns umgeben, bestimmen nicht nur, wie wir kommunizieren, sondern auch, wie wir uns in unserem gesellschaftlichen Umfeld präsentieren. Die Medien, vor allem aber die Bildmedien, senden ohne Unterbrechung Vorschläge und Anleitungen, wie man sein Äußeres gestalten kann, um in der Öffentlichkeit gut anzukommen.

In individualisierten Zeiten ist das wichtigste Motiv der Bildmedien der Mensch selbst. Ob es nun Printmedien, das Fernsehen oder das Internet ist, im Mittelpunkt der Berichterstattung dieser Medien stehen die Versuche von Menschen, sich durch die individualistische Stilisierung ihres Körpers als etwas Einzigartiges zu positionieren. Wer in den Bildmedien reüssieren will, muss gut aussehen, muss durch seine Körperlichkeit signalisieren, dass ihm der eigene Körper wichtig ist, dass er sich um seinen eigenen Körper sorgt. Die Sorge um den eigenen Körper, um das eigene Körperbild wird so über Vermittlung der Bildmedien zum zentralen Anliegen der Jugend. Das widerspiegeln die Daten der 15. Shell Jugendstudie aus dem Jahr 2006: 90 Prozent der deutschen Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 26 setzen das Anliegen „toll aussehen" an die erste Stelle der Dinge, die in ihrer Altersgruppe gegenwärtig besonders angesagt sind. (Deutsche Shell 2006).

Jugendliche ringen um das gute Aussehen. Dafür nehmen sie einiges in Kauf. So betreiben fast 50 Prozent der 11- bis 29-jährigen Österreicher/innen zwei bis dreimal die Woche Sport. (tfactory Österreich 2007) Diese sportlichen Aktivitäten finden zum großen Teil im Fitnesszentrum oder Outdoor beim Joggen im Park statt. Sport wird also immer öfter nicht aus reiner Freude an der Bewegung oder gar mit dem Ziel, eine sportliche Technik zu perfektionieren, betrieben. Was perfektioniert werden soll ist das eigene Körperbild und zwar ganz gezielt.

Aber nicht nur auf den Körper will die (post-)moderne Jugend gestaltend einwirken. Auch die Psyche wird in den Jugendkulturen mehr und mehr zum Thema der bewussten Manipulation. Längst wird auch in psychischen Belangen nicht mehr einfach hingenommen, wie man ist. Vielmehr geht es darum, aus dem eigenen Selbst das zu machen, was in den hegemonialen kulturellen Skripten als die richtige Form der mentalen Persönlichkeit vorgesehen ist. (vgl. Illoutz 2006: 124) Insgesamt ist eine psychologisierende Herangehensweise an das Leben zu beobachten und zeigt sich auch daran, dass die Mehrheit der Jugend Gesundheit in erster Linie mit psychischer oder seelischer Gesundheit in Verbindung bringt. (Institut für Jugendkulturforschung 2009a) Es ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren Fragen der psychischen Gesundheit für Jugendliche noch mehr als bisher an Bedeutung gewinnen werden. In diesem Zusammenhang zu sehen ist, dass das reflexive, im „Therapiejargon" geführte Gespräch über alltägliche Krisen und Probleme weite Teile der Konversation in den Jugendkulturen prägt. Hinter der stilisierten „coolen" Oberfläche der Jugendkulturen scheinen sich massenhaft verunsicherte, reflexionsbedürftige Identitäten ausgebildet zu haben, die sich des modischen „therapeutischen

Diskurses" bedienen müssen, um mit dem eigenen „erschöpften Selbst" (vgl. Ehrenfeld 2008) und den Anforderung einer neokonservativen Leistungsgesellschaft oder alternativ dazu einer postmodernen Erfolgsgesellschaft einigermaßen zurecht zu kommen.

Literatur

Anders, Günther, Die Antiquiertheit des Menschen. Band 2: Über die Zerstörung des Menschen im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, München 2002

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main 2007

Bette, Karl-Heinrich: Körperspuren. Zur Semantik und Paradoxie moderner Körperlichkeit. Bielefeld 2005

Deutsche Shell (Hg.): Jugend 2006. 15. Shell Jugendstudie: Eine pragmatische Generation unter Druck, Frankfurt 2006

Ehrenfeld, Alain: Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart. Frankfurt am Main 2008

Ferchhoff, Wilfried: Jugend und Jugendkulturen im 21. Jahrhundert: Lebensformen und Lebensstile. Wiesbaden 2007

Friedrichs, Henrike; Sander, Uwe: Die Verschränkung von Jugendkulturen und digitalen Medienwelten. In: Hugger, Kai Uwe (Hg.): Digitale Jugendkulturen. Wiesbaden 2010

Gebhardt, Winfried: Feste, Feiern und Events. Zur Soziologie des Außergewöhnlichen. In: Gebhardt, Winfried; Hitzler, Ronald; Pfadenhauer, Michaela; Events. Soziologie des Außergewöhnlichen. Opladen 2000, s. 17-32

Gebhardt, Winfried, Hitzler, Ronald; Schnettler, Bernd: Unterwegs-Sein – Zur Einleitung. In: Gebhardt, Wienfried; Hitzler, Ronald: Nomaden, Flaneure, Vagabunden. Wissensformen und Denkstile der Gegenwart. Wiesbaden 2006, s. 9-22

Großegger, Beate; Heinzlmaier, Bernhard: Jugendkulturguide. Wien 2002

Großegger, Beate; Heinzlmaier, Bernhard: Die neuen Vorbilder der Jugend. Wien 2007

Heitmeyer, Wilhelm: Deutsche Zustände. Frankfurt/Main 2007

Heinzlmaier, Bernhard: Jugend unter Druck: Das Leben der Jugend in der Leistungsgesellschaft und die Krise der Partizipation in der Ära des posttraditionellen Materialismus – Dossier als E-Paper, Wien, 2007

Hitzler, Ronald; Bucher, Thomas; Niederbacher, Arne: Leben in Szenen. Formen jugendlicher Vergemeinschaftung heute. Wiesbaden 2005

Hitzler, Ronald; Honer, Anne, Pfadenhauer, Michaela (Hg.): Posttraditionale Gemeinschaften: Theoretische und ethnographische Erkundungen. Wiesbaden 2008

Hugger, Kai Uwe: Digitale Jugendkulturen: Eine Einleitung. In.: Kai Uwe Hugger (Hrg.): Digitale Jugendkulturen. Wiesbaden 2010, s. 7-22

Hurrelmann Klaus: Einführung in die Sozialisationstheorie. Berlin 2002

Hurrelmann, Klaus: Lebensphase Jugend: Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Forschung. Weinheim und München 2005

Illouz, Eva: Gefühle in Zeiten des Kapitalismus. Frankfurt am Main 2006

Mead, Margaret: Der Konflikt der Generationen. Jugend ohne Vorbild. München 1982

Müller-Bachmann In: Müller, Renate; Glogner, Patrick; Rhein, Stefanie./Heim, Jens. (Hg.) (2002): Wozu Jugendliche Musik gebrauchen: Jugendliche Identität und musikalische Geschmacksbildung. Weinheim und München: Juventa Verlag;

Posch, Waltraud: Projekt Körper. Wie der Kult um die Schönheit unser Leben prägt. Frankfurt am Main 2009

Schäfers, Bernhard: Scherr, Albert: Jugendsoziologie. Einführung in Grundlagen und Theorie. Wiesbaden 2005

Scholz, Leander: Der Tod der Gemeinschaft: Nietzsche und Hobbes. In: Böckelmann, Janine; Morgenroth, Claas (Hg.): Politik der Gemeinschaft. Zur Konstitution des Politischen in der Gegenwart. Bielefeld 2008, s. 28-48

Schroer, Markus: Einleitung. Zur Soziologie des Körpers. In: Schroer, Markus: Soziologie des Körpers. Frankfurt am Main 2005

Schulze, Gerhard: Die Erlebnisgesellschaft: Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt 2005

Schulze, Gerhard: Die beste aller Welten: Wohin bewegt sich die Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Frankfurt am Main 2004

Sennett, Richard: Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin 2007

Silbereisen, Rainer,K.; Vaskovics, Laszlo, A.; Zinnecker, Jürgen (Hrg.): Jungsein in Deutschland. Jugendliche und Erwachsene 1991 und 1996. Opladen 1996

Silverstone, Richard: Anatomie der Massenmedien. Ein Manifest. Frankfurt am Main 2007

Welsch, Wolfgang: Grenzgänge der Ästhetik. Stuttgart 1996

Datenquellen:

Institut für Jugendkulturforschung (2005): elf/18 – die Jugendstudie (Eigenstudie), rep. für 11- bis 18-jährige Jugendliche in Österreich, n=800

Institut für Jugendkulturforschung (2007): elf/18 – die Jugendstudie (Eigenstudie), rep. für 11- bis 18-jährige Jugendliche in Österreich, n=880

Institut für Jugendkulturforschung (2009a): Gesundheitsförderung im Zielsegment Jugend: Grundlagenstudie zu Gesundheitsbewusstsein und Gesundheitsstilen bei 14- bis 25-jährigem Event-Publikum im urbanen Raum und in den Regionen, gefördert aus Mitteln des Fonds Gesundes Österreich/ Co-Finanzierung: BMG, Wien 2009

Institut für Jugendkulturforschung (2009b): Uni-Proteste 2009: Blitzumfrage unter Studierenden der Universität Wien, die den Protestaktionen grundsätzlich zustimmen (Eigenstudie), n=213

tfactory Deutschland (2008): Timescout Welle 15, rep. für 11- bis 39-jährige Trendsetter und Early Adopters, n=1.200

tfactory Österreich (2007): Timescout Welle 10, rep. für 11- bis 39-jährige Trendsetter und Early Adopters, n=1.200

tfactory Österreich (2008): Timescout Welle 11, rep. für 11- bis 39-jährige Trendsetter und Early Adopters, n=1.200

tfactory Österreich (2009): Jugendszeneanalyse 2009, rep. für 16- bis 29-jährigen, n=1.200

Verein Arbeitsgemeinschaft Media-Analysen (2007): Media-Analyse 2007

DER AUTOR:

Mag. **Bernhard Heinzlmaier** ist Geschäftsführer der tfactory Trendagentur mit Sitz in Hamburg und Wien und Vorsitzender des Instituts für Jugendkulturforschung – jugendkultur.at. Bernhard Heinzlmaier ist seit 1989 in der Jugend- und Marktforschung tätig. Er ist Co-Projektleiter des 3. Berichts zur Lage der Jugend in Österreich und Co-Autor von „50 Jahre Shell Jugendstudie" (2002), „Jugendkultur-Guide" (2002) sowie „Die neuen vorBilder der Jugend" (2007). Lehrbeauftragter am Institut für Bildungswissenschaften der Universität Innsbruck sowie am Internationalen Journalismuszentrum des Departments für Wissens- und Kommunikationsmanagement der Donauuniversität Krems in Krems und Köln.

4.4 Aktive Bürger/innenschaft – Politische Partizipation von Jugendlichen in Österreich

Eva Zeglovits
Steve Schwarzer

Die Beschreibung politischer Partizipation hängt nicht unwesentlich von der Vorstellung ab, die sich eine Gesellschaft von der Demokratie im Allgemeinen, aber von der Politik im Speziellen macht. Damit geht insbesondere die Frage einher, was durch den Begriff der Politik umfasst ist, und was alles als „politisch" wahrgenommen bzw. verortet wird. Eine ähnliche Begriffsexegese kann natürlich auch für den Begriff der Demokratie vorgenommen werden, denn demokratische Systeme sind unterschiedlich ausgestaltet und normativ aufgeladen. Politische Partizipation findet also in einem recht ausdefinierten Rahmen statt und muss daher in diesen Rahmen eingepasst werden.

Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre hat dem Thema politische Partizipation neue Aufmerksamkeit gegeben. Auch wenn Wählen als ein Kernelement der Demokratie ein wichtiger Teilaspekt im Spektrum der Partizipation ist, und auch dieser Beitrag der Wahlteilnahme besondere Aufmerksamkeit widmen wird, soll dennoch nicht vernachlässigt werden, dass politische Partizipation natürlich weit mehr umfasst:

Während das Hauptaugenmerk politischer Gestaltungsprozesse in einer repräsentativen Demokratie auf das Wählen der nationalen oder auch regionalen Parlamente bezogen ist, finden auch in weiteren Institutionen Wahlen statt, die weniger Aufmerksamkeit erregen, etwa in Schulen, Betrieben oder Organisationen. Darüber hinaus gibt es neben dem Wählen aber eine Vielzahl weiterer Prozesse, die einerseits demokratisch, andererseits aber auch politisch sind, und die bei der Betrachtung politischer Partizipation gern nur am Rande betrachtet werden. Insofern zieht der nachfolgende Beitrag einen sehr weiten Begriff politischer Partizipation heran, der von einem sehr weiten Politik- bzw. Demokratiebegriff ausgeht, sodass unterschiedliche Phänomene in das Blickfeld rücken, die auf den ersten Blick nicht als politisches Handeln und politische Aktivität gelten würden, z.B. politisches Konsumverhalten.

1. Politische Partizipation und Aktive Bürger/innenschaft – Stand der Forschung

Was ist politische Partizipation oder Aktive Bürger/innenschaft?

Politische Partizipation bedeutet im ursprünglichen Sinn Teilnahme am politischen Leben und verfolgt immer das Ziel etwas zu verändern. In der Demokratie hat diese Teilnahme am politischen Leben naturgemäß einen wichtigen Stellenwert, damit im Entscheidungsprozess die Meinungen der Bürger/innen abgebildet sind. Wahlen bilden hier ein Kernelement. Aber die Formen politischer Partizipation können vielfältig sein, und umfassen auch Aktivitäten, die nicht direkt mit dem institutionellen politischen System zu tun haben oder primär als politisch wahrgenommen werden (vgl. u.a. Barnes/Kaase, 1979;Verba u.a., 1995). Was politische Partizipation kennzeichnet ist (a) die Intentionalität, also ein bewusstes Handeln von (b) Individuen, also Einzelpersonen (Aktivitäten von Organi-

sationen gelten nicht als politische Partizipation, die Aktivität eines Individuums in einer Organisation hingegen schon), die (c) einen politischen Prozess oder eine Entscheidungsfindung beeinflussen oder verändern wollen.

Auch wenn nicht alle theoretischen demokratiepolitischen Ansätze eine hohe Beteiligung der Bürger/innen fordern, etwa weil eine niedrige Beteiligung ein Zeichen für hohe Zufriedenheit sein könnte, so kann doch meist eine hohe Beteiligung der Bürger/innen am demokratischen Prozess als normatives Ziel definiert werden (siehe Barber, 1985).

Begriffe wie politische Partizipation, politische Involvierung, soziales Kapital und Aktive Bürger/innenschaft sind zwar theoretisch nicht immer miteinander verbunden, greifen aber ineinander, und ergänzen sich alle darin, den Grad des Eingebundenseins und der Mitwirkung einer Person am gesellschaftlichen und politischen Leben zu beschreiben.

Für diesen Beitrag wählen die Autor/innen einen weiter gefassten Begriff, nämlich die Aktive Bürger/innenschaft und versuchen diesen gerade auf die Lebenswelten der jungen Erwachsenden angepasst zu verwenden:

Aktive Bürger/innenschaft ist mehr als politische Partizipation und umfasst auch Werte und Einstellungen zur Demokratie. „Active Citizenship" wird in vier Dimensionen differenziert: Demokratische Werte, Teilnahme in der repräsentativen Demokratie, Teilnahme am Gemeindeleben und Teilnahme an Protestaktivitäten (Hoskins/Mascherini, 2008).

Speziell mit Blick auf Jugendliche müssen weitere Dimensionen hinzugenommen werden, die den Grad der Vorbereitung auf das Leben als Bürger/in mit allen Rechten und Pflichten beschreiben sollen: (a) politisches Wissen im engeren Sinne und „civic competencies" im weiteren Sinne, (b) die Fähigkeit, politische Kommunikation interpretieren zu können, (c) Vertrauen in politische Institutionen, (d) politische Selbstwirksamkeit, (e) demokratische Werte und Einstellungen zur Demokratie sowie (f) die politische Teilnahme im schulischen Kontext (Torney-Purta u.a., 2008).

Was beeinflusst Aktive Bürger/innenschaft bei Jugendlichen?

Wovon hängt es nun ab, ob junge Erwachsene politisch aktiv und gestaltend an der Gesellschaft teilnehmen? Die Literatur identifiziert im Wesentlichen vier Haupteinflussfaktoren in der politischen Sozialisation, die die Grundsteine für die aktive Teilnahme oder Nicht-Teilnahme legen: Eltern, Freunde, Schule und Medien (vgl. etwa Torney-Purta, 2002;Verba u.a., 1995).

Eltern, die Interesse an Politik und Teilnahme am politischen Leben vorleben, werden dies auf ihre Kinder in einem gewissen Ausmaß übertragen. Das Elternhaus prägt nicht nur die zentralen politischen Werte, wie etwa Einstellungen zu Demokratie, Toleranz oder Autoritarismus, sondern stellt auch die Weichen für die für das Politikverständnis so wichtigen verbalen Fähigkeiten, Sprachverständnis, Ausdrucksweise, Diskussionsbereitschaft und vieles mehr.

Freunde wiederum sind die wichtigsten Referenzpersonen, was das politische Handeln betrifft. Partizipation ist auch immer eine Frage der Möglichkeiten. Ein politisch aktiver Freundeskreis bietet mehr Chancen, gemeinsam aktiv zu sein, voneinander zu lernen und selbst mitzugestalten.

Für die Informationsvermittlung nehmen die Medien eine bedeutende Rolle ein, Fernsehen, Radio, Zeitungen und Internet sind hier relevante Bezugsquellen.

Die Schule hat eine Sonderstellung. Sie ist ein Ort der Wissensvermittlung und gleichzeitig ein Ort, an dem Demokratie gelebt werden kann. Schüler/innen können in demokratischen Prozessen in der Schule wie etwa Schüler/innenvertretungswahlen oder Schulparlamenten Erfahrungen sammeln, die sich im späteren Leben positiv auf die politische Beteiligung auswirken (vgl. etwa Kirlin, 2002). Im Rahmen der DemokratieInitiative (dazu später) wurden unter anderem Studien zur Schuldemokratie durchgeführt, die zeigen, dass es viele Schulen in Österreich gibt, in denen die Beteiligung der Schüler/innen eine sehr hohe Bedeutung zugeschrieben wird. Allerdings ist das Vorhandensein von partizipativen Elementen noch kein Garant für tatsächliche Beteiligungsprozesse und, dies zeigen andere Erfahrungen, ist die Bedeutung partizipativer Elemente in einer Schule für die politische Sozialisation und die politische Bildung theoretisch und praktisch nicht endgültig reflektiert.

Relativ unbestritten ist aber die Bedeutung des politischen Wissens: Politisches Wissen hilft, die eigenen Interessen, nämlich die Interessen als Individuum und als Teil einer Gruppe, besser zu verstehen, neue Informationen zu verarbeiten und mit bereits vorhandenen abzugleichen. Wer das politische Geschehen so besser verfolgen kann, fühlt sich weniger ohnmächtig, kann politischen Diskussionen besser folgen und empfindet sie damit eher als produktiv und weniger als Streitigkeit. Insofern hilft politisches Wissen, die empfundene Distanz zur Politik sowie mögliches Misstrauen zu reduzieren und Apathie vorzubeugen. Politisches Wissen unterstützt demokratische Werte, verändert politische Einstellungen, etwa was Toleranz gegenüber Minderheiten betrifft (Galston, 2001). Politisches Wissen ist also eine wichtige Ressource für Partizipation und Aktive Bürger/innenschaft.

Die Frage, warum Menschen sich der Politik entziehen und nicht teilhaben, beantworten Verba u.a. sinngemäß durch drei Ursachen: (i) weil sie nicht die Fähigkeiten dazu haben, (ii) weil sie kein Interesse oder keine Lust dazu haben oder (iii) weil sie niemand gefragt hat (Verba u.a., 1995).

Das ergibt umgekehrt drei Möglichkeiten, die Teilnahme zu fördern, indem man (i) die Jugendlichen in ihren Kompetenzen stärkt, etwa durch politische Bildung, (ii) ihr Interesse weckt oder (iii) sie ganz einfach fragt bzw. diejenigen Organisationen und Institutionen stärkt, die das üblicherweise tun, wie etwa die Einrichtungen der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit, oder Vereine im traditionellen Sinn, Gewerkschaften, soziale Bewegungen, aber auch Kampagnen und Initiativen, wie sie in Vorbereitung der Wahlen für die 16-18jährigen initiiert wurden (dazu später).

Wahlaltersenkung – Chance oder Risiko?

Die Wahlaltersenkung im Jahr 2007 hat eine breite öffentliche Debatte in Österreich ausgelöst. Als Pro-Argumente für die Wahlaltersenkung wurden u.a. genannt, dass 16-18jährige bereits strafmündig und teilweise geschäftsfähig seien und wichtige Entscheidungen für ihr weiteres Leben, wie etwa die Auswahl des Bildungs- oder Berufsweges treffen (vgl. Hofer u.a., 2008). Außerdem verleihe die Wahlaltersenkung Jüngeren mehr politisches Gewicht. „Die Jugend wird immer mehr umworben – weil sie zu einem knappen gesellschaftlichen Gut geworden ist" (Pelinka, 2005, S. 129). Von Gegner/innen der Wahlalter-

senkung wurde vor allem die Frage nach der politischen Reife der Jungen gestellt. Auch juristische Inkonsistenzen mit anderen Gesetzen, die in Hinblick auf die geistige Reife eine andere Altersgrenze (zumeist 18 Jahre) beinhalten, wurden und werden als Gegenargumente angeführt (vgl. Hofer u.a., 2008).

In der politikwissenschaftlichen Forschung ist die Debatte um die Wahlaltersenkung dahingehend beeinflusst, dass Wählen etwas ist, was gelernt werden muss bzw. kann (Denny/Doyle, 2009;Fieldhouse u.a., 2007;Plutzer, 2002). Die ersten Wahlen sind demnach entscheidend für die „Wahlbiographie". Wer zu Beginn seiner oder ihrer Wahlkarriere nicht an Wahlen teilnimmt, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit Nichtwähler/in bleiben. Ähnlich argumentieren auch Franklin und seine Kolleg/innen, da sie zeigen konnten, dass eine Wahlalterssenkung auf 18 oder 19 Jahre, wie es in den meisten westlichen Demokratien heute gilt, zu einem Absinken der Wahlbeteiligung geführt hat, da die Menschen in diesem Alter mit ihrer Identitätsfindung beschäftigt sind und es daher ein ungünstiger Zeitpunkt ist, um das Wählen zu lernen. „The most promising reform that might restore higher turnout would be to lower the voting age still further, perhaps to fifteen. (…) They could then learn to vote in the context of a civic class project where they were graded on their ability to discover relevant information (…)." (Franklin, 2004, S. 213) Wenn junge Menschen auf ihre erste Wahl in einem institutionellen Kontext vorbereitet werden können, also zum Beispiel in der Schule, so kann das mittel- und langfristig positive Effekte auf das Demokratieverständnis im Allgemeinen oder die Wahlbeteiligung im Speziellen haben.

Empirische Studien zu politischer Partizipation in Österreich – Forschungsstand und Forschungslücken

Um den Forschungsstand und die Forschungslücken sichtbar zu machen, soll hier kurz ein Überblick über die in den nachfolgenden Kapiteln verwendeten Studien gegeben werden. Seit dem Jahr 2010 gibt es den „Neuen Jugendmonitor" des BMWFJ, der sich mit vielen Aspekten der Lebenswelten von 14-24jährigen beschäftigt und auch einige Fragen zur politischen Mitbestimmung enthält (BMWFJ, 2010). Eine recht aktuelle Studie wurde in der Nachwahlanalyse „Wählen mit 16 bei der Nationalratswahl" vorgelegt, die die Gruppe der 16-18jährigen Wahlberechtigten abdeckt (Schwarzer u.a., 2009) und schwerpunktmäßig die Einstellungen und das Verhalten rund um die Wahlen behandelt. In der Jugendstudie des Renner-Institutes wurden im Jahr 2008 14-20jährige zu ihren politischen Einstellungen befragt (Renner-Institut, 2008).

Während die Studie „Jugend und politische Bildung" – durchgeführt von der DonauUni Krems – auf politische Bildung in der Altersgruppe der 14-24jährigen fokussiert (Filzmaier, 2007), konzentriert sich die Studie „Jugend und politische Orientierungen" von Fessel-Gfk Sozialforschung aus dem Jahr 2007 auf die politischen Einstellungen und Verhaltensweisen von 12-19jährigen (GfK_Austria, 2007).

Auch die Österreichische Jugendwertestudie 2006/2007 (Friesl u.a., 2008) spricht den Gegenstand der politischen Partizipation der befragten 14-24jährigen an, allerdings nimmt dieser Abschnitt nur einen kleinen Teil der Studie ein. Dafür ermöglich diese Studie Zeitvergleiche. „E-participation – Jugend aktiv" widmet sich auch der politische Beteiligung, allerdings ist hier die Stichprobe nur bedingt dazu geeignet, um Aussagen für die Gesamtpopulation zu treffen (ICT&S Center, 2007).

Die umfassendste Untersuchung zur politischen Partizipation junger Menschen in Österreich ist wohl die europäische Vergleichsstudie EUYOUPART, die die Gruppe der 15-25jährigen umfasst (EUYOUPART, 2005;Spanring u.a., 2008). Obwohl die Daten aus EUYOUPART bereits zum Jahreswechsel 2004/2005 erhoben wurden und damit auch Studien jüngeren Datums vorliegen, dienen sie vor allem aufgrund ihrer theoretischen Komplexität auch in diesem Bericht als wichtige Quelle.

Allen vorliegenden Studien für Österreich ist aber gemein, dass zwei wichtige Themenfelder nicht ausreichend bearbeitet werden können. So sind Fragestellungen rund um den Migrationshintergrund und die damit verbundene gezielte Beobachtung von Migranten/innen in allen Studien nur teilweise gelungen. Zudem wird das politische Wissen kaum erhoben, und wenn, dann nur in einer sehr einfachen Form.

Ganz wesentliche Bedeutung kommt daher der International Civic and Citizenship Education Study ICCS zu, an der auch Österreich teilnimmt. Die ICCS Studie erhebt politisches Wissen und Kompetenzen ebenso wie grundlegende Werte und Einstellungen zu politischen Aktivitäten von Schüler/innen der achten Schulstufe. Für Österreich wird ein eigenes Modul zusätzlich zur international standardisierten Erhebung ergänzt, das sich insbesondere mit der Umsetzung politischer Bildung in der Schule, Schuldemokratie, politischer Partizipation von Schüler/innen und Einstellungen zu Politik und Politiker/innen befasst. Die Studie ICCS ist zwar auf nur eine Schulstufe eingeschränkt, ist dafür aber die einzige Studie, die Wissen, Verhalten und Einstellungen umfasst. Zudem ist hier auch die Gruppe der Migrant/innen erfasst. Die Daten wurden im ersten Halbjahr 2009 erhoben, Ergebnisse lagen aber zum Zeitpunkt des Verfassens des Beitrages leider noch nicht vor.

2. Elemente Aktiver Bürger/innenschaft: politisches Interesse, Informiertheit und Einstellungen zur Demokratie

Politische Werte und Einstellungen, wie etwa die Zufriedenheit mit der Demokratie, autoritäre Einstellungen oder Einstellungen zu Minderheiten tragen zu einem umfassenden Bild über die jungen Menschen bei und bilden so einen relevanten Bezugsrahmen für die Darstellung der Aktiven Bürger/innenschaft.

Zunächst soll ein Blick auf ihr politisches Interesse und die Informationsverarbeitung geworfen werden. In der öffentlichen Debatte steht oft nur das vermeintliche Desinteresse oder die Politikverdrossenheit im Mittelpunkt der Betrachtung.

Besonders relevant scheint in diesem Kontext auf, wie Jugendliche den Begriff „Politik" verwenden und verstehen. Denn nur danach lässt sich Interesse an Politik etc. bewerten. Qualitative Ergebnisse zeigen immer wieder, dass Politik von Jugendlichen stark als Parteipolitik wahrgenommen und verstanden wird. Andere Aspekte, wie etwa die Mitgestaltung und Mitbestimmung in der Schule oder am Arbeitsplatz wird durch den Begriff Politik nicht unbedingt miterfasst (vgl. etwa Friesl u.a., 2008, S. 61).

Politisches Interesse

Politisches Interesse kann als Grundvoraussetzung für politische Beteiligung angenommen werden. Zahlen bis etwa 2006 zeigten immer wieder ein Absinken des politischen Interesses, die Diskussion um die desinteressierten Jugendlichen prägte auch die Debatte vor der Wahlaltersenkung. Mittlerweile kann man aber eindeutig beobachten, dass seit der Senkung des Wahlalters das Interesse gestiegen ist (Abbildung 1).

So bezeichneten sich nur 10% der 15-25jährigen im Jahr 2004 als „sehr" interessiert, weitere 31% als „ziemlich" interessiert. Im Jahr 2007 (wenige Wochen vor der faktischen Wahlaltersenkung, aber bereits mitten in der medialen Debatte rund um die Wahlaltersenkung) stuften sich 20% der 14-24jährigen als „sehr", weiter 48% als „ziemlich" interessiert ein. Fokussiert auf die Gruppe der neu Wahlberechtigten ist der Anstieg des politischen Interesses ebenso zu beobachten. Während nur 9% der 16-18jährigen 2004 sich als „sehr" interessiert bezeichneten, waren es nach der Nationalratswahl 2008 bereits 23%.

Auch wenn ein Anstieg des Interesses nicht notwendigerweise auf die Wahlaltersenkung zurückzuführen ist, liegt der Schluss doch sehr nahe und kann auch mit qualitativen Ergebnissen unterstützt werden.

Abbildung 1[39]: Politisches Interesse von Jugendlichen, 2004-2008

	15-25jährige EUYOUPART 2004	14-24jährige; Jugend und politische Bildung 2007	16-18jährige; EUYOUPART 2004	16-18jährige; Wählen mit 16 2008
sehr interessiert	10	20	9	23
ziemlich interessiert	31	48	25	34
wenig interessiert	45	25	50	34
gar nicht interessiert	12	8	14	9
weiß nicht, keine Angabe	2	< 1	2	< 1
n	1.007	700	318	1.000

Quellen: Wählen mit 16, EUYOUPART Österreich Datensatz (eigene Berechnungen); Jugend und politische Bildung, Angaben in Prozent

Bei einer genaueren Betrachtung zeigt sich, dass das politische Interesse sich bei den 16-18jährigen sehr stark zwischen verschiedenen Gruppen unterscheidet. Schüler/innen stufen sich häufiger als interessiert ein als Berufstätige[40], junge Männer häufiger als junge Frauen, Jugendliche mit Migrationshintergrund[41] seltener als jene ohne.

Da politisches Interesse zentral ist für Aktive Bürger/innenschaft, sind dies die ersten wichtigen Hinweise, in welchen Gruppen verstärkt Anreize gesetzt werden müssen, will man die bis jetzt wenig aktiven Jugendliche ansprechen.

[39] Für alle Tabellen gilt: Die Prozentwerte beschreiben die nach soziodemographischen Merkmalen gewichteten Daten, die Fallzahlen hingegen werden ungewichtet angegeben.

[40] Lehrlinge, Arbeitslose und Präsenzdiener werden hier zu den Berufstätigen gezählt. Migrationshintergrund wird in der Studie „Wählen mit 16" jenen Jungendlichen zugewiesen, von denen mindestens ein Elternteil nicht in Österreich geboren ist. Alle Befragten in dieser Studie sind wahlberechtigt, also österreichische Staatsbürger/innen.

[41] Migrationshintergrund wird in der Studie „Wählen mit 16" jenen Jungendlichen zugewiesen, von denen mindestens ein Elternteil nicht in Österreich geboren ist. Alle Befragten in dieser Studie sind wahlberechtigt, also österreichische Staatsbürger/innen.

Informationsverhalten und subjektive Informiertheit

Auch wenn im Bezug auf Jugendliche immer wieder gemutmaßt wird, dass neue Medien im Informationsverhalten eine besondere Rolle haben, zeigen verschiedene Studien doch, dass Fernsehen, Tageszeitungen und Radio einen wichtigeren Stellenwert haben als das Internet. 85% der 14-20jährigen nutzen laut Jugendstudie des Renner-Instituts das Fernsehen als Informationsquelle für Politik, gefolgt von Tageszeitungen (76%), Radio (71%) und Internet (65%). Gespräche in der Familie sind für 61% eine Informationsquelle, Gespräche mit Freund/innen oder Kolleg/innen für 59%. In der Frage nach der wichtigsten Informationsquelle ändert sich die Reihenfolge nur geringfügig: Das Fernsehen bleibt mit 32% auf Platz Eins, gefolgt von den Tageszeitungen, die 28 % der 14-20jährigen als Hauptquelle angeben. Das Internet nimmt mit 17% den dritten, Radio mit 13% den vierten Platz ein. So wichtig die Gespräche in der Familie und im Freundeskreis insgesamt sind, als Hauptinformationsquelle nennen sie dann nur mehr jeweils weniger als 5% der jungen Menschen. Diese Ergebnisse decken sich auch mit den Ergebnissen aus der Studie „Wählen mit 16" bei der Nationalratswahl.

Was die Selbsteinschätzung des Informationsniveaus betrifft, sind junge Menschen selbstkritisch. In der Studie „Jugend und politische Orientierungen" von GfK Austria gaben 54% der 14-19jährigen an, gut oder einigermaßen darüber Bescheid zu wissen, wie Gesetze vorbereitet und beschlossen werden. Jeweils zwischen einem Drittel und der Hälfte der Befragten gaben an, gut oder einigermaßen Bescheid zu wissen, wie man bei einer politischen Partei mitarbeiten kann, wie man bei Wahlen eine Vorzugsstimme abgibt, wie die Sozialpartnerschaft funktioniert oder was man tun kann, um sich gegen ein Gesetz, das man für ungerecht hält, zu wehren. Dabei bezeichnen sich junge Männer als informierter als junge Frauen (GfK_Austria, 2007, S.11f). Daraus kann aber nicht unbedingt geschlussfolgert werden, dass junge Männer tatsächlich mehr wissen als junge Frauen, der Unterschied kann auch darin begründet sein, dass Frauen ihr Wissen schlechter bewerten als Männer.

Die Studie „Wählen mit 16" kommt ergänzend dazu zu dem Ergebnis, dass junge Menschen durchaus selbstkritisch sind, was ihren Informationsgrad betrifft, und in einem hohen Ausmaß mit dem Wunsch nach mehr Information reagieren, vor allem von Seiten der Schule wird hier mehr Informationsarbeit gewünscht.

Einstellungen zu Politik und Demokratie

Grundsätzlich befürwortet eine klare Mehrheit der Jugendlichen die Demokratie, in dem Sinne ähneln sich die unterschiedlichen Studienergebnisse. Es wird aber auch Kritik formuliert.

69% der 14-24jährigen waren im Jahr 2007 mit der Demokratie in Österreich sehr oder ziemlich zufrieden (Abbildung 2). Das ist zwar die überwiegende Mehrheit, dennoch gib es einen nicht unbeträchtlichen Anteil von 29%, die weniger oder gar nicht mit der Demokratie in Österreich zufrieden sind. Ein sehr ähnliches Bild zeigen die Daten der 16-18jährigen im Jahr 2008, hier ist sogar eine leichte Verschiebung von „ziemlich" zu „sehr" zufrieden zu beobachten. Bei Jugendlichen im Berufsleben und mit Migrationshintergrund fällt die Unzufriedenheit allerdings größer aus. Jede/r dritte Berufstätige und fast jede/r Zweite mit Migrationshintergrund ist mit der Demokratie weniger oder gar nicht zufrieden!

Abbildung 2: Zufriedenheit „mit der Demokratie in Österreich" 2007 und 2008

		16-18jährige Wahlberechtigte, 2008				
	14-24jährige 2007	gesamt	Schüler-Innen	Berufs-tätige	mit Migrations-hintergrund	ohne Migrations-hintergrund
sehr zufrieden	9	14	17	10	7	15
etwas zufrieden	60	53	58	47	46	54
Weniger zufrieden	23	24	19	30	35	23
gar nicht zufrieden	6	6	4	8	10	5
weiß nicht, keine Angabe	2	2	2	5	2	4
n	700	1.000	708	284	95	905

Quellen: Jugend und Politische Bildung, Wählen mit 16 (eigene Berechnungen), Angaben in Prozent

Ein Grund für die Unzufriedenheit kann eine klare gefühlte Distanz zwischen den Repräsentant/innen in der Politik und den jungen Menschen sein.

Auffallend hoch sind die Zustimmungen in allen Studien, dass sich Politiker/innen nicht um die Anliegen der Jugendlichen kümmern. Und wieder sind es die jungen Berufstätigen und die Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die sich hier besonders im Stich gelassen fühlen.

In der Jugendstudie des Renner-Institutes konnten die 14-20jährigen Vorschläge bewerten, die das Ziel verfolgen, ebendiese Distanz zu verringern (Abbildung 3). Dabei fällt auf, dass fast alle abgefragten Vorschläge von einer Mehrheit der jungen Menschen als sinnvoll erachtet werden, allen voran die Ernennung eines Jugend-Ombudsmanns in jedem Bundesland, die finanzielle Unterstützung von politischen Jugendorganisationen und die Verankerung eines/r Jugendreferenten/in in jeder Gemeinde. Einzig etwas abgeschlagen (mit nur 24% Unterstützung) ist die verpflichtende Einführung von Jugendparlamenten.

Abbildung 3: Bewertung von möglichen Formen der institutionellen Einbindung Jugendlicher 2008

	14-20jährige
Ernennung eines Jugend- Ombudsmannes in jedem Bundesland, an den sich jüngere Bürger/innen wenden können	61
mehr Geld für politische Jugendorganisationen	56
Einrichtung eines politisch verantwortlichen Jugendreferenten in jeder Gemeinde	54
eigene Wählerversammlungen für junge Leute	52
regelmäßige Jugendsprechtage der gewählten Mandatar/innen	51
Aufstellung junger Kandidatinnen und Kandidaten an aussichtsreicher Stelle bei Wahlen	47
verpflichtende Einführung von Jugendparlamenten in den Gemeinden	24
Keine Angabe	3

Quelle: Jugendstudie des Renner Institutes 2008, Angaben in Prozent, Fragestellung im Wortlaut: Ich lese Ihnen einige Möglichkeiten vor, junge Leute in der Politik und bei der Gestaltung der Gesellschaft mitreden zu lassen. Was davon erscheint Ihnen selbst wirklich vernünftig? Mehrfachnennungen möglich

Im Großen und Ganzen zeigen sich die 14-24jährigen mit den Mitbestimmungsmöglichkeiten zufrieden. Rund zwei Drittel sind laut Jugendmonitor 2010 (BMWFJ, 2010) der Meinung, dass junge Menschen mit den bestehenden Möglichkeiten etwas bewirken können.

Werte

Die Jugendwertestudie 2006/2007 zeigt den hohen Stellenwert individualisierten Glücksstrebens für Jugendliche; Solidarität auf der Mikroebene (in der Familie) hat einen höheren Stellenwert als auf der Mesoebene (etwa: Verteilungsgerechtigkeit). Autoritarismus trifft zwar auf mehr Ablehnung als Zustimmung, ist jedoch im Vergleich zur Jugendwertestudie 2000 deutlich gestiegen. Polarisierend ist auch das Thema Fremdenfeindlichkeit. Auch hier ist ein Anstieg seit 2000 zu beobachten. Was in Hinblick auf die Politische Beteiligung besonders relevant erscheint, ist, dass politisch Interessierte fremdenfeindliche Aussagen stärker ablehnen (Friesl u.a., 2008, S. 105 ff).

Der Idee eines starken, nicht gewählten Mannes, der Ordnung schafft, kann – je nach Studie und genauer Fragestellung etwas variierend – zwar eine Minderheit, aber dennoch ein nicht unerheblicher Anteil der Jugendlichen etwas abgewinnen, bei jungen Männern etwas mehr als bei jungen Frauen, bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund weniger als bei jenen mit Migrationshintergrund (ebenda, S.78 ff).

In der Studie „Wählen mit 16" konnte gezeigt werden, dass autoritäre Einstellungen bei jungen Frauen weniger Zustimmung finden als bei jungen Männern, bei Schüler/innen weniger als bei Berufstätigen (inkl. Lehrlingen). In punkto Einstellungen zu Zuwanderern ist das Alter ausschlaggebend: Mit zunehmendem Alter prägen sich sowohl Zustimmung als auch Ablehnung stärker aus, das Thema polarisiert mit zunehmendem Alter immer mehr.

Die Gleichstellung von Frauen, grundsätzlich ein Thema, das hohe Zustimmung findet, wird von Frauen stärker unterstützt als von Männern, von Schüler/innen stärker als von Erwerbstätigen. (Schwarzer u.a., 2009, S. 30 ff)

Obwohl der Jugendmonitor 2010 bescheinigt, dass die 14-24jährigen recht zuversichtlich sind, was ihre nahe Zukunft betrifft – 26% bezeichnen sich als „sehr zuversichtlich", weitere 55% als „eher zuversichtlich" (BMWFJ, 2010, S.3), schätzen Jugendliche ihre mittel- und langfristigen Chancen doch recht skeptisch ein. Wie „Wählen mit 16" zeigt, glaubt ein Großteil der Jugendlichen, dass sie es in punkto Einkommen und sozialer Sicherheit einmal schlechter haben werden als ihre Eltern. Waren die Österreichischen Jungendliche schon in der EUYOUPART Studie 2004 als relativ skeptisch im Vergleich zu ihren Altersgenossen/innen in anderen Ländern aufgefallen, so hat sich diese Skepsis bis Herbst 2008 noch zusätzlich verschärft. Die Jugendstudie des Renner-Institutes weist als größte Sorgen der 14-20jährigen Umweltzerstörung, Anstieg der Kriminalität, Anstieg des Drogenproblems und Jugendarbeitslosigkeit aus (78% und mehr befürchten diese Entwicklungen sehr oder etwas). Mit etwas Abstand folgt an fünfter Stelle das Anwachsen von Neonazismus und Rechtsextremismus (66% befürchten dies sehr oder etwas).

3. Politische Partizipation

Formen politischer Partizipation – Wie partizipieren Jugendliche in Österreich?

Im Folgenden soll nun dargestellt werden, welche Formen politischer Partizipation bei jungen Menschen vorkommen. Dabei sind sowohl tatsächliches als auch intendiertes Verhalten relevant, da Partizipation auch eine Frage der Möglichkeiten ist.

Die Jugendwertestudie 2006/2007 weist Wählen als zentrale Form der Partizipation aus (Abbildung 4). Jeweils rund ein Drittel der 14-24jährigen hat sich schon einmal bei Wahlen, Spendenaktionen oder Unterschriftensammlungen beteiligt, etwa die Hälfte oder mehr zeigt Bereitschaft, dies einmal zu machen. Ähnlich hohe Bereitschaft, aber wesentlich niedrigere Erfahrungen damit gibt es für das Verfassen von Leserbriefen, die Mitarbeit bei einer Jugendvertretung, die Teilnahme an Demonstrationen oder die Mitarbeit bei Bürgerinitiativen oder Ständen. Lediglich die Übernahme eine politischen Amtes und der bewusste Boykott von Wahlen können sich deutlich weniger Jugendliche vorstellen (29 bzw. 27%).

Abbildung 4: Tatsächliches Engagement und Bereitschaft der 14-24jährigen 2006/2007

	schon gemacht	Bereitschaft
konventionelle Partizipation		
Beteiligung an Wahlen	31	59
Ein politisches Amt übernehmen	3	29
Bei einer Spendenaktion mitmachen	34	49
Leserbriefe schreiben	8	49
Wahlen bewusst boykottieren	4	27
in der Schülervertretung/anderer Jugendvertretung mitarbeiten	19	48
unkonventionelle Partizipation		
an einer Unterschriftensammlung beteiligen	30	53
an einer Demonstration teilnehmen	13	49
in einer Bürgerinitiative mitarbeiten	4	52
an Ständen mitarbeiten	5	46
n	1231	

Quelle: Jugend-Wertestudie 2006/07 (Friesl u.a., 2008), Angaben in Prozent

Die Studie „Wählen mit 16" kommt zu ähnlichen Ergebnissen, nur in Bezug auf die Teilnahme an Wahlen konnte in dieser Studie eine wesentlich höhere Bereitschaft der 16-18jährigen festgestellt werden. Aus „Wählen mit 16" geht aber auch hervor, dass bei den meisten Formen der Partizipation die Unterschiede in der Bereitschaft zwischen Schüler/innen und Berufstätigen nicht signifikant sind, bei der Wahlteilnahme, der Teilnahme an einer legalen Demonstration und der Mitarbeit in einer NGO allerdings signalisieren Schüler/innen eine höhere Bereitschaft als Berufstätige. Auch zwischen Männern und Frauen zeigen sich Unterschiede dahingehend, dass Männer eher bereit sind, an Wahlen teilzunehmen und eine/n Politiker/in zu kontaktieren, also zwei Formen der konventionellen Partizipation, Frauen hingegen eher bereit sind, Unterschriften zu sammeln, eine Form der unkonventionellen Partizipation. Jugendliche mit Migrationshintergrund zeigen grundsätzlich die gleiche Bereitschaft zu Partizipieren wie jene ohne Migrationshintergrund, lediglich bei der Wahlteilnahme und bei der Teilnahme an Demonstrationen liegt ihre Bereitschaft schwach, aber statistisch signifikant unter dem Durchschnitt.

Auch politisch motiviertes Konsumverhalten, auch political consumerism genannt, kann zur politischen Partizipation gezählt werden und war im Jahr 2004 bereits ein Thema für junge Menschen (Abbildung 5). Bereits etwa ein Viertel der 15-25jährigen hatte schon einmal ein Produkt aus politischen, ethischen oder Umweltgründen gekauft, etwas weniger als ein Fünftel ein Produkt aus ebendiesen Motiven boykottiert. Politisches Konsumverhalten war 2004 eher ein Phänomen in Städten und bei den etwas älteren Jugendlichen.

Abbildung 5: Politisch motiviertes Konsumverhalten 2004

	Gesamt	15-17 Jahre	18-25 Jahre	Stadt	Klein-stadt	Land
bestimmte Produkte aus politischen, ethischen oder Umweltgründen boykottiert	18	9	22	24	19	14
bestimmte Produkte aus politischen, ethischen oder Umweltgründen gekauft	23	14	26	27	25	18
n	1007	309	698	366	212	429

Quelle: EUYOUPART 2004, eigene Berechnungen, Anteil derjenigen, die die Partizipationsform schon einmal ausgeübt haben, in Prozent

Der politischen Partizipation in der Schule kommt, wie schon eingangs erläutert, ein besonderer Stellenwert zu. Auch in Österreich gilt: Wer in der Schule aktiv war, ist auch außerhalb der Schule aktiv, und wird auch im späteren Leben aktiv sein (Westphal u.a., 2008, S.92).

Und: In Österreich bieten die Schulen eine Vielfalt von obligatorischen oder fakultativen Möglichkeiten der Partizipation. Die Wahlen zum/zur Klassensprecher/in bzw. zur Schüler/innenvertretung bringen den Wahlakt in die Schulklassen. Etwa 4 von 10 Jugendlichen geben auch an, irgendwann im Laufe der Schulzeit das Amt des/der Klassensprechers/in innegehabt zu haben (Abbildung 6). Immerhin 2 von 10 geben an, ein Mitglied der Schüler/innenvertretung zu sein oder gewesen zu sein. Obwohl es sich hier um das Ausüben „politischer Ämter" handelt, ist der Unterschied zwischen Männern und Frauen – entgegen der Trends bei anderen politischen Funktionen – dabei nicht signifikant.

Abbildung 6: politische Partizipation in der Schule (Auswahl), 15-25jährige 2004

	Gesamt	Männer	Frauen
war (oder bin) Mitglied der Schülervertretung	21	22	20
Hatte (oder habe) eine Funktion als Klassensprecher/in	42	44	41
n	1007	520	487

Quelle: EUYOUPART 2004, eigene Berechnungen, Anteil derjenigen, die die Partizipationsform schon einmal ausgeübt haben, in Prozent

Wer nicht mehr in die Schule geht, ist möglicherweise an seinem oder ihren Arbeitsplatz eingebunden und kann hier im Rahmen der Möglichkeiten der Arbeitsverfassung politisch aktiv sein. So gaben 2004 von jenen Jugendlichen, die Erfahrung mit regelmäßiger, bezahlter Erwerbsarbeit haben, 38% an, dass sie bereits einmal an einer MitarbeiterInnenversammlung teilgenommen haben, 23% haben bereits bei Betriebsratswahlen ihre Stimme abgegeben (Abbildung 7). Eine aktive Form der Partizipation, also selbst eine Funktion im Betriebsrat innezuhaben bzw. eine Gruppe von Mitarbeiter/innen organisiert zu haben, um Unternehmensentscheidungen zu beeinflussen, wird immerhin von 4 bzw. 7% der Befragten mit Berufserfahrung angegeben.

Abbildung 7: politische Partizipation am Arbeitsplatz (Auswahl), 15-25jährige mit Berufserfahrung, 2004

	Gesamt	Männer	Frauen	Stadt	Klein-stadt	Land
an Wahlen zum Betriebsrat teilgenommen	23	27	19	25	25	20
war Mitglied des Betriebsrates	4	4	5	7	5	2
habe an einer Mitarbeiterversammlung teilgenommen	38	37	39	32	40	42
habe eine Gruppe von Mitarbeitern organisiert, um Entscheidungen der Firmenleitung zu beeinflussen	7	8	7	9	4	7
n	507	262	245	201	99	207

Quelle: EUYOUPART 2004, eigene Berechnungen, Anteil derjenigen, die die Partizipationsform schon einmal ausgeübt haben, in Prozent derjenigen, die schon Erfahrung mit regelmäßiger, bezahlter Arbeit haben

Der hier zu beobachtende Unterschied zwischen Männern und Frauen kann, auch wenn das mit den Daten der EUYOUPART-Studie nicht belegt werden kann, an der Struktur und dem Organisationsgrad der Betriebe liegen: Üblicherweise arbeiten Männer in einem höheren Ausmaß in größeren, gewerkschaftlich organisierten Betrieben als Frauen, Frauen also umgekehrt häufiger in Kleinbetrieben, in denen es keinen Betriebsrat gibt. Auch die Unterschiede zwischen Stadt und Land könnten strukturelle Ursachen haben.

Politische Partizipation via Internet und andere „Neuen Medien" ist ein noch wenig erschlossenes Kapitel. Internet ist für Jugendliche kein „Neues" Medium, sondern gehört für die meisten zum Alltag. Unklar ist aber, ob und inwieweit „Web 2.0"-Aktivitäten, etwa in sozialen Netzwerken wie Facebook, erfasst werden müssten, um Aktive Bürger/innenschaft bei jungen Menschen adäquat zu beschreiben. Im zweiten Schritt stellt sich in diesem Kontext die Frage, ob diese Art von Aktivitäten Menschen mit einbindet, die sonst nicht politisch aktiv sind, oder ob es ohnehin dieselben sind, die einfach einen zusätzlichen Kanal nützen können. Fragen wie diese sind für Österreich noch ungeklärt und bedürfen einer genaueren Beschäftigung damit.

Internationale Studien wie CivicWeb geben eher Hinweise in die Richtung, dass das Internet als zusätzlicher Kommunikationskanal für politische Aktive sehr wertvoll ist. Internet oder andere Technologien werden etwa dazu genützt, um online für Offline-Aktivitäten wie Demonstrationen usw. zu mobilisieren. Neu ist, dass das Internet neue Thematiken aufwirft, die dann tatsächlich die Ursache für politische Partizipation bilden, wie man am Beispiel der Thematik des Filesharing und dem Erfolg der sogenannten Piratenpartei, die sich rund um das Thema gebildet hat, bei den Europaparlamentswahlen in Schweden gesehen hat.

Illegale Formen der politischen Partizipation

Intentionales Handeln mit dem Ziel, etwas politisch zu bewirken, muss nicht notwendiger Weise im Rahmen der legalen Möglichkeiten stattfinden. Eines vorweg:

Illegale und gewalttätige Formen politischer Partizipation sind unter Jugendlichen in Österreich wenig verbreitet. Bei aller Einschränkung, die bei einer Umfrage in diesem Themenfeld gegeben sind, kann doch gesagt werden, dass von den illegalen Formen, die erfasst wurden, politische Graffiti und illegale Demonstrationen am weitesten verbreitet sind, 4% der 15-25jährigen gaben 2004 an, dies schon einmal gemacht zu haben. Zwischen 2 und 3% gaben an, schon an einer Veranstaltung teilgenommen zu haben, wo es zu Sachschaden oder gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei oder dem politischen Gegner/innen kam. In der Interpretation dieser Zahl gilt es aber zu beachten, dass die Teilnahme an einer solchen Veranstaltung noch nicht bedeutet, dass der/die Befragte selbst an dem Sachschaden oder der Auseinandersetzung beteiligt war.

Abbildung 8: Illegale politische Aktivitäten von 15-25jährigen, 2004

	Gesamt
politische Botschaften oder Graffiti auf Wände geschrieben	4
an einer illegalen Demonstration teilgenommen	4
an einer politischen Veranstaltung teilgenommen, bei der es eine gewalttätige Konfrontation mit der Polizei gab	3
an einer politischen Veranstaltung teilgenommen, bei der Sachschaden entstand	2

Quelle: EUYOUPART 2004, eigene Berechnungen, Anteil derjenigen, die die Partizipationsform schon einmal ausgeübt haben, in Prozent

Bei zwei der abgefragten illegalen politischen Aktivitäten gibt es einen signifkanten Unterschied zwischen jungen Menschen, die sich selbst als links und solchen, die sich selbst als rechts einstufen: Politische Graffiti wurden bereits von 9% der als links eingestuften Jugendlichen gesprüht, aber nur von 2% der als rechts eingestuften. An Veranstaltungen, bei denen es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam, haben 7% der „linken" Jugendlichen aber nur 1% der „rechten" teilgenommen.

Motive für Partizipation bzw. Nicht-Partizipation

Die Motive für die Beteiligung sind eng verknüpft mit dem Verständnis und der Wahrnehmung von Politik. Es stellt sich die Frage, welche Lebensbereiche als von der Politik durchdrungen wahrgenommen werden und ob es junge Menschen schaffen, ihre Lebenswelt als politisch zu verstehen.

Die lebensweltliche Verankerung bestimmt aber auch die Motive und Bereitschaft von Jugendlichen sich für ihre Interessen zu engagieren. Dafür bedarf es zweierlei, ein aktuelles Problem für die Jugendlichen, und eine Vorstellung davon, an wen sie sich wenden können, um eine Lösung herbeizuführen. In einer institutionellen Umgebung wie der Schule,

sind diese Einflussoptionen noch relativ transparent darstellbar, außerhalb der Schule wird die Möglichkeit der Beteiligung für die Jugendlichen durch eine gewisse Unübersichtlichkeit der Einflusskanäle erschwert.

Außerhalb der Schule kann die Gestaltung der für die Jugendlichen relevanten Räume von Bedeutung sein. Beispielhaft sei hier aus der Jugendstudie von GfK angeführt, dass sich über die Hälfte der Jugendlichen für bessere Ausbildungsmöglichkeiten oder vielfältigere Freizeitmöglichkeiten auf kommunaler Ebene engagieren würden.

Auch hier gilt aber: Ein Mitgestalten der Jugendlichen, z.B. bei der Ausstattung einer neuen Sportanlage, muss von diesen nicht notwendigerweise als politisches Handeln verstanden werden.

Einflussfaktoren auf Partizipation, Schule, Eltern, Peers usw.

Eine detaillierte Analyse der EUYOUPART Studie konnte auch für Österreich die in der Einleitung dargestellten Einflussfaktoren auf zwei ausgewählte Indikatoren für politische Partizipation, nämlich den Versuch, jemanden von einer Partei zu überzeugen, und die Teilnahme an einer Demonstration nachweisen: Den stärksten Einfluss auf das Verhalten haben die Freunde, aber auch Diskussionen mit den Eltern, insbesondere mit der Mutter steigern die politische Partizipation. Aus dem Einflussbereich der Schule sind sowohl das politische Wissen als auch die Erfahrungen in der Schule mit demokratischen Prozessen ausschlaggebend für andere Formen der Partizipation außerhalb der Schule (Schwarzer/ Zeglovits, 2009).

Wie im nachfolgenden Abschnitt 4 dargestellt wird, kann die Arbeit mit jungen Menschen im schulischen oder außerschulischen Kontext wichtige Impulse setzen, um die Einflusssphären der Familien und Freunde zu verstärken oder abzuschwächen. Wichtig sind dabei aber in erster Linie die Opportunitätsstrukturen zur Mitbestimmung und Mitgestaltung. Diese können die Selbstwirksamkeitswahrnehmung von jungen Menschen beeinflussen, insbesondere dann, wenn sie derlei Erfahrungen der Mitbestimmung nicht in anderen Kontexten erleben.

Was dabei offen bleibt, ist, wie junge Erwerbstätige zur Partizipation motiviert und mobilisiert werden können, fallen doch die Unterstützungsmöglichkeiten durch die Schule früher weg als bei anderen. Die Rolle von Gewerkschaften und Funktionär/innen von Betriebsräten ist dabei unbestritten, bedarf aber einer Ergänzung schon alleine für jene, die in sich ändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in kleinen oder gewerkschaftlich nicht organisierten Betrieben erwerbstätig sind. Auch Vereine, deren Bedeutung für die politische Mobilisierung immer wieder beschrieben wurde, scheinen für Jugendliche nicht die Anlaufstelle erster Wahl zu sein. In diesem Sinn wird der außerschulischen Jugendarbeit in Zukunft eine große Bedeutung zukommen.

4. Wahlaltersenkung

Wahlbeteiligung – alles im Grünen Bereich!

Nach den Wiener Gemeinderatswahlen im Jahr 2005 wurde aus einer Zufallsauswahl an Wahlsprengeln die tatsächliche Wahlbeteiligung der 16-17jährigen errechnet. Mit 59% lag diese im Bereich der Gesamtwahlbeteiligung (61%) und nicht, wie im Vorfeld befürchtet, deutlich darunter (Ogris u.a., 2005).

Die Wahlbeteiligung der 16-18jährigen bei der Nationalratswahl 2008 kann zwar nur aus der Umfrage geschätzt werden, zeigt aber einen ähnlichen Trend. 86% der Befragten geben an, an der Wahl teilgenommen zu haben, dieser Wert ist wegen des sozial erwünschten Antwortverhaltens mit Sicherheit zu hoch, ist aber zugleich ein wertvoller Hinweis auf das Vorhandensein der Wahlnorm. Auf der anderen Seite machen zwei Drittel aller Befragten, nämlich 66% eine Angabe über die Partei, die sie gewählt haben. Damit kann für die tatsächliche Wahlbeteiligung eine Spannweite von 66% bis 86% angenommen werden. Wir schätzen daher die Wahlbeteiligung mit etwa 76% (den Werte, der genau in der Mitte liegt), und damit eine Wahlbeteiligung bei den jüngsten Wähler/innen, die in etwa ähnlich hoch ist wie im gesamten Elektorat.

Bei beiden analysierten Wahlen ist aber ein Unterschied zwischen Schüler/innen und Erwerbstätigen zu erkennen (wobei wir hier die Lehrlinge den Erwerbstätigen zurechnen), Schüler/innen haben eine höhere (selbst berichtete) Wahlbeteiligung. Effekte von Kampagnen sind teilweise bei Lehrlingen oder jungen Erwerbstätigen stärker als bei Schüler/innen, tragen also dazu bei, der Unterschied zu reduzieren.

Begleitmaßnahmen

Die Wahlaltersenkung war von verschiedenen Maßnahmen begleitet. Untersucht wurden im Rahmen der Studie „Wählen mit 16" für die Nationalratswahlen 2008 die Demokratieinitiative des BMUKK und des BMWF und die Demokratiewerkstatt des Parlaments. Die Wahrnehmung der beiden Maßnahmen war mit über 20% bei 16-18jährigen sehr hoch. Die DemokratieInitiative konnte zudem dazu beitragen, das politische Interesse zu steigern, und das besonders bei Wähler/innen mit einem niedrigeren Bildungshintergrund, konnte also einen Beitrag dazu leisten, die Unterschiede nach Bildungshintergrund zu reduzieren. Die DemokratieWerkstatt des Parlaments hatte einen direkten positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung (Zeglovits/Schwarzer, 2009). Auch rund um die Wiener Gemeinderatswahlen 2005 gab es Begleitmaßnahmen von Seiten des Wiener Stadtschulrats. Es konnte gezeigt werden, dass Maßnahmen, die die Schüler/innen aktiv einbanden, wie etwa ein Nachstellen der Wahl, deutliche Effekte auf die Wahlbeteiligung hatte, reine Informationsmaßnahmen hingegen weniger (Ogris u.a., 2005, S.28).

Die bereits dargestellten positiven Entwicklungen seit der Wahlaltersenkung, was Interesse etc. betrifft, können zwar aufgrund der Datenlage nicht eindeutig mit den Begleitmaßnahmen in Zusammenhang gebracht werden, sind aber dennoch ein Zeichen dafür, dass die Vorbereitung der ErstwählerInnen auf die Wahlen gelungen ist.

5. Resümee und Handlungsempfehlungen

Aktive Bürger/innenschaft und politische Partizipation junger Menschen in Österreich nimmt vielfältige Formen an. Dabei wird auch deutlich, dass es nicht allein die formale Partizipation des Wählens ist, die junge Menschen anzieht, sondern dass die jungen Menschen versuchen, sich in unterschiedlicher Form und auf unterschiedlichen Wegen in die Gestaltung Österreichs einzubringen. Nicht der formale Organisationsgrad und Wahlbeteiligungen sind wichtig für das demokratische System Österreichs, sondern die generelle Bereitschaft und den Willen zu entwickeln, sich bei der Gestaltung des politischen Systems und der Gesellschaft einzubringen. Kaum eine andere Form politischer Herrschaft braucht so sehr die reale Beteiligung ihrer Bürger/innen wie die Demokratie.

Auch wenn der Forschungsstand in Österreich einige Fragestellungen offen lässt, so lassen sich aus dem vorhandenen Wissensstand einige Ansatzpunkte identifizieren, um Aktive Bürger/innenschaft von Jugendlichen zu fördern.

Die Rahmenbedingungen dafür haben sich mit der Wahlaltersenkung und der Einführung des Schulfaches Politische Bildung (im Rahmen von Geschichte/Sozialkunde) für die achte Schulstufe nachhaltig geändert, da nun alle Jugendlichen in Österreich im Unterricht wichtige Kompetenzen erwerben können, und damit zumindest was das Wissen betrifft, ähnlichere Ausgangssituationen hergestellt werden können. Politisches Wissen kann in Kombination mit anderen, auf Politik bezogenen Erfahrungen tatsächlich einen Effekt auf die kurz-, mittel- und langfristige politische Partizipation eines Individuums haben. Es ist die Kombination aus Wissen und Erfahrungen – Erfahrungen mit demokratischen Prozessen, Erfahrungen, als Jugendlicher von der Politik ernst genommen zu werden, die eine Bindung junger Menschen an das politische System der Demokratie und die Notwendigkeit aktiven Einbringens in die Belange dieser Demokratie evozieren. Die Schule kann nun mit dem Unterrichtsfach und den Möglichkeiten im Rahmen der Schuldemokratie Entscheidendes dazu beitragen, Grundsteine für den Beteiligungswillen zu legen.

Natürlich bleibt die Bedeutung von Erfahrungen, die jemand in der Familie und im Freundeskreis sammelt, aufrecht. Chance der Schule ist es, auch bei Jugendlichen, die aus einem wenig politisierten Umfeld kommen, Interesse zu wecken.

Weit distanziert von der Politik sind aus heutiger Sicht vor allem jene Jugendliche, schon früh im Berufsleben stehen, sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund. Diese Jugendlichen zur Aktiven Bürger/innenschaft zu motivieren, ist die große Herausforderung. Es ist jedoch unabdingbar, dass auch dort die unterschiedlichen Formen politischer Partizipation stimuliert und gefördert werden. Jungen Menschen sollten in den Berufsschulen und in ihren Betrieben Möglichkeiten der Mitgestaltung eingeräumt werden, damit auch deren Selbstwirksamkeitswahrnehmung gestärkt wird und ihre Bereitschaft sich mit der Demokratie aktiv auseinanderzusetzen zu erhöhen.

Gerade weil junge Berufstätige nicht mehr über die Schule erreicht werden können, kommt der außerschulischen Jugendarbeit für diese Gruppe eine ganz besondere Bedeutung zu.

Anzudenken wären Initiativen oder Aktionen analog zur DemokratieInitiative, die sich aber insbesondere auch an junge Berufstätige bzw. an Jugendliche mit Migrationshintergrund richten, damit auch diese sich von der Politik ernst genommen fühlen.

Welche Rolle dabei Neue Medien spielen können, ob Soziale Digitale Netzwerke mehr oder andere Jugendliche ansprechen können, ist nicht geklärt und bedarf weiterer Forschung.

Es liegt nicht an den jungen Berufstätigen, auf die Politik zuzugehen, sondern an der Politik, den ersten Schritt zu machen. Die österreichische Gesellschaft braucht aktive Bürger/innen in allen gesellschaftlichen Schichten.

Literatur

Barber, B. (1985): Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age. Berkeley and Los Angeles: University of California Press

Barnes, S. H./Kaase, M. (1979): Political Action. Mass participation in five western democracies. Beverly Hills: Sage

BMWFJ (2010): Der neue Jugendmonitor – Meinungen und Einstellungen der österreichischen Jugendlichen, http://www.bmwfj.gv.at/SiteCollectionDocuments/Jugendmonitor.pdf [1. April 2010]

Denny, K./Doyle, O. (2009): Does Voting History Matter? Analysing Persistence in Turnout. American Journal of Political Science 53 (1), 17-35

EUYOUPART (2005): Political Participation of Young People in Europe – Development of Indicators for Comparative Research in the European Union (EUYOUPART). Deliverable 17: Final Comparative Report., Forschungsbericht, SORA

Fieldhouse, E./Tranmer, M./Russel, A. (2007): Something about young people or something about elections? Electoral participation of young people in Europe: Evidence from a multilevel analysis of the European Social Survey. European Journal of Political Research 46 (6), 797-822

Filzmaier, P. (2007): Jugend und Politische Bildung. Einstellungen und Erwartungen von 14- bis 24-jährigen, Forschungsbericht, Donau Universität Krems

Franklin, M. N. (2004): Voter turnout and the dynamics of electoral competition in established democracies since 1945. Cambridge, New York, Melbourne, Madrid, Cape Town: Cambridge University Press

Friesl, C./Kromer, I./Polak, R. (2008): Lieben – Leisten – Hoffen. Die Wertewelt junger Menschen in Österreich. Wien: Czernin

Galston, W. A. (2001): Political Knowledge, Political Engagement and Civic Education. Annual Review of Political Science (4), 217-234

GfK_Austria (2007): Jugend und politische Orientierungen, im Auftrag von Industriellenvereinigung und BM für Gesundheit, Familie und Jugend

Hofer, V./Ladner, K./Reichmann, G. (2008): Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre – Fortschritt oder Irrweg. Journal für Rechtspolitik 16 (1), 27-32

Hoskins, B./Mascherini, M. (2008): Measuring Active Citizenship through the Development of a Composite Indicator. Social Indicators Research 90 (3), 459-488

ICT&S Center (2007): ePartizipation – „Jugend aktiv" . Das aktive IKT-Nutzerverhalten von Salzburger Jugendlichen mit besonderer Berücksichtigung von (politisch) partizipativen Formen von Internet und mobiler technischer Kommunikation, Universität Salzburg

Kirlin, M. (2002): Civic skill building: The missing component in Service learning? PS: Political Science & Politics 35 (3), 571-575

Ogris, G./Kozeluh, U. u.a. (2005): Wählen heißt erwachsen werden! Analyse des Wahlverhaltes 16- bis 18-jähriger Jugendlicher bei den Wiener Landtagswahlen 2005, SORA – ÖIJ – WZW

Pelinka, A. (2005): Jugend und Politik. In: Jugendforschung, Ö. I. f. (Hg.): Die Jugend ist die Zukunft Europas – aber bitte noch nicht jetzt

Plutzer, E. (2002): Becoming a Habitual Voter: Inertia, Resources, and Growth in Young Adulthood. American Political Science Review 96 (01), 41-56

Renner-Institut (2008): Jugendstudie des Renner-Institutes. Kurzinformation zur RI-Jugendstudie 2008, Renner-Institut

Schwarzer, S./Zandonella, M. u.a. (2009): "Wählen mit 16" Eine Post Election Study zur Nationalratswahl 2008. Befragung-Fokusgruppen-Tiefeninterviews,

Schwarzer, S./Zeglovits, E. (2009): Wissensvermittlung, Politische Erfahrungen und Politisches Bewusstsein als Aspekte Politischer Bildung sowie deren Bedeutung für Politische Partizipation. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 3 (Politische Bildung Revisted), 325-340

Spanring, R./Ogris, G./Gaiser, W. (Hg.) (2008): Youth and political participation in Europe. Results of the comparative study EUYOUPART, Leverkusen: Barbara Budrich Publishers, Opladen & Farmington Hills

Torney-Purta, J. (2002): The school‘s role in developing civic engagement: A study of adolescents in twenty-eight countries. Applied Development Science 6 (4), 203-212

Torney-Purta, J./Barber, C. u.a. (2008): Profiles of Civic Life Skills Among Adolescents: Indicators for Researchers, Policymakers, and the Public. Child Indicators Research 1 (1), 86-106

Verba, S./Schlozman, K. L./Brady, H. E. (1995): Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics. Cambridge London: Harvard University Press

Westphal, S./Waechter, N./Ptaszynska, A. (2008): Learning for participation: family, peers, school, work and voluntary organizations. In: Spanring, R./Ogris, G./Gaiser, W. (Hg.): Youth and political participation in Europe. Results of the comparative study EUYOUPART, Leverkusen: Barbara Budrich Publishers, Opladen & Farmington Hills

Zeglovits, E./Schwarzer, S. (2009): Lowering voting age in Austria – evaluation of accompanying campaigns for 16-18year olds. Konferenzbeitrag. ECPR 5th General Conference, Potsdam, 10-12 Sept. 2009

DIE AUTORIN, DER AUTOR:

Eva Zeglovits, Mag.a, Studium der Statistik an der Universität Wien, ehemals wissenschaftliche Mitarbeiterin bei SORA, Institute for Social Research and Analysis, Wien – nunmehr Department of Methods in the Social Sciences, University of Vienna; Doktoratsstudium an der Universität Wien, Forschungsschwerpunkte: politische Kommunikation, politische Partizipation, Wahlverhalten, politische Bildung, empirische Methoden in den Sozialwissenschaften.

Steve Schwarzer, Magister Artium in den Fächern Politikwissenschaft, Philosophie und Neuere dt. Literatur, Postgraduale Ausbildung am Institut für Höhere Studien und im Graduiertenkolleg „Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells” der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Seit 2002 regelmäßige Lehrverpflichtungen im Bereich der sozialwissenschaftlicher Methoden und Forschungsdesigns an den Instituten für Politikwissenschaft und Pflegewissenschaft der Universitäten Wien. 2007-2010 bei SORA – Institute for Social Research and Analysis mit den Arbeitsschwerpunkten Politische Bildung, Politische Partizipation, Evidenced based Policy-Making. Nunmehr bei TNS Opinion, Belgien.

Kapitel 5: Gesundheit – riskantes Verhalten – Delinquenz

5.1 Die Gesundheit der Jugend in Österreich als Grundlage für politische Maßnahmen

Wolfgang Dür
Robert Griebler
Markus Hojni

1. Theorie der Gesundheit und der Gesundheitspolitik

Seit der bahnbrechenden Definition aus dem Gründungsdokument der WHO von 1948, wonach Gesundheit mehr ist als nur die Abwesenheit von Krankheit, nämlich „das völlige körperliche, geistige und soziale Wohlbefinden", hat sich ein Verständnis durchgesetzt, das die Fitness, Funktionalität, Leistungs- und Zufriedenheitsfähigkeit der Individuen umschließt und Gesundheit in der Form von Human- und Sozialkapital als gesellschaftlichen Produktivfaktor begreift, der heute oftmals wichtiger ist als Geld (Nefiodow 2001). Gesundheit umreißt insofern ein breites Spektrum an individuellen Zuständen, die mit gesellschaftlichen Faktoren auf das Engste verknüpft sind. Diese Zustände kann man sich als auf einer Skala aufgereiht vorstellen, die am negativen Ende von Tod über Krankheit, Beschwerden und Beschwerdefreiheit bis zu optimalem Leistungsvermögen, Selbstverwirklichung und hoher Lebenszufriedenheit reicht (Antonovsky 1997).

Die Erhaltung und Förderung der Gesundheit ist daher zu einem der vorrangigsten Ziele der Gesellschaft geworden. Insbesondere mit Blick auf Kinder und Jugendliche wird dabei nicht allein über das Lebensglück von Individuen entschieden, sondern über die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft insgesamt in einer globalisierten Welt.

Zur wissenschaftlichen Unterstützung dieser Aufgabe bedient sich die moderne Gesundheitsforschung einer Vielzahl theoretischer Konzepte und Methoden aus Medizin, Epidemiologie, Psychologie, Soziologie, Politologie sowie Erziehungs- und Ernährungswissenschaften, deren unterschiedliche Zugänge es ermöglichen, die sehr hohe Komplexität des Themas Gesundheit auf einer interdisziplinären Ebene zu bearbeiten (Hurrelmann et al. 2006). Durch Grundlagenforschung, aber auch durch Interventions- und Evaluationsforschung ist es im Laufe weniger Jahrzehnte gelungen, ein umfassendes Bild der Wechselwirkungen zwischen Individuen und ihren natürlichen, technischen und sozialen Umwelten zu zeichnen.

Für die darauf aufbauende Planung und Umsetzung von Interventionen für Gesundheit ist von eminenter Bedeutung, dass weder der individuellen noch der sozialen Seite der Vorzug gegeben wird, sondern dass Maßnahmen direkt auf die Schnittstellen zwischen den Menschen und den sie umgebenden sozialen Systemen gerichtet werden. Der dafür häufig verwendete Begriff „Empowerment" steht genau für diese Strategie: soziale Strukturen zu schaffen, die die Eigenverantwortung des Individuums fördern und fordern und zugleich die Chancen des Einzelnen erhöhen, darin erfolgreich zu sein.

Da Gesundheit dort entsteht, wo „Menschen leben, lieben, arbeiten und spielen" (Ottawa Charter 1986), sind die sozialen Strukturen, die für Gesundheitsförderung in den Blick zu nehmen sind, äußerst weitläufig. Eine gezielte Gesundheitspolitik benötigt daher Konzepte und Richtlinien, die wissenschaftliche Erkenntnisse konzentrieren und mit der Praxis verbinden. Die finnische EU-Präsidentschaft hat 2006 mit dem Konzept „Health in All Policies" ein solches vorgelegt.

2. Beurteilung der verwendeten Daten

Die hier vorgestellten Daten zum Gesundheitszustand, Gesundheitsverhalten und den sozialen Determinanten von Gesundheit entstammen folgenden Quellen: Für die 11- bis 15-Jährigen wurden die Daten des 7. österreichischen HBSC-Survey herangezogen, der in enger Kooperation mit dem Europabüro der WHO durchgeführt wird (Dür/Griebler 2007a). Der Survey fand im März 2006 statt und basiert auf einem Selbstausfüllerfragebogen. Insgesamt wurden 4.096 11-,13- und 15-jährige Schüler/innen befragt, die per Zufallsauswahl aller österreichischen Schulklassen der 5., 7., und 9. Schulstufe, quotiert nach Alter, Geschlecht, Schultyp und Bundesland ermittelt wurden (Rücklaufquote von 79,7%).

Für die 15- bis 29-Jährigen, wurden die Ergebnisse der österreichischen Gesundheitsbefragung 2006/07 verwendet, bei der 3.039 15-bis 29-Jährige befragt wurden. Die Stichprobe wurde aus den Daten des Zentralen Melderegisters entnommen. Insgesamt wurden 25.130 Personen in die Befragung eingeschlossen, von denen 15.474 Personen an der Befragung teilgenommen haben (Rücklaufquote von 63,1%). (Statistik Austria 2007a)

Ergänzt wurden diese Ergebnisse um Daten aus dem 3. European Social Survey (ESS), der in den Jahren 2006/2007 in 30 europäischen Ländern durchgeführt wurde, wobei in Österreich, basierend auf einer geschichteten Zufallsstichprobe, 2.405 Personen befragt wurden (Rücklaufquote 63,96%); und dem Kärntner Jugendgesundheitsbericht 2006, einer Befragung Kärntens 10- bis 22-Jähriger, an der 3.215 Personen teilnahmen und die ebenfalls anhand einer geschichteten Zufallsauswahl, nach Gemeindegröße (proportional) und Bezirk (disproportional) erhoben wurde. Weiters ergänzt durch Daten aus der Studie zur Gesundheit von Lehrlingen in Wien (2001), einer repräsentativen Studie über Wiens 15 bis 19-Jährige Lehrlinge, an der 1.044 Personen teilnahmen und um Daten der internationalen WHO-HBSC-Studie, die zuletzt (2005/06) in 42 Ländern unter der Beteiligung von 204.534 Schüler/innen, durchgeführt wurde (Currie et al. 2008).

Auch wenn die Datenlage grundsätzlich zu verbessern ist, können die genannten Quellen für den hier verwendeten Zweck als ausreichend angesehen werden. Sie gewähren einen umfassenden Blick auf die zentralen Elemente der Gesundheit österreichischer Jugendlicher und junger Erwachsener.

3. Der Gesundheitszustand der 11-bis 29-Jährigen

Positive Gesundheit

Der Begriff „positive Gesundheit" steht für den positiven, krankheits- und beschwerdefreien Teil der genannten Skala. Da es sich dabei um subjektive Zustände handelt, sind diese auch nur subjektiv messbar und haben kein äußeres, quasi objektives Korrelat. Die in der Gesundheitsforschung hauptsächlich verwendeten Indikatoren „subjektive Gesundheit",

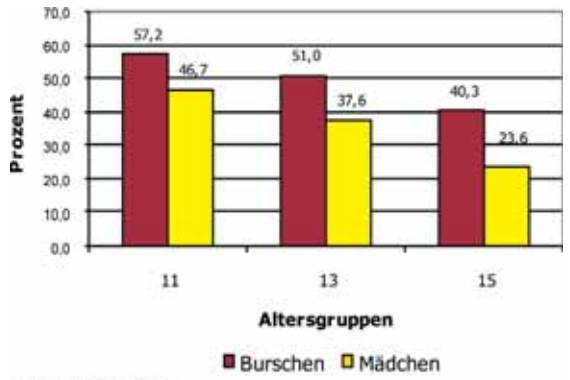
„Lebenszufriedenheit" und „gesundheitsbezogene Lebensqualität" haben sich nicht nur als schlanke und kosteneffiziente, sondern auch als äußerst zuverlässige Instrumente erwiesen, die im Verhältnis zu klinischen Indikatoren der Vorsorgeuntersuchung eine ebenso gute, häufig sogar bessere Prognosegenauigkeit bieten (vgl. Dür/Griebler 2007a).

Für die genannten Indikatoren zeigt sich, dass lediglich 2 von 5 der unter 15-Jährigen eine „ausgezeichnete" Gesundheit aufweisen, während alle anderen mehr oder weniger große Abstriche berichten. Bei den über 15-Jährigen stuft jeder Zweite seine Gesundheit bestmöglich ein („sehr gut"; Statistik Austria 2007a).

In allen Altersgruppen, aber verstärkt nach dem 13. Lebensjahr, stufen die Mädchen bzw. Frauen ihre Gesundheit signifikant schlechter ein als Burschen bzw. junge Männer.

Dieser Geschlechtsunterschied zeigt sich auch bei der Selbstbewertung der eigenen Lebensqualität, die bei männlichen Jugendlichen etwas höher ist. Auch die Lebensqualität nimmt bei beiden Geschlechtern mit dem Eintreten in die Pubertät dramatisch ab, um bei den 15- bis 29-Jährigen wieder anzusteigen. Es drückt sich darin aus, dass die Lebensbedingungen in der Familie und in der Schule den Anforderungen des Erwachsenwerdens nicht gut entsprechen.

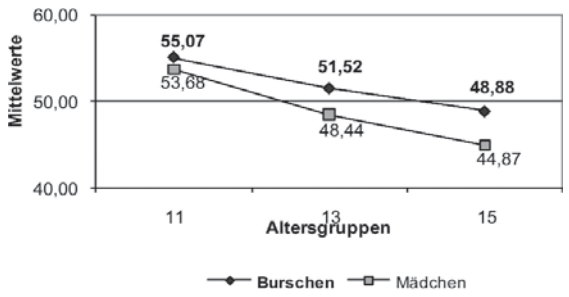
Abbildung 1:
Ausgezeichnete Gesundheit der 11-, 13- und 15 jährigen Schüler/innen, nach Alter und Geschlecht.



Quelle: Dür/Griebler 2007a

Abbildung 2:
Gesundheitsbezogene Lebensqualität, der 11-, 13- und 15-Jährigen Schüler/innen, nach Alter und Geschlecht.

Spannbreite: 0 (geringe) – 100 (hohe), Mittelwert (Referenzsample) =50,00 (Ravens Sieberer et al. 2006)



Quelle: Dür/Griebler 2007a

Physische und psychische Beschwerden

Im Anschluss an die allgemeine Übersicht der gesundheitlichen Selbsteinschätzung geben die Häufigkeiten und die Art von physischen und psychischen Beschwerden Aufschluss über die kurzfristigen Auswirkungen von Belastungen. Kopfschmerzen, Muskelverspannungen, Nervosität, usw. sind Anzeichen für eine einseitige Überbelastung des Organismus, die sich auf gesundheitsrelevante Verhaltensweisen zurückführen lassen. Verhältnisse am Arbeitsplatz, in der Schule, wie auch im Privatleben tragen dazu bei, dass sich bestimmte Verhaltensweisen verfestigen und sich negativ auf Physis und Psyche der Jugendlichen auswirken.

Dabei lassen sich zwei Muster hervorheben: (1) Wie erwartet sind körperliche Probleme für die 11- bis 15-Jährigen nicht in einer Form vorhanden, die sie selbst als ernsthaft beeinträchtigend empfinden und (2) weisen auch hier Mädchen wesentlich mehr Defizite auf als Burschen.

Bei den unter 15-Jährigen sind es vor allem psychische Beschwerden, die zu einem verminderten Gesundheitszustand beitragen. Schlafstörungen (16%), Nervosität (10%), sowie „schlechte Laune" (11,5%) sind dabei die von den Jugendlichen vorrangig genannten Beeinträchtigungen (siehe Abb. 3).

Erste ernsthafte körperliche Beschwerden machen sich erst in der Gruppe der 15- bis 29-Jährigen bemerkbar. Während in der Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen psychische Belastungen mit dem Älterwerden leicht abnehmen, nehmen physische Beschwerden zu. Hauptsächlich leiden die 15- bis 29-Jährigen unter Beschwerden im Bereich der Hals- (13,1%) und Lendenwirbelsäule (24,6%) (Statistik Austria 2007a). Dies weist darauf hin, dass nach der Pubertät die anhaltenden einseitigen Belastungen durch überwiegend sitzende Tätigkeiten in Schule, Freizeit und Beruf, gepaart mit zu wenig ausgleichender Bewegung ihre ersten Auswirkungen zeigen.

Abbildung 3: Körperliche und psychische Beschwerden (wöchentlich oder öfter) bei 11-, 13- und 15-jährigen Schüler/innen, nach Alter und Geschlecht

		Altersgruppen			Gesamt
		11	13	15	
Kopfschmerzen	B	8,0	9,8	5,6	8,0
	M	11,3	15,0	20,7	15,6
	G	9,6	12,4	13,6	**11,8**
	n	134	176	168	**478**
Magen-/Bauchschmerzen	B	5,7	4,4	4,4	4,9
	M	8,9	12,5	12,8	11,4
	G	**7,3**	**8,5**	**8,9**	**8,2**
	n	**102**	**120**	**110**	**332**
Rücken-/Kreuzschmerzen	B	6,2	8,3	8,6	7,6
	M	5,0	9,4	12,8	9,0
	G	5,6	8,8	10,9	8,3
	n	78	126	134	338
Fühle mich allgemein schlecht	B	3,3	5,0	4,8	4,3
	M	4,5	6,4	10,1	7,0
	G	**3,9**	**5,7**	**7,6**	**5,6**
	n	**54**	**81**	**94**	**229**
Bin gereizt oder schlecht gelaunt	B	8,2	10,5	10,1	9,6
	M	8,4	14,3	17,6	13,4
	G	**8,2**	**12,4**	**14,1**	**11,5**
	n	**115**	**176**	**174**	**465**
Fühle mich nervös	B	8,3	9,2	8,1	8,6
	M	9,3	11,9	12,8	11,4
	G	**8,8**	**10,5**	**10,6**	**10,0**
	n	**123**	**150**	**131**	**404**
Kann schlecht einschlafen	B	14,9	15,8	13,2	14,7
	M	17,7	18,5	19,4	18,6
	G	**16,4**	**17,2**	**16,5**	**16,7**
	n	**229**	**245**	**204**	**678**
Fühle mich benommen, schwindlig	B	5,5	5,8	3,9	5,2
	M	5,2	8,8	13,2	9,0
	G	**5,3**	**7,3**	**8,9**	**7,0**
	n	**75**	**104**	**109**	**288**

Quelle: Dür/Griebler 2007a
Legende: B=Burschen, M=Mädchen, G=Gesamt

Chronische Erkrankungen

Neben physischen und psychischen Beschwerden, die eine immer größere Rolle im alltäglichen Leben der Jugendlichen spielen, sind chronische Erkrankungen[42] ein ebenso ernstzunehmendes Problem (Bengel et al. 2003). Stress, einseitige Arbeitsbedingungen und die wachsenden Anforderungen einer an Komplexität rasant zunehmenden Welt, fordern nicht nur in den späteren Lebensabschnitten ihren Tribut, sondern treten bereits vermehrt in der Jugend auf.

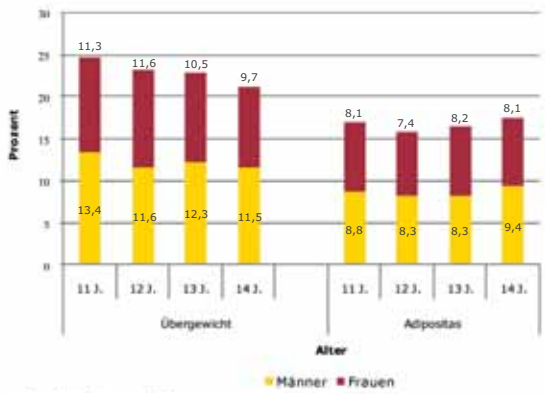
Für Österreichs Jugend zwischen 11 und 15 Jahren sind keine wesentlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Jahrgängen gegeben. Rund 20% weisen ihren Aussagen zufolge eine chronische Krankheit auf, wobei keine bedeutsamen Geschlechtsunterschiede festzustellen sind (Dür/Griebler 2007a). Lediglich bei der Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen steigt die Zahl der registrierten Allergien an und betrifft rund ein Viertel der Jugendlichen (Statistik Austria 2007a).

Übergewicht

Die Anteile der Jugendlichen, die an Übergewicht oder Adipositas leiden, haben in den letzten Jahren signifikant zugenommen (WHO 2003, Flodmark et al. 2004). Unausgewogene Ernährung und zu wenig Bewegung sind hier die Hauptursachen, die zu dieser Entwicklung führten und deren Trend weiter geht.

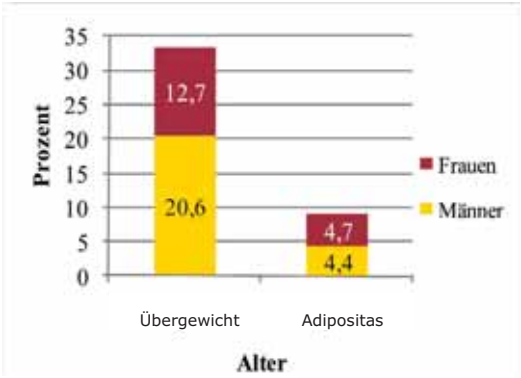
Der Body Mass Index (BMI), angepasst an Alter und Geschlecht (Kromeyer-Hauschild et al. 2001), zeigt, dass rund 2 von 10 Jugendlichen unter 15 übergewichtig oder adipös sind (siehe Abb.4), (WHO 2000; Zwieauer 2007). Bis zum 30. Lebensjahr steigt dieser Wert bei den Männern nur mehr geringfügig an und nimmt bei den Frauen sogar leicht ab (Abb.5, Statistik Austria 2007a).

Abbildung 4:
Anteil übergewichtiger und adipöser 11- bis 14-Jähriger in Österreich.



Quelle: Zwieauer 2007

Abbildung 5:
Anteil übergewichtiger und adipöser 15- bis 29-Jähriger in Österreich



Quelle: Statistik Austria 2007a

[42] Darunter werden Krankheiten verstanden, die längere Zeit (mindestens jedoch drei Monate) andauern und nicht durch Impfungen vermieden oder aber durch Medikamente dauerhaft geheilt werden können. (Dür/Griebler 2007a)

4. Gesundheits- und Risikoverhalten

Auf der Suche nach den Ursachen für die Gesundheit der Jugendlichen sind das Gesundheits- und Risikoverhalten jene Bereiche, die den unmittelbarsten Einfluss ausüben, wenn auch nicht 100%ig in der Kontrolle des Individuums liegen (WHO 2002).

Die Wahl der Ernährung, ob und in welchem Ausmaß Sport betrieben wird, Alkohol- und Tabakkonsum sind zunächst Entscheidungen, die jeder für sich treffen kann. Das gilt jedoch nur theoretisch und nur so lange, als man sie unabhängig voneinander und ohne ihren sozialen Kontext betrachtet. Man muss indessen davon ausgehen, dass sich diese Verhaltensweisen gegenseitig bedingen und zu kompakten Lebensstilen verdichtet auftreten, die mit dem Selbstbild und der persönlichen Identität ebenso verbunden sind wie mit bestimmten sozialen Milieus, die einen Handlungsrahmen für Verhalten allgemein vorgeben.

Durch Studien ist belegt, dass der Grundstein für die Ausbildung solcher Lebensstile in der Jugend gelegt wird. Früh angenommene Verhaltensmuster werden durch die ständige Wiederholung zu einem festen Bestandteil des Lebens, lagern sich in der Biografie des Individuums ab und werden durch Angebote, Verlockungen und Belastungen des Alltags unterstützt.

Gesundheitsverhalten der Jugend in Österreich

Bewegung

Dass körperliche Aktivitäten einen positiven Einfluss auf den menschlichen Metabolismus haben, wurde in den letzten Jahrzehnten anhand vieler Studien bewiesen (CDC 1996; Sallis/Owen 1999). Tägliche intensive körperliche Betätigung von 60 Minuten und mehr haben, laut Experten, nicht nur nachweislich einen positiven Effekt auf das physische und psychische Leistungsvermögen, sondern reduzieren auch entscheidend gesundheitsrelevante Risikofaktoren (z.B. Herz-Kreislauferkrankung), deren Gefahren nicht nur im fortgeschrittenen Alter eine Bedrohung darstellen (WHO 2007).

Die Gestaltung des Alltags in Schule, am Arbeitsplatz und in der Freizeit haben entscheidenden Einfluss auf das aktive Bewegungsverhalten[43] der Jugendlichen. Indem sie auch ihre Freizeit hauptsächlich vor dem Fernseher oder dem Computer sitzend verbringen, haben sie bereits einen ähnlich bewegungslosen Alltag wie Erwachsene. Dementsprechend sind sie auch bereits früher mit ähnlichen Beschwerden konfrontiert. Übergewicht, Depressionen, Muskelverspannungen und Beschwerden im Bereich der Wirbelsäule sind nur einige wenige der Probleme, die neben der Notwendigkeit von medizinischen Behandlungen das Wohlbefinden und die (schulische) Leistungsfähigkeit der Jugendlichen vermindern.

Betrachtet man das Bewegungsverhalten der Jugendlichen, so zeigt sich, dass ab dem 13. Lebensjahr ein Rückgang in der Häufigkeit körperlichen Aktivitäten zu verzeichnen ist. Dem von Experten empfohlenen Ausmaß an gesundheitsfördernder körperlicher Betätigung entspricht unter den 13-Jährigen nur jede/r Fünfte und unter den 15-Jährigen sogar nur mehr jede/r Zehnte (Dür/Griebler 2007a). Bei den über 15-Jährigen reduziert sich das tägliche aktive Bewegungsverhalten drastisch, sodass sich nur mehr drei Viertel der Jugendlichen einmal pro Woche sportlich betätigen.

[43] im Rahmen sportlicher Betätigung zur Steigerung der körperlichen Leistungsfähigkeit

Ernährung

Ebenso wie das Bewegungsverhalten trägt eine ausgewogene Ernährung zur Vermeidung zahlreicher kurz- und langfristiger Gesundheitsprobleme, wie z.B. Anämie, Adipositas, Essstörungen, sowie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs und Gehirnschlag bei (Pollit et al. 1998). Das Wissen um die Wichtigkeit der richtigen Ernährung wird vor allem für Jugendliche noch dadurch unterstrichen, dass Ernährung ein erlerntes Verhalten ist, das bereits in den frühen Jahren entscheidend geprägt wird und sich dementsprechend auf das spätere Leben auswirkt (Kelder et al. 1994; Lien et al. 2001). Von entscheidender Bedeutung sind dabei vor allem psychosoziale Faktoren in Kindheit und Jugend (Sigman-Grant 2002; Story et al. 2002).

Gesund ernähren sich nur ca. 20% bis 30% der unter 15-Jährigen, indem sie täglich Obst und Gemüse zu sich nehmen. Dies nimmt jedoch zwischen dem 11. und 15. Lebensjahr mit zunehmendem Alter ab. Steigender Beliebtheit hingegen erfreut sich der Konsum von ungesunden Lebensmitteln wie Süßigkeiten oder zuckerhaltiger Limonade. Diese werden von ca. 30% bis 40% nahezu täglich konsumiert. Hierin zeigt sich ein Effekt, der durch die Ablösung vom Elternhaus und die freiere Gestaltung des Essens bedingt ist. Der Schule als Ganztagsschule kann hier eine wichtige Rolle zufallen.

Bei den über 15-Jährigen verändern sich die Essgewohnheiten dahingehend, dass sich drei Gruppen bilden lassen, die anhand des Fleischkonsums zusammengefasst werden können. Dabei besteht nahezu ein Gleichgewicht zwischen jenen die Mischkost mit viel Fleisch (34,9%), Mischkost mit wenig Fleisch (38,4%) und jenen, die Mischkost mit viel Obst und Gemüse (21,7%) zu sich nehmen.

Risikoverhalten der Jugend in Österreich

Behandelte Unfälle und Verletzungen

Die gesteigerte Mobilität und ein riskanteres Freizeit- und Sportverhalten sind die häufigsten Ursachen für Unfälle und Verletzungen in der Adoleszenz (Dür/Griebler 2007a; Statistik Austria 2007a).

Insgesamt lässt sich zeigen, dass das Verletzungsgeschehen aufgrund von Unfällen mit dem Alter ansteigt. Durchschnittlich jeder zehnte Jugendliche unter 15 Jahren muss aufgrund von Verletzungen durch Unfälle in ärztliche Behandlung. Bei den über 15-Jährigen steigt die Zahl der behandelten Unfälle stark an und betrifft mehr als zwei Drittel der Jugendlichen.

Der geschlechtspezifische Unterschied tritt hier wie erwartet auf, indem sich Männer als risikobereiter darstellen als Frauen. Nahezu doppelt so viele Männer werden wegen Verletzungen durch Unfälle behandelt wie Frauen.

Tabak

Der Konsum von Tabak zählt zu den führenden Gesundheitsrisiken mit Todesfolgen. Weltweit sterben jährlich nahezu 5,4 Millionen Menschen an den Folgen des Tabakkonsums und laut Prognosen wird sich diese Zahl bis 2030 fast verdoppeln (WHO 2008; Mathers/Loncar 2006). In Österreich rauchen rund 1,5 Millionen Menschen täglich. In der Folge des Tabakkonsums sterben jährlich rund 31.000 Österreicher/innen (Statistik Austria 2007b).

Neben relevanten kurzfristigen Gesundheitsbeeinträchtigungen wie Kurzatmigkeit, Husten und verminderte Lungenkapazität sind es vor allem die Spätfolgen des Rauchens (Lungenkrebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Funktionsstörungen der Lunge u.v.m.), die neben der verminderten Lebensqualität eine hohe Belastung für das nationale Gesundheitswesen und dessen Finanzierung darstellen. Studien haben darüber hinaus gezeigt, dass die Raucher/innen durchschnittlich über ein deutlich vermindertes Leistungsvermögen verfügen und in Arbeitskontexten eine geringere Produktivität erzielen.

Befragungen unter erwachsenen Raucher/innen zeigen, dass 80% der Raucher/innen bereits im Jugendalter[44] mit diesem Verhalten begonnen haben (Moolchan et al. 2000; Lamkin /Houston 1998; Houstin et al. 1998, Jarvis 2004). Auch Österreichs Jugendliche machen bereit sehr früh ihre ersten Erfahrungen mit dem Tabak. Mehr als ein Drittel der 11- bis 15-Jährigen haben bereits Erfahrungen mit der Zigarette gesammelt[45], von denen jedoch ein besorgniserregender Anteil der 15-jährigen Burschen und Mädchen über das Probierverhalten hinausgeht. Insgesamt zeigt sich, dass rund 20% der 15-jährigen Schüler/innen täglich, weitere 7,8% wöchentlich zur Zigarette greifen (Dür/Griebler 2007a).

Bei den über 15 Jährigen verändert sich das Rauchverhalten nicht mehr wesentlich. Mit 3 von 10, die angeben täglich zu rauchen, zeigt sich ein vergleichsweise geringer Zuwachs an Raucher/innen zwischen dem 15. und 29. Lebensjahr. Auch hier ist, ähnlich wie bei den 11- bis 15-Jährigen, der Unterschied zwischen Burschen und Mädchen nur geringfügig (Statistik Austria 2007a).[46]

Alkohol

Neben dem Rauchen ist der Alkoholkonsum ein zweiter großer Einflussfaktor, dessen Langzeitfolgen ein wesentliches Problem im Gesundheitswesen darstellt.

Ebenso wie bei dem Rauchverhalten, entsteht mit dem Konsum von Alkohol eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass das Konsumverhalten über die Adoleszenz hinaus in das Erwachsenenalter übernommen wird (Duncan et al. 1998; Poikolainen et al. 2001; De Wit et al. 2000).

Das Einstiegsalter ist mit durchschnittlich 13 Jahren bereits sehr niedrig und verschärft sich noch in seiner Problematik, da die Jugendlichen bereits mit 14 Jahren das erste Mal „ernsthaft" betrunken waren und jeder 5. 13- bis 15-Jährige mindestens zweimal diese Erfahrung gemacht hat (Dür/Griebler 2007a; OECD 2009).[47]

Ein regelmäßiger Alkoholkonsum, d.h. wöchentlich oder öfters, findet sich bei rund 15% der unter 15-Jährigen wieder. Dieses Verhalten nimmt mit dem Alter deutlich zu, wobei in allen Altersgruppen gilt, dass Burschen häufiger und regelmäßiger zum Alkohol greifen als Mädchen (Dür/Griebler 2007a).

[44] Vor dem 18. Lebensjahr.

[45] Anteil der 11- bis 15-Jährigen die bereits Erfahrungen mit der Zigarette gemacht haben: Gesamt 35%; Burschen 33,5%, Mädchen 36,6%.

[46] Anteil der 15- bis 29-Jährigen täglichen Raucher/innen: Gesamt 30,2%; Männer 31,7%; Frauen 28,6%.

[47] Anteil der 13-bis 15-Jährigen, die mindestens zweimal betrunken waren nach Geschlecht: Burschen 17,1%, Mädchen 12,8%.

Bei den 15- bis 29-Jährigen steigt der Alkoholkonsum erwartungsgemäß an. Hier sind es jedoch vor allem soziale Faktoren der Adoleszenz, wie z.B. häufigeres Ausgehen mit Freunde/innen oder die Teilnahme an gesellschaftlichen Anlässen, welche Auswirkungen auf das Konsumverhalten haben, wobei sich Frauen und Männer diesbezüglich nicht voneinander unterscheiden.[48] Als problematisch werden jene 5% definiert, die bereits in dieser Phase ihres Lebens erste Anzeichen[49] für ein Trinkverhalten aufweisen, das später zu einer Alkoholabhängigkeit führen kann.[50]

Gewalt

Zu den Themen Gewalt und Gewaltbereitschaft liegen für Österreich keine Daten vor, die einen Vergleich zwischen den beiden Altersgruppen ermöglichen. Während das Gewaltverhalten der 11-bis 15-Jährigen durch die österreichische HBSC Studie konkludent erhoben wird, liegen für die Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen nur vereinzelte Daten vor, die umfassende Schlussfolgerungen erschweren. Für beide Altersgruppen gilt jedoch, dass in der Öffentlichkeit hartnäckige Mythen und vage Vermutungen vorhanden sind, die Gewaltverhalten wie Mobbing und Bullying unter Kinder und Jugendlichen verharmlosen.

Was im Setting Schule als Bullying bezeichnet wird, ist in der Arbeitswelt hinlänglich als Mobbing bekannt und gehört zu jener Gruppe aggressiver Verhaltensweisen, die durch ein Machtungleichgewicht zwischen Täter und Opfer gekennzeichnet sind und als eine sich wiederholende negative physische oder verbale Handlung definiert ist, die mit feindseligem Vorsatz das Opfer in Bedrängnis bringt und einen Machtunterschied zwischen Opfer und Täter demonstriert (Olweus 1991, Pepler et al. 1997).

In Bezug auf Bullying geben 25,3% der 11- bis 15-jährigen Schüler/innen an, ein- oder zweimal als Täter/innen an Bullying-Attacken beteiligt gewesen zu sein (Burschen 28,7%, Mädchen 22%). Ein regelmäßiges Bullyingverhalten (dreimal oder öfter) legen 14,8% der 11- bis 15-jährigen Schüler/innen an den Tag, wobei dies auf 20,6% der 11- bis 15-jährigen Burschen und auf 8,9% der 11- bis 15-jährigen Mädchen zutrifft. Während das Bullying bei den Burschen mit dem Alter zunimmt, pendelt sich dieses Verhalten bei den Mädchen nach einem sprunghaften Anstieg zwischen dem 11. und 13. Lebensjahr auf einem gleich bleibenden Niveau ein (Dür/Griebler 2007a).

Für die 15- bis 29-Jährigen ist es schwer, ähnlich detaillierte Angaben über ihr Gewaltverhalten zu machen. Ein vergleichbarer Punkt wäre hier Mobbing am Arbeitsplatz, zu dem jedoch Informationen in der erwünschten Auflösung fehlen. Lediglich zu Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz durch Mobbing und der Androhung physischer Gewalt lässt sich sagen, dass für 3% aller Erwerbstätigen Mobbing, und für 1% die Androhung physischer Gewalt ein Problem am Arbeitsplatz ist (Statistik Austria 2009b).

[48] Anteil der 15- bis 29-Jährigen nach Geschlecht, die in den letzten vier Wochen Alkohol konsumiert haben: Gesamt: 29,1%; Männer: 22,5%; Frauen: 22,3%; Statistik Austria 2007.

[49] Die Alkoholabhängigkeit wird anhand von 4 Fragen (Cage-Fragen) aus dem EUROHIS-Fragenprogramm gemessen, die aus einer coping-Komponente, einer Frage nach den soziale Konsequenzen und einer emotionalen Komponente besteht. Als problematisch wird definiert, wenn zwei oder mehr der 4 Cage-Fragen positiv beantwortet werden. (Statistik Austria 2007).

[50] Anteil der 15- bis 29-Jährigen, die einen problematischen Alkoholkonsum aufweisen nach Geschlecht: Männer: 6,5%; Frauen: 2,8%; Statistik Austria 2007

5. Einflussfaktoren auf die Gesundheit von Jugendlichen

Es ist weitgehend wissenschaftlicher Konsens, dass soziale Einflussfaktoren neben oder vermittelt über das Gesundheits- und Risikoverhalten eine entscheidende Rolle für die Gesundheit der Menschen spielen.

Ein einfaches Schema unterscheidet folgende Faktoren:

- die Bildung einer Person, womit alle kognitiven, emotionalen und sozialen Fähigkeiten einer Person gemeint sind, die benötigt werden, um im Leben zurecht zu kommen;
- das Vorhandensein von Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeiten in den Lebenswelten bzw. Settings (Empowerment (Dür 2008), Level of control (Karasek/Theorell 1990)), wodurch gleichzeitig Kreativität und Eigenverantwortung gefördert werden;
- die engeren sozialen Beziehungen, inwieweit also eine Person von Einsamkeit, Isolation, Ausgrenzung und Feindseligkeit betroffen ist oder auf Liebe, Freundschaft, Achtung und Unterstützung zählen kann;
- der soziale Status einer Person, womit die loseren, schwächeren sozialen Beziehungen in Netzwerken und die Stellung in Hierarchien gemeint ist,
- die sozioökonomische Lage einer Person, ihr Einkommen und ihr Auskommen (Dür/Griebler 2007a).

Familiäre Situation

Die gesellschaftliche Funktion der Familie ist schon seit langer Zeit einer jener Bereiche, der für Wissenschaft und Forschung von großem Interesse ist. Ihre vielschichtigen Einflüsse auf das Individuum als auch auf die gesamte Gesellschaft führten dazu, die Familie hinsichtlich ihrer Funktion als Quelle und Prädiktor von Gesundheit zu untersuchen, um den Einfluss von familiären Verhältnissen auf die Gesundheit von Jugendlichen beschreiben zu können (Collins/Steinberg 2006; Collins/Laursen 2004; Granic et al. 2003; Grotevant 1998; Rodrigo/Palacios 1998; Steinberg 2001; Parke/Buriel 2006). Dabei wurden günstige und ungünstige Wirkungen in der Familie festgehalten, die einerseits über Dimensionen wie Emotionalität, Zärtlichkeit, Körperkontakt, soziale Unterstützung, gemeinsame Aktivitäten, Fehlen von Gewalt und vielfältige Förderung und Stimulation des Kindes entstehen, andererseits durch Instabilitäten in der Familie (Ehescheidung), durch Vernachlässigung und Unerwünschtheit des Kindes, mangelnde Fürsorge, Gewalt oder Erschöpfung der Eltern bei den Kindern und Jugendlichen zu Belastungen führen, die deren psychische und physische Entwicklung hemmen, sie in Krankheit abdrängen (Murray et al. 1999, Luoma et al. 2001, Pettersen/Albers 2001, Stevens 2006) oder Störungen der psychomotorischen Entwicklung bedingen (Remschmidt 1988, Ellsäßer 2002). Aus Sicht der Gesundheitsförderungsforschung kann hier, stark vereinfacht, zwischen zwei Typen von Familie unterschieden werden. Jene, die in den genannten Bereichen Eigenschaften (Indikatoren) aufweisen, die der Gesundheit und der Entwicklung der Jugendlichen zuträglich sind und jene die es nicht sind. Die „gute gesunde" Familie bietet eine positive Unterstützung in allen Bereichen. Sie übt ein Maß an Kontrolle aus, das den Jugendlichen nicht in seiner Freiheit einschränkt, sondern dafür sorgt, dass die Familie als Bezugspunkt akzeptiert wird. Empirische Belege weisen darauf hin, dass Jugendliche, die in Kernfamilien (in Österreich 78,1%) aufwachsen und eine gute Beziehung zu ihren Eltern unterhalten, dem Ideal der „guten, gesunden Familie" näher kommen und eine erhöhte Wahrscheinlichkeit besitzen,

keine Beschwerden zu haben und eine hohe Lebenszufriedenheit aufzuweisen, als Jugendliche, die bei Alleinerzieher/innen (15%) aufwachsen und von beeinträchtigten Familienstrukturen betroffen sind (Dür/Griebler 2007a). Dazu ist zu bemerken, dass die erhöhte Belastung nicht vorrangig auf die Familienstruktur als solche zurückzuführen ist, sondern sich aus einer Summe ungünstiger Bedingungen ergibt (z.B. veränderte ökonomische Situation, erhöhte Belastung im Alltag durch Stress, latente Konflikte in der Familie etc.). Offen bleibt jedoch, welcher Anteil an diesem summativen Effekt der Familienstruktur und welcher der Qualität der familiären Beziehungen zuzuschreiben ist.

Des Weiteren ist die Familie die Hauptquelle für soziale Ungleichheiten, die aus Armut, Arbeitslosigkeit, dem Bildungsniveau der Eltern, der Nationalität und den Wohnverhältnissen erwachsen und wesentliche Faktoren darstellen, die die Gesundheit von Jugendlichen beeinflussen. Wenn auch in Österreich ein überwiegender Anteil der Jugendlichen in Familien mit einem „mittleren" bis „hohen" Wohlstandsniveau aufwachsen, so gewinnt der Begriff „Kinderarmut" aufgrund des größer werdenden Wohlstandsunterschiede dennoch weiter an Brisanz (Spencer 2000; Taylor et al. 2000; Richter/Hurrelmann 2006; Mielck/Helmert 1994; Schlack 1995; Statistik Austria 2009a; Dür/Griebler 2007a).

Peers, Freizeit

In ihrer Funktion können außerfamiliäre Netzwerke Gleichgesinnter (Peers/Freunde) als eine Komponente betrachtet werden, welche, zusätzlich zum sozialen Rückhalt durch die Familie, als zweitwichtigste soziale Referenzquelle für Jugendliche gelten (Brown 2004). Während die Familie eine Art Basis darstellt, auf die sich Jugendliche verlassen können und die ihnen Schutz und Zuflucht bietet, stellen die Beziehungen und die Aktivitäten mit Gleichgesinnten einen Bereich dar, in dem sie ihre eigenständige Persönlichkeit entwickeln und austesten können (Pérez et al. 2007). Der gesundheitsrelevante Einfluss, der dabei entstehen kann, gestaltet sich entlang einer Reihe von Faktoren, die allesamt positive (Akzeptanz, Erfahrungsaustausch, Unterstützung etc.), als auch negative Effekte (akzeptiertes Rauchverhalten, Alkohol-, Drogenkonsum, riskantes Freizeitverhalten etc.) für die Gesundheit und das Gesundheitsverhalten haben können (Rubin et al. 2008). Entscheidend ist dabei, in welcher Form die Jugendlichen ihre Freizeit verbringen. Negative Effekte des Peerverhaltens können durch organisierte Formen der Freizeitgestaltung (z.B. in Rahmen von Sportvereinen) bis zu einem gewissen Grad gemildert werden, wobei man mit zunehmendem Alter davon ausgehen kann, dass der Einfluss der Peergruppe abnimmt. An ihre Stelle treten partnerschaftliche Beziehungen, sowie die eigene Familie.

Schule

Als jener Ort, an dem Jugendliche einen Großteil ihrer Kindheit und Jugend verbringen, spielt die Schule, die im Brennpunkt von Familie, Freunden und den wachsenden Alltagsanforderungen steht, eine wesentliche Rolle für die Entwicklung des Gesundheitsverhaltens von Jugendlichen (Currie et al. 2004; Erhart et al. 2006; Dür et al. 2006).

Der Haupteinfluss entsteht anhand der Verhältnisse in der Schule. Stress, das auferlegte Arbeitspensum, Prüfungen, sowie monotone Tätigkeiten können vor allem psychosomatische Beschwerden, Ängste und Depressionen hervorrufen. Ebenso das Ernährungs- und Bewegungsverhalten. Ungesunde Ernährung und mangelnde Bewegungsfreiheit sind nicht

nur dem wachsenden Warenangebot der Nahrungs- und Unterhaltungsindustrie zuzuschreiben, sondern auch der Gestaltung des Schulalltags, welcher unmittelbar auf die Gesundheit der Jugendlichen einwirkt.

Ebenso wichtig ist die Qualität der sozialen Beziehungen, die in der Schule entwickelt werden. Schüler/innen – Schüler/innen-, als auch Lehrer/innen – Schüler/innen-Beziehungen sind ein wichtiger Faktor in der Jugendphase, da sie nicht nur die ersten ernsthaften sozialen Auseinandersetzungen mit sich bringen, sondern auch vermitteln, was es bedeutet, Unterstützung und Vertrauen von anderen zu bekommen. Eine in dieser Form positiv erfahrene Schulumgebung hat über all diese Ebenen einen positiven Einfluss auf die Gesundheit der Schüler/innen, die dazu beiträgt, dass mit steigendem Wohlbefinden auch die schulischen Leistungen ansteigen (Abb. 6; Roeser et al. 2000; Samdal/Dür 2000; Coleman/Collinge 1991; Finn 1989; Mortimore 1998; Schunk/Zimmerman 1994; Steptoe; 1991. Für Österreich zeigt sich anhand der Daten des internationalen HBSC-Survey ein vergleichbarer Effekt sowohl auf der Mikroebene (Schulklassen), als auch auf der Makroebene (Länder). Je besser die Schüler/innen ihren Gesundheitszustand bewerten, desto erfolgreicher stufen sie auch ihren Schulerfolg ein und je erfolgreicher die Schüler/innen in der Schule sind, desto besser bewerten sie auch ihren Gesundheitszustand (vgl. Abb. 7, Dür/Griebler 2007b).

Abbildung 6:
Zusammenhang der subjektiven Gesundheit 11- bis 15-Jähriger mit ihrer schulischen Leistungen (vom Schüler wahrgenommene Bewertung der Lehrer/innen) in 34 Ländern

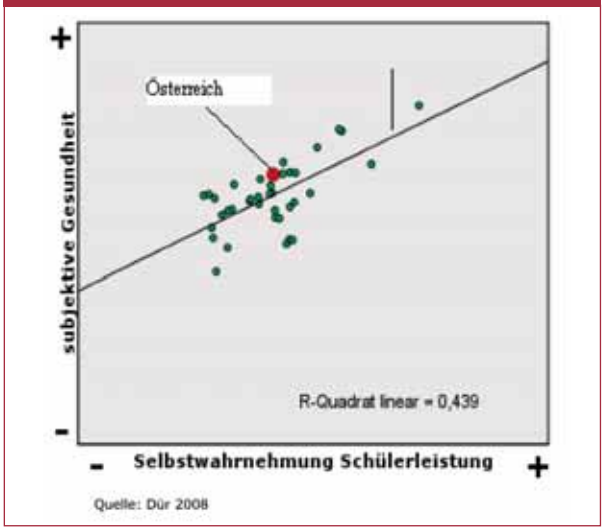
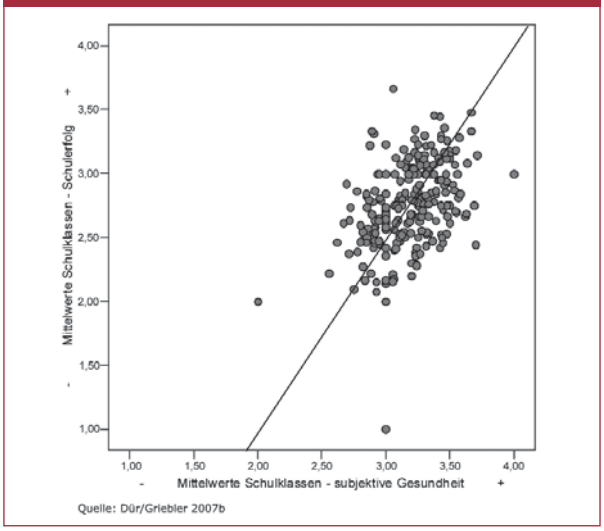


Abbildung 7:
Zusammenhang der subjektiven Gesundheit mit Schulerfolg von 11- bis 15-Jährigen in Österreich auf Klassenebene. (n=240; r=0,411)



Arbeitsplatz

Ähnlich wie die Schule hat auch der Arbeitsplatz, das Arbeitsumfeld, die betrieblichen Strukturen etc. einen bedeutenden Einfluss auf die Gesundheit und das Gesundheitsverhalten von jungen Erwerbstätigen (Karasek/Theorell 1990). Eine europaweite Studie über die Arbeitsbedingungen und den Gesundheitszustand der arbeitstätigen Bevölkerung zeigt, dass mehr als die Hälfte (60%) der Erwerbstätigen in der EU gesundheitliche Probleme und Einschränkungen auf ihre Tätigkeiten und ihr Arbeitsumfeld zurückführen (Merllié/Paoli 2002).

Die Belastungen, denen die Arbeitnehmer/innen täglich an ihrem Arbeitsplatz ausgesetzt sind, variieren ebenso wie das mögliche Spektrum an Professionen. Angefangen bei manuellen Tätigkeiten, bis hin zu Arbeiten mit Giftstoffen oder unter anderen gefährlichen Arbeitsbedingungen, haben sie alle einen Einfluss auf die Gesundheit (Schunder 2003). Neben diesen unmittelbaren Gefahren für die Gesundheit, welche durch die Ausübung der täglichen Tätigkeiten im Beruf bestehen, gibt es noch mehr Faktoren, welche den Arbeitsplatz als wichtige Determinante von Gesundheit hervorheben. Er birgt, als sozialer Ort, neben Auswirkungen auf die physische, auch Einflüsse auf die psychische Gesundheit, die z.B. durch Mobbing, Bossing, hohe Arbeitsbelastung, etc., zu Sinnverlust, spezifischen Risikoverhaltensweisen (Konsum von Alkohol, Drogen oder Tabak) und Arbeitsunzufriedenheit führen können (Dür et al. 2005). Die möglichen Ursachen dieser psychosozialen Belastungen finden sich in der Qualität der sozialen Beziehungen (zwischen Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber/innen, den Kollegen/innen und dem Unternehmen als Ganzes; Pfister/Mom 1997).

6. Synopse

Gesundheit umfasst alle Bereiche des Lebens und stellt das Human- und Sozialkapital einer Gesellschaft. Sie ist daher mehr als nur ein individueller Zustand, nämlich ein soziales Gut, dessen Pflege im besonderen Maße bei jungen Menschen eine politische Forderung ist.

Die Pflege und Förderung der Gesundheit liegen daher ebenso in der individuellen wie in der politischen, staatlichen Verantwortung. Während der Staat bzw. die Körperschaften und Organisationen für die Entwicklung von Jugendlichen günstige Bedingungen zur Verfügung stellen müssen, müssen diese ihren Entwicklungsaufgaben (Hurrelmann 2006) selbstverantwortlich nachkommen. Nur das Zusammenwirken der „Verhältnisse" mit dem „Verhalten" kann erfolgreich sein.

- Sowohl der Gesundheitszustand als auch das Gesundheitsverhalten sind eng mit den Bedingungen in der Familie, der Schule und am Arbeitsplatz verbunden. Maßnahmen der Gesundheitsförderung sollten daher vor allem in Richtung Schule und Familie zielen.
- Bezüglich der Familie zeigt sich, wie sehr sich Schichteffekte ungünstig auf die Gesundheit der Jugendlichen auswirken. Jugendliche aus ärmeren sozialen Verhältnissen rauchen häufiger, ernähren sich schlechter, bewegen sich weniger und neigen eher zu Übergewicht und Adipositas.
- Mit Bezug auf die Schule sind unterschiedliche Einflussfaktoren von Bedeutung:
  - Ergonomie, Luftqualität, Trink- und Ernährungsmöglichkeiten beeinträchtigen die physische Gesundheit unmittelbar;

  - Die sozialen Beziehungen zwischen den Schüler/innen (Bullying, Gewalt) und zwischen Schüler/innen und Lehrer/innen sind häufig nicht nur nicht unterstützend und der Entwicklung förderlich, sondern häufig auch negativ und seelisch belastend;
  - Die Unterrichtsformen sind immer noch häufig monotonisierend und deaktivierend und den mentalen und sozialen Fähigkeiten der Heranwachsenden nicht angemessen; Gemeinsam mit häufigen, zum Teil existentiell wirksamen Prüfungen ist Distress eine weitverbreitete tägliche Schulerfahrung.
- Ab dem 15. Lebensjahr ist Mobilität eine wesentliche Lebenserfahrung der jungen Menschen, wodurch sich im Verkehrsverhalten ein wesentlicher ungünstiger Gesundheitsfaktor eröffnet. Gleichzeitig gehören das Austesten und Hinausschieben der eigenen Grenzen bzw. das Eingehen von Risiken zum Erwachsenwerden dazu.
- Auch im Sport- und Freizeitbereich sind daher Gesundheitsgefahren gegeben. Die häufigste Ursache für Krankenhausaufenthalte sind in der Altersgruppe der 11- bis 29-Jährigen Unfälle und Verletzungen.

7. Empfehlungen

Mehr Gesundheitsförderungsmaßnahmen im Setting Approach, der individuelle mit strukturellen Maßnahmen verbindet. Dies kann über die Familien aber auch vor allem über Einrichtungen für Jugendliche (Gastbetriebe, Jugendzentren, Jugendorganisationen) erreicht werden.

- Für Familien der unteren Einkommensstufen sind Strukturmaßnahmen der Kinderbetreuung wie Krippen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Tagesmütter und Kindergärten von besonderer Bedeutung, da sie Alltagsstress und ökonomischen Druck von der Familie nehmen.
- Für die Jugendlichen im Besonderen sind sozialarbeiterisch betreute Einrichtungen auf Gemeindeebene von Bedeutung. Hier ist vor allem an Sport- und Freizeitvereine zu denken, die in Gesundheitsförderungsmaßnahmen der Gemeinde einzubeziehen sind bzw. Träger solcher Maßnahmen sein können. Positive Beispiele sind beim Fonds Gesundes Österreich (FGÖ) einzusehen.
- Spezifische gesundheitsrelevante Bereiche der Jugend – Verkehr, Arbeitslosigkeit – benötigen spezielle Maßnahmenpakete.
- Eine Schlüsselrolle bei der Gesundheit der Jugendlichen kommt der Schule zu, da sie nicht nur unmittelbare Wirkungen auf die Gesundheit hat, sondern im Sinne des Lernens und Einübens (health literacy; gesundheitsbezogene Alphabetisierung) auch langfristige Wirkungen für das Gesundheitsverhalten im späteren Leben.
- Lehrlinge sind nicht über Bildungseinrichtungen zu erreichen, sondern müssen direkt an ihrer Arbeitsstätte angesprochen werden. Hier empfiehlt sich der systematische Auf- und Ausbau betrieblicher Gesundheitsförderung mit einem speziellen Fokus für die jüngsten Arbeitnehmer/innen.
- Wie auch im Bezug auf die Gesamtbevölkerung gilt ebenso bei Jugendlichen, dass eine umfassende, kongruente Gesamtpolitik am erfolgreichsten sein wird, die nicht einzelne Maßnahmen hier und dort, sondern eine konzeptuell zusammengehaltene Gesundheitspolitik für Jugend macht.

Literatur

Antonovsky A. (1997). Salutogenese. Zur Entmystifizierung der Gesundheit. Tübingen: Dgvt-Verlag.

Bengel J., Beutel M., Broda M., Haag G., Härter M., Lucius-Hoene G., Muthny F.A., Potreck-Rose F., Stegie R. , Weis J. (2003). Chronische Erkrankungen, psychische Belastungen und Krankheitsbewältigung. Herausforderungen für eine psychosoziale Versorgung in der Medizin. In: Psychother. Psychosom. med. Psychol. 53:83-93.

Brown, B. B. (2004). Adolescents' relationships with peers. In R. M. Lerner & L. Steinberg (Eds.), Handbook of adolescent psychology (pp. 364-394). New Jersey: Wiley.

Centers for Disease Control and Prevention (1996). Physical activity and health: a report of the Surgeon General. Atlanta, GA, U.S. Department of Health and Human Services, National Center for Chronic Disease Prevention and Health Promotion.

Currie C., Roberts C., Morgan A., Smith R., Settertobulte W., Samdal O., Rasmussen V. (2004). Young people's health in context. Health Behavior in School-aged Children (HBSC) study: international report from the 2001/2002 survey. Copenhagen: World Health Organisation, Regional Office for Europe.

Currie C, Nic Gabhain S, Godeau E, Roberts C, Smith R, Currie D, Picket W, Richter M, Morgan A & Barnekow V, eds.(2008): Inequalities in young people's health. HBSC international report from the 2005/2006 survey. Copenhagen: World Health Organization.

Coleman P.& Collinge J. (1991). Internal and external influences affecting school improvement. In: S. 262-285.

Collins W. A. & Laursen B. (2004). Parent-adolescent relationships and influences. In R. Lerner & L. Steinberg (Eds.), Handbook of adolescent psychology (pp. 331-361). New York: Wiley.

Collins W.A. & Steinberg, L. (2006), Adolescent development in interpersonal context. Chapter to appear in: Damon, W. (Series Ed.), & Eisenberg, N. (Vol. Ed.). Handbook of Child Psychology (5th ed.) (pp. 1005-1052). New York: Wiley

De Wit D. J., Adlaf E. M., Offord D. R., Ogborne A. C. (2000). Age at first alcohol use: a risk factor for the development of alcohol disorders. American Journal of Psychiatry, 157, 745-750.

Duncan SC, Duncan TE, Hops H (1998): Progression of alcohol, cigarette, and marijuana use in adolescence. J Behav Med 1998, 21 (4): 375-88.

Dür W., Fürth K., Griebler R., Stiedl T. (2005): Gesundheit im Betrieb beobachten. Ein Überblick über Methoden und Möglichkeiten der Gesundheitsdiagnose im Betreib. Österreichische Kontaktstelle für Betriebliche Gesundheitsförderung. Oberösterreichische Gebietskrankenkasse. 2005. Linz

Dür W., Fürth K., Griebler R. (2006). Strategien der Schule zur Kompensation importierter und Reduktion intern erzeugter gesundheitlicher Unterschiede bei Kindern und Jugendlichen; In: Richter, M., Hurrelmann, K. (Hrsg.) (2006): Gesundheitliche Ungleichheit. Grundlagen, Probleme, Perspektiven, Wiesbaden.

Dür W., Griebler R. (2007a): Gesundheit der österreichischen SchülerInnen im Lebenszusammenhang. Ergebnisse des WHO-HBSC-Survey 2006, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit, Familie und Jugend. Wien.

Dür W, Griebler R. (2007b): Schule und Soziale Arbeit. Zur Reform der öffentlichen Erziehung und Bildung in Österreich. In: KnappG; Lauermann K. (Hrsg.) Studien zur Sozialpädagogik. Reihe des Instituts für Erziehungswissenschaft und Bildungsforfschung (Abt.Sozial- und Integrationspädagogik) der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Hermagoras, Klagenfurt.

Dür W. (2008). Gesundheit und Empowerment in der schulischen Erziehung. Eine systemtheoretische und empirische Untersuchung zur Gesundheitsförderung in der Schule. Habilitationsschrift. Wien.

Ellsäßer G (2002). Kinderunfälle – Konsequenzen für die Prävention. In: Forum Public Health, Kinder und Jugendliche 37, Urban & Fischer Verlag GmbH, Jena (www.urbanfischer.de/journals/phf)

Erhart M., Ravens-Sieberer U., Nickel J. (2006). School and School Environment as a Determinant for Psychosomatic Complaints, Psychother Psych Med 2006; 56, DOI: 10.1055/s-2006-934245.

Finn J D. (1989): Withdrawing from school. Review of Educational Research, 59(2), 117-142.

Flodmark C.-E. et al. (2004): Pediatric Highlight: New insights into the field of children and adolescents.

Granic I., Dishion T.J. & Hollenstein T. (2003). The family ecology of adolescence: A dynamic systems perspective on normative development. In G.R. Adams & M.D. Berzonsky (Eds.), Blackwell handbook of adolescence (pp. 60-91). Malden, MA: Blackwell Publishers.

Grotevant H.D. (1998). Adolescent development in family contexts. In W. Damon (Series Ed.) and N. Eisenberg (Vol. Ed.), Handbook of child psychology: Vol. 3. Social, emotional, and personality development (5th edition, pp. 1097-1149). New York: Wiley.

Houston TP, Kolbe LJ, Eriksen MP. (1998). Tobacco-use cessation in the 90s- not "adults only" anymore. Prev. Med. 27(5.3): A1-A2.

Hurrelmann K., Laaser U., Razum O. (Hg.) (2006): Handbuch Gesundheitswissenschaften. Weinheim/München: Juventa Verlag.

Jarvis MJ. (2004): Why people smoke? BMJ; 328: 277-279.

Kromeyer-Hauschild, K., Wabitsch, M., Kunze, D. et al. (2001). Perzentile für den Body Mass Index für das Kindes- und Jugendalter unter Heranziehung verschiedener deutscher Stichproben. In: Monatsschrift Kinderheilkunde 149: 807–818.

Karasek R., Theorell T. (1990). Healthy Works: stress, productivity, and the reconstruction of working life. New York: Basic Books.

Kelder S.H., Perry C.L., Klepp K.I. et al. (1994). Longitudinal tracking of adolescent smoking, physical activity, and food choice behaviors. American Journal of Public Health, 84(7), 1121-1126.

Lien N., Lytle L.A., & Klepp K.I. (2001). Stability in consumption of fruit, vegetables, and sugary foods in a cohort from age 14 to age 21. Preventive Medicine, 33(3), 217-226.

Luoma I, Tamminen T, Kaukonen P,et al. (2001). Longitudinal study of maternal depressive symptoms and child wellbeing. In: J AmAcad Child Adolesc Psychiatry 40(12):1367–1374.

Lamkin L, Houston TP. (1998). Nicotine dependency and adolescents: Preventing and treating. Prim. Care, 25(1): 123-35.

Mathers CD & Loncar D. (2006): Projections of Global Mortality and Burden of Disease from 2002 to 2030. PloSMed, 3(11): e442.

Merllié D. & Paoli P. Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Hg.) (2002). Dritte Europäische Umfrage über die Arbeitsbedingungen 2000. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Mielck A., Helmert U. (1994). Krankheit und Soziale Ungleichheit: Empirische Studien in West-Deutschland. In: Mielck, A. (Hg.): Krankheit und soziale Ungleichheit. Ergebnisse der sozialepidemiologischen Forschung in Deutschland. Opladen, S. 93 – 115.

Moolchan ET et al. (2000). A review of tobacco smoking in adolescents: Treatment implications. Journal of the American Academy of Child and Adolescent Psychiatry, 39(6): 682–693

Murray L, Sinclair D, Cooper P, Ducournau P, Turner P, Stein A. (1999).. The socioemotional Development of 5-year-old children of postnatally depressed mothers. J Child Psychol Psychiatry 1999;40(8):1259–1271.

Mortimore P. (1998). The Road to Improvement: Reflections on school effectiveness. Lisse: Swets & Zeitlinger Publishers.

Nefiodow L.A. (2001). Der sechste Kondratieff: Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information. Die langen Wellen der Konjunktur und ihre Basisinnovation. Rhein-Sieg; Auflage: 5., aktualis. Aufl.

OECD (2009): "Doing Better For Children". OECD report. 2009

Olweus, D. (1991). Bully/victim problems among school children: some basic facts and effects of a school-based intervention program. In: Pepler D, Rubin K (eds). The development and treatment of childhood aggression. Hillsdale, MJ: Erlbaum, pp 411-488, 1991.

Parke R.D. & Buriel B. (2006). Socialization in the family: Ethnic and Ecological Perspective. En William Damon (Editor), Richard M. Lerner (Editor), Nancy Eisenberg (Eds.), Handbook of Child Psychology, Volume 3, Social, Emotional, and Personality Development, (5th edition, pp. 1097-1149). New York: Wiley.

Petterson SM, Albers AB (2001). Effects of poverty and maternal depression on early child development. In: Child Dev 72(6):1794–1813.

Pérez J., Maldonado T., Andrade C. & Diaz D. (2007). Judgments expressed by children between 9 to 11 years old, about behaviors and attitudes that lead to acceptance or social rejection in a school group. Revistas Diversitas- Perspectivas en Psicologia, 3 (1), 81-107.

Pepler DJ, Craig WM, Connolly J. (1997). Bullying and victimization: the problems and solutions for school-aged children. Ottawa: National Crime Prevention Council of Canada

Pfister T., Mom C. (1997): Gesunde Betriebe – Gesunde Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Institut für Sozial- und Präventionsmedizin der Universität Zürich. In: Rollet, B. Busch, M., Drabek, A., Holzer T. (2001): Statistische Mitteilung zur Gesundheit in Wien 2001/1. Gesundheit von Lehrlingen in Wien. Kapitel I. MA für Angelegenheiten der Landessanitätsdirektion. Wien.

Poikolainen K., Tuulio-Henriksson A., Aalto-Setälä T., Marttunen M., & Lönnqvist J. (2001). Predictors of alcohol intake and heavy drinking in early adulthood: a 5-year follow-up of 15-19-year-old Finnish adolescents. Alcohol and Alcoholism, 36(1), 85-88.

Pollit E & Mathews R. (1998): Breakfast and cognition: an integrative summary. American Journal of clinical Nutrition. In: Dür, W., Griebler,R. (2007): Gesundheit der österreichischen SchülerInnen im Lebenszusammenhang. Ergebnisse des WHO-HBSC-Survey 2006, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit, Familie und Jugend. Wien.

Ravens-Sieberer U. & The KIDSCREEN Group Europe (2006). The KIDSCREEN questionnaires. Quality of life questionnaires for children and adolescents. Pabst Science Publishers, Lengerich.

Remschmidt H (1988). Postnatale Einflüsse. In: Remschmidt, H. & Schmidt, M. H., eds. Kinder und Jugendpsychiatrie in Klinik und Praxis. Band III (S.168-172). Stuttgart: Thieme.

Richter M., Hurrelmann K. (Hrsg.) (2006). Gesundheitliche Ungleichheit. Grundlagen, Probleme, Perspektiven. Wiesbaden.

Rubin K.H., Coplan R.J., & Bowker J.C.(2008). Social Withdrawal in Childhood. Annual Review of Psychology, 60, 11.1-11.31.

Rodrigo M.J. & Palacios, J. (Eds.) (1998). Familia y desarrollo humano (Family and human development). Madrid: Alianza Editorial.

Roeser R.W., Eccles, J.S., Sameroff, A.J. (2000). School as a context of early adolescents' academic and social-emotional development: A summary of research findings. In: Elementary School Journal, 100, 5, 443-471.

Sallis J., Owen N. (1999). Physical activity and behavioral medicine. Thousand Oaks, CA, Sage.

Samdal O., Dür W. (2000). The school environment and the health of adolescents. In: WHO (2000), 49-61.

Schlack HG (1995). Lebenswelten von Kindern. In: Sozialpädiatrie – Gesundheit, Krankheit, Lebenswelten. Gustav Fischer, Stuttgart/Jena/New York. S. 83 ff.

Schunder-Tatzber S. (2003): Gesundheit und Arbeit. In: Kollmann S. [Hrsg.], Schunder-Tatzber S.: Gesund am Arbeitsplatz. 2003 Verlag des österreichischen Gewerkschaftbundes GmbH Wien, 2003.

Schunk D.H.; Zimmerman B.J. (1994). Self-regulation of learning and performance: Issues and educational applications. Hillsdale: Lawrence Erlbaum Associates.

Sigman-Grant, M. (2002). Strategies for counseling adolescents. Journal of the American Dietetic Association, 102(3 Suppl), S32-S39.

Spencer NJ (2000). Poverty and Child Health. 2nd ed. Abingdon, United Kingdom: Radcliffe Medical; 2000.

Statistik Austria (2006):Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2006. Bundesanstalt Statistik Österreich. Wien.

Statistik Austria (2007a): Österreichische Gesundheitsbefragung . Hauptergebnisse und methodische Dokumentation, Schriftenreihe der Bundesanstalt Statistik Österreich. Im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit, Familie und Jugend. Wien.

Statistik Austria (2007b): Österreichischer Todesursachenatlas 1998/2004. Schriftenreihe der Bundesanstalt Statistik Österreich. Im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit, Familie und Jugend. Wien

Statistik Austria (2009a): Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU – SILC 2007. Statistik Austria, Bundesanstalt Statistik Österreich, Wien.

Statistik Austria (2009b): Jahrbuch der Gesundheitsstatistik. Statistik Austria, Bundesanstalt Statistik Österreich, Wien.

Steinberg, L. (2001). We know some things: Adolescent-parent relationships in retrospect and prospect. Journal of Research on Adolescence, 11, 1-19.Steptoe, A. (1991). The links between stress and illness. In: Journal of Psychosomatic Research, 35, 6, 633-644.

Stevens G (2006). Gradients in the Health Status and Developmental Risks of Young Children: The Combined Influences of Multiple Social Risk Factors. In: Maternal and Child Health Journal.

Steptoe, A. (1991). The links between stress and illness. In: Journal of Psychosomatic Research, 35, 6, 633-644.

Story,M., Neumark-Sztainer,D., & French,S.A. (2002). Individual and environmental influences on adolescent eating behaviors. Journal of the American Dietetic Association, 102(3), s40-s51.

Taylor J, Spencer N, Baldwin N. (2000). Social, economic, and political context of parenting. Arch Dis Child.;82:113–120

WHO (2000): Report of a WHO Consultation on Obesity, Obesity: Preventing and managing a global epidemic. WHO. Geneva.

WHO (2002): World Health Report 2002. Reducing Risks, Promoting Healthy Lifestyles. Geneva.

WHO (2003): Diet, nutrition and the prevention of chronic diseases. Report of a Joint WHO/FAO Expert Consultation. Geneva, WHO Technical Report Series, No. 916

WHO (2007): A guide for population-based approaches to increasing levels of physical activity. Implementation of the WHO global strategy on diet, physical activity and health. World Health Organization, 2007

WHO (2008): WHO Report on the Global Tobacco Epidemic, 2008:The MPOWER package. Geneva, World Health Organization, 2008.

Zwieauer, K. (2007): Studienbericht: Österreichweite Feldstudie zur Erhebung der Prävalenz von Übergewicht bei 6- bis 14-Jährigen Schülerinnen und Schülern. Wien.

DIE AUTOREN:

Wolfgang Dür, Univ. Doz. Mag. Dr., Director / Key Researcher am Ludwig Boltzmann Institute for Health Promotion Research; Studium des Faches Schauspiel an der Universität für Musik und Darstellende Kunst („Max Reinhardt-Seminar") in Wien; Studium der Rechtswissenschaften, Philosophie und Soziologie an der Universität Wien, Mag. der Soziologie; Doktoratsstudium Soziologie, Universität Wien (Erstprüfer: Professor Jürgen Pelikan), Dr.phil.; Habilitation 2008 an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien.

Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: Medizinerausbildung, AIDS und sexuelle Beziehungen; Systemanalyse im Bereich der Krankenversorgung (Patientenbefragung); Gesundheitsförderung in Settings; sozialepidemiologische Forschung (Kinder, Jugendliche, Schule); Systemtheorie; Evaluation in der Gesundheitsförderungsforschung; Jugend und Gesundheit

Robert Griebler, Mag., Senior Researcher am Ludwig Boltzmann Institute for Health Promotion Research; Studium der Soziologie und Pädagogik an der Universität Wien; Fortbildungen im Bereich statistischer Methoden;

Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: Gesundheit und Gesundheitsverhalten bei Kindern und Jugendlichen; Gesundheitsförderung in Setting Schulen; Betriebliche Gesundheitsförderung; Gesundheit von Lehrpersonen; Evaluationsforschung; Statistik

Markus Hojni, Mag., Junior Researcher am Ludwig Boltzmann Institute for Health Promotion Research; Studium der Soziologie und Publizistik an der Universität Wien (Magisterium); Technische Physik an der TU Wien (nicht abgeschlossen);

Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: Alters- und Jugendforschung (Forschungspraktikum), Umweltsoziologie und Religionssoziologie.

5.2 Jugend und Sexualität

Barbara Neudecker
Karlheinz Valtl

1. Ausgangslage und Forschungsstand

Mit Schlagworten wie „Generation Porno" oder „sexuelle Verwahrlosung" wird das Thema Jugendsexualität in den letzten Jahren häufig charakterisiert und problematisiert. Es scheint, als würden die leichte Zugänglichkeit pornografischen Materials über Internet-Plattformen wie „Youporn" oder „Redtube", die einfache Verbreitung von Pornos über Handys, Rap-Songs mit pornografischen, frauenfeindlichen oder gewalttätigen Texten und immer höhere Gewaltbereitschaft zunehmend das Bild von jugendlicher Sexualität in unserer Gesellschaft prägen. Neben Klagen über den Werteverlust bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen wird aber auch vor einer konträren Entwicklung gewarnt: Heranwachsende mit Migrationshintergrund, die mit repressiven und überkommenen Werten in Bezug auf Sexualität und Partnerschaft aufwachsen und über sexualpädagogische Angebote häufig nur schwer zu erreichen sind. Die Aufmerksamkeit, die auf diese beiden Phänomene gerichtet ist, führt dazu, dass andere, unauffälligere Ausdrucksformen jugendlicher Sexualität oft übersehen werden.

Die Schwierigkeit, das Ausmaß dieser beiden Erscheinungsformen innerhalb der Diversität jugendlicher Sexualität zu verorten, hat auch damit zu tun, dass der Forschungsstand zur Jugendsexualität in Österreich immer noch spärlich ist.[51] Während für Deutschland groß angelegte repräsentative quantitative Studien vorliegen, die z.T. als Wiederholungsbefragungen durchgeführt werden und dadurch auch Aussagen über Entwicklungstrends ermöglichen (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 2002; Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 2006; Bravo, 2009), haben österreichische Studien entweder einen regionalen Schwerpunkt und geben wenig Aufschluss über das gesamte Bundesgebiet oder erfassen nur eine kleine Stichprobe, sodass die Ergebnisse nicht repräsentativ sind.

Im Folgenden wird vor allem auf die österreichischen Daten der Erhebung von Weidinger/Kostenwein/Drunecky (2001) Bezug genommen, der gegebenenfalls Ergebnisse anderer Studien gegenübergestellt werden:

[51] Für die vorliegende Expertise wurden Veröffentlichungen der letzten zehn Jahre herangezogen (2000-2009).

Studie	Sample	Alter	Erhebungsverfahren
Weidiger/Kostenwein /Drunecky (2001) „Das erste Mal"	1044 österreichische Jugendliche und junge Erwachsene (66,5% w, 33,5% m)	12 – 26 Jahre	Langfassung schriftlich (N=503) oder Kurzfassung online (N=541)
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2006) „Jugendsexualtät"	2497 deutsche Jugendliche und ihre Eltern (60% w, 40% m)	14 – 17 Jahre	Kombination mündliche und schriftliche Befragung, Replikationsstudie zu Untersuchungen aus den Jahren 1980, 1994, 1996, 1998 und 2001
Bravo (2009) „Dr. Sommer Studie 2009. Liebe! Körper! Sexualität!"	1288 deutsche Jugendliche (keine Angabe zur Geschlechtsverteilung)	11 – 17 Jahre	Kombination mündliche und schriftliche Befragung, Replikationsstudie zur Untersuchung aus 2006
Brunner (2008) „Lust or trust" Kada/Brunner (2006)	1089 Jugendliche und junge Erwachsene in Kärnten (66,9% w, 32,9% m) 32 Mädchen in Kärnten[52]	15 – 27 Jahre 16 – 19 Jahre	Schriftliche Befragung Leitfadeninterview
Schmied/Reidl (2008)	49 Burschen in Wien, Tirol und der Steiermark 19 Mädchen in Wien	12 – 18 Jahre 15 – 17 Jahre	Leitfadeninterview Fokusgruppen; Leitfaden

2. Jugendsexualität – empirische Befunde

Sexuelle Reife

Mit 12 Jahren hat die Hälfte der befragten Mädchen ihre erste Regelblutung bzw. die Hälfte der Burschen[53] ihren ersten Samenerguss erlebt. Rund 5% der Mädchen geben den Zeitpunkt ihrer Menarche mit 10 Jahren oder jünger an (Weidinger/Kostenwein/Drunecky, 2001). Die Studie der deutschen Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2006) stellt fest, dass die sexuelle Reife im Vergleich zu 1980 früher einsetzt, und dass Mädchen und Burschen, die früher sexuell reif sind, auch früher sexuell aktiv werden. 10% der Mädchen und 7% der Burschen fühlten sich beim Eintritt ihrer Menarche bzw. Ejakularche gänzlich unvorbereitet.

Sexuelle Erfahrungen

Die meisten Jugendlichen verfügen über sexuelle Erfahrungen: Erfahrungen mit Küssen oder Schmusen haben 77% der Mädchen und 81% der Burschen unter 14 Jahren. Nur 7% der befragten jungen Erwachsenen ab 18 Jahren haben noch nie geküsst. Mit 14 Jahren hat bereits die Hälfte der Mädchen und Burschen intimeren Kontakt in Form von Petting (Weidinger/Kostenwein/Drunecky, 2001).

[52] Es handelt sich um Teilstudien im Rahmen eines umfassenderen Forschungsdesigns.

[53] Die Begriffe „Burschen" und „Jungen" werden synonym verwendet

Abbildung 1: Sexuelle Erfahrung

Alter in Jahren Erfahrungen mit...	Alle	bis 14	14	15	16	17	ab 18
Küssen/Schmusen							
Mädchen (n=694)	87%	77%	79%	85%	93%	95%	93%
Jungen (n=350)	87%	81%	75%	80%	94%[54]	96%	93%
Intimerer körperlicher Kontakt/ Petting							
Mädchen	69%	28%	55%	68%	80%	89%	93%
Jungen	69%	48%	47%	59%	76%	83%	90%

Quelle: Weidinger/Kostenwein/Drunecky, 2001

Wie Kromer (1999) kritisch anmerkt, richtet sich das Interesse Erwachsener an Jugendsexualität vor allem auf das Alter, in dem das „erste Mal" stattfindet. Schmidt (2005) konstatiert, dass der Trend zur Vorverlegung des ersten Koitus abgenommen hat. Eine Ausnahme stellen Mädchen dar, die ihren ersten Geschlechtsverkehr früh, d.h. bis 16 Jahre, erleben. „Die allermeisten Jugendlichen, deutlich über 80 Prozent, haben ihren ersten Geschlechtsverkehr heute irgendwann zwischen fünfzehn und neunzehn Jahren, und diese große Varianz zeigt, dass die meisten die Fähigkeit und den Raum haben, ihr eigenes Maß, ihr eigenes Tempo zu finden" (Schmidt, 2005, S. 18). In der Studie von Weidinger/Kostenwein/Drunecky hat die Hälfte der Jugendlichen mit etwa 16 Jahren ihren ersten Geschlechtsverkehr hinter sich. Rund 10% der unter 14jährigen Mädchen und Burschen sind bereits geschlechtsverkehrserfahren, und rund einem Viertel der jungen Erwachsenen ab 18 steht das „erste Mal" noch bevor. Die 14- und 15jährigen Mädchen haben bereits häufiger Geschlechtsverkehr gehabt als die Burschen in dieser Altersgruppe. Bei den 16-Jährigen liegen die männlichen Jugendlichen voran, bei den 17-Jährigen die Mädchen, und bei den jungen Erwachsenen ab 18 Jahren kommt es zu einer Angleichung. Schmidt (2005) erklärt diesen Unterschied damit, dass Mädchen Partner bevorzugen, die etwas älter als sie sind.

Abbildung 2: Das „erste Mal"

Alter in Jahren	alle	bis 14	14	15	16	17	ab 18
Mädchen (n=694)							
Ja	44%	9%	26%	41%	48%	71%	74%
Nein	55%	90%	73%	57%	51%	28%	26%
Keine Angabe	1%	1%	1%	2%	1%	1%	0%
Jungen (n=350)							
Ja	46%	11%	23%	30%	53%	65%	76%
Nein	53%	85%	77%	69%	47%	35%	24%
Keine Angabe	1%	4%	0%	1%	0%	0%	0%

Antworten auf die Frage „Hast Du schon einmal mit jemandem geschlafen?",
Quelle: Weidinger/Kostenwein/Drunecky, 2001

[54] Im Original mit 64% angegeben, aus der Gesamtdarstellung geht allerdings hervor, dass 94% gemeint sein müssen.

Rund die Hälfte der Jugendlichen hatte vor dem „ersten Mal" mit ihrem Partner bzw. ihrer Partnerin eine Beziehung von zumindest mehreren Monaten Dauer (Weidinger/ Kostenwein/Drunecky, 2001). Nur 13% der Befragten lernten den ersten Sexualpartner bzw. die -partnerin erst Stunden, 14% einige Tage davor kennen. Ebenso wie in deutschen Studien (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 2006; Bravo, 2009) ist in der österreichischen Befragung der Anteil flüchtiger Bekanntschaften bzw. fremder Partner/innen beim ersten Sex bei männlichen Jugendlichen deutlich höher als bei weiblichen. Für knapp 40% der Jungen und etwa ein Viertel der Mädchen war der erste Geschlechtsverkehr ungeplant und überraschend, während 29% aller weiblichen und 25% aller männlichen Jugendlichen schon im Vorhinein wussten, wann das „erste Mal" sein wird (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 2006). Bei mehr als der Hälfte der Burschen und bei 35% der Mädchen war es auch für den Partner bzw. die Partnerin der erste Geschlechtsverkehr. 12% hatten danach keine weitere Beziehung zu den ersten Sexualpartner/innen, während bei etwa 30% die gemeinsame Beziehung einige Monate oder länger andauerte. Fast ebenso viele sind zum Befragungszeitpunkt immer noch zusammen (Weidiger/Kostenwein/ Drunecky, 2001). Burschen geben häufiger als Mädchen an, das „erste Mal" als „aufregend und toll" erlebt zu haben. Ein deutlicher Unterschied zwischen den Geschlechtern zeigt sich darin, dass 14% der Mädchen, aber nur 2% der Burschen das „erste Mal" mit starken negativen Empfindungen verbinden (a.a.O.; vgl. dazu auch ähnliche Befunde bei Kada/Brunner, 2006; Brunner, 2008). In der Bravo-Studie (2009) gab sogar ein Viertel der Mädchen an, sich danach schrecklich oder unwohl gefühlt zu haben, fast ebenso viele fühlten sich verunsichert oder nachdenklich, 12% hatten Schmerzen oder waren verkrampft, 9% waren enttäuscht. Jungen äußerten diese Gefühle in weit geringerem Ausmaß. Das deutet entweder darauf hin, dass die realen Erfahrungen von Mädchen beim ersten Sex tatsächlich negativer sind als jene von Burschen, oder dass Mädchen diese Erfahrungen kritischer bewerten.

Sexuelle Erfahrungen mit Personen des eigenen Geschlechts hatten in der Studie von Weidinger/Kostenwein/Drunecky (2001) 13% der Mädchen und 7% der Burschen. Männliche Jugendliche lehnen homosexuelle Kontakte häufiger ab, während Mädchen öfter angeben, dies gerne ausprobieren zu wollen. „Das, was die Sexualforscher einmal die ‚passagere Homosexualität heterosexueller Jugendlicher' nannten, ist eine verschwindende Sexualform" stellt Schmidt (2005, S. 20) fest und erklärt dies damit, dass früher als harmlos erlebte gleichgeschlechtliche Kontakte durch die zunehmende öffentliche Thematisierung von Homosexualität heute von Jungen eher als „schwul" eingeschätzt und daher als die eigene Männlichkeit bedrohend empfunden werden. Keine der vorliegenden Studien geht speziell auf Jugendliche mit ausschließlich homosexuellen Kontakten ein.

Selbstbefriedigung wird nur von einem Drittel der Burschen und von 18% der Mädchen als wichtiger Bestandteil ihres Sexuallebens gesehen. Je älter die Befragten sind, um so eher halten sie Masturbation für etwas Natürliches (Weidinger/Kostenwein/Drunecky, 2001) und praktizieren sie. Schmidt (2005) zeigt auf, dass Selbstbefriedigung seit den 1950er Jahren vor allem bei den Mädchen deutlich angestiegen ist.

In Hinblick auf die aktuelle Diskussion um den Pornokonsum Jugendlicher wurde in der Bravo-Studie (Bravo, 2009) erhoben, dass 69% aller befragten Jungen und 57% aller Mädchen schon „pornografische" Bilder oder Filme gesehen haben (wobei offen bleibt, was

darunter verstanden wird). Die Hälfte der Jugendlichen sieht sich Pornos mit Freund/innen an, um Spaß zu haben, nur ein Drittel konsumiert sie alleine. Die Hälfte kennt Pornos aus dem Fernsehen, und 38% besuchen aktiv entsprechende Seiten im Internet. Nur 8% aller Jungen und 1% der Mädchen nutzen Pornos regelmäßig. Die Hälfte der Mädchen lehnt Pornos ab und findet sie abstoßend, aber mehr als die Hälfte der Jungen findet sie erregend. Knapp die Hälfte der Burschen meint, von Pornos etwas lernen zu können. Dies entspricht dem Befund von Weidinger/Kostenwein/Drunecky (2001), dass Pornos von vielen Burschen und vor allem jüngeren Jugendlichen als Aufklärungsmedium gesehen werden. Schmidt (2009) weist darauf hin, dass ein Zusammenhang zwischen jugendlichem Pornografiekonsum und „pornografisiertem" Sexualverhalten im Erwachsenenalter bis jetzt nicht nachgewiesen werden konnte.

Aufklärung

Die Mehrheit der Jugendlichen betrachtet sich in sexuellen Angelegenheiten als aufgeklärt, wobei Jugendliche unter 14 Jahren sich häufiger als nicht oder wenig aufgeklärt bezeichnen. Diese Selbsteinschätzung ist allerdings trügerisch: Nur rund 20% der Befragten können korrekt angeben, wann die fruchtbaren Tage im Zyklus einer Frau sind (Weidinger/Kostenwein/Drunecky, 2001), und in der Bravo-Studie halten 21% der Befragten „Aufpassen" für eine sichere Verhütungsmethode (Bravo, 2009). Für beide Geschlechter sind Gespräche die wichtigste Aufklärungsquelle, gefolgt von Zeitschriften bei Mädchen und der Schule bei Burschen. Burschen sammeln ihre Kenntnisse häufiger als Mädchen durch eigenes Ausprobieren, Fernsehen und sexualpädagogische Vorträge – vor allem aber durch Pornografie (41% der Jungen vs. 5% der Mädchen). Die wichtigsten Gesprächspartner/innen sind für beide Geschlechter Freund/innen (75% der Befragten) sowie die eigene Mutter (45% der Mädchen, 24% der Jungen). Eine wichtige Rolle spielen für je rund 20% auch der derzeitige Partner bzw. die Partnerin sowie Lehrer/innen. Die Väter sind nur für 18% der männlichen und 8% der weiblichen Befragten von Bedeutung, was v.a. bei den Jungen ein starkes Defizit an männlichen Leitfiguren deutlich werden lässt. 84% der Befragten wünschen sich mehr Information, vor allem über sexuelle Praktiken, Geschlechtskrankheiten, Beziehung und Schwangerschaftsabbruch – gerade jene Themen, die in der schulischen Sexualpädagogik unterrepräsentiert sind. 4% der Mädchen und 8% der Burschen haben zum Befragungszeitpunkt niemanden, mit dem sie über sexuelle Fragen sprechen können (Weidinger/Kostenwein/Drunecky, 2001; in Bravo, 2009 sogar 12% der Befragten). 79% der Jugendlichen haben die Möglichkeit, mit ihren Eltern offen über Liebe und Sexualität zu sprechen, aber nur 56% wollen das auch. Beachtlicherweise haben 68% der koituserfahrenen Jugendlichen ihren Eltern vom „ersten Mal" erzählt (Bravo, 2009). Mehr Mädchen als Buben werden durch die Eltern aufgeklärt, und auch Verhütungsempfehlungen erfolgen geschlechtsspezifisch: Burschen wird von ihren Eltern häufiger das Kondom, Mädchen die Pille nahe gelegt, wobei Mädchen in vielen Fällen geraten wird, zusätzlich ein Kondom zu benutzen (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 2006).

Verhütung

Die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen achtet auf Verhütung. 12% der Befragten haben bei ihrem „ersten Mal" nicht oder unsicher verhütet (Weidinger/Kostenwein/Drunecky, 2001). Das Kondom ist mit Abstand das häufigste Verhütungsmittel beim ersten Geschlechtsverkehr, mit zunehmender sexueller Erfahrung wird stattdessen häufiger die Pille verwendet (Brunner, 2008). Brunner (2008) weist auch darauf hin, dass es bei Gelegenheitssex bei mehr als einem Drittel der Befragten keine verhütungsbezogene Kommunikation mit dem Sexualpartner bzw. der -partnerin gibt. Sexualpädagogisch relevant ist, dass Wissen über Verhütung und mögliche Risiken oft nicht entsprechend in Verhalten umgesetzt wird (Kada/Brunner, 2006; Schmied/Reidl, 2008). Dennoch lässt sich feststellen, dass der Anteil nicht oder unsicher verhütender Jugendlicher rückläufig ist (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 2006). In der Bravo-Studie geben allerdings 28% der Befragten an, schon einmal Geschlechtsverkehr ohne Verhütung gehabt zu haben, was immerhin einer Verdoppelung gegenüber der Vorgängerstudie von 2006 entspricht (Bravo, 2009).

Beziehung und Partnerschaft

Die meisten Jugendlichen haben Erfahrung mit Partnerschaften. In der Studie von Weidinger/Kostenwein/Drunecky (2001) geben bereits 85% der Mädchen und 79% der Burschen im Alter von 14 Jahren an, schon einmal einen Freund bzw. eine Freundin gehabt zu haben. Mit 18 Jahren haben nur 5% der befragten Mädchen und 10% der Burschen diese Erfahrung noch nicht gemacht. Niedriger sind die Werte hingegen in der Bravo-Studie: 64% der 14-jährigen Mädchen und 52% der gleichaltrigen Jungen hatten bereits ihre erste Beziehung (Bravo, 2009). Dort wird auch darauf hingewiesen, dass hier im Vergleich zur Befragung drei Jahre zuvor eine Vorverlagerung zu beobachten ist. Hatten damals die meisten Jugendlichen zwischen 14 und 16 Jahren ihre erste Beziehung, sind es nun die 13- bis 15-Jährigen. Die Dauer der ersten Beziehung beträgt bei drei Viertel der Befragten durchschnittlich drei Monate (a.a.O.).

Auch wenn die Vorverlagerung der sexuellen Erfahrungen zum Stillstand gekommen ist, werden romantische Gefühle immer früher von Bedeutung: In der Bravo-Studie gaben 53% der 11-jährigen Mädchen und 32% der gleichaltrigen Jungen an, schon einmal verliebt gewesen zu sein. Damit verlieben sich beide Geschlechter deutlich früher als in der Befragung drei Jahre zuvor (25% der Mädchen, 5% der Jungen; Bravo, 2009). Je 17% der 11-Jährigen geben an, schon einen Freund bzw. eine Freundin gehabt zu haben (gegenüber 12% der Mädchen und 2% der Jungen in der früheren Studie).

Abbildung 3: Verliebt sein und Beziehung

Alter in Jahren	11	12	13	14	15	16	17
Hast du schon mal jemanden richtig toll gefunden?							
Mädchen	63%	71%	85%	89%	94%	95%	98%
Jungen	46%	67%	88%	81%	87%	94%	96%
Warst du eigentlich schon mal verliebt?							
Mädchen	53%	57%	82%	89%	88%	91%	97%
Jungen	32%	39%	62%	63%	79%	84%	85%
Hattest du schon eine feste Freundin/einen festen Freund?							
Mädchen	17%	27%	42%	64%	63%	75%	85%
Jungen	17%	22%	38%	52%	51%	69%	76%

Quelle: Bravo, 2009; n=1228

Für 62% der befragten Mädchen und 40% der Burschen kommt es nicht in Frage, ohne verliebt zu sein mit jemandem zu schlafen (a.a.O.). One-Night-Stands werden von 75% der Mädchen und 56% der Jungen ohne Koituserfahrung abgelehnt; mit zunehmender sexueller Erfahrung reduziert sich diese Zahl auf 52% bei den Mädchen und 24% bei den Jungen. 87% der Mädchen und 75% der Burschen lehnen Fremdgehen ab, wobei der Anteil bei Jugendlichen mit sexueller Erfahrung etwas geringer ist (a.a.O.).

Kromers Resümee im 3. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich, „Jugendsexualität ist Beziehungssexualität" (Kromer, 1999, S. 26) – in den meisten Fällen gelebt als „serielle Monogamie" –, ist auch zehn Jahre danach noch zutreffend. „Jugendliche (...) betrachten Sexualität heute überwiegend als wechselseitig befriedigendes, reziprokes und verbindendes Handeln und Erleben innerhalb einer festen Beziehung" (Schmidt, 2005, S. 18).

Sexuell übertragbare Krankheiten/AIDS

Im Schatten von HIV/AIDS werden andere sexuell übertragbare Krankheiten wie Gonorrhö und Syphilis in Österreich weniger beachtet, sind aber seit den 1990er Jahren wieder im Zunehmen. Brunner (2008) weist darauf hin, dass Jugendliche und junge Erwachsene für Infektionen besonders gefährdet sind, da sie im Rahmen der „seriellen Monogamie" mehrere Sexualpartner/innen haben, die Gefährdung aber nicht ausreichend ernst nehmen. Auch in Bezug auf HIV-Infektionen sind Jugendliche aufgrund ihres inkonsistenten Kondomgebrauchs als besonders gefährdete Gruppe zu betrachten, da ungeschützter heterosexueller Geschlechtsverkehr zu einem Hauptübertragungsweg geworden ist. In festen Partnerschaften neigen Jugendliche dazu, andere Verhütungsmittel als das Kondom zu verwenden, da von der Treue der Partnerin bzw. des Partners ausgegangen wird (a.a.O.). Während das mit dem Human-Papilloma-Virus verbundene Gesundheitsrisiko in den letzten Jahren durch die Möglichkeit einer – durchaus umstrittenen – Impfung medial thematisiert wurde, ist das Bewusstsein für andere STDs wie Hepatitis, Chlamydien oder Herpes wenig ausgeprägt.

Teenager-Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbrüche

Die Zahl von Teenager-Schwangerschaften ist weiterhin rückläufig: Im Jahr 2008 waren nur 7 Mütter der 77.742 in Österreich geborenen Kinder unter 15 Jahren alt (0,009%, Statistik Austria, 2009), im Jahr 1998 waren es noch 0,017% (Kromer, 2002). Auch der Anteil der 15-19-jährigen Mütter nimmt ab (Statistik Austria, 2009), liegt aber immer noch höher als etwa in Deutschland, Frankreich oder der Schweiz (United Nations Population Fund, 2008). Da Schwangerschaftsabbrüche in Österreich nicht zentral erfasst werden, lassen sich über Abtreibungen bei jungen Mädchen und Frauen keine genauen Angaben machen. Kromer (2002) konstatiert aufgrund der gemeldeten Abbrüche in Spitälern einen Rückgang sowohl bei Abtreibungen im Allgemeinen als auch speziell bei weiblichen Jugendlichen. Nach Schätzungen lassen 17,5 von 1000 15- bis 19-Jährigen eine Abtreibung vornehmen (dieStandard.at, 2008). Eine deutsche Studie (Matthiesen u.a., 2009) zeigt auf, dass Teenager-Schwangerschaften zu 90% ungeplant sind und zu 60% mit einem Abbruch enden. Drei Viertel der Jugendlichen, die abtreiben, sind 16 oder 17 Jahre alt. 2,4% aller deutschen Mädchen werden vor ihrem 18. Geburtstag schwanger. Mädchen, die eine schlechtere Schulbildung haben, sozial benachteiligt sind oder früh sexuell aktiv werden, sind häufiger betroffen.

Sexuelle Gewalt bei Jugendlichen

Nach wie vor fehlen für Österreich aussagekräftige und repräsentative Studien über das Ausmaß sexueller Gewalt gegen Mädchen und Burschen. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2006) erhob, dass 13% der befragten Mädchen und 3% der Jungen gegen ihren Willen zu Zärtlichkeiten oder sexuellen Handlungen gezwungen wurden, dabei ist von einer höheren Dunkelziffer auszugehen. Auch kriminalstatistische Daten helfen nicht weiter, da nur ein geringer Bruchteil aller Delikte zur Anzeige kommt. Seit 2002 ist der § 207b StGB „Sexueller Missbrauch von Jugendlichen" (als Ersatz für den abgeschafften „Schwulenparagraphen" § 209 StGB) in Kraft. Er betrifft Delikte gegen 14- bis 16-Jährige (bzw. teilweise bis 18-Jährige), ist aber auch nur wenig aussagekräftig, da viele einschlägige Handlungen mit Opfern in dieser Altersgruppe unter andere Tatbestände fallen (z.B. „sexueller Missbrauch von Unmündigen", wenn die Tathandlung vor dem 14. Lebensjahr begonnen hat, oder „Vergewaltigung"). Zudem steht einer ohnehin geringen Zahl von Anzeigen (82 im Jahr 2007; BM.I, o.J.) eine noch geringere Anzahl von Verurteilungen (12 im Jahr 2007, a.a.O.) gegenüber. Viele der angezeigten Fälle dürften homosexuelle Kontakte betreffen. Die vage Formulierung des Paragraphen sowie die Praxis der Rechtssprechung an den Gerichten können als Hinweis auf die Unsicherheit im Umgang mit jugendlicher Sexualität, ihrer selbstbestimmten Ausübung und ihrer Schutzbedürftigkeit gelten. Vor allem jugendliche Mädchen erleben bei Gericht immer wieder, dass ihnen nicht geglaubt oder eine Eigenbeteiligung unterstellt wird, besonders, wenn es sich bei dem Täter oder den Täterinnen ebenfalls um Jugendliche handelt. Eine positive Entwicklung stellt die 2008 in Kraft getretene Novelle zur Strafprozessordnung dar, die eine Verbesserung der Opferrechte beinhaltet, z.B. das Recht auf Prozessbegleitung für Opfer von Sexualdelikten.

3. Empfehlungen für Politik, Forschung und Praxis

Gegen eine rein quantitative Darstellung empirischer Befunde lässt sich einwenden, dass die Auflistung von Befragungsergebnissen und Prozentwerten leicht vergessen lässt, dass dahinter junge Menschen mit Gefühlen, Wünschen, Plänen, Phantasien, Ängsten, Bedürfnissen und Trieben stehen.

Die hier referierten Studienergebnisse erscheinen daher bisweilen oberflächlich, zusammenhanglos oder widersprüchlich. Dies liegt nicht nur an der Kürze der vorliegenden Darstellung, sondern zeigt auch ein Manko im Bereich der Forschung auf: Es gibt wenig aktuelle Daten zur Sexualität Jugendlicher in Österreich, und die vorliegenden Untersuchungen sind aufgrund unterschiedlicher Stichproben, Erhebungs- und Auswertungsmethoden nur schwer vergleichbar. Viele Untersuchungsergebnisse werden zwar deskriptiv dargestellt, aber nicht umfassend interpretiert, diskutiert und in einen größeren Zusammenhang gestellt. Anders als in Deutschland gibt es für Österreich keine Wiederholungsbefragungen, die zuverlässige Erkenntnisse über Trends im Zeitvergleich erlauben. Vor allem aber fehlen Untersuchungen, die differenzierte Aussagen über unterschiedliche Lebenswelten und soziokulturelle Besonderheiten österreichischer Jugendlicher ermöglichen (als positives Gegenbeispiel vgl. die deutsche Untersuchung von Dannenbeck/Stich, 2002). Drei Gruppen Jugendlicher und junger Erwachsener, die besondere Herausforderungen an die Sexualpädagogik stellen, sollen hier exemplarisch angeführt werden:

Jugendliche aus ländlichen Regionen: Viele sexualpädagogische Angebote, Beratungsstellen u.ä. erreichen vor allem Jugendliche, die in oder in der Nähe von Städten aufwachsen. Welche Bedürfnisse Jugendliche haben, die in ländlichen Gebieten leben, ob und wie sie sich in Hinblick auf ihre sexuellen Erfahrungen von Heranwachsenden in der Stadt unterscheiden, und mit welchen Angeboten sie erreichbar wären, ist noch nicht ausreichend erforscht. Hier eröffnen sich v.a. durch die Nutzung Neuer Medien aktuelle Chancen.

Jugendliche mit Migrationshintergrund: Jugendliche aus Kulturkreisen, in denen noch traditionelle Sexual- und Geschlechterordnungen vorherrschen, so stellt Schmidt (2005, S. 19) für Deutschland fest, „übernehmen diese Ordnungen oder fügen sich ihnen (...). Oder sie übernehmen die Werte oder Vorstellungen ihrer deutschen Peers und geraten dann in heftige innere oder familiäre Konflikte". Wenn in Untersuchungen auf kulturelle Unterschiede eingegangen wird, so wird häufig nur erhoben, ob ein Migrationshintergrund vorliegt oder aus welchem Land die Jugendlichen stammen bzw. welcher Konfession sie angehören. Eine differenzierte Betrachtung wie zum Beispiel, mit welchen kulturellen Werten sich diese Jugendlichen identifizieren bzw. welchen Stellenwert religiöse Normen für ihre Sexualität haben, wird in Studien zur Jugendsexualität kaum erhoben. Ein kultursensibler Zugang wäre nicht nur für sexualpädagogische Angebote wichtig (vgl. Schmied/Reidl, 2008), sondern auch für die Erstellung von Studien, die der (Sexual-)Pädagogik als Grundlage dienen können. Nicht zuletzt sind differenzierende empirische Befunde die Voraussetzung dafür, dass pauschalisierenden Aussagen wie „Türkische Mädchen dürfen nicht am Aufklärungsunterricht teilnehmen" etwas entgegengesetzt werden kann.

Junge sexuell erfahrene Mädchen: Mädchen, die ihren ersten Geschlechtsverkehr mit 14 Jahren oder jünger hatten, kannten ihren ersten Sexualpartner im Vergleich zu älteren Mädchen häufiger kaum oder nicht, halten im Nachhinein den Zeitpunkt des ersten Geschlechtsverkehrs eher für zu früh, informieren ihre Mütter seltener darüber, verhüten

häufiger durch bloßes „Aufpassen", haben ein schlechteres Körperempfinden und waren häufiger noch nicht bei der Frauenärztin bzw. beim Frauenarzt (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 2006) und empfinden häufiger negative Gefühle in Bezug auf das „erste Mal" als ältere Mädchen (Weidinger/Kostenwein/Drunecky, 2001). Sie stellen eine besonders vulnerable Gruppe dar, die noch besser erforscht werden muss, damit deutlich wird, wie sie am besten unterstützt werden kann.

Auch die sexuelle Entwicklung und die Bedürfnisse von homosexuellen Mädchen und Jungen sowie von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen sind noch nicht ausreichend erforscht. Helfferich (2008) sieht vor allem bei den Themen Migration und Neue Medien zusätzlichen Forschungsbedarf. Sie empfiehlt für die Forschung zu Jugendsexualität eine Kombination von standardisierter und qualitativer Forschung (wie er z.B. für die Kärntner Studie „Lust or trust" gewählt wurde; Brunner, 2008; Kada/Brunner, 2006).

Eine wichtige Herausforderung für sexualpädagogische Forschung wie auch für die pädagogische Praxis und die Jugendpolitik besteht darin, sexuelle Phänomene nicht isoliert zu betrachten, sondern sie in einem umfassenden Zusammenhang zu sehen: So ist z.B. zu fragen, ob die eingangs plakativ zitierte „sexuelle Verwahrlosung" Jugendlicher als eigenständiges Symptom zu werten und zu behandeln ist, oder ob sie nicht vielmehr eine Erscheinungsform eines allgemeineren sozialen und pädagogischen Problems darstellt.

Die Beschäftigung mit Jugendsexualität stellt eine Gratwanderung dar: Einerseits gilt es, gefährdete „Risikogruppen" und besonders Besorgnis erregende Entwicklungen zu identifizieren, andererseits muss eine Skandalisierung und Diffamierung jugendlicher Lebensformen vermieden werden. Wie schon in der Vergangenheit erregt die Sexualität junger Menschen die Gemüter der Erwachsenen. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Großteil der heutigen Teenager Sexualität verantwortungsbewusst lebt – sogar verantwortungsbewusster als die Generationen zuvor.

Wie ambivalent die Sexualität Jugendlicher von der Erwachsenenwelt erlebt wird, soll mit einem Beispiel aus dem juristischen Bereich deutlich gemacht werden: Die gesetzlichen Bestimmungen, bis wann sexuelle Handlungen mit Heranwachsenden unter Strafe gestellt werden, sind einigermaßen verwirrend und variieren – abhängig vom Alter des Partners bzw. der Partnerin – vom 12. bis zum 14. Lebensjahr. Hier zeigt sich die Unsicherheit, sexuelle Entwicklung einerseits in einen schützenswerten Schonraum verlegen, andererseits Jugendlichen aber auch Freiheit im Ausleben ihrer Sexualität gewähren zu wollen. In der Gerichtspraxis wird bei Sexualdelikten mit jugendlichen Täter/innen deutlich, dass häufig Wissen darüber fehlt, wann ein sexueller Gewaltakt als „Lausbubenstreich" und wann als Beginn einer frühen Täter/innenkarriere zu werten ist. Hier wären nicht nur intensive Fortbildungsmaßnahmen für die betroffenen Berufsgruppen erforderlich, sondern auch Behandlungsprogramme für jugendliche Täter/innen, die im gesamten Bundesgebiet verfügbar sind und finanziell abgesichert arbeiten können.

Schmied/Riedl (2008) heben in ihrer Studie hervor, dass die Finanzierung sexualpädagogischer Projekte häufig ungenügend und unsicher ist und dass bewährte Angebote mangels öffentlicher Unterstützung oft nicht fortgesetzt werden können. Dies führt auch zu einer hohen Fluktuation bei den Projekt-Mitarbeiter/innen.

Wünschenswert ist nicht nur eine gesicherte öffentliche Finanzierung sexualpädagogischer Projekte, sondern auch die öffentliche Förderung von sexualpädagogischer Aus- und Weiterbildung sowohl für sexualpädagogisch Tätige im Besonderen als auch für pädagogische Berufsgruppen im Allgemeinen.

Bei der Gestaltung von sexualpädagogischen Angeboten wird auch zu berücksichtigen sein, wie sich der Wandel der Geschlechterrollen in Zukunft auf das Erleben und Verhalten von Mädchen und Burschen auswirken wird. Derzeit scheinen Mädchen diesen Wandel eher nützen zu können, indem ein Teil von ihnen den weiblichen Verhaltensspielraum durch die Hinzunahme traditionell „männlicher" Haltungen (wie etwa die Übernahme sexueller Initiative, Lustorientierung, einer höheren Anspruchshaltung in Bezug auf sexuelle und Beziehungsqualität) ausweiten kann. Burschen sind nicht nur durch das Aufweichen vertrauter männlicher Rollenbilder verunsichert, sondern müssen auf die neuen Forderungen der Mädchen reagieren. Manche tun dies, indem sie zu den alten Rollenbildern zurückkehren bzw. diese auf gewalttätige Weise wiederherstellen wollen. Aber auch für Mädchen sind diese Entwicklungen mit Risiken verbunden, wie etwa dem zunehmenden Druck, sich ebenso wie ihre männlichen Altersgenossen sexuell „leistungsfähig" zeigen zu müssen (hierbei zeigt sich der Normen bildende Einfluss medialer Bilder von Sexualität).

Sexualpädagogische Bemühungen bedürfen einer ganzheitlichen Konzeption: In Anbetracht der Bedeutung von Sexualität in den Medien für die Aufklärung ist die Vermittlung von Medienkompetenz (z.B. das Unterscheiden verlässlicher und nicht verlässlicher Quellen) von hoher Bedeutung. Das mediale Überangebot an Sexualität macht es auch erforderlich, Heranwachsende dabei zu unterstützen, nicht nur fremde und unrealistische Normen zu übernehmen, sondern eigene Werthaltungen zu entwickeln. Kommunikations- und Verhandlungskompetenzen müssen gefördert werden, damit Jugendliche etwa lernen, die Verwendung von Verhütungsmitteln besser auszuhandeln, oder damit vor allem Mädchen besser in der Lage sind, sich gegen unerwünschte sexuelle Handlungen abzugrenzen, was ihnen vor allem in Partnerschaften häufig schwer fällt. Der Befund, dass vor allem immer mehr Mädchen mit ihrem Körper und ihrem Aussehen unzufrieden sind (Bravo, 2009; Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 2006), führt zu der Forderung, die Entwicklung einer positiven Beziehung zum eigenen Körper als zentrales Thema in die Sexualpädagogik aufzunehmen.

Dabei ist sexuelle Bildung umfassend als ein Teil der allgemeinen Bildung zu verstehen (vgl. Valet, 2008). Eine Investition in diesen Bereich verhindert nicht nur Teenager-Schwangerschaften und Geschlechtskrankheiten, sondern dient dazu, die gesamte Entwicklung junger Menschen nachhaltig zu unterstützen. Dabei liegt auf der Hand, dass die Grundlagen sexueller Bildung weit vor dem Erreichen sexueller Reife in der Pubertät gelegt werden müssen.

Literatur

Bauer Media Group (2009): Bravo Dr.-Sommer-Studie. Liebe! Körper! Sexualität! München: Heinrich Bauer Smaragd KG (zitiert als: Bravo 2009)

BM.I (o.J.): Kriminalstatistik des BM.I für das Jahr 2007. http://www.bmi.gv.at/cms/BK/publikationen/krim_statistik/files/2007/Jahresstatistik_2007.pdf [25.8.2009]

Brunner, E. (2008): Jugendsexualität heute: Schutzverhalten zwischen Lust und Vertrauen. Saarbrücken: Vdm

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.) (2002): Jugendsexualität. Repräsentative Wiederholungsbefragung von 14- bis 17-Jährigen und ihren Eltern. Ergebnisse der Repräsentativbefragung aus 2001. Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.) (2006): Jugendsexualität. Repräsentative Wiederholungsbefragung von 14- bis 17-Jährigen und ihren Eltern. Ergebnisse der Repräsentativbefragung aus 2005. Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Dannebeck, C./Stich, J. (2002): Sexuelle Erfahrungen im Jugendalter. Aushandlungsprozesse im Geschlechterverhältnis. Eine qualitative Studie im Auftrag der BZgA. Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

dieStandard.at (2008): Trend zu mehr Abtreibungen bei Mädchen? 11. Juni 2008. http://diestandard.at/fs/1207285795479/Nachlese-Trend-zu-mehr-Abtreibungen-bei-Maedchen?sap=2&_seite=4 [25.8.2009]

Helfferich, C. (2008): Empirische sexualpädagogische Forschung im Themenfeld Jugendsexualität. In: Schmidt, R.-B./Sielert, U. (Hrsg.): Handbuch Sexualpädagogik und sexuelle Bildung. Weinheim und München: Juventa, 53-66

Kada, O./Brunner, E. (2006): Zwischen Neugier und Angst. Emotionen und sexuelles Risiko-verhalten von Mädchen beim ersten Mal. http://psydok.sulb.uni-saarland.de/volltexte/2006/770/pdf/Psydok_Kada&Brunner.pdf [1.8.2009]

Kromer, I. (1999): Vom Anbandeln, Schmusen und Miteinanderschlafen. Jugendsexualität in den 90er Jahren. Themenauszug aus dem 3. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Wien: Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz

Kromer, I. (2002): Jugendsexualität in der empirischen Forschung. In: Magistrat der Stadt Wien, Bereichsleitung für Gesundheitsplanung und Finanzmanagement (Hrsg.): Wiener Jugendgesundheitsbericht 2002. Wien: Magistrat der Stadt Wien, 203-237

Matthiesen, S. u.a. (2009): Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch bei minderjährigen Frauen. Eine Studie im Auftrag des Bundesverbands der pro familia, gefördert durch die BZgA. Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Schmidt, G. (2005): Jugendsexualität. EU Ethik & Unterricht, 16, 16-21

Schmidt, G. (2009): Fantasien der Jungen, Phantasmen der Alten. Forum Sexualaufklärung und Familienplanung, Heft 1-2009, 27-32

Schmied, G./Reidl, Ch. (2008): Männliche Jugendliche. Sexualität und Aufklärung. Wien: Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung

Statistik Austria (2009): Lebendgeborene seit 2001 nach Altersgruppen der Mutter und Bundesland. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/geburten/index.html [25.8.2009]

United Nations Population Fund (2008): State of World Population. New York: United Nations Population Fund

Valtl, K. (2008): Sexuelle Bildung: Neues Paradigma einer Sexualpädagogik für alle Lebensalter. In: Schmidt, R.-B./Sielert, U. (Hrsg.): Handbuch Sexualpädagogik und sexuelle Bildung. Weinheim und München: Juventa, 125-140

Weidinger, B./Kostenwein, W./Drunecky, G. (2001): Das erste Mal. Sexualität und Kontrazeption aus der Sicht der Jugendlichen. http://www.oegf.at/dokumente/erstesmalstudie.pdf [1.8.2009]

DIE AUTORIN, DER AUTOR:

Mag.ª **Barbara Neudecker**, MA; Pädagogin, psychoanalytisch-pädagogische Erziehungsberaterin, in Ausbildung zur Psychotherapeutin (IP); Lehrbeauftragte an den Universitäten Wien und Innsbruck, Mitarbeiterin der Beratungsstelle Tamar für sexuell missbrauchte Mädchen und Frauen (Wien), Mitarbeit an mehreren Forschungsprojekten, eigene Praxis.

Dr. **Karlheinz Valtl**; Pädagoge/Psychologe, Dozent und langjähriger Vorsitzender des Instituts für Sexualpädagogik Dortmund (isp), Lehrbeauftragter an der Universität Wien, selbständiger Referent und Coach; Mitarbeit an mehreren Forschungsprojekten und zahlreiche Veröffentlichungen zur Sexualpädagogik, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Gesellschaft für Sexualpädagogik (gsp).

5.3 Sucht

Stephan Sting

Suchtentwicklungen stellen in Österreich eine gravierende Gesundheitsbelastung dar. Nach Schätzungen sind ca. 850.000 Österreicher/innen von einer Nikotinabhängigkeit, 350.000 von einer Alkoholabhängigkeit, 10-60.000 von pathologischem Spielverhalten („Spielsucht") und 20-30.000 von einer Opiatabhängigkeit betroffen (vgl. Seyer u.a. 2008). In welchem Ausmaß hieran allerdings Jugendliche und junge Erwachsene beteiligt sind, ist schwer abzuschätzen, da die Suchtdiskussion insgesamt von einer Problemverschiebung geprägt ist: Neue Verhaltensphänomene im Bereich des Substanzkonsums, des Mediengebrauchs oder der sozialen Praktiken, die sich in der Gesamtbevölkerung ausbreiten, werden schnell mit einem auf Kinder und Jugendliche bezogenen Problemdiskurs verknüpft. Damit geht eine Tendenz einher, in der Erwachsenengesellschaft tabuisierte Problem- und Praxisbereiche wie Sucht auf das Jugendalter zu projizieren. Die Aufmerksamkeit auf jugendliche Sucht-Moden lenkt so von den Rauscherfahrungen und Suchtproblemen der Erwachsenen ab. Dies wird dadurch legitimiert, dass die Jugendphase das Einstiegsalter in unterschiedliche Formen des Substanzkonsums sei und dass in dieser Lebensphase handlungsbestimmende Lebensstile herausgebildet würden, was eine gesundheitspräventive Einflussnahme notwendig mache (vgl. Homfeldt/ Sting 2006, 131). Zugleich zeichnet sich das Jugendalter durch zum Teil auffällige, jugendspezifische Konsumpraktiken aus, die das Bild der „gefährdeten Jugend" öffentlichkeitswirksam reaktivieren und den Ruf nach besonderen Schutz- und Kontrollmaßnahmen nach sich ziehen.

Vor diesem Hintergrund sollen zunächst suchtrelevante Praktiken und Verhaltensweisen von Jugendlichen in Österreich analysiert werden. Anschließend geht es um eine differenzierte Betrachtung der Phänomene „Rausch", „Sucht" und „Abhängigkeit" im Kontext der gesellschaftlich etablierten Rausch- und Drogenkultur und im Hinblick auf entwicklungsbezogene Praxisformen Jugendlicher. Im letzten Abschnitt soll die Relevanz exemplarischer Konzepte der Suchtprävention für das Jugend- und junge Erwachsenenalter eingeschätzt werden, um schließlich Empfehlungen für einen angemessenen, jugendorientierten Umgang mit Suchtproblemen abzuleiten.

1. Substanzkonsum und Suchtprobleme

Mit der Suchtthematik wird zunächst der Konsum psychoaktiver Substanzen in Verbindung gebracht. Dazu zählen die legalen Substanzen Tabak, Alkohol und Medikamente und illegale Substanzen wie Cannabis, Ecstasy, Amphetamine, Kokain, Heroin, Schnüffelstoffe und biogene Drogen. Eine wesentliche Unterscheidung besteht zwischen Substanzkonsum und Sucht. In den meisten Fällen bleibt der Konsum der verschiedenen Substanzen relativ unproblematisch, wobei der Übergang zu süchtigem Verhalten unklar und die Indizien dafür vielfältig und ungewiss sind.

Rauchen

Der Tabakkonsum gilt weltweit als das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko (vgl. Currie et al. 2008, 119). Darüber hinaus kann Rauchen als „Einstiegsdroge" betrachtet werden, da es eine „Einübung in Suchtmittel-affine Lebensstile" beinhaltet (Dür/Griebler 2007, 40).

Da die meisten erwachsenen Raucher/innen vor dem 20. Lebensjahr begonnen haben, ist das Jugendalter als Einstiegsphase relevant. Der Anteil der täglichen Raucher/innen beträgt bei den 15-Jährigen laut österreichweiter Repräsentativerhebung 2004 33% (BMGF 2005, 92ff.), laut HBSC-Studie 2005/06 nur 20,1% (Dür/Griebler 2007, 41). Die höchsten Werte finden sich bei den 19-39-Jährigen mit 40-44% täglichen Raucher/innen; mit höherem Alter geht der Raucher/innen-Anteil zurück.

Es lässt sich eine Vorverlagerung des Einstiegs in den Tabakkonsum erkennen, der von Uhl u.a. als Ergebnis einer generellen sozialen und biologischen Vorverlagerung des Übertritts in die Adoleszenzphase erklärt wird (vgl. BMGF 2005, 95f.). In den 1990er Jahren ist eine Zunahme des Tabakkonsums bei den 11- bis 15-Jährigen zu verzeichnen, der zu großen Teilen mit der Angleichung der Geschlechter im Konsumverhalten zusammenhängt. Inzwischen lassen sich keine relevanten Geschlechtsunterschiede mehr im Tabakkonsum feststellen. Dagegen ist eine Differenz nach Bildungsstatus erkennbar, nach der Jugendliche und Personen mit Matura weniger rauchen als diejenigen mit Fachschule, Lehre oder Pflichtschulabschluss (BMGF 2005, 97). Seit 1998 geht der Tabakkonsum unter Jugendlichen zurück, was sich in einen gesamtgesellschaftlichen Rückgang des Rauchens einfügt (vgl. Seyer u.a. 2008, 13ff.). Der Rückgang des Rauchens bei gleichzeitiger Vorverlagerung des Rauchbeginns widerspricht der These, dass ein früher Einstieg die Gefahr einer Suchtentwicklung erhöht. Im internationalen Vergleich ist der Raucher/innenanteil unter den österreichischen Jugendlichen allerdings sehr hoch. Unter den 41 an der HBSC-Studie beteiligten Ländern steht Österreich bei den 15-Jährigen an dritter Stelle (Currie et al. 2008, 121).

Alkohol

In den letzten drei Jahrzehnten lässt sich in Österreich ein Rückgang des Alkoholkonsums erkennen. Dennoch bleibt Alkohol die „Kulturdroge Nr. 1". 97% der Österreicher/innen ab 14 Jahren sind alkoholerfahren; problematische Konsumformen häufen sich bei Männern zwischen 35 und 65 Jahren, bei Frauen bereits zwischen 14 und 35 Jahren, wobei Männer trotz Angleichungstendenzen nach wie vor deutlich mehr Alkohol konsumieren als Frauen. Insgesamt wächst die Zahl der täglichen Konsumenten/innen bis ins hohe Alter kontinuierlich an (vgl. BMGF 2005, 4ff., 47). Die Bevölkerungsgruppe mit den höchsten Raten an Alkoholabhängigkeit sind die 50-59-jährigen Männer (vgl. Seyer u.a. 2008, 9).

Jugendliche und junge Erwachsene wachsen in die bestehende Alkoholkultur der Gesellschaft hinein und müssen sich im Prozess der Entwicklung mit Alkoholerfahrungen auseinandersetzen. Dabei zeigen sich spezifische Muster: Bedingt durch die biographische Vorverlagerung der Jugendphase ist ein früherer Einstieg in den regelmäßigen Konsum zu erkennen, der bei vielen Jugendlichen bereits mit 13 Jahren beginnt. Bei den 16-17-Jährigen ist von 1994 bis 2004 eine deutliche Zunahme des durchschnittlichen Alkoholkonsums zu verzeichnen, die bei den 18-21-Jährigen schwächer ausfällt und sich bei den über 21-Jährigen in einen Rückgang des Konsums verkehrt (Uhl. u.a. 2009, 170f.). Eine ähnliche Entwicklung findet sich beim Problemkonsum.

Charakteristisch für den jugendlichen Alkoholkonsum ist es, dass er sich insbesondere bei den 16-19-Jährigen sehr stark auf das Wochenende konzentriert. Täglicher Alkoholkonsum ist im Jugendalter noch relativ selten; stattdessen wird am Wochenende Rauschtrinken praktiziert, was Folgeprobleme durch Überdosierungen und alkoholbedingte Unfälle und

Verletzungen mit sich bringt. Mit zunehmendem Alter findet eine Nivellierung des Konsums über die gesamte Woche statt (vgl. BMGF 2005, 39). Im Zeitvergleich wird mit Hilfe der HBSC-Studien deutlich, dass Rauscherfahrungen bei den 15-Jährigen im Verlauf der 1990er Jahre stark gestiegen sind; seither zeichnet sich eine Stagnation ab (Seyer u.a. 2008, 10f.). Die Zunahme von Spitalseinweisungen stellt nach Uhl einen kritisch zu bewertenden Indikator dar: Sie hängt neben der realen Zunahme an Alkoholrausch-Erfahrungen auch mit einer öffentlichen Sensibilisierung für das jugendliche Rauschtrinken, mit einer Verlagerung der Trinkereignisse vom privaten in den öffentlichen Raum und mit einer veränderten Diagnosepraxis in den Spitälern zusammen (Uhl u.a. 2008).

Im internationalen Vergleich ist der Alkoholkonsum österreichischer Jugendlicher überdurchschnittlich. Laut ESPAD-Studie haben 80% der 15-16-Jährigen in den letzten 30 Tagen Alkohol konsumiert, 56% waren in den letzten 12 Monaten mindestens einmal betrunken (Hibell et al. 2009, 64ff.). Laut HBSC-Studie waren ein Drittel der 15-jährigen Burschen und ein Viertel der 15-jährigen Mädchen in den letzten 30 Tagen betrunken, wobei die Gleichsetzung von jugendlichem Rauschtrinken mit „Komasaufen" eine unzulässige Stigmatisierung darstellt (Dür/Griebler 2007, 45). Detaillierte Studien zu jugendlichen Konsumpraktiken zeigen, dass die konsumierten Mengen gerade bei jüngeren Jugendlichen meist nicht sehr hoch sind und Probleme weniger aus gezieltem Risikoverhalten, sondern eher aus Naivität, Unüberlegtheit und Unerfahrenheit resultieren (Bundesministerium für Gesundheit 2008; Institut für Erziehungswissenschaft 2009).

Eine besondere Problemgruppe sind schließlich Jugendliche aus alkoholbelasteten Familien. Nach Schätzungen betrifft dies 18 % aller österreichischen Jugendlichen. Sie gelten als Hauptrisikogruppe für die Entwicklung eigener Suchterkrankungen und für Probleme im emotionalen Bereich, was besondere Unterstützungsformen notwendig macht (Uhl u.a. 2009).

Illegale Drogen

Im Vergleich zu den legalen Substanzen spielt der Konsum illegaler Drogen eine relativ geringe Rolle. Zwar ist eine relativ große Minderheit der Heranwachsenden inzwischen bereit, illegale Drogen auszuprobieren, doch bleibt es in den meisten Fällen bei wenigen Konsumexperimenten (vgl. ÖBIG 2008, IV). Die am häufigsten konsumierte illegale Droge ist Cannabis. Laut ESPAD-Studie verfügen 19% der 15-16-jährigen Burschen und 15% der 15-16-jährigen Mädchen über Cannabiserfahrungen. Diese Werte sind im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich, während bei anderen illegalen Drogen für Österreich überdurchschnittliche Konsumerfahrungen zu verzeichnen sind (ESPAD 2009, 101). In der HBSC-Studie wird deutlich, dass die 12-Monats- und die 30-Tage-Prävalenzen beim Cannabiskonsum wesentlich geringer sind als die absoluten Konsumerfahrungen (Dür/Griebler 2007, 46). Demnach geht der Konsum nur bei einer kleinen Gruppe der Konsumenten/innen über Probiererfahrungen hinaus.

Die Hauptkonsumentengruppe sind die 20-24-Jährigen. Nach Untersuchungen in Wien und Oberösterreich verfügen ca. 40% dieser Altersgruppe über Cannabiserfahrungen (Seyer u.a. 2008, 15f.; ÖBIG 2008, 12); im weiteren biographischen Verlauf geht der Konsum von illegalen Drogen insgesamt zurück. Er scheint damit ein episodisches, lebensphasenspezifisches Phänomen zu sein, das mit entwicklungsbedingtem Risikoverhalten und dem Bedürfnis nach Rauscherfahrungen in dieser Altersphase zusammenhängt. Konsumbezogene

Probleme manifestieren sich (im Unterschied zu Alkohol) ebenso am häufigsten im jungen Erwachsenenalter. Die 20-24-Jährigen stellen das Hauptklientel in drogenspezifischen Beratungs- und Therapieeinrichtungen; der Frauenanteil beträgt in den verschiedenen Altersgruppen 20-30% (ÖBIG 2008, 26f.). Während der Konsum von Cannabis im Verlauf der 1990er Jahre und bis Anfang der 2000er Jahre angestiegen ist, zeichnet sich seither in Österreich sowie international eine leicht rückläufige Tendenz ab (vgl. ESPAD 2009, 144ff.). Für Österreich gilt dies – im Gegensatz zu anderen Ländern – nicht für andere illegale Drogen, was dadurch erklärt wird, dass sich in spezifischen Gruppen das Substanzenspektrum beim Experimentierkonsum verbreitert hat (ÖBIG 2008, 12).

Substanzungebundene Suchtformen

Neben den substanzgebundenen Suchtformen werden auch eine Reihe von substanzungebundenen Suchtformen öffenlichkeitswirksam diskutiert. Bei den weitverbreiteten „Essstörungen" ist allerdings mit Lindenmeyer davon auszugehen, dass es sich bei deren Bearbeitung im Rahmen des Suchthilfesystems um eine „Fehlsteuerung von Patienten mit einer anderweitigen psychischen Störung handelt, bloß weil diese im Deutschen das Wort Sucht (…) enthält" (Lindenmeyer 2007, 5). Die einzige substanzungebundene Suchtform, die in medizinischen Klassifikationssystemen Erwähnung findet, ist das „pathologische Spielverhalten". Für Österreich fehlen hierzu aussagekräftige Daten. Schätzungen von pathologischen Spielern schwanken je nach ideologischer Ausrichtung zwischen 10.000 und 60.000 Betroffenen in Österreich. Insgesamt sind zu 85-90% Männer betroffen (Seyer u.a. 2008, 5; Sonntag u.a. 2007, 31). Nach deutschen Daten findet sich Unterstützungsbedarf in nennenswertem Umfang erst bei Personen ab 28 Jahren. Der durchschnittliche Einstieg in das Spielverhalten liegt in Österreich bei 19-31 Jahren; davon abweichend hat der Verein für anonyme Spieler in Wien bei 37% der pathologischen Spieler ein Einstiegsalter vor dem gesetzlichen Mindestalter von 18 Jahren erhoben, was darauf hindeutet, dass problematische Formen des Spielens bereits im Jugend- und jungen Erwachsenenalter beginnen (vgl. Fischer/Schreiberhuber 2009, 5f.). In über 80% der Fälle geht pathologisches Spielverhalten mit weiteren Persönlichkeitsstörungen einher.

Besonders diffus ist die Datenlage zur so genannten Online- oder Internetsucht, da es hierzu bis heute keine eindeutige, allgemein anerkannte Definition gibt. Zimmerl definierte den „pathologischen Internetgebrauch" mit Hilfe der Übertragung von Kriterien anderer Abhängigkeitserkrankungen (Zimmerl 2008). Hahn und Jerusalem bezeichnen Internetsucht „als eine moderne Verhaltensstörung und eskalierte Normalverhaltensweise im Sinne eines exzessiven und auf ein Medium ausgerichteten Extremverhaltens" (Hahn/Jerusalem 2001, 283). Sie schätzen 3,2% der von ihnen befragten Internetnutzer als internetsüchtig ein und 6,6% als gefährdet. Zugleich scheint es sich vor allem um eine Jugendproblematik zu handeln (Hahn/Jerusalem 2001, 284ff.). Diese Werte wurden in einer Schweizer Studie bestätigt und werden für Schätzungen in Österreich zur Grundlage genommen. Österreichische Prävalenzstudien existieren noch nicht. Zu anderen substanzungebundenen Suchtformen liegen ebenfalls noch keine substantiellen Untersuchungen vor.

2. Rausch, Sucht und Abhängigkeit

Die Beschäftigung mit Sucht ist bei der Bestimmung ihres Problemfelds mit einer doppelten Schwierigkeit konfrontiert: Erstens ist unklar, bei welchen Formen des Substanzkonsums und bei welchen Formen exzessiven Verhaltens von Sucht gesprochen werden kann, da prinzipiell jedes Verhalten eine suchtförmige Gestalt annehmen kann und zugleich die Grenze zwischen normalem und süchtigem Verhalten schwer zu ziehen ist (vgl. v. Wolffersdorff 2005, 336f.). Zweitens strebt niemand bewusst „Suchtverhalten" an, sondern Sucht entsteht in einem meist langdauernden Prozess unter der Hand als Folge anderer Handlungsintentionen. Die Suchtgefährdung muss also aus anders intendierten Handlungen und Alltagspraxen konstruiert werden. Schetsche erläutert am Beispiel der Internetsucht, dass den Betroffenen erst in einem Akt der Problemdeutung ihr Status als „Problemopfer" deutlich gemacht werden muss (Schetsche 2007, 122). Dies gilt für Suchtgefährdungen im Jugendalter generell, da sich Suchtprobleme meist erst im weiteren Verlauf des Lebens manifestieren und zudem nur einen kleinen Teil der Jugendlichen betreffen. Suchtprävention hat demnach mit einem geringen Problembewusstsein ihrer Adressaten/innen zu rechnen. Insbesondere bei Jugendlichen kann sie „nicht auf Bedrohungskognitionen als motivationaler Grundlage aufbauen" (Petermann/Roth 2006, 134).

Der Substanzkonsum zielt nicht auf Sucht, sondern auf Rauscherfahrungen. Das Bedürfnis nach „Rausch", nach aus dem Alltag herausgehobenen Erfahrungen, die gruppenbildende und gemeinschaftsstabilisierende Funktionen haben, scheint ein in allen Gesellschaften auffindbares Menschheitsphänomen zu sein (vgl. Sting 2004). Auch in unserer Gesellschaft spielt der Rausch eine bedeutende Rolle, was an der Ausbreitung der Kulturdroge Alkohol sichtbar wird.

Es gibt Indizien dafür, dass sich das Bedürfnis nach Rauscherfahrungen bei Jugendlichen im Kontext des gesellschaftlichen Wandels verstärkt. Dem Substanzkonsum wird schon seit längerem eine spezifische Funktionalität bei der Bewältigung von Entwicklungsaufgaben im Jugendalter zugeschrieben: Z. B. kann er die Ablösung vom Elternhaus unterstützen, Zugang und Zugehörigkeit zu Gleichaltrigengruppen vermitteln, körperliche Selbst- und Grenzerfahrungen ermöglichen, zur Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Wert- und Normvorstellungen führen und so zur Identitätsentwicklung beitragen (Kastner/Silbereisen 1988; Leppin u.a. 2000, 11). Jungaberle unterscheidet eine Reihe von „motivationalen Grundthemen" (z.B. Angstüberwindung, Neugier, Suche nach Grenzen, Zugehörigkeit, Auflehnung/Protest, Problembewältigung), die den jugendlichen Umgang mit psychoaktiven Substanzen leiten. Rauscherfahrungen werden dabei gezielt herbeigeführt und zugleich mittels unterschiedlicher Strategien kontrolliert. Die vorherrschende Darstellung des Rauschs als „unkontrollierbar" widerspricht der alltäglichen Erfahrung mit Alkohol und wirkt als Botschaft an Experimentier- oder Gelegenheitskonsumenten von illegalen Drogen demotivierend (Jungaberle 2007, 186, 178). Eine Tübinger Studie zum jugendlichen Rauschtrinken zeigt, dass die Kontrolle des Alkoholkonsums ein wesentliches Moment der Organisation von Trinkereignissen darstellt (Institut für Erziehungswissenschaft 2009, 8).

Rauscherfahrungen werden meist in spezifische Situationen und Gruppenzusammenhänge (setting) eingebettet und mit besonderen Erwartungshaltungen und Stimmungen (set) wie Entspannung, Feiern, Spaß und Geselligkeit verknüpft, die die Substanzwirkung wesent-

lich beeinflussen. Das Zusammensein mit Anderen, das Gemeinschaftserlebnis macht den eigentlichen „Sinn" des Rausches aus (Institut für Erziehungswissenschaft 2009, 9). In Peergroups werden Rituale für den Umgang mit Substanzen und Erklärungsmuster für Rauscherlebnisse weiter gegeben. Substanzkonsum kann als Aufnahmeritual und zur Markierung besonderer Situationen dienen (Blätter 2007, 84f.).

Die Eigenschaft des Rauschs, temporäre Bewusstseinsveränderungen hervorzurufen, prädestiniert ihn für die Gestaltung von sozialen Übergängen und Statuspassagen. Während in unserer Gesellschaft allgemein verbindliche und gesellschaftlich vorgegebene Übergangsrituale weitgehend an Bedeutung verloren haben, müssen Heranwachsende ihre Entwicklungsaufgaben im Rahmen einer selbsttätigen Initiations- und Übergangsarbeit bewältigen. Die Übergangsarbeit erfolgt angesichts einer Vielfalt von Lebensoptionen zunehmend im „Selbstexperiment". Das Eingehen von Risiken, wie sie Rauscherfahrungen im Hinblick auf ihre körperlichen, psychischen und sozialen Folgewirkungen enthalten, ist eine wesentliche Begleiterscheinung. „Risikoverhalten" gilt deshalb als ein charakteristisches Merkmal für das Jugendalter und funktional für den Entwicklungsprozess (Böhnisch 1999, 166ff.). Zentrales Motiv von Rauscherfahrungen ist jedoch nicht das individuelle Risiko, sondern ihr sozialintegrativer Aspekt. Rauschrituale stiften Zusammengehörigkeit und schaffen soziale Distinktionen (Bartsch 2007, 219). Sie bringen kollektive Ereignisse hervor, die eine identifikatorische Basis für gemeinsame Erfahrungen und Erzählungen bilden.

Während beim größten Teil der Heranwachsenden Substanzkonsum und Rauscherfahrungen „im Kontext einer normativen Adoleszenzentwicklung" zu betrachten sind und im Hinblick auf eine spätere Suchtgefährdung eher unproblematisch erscheinen, skizzieren Petermann und Roth daneben eine zweite Konsumpraxis, die sich nur bei wenigen Jugendlichen auffinden lässt, die als „Indikator für maladaptive Entwicklungsverläufe" gesehen werden kann und die den Beginn einer Missbrauchs- oder Suchtproblematik andeutet (vgl. Petermann/Roth 2006, 116). Auch Jungaberle verweist auf einen „problematischen" Konsumtypus, bei dem der Substanzkonsum weniger instrumentellen Strategien zur Erreichung von Entwicklungszielen folgt, als eine alternative Problembewältigungsstrategie bei unzureichenden biopsychosozialen Ressourcen darstellt (vgl. Jungaberle 2007, 185). Die Suchtprävention müsste sich dementsprechend in ihren Maßnahmen an der „entwicklungsbedingten bzw. adaptiven Form" des Substanzkonsums orientieren, was die Mehrzahl der konsumierenden Jugendlichen betrifft, und zugleich spezifische Angebote für die kleine Gruppe von Problemkonsumenten entwickeln. „Die gegenwärtigen Programme orientieren sich jedoch eher an einem Defizitmodell und betrachten drogenkonsumierende Jugendliche nahezu ausschließlich unter einer klinischen Perspektive" (Petermann/Roth 2006, 116).

Im Gegensatz zu Substanzkonsum und Rausch gelten „Sucht" und „Abhängigkeit" als eindeutig negativ besetzte Begriffe. Verhinderung von Sucht oder Abhängigkeit stellt die Kernaufgabe der Suchtprävention dar. Nolte weist nach, dass die „Krankheit Alkoholismus" zum Leitmodell unserer heutigen „Sucht-Idee" geworden ist, deren Elemente (progressiver Verlauf der Krankheit, Kontrollverlust, Abstinenz als therapeutisches Endziel, Gefahr des „Rück-falls") auf andere Suchtformen übertragen werden (Nolte 2007, 53ff.). Dem Suchtverständnis wohnt damit eine Tendenz zur Steigerung, zum Verfall und zum Kontroll- und Selbstverlust inne. Sucht wird heute unabhängig vom Substanzgebrauch als eine

extreme oder exzessive Verhaltensweise verstanden, deren wesentliches Kriterium das „Nicht-mehr-aufhören-können" bzw. die „zwanghafte Wiederholung" ist (Vief 1997, 891; Scheerer 1995, 35f.).

Um eine wissenschaftlich präzise Diagnose und Behandlung von Suchtproblemen zu ermöglichen, ersetzte die WHO im Jahr 1964 den Suchtbegriff durch die Begriffe „psychische" und „physische Abhängigkeit". Die internationalen medizinischen Klassifikationssysteme für die Bestimmung von Krankheiten (ICD-10 und DSM-IV) orientieren sich seither am Begriff der „Substanzabhängigkeit". Die Kriterien für die medizinische Diagnose einer Abhängigkeitserkrankung beruhen auf einer Weiterentwicklung der mit dem Suchtbegriff verbundenen Assoziationen. Nach DSM-IV müssen zur Diagnose einer Substanzabhängigkeit drei der folgenden sieben Kriterien erfüllt sein:

1. Toleranzentwicklung und Dosissteigerung;
2. Entzugssymptome in konsumfreien Phasen;
3. stärkerer Konsum als intendiert;
4. Wunsch, den Konsum zu reduzieren oder einzustellen;
5. hoher Zeitaufwand zur Beschaffung und Beschäftigung mit der Substanz;
6. Einschränkungen wichtiger beruflicher und Freizeitaktivitäten;
7. anhaltender Konsum trotz wiederkehrender sozialer, psychischer oder körperlicher Probleme (Soellner 2000, 17).

Im öffentlichen wie im Fachdiskurs konnte sich die Begriffsbestimmung der WHO nicht durchsetzen. Sucht und Abhängigkeit werden heute weitgehend synonym verwendet (Paetzold 2006, 19), wobei beide Begriffe aus der Perspektive der Suchtprävention problematische Implikationen beinhalten. Der Begriff der „Substanzabhängigkeit" befördert eine „pharmakozentrische Sichtweise" (Scheerer 1995, 14), die die Droge mit ihren Wirkungen ins Zentrum rückt und die substanzungebundene Suchtformen unterschätzt. Zugleich wird die Orientierung an der Modellsucht Alkoholismus nicht aufgegeben, was zur Unterbewertung von Suchtformen wie Tabakabhängigkeit oder problematischem Cannabiskonsum führt (Sting 2004a, 229). Darüber hinaus sind die Indikatoren der Klassifikationssysteme nicht neutral, sondern wert- und normabhängig (Dollinger/Schmidt-Semisch 2007, 11). Schließlich widerspricht die Möglichkeit der „Selbstheilung", der abrupten selbstbestimmten Beendigung des Konsums, die neben dem Ausstieg aus dem Tabakkonsum vor allem bei Konsumenten illegaler Drogen im jungen Erwachsenenalter auftritt und häufig mit biographischen Einschnitten wie Berufseintritt, Familiengründung oder beginnender Elternschaft einher geht (Weber/Schneider 1997, 253ff.), dem Bild des zwanghaften und progressiven Krankheitsverlaufs. Suchtprozesse sind als komplexe und heterogene biographische Verläufe zu betrachten. Sie beinhalten ein ständiges Auf und Ab mit Höhepunkten und konsumfreien Phasen, das immer wieder Entscheidungsprozesse der Betroffenen zulässt. Im vielfältigen Bündel potentieller Schutz- und Risikofaktoren gibt es keine vorab definierbaren Ursachenkomplexe, die unweigerlich zur Sucht führen, sondern die Frage, ob und wie Sucht entsteht, hängt jeweils auch von aktuellen Entscheidungen, Handlungsoptionen und Bewältigungsformen ab (Stein-Hilbers 2007, 41).

3. Suchtpräventive Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene

Suchtprävention hat in Österreich in den letzten Jahrzehnten einen Professionalisierungsprozess durchlaufen, der sich nicht nur auf das Leitbild und die Angebote, sondern auch auf die Organisationsstruktur bezieht (vgl. Uhl/Springer 2002). In jedem Bundesland befindet sich eine landesweite Fachstelle für Suchtprävention, die suchtpräventive Aktivitäten initiiert und koordiniert. Alle Fachstellen sind österreichweit in der ARGE Suchtvorbeugung vernetzt, was einen Austausch von Arbeitsansätzen, Projektideen und Konzepten ermöglicht. Somit finden sich viele suchtpräventive Angebote in mehreren oder allen Bundesländern, wobei in jedem Land eigene Schwerpunkte gesetzt werden. Neben der Projektarbeit konzentrieren sich die Fachstellen vor allem auf die Qualifikation von Multiplikatoren/innen und auf die Unterstützung der suchtpräventiven Arbeit in Schulen, Jugendarbeit, Betrieben, Gemeinden usw.

In der suchtpräventiven Praxis werden unterschiedliche Konzepte und Strategien verfolgt, die von verschiedenen Wirkungskonstellationen im Hinblick auf Suchtentwicklungen und die Möglichkeit der Suchtvorbeugung ausgehen. Nach wie vor sehr verbreitet sind klassische Aufklärungsstrategien, die durch die Vermittlung von Informationen und Wissen über die Wirkungsweisen von Substanzen und über die Anzeichen und Gefahren von Sucht aufklären wollen. Zu dem Zweck halten die Fachstellen u.a. an Jugendliche gerichtetes Informationsmaterial zu unterschiedlichen Themen bereit, z.B. Flyer zu verschiedenen Substanzen und Suchtformen sowie zu Sucht und Hilfe allgemein, Internetseiten für Jugendliche, Videoclips und Kurzfilme und spezielle Formate wie „Kater-Karten" (Kärnten) oder „pocketinfo Alkohol" (Wien). Daneben werden Workshops mit Jugendlichen durchgeführt (z.B. „angeRAUSCHt" in Salzburg), aber auch mit Eltern und Multiplikatoren/innen (Lehrer/innen, Jugendarbeiter/innen, Sozialarbeiter/-pädagogen/innen, Lehrlingsausbilder/innen etc.). Evaluationen belegen, dass reine Informationsstrategien relativ wirkungslos sind (Bühler/Krüger 2006, 61), dass sie aber eine sinnvolle Ergänzung anderer Präventionskonzepte sein können.

Am meisten verbreitet sind in Österreich Aktivitäten zur Lebenskompetenzförderung, die auf die Stärkung von Selbstwert und Selbstwirksamkeit, auf die Förderung sozialer und kommunikativer Kompetenzen sowie auf Widerstandsfähigkeit und Bewältigungsfertigkeiten zielen. Lebenskompetenzprogramme werden bereits im Kindergarten- und Volksschulalter eingesetzt; es finden sich aber auch Umsetzungen für das Jugendalter. Beispiele mit einem breiten gesundheitsfördernden Fokus, der neben der Suchtprävention auch die Gewaltprävention mit einschließt, sind das Schulprogramm „PLUS" für 10-14-Jährige (Tirol), die Programme „suchtfrei O.K." (Kärnten) und „Clever und Cool" (Oberösterreich) für die 7. bzw. 8. Schulstufe und das Projekt „It's my life" für Fachberufsschulen (Kärnten).

Ein großer Teil der universellen, an die Allgemeinheit gerichteten Suchtprävention findet in der Schule statt. Bauer bringt in diesem Zusammenhang allerdings ein „Präventionsdilemma" zum Vorschein, das darin besteht, dass suchtpräventive Angebote – analog zu sonstigen schulischen Bildungsangeboten – sehr selektiv wahrgenommen werden. „Heranwachsende in sozial benachteiligter Lebenslage mit einem erhöhten Risiko der Ausbildung selbst- und fremdschädigender Verhaltensweisen" werden über die Schule besonders schwer erreicht (Bauer 2005, 14). In außerschulischen Bereichen wie der Offenen Jugend-

arbeit sind derartige Präventionsangebote wenig beliebt und werden in Österreich auch kaum umgesetzt. Evaluationen zur suchtpräventiven Wirkung von Lebenskompetenzprogrammen sind bisher eher ernüchternd. Quensel weist in einer breit angelegten Metaanalyse ihre relative Wirkungslosigkeit nach (vgl. Quensel 2004, 24ff.); Silbereisen hinterfragt das aus der Medizin übertragene Modell der „Immunisierung" (Silbereisen 1999, 77ff.), und Petermann und Roth stellen fest, dass Präventionskomponenten wie das „Selbstwertgefühl" relativ zeitstabile Persönlichkeitsmerkmale darstellen, deren Stärkung statt kurzfristiger Programme eine langdauernde pädagogische Einflussnahme und eine vertrauensvolle Beziehung erfordern (vgl. Petermann/Roth 2006, 96). Lebenskompetenzförderung scheint vor allem dann sinnvoll zu sein, wenn sie als Impuls für längerfristige Erziehungs- und Bildungsprozesse betrachtet wird. Darüber hinaus erscheinen für das Jugendalter spezifische, nach Zielgruppen differenzierte Ansätze, die den Erfahrungshintergrund der Jugendlichen berücksichtigen, angemessen.

In der Suchtprävention mit Jugendlichen finden sich eine Reihe von Angeboten, die dem Alternativansatz folgen. Aufgrund seiner Erlebnis- und Aktivitätsorientierung bietet dieser Zugang vielfältige Einsatzmöglichkeiten in der Arbeit mit Jugendlichen. Er zielt zum einen auf handlungsorientierte Kompetenzen und Selbstwertstärkung, zum anderen geht es um Grenzerprobungen, um das Ermöglichen neuartiger Selbst- und Welterfahrungen und um die Vermittlung von Gruppenerlebnissen, was spezifische Funktionalitäten des Substanzkonsums aufgreift (Sting/Blum 2003, 73ff.). Der Alternativansatz zielt im Hinblick auf den Substanzkonsum nicht auf Abstinenz; stattdessen geht es darum den „verantwortungsvollen Gebrauch" mit „Alternativen minderen Risikos, aber vergleichbarer Entwicklungsfunktion" zu verbinden (Silbereisen/Kastner 1987, 905, 916).

In den österreichischen Fachstellen gibt es dazu wenig Angebote. Am meisten verbreitet sind Theaterprojekte (z.B. Niederösterreich, Wien, Tirol) und Medienprojekte (Vorarlberg). Darüber hinaus gibt es kunst- und erlebnispädagogische Projekte in der offenen und verbandlichen Jugendarbeit und Outdoor-Aktivitäten wie Kanufahren oder Klettern. Die Stärke des Alternativenansatzes ist seine hohe motivationale Komponente. Evaluationen zeigen bei einer universell-präventiven Verwendung ein diffuses Bild. Das Konzept scheint u.a. dann Chancen zu bieten, wenn die Adressaten/innen in die Planung und Durchführung der Maßnahmen einbezogen werden und wenn der Erwerb von Kompetenzen Teil der Maßnahme ist (Bühler/Kröger 2006, 62).

Neben den bisher skizzierten Konzepten der universellen Prävention etablieren sich seit einigen Jahren immer mehr selektive Zugänge, die sich vor allem an riskant konsumierende Jugendliche und junge Erwachsene richten. Es handelt sich dabei um Konzepte zur Früherkennung und Frühintervention sowie um Konzepte zur Schadensminimierung. Einerseits geht es dabei um die Intervention bei beginnenden Suchtentwicklungen, andererseits um die Vermeidung von konsumbezogenen Unfällen und Gesundheitsgefährdungen. Die Sucht- und Drogenkoordination Wien betrachtet den Ausbau von Früherkennungs- und Frühinterventionsmaßnahmen als zentrale Zukunftsaufgabe (Sucht- und Drogenkoordination Wien 2009, 27).

Im schulischen Kontext ist österreichweit das Programm „Step-by-Step" verbreitet, das Anleitungen für den Umgang mit suchmittelkonsumierenden Schüler/innen liefert. Hierbei handelt es sich um ein lehrerzentriertes, indikatorengestütztes Fortbildungsangebot, das

auch Handreichungen für Gespräche und Handlungsschritte beinhaltet. Für den Bereich der Jugendarbeit sind vor allem Zugänge interessant, die partizipative und selbstreflexive Elemente enthalten. Dazu zählen Kurzinterventionen nach dem Modell des motivational interviewing, die zur Verhaltensänderung motivieren sollen (Marzinzik/ Fiedler 2005). Als Fortbildungen für Jugendeinrichtungen und soziale Dienste werden zu dem Zweck die Interventionsprogramme „MOVE" (Wien) und „MOVIN" (Kärnten, Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol) angeboten.

Präventive Ansätze zur Schadensminimierung entstanden zunächst im Umfeld der Partyszene, um bei drogennahen Szenen und intensiv konsumierenden Personengruppen Drogenunfälle zu reduzieren. Auf Basis einer konsumakzeptierenden Perspektive geht es dabei um die Vermittlung von Konsumregeln und -riten, um konsumbezogenes Erfahrungswissen und um die Reflexion eigener Konsumerfahrungen. Eine Sonderstellung nimmt in dem Zusammenhang das Wiener Projekt „Check iT!" ein, das als einzige Einrichtung in Österreich Drug Checking anbietet. Darüber hinaus arbeiten das Tiroler Projekt MDA basecamp und das Vorarlberger Eventbegleitungs-Projekt „taktisch klug" nach diesem Ansatz. Einzelne Projekte setzen gezielt bei spezifischen Problem- oder Risikosituationen an. Das Kärntner Pilotprojekt „Grenzwert" richtet sich in Kooperation mit dem LKH Klagenfurt gezielt an Jugendliche mit auffälliger Alkoholintoxikation und verbindet die Vermittlung von Hilfsangeboten mit einer motivierenden Kurzintervention zur Reflexion der eigenen Konsumpraxis. Ein ähnliches Konzept verfolgen die „FreD-Kurse", die in Oberösterreich für 16-23-jährige erstauffällige Drogenkonsumenten/innen angeboten werden.

Eine übergreifende Perspektive nehmen Konzepte ein, die Suchtprävention als Bildungsarbeit begreifen, z. T. verbunden mit settingbezogenen Elementen. In diese Perspektive können zum einen Aktivitäten zur Kompetenzförderung sowie zur Konsum- und Genusserziehung einfließen und zum anderen Bestrebungen zur Reflexion von Konsumerfahrungen, zur Verbreitung konsumbezogenen Wissens und zur Gestaltung von Konsumsituationen. Leitorientierungen stellen in dem Zusammenhang Begriffe wie „Risikokompetenz", „pädagogische Risikobegleitung" oder „Genusskultur" dar. Suchtprävention wird dabei nicht nur als isoliertes Tätigkeitsfeld betrachtet, sondern als Bestandteil einer allgemeinen körper- und gesundheitsbezogenen Bildungsarbeit.

Die österreichischen Fachstellen für Suchtprävention haben zu dem Zweck das Schweizer Internetangebot „feelok" für die jeweiligen regionalen Gegebenheiten adaptiert, das sich für den Einsatz in unterschiedlichen pädagogischen Feldern eignet und das neben der Vermittlung von Informationen und Hilfsangeboten zahlreiche selbstreflexive Elemente zum Umgang mit dem eigenen Körper, zum Wohlbefinden und zum Substanzkonsum enthält. Darin enthalten sind z.B. Selbsttests zur Einschätzung der eigenen Konsumpraxis. Einen spezifischen Ansatz verfolgt das oberösterreichische Pilotprojekt „Peer Drive Clean", das auf der Grundlage des Peer-Involvement in Kooperation mit Fahrschulen das Risikobewusstsein für alkoholbedingte Unfälle stärken will. Schließlich haben sich in jüngster Zeit verschiedene setting-bezogene Initiativen zur Verbreitung einer risikobewussten Fest- und Feierkultur etabliert. Hierbei werden an Jugendliche und junge Erwachsene gerichtete Aktivitäten mit Fortbildungen, Checklisten oder Maßnahmekatalogen für Veranstalter kombiniert, um das Risikobewusstsein für alkoholbedingte Problematiken zu schärfen. In dem Zusammenhang sind z.B. die Wiener Projekte „prEVENT" und „Party Fit!", die Salzburger Initiative „Tennengauer Jugendpower", das Angebot „Fest im Griff" aus der Steiermark und

die Fortbildungen zur „alternativen Festkultur" in Niederösterreich zu erwähnen. Einen stärker positiv ausgerichteten Zugang verfolgt das Präventionskonzept „risflecting", das auf die entwicklungsfördernde Integration von Rausch- und Risikoerfahrungen und auf die Förderung einer verantwortungsvollen Genusskultur zielt (www.risflecting.at). Risflecting übernimmt Elemente der Erlebnispädagogik und verknüpft sie mit reflexiven Anteilen, die Rausch- und Risikoerfahrungen in ihrer Bedeutung als Übergangsrituale und Grenzwahrnehmungen ernst nehmen. Aus diesem Zugang sind bisher österreichweit eine Reihe von Projekten für die präventive Jugendarbeit entstanden (z.B. „Wagnis Leben", „check your boarders" „risk'n'fun").

Darüber hinaus gibt es vereinzelte, auf spezifische Zielgruppen zugeschnittene Aktivitäten. So wurde in Vorarlberg eine Plattform „Migration und Sucht" eingerichtet, um vor allem Eltern türkischer Herkunft für das Thema Sucht zu sensibilisieren. Dies wird um Veranstaltungen zum „Diversity Management in Gemeinden" ergänzt. Zur Unterstützung von Jugendlichen in suchtbelasteten Familien hat sich mit „ENCARE" ein internationales Netzwerk etabliert, an dem auch österreichische Institutionen beteiligt sind. Erste an Jugendliche gerichtete Hilfsangebote gibt es am Anton-Proksch-Institut in Wien, das Gesprächsgruppen für 13-19-jährige Angehörige bereit stellt, sowie von der Diakonie Linz, die im Rahmen des Projekts PEPAU (Peers Empowerment Prävention in alkoholbelastetem Umfeld) Gruppenarbeit mit betroffenen 12-18-jährigen Jugendlichen durchführt, die sich in einer Einzelbetreuung befinden.

4. Empfehlungen

Die skizzierten gesellschaftlichen Tendenzen bringen zum Vorschein, dass konsumbezogene Probleme und Suchtentwicklungen zwar im Jugendalter relevant sind, sich aber keineswegs in herausgehobener Weise in dieser Altersphase manifestieren. Auch gibt es wenig Anzeichen für eine Zuspitzung der Problematik, so dass vorschnelle Dramatisierungen unangebracht sind. Die Entwicklung des Konsum- und Suchtverhaltens ist im Kontext von vier übergreifenden Prozessen zu betrachten: 1. einem Prozess der Verfrühung jugendlicher Entwicklung, der zur Vorverlagerung jugendtypischer Praxisformen führt, 2. einer Angleichung der Geschlechter, die z.T. Konsumsteigerungen bei weiblichen Heranwachsenden mit sich bringt, 3. neuartiger Übergangsproblematiken im Jugendalter, die Jugendliche mittels Selbstinitiationen und z.T. riskanten Selbstexperimenten zu bewältigen haben und 4. einer generellen Verstärkung des Gesundheitsbewusstseins in der Gesamtbevölkerung, die zu einer Reduktion der Konsumraten bei gleichzeitiger Sensibilisierung für auffälliges Konsumverhalten führt.

Aus der Übersicht über Konsumverhalten, suchrelevanten Praktiken und Suchtpräventionsmaßnahmen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen lassen sich folgende Einzelaspekte anführen, zu denen zukünftiger Handlungsbedarf besteht:

- Die Raucherquoten unter österreichischen Heranwachsenden sind im internationalen Vergleich sehr hoch. Aufgrund der enormen gesundheitspolitischen Bedeutung des Rauchens sind Bemühungen zur Reduktion des Rauchens notwendig. Isolierte, auf Jugendliche gerichtete Raucherentwöhnungs- oder Nichtraucherprogramme erscheinen allerdings weniger sinnvoll als die Entwicklung einer gesamtgesellschaftlichen Strategie zum Umgang mit dem Rauchen.

- Zum Verständnis jugendlichen Rauschtrinkens sind gezielte Untersuchungen zu Erscheinungsformen, Motiven und zum Bezug zu gegenwärtigen Entwicklungsdynamiken erforderlich, um davon ausgehend angemessene Präventions- und Unterstützungsangebote zu entwickeln. Dazu gehört eine Enttabuisierung und breitere Beschäftigung mit dem Thema Rausch in der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen.
- Angesichts des hohen Gefährdungspotentials dieser Zielgruppe müssen Unterstützungsmöglichkeiten für Jugendliche aus suchtbelasteten Familien erweitert werden.
- Aufgrund der Tatsache, dass eine kleine Gruppe von Heranwachsenden intensive Konsumerfahrungen mit verschiedenen illegalen Substanzen macht, wäre es sinnvoll, szenenahe, jugend- und konsumentenorientierte Präventionsangebote über Tirol, Vorarlberg und Wien hinaus auch in anderen Bundesländern zu etablieren.
- Zu substanzungebundenen Suchtformen, insbesondere zum pathologischen Spielen und zur Internet- bzw. Onlinesucht fehlen bisher substanzielle, auf Österreich bezogene Untersuchungen.
- Gerade im Jugendalter müsste Suchtprävention eine stärkere Zielgruppendifferenzierung vornehmen und den Erfahrungshintergrund der Jugendlichen berücksichtigen. Dies beinhaltet erstens eine Abkehr vom „klinischen Blick" bei Jugendlichen mit „normalem", entwicklungsadäquatem Konsumverhalten zugunsten übergreifender entwicklungs- und bildungsbezogener Thematisierungsformen. Zweitens geht es um den Ausbau selektiver Prävention durch die Etablierung spezifischer, nichtstigmatisierender Präventions- und Unterstützungsformen für die kleine Gruppe der Problemkonsument/innen (z.B. durch jugendgemäße Konzepte der Früherkennung und –intervention). Und drittens müssten schließlich die Unterstützungsbedürfnisse spezifischer Zielgruppen, die durch die bestehenden Angebote nur ungenügend erreicht werden, wie z.B. Jugendlicher mit Migrationshintergrund, stärker beachtet werden. Dies bedeutet zugleich eine stärkere Berücksichtigung der vorhandenen Diversität in Studien zu Substanzkonsum und Suchtproblemen.

Literatur

Bartsch, G. (2007): Drogenkonsum und soziale Ungleichheit. In: Dollinger, B./Schmidt-Se-misch, H. (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Suchtforschung. VS: Wiesbaden, S. 213-234.

Bauer, U. (2005): Das Präventionsdilemma. Potentiale schulischer Kompetenzförderung im Spiegel sozialer Polarisierung. VS: Wiesbaden.

Blätter, A. (2007): Soziokulturelle Determinanten der Drogenwirkung. In: Dollinger, B./ Schmidt-Semisch, H. (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Suchtforschung. VS: Wiesbaden, S. 83-96.

BMGF (Hrsg.) (2005): Österreichweite Repräsentativerhebung zu Substanzgebrauch. Erhebung 2004. Bericht. Wien.

Böhnisch, L. (1999): Sozialpädagogik der Lebensalter. Juventa: Weinheim, München.

Bühler, A./Kröger, C. (2006): Expertise zur Prävention des Substanzmissbrauchs. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung: Köln.

Bundesministerium für Gesundheit (Hrsg.): Wissenschaftliche Begleitung des Bundesmodellprogramms „HaLT – Hart am LimiT". Endbericht. Berlin 2008.

Curie, C. et al. (2008): Inequalities in Young People's Health. HBSC International Report from the 2005/2006 Survey. Kopenhagen.

Dollinger, B./Schmidt-Semisch, H. (2007): Reflexive Suchtforschung: Perspektiven der sozialwissenschaftlichen Thematisierung von Drogenkonsum. In: Dollinger, B./Schmidt-Se-misch, H. (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Suchtforschung. VS: Wiesbaden, S. 7-33.

Dür, W./Griebler, R. (2007): Gesundheit der österreichischen SchülerInnen im Lebenszusammenhang. Ergebnisse des WHO-HBSC-Survey 2006. Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend: Wien.

Fischer, G./Schreiberhuber, A. (2009): Spielsucht in Österreich. (www.sucht-addiction.info/ content/docs/Spielsicht in Österreich.pdf, 30.10.2009).

Hahn, A./Jerusalem, M. (2001): Internetsucht: Jugendliche gefangen im Netz. In: Raithel, J. (Hrsg.): Risikoverhaltensweisen Jugendlicher. Leske+Budrich: Opladen, S. 279-294.

Hibell, B. et al. (2009): The 2007 ESPAD Report. Substance Use Among Students in 35 European Countries. The Swedish Council for Information on Alcohol and Drugs (CAN): Stockholm.

Homfeldt, H. G./Sting, S. (2006): Soziale Arbeit und Gesundheit. Reinhardt: München.

Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Tübingen/Forschungsinstitut tifs (2009): Einflussfaktoren, Motivation und Anreize zum Rauschtrinken bei Jugendlichen (Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit). Tübingen.

JUNGABERLE, H. (2007):Qualitative Drogen- und Suchtforschung – am Beispiel eines kulturwissenschaftlichen Forschungsprojekts. In: DOLLINGER, B./SCHMIDT-SEMISCH, H. (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Suchtforschung. Wiesbaden, S. 169-194.

Kastner, P. /Silbereisen, R. K. (1988): Die Funktion von Drogen in der Entwicklung Jugendlicher. In: Bartsch, N./Knigge-Illner, H. (Hrsg.): Sucht und Erziehung. Band 2: Sucht und Jugendarbeit. Beltz: Weinheim/Basel, S. 23–32.

Leppin, A./Hurrelmann, K./Petermann, H. (2000): Schulische Suchtprävention: Status Quo und Perspektiven. In: Leppin, A./Hurrelmann, K./Petermann, H. (Hrsg.): Jugendliche und Alltagsdrogen. Luchterhand: Neuwied/Kriftel/Berlin, S. 9-21.

Lindenmeyer, J. (2007): Von Daten zu Taten? Anmerkungen zur Suchthilfestatistik 2006. In: Sucht 53, Sonderheft 1, S. S4-S6.

Marzinzik, K./Fiedler, A. (2005): MOVE – Motivierende Kurzintervention bei konsumieren-den Jugendlichen. Evaluationsergebnisse des Fortbildungsmanuals sowie der ersten Implementierungsphase. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung: Köln.

Nolte, F. (2007): "Sucht" – zur Geschichte einer Idee. In: Dollinger, B./Schmidt-Semisch, H. (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Suchtforschung. VS: Wiesbaden, S. 47-58.

ÖBIG (Hrsg.) (2008): Bericht zur Drogensituation 2008. Wien.

Paetzold, W. (2006): Semantische Spielräume der Begriffe Abhängigkeit und Sucht. In: Emrich, H. M./Schneider, U. (Hrsg.): Facetten der Sucht. Lang: Frankfurt a. M. u. a., S. 19-38.

Petermann, H./Roth, M. (2006): Suchtprävention im Jugendalter. Interventionstheoretische Grundlagen und entwicklungspsychologische Perspektiven. Juventa: Weinheim/München.

Quensel, S. (2004): Das Elend der Suchtprävention. VS: Wiesbaden.

Scheerer, S. (1995): Sucht. Rowohlt: Reinbek.

Schetsche, M. (2007): Sucht in wissenssoziologischer Perspektive. In: Dollinger, B./Schmidt-Semisch, H. (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Suchtforschung. VS: Wiesbaden, S. 113-130.

Seyer, S./Gschwandtner, F./Paulik, R./Lehner, R. (2008): Factsheet Abhängigkeit und Substanzkonsum, Version 1.6. Institut für Suchtprävention: Linz.

Silbereisen, R. K. (1999): Differenzierungen und Perspektiven für Prävention aus entwicklungspsychologischer Sicht. In: Kolip, P./Hurrelmann, K. (Hrsg.): Programme gegen Sucht. Juventa: Weinheim/München, S. 70-85.

Silbereisen, R. K./Kastner, P. (1987): Jugend und Problemverhalten. In: Oerter, R./Montada, L. (Hrsg.): Entwicklungspsychologie. Psychologie Verlags Union: München/Weinheim, S. 882-919.

Soellner, R. (2000): Abhängig von Haschisch? Cannabiskonsum und psychosoziale Gesundheit. Huber: Bern/Göttingen/Toronto/Seattle.

Sonntag, D./Bauer, C./Hellwich, A. K. (2007): Deutsche Suchthilfestatistik 2006 für ambulante Einrichtungen. In: Sucht 53, Sonderheft 1, S. S7-S41.

Stein-Hilbers, M. (2007): Selbstreflexive Ansätze in der Drogenforschung. In: Dollinger, B./Schmidt-Semisch, H. (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Suchtforschung. VS: Wiesbaden, S. 35-45.

Sting, S. (2004): Rauschrituale. Zum pädagogischen Umgang mit einem wenig beachteten Kulturphänomen. In: Wulf, Ch./Zirfas, J. (Hrsg.): Innovation und Ritual. Jugend, Geschlecht und Schule. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Beiheft 2-2004, S. 104-114.

Sting, S. (2004a): „Cannabisabhängigkeit" als neues Aufgabenfeld der Suchthilfe? In: Zeitschrift für Sozialpädagogik 2, H. 3, S. 226-239.

Sting, S./Blum, C. (2003): Soziale Arbeit in der Suchtprävention. UTB: München.

Sucht- und Drogenkoordination Wien (Hrsg.) (2009): Wiener Drogenbericht 2006-2008. Wien.

Uhl, A. u.a. (2009): Handbuch Alkohol – Österreich. Zahlen. Daten. Fakten. Trends 2009. Bundesministerium für Gesundheit: Wien.

Uhl, A./Bachmayer, S./Kobrna, U. (2008): Zunahme der alkoholbedingten Spitalsaufnahmen von Kindern und Jugendlichen, LBI Sucht. Wien (http://www.api.or.at/akis/jugend%20und%20alkohol/rauschtrinken.htm)

v. Wolffersdorff, C. (2005): Drogen und Sucht. In: Otto, H.-U., Thiersch, H. (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Reinhardt: München, 324-338

Vief, B. (1997): Sucht. In: Wulf, Ch. (Hrsg.): Vom Menschen. Handbuch Historische Anthropologie. Beltz: Weinheim/Basel, S. 891 – 905.

Weber, G./Schneider, W (1997): Herauswachsen aus der Sucht illegaler Drogen. Selbstaus-stieg, kontrollierter Gebrauch und therapiegestützter Ausstieg. VWB: Berlin.

www.checkyourdrugs.at, 30.10.2009.

www.encare.at, 30.10.2009.

www.mdabasecamp.com, 30.10.2009.

www.risflecting.at, 15.04.2010.

www.suchtvorbeugung.net, 30.10.2009.

Zimmerl, H. (2008): Internetsucht – Update 2008 und Ausblick (www.e-health.at/zimmerl/internetsucht-update.html, 30.10.2009).

DER AUTOR:

Univ.-Prof. Dipl.-Päd. Dr. **Stephan Sting** ist stellvertretender Institutsvorstand des Instituts für Erziehungswissenschaften und Bildungsforschung an der Universität Klagenfurt und Studienprogrammleiter der Studienrichtung Pädagogik. Weiters ist er Mitglied der Sachverständigenkommission zum 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich.

5.4 Präventionsforschung

Franz Gschwandtner
Richard Paulik
Seifried Seyer
Rainer Schmidbauer

Spricht man von Prävention – so scheint am ersten Blick alles klar zu sein. „Prävention" ist eines der Schlagwörter unserer Zeit. Mit präventiven Maßnahmen sollen in der Regel negative Begleiterscheinungen der gesellschaftlichen Entwicklung verhindert werden (insbesondere jene die der Bevölkerung via Medien als Problem vermittelt werden): Drogen, Sucht, Rauchen, Krankheiten, Kriminalität, Essstörungen, sexueller Missbrauch etc. Die Prävention vermittelt das Gefühl, dass etwas gegen die Missstände unserer Zeit getan wird. Aus diesem Grund erfreut sich der Begriff einer durchaus verständlichen Beliebtheit – vor allem auch in der Politik (Hafen 2001). Prävention gilt rundum als positiv. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt sie als zugleich effektiv, human und kostengünstig (Rehm, 2003).

Sprachliche Verwirrung entsteht allerdings, wenn man weiter ins Detail geht (Uhl, 2007):

- wenn nämlich festgestellt wird, dass Repression traditionellerweise in Generalprävention (zielt auf die Allgemeinheit in Form von Abschreckung der Öffentlichkeit durch Bestrafung von Täter/innen; Stabilisierung der Strafrechtsnorm und Schaffung von Vertrauen in der Öffentlichkeit in die Rechtsordnung) und Spezial- bzw. Individualprävention („negative Spezialprävention" bedeutet Unschädlichmachen der Täter/innen durch in Gewahrsam nehmen und durch individuelle Abschreckung; „positive Spezialprävention" bedeutet Resozialisierung der Täter/innen) unterteilt wird.
- wenn Therapie als auch Schadensbegrenzung häufig als „Tertiärprävention" bezeichnet werden.

Als Resultat ergibt sich in der Praxis ein breiter Interpretationsspielraum, wenn es um die Bedeutung des Begriffs Prävention geht. Insofern werden zu Beginn des Beitrags die gängigen Präventionsdefinitionen dargestellt. Ausgehend von den Definitionen setzen wir uns mit Modellen und Menschenbilder im Kontext Prävention auseinander. Darauf aufbauend werden die wesentlichen Strategien und Ansätze theoretisch erklärt. Zum Schluss wird versucht, Implikationen in Hinblick auf eine erfolgreiche Präventionsarbeit aus den bestehenden Forschungsergebnissen abzuleiten.

1. Gängige Präventionsdefinitionen

Als **Prävention** (vom lateinischen praevenire: zuvorkommen, verhüten) können vorbeugende Maßnahmen – um ein unerwünschtes Ereignis oder eine unerwünschte Entwicklung zu vermeiden –, bezeichnet werden.

Oder, wie Kirch/Badura (2006, S. VII) formulieren: „Prävention lässt sich vielleicht am besten mit vorausschauender Problemvermeidung übersetzen."

Die gebräuchlichsten Einteilungen von Prävention und Präventionsmaßnahmen sehen wie folgt aus (Uhl, 2007):

In den 1950er Jahren wurde eine **2-stufige Klassifikation** in Primär- u. Sekundärprävention eingeführt, die vor allem in der Organmedizin noch immer weit verbreitet ist:

- Primärprävention: Maßnahmen vor der Krankheitsmanifestation; d.h. allgemeine Prävention und Prävention bei Hochrisikogruppen
- Sekundärprävention: Maßnahmen nach der Krankheitsmanifestation; d.h. Behandlung und Rückfallprävention

Einige Zeit nach der Formulierung der 2-stufigen Klassifikation wurde diese in der Fachwelt auf eine 3-stufige ausgeweitet. Diese ist inzwischen im Bereich der geistigen Gesundheit und im Suchtbereich am gebräuchlichsten und gewinnt auch in der Organmedizin laufend an Bedeutung. Diese **3-stufige Klassifikation** unterscheidet zwischen:

- **Primärprävention:** allgemeine Prävention an unselektierten Personengruppen
- **Sekundärprävention:** Prävention bei Hochrisikogruppen
- **Tertiärprävention:** Behandlung und Rückfallprävention bei manifest Erkrankten

Ein interessanter Versuch eine ähnliche Klassifikation wie die im Suchtbereich gebräuchlichste 3-stufige Klassifikation, mit eindeutigeren Begriffen zu formulieren, etablierte sich in den letzten drei Jahrzehnten. Diese Klassifikation wird z.B. von NIDA (National Institute of Drug Abuse) und der EBDD (Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht) als auch in der Gewaltprävention (Eisner/Ribeaud/Locher, 2009) verwendet. Dabei werden unterschieden:

- **Universelle Prävention**, die auf die Allgemeinheit zielt. Darunter fallen Maßnahmen, die für alle Personen einer Population wünschenswert sind. Zum Beispiel Schulprogramme zur Förderung der Lebenskompetenzen der SchülerInnen, massenmediale Kampagnen, Maßnahmen am Arbeitsplatz. Universelle Prävention ist unterstützend und proaktiv. Ein Vorteil universeller Maßnahmen ist, dass niemand stigmatisiert wird und dass durch sie eine große Breitenwirkung erzielt werden kann. Dem steht als Nachteil gegenüber, dass universelle Prävention oft mit großem Aufwand verbunden ist und die verfügbaren Mittel über viele Personen verteilt werden, die von vornherein ein geringes Risiko haben.
- **Selektive Prävention**, die auf Risikogruppen fokussiert. Sie zielt auf Individuen ab, deren Risiko, Substanzmissbrauch zu zeigen, bzw. abhängig oder Opfer bzw. Täter von Gewalt zu werden, über dem Durchschnitt liegt, z.B. Kinder von Eltern, bei denen Alkoholismus aufgetreten ist. Programme die auf Risikogruppen fokussieren, haben den Vorteil, dass sie die Mittel gezielt dort einsetzen, wo eher Wirkungen hervorgebracht werden können. Dem steht der Nachteil gegenüber, dass unter Umständen soziale Gruppen stigmatisiert werden können.
- **Indizierte Prävention**, die auf Personen mit manifesten Problemen zielt. Sie ist solchen Personen vorbehalten, die bereits ein manifestes Risikoverhalten etabliert haben.

Wenn von Verhältnisprävention und Verhaltensprävention die Rede ist, setzt die Unterscheidung an den beiden Polen System und Subjekt an:

Verhältnisprävention richtet sich auf den systemischen Anteil an der Entstehung gesundheitlicher Probleme. Es wird versucht, die Umwelt-, Arbeits- und Lebensbedingungen des Menschen und die in diesem Zusammenhang relevanten Institutionen so zu gestalten, dass sich aus der Sicht der Subjekte gesundheitsförderliche Lebenschancen ergeben. Die Verhältnisprävention ist daher eine „Entlastung der Subjekte von Systemzwängen". (Vobruba, 1983, S. 29)

Verhältnisprävention kann auch als strukturorientierte bzw. strukturelle Prävention bezeichnet werden, da sie sich auf die Strukturen rund um die eigentlichen Zielpersonen richtet.

Verhaltensprävention richtet sich auf den subjektbezogenen Anteil der Entstehung von gesundheitlichen Problemen. „Sie legt den Subjekten Arrangements mit institutionellen Zwängen nahe, die sich aus systemischen Erfordernissen ergeben. Sekundäre Prävention [Vobruba fasst die Verhaltensprävention mit dem Begriff Sekundäre Prävention, während Verhältnisprävention als Primäre Prävention bezeichnet wird, Anm. d. Verf.] läuft somit auf flexible, problemabsorbierende Anpassung hinaus." (Vobruba, 1983, 29f)

Verhaltensprävention wird oftmals als personenorientierte Prävention benannt, da sie direkt auf die eigentliche Zielperson abzielt.

Vodruba (1983, S. 31) konstatiert ein Ungleichgewicht zwischen diesen beiden Unterscheidungen von Prävention:

„Dass die Ambivalenz von Prävention leicht nach der Seite der Subjekte hin kippt und ihnen einseitig Lasten sozialpolitischer Problemvermeidung aufgebürdet werden, darf man nicht einfach als Ausdruck eines bestimmten politischen Wollens verstehen und hoffen, dagegen durch Durchhalten eines entgegengesetzten Standpunkts etwas ausrichten zu können. Vielmehr disponiert der Krisendruck auf den Staat systematisch dazu, Problemlagen, die der Prävention zugänglich sind, nach dem Muster sekundärer Prävention zu bearbeiten; also die Vermeidung der Problementstehung in die Verantwortung der Subjekte zu übertragen."

Im Sucht- und Drogenbereich ist weiters die Unterteilung in angebots- und nachfragereduktionsorientierte Prävention gebräuchlich.

- **Angebotsreduktion** versucht den Zugang der Zielpersonen zu Problemsubstanzen zu erschweren und zielt auf Produktion und Handel.
- **Nachfragereduktion** versucht das Interesse der Zielpersonen an Problemsubstanzen zu verringern und richtet sich an die Konsumenten/innen bzw. potentiellen Konsumenten/innen

2. Modell und Menschenbild

Prävention als Disziplin orientiert sich einerseits an dem krankheitsorientierten medizinischen Paradigma, das individuenzentriert und naturwissenschaftlich bestimmt ist. Andererseits richtet sie sich am Paradigma der Gesundheitsförderung (Public Health) aus, das in erster Linie sozialwissenschaftlich ausgerichtet ist und in dessen Mittelpunkt die Förderung einer gesundheitsbewussten Lebensweise auf allen Praxisebenen steht. Das Aufgabengebiet der Prävention ist damit zwischen den beiden Polen **System** und **Subjekt** angesiedelt.

Das prominenteste Modell in der Prävention zur Beschreibung von Einflussfaktoren, die das Ausmaß von Problemen bestimmen, stammt von Norman Zinberg. Mit den drei Polen Drug, Set, Setting analysierte er die Lebenswelt von Drogenkonsumenten/innen und setzt auf die multifaktorielle Genese von Sucht (Zinberg, 1986). Im heute oft verwendeten „Suchtdreieck" – Droge, Umwelt, Person – wird diese Dreiteilung wiederholt. Bei genauerem Hinsehen lässt sich allerdings der Bereich „Droge" (Art der Anwendung, Konsumfrequenz, Konsumdauer, Konsumdosis) leicht in Personen- und Umweltfaktoren auflösen, so dass man wieder bei der Dichotomie System und Subjekt ankommt.

Elaboriertere Modelle versuchen nicht nur die multifaktorielle Entstehung zu berücksichtigen, sondern auch Beziehungen der einzelnen Faktoren zueinander zu beschreiben. Eine grundlegende Beziehung findet sich im Zusammenhang von sozioökonomischem Status und Gesundheit. Dabei ist das kein direkter Zusammenhang, er wird über verschiedene Variablen vermittelt.

Erstens die **materiellen Faktoren**, die die ökonomischen Verhältnisse von Personen oder Personengruppen meinen. Geringe finanzielle Ressourcen begrenzen die Möglichkeiten, Ausgaben für einen gesunden Lebensstil zu pflegen. Vor allem die Erholung kommt oftmals zu kurz. Dazu kommen auch psychische Belastungen, zum Beispiel durch Schulden, die sich negativ auf die Gesundheit auswirken. Schließlich arbeiten und wohnen Menschen aus unteren sozialen Schichten häufig auch noch in Umwelten, die gesundheitsschädlich sind.

Zweitens werden mit den **psychosozialen Faktoren** die immateriellen Belastungen oder Hilfsmittel betont, die mit der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht verbunden sind. Geringes Einkommen führt zu mangelnder Anerkennung, Stigmatisierung, Schuld- und Schamgefühlen hinsichtlich der prekären Lebenslage. Viele Menschen befinden sich in fremdbestimmten Arbeitsverhältnissen und sind in hohem Maße von Arbeitsplatzunsicherheit betroffen. Diesem alltäglichen Stress können sie nur schwer begegnen. Häufig mangelt es an Ressourcen, diese Situation zu bewältigen. Oft führt dies zu gesundheitsschädigenden Verhaltensweisen wie Rauchen oder übermäßigen Alkoholkonsum, um ihre Lebenslage zu entspannen.

Drittens wird mit den **kulturell-verhaltensbezogenen Faktoren** ebenfalls auf die sozial ungleiche Verteilung gesundheitsbeeinträchtigender Verhaltensweisen hingewiesen. Menschen mit einem ähnlichen sozioökonomischen Status teilen sich eine „Kultur" und pflegen einen Lebensstil, der gesundheits- und selbstgefährdende Verhaltensweisen fördern oder vermeiden hilft. Die bestimmte Milieus prägenden „Sinnprovinzen" (Schütz, 1971) der Gewalt sind in habitualisierter Form oft die handlungsleitenden Prinzipien der Akteure.

In den letzten zwei Jahrzehnten ist ein rasanter Aufschwung der Prävention zu beobachten. Prävention soll dabei als gesellschaftspolitisches Instrument die verschiedensten gesellschaftlichen Problemfelder abdecken: Suchtprävention, Gewaltprävention, Kriminalprävention, Suizidprävention etc. Sie erfasst zunehmend mehr Lebensbereiche. Prävention kann als eine Antwort auf die Verunsicherungen in der „Risikogesellschaft" verstanden werden. Gleichzeitig ist mit dem Aufbrechen der „Normbiographien" und der Pluralität der Lebensentwürfe sowie den vielfältigen Optionen das eigene Leben zu gestalten, ein erhöhtes Risiko des Scheiterns und der Selbstgefährdung, insbesondere im Jugendalter beim Übergang zum Erwachsenenalter, gegeben.

Die Suche nach Entlastung von der „Verdammung zur permanenten Wahl" in der „Risikogesellschaft" kann wiederum auf den beiden Ebenen System und Subjekt analysiert werden. Auf politischer Ebene wird in vielen Bereichen in die selbstbestimmte Lebensführung eingegriffen, in dem sie zu Verhinderndes und für die Gesellschaft Nicht-Gewolltes beschwört und mit paternalistischen Maßnahmen „Ordnung" herzustellen versucht. Auf Ebene des Individuums kann man den sich ständig ausweitenden „Diskurs" über den Körper beobachten, in dessen Zentrum die physische und psychische Gesundheit stehen. Die überbordenden Psycho- und Körperinszenierungen in den Medien, die permanente Arbeit am Selbst sind Zeichen einer Kultur, die dem Einzelnen zwar mehr Freiheit gibt, sein Selbst auszudrücken, gleichzeitig durch ihre ständige Präsenz und Normativität neue Zwänge zur Anpassung (z.B. Fitness, Leistungsfähigkeit, Beweglichkeit, Flexibilität) auferlegt. (Blum/Sting, 2003)

Es gibt eine lange Liste an Kritikpunkten an der Prävention, wobei die bisher umfangreichste von Stephan Quensel stammt (Quensel, 2004). Prävention erhebt einen Generalverdacht gegenüber den alltäglich eingeübten Praktiken, indem sie „krankmachende" Faktoren dieser Praktiken bestimmen will und diesen „gesundheitsförderliche" Faktoren entgegensetzen will. Für Prävention gibt es naturgemäß keine unschuldige Praxis: In allen Handlungen können sich krankheitsauslösende Praktiken verbergen, auch wenn die Folgen in einer unbestimmten Zukunft liegen. Prävention ist daher stets ein normativer Prozess und passt sich gut in paternalistische Tendenzen ein. Es werden Werturteile über die Gegenwart und die Zukunft gefällt, die aus dem Interesse für eine bestimmte Form der „richtigen Lebensführung" erwachsen. Es wird deutlich, dass Prävention mit Macht ausgestattet sein muss, um Wirksamkeit zu erlangen. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache werden hohe moralische Anforderungen an die „Präventionsexpert/innen" und deren Auftraggeber/innen gestellt. Wo sind die Grenzen präventiven Handelns? Was sind die ethischen Maßstäbe zur Beurteilung präventiver Maßnahmen?

Oft wird nicht klar formuliert, auf welche Ziele sich Präventionsmaßnahmen beziehen: wollen sie das Konsumausmaß beeinflussen oder versuchen sie, Suchtphänomene zu verhindern. Bei Jugendlichen ist man in seltenen Fällen mit dem Phänomen Sucht konfrontiert. Das Hauptaugenmerk der Prävention richtet sich daher auf die Verhinderung oder Verringerung des Konsums von psychoaktiven Substanzen bzw. auf die Reduzierung von Belastungen in Zusammenhang mit bestimmten Verhaltensweisen (Internetgebrauch, Spielen, Gewalt). Wenn die Ausrichtung der Präventionsprogramme abstinenzorientiert ist, ergibt sich ein Problem bei der Erlernung des richtigen Umgangs mit Substanzen oder Problemen. Zudem können Präventionsmaßnahmen leicht in bevormundende, technokratische

und normierende Verhaltenskontrollmaßnahmen münden. Deshalb sind Ansätze, die den mündigen, emanzipierten Jugendlichen im Blick haben, zu bevorzugen. Das Ziel von Prävention, welche sich auf das „Recht auf Gesundheit" konzentriert, ist die Ermöglichung und Befähigung zu einem selbstbestimmten und verantwortungsbewussten gesundheitsgerechten Leben in einer gesundheitsförderlichen Umwelt. Die Lebenssouveränität und autonome Lebensgestaltung der Adressat/innen von Prävention (insbesondere bei Jugendlichen) ernst nehmen heißt, dass auch die positiven Seiten des Substanzkonsums zu berücksichtigen sind und nicht alle Verhaltensäußerungen als Bedrohung und Risiko interpretiert werden dürfen.

3. Ausgewählte Strategien und Ansätze

Nachfolgend werden zentrale Strategien und Ansätze in der Sucht- und Gewaltprävention dargestellt. Diese ausgewählten Ansätze sollen als eine Sammlung bewährter Ansätze und Strategien verstanden werden, die einerseits in der wissenschaftlichen Diskussion Eingang gefunden haben und andererseits die sich in der Praxis bewährt haben. Neben der wissenschaftlichen und praktischen Perspektive, soll aber auch darauf hingewiesen werden, dass auch ethische Überlegungen für die Auswahl herangezogen wurden. Die ethische Perspektive verweist nach Kant (1968) neben der technischen Frage: Wie wird ein Ziel möglichst effizient erreicht? und der pragmatischen Frage: Was sind adäquate Ziele? auf die moralische Dimension, die in der Frage: Welche Mittel darf ich wählen, um diese Ziele zu erreichen? mündet. (Werner, o. J.)

Das Schutz- und Risikofaktorenmodell

In den Schutz- und Risikofaktorenmodellen werden Konzepte aus der Prävention mit Ansätzen der Gesundheitsförderung, insbesondere der Salutogenese von Antonovsky, zu einer Art Meta-Modell für gesundheitsfördernde Prävention zusammengebracht. Als „Risikofaktoren" werden jene Faktoren bezeichnet, die die Auftrittswahrscheinlichkeit von „Störungen" erhöhen. „Als Gegenstück dieser Risikofaktoren werden Schutzfaktoren verstanden, welche die Risikolage vermindern. Risikofaktoren können durch Schutzfaktoren neutralisiert werden und umgekehrt" (Uchtenhagen 2000, S. 196). Uhl (2002) unterscheidet zwischen einem quantitativen und einem qualitativen Schutz- und Risikofaktorenmodell: das quantitative Modell geht davon aus, dass Risikofaktoren das Gegenteil von Schutzfaktoren sind; in diesem Sinne ist ein gutes Familienklima ein Schutzfaktor und ein schlechtes Familienklima ein Risikofaktor. „Der qualitativen Interpretation entsprechend gibt es hingegen keine Symmetrie zwischen Risikofaktoren und Schutzfaktoren. Schutzfaktoren repräsentieren erhöhte Widerstandskraft (Resilienz) oder verringerte Verletzlichkeit (Vulnerabilität) bezüglich des drohenden Einflusses von Risikofaktoren. Schutzfaktoren können sich dieser Interpretation entsprechend grundsätzlich nur dann auswirken, wenn Risikofaktoren auftreten, während sich Risikofaktoren generell auswirken". (Uhl, 2002, S. 4)

Ansatzpunkte für die Prävention sind also auf der einen Seite die Reduktion von Belastungen bzw. Risikofaktoren, auf der anderen Seite die Stärkung der Kompetenzen bzw. Schutzfaktoren. Resse/Silbereisen (2001) unterscheiden zudem zwischen spezifischen Faktoren, die „nur" auf ein „Problemverhalten" z.B. Suchtentwicklung wirken können, und unspezifischen bzw. allgemeinen Faktoren die für mehrere Problemverhalten z.B. Sucht und Delinquenz wirksam werden können.

Förderung der Lebenskompetenz

Der **Life-Skills-Ansatz**, der ursprünglich in den USA von Botvin und seinen Mitarbeiter/innen entwickelt wurde, geht davon aus, dass potentiell gesundheitsschädigende oder andere problematische Verhaltensweisen ein für viele Jugendliche funktionales Verhalten ist, also zur Erreichung persönlicher Ziele und Wünsche dient. Dies kann zu riskanten Verhaltensmustern, und weiteren Problemen führen. Als Alternative werden daher den Jugendlichen Kompetenzen vermittelt, die ihnen einen konstruktiven Weg zur Erreichung dieser Ziele eröffnen.

Lebenskompetenzprogramme kommen in unterschiedlichen Präventionsbereichen wie Sucht, Gewalt, Suizid, frühzeitige Schwangerschaft etc. zum Einsatz. (WHO, 1996) Das Erlernen von sozialen und persönlichen Fähigkeiten wie der Umgang mit Gefühlen, die Entwicklung von produktiven Strategien in der Bewältigung von Anforderungen und Belastungen und der Aufbau eines stabilen, positiven Selbstwertgefühls werden als wichtige protektive Faktoren identifiziert, die vor der Ausbildung problematisch angesehener Verhaltensweisen schützen. Ziel dieser Programme ist die Verbesserung von Kompetenzen und Bewältigungsstrategien der jeweiligen Zielgruppen.

Der Ansatz enthält im Rahmen der Suchtprävention substanzspezifische Elemente (z.B. Informationen über Substanzen) wie substanzunspezifische Elemente (z.B. Umgang mit Stress und Belastungen) und es wird besonderer Wert auf die praktische Vermittlung von Kompetenzen durch individuelle und interaktive Übungen und Rollenspiele gelegt. Wichtige Elemente von Programmen zur Förderung von Lebenskompetenz sind Selbstkonzept und Selbstwertgefühl, Wahrnehmungsschulung und Umgang mit Gefühlen, Vermittlung grundlegender Bewältigungsfertigkeiten, Kompetenz zur Lösung von Problemen und zum Treffen von Entscheidungen, soziale und kommunikative Fertigkeiten sowie substanzspezifische Kompetenzen. (Leppin, 1998; Mittag/Jerusalem, 2000)

Unterschiedliche Praxisprojekte haben den Life-Skills-Ansatz aufgegriffen, ihn vielfach modifiziert und erweitert. Neben den oben angeführten Themenbereichen werden weitere Inhalte und andere Begrifflichkeiten thematisiert wie z. B. Genussfähigkeit, Erlebnisfähigkeit und Erfahrungsfähigkeit, Werte, Wünsche, Sehnsüchte und der Abbau von Misserfolgsängsten. (Paulik/Rabeder/Uhl, 2008)

Der Erfolg der Programme z.B. im schulischen Bereich ist stark an die Rahmenbedingungen gebunden. Das jeweilige Setting mit seinen Arbeitsbedingungen für Lehrer/innen und Schüler/innen spielt eine wichtige Rolle. Voraussetzung für die Durchführung sind ein größtmögliches Maß an Vertrauen und positivem Klassenklima, sowie ein grundsätzlich vertrauensvolles Verhältnis zwischen Schüler/innen und Lehrer/innen. (Leppin/Hurrelmann, 2000)

Settingorientierte und systemübergreifende Ansätze

Setting heißt wörtlich übersetzt Rahmen oder Schauplatz. Settingorientierte Maßnahmen sind auf die Lebensbereiche ausgerichtet, in denen die Menschen den größten Teil ihrer Zeit verbringen und die von der Struktur her die Gesundheit aller Beteiligten maßgeblich beeinflussen. Neben dem bisherigen „Königsweg" der Förderung der Lebenskompetenz werden verstärkt die Lebenswelten Schule, Arbeit und Wohnumfeld in präventive Projekte miteinbezogen. Diese Ansätze, die sich an Theorien der Gesundheitsförderungen orientie-

ren, gehen davon aus, dass die Förderung der individuellen Kompetenzen (Verhaltensprävention) wichtig ist, jedoch die Wirkung wesentlich verstärkt wird, wenn z.B. auch das Klassen- und Schulklima gefördert wird. Settings gelten als viel wirkungsmächtiger als die individuellen Gesundheitsanstrengungen und Verhaltensweisen einzelner Personen. Nach dieser These ist das Lebensumfeld (Setting) der zentrale Ansatzpunkt, nicht zuletzt im Hinblick auf nachhaltige Wirkungen präventiver Maßnahmen.

Systemübergreifende Maßnahmen gehen davon aus, dass Individuen durch Werte, Normen, Regelungen, kulturelle Muster, Ressourcen und weitere Bedingungen der unterschiedlichen sozialen Systeme wie Familie, Schule, Peergruppen direkt oder indirekt beeinflusst werden und dass es Wechselwirkungen zwischen den Systemen gibt. Präventive Strategien versuchen diese unterschiedlichen Lebenswelten zu berücksichtigen und auf mehreren Ebenen zu intervenieren und die Wirksamkeit damit zu erhöhen (Bühler/Kröger, 2006). Eine ähnliche Strategie wird verfolgt, wenn Präventionsaktivitäten auf der Ebene von Gemeinden vernetzt und konzentriert werden. Insgesamt finden sich aber wenig dokumentierte systemübergreifende Präventionsansätze.

Als ein Hauptdefizit bisheriger Präventionsarbeit nennt demzufolge Leppin (2004), dass verschiedenste Maßnahmen isoliert und ohne Abstimmung durchgeführt werden. „Vieles deutet darauf hin, dass Prävention vor allem dann erfolgreich ist, wenn Maßnahmen miteinander verknüpft sind, aufeinander aufbauen und in einem konsistenten Kontext stehen". (Leppin, 2004, S. 38)

Einsatz von qualifizierten und kompetenten Multiplikator/innen als Schlüsselstrategie

Aktuelle Konzepte sehen Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in ein psychosoziales, kulturelles, ökologisches, ökonomisches und politisches Netz eingebettet sein muss (Schmidt/Hurrelmann, 2000). Dem Multiplikator/innenansatz kommt hierbei eine vorrangige Bedeutung zu, da mittels Multiplikator/innen (und Schlüsselpersonen) die Präventionsthemen in alle relevanten gesellschaftlichen Felder hineingetragen werden sollen (Blum/Sting, 2003). Als Multiplikator/innen sollen hier Personen verstanden werden, die über entsprechende präventive Kompetenzen verfügen und diese in ihren Arbeits- und Lebenswelten einbringen und umsetzen. Die Umsetzung kann sowohl im Rahmen von definierten präventiven Projekten und Programmen geschehen (expliziter Multiplikator/innenansatz), als auch implizit, in der alltäglichen Praxis, also ohne konkrete präventive „Überschrift". Multiplikator/innen werden als indirekte Zielgruppe definiert, die durch ihre Arbeit oder ihre Kontakte mit den direkten Zielgruppen präventiv wirken sollen.

Für die Entwicklung struktureller und vor allem nachhaltiger präventiver Veränderungen sind Multiplikator/innen also als eine Art „Verbündete" mit entsprechenden Qualifikationen und Kompetenzen zu verstehen. In erster Linie werden Professionist/innen aus relevanten Arbeitsfeldern wie Lehrer/innen, Jugendarbeiter/innen, Ärzt/innen und Polizist/innen als Multiplikator/innen eingesetzt, ehrenamtliche Multiplikator/innen sind aber auch z.B. in kommunalen Präventionsprojekten und der Jugendarbeit weit verbreitet. Im Sinne der Ottawa-Charter können Multiplikator/innen als wichtige Akteure verstanden werden, die einerseits präventive Kompetenzen besitzen und andererseits auch die Funktion der Anwaltschaft in ihren jeweiligen Wirkungsbereichen übernehmen können. Zudem kann der

Multiplikatoren/innenansatz als Weiterentwicklung und Ergänzung zum settingorientierten Ansatz verstanden werden, da davon ausgegangen wird, dass die nachhaltige Gestaltung präventiver und gesundheitsfördernder Lebenswelten maßgeblich durch die Kompetenz und Anwaltschaft kompetenter Akteur/innen mitverwirklicht werden.

Als Voraussetzungen für den wirkungsvollen Einsatz von Multiplikator/innen sind hochwertige (und qualitätsgesicherte) Aus- und Weiterbildungsangebote für die unterschiedlichen Multiplikator/innen in den jeweiligen Arbeitsfeldern bzw. Settings, entsprechenden Ressourcen (von personalen über zeitlichen bis hin zu finanziellen Ressourcen) und fördernde Strukturen (Unterstützung im System, klare Aufträge etc.) notwendig. Präventive Überlegungen, die die relativ aufwändige Schulung, Kompetenzentwicklung und Begleitung der Multiplikator/innen vermeiden wollen, verkürzen vielfach präventive Aufgaben auf naive und damit problematische Aufklärungsarbeit oder unterliegen sozialtechnologischen Missverständnissen.

4. Weitere relevante Ansätze in der Suchtprävention

Funktionaler Äquivalente

Als ein weiterer Ansatz in der Suchtprävention ist das Konzept der „Alternativen Erlebensformen" bzw. „Funktionaler Äquivalente" zu nennen. In diesen Konzepten „wird davon ausgegangen, dass psychotrope Substanzen eine Reihe positiver Funktionen erfüllen und insofern jeder Versuch, dem Substanzkonsum etwas entgegen zu setzen, ein alternatives Angebot machen muss, das ebenfalls positiv besetzt ist." (Leppin, 1998) Kastner/Siebereisen (1985) sehen in ihren Überlegungen, die aus der Entwicklungspsychologie anknüpfen, die Aufgabe für die Prävention „Alternativen minderen Risikos, aber vergleichbarerer Entwicklungsfunktion" anzubieten. (Sting/Blum, 2003) Beispiele für solche alternativen Erlebnisformen, die sich eher an Hoch-Risiko Gruppen wenden, können Aktivitäten im sportlichen und kreativen Bereich oder sozial-politisches Engagement sein, aber auch Themen wie die Entwicklung der Selbstständigkeit oder die Ausbildung beruflicher Fertigkeiten (Künzel-Böhmer/Bühringer/Janik-Konecny, 1993).

Schadensminimierung

Die Strategie der Schadensminimierung, richtet sich vorrangig an Zielgruppen, bei denen bereits Substanzkonsum in unterschiedlicher Ausprägung vorliegt (Sting/Blum, 2003). Ansätze die sich auf das Konzept der Schadensminimierung berufen, wenden sich von den oftmals impliziten oder expliziten Ziel der Abstinenz von psychoaktiven Substanzen ab, da dies aufgrund der biographischen Erfahrungen oder aufgrund der gesellschaftlichen Eingebundenheit des Substanzkonsums (siehe z.B. Alkoholkonsum in Österreich) als unrealistisch erscheint bzw. Abstinenz als kein relevantes Ziel betrachtet wird. Substanzkonsum wird hier als eine Handlung wie viele andere alltägliche Handlungen auch gesehen, die mit Risiken verbunden sein kann, aber nicht zwangsläufig mit Risiken verbunden ist. Die Angebote zur Schadensminimierung zeigen in der Praxis ein breites Bild von Maßnahmen, die unterschiedlichsten Zielen folgend, von Safer-Use-Informationen, über Pill-Testing bis zu Angeboten für Konsument/innen illegalisierter Substanzen wie die Förderung allgemeiner Hygienebewusstseins, Substitutionsangeboten und Spritzentauschprogramme etc. (Gutzwiller/Wydler/Stähli, 2000) reichen.

Eine alternative Deutung sieht in der Schadensminimierung ein Prinzip bzw. ein übergeordnetes Ziel in der Suchtprävention, dass bei allen Aspekten von Substanzkonsum und bei unterschiedlichen Ansatzpunkten zu tragen kommen sollte.

Als weitere relevante Ansätze in der Suchtprävention sind Maßnahmen der Früherkennung und Frühintervention, sowie Ansätze der Drogenmündigkeit und der Rausch- und Risikokompetenz zu nennen.

5. Schlussfolgerungen aus der Präventionsforschung

Es stehen uns heute eine Reihe von wissenschaftlichen Übersichtsarbeiten (Metaanalysen, Reviews, Expertenberichte) zur Sucht- und Gewaltprävention zur Verfügung. Im Folgenden wird versucht die wesentlichsten Erkenntnisse in Hinblick auf eine erfolgreiche Prävention darzustellen. Obwohl Aktivitäten der Suchtprävention und Gewaltprävention in der Regel getrennt durchgeführt und evaluiert werden, verlaufen die jeweiligen Empfehlungen aus der Forschung weitgehend in die gleiche Richtung.

Für eine erfolgreiche Prävention lassen sich folgende Kernelemente identifizieren:

- Generell I – Prävention muss in ein breiteres Konzept der Gesundheitsförderung eingebettet sein und die sozialen und strukturellen Rahmenbedingungen der Intervention reflektieren (Eisner/Ribeaud/Locher, 2009, S. IV; Hüllinghorst, 2002, S. 207; Hawks/Scott/McBride, 2002, S. 41), sie muss vor allem die Stärkung und Förderung personaler und sozialer Ressourcen zum Ziel haben und darf sich nicht auf sucht- bzw. drogenspezifische Komponenten beschränken (Kolip 1999; Gutzwiller/Wydler/Stähli 2000, S. 244). Hierbei spielt insbesondere das Konzept der Lebenskompetenzen (wie z.B. Selbstkonzept und Selbstwert; Wahrnehmung und Gefühle; Copingstrategie; Kompetenz zur Lösung von Problemen und Treffen von Entscheidungen; soziale und kommunikative Fähigkeiten; Standfestigkeit; Kompetenz zur Einschätzung von psychoaktiven Substanzen und ihren potentiellen Wirkungen (Paulik/Rabeder-Fink/Uhl 2008, S. 27) eine zentrale Rolle. Idealerweise werden Lebenskompentenzprogramme mit Elementen des Sozialen-Einfluss-Modells verbunden (McGrath/Sumnal/McVeigh/ Bellis, 2006, S. 18; Cuijpers, 2002, S. 1020).
- Generell II – Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe (Gemeinschaftsaufgabe aller) und muss eingebettet sein in ein übergreifendes psychosoziales, kulturelles, ökologisches, ökonomisches und politisches Netz (Schmidt/Hurrelmann 2000, S. 20; Gutzwiller/Wydler/Stähli 2000, S. 244; Kessler/Strohmeier 2009, S. 15).
- Generell III – Prävention steht im Spannungsfeld miteinander konkurrierender Werte, Normen und Prioritäten; sie muss damit leben, dass sich nie alle Widersprüche auflösen lassen (Gutzwiller/Wydler/Stähli 2000, S. 242).
- Generell IV – Eine zielgerichtete und die verfügbaren Mittel sparsam einsetzende Präventionspolitik sollte so ausgerichtet sein, dass die intensivsten Maßnahmen bei denjenigen Kindern und Jugendlichen ansetzen, welche am stärksten belastet sind. Universelle, selektive und indizierte Prävention sollten möglichst gut aufeinander abgestimmt sein (Eisner/Ribeaud/Locher 2009, S. V).
- Generell V – Die Aktivitäten sollten zielgruppenspezifisch sein – z.B. nach Alter, Geschlecht, ethnischer Hintergrund usw. (National Institute on Drug Abuse, 2003) – und sie müssen einen hinreichenden Differenzierungsgrad aufweisen (Hüllinghorst 2002, S. 207; Hawks/Scott/McBride 2002, S. 41 f.).

- Generell VI – Die Aktivitäten haben sich am Risiko- und Schutzfaktorenmodell – Minimierung der Risikofaktoren und Maximierung der Schutzfaktoren – auszurichten (National Institute on Drug Abuse 2003, S. 2; Eisner/Ribeaud/Locher 2009, S. IV).
- Generell VII – Präventionsprogramme dürfen nicht als einmalige Aktionen geplant sein (Uchtenhagen/Wicki 2000, S. 256), vielmehr sollten sie frühzeitig einsetzen (im frühen Kindesalter) und langfristig bzw. kontinuierlich sein – schulische Programme sollen sich z.B. über mehrere Jahre erstrecken (vgl. Hawks/Scott/McBride 2002, S. 44) – und alle Phasen des Lebenslaufs einbeziehen. Die inhaltliche und didaktische Gestaltung der Programme ist alters- und entwicklungsspezifisch auszurichten (Eisner/Ribeaud/Locher, 2009, S. IV; Künzel-Böhmer/Bühringer/Janik-Konecny, 1993, S. 112 f.).
- Generell VIII – Im Idealfall haben die Aktivitäten nicht nur die Veränderung individueller Einstellungen und Verhaltensweisen im Sinne der „Verhaltensprävention" zum Ziel, sondern modifizieren auch die relevanten Rahmenbedingungen im Sinne der „Verhältnisprävention" (Gutzwiller/Wydler/Stähli 2000, S. 247; Schmidt/Hurrelmann, 2000, S. 19 ff.). Gezielte Maßnahmen der Sucht- und Gewaltprävention entfalten dann ihre beste Wirkung, wenn gleichzeitig Anstrengungen zur Verbesserung der allgemeinen Rahmen- und Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen unternommen werden (Bericht des Bundesrates, 2009, S. 82).
- Generell IX – Der Peer-Gruppen-Einfluss hat eine hohe Bedeutung für präventive Maßnahmen (Christiansen/Frötscher/Plack/Röhrle, 2009, S. 155). Peer-Education, verstanden als Teil eines umfassenden Prozesses der Sozialisation junger Menschen in eine durch soziale, ökonomische und kulturelle Verhältnisse ausgeformte Gesellschaft, beinhaltet Bildungs- wie Erziehungsaspekte gleichermaßen. Peer Education spezifiziert sich gegenüber sonstigen in einer Gesellschaft existierenden Bildungs- und Erziehungsangeboten dadurch, dass hier Bildungs- und Erziehungsprozesse von jugendlichen Gleichaltrigen für jugendliche Gleichaltrige initiiert und getragen werden (Nörber, 2003, S. 79). Es zeigt sich konsistent, dass altersgleiche Personen aus der nahen Bezugsgruppe – sog. Peers: „Peer" als Wort bedeutet hierbei „Gleichsein" bzw. „von gleichem Rang sein" (vgl. Nörber, 2003, S. 10) – präventive Maßnahmen am besten durchführen können. Im schulischen Kontext ist dabei eine Kombination mit Lehrer/innen in der Regel hilfreich. Lehrer/innen sind nur dann geeignet, wenn sie gut einschlägig ausgebildet, in ihrer pädagogischen Kompetenz für präventive Maßnahmen selektiert und in der Durchführung laufend supervidiert werden (Künzel-Böhmer/Bühringer/Janik-Konecny, 1993, S. 106; McGrath/Sumnall/McVeigh/Bellis, 2006, S. 18). Dabei werden heute in der Regel unter dem Terminus Peer-Involvement der Peer-Counseling-Ansatz, Peer-Education-Ansatz und Peer-Projekte-Ansatz subsumiert (Kleiber/Pforr, 1996, S. 85).
- Generell X – Besonders bei Kampagnen, die an Kinder und Jugendlichen gerichtet sind, ist es wichtig die Aufmerksamkeit der Angesprochenen auf sofortige, sehr wahrscheinliche Konsequenzen des Verhaltens zu lenken (Künzel-Böhmer/ Bühringer/Janik-Konecny, 1993, S. 108).
- Generell XI – Sehr vorsichtig muss mit dem Einsatz von angsterzeugenden Botschaften und Abschreckung umgegangen werden (Künzel-Böhmer/Bühringer/ Janik-Konecny, 1993, S. 103 u. 109).

- Familie I – Die Familie ist der erste und für lange Jahre wichtigste Interventionsort für präventive Maßnahmen. Prävention braucht dabei nicht nur Kompetenz bei den Eltern, sondern auch Zeit, Ruhe, ökonomische und soziale Sicherheit als wichtige Rahmenbedingungen (Künzel-Böhmer/Bühringer/Janik-Konecny, 1993, S. 113 f.) Eine besondere Herausforderung stellt dabei das Erreichen von Vätern, wenig integrierter und fremdsprachiger Eltern bzw. der Eltern von verhaltensauffälligen Kindern dar (Eisner/Ribeaud/Locher 2009, S. 63).
- Familie II – Als sehr wirksam zeigen sich Frühförderungsprogramme für Kinder aus Hoch-Risiko-Familien – insbesondere auch Familien mit Migrationshintergrund (beginnend mit der Schwangerschaft bis zum Eintritt in die Schule), die sich am amerikanischen Konzept der Frühförderung (Nurse-Family-Partnership-Programm, das David Olds, Professor an der Universität von Colorado entwickelt hat) orientieren (Pfeiffer/Windzio/Baier, 2006, S. 276 f.).
- Schule I – Präventionsaktivitäten (explizit im schulischen Bereich) müssen didaktisch über die kognitive Ebene der Wissensvermittlung hinausgehen. Sie müssen insbesondere interaktiv gestaltet sein (Bühler/Kröger, 2006, S. 61; McGrath/Sumnall/ McVeigh/Bellis, 2006, S. 19; Wilson/Gottfredson/Najaka, 2001, S. 267 ff.; National Institute on Drug Abuse 2003, S. 5; Hawks/Scott/McBride 2002, S. 47; Cuijpers 2002, S. 1013)
- Schule II – Substanzspezifische Programme (wie z.B. bezüglich Alkohol) sollten erst ab 13 Jahre durchgeführt werden (Hawks/Scott/McBride, 2002, 49).
- Schule III – Wenn Lehrer/innen ein Programm durchführen, sind folgende Elemente wichtig: die Lehrer/innen müssen motiviert und gut geschult (adäquate Aus- und Weiterbildung; Booster-Trainings usw.) sein (Hawks/Scott/McBride, 2002, S. 50)
- Schule IV – Wenn Prävention in der Schule kontinuierlich durchgeführt wird, der Großteil des Kollegiums einbezogen ist und die Maßnahmen strukturell verankert sind, sind die Effekte nachhaltiger (Melzer/Schubarth/Ehninger, 2006, S. 234).
- Schule V – Präventionsprogramme müssen gut strukturiert sein und reflektiert werden. Es bedarf einer Infrastruktur und Abstimmung der Akteure (Melzer/Schubarth/Ehninger, 2006, S. 234).
- Schule VI – Prävention ist dann besonders wirkungsvoll, wenn sie in den Lebensweltzusammenhang der Schüler/innen eingebettet ist und deren Interessen entspricht. Für Schule begründet dies die Notwendigkeit der Einbindung der außerschulischen Umwelt und die Vernetzung mit Partnern, sowie einer Schülerorientierung des Unterrichts mit geeigneten Lernformen wie z.B. offener Unterricht und Projektlernen (Melzer/Schubarth/Ehninger, 2006, S. 234).
- Gemeinde I – Im Bereich der kommunalen Prävention sind folgende Schritte zu berücksichtigen: 1. ein gemeinsames Vorgehen entwickeln, bei dem alle relevanten Gruppen eines Gemeinwesens eingebunden sind, 2. die Risiko- und Schutzfaktoren identifizieren, welche im Zielgebiet die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen besonders stark beeinflussen, 3. sich besonders jenen Faktoren zuwenden, wo der größte Handlungsbedarf besteht, 4. auf der Basis einer Resssourcenanalyse die Lücken im bestehenden Angebot von Präventionsmaßnahmen identifizieren, 5. ein Präventionskonzept entwickeln, das evidenzbasierte Programme den lokalen Bedürfnissen ange-

passt umsetzt, 6. die Maßnahmen in guter Qualität umsetzen, 7. die ausgelösten Wirkungen beobachten und evaluieren (Eisner/Ribeaud/Locher 2009, S. 84 f.; Hawkins/Oesterle/Brown/Arfthur/Abbott/Fagan/Catalano, 2009, S. 789 ff.).

- Gemeinde II – Die Effekte von schulischen Präventionsprogrammen werden durch die Erweiterung mit kommunalen Aktivitäten, wie z.B. Familieninterventionen, Massenkommunikation und Einrichtung einer Steuerungsgruppe (die die wichtigen Akteur/innen in der Gemeinde umfasst) verstärkt (Cuijpers 2002, S. 1020).
- Betrieb I – Prävention wird standardmäßig als Element des modernen Personal- und Gesundheitsmanagements fix verankert. Dies beinhaltet in der Regel vor allem folgende Aspekte: Umsetzung unterschiedlicher primärpräventiver Angebote wie z.B. Aufklärungsmaßnahmen, Veränderung der betrieblichen Konsumkultur, Reduzierung psychischer Belastungen usw.; geregelte Interventionen bei Auffälligkeiten und Qualifizierung der Führungskräfte; Schaffung von Beratungsangeboten für Betroffene; Bildung einer betrieblichen Steuerungsgruppe zur konzeptionellen Gestaltung und praktischen Umsetzung; Koordination der Aktivitäten durch einen Verantwortlichen (Wienemann/Schumann, 2006, S. 9 f.)
- Migration I – Die bisherigen Ansätze bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund betonen durchgängig, dass erfolgreiche Prävention zwei Voraussetzungen hat: Erstens bedarf es auf Seiten der Durchführenden einer interkulturellen Kompetenz und zweitens ist eine intensive Zusammenarbeit mit dem Elternhaus notwendig, da bei den meisten Migrantengruppen die Familie von herausgehobener Bedeutung ist (Pfeiffer/Windzio/Baier, 2006, S. 289).
- Jugend I – Offene Jugendarbeit: Es wurden keine Studien gefunden, die sich auf wissenschaftlicher Basis mit der präventiven Wirkung der Offenen Jugendarbeit befassen. Eine Analyse der Überschneidungen von sucht- bzw. gewaltpräventiven Ansätzen mit Konzepten der Offenen Jugendarbeit macht aber deutlich, dass die Offene Jugendarbeit durchaus präventive Wirkung erzielen kann bzw. präventive Potentiale beinhaltet. Aber auch, dass sie als Angebot für Jugendliche eine grundsätzlich gesundheitsförderliche und stärkende Struktur darstellt. Dazu lassen sich insbesondere folgende Empfehlungen ableiten: 1. Im Kontakt und der Arbeit mit den Jugendlichen sind die spezifischen Haltungen und die sozio-kulturelle Animation gezielt einzusetzen bzw. auszubauen. 2. Die Qualifikation von Mitarbeiter/innen ist durch präventive Fortbildungsangebote zu fördern. 3. Im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit wird angeregt, die gesundheitsfördernde bzw. stärkende Struktur der Offenen Jugendarbeit bewusst nach außen zu tragen. 4. Kommunale, regionale und bundesweite Vernetzungsarbeit sollte forciert werden. 5. Die Zusammenarbeit zwischen der Offenen Jugendarbeit und den professionellen Präventionsstellen sollte vorangetrieben werden. (Horvarth/Eggerth/Fröschl/Weigl, 2009, S. 27 f.)
- Jugend II – Rahmenbedingungen: Im Zusammenhang mit Präventionsmaßnahmen ist ein besonderes Augenmerk auf die die makrostrukturellen Rahmenbedingungen der Lebenssituation von Jugendlichen (wie z.B. Verbesserung der Lebensperspektiven und –chancen von Jugendlichen) zu legen. (Haas/Vorderwinkler/Weigl/Guzei, 2001, S. 23 f.)

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Präventionsforschung in den letzten Jahren erhebliches Wissen erarbeitet hat, welches praxisrelevant ist. Dabei ist vor allem auf langfristig angelegte, im Hinblick auf die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen verzahnte Konzepte auf der Ebene der Verhaltens- und Verhältnisprävention zu achten. Zusätzlich zeigt sich, dass Europa die Präventionsforschung deutlich intensivieren muss (Bühler/Kröger, 2006, S. 111).

Literatur

Bericht des Bundesrates (20.05.2009): Jugend und Gewalt – Wirksame Prävention in den Bereichen Familie, Schule, Sozialraum und Medien, Bern

Blum, C./Sting, S. (2003): Soziale Arbeit in der Suchtprävention. Soziale Arbeit im Gesundheitswesen 2. München-Basel

Bühler, A./Kröger, Ch. (2006): Expertise zur Prävention des Substanzmissbrauchs, (Hrsg. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung), Köln

Christiansen, H./Frötscher, F./Plack, K./Röhrle, B. (2009): Wirksame Komponenten in der Suchtprävention: ausgesuchte Studien und Ergebnsistrends. In: Prävention und Gesundheitsförderung, (Hrsg.: Hanewinkel, R./Röhrle, B.), Tübingen, S. 135 – 162

Cuijpers, P. (2002): Effective ingredients of school-based drug prevention programs – a systematic review. In: Addictive Behaviors 27, S. 1009 – 1023

Eisner, M., Ribeaud, D. / Locher, R. (2009): Prävention von Jugendgewalt. Expertenbericht. Bern: Bundesamt für Sozialversicherung

Gutzwiller, F./Wydler, H./Stähli, R. (2000): Prävention und Risikominderung. In: Suchtmedizin – Konzepte, Strategien und therapeutisches Management, (Hrsg.: Uchtenhagen, A./Zieglgänsberger), München und Jena, S. 235 – 243

Gutzwiller, F./Wydler, H./Stähli, R. (2000): Ziele und Aufgaben der Suchtprävention. In: Suchtmedizin – Konzepte, Strategien und therapeutisches Management, (Hrsg.: Uchtenhagen, A./Zieglgänsberger), München und Jena, S. 243 – 250

Gutzwiller, F./Wydler, H./Stähli, R. (2000): Früherkennung und Schadenminderung. In: Suchtmedizin – Konzepte, Strategien und therapeutisches Management, (Hrsg.: Uchtenhagen, A./Zieglgänsberger), München und Jena, S. 250 – 254

Haas, S./Vorderwinkler, C./Weigl, M./Guzei, K. (2001): Drogenspezifische Problemlagen und Präventionserfordernisse bei Jugendlichen, Wien

Hafen, M. (2001): Die Begrifflichkeit in der Prävention – Verwirrung auf alle Ebenen. Abhängigkeiten, 7, S. 33 – 49

Hawkins, J.-D./Oesterle, S./Brown, E.-C./Arthur, M.-W./Abbott, R.-D./Fagan, A.-A./Catalano, R.-F. (2009): Results of a type 2 translational research trial to prevent adolescent drug use and delinquency – a test of communities that care, in: Arch pediatr adolesc med/vol 163 (no. 9), S. 789 – 798

Hawks, D./Scott, K./McBride, M. (2002): Prevention of psychoactive substance use: a selected review of what works in the area of prevention, (Hrsg.: Word Health Organisation), Perth

Horvath, I./Eggerth, A./Fröschl, B./Weigl, M. (2009): Die präventive Rolle der offenen Jugendarbeit, Wien

Hüllinghorst, R. (2002): Suchtprävention – Der politische Wille zur Umsetzung fehlt. In: Jahrbuch Sucht 2002, (Hrsg.: Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren), Hamm, S. 204 – 212

Kant, I. (1968): Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. In: Kant I. Werke. Akademie

Textausgabe. Walter de Gruyter, Berlin, S 385 – 464

Kastner, P./Silbereisen, R. K.(1985): Drogengebrauch Jugendlicher aus entwicklungstheoretischer Sicht. In: Bildung und Erziehung 37, S. 271 – 287

Kessler, D./Strohmeier, D. (2009): Gewaltprävention an Schulen – Persönlichkeitsbildung und soziales Lernen, (Hrsg.: Österreichisches Zentrum für Persönlichkeitsbildung und soziales Lernen in Kooperation mit der Uni Wien), Wien

Kirch, W./Badura, B. (Hrsg): (2006): Prävention. Ausgewählte Beiträge des Nationalen Präventionskongresses Dresden, 1. und 2. Dezember 2005. Heidelberg: Springer

Kleiber, D./Pforr, P. (1996): Peer involvement. Ein Ansatz zur Prävention und Gesundheitsförderung von Jugendlichen für Jugendliche, Köln

Kolip, P. (1999): Gesundheitliches Risikoverhalten im Jugendalter: Epidemiologische Befunde und Ansätze zur Prävention. In: Programme gegen Sucht, (Hrsg.: Kolip, P.) München

Künzel-Böhmer, J./Bühringer, G./Janik-Konecny, T. (1993): Expertise zur Primärprävention des Substanzmissbrauchs, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit, Baden-Baden

Leppin, A. (1998): Suchtgefährdung und Präventionsmöglichkeiten bei Jugendlichen. In: Rausch und Realität. (Hrsg. Gros, H.) Band 3. Stuttgart

Leppin, A./Hurrelmann, K. (2000): Schulische Suchtprävention: Status quo und Perspektiven. In: Leppin, A./Hurrelmann, K.(Hrsg.):: Jugendliche und Alltagsdrogen. Konsum und Perspektiven der Prävention. Neuwied. S. 9 – 21

Leppin, A. (2004): Konzepte und Strategien der Krankheitsprävention. In: Lehrbuch Prävention und Gesundheitsförderung. (Hrsg. Hurrelmann, K./Klotz, T./Haisch, J.), Bern, Verlag Huber, S.31 – 40.

McGrath, Y./Sumnall, H./McVeigh, J./Bellis, M. (2006): Drug use prevention among young people: a review of reviews, (Hrsg.: National Institute for Health and Clinical Excellence), London

Melzer, W./Schubarth, W./Ehninger, F. (2006): Positives Sozialverhalten von SchülerInnen und Schüler ist ein Bildungswert. In: Gewalt – Beschreibungen, Analysen, Prävention, (Hrsg. Heitmeyer, W./Schröttle, M.), Bonn, S. 217 – 236

Mittag, W./Jerusalem, M. (2000): Prävention von Alkohol- und Medikamentenkonsum in der Schule. In Leppin, A./Hurrelmann, K./Petermann H. (Hrsg.): Jugendliche und Alltagsdrogen Neuwied: Luchterhand. S. 162 – 194

National Institute on Drug Abuse (2003): Preventing Drug Use among Children and Adolescents – a research-based Guide for Parents, Educators, and Community Leaders, Maryland

Nörber, M. (2003): Peer Education – ein Bildungs- und Erziehungsangebot? In: Peer Education, Bildung und Erziehung von Gleichaltrigen durch Gleichaltrige, (Hrsg. Nörber, M.) Berlin 2003, S. 79 –93

Paulik, R./Rabeder-Fink, I./Uhl, A. (2008): Grundlagen. In: Suchtprävention in der Schule, (Hrsg. Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur), Wien, S. 12 – 51

Pfeiffer, C./Windzio, M./Baier, D. (2006): Elf Vorschläge zur Gewaltvorbeugung und soziale Integration. In: Gewalt – Beschreibungen, Analysen, Prävention, (Hrsg.: Heitmeyer, W./Schröttle, M.), Bonn, S. 276 – 290

Quensel, S. (2004): Das Elend der Suchtprävention. Analyse – Kritik – Alternative. Wiesbaden

Rehm, J. (2003): Ist Suchtprävention generell wirtschaftlich? Suchttherapie, 4, S. 8-11

Reese, A./Silbereisen, R.K. (2001): Allgemeine versus spezifische Primärprävention von jugendlichem Risikoverhalten. In: Prävention. Zur kritischen Bewertung von Präventionsansätzen in der Jugendarbeit (Hrsg.: Freund, T./Lindner, W.), Opladen: Leske & Budrich, S. 139 – 162

Schütz, A. (1971): Gesammelte Aufsätze. Band 1: Das Problem der sozialen Wirklichkeit. Mit einer Einführung von Aron Gurwitsch. DenHaag-Nijhoff

Schmidt, B./Hurrelmann, K. (2000): Grundlagen einer präventiven Sucht- und Drogenpolitik. In: Präventive Sucht- und Drogenpolitik, (Hrsg. Schmidt, B./Hurrelmann, K.), Opladen

Uchtenhagen, A./Zieglgänsberger, W. (2000): Suchtmedizin. Konzepte, Strategien und therapeutisches Management. München, Jena: Urban & Fischer

Uchtenhagen, A./Wicki, W. (2000): Evaluation im Bereich der Primärprävention. In: Suchtmedizin – Konzepte, Strategien und therapeutisches Management, (Hrsg.: Uchtenhagen, A./Zieglgänsberger), München und Jena, S. 254 – 258

Uhl, A. (2002): Schutzfaktoren und Risikofaktoren in der Suchtprophylaxe. In: Prävention und Gesundheitsförderung Bd.II. DGVT, (Hrsg.: Röhrle, B.), Tübingen

Uhl, A. (2007): Begriffe, Konzepte und Menschenbilder in der Suchtprävention. In: SuchtMagazin, 33, S. 3 – 11

Vobruba, G. (1983): Prävention durch Selbstkontrolle. In: Wambach, Manfred Max (Hrsg.): Der Mensch als Risiko, Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 29 – 48

Werner, m. H. (o. J.): Einführung in die philosophische Ethik I. Fernlehrgang Berater/in für Ethik im Gesundheitswesen. Klinikum Nürnberg, Centrum für Kommunikation Information Bildung

Wienemann, E./Schumann, G. (2006): Qualitätsstandards in der betrieblichen Suchtprävention und Suchthilfe der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen, (Hrsg. Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen), Hamm

Wilson, D. B./Gottfredson, D. C./Najaka, S. S. (2001): School-based prevention of problem behaviours: a meta-analysis. In: Journal of Quantitative Criminology, Vol. 17, No. 3, S. 247 – 272

Word Health Organisation (1996) (Hrsg.): Life Skills Education-Planning for reasearch. WHO, Genf

Zinberg, N. (1986): Drug, Set, And Setting: The Basis For Controlled Intoxicant Use. Yale University Press

DIE AUTOREN:

Franz Gschwandtner, Mag. rer. soc. oec.; Studium der Soziologe; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Suchtprävention der pro mente; aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Forschungstätigkeit im Bereich Alkoholkonsum (v.a. jugendlicher Alkoholintoxikationen), Epidemiologie von Substanzkonsum, Theorie der Suchtprävention; Leitung der Fachbibliothek.

Richard Paulik; Mag. rer. soc. oec.; Studium der Soziologie; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Suchtprävention; aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Forschungstätigkeit im Bereich des Tabakkonsums, Theorie der Suchtprävention und Gesundheitsförderung, Ethik in der Suchtprävention, Evaluation suchtpräventiver Maßnahmen.

Seifried Seyer; Mag. rer. soc. oec.; Studium der Soziologie; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Suchtprävention; aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Empirische Forschungstätigkeit im Bereich des Konsums illegaler Drogen, Theorie der Prävention und Gesundheitsförderung, Ethik in der Suchtprävention.

Rainer Schmidbauer; Mag. Dr. rer. soc.oec.; Studium der Sozialwirtschaft und Doktorat der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften; Leiter des Instituts Suchtprävention der pro mente OÖ; Leiter des Zertifikatslehrgangs „Sucht- und Gewaltprävention" an der Pädagogischen Hochschule OÖ; Mitglied der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Suchtvorbeugung, Mitglied der oberösterreichischen Jugendschutzkommission und Gesundheitskonferenz OÖ; aktuelle Arbeitsschwerpunkte: wissenschaftliche Grundlagen der Sucht- und Gewaltprävention, Drogen- und Präventionspolitik, Masterlehrgang für „Sucht- und Gewaltprävention".

5.5 Konflikt, Eskalation, Gewalt

Debatten über „steigende Gewaltbereitschaft" und einige Aspekte zu Jugendarbeit

Ingo Bieringer

Gewalt bzw. die vielfach diagnostizierte „steigende Gewaltbereitschaft" von und unter Jugendlichen ist ein Dauerbrenner: in Gemeinden, in Schulen, in der Jugendarbeit. Vor allem in der medialen Berichterstattung. Nachdem diese „Ordnungskrise" regelmäßig festgestellt wird, sind politisch Zuständige und Jugendarbeiter/innen gefordert, rasche und schlüssige Erklärungen und Antworten und im Weiteren wirksame Handlungskonzepte vorzulegen. Diese Dynamik ist in mehrfacher Hinsicht problematisch, was sich in folgenden Fragestellungen zusammenfassen lässt:

- Wovon wird genau gesprochen? Sind „Jugend" und „Gewalt" nicht zwei relativ abstrakte, verallgemeinernde Begriffe, die daher zur Ableitung konkreter, spezifischer Maßnahmen untauglich sind?
- Stimmt die Diagnose der „steigenden Gewaltbereitschaft" überhaupt?
- Können allgemeine Erklärungen und Ursachen für „Jugendgewalt" festgestellt werden?
- Lassen sich daraus konkrete politische Folgerungen und praktische Konsequenzen für Politik und Jugendarbeit ableiten?
- Wie kann/soll Gewaltprävention aussehen?
- Wie wirksam/effizient kann Gewaltprävention in spezifischen Zusammenhängen sein?

1. Ziele des Beitrags

In diesem Beitrag werden verschiedene Begriffe differenziert (Kapitel 3), der Begriff Gewaltprävention diskutiert (Kapitel 4) sowie die Frage behandelt, was offene Jugendarbeit bezüglich Gewaltprävention leisten kann, wo ihre Grenzen liegen und welche Rahmenbedingungen bzw. Rahmenmaßnahmen Jugendarbeit benötigt (Kapitel V). Veranschaulicht werden die Ausführungen an Hand dreier Fallskizzen (Kapitel 2).

2. Drei Fallskizzen

Fallskizze 1

Anton, 15 Jahre, besucht, nachdem ihm im Gymnasium ein Schulwechsel nahe gelegt wurde, die Hauptschule. Er fällt durch „undiszipliniertes Verhalten" auf, die Lehrer/innenschaft ist schon seit längerer Zeit nicht mehr gut auf ihn zu sprechen. Eines Nachmittags inszeniert er eine Schlägerei vor der Schule: Körperverletzungen, Krankenhausaufenthalt, Anzeigen, Schulverweis. Im Zuge einer von der Direktorin organisierten Mediation zur Klärung der Konflikthintergründe, bei der alle Beteiligten anwesend waren, berichtet Anton über seine Schwierigkeiten: in der Siedlung, in der er wohnt, sei seine Bereitschaft, Gewalt einzusetzen, „was wichtiges. Ohne dem geht´s nicht". Er muss sich oft, so wörtlich, „auf dem Weg von zu Hause in die Schule ‚umziehen'. Das gelingt mir nicht immer. Ich bin dann überrascht, wenn ich in der Schule bestraft werde, weil dort andere Regeln gelten." Abgesehen von den polizeilichen Erhebungen und gerichtlichen Verfahren konnte mittels

einer Reihe gut abgestimmter schulischer und außerschulischer Betreuungsangebote erreicht werden, dass Anton die Hauptschule positiv abschließt. Anton lebt in verschiedenen Kulturen, mit unterschiedlichen Normsystemen, in einer Normambivalenz. Er muss sich zwischen Anpassung und Widerstand entscheiden, in der Schule und in seinem sozialen Nahraum.

Fallskizze 2

Auf einer so genannten Lokalmeile kommt es vor allem in den Sommermonaten immer wieder zu teils heftigen körperlichen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Jugendlichen und Gruppen. Die Polizei ist überfordert, die Stadtpolitik ratlos, für alle Akteur/innen steigt angesichts der massiven Berichterstattung über die „bedenklich ansteigende Gewalt von Jugendlichen" der Handlungsdruck. Die Installierung von Videokameras wird überlegt. Hintergrund der Eskalationen ist, dass die Lokalpächter nicht nur in einem Konkurrenzkampf, sondern zudem in einem heftigen Konflikt untereinander stehen. Sie haben sehr unterschiedliche Weltanschauungen, ziehen dementsprechend unterschiedliche Zielgruppen an und sind sich nur in einem Punkt einig: mit Jugendschutzbestimmungen nimmt man es nicht so genau. Erst das rigorose Vorgehen der zuständigen Magistratsabteilungen und der Polizei gegenüber den Pächtern sorgt für „Ruhe" – die Einforderungen und Kontrolle von Normen (Jugendschutzbestimmungen) sorgt auch dafür, dass unter den dort verkehrenden Jugendlichen Entspannung eintritt. Das lokale Problem ist also kein „Jugendproblem", sondern wesentlich eine „institutionelle Eskalation" (vgl. Schwabe 2002), welche auf Grund der problematischen Handlungen der Jugendlichen diesen zugeschrieben wird, ursächlich jedoch im „System Lokalmeile" an anderer Stelle entsteht.

Fallskizze 3

In einem Stadtteil in Salzburg, der aus unterschiedlichen Gründen seit geraumer Zeit als sozialer Brennpunkt gilt, geraten sich zwei Jugendgruppen in die Haare. Eine Schlägerei wird inszeniert, die schon lange vorher martialisch angekündigt wurde, aber bei weitem nicht so dramatisch ausfällt wie angekündigt. Die Polizei hat, auch auf Grund der engen Kooperation mit dem dortigen Jugendzentrum, die Situation rasch „unter Kontrolle". Am nächsten Abend erscheint in einem österreichischen Privatsender die Schlagzeile: „Steigende Gewalt – was ist nur mit unserer Jugend los?", der mit sehr besorgtem Gesichtsausdruck anmoderiert wird. Bilder von brennenden Autos sind zu sehen, schwer bewaffnete Polizisten. Alle, die unmittelbar beteiligt waren, sind einigermaßen überrascht, auch die Jugendlichen, die über die drastische Darstellung, die selbst ihre martialischsten Ankündigungen weit übertreffen, amüsiert sind. Ein Anruf beim Sender am nächsten Tag bringt Licht ins Dunkel. Man habe aus Mangel an aktuellen Bildern Aufnahmen „von den Unruhen in Paris" verwendet. Kleinlaut bekennt man, dass der Beitrag insofern „suboptimal" sei. Aber ist die Bühne einmal aufgebaut, verlangt das Publikum auch nach Aufführungen. Runde Tische und Kommissionen werden gebildet, ratlose Jugendarbeiter/innen zitiert, mehr Streetworker gefordert. Das Beispiel verdeutlicht, dass die (mediale) Skandalisierung von Eskalationen das somit diagnostizierte Problem „Jugendgewalt" mitkonstruiert und gleichzeitig wirkungsmächtig ist: Jugendarbeit und Politik sehen sich gezwungen, rasche und effiziente Lösungen zu präsentieren (vgl. Schuster/Bieringer 2007).

3. Begriffsunterscheidungen

Im Folgenden unterscheide ich zwischen Begriffen, die – zumal in der Diskussion über Jugendliche – häufig synonym verwendet werden, jedoch Unterschiedliches bezeichnen. Die Genauigkeit in der Wahl der Begriffe scheint mir ein wichtiger Beitrag zur Differenzierung der Debatte und wesentlich bei der Entwicklung von Konzepten zur Gewaltprävention und Formulierung von Zuständigkeiten der Jugendarbeit.

Aggression

Der Duden hält zu Aggression u.a. fest: „(affektbedingtes) Angriffsverhalten, feindselige Haltung eines Menschen oder eines Tieres als Reaktion auf eine wirkliche oder vermeintliche Minderung der Macht mit dem Ziel, die eigene Macht zu steigern oder die Macht des Gegners zu mindern". Der Begriff „Aggression" leitet sich vom lateinischen „aggredi" ab und meint ursprünglich „herangehen" (im Sinne von annähern) bzw. „angreifen" (im Sinne von berühren). Aggression bezeichnet Verhaltensweisen, die eine Verwirklichung individueller oder kollektiver Vorzüge durch Drohung, Zurückdrängen, physischer Beeinträchtigung eines Gegenübers ermöglichen soll. Aggression kann aus der Sicht Einzelner „gute Gründe" haben und im Sinne des „Herangehens an etwas" bzw. als antreibender Motor durchaus positiv konnotiert sein. So lässt sich zwischen „gutartiger" und „bösartiger" Aggression unterschieden. Gutartige Aggression kann auf Veränderungswünsche hinweisen. „'Der Schuss vor den Bug', der kein Wrack, sondern nur eine Richtungsänderung produziert, kann selbst lustvoll besetzt sein" (Ottomeyer 1992; vgl. auch Finger-Trescher/Trescher 1992). Unter bösartige Aggression hingegen fallen etwa die Brutalität oder der Sadismus. Für letztere ist charakteristisch, dass aus dem Leiden des Opfers noch ein eigener Gewinn gezogen wird.

Konflikt

Ein sozialer Konflikt ist eine „Interaktion zwischen Aktoren (Individuen, Gruppen, Organisationen usw.), wobei mindestens ein Aktor eine Differenz bzw. Unvereinbarkeit im Wahrnehmen und im Denken bzw. Vorstellen und im Fühlen und im Wollen mit dem anderen Aktor in der Art erlebt, dass bei Verwirklichen dessen, was des Aktor denkt, fühlt oder will eine Beeinträchtigung durch einen anderen Aktor erfolge" (Glasl 2004, S. 17) .

Unterschiedlich ist die Bewertung von Konflikten. Sie werden häufig als pathologische und daher zu vermeidende Phänomene gesehen. Eine andere Sichtweise ist, dass ein Konflikt ein notwendiger Motor für Veränderung und damit durchaus notwendig und produktiv sein kann. Entscheidend ist in diesem Verständnis die Form der Konfliktaustragung. Nicht die Tatsache eines Konfliktes ist von vornherein als negativ zu bewerten, entscheidend ist vielmehr die Form der Austragung.

Jugendliche tragen in der Regel Konflikte eher „heiß" aus (zur Unterscheidung zwischen „heißen" und „kalten" Konflikten vgl. Glasl 2004), d.h. es kommt zu offenen, konfrontativen, emotional geführten Auseinandersetzungen. Häufig wird diese Form der Konfliktaustragung von Erwachsenen als bedrohlich wahrgenommen, mitunter auch als Gewalt oder Vorstufe zu möglicher Gewalt ausgelegt. Man ist bemüht, Eskalationen und befürchtete Gewalt zu unterbinden. Damit werden gelegentlich auch die Chancen und Potenziale, die in einem konkreten Konflikt enthalten sind, unterbunden.

Mobbing, Bullying, Bossing, Staffing

Mit Mobbing wird ein spezifischer Typus von Konflikt bezeichnet. Der seit Anfang der 1990er Jahre in einer breiteren Öffentlichkeit verwendete Begriff bezieht sich auf Konflikte in Organisationen (am Arbeitsplatz, in der Schule etc), wobei die Konfliktdynamik durch systematische Ausgrenzung bzw. gezielte Isolierung, Verbreitung falscher Tatsachen oder Informationen, Degradierung vor anderen, schikanöse Arbeitszuweisungen, andauernde Kritik und Zurückweisung, Kontaktvermeidung etc. gekennzeichnet ist. Es handelt sich dabei um Konflikte, die über einen längeren Zeitraum (mind. sechs Monate) ausgetragen werden. In der Regel kann man von passiv-aggressiv ausgetragenen kalten Konflikten sprechen. Im englischsprachigen Raum wird hierfür üblicherweise die Bezeichnung „bullying" verwendet. Weiters kann begrifflich unterschieden werden zwischen „bossing" (downward bullying, also Mobbing, welches von Vorgesetzten ausgeübt wird) und „staffing" (upward bullying, also Mobbing, welches von Personen gleicher oder unterer Hirarchieebenen betrieben wird). Diese Begriffe sind insbesondere für Konfliktmanagement und Gewaltprävention an Schulen relevant.

Zur Erforschung möglicher Ursachen gibt es unterschiedliche Ansätze, gesichert scheint die Erkenntnis, dass kontroll- und leitungsschwache Organisationsstrukturen mobbingfördernd sind.

Im ersten Kinderbericht der OECD (2009) wird festgestellt, dass Mobbing in Österreich ein größeres Thema zu sein scheint als im OECD-Schnitt. 16 Prozent der Schüler/innen geben an, Erfahrungen damit gemacht zu haben (OECD-Schnitt: elf Prozent). Anmerkung: dennoch geht mehr als ein Drittel der Schüler/innen nach eigenen Angaben gern zur Schule (OECD-Schnitt: gut jede/r Vierte).

„Happy slapping"

Mit „Happy Slapping" („fröhliches Schlagen") wird ein neueres Phänomen bezeichnet, nämlich die massive Einschüchterung unter Androhung von körperlicher und/oder sexueller Gewalt bzw. Körperverletzung von anderen Personen, wobei diese bekannt oder auch unbekannt (im öffentlichen Raum) sein können. Wesentlich ist dabei, dass die Tat von anderen Beteiligten gefilmt (meist mit Handykamera) und veröffentlicht (per Handy, Internet etc.) wird. Diese zweifache Viktimisierung lässt öffentlich gewordene Fälle als besonders perfid erscheinen.

Der Begriff ist problematisch, weil er das Schlagen und die mediale Verbreitung der Tat wörtlich als „fröhliches" Unterfangen bezeichnet. Adäquater wäre es, von „brutal slapping" oder „gruel slapping" zu sprechen. Das Phänomen wurde mit der Verbreitung von Handy und Internet möglich. Studien über die Häufigkeit gibt es nicht, es ist aber zu vermuten, dass einige aufsehenerregende Fälle die Einschätzungen bezüglich der Häufigkeit verfälschen.

Eskalation

Mit Eskalation bezeichnet man eine Dynamik, in der sich ein Konflikt von kleineren Spannungen bis hin zu einer Auseinandersetzung entwickeln kann, bei der die psychische oder physische Integrität bzw. Existenz der Beteiligten bedroht ist. In solchen Prozessen reduzieren sich die anfangs vielfältigen Sichtweisen der am Konflikt Beteiligten, es kommt zur Einschränkung bzw. Verlust von Empathie, die Handlungsmöglichkeiten werden einge-

schränkt. Weiters kommt es zu Projektionen, Vereinfachungen und schwarz-weiß-Mustern bis hin zur Vernichtung des Gegners um den Preis der Selbstvernichtung. Eskalationen können bedrohlich und für alle Beteiligten und deren Umfeld zur Belastung werden und letztlich zerstörerische Konsequenzen haben. Sie können jedoch auch auf Missstände aufmerksam machen. Glasl (2004) unterscheidet neun Stufen der Eskalation und bietet damit ein Modell, das auch für die Jugendarbeit hilfreich sein kann (für die Jugendarbeit vgl. ausführlich Schwabe 2002). Zu unterscheiden ist zwischen unvermittelt auftretenden „ad-hoc-Eskalationen" und sich über einen längeren Zeitraum entwickelnden, so genannten „verzögerten Eskalationen".

Selbstschädigendes, -verletzendes Verhalten

Dieses Verhalten beschreibt das absichtliche Zufügen von Verletzungen und Beschädigungen gegen sich selbst, gegen den eigenen Körper bzw. die eigene Gesundheit. Die Formen selbstschädigenden Verhaltens sind sehr unterschiedlich: Schnitte durch Messer, Scherben, Rasierklingen („Ritzen"), Kratzen bzw. das Aufkratzen alter Wunden, Abreißen der Fingernägel oder Abbeißen bis zum Nagelbett, Schlagen mit dem Kopf gegen Wände, Schlucken von Medikamenten oder Chemikalien, Hungern, Verausgabung durch Sport bis zu totaler Erschöpfung, alle Formen von Sucht bis hin zum Suizid.

Jedoch kann man auch „indirekte" Formen selbstschädigenden Verhaltens ausmachen: Etwa schnelles Autofahren oder Kleptomanie. Dabei wird in Kauf genommen, durch Unfälle Verletzungen zu erleiden, die bis in den Tod führen können bzw. durch auffälliges Verhalten sozial sanktioniert zu werden (vgl. Küchenhoff 1999; Mummendey 2000).

Selbstschädigendes Verhalten hat häufig die Funktion eines (Hilfe-)Appells an andere. Die Betroffenen wollen ihrer Umwelt etwas mitteilen, wozu sie sich anders nicht in der Lage sehen. Selbstschädigung kann somit als manipulatives Verhalten interpretiert werden.

Selbstschädigendes Verhalten wird in dieser Interpretation – als autoaggressive bzw. manipulative Ausdrucksweise – häufig Frauen zugeordnet. Fasst man den Begriff jedoch weiter (etwa schnelles Autofahren, Suchtverhalten), kann man diese Phänomene nicht auf (junge) Frauen eingrenzen (zum Risikoverhalten junger Männer vgl. Meuser 2005).

Vandalismus

Mit Vandalismus wird eine bewusste (bzw. grob fahrlässige) illegale (bzw. normenverletzende) Beschädigung oder Zerstörung fremden (öffentlichen oder privaten) Eigentums bezeichnet, wobei zwischen „Zerstörungswut" und „Zerstörungslust" unterschieden werden kann. Charakteristisch ist, dass Vandalismus Unbeteiligten als selbstzweckmäßiges Handeln erscheint. Als Motivation wird meist Langeweile angeführt, doch sind auch andere Hintergründe möglich: Mangel an jugendkulturellen Räumen und Ausdrucksmöglichkeiten oder die „Broken Windows Theory" (Kelling/Wilson 1982), wonach die Wahrscheinlichkeit für Vandalismus mit der nicht zufrieden stellenden Gestaltung und Unordnung von Sozialräumen steigt und sogar zum Verfall dieser führen kann, da die Identifizierung und das Gefühl der Eigenverantwortlichkeit dafür sinkt. Umstritten ist, inwiefern Graffiti als Vandalismus bezeichnet werden soll.

Amok

Ein in besonders drastischen Fällen verwendeter Begriff ist „Amok". Mit Amok wird eine „willkürliche, anscheinend nicht provozierte Episode mörderischen oder erheblichen (fremd-) zerstörerischen Verhaltens" bezeichnet (WHO). Eine als Amok bezeichnete Gewalttat muss mehrere Menschen gefährden, verletzen oder töten. Amok kann entweder ausschließlich gegen andere gerichtet sein oder aber auch mit einer Selbsttötung verbunden sein (erweiterter Suizid).

Der Begriff stammt ursprünglich aus dem pazifischen Raum und meinte „in blinder Wut angreifen und töten", wobei Unzurechnungsfähigkeit und die bedingungslose Androhung und Anwendung von Gewalt charakteristisch sind. Der Begriff wird jedoch in Abwandlung auch für geplante oder gar angekündigte Taten verwendet, also nicht nur für so genannte (spontane) Affekttaten.

An der Verwendung des Begriffes ist zu kritisieren, dass damit suggeriert wird, es habe – im ursprünglichen Verständnis des Begriffs – keine Vorgeschichte zur Tat gegeben. In vielen Fällen jedoch ist im Nachhinein eine häufig sehr lange Vorgeschichte, man könnte auch sagen Eskalationsgeschichte, rekonstruierbar. Die Ursachen sind vielschichtig und häufig nicht eindeutig zu rekonstruieren. Folgende Aspekte scheinen bei vielen solcher Taten im Vorfeld aufzutreten: Erleben von Demütigungen und massiven Kränkungen (insbesondere männlichen Dominanzstrebens), Degradierungen, Desintegrationserfahrungen, Gefühle von existenzieller Ohnmacht und Überflüssigkeit (vgl. dazu auch Ottomeyer 1992). So ist es erklärbar, dass als Tatmotiv häufig ein oftmals diffuses Bedürfnis nach Rache rekonstruiert wird. So genannte Amokläufe sind dann fantasierte, später gedanklich geplante und oft angekündigte Handlungen.

Augenfällig ist in diesem Zusammenhang, dass die Täter beinahe ausschließlich Männer sind und diese in ihrem Alltag als eher aggressionsgehemmt und konfliktscheu wahrgenommen werden.

Gewalt

Obwohl „Gewalt" weit gefasst werden kann und unscharf ist, wird der Begriff meist mit einer eigentümlichen Eindeutigkeit verwendet. Aber der Begriff ist heftig umstritten. Was wird als Gewalt bezeichnet bzw. was nicht? Unterschieden wird zum Beispiel zwischen direkter und indirekter, zwischen personaler und struktureller Gewalt, zwischen physischer und psychischer Gewalt, zwischen offener, latenter und manifester Gewalt etc. Eine allgemein akzeptierte Definition des Begriffs „Gewalt" gibt es nicht. Vielmehr ist die Definition umrungen, denn die (Erkenntnis-)Interessen, die mit den jeweiligen Definitionen verbunden werden, sind unterschiedlich (vgl. Imbusch 2000). Das Fehlen einer klaren Definition verursacht praktische Probleme, etwa bei der statistischen Erfassung von Gewaltdelikten. Die Diffusität des Begriffs macht auch die Vergleichbarkeit von Studien und die Diskussion von Ergebnissen schwierig. „Gewalt" ist ein ideologisch hoch aufgeladener Begriff.

Gewalt hängt eng mit der Ausübung von Zwang bzw. Machtverhältnissen zusammen. So ist direkte, physische Gewalt ein in erster Linie männliches Phänomen, das strukturell (Benachteiligung von Frauen in vielen gesellschaftlichen Bereichen) und kulturell (Gleichsetzung des Menschlichen mit dem Männlichen) gestützt ist.

In Studien zur Jugendarbeit werden meist pragmatische Definitionen verwendet, die sich auf einen der oben erwähnten Aspekte von Gewalt beziehen und somit eine Reihe weiterer Aspekte ausklammern, um so den Begriff operationalisierbar zu machen (vgl. exemplarisch Schwabe 2002[55]). So kann man Gewalt etwa als „jede negative Kraft- oder Machteinwirkung auf Menschen oder Sachen" oder als „jede psychisch und/oder physisch schädigende Einwirkung auf andere" definieren – wobei diese Definitionen immer noch viele Fragen offen lassen.

In der Arbeit mit Jugendlichen ist immer wieder zu beobachten, dass Jugendliche andere Auffassungen, Verständnisse von Gewalt haben und mit „Gewalt" vor allem auch das Erfahren von Zwang assoziieren.

Devianz – Delinquenz – Kriminalität

„Kriminalität" bezieht sich im engeren Sinne auf eine juristisch definierte Straftat bzw. auf Straftaten als gesellschaftliches Gesamtphänomen (lat. crimen: Beschuldigung, Schuld, Verbrechen, Anklage).

Wichtig ist hier die Unterscheidung zwischen den Begriffen „Kriminalität", „Devianz" und „Delinquenz". Mit „Devianz" wird das „abweichende Verhalten" von einer Norm bezeichnet, sei es eine soziale oder eine rechtliche Norm. „Delinquenz" wiederum bezieht sich „in besonderer Weise auf die unter Strafe stehende Übertretung von Rechtsnormen. Ein delinquentes Verhalten ist deviant, verstößt gegen eine Strafnorm, ist aber (noch) nicht abgeurteilt bzw. verurteilt worden. Davon wiederum zu unterschieden ist der Begriff der ‚Kriminalität'. Kriminalität bezeichnet das bereits verurteilte als deviant erfasste und weil gegen eine Strafnorm verstoßende delinquente Handeln" (Dimmel/Hagen 2005, S.150).

Bei der Definition von „Kriminalität" wird jedoch nicht nur das strafrechtlich relevante Handeln Einzelner berücksichtigt, sondern auch die definitorischen Prozesse, die der Feststellung vorausgehen: was gilt wo und wann als „normal" bzw. „abweichend" bzw. „kriminell"? Mit anderen Worten: „Kriminalität ist keine Qualität, die dem Handeln selbst eigen wäre, sondern das Resultat eines Definitionsprozesses, in dem verschiedenen gesellschaftliche Gruppierungen miteinander konkurrieren" (Eifler 2002, S. 7).

4. Anmerkungen zu Gewaltprävention

„Gewaltprävention" setzt sich aus zwei Begriffsteilen zusammen, die äußerst unscharf sind und kontroversiell diskutiert werden (vgl. Bieringer 2005).

Dem Begriff Prävention schreibt der Duden zwei Bedeutungen zu. Erstens das „Zuvorkommen (z.B. mit einer Rechtshandlung)" und zweitens die „Vorbeugung; Abschreckung künftiger Verbrecher durch Maßnahmen der Strafe, Sicherung und Besserung", wobei zwischen General- und Spezialprävention unterschieden wird. Wenngleich in der Praxis nicht immer möglich, ist zudem die Unterscheidung zwischen Primärprävention (z.B. Beratung, um potenziell abweichendes Verhalten zu verhindern), Sekundärprävention (z.B. Betreu-

[55] „Unter Gewalt wird ganz pragmatisch körperliche Gewalt gegen andere Personen verstanden, d.h. mit intensiver emotionaler Erregung verbundene Akte wie Schlagen, Treten, Beißen, Spucken etc. Diese zweifellos äußerst verkürzte Sichtweise ist durch das Erkenntnisinteresse der Arbeit bedingt" und „Gewalt wird als Endpunkt eines Prozesses verstanden. Als aufklärungsbedürftig wird vor allem der Weg bis zur Gewaltanwendung betrachtet, also der Eskalationsprozeß" (Schwabe 2002, S. 18)

ung, damit sich normabweichendes Verhalten nicht verfestigt) und Tertiärprävention (z.B. Maßnahmen zur Resozialisierung) theoretisch relevant.

Doch: Wie kann/soll direkter Gewalt vorgebeugt werden? Die geforderten Maßnahmen sind vielfältig und unterscheiden sich in zumindest vier (zusammenhängenden) Punkten:

- in den Auffassungen von Gewalt
- in den Diagnosen der Ursachen von Gewalt
- in der Definition von Zielgruppen
- in den daraus abgeleiteten politischen, rechtlichen, staatlichen und/oder sozialpädagogischen Ansätzen

Was wo als Gewalt bzw. Prävention verstanden wird, ist vom historischen, kulturellen Kontext abhängig und Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Gewaltprävention ist keine eindeutige Doktrin, es gibt eine Reihe von „Gewaltpräventionen", eine Vielfalt unterschiedlicher politischer Strategien und Prozesse.

Die „alte" Frage, ob eine Gesellschaft auf abweichendes Verhalten mit Strafe oder Hilfe reagieren soll, ist nach heutigem Stand in dieser Dichotomie nicht mehr zu stellen. Vielmehr geht es um eine Balance zwischen Normenverdeutlichung und Unterstützung. Mit Normenverdeutlichung ist gemeint: angemessene Sanktionen, die Etikettierung vermeiden. Das klassische Modell dazu sind diversionelle Maßnahmen (vgl. exemplarisch Otto 2007).

Eine Schwierigkeit ist durch die Tatsache gegeben, dass die Wirkungen präventiver Maßnahmen nicht „messbar" sind, „da der unmittelbare, experimentelle Vergleich zu nicht erfolgten präventiven Maßnahmen nicht möglich ist" (Lamnek, 1994S. 216).

Gewaltprävention ist sinnvollerweise nur als Querschnittsmaterie zu verstehen. Die im Rahmen dieser Theorie dargestellten Zusammenhänge und Wechselwirkungen (Messner/Rosenfeld 2007 sprechen von „Balancen") verdeutlichen die Notwendigkeit einer abgestimmten, kooperativen Vorgehensweise. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass Gewaltprävention nur einen Aspekt von Jugendarbeit darstellt. Es ist davor zu warnen, Jugendarbeit als gleichsam verlängerte Maßnahme von Sicherheitspolitik zu betrachten. Grundsätzlich gilt: Gewaltprävention ist nicht Konfliktprävention! Im Gegenteil: weniger Gewalt bedeutet mehr Konflikte (vgl. Wieviorka 2006) – und mehr Konfliktbereitschaft bzw. Möglichkeiten der konstruktiven Konfliktbearbeitung.

5. Jugendpolitik, offene Jugendarbeit, Jugendforschung – Ansatzpunkte für Gewaltprävention

Wenn Gewaltprävention als Querschnittsthema zu betrachten ist, stellen folgende Ansatzpunkte nur einen unvollständigen Ausschnitt dar. Nochmals sei daher darauf verwiesen, dass Gewaltprävention nur ein Teilaspekt von Jugendarbeit ist und Gewaltprävention nicht auf Jugendarbeit reduziert werden kann. Wenn im Folgenden nicht auf arbeitsmarkt-, wirtschafts-, sozial- und bildungspolitische Maßnahmen, auf Städteplanung, Wohnungspolitik, Integrationspolitik oder Frauenpolitik in den jeweiligen Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden eingegangen wird, so deshalb, weil der Fokus dieses Beitrags auf Jugendarbeit gerichtet ist[56].

[56] Im Folgenden werden einige Projekte, Vereine und Vernetzungsaktivitäten exemplarisch genannt. Eine vollständige Auflistung ist in diesem Rahmen selbstverständlich nicht möglich.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Angebote zur Gewaltprävention sowie die Vernetzungsaktivitäten in Österreich in den letzten Jahren quantitativ und qualitativ verbessert werden konnten. In vielen der unten angeführten Teilbereichen sind jedoch zusätzliche Ressourcen wünschenswert und notwendig, um eine Sicherung und Steigerung der Qualität erreichen zu können. Dieser Forderung liegt freilich die Schwierigkeit der Evaluierung von Präventionsarbeit zu Grunde, was häufig ein Problem hinsichtlich der Legitimierung von Gewaltprävention darstellt. Die Wirkung von Präventionsprojekten und –programmen kann in einem experimentellen Evaluierungsdesign oft nicht realisiert werden, jedoch sind Evaluierungen durch Vorher-Nachher-Untersuchungen und quasi-experimentelle Kontrollgruppen möglich (vgl. Wilson u.a. 2001).

Politik und Jugend

Der Einfluss der „gesellschaftlichen Großwetterlage" auf das Selbstempfinden und Verhalten Jugendlicher kann nicht genug berücksichtigt werden – sie bildet gleichsam den Pool, in dem wir uns in unserem alltäglichen Handeln orientieren (vgl. Messner 2004 sowie Messner/Rosenfeld 2001 und 2007). Dies zu berücksichtigen ist insofern von zentraler Bedeutung, als es von einer Problemsicht, die sich auf Individuen, Milieus und/oder auf „Sub"kulturen fokussiert (und damit eine Verhaltensänderung von Einzelnen bzw. definierte sozialen Gruppen fordert), auf Zusammenhänge und differenzierte Verantwortlichkeiten schließen lässt. In diesem Sinne ist auch politisch eine ressourcen- statt problemorientierte Sichtweise und Praxis zu fordern, um kollektive Etikettierungsdynamiken zu vermeiden.

Möglichkeiten und Grenzen der Jugendarbeit

Wenngleich offene Jugendarbeit viele Möglichkeiten hat, auf die (unterschiedlichen!) Lebensrealitäten Jugendlicher einzugehen, sie begleitend zu unterstützen und in ihren Potenzialen zu stärken und damit (neue) biografische und soziale Perspektiven zu eröffnen, darf man sich auf der anderen Seite nicht der Illusion hingeben, dass Jugendarbeit eine im Sinne der Kriminalitätsprävention oder Sicherheitspolitik (hinreichend) disziplinierende Institution sein kann – diese Vorstellung steht vielmehr dem Selbstverständnis von offener Jugendarbeit als Jugendliche „parteilich vertretender" Institution diametral entgegen. In diesem Spannungsverhältnis mag vielfach ein Missverständnis zwischen öffentlichen Auftraggebern und Einrichtungen der Jugendarbeit liegen.

Alle Beteiligten (Politik, Polizei, Jugendarbeit, Schule, Behörden) scheinen in der Debatte um „Jugend und Gewalt" einem Erfolgs- und Effizienzdruck zu unterliegen, der sich zumal unter dem Druck medialer Darstellung einerseits und knapp gehaltener Ressourcen andererseits verstärkt. Dadurch tritt an Stelle des erforderlichen Kooperationsprinzips häufig ein nicht förderliches Konkurrenzprinzip. Insbesondere in der Arbeit mit Jugendlichen aus vielfach belasteten Familiensystemen ist die Kooperation zwischen Organisationen jedoch ein zentrales Kriterium hinsichtlich (primärer, sekundärer, tertiärer) Gewaltprävention.

Kooperation stärken: Zuständigkeiten und Auftragslagen in konkreten Zusammenhängen klären

Gewaltprävention als Querschnittsthematik erfordert kooperative Herangehensweisen. Die Zuständigkeiten und Möglichkeiten von Jugendämtern, freien Trägern, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Schule und Jugendarbeit sind häufig nicht so eindeutig wie vordergründig angenommen wird. Dies wird im Zuge konkreter Konflikte und Einzelfallhilfen immer wieder deutlich. Trotz aller bekannten Schwierigkeiten in der Praxis (jede Institution und Organisation hat ihre spezifische Geschichte und Identität, viele haben mit zu knappen Ressourcen zu kämpfen), sind solche (konfliktträchtigen!) Klärungsprozesse und koordiniertes und kooperatives Vorgehen erforderlich, um deeskalierende und nachhaltig wirksame Maßnahmen erarbeiten zu können. Dafür ist es jedoch notwendig, die an solchen Prozessen beteiligten Organisationen mit entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen auszustatten.

In diesem Zusammenhang sei auf die vielfältigen Vernetzungsaktivitäten auf kommunaler und regionaler Ebene, auf Landesebene sowie auf bundesweite Plattformen hingewiesen. Auf kommunaler Ebene sei exemplarisch die Anlaufstelle für Gewaltprävention und Krisenmanagement beim Magistrat der Stadt Klagenfurt erwähnt (www.klagenfurt.at). Auf regionaler Ebene seien die Landesjugendreferate sowie exemplarisch die steirische „ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus – Fachstelle für Gewaltprävention und Antirassismusarbeit" (www.argejugend.at) sowie das Koordinationsbüro für Offene Jugendarbeit und Entwicklung in Vorarlberg (www.koje.at) erwähnt. Bundesweit sei auf die „Plattform gegen die Gewalt in der Familie" des BM für Wirtschaft, Familie und Jugend verwiesen, in der 45 NGO´s kooperieren (www.plattformgegendiegewalt.at). In allen Bundesländern sind die Kinder- und Jugendanwaltschaften (www.kija.at) sowie die Einrichtungen des Vereins Neustart (www.neustart.at) mit diversen Angeboten und Projekten zu nennen.

Jugendforschung

Wenn Gewalt ein vielschichtiges Phänomen ist, welches in spezifischen Zusammenhängen auftritt, ist der jeweilige (soziale, kulturelle, sozialräumliche) Kontext von zentraler Bedeutung. Wenn wir von „Jugendlichen in Österreich" bzw. der „Gewaltbereitschaft von Jugendlichen" sprechen, ist Differenzierung dringend nötig. Der Begriff „Jugend" ist derart diffus, das etwa ein 12jähriger Hauptschüler im Bregenzerwald, der in seiner Freizeit bei der örtlichen Musikkapelle engagiert ist, eine 17jährige Gymnasiastin in Wien, die in ihrer Freizeit politisch engagiert ist und ein 23jähriger Arbeitsloser in Leoben, der seine Freizeit im Jugendzentrum verbringt, darunter zusammengefasst werden.

Das erschwert das Formulieren allgemeiner Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen. Andererseits eröffnet es den Blick auf ein Manko: der Mangel an fundierten Studien zur Jugendforschung in Bezug auf Gewalt. Zwar gibt es Untersuchungen zur Gewaltbereitschaft von Schüler/innen (vgl. Strohmeier/Spiel 2009), doch sind diese eben auf Schule beschränkt, ohne die vielfältig ausdifferenzierten Lebensrealitäten Jugendlicher mit zu berücksichtigen. Dabei wäre es wünschenswert, die unterschiedlichen sozio-kulturellen, sozialräumlichen Wirklichkeiten kontextspezifisch zu untersuchen, um so adäquate Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Im Sinne eines kontingenztheoretischen Ansatzes hinsichtlich Gewaltprävention (wie es für die Mediation etwa von Glasl 2004 gefordert wird), sind kontextspezifische Sozialraumanalysen wünschenswert (Berücksichtigung von Kategorien wie Stadt/Land, Geschlecht, Migrationshintergrund, sozio-ökonomischer Status, Milieu, Bildung etc.).

Mit anderen Worten: „Die Rekonstruktion der Alltagspraxis und des Erfahrungswissens ist von entscheidender Bedeutung, denn erst muss auf die Frage, wie Wirklichkeit konstruiert wird, geantwortet werden, um klären zu können, was diese Wirklichkeit ausmacht, und um daran Warum-Fragen anschließen zu können" (Çinar et al 2000, S. 157).

Kooperation von Jugendarbeit und Polizei

Ein Aspekt bezüglich kooperativer Ansätze sei hier näher beleuchtet, nämlich die Kooperation zwischen Jugendarbeit und Polizei. In Kenntnis der unterschiedlichen Zuständigkeiten ist eine engere Zusammenarbeit v.a. hinsichtlich Deeskalation und Abbau von Vorurteilen und Stigmatisierungen anzustreben. Auch hier ist ein sozialraumbezogener Ansatz wünschenswert. In den letzten Jahren ist in quantitativer und qualitativer Hinsicht eine wesentliche Verbesserung der Zusammenarbeit festzustellen. Dies betrifft die kontinuierliche kommunale und regionale Vernetzung (vgl. auch Schuster/Bieringer 2007, S. 33) sowie die Durchführung konkreter Projekte. Erwähnt sei das Projekt „OUT – Die Außenseiter" des Bundeskriminalamts (http://www.bmi.gv.at/cms/BK/praevention_neu/projekte/OUT.aspx und www.clickundcheck.at). Präventionsbeamt/innen (vormals Kontaktbeamt/innen) sind wichtige Ansprechpartner/innen für die Jugendarbeit.

Schulsozialarbeit als Schnittstelle zwischen Schule, Jugendarbeit, Sozialraum und Behörden

Die Gruppe der 10 bis 14jährigen ist eine Hauptzielgruppe offener Jugendarbeit, u.a., weil Jugendliche in diesem Alter neben der Familie andere Bezugsgruppen wählen und die Gruppe der Gleichaltrigen an Bedeutung gewinnt. Auch scheint es sinnvoll, Konzepte zur Primärprävention für diese Altersstufe zu entwickeln. In diesem Lebensabschnitt ist zudem die Schule „eine zentrale Sozialisationsinstanz" (Budde/Faulstich-Wieland 2005, S. 39). Diese Vielzahl an relevanten Sozialisationsinstanzen wäre gleichsam zu koordinieren. Wünschenswert wäre in diesem Zusammenhang die gezielte Einrichtung von Schulsozialarbeit. Schulsozialarbeit ist in diesem Sinne keineswegs ein Ersatz für offene Jugendarbeit, sondern vielmehr eine Schnittstelle. Probleme (primäre Devianz) werden vielfach in der Schule deutlich, doch sind die Interventionsmöglichkeiten der Schule eingeschränkt. Schulsozialarbeit kann die unterschiedlichen Auftragslagen und Ressourcen etwa von Schule, Polizei, Jugendamt und offener Jugendarbeit vernetzen und zur Erarbeitung kooperativer Ansätze beitragen und somit sozialraumorientiert agieren. Den spezifischen Ressourcen der Offenen Jugendarbeit (etwa niederschwellige Angebote, bedürfnis- und lebensweltorientiert, partizipativ, freiwillig) käme in diesem Kontext besondere Bedeutung bei.

In den letzten Jahren wurde – zusätzlich zu den Aktivitäten an den Pädagogischen Hochschulen – eine Reihe von Angeboten zur (primären, sekundären und tertiären) Gewaltprävention in Schulen entwickelt. Exemplarisch erwähnt seien die Mobbing- und Gewaltpräventionsstelle der Kinder- und Jugendanwaltschaft Oberösterreich (www.kija-ooe.at) sowie das Friedensbüro Salzburg (www.friedensbuero.at).

Ein Projekt zur Schulsozialarbeit wird vom Verein Neustart in Salzburg („face to face") durchgeführt. Wünschenswert wäre eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit und Vereinen mit fachspezifischen Angeboten zur Gewaltprävention. Erfahrungsgemäß ist dies eine Ressourcenfrage.

Geschlechtsspezifische Projekte

Ausgehend von der Tatsache, dass physische Gewalt überwiegend ein Phänomen von Männern (für häusliche Gewalt vgl. Godenzi 1989; vgl. Statistik 2008 der autonomen österreichischen Frauenhäuser), insbesondere von jungen Männern ist, wären weitere Projekte zur geschlechtsspezifischen Mädchen- und Jungenarbeit zu fördern. Männliche Identitäten werden nach wie vor eng mit Dominanzstreben, Gewaltbereitschaft und/oder Risikoverhalten assoziiert. Geht man von der Erfahrung aus, dass 1. „für Prozesse der Ausgestaltung geschlechtsbezogener Identitäten die lebensgeschichtliche Phase der Adoleszenz, die Zeit des Übergangs von der Kindheit zum Erwachsensein, eine besondere Bedeutung hat" (King/Flaake 2005, S. 10) und 2. die individuelle Auseinandersetzung mit und Orientierung an gesellschaftlichen Geschlechterbildern „von milieuspezifischen, insbesondere durch die soziale Herkunft und damit verbundenen Generationenbeziehungen geprägten Deutungen von Geschlechterverhältnissen und Vorstellungen von ‚Weiblichkeit' und ‚Männlichkeit' geprägt" wird (ebd., S. 11), sind die vielfältigen Möglichkeiten und Ansätze in der offenen Jugendarbeit weiter zu fördern und auszubauen. Letztlich geht es dabei um die Frage, „ob und wie sich in der Adoleszenz die Möglichkeit entwickeln kann, konventionelle Bedeutungen von Männlichkeit (also auch die Assoziation zu Gewaltbereitschaft; Anm. I.B.) und Weiblichkeit psychisch zu dekonstruieren und auf psychosozialer Ebene zu transformieren" (ebd.). Jugendarbeit ist diesbezüglich in ihren bereits genannten Prinzipien das am besten geeignete Handlungsfeld. Geschlechtsspezifische und transkulturelle Jugendarbeit müssen verschränkt und zu diesem Zweck interdisziplinäres Arbeiten forciert werden.

Zu diesem zentralen Aspekt der gewaltpräventiven Jugendarbeit sind in den letzten Jahren zahlreiche Initiativen entstanden. Exemplarisch seien die seit vielen Jahren erfolgreichen Projekte diverser Frauen- und Mädchenberatungsstellen (exemplarisch Verein EfEU, www.efeu.or.at) sowie die in den letzten Jahren entwickelten Männerberatungsstellen (exemplarisch www.whiteribbon.at, Wien) erwähnt. Die intensive Zusammenarbeit von Projekten aus der Mädchen- und Jungenarbeit ergibt ein Netzwerk von zahlreichen Projektangeboten für die offene Jugendarbeit.

Integrationsmaßnahmen und Konfliktbereitschaft

Integration ist ein gesellschaftlich notwendiger (Münz 2001) wie auch konfliktträchtiger (vgl. Pelinka 2001; Güngör 2009) gesellschaftlicher Prozess, der auf allen gesellschaftlichen Ebenen und für alle Institutionen relevant ist: Politik, Schule, Familie, Jugendarbeit etc. Güngör (2009, S. 24f) verweist darauf, dass „graduelle Integration" durchaus ambivalente Folgen nach sich ziehen kann: Jugendliche aus Zuwandererfamilien haben „ihre Kindheit und schulische Sozialisation größtenteils im Zuzugsland durchlebt. Die Aufnahmegesellschaft ist ihnen mit ihren Gleichheitsprinzipien, Verheißungen und Verlockungen nicht fremd. Andererseits aber werden sie zum Teil stark mit direkten und indirekten Formen der Abgrenzung, Minderbewertung und Diskriminierung konfrontiert. Fügt man die

vergleichsweise schlechteren Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten und somit die zum Teil prekären Zukunftschancen dieser Jugendlichen hinzu, so lässt sich ein erhebliches Frustrationspotenzial konstatieren". Und weiter: „Je höher die partielle Integration, desto höher die Auseinandersetzung mit der Mehrheitsgesellschaft und desto höher auch die Wahrscheinlichkeit der Dissonanz-, Konflikt- und Gewaltzunahme". Vor diesem Hintergrund kann Jugendarbeit in diesem Spannungsfeld wichtige, wenn auch im Sinne gelungener Integrationsleistungen nicht hinreichende Teilaufgaben erfüllen. Insbesondere hinsichtlich personaler Aspekte (Sicherung der Herstellung emotionaler Beziehungen, Sinnstiftung, Selbstverwirklichung) und institutioneller Aspekte (Ausgleich bzw. Vermittlung zwischen individuellen und sozialen Interessen) (vgl. IV.1.) verfügt offene Jugendarbeit in Österreich über vielfältige Erfahrungen. Aus der Vielfalt von Initiativen und Projekten seien exemplarisch Projekte der Koje/Bregenz (www.koje.at) sowie der Mobilen Jugendarbeit Wien (www.mobilejugendarbeit.at) erwähnt. Die Entwicklung und Finanzierung weiterer Projekte in diesem Sektor wäre von zentraler Bedeutung.

Wenn jedoch festgehalten wird, dass graduelle Integrationsleistungen auf diesen beiden Ebenen konfliktträchtig sind, ist die dringende Forderung nach integrationsfördernden Maßnahmen auf sozialstruktureller Ebene zu stellen: Maßnahmen zur Teilhabe am öffentlichen Leben, insbesondere an Bildung, Arbeit und Wohnen im Sinne eines demokratischen Chancenausgleichs.

Literatur

Akzente Salzburg/Salzburger Landesjugendbeirat (Hg.) (2007): Gewalt & Konflikte. IMPULSE. Handbuch für Jugendarbeit, Band 3. Salzburg

Appelt, Erna (Hg.) (2001): Demokratie und das Fremde. Multikulturelle Gesellschaften als demokratische Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Innsbruck/Wien/München

Bieringer, Ingo (2005): Gewaltprävention – Notwendigkeiten und Fallstricke. In: perspektive mediation. Beiträge zur Konfliktkultur 2005/3,. S. 138-141

Budde, Jürgen/Faulstich, Hannelore (2005): Jungen zwischen Männlichkeit und Schule. In: King/Flaake (2005), S. 37-53

Çinar, Dilek/Hakan Gürses/Barbara Herzog-Punzenberger/Karl Reiser/Sabine Strasser (2000): Die notwendige Unmöglichkeit. Identitäsprozesse von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft in Wien. In: Berghold, Josef/Elisabeth Menasse/Klaus Ottomeyer (Hg.): Trennlinien. Imagination des Fremden und Konstruktion des Eigenen. Wien, S. 149-178

Cremer-Schäfer, Helga/Steinert, Heinz (1998): Straflust und Repression. Zur Kritik der populistischen Kriminologie. Münster

Dimmel, Nikolaus/Hagen, Johann J. (2005): Strukturen der Gesellschaft. Familie, soziale Kontrolle, Organisation und Politik. Wien

Eifler, Stefanie (2002): Kriminalsoziologie. Bielefeld

Finger-Trescher, Urte/Trescher, Georg (1992): Aggression und Wachstum. Theorie, Konzepte und Erfahrungen aus der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Mainz

Glasl, Friedrich (2004): Konfliktmanagement. Ein Handbuch für Führungskräfte, Beraterinnen und Berater. Stuttgart

Godenzi, Alberto (1989): Bieder, brutal. Frauen und Männer sprechen über sexuelle Gewalt. Zürich

Güngör, Kenan (2009): Das Janusgesicht der Gewalt. Zwischen Kultur und Struktur im Kontext von Transformation und Integration. In: Jugend und Gewalt. Tagungsdokumentation des ifp. Wien, S. 19-25

Imbusch, Peter (2000): Gewalt – Stochern in unübersichtlichem Gelände. In: Mittelweg 36, 2/2000, S. 24-40

Karstedt, Susanne/Oberwittler, Dietrich (2004): Neue Perspektiven der Kriminalsoziologie. In: Oberwittler/Karstedt (2004), S. 7-33

King, Vera/Flaake, Karin (Hg.) (2005): Männliche Adoleszenz. Sozialisation und Bildungsprozesse zwischen Kindheit und Erwachsensein. Frankfurt a.M./New York

Küchenhoff, Joachim (1999): Selbstzerstörung und Selbstfürsorge. Gießen 1999

Lamnek, Siegfried (1994): Neue Theorien abweichenden Verhaltens. München

Merton, Robert K. (1968): Sozialstruktur und Anomie. In Sack, Fritz/König, Rene (Hg.): Kriminalsoziologie, Frankfurt a.M., S. 283–313

Messner, Steven F./Rosenfeld, Richard (2001): An institutional-anomie theory of crime. In Paternoster, Bachman, (Hg.): Explaining criminals and crime. Los Angeles, S. 151-160

Messner, Steven F. (2004): An Institutional-Anomie Theory of Crime: Continuities and Elaborations in the Study of Social Structure and Anomie. In: Oberwittler/Karstedt (2004.), S. 93-109

Messner, Steven F./Rosenfeld, Richard (2007): Crime and the American Dream. New York (7. Auflage)

Meuser, Michael (2005): Strukturübungen. Peergroups, Risikohandeln und die Aneignung des männlichen Geschlechtshabitus. In: King/Flaake (2005), S. 309-324

Mummendey, Hans Dieter (2000): Psychologie der Selbstschädigung. Göttingen

Münz, Rainer (2001): Migration, Flucht und Vertreibung in Europa. Ein Rückblick auf das 20. Jahrhundert. In: Appelt (2001), S. 24-54

Oberwittler, Dietrich/Karstedt, Susanne (Hg.) (2004): Soziologie der Kriminalität. Wiesbaden

Otto, Franz (2007): Shit Happens – Jugendliche auf Bewährung. Filmdreh statt Vorstrafe: Ein Projektbericht. In: Akzente Salzburg/Salzburger Landesjugendbeirat (2007), S. 50-51

Ottomeyer, Klaus (1992): Ramboismus, Gewalt und Aggression. In: ders.: Prinzip Neugier. Einführung in eine andere Sozialpsychologie. Heidelberg, S. 120-128

Pelinka, Anton (2001): Zu den Fallstricken des Multikulturalismus. Wider die Vereinfachung des ethnischen Kulturbegriffs. In: Appelt (2001), S. 153-166

Schuster, Thomas/Bieringer, Ingo (2007): Ein „Medienhype" über Jugend und Gewalt. Oder: Wie aus Nichts eine Story wird, welche die komplette österreichische Medienlandschaft auf den Plan ruft. Eine Aufarbeitung zur Medienberichterstattung zum Jugendkonflikt Lehen und Taxham. In: Akzente Salzburg/Salzburger Landesjugendbeirat (2007), S.31-33

Schwabe, Mathias (2002): Eskalation und De-Eskalation in Einrichtungen der Jugendhilfe. Konstruktiver Umgang mit Aggression und Gewalt in Arbeitsfeldern der Jugendhilfe. IGfH-Eigenverlag, Frankfurt a.M.

Strohmeier, Dagmar/Spiel, Christiane (2009): Gewalt in der Schule. Vorkommen, Prävention, Intervention. In Specht, Werner (Hg.): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009, Band 2, 269-285. Leykam, Graz

Wieviorka, Michel (2006): Die Gewalt. Hamburg

Wilson, David B./Gottfredson Denise C./Najaka, Stacy S. (2001): School-Based Prevention of Problem Behaviors: A Meta-Analysis. In: Journal of Quantitative Criminology, Vol. 17, No. 3, 2001, S. 247-272

Internetquellen

http://www.aoef.at/start.htm (Statistik 2008 der autonomen österreichischen Frauenhäuser; 29.8.2009)

Zeitungsartikel

Ohnmacht nach Jugendrandalen. In: Salzburger Nachrichten, 9.9.2009

DER AUTOR:

Mag. Dr. **Ingo Bieringer**; geb. 1970, Soziologe, Pädagoge, Mediator, Projektleiter im Friedensbüro Salzburg mit den Arbeitsschwerpunkten Gewaltprävention, Konfliktmanagement, Deeskalation, männliche Identitäten. Leitet seit 15 Jahren Seminare mit Jugendlichen sowie in der Aus- und Weiterbildung von Sozialpädagog/innen und Lehrer/innen. Diverse Publikationen, u.a. „Männlichkeit und Gewalt. Konzepte für die Jungenarbeit" (Opladen 2000); „Konflikte & Gewalt – IMPULSE. Handbuch für Jugendarbeit" (Salzburg 2007); „Gewaltprävention – Notwendigkeiten und Fallstricke" (in: perspektive mediation 2005/3).

5.6 Zählen und Verstehen: Jugenddelinquenz, erfahrungswissenschaftlich betrachtet

Walter Fuchs
Brita Krucsay

1. Einleitung

Jugendkriminalität sorgt in Österreich zunehmend für Schlagzeilen. Auch wenn sich Klagen über die moralische Verkommenheit der jeweils nachwachsenden Generationen als Ausdruck der Sorge um die eigene Vergänglichkeit seit den Anfängen menschheitsgeschichtlicher Überlieferung finden, so handelt es sich bei der großen massenmedialen Beachtung jugendlicher Verfehlungen – die oft als in Menge und Bedrohlichkeit dramatisch zunehmend dargestellt werden – hierzulande um ein relativ neues Phänomen.[57] Lange Zeit fristete dieses Thema ein angesichts steigender Anzeigenraten geradezu verblüffendes Schattendasein innerhalb der tagesaktuellen Aufmerksamkeitsökonomie.[58] Die deutlich positiven Effekte der – wohl zu Recht weltweit als vorbildlich angesehenen – Jugendstrafrechtsreform von 1988, die auf Nicht-Intervention und Konfliktregelung (statt auf ein problematisches Konzept von „Erziehung") setzte,[59] schienen zu einer nachhaltig gelassenen Umgangsweise mit Jugenddelinquenz geführt zu haben.[60] Im Gegensatz zu anderen Ländern bestand in Österreich auch politisch wenig Interesse daran, Jugendliche generell als folk devils[61] darzustellen – als Sündenböcke mussten andere, „fremdere" Teilgruppen der Gesellschaft herhalten. Eine Konsequenz dieses eher jugendfreundlichen gesellschaftlichen Klimas war, dass explizit zu Jugendkriminalität nur wenig empirische Forschung betrieben wurde, die sich ganz überwiegend auf ein Aufbereiten offizieller Kriminalstatistiken beschränkte, die entweder bloß beschrieben oder – zwar „kontraintuitiv", aber sozialwissenschaftlich konsequent – als Kriminalisierungsstatistiken interpretiert wurden. Die

[57] Beispielhaft sei der Vorfall vom August 2009 in Krems genannt, bei dem einer von zwei Jugendlichen, die gemeinsam in eine Supermarktfiliale eingebrochen waren, von der Polizei erschossen wurde. Der tragische Tod eines 14jährigen wurde dabei nicht nur als ein möglicher Fall von Notwehrüberschreitung oder ungerechtfertigtem Waffengebrauch, sondern vor allem auch als Alarmzeichen für eine steigende Jugendkriminalität diskutiert, die ein „Riesenproblem" sei („Heute" vom 7.8.2009). In der „Kronenzeitung" (7.8.2009) war zu lesen, dass wer alt genug zum Einbrechen, auch alt genug zum Sterben sei. Nicht der – erwartbare – Stil, sondern die Zielrichtung dieser Kommentare des Boulevards sind bemerkenswert und ungewöhnlich, da sie sich nicht gegen das bedrohliche Andere („Ostbanden"), sondern gegen die „eigene" Jugend richten (die für Eigentumsdelikte nach geltendem Recht im übrigen nicht den Tod, sondern allenfalls jugendstrafrechtliche Sanktionen zu erwarten hat).

[58] Pilgram 2002.

[59] Vgl. Ries 2005: 80; für einen empirischen Nachweis der Wirksamkeit alternativer jugendkriminalrechtlicher Reaktionsformen vgl. jüngst Hofinger/Neumann 2008: 52 f.

[60] Als Hinweis darauf, dass nicht nur in den Medien sich das gesellschaftliche Klima in Richtung weniger Toleranz gegenüber abweichendem Verhalten junger Menschen entwickelt, kann man die aktuelle Fachdiskussion zur Einführung einer „fürsorgerischen Freiheitsentziehung" für sozial auffällige Minderjährige ansehen. Bei der geschlossenen Unterbringung Jugendlicher handelt es sich um ein – im Hinblick auf Wirksamkeit und verfassungsrechtliche Legitimität – äußerst fragwürdiges Instrument, wie ein Blick nach Deutschland zeigt. Dort können Kinder und Jugendliche im Rahmen der Jugendhilfe in speziellen Einrichtungen freiheitsentziehend untergebracht werden, was von den Betroffenen allerdings zunächst als massiver strafender Eingriff erlebt wird (über dessen tatsächliche Effektivität keine seriösen Studien vorliegen). Siehe dazu Fuchs 2010. Zwangsmaßnahmen (im Rahmen der Jugendwohlfahrt) sind indes umso problematischer, je mehr sie sich gegen eine bloß „gefühlte Delinquenz" richten; vgl. Lienhart 2010.

[61] Cohen 2002.

letzte verstehend-ethnographische Arbeit[62] stammte aus den 1970er Jahren; Dunkelfeldbefragungen, die über die Verbreitung nicht angezeigter Taten und deren Kontexte Anhaltspunkte hätten liefern können, fehlten überhaupt.[63] Diese Forschungslücken konnten – sozusagen fristgerecht zur gegenwärtigen Medienkonjunktur – in jüngster Zeit zumindest teilweise geschlossen werden.

Im Folgenden werden drei ausgewählte Zugänge zum Thema Jugenddelinquenz vorgestellt (administrative Daten, Dunkelfeldforschung, Ethnographie), wobei jeweils auf aktuelle Daten bzw. Studien zurückgegriffen werden kann. Die verschiedenen Herangehensweisen und ihre Ergebnisse sollen dargestellt und kontrastiert werden. Über eine rein deskriptive Bestandsaufnahme zum Forschungsfeld Jugenddelinquenz hinausgehend, zielt der Beitrag auf eine erkenntnistheoretische Reflexion dieser methodisch und konzeptuell unterschiedlichen Ansätze im Hinblick auf die Möglichkeiten und Grenzen ihrer Aussagekraft. Welche Fragestellungen und Antworten werden durch welche Wissensformen ermöglicht? Welcher Begriff von Delinquenz bzw. Kriminalität liegt dabei zugrunde?

2. Zahlenförmiges Wissen über Jugendkriminalität – administrative Daten

Wenn Jugenddelinquenz in den Massenmedien problematisiert wird, geht es meistens um ihr tatsächliches oder vermeintliches Ansteigen. In Verbindung mit spektakulären Phänomenen und Einzelfällen, die weltweit medial verbreitet werden – seien es Jugendunruhen (Paris, Athen), school shootings (Littleton, Winneden), Überfälle im öffentlichen Nahverkehr (München) oder Fälle umstrittenen polizeilichen Waffengebrauchs (Krems) – beruft man sich dabei in der Regel auf die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS). Deren „Prominenz" hat auch mit der mittlerweile professionellen Kommunikationsstrategie der Polizei zu tun, die sich mindestens vierteljährlich mit neuen Zahlen an die Medien wendet. Doch was steckt hinter diesen Zahlen? Die PKS erfasst der Polizei bekannt gewordene Straftaten und Straftäter. Bekannt werden der Polizei Straftaten zum Großteil durch Anzeigen von außen. Die Zählung erfolgt sozusagen an der Schwelle des Kriminaljustizsystems, wo zunächst (von Beobachtern, Opfern, Zeugen etc.) informell definierte Kriminalität in formell definierte Kriminalität übersetzt wird.[64] In besonderen Segmenten von Delinquenz werden Straftaten auch durch polizeiliche Verfolgungstätigkeit aus eigenem Antrieb entdeckt (etwa bei Drogendelikten). In der Statistik werden nur Vorfälle gezählt, die der Polizei hinreichend geklärt erscheinen, um sie der Staatsanwaltschaft mitzuteilen. Wenn diese das Verfahren einstellt (oder das Gericht die beschuldigte Person freispricht), werden die Zahlen nicht mehr im Nachhinein korrigiert. Die PKS bildet also die Aufzeichnungspraxis der Polizei ab, die dazu verpflichtet ist, auch dem schwersten möglichen Tatverdacht nachzugehen und deshalb in der Regel dazu tendiert, auch das schwerere Delikt zu registrieren (also z.B. Mord statt Totschlag). Auf die vielfältigen technischen Zählprobleme soll hier

[62] Tumpel/Edlinger 1975.

[63] Fuchs 2007; eine Ausnahme stellen die (allerdings auch nicht mehr gerade aktuellen) Arbeiten von Karazman-Morawetz/Steinert (1994, 1995) und Zilian (1998) dar, die beide das – in den 1990er Jahren stark problematisierte – Phänomen des Rechtsextremismus behandeln. In ersteren Studien werden unabhängig davon auch die aktiven und passiven Gewalterfahrungen Jugendlicher untersucht. Diese Erfahrungen wurden mit denen Erwachsener verglichen. Im Generationenvergleich zeigte sich eine Abnahme erlittener körperlicher Züchtigungen als Erziehungsmaßnahmen, jedoch keine Zunahme der von Jugendlichen ausgeübten Gewalt.

[64] Vgl. Hess/Scheerer 1997.

nicht näher eingegangen werden.[65] Sozialwissenschaftlich gesehen bildet die PKS inhaltlich in erster Line das Anzeigeverhalten der Bevölkerung ab, also deren Nachfrage, bestimmte Ereignisse als Kriminalität zu rahmen. Diese Nachfrage hat mit „objektiven" Gefahren allerdings nur sehr bedingt etwas tun. Angezeigt wird beispielsweise oft allein deshalb, um Ersatz von der Versicherung zu erhalten oder um den Regeln bestimmter Institutionen (z.B. Schulen), die eine Anzeigenverpflichtung vorsehen, Genüge zu tun. Aber auch Kontrollaktivitäten der Polizei beeinflussen die Statistik. Das Entdecken und Registrieren von Straftaten, die ansonsten unbekannt geblieben wären, macht die Welt freilich nicht gefährlicher. Somit sind polizeiliche Kriminalstatistiken per se kein „Sicherheitsbarometer". Sie sind auch nicht – wegen des „Dunkelfeldes" unangezeigter Delikte – lückenhaft, sondern geben „durchaus ‚vollständige' Wirklichkeiten wieder, Bilder der gesellschaftlich stattfindenden Kriminalisierungen und der durch sie geschaffenen sozialen Realitäten. Was Kriminalstatistiken ausdrücken, ist eine bestimmte soziale Umgangsform und Organisationsform von gesellschaftlichen Problemen".[66] In der PKS spiegelt sich also das wider, was in der Kriminologie als culture of control bezeichnet wird – das gesellschaftliche Arrangement von Praktiken und Diskursen, die auf Kriminalitätskontrolle gerichtet sind.[67]

Ähnliches gilt für die gerichtliche Kriminalstatistik, die verurteilte Personen zählt und von der Statistik Austria auf der Grundlage von Strafregisterauszügen erstellt wird. Obwohl sie als einzige verfassungsrechtlich definitiv legitime, rechtskräftige Kriminalisierungen zählt (schließlich dürfen nur StrafrichterInnen rechtsverbindlich das Etikett „kriminell" vergeben), stellt sie keinen Indikator tatsächlich begangener Kriminalität dar. In ihr kommt die gerichtliche Spruch- und Strafenpraxis zum Ausdruck, die durch (im Bundesländervergleich) lokal variierende Sanktionierungsstile mitgeprägt ist und neben der polizeilichen Tätigkeit auch – vor allem nach dem Inkrafttreten der neuen Strafprozessordnung im Jahr 2008 – ganz wesentlich vom Handeln der Staatsanwaltschaft determiniert wird. Die gerichtliche Kriminalstatistik bildet somit stets nicht nur die jeweilige Kontroll-, sondern in einem spezifischeren Sinne auch eine bestimmte institutionelle Rechtskultur (legal culture)[68] ab. Neben der polizeilichen und der gerichtlichen Kriminalstatistik gibt es noch die Wiederverurteilungsstatistik und – weitgehend nur als „graue Literatur" – weitere Rechtspflegestatistiken (Strafvollzug, Staatsanwaltschaft). Keine wirklichen Kriminalstatistiken stellen Versicherungsstatistiken dar. Sie können jedoch taugliche Hinweise auf die Häufigkeit tatsächlich vorkommender kriminalisierbarer Schadensfälle geben und so die Aussagekraft kriminalstatistischer Daten validieren.[69]

Welches Bild von der österreichischen Jugend lässt sich nun konkret mit Kriminalstatistiken zeichnen? Abbildung 1 zeigt, dass die polizeilich registrierte Jugendkriminalität seit ihrem historischen Tiefstand im Jahr 1988 (dem Jahr der Jugendgerichtsreform, die das Alter der vollen Strafmündigkeit auf 19 Jahre erhöhte) stets angestiegen ist. Jugendliche Straftäter/innen machen mittlerweile deutlich mehr als ein Zehntel aller angezeigten Straftäter aus.

[65] Siehe dazu speziell für Österreich etwa Hofinger/Pilgram 2008.

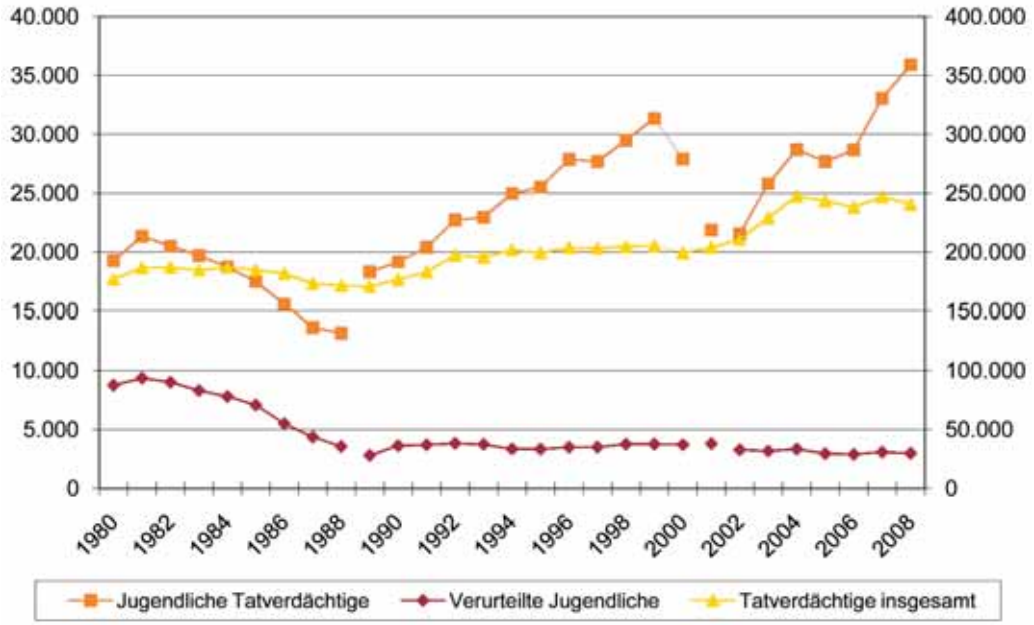
[66] Pilgram 1980: 37 f.

[67] Vgl. Garland 2001; Kreissl/Ostermeier 2007.

[68] Zum Begriff der legal culture (und seinen Schwierigkeiten) vgl. Nelken 2006; Cotterrell 2006: 81 ff.

[69] Vgl. Baier et al. 2009: 92; Pilgram 2002.

Abbildung 1: Angezeigte und verurteilte Jugendliche (Skalierung links) **im Vergleich mit allen angezeigten Tatverdächtigen** (Skalierung rechts)

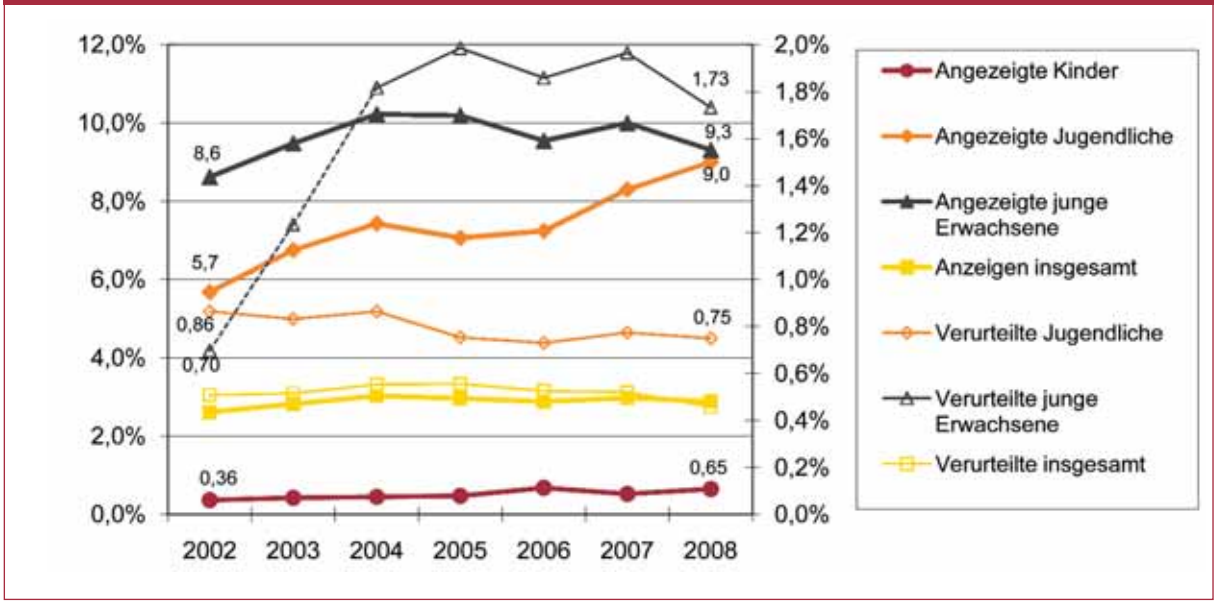


Quellen: Kriminalitätsberichte des Bundesministeriums für Inneres, Statistik Austria

Die Zeitreihenbrüche haben rechtliche Gründe. Mitte 2001 wurde der Anwendungsbereich des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) wieder auf Unter-18jährige beschränkt. Somit gibt es erst ab 2002 wieder direkt vergleichbare Zahlen. Dem Boom bei den Anzeigen korrespondiert keineswegs eine entsprechende Verurteilungspraxis. Nicht zuletzt durch die vielfältigen Möglichkeiten des JGG, schon auf staatsanwaltschaftlicher Ebene nicht mit Strafe, sondern mit Nicht-Intervention oder sozialkonstruktiven Maßnahmen (z.B. gemeinnützige Leistungen, außergerichtlicher Tatausgleich) zu reagieren,[70] beantworten die Gerichte den steigenden Bedarf, problematisch wahrgenommene Vorfälle mit oder unter Jugendlichen anzuzeigen, nicht einfach mit zunehmender Kriminalisierung. Das lässt sich noch genauer Abbildung 2 entnehmen. Die Zahl der Verurteilungen ist seit 2002 sogar rückläufig. Kamen im Jahr 2002 auf eine Verurteilung etwa sechs Anzeigen, so waren es 2008 über zehn. Bei den jungen Erwachsenen stagnieren die Anzeigen hingegen. Diese Kategorie der 19- bis 21jährigen, deren junges Alter bei der Strafbemessung berücksichtigt wird, wurde erst Mitte 2001 eingeführt. Der Eindruck eines dramatischen Ansteigens der Verurteilungen bis 2004 muss jedenfalls unter Berücksichtigung zweier Faktoren interpretiert werden: zum einen richten sich Verurteilungen nach dem Tatzeitpunkt; die entsprechenden Verfahren ziehen sich jedoch über einen gewissen Zeitraum bis zum Verurteilungsdatum, das schließlich in die Statistik eingeht. Zum anderen braucht es gerade in einem komplexen System wie der Justiz Zeit, bis neue rechtliche Kategorien auch in die Erfassungs- und Dokumentationspraxis Eingang finden. Im Vergleich zu vergangenen Jahren werden Kinder (Unter-14jährige) deutlich öfter angezeigt – allerdings auf einem immer noch sehr niedrigen Niveau.

[70] Detaillierte Zahlen zur staatsanwaltschaftlichen Sanktionierungspraxis und vielfältige weitere Befunde aus offiziellen Kriminalstatistiken finden sich bei Bruckmüller et al. (2010).

Abbildung 2: Anzeigen (Skalierung links) **und Verurteilungen** (Skalierung rechts) **Jugendlicher, pro 100 der jeweiligen Altersgruppe**

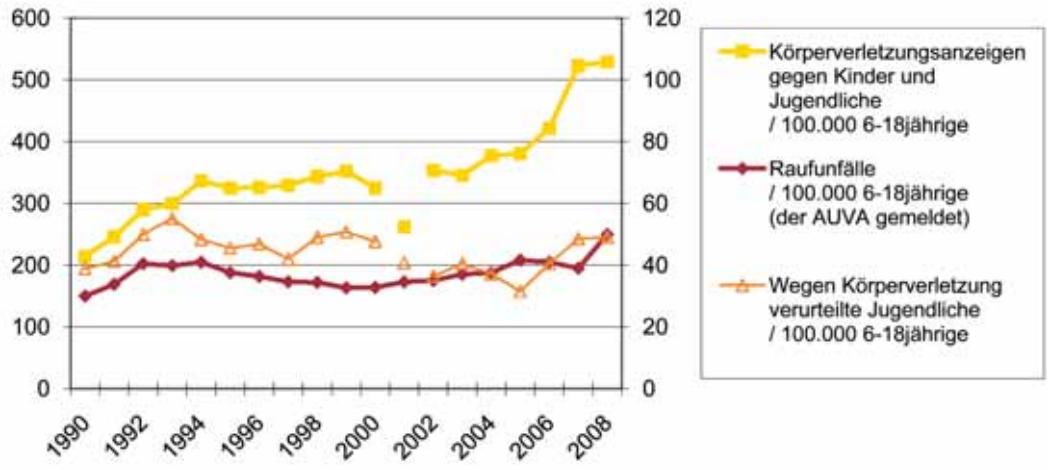


Quellen: Kriminalitätsberichte des Bundeministeriums für Inneres, Statistik Austria

Die gestiegenen Anzeigen bedeuten nicht, dass „die Jugend" immer „krimineller" wird. In Bezug auf Eigentumsdelinquenz (gerade Ladendiebstahl ist, wie man aus zahlreichen kriminologischen Untersuchungen weiß, ein massenhaft vorkommendes jugendtypisches „Ausprobierdelikt") hat die Zunahme der polizeilich registrierten Kriminalität sehr wahrscheinlich auch mit verstärkten technischen Überwachungsmaßnahmen zu tun. Was die – im Zusammenhang mit Jugendlichen häufig problematisierten – Gewaltdelikte betrifft, können vermehrte Anzeigen damit zusammenhängen, dass die Sensibilität gegenüber als Gewalt wahrgenommenen und bewerteten Vorfällen zugenommen und die entsprechende gesellschaftliche Toleranzschwelle – oder aber auch die Bereitschaft und Fähigkeit, Konflikte zu regeln, ohne staatliche Instanzen hinzuzuziehen – abgenommen hat. Dafür spricht auch ein Vergleich der Anzeigenentwicklung mit den Zahlen der der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) gemeldeten Schülerunfälle mit der Ursache „Balgerei, Rauferei". Wenn man annimmt, dass diese einen brauchbaren Indikator für aggressive Handlungen Jugendlicher abgeben, so lässt sich mit aller Vorsicht schließen, dass der Anzeigentrend nicht mit einem entsprechend „realen" Boom von Gewalthandlungen zu tun hat, sondern einem veränderten Anzeigeverhalten geschuldet ist (siehe Abbildung 3).[71]

[71] Aus dem deutlichen Anstieg der gemeldeten Raufunfälle im Jahr 2008 kann noch kein Trend abgeleitet werden. Von 2007 bis 2008 ist die Zahl der insgesamt gemeldeten Schülerunfälle (mit anderen Ursachen als Balgereien oder Raufereien) außerdem ebenfalls deutlich größer geworden (2007: 53.466; 2008: 63.446). Indes bilden auch Unfallstatistiken tatsächlich geschehenes Verhalten nicht einfach eins zu eins ab, sondern hängen mit der Meldefreudigkeit zusammen, in der wiederum ein Bedarf an Absicherung zum Ausdruck kommt.

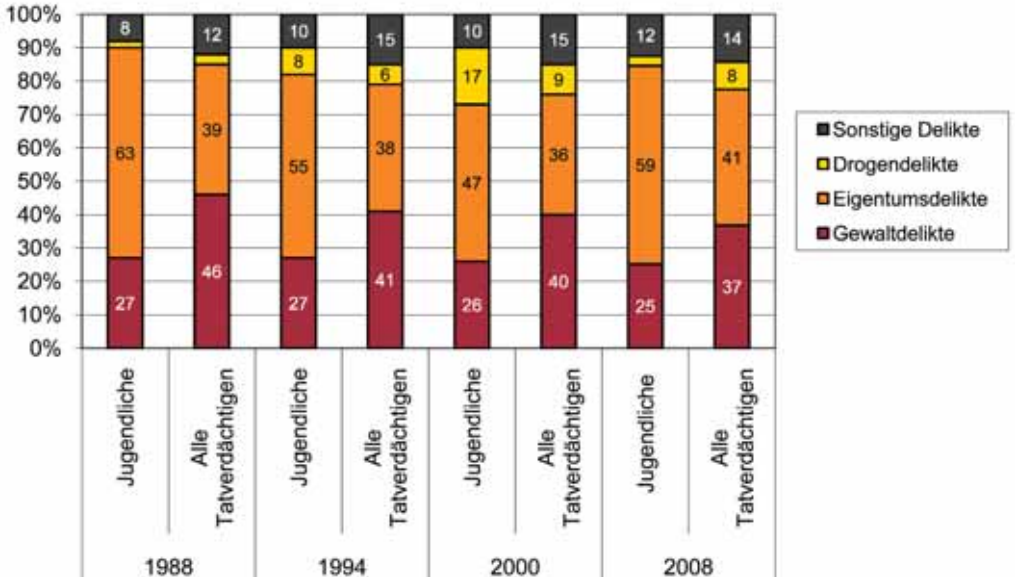
Abbildung 3: Körperverletzungsanzeigen gegen Jugendliche (§§ 83, 84 StGB) und Raufunfälle (Skalierung links) **sowie wegen Körperverletzung (§§ 83, 84 StGB) verurteilte Jugendliche** (Skalierung rechts)**, pro 100.000 der 6- bis 18jährigen**



Quellen: Kriminalitätsberichte des Bundeministeriums für Inneres, Statistik Austria, AUVA

Obwohl die angezeigten Gewaltdelikte Jugendlicher zunehmen, bleibt deren Anteil an allen ihren registrierten Straftaten relativ konstant (siehe Abbildung 4). Auch das spricht gegen die Annahme, die Jugend werde gewalttätiger. Der Anteil der Gewaltdelikte ist außerdem niedriger als bei den Erwachsenen, obwohl sich die Unterschiede seit 1988 etwas verringert haben. Der hohe Anteil an Drogendelikten im Jahr 2000 hängt schließlich mit einer starken polizeilichen Verfolgung des Drogenhandels auf der Straße zusammen, der zu dieser Zeit in Wien vielfach von sich als jugendlich ausgebenden Afrikaner/innen ohne Dokumente betrieben wurde.

Abbildung 4: Anteile unterschiedlicher Deliktsarten an der angezeigten Kriminalität



Quelle: Kriminalitätsberichte des Bundeministeriums für Inneres

3. Zahlenförmiges Wissen über Jugendkriminalität – Umfragedaten

Aus den bisher präsentierten Befunden lassen sich Häufigkeiten und Trends formell definierter Jugendkriminalität, wie sie von den Instanzen des Kriminaljustizsystems verarbeitet – und damit in gewissem Sinne erst „produziert" – wird, ablesen. Über das Dunkelfeld der nicht angezeigten Straftaten und deren sozialen Kontext sagen diese Daten allerdings nichts aus – schließlich werden sie zunächst von den Kontrollinstanzen für deren eigene, und nicht für wissenschaftliche Zwecke hergestellt. Dunkelfeldstudien (Self-Report-Studien oder Victimization Surveys) versuchen dagegen, mit Mitteln der Umfrageforschung herauszufinden, ob und wie häufig befragte Jugendliche Delikte begangen haben oder Opfer von Delikten geworden sind. Zusätzlich abgefragte Informationen sollen helfen, Theorien über Entstehungsbedingungen und Zusammenhänge delinquenten Handelns zu testen. Die so gewonnenen Auskünfte über Kriminalität spiegeln freilich nicht unbedingt tatsächlich Begangenes oder Erlebtes, sondern das Reportverhalten der Befragten wider, das durch soziale Erwünschtheit (Scham, aber auch Angeberei), das Vertrauen in die Fragenden und die Methodik der Abfrage erheblich beeinflusst wird. Auch erkenntnistheoretisch handelt es sich um ein völlig anderes Kriminalitätswissen als das vom Strafverfolgungsapparat hervorgebrachte. Fragen nach bestimmten Verhaltensweisen in Fragebögen für Jugendliche sind nicht in der Sprache des Rechts gefasst. Es geht um Delinquenz, um informell definierte Kriminalität. Darunter können auch Verhaltensweisen fallen, die gar nicht verboten sind, jedoch von den Forscher/innen oder ihren Auftraggeber/innen als problematisch, riskant oder jedenfalls relevant eingestuft werden wie z.B. Schulschwänzen oder der Konsum von Alkohol. Insofern kann man von wissenschaftlichen Kriminalisierungen (auf statistischer Aggregatebene) sprechen. Um den Unterschied zwischen administrative Daten und Daten der Dunkelfeldforschung zu verdeutlichen, zeigt Abbildung 5 die hier behandelten unterschiedlichen zahlenförmigen Wissensformen über Jugendkriminalität samt deren Aussagekraft noch einmal im Überblick.

Abbildung 5: Zahlenförmiges Wissen über Jugendkriminalität im Vergleich

	Wer zählt (in Österreich)?	**Was wird gezählt?**	**Was bedeuten die Zahlen sozialwissenschaftlich gesehen?**	**Erkenntnis-theoretisches Kriminalitätskonzept**
Polizeiliche Kriminal-statistik	Polizei	Mutmaßliche *Straftaten* bzw. ermittelte *Tat-verdächtige*	*Überwiegend:* Anzeige-bereitschaft, gesellschaftliche Nachfrage nach Kriminalisierung; *aber auch*: polizeiliche Registrierungspraxis, polizeiliche Verfolgungstätigkeit, *culture of control*	*Anzeigende*: informell definierte Kriminalität *Polizei*: formell definierte Kriminalität (noch nicht verbindlich)
Gerichtliche Kriminal-statistik	Strafregisteramt, Statistik Austria	Verurteilte *Straftäter-Innen*	Kriminalisierungen mit gravierenden Rechtsfolgen; richterliche Spruchpraxis; gesellschaftlicher Bedarf an Normverdeutlichung, *legal culture*, *culture of control*	formell definierte Kriminalität; verfassungsrechtlich legitime und rechtsverbindliche Kriminalisierung
Unfall-versicherungs-statistik	Allgemeine Unfallver-sicherungs-anstalt (AUVA)	Anerkannte Schülerunfälle, Ursache: Balgerei, Rauferei	Ärztlich behandelte Verletzungen durch Gewalt unter Jugendlichen im schulischen Kontext; Behandlungs- und Absicherungsbedarf	Keine Kriminalität, sondern Schadensfälle; aber: Indikator für (formell oder informell definierte) Gewaltkriminalität
Dunkelfeld-daten	Wissenschaftler/innen	Selbst berichtete Täter- oder Opfererfah-rungen befragter Jugendlicher	Reportverhalten der Befragten (≠ tatsächliches Verhalten!); beeinflusst durch: Erinnerung, Verständnis der Fragen, soziale Erwünschtheit (Scham, Angeberei), Setting der Befragung, Miss- bzw. Vertrauen gegenüber Fragenden	informell definierte Kriminalität („Delinquenz"); „wissenschaftliche Kriminalisierung" auf der Basis von Selbstzuschreibungen

In Österreich wurde im Rahmen einer international vergleichenden Dunkelfeldstudie[72] Ende 2005/Anfang 2006 erstmals eine Umfrage unter Schüler/innen der 7., 8. und 9. Schulstufen durchgeführt, die nach selbst begangener Delinquenz, jugendspezifischem Problemverhalten und Opfererfahrungen fragte. Nach der methodischen Vorgabe eines „City-Sampling" durch die internationalen Studienkoordinator/innen wurden insgesamt 3009 Jugendliche in Wien, Graz und fünf weiteren vorab ausgewählten Kleinstädten (Wr. Neustadt, Steyr, Villach, Hallein, Dornbirn) befragt.[73] Die Schulleiter/innen mussten der (für die Schüler/innen selbstverständlich freiwilligen und anonymen) Befragung zustimmen. Die Stichprobe der ISRD 2-Studie ist somit streng genommen nicht für die gesamte österreichische Jugend repräsentativ.

[72] Das war die zweite International Self Report Delinquency Study (ISRD 2); siehe Junger-Tas et al. 2009.

[73] Die Befragung wurde in 125 Schulklassen an 45 Schulen durchgeführt. 62 Fragebögen wurden mangelhaft oder nicht ernsthaft ausgefüllt und konnten daher nicht in die Auswertung aufgenommen werden (N=2497).

Im theoretischen Rahmen der aus den USA stammenden Kontrolltheorien (Kontrolltheorie nach Hirschi sowie Selbstkontrolltheorie nach Gottfredson/Hirschi)[74] wurde untersucht, wie diese Kriminalitätserfahrungen mit sozialen, familiären und schulspezifischen Variablen zusammenhängen.[75] Zumindest die Selbstkontrolltheorie, die ihrem Selbstverständnis nach beansprucht, eine Kriminalität vollständig erklärende general theory zu sein, ist in der Kriminologie freilich sehr umstritten.[76]

Abbildung 6 zeigt exemplarisch einige Resultate der Schüler/innenbefragung.[77] Um die Art des in solchen Studien erzeugten Wissens kompakt zu illustrieren, wurden mit den Daten eigens für diesen Beitrag multivariate (binär-logistische) Regressionsmodelle für Gewaltdelinquenz berechnet. Das erste Modell zeigt, welche Einflussgrößen die Wahrscheinlichkeit (um welchen Faktor) erhöhen oder senken, dass eine befragte Person angibt, jemals in ihrem Leben eine Körperverletzung begangen oder an Gruppenschlägereien teilgenommen zu haben („Lebenszeitprävalenz"[78]). Insgesamt trifft dies auf gut ein Drittel zu. Männliche Jugendliche berichten solche Verhaltensweisen signifikant häufiger, ebenso Schüler/innen, die nicht die AHS besuchen und die die (aufgrund der Fragebogenantworten zugeschriebenen) „Persönlichkeitsmerkmale" einer bejahenden Gewalteinstellung und einer niedrigeren Selbstkontrolle[79] aufweisen.

[74] Hirschi 1969; Gottfredson/Hirschi 1990.

[75] Stangl et al 2006.

[76] Siehe z.B. Kunz 2008a: 131 ff. Ihr wird vorgeworfen, dass sie – als typische „Defizittheorie" – Kriminalität als problematische Eigenschaft von Menschen begreift, die sie zirkulär argumentierend wiederum auf ein Persönlichkeitsmerkmal, nämlich die mangelhaft entwickelte Selbstkontrolle (und damit einhergehende Risikofreudigkeit, Impulsivität, Gefühlsarmut und Neigung zu schneller Bedürfnisbefriedigung), die sich schon im frühen Kindesalter herausbilde, zurückführt. Die ältere Kontrolltheorie, die nicht auf psychologische Charakterzüge, sondern auf eher äußere protektive Faktoren sozialer Einbindung (wie z.B. elterliche Supervision) abstellt, muss hingegen dem Einwand ins Auge sehen, wenig erklärende Trivialitäten zu produzieren: Jugendliche, die abends zuhause bei den Eltern sitzen, prügeln sich weniger mit Gleichaltrigen. Überraschend? Beide Kontrolltheorien implizieren indessen ein eher konservatives Gesellschaftsbild, indem sie der intakten bürgerlichen Kleinfamilie eine überragende kriminalpräventive Rolle zuweisen.

[77] Aufgrund der verwendeten Methode des „City-Sampling" sind Jugendliche aus dem ländlichen Raum jedenfalls unterrepräsentiert; die in Tabelle 2 wiedergegebenen lokalen Unterschiede können nur sehr eingeschränkt sinnvoll interpretiert werden.

[78] Prävalenz bedeutet in der Kriminologie die Tatsache, dass eine Verhaltensweise innerhalb eines bestimmten Zeitraums (mindestens einmal) vorkommt bzw. berichtet wird. Prävalenzvariablen sind daher immer binär. In der Inzidenz kommt hingegen zum Ausdruck, wie oft diese Handlungen nach Auskunft der Befragten geschehen sind. Inzidenzen sind Zählvariablen. Um Häufigkeiten zu erhalten, werden Prävalenzen und Inzidenzen durch die Anzahl aller befragten Personen geteilt (vgl. Tabelle 3). Die Begriffsverwendung der kriminologischen Dunkelfeldforschung weicht von der der Epidemiologie ab. Die Nähe zur medizinischen Terminologie ist dennoch bezeichnend.

[79] Selbstkontrolle wurde mit einer von Grasmick et al. (1993) entwickelten Skala gemessen.

Abbildung 6: Binär-logistische Regressionsmodelle für Gewaltdelinquenz (Daten der ISRD 2-Studie); fett: signifikante Odds-Ratio-Werte (+p<0,1; *p<0,05; **p<0,01)

	Jemals Körperverletzung begangen und/oder an Gruppenschlägerei beteiligt gewesen (N = 1907)		**Körperverletzung in den letzten 12 Monaten begangen (N=1907)**	
	Regressions koeffizient B	Exp(B)***	Regressions koeffizient B	Exp(B)***
Geschlecht: männlich	1,12	**3,08****	1,28	**3,58****
Alter	-0,08	0,92	0,14	1,15
Region (Referenz: Wien)				
Graz	-0,34	**0,71***	1,10	**2,99***
Kleinstadt	-0,28	**0,76**$^{+}$	-0,14	0,87
Schultyp (Referenz: AHS)				
Hauptschule	0,59	**1,81****	0,92	**2,52**$^{+}$
Polytechnikum	0,57	**1,76***	-0,36	0,70
BMS	0,61	**1,85****	0,09	1,09
BHS	0,50	**1,64***	-0,45	0,64
Migrationshintergrund (Referenz: gesamte Familie in Österreich geboren)				
selbst im Ausland geboren	-0,39	**0,68**$^{+}$	-0,01	0,99
beide Eltern im Ausland geboren	0,71	**2,04****	0,27	1,31
ein Elternteil im Ausland geboren	-0,22	0,80	0,35	1,42
Gewalteinstellung: bejahend	0,57	**1,78****	0,67	1,96
Selbstkontrolle: niedrig	0,41	**1,51***	1,42	**4,13****
Abends ausgehen: dreimal pro Woche oder öfter	0,46	**1,58****	0,47	1,59
Alkohol: jemals konsumiert	0,73	**2,07****	0,69	1,99
Illegale Drogen: jemals konsumiert	1,09	**2,99****	0,84	**2,32**$^{+}$
Leistung in der Schule: unterdurchschnittlich	0,41	**1,51**$^{+}$	0,97	**2,63**$^{+}$
Schulschwänzen: mehr als dreimal im letzten Jahr	0,07	1,07	-0,37	0,69
Mindestens eine/n Freund/in, die/der Körperverletzung begangen hat	1,01	**2,74****	1,68	**5,35****
Jemals Opfer einer Körperverletzung geworden	0,86	**2,36****	1,79	**5,99****
Wiederholt Streit oder Gewalt zwischen Eltern	0,15	1,16	0,15	1,16
Trennung/Scheidung der Eltern	0,05	1,05	0,48	1,61
Emotionale Bindung an Familie: hoch	-0,28	**0,75***	0,36	1,44
Kontrolle durch die Familie: hoch	-0,42	**0,66****	-0,11	0,89
Konstante	-2,44	0,23	-10,75	0,00
Erklärte Varianz (Nagelkerkes R^2)	35,7 %		40,8 %	

*** Exp(B) = Effektkoeffizient

Dasselbe gilt für Befragte, die angeben, öfter abends auszugehen, Alkohol oder illegale Drogen zu konsumieren, unterdurchschnittliche Leistungen in der Schule aufzuweisen, Freunde zu haben, die Körperverletzungen begangen haben oder selbst Opfer von Körperverletzungen geworden zu sein. Wer hingegen eine hohe emotionale Bindung an seine Familie und auch eine starke Kontrolle durch diese berichtet, gibt auch weniger oft an, an Gruppenschlägereien teilgenommen oder Körperverletzungen begangen zu haben. Ambivalent ist der auf diese Weise konstruierte Einfluss des Migrationshintergrundes: selbst im Ausland geborene Jugendliche berichten die inkriminierten Verhaltensweisen seltener; die, deren Eltern beide im Ausland geboren sind, öfter. Dass Jugendliche aus Zuwandererfamilien (die in Österreich am öftesten aus der Türkei oder den Ländern des ehemaligen Jugoslawien kommen) häufiger mit gewalttätigen Verhaltensweisen kokettieren, passt zu den Befunden einer aktuellen deutschen Studie.[80] Bei der Interpretation dieses Ergebnisses muss jedoch berücksichtigt werden, dass im zugrundeliegenden Modell (abgesehen von der Schulform) die soziale Schicht der Befragten nicht statistisch kontrolliert wird, sodass Aussagen über eine durch ethnische Herkunft bedingte gewaltaffine „Machokultur" nicht zulässig sind. Die im Vergleich zum ersten Modell sowohl zeitlich als auch inhaltlich engere und weniger „harmlose" abhängige Variable des zweiten Modells ist selbst berichtete Körperverletzung, die in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung begangen wurde. Hier geben nur mehr 2 % der Jugendlichen an, eine entsprechende Verhaltensweise gesetzt zu haben. Der Einfluss des Migrationshintergrundes verschwindet vollkommen (so wie auch bei den – hier nicht wiedergegebenen – Modellen für Eigentumsdelinquenz). Insgesamt werden weniger Variablen signifikant, allerdings mit größeren Effekten. Die Assoziation mit delinquenten Freund/innen und eigene Opfererfahrungen weisen starke Zusammenhänge auf.

In Abbildung 7 wird nun der Versuch unternommen für einen Zeitpunkt – nämlich den, auf den sich die Schüler/innenbefragung der bisher einzigen österreichischen Dunkelfeldstudie bezieht – Häufigkeitswerte von Verhaltensweisen, die entweder juristisch oder wissenschaftlich als „Körperverletzung" gerahmt werden, gegenüberzustellen. Dieses Vorgehen ist nicht unproblematisch, da suggeriert wird, dass erkenntnistheoretisch gesehen disparate Gegenstände, Datenquellen und Wissensformen in einem quantitativen Verhältnis einfach aufeinander beziehbar seien. Wenn man – sich über diese Einwände hinwegsetzend – die Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik (2005) mit denen der ISRD 2-Studie (12-Monats-Inzidenz) vergleicht, so kommen auf eine angezeigte Körperverletzung etwa vier selbst berichtete entsprechende Verhaltensweisen. Daraus ergäbe sich eine Anzeigenquote von ungefähr 25 %. Dies steht in etwa im Einklang mit Ergebnissen der deutschen Dunkelfeldforschung.[81]

[80] Baier et al. 2009; die Unterschiede zur „autochthonen" Jugend dürfen im Hinblick auf tatsächlich ausgeübte Gewalthandlungen freilich nicht überbewertet werden. Es ist nicht auszuschließen, dass sich die in der deutschen Studie konstatierte höhere Akzeptanz sogenannter „Gewalt legitimierender Männlichkeitsnormen" durch Jugendliche mit Migrationshintergrund (die zum Teil mit eher suggestiven Items abgefragt wird), auch auf die Bereitschaft auswirkt, entsprechende Delikte zu berichten. Indes dürfte freilich wohl auch für Österreich der deutsche Befund zutreffen, wonach migrantische Jugendliche stärkeren Belastungsfaktoren ausgesetzt sind als ihre einheimischen Altersgenossen (s.u.; vgl. auch den jüngst erschienenen Integrationsmonitor der Stadt Wien, demzufolge Menschen mit Migrationshintergrund in fast allen Lebensbereichen – und vor allem auf den Gebieten Bildung und Beschäftigung – deutlich schlechtere Chancen als die alteingesessene Bevölkerung aufweisen; Manolakos et al. 2010).

[81] Baier et al. 2009: 42; vgl. Fuchs 2007: 10.

Abbildung 7: Unterschiedliche Zählungen von Körperverletzungsdelikten Jugendlicher (bezogen auf das Jahr 2005)

	Zeitraum	Erfasste Altersgruppe	Definition bzw. Operationalisierung	Häufigkeit pro 100 der Altersgruppe
Polizeiliche Kriminalstatistik	2005	14 bis <18jährige	§§ 83, 84 StGB: „Wer einen anderen am Körper verletzt oder an der Gesundheit schädigt,..."	1,0 *(Angezeigte Vorfälle, „Inzidenz")*
Gerichtliche Kriminalstatistik	2005	14 bis <18jährige	§§ 83, 84 StGB: „Wer einen anderen am Körper verletzt oder an der Gesundheit schädigt,..."	0,1 *(Verurteilte, „Prävalenz")*
Unfallversicherungsstatistik	2005	SchülerInnen	Von der AUVA anerkannte Schülerunfälle; „Ursache: Balgerei, Rauferei"	0,2 *(Gemeldete Vorfälle, „Inzidenz")*
ISRD 2-Studie	12 Monate vor Befragung (Dez. 05 bis März 06)	7., 8. und 9. Schulstufe	„Hast Du...jemanden derart geschlagen oder mit einer Schlagwaffe oder einem Messer derart wehgetan, dass er/die zu einem Arzt musste?"	*12-Monats-Prävalenz*: 2,0 *12-Monats-Inzidenz*: 3,9 *Lebenszeit-Prävalenz*: 4,1

4. Jugendkriminalität verstehen? Eine ethnografisch-kulturanalytische Annäherung

Politisch, medial und auch wissenschaftlich wird Jugendkriminalität (wie auch bislang im vorliegenden Beitrag) primär mittels administrativer Daten sozialer Kontrollinstanzen, mitunter auch mittels breit angelegter Fragebogenuntersuchungen, verhandelt. Was durch diese „Brille" weitgehend ausgeblendet wird, ist ein genuin sozialwissenschaftliches Sinnverstehen[82] der Perspektive jener Jugendlichen, deren Handlungen als gesellschaftlich unerwünscht, verboten, „kriminell" klassifiziert werden können. Eine solche Rekonstruktion der subjektiven, den jeweiligen Handlungen zugrunde liegenden Sinnsetzungen würde wiederum auch das Rekonstruieren, Explizitmachen und damit Hinterfragen jenes (scheinbar natürlich gegebenen) kulturellen Kontextes, in den diese eingebettet sind, beinhalten.

Eine solche Herangehensweise verfolgt die ethnografische Studie „Jugend, Devianz, Exklusion. Ein Projekt zur Politischen Bildung junger Außenseiter/innen"[83], deren Zielgruppe

[82] Weber 1964: 3; Reckwitz, zit. in Kunz 2008: 73.

[83] Diese Studie geht der Frage nach, wie Jugendliche, die aus dem einen oder anderen Grund von vorgegebenen gesellschaftlichen „Idealen" abweichen und in der Schule und mitunter auch in anderen Teilbereichen der Gesellschaft als „Außenseiter/innen" wahrgenommen werden, die Institution Schule erleben, und welche Möglichkeiten einer Mitgestaltung und Mitbestimmung sie vorfinden. Im Rahmen eines explorativen ethnographischen Vorgehens galt es Lebenswelten/ Lebenswirklichkeiten solcher jugendlichen Außenseiter/innen unter den oben genannten thematischen Aspekten im Rahmen von qualitativen Interviews, Gruppendiskussionen und teilnehmender Beobachtung in den entsprechenden sozialen Zusammenhängen zu rekonstruieren. Die Kontakte mit den etwa zwanzig 12–18jährigen Jugendlichen (teils Schüler/innen, teils Schulabbrecher/innen, wenige mit einer abgeschlossenen Ausbildung) wurden zunächst durch Multiplikator/innen unterschiedlicher Einrichtungen vermittelt und erfolgten in weiterer Folge in den Räumlichkeiten einer Suchtberatungseinrichtung, eines Jugendzentrums und im öffentlichen Raum (Parks, Fußballkäfige etc.).

schulpflichtige Jugendliche, die sich im öffentlichen Raum aufhalten und gleichsam als „Problemfälle" gelten, weil sie gemeinhin als deviant, delinquent oder als „kriminell" wahrgenommen werden, waren.

Anhand einiger Ergebnisse soll im Folgenden der Versuch einer Annäherung an das Themenfeld Jugendkriminalität in Form einer phänomenologischen Skizze unternommen werden. Unter Einbeziehung der relevanten Kontexte – Lebenswelten und -wirklichkeiten der Akteure/innen – fragen wir nach den Bedeutungen und Funktionen von „Kriminalität" bzw. der häufig synonym verwendeten „Gewalt" aus der Perspektive jener Jugendlichen, über die so viel geredet wird und die selbst doch so selten zu Wort kommen.

Diese sind zum Großteil männlich, stammen durchwegs aus (Hilfsarbeiter)milieus mit Migrationshintergrund und leben in Wiener Arbeiterbezirken. Sie besuchen – mehr oder weniger regelmäßig – die Hauptschule, einzelne haben eine Lehrstelle, die meisten sind beschäftigungslos, fallweise ergattern sie Gelegenheits- bzw. Aushilfsjobs. Das hat mindestens zwei in diesem Kontext unmittelbar relevante Konsequenzen: Zum einen haben sie viel Freizeit, die sie primär im öffentlichen bzw. halböffentlichen Raum verbringen. Neben den Räumlichkeiten der lokalen Jugendbetreuungseinrichtungen, in denen sie sich zu den Öffnungszeiten gern aufhalten, frequentieren sie vor allem Parks, Straßenzüge oder, insbesondere bei schlechtem Wetter, Einkaufszentren sowie die zahlreichen Wettcafes der Umgebung. Und zum anderen haben sie kein – oder nur wenig – Geld.

Damit entsprechen die Burschen jenem Bild einer „Risikogruppe", das von Teilen der Wissenschaft wie der Medien gerne in Bezug auf Kriminalität und Gewalt gezeichnet wird.[84] Ganz in diesem Sinn begegnet (Jugend)kriminalität den Jugendlichen zunächst einmal als zentrales Charakteristikum/Problematisierungsmerkmal, das von außen an sie herangetragen wird. Etwa im Zuge einer der rezenten medialen Konjunkturwellen zum Thema Jugendgewalt/Jugendkriminalität im Jahr 2008: Da tauchten Reporter eines Wochenmagazins im Park, der als gemeinsamer Treffpunkt diente, auf, und überredeten die Burschen schließlich, sich vor den Kameras in möglichst bedrohlichen Posen, bestückt mit Messern, Schlagringen u.Ä., zu präsentieren. Kurz darauf erschien die seitenlange Coverstory unter folgenden Headlines: „Jugendbanden Terror. Gewalt ist geil. Kids packen aus: Warum wir prügeln, rauben und foltern"[85]. Der Beitrag bestand hauptsächlich aus beängstigenden Bildern (auf denen die Jugendlichen trotz schwarzen Balken natürlich erkennbar waren) und seine Botschaft war, dass die abgebildeten ausschließlich migrantischen Jugendlichen durchwegs (zumindest potentielle) schwere Gewalttäter, gleichsam tickende Zeitbomben, seien. Die Selbstbeschreibungen der Jugendlichen sahen allerdings anders aus: Natürlich hätten sie die Reporter auch mit übertriebenen, erfundenen Geschichten „verarscht", aber die hätten das nicht bemerkt (oder bemerken wollen), und was ihnen an erzählten Untaten zu wenig war, hätten sie für den Artikel dann „halt noch dazu erfunden".

Dieses Beispiel lässt eine unheilvolle „Symbiose" erahnen, denn: Aus der Sicht der Jugendlichen interessiert sich die Öffentlichkeit (vermittelt durch die Massenmedien, die

[84] S.o. Hier werden einerseits Verhaltensweisen, andererseits soziodemografische Merkmale gleichsam in die Personen „hinein verlegt" und als Prognoseindikatoren für potentielle Verstöße gegen Gesetze, Verbote, aber auch gesellschaftliche „Normen" verwendet. Die Kategorien „männlich", „migrantisch", „niedriger Schulabschluss" könnten somit als sogenannte „Risikofaktoren" betrachtet werden (vgl. auch Tabelle 2).

[85] News, April 2008.

ihrerseits auch Politik und Wissenschaft zitieren und repräsentieren) ausschließlich unter dem Aspekt ihrer (potentiellen) Kriminalität und Gefährlichkeit für sie.[86] Dieses Spiel mitzuspielen erscheint ihnen folglich als probates Mittel zur Erlangung von Bedeutung, Wichtigkeit und Status. Sie geben der Öffentlichkeit, was diese von ihnen erwartet und erhalten im Gegenzug die – flüchtige und trügerische – Gelegenheit, im Rampenlicht zu stehen, gehört zu werden, kurz: „jemand zu sein".

Das Bedürfnis sich zu artikulieren, wahrgenommen zu werden und das damit einhergehende Ringen um – wenn schon nicht allgemein anerkannte, so doch als solche erkennbare – Identität finden ihren Ausdruck auch in der lokalen Ausprägung von Jugendkultur, deren zentraler Bezugspunkt der Rap ist: Dieser fungiert hier nicht bloß als rezipierte Modeerscheinung, sondern wird von den Jugendlichen als „Dichter ihrer eigenen Angelegenheiten"[87] selbst produziert, ganz entsprechend seinen popkulturellen Wurzeln als „Stimme der Wütenden, der Unterdrückten und Enteigneten"[88], kurz: der „Jugend von der Straße"[89], als die sich die Jugendlichen selbst konzeptualisieren:

Das ist die Jugend in der heilen Welt/Hier findet keiner mehr/So leicht Geld/Das ist mein Block/Meine Gegend/Das sind die Jungs auf diesen Straßen

Ich repräsentiere die Jungs aus meiner Straße/Hier ist das Geld knapp/Für die Jungs in ihrer Pose/Keiner wundert sich/Wenn die Jungs kriminell werden/Das sind Ausländer/Die die aus der Heimat kommen für Geld/Das Leben hier ist verschissen/In dieser Welt

Die meisten finden hier keine Arbeit/weil jeder ist/hier mit `nem Hauptschulabschluss/Ihr wisst/Studieren besser für sie ist/Doch die Mutter ist Hausfrau und der Vater Hilfsarbeiter/ Kein Jugendlicher hat mehr Bock auf Geschäftsleiter/Die Jugendlichen arbeiten um den Vater zu unterstützen/Um die finanziellen Probleme zu vermeiden/Keiner von uns ist gleich und lebt in Gemeinden/Doch in ihrem Park entstehen Banden aus Jugendlichen/Die sich zusammensetzen/Um kriminelle Taten zu machen/So ist die Welt Mann/Das ist nicht zum Lachen/ (...)[90]

Die Themenkreise Kriminalität und Gewalt sind auf die eine oder andere Weise konstitutiver Bestandteil vieler Tracks. In der jeweiligen Positionierung dazu lassen sich grob zwei moralische und im Weiteren strategische Ausrichtungen unterscheiden:

- Defensive Kriminalität: Kriminell sein ist in dieser Sichtweise eine Folge des An-den-Rand-gedrängt-Werdens durch die Hegemonialgesellschaft. Aus diesem moralischen Standpunkt gilt Kriminalität als ablehnenswert, wenn sie auch zumeist nicht selbstverschuldet, sondern eine Folge ungerechter sozialer Machtverhältnisse ist (vgl. dazu den zitierten Text)[91]. Diese gilt es zu thematisieren, zu kritisieren und auf legalem Weg zu bekämpfen (wobei übrigens mehr Vertrauen in das Veränderungspotential durch Rap als durch etablierte Politik gesetzt wird…).

[86] Dies wurde mitunter auch in der Erwartungshaltung der Jugendlichen gegenüber den Forschenden im Rahmen der dargestellten Studie deutlich.

[87] De Certeau zit in Winter 2001: 272.

[88] Bennett 2008: 421.

[89] So der Titel eines Tracks der Gruppe Chaingang Records.

[90] S.o.

[91] Hier scheinen nicht zuletzt Elemente kritisch-kriminologischer Diskurse Eingang in allgemeine Wissensbestände gefunden zu haben.

- Offensive Kriminalität: Hier geht es um die Ästhetisierung von Kriminalität und Regelverletzung, die Aufrechterhaltung und Pflege des Gangster Image, verbunden mit Sexismus, Rassismus, Gewalt etc. Die herkömmliche, respektable Karriere in der Welt der Etablierten ist keine realistische Option. Die deviante Karriere ist eine gangbare Alternative, die Rebellion ermöglicht oder wenigstens Spaß macht, indem mittels der Umkehrung sozialer Erwünschtheiten der eigene subalterne Status zelebriert wird. Gleichzeitig wird kriminelles, deviantes, unmoralisches Verhalten durchaus als Spiegel einer Mehrheitsgesellschaft reflektiert, die ihren moralischen Standards selbst nicht gerecht wird.

Beide skizzierten Herangehensweisen sind um das eigene Außenseitertum organisiert, das jeweils durch Mängel definiert ist: den Mangel an Status (verkörpert etwa durch Herkunft, nationale Zugehörigkeit), den Mangel an Bildungsabschlüssen, den Mangel an Geld und damit den Mangel an Zukunftsperspektiven hinsichtlich (selbstgesteuerter) gesellschaftlicher Teilhabe. Welche Position vertreten wird, scheint dabei weniger von den individuellen Personen abhängig zu sein als vielmehr von den jeweiligen sozialen Kontexten[92], in denen diese selbst sich verorten. Die Übergänge verlaufen fließend: Ein und dieselben Jugendlichen legen sich demnach zumeist nicht exklusiv auf eine Position fest, sondern greifen beide auf und setzen die entsprechenden Deutungssysteme ein, je nachdem, welches gerade passender erscheint.[93]

In all diesen Verwendungszusammenhängen erfüllt Kriminalität schließlich auch einen ganz zentralen Zweck der Identitätsstiftung: Sie fungiert als Code für das, was früher (in weniger komplexen und flüchtigen Zeiten) wohl unter dem Begriff des Klassenbewusstseins, des Bewusstseins der eigenen sozialen Lage, subsumiert werden konnte.

Die soziale Lage korrespondiert wiederum auch mit jenen konkreten Phänomenen, um die es bei den kriminellen, also strafrechtlich relevanten, Aktivitäten der Jugendlichen eigentlich geht. Eine zentrale Rolle spielt hier nämlich das Geld: In einer Welt des Branding, in der nicht nur der Lebensstil, sondern auch die Lebensqualität und damit der eigene Status über Marken-Hosen, -Schuhe, -Kappen, und vor allem Handys definiert werden, der Gebrauchswert von Gütern ihrem symbolischen Wert nachgereiht ist, kommt man mit wenig Geld nicht weit(er). Internetforen für Jugendliche locken mit Gewinnspielen, bei denen wahlweise Geld oder Sachpreise (etwa: das aktuellste Handy mit noch mehr Features) zu gewinnen sind und auf den zahlreichen Kommunikationsplattformen verschwimmen die Grenzen zwischen privatem Austausch, öffentlicher Inszenierung, Werbung und Wettbewerb[94]. Dazu bieten Banken Jugendkonten mit beachtlichen Überziehungsrahmen und Handyanbieter Jugendverträge (mit versteckten Kosten) an. Und auch der physische Raum ist de facto voller Versprechungen und Möglichkeiten der Aussicht auf „schnelles

[92] Sozialer Kontext meint in diesem Zusammenhang die eigene soziale Situation, wie sie sich den jeweiligen Akteure/innen darstellt. Dies ist konstitutiv für die Interpretation der eigenen „Biografie": Nicht nur retrospektiv sondern vor allem auch in Hinblick auf zukünftige Gestaltungsmöglichkeiten.

[93] So etwa eine Gruppe jugendlicher Rapper, die ihren offensiven Gangster-Habitus zugunsten einer Haltung „konstruktiver Sozialkritik" ablegte, als sie von der – angeblichen – Möglichkeit erfuhr im Rahmen einer öffentlichen Förderschiene der Stadt Wien finanzielle Unterstützung für ein eigenes Tonstudio zu erhalten. Als der Traum aufgrund absurder bürokratischer Auflagen platzte, schien ihnen die Unausweichlichkeit des eigenen Außenseiterstatus nunmehr zementiert und die Burschen griffen neuerlich auf jenes Register des „Bösen-Buben-Images" zurück.

[94] Vgl. dazu etwa: www.kultband.at, www.netlog.at

Geld". Neben allseits präsenten Werbeplakaten und Slogans – etwa: „Lotto: Alles ist möglich" – sprießen gerade in den ärmeren Bezirken und Vierteln der Stadt jene Lokale aus dem Boden, in denen dem „kleinen Glücksspiel" nachgegangen werden kann. Auch diese Wettcafes und Callshops mit ihren dunkel verglasten Fenstern und Türen fungieren als Treffpunkte der Jugendlichen. Und diese ergreifen dann oft die vermeintliche Chance, mit scheinbar geringem Einsatz und Risiko an den einarmigen Banditen doch ganz beachtliche Summen zu gewinnen. Dass diese Strategie zumeist nicht aufgeht, ihnen stattdessen mehr oder weniger große Verluste und im Weiteren Schulden beschert, ist dann ihr eigenes Pech. Der Gewanddiebstahl im Einkaufszentrum und der Handyraub im Park erscheinen dann – zumindest kurzfristig – als recht praktikable Strategien, um mit undurchschaubaren, verfahrenen, scheinbar ausweglosen Situationen umzugehen.[95]

Und natürlich gibt es auch andere strafbare Handlungen: Etwa jene, Sichtbarkeit im öffentlichen Raum zu erlangen, der Welt den eigenen Stempel aufzudrücken, indem der eigene Name oder jener der eigenen Band oder der eigene Herkunftsort an Wänden, Bänken etc. hinterlassen wird: Das funktioniert, wenn gerade eine Spraydose verfügbar ist, mittels Graffitis, sonst aber auch mit Filzstiften oder Taschenmessern. Das Delikt heißt dann Sachbeschädigung.

Und dann sind da auch noch jene Verhaltensweisen, die gesetzlich nicht geahndet, aber dennoch als Beleg für steigende Verworfenheit, Gewalttätigkeit, Brutalität Jugendlicher herangezogen werden: Jugendliche, die sich Autoritäten widersetzen – die sich in der Schule aufführen bzw. diese gar nicht besuchen, die den öffentlichen Raum, Bänke im Park, in öffentlichen Verkehrsmitteln besetzen und auf Ermahnungen Erwachsener aufsässig grinsen oder frech zurückreden. Die der Erwachsenenwelt demonstrieren, dass sie diese ganz und gar nicht ernst nehmen. All das, was regelmäßig auf Leserbriefseiten – nicht nur der Boulevardblätter – beklagt wird und was dann professionelle Ratgeber auf den Plan ruft, die davor warnen, dass Kinder und Jugendliche zu „Monstern" oder „Tyrannen" werden[96]. Da zeigt sich eine äußerst fließende Grenze zwischen „Devianz", also dem Überschreiten sozialer Normalitäts- und Konformitätsvorstellungen, und „Delinquenz", dem Überschreiten gesetzlicher Vorschriften. Und diese fließende Grenze prägt nicht nur den Common Sense, sondern auch die sozialwissenschaftliche Theoriebildung (und umgekehrt).[97]

Warum das so ist? Vielleicht, weil sich bei genauerer Betrachtung die Dispersität jenes „Phänomens", das Jugendkriminalität genannt wird, herauskristallisiert – die Erkenntnis, dass dieser Alltags- und gleichzeitig Fachterminus sich aus zwei im Grunde zutiefst unpräzisen Begriffen zusammensetzt. Kriminalität bezeichnet im sozialwissenschaftlichen Sinn eben kein fix definiertes, klar abgrenzbares, natürliches Phänomen, sondern eine Reihe von Verhaltensweisen, die im Rahmen kultureller Zusammenhänge entstehen, bewertet

[95] Zur Durchdringung aller gesellschaftlichen Sphären einschließlich des physischen, insbesondere des urbanen, Raums mit dem „Marktprinzip" bzw. der „Konsumkultur" vgl. auch Hayward 2004.

[96] aktuell etwa Winterhoff, M. (2008).

[97] Vgl. dazu das Konzept informell definierter Kriminalität – der Delinquenz – und der dazu gehörigen Indikatoren, etwa Schulschwänzen oder der Konsum von Alkohol (s.o.), wie auch in der hier diskutierten Dunkelfeldstudie verwendet.

und sanktioniert werden (was in enger Interaktion steht)[98]. Und auch Jugend ist ein Produkt gesellschaftlicher Aushandlungs- und Konstruktionsprozesse, und zwar nicht nur in Hinblick auf das Alter. „Jugend ist nur ein Wort"[99], sagt Pierre Bourdieu und warnt davor, mit diesem Wort über andere zentrale soziale Faktoren wie etwa Klasse, Geschlecht, „Ethnie", die ihrerseits unterschiedliche Lebensbedingungen und -wirklichkeiten konstituieren und deren Einfluss von weit größerer Bedeutung sein kann als das Lebensalter, hinwegzutäuschen.

Dies führt uns wieder zu jenen als Risikogruppen beschriebenen Jugendlichen zurück, die verstärkt Gefahr laufen, kriminelle Verhaltensweisen an den Tag zu legen – oder doch etwa nur als Kriminelle registriert zu werden? Beides ist möglich und bis zu einem gewissen Grad wahrscheinlich: Bestimmte Eigentumsdelikte liegen wohl näher, wenn man keine Möglichkeiten hat, sich dieses Eigentum einigermaßen bequem auf legalem Weg zu beschaffen. Andere Delikte wie Sachbeschädigung durch Graffiti oder „Schmierereien" sind sozialen Schichten nicht so einfach zuzuordnen,[100] könnten u.U. gar eher in avantgardistischen Kreisen, die soziale Vorreiterrollen übernehmen, auftreten. Erwischt und polizeilich registriert werden vermutlich dennoch diejenigen, die im öffentlichen Raum stärker präsent und damit exponierter gegenüber sozialer Kontrolle sind und gleichzeitig ein weniger effektives soziales Netzwerk (in Bezug auf den Kampf mit den hiesigen bürokratisch-administrativen Mühlen) haben. Ähnliches gilt wohl auch für die erhöhte Gewaltbereitschaft, das unsoziale, abweichende Verhalten, das insbesondere Jugendlichen mit Migrationshintergrund unterstellt wird.

Gerade in diesem Zusammenhang lohnt es sich nämlich, die Perspektive der Jugendlichen selbst kennenzulernen, erweist sich doch die Welt, die sie beschreiben, in vielen Aspekten als erschreckend unwirtlich: Die Erfahrungen von struktureller Gewalt –Alltagsgewalt durch Lehrer/innen und andere Autoritätspersonen, Beschimpfungen durch Erwachsene im öffentlichen Raum, politisch transportierte Ausländerfeindlichkeit auf Wahlplakaten – prägen den gesellschaftlichen Rahmen, in dem sie aufwachsen.

Im Folgenden sollen diese Erfahrungen anhand von drei Interviewauszügen veranschaulicht werden[101]:

<u>Auf der Ebene der Politik:</u>

Ali[102]: Ich weiß nicht (...) weil die Grünen sind so faire Leute wie SPÖ, aber ÖVP, ÖVP is eh normal, BZÖ (...) und FPÖ, die mag ich nicht.

Interviewerin: Die magst du nicht. Weil?

A: Sie tun, haben Sie nicht Plakate gesehn von Strache?

I: Oja.

A: Er schreibt „daham statt Islam" und so. „Ausländer raus" und das is nicht normal.

I: Ja, haha.

[98] und die selbstredend erst einmal administrativ registriert werden müssen, um überhaupt als Delikte eingestuft zu werden.

[99] Bourdieu 1980: 136ff.

[100] Wenn man die Schulform als „Proxy" für den sozialen Status ansieht, ergibt sich dies auch aus den Daten der ISRD 2-Studie.

[101] Weitere ausführliche Darstellungen sowie Diskussionen des Kontextes finden sich im Forschungsbericht.

[102] Die Namen der Jugendlichen wurden durchwegs geändert.

A: Haider is gestorben

I: Ja

A: und jetzt bleibt eh nur mehr Hai-Strache übrig.

I: (..)

A: Strache, ha, schaun sich eh urähnlich.

I: Ja, von der Art, wie sie sich geben schon. (..)

A: Das sind Nazis!

Auf der Ebene der Alltagserfahrung, in der sie zunächst einmal als „Ausländer" wahrgenommen und als solche beschimpft und diffamiert werden:

A: Na, wir gehen in U-Bahn, wir tun so ein bisschen reden und so und so ein bisschen laut reden, gleich Scheißausländer, Scheißtürken und ich geh einfach so, (..) einfach so: Okay passt schon.

I: Und das passiert oft?

A: Na sicher. Gestern zum Beispiel. Scheißaus- Scheißtürken. Ich hab gesagt: Stimmt eh, Scheißtürken und so. Ich hab sie verarscht ein bisschen.

Auf der Ebene der Interaktion mit „Autoritätspersonen", die auch als Repräsentanten des hegemonialen österreichischen Systems wahrgenommen werden, wie etwa Lehrer:

Anik[103]: Ich hatte einen Mathelehrer, der hat mich ÜBERHAUPT nicht leiden können, überhaupt nicht. Wir waren die ärgsten Feinde, obwohl, ja, ich war aber auch so ein Typ, der was richtig zurückgredet hat, ich lass mir halt nix gfalln. Und da hab ich ne Schularbeit ghabt. Normal, jeder Schüler tut schummeln, hab ich auch halt tan. Daraufhin, hat er's nicht gmerkt, wurd ich verpetzt, ja. Das war schön blöd. Steht er auf, sagt zu mir so: Na, du Scheißtschusch, weg damit. Hab ich ihn angschaut. Was ich drauf gsagt hab, tschuldigung, dass ich das jetzt sag: Was isn, du Scheißschwabo, was willstn? Sagt er zu mir: JA, typisch Ausländer, ihr seids alle so, ihr ghörts alle vergast und so. Daraufhin hab ich dann zurückgschimpft, hab ich von A bis Z alles gschimpft: Seine Mutter, sein ganzes Leben, dass ich Leute auf ihn hetz, weil er das zu mir halt sagt...Is normal, das würd jeder tun, glaub ich. Daraufhin is mir das dann später wurscht gwesen, weil ich so viel zurückgredet hab, wollt er mein Mitteilungsheft, sagt er zu mir: Steh auf, bring mir das Mitteilungsheft. Hab ich zu ihm gsagt: Na, wennst es du willst, dann komm her, ich steh sicher nicht für dich auf. Naja, dann die ganze Zeit hin her, und dann bin ich a bissl aufgstandn, hab ihm das ins Gsicht gschmissn, hat er gsagt: Du SCHEISSTSCHUSCH, was willst du, wieso schmeißt du? Das kannst bei dir daheim machen mit deinen Eltern oder was, du ghörst gschlagn, sagt er zu mir. Hab ich zu ihm gsagt: Du ghörst auch gschlagn.

[103] S.o.

Dass auf diese Weise gesellschaftlich vermittelte Vorstellungen von gutem und schlechtem Benehmen, Normalität und Devianz, aber auch Recht und Unrecht, gründlich relativiert werden, versteht sich. Dass die Jugendlichen Institutionen und Politik und Erwachsenen grundsätzlich misstrauisch bzw. mit zynischem Fatalismus begegnen, ebenso. Dies alles erfährt man allerdings weder aus administrativen Statistiken noch aus vorstrukturierten Fragebogenerhebungen.

5. Resümee

Was sagt uns dies alles nun über die wissenschaftliche Zugänglichkeit von Jugendkriminalität? Welche Schlussfolgerungen, welche Erkenntnisse legen die hier dargestellten Studien mit ihren jeweils unterschiedlichen Datenquellen, Herangehensweisen, Paradigmen und – damit korrespondierend – auch Ergebnissen nahe? Und wäre eine Zusammenführung dieser Ansätze, quasi eine Methodentriangulation, im Sinne eines angestrebten Erkenntnisgewinns möglich?

Nun, eine Daten- oder auch Methodentriangulation ist angesichts der Unterschiedlichkeit – teilweise auch Gegensätzlichkeit – der theoretischen Implikationen wohl weder möglich noch sinnvoll. Zugleich lassen sich jedoch über eine Gegenüberstellung und damit Kontrastierung die jeweilige Fragestellung, der Verwendungszusammenhang und damit die Grenzen und Bedeutung der Aussage sicherlich präziser definieren und einordnen – wie der vorliegende Beitrag demonstriert. Und dies ist gerade in Hinblick auf die „Gegenstandsadäquanz"[104] bei der Beschreibung, Analyse und Theoriebildung zur Jugend/kriminalität zentral.

Natürlich wäre unter der Voraussetzung eines entsprechend tragfähigen theoretischen Rahmens auch die theoretische Integration der vorliegenden Studien möglich. Nur dürfte sich die Fragestellung dann nicht auf „Jugendkriminalität" als solche beziehen, sondern auf die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Schaffung einer solchen Kategorie bzw. des Umgangs damit. Ein solches auf unterschiedlichen Ebenen und multimethodisch angelegtes Projekt wäre allerdings nicht nur ambitioniert, sondern auch aufwändig und würde den ökonomischen Regeln unmittelbarer Anwendungsorientiertheit und Verwertbarkeit sozialwissenschaftlicher Ergebnisse wohl widersprechen. Definiert man die Aufgabe der Sozialwissenschaften allerdings auch gerade dahingehend, derartige Verwertungskriterien zu reflektieren und in einen gesellschaftlichen Kontext zu stellen, dann ergibt auch ein solches scheinbar abgehobenes „Räsonieren" einen Sinn, dann hat die Kriminalwissenschaft den Zweck, „ähnlich wie jener der Philosophie, dem Gespräch über Kriminalität neue Wendungen zu geben".[105] Und das kann der – mitunter doch recht eindimensionalen und selbstbezüglichen – Diskussion nur nützen.

[104] Kunz 2008: 72 ff.

[105] Kunz 2008: 28

6. Empfehlungen:

- Die „steigende Jugendkriminalität", so wie sie in der polizeilichen Kriminalstatistik zum Ausdruck kommt, ist ein Wahrnehmungs-, Bewertungs- und Registrierungsphänomen. Es steht weder mit der faktischen Häufigkeit kriminalisierbarer Handlungen noch mit der der Anzahl tatsächlich durch Jugendrichter/innen kriminalisierter Vorfälle, bei denen ein besonderer Bedarf an Normverdeutlichung gesehen wird, in einer direkten Beziehung. Es scheint, dass Jugendliche öfter als früher für Verhaltensweisen angezeigt werden, die angesichts eines alterstypischen Auslotens von Grenzen in den allermeisten Fällen normal und vergleichsweise harmlos sind. Allein dies vermag das Klima zwischen den Generationen ungünstig zu beeinflussen. Für jede(n) einzelne(n) Jugendliche(n) und – ganz besonders – für Kinder kann indes die konkrete Erfahrung, als kriminell bezeichnet worden zu sein, erhebliche Konsequenzen im Sinne einer „self-fullfilling-prophecy" nach sich ziehen. Kriminalität stellt noch immer ein wirkmächtiges Stigma dar. Allen, die mit Jugendlichen zu tun haben, wird daher einerseits empfohlen, die Anzeigenstatistik nicht als „Kriminalitätsbarometer" zu interpretieren; andererseits sollte vor jeder Anzeige geprüft werden, ob es dem jeweiligen Einzelfall angemessenere und alle Beteiligten schonendere Situationsbeschreibungen als „Kriminalität" gibt. Gerade auch „schwierigere" Jugendliche sollten dabei stets mit Respekt behandelt werden.
- „Jugend" sollte nicht als ein zu kontrollierendes Feld von (potentiellen) Problemen[106], sondern als Teil der Bevölkerung mit Recht auf Partizipation betrachtet werden. Dabei ist es gerade für chancenbenachteiligte Jugendliche wichtig, Erfahrungen gesellschaftlicher Teilhabe machen zu können, die nicht nur über Konsum vermittelt sind. So sollte auch Jugendpolitik nicht als Politik einer Verhinderung von Jugenddelinquenz gesehen werden, sondern als Politikfeld, in dem Möglichkeits- und Entfaltungsräume geschaffen werden. Sinnstiftung für Jugendliche muss sich nicht über Kriminalprävention legitimieren, um entsprechend wirksam zu sein.
- Dementsprechend wäre zu diskutieren, inwieweit Gesetze zu einer Ethik der Verantwortung im medialen Umgang mit Jugend- bzw. Jugenddelinquenz beitragen können. Hier kommt allerdings sicherlich auch den Sozialwissenschaften eine wichtige Verantwortung zu, etwa in Hinblick auf ihren Sprachgebrauch und die Art der differenzierten Verbreitung von Forschungsergebnissen.
- Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, dass es keine einfachen Rezepte gegen „Ursachen" jugendlicher Delinquenz geben kann. Ursachen für Verhaltensweisen lassen sich im sozialen Zusammenleben nicht isoliert ausmachen. Im Folgenden soll dennoch versucht werden, beispielhaft zwei Faktoren anzugeben, die die Wahrscheinlichkeit von Normverletzungen durch Jugendliche zu beeinflussen vermögen:

[106] Vgl. dazu etwa die Einrichtung eines sogenannten „Jugendabwehrsystems" im Schlosshof eines oberösterreichischen Ortes. Ein solches Jugendabwehrsystem sendet eine Frequenz aus, die nur von Kindern und Jugendlichen bis ca. 25 wahrgenommen werden kann und als äußerst unangenehm empfunden wird. Gerechtfertigt wird der Einsatz des (mittlerweile aufgrund von Protesten wieder eingezogenen Gerätes) vom Hersteller übrigens damit, dass man „Vandalen" fernhalten wolle. (Kleine Zeitung, 4.8.2009)

- Eine Prüfung von Maßnahmen durch den Gesetzgeber, um der Verschuldung von Jugendlichen entgegen zu wirken, wäre empfehlenswert. Dabei wäre auch zu überlegen, Werbung für verschuldungsanfällige Konsumgüter, die auf Jugendliche abzielt, einer besonders strengen Prüfung zu unterziehen. Dies sollte sich allerdings nicht bevormundend zu Lasten von Teilhabemöglichkeiten junger Menschen auswirken.
- Jugenddelinquenz ist eine überwiegend soziale Angelegenheit – Jugendliche orientieren sich stark an Gleichaltrigen. Entsprechend wichtig sind Freizeitangebote und Räume, in denen Jugendliche sozial eingebunden sind und die von ihnen akzeptiert werden. Daher sind einerseits zivilgesellschaftliche Initiativen, die solche Räume bereitstellen, zu unterstützen. Andererseits führt kein Weg an einer professionellen Jugend- und Sozialarbeit vorbei.

- Im Sinne eines sozialwissenschaftlich fundierten, damit sinnverstehenden und umfassenden Ansatzes jenseits verkürzender „Ursache-Wirkungs-Schemata" wäre schließlich eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Rolle von – hegemonialen – Institutionen und Feldern, in denen sich Jugendliche bewegen bzw. mit denen sie sich konfrontiert sehen, angebracht.
- Lebens- und Sozialisationsraum Schule:
  - Gerade hier häufen sich die Klagen über die Devianz, den Ungehorsam, die „Gewalttätigkeit" der Jugendlichen. Wenig reflektiert wird allerdings die strukturelle Gewalt, von der gerade jene marginalisierten Jugendlichen in der Schule unmittelbar betroffen sind. Daraus ergibt sich die Herausforderung, den schulischen Anspruch „Politische Bildung" zu vermitteln, tatsächlich in einem umfassenden Sinn ernst zunehmen und auch umzusetzen (und zwar weit über die schulische Vermittlung politischer Institutionenkunde als „Lernstoff" hinaus). Dies würde bedeuten, scheinbar „deviantes" Verhalten als eine Artikulationsform bzw. Unmutsäußerung wahrzunehmen und auch bzw. gerade „schwierigen" Schüler/innen Raum für ihre Anliegen und damit reale und verbindliche Mitbestimmungsmöglichkeiten zu geben. Gelebte Politische Bildung geht mit partizipativen Strukturen und einem Aufbrechen an Machtverhältnissen einher und impliziert damit die Bereitschaft zu – institutioneller – Selbstkritik.
  - Bevor demnach bestimmte Präventionsmaßnahmen an Schulen in Form von Programminterventionen ergriffen werden, sollte man konsequenterweise genau überlegen, ob „Kriminalität" überhaupt das Problem ist. Wenn solche Maßnahmen schließlich durchgeführt werden, wäre eine Begleitung durch eine wissenschaftliche Prozess- und Effektevaluation empfehlenswert.
- Auch im Feld der Politik würde eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Glaubwürdigkeit Sinn machen. Die – latent oder manifest – ausgrenzenden und diskriminierenden Strategien der Stimmungsmache und des Stimmenfangs, wie sie gerade gegen „Ausländer" an der Tagesordnung sind, werden von den Ausgegrenzten als aggressiv, ungerecht und ungerechtfertigt, kurz: „nicht normal" (s.o.), erlebt. Damit einher geht die Erfahrung einer permanenten Paradoxie – eines Widerspruchs zwischen gesellschaftlichen Verhaltensnormen (Einhaltung eines „friedlich-reflexiv-sachlichen" Stils), wie sie offiziell von Repräsentant/innen der Gesellschaft einerseits eingefordert und andererseits von diesen selbst nicht eingehalten werden.

Literatur

Baier, D., Pfeiffer, C., Simonson, J., Rabold, S. (2009): Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt : Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des Kriminologischen Forschungsinstitutes Hannover (KFN-Forschungsbericht ; Nr. 107). Hannover. Online: http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/fb107.pdf [1.4.2010].

Bennett, A. (2008): Towards a cultural sociology of popular music. In: Journal of Sociology 2008, Volume 44 (4): 419-432.

Bourdieu, P. (1980): Soziologische Fragen. Frankfurt/Main.

Bruckmüller, K., Pilgram, A., Stummvoll, G. (2010): Austria. In: Dünkel, F. et al. (Hrsg.), Juvenile Justice Systems in Europe. Current Situation and Reform Developments, Vol. 1, Mönchengladbach, 41-98.

Cohen, S. (2002): Folk Devils and Moral Panics: The Creation of Mods and Rockers, 3. Auflage, London.

Cotterrell, R. (2006): Law, Culture and Society. Legal Ideas in the Mirror of Social Theroy. Aldershot.

Fuchs, W. (2007): Zwischen Deskription und Dekonstruktion. Empirische Forschung zur Jugendkriminalität von 1968 bis 2005. Eine Literaturstudie. Wien. Online: http://www.irks.at/downloads/05_irks-fuchs.pdf [1.4.2010].

Fuchs, W. (2010): „Fürsorgerische Freiheitsentziehung" ante portas? Deutsche Erfahrungen mit geschlossener Unterbringung und mögliche Implikationen für Österreich, Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht 5, Nr. 1, 56-58.

Garland, D. (2001): The Culture of Control. Crime and Social Order in Contemporary Society. Oxford.

Gottfredson, M.R./Hirschi, T. (1990): A General Theory of Crime. Stanford.

Grasmick, H.G., Tittle, C.R., Bursik, R.J., Arneklev, B.J. (1993): Testing the Core Empirical Pmplications of Gottfredson and Hirschi's General Theory of Crime. Journal of Research in Crime and Delinquency 30, 5-29.

Hayward, K. (2004): City Limits: Crime, Consumerism and the Urban Experience. London.

Hess, H./Scheerer, S. (1997): Was ist Kriminalität? Skizze einer konstruktivistischen Kriminalitätstheorie, Kriminologisches Journal 1997, 83-155.

Hirschi, T. (1969): Causes of Delinquency. Berkeley.

Hofinger, V./Neumann, A. (2008): Legalbiografien von NEUSTART Klienten – Legalbewährung nach Außergerichtlichem Tatausgleich, Gemeinnütziger Leistung und Bewährungshilfe. Unveröffentlichter Forschungsbericht. Wien.

Hofinger, V./Pilgram, A. (2008): Verbesserung der Datengrundlagen für die Kriminaljustiz. Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie. Forschungsbericht. Wien. Online: http://www.irks.at/downloads/Verbesserung_Datengrundlagen_Kriminaljustiz.pdf [1.4.2010].

Junger-Tas, J., Marshall, I.H., Enzmann, D., Killas, M., Steketee, M., Gruszczynska, B. (2009): Juvenile Delinquency in Europe and Beyond. Results of the Second International Self-Report Delinquency Study. New York.

Karazman-Morawetz, I./Steinert, H. (1994): Der öffentliche Gewalt-Diskurs und die Gewalt-Erfahrungen Jugendlicher. In: Janig, H./Rathmayr, B. (Hrsg.), Wartezeit – Studien zu den Lebensverhältnissen Jugendlicher in Österreich, Innsbruck, 269-296.

Karazman-Morawetz, I./Steinert, H. (1995): Schulische und außerschulische Gewalterfahrungen Jugendlicher im Generationenvergleich – Ergebnisse einer Repräsentativumfrage bei Jugendlichen, Erwachsenen und Lehrpersonen in Österreich. Unveröffentlichter Forschungsbericht. Wien.

Kreissl, R./Ostermeier, L. (2007): Globale Trends und lokale Differenzen. Kulturen der Kontrolle und politische Steuerung in Hamburg und München. In: Ostermeier, L./Paul, B. (Hrsg.), Kontrollkulturen, Kriminologisches Journal, 9. Beiheft, 137-151.

Krucsay, B./Gombots, R. (2009): Jugend, Devianz, Exklusion? Ein Projekt zur Politischen Bildung junger AußenseiterInnen. Unveröffentlichter Forschungsbericht. Wien.

Kunz, K.L. (2008): Die wissenschaftliche Zugänglichkeit von Kriminalität. Ein Beitrag zur Erkenntnistheorie der Sozialwissenschaften. Wiesbaden.

Kunz, K.L. (2008a): Kriminologie. 5. Auflage. Bern.

Lienhart, C. (2010): Entdramatisierung und Passgenauigkeit. Überlegungen zum Umgang der Jugendwohlfahrt mit dem Thema „Delinquenz", Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht 5, Nr. 1, 59-60.

Manolakos, T., König, K., Hauswirth, R., Boztepe, K. (2010): Monitoring Integration Wien, Wien. Online: http://www.wien.gv.at/integration/pdf/monitoring-integration.pdf [13.4.2010].

Nelken, D. (2006): Rethinking Legal Culture. In: Freeman, M. (Hrsg.), Law and Sociology. Current Legal Issues 2005. Oxford, 200-224.

Pilgram, A. (1980): Kriminalität in Österreich – Studien zur Soziologie der Kriminalitätsentwicklung. Wien.

Pilgram, A. (2002): Getöse oder Stillschweigen – verfehlte Tonlagen der Jugendkriminalitätsdiskussion in Deutschland und Österreich. In: Moos, R. et al. (Hrsg), Festschrift für Udo Jesionek zum 65. Geburtstag, Wien/Graz, 149-164.

Ries, M. (2005): Jugendstrafrechtliche Sanktionen in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Schweiz und den USA – Eine rechtsvergleichende Analyse. Frankfurt/Main.

Stangl. W., Hager, I., Kromer, I., Stummvoll, G. (2006): Jugenddelinquenz in Österreich. Ein Beitrag zur zweiten internationalen „Self-Report-Delinquency Study". Forschungsbericht. Wien.

Tumpel, M./Edlinger, G. (1975): Kriminalität in Wien – Jugendkriminalität in Stadtrandsiedlungen, Forschungsbericht, Ludwig Boltzmann Institut für Kriminalsoziologie, Wien.

Weber, M. (1964): Wirtschaft und Gesellschaft. Frankfurt/Main.

Winter, R. (2001): Globale Medien, kultureller Wandel und die Transformation des Lokalen. Der Beitrag der Cultural Studies zu einer Soziologie hybrider Formationen In: Göttlich et.al.: Die Werkzeugkiste der Cultural Studies: Perspektiven, Anschlüsse und Interventionen, 263-283.

Winterhoff, M. (2008): Warum unsere Kinder Tyrannen werden. Oder: Die Abschaffung der Kindheit. Gütersloh.

Zilian, H.G. (1998): Satanische Masken. Jugend und Rechtsorientierung in der österreichischen Provinz. Frankfurt/New York.

DIE AUTORIN, DER AUTOR:

Mag.a **Brita Krucsay**, Studium der Soziologie und Erziehungswissenschaften in Wien, 1999 bis 2005 Mitarbeit und Projektarbeit u.a. bei BOAS, Lokale Agenda 21 am Alsergrund, Wiener Drogenkoordination; seit 2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie.

Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Macht, Herrschaft und soziale Ungleichheit, Diskursanalyse, Ethnographie, partizipative Methoden der Sozialforschung

Dr. **Walter Fuchs**, MA, Studium der Rechtswissenschaften und Kriminologie in Innsbruck, Rotterdam und Hamburg. 2002-2003 Gerichtspraxis in Innsbruck. 2006 „Franz-Gschnitzer-Preis" der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck für die Dissertation „Private Sicherheitsdienste und öffentlicher Raum". 2006 bis 2007 Tutor für Statistik am Masterstudiengang „Internationale Kriminologie" der Universität Hamburg. 2007 bis 2008 freier Mitarbeiter am „Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung" in Hamburg. 2008 bis 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg. Seit 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie.

Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Rechtssoziologie, Methoden der empirischen Sozialforschung, Makrokriminalität, Geschichte der Kriminologie

Teil B

Jugendarbeit in Österreich – Leistungen und Angebote

Kapitel 1: Strukturen der Jugendarbeit in Österreich

1.1 Die außerschulische Jugendarbeit

Eva Häfele

In Österreich wird unter Jugendarbeit generell die außerschulische Jugendarbeit – mit der Betonung auf Aktivitäten in der Freizeit – verstanden. Sie ist auf non-formales und informelles Lernen der Jugendlichen ausgerichtet. Auf allen Ebenen ist sie plural organisiert: bei den Trägern, in den Handlungsbereichen, den Inhalten, Angeboten und Methoden sowie auch bei den Organisationsformen.

Die großen Handlungsfelder der Jugendarbeit sind: verbandliche Jugendarbeit, Jugendinformation und Jugendberatung, Offene Jugendarbeit, Sport- und Freizeitaktivitäten für Jugendliche, institutionelle Jugendarbeit (Kommunen, Länder), Jugendbeteiligung sowie die internationale Jugendarbeit (Jugendaustausch, internationale Treffen, Erfahrungstransfer aus dem Ausland) (Bohn, 2008, S. 25 ff., sowie Thole, 2000, S.23). Jugendarbeit will die Stärken junger Menschen fördern. Ebenso spielt die Präventionsarbeit – Suchtprävention, Gewaltprävention etc. – beziehungsweise die Gesundheitsförderung in der außerschulischen Jugendarbeit eine Rolle.

1. Die Jugendarbeit im staatlichen System – institutionelle und politische Rahmenbedingungen

In Mittel- und Westeuropa können vier Orientierungen der Jugendpolitik unterschieden werden: universalistisch (Skandinavien), schützend (Mitteleuropa mit Österreich), gemeinwesenorientiert (Nordwesteuropa) und zentralistisch (Mittelmeerländer). Die Ziele der mitteleuropäischen Jugendpolitik sind Partizipation (fördernd), Prävention sozialer Probleme (schützend) und soziale Integration (unterstützend). Aus dieser Sicht gilt die Jugend als „verletzlich", also schutzbedürftig, sie ist für die Gesellschaft gleichzeitig „Ressource" und „Problem" (Schizzeroto, 2001, S. 108).

Die Jugendpolitik der Europäischen Union

Durch Österreichs Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist die Jugendpolitik der EU zu einem formativen Element der österreichischen Jugendpolitik geworden. Seit der Veröffentlichung des Weißbuchs der Europäischen Kommission aus dem Jahre 2001 und den darin formulierten Schwerpunkten (Europäische Kommission, 2001, S. 22-24) hat die EU verschiedene Schritte unternommen, um Jugendpolitik in ihrem politischen Rahmenwerk zu verankern. Die aktuellen sind die entsprechenden Bestimmungen im Lissabon-Vertrag und die Jugendstrategie 2010-2018.

Jugendpolitikrelevante Bereiche im Lissabon-Vertrag

Im Lissabon-Vertrag, der am 1. Dezember 2009 beschlossen wurde, wird im Artikel 6 festgehalten, dass die EU für die Durchführung von Maßnahmen zur Unterstützung, Koordinierung oder Ergänzung der Maßnahmen von Mitgliedsstaaten zuständig ist, und dies auch im Bereich „allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport" (Europäische Union, 2008, S. C115/52). Dort geht es konkret um die „Förderung des Ausbaus des Jugendaustausches und des Austausches sozialpädagogischer Betreuer und verstärkte Beteiligung der Jugendlichen am demokratische Leben in Europa" (Europäische Union, 2008, S. C115/120). Im Bereich der beruflichen Bildung wird die Förderung der Mobilität Jugendlicher hervorgehoben (Europäische Union, 2008, S. C115/121).

Auch in anderen Politikbereichen können Verbindungen zur Jugendpolitik hergestellt werden: „Sie (die Union) bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte der Kinder" (Europäische Union, 2008, S. C115/17). Weiters zielt sie darauf ab, „Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen" (Europäische Union, 2008, S. C115/53).

Neue EU-Jugendstrategie 2010-2018

Ende November 2009 hat der EU-Ministerrat eine neue Jugendstrategie unter dem folgenden Titel beschlossen: „ Eine EU-Strategie für die Jugend – Investitionen und Empowerment".

Sie bildet den Rahmen für jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa von 2010 bis 2018. Die konkrete Umsetzung der Strategie ist derzeit in Vorbereitung. Drei übergeordnete Maßnahmen sollen die Situation der europäischen Jugendlichen verbessern: Jugendliche sollen mehr Chancen in der Bildung und in der Beschäftigung eröffnet werden, der Zugang aller Jugendlicher zur Gesellschaft und ihre Teilhabe an der Gesellschaft sollen intensiviert werden, die gegenseitige Solidarität zwischen der Gesellschaft und den jungen Menschen soll gestärkt werden. Die Aktionsbereiche sind: Bildung, Beschäftigung, Kreativität und unternehmerische Initiative, Gesundheit und Sport, Partizipation, soziale Integration, Freiwilligentätigkeit, Jugend und Welt (Kommission, 2009, S. 5-12).

Ein eigenes Kapitel ist der Rolle der Jugendarbeit gewidmet. Es enthält die Forderung nach Aufwertung sowohl der ehrenamtlichen als auch der hauptamtlichen Jugendarbeit, sie betont die wichtige Rolle der Jugendarbeiter/innen zur Umsetzung der Aktionsbereiche und der Ziele. Ehrenamtliche und hauptamtliche Jugendarbeiter/innen sollen gefördert, anerkannt und ausgebildet werden. Die Tätigkeiten der Fachkräfte im Jugendbereich sollen durch europäische Instrumente zertifiziert werden, ihre Mobilität soll verbessert und innovative Dienstleistungen sollen gefördert werden. Außerdem will die Kommission ihre „Analyse der ökonomischen und sozialen Wirkungen der Jugendarbeit" weiter ausbauen (Kommission, 2009, S. 13 ff).

Jugendpolitik als Querschnittsthema

Im Allgemeinen gilt Jugendpolitik als Querschnittsthema aller Politikbereiche. In diesem Sinne ist es Aufgabe der Jugendpolitik, formale, inhaltliche und finanzielle Rahmenbedingungen für die Jugendarbeit zu schaffen. Die Jugendarbeit ihrerseits setzt Inhalte und Zielvorgaben jugendpolitischer Rahmenplanungen um. Zugleich ist sie ein Seismograph für die Bedürfnisse der jungen Menschen und wirkt somit direkt auf die Entwicklung jugendpolitischer Strategien ein. Jugendliche nehmen gesellschaftliche Entwicklungen anders wahr als Erwachsene und verarbeiten sie auch anders. Informelle Formen der Vergemeinschaftung – so genannte „Peer-Groups" – gewinnen unter Jugendlichen immer mehr an Bedeutung, während sie die Bindung an traditionelle und institutionalisierte Formen von Gemeinschaft verlieren. Diese dynamischen Entwicklungen muss die Jugendpolitik wachsam beobachten und darauf reagieren. Gleichzeitig stehen Angebote der Jugendarbeit in Konkurrenz mit einer wachsenden Freizeitindustrie und jugendgerechten, aber kommerziellen Kulturangeboten.

Jugendpolitik auf Bundesebene

Infolge der föderalistischen Struktur Österreichs sind die Kompetenzen in der Jugendpolitik und in der außerschulischen Jugendarbeit zwischen dem Bund und den Bundesländern aufgeteilt. Seit Herbst 2008 wird die Jugendpolitik auf Bundesebene von der Sektion II „Familie und Jugend" im Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ) wahrgenommen. Zu ihren Aufgaben gehört eine „koordinierende, steuernde und im außerschulischen Bereich auch eine impulsgebende Funktion. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die europäische und internationale Jugendpolitik" (BMWFJ, 2009a, S. 7).

Die Förderung der außerschulischen Jugendarbeit durch das Ministerium regelt das Bundes-Jugendförderungsgesetz (Bundesgesetz über die Förderung der außerschulischen Jugenderziehung und Jugendarbeit). Ziel dieses Gesetzes ist "die finanzielle Förderung von Maßnahmen der außerschulischen Jugenderziehung und Jugendarbeit, insbesondere zur Förderung der Entwicklung der geistigen, psychischen, körperlichen, sozialen, politischen, religiösen und ethischen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen" (Bundes-Jugendförderungsgesetz, BGBl. I Nr. 126/2000 vom 29. Dezember 2000). Die darauf basierenden Richtlinien, die seit dem 1. Januar 2009 gültig sind, regeln die Fördervergabe.

Die zuständigen Bundesminister setzten jeweils ihre eigenen Schwerpunkte in der Jugendpolitik – im Jahre 2009 waren das Politische Bildung, Europainformation und Erwerb von Sozialkompetenz; für diese Schwerpunkte gilt, dass sie auf Jugendbeteiligung abzielen, geschlechtergerecht ausgerichtet sind und benachteiligte Bevölkerungsgruppen einbeziehen (BMWFJ, 2009a, S. 8).

Das Jugendportal www.jugendinfo.at, das gemeinsam mit 120 Jugendlichen entwickelt wurde, vermittelt einen Überblick über die Vielfalt der österreichischen Jugendarbeit.

Um Jugendpolitik auch in anderen politischen Handlungsfeldern zu stärken und als ressortübergreifende Querschnittsmaterie zu festigen, entwickeln verschiedene Bundesministerien in ihren Bereichen jeweils eigene Initiativen. Auf nationaler Ebene sind Agenden der Jugendarbeit, neben dem Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ), noch in folgenden Ministerien angesiedelt: im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) mit den Schwerpunkten kulturelle Bildung und Kulturvermittlung für

Jugendliche; im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWF) mit den Schwerpunkten internationale Austauschprogramme und „Lebenslanges Lernen"; im Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK) mit den Initiativen „Jugend und Arbeit", „Boy's Day" und der Förderung der Freiwilligenarbeit; im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) mit jugendrelevanten Themen im Bereich Umweltschutz sowie der Förderung eines zukunftsfähigen Lebensstils der Jugendlichen.

Rolle und Aufgaben der Bundesländer

Die Förderung der außerschulischen Jugendarbeit fällt primär in die Kompetenz der Bundesländer. Das umfasst die Angebote der verbandlichen und der Offenen Jugendarbeit sowie die der Bildungs-, Kultur- und Sportvereine, der Jugendinformationen sowie diverser Fachstellen, die Beratungs- und Hilfeleistungen bereitstellen.

Die erforderliche Abstimmung der Maßnahmen zwischen Bund und Ländern erfolgt im Rahmen der Landesjugendreferentenkonferenzen, in denen auch gemeinsame Projekte entwickelt werden: etwa der Grundkurs für Jugendleiterinnen und Jugendleiter, die ARGE Partizipation und die ARGE Jugendinformation (BMWFJ, 2009a, S. 15). Die ARGE Offene Jugendarbeit, die ähnlich wie die ARGE Jugendinformation über die Landesjugendreferentenkonferenz installiert wurde, trifft sich zweimal im Jahr mit dem Verein bOJA zu einer gemeinsamen Klausur.

Auf Länderebene agieren die jeweiligen Landesjugendreferate (LJR) als zentrale Anlauf- und Servicestelle für Jugendfragen. Ihre Ziele sind in dem Papier „Standortbestimmung der Jugendarbeit in Österreich" (2006) formuliert:

- Erhaltung und Stärkung der Leistungsfähigkeit der verbandlichen Jugendarbeit
- Verstärkung und Verbesserung der Offenen Jugendarbeit und Förderung einer stärker sozialräumlich ausgerichteten präventiven Jugendarbeit (mobile aufsuchende Jugendarbeit, animative Freizeitpädagogik)
- Stärkung des ehrenamtlichen Engagements
- Professionalisierung der Jugendarbeit durch die pädagogische Ausbildung hauptberuflicher Mitarbeiter/innen
- Qualifizierung durch Aus- und Fortbildung von Jugendarbeitern und Jugendarbeiterinnen
- kontinuierlicher Ausbau von Information und Fachberatung
- Verstärkung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Jugendlichen durch Kinder- und Jugendbeteiligungsformen auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene
- Bewusstmachen von Interessen, Bedürfnissen und Problemen der Jugendlichen und Kindern in der Öffentlichkeit, bei politischen Entscheidungsträgern und Medien (Landesjugendreferate, 2006, S. 73-74).

Die Förderungsmaßnahmen der Landesjugendreferate lassen sich zwei Schwerpunkten zuordnen:

- strukturelle Förderungen: Aufbau von Netzwerken innerhalb der Jugendarbeit, Kooperationen mit Schulen, mit der Sozialarbeit, mit Erwachsenenbildung, Sport, Kultur und Wirtschaft. Dadurch sollen die Mitbestimmung der Jugend gestärkt werden;
- finanzielle Förderungen: Schaffung und Sicherung von Infrastruktur für die Jugendlichen, Aufbau und Absicherung der Trägerorganisationen für die Planung und Durchführung von Programmen und Angeboten entsprechend den oben angeführten Zielsetzungen (Landesjugendreferate, 2006, S. 76).

Die Landesjugendreferate unterstützen die Kommunen in der Jugendarbeit nicht nur finanziell, sondern auch mit weiteren Serviceleistungen. So stellt zum Beispiel das Landesjugendreferat Oberösterreich ein eigenes Beratungspaket für Gemeinden, die sich in der Jugendarbeit stärker engagieren möchten, zur Verfügung.

Die Landesjugendbeiräte, die derzeit in allen Bundesländern mit Ausnahme Tirols installiert sind, setzen sich aus Vertreterinnen und Vertretern der verbandlichen Jugendarbeit und in einigen Bundesländern auch aus solchen der Offenen Jugendarbeit zusammen. Sie haben meist eine beratende Funktion in Hinblick auf die jugendrelevante Gesetzgebung.

Die österreichischen Bundesländer haben jeweils eigene Jugendschutzgesetze. Seit Jahren erheben zahlreiche Jugend(schutz)organisationen die Forderung nach einer österreichweit vereinheitlichten Jugendschutzgesetzgebung. Eine gegenseitige Abstimmung der Gesetze erfolgte bisher nur durch die drei Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland. Einige wenige Bundesländer haben ein eigenes Jugendförderungsgesetz, das die Förderrichtlinien festlegt.

In der anschließenden tabellarischen Übersicht werden die Strukturen der Bundesländer in Hinblick auf die Zuständigkeiten in der außerschulischen Jugendarbeit dargestellt. Die Übersicht umfasst auch Vereine und andere Rechtsträger, die im Auftrag der Länder in der außerschulischen Jugendarbeit tätig sind.

Abbildung 1: Zuständigkeiten in der außerschulischen Jugendarbeit

Bundesland	Mitarbeiter/innen in den Jugendreferaten	Jugendgesetze der Bundesländer	Im Auftrag des Landes tätige Vereine	Jugendinfo	Landesjugendbeirat
Wien	14	Wiener Jugendschutzgesetz 2002	ca. 25 Vereine (1000 Mitarbeiter/innen)	Wien-xtra (13 Mitarbeiter/innen)	Landesjugendbeirat (25 Mitglieder)
Burgenland	3	Jugendfördergesetz 2007		Jugendinformation (dem Landesjugendreferat angeschlossen; 1 Mitarbeiter/in)	Landesjugendforum (22 Mitglieder)
NÖ	16	NÖ Jugendgesetz		Jugendinfo NÖ (1 Regionalstelle, 7 Mitarbeiter/innen)	NÖ Jugendrat (35 Mitglieder)
Oberösterreich	24	OÖ Jugendschutzgesetz 2001	Verein 4YOUgend	Jugendservice (dem Landesjugendreferat angeschlossen; 13 Regionalstellen, 14 Mitarbeiter/innen)	Landesjugendbeirat (36 Mitglieder)
Salzburg	5,5	Salzburger Jugendgesetz 1999	Akzente Salzburg (5 Regionalstellen und 35,5 Mitarbeiter/innen)	Jugendinfo Akzente (5 Infopoints)	Landesjugendbeirat mit Vertretungen von Jugendzentren (25 Mitglieder)
Tirol	12	Jugendschutzgesetz 1994	Verein zur Förderung der Gesellschaft	„Info-Eck" (1 Regionalstelle, 9 Mitarbeiter/innen)	Jugendbeirat in Gründung
Steiermark	17	Jugendförderungsgesetz 2004	Dachverband der OJA (4 Mitarbeiter/innen)	„Logo! Infoservice für Junge Leute"	Landesjugendbeirat (23 Mitglieder)
Kärnten	6	Jugendschutzgesetz 1997		Jugendinfo (Dienststelle des Landes)	ARGE Kärtner Jugendverbände (23 Mitglieder)
Vorarlberg	2	Jugendgesetz mit Förderungsbedingungen für die Jugendarbeit	Jugendkarte 360 (3 Mitarbeiter/innen) invo –Service für Kinder- und Jugendbeteiligung (2 Mitarbeiter/innen)	Aha – Tipps und Informationen für junge Leute (2 Regionalstellen, 20 Mitarbeiter/innen)	Landesjugendbeirat (19 Mitglieder mit 4 Vertreter/inne/n der Offenen Jugendarbeit)

Stand: Juli 2009
Quelle: Informationen der Landesjugendreferate; Jugendgesetze: eigene Recherche.

Jugendarbeit auf kommunaler Ebene

In vielen österreichischen Städten und Gemeinden sind die Jugendreferate eine wichtige Schnittstelle zwischen der kommunalen außerschulischen Jugendarbeit sowie anderen kommunalen Einrichtungen und freien Trägern. Da es jedoch österreichweit keine Vorgaben für Standards, Arbeitsbereiche, Angebote etc. gibt, und auch nicht für die Ausbildung der dort tätigen Mitarbeiter/innen, werden deren Aufgaben höchst unterschiedlich gehandhabt. Generell übernehmen Jugendreferate die Verantwortung für die Entwicklung von konkreten Angeboten, Diensten oder Einrichtungen für Jugendliche und agieren als Schnittstellen zu anderen Fachabteilungen oder Diensten der Gemeinde (z.B. der Exekutive). Sie engagieren sich in der Förderung, Beratung und Unterstützung anderer Träger, die Jugendarbeit machen, und schaffen Plattformen, um eine Zusammenarbeit zwischen den Trägern – verbandliche und offene – zu schaffen.

Viele Gemeinden binden in kommunale Planungsprozesse Jugendliche ein, um deren Anliegen und Ideen einfließen zu lassen. Dies betrifft nicht nur den Ausbau jugendrelevanter Infrastruktur (etwa Jugendzentren), sondern beispielsweise auch lokale Mobilitätsprojekte und öffentliche Bauten.

Kommunale Jugendreferate sind verantwortlich für die Errichtung und Pflege der Infrastruktur für Jugendliche. Sie sind in der Berufsorientierung für Jugendliche tätig, engagieren sie sich bei Projekten der Jugendmitbestimmung und organisieren Betreuungsangebote für Jugendliche in den Ferienzeiten.

Exkurs: Jugendforschung in Österreich

Jugendforschung ist eine wichtige Grundlage für die Formulierung der Jugendpolitik und die Entwicklung entsprechender Maßnahmen. Sie dient dazu, die Lage Jugendlicher besser zu verstehen, Entwicklungen und Trends zu analysieren und zu antizipieren.

Auf Bundesebene sind vor allem das BMWFJ, das BMASK und in weiterer Folge das BMUKK und das BMWF Auftraggeber für die Jugendforschung. Auf Grund des Entschlusses des Nationalrates vom 28. September 1988 ist das BMWFJ verpflichtet, in jeder Legislaturperiode einen „Bericht zur Lage der Jugend in Österreich" an das Parlament zu übermitteln (BMWFJ, 2009a, S. 10). Weiters gibt das Bundesministerium die Schriftenreihe „Jugendpolitik" heraus: Hier werden Beiträge von Expertinnen und Experten zur Jugendpolitik sowie Ergebnisse von Jugendumfragen veröffentlicht.

Landesjugendreferate und kommunale Jugendreferate engagieren sich ebenfalls in der Jugendforschung. Einige Jugendorganisationen führen eigene Forschungsprojekte durch. Als Auftragnehmer sind Universitäten und Fachhochschulen, Bildungseinrichtungen im Bereich der Jugendarbeit, halb-öffentliche Einrichtungen und private Forschungseinrichtungen tätig.

Durch das „Institut für Jugendkulturforschung" ist Österreich auch im „European Network of Experts on Youth Knowledge" vertreten. Im „European Knowledge Centre for Youth Policy" (EKCYP) werden über ein Korrespondentennetzwerk jährlich Länderinformationen zur Jugendpolitik und zu Aktivitäten in der Jugendarbeit gesammelt und veröffentlicht.

2. Netzwerke der Jugendarbeit – Jugendinfo.cc und bOJA

Die beiden bundesweiten Netzwerke der Träger von Jugendarbeit sind die Jugendinfo.cc und das Bundesweite Netzwerk Offene Jugendarbeit (bOJA). Sie sind Ansprechpartner für das zuständige Ministerium (derzeit das BMWFJ). Die nationalen Netzwerke wiederum sind über europäische Dachverbände mit anderen Einrichtungen und Netzwerken der Jugendarbeit verbunden und bewerkstelligen so den Know-how-Transfer von der europäischen Ebene in die einzelnen Mitgliedsstaaten.

Jugendinfo.cc – www.jugendinfo.cc

Die Jugendinformation ist bis heute auf nationaler Ebene nicht gesetzlich verankert. Auf EU-Ebene hingegen ist sie eine der vier Prioritäten des Europäischen Weißbuchs „Neuer Schwung für die Jugend" (2001) und gründet sich auf das „Recht auf Information", das sowohl in der Konvention der Menschrechte als auch in der Kinderrechtskonvention verankert ist.

Der Verein ARGE Österreichische Jugendinfos, kurz jugendinfo.cc, wurde im Jänner 2004 als nationaler Zusammenschluss der österreichischen Jugendinfos gegründet und ist Ansprechpartner für alle nationalen Fragen zur Jugendinformation. Er wird von einem Drei-Personen-Vorstand geleitet. Das Tagesgeschäft führt eine Geschäftsführerin mit zwei weiteren Mitarbeiter/innen.

Der Verein jugendinfo.cc als Service- und Koordinationsstelle der österreichischen Jugendinformationsstellen stärkt die Arbeit der Jugendinformation unter anderem durch folgende Aktivitäten: nationale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Aus- und Weiterbildungsangebote,

Durchführung von nationalen Arbeitsgruppen wie z. B. zum Qualitätskriterienkatalog, Koordination und Herstellung der gemeinsamen Printprodukte, Konzeption und Betreuung der gemeinsamen Webplattform www.infoup.at, Koordination der gemeinsamen Datenbanken zu Festivals, Auslandsaufenthalten und Feriencamps.

Weiters werden auf Basis des österreichweiten Statistik-Tools Daten aus allen Jugendinfos analysiert und ausgewertet. Jugendinfo.cc unterstützt gemeinsame Projekte der Jugendinfos in den Bundesländern, wie den nationalen Lehrgang für Jugendinformation, Qualitätsentwicklungsprozesse oder gemeinsame Auftritte bei jugendrelevanten Ereignissen. Unter der Marke infoUP koordiniert der Verein die Publikationen zu österreichweit relevanten Themen wie Ferienjobsuche, jugendliches Reisen oder Auslandserfahrungen von Jugendlichen und betreibt die gemeinsame Informationsplattform www.infoup.at im Internet.

Der Verein jugendinfo.cc wird überwiegend vom BMWFJ finanziert.

Über die beiden europäischen Netzwerke ERYICA und Eurodesk ist der Dachverband auch in Beratungen zur europäischen Jugendpolitik eingebunden. jugendinfo.cc ist Mitglied im Europäischen Dachverband der Jugendinformation ERYICA (European Youth Information and Counselling Agency). Der Verein ist auch die österreichische Nationalagentur für das Informationsprogramm Eurodesk, das von der Europäischen Kommission und dem BMFWJ gefördert wird (Eurodesk, 2009). Jugendinfo.cc organisiert und koordiniert die Teilnahme einzelner Jugendinfos an europäischen Projekten wie z.B. „Meet the Street", „A better Youth Information for New Times" oder an der Arbeitsgruppe „Standards for Online Youth Information".

Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit – www.boja.at

„bOJA – Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit" (Arbeitsgemeinschaft Offene Jugendarbeit, soziokulturelle Einrichtungen und Initiativgruppen) ist 2008 auf der Grundlage eines Vernetzungsprojekts entstanden. Der Vorstand besteht aktuell aus 16 Vorstandsmitgliedern aus allen Bundesländern. Gemäß den Statuten sind 18 Vorstandsmitglieder möglich – zwei pro Bundesland. Die Vorstände haben einen starken Praxisbezug zur Offenen Jugendarbeit. Für das bundesweite Netzwerk gibt es derzeit noch keinen gesetzlichen Auftrag.

bOJA ist das Kompetenzzentrum für Offene Jugendarbeit in Österreich. Der Verein ist die Service- bzw. Vernetzungsstelle und Fachstelle für die Qualitätsentwicklung. Er vertritt die Offene Jugendarbeit in Österreich auch auf europäischer und internationaler Ebene.

Als Servicestelle richtet sich bOJA beratend an die Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit in Österreich, an Jugendarbeiter/innen, die im Handlungsfeld der Offenen Jugendarbeit tätig sind, sowie an Vertreter/innen aus Politik und Verwaltung in allen Fragen, die Offene Jugendarbeit betreffen.

Als Vernetzungsstelle agiert bOJA für die Landesjugendreferate in den Bundesländern, für die Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit (auch international) sowie für Einrichtungen und Personen aus angrenzenden Handlungsfeldern. Weiters vernetzt sie die Offene Jugendarbeit mit Menschen aus Wissenschaft und Forschung.

bOJA ist das Sprachrohr für das Handlungsfeld der Offenen Jugendarbeit mit dem Ziel, deren Themen und die Anliegen und die ihrer jugendlichen Nutzer/innen im jugendpolitischen Diskurs zu stärken. Nach außen bedeutet dies: „sichtbar machen und Akzeptanz schaffen"; nach innen heißt das: „die Qualität in der Offenen Jugendarbeit weiterentwickeln".

Partizipation ist der Grundsatz dieses bundesweiten Netzwerkes: Das bedeutet Einbindung der Mitglieder in die Strategieentwicklung, weiters die persönliche Betreuung und die Serviceorientierung. Die Serviceleistungen werden auch Partnern aus anderen jugendnahen Bereichen angeboten. Auf Bundesebene ist bOJA in verschiedene Arbeitsgruppen und Vernetzungsgremien eingebunden. Mit den Jugendreferaten der Bundesländer kooperiert das Netzwerk über Arbeitsgruppen und die ARGE Offene Jugendarbeit der Landesjugendreferentenkonferenz.

Das bundesweite Netzwerk hat es sich zur Aufgabe gemacht, gemeinsam Standards und Leitlinien zu diskutieren, die Qualitätssicherung der Einrichtungen vor Ort zu unterstützen sowie Themen der Jugendlichen in die Jugendpolitik einzubringen.

Als eines der beiden nationalen Netzwerke für Jugendarbeit ist bOJA in der Strategiegruppe „Jugendpolitik" des zuständigen Ministeriums (BMWFJ) vertreten. Der Verein erhält eine Projektförderung durch das Ministerium und schafft weitere Einnahmen durch seine Dienstleistungen.

bOJA ist aktives Mitglied im internationalen Dachverband ECYC – European Confederation of Youth Clubs, der Interessensvertretung von „Open youth work" im europäischen Raum.

3. Die Österreichische Bundesjugendvertretung (BJV) – www.jugendvertretung.at

Die Österreichische Bundesjugendvertretung (BJV) ist die gesetzlich eingerichtete Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche in Österreich. Sie hat derzeit 49 Mitgliedsorganisationen. Diese sind Kinder- und Jugendorganisationen sowie die Bundesschüler/innenvertretung, die Österreichische Hochschülerschaft, die Landesjugendbeiräte, die Volksgruppenbeiräte sowie auch Vereine der Offenen Jugendarbeit. Die Bundesjugendvertretung übernimmt auch Aufgaben der Vernetzung der bundesweit agierenden verbandlichen Kinder- und Jugendorganisationen.

Diese in der BJV vertretenen Kinder- und Jugendorganisationen haben sich zu einem eigenen Verein „Österreichische Kinder- und Jugendvertretung" zusammengeschlossen. Der Verein wiederum dient als Geschäftsstelle der Bundesjugendvertretung. Die Geschäftsstelle hat einen Geschäftsführer und vier weitere Mitarbeiter/innen.

Die gesetzliche Basis ist das Bundes-Jugendvertretungsgesetz (B-JVG) vom 1. Jänner 2001. In diesem Gesetz werden für die Jugendarbeit und ihr politisches Verständnis wichtige Begriffsklärungen vorgenommen: Als Jugendliche gelten alle jungen Menschen bis zur Vollendung ihres 30. Lebensjahres [§ 2 (1) B-JVG]; als Jugendorganisationen gelten freiwillige Vereinigungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, deren Mitglieder vorwiegend Jugendliche sind, denen gesamtösterreichische Bedeutung zukommt und deren Hauptzweck die Vertretung und Förderung der Interessen von Jugendlichen ist [§ 2 (2) B-JVG].

Die Bundesjugendvertretung als Lobbying-Einrichtung und Sprachrohr der Jugendlichen ist den Sozialpartnern gleichgestellt. Im Gesetz werden auch die zahlreichen Wirkungs- und Aufgabenbereiche der Bundesjugendvertretung angeführt: Diese reichen von der Interessenvertretung der Jugendlichen gegenüber der Bundesregierung über die Beratung der Bundesregierung durch Stellungnahmen zu jugendrelevanten Gesetzen bis zu Vorschlägen für Maßnahmen von jugendpolitischer Bedeutung und Förderempfehlungen für größere Projekte [§ 6 B-JVG].

Seit 2001 hat sich die BJV für politische Entscheidungsträger/innen und Verantwortliche in den zuständigen Ministerien, für die Medien und für eine breitere Öffentlichkeit zu einem wichtigen Ansprechpartner in Sachen Jugendpolitik entwickelt. Zahlreiche Projekte und Kampagnen machen die BJV zu einer erfolgreichen Lobby-Organisation für Kinder und Jugendliche. Einer der wichtigsten Erfolge war die Wahlaltersenkung auf 16 Jahre, für die sich die BJV mehrere Jahre eingesetzt hatte und die 2007 beschlossen wurde.

Mittels Presse- und Öffentlichkeitsarbeit kommuniziert die BJV ihre Anliegen an die politischen Entscheidungsträger/innen und an Multiplikator/innen in der Kinder- und Jugendarbeit. Für spezielle Projekte werden die Zielgruppen auch ausgeweitet: Beispielsweise wurden mit den Kandidat/inn/engesprächen unter dem Titel „ausgequetscht" im Vorfeld der Nationalratswahl 2008 Jung- und Erstwähler/innen angesprochen. Auch die Kampagne „alle anders – alle gleich" richtete sich an junge Menschen ab 16 Jahren.

Der Internetauftritt der BJV erfolgt über www.jugendvertretung.at sowie eigene Websites zu einzelnen Kampagnen und Projekten. Die Website jugendvertretung.at ist mit allen Homepages der Mitgliedsorganisationen sowie anderen BJV-Netzwerken verlinkt. Mit dem Newsletter erreicht die BJV mehr als 600 jugendpolitische Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Die Bundesjugendvertretung ist Mitglied des „Europäischen Jugendforums" und vertritt damit Österreich auf europäischer Ebene.

4. Jugendarbeit und Gesellschaft – der gesellschaftliche Stellenwert

„Kinder- und Jugendarbeit ist Teil der jeweiligen regionalen und städtischen Infrastruktur ... Sie gehört zur sozialen Kultur in modernen Gemeinwesen und Lebensräumen und ist damit Bestandteil der Gesellschaft. Und darin ist sie verankert und darin agiert sie", konstatiert Universitätsprofessor Werner Thole (Thole, 2004, S. 104), Experte für außerschulische Bildung und Soziale Arbeit an der Universität Kassel.

Jugendarbeit wird im allgemeinen Verständnis vielfach mit verbandlicher Jugendarbeit gleichgesetzt, also mit den Aktivitäten vertrauter Organisationen wie der Pfadfinder, der Katholischen Jugend, des Roten Kreuzes, der Blasmusik usw. Im Fachdiskurs und in den Fachöffentlichkeiten jedoch sind die Offene Jugendarbeit und auch die Jugendinformationen durchaus als eigene Größen präsent. Sie genießen dort auch einen hohen Stellenwert. Auch in den Print-Medien finden die Aktivitäten der verbandlichen Jugendarbeit die größte Aufmerksamkeit. Die Offene Jugendarbeit und ihre Angebote sind meist auf lokale und regionale Medien beschränkt. Die Jugendinformationen werden ebenfalls in erster Linie von den regionalen Medien wahrgenommen. Größere nationale und inter-

nationale Aktivitäten, etwa die „Europäischen Jugendwochen", finden freilich auch in den überregionalen Medien, die Jugendliche als eine Zielgruppe haben (etwa der Radiosender FM4), ein Echo.

Der Stellenwert der Jugendarbeit auf Bundesebene

Will man beurteilen, welcher Wert der Jugendarbeit auf Bundesebene beigemessen wird, so ist eine Unterscheidung zwischen Politik und Verwaltung sinnvoll. Von politischer Seite wurde bisher kein langfristiger Plan für Jugendpolitik und –arbeit entwickelt. Die Ressortierung der Jugendpolitik ändert sich von einer Legislaturperiode zur anderen. Die Bundesjugendvertretung, Jugendinfo.cc und das Bundesnetzwerk Offene Jugendarbeit werden zwar finanziell unterstützt, aber eine systematische Vorgangsweise in Hinblick auf Herausforderungen der Jugendarbeit lässt sich in der Bundespolitik nicht wirklich erkennen. Andererseits sorgen engagierte und kompetente Verantwortliche in der Verwaltung für eine gewisse Kontinuität und Stetigkeit, die bisher auch die häufigen Ressortwechsel überdauert hat.

Der Stellenwert der Jugendarbeit in den Bundesländern

Zu den Bundesländern kann nur ein sehr uneinheitliches Bild gezeichnet werden. Alle Bundesländer haben eigene Jugendreferate bzw. Jugendabteilungen, die auch entsprechend personell besetzt sind. Jugendinformationsstellen gibt es mittlerweile in allen Bundesländern. Auch die Offene Jugendarbeit hat in ganz Österreich ihren festen Platz. Auf Landesebene ist sie rechtlich allerdings kaum verankert, das heißt, es gibt keinen rechtlichen Anspruch auf ihre Leistungen und es fehlen auch länderübergreifende fachliche Grundlagen und Standards. Sie ist deswegen gegenüber der verbandlichen Jugendarbeit von Bundesland zu Bundesland verschieden gewichtet. Diese Gewichtung spiegelt sich beispielsweise in der Zusammensetzung des Jugendbeirats im jeweiligen Bundesland wider. Denn diese Zusammensetzung zeigt nicht nur, was alles zur Jugendarbeit gezählt wird, sondern auch das Gewicht der Offenen Jugendarbeit im Vergleich zur verbandlichen.

Der Stellenwert der Jugendarbeit auf kommunaler Ebene

Auch hier zeigt sich ein höchst differenziertes Bild, das keine allgemeine Beurteilung des Stellenwertes zulässt. Die meisten größeren Kommunen in Österreich verfügen inzwischen über Jugendreferate oder Jugendabteilungen. Diese sind oft den Aufgabenbereichen Familien, Bildung oder Sport zugeordnet. Jugendstadträte oder Gemeinderäte gibt es nur in wenigen Kommunen; davon hängt es auch ab, ob es einen eigenen kommunalen Jugendausschuss gibt oder nicht. Die Ausgaben der Gemeinden für Jugendarbeit sind ebenfalls nicht vergleichbar, da sie von der Bevölkerungsgröße, bestehenden Trägerstrukturen und finanziellen Ressourcen abhängig sind. Hier wäre sicherlich eine österreichweite Erhebung über politische Repräsentanz, zuständige Abteilungen, Personal, Arbeitsbereiche und finanzielle Ressourcen hilfreich, damit verlässliche Aussagen über die Jugendarbeit und deren Stellenwert auf kommunaler Ebene gemacht werden können.

5. Die Ressourcen – Was die Jugendarbeit bewegt

Ressourcen können sowohl finanzieller als auch personeller Natur sein. Die Finanzierung der Jugendarbeit in Österreich erfolgt zum Großteil durch die öffentlichen Hände. Die meisten Einrichtungen der Jugendarbeit sind Non-Profit-Organisationen, sie erwirtschaften nur einen geringen Teil der jährlichen Budgets selber. Finanzierungssicherheit ist daher ein wichtiges Thema sowohl für kleinere als auch für größere Einrichtungen. Mit Angestellten, Mieten und Betriebskosten fallen hohe monatliche und jährliche Fixkosten an.

Finanzielle Ressourcen der Jugendarbeit

So vielfältig wie die Jugendarbeit sind ihre Finanzierungsquellen. Grundsätzlich kann zwischen drei großen Einnahmequellen unterschieden werden:

- Eigenmittel: Eigenleistungen durch ehrenamtliche Mitarbeiter/innen und Funktionär/innen, eingebrachtes Geldkapital, Sachwerte (z.B. Computer, Werkzeuge, Fahrzeuge etc.);
- Eigenfinanzierung: Einnahmen aus Veranstaltungen, Aktivitäten und Projektarbeiten, Mitgliedsbeiträgen, Spenden, Sponsorenleistungen;
- Fremdfinanzierung: Subventionen (EU, Bund, Länder, Kommunen), Finanzierung durch die Träger (z.B. politische Parteien, kirchliche Träger).

Die Finanzierung durch die öffentlichen Hände liegt in Österreich im europäischen Vergleich ziemlich hoch: Ungefähr 43 % der Gesamtausgaben in der Jugendarbeit werden durch Bund, Länder und Gemeinden abgedeckt. Dadurch werden die öffentlichen Körperschaften zur Hauptquelle der Finanzierung (Bohn, 2008, S. 8).

Die finanzielle Beteiligung des Bundes kommt überwiegend in der verbandlichen Jugendarbeit zum Tragen. Für Jugendarbeit auf Landesebene oder im operativen Bereich auf kommunaler Ebene werden nur wenige Förderungen des Bundes – wenn, dann meist nur projektbezogen – bereitgestellt. Für die Offene Jugendarbeit werden seitens des Bundes meist nur einmalige Zuschüsse zu punktuellen Maßnahmen geleistet (BMGFJ, 2007, S. 28).

Der Gesamtaufwand des Bundes für Jugendarbeit ist schwer zu eruieren, da Jugendarbeit eine Agenda mehrerer Ministerien ist und sie dort zudem oft als Querschnittsmaterie gehandhabt wird. Eine genaue Zurechnung der gesamten für Jugendarbeit aufgewendeten Mittel, die auch für einen internationalen Vergleich taugen würde, ist deshalb allein auf der Basis vorhandener Budgetzahlen nicht möglich. Erforderliche Detailrecherchen würden den Rahmen dieses Beitrages sprengen.

Die neun Bundesländer hatten im Jahr 2009 insgesamt folgende Beträge für die Jugendarbeit budgetiert.

Jugendreferate	EUR 53.973.000
Jugendinformation	EUR 2.464.500
Angeschlossene Vereine	EUR 5.130.000
Jahresbudgets Jugendarbeit 2009	EUR 61.567.500

Die Zahlen wurden von den Jugendreferaten der Bundesländer zur Verfügung gestellt. Leider liegt keine Aufschlüsselung der Ausgaben nach Subventionsempfängern vor. Die Ausgaben der Städte und Gemeinde für Jugendarbeit sind quantitativ schwer zu erfassen.

Österreichweit stehen keine Zahlen zur Verfügung, zumal auch die Ausgaben für Jugendarbeit von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlichen Budgetposten zugeteilt sind. Zu den Finanzierungsbereichen auf kommunaler Ebene zählen:

- Finanzierung der (stadt- oder)gemeindenahen Jugendvereinen oder von Jugendbeschäftigungsprojekten etc.
- Unterstützung des Handlungsfelds Offene Jugendarbeit und angrenzender Bereiche wie aufsuchende Jugendarbeit, mobile Jugendarbeit, Streetwork etc.
- Unterstützung der verbandlichen Jugendarbeit
- Bereitstellung städtischer Infrastruktur (Sport- und Spielplätze, Skater-Parks, Fun-Parks,)
- Jugendveranstaltungen
- Vergünstigungen für Jugendliche (beim Transport, bei der Nutzung kommunaler Infrastruktur und ähnlichem)
- Ferienaktionen für Kinder und Jugendliche.

Auch die Europäische Union leistet einen finanziellen Beitrag zur Jugendarbeit durch die Finanzierung von „Youth in Action" und anderen Projekten.

Die personellen Ressourcen der Jugendarbeit

In beiden Bereichen – der Freiwilligenarbeit und der bezahlten Erwerbsarbeit – werden heute gleich hohe Anforderungen an die Qualität der Jugendarbeit und damit an eine laufende Qualifikation der freiwilligen und der entlohnten Mitarbeiter gestellt.

Freiwilligenarbeit

Freiwilligenarbeit und hauptberufliche bezahlte Erwerbsarbeit durch Fachkräfte spielen beide eine zentrale Rolle in der Jugendarbeit. Ein freiwilliges Engagement von Jugendlichen und Erwachsenen ist für viele Jugendorganisationen und -gruppen existenznotwendig.

Freiwilligenpolitik ist im Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz angesiedelt. Seit 2001 verfolgt Österreich eine engagierte Freiwilligenpolitik und sorgt für gute Rahmenbedingungen beim Einsatz von Freiwilligen. Gemeinsam mit Organisationen und Plattformen werden Projekte und Maßnahmen zur Unterstützung des freiwilligen Engagements auf Bundesebene realisiert (BMASK, 2009b). Besonders das Engagement junger Menschen genießt in der österreichischen Politik und in der Gesellschaft einen hohen Stellenwert: So können Jugendliche zum Beispiel über die Website www.aktivwerden.at (seit November 2008) mittels eines Selbsttestes eine passende Organisation oder Aktivität finden. Das österreichische Jugendportal www.jugendinfo.at informiert ebenfalls über zahlreiche Möglichkeiten für freiwillige Tätigkeiten, unter anderem über das Freiwillige Ökologische und das Freiwillige Soziale Jahr.

Auch auf Landesebene wird der Förderung des Freiwilligenengagements von Jugendlichen sehr viel Aufmerksamkeit entgegengebracht und werden entsprechende Ressourcen bereit gestellt. Die Förderungsmaßnahmen der Landesjugendreferate unterstützen das ehrenamtliche Engagement der Mitarbeiter/innen in den Jugendorganisation und Jugendgruppen. Aktionen wie „Jugend vor den Vorhang" (Vorarlberger Landesregierung, 2009) rücken das vielfältige Engagement der Jugendlichen in den Vordergrund.

Insgesamt leisten 3,02 Millionen Personen ab 15 Jahren in Österreich Freiwilligenarbeit (Statistik Austria, 2008, S. 18). Wird diese Gesamtzahl weiter aufgeschlüsselt, so zeigt sich, dass 7 % der 15- bis 19-Jährigen und 8,1 % der 20- bis 24-Jährigen ehrenamtlich tätig sind. Dabei liegt der Anteil der männlichen Jugendlichen geringfügig höher als der der weiblichen. Mehr als die Hälfte interessiert sich für Arbeit mit anderen Kindern und Jugendlichen, über 40 % für die Bereiche Sport, Umwelt und Natur, Tierschutz, soziale Dienste und Katastrophenschutz (Mehrfachnennungen waren möglich) (Zuba, 2004, S. 7). In einer aktuellen Untersuchung zur Freiwilligenarbeit in Österreich wird auch sehr detailliert auf rechtliche Fragen und die soziale Absicherung der Freiwilligen eingegangen (BMASK, 2009a).

Die Jugendlichen sind auch im Freiwilligenbereich die Trendsetter: Sie bevorzugen zunehmend kurzfristige Engagements, die im Einklang mit der individuellen Lebensphase stehen; es herrscht der Wunsch, eigene Ideen und Projekte einzubringen und sich dabei auch für das Berufsleben Qualifikationen und Kompetenzen zu erwerben. Die von Jugendlichen gewünschte Dauer der Freiwilligenarbeit liegt bei durchschnittlich drei Monaten pro Einsatz (Zuba, 2004, S. 4). Gewünscht werden folgende Rahmenbedingungen: volle soziale Absicherung (73 %), „angemessene finanzielle Abgeltung" (46 %), d.h. Spesenersatz und Aufwandsentschädigung, fachliche pädagogische und persönliche Begleitung (42 %), Gewährung der Familienbeihilfe (33 %) und Fahrtermäßigungen (30 %) (Zuba, 2004, S. 11). Die meisten Freiwilligenorganisationen müssen sich heute stark engagieren, um ausreichend Personen zu gewinnen.

Wir haben es also in der Jugendarbeit unter dem Gesichtspunkt von Hauptamt und Freiwilligkeit mit einem vielfältigen Bild zu tun: Bei den Jugendinformationen überwiegt hauptamtliche Tätigkeit. In der Offenen Jugendarbeit ist die Situation von Bundesland zu Bundesland verschieden, doch gibt es mehr Hauptamtliche als Freiwillige. In der verbandlichen Jugendarbeit dominiert die Tätigkeit von Freiwilligen.

Bezahlte Erwerbsarbeit in der Jugendarbeit

In den verbandlichen Jugendorganisationen ist entlohntes Personal in erster Linie für die Beratung und Unterstützung der Freiwilligen zuständig, organisiert Fortbildungsmaßnahmen, setzt die Öffentlichkeitsarbeit um, gewinnt neue Freiwillige und vertritt den Verein oder die Organisation nach außen. Die Hauptlast der Arbeit wird bis heute von Freiwilligen getragen.

In den Handlungsfeldern der Offenen Jugendarbeit hingegen sind mehrheitlich hauptberuflich tätige Personen im Einsatz, die über unterschiedlichste Grundqualifikationen verfügen. Neben einschlägigen Ausbildungen in den Bereichen Jugendarbeit sowie Jugend-, Freizeit und/oder Sozialpädagogik, gibt es auch Psycholog/innen, Pädagog/innen und Sozialarbeiter/innen, die als Jugendarbeiter/innen tätig sind. Die Offene Jugendarbeit ist auch für „Quereinsteiger/innen" mit einer branchenfremden Grundausbildung attraktiv.

In der Offenen Jugendarbeit ist grundsätzlich ein starker Trend zur hauptamtlichen Tätigkeit festzustellen. Denn Offene Jugendarbeit ist heute nicht mehr nur „Freizeitgestaltung". Sie nimmt vielmehr wachsende sozialpolitische Herausforderungen auf, wie sie übrigens auch in vielen Fällen von den Geldgebern formuliert werden. Das bedarf fachlich kompetenter hauptamtlicher Mitarbeiter/innen, die zielgruppenadäquate Lösungen entwickeln.

Allerdings sind auch hier von Bundesland zu Bundesland größere Unterschiede festzustellen: In Wien sind ausschließlich hauptamtliche Personen in der direkten Arbeit mit Jugendlichen tätig; in Oberösterreich gibt es zahlreiche Jugendtreffs und Jugendzentren, die ausschließlich auf Basis von freiwilliger Arbeit geführt werden. Zusammenfassend kann aber festgehalten werden, dass Jugendarbeit nicht nur auf Freiwilligenarbeit aufbauen kann. Es braucht bezahlte Fachkräfte, die für Kontinuität und die qualitative Weiterenwicklung in den Handlungsfeldern stehen, und die den wandelnden und wachsenden Herausforderungen und Erwartungen an Jugendarbeit als soziales Handlungsfeld Rechnung tragen.

Ein Blick auf die Zahlen der in der gesamten Jugendarbeit tätigen freiwilligen und bezahlten Mitarbeiter/innen ergibt das folgende Bild:

- Insgesamt sind 7.300 Jugendarbeiter/innen in 203 Einrichtungen beschäftigt. Die durchschnittliche Anzahl der bezahlten Mitarbeiter/innen liegt bei 12 pro Einrichtung: ein Drittel der Mitarbeiter/innen erhält einen Lohn.
- Der Anteil der bezahlten Jugendarbeiter/innen in der Offenen Jugendarbeit ist höher als in den Jugendverbänden. 5 % der Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit haben keine bezahlten Mitarbeiter/innen, bei den Verbänden sind 35 % ohne bezahlte Mitarbeiter/innen.
- 53 % der Jugendeinrichtungen beschäftigen ausschließlich bezahlte Mitarbeiter/innen.
- 60 % der Jugendeinrichtungen haben eine höhere Anzahl bezahlter weiblicher als männlicher Mitarbeiter/innen (Bohn, 2008, S. 57).

Qualifizierung der Jugendarbeiter/innen

Der Aus- und Weiterbildung sowohl der freiwilligen als auch der hauptamtlich tätigen und entlohnten Mitarbeiter/innen in der Jugendarbeit wird auf Bundes- und Landesebene viel Aufmerksamkeit gewidmet. Fast alle Bundesländer bieten über die Landesjugendreferate oder ihnen nahe stehende Träger eigene Lehrgänge an – vom mehrmonatigen Grundkurs bis zu mehrsemestrigen Hochschullehrgängen. Sehr viele Verbände bieten umfangreiche interne Weiterbildungsangebote für ihre Mitglieder an.

Qualifizierungsangebote in der verbandlichen Jugendarbeit

Der Großteil der Aktiven in der verbandlichen Jugendarbeit sind nach wie vor die Freiwilligen. Die Anforderungen an die hauptamtlich wie an die freiwillig Tätigen sind vielfältig und höchst komplex: Schlüsselqualifikationen wie pädagogische Kompetenz, Personalführung, Kenntnisse des Vereinsrechts und z.B. des Gewerbe- und Veranstaltungsrechtes sowie finanztechnische Kenntnisse sind erforderlich. Dazu kommt die hohe Verantwortung für Werbung, Betreuung und Personalführung der Freiwilligen.

Viele verbandliche Jugendorganisationen bieten ihren Freiwilligen eigene Ausbildungen oder Lehrgänge an. Die Palette reicht dabei von Gruppenleitung über Spezialisierung auf bestimmte Themen bis hin zu umfassenden Trainer/innen-Ausbildungen. Einige Angebote für Freiwillige werden im Rahmen des Programms aufZAQ! auch zertifiziert (aufZAQ, 2009).

Auf Bundesebene wurden für die Aus- und Weiterbildung der Jugendarbeiter/innen einheitliche Kriterien entwickelt und im „Leitfaden zur Entwicklung von Lehrgängen für Freiwilligen-Begleiter/innen, Freiwilligen-Koordinator/inn/en und Freiwilligen-Manager/innen" (BMASK, 2009c) festgeschrieben.

Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich der Jugendinformationen

In der Jugendinformation sind derzeit in Österreich rund 80 Mitarbeiter/innen – meist in Teilzeit – beschäftigt. Ehrenamtliche Mitarbeiter/innen sind in der Jugendinformation eher selten anzutreffen, vermehrt gibt es aber Jugendliche, die sich an Projekten der Jugendinfos beteiligen und als Info-Peers oder ähnliches ihren Beitrag leisten. Derzeit gibt es in Österreich noch keine offiziell anerkannte Ausbildung im Bereich Jugendinformation. Der Verein jugendinfo.cc veranstaltet daher in Kooperation mit dem zuständigen Ministerium BMWFJ etwa alle zwei Jahre einen „Grundkurs Jugendinformation", der aus fünf Modulen besteht und durch ein Praxisprojekt ergänzt wird. Da die Personalfluktuation in der Jugendinformation durch die hohe Teilzeitrate erheblich ist, gibt es laufend Bedarf an diesem Grundkurs.

Qualifizierungsmaßnahmen in der Offenen Jugendarbeit

Die Fähigkeit von Jugendarbeiter/innen, mit den Jugendlichen in Beziehung zu treten, ist das zentrale Handlungselement der Offenen Jugendarbeit. Die Offene Jugendarbeit in Österreich ist multiprofessionell besetzt: Es gibt Quereinsteiger/innen ebenso wir Psycholog/inn/en, Sozialarbeiter/innen, Pädagog/inn/en, Sozialpädagog/inn/en und Menschen, die einen der Jugendleiter-Kurse in einem der Bundesländer absolviert haben. Sie sind zum Großteil hauptberuflich tätige und bezahlte Fachkräfte und arbeiten in unterschiedlichsten Dienstverhältnissen – Vollzeit, Teilzeit, als freie Dienstnehmer/innen und als Werkvertragsnehmer/innen. Über die absolute Zahl freiwillig Aktiver in der Offenen Jugendarbeit gibt es keine Angaben, ebenso wenig wie über die Anzahl der hauptamtlich Tätigen und die Zahl der Stellenprozente. Die Qualifizierungsangebote für Mitarbeiter/innen in der Offenen Jugendarbeit werden großteils von den Landesjugendreferaten in Zusammenarbeit mit Bildungsträgern organisiert. Die Curricula und die Dauer sind aber höchst unterschiedlich.

Das EU-Projekt „Jugend in Aktion" fördert Aus- und Weiterbildung und bietet vielseitige Trainingsmöglichkeiten für Personen, die in der Jugendarbeit tätig sind. Diese Ausbildungen finden in der gesamten EU statt (Jugend in Aktion, 2009).

6. Handlungsfelder der Jugendarbeit in Österreich

Vielfalt der Jugendarbeit – Chance und Herausforderung

Das Handlungsfeld der Jugendarbeit bewegt sich im Spannungsfeld zwischen fehlendem wissenschaftlichem Theoriegebäude und einer hohen Praxisorientierung der in der Jugendarbeit tätigen Personen – seien diese nun freiwillig oder bezahlt. Was gemacht wird, wie es gemacht wird und auf welcher Grundlage Jugendarbeit gemacht wird, richtet sich nach den Bedürfnissen der Jugendlichen und den Ansprüchen und Absichten der Trägerorganisationen.

Theoretische Grundlage der Jugendarbeit

Ein Überblick über die theoretischen Grundlagen der Jugendarbeit seit den 1980er Jahren zeigt deren vielfältige Ansätze (Thole, 2000, S. 9): Der „sozialraumorientierte Ansatz" bezieht sich auf die örtliche, regionale und institutionelle Struktur eines Ortes, an dem die Jugendlichen agieren und interagieren. Der „cliquenorientierte Ansatz" bezieht sich auf die

Clique als zentrale Sozialisationsagentur für Jungen und Mädchen; Ausgangspunkt dieses Ansatzes ist die Auflösung sozialer Milieus und eines Funktionsverlustes von Familien und sozialen Institutionen (Deinet, 2000, S. 13). Im „mehrdimensionalen Ansatz" werden unterschiedliche Angebote (offene wie zielgruppenspezifische) und Theorien miteinander verbunden.

Die Träger der Jugendarbeit

Die meisten Träger der Jugendarbeit sind in mehreren Arbeitsfeldern aktiv, setzen unterschiedliche Schwerpunkte und wählen unterschiedliche Methoden zur Erreichung der Jugendlichen. Sie spiegeln die Breite der zivilgesellschaftlichen Akteure wieder: Diese reichen von örtlichen – zum Teil von Jugendlichen selbst organisierten – Vereinen bis zu bundesweit und international agierenden Akteuren. Das können die folgenden Organisationen und Einrichtungen sein:

- öffentliche Trägerschaften: Kommunen, Länder, Bund
- private Träger (freie Träger): Vereine, soziale Träger/Einrichtungen, selbstverwaltete Jugendvereine
- kirchliche Träger (freie Träger): Kirchen, kirchliche Werke, alle anerkannten Religionsgemeinschaften
- parteipolitische Träger: Jugendverbände der politischen Parteien.

Aus Gründen der Finanzierungsrichtlinien der öffentlichen Körperschaften sind private Träger, vor allem Vereine, in der Jugendarbeit sehr stark vertreten.

Verbandliche Jugendarbeit

Die verbandliche Jugendarbeit ist die älteste, am stärksten etablierte und auch in der öffentlichen Meinung am besten verankerte Form der Jugendarbeit. Zur verbandlichen Jugendarbeit gehören die traditionellen Jugendverbände wie Pfadfinder, Kinderfreunde, Katholische Jugend, die Muslimische Jugend Österreichs, die Landjugend, die Gewerkschaftsjugend oder Jugendsektionen großer nationaler Vereine, wie z.B. des Österreichischen Alpenvereins sowie die parteipolitischen Jugendorganisationen wie Junge Volkspartei, Sozialistische Jugend oder der Ring Freiheitlicher Jugend. Das Spektrum der verbandlichen Jugendarbeit ist breit gefächert.

Die Vereine haben meist bestimmte weltanschauliche Ziele und Wertvorstellungen, die auch in den Vereinsstatuten verankert sind. In den verbandlichen Organisationen treffen sich Kinder und Jugendliche üblicherweise regelmäßig in Gruppen. Die Vereine entwickeln Angebote und Aktivitäten, die die Jugendlichen bei der Herausforderung, „erwachsen zu werden", unterstützen sollen. Stärken und Kompetenzen der Jugendlichen (wie z.B. Teamfähigkeit und soziale Verantwortung) werden in der Gemeinschaft mit anderen ganzheitlich gefördert. Auch die Förderung des gesellschaftspolitischen Engagements stellt in den verbandlichen Organisationen einen Schwerpunkt dar. Bei der Umsetzung der Aktivitäten sind Freiwilligkeit, altersgerechte Partizipation und Peer-Group-Arbeit wesentliche Faktoren.

Zur Bandbreite der Aktivitäten gehören bei vielen verbandlichen Kinder- und Jugendorganisationen auch bilaterale Projekte und internationale Vernetzungen mit Schwester- und Dachverbänden. Zur verbandlichen Jugendarbeit gehören auch jene Vereine und Verbände, die kommunal verankert sind. Angesichts der oft detailreichen inneren Gliederung vieler Kinder- und Jugendorganisationen – zum Beispiel nach Altersgruppen, Fachbereichen oder nach Regionen – können die obigen Beispiele nur die allerwesentlichsten Merkmale beschreiben.

Jugendinformationen

Das Motiv für die Schaffung von Jugendinformationsstellen bezieht sich auf die „Erklärung der Menschenrechte", wonach für selbstbestimmtes Handeln und die aktive Teilhabe an der Gesellschaft der Zugang zu Information und das Wissen um Alternativen und Optionen unverzichtbar sind. In Österreich entstanden die meisten Jugendinformationseinrichtungen Ende der 1980er Jahre. Die Jugendinformation ist also in Österreich ein seit bald 20 Jahren verankerter Teil der Jugendarbeit. Auf regionaler Ebene sind die Strukturen sehr unterschiedlich, sowohl was die Jugendinformation an sich als auch was die Beteiligung von Fachstellen an jugendpolitischen Prozessen betrifft.

Die Jugendinfos bieten in ganz Österreich kostenlose und zielgruppengerechte Informationen zu jugendrelevanten Themen von A wie Arbeit über P wie Projekte bis Z wie Zivildienst an. Als Social-Profit-Servicestellen für Jugendliche leisten sie Hilfestellung bei der Suche nach und der Bewertung von Informationen und geben durch Gespräche Anleitung zur selbstständigen Recherche und Entscheidung. Außerdem nehmen die Jugendinfos eine Drehscheiben- und Kompassfunktion zwischen Jugendlichen und unterstützenden Fachstellen im Bundesland wahr und dienen so als Orientierungshilfe.

Die Jugendinfos sind der „Europäischen Charta der Jugendinformation" verpflichtet, mit dem Ziel, die Jugendlichen dabei zu unterstützen, ihre Wünsche zu verwirklichen und ihre Stellung als aktive Mitglieder der Gesellschaft einzunehmen.

Die Jugendinfos arbeiten permanent an der Entwicklung neuer Qualitätsstandards, denn gerade im Bereich des Informationszugangs bzw. der Informationsnutzung haben sich in den letzten Jahren große Veränderungen vollzogen; darauf wollen die Jugendinformationen reagieren. In den genannten Bereichen sollen zukünftig neue Angebote entstehen: Medien- und Informationskompetenz, Chancen der Online-Information und der interaktiven Webangebote, Angebote für „leseunwillige" oder „leseschwache" Gruppen, Workshops, Video & Podcast, Informationsspiele, Angebote für Mitarbeiter/innen der offenen und verbandlichen Jugendarbeit.

Die Jugendinformationsstellen werden über das jeweilige Landesjugendreferat finanziert oder sind Teil des Landesjugendreferates. In der Regel werden 90 bis 100 % der laufenden Kosten der Einrichtungen vom Land gefördert. Dazu kommen Finanzierungen für spezielle Projekte – wie z.B. die Regionalstellen des Programms „Jugend in Aktion", die über die Nationalagentur „Jugend in Aktion" unterstützt werden.

Die Offene Jugendarbeit

Die Offene Jugendarbeit ist innerhalb der sozialpädagogischen Handlungsfelder ein junger Bereich, doch ist sie aus dem Gesamtspektrum der Jugendarbeit nicht mehr wegzudenken. Die Geschichte der Offenen Jugendarbeit reflektiert, weitaus mehr als andere Bereiche der Jugendarbeit, gesellschaftliche Trends und die Bedeutung, die der Jugendarbeit im allgemeinen zugemessen wird, wie der Soziologe Willy Klawe (2000, S. 86) feststellt. Offene Jugendarbeit begleitet und fördert junge Menschen – unabhängig von sozialem Status, Geschlecht, ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit – in deren Entwicklung. Ihre Angebote tragen zur Eigenständigkeit und Eigenverantwortung junger Menschen bei. Die Förderung von Bildungsprozessen und die Vermittlung von Lebenskompetenzen im Rahmen eines Erlebnis- und Erfahrungsraumes unterstützt ein konstruktives Hineinwachsen in die Gesellschaft.

Offene Jugendarbeit findet in Jugendzentren, Jugendtreffs, Jugendcafés und anderen Einrichtungen, aber auch im öffentlichen Raum statt. Auf Grund der Vielfalt Offener Jugendarbeit ist es schwierig, einheitliche Standards zu etablieren; die Offene Jugendarbeit lebt von der Vielfalt und den daraus resultierenden Entwicklungsmöglichkeiten. Es gibt in den Aktivitäten und Angeboten jedoch zentrale Handlungsprinzipien wie Offenheit (Niederschwelligkeit), Freiwilligkeit, Überparteilichkeit und Überkonfessionalität, Lebensweltorientierung, Bedürfnisorientierung und Ressourcenorientierung. Dadurch entfaltet sie auch eine präventive Wirkung, nämlich indem Offene Jugendarbeit Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung fördert, Handlungsalternativen erweitert, die Jugendlichen motiviert, neue Perspektiven zu entwickeln, und ihre Beteiligung und öffentliche Einflussnahme unterstützt.

Die Offene Jugendarbeit hat ein „doppeltes Mandat": Einerseits hat sie die Aufgabe, die vielfältigen und sogar widersprüchlichen Erwartungen der Jugendlichen politisch zu vertreten, andererseits sollte sie die Anliegen und Erwartungen der Träger und der Geldgeber berücksichtigen, die ebenfalls widersprüchlich und höchst unterschiedlich sein können. Wie die Offene Jugendarbeit dieses konstitutive Dilemma löst, dafür gibt es keine einheitlichen Methoden (Scheipl, 2008, S. 23-25).

Die Agenden der Offenen Jugendarbeit fallen in die Kompetenz des jeweiligen Bundeslandes und werden teilweise über die Jugendfördergesetze geregelt. Die Offene Jugendarbeit ist jedoch nicht immer in den Fördergesetzen explizit genannt. Die Finanzierung liegt bei den Bundesländern und den jeweiligen Standortgemeinden. Die Größenordnungen in Hinblick auf Budgets und damit Personalressourcen, Standorte und Angebote sind sehr unterschiedlich. Grundsätzlich gilt, dass es für die Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit zu wenig Geld und zu wenig Fördersicherheit gibt. Je mehr Ressourcen dauerhaft zur Verfügung stehen, desto differenzierter und zielgruppengerechter können die Angebote gestaltet sein.

Die Offene Jugendarbeit hat inzwischen vielfältige Handlungsfelder besetzt – von einer sinnvollen Freizeitbetreuung und der Schaffung einer Tagesstruktur für Jugendliche über die Bearbeitung sozialer Probleme und die Funktion eines Auffangbeckens bis zur Integrationsarbeit im Rahmen der interkulturellen Jugendarbeit. Es ist aber noch ein weiter Weg, bis die Offene Jugendarbeit ein nicht wegzudenkender Teil des kommunalen Angebotes wird und sie als wichtiger Sozialisationsort für junge Menschen anerkannt und auch

entsprechend dotiert wird. Denn die Offene Jugendarbeit ist auch ein Seismograph für jugendrelevante Entwicklungen und erbringt damit einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung von Jugendpolitik.

Auf Bundesebene hat sich die Offene Jugendarbeit im letzten Jahr (2008) ihren Platz als gleichrangige Partnerin neben der verbandlichen Jugendarbeit und den Jugendinformationen gesichert. Mit dem Bundesnetzwerk Offene Jugendarbeit (bOJA) ist eine Vertretung entstanden, die auch als Lobbyingeinrichtung für die Anliegen der Offenen Jugendarbeit fungiert.

Angrenzende Handlungsfelder

Wie bereits erwähnt, weist die Jugendarbeit Schnittstellen zu zahlreichen weiteren Handlungsfeldern im sozialen, sozialpädagogischen und pädagogischen Bereich auf. Jugendsozialarbeit, Streetwork, Bildungsarbeit, Berufsorientierung, niederschwellige Qualifizierung und Beratung sind nur einige. Zum Teil sind die Übergänge fließend und die Aufgaben werden von ein und derselben Trägerorganisation wahrgenommen.

In einigen dieser angrenzenden Handlungsfelder baut die Jugendarbeit vorrangig auf Vernetzung mit anderen Trägern oder setzt die jeweiligen Handlungsfelder in ihrem eigenen um. Besonders die Offene Jugendarbeit hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt in den Bereichen Jugendsozialarbeit, Streetwork, Berufsorientierung für Jugendliche, niederschwellige Qualifizierung und Bildungsarbeit engagiert.

7. Was macht die Jugendarbeit? – Inhalte, Angebote, Methoden

Nicht nur Politik und Fördergeber, auch die Organisationen der Jugendarbeit selbst stellen sich der Frage: Was bewirken unsere Maßnahmen und Aktivitäten? Welche Wirkungen sollen oder möchten wir erreichen? Wie können wir die Wirkungen messen? Die Formulierung konkreter Ziele und die ständige Reflexion der Wirkungen des eigenen Tuns sind wesentliche selbstgestellte Anforderungen und damit ein Qualitätsmerkmal der Jugendarbeit. Für die Bewertung der Wirkungen gibt es inzwischen ein umfangreiches Methodenangebot (Liebig, 2009, S. 203ff.).

Werner Lindner, Professor an der Fachhochschule Jena, weist darauf hin, dass die Wirkungsanalyse immer auch zusätzlicher Ressourcen bedarf, mit der Gefahr, dass sie einem anderen Bereich weggenommen werden. Zugleich verweist er auf die einmalige Gelegenheit, durch Evaluationen Fachhochschulen und Universitäten mit der Praxis der Jugendarbeit zusammenzubringen, die Jugendarbeit besser in der Aus- und Weiterbildung zu platzieren und regionale Kompetenz-Netzwerke zu etablieren (Lindner, 2008, S. 15).

An die Jugendinformationsstellen und an die Offene Jugendarbeit werden in diesem Bereich von ihren Subventionsgebern besondere Anforderungen gestellt, da sie im Gegensatz zur meist lang etablierten verbandlichen Jugendarbeit sich nicht auf traditionellen und gesellschaftspolitisch wohlakzeptierten Aktivitätsfeldern bewegen.

Beschreibung von Methoden und Angeboten

Die Vielfalt der Jugendarbeit spiegelt sich in der Vielfalt der Methoden und Angebote wider. Im folgenden Abschnitt wird sie anhand der drei zentralen Bereiche – verbandliche Jugendarbeit, Jugendinformation und Offene Jugendarbeit – skizziert.

Verbandliche Jugendarbeit

Verbandliche Jugendarbeit zeichnet sich durch ihre feste Struktur und damit durch eine stärkere Bindung der Jugendlichen an den jeweiligen Verein aus. Sie ist daher langfristig angelegt und stärkt durch ihre Angebote und Methoden die Zugehörigkeit zur jeweiligen Einrichtung. Die Angebote der verbandlichen Jugendarbeit erreichen in Österreich nach Angaben der Bundesjugendvertretung ca. eine Million junge Menschen. Angesichts der Vielfalt der Vereine ist eine umfassende Systematisierung der angewandten Methoden zur Erreichung der Zielgruppen und zur Gestaltung der Angebote bisher nicht vorgenommen worden. Die verbandliche Jugendarbeit sieht es jedoch– unabhängig von der Vielfalt ihrer Angebote – als ihre Kernaufgabe an, junge Menschen in deren Persönlichkeitsentwicklung zu begleiten und Schlüsselfähigkeiten für das menschliche Zusammenleben zu fördern. Oft werden solche Angebote in Zusammenarbeit mit Schulen umgesetzt, sodass sie einen weiteren Adressatenkreis erreichen. So bietet die Katholische Jugend Österreichs (Katholische Jugend, 2009) jährlich über 700 Orientierungstage zur Persönlichkeitsbildung an. Gleichzeitig hat sie, wie andere Organisationen auch, Berufsorientierung und Arbeit als Themen in ihre Tätigkeiten integriert, da auch Mitglieder verbandlicher Jugendorganisationen mit Fragen der Aus- und Weiterbildung und der Arbeitslosigkeit konfrontiert sind.

Generell ist davon auszugehen, dass die verbandliche Jugendarbeit heute vor allem auf die feststellbare Neigung vieler Jugendlicher reagiert, Bindungen eher zu lockern, und sie ihre Angebote an die sich ändernden Lebensverhältnisse und Rahmenbedingungen sowie an die neuen medialen und kulturellen Interessen der Jugendlichen anpasst. Die offene Jugendarbeit als Methode wird auch in der verbandlichen Jugendarbeit eingesetzt, um Jugendliche zu erreichen und entsprechende Angebote zu entwickeln. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass auch verbandliche Jugendarbeit Jugendzentren betreibt, die einen offenen Betrieb führen.

Jugendinformation

Die österreichischen Jugendinfos bieten allen Jugendlichen zwischen 12 und 30 Jahren zielgruppengerechte Information zu jugendrelevanten Themen. In den Jugendinfos gibt es kostenlos Broschüren, Infoblätter, weiterführende Adressen, Tipps und Infos zu Themen wie Auslandsaufenthalte, Beruf, Bildung, Freizeit sowie Rat zu Jugendschutz, Sexualität, Wohnen, Geld und Sucht. Zusätzliche Serviceangebote sind: Infoveranstaltungen, Computer- und Internetbenutzung, Jobcoaching, Babysitterbörse, Ticketverkauf, Sommer-Open-Air-Kino, Ausstellung von Ermäßigungskarten (Jugendkarte, Internationaler Jugendherbergsausweis, Internationaler Schüler- und Studentenausweis). Manche Einrichtungen bieten zusätzlich psychosoziale Beratung für Jugendliche an.

In den Jugendinformationen kommt eine Vielzahl von Methoden zum Einsatz wie zum Beispiel Anfragebeantwortung persönlich im Infolokal, telefonisch oder per E-Mail; Anfragebeantwortung über Online-Foren und andere interaktive Web-Lösungen. Die Jugendinfos verfügen über einen Webauftritt und bieten auch hier Information und weiterführen-

de Links. Sie veranstalten Informationsabende und -Workshops, zu denen vielfach auch Expertinnen und Experten zugezogen werden. Workshops und Informationsstunden werden auch extern in Schulen und Jugendeinrichtungen angeboten, die Einrichtungen sind mobil mittels Infostand oder Ähnlichem bei Messen, Jugendveranstaltungen, Events etc. vertreten.

Offene Jugendarbeit

Die Angebote und Methoden der Offenen Jugendarbeit können aus drei Blickwinkeln betrachtet werden: dem Freiraum- und Freizeit-Fokus, dem Zielgruppen-Fokus und dem Sozialraum-Fokus. Die Übergänge zwischen den drei Bereichen sind fließend und werden durch die Praxisnähe definiert. Ein zentraler Handlungsansatz der Offenen Jugendarbeit stellt der Freiraum- und Freizeit Fokus dar. In der Offenen Jugendarbeit werden zweck- und konsumfreie Räume und Angebote für Jugendliche bereitgestellt. In diesen Freiräumen können die jungen Menschen ohne Leistungsdruck und Verbindlichkeit Erfahrungen machen, experimentieren, die vielfältigen Ausdrucksformen ihrer (Jugend-)Kulturen verwirklichen und sich selbstbestimmt entwickeln. Die Angebote der Offenen Jugendarbeit setzen ihren Schwerpunkt auf Freizeitaktivitäten. Ein Großteil dieser Aktivitäten findet in den Einrichtungen statt; sie sind aber nicht darauf beschränkt, sondern nutzen auch den öffentlichen Raum.

Der Zielgruppen-Fokus der Offenen Jugendarbeit führt zur Entwicklung und Umsetzung zielgruppenadäquater Angebote: In der geschlechtersensiblen Jugendarbeit sind Mädchen und Jungen die Zielgruppe. Die interkulturelle Jugendarbeit richtet sich vornehmlich an Jugendliche mit Migrationshintergrund. Da die verbandliche Jugendarbeit junge Menschen mit Migrationshintergrund augenscheinlich schwer erreicht, spielt die Offene Jugendarbeit hier eine sehr wichtige Rolle. In der weitverbreiteten Cliquen- und Peer-Group-Arbeit werden Angebote mit Jugendlichen, die einer bestimmten Szene, einer jugendkulturellen Gruppe oder einer Peer-Gruppe, entwickelt.

Der Sozialraum-Fokus nimmt den sozialen Raum, in dem die Jugendlichen leben, als Ausgangspunkt, um entsprechende Angebote zu entwickeln. Das ist ganz wesentlich. Die Offene Jugendarbeit vermittelt und vernetzt zwischen den verschiedenen Institutionen, die die Jugendlichen betreffen: Bildungseinrichtungen, soziale Einrichtungen oder Exekutive. Mobile Jugendarbeit und szenennahe Jugendarbeit sind weitere Methoden, um Problemlagen im sozialen Raum frühzeitig zu erkennen und gemeinsam mit den Systempartnern Lösungen zu finden.

Exkurs: Was bedeutet Qualität in der Jugendarbeit?

Qualitätsentwicklung kann insgesamt als Merkmal wachsender Professionalität bezeichnet werden, das heißt, dass Überlegungen dazu und die Einleitung von Qualitätsmanagement-Prozessen bereits ein wichtiges Qualitätsmerkmal sind. Qualitätsentwicklung bedeutet auch, die Leistungen und Aktivitäten der Jugendarbeit nach außen – der Politik, den zuständigen Verwaltungseinheiten, der allgemeinen Öffentlichkeit – zu kommunizieren.

Die Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Jugendarbeit kann als ein mehrstufiger Prozess gesehen werden. Die Berücksichtigung der Vielfalt der Jugendarbeit führt dazu, dass in der Planung der Qualitätssicherung eine gewisse Flexibilität herrschen sollte – kein

starres Kriteriengerüst ist erforderlich, sondern generelle Guidelines die eine rasche Anpassung an geänderte Rahmenbedingungen ermöglichen. Die Qualitätsentwicklung soll in erster Linie die Professionalität der Mitarbeiter/innen, die Qualität des Leistungsspektrums der Jugendarbeit und die rasche Reaktion auf geänderte Bedürfnisse der Zielgruppe und neue soziale Rahmenbedingungen fördern.

Gemeinsame Qualitätsmerkmale in beiden Feldern der Jugendarbeit – der Offenen wie der verbandlichen – muss deren Vielfalt in Hinblick auf Arbeitsfelder, Inhalte, Angebote und Methoden Rechnung tragen. Besondere Qualitätsmerkmale der verbandlichen Jugendarbeit liegen in der Dauer und der Nachhaltigkeit ihrer Angebote und Methoden, zu denen als wichtigste die Gruppenarbeit zählt. Partizipation und Selbstbestimmung bei der Gestaltung der Angebote durch die Jugendlichen, die Werteorientierung sowie die grundsätzlich hoch bewertete Freiwilligenarbeit können als weitere Qualitätsmerkmale genannt werden.

Für die Offene Jugendarbeit bildet die Einhaltung der folgenden Handlungsprinzipien eine Grundlage für das Qualitätsmanagement: Offenheit (Niederschwelligkeit), Freiwilligkeit der Teilnahme, Überparteilichkeit und Überkonfessionalität, Lebensweltorientierung, Bedürfnisorientierung und Ressourcenorientierung bei allen Aktivitäten und Angeboten. Diese Handlungsprinzipien stellen auch die Grundlage für die Konzeptarbeit der Offenen Jugendarbeit dar. Die Professionalisierung und Qualifizierung der Mitarbeiter/innen, der wichtigsten Ressource in der Offenen Jugendarbeit, zählt neben einer intensiven Netzwerkarbeit zur Grundlage der Qualitätssicherung.

Für die Einrichtungen der Jugendinformationen steht die Qualität des Angebotes für junge Menschen im Zentrum. Dafür haben sie auch entsprechende Qualitätskriterien entwickelt: verlässliche und aktuelle Information zu bieten, diese zielgruppengerecht aufzubereiten und zu vermitteln; die Bedürfnisse der Zielgruppen zu erkennen und abzudecken. Dafür braucht es qualifiziertes Personal, die Evaluation der eigenen Tätigkeit, ständige Innovationsbereitschaft sowie eine professionelle Dokumentation. Die österreichischen Jugendinfos haben in einem etwa dreijährigen Prozess einen Qualitätskriterienkatalog für ihre Arbeit entwickelt. Dieser Katalog dient den Jugendinformationsstellen der Bundesländer als Selbstevaluationstool. Jährlich wird auch eine österreichweite Evaluation durchgeführt. Derzeit wird an einer neuen, erweiterten Version der Qualitätsstandards gearbeitet; dieser Prozess wird voraussichtlich Ende 2009 abgeschlossen.

8. Vernetzung in der Jugendarbeit

Vernetzung kann mit Fug und Recht als eines der grundlegenden Prinzipien der Jugendarbeit bezeichnet werden, denn sonst wäre eine erfolgreiche Jugendarbeit nicht vorstellbar. Auf nationaler und europäischer Ebene sind in den vergangenen Jahren ziel- und wirkungsbezogene Kompetenznetzwerke entstanden, die unterschiedliche Wissens- und Erfahrensstände zusammenbringen.

Generelle Vernetzungsziele in der Jugendarbeit sind der Austausch von Information, Know-how und Fachwissen, die gemeinsame Weiterentwicklung von Angeboten und das Aufzeigen von Lücken. Zu den Wirkungen einer Vernetzung zählen das Aufgreifen neuer Ideen und Projekte, die gegenseitige Hilfestellung, das Schaffen und Nutzen von Synergien und die gemeinsame Lobbying-Arbeit. Vernetzung ist ein zentrales Element der Qualitätssicherung – vor allem auf nationaler und übernationaler Ebene.

Die Frage nach den Kosten der Vernetzung wird natürlich auch seitens der Geldgeber gestellt. Netzwerken braucht Ressourcen – vor allem Menschen, die Zeit für Netzwerkarbeit investieren und sich konstruktiv einbringen. Neben den immer besser werdenden Online-Möglichkeiten, die aber ebenfalls Zeit- und Personalressourcen kosten, braucht es für gut funktionierende Netzwerkarbeit regelmäßigen persönlichen Kontakt, also auch Mittel für Reise- und Sitzungskosten. Den Geldgebern sollte klar gemacht werden, dass Vernetzung kein unnötiger Luxus, sondern einen Qualitätsstandard für die Jugendarbeit darstellt.

Vernetzung in der verbandlichen Jugendarbeit

Vernetzung wird auch in der verbandlichen Jugendarbeit als zentrales Element der Aktivitäten gesehen und ist die Grundlage für jegliche Arbeit der Bundesjugendvertretung (BJV). Neben den Vernetzungen zwischen und mit Mitgliedsorganisationen steht vor allem die Vernetzung mit Vertretern und Vertreterinnen der Politik, anderen Akteur/innen der Jugendarbeit, NGOs, den Medien sowie Fachleuten im Zentrum. Auf europäischer Ebene vernetzt sich die BJV im Rahmen des „Europäischen Jugendforums" (European Youth Forum) mit anderen europäischen Dachverbänden.

Vernetzung in der Jugendinformation

Vernetzung ist ein grundlegendes Arbeitsprinzip der Jugendinformation und auch eine zentrale Aufgabe des Dachverbandes jugendinfo.cc. Nur über regelmäßige Vernetzung mit allen für die Zielgruppen relevanten Anbieter/innen und Organisationen kann ein Überblick gewonnen werden, um die jugendlichen Kundinnen und Kunden gezielt an die für ihr Anliegen passenden Stellen weiterzuleiten. Darüber hinaus vernetzt sich Jugendinfo.cc mit Partnern aus den Medien (z .B. FM4, Kinderkurier – Seiten für junge Menschen), verschiedenen Ministerien und Institutionen sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen, um die Angebote der Jugendinformation bekannt zu machen und gegebenenfalls Kooperationen zu fördern.

In den Bundesländern ist eine gute Vernetzung mit Fachstellen für die Arbeit eine Grundvoraussetzung. Die österreichweite Vernetzung der Jugendinformationen führt zu den gemeinsamen Publikationen „Ferien- und Nebenjobsuche", „Global Experience", „a.Way", „sun & gatsch", zur Informationsplattform www.infoup.at inklusive den gemeinsam erstellten Datenbanken zu Anbietern von Auslandsaufenthalten und Feriencamps. Durch bundesweite Fortbildungen, Job-Shadowing und Studienbesuche der Jugendinfos untereinander werden die Mitarbeiter/innen qualifiziert. Der gemeinsam entwickelte Qualitätskriterienkatalog dient der Selbstevaluation und Verbesserung aller Jugendinfos.

Mit ähnlichen Organisationen in Europa ist die Österreichische Jugendinformation durch den Dachverband ERYICA verbunden. Dort hat jugendinfo.cc derzeit einen Vorstandssitz inne. Die europäische Vernetzung wirkt sich auf die Angebotsentwicklung, das Qualitätsmanagement und den Erfahrungstransfer produktiv aus.

Vernetzung in der Offenen Jugendarbeit

Das Bundesweite Netzwerk Offene Jugendarbeit bOJA vernetzt sich mit dem Ziel der verbesserten Positionierung von Offener Jugendarbeit durch Sichtbarmachen ihrer Bedeutung, ihrer Wirkungen und ihrer Potentiale. Die Gründung der bOJA ist das Ergebnis systematischer Vernetzungsarbeit auf nationaler Ebene. „Gemeinsam sind wir stärker", lautet das Motto, um eine breite Akzeptanz und Anerkennung von jugendspezifischen Themen und jugendarbeitsspezifischen Aktivitäten und Maßnahmen zu erreichen.

Auf der Ebene der Bundesländer arbeiten die Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit bereits sehr vernetzt. Die wachsende öffentliche Präsenz der Offenen Jugendarbeit führte in jüngerer Zeit zu einer wachsenden Vernetzung mit anderen Trägern und Institutionen, zum Beispiel mit Schulen, mit sozialen Einrichtungen und jugendnahen Verbänden.

Die positiven Folgen der Vernetzung lassen sich an einigen Beispielen aus den Bundesländern belegen: In Vorarlberg konnte Jugendsozialarbeit über die koje (Dachverband der Offenen Jugendarbeit) als Aufgabenfeld der Offenen Jugendarbeit implementiert werden. In Tirol entstand POJAT (Plattform Offene Jugendarbeit Tirol) zunächst als freiwilliger Zusammenschluss von Jugendarbeiter/innen. Daraus wurde in weiterer Folge ein Verein, der Lobbying-Arbeit für die Jugendlichen und Jugendarbeit betreibt und die Offene Jugendarbeit in der Öffentlich positioniert. In der Steiermark hat der Dachverband Offene Jugendarbeit gemeinsam mit dem Land eine Offensive gestartet, um die Qualifizierung der Jugendarbeiter/innen zu verbessern.

International ist ECYC (European Confederation of Youth Clubs) als Dachverband für das Thema Offene Jugendarbeit zuständig.

9. Ausblick und Empfehlungen für die Jugendpolitik in Österreich

Jugendarbeit wird in Zukunft nicht einfacher werden – damit ist sie ein Spiegelbild einer komplexer werdenden Gesellschaft. Es gibt darum auch keine einfachen Rezepte für Maßnahmen der Jugendpolitik. Einige zentrale Entwicklungen lassen sich freilich gut erkennen. Jugendliche bewegen sich schon heute – und vermehrt in Zukunft – in eigenen alters- und Peer-Group-bezogenen Lebenswelten und nutzen immer weniger die klassischen Partizipationsangebote: „Die Jugendpolitik steht hier vor der Herausforderung, die traditionellen Angebotsformen der außerschulischen Jugendarbeit im jugendpolitischen Kontext entsprechend zu würdigen und die beteiligten Institutionen weiterhin als Partner für die Umsetzung jugendpolitischer Anliegen zu gewinnen, und dennoch nicht zu vergessen, dass heute nur mehr ein Teil der Zielgruppe 'Jugend' über institutionalisierte Angebote zu erreichen ist – ein Faktum, das konzeptuell berücksichtigt werden muss", so die Studienautorin Beate Großegger (BMWFJ, 2009b, S. 3-4).

Eine parallele Herausforderung kommt auf die Politik bei der Förderung der Offenen Jugendarbeit zu: Die Jugendszenen werden noch vielfältiger, damit auch die Sozialräume, in denen sich Jugendliche bewegen. Gleichzeitig wachsen die manchmal sehr divergierenden gesellschaftlichen und politischen Anforderungen an die Offene Jugendarbeit im Sinne von Präventions- und Gemeinwesenarbeit.

Ein neues Feld eröffnet sich im Bereich der Bildung. Die klassischen Institutionen Schule und Berufsbildung stellen nur mehr für einen Teil der Jugendlichen Leistungen bereit, die

innerhalb der gegebenen Regelzeiten zu qualifizierten Abschlüssen führen. Damit kommt der Jugendarbeit zunehmend eine neue Aufgabe zu: als Lerneinrichtung – von der Ermöglichung schulischer Abschlüsse über das Nachholen einer Ausbildung bis zur Erreichung neuer Berufsqualifikationen; und als „Sozialisationseinrichtung" für die Einübung sozialer Kompetenzen mittels non-formalen und informellen Lernens.

Empfehlungen für die Jugendpolitik zur Gestaltung der Jugendarbeit

Maßnahmenorientierte Jugendpolitik ist im Wesentlichen ein Thema von Gemeinden und einzelnen Bundesländern. Hier kann Jugendpolitik realitätsnah und pragmatisch gestaltet werden. Auf der Bundesebene hingegen spielt Jugendpolitik immer noch ein Randdasein. Es gibt sie meist nur als Anhängsel der Familienpolitik. Doch spätestens mit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre sollte Jugendpolitik auch auf Bundesebene einen prominenteren Platz erhalten haben. Denn nun geht es um die Einbindung von Jugendlichen in politische Entscheidungsprozesse.

Auf Bundesebene

Es sollte in erster Linie geklärt werden, welche Kompetenzen aus jugendpolitischer Sicht auf Bundesebene verortet werden und welche Kompetenzen den Ländern und den Gemeinden zufallen.

Dabei sollte festgelegt werden, auf welchem Weg sich eine österreichische Jugendpolitik des Bundes längerfristig bewegen wird. Dazu bedarf es einer dauerhaften ministeriellen Zuständigkeit – anstatt eines sachlich kaum motivierten Wechsels zwischen verschiedenen Ministerien. Und ebenso ist ein längerfristiges jugendpolitisches Aktionsziel erforderlich, anstatt des Hin und Hers von Themen und immer wieder neuer, oft vom Bedürfnis nach politischer Profilierung motivierter Kampagnen zu Bildung, Prävention, Integration, Kompetenzvermittlung usw.

Nützlich für die Anliegen der Jugendpolitik wäre sicherlich ein eigener fixer Jugendausschuss im Parlament – vorausgesetzt, dass die beigezogenen Expert/innen, darunter Vertreter/innen der Jugendlichen selbst, nicht einfach die vorhandenen parteipolitischen Positionen abbilden, sondern die aktuellen Lebensherausforderungen verschiedener sozialer Schichten der Jugendlichen deutlich machen.

Ein erster Schritt zur stärkeren Präsenz von Jugendpolitik im öffentlichen Diskurs wäre die Ausarbeitung einer „Nationalen Entwicklungsstrategie für die Jugendpolitik in Österreich" durch das für Jugendpolitik langfristig verantwortliche Ministerium. Dies müsste unter Einbindung der Bundesjugendvertretung, jugendinfo.cc und des Bundesnetzwerkes Offene Jugendarbeit, von Vertreter/innen der Jugendforschung, von Vertreter/innen der Landesjugendreferate und von Vertreter/innen angrenzender Handlungsfelder geschehen. Dabei geht es nicht in erster Linie um die Festlegung von Standards oder um Benchmarks, sondern um die Darstellung der Potenziale, die eine breitflächige, kontinuierliche Jugendarbeit für die Gesellschaft entfalten kann. Elemente einer solchen Strategie wären die Sammlung und Aufbereitung relevanter Daten auf nationaler Ebene:

- Systematisierung der Datensammlung und -dokumentation (in Abstimmung mit EU-Vorgaben, damit auch europaweite Datenvergleiche und -erhebungen ermöglicht werden)
- Entwicklung von Indikatoren

- Zusammenführung bundesländerbezogener Daten zur Jugendarbeit.

Auch die Festlegung einer Förderungspolitik für Jugendinformation und Offene Jugendarbeit auf Bundesebene zählt zu den gewünschten Maßnahmen.

In der Jugendforschung geht es um die Ausarbeitung einer mittelfristigen Forschungsstrategie in Hinblick auf Forschungsschwerpunkte. Diese Schwerpunkte sollten auf der Basis einer nationalen Entwicklungsstrategie formuliert werden. Weiters ist ein den der Wirkungsforschung notwendig (Wirkungsprinzipien und Wirkungen der Jugendarbeit darstellen und dokumentieren bzw. analysieren).

Für die Stärkung des Jugend-Mainstreaming auf nationaler Ebene ist eine ressortübergreifende Zusammenarbeit zu etablieren. Die Wirkung aller politischen Maßnahmen auf Jugendliche sollte grundsätzlich überprüft werden.

Die Bildungsaktivitäten der Jugendarbeit auf nationaler Ebene sollten durch die Berücksichtigung der außerschulischen und beruflichen Bildungsarbeit in der Maßnahmenförderung gestärkt werden.

Die Qualifizierung der Jugendarbeiter/innen (freiwillige und bezahlte Mitarbeiter/innen) ist ein besonderes Anliegen. Die Jugendarbeit kann nicht ausschließlich auf Freiwilligenarbeit aufbauen, sondern braucht in allen Handlungsfeldern ausgebildete Fachkräfte.

- Formalisierung von Ausbildungsmöglichkeiten und Abschlüssen
- Informationen über Good Practices vermitteln (Beispiel: Landesjugendreferat der Steiermark übernimmt einen Teil der Lohnkosten während der Ausbildung).

Zur Optimierung der Förderungsstrukturen zählen:

- Planungssicherheit für die Träger der Jugendarbeit gewährleisten (Basisfinanzierung und projektbezogene Finanzierungen), Indexanpassung der Förderungen
- transparente Darstellung der öffentlichen Förderstrukturen und Zuständigkeiten der jeweiligen Förderabteilungen nennen
- einheitliche und transparente Vergabepraxis.

Schließlich wäre eine österreichweite Rahmengesetzgebung für den Jugendschutz zu formulieren.

Auf der Ebene der Bundesländer

Um die Vergleichbarkeit der Jugendberichte der einzelnen Bundesländer zu verbessern, sollte ein Schritt in Richtung Vereinheitlichung getan werden. Derzeit erstellt jedes Bundesland seinen eigenen Bericht nach eigenen Kriterien.

Eine rechtliche Verankerung der Offenen Jugendarbeit in den jeweiligen Landesgesetzen stärkt deren Stellenwert und Förderungssicherheit.

In der Jugendarbeit sollten bundesländerbezogene Entwicklungsstrategien implementiert werden:

- Erhebung des Ist-Stands der Jugendarbeit in allen Bundesländern, um Good Practices zu eruieren und Vernetzung zu ermöglichen
- Darstellung der Entwicklungspotenziale der Jugendarbeit angesichts komplexer werdender Herausforderungen

- Motivation zur Weiterentwicklung der Jugendarbeit in den Bundesländern/Regionen schaffen.

Eine Aufwertung der Jugendbeiräte durch die Zuteilung von konkreten Aufgabenbereichen ist anzustreben. Verbände, Jugendinformationsstellen und Offene Jugendarbeit sollen zukünftig in allen Landesjugendbeiräten vertreten sein. Jugendbeiräte können Unterstützung bei Innovationen und Know-how-Transfer leisten.

Generell wäre eine professionelle Hilfestellung für Jugendorganisationen nützlich, um ihnen bei der Entwicklung von Angeboten und von Formen des Vereinslebens zu helfen, die den aktuellen Verhaltensweisen Jugendlicher entgegenkommen.

Auf kommunaler Ebene

Die Vernetzung kommunaler Jugendreferate unterstützt die Abstimmung von Maßnahmen und die Schaffung und Finanzierung gemeindeübergreifender Infrastrukturen (Treffs, Fun-Parks, Sportplätze etc.), zumal da Jugendliche ihren Aktionsradius längst nicht mehr auf ihre Heimatgemeinde beschränken. Deshalb sollten jugendpolitische Maßnahmen im Rahmen von Gemeindekooperationen erfolgen und nicht an Gemeindegrenzen halt machen.

Weiterbildungsmaßnahmen für die Jugendreferent/innen (Jugend-Mainstreaming, geschlechtersensible Jugendarbeit, Jugend-Bildungsarbeit) verbessern ihre Professionalität.

Für die Demokratieentwicklung ist die Implementierung von Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche entscheidend, gerade auch angesichts der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Jugendliche sollen die Auswirkungen von Beteiligung praktisch erleben und damit auch erfahren, dass politisches Engagement sinnvoll ist. Erfolgreiche Modelle finden sich unter www.jugendbeteiligung.cc.

Literatur

aufZAQ (2009): Bereits aufzaq-zertifizierte Lehrgänge. http://www.aufzaq.at [15.9.2009]

Bohn, Irina / Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (2007): The Socio-economic Scope of Youth Work in Europe (Final Report), Frankfurt: Youth Partnership, Council of Europe, Directorate of Youth and Sport. (Download: http://www.youth-partnership.net/youth-partnership/research/socioeconomicscopeofwork.html) [17.8.2009]

Bundesgesetz über die Förderung der außerschulischen Jugenderziehung und Jugendarbeit (Bundes-Jugendförderungsgesetz), BGBl. I Nr. 126/2000 vom 29. Dezember 2000)

BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Grundsatzabteilung für Seniorinnen- und Senioren-, Bevölkerungs- und Freiwilligenpolitik Abteilung V/6) (Hg.) (2009a): Freiwilliges Engagement in Österreich 1. Freiwilligen-Bericht, Wien

BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2009b): Freiwilliges Engagement. http://www.bmsk.gv.at/cms/site/liste.html?channel=CH0095 [17.8.2009].

BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2009c): Aus- und Fortbildung. Professionalisierung der Freiwilligenarbeit. http://www.bmsk.gv.at/cms/ site/liste.html?channel=CH0137 [17.8.2009]

Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend (BMGFJ) – Sektion II (Hg.) (2007): Gender Mainstreaming und geschlechtssensible Ansätze in der außerschulischen Jugendarbeit Fünfter Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Wien

Europäische Kommission (Hg.) (2001): Weißbuch der Europäischen Kommission: Neuer Schwung für die Jugend Europas. Brüssel

Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz / Statistik Austria (Hg.) (2008): Struktur und Volumen der Freiwilligenarbeit in Österreich (Aktualisierte Version). Wien

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ), Nationale Jugendpolitik (Sektion II, Abteilung 5) (Hg.) (2009a): Jugendpolitik in Österreich – ein kurzer Überblick (Nachdruck). Wien

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Nationale Jugendpolitik (Sektion II, Abteilung 5) (Hg.) (2009b): Jugendmainstreaming und Partizipation, Schriftenreihe zur Jugendpolitik. Wien

Deinet, Ulrich (2000): Sozialräumliche Jugendarbeit in der Region. In: Deinet, Ulrich, Sturzenhecker, Benedikt (Hg.): Jugendarbeit auf dem Land: Ideen, Bausteine und Reflexionen für eine Konzeptentwicklung. S. 7-21. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Liebig, Reinhard: Entwicklung und Möglichkeit von Berichtswesensystemen (2009). In: Deinet, Ulrich, Sturzenhecker, Benedikt (Hg.): Konzeptentwicklung in der Kinder und Jugendarbeit: Reflexionen und Arbeitshilfen für die Praxis (2. Auflage) S. 202-219. Weinheim u.a.: Juventa

Eurodesk (2009): www.eurodesk.eu [20.8.2009]

Europäische Union (2008): Amtsblatt der EU, 51. Jg., 9. Mai 2008

ERYICA – European Youth Information and Counselling Agency (2009): www.eryica.org [20.8.2009]

Interkulturelles Zentrum (2009): Jugend in Aktion. www.jugendinaktion.at [17.8.2009]

Jugend in Aktion (2009): Trainingsangebote. http://www.jugendinaktion.at/start.asp?ID=199&b=88 [17.8.2009]

Katholische Jugend (2009): Schwerpunkt Arbeit. http://katholische-jugend.at/arbeit/ [2.9.2009]

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2009): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament usw.: Eine EU-Strategie für die Jugend – Investitionen und Empowerment. Brüssel (27.4.2009)

Scheipl, Josef (2008): Offene Jugendarbeit im sozial- und gesellschaftspolitischen Kontext. In: koje – Koordinationsbüro für Offene Jugendarbeit und Entwicklung (Hg.): Das ist Offene Jugendarbeit – Offene Jugendarbeit in Vorarlberg hat Qualität – Jetzt und in Zukunft. Hohenems, S. 20-36. Wien: Bucher Verlag

Klawe, Willy (2000): Arbeit mit Jugendlichen: Einführung in Bedingungen, Ziele, Methoden und Sozialformen der Jugendarbeit (5. Auflage). Weinheim u.a.: Juventa

Landesjugendreferate: Standortbestimmung der Jugendarbeit in Österreich, 2006 (Das Papier wurde von den Landesjugendreferaten zur Verfügung gestellt)

Lindner, Werner (2008): Kinder- und Jugendarbeit wirkt. Aber: wie, wo und warum genau? In: ders. (Hg.): Kinder- und Jugendarbeit wirkt. Aktuelle und ausgewählte Evaluationsergebnisse der Kinder- und Jugendarbeit. S. 9-18. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Schizzerotto, Antonio et al. (2001): Study on the State of Young People and Youth Policy in Europe (Final Reports). Mailand: IARD S.c.r.l.

Thole, Werner (2000): Kinder- und Jugendarbeit: eine Einführung. Grundlagentexte Sozialpädagogik/Sozialarbeit. Weinheim u.a.: Juventa

Thole, Werner (2003): Was ist Kinder- und Jugendarbeit? – Anmerkungen zur aktuellen Lage und gesellschaftlichen Bedeutung der Kinder- und Jugendarbeit. Download: http://www.jugendarbeit.ch/default.htm [2. August 2009]

Vorarlberger Landesregierung (2009): Jugend vor den Vorhang. http://www.vorarlberg.at/vorarlberg/umwelt_zukunft/zukunft/buerofuerzukunftsfragen/weitereinformationen/ehrenamtundbuergerschaftl/projekte/jugendvordenvorhang/ueberblick.htm [17.8.2009]

Zuba, Reinhard (Projektleitung) et al. / Österreichisches Institut für Jugendforschung (2004): Einstellungen von Burschen und Mädchen zu Freiwilligendiensten in Österreich – Eine Studie im Auftrag der österreichischen Bundesjugendvertretung. Exklusiverhebung im Rahmen von Jugend-Online 04 von FESSEL/GfK. Wien

DIE AUTORIN:

Dr. **Eva Häfele**, Studium der Sinologie, Japanologie und der Allgemeinen Sprachwissenschaft an der Universität Wien, Mehrjährige Studien- und Forschungsaufenthalte in den USA, VR China und Japan sowie in Großbritannien und Deutschland, Postgraduale Ausbildung „Interkulturelle Kommunikation mit Schwerpunkt Interkulturelle Mediation" an der Universität Luzern (2003-2004)

Berufliche Aktivitäten derzeit:Gründung des Einzelunternehmens worknet mit Sitz in Hohenems und Wien (2000 – heute), Tätigkeiten: Konzeption von Veranstaltungen, Projektmanagement in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation, Forschungsarbeiten im Bereich Sozialwissenschaften und Frauenforschung

Für die Darstellung der Jugendinformationen, der Offenen Jugendarbeit und der Bundesjugendvertretung bzw. der verbandlichen Jugendarbeit wurden Informationen und Textbeiträge von Alexandra Cangelosi (Jugendinformationen und jugendinfo.cc), von Mag.a Sabine Liebentritt (Offene Jugendarbeit und bOJA) sowie von Mag. Benedikt Walzel (verbandliche Jugendarbeit und Bundesjugendvertretung) herangezogen.

1.2 Der Weg zu empirischen Portraits der Offenen und der Verbandlichen Jugendarbeit in Österreich: Sichtbare Partizipation und mehr

Arno Heimgartner

Einleitung

Der Beitrag gliedert sich in zwei Teile. Der erste Teil befasst sich mit der Offenen Jugendarbeit, der zweite Teil geht auf die Verbandliche Jugendarbeit zu. Beiden Teilen gemeinsam ist der Versuch, empirisches Material zu zeigen, um eine entsprechende empirische Forschungs- und Dokumentationsarbeit anzuregen, die kontinuierlich und kollektiv österreichweit erbracht werden sollte.

Die Offene Jugendarbeit (Teil 1) bewegt sich zwischen einer standortbezogenen Individualität und dem Anspruch auf eine gemeinsame Identität. Fest steht, dass sie dazu tendiert flächendeckend Angebote zu offerieren und an manchen Standorten eine bedeutsame Tradition besitzt. Damit einher geht ein Bedarf an gemeinsamer Professionalisierung und an übergreifender Forschung. Während Ausbildungen zunehmend initiiert, Standardisierungen formuliert werden (z.B. Qualitätshandbuch der Offenen Kinder- und Jugendarbeit des Steirischen Dachverbandes, 2008) und Publikationsbestrebungen gut wahrnehmbar sind (u.a. Jugend Inside, Publikationsreihe der Wiener Jugendzentren, KOJE Handbuch), wird der empirischen Forschung, die über das lokale Dokumentationswesen hinausgeht, bislang noch nicht ausreichend nachgekommen.

Es ist sogar so, dass derzeit deskriptive Aussagen über Jugendzentren und Jugendtreffs, die zudem verlässlich und österreichweit sein sollen, mangels an Festlegungen, welche Einrichtungen als solche zu bezeichnen sind, und mangels an statistischem Engagement, wie es sich etwa in einer entsprechenden Datensammlung zeigen würde, nicht zu formulieren sind. Dies kann aus professioneller Entwicklungssicht und aus sozialpolitischen Präsenzgründen als bedauerlich bezeichnet werden. Mit der im Folgenden ausgeführten, als Pilotprojekt zu verstehenden schriftlichen Studie auf elektronischem Weg soll ein Anstoß gegeben werden, die Heterogenität der Offenen Jugendarbeit einer kontinuierlichen, evidenzbasierten Qualitäts- und Entwicklungsdiskussion zuzuführen. Die explorative Studie trägt das Akronym JAM (JugendArbeit Metaanalyse) und wurde von Heimgartner (2009) mit Unterstützung von Dorit Kraft durchgeführt.

Die Verbandliche Jugendarbeit (Teil 2) wiederum realisiert sich angesichts von über 100.000 Vereinen in Österreich (vgl. Statistik Austria 2004) in einem inhaltlich und strukturell vielförmigen Organisationsdispositiv. Sie durchdringt sämtliche gesellschaftliche Bereiche und ist damit ein Abbild des traditionsreichen Zivilgesellschaftslebens. Es kann ein politischer und methodischer Pluralismus und eine infrastrukturelle und thematische Vielfalt erwartet werden. Verfolgt man auch hier das Interesse, organisationsseitige Aussagen zu formulieren, wäre in einer Befragung von dem österreichweiten, aus Datenschutzgründen verschlossenen Vereinsregister auszugehen. Im Folgenden wird als ein Indikator die adressat/innenseitige Studie zur Freiwilligenarbeit in Österreich herangezogen, die von Hollerweger und Heimgartner (2009) koordiniert wurde und als zentrale Methode einen

von der Statistik Austria realisierten Mikrozensuszusatz enthält. Eine Zusammenschau der Daten mit Jugendperspektive für den verfassten Bericht zum freiwilligen Engagement in Österreich hat Barbara Riepl (2009) geleistet.

Teil 1: Über eine empirische Analyse der Offenen Jugendarbeit

Einen Beitrag zur reflexiven Systematisierung der Offenen Jugendarbeit möchte das in diesem Beitrag vorgestellte Forschungsprojekt JAM leisten (Jugendarbeit Metaanalyse). Ziel der Studie JAM ist, Kategoriebildungen anzuregen und inspirierende deskriptive Aussagen über die Offene Jugendarbeit in Österreich einzubringen. Der inhaltliche Frame umschließt strukturelle Bedingungen (u.a. Räume, Personal, Zeit), thematische Überlegungen (u.a. Prinzipien), methodische Gliederungen und Hinweise zu den Jugendlichen. Die Rückgebundenheit der Offenen Jugendarbeit an strukturelle Bedingungen soll jedenfalls sichtbar werden. Als Querthema wird der Partizipationsgedanke geführt, der in verschiedenen Kristallisationsformen auftritt.

Im Zuge der Forschungsstudie JAM wurde an 396 Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit (in der Folge mit JUZ abgekürzt) im September 2009 ein elektronisches Befragungsinstrumentarium mit offenen und standardisierten Fragen gesandt. Diese 396 JUZ stellen eine Auswahl von 585 recherchierten JUZ dar[107]. Kriterium für diese Auswahl war die Erreichbarkeit über eine E-Mail-Adresse. Dies kann als Indikator für den Etablierungsgrad gelten.

Es beteiligten sich 60 JUZ. Dies entspricht zwar lediglich 16% der kontaktierten Einrichtungen, erscheint aber groß genug um einen guten Einblick in die Szene zu erhalten. Für Folgeprojekte wäre es dienlich, die einzelnen Projekte persönlich anzufahren. Neben der auf diesem Wege zu erwartenden hohen Stichprobe hätte dies zudem den Vorteil, andere Methoden gleichzeitig lancieren zu können (z.B. teilnehmende Beobachtung). Sollte sich ein Dokumentationsprozess etwa mit Unterstützung der BOJA etablieren, kann erwartet werden, dass die Beteiligung höher ist.

Diesem Prozess vorgeschaltet müsste eine Diskussion werden, die klärt, welche Einrichtungen die Population ausmachen, also wann es sich um Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit handelt. Nach den persönlichen Rückmeldungen zu schließen sind in den erarbeiteten Listen auch Projekte enthalten, die etwa in Schulen Präventionsarbeit leisten oder Unterkünfte für Jugendliche breithalten, ohne aber den Status eines Jugendzentrums oder eines Jugendtreffs mit einem offenen Betrieb zu besitzen. Auch das Verhältnis von Streetwork zur Offenen Jugendarbeit ist nicht eindeutig geordnet. Mit eigenem Dachverband (BAST) ist die Mobile Jugendarbeit in vielen Einrichtungen doch eng mit der Offenen Jugendarbeit verbunden. Auch zu integrativen Arbeitsprojekten gibt es einen fließenden Übergang.

Die beteiligten JUZ kommen aus allen neun Bundesländern, verstärkt jedoch aus den Bundesländern Steiermark, Vorarlberg und Wien (vgl. Tab. 1). Es wurde eine angemessene Streuung im Urbanisierungsgrad erreicht. 60% der Einrichtungen sind in Städten lokalisiert, die übrigen Einrichtungen verteilen sich auf Märkte (23%) und Dörfer (18%)[108]. Es zeigt sich ein Zusammenhang zwischen Urbanisierungsgrad und Dauer der Existenz der

[107] Die Recherche der Adressen hat dankenswerterweise Dorit Kraft übernommen.

[108] Die höhere Summe als 100% ergibt sich aus Rundungsgründen.

Einrichtung. Die durchschnittliche Existenz der Einrichtung beträgt in den Städten 15 Jahre und in den Märkten 9 Jahre. In den Dörfern entstanden die JUZ durchschnittlich vor fünf Jahren. Die älteste, beteiligte Einrichtung besteht seit 33 Jahren, der Durchschnitt beträgt 12 Jahre.

Abbildung 1: Bundesland der beteiligten JUZ

Bundesland	Prozente
Burgenland	1,7
Kärnten	6,9
Niederösterreich	6,9
Oberösterreich	10,3
Steiermark	24,1
Salzburg	6,9
Tirol	6,9
Wien	17,2
Vorarlberg	19,0

Mitarbeiter/innen: Zahl, Geschlecht und Ausbildung

Die Anzahl der Mitarbeiter/innen schwankt in der Stichprobe. Am häufigsten arbeiten 2 (27%), 3 (15%), 4 oder 8 (je 12%) bzw. 6 (10%) Personen im JUZ. In 8% der Einrichtungen führt eine Person alleine das JUZ. Für das pädagogische Arbeiten mit den Jugendlichen ist interessant, welche Verteilung zwischen Frauen und Männern unter den Mitarbeiter/innen vorliegt. In fast der Hälfte der befragten Einrichtungen arbeiten in Österreich mehr Frauen als Männer. Ein ausgewogenes Verhältnis besteht in etwa bei einem Viertel der Einrichtungen. In 10% der Einrichtungen arbeiten ausschließlich Frauen und in 5% der Einrichtungen ausschließlich Männer. Bedeutsam ist an dieser Stelle, dass etwa die Offene Jugendarbeit in Zürich sich zum Ziel gesetzt hat, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen zu haben und im Jahr 2008 berichtet, dass „sich das OJA-Personal im Verhältnis 50:50 aus Frauen und Männern zusammensetzt" (OJA Zürich 2008, S. 7).

Unter den Ausbildungen der Mitarbeiter/innen sind Lehrgänge zur Jugendarbeit (53% der JUZ) am bedeutsamsten. Dabei ist anzuführen, dass es Initiativen gibt, entsprechende Lehrgänge an Fachhochschulen (z.B. Feldkirchen) oder pädagogischen Hochschulen (z.B. Graz) anzusiedeln. Danach folgen verschiedene soziale, pädagogische und psychologische Ausbildungen (vgl. Tab. 2) – sie alle führen zur Arbeit in der Offenen Jugendarbeit. Aber die Liste lässt sich noch weiterführen. SozialmanagerInnen, soziokulturelle Animator/innen, Geograf/innen, Psychotherapeut/innen oder Priester sind ebenfalls vertreten. Dazu kommen Lehrlinge, Schüler/innen, Maturant/innen und Studierende, die sich der Jugendarbeit widmen. Zu berücksichtigen ist, dass der Übergang zu verschiedenen Weiterbildungen fließend ist. Solcherart bringen sich beispielsweise ein: Outdoortrainer/innen,

Erlebnispädagogen/innen, Trauerbegleiter/innen, Mediator/innen, Medienpädagogen/innen, Gesundheitstrainer/innen, Sexualpädagogen/innen, Alpinlehrwarte/innen oder Berater/innen für Abhängigkeitserkrankte.

Abbildung 2: Ausbildungen der Mitarbeiter/innen in den JUZ

Ausbildung	% der JUZ
Sozialarbeit	40%
Pädagogikstudium	25%
Sozialpädagogikausbildung im Sekundarbereich	18%
LehrerInnenausbildung für die Pflichtschule	18%
Lehramt für die AHS	15%
Psychologiestudium	10%
Masterstudium für Sozialpädagogik	8%
Soziologiestudium	7%
Kindergartenpädagogik	7%

Träger und geldgebende Instanzen

Vier Arten von Trägern lassen sich ausmachen. Erstens sind die Träger Vereine, Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder Kommanditgesellschaften, zweitens ist die öffentliche Hand aktiv, also Gemeinden oder Magistrate der Städte, und drittens treten die katholische Kirche bzw. ihre Teilorganisationen als Träger auf (u.a. Pfarre, Diözese). Eine beteiligte Einrichtung kommt viertens ohne Träger aus. Vereine sind die häufigste Organisationsform des Trägers (63%). 13% der Träger sind Gesellschaften. Zieht man noch das autonome JUZ ab, teilen sich öffentliche und kirchliche Institutionen in etwa die verbleibenden Einrichtungen auf.

Im Fall eines Vorstandes arbeiten durchschnittlich 8,5 Personen mit. Wirft man im Interesse eines internen Partizipationsgedankens den Blick auf die Zusammensetzung des Vorstandes, so zeigt sich, dass 3,0 Frauen und 1,3 Personen unter 24 Jahre durchschnittlich im Vorstand sind. In nicht ganz der Hälfte der Vereine gibt es keine Jugendlichen oder jungen Erwachsenen im Vorstand. Dies könnte als Manko diskutiert werden.

Zur Finanzierung lässt sich sagen, dass die JUZ mit eher engen Finanzierungskonzepten arbeiten. Etwa ein Drittel der JUZ kommt mit einem Financier aus und etwa die Hälfte der Einrichtungen weist zwei GeldgeberInnen auf. Bei 17% der Einrichtungen sind drei Geldquellen vorhanden. Über mehr als drei Geldquellen verfügen dann nur mehr 5% der Einrichtungen. Einzelne JUZ erwirtschaften Eigenmittel. Insgesamt sind dadurch zahlreiche JUZ von den lokalen Mitteln der Gemeinde abhängig.

Die Räume

Obwohl dem Raum und seiner Gestaltung grundlegend eine bedeutsame pädagogische Rolle eingeräumt wird (vgl. Deinet 2004, Gspurning et al. 2010), gibt es wenig Dokumentarisches oder Reflexives über die Räume von Jugendzentren zu lesen. Da zwischen ein und 16 Räume in den befragten JUZ zur Verfügung stehen, kann man jedenfalls von unter-

schiedlichen konzeptionellen Möglichkeiten ausgehen (vgl. Grafik 1). 30% der JUZ haben mehr als fünf Räume, was auf ein erhöhtes Repertoire an Gestaltungsdifferenzierung hinweist. In Quadratmeter ausgedrückt schwankt die Fläche zwischen 40 m² und 2.000 m². 40% der Einrichtungen stehen mehr als 200 m² zur Verfügung. Outdoor setzt sich die Unterschiedlichkeit fort. Während 29% der Einrichtungen ohne eigenen Außenbereich auskommen, können andere hunderte, einzelne sogar tausende Quadratmeter anbieten.

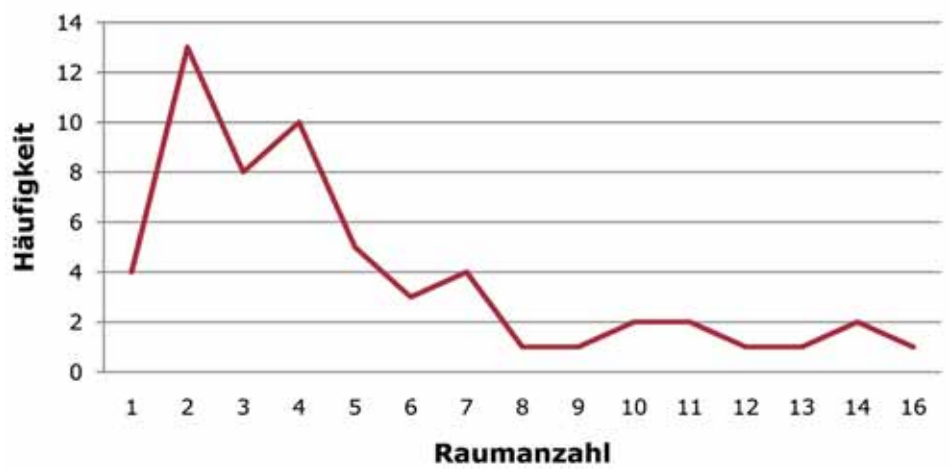
Versucht man einen Überblick über die Ausstattung der Innenräume zu gewinnen, kann von 16 eingebrachten „Raumzutaten" ausgegangen werden, wovon die ersten acht häufig vorkommen (vgl. Abb. 3).

Abbildung 3: Ausstattungselemente der Innenräume

1. Sofa, Sitzgelegenheit;	9. Tonstudio, Proberaum;
2. Musikanlage, Mischpult;	10. Beratungsraum, Besprechungszimmer;
3. Bar, Theke;	11. Rückzugsraum, Kuschelraum, Chill-out-Ecke;
4. Küche, Kühlschrank, Küchennische;	12. Kreativraum, Werkstatt, Fotolabor;
5. Tischtennis, Dart, Wuzzler, Billard;	13. Bibliothek;
6. Computer, Internet;	14. Bewegungsraum, Box-Ecke, Fitnessraum, Indoor-Fußball, Kletterraum, Ballettsaal;
7. Videospiele, WII, Playstation, x-Box;	15. Seminarraum;
8. Beamer, Fernseher, DVD-Anlage;	16. Café, Buffet.

In einer Zusammensetzung heißt es etwa „Bar, vier Computer, Playstation, Wuzzler, Darts, Billard" (JUZ1). Ähnlich ausgestattet ist JUZ34: „Computer, Tischfußballtisch, Küche, Sitzmöglichkeiten, Internet, Fernseher inkl. Recorder". Als besonders interessant und räumlich umfangreich differenziert kann das folgende JUZ bezeichnet werden: „Proberaum, Mädchenbüro, Multimediaraum, Tischfußball, Boxsack, Surferinnenparadies, Fotolabor, Kuschelecke, Kommunikationsraum, Mädchencafe, Südseezimmer, Werkstatt, Bewegungsraum" (JUZ47). Als Kontrast dazu sei das JUZ42 genannt, das sich mit „Bar, Bühne, DJ Pult" beschreibt und damit von vorneherein einen anderen Ansatz räumlicher Ausrichtung wählt.

Abbildung 4: Anzahl der Räume in den JUZ



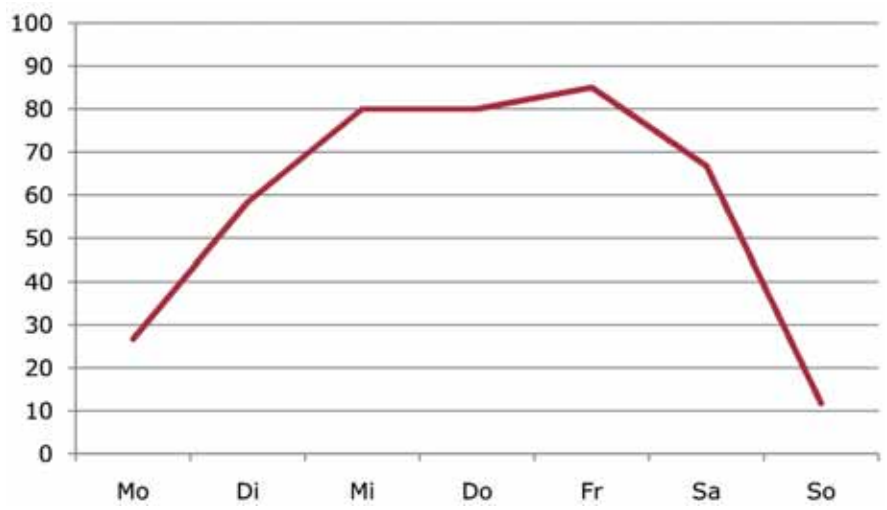
Grundlage für den Außenbereich, soweit vorhanden bzw. benützt, bilden „Freiflächen" (z.B. JUZ22), die entweder als Wiese (z.B. JUZ29) oder gepflasterter Platz (z.B. JUZ51) zur Verfügung stehen. Sehr häufig sind in der Folge Sitzgelegenheiten und Tische. Hollywoodschaukel (JUZ47) und Hängematte (JUZ28) heben sich von den üblichen Bänken ab. Zur klassischen Ausstattung zählen weiters Tischtennistisch, Basketballkorb und Fußballtore. Volleyball, Federball, Frisbee und Balanka (Tischfußball), Trampolin, Klettergerüst sowie Skaterrampen gehören zu den zwar einzeln aufgezählten Elementen, die doch noch eine weite Verbreitung haben dürften. Mehrmals erwähnt werden „Raucherecken" (z.B. JUZ51) mit Aschenbecher sowie auch „Feuerstellen" (z.B. JUZ27), die unter anderem zum Grillen verwendet werden können. Erlebnispädagogische Hintergründe besitzen „Crow Camp" (JUZ39) oder „Totempfahl" (JUZ48). Exklusiv ist eine „Kanuanlegestelle" (JUZ39). Zudem werden auch in einigen Einrichtungen Kräuter- und Gemüsegärten (z.B. JUZ14) sowie Blumen und Feuchtbiotope (z.B. JUZ29) kultiviert. Daneben können „Kinderspielplätze" (z.B. JUZ51) oder Parks (z.B. JUZ34) des Wohngebietes mitbenützt werden.

Zeit

Die Öffnung des JUZ ist eine Grundvoraussetzung für die Erbringung der Leistungen. Ein Blick über die Wochentage zeigt, dass die stärksten Tage, also jene Tage, an denen viele Jugendzentren geöffnet haben, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag sind (vgl. Abb. 5). Etwas überraschend ist, dass am Sonntag, dem Tag, an dem Jugendliche den Erwartungen nach viel Zeit für eigenbestimmte Aktivitäten besitzen, die meisten JUZ geschlossen haben. Die Öffnungsdauer pro Tag schwankt zwischen 2 und 10 Stunden. Die durchschnittliche Dauer der geöffneten Einrichtungen beträgt zwischen 4,6 h (Montag) und 5,8 h (Sonntag). Viele JUZ haben vier (33%) oder fünf (39%) Tage pro Woche geöffnet. Es gibt JUZ, die an einem Tag geöffnet haben, und JUZ, die sieben Tage ihr Angebot anbieten.

Betrachtet man die Öffnungszeiten über das Jahr, ist ein Viertel der JUZ zu nennen, das ganzjährig geöffnet hat. Bei den übrigen JUZ betragen die Schließzeiten zwischen zwei Wochen und drei Monaten.

Abbildung 5: Anteil der geöffneten JUZ an den verschiedenen Wochentagen



Prinzipien

Prinzipien geben der Offenen Jugendarbeit ihren methodischen Charakter. Auch wenn bisweilen unklar ist, wie einzelne Prinzipien in der Umsetzung in verschiedenen Kontexten konkret auszusehen haben, so ist doch zu erwarten, dass sie handlungsleitend und damit qualitätsbestimmend sind. In Frage kommen eine Vielzahl von Prinzipien (vgl. Thole 2000). Einzelne Jugendzentren haben ihre Beschreibungen von Prinzipien publiziert. So nennt das autonome Jugend- und Kulturzentrum Between „Autonomie, Vernetzung, Parteilichkeit, Niederschwelligkeit, Freiwilligkeit, Partizipation und Selbstverwaltung und Toleranz" (KOJE 2008, S. 54).

Die empirische Analyse zeigt eine Handvoll von Prinzipien, die häufig angeführt werden und deshalb als Kernprinzipien gesehen werden können. Die folgende Aufstellung der Kernprinzipien unterstreicht den hohen fachlichen Stellenwert den die Partizipation einnimmt:

- die Partizipation, die auch als Mitsprache, Mitbestimmung oder Beteiligung beschrieben wird,
- die Niederschwelligkeit, die für verschiedene methodische Bezüge wichtig ist (u.a. Sprache, kein Konsumzwang),
- die Freiwilligkeit, die den Zugang zum JUZ und die Beteiligung an Programmen charakterisiert,
- das geschlechtssensible Agieren, das sich zumeist in verschiedenen Angeboten für Mädchen und Burschen differenziert, sowie
- der offene Zugang zum JUZ, in dem diskriminierende Perspektiven ausgeschlossen werden.

Daneben sind über 50 weitere Prinzipien für die beteiligten JUZ von Bedeutung. Es beginnt beim Bezug auf ethische Grundsätze, wie sie etwa in den Menschenrechten und in der Kinderrechtekonvention formuliert sind und die ein „humanistisches Weltbild" (JUZ50) zum Ausdruck bringen. Angereiht sind Prinzipien wie Toleranz, Respekt, Wertschätzung oder Akzeptanz gegenüber Jugendlichen „unabhängig von sexueller oder religiöser Orientierung oder Herkunft" (JUZ14). Der „Diversitätsblickwinkel" (JUZ34) und der Gleichheitsgrundsatz (z.B. JUZ22) werden dazu mehrmals erwähnt. In einzelnen Fällen steht dahinter eine christliche Ethik (z.B. JUZ7). Interessant sind auch das schlicht auftretende „Spaß"-Prinzip (z.B. JUZ27) und die Erlebnisorientierung. Es sind dies Prinzipien, die Jugendsein als gegenwartsbezogenes Geschehen akzeptieren. Einige JUZ vermerken die Selbstorganisiertheit, die als hohe Stufe der Partizipation zu werten ist (vgl. Guggisberg 2004, Heimgartner 2009). Zumindest als Indikator für die offene Teilnahme und in Differenz zu Lokalen ist der „fehlende Konsumzwang" zu nennen (z.B. JUZ28). Mit der „Parteilichkeit" (z.B. JUZ31) ist ein Prinzip gemeint, dem es um die Vertretung der Interessen der Jugendlichen in der Gesellschaft geht. Die Perspektive der Jugendlichen wird dabei gesellschaftlich tonangebend. Dabei heben einige Jugendzentren hervor, „überparteilich" (z.B. JUZ3) und auch „ohne Konfession" (z.B. JUZ3) zu sein.

Auf individueller Wirkungsebene wird in den Prinzipien häufig von einer Förderung gesprochen. Ziele dieser Förderung sind etwa „soziale Kompetenzen" (JUZ51) oder ein „politischer Weitblick" (JUZ51). Mitunter wird die Förderungsrichtung auch von den Bedürfnissen

abhängig gemacht (z.B. JUZ53). Als eher problemorientierte Abwandlung davon kann der Begriff der „Unterstützung" gesehen werden (z.B. JUZ40). Besonders wenn es um die Unterstützung „sozial schwacher Jugendlicher" (JUZ12) geht, ist dieser Aspekt enthalten. Maßgeblich ist dabei ein ressourcen- oder auch stärkenorientiertes Vorgehen (z.B. JUZ29). Auch die Chancen, die es wahrzunehmen und zu öffnen gilt, sind an dieser Stelle zu nennen (z.B. JUZ40). Zum Blick auf die Chancen formulieren etwa Auinger et al. (2002, S.22), wie wichtig es ist, „dass für die Jugend entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen, d.h. Räume und Beziehungen bereit gestellt werden, sodass diese Jugendlichen trotz ihrer Biografie und dem damit verbundenen Alltagsstress eine Jugend erleben und in einer gewissen Unbefangenheit darin experimentieren können".

Im Umgang mit Drogen stehen alkohol-, rauch-, rausch- und drogenfrei zur Diskussion. Essler (2009) berichtet, dass in den steirischen Jugendzentren die Regeln, insoweit sie nicht ohnehin ein generelles Alkohol- und Rauchverbot vorsehen, durchgängig strenger als die Vorgaben des Jugendschutzgesetzes sind. Zu berücksichtigen ist dabei, wie Sting (2004, S. 141) ausführt, dass „jugendliche Peergroup-Geselligkeiten" den Konsum überlagern. Speziell Akzente setzen Prinzipien wie „Gewaltfreiheit" (z.B. JUZ44) und „Antirassismus" (z.B. JUZ33). Insbesondere Antirassismus deckt sich wiederum mit dem Verständnis einer pluralen Gesellschaft, in der Diversity gelebt werden kann und in der unterschiedliche Kompetenzen gewürdigt werden.

Angebote und Methoden

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die verschiedenen Methoden der Offenen Jugendarbeit zu kategorisieren. In der von den Jugendzentren verwendeten Sprache sind dies elf immer nur schwerpunktmäßig unterscheidbare Methoden. So haben Gespräche im offenen Betrieb Beratungscharakter oder Freizeitangebote entwickeln sich zum Event usw. Dies macht auch eine quantifizierende Dokumentation in der Regel diffus (vgl. Abb. 6).

Abbildung 6: Methoden der Offenen Jugendarbeit

Methode
Offener Betrieb
Freizeitangebote
Beratung
Events
Projekte
Netzwerkarbeit
Diskussionsrunden
Aufsuchende Arbeit
Sozialräumliche Arbeit
Weiterbildung
Arbeitsprozesse

Als grundlegend ist ein „offener Betrieb" (JUZ6) zu werten. Das Angebot des Raumes und die Charakterisierung als „Treffpunkt" (JUZ46) umranken diese methodische Basiskonzeption. Die Treffpunktidee kann durch Café- (z.B. JUZ32) oder Discoatmosphäre (z.B. JUZ42) unterstützt werden. Die Wichtigkeit des „Chillens" etwa in einem Caféambiente erläutern Cloos et al. (2007, S. 140).

Am häufigsten werden „Freizeitangebote" eingebracht. Sie beziehen sich auf In- und Outdooraktivitäten und haben mitunter eine Kultur- oder eine Medienperspektive. Verschiedene Anliegen werden mit den Freizeitangeboten vertreten, u.a. „alternative Freizeitmöglichkeiten" (JUZ14) zu vermitteln oder „erlebnispädagogische Erfahrungen" (JUZ32) aufzumachen. Mit der Freizeitgestaltung ist eine sozialpädagogische Begleitung oder Betreuung verbunden (JUZ48), die vielfach geschlechtssensible Angebote vorsieht.

Sehr häufig wird auch von „Beratung" gesprochen. Sie tritt in Form von Erstberatungen (JUZ41) oder auch Krisenberatungen (JUZ1) auf. Verschiedentlich wird auch der Begriff Jugendsozialarbeit verwendet (z.B. JUZ3). Mit der Feststellung als Ansprechperson zu fungieren wird ein sanfter Übergang zu der Beziehungsarbeit gemacht, auf die vereinzelt hingewiesen wird. Dies korrespondiert mit der Auffassung von Böhnisch (1998, S. 183), der in der Jugendarbeit einen „Beziehungsanker" sieht.

Stark im Bewusstsein ist die Ausrichtung von „Events". Feste, Partys (z.B. Nudelparty, JUZ20), Veranstaltungen (z.B. Fondueabend, JUZ27) oder Exkursionen sind darunter einzurechnen. In größerer Form handelt es sich um Projekte und Aktionen, die einen breiten Zeitraum einnehmen (s.u.).

Nach außen hin sind „Netzwerkarbeit" bzw. „Vernetzung" häufig. Dazu kommt die „Öffentlichkeitsarbeit". Sie manifestiert sich auch in Publikationen (z.B. JUZ47), Vorträgen (z.B. JUZ59) und der Gestaltung von Websites.

Überraschend häufig sind intern kreierte Diskussionsrunden (u.a. Politdiskussionen, JUZ36) und Versammlungen (u.a. Hausversammlung, JUZ9) genannt, die als gelebte Partizipation bezeichnet werden können.

Auf die mobile, aufsuchende und auch sozialräumliche Jugendarbeit im fließenden Übergang zu eigenständigen Streetworkprojekten wird mehrfach hingewiesen. In einem Fall werden auch Haftbesuche übernommen (JUZ4).

Einige JUZ arbeiten an der Beteiligung und Entwicklung des Gemeinwesens. Dies entspricht der Wahrnehmung der sozialräumlichen Einbettung von jugendlichen Lebenswelten (z.B. Deinet und Krisch 2003, Kessl et al. 2005, Sing und Heimgartner 2009).

Einige Einrichtungen haben auch explizite Weiterbildungsangebote im Repertoire. Diese können an die Jugendlichen (z.B. Hauptschulabschluss, JUZ37) oder an Multiplikatoren/innen (z.B. div. Workshops, JUZ47) adressiert sein. An einem europäischen Jugendaustausch arbeitet ebenfalls eine Einrichtung (JUZ31). Explizit auf einen Peer-education-Ansatz wird von JUZ47 hingewiesen. Ansonsten kann die Gleichaltrigengruppe generell als „Lernort" verstanden werden (vgl. Schröder 2007, S. 188). Vereinzelt werden „schulische Hilfestellungen" (JUZ48) angeboten.

Einzelne Einrichtungen haben Werkstätten integriert, in denen Arbeitsprozesse stattfinden können. Diese Zugänge scheinen hinsichtlich der Heranführung von exklusionsgefährdeten Jugendlichen an existentiell bedeutsame Arbeitsverhältnisse zielführend.

Vielfalt der Projekte

Einen breiten Anteil des Geschehens in JUZ nehmen Projekte ein. Es wurden 247 Projekte genannt, die thematisch breit gestreut sind (vgl. Tab. 5). Am häufigsten finden Sport und Bewegungsprojekte statt. Beispiele sind „Social Soccer Cup" (JUZ21), „Bezirksfußballturnier" (JUZ60), „Kletterausbildung" (JUZ43), „Move for fun: Trendsportarten auf Spielplätzen im Stadtteil" (JUZ8) oder „Sport und Bewegung" (JUZ33). Kunstprojekte sind am zweithäufigsten: „Kunstprojekt Radskulptur" (JUZ42), „Graffitiworkshop" (JUZ53), „Kunstprojekt Freizeichen" (JUZ14), „Malen" (JUZ4) u.a.

Projekte, die von den JUZ als Partizipationsprojekte bezeichnet werden, sind politische Realisationen wie „Word up! Bezirksjugendparlament" (JUZ31) oder das Projekt „Wählerisch" (JUZ5), das die Beteiligung an öffentlichen Wahlen, die Parteienlandschaft und politische Programme zum Inhalt hat. Das Bestimmen über das Programm des Jugendzentrums für eine Woche (JUZ30) ist ebenfalls im Sinne der Partizipation angelegt. Auch die Veränderung des öffentlichen Raumes in Form einer „Grünraumgestaltung" (JUZ28) wird erwähnt.

Zu den Erlebnisprojekten zählen „Erlebnispädagogisches Projekt: Survivalweekend" (JUZ14) oder „Campingurlaub Kroatien" (JUZ10). Verschiedene Feste werden organisiert z.B. „Sommerfest" (JUZ46) oder „10-Jahresfeier" (JUZ51).

Gendersensibles Arbeiten drückt sich in eigenen Räumen (z.B. „Mädlsraum", JUZ22), eigenen Zeiten (z.B. „Mädchennachmittag", JUZ35; „Mädchenabende", JUZ34) und eben auch in Projekten aus: „Mädchentage" (JUZ5), „Workshop zu Selbstbehauptung" (JUZ51) oder „Mädchen und Politik: Barbiefreie Zone" (JUZ47). Projekte zu Sexualität und Körper nennen sich etwa „Sexualitätswochen" (JUZ31), „Körperbewusstsein" (JUZ51) oder „Aufklärungsworkshop für Jugendliche" (JUZ49).

Medienprojekte (u.a. „see you tv", JUZ31; „perfect days: Filmprojekt mit Burschen", JUZ30), Bauvorhaben und Musikprojekte („Proberaumfestival", JUZ3) sind ebenfalls weit verbreitet. Seltener werden etwa Umweltprojekte („ÖkoritterInnen & Climatecoolers – Ökoschwerpunkt", JUZ29) oder Projekte zur Geschichte („Workshop zum Nationalsozialismus", JUZ43) umgesetzt.

Abbildung 7: Themen der Projekte

Vorrangiges Projektthema	Anz.	Vorrangiges Projektthema	Anz.
Sport/Bewegung	35	Vernetzung	4
Kunst	21	Gemeinwesen	4
Partizipation/politische Bildung	17	Gesundheit	4
Erlebnis	13	Umwelt/Energie	3
Fest/Feiern	13	Lernen	3
Gender	12	Migration	3
Sexualität/Körper	11	Kids	3
Medien	10	Theater	3
Bauen	10	Religion/Glaube	3
Musik	9	Zeitung	3
Gewalt/Vandalismus	8	Geschichte	2
Internationales	8	Wellness	2
Drogen/Sucht	7	öffentlicher Raum	2
Sonstige	7	Beruf	2
Tanz	*7*	*Wissenschaft*	*1*
Generationen	*5*	*Recht*	*1*
Essen	*5*	*Tiere*	*1*
Beratung	4	Konsum	1
		Gesamt	**247**

Jugendliche in den JUZ

Es zeigt sich, dass das Kernklientel der JUZ zwischen 13 und 16 Jahren ist (vgl. Abb. 8). In zweiter Linie sind jüngere Kids, vor allem zwischen 10 und 12 Jahren, und Jugendliche bis 18 Jahre die Besucher/innen. Nach der Volljährigkeit nimmt die sehr häufige Präsenz der jungen Erwachsenen zwar deutlich ab, aber eine kleinere Gruppe sucht JUZ auch nach dem 24. Lebensjahr auf.

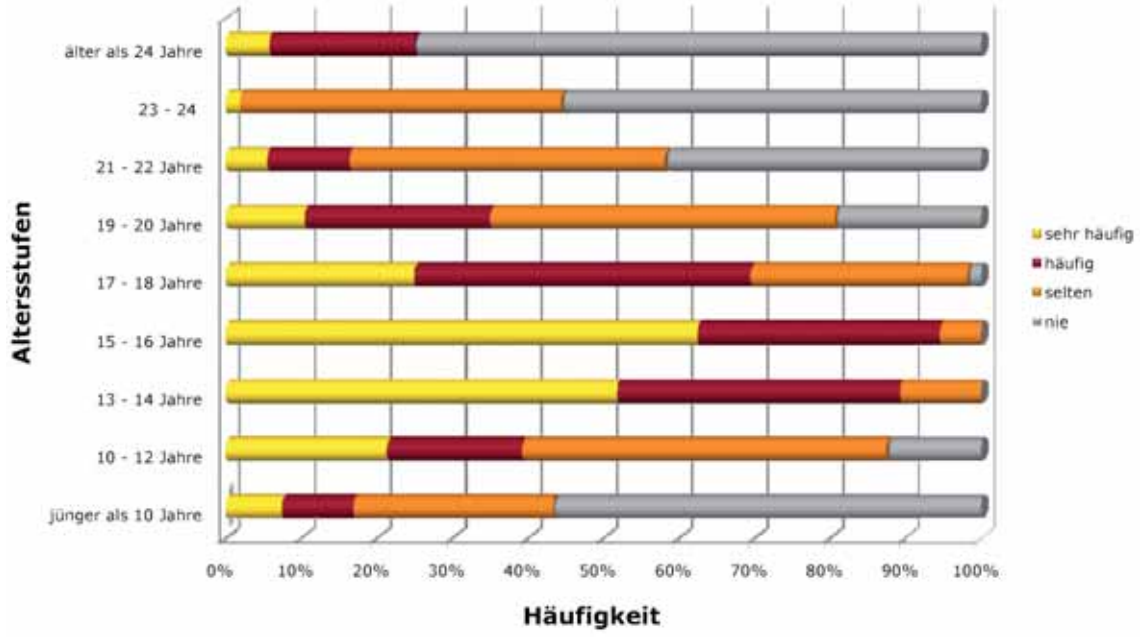
Die Jugendlichen bleiben gemäß den Ausführungen der JUZ-Mitarbeiter/innen meist zwischen 2 und 4 Stunden im JUZ. Über 80% der JUZ-Mitarbeiter/innen führen eine Zeitangabe in diesem Bereich an. Etwa jedes zehnte JUZ nennt eine kürzere durchschnittliche Verweildauer als zwei Stunden und in etwa 7% der JUZ ist eine längere Verweildauer als vier Stunden üblich.

Die JUZ sind insgesamt stärker Orte für männliche Jugendliche. 91% der Mitarbeiter/innen führen an, mehr männliche Besucher als weibliche Besucher/innen zu haben. Bei 28% der Einrichtungen machen Mädchen nur ein Viertel oder weniger der Jugendlichen aus. Lediglich bei 5% der Einrichtungen ist das Verhältnis ausgeglichen. Nur in zwei Einrichtungen überwiegt der Mädchenanteil, wobei eines davon weiblichen Jugendlichen vorbehalten ist.

Obwohl sich vor einem vertieften Wissen gendersensiblen Zugehens (vgl. Drogand-Strud und Rauw 2005) zahlreiche Aktivitäten auf Mädchen beziehen (u.a. Mädchentage, gendersensible Workshops), sind sie in den JUZ also in der Unterzahl.

Die JUZ erreichen Jugendliche mit Migrationshintergrund bei einer insgesamt heterogenen Situation in der Regel sehr gut. Während bei 38% der Einrichtungen der Anteil unter 10% liegt, machen Jugendliche mit Migrationshintergrund bei etwa einem Drittel der Einrichtungen mehr als die Hälfte der Besucher/innen aus. Bei jedem fünften beteiligten JUZ liegt der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei 70% oder höher. Bei durchschnittlich höherem Anteil an Besucher/innen mit Migrationshintergrund gibt es auch in den Städten viele Einrichtungen mit keinem oder einem geringen Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Abbildung 8: Prozentanteil der Besucher/innen nach Häufigkeit über die Altersstufen



Themen und Probleme der Jugendlichen

Familie, Ausbildung und Arbeit – dies sind die drei von den Mitarbeiter/innen am häufigsten genannten Themen der Jugendlichen (zwischen 29 und 41 Nennungen). Zur Familie werden etwa eine „verworrene Familiensituation" (JUZ4) oder „desolate Familienverhältnisse" (JUZ41) konstatiert. Schulprobleme, Probleme mit Lehrer/innen oder auch Schulabbrüche und Ausbildungslosigkeit sind auftretende Schulthemen. Lehrstellenproblematik, Arbeitsplatzsuche oder generell Arbeitslosigkeit betreffen die Jugendlichen ebenfalls häufig. Relevanz und Brüchigkeit der Familie, der Ausbildung und der Arbeit haben im gesellschaftlichen Bewusstsein zu sein (vgl. Hurrelmann 2005). Dabei wird Jugendarbeit öfters an den Punkt gelangen, sich die Frage zu stellen, inwieweit sie zusätzlich zu der individuellen Begegnung in diesen Lebensbereichen Gestaltungsinstanz oder Träger sein kann, ohne eine jugend- und freizeitkulturelle Perspektive aus den Augen zu verlieren.

In die zweithäufigste Kategorie mit 10 bis 20 Nennungen fallen Partnerschaft, Gewalt, Drogen, Sexualität und Freunde. Verschiedene Aspekte der Gestaltung von engen Beziehungen werden unter Partnerschaft subsumiert. Mehrmals wird von Liebe gesprochen (z.B. Liebeskummer, JUZ10). Zur Sexualität zählen Themen der Verhütung und der Schwangerschaft (u.a. Schwangerschaftsabbruch, JUZ50). Häfele; Moosmann und Franke (2008, S.209) bestätigen den Bedarf an Sexualpädagogik und orten gesellschaftliche „Leistungs- und Gruppenzwänge", die einer selbstbestimmten Reflexion bedürfen. Vielfach sind es auch offene Freundesbeziehungen, die Thema der Jugendlichen sind.

Verschiedene Gewalterlebnisse aus Opfer- und Täterperspektive gilt es in der Jugendarbeit zu verarbeiten bzw. gilt es solchen vorzubeugen. Jugendliche sind auch von Kriminalität, Delinquenz oder Straffälligkeit betroffen. Mehrmals wird auf sexuelle Gewalt als wichtiges Thema hingewiesen (meist als „Missbrauch" geführt, z.B. JUZ48). Gesetzesfragen sind ebenfalls Teil des nötigen Wissens in der Jugendarbeit (z.B. JUZ45). Zum Drogenkonsum werden sowohl legale als auch illegale Substanzen erwähnt und die (mögliche) Suchtproblematik vor Augen geführt. Erwähnt wird auch die Spielsucht (z.B. JUZ13).

Von den seltener genannten Themen und Probleme sind etwa folgende hervorzuheben:

- Geldmangel (u.a. wird Armut unter den Jugendlichen erwähnt, JUZ30),
- Perspektivenlosigkeit, positiv als Zukunftsplanung verstanden (JUZ9),
- Freizeitgestaltung, wobei das „Fortgehen" (JUZ25) und das „Computerspiel" (JUZ36) mehrmals betont werden,
- Jugendkultur mit verschiedenen Teilbereichen wie Musik, Mode und Sprache (z.B. JUZ30),
- Migration, insbesondere wird auf das „Spannungsverhältnis zwischen Herkunftskultur der Eltern und Kultur, in der sie leben" (JUZ24) aufmerksam gemacht,
- Rassismus, meist als „Ausländerfeindlichkeit" tituliert (z.B. JUZ57),
- gesellschaftliche Diskriminierung (u.a. ist von Ghettoerfahrungen die Rede, JUZ48),
- Krankheit und Gesundheit (z.B. JUZ47),
- Religion und Spiritualität (z.B. JUZ34),
- Verkehrsmittel wie Mopeds (JUZ19) und Autos (z.B. JUZ54), der dazu erforderliche Führerschein (z.B. JUZ36) und öffentliche Verkehrsverbindungen (JUZ27) sowie
- Identitätsfindung als ein grundlegender Inhalt von Pubertätsentwicklungen (z.B. JUZ30).

Qualitätsmanagement

Integriertes Qualitätsmanagement gibt Auskunft über den Professionalisierungsgrad. 95% der Mitarbeiter/innen der beteiligten JUZ dokumentieren ihre Leistungen. Zu einem großen Anteil geschieht dies computerunterstützt. In fast ebenso vielen Einrichtungen wird ein jährlicher Tätigkeitsbericht vorgelegt. Auch eine regelmäßige Teilnahme von Mitarbeiter/innen an Veranstaltungen zur Weiterbildung ist fast durchgehend vorgesehen. Nicht so verbreitet sind hingegen Supervisionen. Während 30% der Einrichtungen auf monatliche Supervisionen verweisen kann, sind Supervisionen in weiteren 40% der Einrichtungen seltener. Jede fünfte Einrichtung verzichtet gänzlich darauf.

Eine schlechte finanzielle Lage beschäftigt viele JUZ. Änderungsansätze sind etwa eine gewollte „Basisfinanzierung" (z.B. JUZ17) bzw. externe Sponsoren (z.B. JUZ41). Fast jedes zehnte JUZ klagt über einen Raummangel. Besonders jene Einrichtungen, die nur

über einen Raum verfügen, denken an eine Ausweitung. Einige Einrichtungen benötigen Außenanlagen: „Kein Garten bzw. keine Nutzfläche im Freien" (JUZ59). Viele JUZ sind mit den Ressourcen und den Bedingungen für die Mitarbeiter/innen unzufrieden. JUZ2 kommt etwa derzeit mit nur einer Stelle aus. JUZ4 drückt das Unbehagen über die „vertragliche Unsicherheit" durch die jährlichen Verträge aus. Schwierig ist es überdies für manche JUZ, männliche Mitarbeiter zu finden (z.B. JUZ40).

In Bezug auf die Zielgruppe wollen einige Einrichtungen einen höheren Mädchenanteil erreichen (z.B. JUZ13) und in eine bessere Mädchenförderung investieren (z.B. JUZ43). Einige Einrichtungen bemerken, dass sie Jugendliche über 15 Jahren nicht mehr angemessen erreichen (z.B. JUZ30). Auch eine Vereinnahmung durch eine Gruppe kommt vor (JUZ31). Verschiedentlich gibt es auch die Aufgabe den Wechsel des Stammpublikums zu bewältigen. Als Beispiel erzählt das JUZ60, dass die „alte (sehr starke) Gruppe gerade rauswächst und bis jetzt Jüngere daran gehindert hat, im Juz anzudocken". Dieses JUZ denkt an einen Umbruch zu einem Jugendkulturzentrum, das für die gesamte Bevölkerung zur Verfügung steht.

Mehrmals wird über Probleme mit Anrainer/innen berichtet. Auslöser sind etwa „Lautstärke" (JUZ46) oder „frech sein" (JUZ43). Manchmal fehlt es am „Stellenwert von offener Jugendarbeit in der Bevölkerung" (JUZ41). Dies drückt sich auch dadurch aus, dass „wenig tolerierte öffentliche Freiräume für Jugendliche" (JUZ 40) zur Verfügung stehen. Dies deckt sich mit der Auffassung von Thien, Voglmayr und Zuba (2007, S. 62), wonach es an Räumen fehlt, „die aneignungsfähig und gestaltbar sind". Einige JUZ versprechen sich Verbesserung durch zusätzliche Kooperationen (z.B. JUZ21) oder einen Ausbau der Lobbyarbeit (z.B. JUZ26). Auch eine stärkere Annäherung an die Schule ist angedacht (z.B. JUZ36). Dies ist für die derzeitige Zunahme an Schulsozialarbeitsprojekten interessant. Einige JUZ möchten mit einer aufsuchenden Arbeit beginnen bzw. diese ausweiten. Dies scheint insbesondere in Hinblick auf „unsichtbare" Jugendliche zielführend (vgl. Reutlinger 2007). In einem JUZ ist eine Stadtteilarbeit (JUZ33), in einem anderen eine Sozialraumanalyse (JUZ24) geplant. Jugendarbeit rückt damit stärker in die Nähe der gemeinwesen- bzw. sozialraumorientierten Arbeit (vgl. Sing und Heimgartner 2009).

Teil 2: Verbandliche Jugendarbeit

Zunächst ist davon auszugehen, dass es zur verbandlichen Jugendarbeit in Österreich kaum übergreifende empirische Studien gibt. Im dritten Jugendbericht wurde bereits im Rahmen von Anstößen zur Qualitätssicherung in der verbandlichen Jugendarbeit der Hinweis gegeben, die quantitative Datenlage zu Dokumentationszwecken auszubauen (vgl. Trübswasser, Schoibl und Luger 1999). Der vierte Jugendbericht gibt schließlich die Zahl der Jugendlichen, die sich in Jugendorganisationen einbringen mit 10% an und sieht einen Individualisierungstrend in der Freizeitgestaltung (vgl. Jugendradar 2003). Zu erwähnen sind weiters die Studien des Österreichischen Institutes für Jugendforschung, das etwa an den Motiven der Jugendlichen zur Beteiligung in Jugendorganisationen interessiert war (vgl. Riepl 2009). Zudem gehen immer wieder regionale Studien auf die verbandliche Jugendarbeit und das Engagement von Jugendlichen in Vereinen ein (z.B. Dornbirner Jugendstudie 2001, Sozialkapital Bregenz 2008, NÖ Jugendstudie 2009).

Präsent sind Zusammenschlüsse oder Koordinationsstellen, in denen einzelne, bedeutsame Organisationen vertreten sind. So wirken im steirischen Landesjugendbeirat 24 Organisationen mit (vgl. Abb. 9). Interessant ist dabei auch die interne Gliederung in (1) Bildung und Ausbildung, (2) internationale Kontakte, (3) Kultur und Brauchtum, (4) Natur und Umwelt, (5) Persönlichkeitsbildung, Glaube und Träume, (6) Politik und Medien und (7) Sport und Abendteuer, die viel über die inhaltlichen Zielsetzungen aussagt (vgl. Landesjugendbeirat Steiermark 2010). Obwohl auch etwa für Wien lediglich 24 Organisationen angeführt sind, die als Wiener Kinder- und Jugendorganisationen bezeichnet werden und als zentrale Zielsetzung anführen, Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu offerieren (vgl. Stadt Wien 2010), so kann angesichts der Vielzahl an Organisationen doch von einer viel größeren Volumen an verbandlicher Jugendarbeit ausgegangen werden. Institute wie die Statistik Austria führen darüber jedoch keine Statistik.

Abbildung 9: Mitgliederorganisationen im steirischen Landesjugendbeirat

Alpenvereinsjugend	Kommunistische Jugend Stmk
American Field Service (AFS)	Landesjugendreferat
Europajugend	Landjugend Steiermark
Evangelische Jugend	Ludovico
Gewerkschaftsjugend	Mittelschüler-Kartell-Verband
Grünalternative Jugend Stmk	Naturfreundejugend Stmk
Junge Volkspartei Stmk	Naturschutzjugend
Katholische Jugend	Ring Freiheitlicher Jugend
Katholische Jungschar	Sozialistische Jugend Stmk
Kinderfreunde Steiermark	Sportunion
Kinderland Steiermark	Steirische Pfadfinder/innen
Kolpingjugend	Trachtenvereinsjugend

Freiwilliges Engagement der Jugendlichen als Teil der verbandlichen Jugendarbeit

Grundfragen des freiwilligen Engagements sind nach einer entsprechenden Klärung der Formen des Engagements (z.B. informell vs. formell, d.h. in Rahmen von Organisationen) in einer deskriptiven Analyse, in Wirkungsfragen und in den Differenzen von verschiedenen Gruppen von Jugendlichen zu finden. Letzteres bezieht sich darauf, engagementferne Gruppen von Jugendlichen zur Partizipation heranzuführen. Diskriminierende Variablen sind etwa Geschlecht, Bildungsabschluss, sozioökonomischer Hintergrund oder Migrationserfahrungen.

Jugendliche gestalten die Organisationen wesentlich mit und leisten auf diesem Weg gesellschaftliche Beiträge (interne Partizipation). Unscharf wahrzunehmen ist, inwieweit die Organisationen in das Gemeinwesen und in die Gesellschaft hineinwirken (externe Partizipation). Das Portal www.aktivwerden.at akzentuiert die Leistungen, die Jugendliche durch ihre Beteiligung in Organisationen für das Gemeinwohl erbringen. Themen sind etwa Umwelt- und Tierschutz, Menschenrechte, Entwicklungszusammenarbeit, soziale Hilfs-

dienste, Kultur und Medien. Bedeutsam beim freiwilligen Engagement bleibt das Rückwirken auf die Akteure/innen, wie insbesondere die Diskussionen um das informelle Lernen zeigen (vgl. Rauschenbach/Düx/Sass 2007).

Eine finanziell unterstützte Form des sozialen Engagements stellt das Freiwillige Soziale Dienstjahr (FSDJ) dar. In der Altersspanne zwischen 17 und 26 Jahren können junge Erwachsene in Sozialeinrichtungen zehn bis elf Monate mitarbeiten und erhalten dafür eine finanzielle Ersatzleistung, da kein Anspruch auf Familienbeihilfe besteht. Abgewickelt wird das FSDJ von der Diakonie Österreich, dem Verein zur Förderung sozialer Dienste und der Arbeitsgemeinschaft Soziale Berufsorientierung Vorarlberg (vgl. Heimgartner 2009b). Initiativ werden derzeit über 300 Personen, die diese Zeit vielfach auch als Vorbereitung für ihren Ausbildungsweg nützen (vgl. L&R Sozialforschung 2008). Außerdem gibt es auch die Möglichkeit zu einem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ). Es wird eine Mitarbeit bei einer Umweltorganisation oder einem Biobauernhof für die Dauer von zehn Monaten unterstützt. Außerdem können selbstinitiierte Umweltprojekte betrieben werden (vgl. JUNE 2010).

An der Vermittlung von interessierten Jugendlichen arbeiten insbesondere Freiwilligenzentren. Beispiele sind das ULF in Linz, das Freiwilligenzentrum Waidhofen an der Ybbs, Freiwilligenzentrum Salzburg, Freiwilligenzentrum Tirol, VOL Schwarzach oder die Ehrenamtsbörse Wien (vgl. Heimgartner 2009b). Als Konzept sind auch Tauschkonzepte für die Jugendarbeit interessant. Bei points4action haben Jugendliche die Gelegenheit durch Leistungen, die sie bei Senioren/innen erbringen, zu points zu gelangen, die sie in verschiedenen Geschäften und öffentlichen Einrichtungen einsetzen können (vgl. Points4action 2010).

Nationale Aktivitäten zur Freiwilligenarbeit werden insbesondere durch den Österreichischen Rat für Freiwilligenarbeit unterstützt. Seine Aktivitäten werden auf der Webseite freiwilligenweb.at dokumentiert. Impulse zur Beteiligung Jugendlicher gehen beispielsweise von dem europäischen Programm „Jugend in Aktion" aus. In Teilprogrammen wie Jugendbegegnung oder Freiwilligendienst werden kultureller Austausch und Erfahrungen in sozialen Netzwerken ermöglicht und mit gemeinwesenorientiertem Engagement verbunden, wie die evaluativen Analysen von Chisholm, Fennes und Hagleitner (2009) zeigen. Darüber hinaus sind zahlreiche workcamps von Bedeutung, die in Europa und weltweit veranstaltet werden und zur Beteiligung einladen (z.B. Service Civil International, Internationale Begegnung in Gemeinschaftsdiensten, Solidarités jeunesses).

Quantitatives Material zum freiwilligen Engagement

Beauftragt vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz haben Hollerweger (NPO-Institut Wien) und Heimgartner eine Studie zum freiwilligen Engagement in Österreich koordiniert. Im Zuge dieser Studie hat die Statistik Austria einen Mikrozensuszusatz (2006) umgesetzt (11.661 Voll- und 1.810 Teilrespondent/innen von Personen über 15 Jahren).

Dieser ergibt, dass sich 31,4% der 15- bis 19-Jährigen formell engagieren. Es gibt einen Überhang von 11,2% von männlichen gegenüber weiblichen Jugendlichen zu vermerken. Ein gendersensibles Gegensteuern ist also angebracht. Der Anteil der beteiligten Jugendlichen ist in Gegenden mit geringem Urbanisierungsgrad höher als in städtischen Gebieten. Die Differenz beträgt 16,6%. Eine Erklärung dafür ist, dass in Städten verschiedene

Leistungen hauptamtlich abgedeckt werden, die am Land mit freiwilligem Engagement erbracht werden (z.B. Freiwillige Feuerwehr). Nach dem 19. Lebensjahr nimmt die Häufigkeit des formellen Engagements leicht ab (vgl. Abb. 10).

Abbildung 10: Formelle Beteiligungsquoten

Formelle Beteiligungsquoten (in %)		15-19	20-24	25-29	15-24	15-29
Gesamt		31,4	30,5	28,1	31,0	30,0
Geschlecht	Männlich	36,9	35,3	29,7	36,1	33,9
	Weiblich	25,7	25,6	26,4	25,7	25,9
Urbanisierungsgrad	hohe Bevölkerungsdichte	21,1	26,1	17,1	23,9	21,2
	mittlere Bevölkerungsdichte	31,3	31,6	33,8	31,4	32,3
	niedrige Bevölkerungsdichte	37,7	33,4	36,7	35,6	35,9

Unter den angesprochenen Bereichen dominieren die Kultur, die Katastrophenhilfe, der religiöse Bereich und der Sport (vgl. Abb. 11). Insgesamt sind die Beteiligungsquoten der Jugendlichen – bis auf die Spitzenbereiche Katastrophenhilfe und Kultur – denen der Erwachsenen ähnlich. Dies lässt auch auf die Verteilung der zur Verfügung stehenden Infrastruktur schließen. Die Beteiligung an kirchlichen Institutionen geht nach dem 19. Lebensjahr zurück. Es erhöht sich hingegen das Engagement bei Sportorganisationen. Keine Parallelität zu den Erwachsenen gibt es allerdings in der Verteilung der Leitungsfunktionen. Während 14,7% der 15- bis 29-Jährigen in Leitungsfunktionen agiert sind es unter den Personen ab 30 Jahren 27,7% (vgl. Riepl 2009).

Abbildung 11: Beteiligungsquoten in den verschiedenen Bereichen

Beteiligungsquoten (in %)	15-19	20-24	25-29	15-24	15-29
Kunst, Kultur, Unterhaltung und Freizeit	9,7	11,4	6,1	10,6	9,1
Katastrophenhilfs- und Rettungsdienste	8,6	7,9	8,3	8,2	8,2
kirchlichen oder religiösen Bereich	6,6	3,8	4,9	5,2	5,1
Sport und Bewegung	6,2	9,1	7,2	7,7	7,5
Bildung	2,9	1,4	1,5	2,1	1,9
Sozial- und Gesundheitsbereich	2,6	2,5	2,7	2,5	2,6
politische Arbeit und Interessensvertretung	2,4	3,4	1,5	2,9	2,4
Umwelt, Natur und Tierschutz	1,5	1,7	2,6	1,6	1,9
bürgerliche Aktivitäten und Gemeinwesen	0,8	0,8	0,7	0,8	0,8
Q: Mikrozensus 4. Quartal 2006 Freiwilligenarbeit					

Die Hauptmotive für die Beteiligung sind Spaß, Menschen treffen, Lernmöglichkeiten und externe Hilfe (vgl. Tab. 12). Weniger bedeutsam erscheinen berufliche Motive. Die Wahrnehmung, freiwilliges Engagement für den beruflichen Werdegang nützen zu können, dürfte dennoch gestiegen sein. Weiterhin im Auge zu behalten ist eine Gefährdung, trotz oder sogar durch freiwilliges Engagement in prekäre Lebensverhältnisse zu schlittern (vgl. Heimgartner 2004).

Abbildung 12: Motive für das freiwillige Engagement

Motive	15-19		20-24		25-29	
Antwortskala: (1…voll und ganz, 2…eher schon, 3…eher nicht, 4…überhaupt nicht)	MW*	Stabw**	MW*	Stabw**	MW*	Stabw**
Es macht mir Spaß	1,41	0,60	1,51	0,63	1,43	0,61
Ich treffe Menschen und gewinne Freunde	1,55	0,69	1,72	0,87	1,70	0,84
Es gibt mir die Möglichkeit dazuzulernen	1,58	0,69	1,76	0,83	1,75	0,86
Ich möchte damit anderen helfen	1,61	0,75	1,67	0,77	1,52	0,73
Ich kann meine Fähigkeiten und Kenntnisse einbringen	1,79	0,68	1,87	0,87	1,81	0,89
Es erweitert meine Lebenserfahrung	1,85	0,76	1,95	0,91	1,88	0,91
Es hilft mir, aktiv zu bleiben	1,92	0,89	2,08	0,96	2,05	0,97
Es bietet mir die Möglichkeit, meine Erfahrungen zu teilen	1,92	0,81	1,99	0,86	1,78	0,86
Ich möchte etwas Nützliches für das Gemeinwohl beitragen	2,01	0,79	2,04	0,84	1,93	0,81
Ich arbeite ehrenamtlich, weil ich möchte, dass auch mir geholfen wird, wenn ich Hilfe benötige.	2,01	0,99	1,99	1,03	1,93	1,08
Ich möchte mich für eine wichtige Sache engagieren	2,01	0,83	2,01	0,88	2,01	0,95
Es bringt mir gesellschaftliche Anerkennung	2,25	0,88	2,36	1,01	2,45	1,06
Es hilft mir für meinen Beruf	2,85	1,07	2,84	1,03	3,05	1,00
Ich hoffe, dass mir diese Tätigkeit hilft, einen bezahlten Job zu finden	3,14	0,95	3,35	0,88	3,47	0,85

Q: Mikrozensus 4. Quartal 2006 Freiwilligenarbeit
* MW = Mittelwert; ** Stabw = Standardabweichung

Resümee

Der Beitrag wurde vor dem Hintergrund verfasst, dass kaum kontinuierlich und vertiefend empirisches Datenmaterial zur Offenen und Verbandlichen Jugendarbeit in Österreich erhoben wird. Volumen und Heterogenität als Anlässe für fachliche Diskussionen werden dadurch nicht sichtbar. Der Schritt von den einzelnen Tätigkeitsberichten zu einem kontinuierlich publizierten, übergreifenden, österreichweiten Bericht auf der Basis einer empirischen Datensammlung könnte ein erstrebenswertes Zukunftsprojekt sein, das das Gemeinsame des Unternehmens Jugendarbeit zeigen könnte. Dabei sollten insbesondere auch qualitative Analysen enthalten sein, wie sie etwa in Form von Fallbeschreibungen in den Tätigkeitsberichten enthalten sind. Verstärkt sollten darauf öffentliche Wahrnehmung und Diskussion und damit politisches Gewicht folgen. Darauf aufbauende Analysen könnten die Entwicklung der Jugendarbeit und ihre Ausbildung befördern.

Grunddimensionen wie Räume, Zeitstrukturen, Personal und deren finanzielle Absicherung sind von primärer Relevanz. Dazu kommen methodische Verständigungen und Offenlegungen des Qualitätsmanagements. Die Frage, welche Jugendliche involviert sind, ist auch von allgemeinem Interesse. Die vorgestellten Gliederungen sind als Anhaltspunkte für eine kollektive Verständigung zu verstehen. Einige größere Baustellen sind ebenfalls wahrzu-

nehmen. So ist etwa eine indikatorenbasierende Verknüpfung der Prinzipien mit der Praxis noch ausstehend. Hinweise auf das Wirkungsfeld lassen sich aus dem breiten Themenfeld der Jugendarbeit ablesen. Doch erst wenige Ansätze versuchen die Wirkungen der Jugendarbeit festzumachen (z.B. Stumpp et al. 2009).

Literatur

Auinger, H., Böhnisch, L., Dickinger P., Ecker, N., Holzhacker, Chr., Krisch, R., Nemeth, P., Schauer, A. (2002): Männliche Sozialisation und geschlechtsspezifische Arbeit mit Burschen – zwischen Theorie und Praxis. Verein Wiener Jugendzentren, Band 3: Wien.

Böhnisch, L. (1998): Jugendarbeit als Beziehungsanker. In: Böhnisch, L., Rudolph, M., Wolf, B. (Hrsg.), Jugendarbeit als Lebensort. Juventa: Weinheim und München. S. 183 – 194.

Chisholm, L., Fennes, H., und Hagleitner, W. (2009): Was bewirkt „Jugend in Aktion" in Österreich? Universität Innsbruck.

Cloos, P., Köngeter, St., Müller, B., Thole, W. (2007): Die Pädagogik der Kinder und Jugendarbeit. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

Deinet, U. (2004): „Spacing", Verknüpfung, Bewegung, Aneignung von Räumen – als Bildungskonzept sozialräumlicher Jugendarbeit. In: Deinet, U., Reutlinger, Chr. (Hrsg.), „Aneignung als Bildungskonzept der Sozialpädagogik. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. S. 175 – 189.

Deinet, U., Krisch, R. (2003): Der sozialräumliche Blick der Jugendarbeit. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

Drogand-Strud, M., Rauw, R. (2005): Geschlechtsbezogene Pädagogik in der Offenen Jugendarbeit. In: Deinet, U., Sturzenhecker, B. (Hrsg.), Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. 3. Aufl., Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. S. 167 – 179.

Essler, K. (2009): Konfliktmanagement in Jugendzentren. Masterarbeit, Universität Graz.

Gspurning, W., Heimgartner, A., Leitner, S., Sting, St. (2010). Soziale Qualität von Nachmittagsbetreuungen und Horten. Lit Verlag.

Guggisberg, D. (2004): Partizipation in der Gemeinwesenarbeit. In: SozialAktuell, 3, S. 13 – 16.

Hafenegger, B. (2008): Aktuelle Situation der Kinder- und Jugendarbeit. In: Linder, W. (Hrsg.), Kinder- und Jugendarbeit wirkt. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. S. 37 – 50.

Häfele, E., Moosmann, M., Franke, M. (2008): Sexualität in der Offenen Jugendarbeit. In: KOJE (Hrsg.), Das ist Offene Jugendarbeit. Bucher Verlag: Hohenems und Wien. S.208 – 211.

Hansbauer, P. (2004): Partizipation als Merkmal von Dienstleistungsqualität in der Jugendhilfe. In: Beckmann, Chr., Otto, H-U., Richter, M., Schrödter, M. (Hrsg.), Qualität in der Sozialen Arbeit. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. S. 357 – 368.

Heimgartner, A. (2004): Ehrenamtliche bzw. freiwillige Arbeit in Einrichtungen Sozialer Arbeit. Peter Lang Verlag: Frankfurt.

Heimgartner, A. (2009): Komponenten einer prospektiven Entwicklung der Sozialen Arbeit. Lit Verlag: Wien.

Heimgartner, A. (2009b): Strukturelle Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement. In: Hollerweger, E., Heimgartner, A. (Hrsg.), Freiwilliges Engagement in Österreich. Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: Wien. S. 162 – 175.

Hurrelmann, K. (2005): Lebensphase Jugend. 8. Aufl., Juventa: Weinheim und München.

Jugendradar (2003): Teil des 4. Berichtes zur Lage der Jugend. SPECTRA Marktforschungsges.m.b.H. und jugendkultur.at – Institut für Jugendkulturforschung und Kulturvermittlung: Wien.

JUNE (2010): Jugend-Umwelt-Netzwerk. Online: www.jugendumweltnetzwerk.at.

Kessl, F., Reutlinger, Chr., Maurer, S., Frey, O. (2005): Handbuch Sozialraum. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

KOJE (2007): Das ist Offene Jugendarbeit. Bucher Verlag: Hohenems und Wien.

Landesjugendbeirat Steiermark (2010): Verbandliche Jugendarbeit. Online: www.landesjugendbeirat-steiermark.at.

L&R Sozialforschung (2008): Evaluierung „Freiwilliges Soziales Dienstjahr". Wien.

OJA Zürich (2009): Genderkonzept. Online: www.oja.ch. Datum: 2.2.2010.

Pluto, L. (2007): Partizipation in den Hilfen zur Erziehung. DJI: München.

Points4action (2010): Ein Begegnungsmodell von Jung und Alt. Online: points4action.at.

Pothmann, J. (2008): Aktuelle Daten zu Stand und Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit. In: Linder, W. (Hrsg.), Kinder- und Jugendarbeit wirkt. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. S. 21 – 36.

Rauschenbach, Th., Düx, W., Sass E. (2007): Informelles Lernen im Jugendalter. 2. Aufl., Juventa: Weinheim und München.

Reutlinger, Chr. (2007): Unsichtbare Jugendliche in spanischen Städten. In: Reutlinger, Chr., Mack, W., Wächter, F., Lang, S. (Hrsg.), Jugend und Jugendpolitik in benachteiligten Stadtteilen in Europa. DJI und Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. S. 64 – 73.

Riepl, B. (2009): Freiwilliges Engagement und Jugendliche. In: Hollerweger, E. / Heimgartner, A. (Hrsg.), Freiwilliges Engagement in Österreich. Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: Wien. S. 104 – 119.

Schröder, A. (2007): Cliquen und Peers als Lernort im Jugendalter. In: Rauschenbach, Th., Düx, W., Sass, E. (Hrsg.), Informelles Lernen im Jugendalter. Juventa: Weinheim und München. S. 173 – 202.

Sing, E., Heimgartner, A. (2009): Gemeinwesenarbeit in Österreich. Leykam Universitätsverlag: Graz.

Steir. Dachverband der Offenen Jugendarbeit (2008): Qualitätshandbuch der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in der Steiermark. Eigenverlag: Graz.

Sting, St. (2004): Aneignungsprozesse im Kontext. In: Deinet, U., Reutlinger, Chr. (Hrsg.), „Aneignung als Bildungskonzept der Sozialpädagogik. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. S. 139 – 147.

Stumpp, G., Üstünsöz-Beurer, D., Walter, S., Beulich, F., Bolay, E. (2009): Wirkungseffekte Mobiler Jugendarbeit in Stuttgart (WIMO). Eine empirische Studie. Universität Tübingen.

Thien, K., Voglmayr, I., Zuba, R. (2007): Öffentliche Räume und jugendliche MigrantInnen. In: Reutlinger, Chr., Mack, W., Wächter, F., Lang, S. (Hrsg.), Jugend und Jugendpolitik in benachteiligten Stadtteilen in Europa. DJI und Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. S. 54 – 63.

Thole, W. (2000): Kinder- und Jugendarbeit. Juventa: Weinheim und München.

Trübswasser, G., Schoibl, H., Luger, K. (1999). Qualitätssicherung und Selbstevaluation in der verbandlichen Jugendarbeit; Teil B des Dritten Berichts zur Lage der Jugend in Österreich, Wien.

Verein Wiener Jugendzentren (2008): Partizipation – Zur Theorie und Praxis politischer Bildung in der Jugendarbeit. Wissenschaftliche Reihe des Vereins Wiener Jugendzentren 5. Wien.

Zinser, C. (2005): Partizipation erproben und Lebenswelten gestalten. In: Deinet, U., Sturzenhecker, B. (Hrsg.), Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. 3. Aufl., Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. S. 157 – 166.

DER AUTOR:

Arno Heimgartner, ao. Univ.-Prof. Mag. Dr., arbeitet an der Sozialpädagogik am Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft der Universität Graz. Arbeitsschwerpunkte: Empirische Forschung in der Sozialen Arbeit, Jugendarbeit und Jugendwohlfahrt, Partizipation und freiwilliges Engagement, systematische Analysen zur Sozialpädagogik und Sozialarbeit.

Kapitel 2: Jugendarbeit – Zugänge und Methoden

2.1 Freizeit in der Jugendarbeit

Eva Häfele

Einleitung

Freizeit dient Jugendlichen einerseits zur Erholung im Sinne von Entspannung und Nichtstun, andererseits bietet sie Freiräume für unterschiedliche Aktivitäten abseits der Fremdbestimmtheit in Schule, Ausbildung und Beruf. Freizeit wandelt sich so auch zu einem Bereich, in dem Selbstverwirklichung und Selbstentwicklung von den Jugendlichen beabsichtigt und von der Gesellschaft gewünscht sind. Wie Freizeit empfunden wird, ist von Person zu Person unterschiedlich. Es hängt von persönlichen und von Umgebungsfaktoren ab. Freizeit als „freie Zeit" zu erleben, ist oft gar nicht so einfach, denn durch vielfältige Einflüsse und Interessen wird freie Zeit tendenziell zu verwalteter, fremdbestimmter Zeit gemacht – also zu einer anderen Form von Arbeitszeit, in welcher nicht anders als bei der „wirklichen" Arbeit Verpflichtungen, Erwartungen, Zeit- und Leistungsdruck herrschen.

1. Was heißt Freizeit für Jugendliche?

Die Freizeit von Jugendlichen – also die Zeit jenseits von Schule oder Ausbildung – ist durch sehr unterschiedliche Aktivitäten mit unterschiedlichem Zeitbedarf gekennzeichnet. Ein eindeutiger Trend ist jedoch feststellbar: Freizeit wird weitgehend außerhalb der Familie, nämlich mit Freundinnen und Freunden, mit der Peer-Group, mit Gleichaltrigen verbracht. Der Blick muss daher in erster Linie auf die Altersgruppe gerichtet sein, über deren Freizeitverhalten man etwas wissen möchte.

Grundsätzlich kann zwischen freien, flottierenden und unstrukturierten Aktivitäten einerseits und organisiert-regelhaften Aktivitäten andererseits unterschieden werden. Zur ersten Gruppe gehört zum Beispiel die Aneignung der sozialräumlichen Umwelt durch Herumstreifen oder Fahrradfahren oder der scheinbar ziellose Aufenthalt im öffentlichen Raum. Dazu zählen ebenso gemeinsame Unternehmungen mit Freunden und Freundinnen in informellen szenischen Netzwerken oder in der Peer-Group. Solche Aktivitäten sind komplex – oft finden sie parallel statt – und diffus zugleich (Fromme, 1998, S. 130). Der andere Bereich von Freizeitaktivitäten ist der regelhafte und meist auch regelmäßige. Hier werden Angebote genutzt, die auf einer vorgegebenen Struktur aufbauen und eine gewisse Zeit- und Leistungsdisziplin erfordern – etwa in Sport- und Musikvereinen oder anderen Kulturvereinen. Es ist offensichtlich, dass sich Jugendliche durchaus in beiden Bereichen bewegen können.

Einen eigenen Aspekt stellt das persönliche Freizeitempfinden dar. In einer repräsentativen Untersuchung im Jahre 2005 wurden insgesamt 506 österreichische Jugendliche zwischen 10 und 16 Jahren befragt. Dabei zeigte sich das folgende Bild: Zwei Drittel sind in ihrer Freizeit sehr aktiv und fühlen sich dabei wohl, ein Drittel hat viel zu tun, fühlt sich

jedoch überfordert, und ein knappes Drittel langweilt sich in der Freizeit. Mehrheitlich können sich die Jugendlichen jedoch in ihrer Freizeit gut entspannen (Kromer, 2005, S. 21 f.). Die zur Verfügung stehende Freizeit pro Wochentag schwankt zwischen zwei und vier Stunden, wobei Hauptschüler/innen und Schüler/innen in den Polytechnischen Lehrgängen angeben, viel Zeit für Dinge zu haben, die sie interessieren (Kromer, 2005, S. 22 f.). Die Frage, mit wem die Jugendlichen ihre Freizeit verbringen, zeigt eine deutliche Präferenz für Freundinnen und Freunde, gefolgt von den Geschwistern und Müttern, der Anteil der 10- bis 11-Jährigen ist höher als jener der über 16-Jährigen (Kromer, 2005, S. 24).

Eine Wunschliste der Jugendlichen, die mit den Freizeitangeboten nicht zufrieden sind, zeigt (nach einer anderen Studie) klare Präferenzen: in allererster Linie bessere und mehr Angebote im Sportbereich, sodann mehr informelle Treffpunkte, in geringerem Maße gefolgt von Discos und Clubs, Angeboten im Musikbereich, Szenetreffs, sodann Kino und neue Medien sowie Shopping-Möglichkeiten (Institut für Jugendkulturforschung, 2007, Tabelle Wunschliste, o.S.).

Neben den schulischen Verpflichtungen sind viele Jugendliche in regelmäßige außerschulische Aktivitäten – Musikunterricht, Sportaktivitäten, Förderangebote etc. – eingebunden. In den Musikschulen waren 2006 österreichweit 184.300 Schüler/innen eingeschrieben, davon waren knapp 99.000 zwischen 10 und 20 Jahren alt (Statistik Austria, 2009, S. 180). Von allen 10- bis 19-Jährigen waren knapp 60 % in ihrer Freizeit in keinem Verein aktiv. Von den vereinsgebundenen 40 Prozent der österreichischen Jugendlichen zwischen 10 und 19 Jahren betätigten sich fast zwei Drittel in Sportvereinen; in der Altersgruppe der 20-29 Jährigen sank der Anteil der vereinsgebundenen freizeitaktiven Jugendlichen auf ein Drittel; dieser Anteil blieb dann in den weiteren Altersgruppen mehr oder weniger stabil (Statistik Austria, 2001, S. 253).

Welche Jugendlichen sind von ungleicher Chancenverteilung betroffen?

Es gibt in Österreich zahlreiche jugendrelevante Untersuchungen, in denen unter anderem auch die Nutzung der Freizeit durch Jugendliche und Freizeitangebote beschrieben werden. Die relevanten – ausschließlich auf Freizeit- und Freizeitnutzung bezogenen Studien – sind im Abschnitt „Jugendarbeit und Freizeit in Österreich: Datenlage, Forschungsstand und Forschungslücken" angeführt.

Das Freizeitverhalten im ländlichen Raum und in den urbanen Gebieten ist sehr unterschiedlich. Jugendliche im ländlichen Raum bemängeln in erster Linie fehlende Freizeitinfrastruktur (informelle Treffpunkte, jugendkulturell orientierte Orte) sowie mangelnde Freizeitangebote (Institut für Jugendkulturforschung, 2010, S. 1-5).

Die Nutzung von Freizeiteinrichtungen und -angeboten erfolgt durch Mädchen und Jungen unterschiedlich, je nach Alter der Nutzer/innen und Typ der Freizeitaktivität. Detaillierte Zahlen, deren Darstellung den Umfang dieses Berichtes sprengen würden finden sich in der Erhebung der Statistik Austria von 1998 (Statistik Austria, 2001, S. 223 f.). Die männlichen Jugendlichen sind stärker vereinsgebunden als die Mädchen. In der Altersgruppe der 10- bis 19-Jährigen waren das bei den Jungen 50 %, bei den Mädchen jedoch nur knapp über 30 %.

Diesem Umstand begegnet die Jugendarbeit – sowohl im verbandlichen als auch im offenen Bereich – mit unterschiedlichen, auf die Zielgruppen abgestimmten Angeboten und vor allem mit Freiräumen, in denen Freizeit selbstbestimmt und selbstorganisiert gestaltet und verbracht werden kann. Informelle Treffpunkte in einem geschützten Rahmen zur Gestaltung ihrer Freizeit haben vor allem für Mädchen eine erhebliche Bedeutung (Institut für Jugendkulturforschung, 2007, S. 6 f.). Auch für migrantischstämmige Jugendliche entwickelt zumal die offene Jugendarbeit differenzierte Angebote.

„Zeit für Freizeit" – Recht auf Freizeit

Den Zwängen der Leistungsgesellschaft können sich Kinder und Jugendliche ebenso wenig entziehen wie Erwachsene – Spiel und Spaß kommen daher im Alltag häufig zu kurz. Deshalb fordert die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen ein Recht auf Freizeit für Kinder und Jugendliche. Dieses ist in der Kinderrechtskonvention in Art. 31 folgendermaßen festgelegt: „Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf Ruhe und Freizeit an, auf das Spiel und altersgemäße aktive Erholung sowie auf freie Teilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben" (BMWFJ, 2009, S. 50). Dieses Recht zählt zu den zentralen Versorgungsrechten (neben den Schutz- und Beteiligungsrechten) der Jugendlichen.

Diesem Anspruch konträr gegenüber stehen die oft zitierte Ökonomisierung des Sozialen – nämlich dass alle Aspekte des sozialen Lebens den Marktregeln untergeordnet werden – und die Instrumentalisierung und Kommerzialisierung der Freizeit, die konsumfreie Räume und Angebote für Kinder und Jugendliche immer mehr in den Hintergrund drängen (Kinderrechte Konvention, 2009). Für die Durchsetzung der Kinder- und Jugendrechte engagieren sich die Kinder- und Jugendanwälte in allen österreichischen Bundesländern.

2. Freizeitaktivitäten im Kontext der Jugendarbeit

Jugendarbeit findet generell in der Freizeit der Jugendlichen statt. Eine Vielfalt an freizeitbezogenen Tätigkeiten ist das zentrale Angebot der Jugendarbeit. Diese Tätigkeiten finden in allen ihren Handlungsfeldern statt. Sie stellt sowohl Freizeitinfrastruktur als auch Freizeitangebote bereit, die von den Jugendlichen in Anspruch genommen werden können. Diese sind höchst vielfältig und unterschiedlich, je nachdem, in welchem Umfeld die freie Zeit verbracht wird.

Angebote der Jugendarbeit für die Freizeitgestaltung und informelle Treffpunkte werden von Jugendlichen besonders stark nachgefragt. Treffpunkte in Jugendzentren, Jugendtreffs oder Jugendclubs sind vor allem für Mädchen als Teil ihrer außerhäuslichen Freizeitgestaltung wichtig (Institut für Jugendkulturforschung, 2007, S. 6). In der Jugendarbeit werden auch kostspielige Ressourcen – wie zum Beispiel Billardtische, Internetstationen, Tischfussballspiele und ähnliche Infrastruktur – zur Verfügung gestellt, und zwar kostenlos. Zu Hause stehen solche Möglichkeiten, gerade in ärmeren Familien, oft nicht zur Verfügung. Auch das begründet die Attraktivität der Jugendarbeit für die Freizeitgestaltung.

Verbandliche Jugendarbeit und Freizeit

Auch die verbandliche Jugendarbeit findet ausschließlich in der Freizeit der Jugendlichen statt. Die Gestaltung von Freizeitaktivitäten ist in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Die verbandlichen Freizeitangebote sind meist stärker durchorganisiert und auf die Vereinszwecke bezogen. Dazu zählen zum Beispiel regelmäßige Trainings in Sportvereinen ebenso wie die Proben und Auftritte der Blasmusik oder die Teilnahme an regelmäßigen Treffen einer Jugendgruppe mit unterschiedlichem Aufgabenspektrum.

Vor allem im ländlichen Raum spielen die Vereine – von der freiwilligen Feuerwehr bis zu den Brauchtumsvereinen – und die kirchlichen, parteilichen oder ständischen Jugendorganisationen (Landjugend, Katholische Jugend etc.) im Leben von Jugendlichen eine zentrale Rolle (Institut für Jugendkulturforschung, 2010, S. 3-5). Die Sportinteressen der Jugendlichen verlagern sich hin zu populären Fun- und Lifestyle-Sportarten. Vor allem Burschen signalisieren hier im Vergleich zu Mädchen einen höheren Bedarf. Traditionelle Verbandssportarten hingegen finden relativ weniger Anklang (Institut für Jugendkulturforschung, 2007, S. 5 f.).

Offene Jugendarbeit und Freizeit

Auch in der Offenen Jugendarbeit stehen freizeitbezogene Tätigkeiten an erster Stelle. In der Offenen Jugendarbeit bewegen sich die Jugendlichen zwischen freien, selbstorganisierten Aktivitäten und stärker institutionalisierten Freizeitbeschäftigungen. Die Jugendtreffs und -zentren können von den Jugendlichen ganz individuell nach ihren eigenen Interessen und Bedürfnissen genutzt werden, sei es für gemeinsame Spiele aller Art, Entspannung, Gespräche, Musikhören, Internet-Surfen oder einfach, um „gar nichts" zu tun. Zugleich entwickelt die Offene Jugendarbeit strukturierte Angebote für größere und kleinere Gruppen, sie veranstaltet mit den und für die Jugendlichen Projekte, die durchaus auch längerfristig angelegt sein können und klare Zielsetzungen verfolgen. Ein weiterer zentraler Aspekt der Offenen Jugendarbeit ist die Kostenlosigkeit und Freiwilligkeit der Nutzung des Angebotes. Daneben deckt die Offene Jugendarbeit noch ein breiteres Angebotsspektrum ab – etwa im sozialen Bereich (Kapella, 2007, S. 21-23).

Thema Freizeit in den Jugendinformationen

Auf www.jugendinfo.at werden unter dem Titel „Freizeit und Kultur" Informationen zu Feriencamps, Jugendkarten sowie Sport und Spaß angeboten (Jugendinfo, 2010). Sehr unterschiedlich gestaltet sind die Freizeitangebote der Bundesländerinfos. Auf dem Portal der Vorarlberger Jugendinfo aha finden sich: Camps, Action & Fun, Veranstaltungen, 360 Jugendkarte mit Ermäßigungen auf Freizeitaktivitäten, Mobilität, Kunst und Kultur, Ausflugtipps und Informationen über Freifahrtausweise (Aha, 2010). Auf den Webseiten der Jugendinfo Salzburg können sich Jugendliche über Freizeitangebote im Bundesland, Discobusse, Events und Feriencamps unterrichten (Akzente, 2010). In Wien werden Informationen zu Aktivitäten in der Stadt, Kreativangeboten, Sport- und Bewegungsangeboten sowie Ferien und Ausflügen aufbereitet (Jugendinfo Wien, 2010).

3. Jugendarbeit und Freizeit in Österreich: Datenlage, Forschungsstand und Forschungslücken

Eine Standarderhebung zum Thema Freizeit ist die 2001 veröffentlichte Sondererhebung der Statistik Austria im Rahmen eines Mikrozensus (September 1998). Hier gibt es österreichweite differenzierte Daten zu Arten der ausgeübten Freizeitaktivitäten (Lesen, Sportaktivitäten, Kino- und Medienkonsum, Aktivitäten in Gruppen und Vereinen usw.); das alles noch einmal differenziert nach Alter, Bildung, Geschlecht, Art des Lebensunterhaltes und beruflicher Stellung. Obwohl die Datenbasis bereits zwölf Jahre alt ist, zeigen die Ergebnisse nach wie vor wichtige Größenordnungen an. Eine absolut wünschenswerte Folgeerhebung könnte deutlich machen, welche Veränderungen im Freizeitverhalten, vor allem dem der Jugendlichen, inzwischen eingetreten sind.

Die „Oberösterreichische Jugendstudie 1996" von Dornmayr und Nemeth (Institut für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung) ist eine der frühesten Untersuchungen, die sich mit dem Freizeitverhalten der Jugendlichen auseinandersetzt. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass es, nicht zuletzt aus dem Interesse der Wirtschaft, zahlreiche Studien zum Freizeitverhalten von Jugendlichen gibt, viele davon periodisch. Dazu zählen die Fessel & GfK-Studie Jugend und als Standardreferenz (obwohl nicht auf Österreich bezogen) die Shell-Jugendstudie in Deutschland; 2010 ist die 16. Studie dieser Reihe in Ausarbeitung.

Im 3. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich aus dem Jahre 1999 war ein Kapitel dem Thema „Freizeit" gewidmet. Das Österreichische Institut für Jugendforschung (ÖIJ) hat im Jahr 2005 eine Untersuchung zum Freizeitverhalten und Mobiltelefongebrauch im Auftrag der Mobilkom durchgeführt.

Im Rahmen der „ELF/18 – die Jugendstudie: Welle 1" (2007) hat das Institut für Jugendkulturforschung eine Sonderauswertung zum Thema Einschätzung und Bewertung der Freizeitsituation der Jugendlichen vorgenommen. Diese umfangreiche empirische Untersuchung bietet einen umfassenden Einblick in die österreichische Situation. Im Jahre 2006 wurden 800 Jugendliche von 11 bis 18 Jahren zu den Schwerpunktthemen Generationenkonflikt, Jugendkulturorientierung, Freizeitbedürfnisse, Kommunikationstrends, Institutionenskepsis und Haltung zu Multikulturalität befragt (Institut für Jugendkulturforschung, 2010)

4. Einschätzung möglicher Entwicklungen

Die Durchstrukturierung der Freizeit wird voranschreiten, Freizeit als wirkliche Regenerationszeit muss ganz bewusst in Anspruch genommen werden. Der fortschreitenden Kommerzialisierung der Freizeit steht der Wunsch nach nicht kommerziellen Freizeitangeboten gegenüber, die von nicht auf Gewinn ausgerichteten Einrichtungen und Organisationen angeboten werden. Eine Tendenz, die sich in der Zukunft noch verstärken wird, ist die Zunahme technikbezogener Aktivitäten: Internet-Surfen, Videos, Computerspiele sind bei den Jugendlichen eindeutig im Vormarsch (Hurrelmann, 2006, S. 77-80). Das Bedürfnis, immer und überall erreichbar zu sein, sich mit Freunden zu vernetzen und zu kommunizieren, ständig über die eigenen Aktivitäten und Gedanken zu berichten – das ist ein unumkehrbarer Trend, der durch die hohe Nutzung des Mobiltelefons und das rasante Wachstum der Zahl von Nutzer/innen sozialer Netzwerke wie zum Beispiel Facebook, MySpace, Youtube massiv befördert wird (Hurrelmann, 2006, S. 82 f.).

Die Bedürfnisse und Interessen der Jugendlichen in der Freizeit sind höchst dynamisch und immer wieder Änderungen unterworfen. Zum einen werden aktuelle Freizeittrends außerhalb des Mainstreams von Jugendlichen aufgegriffen und als Wünsche in die Jugendarbeit eingebracht, zum anderen entstehen neue jugendkulturelle Trends, die sich auf Freizeitinteressen und -aktivitäten auswirken. Die Begeisterung für Freizeitangebote kann sich auch wieder legen und teuer angeschaffte Infrastruktur dadurch rasch obsolet werden. Auf diese Schnelllebigkeit zu reagieren, wird sicherlich auch in Zukunft eine Herausforderung für die Jugendarbeit bleiben.

5. Anregungen für die Jugendpolitik

- Entsprechend der Sondererhebung der Statistik Austria von 1998 sollte eine weitere Sondererhebung vorgenommen werden, die zusätzliche Codierungen wie Migrationshintergrund, Muttersprache usw. aufnimmt, vor allem aber die neuen Freizeittrends bei Jugendlichen berücksichtigt.
- Freizeiträume, insbesondere Jugendzentren und Jugendtreffs, sollten allen Jugendlichen barrierefrei und bedürfnisorientiert zur Verfügung gestellt werden.
- Gemeinden, Länder und Bund sollten eine mittelfristige Investitionsplanung abstimmen, die die Wünsche der Jugendlichen vor allem bei der Ausstattung mit Sportmöglichkeiten berücksichtigt. Das entspräche der Präventionsarbeit im Sinne einer aktuell vorgelegten OECD-Studie (OECD, 2009), die die gesundheitsschädigende Lebenshaltung von österreichischen Jugendlichen thematisiert.
- Bei allen Investitionsentscheidungen im Jugendbereich – personeller wie materieller Art – sind die eklatanten Unterschiede im Aktivitäts- und Nutzungsverhalten von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen. Diese Unterschiede sind in allen statistischen Erhebungen evident geworden.

Literatur

AHA: Tipps und Infos für junge Leute (2010): www.aha.or.at/freizeit [22.01.2010]

Akzente Jugendinfo: Tipps und Infos für junge Leute (2010): jugendinfo.akzente.net/record/page/Freizeit [04.02.2010]

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (2009, 3. Auflage): Die Rechte von Kindern und Jugendlichen – Kinderrechtskonvention. Wien

Fischer, Birgit (2002): 10 Fragen zur Zukunft der Kinder- und Jugendkulturarbeit. In: infodienst Kulturpädagogische Nachrichten, Heft 63 (2002), S. 45-47

Freizeit-Special: Defizite im Freizeitbereich (2007) in: ELF/18 – DIE JUGENDSTUDIE 2007 und 2005: repräsentative Jugend-Umfrage des Instituts für Jugendkulturforschung unter 11- bis 18-jährigen Jugendlichen in Österreich, Wien

Fromme, Johannes (1998): Freizeit gestalten. In: Deinet, Ulrich, Sturzenhecker, Benedikt (Hg.): Handbuch Offene Jugendarbeit (3. Auflage 2000). Münster: Votum Verlag

Hurrelmann, Klaus et al. (2006): Jugend 2006 – 15. Shell Jugendstudie (Hrsg. Shell Deutschland Holding). Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag

Institut für Jugendkulturforschung (2007): ELF/18 die Jugendstudie. Defizite im Freizeitbereich. Wie bewerten 11- bis 18-Jährige ihre Freizeitmöglichkeiten? Wien. www.jugendkultur.at

Institut für Jugendkulturforschung (2010): http://www.jugendkultur.at/projekte_oesterreich_uebersicht.html [13.05.2010]

Institut für Jugendkulturforschung (2010): Jugendkultur am Land: Teil 2. In: Pressedienst des Instituts für Jugendkulturforschung, Ausgabe 23 vom 27.1.2010, S. 1-5. www.jugendkultur.at

Jugendinfo: Österreichisches Jugendportal (2010): http://jugendinfo.at/themen/freizeit-und-kultur [22.01.2010]

Kapella, Olaf et al. (2007): Gender Mainstreaming und geschlechtssensible Ansätze in der außerschulischen Jugendarbeit (Fünfter Bericht zur Lage der Jugend in Österreich – 2007), Wien

Kinderrechte Konvention (2010): http://www.kinderrechte.gv.at/home/im-fokus/kr-auf-versorgung/recht-auf-freizeit/content.html [21.01.2010]

Kromer, Ingrid und Hatwagner, Katharina (2005): mobilkom austria Freizeitstudie 2005: Netzwerkkids im Spannungsfeld zwischen Schule, Freizeit und Job der Eltern. Endbericht der quantitativen Befragung von 10- bis 16-jährigen Kids in Österreich (Auftraggeberin: mobilkom austria AG & Co KG). Wien: Österreichisches Institut für Jugendforschung

OECD (2009): Health at a Glance 2009: OECD Indicators (Gesundheit auf einen Blick). Paris, OECD Publishing (http://dx.doi.org/10.1787/health_glance-2009-en)

Statistik Austria, Hg. (2001): Freizeit – Ergebnisse des Mikrozensus – September 1998. Wien: Statistik Austria

Röbke, Thomas, Wagner Bernd, Hg. (2003): Jahrbuch für Kulturpolitik 2002/2003, Band 3, Thema: Interkultur (Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft). Essen: Klartext Verlag

Wien X-tra, Jugendinfo (2010): www.jugendinfowien.at/freizeit-engagement [04.02.2010]

DIE AUTORIN:

Dr. **Eva Häfele**, Studium der Sinologie, Japanologie und der Allgemeinen Sprachwissenschaft an der Universität Wien; Mehrjährige Studien- und Forschungsaufenthalte in den USA, VR China und Japan sowie in Großbritannien und Deutschland; Postgraduale Ausbildung „Interkulturelle Kommunikation mit Schwerpunkt Interkulturelle Mediation" an der Universität Luzern (2003-2004)

Berufliche Aktivitäten derzeit: Gründung des Einzelunternehmens worknet mit Sitz in Hohenems und Wien (2000 – heute), Tätigkeiten: Konzeption von Veranstaltungen, Projektmanagement in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation; Forschungsarbeiten im Bereich Sozialwissenschaften und Frauenforschung

2.2 Erlebnispädagogik und Jugendarbeit

Martina Gasser
Werner Ebner
Jürgen Einwanger

1. Warum erlebnisorientiertes Lernen so wichtig ist!

Zum Zusammenhang von Erlebnisorientierung und Lernen gibt es inzwischen viele Erkenntnisse. Aktuelle große Studien aus der Lernforschung (die vor allem nach „Pisaursachen" gesucht haben) und „Neues" aus der Gehirnforschung beleben die Diskussion. Zwei Überlegungen wollen wir herausgreifen.

Erfahrung versus Erlebniskonsum

Eines der großen Missverständnisse gegenüber handlungsorientierter Pädagogik entsteht bei undifferenzierter Betrachtungsweise des Wortes „Erlebnis". Heute wird der Begriff inflationär genutzt – vom Erlebnisbad über Erlebnisessen bis hin zu dem besonderen Einkaufserlebnis wird in annähernd allen Konsumbereichen des täglichen Lebens mit diesem Attribut geworben. Erlebnisreisen, das ultimative Kickerlebnis und das unvergessliche Erlebnis versprechen die Freizeitanbieter. Eltern glauben, ihren Kindern ständig Neues bieten zu müssen und treiben oft selbst diese Erlebnis-Spirale voran, indem sie ihnen z.B. die immer neuesten technischen Errungenschaften zur Verfügung stellen.

Viele Kinder und Jugendliche erleben heute so viel wie nie zuvor – nur, die Intensität der dabei erworbenen Eindrücke bleibt aufgrund der entstehenden emotionalen und kognitiven Dauerbelastung sehr oberflächlich. Einer der Gründe dafür dürfte sein, dass sich erst im Alter von 12 Jahren die Fähigkeit zur Differenzierung – eine der großen Errungenschaften des menschlichen Gehirns – entwickelt. Bis zu diesem Alter werden alle Informationen mehr oder weniger gleichwertig nebeneinander gereiht. Bei einem Zuviel, kommt es zur Überforderung. Aber auch Jugendliche sind der Konfrontation von immer neuen Möglichkeiten nicht gewachsen – vor allem nicht, wenn die dabei gewonnen Informationen keinen mehrdimensional vernetzten und in der Wirklichkeit erlebten Erfahrungswert mit sich bringen. Das „Erleben durch die Glasscheibe" (Fernsehapparat, Computer, Autoscheibe, etc.) und das „Konsumieren von Emotionen" (Bungeejumping, etc.) sind zum einen nicht von erworbenen Kompetenzen abhängig und dienen auch nicht dem Erwerb eben solcher, und stellen zum anderen keinerlei für die Bewältigung von relevanten Aufgaben notwenigen Verbindung zwischen wahrgenommenem Geschehen und emotionaler Qualität her.

Natur und Gruppe als Lernraum

Naturentfremdung und Kleinfamilien haben den Entwicklungs- und Lernraum von Kindern und Jugendlichen maßgeblich verändert. Der Strukturwandel der letzten 50 Jahre hat viele Aktions- und Begegnungsmöglichkeiten minimiert und reguliert. Die Selbstverständlichkeit des unbeaufsichtigten „Draußen-Seins" gibt es so gut wie nicht mehr. Dabei sind die durch Natur- und Sozialbeziehung als Kind und Jugendlicher erworbenen Kompetenzen für spätere Entwicklungen entscheidend. Der Mensch steht in einer Art Resonanz mit „Natur" –

er ist Teil davon! Bereits bei einem Spaziergang durch einen Wald machen wir Erfahrungen über eine mögliche Wirkung von „Natur". Inzwischen wird dieser Wirkung von vielen Expert/innen eine große Bedeutung für die psychische Gesundheit von Menschen zugeschrieben. Und: der Mensch braucht die Rückmeldung von sozialen Systemen. Der Halt und die verhaltenskorrigierende Wirkung von sozialen Netzen sind notwendige Orientierung für die Entwicklung wichtiger Persönlichkeitsmerkmale. Auch für adäquaten „Umgang mit Risiken" und der Einschätzung der eigenen Fähigkeiten braucht man den Lernraum „Gruppe – Natur – Ich". Immer mehr präventive Pädagogika nutzen daher diese Lernchance in ihren Konzepten. Weil Lernen Spaß machen muss, wenn es sich nachhaltig einprägen soll, ist die sinnvolle und attraktive Gestaltung der Lernräume eines der entscheidenden Kriterien.

Wenn wir vom Ziel bewusster pädagogischer Arbeit in solchen Lernräumen ausgehen, finden wir dazu einen breiten Bogen theoretischer Ansätze.

2. Vom handlungsorientierten Lernen bis zur Erlebnistherapie

Die Handlungsorientierung ist ein Lernmodell, das sich aus der Reformpädagogik heraus entwickelt hat. Die Ansätze finden sich bei Johann Heinrich Pestalozzi, Friedrich Fröbel und John Dewey ebenso wie bei Célestin Freinet oder Maria Montessori. Auch heute gilt dieser Ansatz als produktives, didaktisch-methodisches Konzept.

Aktion – Reflexion – Transfer

Den erlebnispädagogischen Lernprozess beschrieben Reldan Nadler und John Luckner (1997) wie folgt: In der Regel wird er dadurch erreicht, dass die Teilnehmer in eine neuartige Situation gebracht werden, in der sich einzigartige Problemlösungsaufgaben stellen. Gleichzeitig wird ein kooperatives Umfeld geschaffen, so dass die Aufgaben bewältigbar sind und Erfolgserlebnisse möglich werden. Über eine Reflexion werden schließlich Generalisierung und Transfer der neuen Lebenserfahrung angestrebt. Wachstum und Lernen haben immer etwas mit Risiko zu tun, mit einem Aufbruch ins Unbekannte, Ungewisse und Unvorhersagbare. Der nicht mehr aktive Verein Erlebnispädagogik Austria (EPA) hat den Begriff Erlebnispädagogik enger gefasst.

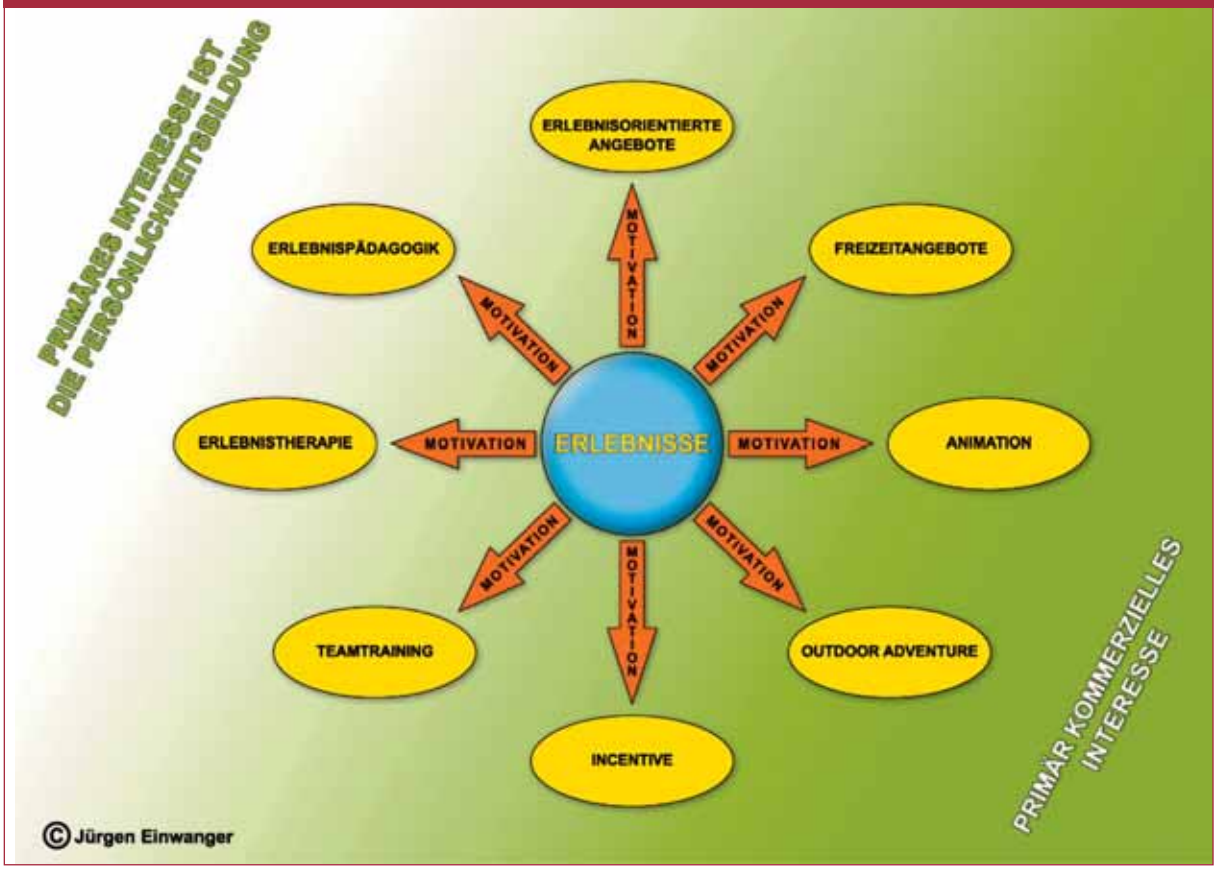
Erlebnispädagogik im Bereich der Sozialpädagogik ist ein handlungsorientierter Ansatz, der die Elemente Erlebnis (persönlich bedeutsame Natur-, Gruppen- und Ich-Erlebnisse), Gruppe (Interaktionserfahrungen mit der Gruppe – soziales Lernen) und Natur (heilende Kraft der Natur) in einem Konzept pädagogisch zielgerichtet verbindet. Durch einen förderlichen Rahmen, durch begründbare Inhalte und entsprechende Methoden werden ganzheitliche (emotionale, motorische und kognitive) Lernprozesse mit situationsübergreifender Wirkung (Transfer) angestrebt, die je nach Zielformulierung und Konzeption schwerpunktmäßig einen erkennbaren präventiven, sozialpädagogischen und/oder therapeutischen Einfluss auf die Persönlichkeitsentfaltung haben. Rahmen, Inhalte und Methoden müssen auf die Zielgruppe und die Ziele abgestimmt werden.

Ziele – Rahmenbedingungen – Motivation

Simon Priest (2005) unterscheidet die Angebote in Programmtypen nach den Zielen. Beim Programmtyp „Freizeit und Erholung" ist der Zweck, die Gefühle zu verändern. Die Ergebnisse sollen Spaß und Genuss sein, das Auftanken der Energie steht im Vordergrund. Im zweiten Programmtyp „Erziehung/Bildung" ist der Zweck, das Denken zu verändern. Als Ergebnisse sollen neue Ideen, neue Konzepte, ein anderes Bewusstsein und neue Einstellungen entwickelt werden. Der dritte Programmtyp „Entwicklungsförderung" hat den Zweck einer Verhaltensänderung. Das Ergebnis ist die Verstärkung funktionaler Verhaltensweisen. Im vierten Programmtyp „Therapie" ist der Zweck die Veränderung von Fehlverhalten. Die Ziele orientieren sich an der Verminderung dysfunktionaler Verhaltensweisen.

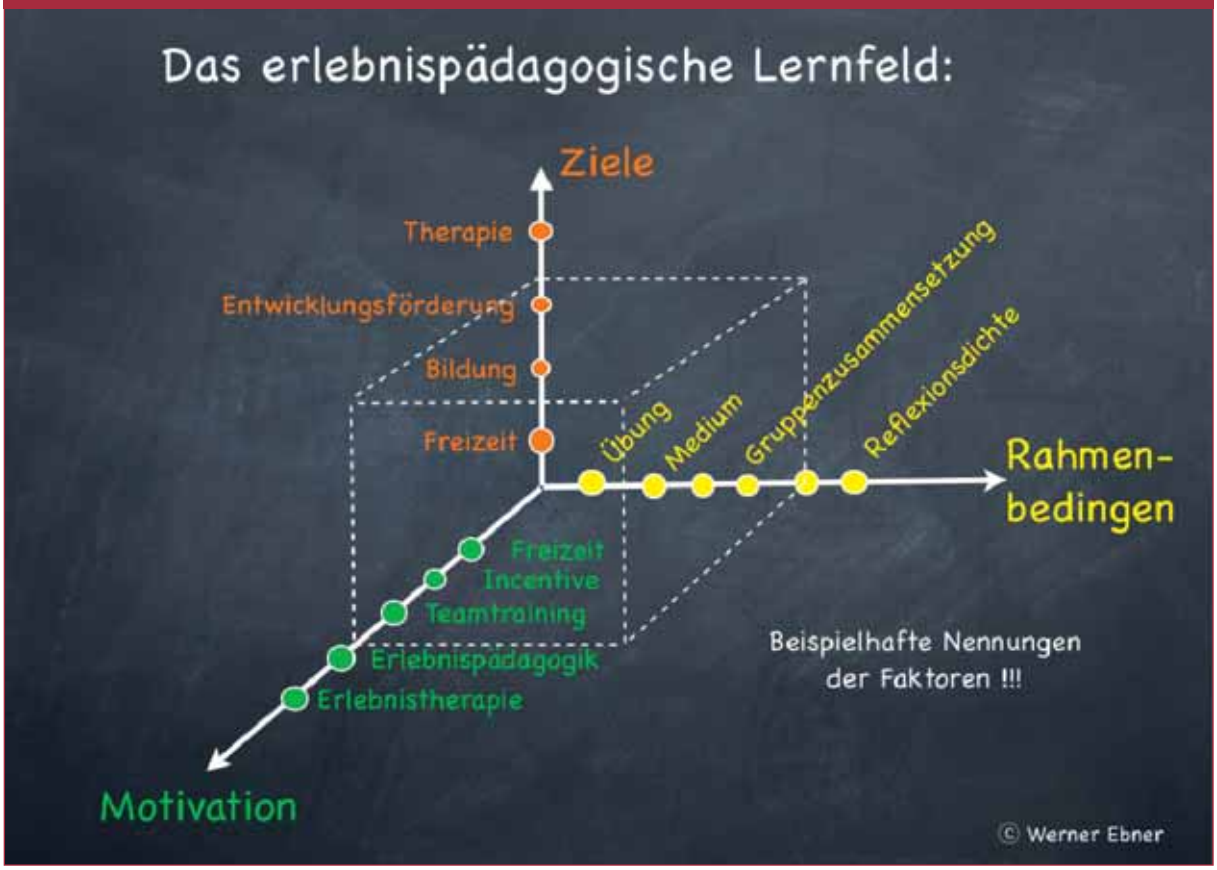
Ein weiteres Orientierungsangebot ist die Unterscheidung durch die Motivation. Es gilt dabei die Grundrichtungen der Angebote in zwei Grundinteressen zu Teilen. Zum einen als primäres Interesse der Persönlichkeitsbildung, zum anderen als primär kommerzielles Interesse.

Abbildung 1: Modell der Handlungsmotivation



Versucht man, das bisher Dargestellte auf drei Vektoren (Ziele, Motivation, Rahmenbedingungen) zu übersetzen, ergibt sich folgende räumliche Darstellung eines erlebnispädagogischen Lernfeldes:

Abbildung 2: Das erlebnispädagogische Lernfeld



Je besser die Elemente der drei Vektoren aufeinander abgestimmt sind, umso optimaler ist das Lernfeld für die einzelnen Teilnehmer/innen aufbereitet. Entscheidend in der Konzeptgestaltung ist auch, ob das Lernen über freies Spiel, Übungen oder Settings mit Ernstcharakter gestaltet ist – jeweils abhängig von der Zielgruppe und den Zielen.

Diese in der Theorie angebotenen Differenzierungen finden sich aber in der in Österreich gelebten Praxis kaum wieder.

3. Erlebnispädagogik in Österreich

Anbieter und Angebote

Die österreichische Szene der handlungsorientierten Pädagogik und Outdoor-Angebote entwickelt sich seit ca. 25 Jahren kontinuierlich, in den letzten 10 Jahren sprunghaft, weiter. Im Bereich individueller sozialpädagogischer Betreuungsangebote war Österreich bereits in den 1980er Jahren in einer Vorreiterrolle. Die im Positionspapier der Oberösterreichischen Landesregierung 2004 klar formulierten Standards waren für den Einsatz von „Erlebnis" in der Welt der Individual- und Sozialpädagogik ein wichtiger Meilenstein.

In den Arbeitsbereichen der offenen und verbandlichen Jugendarbeit ist ebenfalls eine fortschreitende Professionalisierung der erlebnisorientierten Arbeit zu beobachten. Die Ziele sind aber sehr unterschiedlich und damit auch der Anspruch an die Betreuer/innen. Viele Aktivitäten sind eher Animationsprogramme als pädagogisch wertvoll gestaltete Maßnahmen.

Bei den Programm- und Weiterbildungsanbietern gibt es inzwischen neben einigen wenigen etablierten auch viele Einzel- und Kleinanbieter. Die Ausdifferenzierung der Szene ist prinzipiell gut, macht es aber für Interessierte schwer, die Qualität zu vergleichen.

Um nichtformale Ausbildungslehrgänge zu prüfen, haben die Landesjugendreferate aller Länder die „aufZAQ-Zertifizierung" (www.aufzaq.at) eingeführt – viele der wichtigen Anbieter haben diese inzwischen für ihre Qualifizierungsangebote erhalten. Leider gibt es für die Durchführung von erlebnisorientierten Veranstaltungen von Kindern und Jugendlichen noch keinerlei verbindliche Qualitätsstandards.

Da viele Anbieter kommerzielle Interessen verfolgen, ist der Konkurrenzgedanke meist vordergründig, die gemeinsame Entwicklung der Methode Erlebnispädagogik leider nachrangig. Die Gründung eines Dachverbandes ist bisher nicht gelungen. Möglichkeiten zur Szenebildung, Vernetzung und Austausch (Fachtagungen, Internetplattform www.erlebnispaedagogik.at, etc) werden selten angeboten und das Vorhandene wird kaum genutzt. Hier wird auf Möglichkeiten in Deutschland ausgewichen. Als weiteres Indiz gelten die spärlichen Publikationen österreichischer Autor/innen.

Erlebnisorientierte Ansätze in der Jugendarbeit in Österreich

In den letzten Jahren haben sich die Bedingungen für die Umsetzung erlebnisorientierter Angebote in allen Handlungsfeldern zunehmend verschlechtert. Vor allem die Angst „dass etwas passieren könnte" und die Betreuer/innen dann persönlich zur Verantwortung gezogen werden, verhindert das Engagement. Bei schwindenden finanziellen und zeitlichen Ressourcen wird verstärkt im Bereich der erfahrungsintensiven Angebote gespart. Auch sind viele politische Verantwortungsträger nicht bereit, erlebnispädagogische/erlebnistherapeutische Maßnahmen bei schwierigen Jugendlichen der Öffentlichkeit gegenüber zu vertreten. Erlebnispädagogik als Rehabilitationsmaßnahme ist in der Gesellschaft nicht populär.

Gerade in der Jugendarbeit hätte man aber Möglichkeiten, durch „Erlebnis und Reflexion" weit mehr zu erreichen, als durch „Sanktionen und Regeln". In vielen pädagogischen Disziplinen hat man dies erkannt. Konzepte der Kompetenzerweiterung und Selbstwertstärkung setzen sich bei Themen wie Sucht, Risikosport, Aids, Unfallverhütung, etc. durch, wo immer „Lernen" Zeit und Aufmerksamkeit bekommt. Wenn es „schnell" gehen soll, werden häufig Informationsveranstaltungen und Frontallernen als Mittel eingesetzt – leider wird hier übersehen, dass diese Art der „Vermittlung" meist keinerlei längerfristige Wirkung zeigt, wohingegen „ganzheitlich erlebte Information", wie sie in den erlebnisorientierten Konzepten angeboten wird, echte Entwicklungsimpulse geben kann.

Erlebnispädagogik im Jugendintensivprogramm (JIP)

Das Institut für Sozialdienste (Ifs) betreut seit 1971 verhaltensauffällige Jugendliche. Seit 1997 wurde die Betreuungspalette mit dem sog. Jugend-Intensivprogramm (JIP) um ein spezielles erlebensorientiertes Individualprogramm zur sozialen Persönlichkeitsentwicklung erweitert. Dieses gehört mittlerweile zu den anerkannten Regelsystemen österreichischer Jugendwohlfahrtsangebote und wird über ein Franchisemodell in mehreren österreichischen Bundesländern durchgeführt. Seit seinem Beginn wurden mehr als 170 Jugendliche durch dieses Programm betreut.

Das Programm wird mittels des wissenschaftlich fundierten Instrumentariums E.V.A. (Evaluation- Vergleich- Analyse) regelmäßig evaluiert und adaptiert. Das IfS war jahrelang im Vorstand des „European Institute of Outdoor Adventure Education and Experiential Learning".

Das JIP wurde 2007 vom finnischen Sozialministerium als das „beste erlebnispädagogische Sozialprojekt für verhaltensauffällige Jugendliche in Europa" deklariert.

Zielgruppe:

sind Jugendliche Burschen und Mädchen, die in einer konventionellen Einrichtung nicht gehalten werden können und einer ganz spezifischen Form der erlebnis-, sozialpädagogischen und therapeutischen Kurzintervention bedürfen. Diese Jugendlichen sind zumeist nicht gruppen- oder arbeitsfähig, haben mit Missbrauch von Alkohol- bzw. Drogen Erfahrung, gelten allgemein als dissozial und massiv verhaltensauffällig.

Ablauf:

Nach einer Abklärungsphase werden mit den Jugendlichen und deren Angehörigen, die ihrem individuellen Entwicklungsstand und ihren Bedürfnissen entsprechenden Ziele erarbeitet und zu einem gemeinsamen Kontrakt zusammengeführt.

Auf Grund der benötigten Flexibilität und Individualität besteht ein Projekt jeweils aus zwei Jugendlichen und einer Betreuungsperson.

1. Vorbereitung: Dauer ca. 3 Wochen

In dieser Zeit leben die Jugendlichen meist im bisherigen Setting. Die Intensität der ambulanten Betreuung wird seitens der Mitarbeiter/innen des Intensivprogramms und allen weiteren Beteiligten abgesprochen.

Der/die zuständige Betreuer/in bereitet mit den Jugendlichen das Projekt vor, macht mit ihnen bereits erste erlebnispädagogische Erfahrungen, usw.

In dieser Phase beginnt auch die Elternarbeit. Hier erfolgt ein erster Schritt weg vom bisherigen Werdegang und Abgrenzung vom aktuellen Freundes- und Bekanntenkreis.

2. Auslandsaufenthalt: Dauer 10 Wochen

In der ersten Zeit treten spezielle erlebnispädagogische/therapeutische Aspekte in den Vordergrund. Die Jugendlichen sollen sich in der Natur und in der Kleingruppe speziell mit sich selbst und ihrer Geschichte auseinandersetzen. Sie sollen lernen, auf sich selbst und die anderen Rücksicht zu nehmen und erfahren, dass manche Aufgaben nur gemeinsam bewältigt werden können. Der genaue Ablauf wird vom Jugendlichen und vom Gastland abhängig sein.

Aufgrund der Möglichkeit, Neues auszuprobieren, ohne sofort auf gesellschaftliche Grenzen zu stoßen, erhalten die Jugendlichen die Chance, Positives zu erleben, zu sehen, dass sie sehr wohl etwas Produktives leisten können und so auch den Mut bekommen, andere Verhaltensweisen zu probieren.

Durch Zeiten der Selbstreflexion ergibt sich die Basis für intensive Gespräche mit Betreuern sowie auch mit anderen Jugendlichen. Diese spielen hierbei eine sehr wichtige Rolle, weil die Jugendlichen sehr viel voneinander lernen.

Im Anschluss daran sollen die Jugendlichen, sobald sie wieder mehr Zugang, mehr Selbstwert und mehr Zutrauen zu sich gefunden haben, erfahren, dass sie nicht nur Konsumierende von Hilfe sind, sondern auch produktiv anderen helfen können. Dies geschieht durch die Mitarbeit in einem Sozialprojekt. Bei diesem Sozialeinsatz, bei dem Jugendliche nicht nur nehmen, sondern auch geben können, lernen sie sich selbst und anderen gegenüber Respekt zu entwickeln.

Nachdem sich die Jugendlichen 9 Wochen auf sich und das Gastland eingestellt haben, sollen sie in der letzten Woche die Möglichkeit haben, sich wieder bewusst auf ihre Rückkehr nach Österreich vorzubereiten. Während der ganzen Zeit erfolgt zuhause eine intensive Elternarbeit. Die ganze Familie verbringt mit dem Betreuer und dem Therapeuten noch einige Tage in einem geschützten Rahmen, bevor sie wieder nach Hause zurückkehrt.

3. Neuorientierung: Dauer 10 Wochen

Jetzt sollen die Jugendlichen zur Ruhe kommen, dabei das bisherige Projekt reflektieren und für sich ein erstes Resümee ziehen.

Die Jugendlichen kehren entweder in das Herkunftssetting zurück oder kommen in eine neue Wohnform, welche während der Abwesenheit vorbereitet wurde. Sie werden in Zusammenarbeit mit Betreuer und Eltern wieder auf die gegebene Gesellschaftsform zugeführt. Die Ablöse vom Betreuer erfolgt schließlich in kleinen Schritten und mit bestimmten Ritualen. Auch hier gibt es noch erlebnispädagogische Nachfolgewochenenden/ Aktionen mit starker Einbindung des neuen Umfeldes.

(Quelle: Gasser Martina (Hrsg): 1000 Meilen gegen den Strom; Zielverlag 2008)

Erlebnispädagogik in der beruflichen Orientierung

Die Katholische Jugend Oberösterreich/Forum Arbeit bietet mit den „Wildnistagen" für Lehrlinge (www.kj-ooe.at/wildnistage) ein zusätzliches Ausbildungsangebot im Bereich Persönlichkeits- und Sozialkompetenztraining an. Das Angebot richtet sich an Firmen mit deren Lehrlingen. Es gibt auch offene Module für Lehrlinge aus unterschiedlichen Betrieben oder Einzelanmelder. Programme für Berufs- und Polyschulklassen sowie „Wildnistage" für arbeitsuchende Jugendliche werden ebenfalls angeboten. In der Regel wird ein individuell abgestimmtes Programm zwischen 1-5 Tagen mit entsprechenden Zielvereinbarungen durchgeführt. Die individuelle Gestaltung, die im Vorfeld gemeinsam mit den Teilnehmer/ innen und den Personalverantwortlichen festgelegt wird, bezieht sich auf den Handlungsrahmen, den Grad der Herausforderung (von Selbstversorgerhütte bis Biwak) und die inhaltlichen Ziele. Die Säulen der inhaltlichen Arbeit sind:

- Die Persönlichkeitsentwicklung mit den Schlagworten Selbstvertrauen, Belastbarkeit und Eigenständigkeit zu fördern.
- Die soziale Kompetenz in der Teamentwicklung über den Weg der Selbst- und Fremdwahrnehmung zu entwickeln.
- Konfliktfähigkeit über Konflikterkennung, Feedback und Toleranz zu lernen.
- Im Bereich der Kommunikation zu lernen eigene Anliegen konstruktiv anzusprechen, Rhetorik und Reflexionsfähigkeit zu verbessern.

- In der Berufsorientierung können Fragen wie „Was sind meine Qualitäten?" oder „Welche Arbeit passt zu mir?" geklärt werden, eine Standortbestimmung oder Arbeitsalltagsreflexionen durchgeführt werden.

Nach der Durchführung wird in einer Nachbereitung auch evaluiert. Die Programme werden von eigens geschulten Mitarbeiter/innen durchgeführt.

4. Erlebnisorientiertes Arbeiten in der verbandlichen Jugendarbeit am Beispiel Alpenverein

Der Österreichische Alpenverein ist mit seinen derzeit 377.500 Mitgliedern eine der bedeutendsten NGO´s in Österreich und die einzige mit steigenden Mitgliederzahlen im Bereich Jugend – daher, aber auch weil die pädagogischen Angebote der Alpenvereinsjugend sehr breit und professionell organisiert sind, kann dieses Beispiel ohne Zweifel als „best practice" für Österreich im Bereich verbandlicher Jugendarbeit gelten.

Die Arbeit der Alpenvereinsjugend basiert strukturell auf der Teilung „Bundes-, Landes- und Sektionsebene". Die Bundesebene organisiert einen großen Teil der pädagogischen Aus- und Weiterbildung der Jugendmitarbeiter/innen und bietet in verschiedenen Handlungsbereichen selbst Veranstaltungen an. Viele dieser Angebote dienen u.a. der Entwicklung neuer innovativer Konzepte der erlebnisorientierten Jugendarbeit, die dann den Sektionen und anderen Interessierten zur Verfügung gestellt werden.

Aus- und Weiterbildung

Die Alpenvereinsjugend ist mit dem Programm der SPOT Seminare einer der wichtigsten Bildungsanbieter im Bereich handlungsorientierter Pädagogik geworden. Soziales und ökologisches Lernen in Naturlandschaften bildet den primären Rahmen für die Handlungsvorschläge mit Jugendlichen, Familien und Kindern. Die Konzeptideen in der Multiplikatorenarbeit reichen dabei von integrativen über präventive bis hin zu persönlichkeitsbildenden Ansätzen und nutzen sowohl sensitive als auch kreative und sportliche Handlungsfelder. Jährlich nehmen ca. 500 Multiplikator/innen an diesen Weiterbildungen teil, die ihre erworbene Handlungskompetenz mit tausenden von Kindern und Jugendlichen umsetzen. (Quelle: www.spot-seminare.at)

Sommercamps

Bei den jährlich fast 50 „Camps" nehmen knapp 1000 Kinder und Jugendliche teil. Diese Tage sind „das aufregende Gegenteil vom Alltag". Felsen, Schluchten, Höhlen, schäumende Bäche oder einsame Mountainbikerouten sind der „Playground". Natur – Gruppe und Ich sind die Themen die spürbar werden. Pädagogische und organisatorische Qualitätsstandards garantieren individuell wertvolle Erlebnisse und Erfahrungen. (Quelle: www.freunde-treffen.at)

Umweltbaustellen – Umwelteinsätze für Natur und Umwelt

Die Alpenvereinsjugend lädt junge Leute zwischen 16 und 30 ein, unentgeltlich eine Ferienwoche für die Natur zu arbeiten. Dabei wird z.B. ein Umweltschaden behoben oder der Natur mit einem anderen konstruktiven Beitrag geholfen. Unterkunft und Verpflegung kosten nichts, und ein oder zwei freie Tage sorgen für Ausgleich und Spaß. (Quelle: www.freunde-treffen.at)

SPOT experience – die Schulprogramme der Alpenvereinsjugend

Erlebnisorientierte Programme zur „Persönlichkeitsentwicklung", zum Themenfeld „Naturbeziehung" und „English experience" bieten eine Lernwelt, die außerhalb des Schulalltags Entwicklungsziele junger Menschen unterstützen. Dieses Angebot erreicht ca. 1500 Kinder und Jugendliche pro Jahr. (Quelle: www.spot-experience.at)

Landesteams und Sektionen

Der Löwenanteil der Arbeit des Alpenvereins wird auf Landes- und Sektionsebene umgesetzt. In den 8 Landesteams und 195 Sektionen sind an die 2500 ausgebildete Jugendleiter/innen aktiv. Erlebnisorientierte Angebote machen dabei den Großteil aus. Das Spektrum reicht von halbtägigen Ausflügen über Ferienwochen bis hin zu ganzjährig begleiteten Gruppen. Spaß an der Bewegung, Soziales Lernen, Naturerfahrung, Integration und vieles mehr sind Ziele dieser Aktivitäten. Zusätzlich werden zahlreich Qualifizierungsangebote für die Jugendmitarbeiter/innen durchgeführt.

Relevanz des Alpenvereins für die erlebnisorientierte Jugendarbeit

In einer Zeit, in der die meisten alltäglichen Lebensabläufe „indoor" organisiert sind, muss „Freizeit" umso bewusster und gezielter für „outdoor" genutzt werden. In der Jugend- und Familienarbeit des Alpenvereins spielt das „Draußensein" seit jeher eine große Rolle. Immer öfter treten bereits bei Kindern Entwicklungs- und Verhaltensdefizite auf. Deutlich werden auch massive motorische Einschränkungen, die den Bezug zur „inneren Natur" erschweren und damit Zugänge zur „äußeren Natur" verhindern. Die Bedeutung einer gelebten Naturbeziehung für die Gesundheit, und dabei eben nicht nur für die „körperliche", ist unumstritten. Nahezu alle präventiven Pädagogika haben dies erkannt. Der Alpenverein leistet hier einen wichtigen gesellschaftspolitischen Beitrag. (Einwanger, Jürgen: Die Natur als Seelenklemptner! In bergauf 2/2010 Mitgliedermagazin des Oesterreichischen Alpenvereins; Innsbruck)

5. Empfehlungen und Maßnahmen

Daraus ergeben sich für die Jugendpolitik, die außerschulische Jugendarbeit und für zukünftige Forschungsprojekte folgende Empfehlungen und Maßnahmen:

Gesundheitsförderung braucht Erlebnis

In allen Sparten der Jugendarbeit sind die Verantwortlichen und Beteiligten aufgefordert, sich der gesundheitsfördernden Potentiale von erlebnisorientierten Methoden bewusst zu werden. Positive Einflussnahme ist nicht nur auf die körperliche, sondern vor allem auch auf die psychisch/seelische (mentale) Entwicklung möglich. Wichtige Impulse für die Persönlichkeit und das Erlernen adäquaten Sozialverhaltens werden durch Erfahrungen in erlebnisorientiert gestalteten Lernräumen möglich:

- Prävention erfolgt, indem Kinder und Jugendliche Schutzfaktoren, wie Anerkennung und Selbstwert, positive Überzeugung der eigenen Selbstwirksamkeit, aktive Beziehungs-und Konfliktfähigkeit, sozial-emotionale Kompetenzen und Fähigkeit zu Entspannung lernen.

- Durch die Stärkung der Kommunikations- und Dialogfähigkeit werden Kränkung und daraus resultierend Krankheit verhindert.
- Förderung der Salutogenese bei Kindern und Jugendlichen – d.h., Fähigkeit, die eigene Lebenssituation zu verstehen, sie zu gestalten und ihr Sinn zu geben – erfolgt u.a. durch Stärkung der Selbst- und Umgebungswahrnehmung.
- Begegnungen mit „tieferer Sinnfindung" und „intensivem Erleben" (auch, um dem Prinzip „Erlebnis jetzt sofort und um jeden Preis" entgegenzuwirken) erfolgen durch spürbare (sich selbst und die eigenen Grenzen spüren) Erfahrungen. Dazu gehört auch, „risikoarme" Formen des Erlebens als Gegenpol zu exzessivem Konsum von Substanzen und lebensgefährlichen Mutproben anzubieten.

Qualität braucht Qualifizierung

„Erlebnispädagogik ist eine scharfe Waffe!" Sie kann viel ermöglichen, bei unprofessionellem Einsatz aber auch viel verhindern. Wer durch die Gestaltung von „Erlebnissen" pädagogische und/oder gesundheitsfördernde Entwicklungsimpulse geben möchte, muss unbedingt entsprechend qualifiziert sein! Die Politik ist daher gefordert, die je nach Fachdisziplin unterschiedlichen Anforderungen an Anbieter und Jugendarbeiter/innen zu definieren und für deren Einhaltung Sorge zu tragen.

- Qualität wird möglich, wenn technische, vor allem aber pädagogische Standards von Aus- und Weiterbildung klar definiert sind und deren Einhaltung eingefordert wird.
- Durch finanzielle Unterstützung von Ausbildungswilligen wird der Zugang zu Qualifizierungsmaßnahmen erleichtert; die Angebote können besser wahrgenommen werden.
- Um die Möglichkeiten „bewegten Lernens" in den unterschiedlichen Handlungsfeldern verstärkt zu nutzen, ist eine Integration erlebnisorientierter Methoden bereits in die Grundausbildung von Pädagogen/innen nötig.
- Für Spezialisierung und Vertiefung muss das Angebot an Aus- und Weiterbildungen für Pädagogen/innen in diesem Bereich verstärkt gefördert werden.
- Das Anbieten von Maßnahmen sollte einen Qualifizierungsnachweis der Pädagogen/innen voraussetzen, der dem jeweiligen pädagogischen Ansatz (Erlebnispädagogik, Freizeitpädagogik, etc.), den verfolgten Zielen und der angesprochenen Zielgruppe angemessen ist.

Entwicklung braucht Spielraum

Im Zeitalter „virtueller Wirklichkeiten" werden Angebote „realer Erlebniswelten" immer wichtiger. Jugendliche weichen u.a. auch in den Cyberspace aus, weil sie dort noch „space", also Raum finden, den sie in ihrer Realität zum großen Teil nicht mehr haben. Allen Verantwortlichen muss bewusst sein, dass Kinder und Jugendliche ihren Platz im „Realen" brauchen, wenn ihre Soziale- und Lebenswirklichkeit nicht weiterhin mehr und mehr von „Kunstwelten" dominiert und beeinflusst werden soll. Als „Abenteuer" spürbare Erlebnisse müssen auch im wirklichen Leben wieder möglich werden. Alle Beteiligten sind aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass Zeit-Räume, Natur-Räume, (unbeaufsichtigte) Lebens-Räume, etc. für Kinder und Jugendliche in hohem Maße wieder zur Verfügung stehen und im Sinne von Mentoring entwicklungsfördernd begleitet werden.

- Persönlichkeits-Entwicklung braucht Handlungs-Spielraum, in dem Kinder und Jugendliche ihr eigenes Tempo finden, Räume mit ihren Ideen füllen und abseits von Erwachsenen unbeaufsichtigt „spielen" können. Den Jugendarbeiter/innen muss bewusst sein, dass Kinder und Jugendliche heute dauerhaft mit vorgefertigten Angeboten „bespielt" werden – da bleibt kein Platz für die Kreativität der eigenen Person. Die Pädagog/innen müssen daher Konzepte entwickeln, wie Spielräume geschaffen werden können, und diese umsetzen.
- Die für die Umsetzung von erlebnisorientierten Angeboten nötigen Ressourcen müssen von Politik und Trägern der Einrichtung zur Verfügung gestellt werden.
- Durch transparente und praxisrelevante Standards für erlebnisorientierte Angebote muss Orientierung für Kunden und Anbieter geschaffen werden. Diese Standards müssen von Praktikern erarbeitet und deren Umsetzung muss von der Politik unterstützt werden.
- Die Raumplanung in den Städten, aber auch die Nutzungsrechte in anderen Naturräumen sind so zu gestalten, dass Kinder und Jugendliche wieder mehr Möglichkeiten für „freies Gestalten von Spiel und Handlung" haben. So weit möglich, müssen diese autonom betreten werden dürfen.
- Die derzeitige rechtliche Situation ist für die Pädagogen/innen ein großes Problem. Es herrscht Angst und große Verunsicherung bezüglich dem, was erlaubt ist und der Annahme, man stünde als Jugendbetreuer/in ohnehin „mit einem Fuß im Gefängnis". Damit wieder deutlich mehr Handlungsspielraum entstehen kann, sind die Verantwortlichen angehalten, die Betroffenen gut und umfassend zu informieren und die legislativen Vorgaben an einigen Stellen zu entschärfen.

Wissen braucht Forschung

Es gibt viele professionelle erlebnispädagogische und erlebnisorientierte Angebote in Österreich. Durch die aktive Beteiligung an europäischen Kongressen (z.B. The European Institute of Outdoor Adventure Education and Experiential Learning –EOE) sind österreichische Expert/innen weit über die Grenzen hinaus anerkannt. Allerdings fehlt in Österreich die wissenschaftliche Belegung der geleisteten Arbeit in Form von Publikationen und Forschungen fast gänzlich. Es fehlen damit wichtig Formen des Know-how Transfers im eigenen Land. Da es derzeit in Österreich keine Interessensvertretung für Erlebnispädagogik gibt, fehlen wichtige Grundlagenerhebungen. Alle Beteiligten sollten hier Verantwortung übernehmen und die wissenschaftliche Bearbeitung dieses Fachgebietes vorantreiben.

- Von politischer Seite sollten unbedingt Forschungsprojekte gefordert und gefördert werden, die einige der offenen Fragen/Themen aufgreifen:
  - Welche Qualitätskriterien erfüllen die Angebote in Österreich? Welche Parameter müssen für eine Beurteilung herangezogen werden, um die Qualität zu kontrollieren?
  - Wie kann eine professionelle Differenzierung der verschiedenen Ansätze (Erlebnispädagogik, Freizeitpädagogik, ...) unterstützt werden, um aus dem „kommerziellen Stigma" (alles ist Erlebnis) herauszukommen und die fachliche Weiterentwicklung in Österreich zu ermöglichen.

- Ist-Stand-Analyse Österreich: Qualitative und quantitative Erhebung über die derzeitigen erlebnispädagogischen und erlebnisorientierten Aktivitäten in allen Formen der Jugendarbeit: „Wer macht was, in welchem Umfang mit welchen Zielgruppen und in welcher Qualität (Decken sich Zielsetzung – Konzeption – Durchführung)?"
- Welche zukünftigen Entwicklungen und Potentiale gibt es für erlebnisorientiertes Lernen in der österreichischen Jugendarbeit – welche Rahmenbedingungen sind dafür notwendig?

- Von Anbieterseite sollte konsequent an der Gründung eines unabhängigen „Dachverbandes für Erlebnispädagogik und erlebnisorientiertem Lernen" gearbeitet werden. Die Politik ist gefordert, solche und andere Vernetzungsmaßnahmen zu unterstützen.

Literatur

Brämer, R. (1998): Natur als Begriff – Versuch einer empirischen Vorklärung, Bonn-Bad Godesberg, Bundesamt für Naturschutz

Einwanger, J. (2006): Erlebnis ... ? Sinnsuche zwischen Pädagogik und Marketing, Augsburg, Ziel Verlag

Einwanger, J.(2007): Mut zum Risiko, München, Ernst Reinhard Verlag

Gasser, M. (2008): 1000 Meilen gegen den Strom, Augsburg, Ziel Verlag

Koller G., Vielfalt Ermöglichen; Seelische Gesundheit: ein grundlegendes Anliegen der Jugendarbeit; Büro VITAL im Auftrag des Landesjugendreferats Steiermark

Luckner J./Nadler R. (1997) Processing the Experience, Dubuque/Iowa, Kendall/Hunt Publishing Company

Michl W. (2009): Erlebnispädagogik, München/Basel, Ernst Reinhardt Verlag

Paffrath F.H. (1998): Zu neuen Ufern, Augsburg, Fachverlag Dr. Sandmann

Priest S./Gass M. (2005) Effective Leadership in Adventure Programming, Champaign/Illinois, Human Kinetics

Rotthaus W.(2000): Wozu erziehen? Entwurf einer systemischen Erziehung; Carl Auer Verlag

Spitzer, M. (2006): Gehirnforschung und die Schule des Lebens, Heidelberg/Berlin, Akademischer Verlag

„die umwelt beratung" NÖ (2008): Spurensuche – Kindheits- und Naturerlebnisse, Pro Region Consulting GmbH, Erlach

Wilke, E. (2004): Naturbeziehung und persönliche Entwicklung – Eine qualitative Untersuchung zur Frage des Verhältnisses von äußerer und innerer Natur; Hamburg: Verlag Dr. Kovac

DIE AUTOREN/INNEN:

Dr. **Martina Gasser**, Sozialpädagogin und Psychotherapeutin, Erzieherschule, Studium der Erziehungswissenschaften; Ausbildung zur systemischen Familientherapeutin und Hypnotherapeutin für Kinder und Jugendliche.
Betreuungstätigkeit im stationären Bereich in mehreren Institutionen, selbständige Psychotherapeutin, Leitung einer sozialpädagogischen Wohngemeinschaft.
Leitung des Jugend-Intensivprogrammes des IfS, eines erlebnispädagogisch-therapeutischen Programms. Vorstandsmitglied der MEG-Innsbruck und des EOE (European Institute of Outdoor Education).

DSA **Werner Ebner** MSc, Diplomsozialarbeiter, akadem. Supervisor, Lehrbeauftragter an den FH-Studiengängen Sozialarbeit und Sozialmanagement Linz; Selbständiger Trainer und Supervisor; Leiter der Zusatzausbildung für EP an der Sozialakademie Linz; Erfahrung in der EP durch eigene Projekterfahrungen, Verantwortlicher für EP Projekte, Supervisor für Projekte.

Dipl. Sozialpäd. **Jürgen Einwanger**, Dipl. Sozialpädagoge, Zusatzqualifikation Erlebnispädagogik (DAV), Lehrwart Hochalpin (OeAV), Zusatzqualifikation Gruppendynamik (agm), Zusatzqualifikation Mediation und Konfliktmanagement (inmedio), Zertifikatslehrgang Qualitätsmangement in der Gesundheitsförderung (FGÖ).
Konzeption und Durchführung zahlreicher erlebnispädagogischer Projekte v.a. im Bereich Jugendhilfe. Jugend- und Erwachsenenbildung, diverse Vorträge und Fachpublikationen. Freiberuflicher Pädagoge: Multiplikator/innenseminare, Konzept- und Fachberatung. Leiter SPOT Seminare, Mitarbeit im Leitungsteam des Projekts „risk´n´fun" – Prävention bei Risikosportarten.

2.3 Sexuelle Bildung in der Jugendarbeit

Carola Koppermann

In den Bereich Jugendarbeit fallen außerschulischen Angebote für Jugendliche, die vor allem Freizeitangebote zur Verfügung stellen, die sich aber auch in spezifischen Themenfeldern, wie Berufsfindung, politische Partizipation, Hilfestellung und Beratung bei persönlichen und sozialen Problemen und eben auch in der Sexualpädagogik positioniert haben. Die Vielfalt der regionalen und überregionalen Angebote verlangt ebenso eine Differenzierung der Darstellung wie die thematische Schwerpunktsetzung der einzelnen Institutionen. Allgemein kann festgehalten werden, dass der Grad der Institutionalisierung bzw. die Vernetzung zum Themenfeld Sexualpädagogik bzw. sexuelle Bildung noch nicht sehr weit fortgeschritten ist. Einzelne, professionell arbeitende Anbieter/innen stehen neben Einzelaktionen diverser Institutionen. Der vorliegende Beitrag kann nur auf wenig Zahlen- bzw. Datenmaterial zurückgreifen. Er stellt wichtige Grundzüge einer emanzipatorischen Sexualpädagogik dar und zeigt – mit Fokus auf Bereiche der Offenen Jugendarbeit – Maßnahmen und Entwicklungslinien auf, die für die nachhaltige Implementierung einer emanzipatorischen Sexualpädagogik erforderlich sind.

1. Emanzipatorische Sexualpädagogik: Aufgaben und Ziele

Das Themenspektrum emanzipatorischer Sexualpädagogik reicht über das klassische Verständnis von „Sexualerziehung" oder „Aufklärungsunterricht" hinaus. Die Selbstbestimmung der Jugendlichen über ihren Körper und die Art, wie sie ihre sexuelle Identität leben wollen, steht bei emanzipatorischen Projekten und Maßnahmen im Mittelpunkt. Neben der Vermittlung von Wissen über körperliche, emotionale, soziale und gesellschaftliche Aspekte der psychosexuellen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen geht es um die Auseinandersetzung mit dem Phänomen „Sexualität" im weitesten Sinne und in allen seinen Erscheinungsformen. Themen wie Liebe und Partnerschaft, unterschiedliche Lebensweisen und sexuelle Orientierung, Geschlecht und Rollenbilder, Schönheit und Körperbewusstsein, Reproduktion und Verhütung, Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten, Sexualität in Medien und im gesellschaftlichen Diskurs oder auch Prävention von sexualisierter Gewalt machen deutlich, dass moderne Sexualpädagogik an vielen Lebensbereichen von Jugendlichen anknüpfen kann. Geschlechtssensible Angebote, Gender Mainstreaming sowie die Berücksichtigung von Diversität in kultureller Hinsicht ebenso wie im Hinblick auf körperliche, kognitive oder emotionale Beeinträchtigungen sind seit vielen Jahren fixer Bestandteil von emanzipatorischer Sexualpädagogik. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass Sexualpädagogik in der Jugendarbeit nicht „nicht stattfinden" kann – auch wenn das den haupt- und ehrenamtlich Tätigen nicht immer bewusst ist. Wer das Thema Sexualität in der Arbeit mit Jugendlichen ignoriert oder sich dran „vorbei schummelt", bringt ihnen auch etwas bei: dann lernen Jugendliche, dass sie mit ihren Fragen bezüglich der körperlichen Veränderungen, den Ängsten vor dem „ersten Mal", ihrem Liebeskummer oder auch einer (vermeintlichen) Verhütungspanne nicht zu diesen Erwachsenen gehen können. Sie suchen sich ihre Informationen woanders (im Internet, bei Gleichaltrigen).

2. Sexuelle Bildung in der Jugendarbeit

Mitarbeiter/innen in Jugendtreffs, Jugendzentren oder auch mobile Jugendarbeiter/innen sind überwiegend bezahlte Fachkräfte mit einschlägigen Ausbildungen und Möglichkeiten, sich im Team auszutauschen oder vielleicht auch Supervision in Anspruch nehmen zu können. Somit sind sie prinzipiell dafür gerüstet, sexualpädagogische Konzepte und Leitlinien in die Praxis umzusetzen. Interessanterweise fühlen sich viele dazu nicht „kompetent" genug, obwohl sie fast täglich in kleine oder größere sexualpädagogische Interventionen eingebunden sind. Offensichtlich werden viele dieser Maßnahmen eher intuitiv gesetzt – das Bewusstsein, dass z.B. bei einem Gespräch über Liebeskummer Sexualpädagogik stattfindet, ist in der Offenen Jugendarbeit nicht sehr weit verbreitet. Dies mag auch daran liegen, dass der Sexualitätsbegriff unterschiedlich definiert wird: je enger der Begriff auf Erwachsenensexualität und Fortpflanzung eingegrenzt wird, desto weniger passt er zur Arbeit mit Jugendlichen. Emanzipatorische Sexualpädagogik fokussiert auf ein breites Themenspektrum der psychosexuellen Entwicklung und Sozialisation; es umfasst Beziehungs- und Identitätsaspekte ebenso wie Lust und Sexualverhalten, manchmal auch spirituelle Anteile. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass auch die Auseinandersetzung mit homophoben Schimpfwörtern („schwule Sau") oder kulturell unterschiedlichen Vorstellungen zum Thema Ehe und Familie, das Erstellen einer Website zum Thema Liebe, Partnerschaft und Sexualität, der Besuch einer gynäkologischen Praxis oder der Kinobesuch mit anschließender Diskussion zum Thema „Darstellung von Männern und Frauen im Film XXX" zur sexualpädagogischen Arbeit gehören.

Mitarbeiter/innen in Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit verfügen an sich über gute Basisqualifikationen. In ihrer Alltagsarbeit suchen sie Kontakt zu Jugendlichen, stellen sich als Zuhörer/innen und/oder Berater/innen zur Verfügung, reflektieren (hoffentlich) ihre eigenen (auch sexuellen) Erfahrungen, um eigene Bedürfnisse nicht auf die Jugendlichen zu projizieren oder unterstützen Jugendliche im Bedarfsfall, Kontakt mit Beratungsstellen aufzunehmen. Sie leisten in erster Linie die unbedankte, und doch so grundlegend wichtige Beziehungsarbeit, auf die Sexualpädagogik aufbauen kann. Und sie tun dies auch bei Jugendlichen, die von anderen Angeboten der Jugendhilfe oder von schulischen Projekten nicht erfasst werden – Jugendliche mit Migrationshintergrund, Jugendliche aus bildungsfernen sozialen Milieus, Jugendliche, die selbst Gewalt erfahren und/oder schon ausgeübt haben.

Offene Jugendarbeit…

- erreicht Jugendliche, die von schulischen Angeboten und speziellen Beratungs- und Informationseinrichtungen seltener oder gar nicht profitieren.
- baut Beziehungen zu Jugendlichen auf freiwilliger, niederschwelliger Basis auf. Das Vertrauen, das Jugendliche auf diese Weise gewinnen und die Möglichkeit, Inhalte, Form und Dynamik der Angebote selbst zu bestimmen, bilden eine hervorragende Grundlage zur Durchführung sexualpädagogischer Projekte und zur sexualpädagogischen Beratung.
- kann Jugendliche bei der Herausbildung einer stabilen sexuellen und Geschlechtsidentität unterstützen und dadurch in einigen Bereichen primärpräventive Aufgaben übernehmen (Prävention vor sexuell übertragbaren Krankheiten, AIDS-Prävention, Prävention von sexualisierter Gewalt, Prävention ungewünschter Schwangerschaften).

Alle jungen Menschen, egal in welchem System und unter welchen Umständen sie aufwachsen, haben in der Zeit des Übergangs vom Kind zur/m Erwachsenen Fragen zu sexuellen Themen. In einer Atmosphäre des Vertrauens trauen sie sich, diese Fragen auch zu stellen. Die Schule kann einen Teil dieser Fragen – vor allem die Wissensfragen – beantworten. Auch gut aufbereitete Lexika (z.B. das „Lovelexikon" auf www.lovetour.at) und sexualpädagogisch betreute Beratungsangebote sind hilfreich. Für die „Beziehungsfragen" jedoch (also alle Fragen rund um die Klärung des eigenen Standpunktes, um Werte und die Frage „Was ist normal"?) sind die Jugendarbeiter/innen in der Jugendarbeit oft die einzigen Ansprechpartner/innen. Je selbstverständlicher das Sprechen über sexuelle Themen in den Einrichtungen ist, desto eher werden sich Jugendliche auch in Krisenfällen (z.B. ungewollte Schwangerschaft, sexuelle Gewalt) an die JugendarbeiterInnen wenden.

„Außerschulische Jugendarbeit erreicht zwar nicht alle Jugendlichen, hat aber aufgrund der Strukturmerkmale der Freiwilligkeit, Flexibilität, Pluralität und Methodenvielfalt große Chancen zu einer ganzheitlichen, auch die emotionalen Bereiche mit einbeziehenden, multisinnlichen, auch geschlechtsspezifischen Sexualerziehung" (Sielert, 2005, S. 29).

Sexualpädagogische Kompetenz

Diesem Auftrag von den Jugendlichen her, also der Anfrage an sexualpädagogische Kompetenz, stehen von Seiten der Öffentlichkeit, die Jugendarbeit finanziert (also auch von politischer Seite), Präventionsanfragen oder -aufträge gegenüber. Jugendarbeit soll Jugendliche stark und selbstbewusst machen, damit sie sich gegen sexuellen Missbrauch wehren können, sie soll Jugendliche so gut aufklären, dass keine unerwünschten Schwangerschaften eintreten, schon gar nicht im Teenager-Alter, Jugendliche sollen sich vor AIDS und STI („sexual transmitted infections") schützen. Dies alles soll im Rahmen der Grundfinanzierung enthalten sein. Es gibt keinen explizit formulierten Auftrag, keine Qualitätsstandards, praktisch keine qualitativ hochwertige öffentliche (d.h. über das Fachgebiet hinausreichende) Diskussion, wenig bis kein Geld für zusätzliche Materialien, wenig Unterstützung für JugendarbeiterInnen, die Ausbildungen absolvieren möchten usf. Sexualität soll Thema sein, wenn die Jugendlichen Fragen haben, die Jugendarbeiter/innen sollen dann professionell darauf antworten können, aber das ist alles irgendwie selbstverständlich und woher das Know-How und der reflektierte Umgang kommen sollen, wird nicht hinterfragt.

Im Selbstverständnis der (Offenen) Jugendarbeit ist Sexualpädagogik allerdings nur ein Thema von vielen, die u.U. mehr Priorität haben, da der Themenbereich Sexualität nicht unbedingt als „Problemfeld" betrachtet wird. Auch stimmt die vorhandene Kompetenz trotz einschlägiger Ausbildung in der Offenen Jugendarbeit (z.B. Sozialarbeit, Pädagogik, Psychologie usw.) mit der gefühlten („Trau ich mir das Thema zu?") nicht immer überein. Und Offene Jugendarbeit wehrt sich zu Recht gegen Präventionsaufträge: „Die außerschulische Jugendarbeit ist (…) nicht allein für die Prävention zuständig. Es lässt sich feststellen, dass generell in allen Bereichen der Prävention auch andere Einrichtungen gefordert sind" (4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich, 2003, S.6). Zum Thema der Zusammenarbeit zwischen Jugendarbeit und Fachstellen für Prävention und dem darin enthaltenen Spannungsfeld sei auf den zitierten Bericht verwiesen, dessen Befunde nach wie vor zutreffen.

Offene Jugendarbeit wird jedoch von öffentlicher Seite her mit diesen Forderungen und Erwartungen nach Prävention konfrontiert. Sie ist in einem Dilemma: eigentlich sprechen viele Argumente dafür, Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit finanziell und personell gut auszustatten, da sie wichtige gesellschaftliche Funktionen erfüllen. In der Praxis stellen die Institutionen in der Reflexion ihrer Situation und Aufgaben allerdings fest, dass sie zu wenig ausgebildete Mitarbeiter/innen hat, zu wenig finanzielle und zeitliche Ressourcen, um diesen hohen Ansprüchen gerecht zu werden. Daraus folgt oftmals nach außen hin eine gewisse Abwehr, sich mit weiteren Spezialthemen (wie eben Sexualpädagogik) zu befassen, nach innen werden jedoch sehr wohl sexualpädagogische Maßnahmen gesetzt (bzw. wird mit durchaus hohem Niveau auf die Anfragen von Seiten der Jugendlichen reagiert).

Offene Jugendarbeit stellt also eine wichtige Verbindung her zwischen Vorstellungen „der Gesellschaft" (mit all den Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen) und der sich zunehmend diversifizierenden Gruppe der Jugendlichen. Sie wird sich auf institutioneller Ebene dieser Rolle auch in Bezug auf sexualpädagogische Arbeit mehr und mehr bewusst. Bei den Mitarbeiter/innen der Offenen Jugendarbeit zeigt sich diesbezüglich noch ein indifferentes Bild: neben jenen, die ihre Arbeit in Bezug auf das Thema „Sexualität" wenig reflektieren, stehen viele, die „aus dem Bauch heraus" mit wenig, aber doch wachsender Ausbildung und Unterstützung durchaus gute bis sehr gute Arbeit leisten. Einige nehmen mit viel Engagement, hohem Zeit- und Ressourceninvestment in Lehrgängen und Vernetzung die Herausforderung an und haben in den letzten Jahren Strukturen aufgebaut, in denen langsam eine „sexualpädagogische Community" heranwächst. So werden aus den Pionier/innen, die oft über längere Zeit mehr oder weniger alleine Aufbauarbeit geleistet haben, Teamplayer/innen. Absolvent/innen sexualpädagogischer Ausbildungen von mind. 150 Unterrichtseinheiten organisieren sich seit 2 Jahren in der „Plattform Sexuelle Bildung" (www.sexuellebildung.at), um mittelfristig einen Berufsverband aufzubauen, sowie Lobbyarbeit und eine weitere Etablierung des Themas in der österreichischen Bildungslandschaft voranzutreiben.

Implementierung von sexueller Bildung in der Jugendarbeit

Sexualität ist ein Thema, das mit Tabus und Unsicherheiten behaftet ist, das personennah und daher nicht stark verallgemeinerbar ist, und bei dem „die Gesellschaft", die Eltern, der Träger usw. ein Wort mitreden wollen. Diese Unsicherheiten führten lange dazu, dass Sexualpädagogik entweder gar nicht stattfand oder dass es zwar vielleicht Einzelangebote gab, diese allerdings nicht systematisch in den Organisationen verankert oder deutlich sichtbar gemacht wurden. Die Veränderung im Umgang mit Sexualität in der Gesellschaft führt nun dazu, dass sich die Institutionen der Jugendarbeit auf die Suche nach sexualpädagogischen Leitbildern begeben. Sie stehen dabei im bereits beschriebenen Spannungsfeld zwischen öffentlichen (Präventions-) Aufträgen und der Lebenswelt der Jugendlichen.

Als erstes Bundesland ist Vorarlberg dabei, ein landesweites sexualpädagogisches Konzept für die offene Jugendarbeit zu erarbeiten. Unter der Federführung der koje – Koordinationsbüro für Offene Jugendarbeit und Entwicklung sowie mit der langjährigen Erfahrung des Mädchenzentrums Amazone im Bereich Sexualpädagogik wurde 2009 eine Veranstaltungsreihe durchgeführt. Unter dem Titel „Plattform Sexualaufklärung Vorarlberg" sollen weitere Schritte folgen (koje, 2008/Mädchenzentrum Amazone, 2009, S.11). Ausdrücklich wird in den Konzepten emanzipatorische Sexualpädagogik als Aufgabe festgeschrieben

(koje, 2008, S. 231). Auch in einem Grundsatzpapier zur Offenen Jugendarbeit, erstellt im Rahmen eines Projekts zur bundesweiten Vernetzung österreichischer Institutionen, wird dieser Trend deutlich: „Offene Jugendarbeit setzt konkrete Angebote mit zahlreichen positiven, nachhaltigen Wirkungen im Kontext folgender Fachbereiche: Gewaltprävention, Suchtprävention, Medienpädagogik, Sexualpädagogik, Ernährung und vieles mehr" (Grundsatzpapier, o.J., S. 3).

Dieses Grundsatzpapier, an dem Vertreter/innen aus allen Bundesländern mitgearbeitet haben, gibt Anlass zur Hoffnung, dass Sexualpädagogik stärker in das Blickfeld der Verantwortlichen rückt. Allerdings findet sich die genannte Aufzählung unter der Überschrift „Prävention", was – wie bereits ausgeführt – durchaus einem Trend entspricht.

Im Überblick können vier Implementierungsstadien von sexueller Bildung in Organisationen der Jugendarbeit in Österreich genannt werden:

- Organisationen, die das Thema (bewusst) ausklammern, nicht explizit benennen (z.B. auf ihrer Homepage), nicht bewusst wahrnehmen;
- Organisationen, denen die Bedeutung des Themas Sexualpädagogik zwar bewusst ist und es zukünftig auch verstärkt in den Blick nehmen wollen, die sich jedoch erst am Beginn des Implementierungsprozesses befinden;
- Organisationen, die bereits vereinzelt sexualpädagogische (Fortbildungs-)Seminare anbieten (z.B. zum Thema AIDS-Prävention, Sexualisierte Gewalt, Sexismus in der Werbung) oder Texte zum Thema „Sexualität" auf ihrer Homepage zur Verfügung stellen. Die Angebote präsentieren sich recht isoliert, Sexualpädagogik ist als Thema (noch) nicht durchgängig in ev. durchgeführten Lehrgängen oder Ausbildungsmodulen verankert und es fehlt die Darstellung eines Gesamtkonzepts oder Leitfadens für Sexualpädagogik. Auffallend häufig geht es bei den Angeboten und Texten auch eher um die Abwendung von Gefahren als um die Akzeptanz, dass Kinder und Jugendliche ein Recht auf Sexualität und auf sexualfreundliche Begleitung ihrer (psychosexuellen) Entwicklung haben;
- Organisationen, bei denen das Thema Sexualpädagogik im Selbstverständnis, manchmal auch im Leitbild und in der Außendarstellung sichtbar ist und sich auch im Angebot niederschlägt. Kampagnen zu AIDS-Prävention werden beispielsweise nicht nur beworben, sondern aktiv unterstützt bzw. selbst entworfen; es gibt ausgebildete Sexualpädagogen/innen, die in der Organisation tätig sind oder es wird zumindest regelmäßig mit Sexualpädagogen/innen und anderen Expert/innen kooperiert.

Bei den Veranstaltungen und Projekten, die durchgeführt werden, muss stets unterschieden werden, ob sie sich direkt an die Zielgruppe, also die Jugendlichen wenden, oder ob es sich um Angebote für ehrenamtliche oder festangestellte Mitarbeiter/innen handelt. Da in den Grundausbildungen bisher wenig explizit auf sexualpädagogische Aufgaben in der Jugendarbeit eingegangen wird, sollten Mitarbeiter/innen die Möglichkeit haben, sich dieses Wissen in Fortbildungen anzueignen. In Jugendleiterschulungen, Kursen für ehrenamtliche Mitglieder und Seminarangeboten muss Sexualpädagogik verankert werden, damit Mitarbeiter/innen lernen, das Themenfeld Sexualität und Partnerschaft mitzudenken. Eine Reflexion des eigenen Zugangs sowie basale Grundkenntnisse zu Inhalt und Didaktik können in einem 2-3tägigen Seminar vermittelt werden. Diese Investition sollte bei einem gerade auch im Jugendalter so wichtigen Thema nicht weiter gescheut werden.

Als Alternative haben sich in Vorarlberg Coachingangebote etabliert (z.B. über das Mädchenzentrum Amazone). Sexualpädagogen/innen gehen in diesem Fall nicht als Expert/innen direkt in die Jugendgruppen, sondern unterstützen die Gruppenleiter/innen zielgruppenspezifisch, sodass diese dann mit den Jugendlichen bedürfnisorientiert und mit entsprechenden Methoden aktuelle Themen bearbeiten können. Die fachliche Forderung aus Sicht der Sexualpädagogik, dass es in jeder Organisation wenigstens eine/n ausgebildete/n Sexualpädagogen/in geben sollte, der/die die Maßnahmen der Institution, die Umsetzung möglicher Leitbilder und die Fortbildung durch interne und externe Expert/innen koordiniert und im Blick hat, klingt heute noch unrealistisch. Sie sollte im Sinne eines professionellen Umgangs mit dem Thema jedoch als Ziel nicht aus den Augen verloren werden. „Sexualpädagogik sollte in jeder Jugendeinrichtung ein selbstverständlicher Qualitätsstandard sein (…). Eine nachhaltige Sexualpädagogik (…) baut Beziehungen auf und begleitet Jugendliche längerfristig" (Häfele/Moosmann/Franke, 2008).

3. Vision der Professionalisierung

Die Autor/innen der Ausbildungscurricula beginnen nach und nach, diesem wichtigen Teilbereich der Offenen Jugendarbeit Rechnung zu tragen. Berufsanfänger/innen haben mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit sexualpädagogische Grundkenntnisse, doch kann davon nicht mit Sicherheit ausgegangen werden. Qualität und Umfang sind, wenn überhaupt bekannt, unzureichend evaluiert. Hier müssten in 2-3 Jahren eine umfangreiche Bestandsaufnahme sowie die Ausarbeitung von Qualitätsstandards vorgenommen werden. Bei den bereits in der Jugendarbeit tätigen Personen gibt es solche mit einer etwa einjährigen, berufsbegleitend absolvierten Ausbildung zum/zur Sexualpädagogen/in und teilweise langjähriger praktischer Erfahrung, Mitarbeiter/innen, die an Inhouseschulungen, Fachtagungen oder 2-3 tägigen Seminaren zu einzelnen Themen der Sexualpädagogik teilgenommen haben, Autodidakt/innen, die sich der inzwischen reichhaltig zur Verfügung stehenden Literatur bedienen oder auch „aus dem Bauch heraus" handeln und solche, die das Thema Sexualität lieber delegieren möchten, als sich damit auseinander zu setzen. Dennoch kann auch für den Bereich der Offenen Jugendarbeit festgehalten werden, dass es wünschenswert wäre, in jeder Einrichtung eine Fachperson mit umfassender sexualpädagogischer Ausbildung zu haben. Offene Jugendarbeit bzw. ihre Mitarbeiter/innen sollten in der Öffentlichkeit als Experten/innen zum Thema „Jugendsexualität" bzw. „Jugend und Sexualität" wahr- und ernst genommen werden. Offene Jugendarbeit sollte den Auftrag bekommen, sich in diesem Fachgebiet zu etablieren. Sie braucht dafür Fördergelder, deren Geber/innen sich nicht scheuen, sich zu fachlich fundierter sexualpädagogischer Arbeit zu bekennen und sie bewusst zu fördern.

Forschung und Evaluation zu den verschiedenen Themenkomplexen der sexuellen Bildung stecken immer noch in den Anfängen. Sexualpädagogik ist universitär kaum verankert, manche Studierende finden keine Betreuer/innen für einschlägige Facharbeiten. Aufgrund der zunehmenden Erfahrungen mit gelingender Sexualpädagogik ist zu hoffen, dass die Entwicklung zu mehr Professionalisierung in den nächsten Jahren etwas schneller voran kommt, als dies bisher der Fall war. Sexualität bleibt ein anspruchsvolles Thema, das vor allem auch öffentlich mit Fingerspitzengefühl kommuniziert werden muss. Mit den Erfahrungen, die Jugendliche unter anderem in unterschiedlichen Organisationen der Jugend-

arbeit machen können, wird es für sie als Erwachsene hoffentlich noch ein Stück leichter, über so einen grundlegenden Aspekt unserer Existenz, wie sie Sexualität darstellt, zu sprechen und nachfolgende Generationen in ihrer Entwicklung zu begleiten.

Literatur

Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (Hrsg.)(2003): 4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Wien: Eigenverlag.

Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend (Hrsg.)(2007): 5. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Wien: Eigenverlag.

Siehe jeweils auch http://www.bmwfj.gv.at/Jugend/ (18.8.2009)

Steirischer Dachverband der offenen Jugendarbeit. (2009): Leitfaden für die Offene Kinder- und Jugendarbeit in der Steiermark. Quelle: http://www.dv-jgend.at/fileadmin/user_upload/Pdfs/DVJ_Leitfaden_2008_fassung3_Download.pdf (18.8.2009)

Grundsatzpapier (o.J.): Offene Jugendarbeit in Österreich- Eine erste Begriffsklärung als Grundlage für eine bundesweite Vernetzung. Quelle: http://www.dv-jugend.at/fileadmin/user_upload/Pdfs/OJA_Begriffsklaerung.pdf (20.8.2009)

Häfele, E./Moosmann, M./Franke, M. (2008): Sexualität in der offenen Jugendarbeit. In: koje – Koordinationsbüro für offene Jugendarbeit und Entwicklung (Hrsg.): Das ist offene Jugendarbeit. Wien: Bucher Verlag

Koje (2008): Das ist offene Jugendarbeit. Herausgegeben vom Koordinationsbüro für offene Jugendarbeit und Entwicklung. Wien: Bucher Verlag

Mädchenzentrum Amazone (2009): Jahresbericht 2009. Bregenz: Eigenverlag. Siehe auch unter www.amazone.or.at (1.4.2010)

Plattform Sexuelle Bildung: Vereinigung von Sexualpädagogen und SexualpädagogInnen in Österreich. www.sexuellebildung.at (1.4.2009)

Lovetour (2006): Liebe, Sex und so viele Fragen. Wien: öbvhpt Verlag bzw. Lovelexikon auf http://www.lovetour.at/lovelexikon.htm (1.7.2009)

Sielert, U. (2005): Einführung in die Sexualpädagogik. Weinheim und Basel: Beltz Verlag

DIE AUTORIN:

Mag.ª **Carola Koppermann** ist Diplompädagogin, 10 Jahre Tätigkeit als Journalistin und in der freien Jugendarbeit sowie in Beratungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche. Trainerin für Sexualpädagogik, Sexuelle Bildung und Gendertraining, seit 2001 Dozentin im Institut für Sexualpädagogik, Dortmund. Derzeit freiberufliche Referentin in Aus-, Fort- und Weiterbildung für pädagogische Berufe, in Kindergärten und Schulen, in der Erwachsenenbildung, im Gesundheitsbereich sowie in der Schulung von Eltern und Multiplikator/innen. Betreuung wissenschaftlicher Arbeiten.

Mitglied im isp-dortmund www.isp-dortmund.de

Plattform Sexuelle Bildung www.sexuellebildung.at

2.4 Sport und Jugendarbeit

Helmut Baudis

Die Anzahl der Sporttreibenden im Allgemeinen, als auch die Häufigkeit der Sportausübung, ist in den letzten vier Jahrzehnten in Österreich deutlich angestiegen. In den 1970er Jahren waren es zwischen 25% und 34%, die selten oder mindestens ein paar Mal im Jahr Sport betrieben haben. Dieser Prozentsatz steigerte sich auf zirka 67% bis 84% in den frühen 2000er Jahren (Hilscher/Norden/Russo/Weiß, 2007, S. 17). Noch nie haben wir so viel Sport betrieben wie heute und, so paradox es auch klingen mag, noch nie haben wir uns so wenig bewegt. Das betrifft Jugendliche genauso wie Menschen in jedem anderen Lebensalter. Das ist für Brettschneider/Naul (2004) auch der Grund, warum die Mehrheit der Heranwachsenden die empfohlenen Standards der gesundheitsförderlichen körperlichen Aktivität nicht erreicht. Steinbach (2008) spricht in diesem Zusammenhang von einer oberflächlichen Versportlichung.

1. Sportliche Aktivitäten im Jugendalter

Die Situation sportlicher Aktivitäten bei heimischen Jugendlichen im Alter von 12- bis 24 Jahren wurde im Jahr 2007 im Rahmen einer Online-Befragung (GfK Austria 2007) erhoben. Die Ergebnisse zeigen, dass 25% der Befragten viermal und öfter in der Woche Sport betreiben. 33% der Jugendlichen sind 2 bis 3 Mal in der Woche aktiv, 20% einmal in der Woche, 13% 2 bis 3 Mal im Monat, 7% seltener und nur 2% sind komplett inaktiv. Wenn man sich die Ergebnisse im Detail ansieht, kann sowohl ein Rückgang der sportlichen Aktivität mit steigendem Alter, als auch ein geschlechtsspezifischer Unterschied in der Häufigkeit erkannt werden. Gogoll/Kurz/Menze-Sonneck (2003) unterscheiden folgende Settings, in denen Jugendliche in ihrer Freizeit Sport treiben:

- Sportverein;
- Kommerzielle Anbieter (wie z.B. Fitness-Studio, Tanzschule, Reitstall, Tenniscenter);
- teilweise öffentliche Körperschaften (wie z.B. Jugendzentren, Volkshochschulen, freiwillige Gruppen im Schulsport);
- kommunale Einrichtungen (wie z.B. Schwimmbad, Eislaufbahn, Sportplatz, Halfpipe);
- familiärer Nahraum wie zu Hause, in Hof und Garten;
- und andere Orte ohne sportspezifische Exklusivität (wie z.B. Straße, Parkplatz, Natur).

Laut GfK Austria (2007) betreiben 46% der Jugendlichen Sport am liebsten für sich selbst, ohne irgendeine Organisation. Dahinter reihen sich die Aktivitäten in Sportvereinen (18%) und in der Schule/Hochschule (14%). Lediglich 5% der Befragten gaben an, Sport am liebsten in einem Fitnesscenter zu betreiben.

Nach Russo (2007, S. 321f) hält sich der Trend vom Teamsport im Verein zum vermehrten Individualsport bereits seit zwei Jahrzehnten. Diese, mit der zunehmenden Individualisierung des Menschen einhergehende Entwicklung einer Vereinzelung des Sports, wird durch die wachsende Belastung in Schule und Berufsleben verstärkt.

Für Weiß (1999, S. 63) werden neue Erlebnis- und Abenteuerwelten jenseits des Lebens erfunden und produziert. Seiner Meinung nach werden Risikosportarten (Rafting, Drachenfliegen), Extremsportarten (Marathonlauf, Tiefseetauchen) und Natursportarten (Segeln,

Golf, Reiten) immer attraktiver. Telegene Trendsportarten wie Beachvolleyball, Mountainbiking, Snowboarden und Inlineskaten verändern das Erscheinungsbild des Sports ebenfalls wesentlich. Darüber hinaus nimmt die Differenzierung von Sportarten, Sportgeräten und Sporträumen zu. Die technologischen Fortschritte ermöglichen immer neue und bessere Sportgeräte. Auch diesen Aspekt darf man nicht außer Acht lassen. So wurde aus dem Fahrrad das Mountainbike, aus Rollschuhen die Inlineskater und aus dem Skate- das Snakeboard.

Die erwähnten Entwicklungen beeinflussen auch den organisierten Sport in Österreich, Sportverbände und –vereine, auf verschiedenste Weise. Die traditionellen Sportarten wie Turnen, Leichtathletik oder Fußball bekommen immer mehr Konkurrenz durch neue Sportarten wie zum Beispiel Klettern, Lacrosse oder Cheerleading. Die Österreichische Bundes-Sportorganisation (BSO) hatte in den 1960er Jahren rund 15 Mitgliedsverbände. Das Sportartenspektrum hat sich vor allem im letzten Jahrzehnt stark verbreitert, so dass die BSO heute 60 Sportarten und ihre Verbände offiziell anerkennt. Insgesamt bieten Österreichs Sportvereine bereits über 110 verschiedene Sportarten an.

Die Diversifikation geht Hand in Hand mit einem Rückgang der Sportausübung von Jugendlichen in Sportvereinen in den letzten 30 Jahren. Waren im Jahr 1970 noch 34% der Jugendlichen zwischen 14 und 19 Jahren Mitglied in Sportvereinen (Größing 1970, S. 57f), so gaben im Wiener Gesundheits- und Sozialsurvey 2001 nur noch 16% der 16- bis 24-Jährigen an, Mitglied bei einem Sportverein zu sein (Kromer et al. 2002, S. 194). Leider liegen in diesem Zusammenhang seitens der Sportverbände nur unpräzise Mitgliederstatistiken vor. Das liegt vor allem daran, dass es bei nahezu keinem Verband Einzelmitgliedschaften gibt, sondern die Einzelpersonen bei ihren Vereinen, die Vereine bei den Landesverbänden und diese dann bei den Bundesverbänden Mitglied sind. Somit ist den Sportverbänden zwar die Anzahl der Mitgliedsvereine und der Mitglieder bekannt, es existieren aber keinerlei detaillierte Informationen über zum Beispiel Altersgruppen, Geschlechterverteilung, usw. Dieser Umstand erschwert natürlich eine zielgerichtete Förderung einzelner Zielgruppen und vor allem auch die Kommunikation von der Verbandsspitze zur Basis, da enorm viele Filter eingebaut sind.

2. Motive für sportliche Betätigung bei Jugendlichen

Wenn man sich mit der Jugendarbeit im Sport beschäftigt, ist es besonders wichtig, sich auch mit den Motiven der Zielgruppe auseinander zu setzen. Bei den Beweggründen für sportliche Betätigung nimmt auch bei Jugendlichen die Fitness- und Gesundheitsorientierung zu (Steinbach, 2008). Diese Tatsache wird auch von den Ergebnissen der bereits genannten Online-Befragung unterstrichen. Über 80% der befragten jungen Menschen geben an, Sport zu betreiben, um fit und gesund zu sein. 75% sind aktiv, weil sie sich dadurch besser fühlen, 69% weil Sport für sie Ausgleich und Entspannung bedeutet. 67% sehen den Wunsch nach einem schönen Körper als Hauptmotiv. Spaß haben, mit Gleichgesinnten zusammen sein, sind ebenfalls oft genannte Motive. Nur 29% der Jugendlichen sind sportlich aktiv, weil sie den Wettkampf mögen. Eines der Hauptmotive für sportliche Betätigung ist weiterhin das Sporttreiben mit Freunden und Bekannten, wie die Zahlen in Abbildung 2 belegen (GfK Austria 2007).

Abbildung 1: Ich bin sportlich aktiv, …

	trifft eher zu	trifft eher nicht zu
weil ich fit sein will	83%	17%
weil es gesund ist	81%	19%
weil ich mich besser fühle	75%	25%
weil es ein Ausgleich/Entspannung für mich ist	69%	31%
weil ich einen schönen Körper haben möchte	67%	33%
weil es eine Herausforderung für mich ist	58%	42%
weil man da mit Gleichgesinnten zusammen ist	49%	51%
weil ich mich bestätigen kann	44%	56%
weil man da Leute kennenlernt	38%	62%
weil ich den sportlichen Wettbewerb mag	29%	71%

Quelle: GfK Austria, Jugend Online 2007, n=1.200, Befragungszeitraum 20.06. – 06.07.2007

Abbildung 2: Und mit wem betreibst du am liebsten Sport?

	Prozent
mit Freunden/Bekannten	67%
alleine	16%
mit der Familie/Verwandten	10%
nichts davon, ich habe keine Lust Sport zu treiben	5%
mit Leuten, die ich nicht so gut kenne	2%

Quelle: GfK Austria, Jugend Online 2007, n=1.200, Befragungszeitraum 20.06. – 06.07.2007

Die gerade genannten Beweggründe haben Einfluss auf die betriebenen Sportarten und Bewegungsformen. Steinbach (2008) sieht eine Tendenz zu, wie er es nennt, „weichen" Sportarten, die einen hohen gesundheitlichen Nutzen und geringe Könnensanforderungen aufweisen. Darüber hinaus werden Bewegungsformen derzeit mehr nachgefragt, die wenig reglementiert, weitgehend raum- und zeitunabhängig sowie gemeinsam und individuell zu betreiben und vor allem auch „niederschwellig" sind.

Betrachtet man die Jugendarbeit im Sportverein vor diesem Hintergrund, dann kann man erkennen, dass der beschriebene gesellschaftliche Wandel auch hier nicht spurlos vorbei geht. Nach Neuber (2003) ergänzen Bewegungstrends die traditionellen Sportarten. Offene

Bewegungsangebote für alle Jugendlichen werden häufiger als strukturierte Übungsstunden nachgefragt. Die Freizeitorientierung und nicht der Wettkampfsport tritt in den Mittelpunkt. Die (sozial-)pädagogischen Ansprüche an die sportliche Freizeitgestaltung werden oftmals aber überzogen und sind nur von professionellen Dienstleistungsunternehmen und nicht von ehrenamtlich geführten Sportvereinen zu leisten (Neuber 2006, S. 3).

Die Leistung der Sportvereine ist aber dennoch beachtenswert. Je nach Studie verfügen die Sportvereine bei Jugendlichen über einen Bindungsgrad von bis zu 50%. Andere Träger der Jugendarbeit erreichen teilweise kaum die 5%-Grenze (vgl. Schmidt/Fischer/Süßenbach, 2003). Wenn man sich die Vereinsmitgliedschaften nach Sportarten in Deutschland ansieht (vgl. Abb. 3), liegt Fußball klar voran.

Abbildung 3: Vereinsmitgliedschaften, Alter 10-14 Jahre

	Prozent
Fußball	35,2%
Kampfsport	12,5%
Reiten	10,0%
Basketball	9,2%
Schwimmen	8,7%
Tanzen	7,2%
Tennis	6,3%
Tischtennis	6,0%
Handball	5,0%
Volleyball	4,7%

(Schmidt u.a. 2002, n = 2.016)

Leider liegen diesbezüglich keine österreichischen Zahlen vor, was auch auf die vorher beschriebene Mitgliederstruktur zurückzuführen ist. Aus persönlicher Erfahrung gehe ich aber von einer ähnlichen Situation und somit einer Dominanz des Fußballs in Österreich aus. In nahezu jeder Gemeinde in Österreich gibt es einen Sportplatz und einen örtlichen Fußballverein. Der Österreichische Fußball-Bund gibt in seiner Mitgliederstatistik (Stand 1.1.2009) an, dass er über 2.132 Mitgliedsvereine mit insgesamt 525.000 Einzelmitgliedern verfügt (BSO 2009). Anhand dieser Ziffern kann man schon die flächendeckende Streuung dieser Sportart auch in Österreich erkennen.

Schmidt/Fischer/Süßenbach (2003, S. 106) halten sogar fest, dass der Sportverein „mit seinen traditionellen Sportarten (Schwerpunkt: Sportspiele) (…) seit den 70er Jahren die unangefochtene Nr. 1 der außerschulischen Jugendarbeit" ist. Anhand der hohen Bindungsraten zeigt sich, dass die Sportvereine scheinbar die Erwartungen der Heranwachsenden im Jugendalter treffen.

3. Weiterentwicklung der Jugendarbeit in Österreich

In Deutschland und Österreich sorgte vor einigen Jahren eine Studie mit dem Titel „Jugendarbeit im Sportverein: Anspruch und Wirklichkeit" (Brettschneider/Kleine 2001) für Aufsehen. Die Ergebnisse lösten, nach einiger Aufregung zu Beginn zahlreiche positive Prozesse aus. Die Sportverbände begannen sich nicht nur mit sportartenspezifischem Wissen, Talentfindung und Leistungsoptimierung auseinanderzusetzen. Beispielhaft möchte ich hier die Anstellung von hauptamtlichen Jugendsportreferent/innen in den drei großen heimischen Dachverbänden über das Förderprogramm des Bundeskanzleramts „Sport schafft Arbeitsplätze" im Jahr 2001 und die Gründung eines Jugendausschusses in der Österreichischen Bundes-Sportorganisation anführen. Erstmals gab es im Sport hauptamtliche Personen und spezielle Gremien, die sich schwerpunktmäßig mit dem Thema „Jugendarbeit im Sport" und der pädagogischen Kompetenz der Jugendsportverantwortlichen auseinandersetzten. Nicht zuletzt daraus resultierten Aktivitäten zu Themen wie „Umgang mit diskriminierenden Situationen im Sport (ARCTOS – Gemeinsam zum Erfolg) und "Jugend, Sport & Alkohol", welche mithelfen sollen, Trainer/innen und Funktionär/innen möglichst praxisnah auszubilden.

Über die nationale Bewegungsinitiative „Fit für Österreich", die seit dem Jahr 2005 auch explizit im Bundes-Sportförderungsgesetz angeführt ist, möchte die Politik die Sportverbände und –vereine vermehrt weg vom Leistungssport hin zu „Dienstleistern" am Gesundheitssystem bringen. Mit dem „Fit für Österreich-Gütesiegel" wurde ein Erkennungsmerkmal von qualitativ hochwertigen Bewegungsangeboten in Sportvereinen geschaffen. Der Allgemeine Sportverband Österreichs (ASVÖ) startete in Zusammenhang mit „Fit für Österreich" und der gezielten Projektförderung durch das Sportministerium eine Initiative mit dem Namen „Richtig fit" (ASVÖ 2010). Dabei sollen ASVÖ-Vereine unterstützt werden, wenn sie ihr Vereins-Portfolio, um breitensportliche und gesundheitsorientierte Angebote – auch im Jugendbereich – erweitern. Der ASVÖ setzt dabei nicht nur auf Aus- und Fortbildung der Trainer/innen und Übungsleiter/innen, sondern fördert die neuen Bewegungsangebote der Vereine auch finanziell durch Ankauf von Geräten oder teilweiser Übernahme von Trainerhonoraren. Ziel ist es, auf diesem Weg ein flächendeckendes Angebot von hochwertigen Bewegungseinheiten zu installieren.

Für Neuber (2006, S. 5) ist genau das der richtige Ansatz. Vor allem Mädchen und breitensportlich orientierte Vereinsmitglieder suchen mehr sozialen Kontakt und Entspannung als Leistungssportler/innen. Das wiederum unterstreicht seiner Meinung nach die Notwendigkeit differenzierter Vereinsangebote im Jugendalter und eine stärkere Reflexion des Leistungsverständnisses. Hinsichtlich ihrer Entwicklungsmöglichkeiten gehen Jugendliche ebenso mit ganz klaren Vorstellungen an die Sportvereine heran. Laut Neuber (2006, S. 7) suchen sie Unterstützung bei der Entwicklung sozialer Kontakte, dem Umgang mit ihrem Körper sowie der Entwicklung ihres Selbstbilds. Seiner Meinung nach müssten daher die Sportvereine einerseits über die Inszenierung von Vereinsangeboten für Jugendliche und andererseits über die generelle Angebotsstruktur von Sportvereinen nachdenken. Breitensportlich orientierte Jugendliche unterscheiden sich von leistungssportlich orientierten Jugendlichen unter anderem hinsichtlich ihrer Entwicklungsaufgabe „Kontakte mit anderen Jugendlichen". Die bei Breitensportler/innen deutlich mehr Gewicht hat.

Die Neuausrichtung der Angebote von Sportverbänden und –vereinen sollte meiner Meinung nach auch vor dem Hintergrund der Hemmschwellen stehen, welche viele Jugendliche von der körperlichen Aktivität abhalten. Die Online-Befragung von GfK Austria (2007) gibt auch dazu interessante Aufschlüsse.

Abbildung 4: Ich bin sportlich nicht oder wenig aktiv, ...

	trifft eher zu	trifft eher nicht zu
weil ich keine Lust habe, mich nicht aufraffen kann	45%	55%
weil ich aus beruflichen Gründen keine Zeit habe	34%	66%
weil ich aus privaten Gründen keine Zeit habe	26%	74%
weil ich niemanden habe, der mit mir mitmacht	26%	74%
weil es mir keinen Spaß macht	21%	79%
weil ich mit anderen nicht mithalten kann	17%	83%
weil ich mich auch so körperlich betätige	17%	83%
weil es langweilig ist	16%	84%
weil ich eine Verletzung habe, die mich hindert	14%	86%
weil ich mich geniere wegen meiner Figur	13%	87%

Quelle: GfK Austria, Jugend Online 2007, n=1.200, Befragungszeitraum 20.06. – 06.07.2007

Junge Ehrenamtliche

Der Sport in Österreich ist größtenteils ehrenamtlich organisiert. Jugendliche Ehrenamtliche bzw. junge Menschen in Vereinsvorständen sind aber äußerst selten. Für mich persönlich ist das auch ein Mitgrund, warum die Angebote für Jugendliche oftmals nicht den Erwartungen der Zielgruppe gerecht werden. Österreich bzw. der Sport stehen mit dem Problem der fehlenden, jungen Ehrenamtlichen aber nicht alleine da. Die aktuellen Trends bei den Jugendlichen wie Renaissance des Materialismus und Individualisierung, wie Ikrath (Niederösterreichische Landesregierung 2010) es beschreibt, erschweren die Suche der Sportvereine nach jungen Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren möchten sicherlich.

Modellprojekte wie die Initiative „whoZnext" (www.whoznext.nl), die vom Niederländischen Sportverband NISB seit einigen Jahren erfolgreich durchgeführt wird, zeigen wie es gehen könnte.

Der Jugendausschuss der Österreichischen Bundes-Sportorganisation beschäftigt sich gerade mit dem Thema „Ehrenamt & Jugend" und wird im Frühjahr 2010 ein Motivationsvideo und eine Broschüre herausgeben. Darin werden die Benefits für Jugendliche, welche sich ehrenamtlich betätigen aufgelistet. Diese Aktion soll den Startschuss für weitere Initiativen in diesem Bereich sein und einen Höhepunkt im Jahr im Jahr 2011 finden, welches die Europäische Kommission zum „European Year of Volunteering" ausgerufen hat.

Ganztagesschule als Herausforderung für die Jugendarbeit im Sport

Die flächendeckende Einführung der Ganztagesschule in Österreich würde eine große Veränderung für die Jugendarbeit im Sport mit sich bringen. Die Sportverbände und –vereine stehen aus mehrerlei Hinsicht vor einer großen Herausforderung.

Kinder und Jugendliche werden in deutlich geringerem Ausmaß die Sportangebote der Vereine wahrnehmen können, wenn sie regelmäßig den ganzen Tag die Schule besuchen, da die Vereinsangebote überwiegend am späten Nachmittag bzw. frühen Abend stattfinden. Die Schulen und Schulbehörden zeigen Bereitschaft, vermehrt auf die Sportvereine zuzukommen, um diese in die ganztägige Betreuung der Jugendlichen einzubinden.

Der Wunsch nach mehr Bewegung in der Schule wird auch durch die nachfolgenden Zahlen verdeutlicht:

Abbildung 5: Sportunterricht an Schulen

Ist das derzeitige Ausmaß an Sportunterricht in Schulen ...	Prozent
ausreichend	33%
zu wenig	57%
zu viel	3%
kann ich nicht beurteilen	7%

Quelle: GfK Austria, Jugend Online 2007, n=1.200, Befragungszeitraum 20.06. – 06.07.2007

Dennoch stellt sich die Frage, wie die Sportvereine in der Lage sein werden, diese Herausforderung der Integration in das ganztägige Schulsystem, zu bewerkstelligen. Die meisten Vereinstrainer/innen und Übungsleiter/innen können ihrer oft ehrenamtlichen Vereinstätigkeit erst nach Ende ihres eigenen Berufstages nachkommen und stehen daher nicht am Vormittag bzw. Nachmittag zur Verfügung. Eine Aufwertung des Berufs Trainer/in bzw. Sportbetreuer/in wird daher unbedingt erforderlich sein, ebenso wie eine vermehrte finanzielle Unterstützung der Vereine.

Verschärft wird die Situation dadurch, dass es derzeit beinahe in ganz Österreich einen „Lehrermangel" im Unterrichtsfach Bewegung und Sport gibt. Qualitativ und quantitativ mangelhafte Bewegungs- und Sporteinheiten in der Ganztagsschule würden die eigentlichen Ziele der Jugendarbeit im Sport konterkarieren. Die Förderung eines gesunden Lebensstils, individuelle Bewegungsangebote, sozialer Aspekte und schlussendlich auch die Vermittlung von Spaß und Freude an der Bewegung lassen sich nur durch qualifizierte Personen vermitteln. Andernfalls stehen wir einer alarmierenden Perspektive gegenüber: Jugendliche, die noch dicker, noch ungeschickter, noch weniger aktiv und noch ungesünder in ihr weiteres Leben starten. Die Auswirkungen auf die Gesellschaft und das gesamte soziale Gefüge wären erheblich.

Die Einführung der ganztägigen Schulformen hat auch Auswirkungen auf die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten. Wenn es den Sportverbänden und –vereinen nämlich nicht gelingt, ein Kooperationsmodell mit der Schule zu entwickeln, dann werden für die Jugendarbeit im Sport immer weniger Räumlichkeiten und Sportplätze zur Verfügung ste-

hen. Derzeit sind sehr viele Vereine auf Schulsportanlagen bzw. in Schulturnsälen eingemietet. Sollte die Schule diese Räumlichkeiten dann für sich selbst benötigen, stünden diese natürlich nicht mehr den Vereinen zur Verfügung. Die brisante Hallensituation, vor allem in den Städten, würde sich dadurch nur noch mehr verschärfen.

Neue Konzepte und Lösungsansätze zur Kooperation des organisierten Sports mit der Schule sind zur Weiterentwicklung der Jugendarbeit im Sport und dessen Finanzierung daher unabdingbar.

4. Fazit

Die genannten Daten, Trends etc. beeinflussen den Sport insgesamt und damit natürlich auch die Jugendarbeit! Laut Weiß (1999, S. 64) präsentiert sich der Sport als Mikrokosmos der Gesellschaft. Der Sport als menschliches Kulturprodukt ist ein Spiegel des Werte- und Normensystems bzw. ein Ausdruck des soziokulturellen Systems jener Gesellschaft, in der er etabliert ist. Er steht stellvertretend für Verhältnisse, Zustände, Veränderungen und Entwicklungen einer Gesellschaft. Selbst Krisen wie Diskriminierung, Gewalt, Doping, Nationalismus spiegeln sich im Sport wider. All das gibt es in der Gesellschaft und im Sport gleichermaßen.

Aus dieser Sichtweise ist es daher unbedingt erforderlich, dass der organisierte Sport, Sportverbände und –vereine, im Einklang mit den anderen Key Playern im Bereich der Jugendarbeit agieren und sich stärker als bisher vernetzen. Ansätze sind bereits da, diese sollten aber in den nächsten Jahren zum Wohle der Jugendlichen vertieft werden.

Literatur

ASVÖ (2010): Bewegung und Gesundheit im ASVÖ, http://www.asvoe.at/de/menu_main/richtig-fit3 [12.02.2010]

Brettschneider, W.-D./Kleine, T. (2001): Jugendarbeit im Sportverein – Anspruch und Wirklichkeit. Paderborn. Universität Paderborn.

Brettschneider, W.-D./ Naul, R. (2004): Study on young people's lifestyles and sedentariness and the role of sport in the context of education and as a means of restoring the balance. Final report. Paderborn.

BSO (2009): Mitgliederstatistik der Österreichischen Bundes-Sportorganisation, http://www2.bso.or.at/fileadmin/Inhalte/Dokumente/Mitgliedsstatistik/BSO_Mitglieder_Stat_2009.pdf [12.02.2010]

GfK Austria (2007): Jugend Online 2007, Exklusiveinschaltung „Jugend und Sport". Unveröffentlichter Forschungsbericht im Auftrag des Bundeskanzleramts, Wien.

Gogoll, A./Kurz, D./ Menze-Sonneck, A. (2003): Sportengagements Jugendlicher in Westdeutschland. In: Schmidt, W./ Hartmann-Tews, I./ Brettschneider, W.-D. (Hrsg.): Erster Deutscher Kinder- und Jugendsportbericht, Schorndorf: Hofmann, S. 297-318.

Größing, S. (1970): Sport der Jugend. Die sportliche Betätigung in Österreich und ihre pädagogische Bedeutung. Hrsg. Vom Österreichischen Institut für Jugendkunde. Wien: Österreichischer Bundesverlag.

Hilscher, P./ Norden, G./ Russo, M./ Weiß,O. (2007): Entwicklungstendenzen im Sport. Wien: LIT Verlag GmbH & Co. KG.

Kromer, I./ Kopetzky, S./ Reidl, C./ Tebbich, H./ Weixler, M./ Zuba, R. (2002): Wiener Jugendgesundheitsbericht 2002. Wien: Magistrat der Stadt Wien.

Neuber, N. (2003): Jugendarbeit im Sport – Ein Handbuch für die Vereinspraxis. (Hrsg. von der Sportjugend NRW im Rahmen der Qualitätsoffensive „Jugendarbeit im Sportverein"). Duisburg: Sportjugend NRW.

Neuber, N. (2006): Zwischen Fun und (No)Future – Jugendarbeit im Sportverein. Handout zum Vortrag auf den Fachtagungen der Qualitätsoffensive „Jugendarbeit im Sportverein". Münster.

Niederösterreichische Landesregierung (2010): Symposium „Neue Jugendkulturen" an den LFS Zwettl und Edelhof, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100201_OTS0071 [01.02.2010].

Riepl, B./Blum, J. (2008): Bewegung und Sport bei 14- bis 20-jährigen Jugendlichen in Österreich. Unveröffentlichte Studie im Auftrag des Bundeskanzleramts und des Fonds Gesundes Österreich, Wien.

Russo, M. (2007): Zukunftsperspektiven des Sports. In: Hilscher, P./ Norden, G./ Russo, M./ Weiß,O. (2007): Entwicklungstendenzen im Sport. Wien: LIT Verlag GmbH & Co. KG, S. 321ff.

Schmidt, W. u.a. (2002): Kindheit und Sport im Ruhrgebiet. (Zwischenbericht Universität Essen). Essen: Universität Duisburg-Essen.

Schmidt, W./ Fischer, U./ Süßenbach, J. (2003): Traditionelle Sportarten im Verein. In N. Neuber (Red.), Jugendarbeit im Sport – Ein Handbuch für die Vereinspraxis (S. 104-116). Duisburg: Sportjugend NRW.

Steinbach, D. (2008): Zukunftsperspektiven des Vereinssports. Unveröffentlichte Präsentationsunterlage der FH Salzburg Forschungsgesellschaft m.b.H für den ASKÖ-Bezirkstag. Steyr.

Weiß, O. (1999): Einführung in die Sportsoziologie, Wien: WUV-Universitätsverlag, S. 63f.

DER AUTOR:

Mag. **Helmut Baudis**, Studium Sportwissenschaften/Sportmanagement an der Universität Wien, staatliche geprüfter Trainer für Leichtathletik, Initiator des 1. Europäischen Jugend Fair Play Kongresses in Wien (2004), operativer Leiter des Anti-Diskriminierungsprojekts „ARCTOS – Gemeinsam zum Erfolg" (2003-05), Co-Autor des Handbuchs zum Thema „Jugend, Sport & Alkohol" (2009), seit 1.1.2010 Generalsekretär des Österreichischen Leichtathletik Verbands (ÖLV) und ehrenamtlich u.a. seit 2001 Nachwuchssportwart bzw. Sportwart des Nö. Leichtathletik-Verbandes

Mitglied im isp-dortmund www.isp-dortmund.de

Plattform Sexuelle Bildung www.sexuellebildung.at

2.5 Kultur in der Jugendarbeit

Eva Häfele

Einleitung

„Auch ist wahrzunehmen, dass ehemals favorisierte Aufgabenfelder wie die politische Jugendbildung kulturell modifiziert wurden. Die politische und freizeitorientierte Jugendarbeit wurde vielerorts zur kulturellen Bildung und die Jugendverbandsarbeit sowie die Offene Kinder- und Jugendarbeit versuchen über eine stärkere Berücksichtigung von kulturellen Angeboten ihr in der Öffentlichkeit angeschlagenes Profil zu verbessern" (Thole, 1997, S. 9). Diese mehr als zehn Jahre alte Bestandsaufnahme zeichnet eine Entwicklung nach, die auch heute noch fortdauert. Denn: „Ohne Kultur läuft nichts mehr in der aktuellen Jugendarbeit", stellt Zacharias (2001, S. 156) fest. Auf kulturpädagogische Konzepte wird inzwischen nicht nur in den klassischen kulturellen Feldern, sondern auch in der Jugendarbeit – in der verbandlichen ebenso wie in der offenen – mehr und mehr aufgebaut.

Wenn man die Herausforderung für Kulturarbeit innerhalb der Jugendarbeit schematisch betrachtet, ergibt sich die folgende Vierteilung: Zum einen eine Angebotsorientierung im Bereich traditioneller Kulturformen, zum andern eine im Bereich spezifisch jugendkultureller Programme. Dieselbe grobe Zweiteilung ist bei der Förderung kultureller Eigenaktivitäten von Jugendlichen festzustellen: Aktivitätsorientierung auf traditionelle Kulturformen bzw. Kulturfelder zum einen, eine Orientierung auf spezielle Kulturformen jugendlicher Lebenswelten zum andern.

1. Was heißt Kulturarbeit in der Jugendarbeit?

Es gibt unterschiedliche Ansätze zur Positionierung der Kulturarbeit im Rahmen der Handlungsfelder der Jugendarbeit. Die „bildungstheoretische Position" definiert Kulturarbeit als die Vermittlung von Kultur und künstlerischen Fähigkeiten. Kulturelles Handeln findet hier in erster Linie in außerschulischen Bildungseinrichtungen und Kulturinstitutionen statt. Die sogenannte „kulturästhetische Positionierung" bezieht sich auf die „kulturelle Arbeit als symbolische Wirklichkeitskonstitution und als Aneignung von Wirklichkeit (Zacharias, 1983, S. 83). Einen sich langsam entwickelnden Konsens, dass „Erfahrungs- und Bildungsprozesse ... sich nicht nur im engen Rahmen der klassischen Bildungs-, Erziehungs- und Kulturinstitutionen, sondern auch in den freien sozialen und kulturellen Lebenswelten und Sozialisationsfeldern (realisieren)", stellt Thole (2000, S. 251) in der Jugendarbeit fest, und weiter: "Die Kulturarbeit ist demnach ein Handlungsfeld, wo die Alltags- und Lebenserfahrungen von Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen – also die populäre Kultur des Alltags – der Ästhetik und Kunst begegnen" (Thole, 2000, S. 251).

Dies kann als eine zentrale Ortsbestimmung der Kulturarbeit herangezogen werden, die sich auch durch die neuen Möglichkeiten und Chancen des interaktiven Webs nicht wesentlich geändert hat (Thole, 2000, S. 251). Generell kann festgehalten werden, dass sich Jugendliche mit ihren unterschiedlichen Kenntnissen und Begabungen durch die Kulturarbeit vielfältig am sozialen Leben beteiligen, sie können ihre Sinne und ihr Urteilsvermögen schärfen und Kritikfähigkeit lernen.

Die theoretische Aufbereitung der Kulturarbeit in der Jugendarbeit hinkt allerdings den Entwicklungen hinterher. Es fehlt eine bündige und allgemein akzeptierte Definition dessen, was unter Kulturarbeit fällt, welche Ziele sie verfolgt und wie ihre Wirkungen gemessen werden können. Ebenso gibt es keine scharfen Trennlinien zwischen den unterschiedlichen Bereichen der Kulturarbeit: Kulturpädagogik, sozio-kulturelle Animation, soziokulturelle Bildung, um nur einige zu nennen. Dies führt zu einer fehlenden bis unscharfen Abgrenzung von anderen Handlungsfeldern der Jugendarbeit.

Faktum ist, dass zahlreiche Handlungsfelder der sozialen Arbeit schon seit langem kulturelle Arbeit als Angebote und als Methoden in ihr Repertoire aufgenommen haben. Hoffmann (2001, S. 117) unterscheidet zwischen kultureller Sozialarbeit und sozialer Kulturarbeit: Während soziale Kulturarbeit dem Autonomieanspruch künstlerischer Arbeit entgegenkommt, ordnet Sozialarbeit künstlerische Techniken ihren pädagogischen Absichten unter (Fuchs, Schnieders, 1982, S. 32). Zacharias wiederum setzt den Begriff „soziale Kulturarbeit" mit dem Praxisbegriff „Kulturpädagogik" gleich (Zacharias, 2001, S. 62).

Ein deutlicheres Verständnis ist inzwischen mit dem Konzept der „kulturellen Bildung" verbunden. Kulturelle Bildung ist vor allem ein schulisches Handlungsfeld. Die Dimensionen kultureller Bildung werden von der UNESCO auf der Basis von drei Bereichen definiert: Studium künstlerischer Arbeiten, direkter Kontakt mit künstlerischer Arbeit (Konzerte, Ausstellungen, Filme, Bücher) und Beschäftigung mit künstlerischen Methoden. Die Interaktion mit Kunst, künstlerischem Schaffen und Künstlern stehen dabei im Mittelpunkt (UNESCO, 2006, S. 9).

Kulturelle Bildung im schulischen Bereich wird vom BMUKK stark gefördert. Einen Überblick über kulturelle Bildung in Österreich, mit zahlreichen Fallbeispielen auch aus der Jugendarbeit, wird in einer Studie des Forschungsinstitutes Educult vermittelt (Wimmer, 2007). Kunst- und Kulturvermittlung ist Teil der kulturellen Bildung; sie wird heute stark von traditionellen Kulturinstitutionen wie Museen, Festivals oder Konzerthäusern betrieben, bleibt aber gegenwärtig weitgehend auf Schulen und auf ein nicht näher definiertes, allgemeines Zielpublikum von Jugendlichen beschränkt. Die führende österreichische Institution in diesem Bereich ist Kulturkontakt Austria (www.kulturkontakt.or.at).

Kultur und Jugendkulturen

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Kulturarbeit in der Jugendarbeit von den Jugendkulturen selbst zu unterscheiden. „Alltagskultur der Jugendlichen, die heute sehr stark von der Popkultur inspiriert ist. Die Jugendkultur ist die Leitkultur der heutigen Jugend. Sie umreißt populäre Freizeitwelten," definieren die Autoren Großegger und Heinzlmaier das Phänomen Jugendkultur, das sich in „Jugendszenen als sozialen Netzwerken abspielt, in denen Jugendliche mit gleichen kulturellen Interessen und ähnlichen Weltanschauungen zusammenfinden" (Großegger, 2002, S. 6). Die drei großen Szenebereiche der heutigen Jugendkulturen sind die Musik-Szenen (Hip-Hop, Punk etc.), die Funsport-Szenen (Skateboard, Snow-Board) und die New-Media-Szenen (Games, Lan-Spiele) (Großegger, 2002, S. 9).

Überschneidungen jugendkultureller Aktivitäten und Szenen mit der Kulturarbeit in der Jugendarbeit, wie sie bisher beschrieben wurde, sind heute überall zu finden. Jugendarbeit nutzt jugendkulturelle Szenen und deren Interessen, um jugendgerechte Kulturarbeit zu betreiben. Weiters werden Medien, Aktivitäten und Organisationsformen der Jugendkulturen in der Kulturarbeit eingesetzt.

Kulturpädagogische Konzepte in der Jugendarbeit

Die Konzepte der Kulturpädagogik in der Jugendarbeit entstanden in den 1980er Jahren. Die Methodik folgt dem Leitsatz, dass „sie freiwillig und in der Freizeit der Teilnehmer/innen stattfindet" (Agricola, 2001, S. 65). Die kulturpädagogischen Konzepte sind vornehmlich praxisorientiert (Thole, 2000, S. 249 ff.) und werden in den meisten Fällen vor Ort entwickelt. Daraus sind Überschneidungen mit Methoden der Sozialpädagogik, wie sie in der Offenen Jugendarbeit und auch in der Gruppenarbeit zum Einsatz kommen, sowie mit der soziokulturellen Animation vor allem in Hinblick auf die Arbeitsformen und die daraus entstehenden Angebote nicht zu vermeiden, zum Beispiel in Projekten, Kursen und Workshops (Agricola, 2001, S. 66). Neben der dominierenden Musik haben auch die klassischen kulturellen Formen – wie Theater, Literatur, Malerei und gegenständliches Gestalten – in die Praxis der Jugendarbeit Eingang gefunden, wobei die Angebote und verwendeten Methoden höchst vielseitig sind.

Niederschwelliger Zugang bei der Erschließung des Kulturangebotes ist ein inzwischen etabliertes Herangehen der Jugendarbeit. Kulturarbeit findet idealerweise in Freiräumen ohne Leistungszwang und Hierarchien statt. Sie eröffnet dadurch den Jugendlichen einen von schulischen Leistungsvorgaben unbelasteten Zugang zu kulturellem Schaffen.

Gleichzeitig ist bei kulturellen Aktivitäten ein starker Zug zum „Event" gefordert, also zu Präsentationsformen, die Elemente medialer Prominenz praktizieren oder zumindest simulieren und damit symbolische Wichtigkeit produzieren. Das stellt die Jugendarbeit allerdings vor die Herausforderung, die Vermittlung kultureller und künstlerischer Inhalte nicht zugunsten der bloßen „Event"-Präsentation aufzugeben.

Interkulturelle Ansätze in kulturpädagogischen Konzepten und auch in der kulturellen Bildung, die kulturelle Interessen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausdrücklich berücksichtigen, gewinnen vor allem im Rahmen von Integrationsbemühungen immer mehr an Bedeutung (siehe Röbke, 2003).

Kulturarbeit in der Jugendarbeit ist nach wie vor standort-, aber vor allem auch zielgruppenbezogen. Eine zentralisierte Entwicklung praxisorientierter kulturpädagogischer Konzepte hat wenig Aussicht auf Erfolg, weil diese dann keinen Bezug auf die sehr unterschiedlichen lokalen Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen nehmen können. Im großen Bereich der schulischen kulturellen Bildung gibt es allerdings sehr wohl professionelle zentrale Anbieter wie Jeunesse – Musikalische Jugend Österreichs (www.jeunesse.at), Theater der Jugend (www.tdj.at) oder Buchklub der Jugend (www.buchklub.at), die österreichweit aktiv sind, und solche, die einzelne Bundesländer abdecken. Zu erwähnen sind hier noch zwei spezielle Förderprogramme für künstlerisch-kulturelles Schaffen von Jugendlichen in den Bundesländern: Niederösterreich mit Come-On (www.come-on.at) und Salzburg mit Podium09 (www.podium09.at); beide Förderschienen haben keinen expliziten Fokus auf Jugendarbeit.

Ungleiche Zugangschancen

Kulturarbeit in der Jugendarbeit verfolgt generell das implizite Ziel, die Teilhabe der Jugendlichen an der Gesellschaft und ihren kulturellen Angeboten zu erweitern. Gleichzeitig sollen durch spezielle Angebote Randgruppen erreicht werden, deren kulturelles Kapital entfaltet, denen aber ebenso kulturelles Kapital zur Verfügung gestellt werden soll. Auf Grund der österreichischen Datenlage (siehe unten) fehlen harte statistische Indikatoren, durch die das Ausmaß eines ungleichen Zugangs und einer ungleichen Verteilung des kulturellen Angebotes näher bestimmt werden könnte. Es lassen sich daher nur plausible Vermutungen anstellen, die aber dennoch, wie so oft, für die Politik eine Handlungsgrundlage abgeben können.

Zum einen kann eine sozialräumliche Ungleichverteilung festgestellt werden: Die wenigen Großstädte verfügen über ein konzentrierteres und kontinuierlicheres Angebot als semiurbane Ballungsräume, und die immer noch über ein besseres als viele ländliche Gebiete. Eine weitere Ungleichverteilung bezieht sich auf die sozialen Schichten von Jugendlichen, nämlich im Hinblick auf Bildung, und vermittelt über Bildung und Sprachkompetenz im Hinblick auf den Migrationshintergrund. Eine dritte Ebene des ungleichen Zugangs zur Kultur ist Gender, denn die Inanspruchnahme kultureller Angebote erfolgt durch Mädchen und Jungen unterschiedlich. Mädchen sind bei der Nutzung kultureller Angebote aktiver, vor allem wenn es um die Nutzung kommerzieller und nichtkommerzieller Angebote geht (Institut für Jugendkulturforschung, 2007, S. 6 f.). Kulturelle Angebote sollten auch barrierenfrei und speziellen Bedürfnissen entsprechend bereitgestellt werden.

Jugendarbeit kann diese Ungleichheiten des kulturellen Angebotes und des zur Verfügung stehenden kulturellen Kapitals verringern, indem sie mit ihren Aktivitäten niederschwellige und kostengünstige Zugänge zu kulturellem Schaffen eröffnet – zum eigenen der Jugendlichen und zu jenem von jugendrelevanten Künstlerinnen und Künstlern.

Kultur in der verbandlichen Jugendarbeit

Es gibt wesentliche Bereiche der verbandlichen Jugendarbeit, die ausdrücklich kulturell orientiert sind: Instrumentalmusik (zum Beispiel Blasmusik, Bands etc.), Chorgesang, Theater, Tanz, Schach sowie der weite Bereich der Brauchtumspflege. In vielen Bereichen ist die Jugendarbeit organisatorisch eigenständig und hat dadurch die Chance und das Ziel einer besonderen Professionalisierung. So gab es 2007 allein im Bereich der Blasmusik 834 Jugendkapellen mit insgesamt 56.175 Mitgliedern (unter 30 Jahren). Bei den Trachten- und Heimatverbänden wurden 431 Jugendgruppen mit 19.482 Mitgliedern (unter 30 Jahren) gezählt; im Chorverband wurden 369 Kinder- und Jugendchöre mit 14.392 Sängerinnen und Sängern registriert (Statistik Austria, 2009, S. 63 f.).

Kultur in den Jugendinformationen

Dem Thema Kultur und kulturelle Aktivitäten wird in den Bundesländerportalen der Jugendinformationen und dem österreichischen Portal unterschiedlich viel Raum gewidmet. Die Bundesländerinformationen bieten in einem gewissen Maß auch eigene Kulturaktivitäten an: so etwa Salzburg die „Akzente Salzburg" in Zusammenarbeit mit dem Theater der Jugend (Akzente Salzburg, 2009) oder Wien die „City Zooms 2010", bei denen 21 Jugendliche in sechs Teams ihre Kurzfilme über Wien drehen (City Zooms, 2010).

Kultur in der Offenen Jugendarbeit

„Offene Jugendarbeit avanciert – gestützt durch Mischteams aus Sozialpädagogen, Künstlern, und Handwerkern – zur Jugendkulturarbeit", stellt Rainer Treptow (2001, S. 216) fest. Das geschieht in der Arbeit mit randständigen Jugendlichen, in der aufsuchenden Jugendarbeit und ebenso in der Stadtteilarbeit. Damit soll die Offene Jugendarbeit auch von ihrer vorrangigen Orientierung auf „Problemarbeit" entlastet werden. Methoden der Kulturarbeit – Umgang mit verschiedenen Materialien, Auseinandersetzung mit den eigenen Wahrnehmungen und mit lebensweltrelevanten Themen durch künstlerische Gestaltung – kommen in der Offenen Jugendarbeit verstärkt zum Einsatz. Die künstlerisch-kulturellen Betätigungsfelder sind dabei höchst vielfältig: Poetry Slams und Schreibwerkstätten, Manga-Zeichnen und Comic-Geschichten entwickeln, Graffiti-Workshops und Gestaltung des öffentlichen Raums durch Graffiti, Modellieren von Masken und Figuren, Verfassen und Aufführen von Theaterstücken, Film und Medienarbeit (Foto, Video, Internet) zu gesellschaftlich relevanten Themen – um nur einige zu nennen.

Datenlage, Forschungsstand und Forschungslücken

Die Kulturstatistik der Statistik Austria ist für das vorliegende Thema nur beschränkt ergiebig. Zwar werden die jugendspezifischen Aktivitäten der Jugendarbeit der großen verbandlichen Träger ausgewiesen (Jugendkapellen des Blasmusikverbandes, Jugendgruppen der Österreichischen Trachten- und Heimatverbände, Kinder und Jugendchöre des Chorverbandes, Jugendmitglieder des Arbeitersängerbundes). Jedoch fehlt das gesamte jugendspezifische Angebot der so genannten kleinen Kulturvereine, aus dem man Rückschlüsse auf die kulturelle Beteiligung von Jugendlichen außerhalb der großen Verbände ziehen könnte. Ebenso unberücksichtigt bleiben die kulturellen Aktivitäten jener Organisationen, die nicht Kulturorganisationen im engeren Sinne sind, etwa die Jugendverbände (Pfadfinder, konfessionelle und parteiliche Jugendverbände) und das Angebot der Offenen Jugendarbeit selbst. Der Grund liegt in der nicht formalisierten Erfassung dieser Angebote und Aktivitäten. Im Angebotsbereich sind zwar die jugendspezifischen Angebote der Bundestheater und großer Wiener bzw. Bundesländertheater, des Österreichischen Bundesverbandes für außerberufliches Theater, des Theaters der Jugend und des Festivals Szene Bunte Wähne aufgeführt, nicht aber das, was kleine, off- oder „alternative" Kulturveranstalter bieten.

Während in Deutschland eine breite Palette an Einrichtungen ins Auge fällt, die sich forschend und beratend mit den Handlungsfeldern und Bedingungen kultureller Bildung beschäftigen (siehe Projektdatenbank der Bundesvereinigung kultureller Jugendbildung in Deutschland – www.bkj-remscheid.de), ist die Situation in Österreich durch ein weitgehendes Fehlen entsprechender öffentlicher Institutionen gekennzeichnet. Von den beiden privaten Forschungseinrichtungen musste eine mit Ende 2009 ihre Tätigkeit einstellen. Die verbleibende Forschungseinrichtung, das Institut für Jugendkulturforschung (www.jugendkultur.at), beschäftigt sich vorrangig mit empirischer Sozialforschung im gesamten Jugendbereich und ist vor allem auch für kommunale und andere Jugendeinrichtungen wissenschaftlich beratend tätig.

Eine Bestandsaufnahme der interkulturellen Kulturarbeit in Österreich liefert die Untersuchung „Kunst, Kultur und interkultureller Dialog" des Forschungsinstitutes Educult, wobei aber nur am Rande auf die interkulturelle Kulturarbeit mit Jugendlichen eingegangen wird (Wimmer, 2008).

Einschätzung möglicher zukünftiger Entwicklungen

Klassische Freizeitorte wie Sportvereine, Jugendverbände, Jugendzentren oder Kulturvereine – schreibt Werner Thole (Thole, 2001, S. 1106 f.) – werden heutzutage von Kindern und Jugendlichen primär als Dienstleistungsorte genutzt und immer weniger als Zentren für darüber hinausgehende Interessen. Jugendliche lernen schon sehr früh, führt Thole weiter aus, fachlich anspruchsvolle und professionelle von dilettantischen Freizeitangeboten zu unterscheiden. Er fordert daher, dass die Jugendarbeit, die kulturelle Projekte als Angebote in ihrem Repertoire aufweist, diesen Mentalitätswandel berücksichtigt und unter Beachtung der Selbstaktivierungsformen das Integrations- und Partizipationsverlangen von Jugendlichen unterstützt und ihnen Orientierungshilfe anbietet (Thole, 2001, S. 1106 f.).

Kulturarbeit wird nicht an Bedeutung verlieren, aber sie wird sich in Zukunft noch stärker differenzieren und vor allem auch jugendkulturelle Aspekte mit klassischen Kulturangeboten verbinden (müssen). Das ist eine Herausforderung vor allem für die „klassischen" Kultureinrichtungen und -anbieter, aber auch für die verbandlichen Kulturträger. Hier ist eine verbesserte Kooperation mit der Offenen Jugendarbeit anzustreben.

Social Websites wie Face-Book oder MySpace spielen im Leben der Jugendlichen eine immer wichtigere Rolle und sollten daher in der Kulturarbeit vermehrt zum Einsatz kommen; ebenso die Kommunikationsmöglichkeiten, die Mobiltelefone bieten (zum Beispiel SMS-Dienste, Mobile Internet etc.).

2. Anregungen für die Jugendpolitik

- Kooperationen zwischen „klassischen Kultureinrichtungen" und Einrichtungen der verbandlichen und Offenen Jugendarbeit verstärken, um den Zugang zu neuen Zielgruppen zu gewinnen (Audience Development). Das bedarf allerdings zusätzlicher finanzieller und personeller Ressourcen der Jugendarbeit und der anbietenden Institutionen.
- Bessere Vernetzung der in der Jugendarbeit tätigen Organisationen und der Kulturanbieter bzw. Kulturveranstalter, damit gemeinsam Angebote für Jugendliche entwickelt und Wege zu deren Vermittlung gefunden werden können.
- Maßnahmen, um die interkulturelle Kompetenz der zahlreichen Freizeit-, Bildungs- und Kulturorte – von Museen über Verbände bis zu Jugendzentren – zu stärken. Auf diese Weise kann vor allem der kulturelle Horizont migrantischstämmiger Jugendlicher erweitert und kann deren eigenes kulturelles Kapital in neuen Umgebungen entwickelt werden.
- Ausbau der Kulturarbeit für Jugendliche mit Migrationshintergrund, vor allem auch in den traditionellen kulturellen Bereichen wie Theater, Literatur und bildende Kunst. Das kann auch durch vermehrte Zusammenarbeit mit migrantischen (Kultur-)Vereinen geschehen, die sich für Jugendliche engagieren.

- Kulturpädagogische Basisausbildung für Jugendarbeiter/innen bzw. für (ehrenamtliche) Mitarbeiter/innen in der verbandlichen Jugendarbeit. Dadurch würde ein Basiswissen geschaffen, das auch in weiteren Bereichen sinnvoll einsetzbar wäre. Es geht hier um Methoden der Programmentwicklung und der Programmumsetzung in neuen sozialen Handlungsfeldern.
- Formelle Bestätigung der kulturellen Kompetenz von Jugendlichen. Dies kann nach dem Vorbild des „Arts Award" (vergeben vom Arts Council England und dem Trinity Guildhall College) oder des „Kompetenznachweises Kultur" (koordiniert von der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung in Deutschland) geschehen. Dadurch können die kulturellen Kompetenzen Jugendlicher erfasst und durch eine Art Ausweis nachgewiesen werden. Das fungiert als Kompetenznachweis wie schulische oder berufliche Zeugnisse.

Literatur

Agricola, Sigurd (2001): Freizeit – Grundlagen für Planer und Manager. München und Wien: Oldenbourg

Akzente Jugendinfo: Tipps und Infos für junge Leute (2010): www.akzente.net/Theater-der-Jugend.8.0.html [04.02.2010]

City Zooms (2010): http://cityzooms.at [04.02.2010]

Großegger, Beate und Heinzlmaier, Bernhard (2002): Jugendkultur Guide. Wien: öbv&hpt VerlagsgmbH

Hoffmann, Bernward (2004): Gestaltungspädagogik in der sozialen Arbeit. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh

Institut für Jugendkulturforschung (2007): ELF/18 die Jugendstudie. Defizite im Freizeitbereich. Wie bewerten 11- bis 18-Jährige ihre Freizeitmöglichkeiten? Wien. www.jugendkultur.at

Statistik Austria (2009): Kulturstatistik 2007. Tabellenwerk. Wien: Statistik Austria. Siehe auch www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/kultur/index.html [05.02.2010]

Thole, Werner (2000): Kinder- und Jugendarbeit: eine Einführung. Grundlagentexte Sozialpädagogik/Sozialarbeit. Weinheim u.a.: Juventa

Thole, Werner: Kulturarbeit. In: Otto, Hans Uwe und Thiersch, Hans (Hg.) (2001): Handbuch Sozialarbeit – Sozialpädagogik (2. völlig überarbeitete Auflage). Neuwied, Kriftel: Hermann Luchterhand Verlag. S. 1098 -1109

Treptow, Rainer (2001): Kultur und soziale Arbeit. Aufsätze. Münster: Votum Verlag

Zacharias, Wolfgang (1983): Funktion und Bedeutung ästhetischer Erziehung in der Kulturpädagogik. S. 60-92. In: Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (Hg.) (1983): Jugendkulturarbeit. Bad Heilbrunn/Obb.: Verlag Julius Klinkhardt.

UNESCO (Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation) (2006): Leitfaden für Kulturelle Bildung – Schaffung kreativer Kapazitäten für das 21. Jahrhundert, Lissabon, 6.-9. März 2006. Download: unesco.at/bildung/kulturbildung_roadmap_de.pdf [04.02.2010]

Wimmer, Michael (2007): Vielfalt und Kooperation – Kulturelle Bildung in Österreich. Strategien für die Zukunft (Bericht im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur). Wien: Educult-Institut für Vermittlung von Kunst und Wissenschaft

Wimmer, Michael (2008): Kunst, Kultur und interkultureller Dialog (Bericht im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur). Wien: Educult-Institut für Vermittlung von Kunst und Wissenschaft

Zacharias, Wolfgang (2001): Kulturpädagogik – Kulturelle Jugendbildung. Eine Einführung. Opladen: Leske+Budrich

DIE AUTORIN:

Dr. **Eva Häfele**, Studium der Sinologie, Japanologie und der Allgemeinen Sprachwissenschaft an der Universität Wien, Mehrjährige Studien- und Forschungsaufenthalte in den USA, VR China und Japan sowie in Großbritannien und Deutschland, Postgraduale Ausbildung „Interkulturelle Kommunikation mit Schwerpunkt Interkulturelle Mediation" an der Universität Luzern (2003-2004).

Berufliche Aktivitäten dezeit: Gründung des Einzelunternehmens worknet mit Sitz in Hohenems und Wien (2000 – heute), Tätigkeiten: Konzeption von Veranstaltungen, Projektmanagement in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation, Forschungsarbeiten im Bereich Sozialwissenschaften und Frauenforschung.

2.6 Praxisbericht „gegen Rechtsextremismus"

Christa Bauer
Willi Mernyi

Der Begriff „Rechtsextremismus" umfasst faschistisches, neonazistisches und ultra-nationalistisches Gedankengut sowie darauf beruhende Aktivitäten. Seine Verwendung findet im Zusammenhang mit politischen Parteien, Organisationen, Gruppen, Bewegungen, Strömungen und Bestrebungen statt, die darauf abzielen – häufig unter Androhung und/oder Anwendung von Gewalt – demokratische Grundrechte einzuschränken bzw. gänzlich abzuschaffen.

Rechtsextremisten stellen die Gleichheit aller Menschen in Frage und richten sich meist gegen diejenigen, die sich aufgrund verschiedener Merkmale von der gesellschaftlichen „Standardnorm" unterscheiden. Solche Merkmale können sein:

- die Hautfarbe,
- der Körperbau,
- die ethnische Herkunft oder
- die weltanschauliche, religiöse oder sexuelle Orientierung.

Das „Anderssein" von Menschen wird von Rechtsextremisten negativ bzw. überbewertet, um sie als Minderheiten ausgrenzen zu können. Das Ziel ist, sie aus dem Land auszuweisen oder im Extremfall sogar auszurotten. Dabei trachten Rechtsextremisten danach, all jenen Organisationen und Aktivist/innen zu schaden, die für gesellschaftlich Benachteiligte eintreten – für eine umfassende Integration, für die Schaffung von mehr Möglichkeiten demokratischer Partizipation und für eine gesellschaftspolitische Emanzipation aller Menschen.

Wenn es um Rechtsextreme und Neofaschisten geht, drängt sich das Bild kahl geschorener, grölender und betrunkener junger Naziskinheads geradezu auf. Diese gibt es, und die von ihnen ausgehende Gewalt darf auf keinen Fall unterschätzt oder verharmlost werden. Allerdings ist die eindeutige Zuordnung zur rechtsextremen Szene mittlerweile nicht mehr so einfach. Denn in den letzten Jahren hat eine Vermischung von Identitäten stattgefunden, wie auch aus dem Verfassungsschutzbericht 2009 des Bundesministeriums für Inneres hervorgeht: „Auch im Jahr 2008 wurden rechtsextrem motivierte Tathandlungen wieder zu einem beträchtlichen Teil von Personen gesetzt, die nicht dem einschlägigen Milieu zuordenbar sind."[109]

Die rechtsextreme Szene hat sich verändert, was vor allem an ihrem äußeren Erscheinungsbild deutlich wird. Über die Kleidung werden jugendkulturelle Codes, deren Bedeutung meist nur szeneintern bekannt ist, sichtbar gemacht. Sie dienen Gleichgesinnten als Erkennungsmerkmale. Modische, „coole" Mainstream-Kleidung bzw. bestimmte Mode- und Szenemarken haben die altbekannte „Schläger-Uniform" von Bomberjacke, Military Hose und Springerstiefeln weitgehend abgelöst. Daneben gibt es einschlägige Abzeichen, Buchstaben- und Zahlenkombinationen, die über die rechtsextreme Gesinnung des Trägers Auskunft geben.[110]

[109] BMI, Verfassungsschutzbericht 2009, IV. Rechtsextremismus, S. 19
[110] Vgl. BMI, Verfassungsschutzbericht 2009, IV. Rechtsextremismus, S.24

Einem Trend aus Deutschland folgend versuchen Rechtsextremisten, Einzug in unterschiedlichste Jugendkulturen zu finden. Dafür übernehmen sie etwa linke Symboliken, womit sie ihre politischen Kontrahenten provozieren wollen. Im Verfassungsschutzbericht ist zu lesen: „Auch eine gewisse Provokations- und Angriffsfreude gegenüber ihren ideologischen Antipoden war im Jahr 2008 deutlich erkennbar."[111]

Ein Beispiel dafür ist die zunehmende Verwendung des Palästinensertuchs von Rechtsextremisten, wobei der Hintergrund natürlich nicht die Unterstützung antiimperialistischen Gedankenguts ist, sondern eine antisemitische Gesinnung verknüpft mit dem Motto: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund."

Zu erkennen, welche Modemarken, Szene- und Dresscodes Rechtsextremisten verwenden und diese zu decodieren, wird für Lehrer/innen, Jugendarbeiter/innen, Sozialarbeiter/innen, Betriebsräte/innen, Ausbildner/innen und Eltern immer schwieriger. Aus Umfragen ist bekannt, dass Jugendliche zum überwiegenden Teil über Freund/innen und Bekannte mit der rechtsextremen Szene in Berührung kommen. Aber es sind nicht – wie vielfach vermutet – Flyer, Broschüren oder Veranstaltungen, die den Erstkontakt herstellen. In mehr als 80 Prozent der Fälle erfolgt dieser über die Weitergabe von rechtsradikaler Musik, die auch vom Verfassungsschutz als „Einstiegsdroge" deklariert wird: „Seit einigen Jahren transportiert die internationale Neonaziszene rechtsextremes Gedankengut verstärkt über das Medium Musik. (…) Internationale Bekenntnisse belegen, dass zunehmend versucht wird über einschlägige Musik Einfluss auf per se unpolitische Jugend- bzw. subkulturelle Musikszenen zu gewinnen."[112]

Die Entwicklung im Jahr 2009 wird folgendermaßen beschrieben: „Auch der Musikgeschmack der rechtsextremen Jugendszene verändert sich seit einigen Jahren in Richtung unterschiedlicher Musikstile der einschlägigen Bands."[113]

Zum Thema Rechtsextremismus gibt es eine Reihe von weitverbreiteten Fehleinschätzungen. Die größten Irrtümer sollen an dieser Stelle näher betrachtet werden:

Irrtum Nummer 1

Rechtsextremismus ist nur ein „Jugendphänomen".

Die größte Chance das Schlimmste zu verhindern besteht, wenn Jugendliche noch nicht gefestigt in rechtsextremen Organisationen verankert sind und bevor ihre damit meist einhergehende kriminelle Laufbahn beginnt. Allerdings darf der Fokus auf die Jugendlichen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Rechtsextremismus keineswegs auf jugendliche Randgruppen beschränkt ist. Denn es ist falsch und politisch irreführend, diesen als Jugendproblem zu begreifen, das vielleicht mit jugendlicher Orientierungslosigkeit oder pubertärem Überschwang zusammenhängt.

[111] BMI, Verfassungsschutzbericht 2009, IV. Rechtsextremismus, S. 22
[112] BMI, Verfassungsschutzbericht 2007, V. Rechtsextremismus, S. 65
[113] BMI, Verfassungsschutzbericht 2010, V. Rechtsextremismus, S. 30

Irrtum Nummer 2

Rechtsextremismus hat nichts mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu tun.

Erstens: Jeder Mensch ist ein Kind seiner Zeit – dies gilt auch für Neonazis. Zweitens: Gesellschaftliche Phänomene und Entwicklungen lassen sich nicht von ihren Rahmenbedingungen ablösen – dies gilt auch für den organisierten Rechtsextremismus, der im Zusammenhang mit der zunehmenden Globalisierung verstanden werden muss. Hierbei spielt der Neoliberalismus als Triebfeder dieses Prozesses eine entscheidende Rolle, der den Menschen als reines Marktsubjekt begreift und für den nur zählt, was ökonomisch verwertbar und gewinnträchtig ist. Der Neoliberalismus vertritt betriebswirtschaftliches Effizienzdenken sowie Leistungsfixierung und liefert damit nicht nur Topmanagern und Bankern eine Orientierung, sondern auch viele ideologische Anschlussmöglichkeiten an den Rechtsextremismus.

Die neoliberale Modernisierung verschärft die Konkurrenzsituation zwischen den einzelnen Wirtschaftsstandorten und führt zu einer sozialen Polarisierung und Prekarisierung der Arbeit. Auf der einen Seite steht die Zunahme von geringfügiger Beschäftigung, von Teilzeit- sowie Zeitarbeit und auf der anderen Seite ein deutlicher Anstieg von Unternehmensgewinnen und Topgagen für Manager/innen. Wenn aber das soziale Klima zunehmend von Mitleidslosigkeit und emotionaler Kälte bestimmt ist, leiden besonders schwache Gruppen, wie etwa Migrant/innen, Langzeitarbeitslose und Obdachlose.

Solcherart veränderte Rahmenbedingungen führen zu einem Erstarken rechtsextremer Szenen. Rechtsextremismus ist eine Mobilisierungsstrategie, die danach strebt, negative Stimmungen gegenüber Schwächeren zu erzeugen, um dann über erzielte Wahlerfolge – mittels demokratisch erworbener Macht – die Gesellschaft autoritär umzubauen.

Irrtum Nummer 3

Rechtsextremismus ist nur ein „Unterschichtenphänomen".

Sehr viele Menschen fühlen sich akut bedroht, wenn die Angst vor sozialem Abstieg bis in die „Mitte" der Gesellschaft hineinreicht. Der Abbau des Sozialstaats, permanenter Leistungsdruck und Leistungskonkurrenz sowie eine völlig überzogene Standardlogik versetzen immer mehr Menschen in einen Zustand andauernder Verteidigung und Aggression. Eine solche Stimmung dient Rechtsextremisten als perfekter Nährboden. Sie bedienen sich griffiger Parolen, die simple Darstellungen von Gemeinsamkeit – einem „Wir" bzw. „gut" – und Abgrenzung – „die Anderen" bzw. „böse" – beinhalten. Rechtsextreme Ansichten werden heute offen artikuliert: in öffentlichen Verkehrsmitteln, im österreichischen Parlament und in Firmenmeetings.

Rechtsextremismus als gesellschaftliches Problem zu thematisieren, unterliegt nach wie vor einer mehr oder weniger starken Tabuisierung, die sich vielfach auch im individuellen und familiären Umgang mit der Thematik widerspiegelt. Wichtig ist die Erkenntnis, dass Rechtsextremismus kein Randphänomen ist, sondern in der Mitte unserer Gesellschaft entsteht und sich quer durch alle Schichten zieht. Das heißt, dass Jugendliche lediglich ein Seismograph der gesellschaftlichen Stimmung sind und uns auf rechtsextreme Tendenzen aufmerksam machen.

DIE konkrete Ursache, die Jugendliche für die rechtsextremistisches Gedankengut anfällig macht, gibt es nicht – vielmehr sind es viele unterschiedliche Puzzleteile. Der überwiegende Teil der Jugendlichen schließt sich nicht aufgrund von ideologischen Beweggründen der rechtsextremen Szene an. Die persönlichen und sozialen Lebensumstände und Probleme sind meist die ausschlaggebenden Faktoren, die zu einem Abrutsch in diese Szene führen. Es sind Begriffe wie Freundschaft, Zugehörigkeit, sich aufgehoben fühlen, einen Lebenssinn entdecken und dergleichen, die von Jugendlichen als die ausschlaggebenden Gründe genannt werden. Der erste Schritt von Jugendlichen in die rechtsradikale Szene beginnt nur in den seltensten Fällen mit ihrer politischen Überzeugung.

Die rechtsextreme Szene macht sich die Bedürfnisse der Jugendlichen zunutze und bietet ihnen Freundschaft, Gemeinschaft, Freizeitgestaltung, Sicherheit und Stärke. Doch diese scheinbar harmlosen Angebote dürfen nicht unterschätzt werden, da sie sich rasch mit Inhalten verbinden, die den Weg in die rechtsextreme Szene vorzeichnen. Aus Freundschaft wird sehr schnell Kameradschaft, Gemeinschaft entwickelt sich zum Gruppenzwang und aus Zugehörigkeit wird Abgrenzung gegenüber dem bzw. den „Anderen".

Jugendliche registrieren diesen Prozess in den meisten Fällen – und akzeptieren ihn. Die Entwicklung der Jugendlichen reicht vom leicht beeinflussbaren Mitläufer bis hin zum Rechtsextremisten mit ideologisch gefestigtem Weltbild. Was scheinbar harmlos begonnen hat, zieht schwerwiegende Konsequenzen nach sich. Der rechtsextremen Szene den Rücken zu kehren ist für Jugendliche ohne Hilfestellung von außen beinahe unmöglich, da Anerkennungsstrukturen wegfallen, Freunde und ein Großteil des sozialen Umfelds aufgegeben werden müssen. Wenn der Ausstieg gelingt, ist Einsamkeit meist eine der ersten Folgen. Manche Jugendliche bzw. junge Erwachsene verkraften das nicht und reagieren mit Depression und/oder verfallen dem Drogen- oder Alkoholmissbrauch. Andere werden rückfällig und kehren in ihr altes rechtsextremes Umfeld zurück.

Wie sich schon der Weg in die rechtsextreme Szene aus vielen verschiedenen Puzzleteilen zusammensetzt, bestehen auch die Gegenmaßnahmen aus mehreren großen und kleinen unterschiedlichen Ebenen bzw. Schritten.

1. Schritt – Hinschauen

Sobald wahrgenommen wird, dass Jugendliche rechtsextreme Musik hören, Kleidung tragen, die als „rechts" eingestuft werden könnte oder immer wieder rechtsextreme Meinungen vertreten, ist es von größter Wichtigkeit, dies sofort und wachsam ernst zu nehmen und hinzuschauen. Dabei ist hilfreich, genau zu prüfen, welche Musik gehört wird, welche Kleidungsmarken getragen werden, was gelesen wird. Jetzt geht es darum, sich Klarheit zu verschaffen, inwieweit die eigene Wahrnehmung und Vermutung richtig ist:

Ist mein Kind/Schüler/in/Lehrling rechtsextrem? In welcher Szene bewegt er/sie sich? Woran erkenne ich, ob er/sie schon „richtig" in der rechtsextremen Szene dabei ist?

2. Schritt – Erkennen

Informationen zu rechtsextremen Symbolen, Codes, Organisationen, Bands oder Modemarken liefern einen wichtigen Einblick in die rechtsextreme Szene und ermöglichen deren Erkennen.

3. Schritt – Handeln

Jetzt ist es wichtig, persönliche Netzwerke aufzubauen, Unterstützung in anderen Bereichen der Gesellschaft zu suchen und zu mobilisieren. Ein/e Jugendliche/r ist niemals nur Tochter oder Sohn, sondern zugleich auch Lehrling, Schüler/in, Freund/in, Vereinsmitglied, Sportler/in und vieles mehr. Die rechtsextreme Szene erwartet von Jugendlichen nach dem Einstieg die Aufgabe möglichst vieler Außenkontakte, und damit geht die Selbstwahrnehmung von Feinden umgeben zu sein einher. Hilfreich ist daher, zu Erwachsenen oder anderen Jugendlichen Kontakt zu halten oder herzustellen, die einen „Zugang" zu dem/der betreffenden Jugendlichen darstellen.

In dieser Phase sind zentrale Fragen: Wie ist deren Wahrnehmung? Findet dort noch Kommunikation statt?

Außerdem stellt dieser Schritt eine konkrete Unterstützung zur Bewältigung der Angst, mit dem Problem allein zu sein, dar. Besonders Eltern rechtsextremer Jugendlicher unterliegen einem starken Druck.

Die Unterstützung und Hilfe von darauf spezialisierten Einrichtungen ist wichtig und notwendig. Eine Beratungsstelle zu kontaktieren kann mitunter eine Hürde darstellen, da sich manche Eltern/Lehrer/innen/Ausbildner/innen mit Fragen auseinandersetzen wie: „Haben wir mit unserer Erziehung versagt?", „Werden wir selbst auf die Anklagebank gesetzt?" etc. Eine Beratungsstelle kann verschiedene Hilfestellungen bieten, beispielsweise eine konstruktive Veränderung des Blickwinkels durch Fragen wie: „Was findet ihr Kind/Lehrling/Schüler/in dort, was woanders fehlt? Warum macht es für ihn/sie subjektiv Sinn, dort dabei zu sein?"

Eine Erweiterung der eigenen Sichtweise eröffnet neue Deutungs- und Handlungsmuster. Gleichzeitig ist es wichtig, für den/die Jugendliche weiterhin eine Ansprechperson zu sein. Zunehmend destruktiv verlaufende Auseinandersetzungen lassen sich mit Hilfe von außen besser analysieren, wodurch gemeinsam Wege zu einer gelingenden Kommunikation entwickelt werden können. Und nicht zuletzt ist es wichtig, die eigene Handlungsfähigkeit wieder herzustellen, die eigenen Kräfte aufzufrischen und sich selbst in die eigene Sicherheit und Ruhe zurückzuholen.

Literatur:

Bauer, C., Mernyi W. (2010): Rechtsextrem – Symbole, Codes, Musik, Gesetze, Organisationen
BMI (2007): Verfassungsschutzbericht

DIE AUTORIN, DER AUTOR:

Christa Bauer und **Willi Mernyi** vom Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ).

Das Mauthausen Komitee Österreich ist eine überparteilicher und überkonfessioneller Verein, der eine freie und demokratische Gesellschaft und für die Wahrung der Menschenrechte aller eintritt, unabhängig von Staatsangehörigkeit, politischer Gesinnung und Religion und arbeitet entschieden gegen alle Arten von Faschismus, Rassismus, Neonazimus, Chauvinismus und Antisemitismus.

Anmerkung des Herausgebers

Da es in Teil A des vorliegenden Jugendberichtes keine Expertise zum Thema Extremismus gibt, sei an dieser Stelle – der Vollständigkeit halber – auszugsweise der Verfassungsschutzbericht (BMI: 2010) zitiert, der auf diesbezügliche Erscheinungsformen in Österreich wie folgt eingeht:

„Rechtsextremismus

Im internationalen Vergleich bewegte sich im Jahr 2009 der Rechtsextremismus in Österreich weiterhin auf niedrigem Niveau. Vom rechtsextremistischen Milieu ging somit keine akute Gefahr für die demokratische Grundordnung Österreichs aus.

Die Agitationen und Aktivitäten der verschiedenen rechtsextremen Szenen und die Zahl ihrer Mitglieder bewegten sich im Größenordnungsbereich der Vorjahre. Neonazistrukturen agierten primär im Hintergrund, während die Skinheadszene und sonstige einschlägig aktive Jugendgruppen durch provokante und gewaltbereite Handlungen sowie durch Sachbeschädigungen in Form von Schmier- und Klebeaktionen wahrzunehmen waren. Einschlägige Treffen und Veranstaltungen der rechtsextremen Szene waren von Konspiration und Abschottung gekennzeichnet. Von allen Szenebereichen wurden Kontakte zu ausländischen Gruppierungen gepflegt.

Durch die Sicherheitsbehörden wurde eine Reihe von Szeneveranstaltungen untersagt bzw. verhindert und mehrere einschlägige Gruppierungen wurden de facto aufgelöst.

Geplantes und zielgerichtetes Handeln rechtsextremistischer Strukturen bildete die Ausnahme bei einschlägigen Tathandlungen, die sich größenordnungsmäßig auf dem Niveau des Vorjahres bewegten. Beim Großteil der im Berichtsjahr ausgeforschten Tatverdächtigen handelte es sich um Personen, die keiner rechtsextremistischen Gruppierung bzw. Szene zugeordnet werden konnten, sondern überwiegend um Täterinnen und Täter, die aus diffusen fremdenfeindlichen/rassistischen Einstellungen bzw. aus Frustration und Provokationswille heraus isolierte Einzelhandlungen gesetzt haben.

Linksextremismus

Die linksextreme Szene Österreichs umfasst Organisationen mit marxistisch-leninistischer und trotzkistischer Ideologie sowie Gruppierungen mit autonom-anarchistischer Ausrichtung. Die Szene findet nur eine schwache gesellschaftliche Resonanz und weist geringe Mitgliederzahlen auf.

Ungeachtet der unüberbrückbaren ideologischen Kluft zwischen kommunistischen und autonomen Gruppen sind anlassbezogen temporäre Kooperationen evident. Primär ist dies bei Aktionen gegen „Rechts" der Fall. Sowohl Veranstaltungen als auch Objekte mit erwiesenen oder vermuteten Bezügen zum Rechtsextremismus wurden im Jahr 2009 zum Ziel von Protest- und Gegenaktionen, die zum Teil gewalttätige Handlungen beinhalteten. In jüngster Zeit ist ein sich verstärkendes Gewaltpotenzial im Bereich des Links/Rechtskonfliktes evident.

Die elektronischen Kommunikations- und Informationsmedien werden von allen Spektren der linksextremen Szene professionell eingesetzt und genutzt. Teilbereiche der linksextremen Szene verfügen über gute internationale Kontakte.

Die der linksextremen Szene zuordenbaren Straftaten zeigten im Jahr 2009 eine steigende Tendenz, bewegten sich aber sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht nach wie vor auf niedrigem Niveau."[114]

Was ist Extremismus?

Unter Bezugnahme auf die Extremismusforscher Uwe Backes und Eckhard Jesse kann Extremismus als Antithese zur Demokratie verstanden werden. Sie definieren Extremismus als „Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen (...), die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen (...)".[115]

Dieser Definition folgend muss festgehalten werden, dass es neben links- oder rechtsextremistische Strömungen auch noch andere Formen auftreten (können). Für den demokratischen Verfassungsstaat sind so auch kulturelle (zB. esoterische und transzendente) Extremismen[116], aber natürlich auch religiöse Fundamentalismen relevant, wenn sie in ihren Aktivitäten den Grundrechtsschutz der Religionsfreiheit überschreiten und sich gegen wesentliche Kernbestandteile der Verfassung richten.

Literatur

BMI (2010): Verfassungsschutzbericht 2010

Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (1996): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Zinser, Hartmut (1997): Der Markt der Religionen, München

[114] BMI, 2010: S.17ff

[115] Backes/ Jesse, 1996: S.45

[116] Vgl. Zinser: 1997

Kapitel 3: Information – Bildung – Arbeit

3.1 Informationskompetenz

Alexandra Cangelosi

1. Informationskompetenz – eine Kurzeinführung

„Informationskompetenz", „Datenflut", „Informations- und Wissensgesellschaft", „Medienkompetenz" und ähnliche Begriffe sind in den letzten Jahren in aller Munde und werden immer wieder angeführt, um die auch stark durch die neuen Technologien beeinflusste Veränderung in unserer Gesellschaft zu charakterisieren. Hierbei ist festzustellen, dass die Begriffe oft vermischt oder widersprüchlich verwendet werden.

Daher scheint es zunächst erforderlich, den Begriff der Informationskompetenz von verwandten Kompetenzbereichen abzugrenzen. Horton, Jr. definiert im von der UNESCO publizierten „Understanding Information Literacy: A Primer" (2007, S. 3) sechs „Überlebens-Kompetenzen" für das 21. Jahrhundert:

1. Lesen, Schreiben, Rechnen
2. Computer/EDV-Kompetenz
   Dies bezieht sich auf die notwendigen Kompetenzen, mit Hard- und Software sowie Applikationen des Computers umzugehen.
3. Medienkompetenz
   Dies bezieht sich auf die notwendigen Kompetenzen, um Zugang zu allen Arten von Medien zu haben, diese zu verstehen und analysieren zu können und sich selbst in den Medien ausdrücken zu können.
4. Fernlernen und E-Learning
   Dies bezieht sich auf die notwendigen Kompetenzen, um in einem virtuellen Setting zu lernen.
5. Kulturelle Kompetenz
   Bezeichnet in diesem Zusammenhang das Verständnis wie und wie sehr kulturelle Aspekte beispielsweise eines Landes, einer Religionsgemeinschaft, einer ethnischen Gruppe usw. den Umgang mit Daten, Information und Wissen sowie deren Weitergabe und Verwendung moderner Technologien beeinflusst.
6. Informationskompetenz
   bezeichnet den komplexen Zyklus an Fähigkeiten, die notwendig sind, um Information zu finden, zu bewerten und Nutzen stiftend zu verwenden, und gliedert sich in mehrere Stufen.

Horton weist darauf hin, dass all diese Kompetenzen eng miteinander verwoben sind und sich überschneiden – dennoch bezeichnet jede eine eigenständige Form und kann nicht synonym verwendet werden. Diese Trennung wie auch die Erfahrung der Jugendinformation legen die Empfehlung nahe, im öffentlichen Diskurs schärfer zwischen z. B. Medien- und Informationskompetenz zu unterscheiden.

Der Begriff der Informationskompetenz wurde bereits 1974 erstmals von Paul Zurkowski, zum damaligen Zeitpunkt Präsident der Information Industry Association in den USA, verwendet und wurde seither in einer weltweiten Diskussion verfeinert (Zurkowski, 1974). Ausgehend von der Notwendigkeit des Managements großer Mengen an Information in ihrem Arbeitsfeld haben sich Bibliotheken mit dem Thema schon frühzeitig auseinander gesetzt und tun es heute noch – beispielsweise bietet die Österreichische Nationalbibliothek in ihrer Seminarreihe „brain pool" bereits seit vielen Jahren Fortbildung zu den unterschiedlichen Teilaspekten von Informationskompetenz (vgl. www.onb.ac.at/ausbildung/brainpool_seminare.htm).

Darüber hinaus erlangte der Begriff der Informationskompetenz auch in anderen Bereichen zunehmend Bedeutung. Das Konzept des Lebenslangen Lernens, welches eine Lernphase vom Vorschul- bis zum Pensionsalter beschreibt und das gesamte Spektrum von formalem, nicht-formalem und informellem Lernen umfasst, setzt naturgemäß auch das selbstständige Erlernen und Anwenden von Wissen voraus (vgl. hierzu die Mitteilung der Europäischen Kommission vom 21.11.2001 „Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen"). Informationskompetenz wird nicht nur von Horton in einen sehr engen Zusammenhang mit diesem Lernkonzept gestellt, sondern beschreibt, wie hier in späterer Folge im Detail ausgeführt, eine Vielzahl von Teilkompetenzen, die für ein erfolgreiches lebenslanges Lernen entscheidend sein können. Dies führte in den letzten Jahren zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit Informationskompetenz auch im schulischen und außerschulischen Bildungskontext.

Stufen der Informationskompetenz

Es gibt bis heute keine einheitliche, letztgültige Definition von Informationskompetenz. Im Handlungsfeld der Jugendinformation wurde von Mag. Veronika Drexel MSc unter dem Titel „Informationskompetenz – a means of personal empowerment" ein praxisbezogenes Konzept von Informationskompetenz für das „aha – Tipps & Infos für Junge Leute" erstellt. Aufbauend auf diesem Konzept, verschiedenen anderen existierenden Stufenmodellen (vgl. Horton, 2007 und Homann, 2002) und der praktischen Erfahrung der Jugendinfos kristallisieren sich folgende Stufen der Informationskompetenz heraus, die im Hinblick auf die Entwicklung von Informationskompetenz bei Jugendlichen relevant erscheinen:

- Informationsbedarf erkennen und formulieren können
  - Erkennen, dass zur Lösung eines Problems oder zur Entscheidungsfindung Informationen benötigt werden
  - Die Fragestellung identifizieren, eingrenzen und formulieren
  - Ideen sammeln und verknüpfen und Art und Umfang der benötigten Information definieren
- Informationsquellen identifizieren und effizient und effektiv nutzen
  - Unterschiedliche Informationsquellen kennen und einschätzen können, welche Quelle sich wofür eignet
  - Die Fragestellung der Suche und Quelle entsprechend formulieren können
  - Suchstrategien entwickeln und anwenden
  - Geeignete Recherchemethode identifizieren und richtig anwenden können

- Die gefundene Information verstehen (inhaltlich erfassen) oder wissen, wo man Hilfe bekommt, um die Information zu „übersetzen"
- Die gefundene Information bewerten: organisieren, interpretieren und evaluieren
  - Qualität der gefundenen Information beurteilen können – nach Kriterien wie: Zuverlässigkeit der Quelle, Aktualität, Perspektive des Verfassers und/oder der dargestellten Inhalte, Autorenschaft, Genauigkeit …
  - Zwischen Tatsachen und Meinungen unterscheiden und Manipulation erkennen können
  - Kontext (kulturell, politisch, weltanschaulich, kommerziell …) erfassen und dessen Bedeutung in die Interpretation einbeziehen können
  - Relevantes von weniger Relevantem für die Fragestellung trennen können
  - Gefundene Information organisieren, einordnen und dokumentieren können
  - Die Information in geeigneter Form an Dritte weitergeben können
- Ursprünglich vorhandene und neu gefundene Information kombinieren und neues Wissen daraus generieren
  - Wesentliche Ideen verbinden, um neue Konzepte zu entwickeln
  - Bedeutung des neu generierten Wissens für das eigene Wertesystem analysieren und gegebenenfalls Differenzen abklären
  - Neues Wissen auf andere Situationen anwenden können
- Sich der ethischen und rechtlichen Verantwortung bei der Informationsnutzung und -weitergabe bewusst sein
- Information sichern, wieder auffinden und nicht mehr benötigte Information adäquat entsorgen können

Informationskompetenz ist also ein komplexer Zyklus, der eine Vielzahl von Fertigkeiten umfasst, die erlernt werden, und Haltungen, die gelebt werden müssen. Generell wird die Fähigkeit, Information zu finden, zu bewerten und zu verwenden, als eine der Grundvoraussetzungen für eine aktive Teilnahme an der modernen Informationsgesellschaft sowie am Konzept des Lebenslangen Lernens gesehen. Der Zugang zu Information und die Kompetenz, diese in verschiedenen Lebensbereichen zu nutzen, entscheiden nicht zuletzt über die soziale Integration (vgl. hierzu auch die Mitteilung der Europäischen Kommission vom 21.11.2001 „Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen" sowie die Empfehlung der Europäischen Kommission vom 20.8.2009 zur „Medienkompetenz in der digitalen Welt als Voraussetzung für eine wettbewerbsfähigere audiovisuelle und Inhalte-Industrie und für eine integrative Wissensgesellschaft").

Die Bedeutung der Informationskompetenz ist auch durch die Entwicklungen im Bereich der Neuen Technologien stark gestiegen – viel zitierte Schlagworte wie „Daten- und Informationsflut", „Digital Divide" oder „Internetgeneration" illustrieren dies deutlich. Immer mehr müssen wir uns mit einem Zuviel an Information auseinandersetzen und benötigen Strategien, um Relevantes von Irrelevantem zu unterscheiden und die qualitätsvolle Information in diesem Überangebot zu identifizieren. Oft wird angenommen, dass Jugendliche – auch als „Digital Natives" bezeichnet – sich in den digitalen Welten naturgemäß besser zurecht finden als Erwachsene, die notwendigen Kompetenzen sozusagen angeboren sind. Allerdings zeigen sowohl die Erfahrung der Jugendinformation als auch einschlägige Studien wie z. B. die 2001 erschienene STeFi-Studie (eine repräsentative Studie der Sozialforschungsstelle Dortmund zusammen mit dem Lehrstuhl für Soziologie

der Universität Dortmund und der Gesellschaft für Angewandte Unternehmensforschung und Sozialstatistik mbH im Auftrag des deutschen Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Nutzung elektronischer wissenschaftlicher Information bei Studierenden), dass zwar das Internet als primäre Informationsquelle angegeben und genutzt wird, die verwendeten Suchstrategien und -kompetenzen aber unzureichend sind und hier eher von einem „browsen" als von gezielter Informationsrecherche gesprochen werden muss.

Die EDV-Kompetenz im Sinne des Wissens um und der Verwendung von Hard- und Software sowie verschiedener Applikationen ist mit Sicherheit durch den von Kindesbeinen an selbstverständlichen Umgang höher, dies umfasst aber nicht zwangsläufig die notwendigen Kompetenzen für die gezielte Recherche von Information.

In der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Informationsgesellschaft zeigt sich allerdings in vielfältiger Weise eine Fokussierung auf Informations- und Kommunikationstechnologien. In Österreich beschäftigt sich beispielsweise der Beirat für Informationsgesellschaft (BIG – vergleiche auch www.bka.gv.at/big) mit Rechtsfragen des Internets und der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Der Beirat versteht sich als Forum zum regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Bundesministerien, den Vertreter/innen der Wirtschaft, den Nutzer/innen und den Provider/innen und tagt unter der Leitung der Medienabteilung des Bundeskanzleramtes. Auch hier zeigt sich, dass auf den Themenbereich der Technologien ein besonders großes Augenmerk gelegt wird. Dies erscheint in Anbetracht der weitaus breiteren Definition von Informationskompetenz und damit Informationsgesellschaft etwas einschränkend.

2. Bedeutung von Informationskompetenz für Jugendliche heute

Informationskompetenz ist also eine zunehmend an Bedeutung gewinnende Fähigkeit, die als eine notwendige – von Horton (2007, S. 3) in „Understanding Information Literacy: A Primer" eben sogar als überlebensnotwendig eingestufte – Kompetenz für das 21. Jahrhundert gelten muss. Dies gilt natürlich für alle Mitglieder der Gesellschaft und nicht nur für Jugendliche.

Dennoch hat das Wissen um Informationsrecherche und die Kriterien, nach denen Information als vertrauenswürdig und relevant eingestuft werden kann, sowie die Fähigkeit Information zu managen und in geeigneter Form beispielsweise an Dritte weiterzugeben, gerade für Jugendliche eine besondere Bedeutung. Die Entwicklung der letzten Jahre lässt eindeutig darauf schließen, dass die Daten- und Informationsmenge sowie die zur Verfügung stehenden Technologien stetig wachsen werden. Somit werden Menschen, die beispielsweise gerade erst am Anfang ihrer Bildungs- und Berufslaufbahn stehen, in noch höherem Ausmaß mit den Konsequenzen dieser Tatsache umgehen (müssen).

Die Jugendphase ist auch durch einen besonders hohen Bedarf an Information charakterisiert. In einer relativ kurzen Zeitspanne muss eine Vielzahl von Entscheidungen getroffen werden, die große Auswirkung auf den gesamten weiteren Lebensweg haben, Entscheidungen über die geeignete (Berufs-)Ausbildung oder einen passenden Arbeitsplatz genauso wie die Suche nach der ersten eigenen Wohnung, der ersten Erfahrung mit individueller Mobilität (vom Mopedführerschein bis zur ersten eigenständigen Reise) bis hin zur Definition von persönlichen Interessen in der Feizeitgestaltung (Sport, Sprachen, Kreativität, Kultur und vieles mehr).

Aber auch einschneidende Entwicklungsschritte wie z. B. die Ablösung vom Elternhaus oder die ersten Erfahrungen mit Liebe und Sexualität gehen mit viel Informationsbedarf einher – man denke nur an Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit Unterhalt, Ausziehen aus der elterlichen Wohnung oder auch die vielen auftretenden Fragen rund um das große Thema Verhütung sowie das Wissen um Unterstützungsangebote, seien diese finanzieller Natur oder Beratung und Begleitung in wichtigen Fragestellungen.

Jugendliche wenden sich auf der Suche nach Information und Wissen zur Entscheidungshilfe – wie wohl die meisten Menschen – in erster Linie an Familie und Freund/innen. Gerade in einer Gesellschaft, in der lineare Biografien immer seltener werden und die potenziellen Optionen steigen und damit auch immer unübersichtlicher werden, kann es aber zunehmend vorkommen, dass das direkte Umfeld der Jugendlichen mit den auftretenden Fragestellungen überfordert ist oder schlicht nicht mehr den Überblick über das theoretisch zur Verfügung stehende Angebot z. B. an Berufsbildern, Beratungseinrichtungen, Kursanbieter/innen, Förderungen und Beihilfen etc. hat.

Jugend ist ebenfalls eine Phase des Übergangs vom Kind, das in weiten Teilen fremdbestimmt ist, zum Erwachsenen, der sich auch durch Selbstbestimmtheit charakterisiert. Damit gewinnt die eigenständige Entscheidung über wichtige Lebensfragen noch einmal eine wichtige Dimension in der Entwicklung. Diese Selbstbestimmtheit durch wissensbasierte Entscheidungen für das eigene Leben zu erlangen war noch nie eine leichte Aufgabe und ist heute durch das Datenüberangebot nicht einfacher geworden. Jugendinformationseinrichtungen sind in Europa in den späten sechziger Jahren auch aus dem Wunsch der 1968er-Bewegung nach spezialisierten Einrichtungen entstanden, die Jugendlichen zu allen für sie relevanten Lebensbereichen möglichst objektive, umfassende und aktuelle Information bieten, um ihnen Zugang zur Gesellschaft und eigenständiges Handeln zu ermöglichen. Der Zugang zu Information und nun vermehrt auch die Kompetenz, diese für das eigenen Leben effizient und effektiv einzusetzen, haben seither an Bedeutung gewonnen.

3. Vermittlung von Informationskompetenz in der außerschulischen Jugendarbeit in Österreich

Die Rolle der Jugendinformation

Die Jugendinformation sieht es als ihre Grundaufgabe, junge Menschen mit den notwendigen Informationen für ein selbstbestimmtes Handeln und wissensbasierte Entscheidungen auszustatten. Jugendinformationszentren wurden als so genannte „One-Stop-Shops" konzipiert, um Jugendlichen eine Anlaufstelle zu allen für sie relevanten Fragen zu bieten. Dieses Konzept dient nicht nur dazu, die erste Orientierung dadurch zu erleichtern, dass man mit allen Fragen zunächst einmal hierher kommen kann und ein hochwertiges Service geboten bekommt, sondern gehört auch zur Gewährleistung der Niederschwelligkeit des Angebotes – wenn hier alle Fragen von Freizeitangeboten bis Auslandsaufenthalten gestellt werden können und nicht nur auf bestimmte Problembereiche fokussiert wird, ist eine Stigmatisierung der Nutzer/innen dieser Einrichtung von Anfang an ausgeschlossen.

Die Österreichischen Jugendinfos beobachten in den letzten Jahren – im Einklang mit der Entwicklung im gesamten Netzwerk der Europäischen Jugendinformationszentren – eine Veränderung des Informationsverhaltens ihrer Kund/innen. Ein Trend ist selbstverständ-

lich die online-gestützte Kommunikation (hauptsächlich E-Mail, aber auch via Online-Foren), die in den letzten Jahren naturgemäß stark zugenommen hat. 2009 wurden laut der Auswertung des gemeinsamen Österreichweiten Statistiksystems der Jugendinformationsstellen immer noch etwas mehr als die Hälfte aller Fragen an die Jugendinformation persönlich gestellt, allerdings haben die Anfragen per E-Mail und Forum mit 25% bereits die telefonischen Anfragen überholt. Neben den Kommunikationsgewohnheiten und der Kostenfrage spielt hier natürlich auch die Möglichkeit der absoluten Anonymität (Nicknames, nicht mal die Stimme ist im Gegensatz zum Telefon wahrnehmbar …) eine Rolle. Da für diese Form der Informationsweitergabe besondere Gegebenheiten gelten, sowie einige Elemente des persönlichen Gespräches (schnelle Rückfragemöglichkeit, Mimik, Gestik …) wegfallen, mussten Jugendinformations-Mitarbeiter/innen hierfür eigene Methoden der Information und Beratung via E-Mail erlernen und auch selbst entwickeln. Die Jugendinfos verfügen heute beispielsweise über gemeinsam erarbeitet Richtlinien zur E-Mail-Kommunikation, die den Besonderheiten des Mediums Rechnung tragen.

Eine bedeutende Änderung stellt auch die Verschiebung des Informationsbedarfs von schnellen Basisfragen in Richtung komplexere Zusammenhänge und Orientierung dar. Während in den 1980er und 1990er Jahren Informationseinrichtungen ein gewisses Informationsmonopol besaßen, hat heute, zumindest theoretisch, jede/r durch das Internet freien Zugang zu allen erdenklichen Themen. Dies hat auch zu einer Veränderung der Jugendinformationsarbeit geführt: Während sich früher eine große Anzahl an jungen Menschen mit kurzen, prägnanten Fragen an die Jugendinfos gewandt haben, wird dieser Informationsbedarf heute durchaus selbstständig im Internet gedeckt. Die an die Jugendinfos herangetragenen Bedürfnisse gehen daher immer mehr in die Richtung der Orientierung in der Informationsflut bzw. der „Übersetzung" von bereits Gefundenem, der Beratung zu komplexeren Fragestellungen oder auch der Bestätigung der Qualität der selbstständig gefundenen Information. Diese Informationsgespräche brauchen mehr Zeit und beziehen immer öfter die Entwicklung von Informationskompetenz mit ein, indem beispielsweise gemeinsam weiterführende Suchstrategien entwickelt werden, Kriterien zu Beurteilung der Information besprochen und angewandt werden oder ein Diskurs über die Bedeutung der gefunden Information für die Lebenswelt des/der Einzelnen sowie seine/ihre Werthaltungen geführt wird. Hierfür ist die persönliche Kommunikation und das Eingehen auf die konkrete Ausgangslage des/der Jugendlichen von großer Bedeutung. Natürlich gibt es neben diesen Jugendlichen, die Hilfestellung eher bei der Orientierung und Bewertung der Qualität der Information benötigen, auch diejenigen, welche keinen Ansatz für eine mögliche eigenständige Recherche identifizieren können und bereits in diesen ersten Stufen der Informationskompetenz Unterstützung brauchen.

Die Jugendinformation setzt sich daher intensiv mit dem Thema Informationskompetenz auseinander und hat in den letzten Jahren sowohl ihr ständiges Angebot an diese veränderte Rolle als Navigationshelfer in der Informationsvielfalt angepasst als auch erste Konzepte für weiterführende Workshops mit Jugendlichen zu diesem Thema entwickelt. Die Österreichischen Jugendinfos beteiligen sich auch an Europaweiten Initiativen wie z. B. dem gerade angelaufenen Projekt „Safety and Quality in Online Youth Information" des Europäischen Dachverbandes ERYICA (European Youth Information and Counselling

Agency), im Zuge dessen unter anderem Prinzipien für die Online Informationsvermittlung, ein Tool Kit für Projekte zur Informationskompetenz sowie ein Workshop für Jugendliche ebenfalls zu diesem Thema im Entstehen begriffen sind.

Die Rolle der Offenen und Verbandlichen Jugendarbeit

Während Informationskompetenz für die Jugendinformation zu den ureigensten Aufgaben gehört, ist dies vielleicht auf den ersten Blick in der Offenen und Verbandlichen Jugendarbeit nicht so offensichtlich. Betrachtet man aber die Definition von Informationskompetenz und die darin enthaltenen Stufen, lässt sich schnell erkennen, dass eine Vielzahl der Komponenten, die Informationskompetenz ausmachen, in jeglicher Form der Jugendarbeit eine Rolle spielen und deren Zielen und Methoden generell entsprechen. Gerade in der außerschulischen Jugendarbeit findet in vielfacher Form informelle und nonformale Bildung statt – auch die Europäische Kommission weist in ihrer Mitteilung „Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen" vom 21.11.2001 auf die steigende Bedeutung dieser beiden Formen des Lernens im Hinblick auf eine selbstbestimmte, ständige Weiterentwicklung der eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten hin. Informationskompetenz wird im fachlichen Diskurs wie beispielsweise in Hortons „Understanding Information Literacy: A Primer" (2007) in einem besonders engen Zusammenhang mit dem Konzept des Lebenslangen Lernens gesehen.

Die Offene Jugendarbeit hat in der im Rahmen des Projektes „Offene Jugendarbeit in Österreich bundesweit vernetzt" entstandenen „Begriffsklärung zur Offenen Jugendarbeit in Österreich" beispielsweise als Nutzen und Wirkungen der Offenen Jugendarbeit für junge Menschen folgendes definiert: „Offene Jugendarbeit begleitet und fördert junge Menschen in deren Entwicklung. Die Angebote von Offener Jugendarbeit tragen zur Eigenständigkeit und Eigenverantwortung junger Menschen bei. Die Förderung von Bildungsprozessen und die Vermittlung von Lebenskompetenzen im Rahmen eines Erlebnis- und Erfahrungsraums unterstützt ein konstruktives Hineinwachsen in die Gesellschaft."

Informationskompetenz ist in den Projekten der Offenen Jugendarbeit somit vielleicht nicht explizit ausgewiesen, die Zielsetzung, junge Menschen in ihrer Entwicklung und Eigenständigkeit zu fördern, impliziert aber, dass diese Kompetenz bzw. ihre Teilbereiche sowohl in der Beziehungsarbeit als auch in Projekten vermittelt wird.

Beispiele hierfür lassen sich viele finden – angefangen von der Unterstützung in der Recherche bei der Jobsuche über den Austausch zu Werthaltungen, Erwartungen an die eigene Biografie der Jugendlichen oder tagesaktuelle Geschehnisse aus den Medien bis hin zu gezielten Projekten in den Bereichen (Jugend)kulturelle Ausdrucksformen, Politische Bildung oder Auseinandersetzung mit Multikulturalität in den Lebenswelten der Jugendlichen.

Eine Vielzahl von Fähigkeiten und Fertigkeiten aus dem breitgefächerten Spektrum der eingangs beschriebenen Teilaspekte von Informationskompetenz wie z. B. die Eingliederung neu erworbenen Wissens in den eigenen Wertekatalog oder die Artikulation und adäquate Weitergabe von Information an Dritte fallen gerade in dem auf Freiwilligkeit basierenden Umfeld der Offenen Jugendarbeit auf besonders fruchtbaren Boden.

Der in Österreich verwendete Ausdruck „Verbandliche Jugendarbeit" umfasst eine Vielzahl von Kinder- und Jugendorganisationen mit den unterschiedlichsten inhaltlichen Ausrichtungen und spiegelt die Vielfalt von politischen, kulturellen und sozialen Interessen junger Menschen wieder. Die Bundesjugendvertretung ist die gesetzlich verankerte Interessensvertretung von über 40 Kinder- und Jugendorganisationen.

Junge Menschen, die in diesen Organisationen tätig sind, engagieren sich unter anderem politisch, ökologisch, kulturell, konfessionell und für Jugendanliegen im Allgemeinen. Viele dieser Organisationen befassen sich auch damit, die Interessen ihrer Mitglieder im weitesten Sinn zu vertreten, und beziehen beispielsweise auch im öffentlichen Diskurs oder in den Medien Stellung. Für genau diese Aufgabe bedarf es ebenfalls eines hohen Maßes an Informationskompetenz. Gilt es beispielsweise zur Bildungssituation Jugendlicher in Österreich eine Position zu formulieren, müssen zunächst die Fakten recherchiert werden. Die Information zur Situation in Österreich muss dann nach Qualitätskriterien als verlässlich oder unzuverlässig eingestuft und bewertet werden. Nicht zuletzt muss das nun erworbene neue Wissen in den Wertekontext jeder/s einzelnen integriert und im Diskurs mit den anderen Mitgliedern der Organisation zu einer gemeinsamen Meinung geformt werden. Diese wird dann in der Regel öffentlich oder auch in verschiedenen Gremien beispielsweise der zugehörigen Erwachsenenorganisation formuliert, vertreten und im Bedarfsfall verteidigt.

Natürlich sind nicht zwangsläufig alle Mitglieder einer Organisation in diese Prozesse eingebunden, aber allein die Kultur der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Themen sowie das Bewusstsein über verschiedene Weltanschauungen und Werthaltungen tragen bereits in einem informellen Lernprozess zum Erwerb wichtiger Teilbereiche von Informationskompetenz bei.

Neben dem informellen Lernen gibt es auch im Bereich der Verbandlichen Jugendarbeit eine Vielzahl an Projekten, die in non-formalen Settings zur Steigerung der Informationskompetenz beitragen – man denke nur an Kampagnen zu Jugendthemen, Workshops zur politischen Bildung oder die rein vereinsinterne Meinungsbildung und demokratische Abstimmung zu unterschiedlichen Agenden.

Die vorausgehende Beschreibung der Rolle und Aktivitäten der Jugendarbeit im Bereich Informationskompetenz zeigt auch deutlich den engen Zusammenhang zwischen der Kompetenz, mit Information umzugehen, und der Teilhabe an der Gesellschaft. In einem Exkurs soll nun exemplarisch der Bereich Informationskompetenz und Politische Bildung anhand eines Vorarlberger Projekts zum Thema herausgearbeitet werden. Das Projekt wurde deshalb ausgewählt, weil es explizit auf diesen beiden Säulen aufgebaut ist. Im Anschluss an diesen Exkurs findet sich eine beispielhafte Auflistung weiterer Projekte der außerschulischen Jugendarbeit im Bereich „Politische Bildung", um die Vielfalt der Initiativen in Österreich aufzuzeigen. Denn selbstverständlich gibt es auch in anderen Bundesländern in der außerschulischen Jugendarbeit eine Vielzahl von Projekten, so gehören Probewahlen in den Parks und Jugendzentren in Wien bereits zum Standardangebot, Schüler/innen- und Jugendparlamente sowie Jugendgemeinderäte und vieles mehr sind in der Jugendarbeit in Österreich bereits fest etabliert. Kritisches Hinterfragen, eigenständige Entscheidung auf Basis von Wissen und die Fähigkeit, Meinungen von Fakten unter-

scheiden und einordnen zu können, sind nicht nur Bestandteile der Informationskompetenz, sondern mit Sicherheit auch all dieser Projekte und Initiativen – wenn sie auch vielleicht (noch) nicht explizit damit in Zusammenhang gebracht werden.

Exkurs: Praxisbeispiele

Informationskompetenz und politische Bildung am Beispiel des Vorarlberger Projekts „Ich bin wählerisch"

Das Jugendinformationszentrum in Vorarlberg „aha – Tipps & Infos für junge Leute" setzt sich bereits seit einiger Zeit mit dem Thema Informationskompetenz an sich und der Rolle der Jugendinformation in diesem Zusammenhang auseinander. Das Ziel ist, Jugendliche neben der täglichen Informationsarbeit in der Jugendinfo durch non-formale Bildungsangebote auf ihrem Weg zum Erwerb von Informationskompetenz zu unterstützen. Im Zuge der Überlegungen zu möglichen Angeboten im Bereich der Information zur Wahlaltersenkung wurden vom aha Fokusgruppen mit Jugendlichen durchgeführt. In diesen Gruppen stellte sich heraus, dass sich die Jugendlichen für diese neue Herausforderung „objektive" und „neutrale" Unterstützung wünschen, um sich eine „eigene" Meinung zu bilden. Dieses Ergebnis legte die Verbindung der Bereiche Informationskompetenz und Politische Bildung nahe. Im Projektbericht von Projektleiterin Mag. Julia Moosmann heißt es dazu:

„Informationskompetenz bildet die Grundlage, auf der Jugendliche in ihrem Meinungsbildungsprozess begleitet und unterstützt werden können, während die ‚Politische Bildung' die inhaltliche Orientierung der Angebote bestimmt."

Es wurde eine Planungsgruppe gebildet, die sich aus invo – service für kinder- und jugendbeteiligung, Vorarlberger Kinder- und Jugendanwalt, koje – Koordinationsbüro für Offene Jugendarbeit und Entwicklung, Landesjugendbeirat und Landesjugendreferat zusammensetzte. Unter der Leitung des aha – Tipps & Infos für junge Leute entwickelte die Planungsgruppe vielschichtige Angebote rund um das Thema „Jugend & Politik", wobei auf die Einbeziehung Jugendlicher in die Planung und Umsetzung besonders großer Wert gelegt wurde.

Ausgegangen wurde in dieser Projektplanung von vier Stufen der Informationskompetenz, welche in vier Kompetenzbereiche, die durch das Projekt gefördert werden sollten, adaptiert wurden:

Abbildung 1: Kompetenzbereiche

objektiver Meinungsbildungsprozess ➔ subjektive Entscheidungsfindung				
Ziele	**Stufe 1**	**Stufe 2**	**Stufe 3**	**Stufe 4**
	Informationssuche u. Informationsaufbereitung	Objektive Informationsbewertung	eigene Werte definieren	Position beziehen, aktive Beteiligung
Fähigkeiten	Problembenennung Priorisierungsfähigkeit Mediennutzung Mediengestaltung Teamfähigkeit usw.	Medienkritik Urteilsfähigkeit Gerechtigkeitssinn Fähigkeit zu vernetztem Denken usw.	Reflexionsfähigkeit Toleranzfähigkeit Erkennen sozio- kultureller, ökonomischer und ökologischer Zusammenhänge usw.	Artikulationsfähigkeit Rhetorik Diskussionsfähigkeit Konsensfähigkeit usw.

Quelle: Moosmann, J., Mag. (2007): Konzept „Informationskompetenz im Bereich Politische Quelle: Moosmann, J., Mag. (2007): Konzept „Informationskompetenz im Bereich Politische Bildung – ein Angebot für die außerschulische Jugendarbeit", Dornbirn, aha – Tipps & Infos für junge Leute, S. 9

Ausgehend von diesen Kompetenzbereichen wurden konkrete Angebote entwickelt und von September 2008 bis Juli 2009 unter dem Motto „Ich bin wählerisch" in Vorarlberg durchgeführt:

Es gab unterschiedliche Workshops:

Thematische Workshops wie „Jugend & Gesetz" verdeutlichten einerseits, wie stark die Alltagswelt junger Menschen von Gesetzen beeinflusst ist, regten andererseits zur Diskussion an und machten klar, dass Jugendliche Gesetze aktiv mitgestalten können, indem sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Diese Workshops sprachen sowohl die Kompetenzen in Bereich Informationssuche und -aufbereitung als auch jene der Objektiven Informationsbewertung und der zur Definition eigener Werte notwendigen Fähigkeiten an.

Kreative Workshops beschäftigten sich beispielsweise anhand der Hip-Hop-Kultur mit der Analyse von Botschaften und der Artikulationsfähigkeit von eigenen Ideen, indem ein eigener Song erstellt wurde. Die Kreativ-Workshops zielten insbesondere auf die Kompetenzen ab, die benötigt werden, um eine eigene Position zu beziehen und sich aktiv zu beteiligen.

Einige Workshops befassten sich ebenfalls mit der Analyse von Botschaften, indem mit Journalist/innen unterschiedliche Medienberichte analysiert wurden oder mit Werbefachleuten eigene Plakate gestaltet wurden, die eine Botschaft vermitteln sollen. Ebenfalls wurden im Plakat-Walk die Wahlplakate der Parteien genauer unter die Lupe genommen. Die beiden Aktivitäten, die sich insbesondere mit der Objektiven Informationsbewertung beschäftigten orientierten sich stark an Medienkritik und dem kritischen Hinterfragen von Botschaften.

Unter dem Titel „FrageRaum Politik" wurden zwei Veranstaltungen durchgeführt in denen mehr als 200 Jugendliche die Möglichkeit hatten, ihre Fragen an Politiker/innen zu erarbeiten und dann in einem geschützten, kleinen Rahmen und vor allem ohne Medienpräsenz zu stellen.

Unterstützt wurde das Gesamtprojekt durch eine Infokampagne mit dem Titel „Wahlbegleitservice". Neben unterschiedlichen Info-Foldern zu den Themen „Politik im Überblick" und „Parteien und ihre Programme" gab es Infomappen mit gesammelter Medienberichterstattung in der Jugendinfo zur Einsicht sowie eine Wahlkabine, in der Jugendliche ihre Fragen, Anregungen und Kritik platzieren konnten. Dies kam dem Wunsch der Jugendlichen nach „objektiver" Information nach und die große Nachfrage nach diesen Publikationen bestätigt, dass die Jugendinfo als vertrauenswürdige Quelle identifiziert wurde.

Das Land Vorarlberg unterstützte in dieser Pilotphase Projekte der außerschulischen Jugendarbeit, die bei Jugendlichen die Informationskompetenz im Bereich der politischen Bildung stärken und Meinungsbildungsprozesse begleiten sollten.

Einige der wichtigsten Lessons Learned aus dem Projekt waren:

- Die Themen der Workshops müssen genau auf die Altersgruppe zugeschnitten werden – so eignete sich „Jugend & Gesetz" speziell für die Zielgruppe der 14- bis 16-Jährigen.
- Der Zusammenhang zwischen Politik und Alltag der Jugendlichen muss anschaulich dargestellt werden.
- Der gewählte Zugang zu Medien muss auf die Zielgruppen bildungsnaher und/oder bildungsferner Jugendlicher abgestimmt werden.
- Die Anwesenheit von Medien wurde generell eher als störend empfunden – speziell bei den Veranstaltungen zum „FrageRaum Politik" war es den Jugendlichen ein Anliegen, dass die Politiker/innen anwesend waren, um sich mit ihnen auseinander zu setzen, und nicht, weil es die Möglichkeit eines Medienauftritts war.
- Jugendliche zeigten sich sehr interessiert am Thema, sobald sie sich ernst genommen fühlten und politische Themen zur Sprache kamen, die ihrer jugendlichen Lebenswelt entsprachen.
- Es gab auch große Nachfrage nach den angebotenen Info-Foldern, die den in den Fokusgruppen formulierten Bedarf nach „objektiver" Information abdeckten.

„ich bin wählerisch" erhielt begeistertes Feedback und motivierte Jugendliche zu großem Engagement – daher wurde aus dem Pilotprojekt ein langfristiges Angebot.

Beispiele weiterer Projekte zur politischen Bildung in der außerschulischen Jugendarbeit in Österreich – Auswahl der von den Österreichischen Landesjugendreferaten (LJR) genannten Beispiele:

Burgenland

Titel des Projekts	„Jump In"
Durchführende Organisation	LJR Burgenland
Mit dem Kinder- & Jugendbeteiligungsprojekt „Jump In" will das LJR bei den kommunalen Entscheidungsträger/innen das Bewusstsein schaffen, Kinder und Jugendliche in kommunale Projekte einzubinden und ihre Argumente bei Entscheidungen zu berücksichtigen. Die Projektgemeinden werden bei der Umsetzung ihrer Vorhaben durch das LJR und durch das Institut für kommunales Management professionell begleitet.	
Titel des Projekts	Motivations- & Partizipationskampagne
Durchführende Organisation	LJR Burgenland
Kampagnen zu Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen, zu Landtags- und zu Nationalratswahlen sollen möglichst viele junge Menschen, die zum ersten Mal oder seit kurzem wahlberechtigt sind/waren, informieren und begleiten (Online und Folder).	

Niederösterreich

Titel des Projekts	Refresh Politics
Durchführende Organisation	Verein „Refresh Politics" – Die Politikplattform
Refresh Politics ist eine Plattform, mit der verschiedene Inhalte zum Thema Politische Bildung den Jugendlichen durch Jugendliche (entstanden aus einem Maturaprojekt) angeboten werden. Aktuell stehen die Internetplattform www.refreshpolitics.at (plus facebook-Seite), eine umfangreiche Infobroschüre und anlassbezogene Folder (zu EU-Wahl und Gemeinderatswahl) zur Verfügung. Es werden auch Diskussionsrunden und Aktionstage veranstaltet.	
Titel des Projekts	Lern-CDs „Zu Hause in Niederösterreich", „Zu Hause in meiner Gemeinde"
Durchführende Organisation	NÖ Media, NÖ Landesakademie, NÖ LJR
Multimediale Lern-CDs für die niederösterreichischen Pflichtschulen zur Vermittlung politischer Bildung. Die CD, die vermitteln soll, wie das Land Niederösterreich funktioniert, gliedert sich in sechs Kapitel, welche die Titel „Das Land", „Der Landtag", „Die Landesregierung", „Der Landeshauptmann/Die Landeshauptfrau", „Die Verwaltung" und „Die Gerichtsbarkeit" tragen. Die CD, die vermitteln soll, wie eine Gemeinde funktioniert, gliedert sich ebenfalls in sechs Kapitel: „Was ist eine Gemeinde", „Der Gemeinderat und seine Wahl", „Der Bürgermeister", „Andere Gemeindeorgane", „Die Gemeindeaufgaben" und „Die Gemeindefinanzen". Dabei wird bei der Wissensvermittlung insbesondere auf den spielerischen Aspekt geachtet; so wurden beispielsweise auch Rätsel und Fragebögen zu den einzelnen Themen zusammengestellt, die von den Schüler/innen des siebenten und achten Jahrgangs bzw. der dritten und vierten Klasse Hauptschule allein oder in der Klassengemeinschaft beantwortet werden können.	

Oberösterreich

Titel des Projekts	Demokratie: Ich bin wählerisch!
Durchführende Organisation	LandesJugendReferat OÖ
Demokratieworkshops/Vorträge, Schwerpunkte: Wie betrifft Jugendliche Politik? Möglichkeiten der Mitbestimmung im eigenen Lebensumfeld, Wie funktioniert Demokratie, Politik, Gemeinde, Land, Bund, EU?, Wahlsimulation, Demokratiequiz ... Ziel ist es, den Jugendlichen mit aktivierenden Methoden jenes Wissen zu vermitteln, das ein nachhaltiges demokratiepolitisches Bewusstsein schafft. Es gilt den Begriff "Politik" mit "Leben" zu füllen und einen Bezug zu dem jugendlichen Alltag herzustellen.	
Titel des Projekts	„Wählen mit 16" – Beteilige dich an Demokratie(Dezember 2009-Mai 2010). Ein EU-Projekt im Rahmen von Jugend in Aktion
Durchführende Organisation	Kinderfreunde Mühlviertel, Kooperationspartner: LandesJugendReferat OÖ
Seit einigen Jahren können in Österreich Jugendliche ab 16 Jahren wählen. In diesem Projekt können sich Jugendliche aus OÖ, Tschechien, Schweden und Italien mit diesem Thema auseinandersetzen. Es sollen dabei Zugänge, Themen und Motive von Jugendlichen ergründet werden und Erfahrungen aus verschiedenen Ländern diskutiert werden. Die Jugendlichen entwickeln einen Fragebogen und einen gemeinsamen Empfehlungskatalog, sprechen mit Politiker/innen, es gibt nationale Arbeitsgruppen und eine Internationale Konferenz in OÖ.	

Salzburg

Titel des Projekts	„Ich zähle. Ich wähle."
Durchführende Organisation	Akzente Salzburg i. A. des Landesjugendbeirats Salzburg
Informationskampagne für Erstwähler/innen zur Landtags-, Gemeinderats- und Bürgermeister/innenwahl. Partizipative Erstellung umfangreicher Drucksorten (Folder, Plakate, Website), Gestaltung eines Fernsehspots in Kooperation mit dem ORF Landesstudio Salzburg und Jugendlichen. Diskussionsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit Salzburger Nachrichten und Landesschulrat in allen fünf Salzburger Bezirken und der Landeshauptstadt. Ein ähnliches Projekt wurde auch zur Europawahl umgesetzt.	
Titel des Projekts	Basic Politics
Durchführende Organisation	Akzente Salzburg
Eine Seminarreihe über Kenntnisse der Besonderheiten von Demokratie und von demokratischer politischer Entwicklung, Infos über Strukturen, Instrumente und Qualität der Demokratie in Österreich und der EU, Möglichkeiten zur persönlichen Einflussnahme auf die Politik, Diskussion mit Vertreter/innen der Landtagsparteien sowie eine Exkursion ins Parlament nach Wien.	

Steiermark

Titel des Projekts	mitmischen.steiermark.at
Durchführende Organisation	Landesjugendreferat Steiermark, beteiligung.st, Forum politische Bildung
Seit Anfang September 2009 werden folgende verschränkte Angebote durchgeführt: mitmischen im Landtag – dort finden jährlich 35 Werkstätten zu den Themen Politik, Partizipation und Medien statt. Dazu gibt es Fragerunden mit Landtagsabgeordneten. mitmischen im Lehrgang – in Modulen wird Basiswissen sowie anwendbare Methoden für Jugendverantwortliche zu Demokratie- und Methodenkompetenz vermittelt. mitmischen im Internet – bietet aktuelle Informationen, Möglichkeiten zu interagieren, Berichte aus den Werkstätten im Landtag etc.	
Titel des Projekts	Wahlgespräche und Vorwahlen
Durchführende Organisation	Dachverband der Offenen Jugendarbeit und einige Jugendzentren
Im Vorfeld zur Gemeinderatswahl 2010 hat der steirische Dachverband der Offenen Jugendarbeit seine Mitglieder und Jugendeinrichtungen über Möglichkeiten informiert, Jugendliche auf die bevorstehenden Wahlen vorzubereiten. Dabei sind vor allem Gespräche und Diskussionsrunden mit Politiker/innen der Gemeinden abgehalten worden sowie teilweise anschließende Testwahlen.	

Tirol

Titel des Projekts	Deine Wahl – Mitbestimmen oder daheim bleiben
Durchführende Organisation	Jugendreferat Land Tirol in Kooperation mit Amt für Jugendarbeit in Südtirol und dem Südtiroler Jugendring
Im Frühjahr 2010 fanden in Tirol und Südtirol Gemeinderatswahlen statt. Finanziert mit Geldern aus „Jugend in Aktion" wurden von Jugendlichen in mehreren Workshops ein Plakat, eine Video-Spot und ein Radio-Spot entwickelt, diese Werbemittel sollten vor allem Erstwähler/innen motivieren zur Wahl zu gehen. Begleitend dazu wurden Informationen zu den Gemeinderatswahlen auf der Jugendhomepage des Landes Tirol www.mei-infoeck.at aufbereitet. In zahlreichen Gemeinden fanden zudem Aktionen statt, die junge Menschen zur Wahl zu gehen, motivieren sollten.	
Titel des Projekts	Jugend-Kompetenz im Gemeinderat
Durchführende Organisation	Jugendreferat Land Tirol in Kooperation mit dem Jugendhaus Cassianeum in Südtirol im Rahmen eines Interregprojektes (2010-2012)
Nachdem in Tirol und Südtirol im Frühjahr 2010 die Gemeinderäte neu gewählt wurden, zielt das Projekt auf Fortbildungsmaßnahmen für Gemeinderäte mit der Zuständigkeit Jugendarbeit ab. Von Kurzinformationsabenden, über Spezialveranstaltungen (mit dem Ziel Jugendmaßnahmen in den Gemeinden zu planen und zu koordinieren) bis zu begleitenden Projekten sollen Maßnahmen zur Jugendarbeit grenzüberschreitend gesetzt werden. Durch diese Maßnahmen sollen Gemeinderäte in ihrer Zuständigkeit für Jugendarbeit gestärkt werden. In weiterer Folge geht es vor allem darum, dass der Kontakt zwischen der Gemeindepolitik und den Jugendlichen gepflegt wird und Jugendliche sich für die Gemeinde und die Gemeindepolitik interessieren.	

Vorarlberg

Siehe Projektbeschreibung „Ich bin wählerisch" in dieser Expertise.

Wien

Titel des Projekts	Plakate
Durchführende Organisation	Verein Wiener Jugendzentren
Jugendliche gestalten ihre Wahlplakate mit Wünschen und Anliegen. Jugendliche präsentieren sich als Kandidat/innen. Dazu stehen ca. 30 Eindruckplakate mit vier verschiedenen Sujets zur Verfügung, die verändert, mit Texten versehen, verfremdet, bearbeitet und gestaltet werden können. Diese und alle im Laufe der Projekte produzierten Werke werden bei der „Wahlparty" am 15. Oktober ausgestellt!	
Titel des Projekts	Wahlveranstaltungen und Wahlgeschenke am Prüfstand
Durchführende Organisation	Verein Wiener Jugendzentren
Für den Besuch von Wahlveranstaltungen gibt's einen „Beurteilungsleitfaden" (Hauptthemen/was hat mich interessiert/Jugendrelevanz usw.). Dieser Leitfaden soll den Besuch von Wahlveranstaltungen lustvoll und interessant machen. Die Idee ist, möglichst viele unterschiedliche Wahlveranstaltungen von Jugendlichen, alleine oder in Gruppen zu besuchen, zu vergleichen und zu bewerten. Besonderes Augenmerk ist bei der Beurteilung von Wahlgeschenken auf witzigem Zusatznutzen, zweckentfremdete Verwendungsmöglichkeiten und kreativen Ideen, „was man sonst noch alles damit anfangen könnte ...", zu legen. Die Beurteilungsleitfäden und Wahlgeschenke inkl. möglicher Nutzungsformen werden für die Ausstellung „Die sinnlosesten/sinnvollsten/originellsten Wahlgeschenke" gesammelt.	

Diese Beispiele geben einen kurzen Überblick der Vielfalt an Aktivitäten in der außerschulischen Jugendarbeit rund um das Thema „Politische Bildung" und insbesondere „Wahlen/Wählen mit 16". Sie wurden von den Landesjugendreferaten zur Verfügung gestellt – aus Platzmangel konnten hier nur maximal 2 Projekte aus jedem Bundesland angeführt werden. Es handelt sich also um keine vollständige Auflistung der durchgeführten Projekte. Weiterführende Informationen zu diesen Projekten sowie zu weiteren Aktivitäten im Bereich „Politische Bildung" in den österreichischen Bundesländern sind beim jeweiligen Landesjugendreferat erhältlich.

Eine weitere Sammlung von Good Practice Beispielen aus den Bundesländern, stellt die CD „Politische Bildung im offenen Handlungsfeld 2008. Good Practice Beispiele aus den Bundesländern" dar, die aus einem 2008 von bOJA – Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit durchgeführten und vom damaligen Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend (jetzt BM für Wirtschaft, Familie und Jugend) finanzierten Projekt entstanden ist. Die CD ist bei bOJA erhältlich.

4. Mögliche zukünftige Entwicklungen und Empfehlungen

Das exemplarisch dargestellte Projekt „Ich bin wählerisch" hatte großen Erfolg sowohl bei der Zielgruppe als auch bei Entscheidungsträger/innen. Dies zeigt ebenso wie die praktische Erfahrung aus der täglichen Informationsarbeit mit Jugendlichen den großen Bedarf an Angeboten in diesem Feld und ergibt somit einen klaren Auftrag an die Jugendinformation, ihr Service in diese Richtung weiterzuentwickeln.

In der Beschreibung zur Rolle der außerschulischen Jugendarbeit wurde zudem klar, dass viele Teilkompetenzen zum Umgang mit Information in den Projekten und der kontinuierlichen Arbeit in Jugendorganisationen und den Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit implizit vermittelt werden. Dies ist erfreulich und sollte vermehrt dargestellt und bewusst reflektiert werden. Für die Handlungsfelder der außerschulischen Jugendarbeit – Offene Jugendarbeit, Verbandliche Jugendarbeit und Jugendinformation – ergibt sich hier ein weites Feld für zukünftige Kooperationen.

Da sich klar abzeichnet, dass Informationskompetenz für die persönliche wie berufliche Entwicklung von Jugendlichen und insbesondere für ihre eigenständige Teilnahme an der Gesellschaft von immer größerer Bedeutung ist, müssen sowohl in den formalen wie auch den non-formalen und informellen Bildungsangeboten Schwerpunkte auf die Entwicklung dieser Kompetenzen gelegt werden. Eine engere Zusammenarbeit zwischen der schulischen und der außerschulischen Bildung scheint hier sehr wünschenswert.

Empfehlungen an die Politik

- Die bestehenden sowie noch zu entwickelnde Initiativen und Aktivitäten in diesem Bereich zu unterstützen und zu fördern.
- Eindeutig zwischen Medien- und Informationskompetenz zu unterscheiden. Informationskompetenz umfasst weit mehr als einen versierten Umgang mit Neuen Medien und ist vielmehr Grundvoraussetzung für Jugendliche, an der Gesellschaft in selbstbestimmter und kritischer Weise teilzunehmen. Daher sollte sich die Förderung von Aktivitäten nicht zu sehr und ausschließlich auf Projekte im Bereich Internet, Neue Technologien konzentrieren, sondern die Basis für jeglichen bewussten Umgang mit Information schaffen, indem Initiativen in der weitest möglich ausgelegten Definition von Informationskompetenz unterstützt werden.
- Das Informationsverhalten Jugendlicher befindet sich im Wandel, der sich auch gefördert durch die rasante Entwicklung der Neuen Medien immer schneller abspielt. Beispielsweise ist die Informationsbeschaffung innerhalb Sozialer Netzwerke im letzten Jahr zu einem großen Thema geworden. Damit wir auf diese Trends adäquat reagieren können, braucht es flexible Innovations-Budgets für Projekte, die eine Art Risikokapital darstellen sollten, damit neue Ansätze ausprobiert werden können.
- Die Datenlage zum Informationsverhalten junger Menschen ist relativ dürftig. Studien fragen zwar oberflächlich ab, welche Informationsmedien benutzt werden – gehen dann aber nicht in die Tiefe: wozu diese benutzt werden, wie gesucht wird, was gefunden wird, wie hilfreich die Information war, ob sie verstanden wurde usw. Fundiert Studien zu diesem Thema wären daher äußerst wünschenswert.

Empfehlungen an die Jugendinformation

- Die Jugendinformation in Österreich verfügt über ein hohes Praxiswissen zur Informationskompetenz Jugendlicher. Es scheint sinnvoll dieses zu verschriftlichen, in Konzepte zu integrieren und im Diskurs mit der Wissenschaft einen theoretischen Überbau dazu zu formulieren.
- Die Jugendinformation in ganz Europa arbeitet derzeit am Thema Informationskompetenz und Jugendliche. Austausch, Kooperation und Koordination in Europa sollte gefördert und unterstützt werden.
- Jugendinfos in Österreich entwickeln verschiedene Methoden und Ansätze zur Vermittlung von Informationskompetenz – dies sollte ausgebaut, wissenschaftlich begleitet und auch anderen Einrichtungen (sowohl innerhalb der Jugendinformation, als auch darüber hinaus) zur Verfügung gestellt werden.

Empfehlungen an die außerschulische Jugendarbeit allgemein:

- Viele Aktivitäten und Projekte der gesamten außerschulischen Jugendarbeit tragen ebenfalls zu Ausweitung von Informationskompetenz bei Jugendlichen bei. Dies wird nur in der Regel weder von den Mitarbeiter/innen noch von der Öffentlichkeit wahrgenommen, weil es nicht explizit Teil des Konzepte ist. Die Jugendarbeit sollte daher das eigene Bewusstsein in diesem Bereich schärfen. Diese existierenden professionellen Ansätze sollten zudem verschriftlicht und öffentlich klarere positioniert werden.
- Die Jugendinformation und andere Handlungsfelder der außerschulischen Jugendarbeit sollten unter einander in diesem Bereich expliziter und mehr kooperieren und durchaus auch mehr Austausch und Zusammenarbeit mit formalen Bildungseinrichtungen suchen.

Literatur

Drexel, V., Mag. MSc (2008): Informationskompetenz – „a means of empowerment". Dornbirn: aha – Tipps & Infos für junge Leute

Homann, B. (2002): Standards der Informationskompetenz. Bibliotheksdienst 36/2002

Horton, Jr, W. (2007): Understanding Information Literacy: A Primer. Paris: UNESCO

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2009): Empfehlung der Kommission zur Medienkompetenz in der digitalen Welt als Voraussetzung für eine wettbewerbsfähigere audiovisuelle und Inhalte-Industrie und für eine integrative Wissensgesellschaft. Brüssel K(2009) 6464 endgültig

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2001): Mitteilung der Kommission: Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen. Brüssel KOM(2001) 678 endgültig

Moosmann, J., Mag. (2007): Konzept Informationskompetenz im Bereich Politische Bildung – ein Angebot für die außerschulische Jugendarbeit. Dornbirn: aha – Tipps & Infos für junge Leute

Moosmann, J., Mag. (2009): Projektdokumentation [Jugend & Politik] – ein Angebot zur politischen Bildung in der außerschulischen Jugendarbeit. Dornbirn: aha – Tipps & Infos für junge Leute

Sozialforschungsstelle Dortmund, Lehrstuhl für Soziologie der Universität Dortmund , Gesellschaft für Angewandte Unternehmensforschung und Sozialstatistik mbH (2001): Nutzung elektronischer wissenschaftlicher Information in der Hochschulbildung. www.stefi.de [15.2.2010]

Zurkowski, P. G. (1974): The Information Environment: Relationships and Priorities. Washington DC.: National Commission on Libraries and Information Science

DIE AUTORIN:

Alexandra Cangelosi ist Vizepräsidentin von ERYCA (European Youth Information and Counselling Agency) und Geschäftsführerin von „jugendinfo.cc", der Dachorganisation der Jugendinformationsstellen Österreichs.

3.2 Bildung und Ausbildung im Kontext von Jugendarbeit

Richard Krisch

Das Thema Bildung prägt wie kaum ein anderes gegenwärtig die fachliche Diskussion in der außerschulischen Kinder- und Jugendförderung und bildet sich dementsprechend auch in Publikationen, den Konzeptionen und Schwerpunktsetzungen der offenen Jugendarbeit in Österreich ab. Die Ursachen und Begründungen für diese Auseinandersetzung sind vielschichtig: Bildung ist gegenwärtig ein zentrales Thema in der politisch-öffentlichen Diskussion. Sei es im Zusammenhang mit der Einführung einer gemeinsamen Schule der unter-14-jährigen und der damit verbundenen Auseinandersetzung über die Ungleichverteilung von Bildungszugängen, der Feststellung der unveränderten „Vererbung" von Bildung(sabschlüssen) in Österreich, der Diskussion über die fehlende Anerkennung der Bildungspotentiale durch ein auf Homogenität ausgerichtetes Bildungssystem, oder der Veränderungen der Bildungsanforderungen in einer sich verändernden (Arbeits-)Gesellschaft, die außerschulischem Lernen eine zentrale Bedeutung zumisst.

Für die Jugendarbeit eröffnen sich vielschichtige Ansatzpunkte sich in dieser Bildungsdiskussion einzubringen. Lassen sich doch einerseits deren sozialpädagogische Zielsetzungen auch als soziale Bildungsprozesse (vgl. Sting 2002) deuten und somit offene Jugendarbeit als Raum non-formaler Bildung und als Ort informellen Lernens begreifen (vgl. Rätz-Heinisch/Schröer/Wolff 2009), in dem beispielhaft die unterschiedlichen Bildungspotentiale Jugendlicher anerkannt und differenzierte Bildungsanstrengungen gefördert werden. Über sozialräumliches Lernen, wie die Entwicklung von Kompetenzen über Prozesse der tätigen Aneignung in der Jugendarbeit beschrieben werden kann, entwickelt sie ihren spezifischen Bildungsbeitrag und versteht sich als Teil der Bildungsinfrastruktur. Dabei spielen auch die Förderung der Beteiligung und Partizipation Jugendlicher im öffentlichen Raum und der Aufbau regional vernetzter (Bildungs-)Zusammenhänge eine bedeutende Rolle.

Zum anderen wird die offene Jugendarbeit mit sozialer Benachteiligung und mit der Ausgrenzung von Bildungsanstrengungen konfrontiert, die es – im Sinne der Wahrnehmung eines jugendpolitischen Mandats – öffentlich zu thematisieren gilt. Dementsprechend werden im Kontext von Jugendarbeit in Österreich auch neue Formen der Übergänge in Arbeit (Ausbildung und Beschäftigung) entwickelt, die auf die Stärkung von Selbstwert und Förderung von Kompetenzen im sozialräumlichen Kontext der Jugendlichen abzielen und als sozialräumliche Beschäftigungsförderung mittlerweile in der bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Diskussion Anerkennung findet.

Insgesamt wird die offene Jugendarbeit in dieser Expertise als eine selbstverständliche und eigenständige soziale Bildungsinfrastruktur begriffen, die Kindern und Jugendlichen eine selbstbestimmte Aneignung sozialer Räume und Bildungsgelegenheiten ermöglicht und von der Verschiedenartigkeit der Lebensbewältigung und Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen ausgeht. Dieses erscheint gerade in einem gesellschaftlichen Kontext notwendig, in dem Kinder und Jugendliche zunehmend mit erfolgsorientierten Bildungserwartungen konfrontiert werden, die kaum Raum für eine selbstbestimmte Bewältigung von Kindheit und Jugend lassen.

Im Folgenden werden einige Zugänge zur aktuellen Bildungsdiskussion skizziert, die in der fachlichen Diskussion der offenen Jugendarbeit gegenwärtig zentral sind. Grundlegend ist dabei die Anerkennung eines Bildungsbegriffes, der sich nicht nur auf Wissensvermittlung beschränkt und die Herausforderung Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen. Zudem werden Bildungsprozesse der Jugendarbeit – als sozialräumliches Lernen – vorgestellt und an Hand von aktuellen Beispielen aus vier ausgewählten Institutionen der Österreichischen Jugendarbeit (Verein Wiener Jugendzentren, Verein Spektrum Salzburg, Steirischer Dachverband der offenen Jugendarbeit, Verein I.S.I. Oberösterreich) verdeutlicht. Abschließend werden innovative Ansätze zur Förderung Jugendlicher im Übergang in Ausbildung und Beschäftigung beschrieben, die im Kontext offener Jugendarbeit entstehen und als besonderes Qualitätsmerkmal der Jugendarbeit in Österreich gelten können.

1. Offene Jugendarbeit – Ausgangspositionen

Die offene Jugendarbeit geht vom Alltagsleben der Kinder und Jugendlichen, deren lebensphasenspezifischen Aneignungsformen und den Chancen, Barrieren und Möglichkeiten, die sie in ihren sozialräumlichen Zusammenhängen vorfinden, aus (vgl. Deinet 2009, Krisch 2009). Sie soll sich durch Offenheit gegenüber den verschiedensten Jugendkulturen, ihren Bedürfnissen und Interessen auszeichnen und sich an den unterschiedlichen Lebenslagen der Jugendlichen in ihren sozialräumlichen Zusammenhängen orientieren. Sie will daher Jugendliche über ihre Fähigkeiten, Eigenschaften, Identitäten, Interessen, u.a. als Heranwachsende, als Lehrlinge, als Schüler und Schülerinnen, als Akteure und Akteurinnen in ihrem sozialen Umfeld, als Gestalter und Gestalterinnen ihrer Lebensentwürfe etc. ansprechen. Entsprechend soll die offene Jugendarbeit selbst wiederum Räume sozialräumlichen Lernens schaffen, um die Jugendlichen in ihrer Lebensbewältigung – in den unterschiedlichen Lebenslagen – und sozialräumlichen Aneignungsformen zu unterstützen. Es gilt gleichzeitig danach zu fragen, wie und ob die soziale Bildungsinfrastruktur und die Gestaltung des sozialen Umfeldes von Jugendlichen, die Heterogenität des Jugendlebens und der Jugendkulturen anerkennt und diese zum Ausgangspunkt einer Politik gerechter sozialer, ökonomischer und politischer Teilhabe macht.

Diese Perspektiven basieren auf der Grundannahme fast aller Jugendstudien, dass es heute nicht mehr möglich ist, von einer Jugend zu sprechen. Jugend ist heute sowohl zeitlich als auch inhaltlich entgrenzt (vgl. Schröer 2004). Dies bedeutet, dass wir es einerseits mit einer Lebensphase zu tun haben, die um das zehnte Lebensjahr beginnen und bis weit in das dritte Lebensjahrzehnt hineinreichen kann. Jugend kann somit bis zu 15 Jahre umfassen. Zudem ist die Lebensphase Jugend kulturell sehr heterogen und wird von den Jugendlichen selbst in ganz unterschiedlichen Ausprägungsformen biographisch gestaltet. Deutlich wird dabei vor allem, dass Jugend in ihrer Unterschiedlichkeit vor allem durch soziale Segmentierungen und unterschiedliche soziale Zugangs- und Bildungschancen geprägt ist.

Jugend wird in der Politik zudem häufig auf den „positionalen Wettbewerb" (vgl. Brown 2004) der jungen Menschen um ihre Platzierung auf dem Arbeitsmarkt reduziert. Kaum thematisiert wird bisher, dass der Wettbewerb auf vielfach voneinander abgeschotteten sozialen (Bildungs-)Märkten stattfindet sowie einige Jugendliche an diesem Wettbewerb erst gar nicht teilnehmen dürfen. Dabei wird häufig übersehen, dass Kindheit und Jugend kein Markt, sondern eine heterogene Lebensphase ist, die die Kinder und Jugendlichen

bewältigen müssen. Genauso wie heute allenthalben festgestellt wird, dass sich in der Kindheit die Bildung der Kinder grundsätzlich entscheidet; wird in der Jugendarbeit daran erinnert, dass mit der Jugend eine zweite Bildungsphase beginnt, in der die Möglichkeiten zur selbstständigen Auseinandersetzung mit dem sozialen Umfeld über den weiteren biographischen Verlauf entscheiden. Für die offene Jugendarbeit bedeutet dies, dass der Ausgangspunkt nicht eine homogene einheitliche Vorstellung vom (gelungenen, erfolgreichen) Jugenddasein sein kann. Ausgangspunkt sind vielmehr die Kinder und Jugendlichen in ihrer heterogenen und dynamischen Alltagskultur, wie sie die Sozialräume mitgestalten. Diesen Ausgangspunkt festzuhalten, erscheint darum besonders zentral, da Kindheit und Jugend heute vor allem vom Ende bewertet wird: Es wird vor allem gefragt, ob die Jugendlichen den Übergang in Ausbildung und Arbeit geschafft haben – entsprechend erfolgreich sind – oder nicht. Nach diesem Kriterium werden die Etiketten verteilt: Bildungsferne und arbeitsmarktferne Jugendliche, Trendsetter, Chancenlose und Risikogruppen.

Der Grundzugang der offenen Jugendarbeit weist diese einfachen Stigmatisierungen genauso wie immer wiederkehrende kulturalistische, sexistische und ethnisierende Zuschreibungen zurück, die den Blick auf die Jugendlichen als selbstbestimmte Akteure ihrer Alltagswelt und sozialen Räume verstellen. Offene Jugendarbeit steht entsprechend dafür, zivilgesellschaftliche und soziale Rechte sowie Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in ihrem Alltag einzufordern (voice-Funktion), ohne die Jugendlichen selbst zu stigmatisieren. Offene Jugendarbeit ist eine Bildungsinfrastruktur, in der Kindern und Jugendlichen eine selbstbestimmte Lebens- und Bildungspraxis sowie erweiterte Bewältigungschancen ermöglicht werden.

2. Zugänge zur Bildungsdiskussion – Bildung ist mehr als Schule – ganzheitliches Verständnis von Bildung

Ein zentraler inhaltlicher Zugang eröffnet sich für die Jugendarbeit mit der Frage einer Definition des Bildungsbegriffes, der sich nicht nur auf den formalen Erwerb von Wissensbeständen in der Schule beschränkt, sondern auch die Bedeutung anderer Formen des Lernens anerkennt. Auch non-formaler Bildung, wie sie durch die Angebote der offenen Jugendarbeit ermöglicht wird und worunter „jede Form organisierter Bildung und Erziehung zu verstehen ist, die generell freiwilliger Natur ist und Angebotscharakter hat" (Bundesjugendkuratorium 2001), wird grundlegende Bedeutung zugemessen. Vor allem aber informelle Bildung, also ungeplante und nicht-intendierte Bildungsprozesse, „als subjektive Aneignung von Welt" (Scherr 2002), wie sie sich im Alltag über peers, Familien, Milieus, Medien, im öffentlichen Raum aber eben auch im Kontext der Jugendarbeit ergeben, rückt – als zentrale Bildungsdimension – gegenwärtig in den Mittelpunkt der europaweiten bildungspolitischen Diskussion (vgl. Rätz-Heinisch/Schröer/Wolff 2009). In diesem Verständnis spielen verschiedenartige Bildungsprozesse und unterschiedliche Lernorte eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung von Handlungsfähigkeit und selbstbestimmter Lebensführung und relativieren „einen enggeführten Bildungsbegriff, bei dem es insbesondere um kognitive Bildungsleistungen und die damit verbundene Erfüllung schulischer Bildungsansprüche geht" (Deinet 2009, S. 144). Du Bois-Reymond stellt fest: „Lernen auf die formalen Bildungseinrichtungen zu beschränken, ja selbst sich zu erhoffen, dort fände ausreichendes oder auch das meiste Lernen statt, ist nicht mehr zeitgemäß […] und geht an den wesentlichen gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnissen vorbei. Deswegen

muss über eine Ausweitung des Lern- und Bildungsbegriffs nachgedacht werden und über die institutionellen Konsequenzen, die dies nach sich zöge. Diese Einsicht schlägt sich in der Diskussion um das Verhältnis von formal education, non-formal education/learning, informal learning und lifelong learning nieder, wie sie auf den jeweils nationalen, vor allem aber auf europäischer Ebene geführt wird" (du Bois-Reymond 2004, S. 180).

Dies führt beispielsweise zu Überlegungen über die Entwicklung und Gestaltung von lokalen oder kommunalen Bildungslandschaften, in denen vielschichtige Lernerfahrungen an unterschiedlichen Orten berücksichtigt (vgl. Deinet 2010) und „Bildungsprozesse im Kindes- und Jugendalter in diesem Wechselspiel unterschiedlicher Orte und Gelegenheiten gefördert und unterstützt werden können." (Mack 2008, S. 16) Dieser Zugang wird in der vielschichtigen Bildungsdiskussion auch mit dem Begriff der „Alltagsbildung" (Rauschenbach 2009) oder der „Ganztagesbildung" (Coelen 2002) verbunden, der von der „Annahme einer Einheit von Ausbildung und Identitätsbildung im Kindes- und Jugendalter durch Qualifikation und Partizipation" (Andresen 2005, S. 9) ausgeht. Kinder lernen eben nicht nur in der Schule, sondern erwerben über verschiedenste Aneignungsprozesse – über ihre Teilhabe und Mitgestaltung in den sozialen Räumen – vielfältigste Kompetenzen.

In diesen bildungspolitischen Überlegungen stellt sich auch die Frage nach den Formen des Zusammenwirkens von schulischer und außerschulischer Pädagogik, wobei in der Rede von der Ganztagesbildung die institutionelle Eigenständigkeit verschiedener Bildungsorte betont wird (vgl. Andresen 2005, S. 9; Otto/ Coelen 2004, 2005). An dieser Stelle gilt es die spezifische Qualität der Bildungsperspektive der offenen Kinder- und Jugendarbeit hervorzuheben, die sich als sozialräumliches Lernen beschreiben lässt. Dabei werden Aneignungsprozesse von Heranwachsenden als zumeist non-formal bzw. informell verlaufende Bildungsprozesse verstanden: Über vielschichtige Prozesse der tätigen Auseinandersetzung mit ihrer sozialräumlichen Umwelt bilden Kinder und Jugendliche Handlungsfähigkeiten, Kompetenzen und Wissen aus, eignen sich Handlungsmöglichkeiten an und erweitern so auch ihre Orientierungshorizonte. Vor diesem Hintergrund versteht sich Jugendarbeit selbst als „Medium" von Aneignungsprozessen, die aber in einer engen Wechselwirkung zu anderen sozialräumlichen Zusammenhängen des Stadtteils oder der Region stehen, in dem/in der Kinder und Jugendliche aufwachsen (vgl. Deinet 2009, Krisch 2009).

In den Arrangements der offenen Jugendarbeit entstehen Erlebnis- und Erfahrungsräume sowie Experimentierfelder, die sozialräumliches Lernen ermöglichen: Dies zum Teil intentional, in Form von non-formaler Bildung, wie sie für die Angebote der Jugendarbeit, bspw. im Bereich der Jugendkultur charakteristisch ist und wie sie in den aktuellen Tätigkeitsberichten der Jugendarbeit (bspw. Verein Wiener Jugendzentren, Verein Spektrum Salzburg, Steirischer Dachverband der offenen Jugendarbeit) umfangreich beschrieben sind. Diese nehmen die Bildungsanstrengungen und Bildungspotentiale der Kinder und Jugendlichen auf und schaffen geeignete Bühnen, Nischen, Öffentlichkeiten für Kinder und Jugendliche.

Über das Prinzip der „Offenheit" und der „Freiwilligkeit" eröffnet Jugendarbeit aber auch bewusst mannigfaltige Gelegenheiten für informelle Bildungsprozesse, die sich „alltäglich und situativ" im Rahmen vielschichtiger Interaktionen und Kommunikation, der Austragung von Konflikten, der Selbstdarstellung, über eigenständige Aneignungsformen, über verschiedenste Rollenzuschreibungen, Konfrontationen mit erwachsenen Rollenträger/

innen etc. ergeben. Die Prämisse der „Freiwilligkeit" vermittelt dabei Kindern und Jugendlichen ihre Anerkennung als Subjekte, die eben auch autonom entscheiden, ob sie sich beteiligen wollen oder nicht und eröffnen so die Erfahrung von Partizipation.

Jugendarbeit ermöglicht – im Kontext der sozialen Bildungsinfrastruktur – zusammenfassend sozialräumliches Lernen und damit nicht zertifizierbare, alltagsbezogene Bildungsprozesse, eröffnet Bildungsanlässe und -gelegenheiten und fördert die Selbstbestimmung von Jugendlichen.

3. Offene Jugendarbeit – Bildung und Übergänge in Beschäftigung

Der gegenwärtige Wandel in der Bildungsdiskussion steht in engem Zusammenhang mit einem Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft (vgl. Böhnisch/Schröer 2001). Vor dem Hintergrund der Entgrenzung bzw. „Subjektivierung" der Arbeit (vgl. Kirchhöfer 2005; Kratzer 2003) werden neue Lernformen und Gelegenheiten zur Kompetenzentwicklung entwickelt, die Bildung explizit auf die veränderten Formen von Arbeit bezieht (vgl. z.B. Kirchhöfer 2001; Böhnisch/Schröer 2002, Böhnisch/Lenz/Schröer 2009). Der Übergang in Arbeit ist heute eine biografische Herausforderung, die vielfach individuell bewältigt werden muss, wobei die Bedeutung von sozialräumlichen Lernprozessen gegenüber dem institutionalisierten Lernen zunimmt (vgl. Kreher/Oehme 2005).

Mit der Entgrenzung von Arbeit und der institutionalisierten Übergänge in Erwerbsarbeit verändert sich auch die soziale Gestalt der Lebensphase Jugend (vgl. Schröer 2002; 2004). Jugend ist für viele Jugendliche kaum als ein Schon- und Experimentierraum zu begreifen, der der geschützten Vorbereitung auf die Erwachsenenphase dient. Viele Jugendliche müssen unübersichtliche und brüchige Übergänge bewältigen, was umfangreiche „Lebenskompetenzen" (Böhnisch/Lenz/Schröer 2009, S. 81) erfordert, die weit über schulisch vermitteltes Wissen hinausgehen. Bildung muss nun auch als Kompetenz gesehen werden, durch „individuelle Konstruktion von (sozialen) Wirklichkeiten" (Brater 1997, S. 150) in einer sich entgrenzenden und verlängernden Jugendphase handlungsfähig zu bleiben. Dies bezieht sich vor allem auch „auf den Prozess des Aufbaus einer eigenen personalen Lebensperspektive", die heute „nicht mehr ausreichend institutionell gewährleistet, sondern in veränderten – nun stärker von den Individuen ausgehenden – Sozialbezügen neu aufgebaut werden muss" (Böhnisch/ Münchmeier 1990, S. 54). Auch in weiterer Folge des Erwerbslebens werden die andauernde Entwicklung der individuellen Bildungskarriere (lebenslanges Lernen) und die Bewältigung uneindeutiger Berufsverläufe bedeutsam. Der Erwerb dieser Kompetenzen braucht u.a. sozialräumlich vermittelte Ressourcen für Kinder und Jugendliche, die unter anderem in der offenen Jugendarbeit (s.o. bzw. Oehme/Be-ran/Krisch 2007) vorzufinden sind.

4. Jugendarbeit und Bildungsgerechtigkeit

Jugendarbeit wird immer mehr mit der Problematik von Jugendarbeitslosigkeit und unsicheren Übergängen in Beschäftigung konfrontiert (vgl. Krisch/Oehme 2006). Dies geht mit der seit Jahren aktuellen Diskussion um die Benachteiligung Jugendlicher einher, die auf niedere Bildungsabschlüsse verwiesen und von Prekarisierung bedroht sind (vgl. Thole 2009, Oehme/Beran/Krisch 2007). Von zentraler Bedeutung ist, dass die soziale Herkunft

bzw. die Bildungsabschlüsse der Eltern weiter über den Schulerfolg entscheiden (vgl. Steiner 2010), die vorhandenen Bildungspotentiale der Jugendlichen also nicht ausgeschöpft werden. Offensichtlich gelingt es Kindern und Jugendlichen mit nicht-schulgerechten „Begabungen" kaum Abschlüsse zu erwerben, die ihnen entsprechende Chancen im beruflichen Leben eröffnen könnten. Anders formuliert, stellt sich aber auch die Frage, wieso das Bildungssystem immer weitere Teile von „Jugend(en)" ausgrenzt und freisetzt. Offensichtlich werden Bildungsanstrengungen, Kompetenzen und Fähigkeiten – die sich in der Jugendarbeit durchaus abbilden – weder wahrgenommen noch gefördert.

Zu beobachten ist, dass die Jugendarbeit dementsprechend konzeptionell reagiert und ihre bildungsorientierte Praxis weiterentwickelt. Offene Jugendarbeit vermag hier Bildungsprozesse anzuregen, die in der Schule noch nicht berücksichtigt werden und greift „Ressourcen und Handlungskompetenzen auf, die Jugendliche in ihren lebensweltlichen Kontexten ausbilden und die ihnen für die Lebensbewältigung zur Verfügung stehen. Beispiele dafür sind Mehrsprachigkeit, interkulturelle Handlungskompetenzen, aber auch andere soziale oder handwerkliche Fertigkeiten (‚skills'), die über Prozesse informellen Lernens angeeignet werden" (Reinprecht 2006). Jugendarbeit erkennt diese Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen an und sucht sie im sozialräumlichen Kontext der Jugendarbeit – bspw. in Form von Jugendkulturarbeit, Mitgestaltung in den Einrichtungen, Revitalisierungsprojekten im Stadtteil etc. – partizipativ zu fördern und sichtbar zu machen.

5. Zur Kooperation von Jugendarbeit und Schule

Von Bedeutung in der angestrebten Ausgestaltung der sozialen Bildungsinfrastruktur ist die Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule. Dabei ist zunächst anzumerken, dass die Zusammenarbeit zwischen Jugendarbeit und Schule nicht im engen Rahmen eines eingeschränkten institutionenbezogenen Bildungsbegriffes diskutiert werden kann. Von Bedeutung erscheint an dieser Stelle auch der Hinweis, dass sich der Zugang der offenen Jugendarbeit weder im Abgrenzung zu Schule, noch als Ergänzung zu dieser entwickelt hat, sondern eine eigenständige Entwicklungsgeschichte aufweist (vgl. Böhnisch/ Rudolph/ Wolff 1998; Thole 2000). Dies erklärt auch die z.T. sehr unterschiedlichen bzw. unvermittelten pädagogischen Zielsetzungen und Methoden; mitunter stehen sich sehr verschiedene Strukturprinzipien und Arbeitsformen gegenüber: Dem Prinzip der Freiwilligkeit in der offenen Jugendarbeit steht der Zwang der „Stundentafel" in der Schule, der Bedürfnisorientierung ein doch zumeist unflexibler Lehrplan, der Partizipation – trotz Formen der Schüler/innen-Mitbestimmung – und der Herrschaftsarmut im Selbstverständnis der Jugendarbeit das doch autoritär bestimmte Verhältnis zwischen Lehrer/innen und Schüler/innen gegenüber. Ähnliches gilt aber auch für die sozialräumliche Orientierung der Jugendarbeit, der die Fokussierung der Jugendlichen auf ihre Schüler/innenrolle in der Institution Schule gegenübersteht. Diese bedingt auch, dass Schule ihre Methoden aus der Perspektive der Selektion und der Leistungserbringung formuliert, währenddessen die Bildungsorientierung der offenen Jugendarbeit die Erweiterung der Handlungsfähigkeiten (vgl. Böhnisch 1993, S. 113) und die alltägliche Förderung der Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen verfolgt.

Auf der Seite der Jugendarbeit geht es darum, ihren eigenständigen Bildungsbeitrag klar darzustellen und „auf gleicher Augenhöhe" mit Schule neue Entwürfe einer ganzheitlichen Bildung – im sozialräumlichen Kontext – zu entwerfen (vgl. Krisch/Deinet/Oehme 2006,

Deinet 2009, Rätz-Heinisch/Schröer/Wolff 2009). Dabei müssen aber zunächst die politischen Bedingungen geschaffen werden, damit diese Kooperation auf Augenhöhe möglich wird. Aus der Perspektive der Jugendarbeit gilt es insbesondere darum, an Formen guter Praxis anzuknüpfen, diese aber auch hinsichtlich der Möglichkeitsbedingungen in den unterschiedlichen lokalpolitischen Kontexten zu überprüfen und nicht eine Kooperation „um jeden Preis" anzustreben. Als gemeinsamer Anknüpfungspunkt kann hier das Aneignungskonzept, welches die Grundlage einer sozialräumlichen Jugendarbeit darstellt, dienen. Über dieses lassen sich non-formale und informelle Bildungsprozesse verstehen und gestalten.

6. Bildung im Kontext sozialräumlicher Jugendarbeit

Ausgehend von diesem Bildungsbegriff lässt sich der spezifische Beitrag der offenen Jugendarbeit über ihre sozialräumliche Perspektive beschreiben (vgl., Böhnisch/Münchmeier 1990, Deinet/Reutlinger 2004, Deinet 2009, Krisch 2009, u.a.). Diese geht davon aus, dass sich Kinder und Jugendliche über die tätige Auseinandersetzung mit der räumlich vermittelten Umwelt mit gesellschaftlichen Werten, Normen und Bedeutungen auseinandersetzen, Kompetenzen und Handlungsfähigkeiten entwickeln und Identität entfalten. Basierend auf dem tätigkeitstheoretischen Ansatz des Aneignungskonzeptes (Leontjew 1973, Holzkamp 1973, u.a.) lässt sich zeigen, dass sich in der tätigen Auseinandersetzung von Kindern und Jugendlichen mit ihren materiellen und symbolischen Umwelten spezifische Lern- und Entwicklungsperspektiven – neben anderen kognitiven und emotionellen Entwicklungsformen des Kindes- und Jugendalters – eröffnen. „Die Umwelt ist dabei als gesellschaftlich geschaffene Welt zu verstehen, in der sich Tätigkeiten und Handlungen, die Ideen, die Bedingungen usw. in der Umwelt abbilden." (Oehme 2010, S. 2)

Während sich Kinder dabei „Gegenstandsbedeutungen" aneignen, diese zu verallgemeinern lernen und sich schrittweise den ökologischen Nahraum erschließen, stellt bei Jugendlichen die Erweiterung von Handlungsräumen und die Aneignung von Handlungsmöglichkeiten, ‚die in den Räumen stecken', eine typische Tätigkeit dar. Die Konfrontation mit ungewohnten Situationen und Gelegenheiten eröffnet neue Orientierungszusammenhänge und Handlungsoptionen, spezifische Formen der Eigentätigkeit und führt zur Erweiterung der Handlungskompetenzen. Bei älteren Jugendlichen steht nicht mehr so sehr die Entwicklungsperspektive der Aneignung im Vordergrund, vielmehr kommt Räumen eine zentrale Bedeutung zur Konstituierung ihrer Gleichaltrigenkultur, als Orientierungsraum und als sozialräumlich vermittelte Ressource der Lebensbewältigung zu.

Die Entwicklung der motorischen Fähigkeiten und des Verhaltensrepertoires, die Veränderung von Räumen und Situationen durch kulturelle Praktiken, die Erweiterung gegenständlicher, kreativer und medialer Kompetenz sowie die Herausbildung anderer Handlungsformen und Tätigkeiten vollziehen sich immer im Kontext sozialer Interaktionen zwischen Gleichaltrigen, zwischen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen sozialräumlich eingelagert und beinhalten somit auch immer den Erwerb von sozialen Kompetenzen.

Da Bildung nicht nur als Wissenserwerb, sondern als soziale Bildung und Entfaltung individueller Fähigkeiten verstanden wird (vgl. Sting 2002) und damit auch als „die Fähigkeit sich selbst und die Welt zu begreifen und auf dieser Grundlage zu einer autonomen Lebensgestaltung zu gelangen" (Scherr 2002, S. 94), stellen die Prozesse der sozialräum-

lichen Aneignung einen bedeutenden Bildungsaspekt dar. „Bildung meint die subjektive Aneignung, das aktive sich zu Eigen machen von verfügbarem Wissen, von Denkmöglichkeiten, ästhetischen Ausdrucksformen, Werten, Normen usw. ...” (Scherr 2002, S. 316).

Jugendarbeit ist aus diesem Blickwinkel auch selbst ein Medium von Aneignungsprozessen und entwickelt spezifische Qualitäten in ‚ihren „Räumen'. Aus pädagogischer Sicht geht es darum, Räume so zu arrangieren, dass sie lernförderlich wirken, dass sie also Aneignungsprozesse erlauben und damit Jugendlichen Handlungsoptionen eröffnen, sowie gesellschaftliche Teilhabe und biografische Perspektiven ermöglichen. Das „Arrangieren von Räumen” bezieht sich entsprechend gleichermaßen auf die „eigenen” Räume (z.B. der Jugendarbeit) wie auf den Sozialraum als Ganzes, außerhalb der Räumlichkeiten der Einrichtungen (vgl. Krisch 2005). Zum einen geht es darum, Einrichtungen mit ihren Angeboten, ihrem eigenen Programm usw. so auszugestalten, dass sie Lernprozesse ermöglichen. „Das bedeutet, dass diese Angebote mit dem Sozialraum der Jugendlichen korrespondieren müssen, dass sich sozusagen die anzueignende Welt mit ihren Fragen und Problemen im Mikrokosmos der Einrichtungen wiederfinden muss”. (Oehme/Beran/Krisch 2007, S. 89). Zum anderen geht es aber auch darum, in den Sozialräumen Zusammenhänge zwischen verschiedensten Akteur/innen herzustellen, so dass die Aneignungsmöglichkeiten der Jugendlichen erweitert werden (vgl. Oehme/Beran/Krisch 2007, S. 89 f).

7. Die bildungsorientierte Praxis der Jugendarbeit: Sozialräumliches Lernen in der Jugendarbeit

Anhand der Analyse von Beispielen, Schlüsselprozessen und Modellprojekten aus vier Organisationen der offenen Jugendarbeit wird im Folgenden, entlang verschiedener pädagogischer Ebenen, sozialräumliches Lernen veranschaulicht. Diese Projekte stehen stellvertretend für vielfältige Beispiele guter Praxis in der österreichischen Jugendarbeit und zeigen, wie Bildungsprozesse in der Jugendarbeit stattfinden bzw. angeregt werden. Die folgenden kurzen Beschreibungen beziehen sich auf die umfangreichen Dokumentationen und Verschriftlichungen des Vereins Wiener Jugendzentren, des Vereins Spektrum Salzburg und des Steirischen Dachverbandes der offenen Jugendarbeit, die über periodische Zeitschriften bzw. umfangreiche Internetarchive (vgl. www.jugendzentren.at; www.spektrum.at; www.dv-jugend.at), in denen u.a. alle Ausgaben der Publikationen als download zugänglich sind, verfügen. Ebenso wurden die Initiativen des oberösterreichischen Vereins I.S.I – Initiative für soziale Integration (www.verein-isi.at) recherchiert:

1. Ebene: Offener Raum Jugendarbeit

Über das Prinzip der Offenheit, der Freiwilligkeit und der Bedürfnisorientierung eröffnet sich eine spezifische Qualität der Jugendarbeit. Die Möglichkeit der selbsttätigen Aneignung, der Veränderbarkeit von Situationen, die Möglichkeit Interessen und Ideen einzubringen und diese auch verwirklichen zu können, schafft mannigfaltige Bildungsprozesse. Als „sozialpädagogische Arena” (vgl. Thole 2009, Cloos, Köngeter, Müller, Thole 2007) gefasst, eröffnen sich über die Auseinandersetzung mit den sozialräumlichen Angeboten in der Jugendarbeit verschiedene Nutzungsmöglichkeiten. Kommunikation, Interaktion, verschiedene Formen der Auseinandersetzung und die damit verbundenen Aushandlungsprozesse ermöglichen partizipative Entscheidungen über Zugang und Ressourcen der

offenen Jugendarbeit. Als Beispiel seien hier die Einrichtung eines Mädchenraumes und die Auseinandersetzung darüber, wer diesen wie und wann nutzen kann, des Vereins Isi genannt (http://www.verein-isi.at).

2. Ebene: Jugendarbeiter/innen: Beziehung und Reflexion

Die Anwesenheit von Sozialpädagog/innen, die in einem partnerschaftlichen, nicht autoritären Verhältnis zu den Kindern und Jugendlichen stehen, ermöglicht vielschichtige Formen der Reflexion, Spiegelung und Auseinandersetzung. Sie sind – aus einem sozialräumlichen Blickwinkel – „Teil des Raumes" und bieten in verschiedenen Rollen mit z. T. nichttraditionellen Zuschreibungen – z.B. Frauen als Leitung, Männer in Sorgefunktionen, Frauen als parteiliche Förderinnen von Mädchen, Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund in leitenden Stellungen – Bedeutungsalternativen für Jugendliche. Die Beziehung zu Erwachsenen, zu denen kein Abhängigkeits- oder Autoritätsverhältnis besteht und das sich durch eine hohe Verbindlichkeit auszeichnet, ist ein zentrales Medium der Auseinandersetzung. In den Räumen der Jugendarbeit sind damit die Geschlechterfrage und die Diversityperspektive strukturell eingelagert und ermöglichen über alternative Rollenverständnisse und Handlungsweisen sowie über die Veränderbarkeit von Situationen, spezifische Lernsituationen. Beispielsweise konnte die Burschengruppe der JugendZone 16, die mit einer eigenen Kochgruppe Rollenklischees entgegenwirken wollen (OTK(ooking), bei der Erstellung eines Kochvideos, welches auch im Community – Fernsehsender OKTO zur Ausstrahlung kam, auch ihre Medienkompetenz erweitern (http://www.jugendzentren.at).

3. Ebene: Jugendarbeit als Geselligkeitsraum: Peergroup und Zugehörigkeit

Offene Jugendarbeit eröffnet die Möglichkeit sich zu treffen, sich als Clique zu konstituieren aber auch im Rahmen der Jugendarbeit die Erfahrung von „Zugehörigkeit" – als ein bedeutendes Medium des Lernens – zu machen. So findet in der Jugendarbeit Peergroup-Lernen als ganz bedeutende Form des informellen Lernens statt, wobei auch hier wieder über gemeinsam erarbeitete Regeln des Umganges, über bestimmte Vorschläge der Formen von Gegenseitigkeit, verschiedene Lernmöglichkeiten eröffnet werden (vgl. Sting 2002). Als Beispiel sei erwähnt: Das Projekt „Streusalz" – ein Pilotprojekt der mobilen Jugendarbeit in sieben Stadtteilen Salzburgs, deren Teams mit den Jugendzentren vor Ort kooperieren – versteht sich nicht nur als Sprachrohr für die Anliegen der Jugendlichen; ihre soziokulturellen Angebote zielen auch speziell auf Gruppen- und Cliquenarbeit ab (http://www.spektrum.at).

4. Ebene: Jugendarbeit als sozialer Raum

Im Kontext „jugendkultureller Vielfalt, aber auch medial orientierter Angebote und kultur- und erlebnispädagogischer Projekte bietet Jugendarbeit bewusst und gezielt Räume, die Erfahrungen möglich machen, die in dieser Weise in anderen Lebensbereichen nur schwer zugänglich sind." (Deinet 2009, S. 147) Die Möglichkeiten in diesem Setting Konflikte auszutragen, Anerkennung zu erfahren, Zugehörigkeit zu erleben, sich in vielschichtigste Aushandlungsprozesse einzulassen, verschiedenste Formen und Möglichkeiten der Selbstdarstellung schaffen Wechselwirkungen im „Raum Jugendarbeit" die ganz spezifisch für die offene Jugendarbeit sind. Im Projekt „Bam oida" – 1. Salzburger Generationendolmetscher – einem Kooperationsprojekt von Verein Spektrum, Zentrum für Genera-

tionen und Barrierefreiheit, Jugendbeauftragter der Stadt Salzburg und Bewohnerservicestelle erstellen Jugendliche und Senior/innen einen Generationendolmetscher mit Wörtern, Phrasen und Ausdrücken, der Sprachbrücken zwischen den Generationen schaffen soll (http://www.spektrum.at).

5. Ebene: Jugendarbeit als Bewältigungsraum

Der ‚Raum' Jugendarbeit stellt eine bedeutende Ressource der Lebensbewältigung für Kinder und Jugendliche dar. Themen wie Übergänge in Ausbildung, Schule, Partnerschaft, Sexualität, Aids, Verhütung, Drogen werden ausgehend von den Lebens- und Alltagswelten der Jugendlichen und deren Stärken in Form von Angeboten und Projekten aufgenommen. Folder, Flyer, Informationsmaterialien, Internetzugänge, vielschichtige Wissensbestände der Mitarbeiter/innen prägen das sozialräumliche Klima der Jugendarbeit. KOMM lernen! – ist beispielhaft eine ganz konkrete Initiative, die Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien bei verschiedenen Lernaufgaben unterstützt. Zum einen werden Infrastruktur und Lernumgebung zur Verfügung gestellt, zum anderen wird großer Wert auf die Unterstützung durch Peers bzw. Studierende gelegt (http://www.spektrum.at).

6. Ebene: Jugendarbeit als Erlebnis- und Erfahrungsraum

Gerade vor dem Hintergrund von Bildungsbenachteiligung, die ja immer auch auf fehlende Möglichkeiten und Ressourcen zurückgeführt werden kann, bietet die offene Jugendarbeit verschiedenartige Erlebnis- und Erfahrungsmöglichkeiten an. Sei es auf der Ebene von Jugendkultur, Sport und Bewegung, sei es auf der Ebene von Internet und Medien, von Veranstaltungen oder von Stadtteilfesten. Aber auch Ausflüge und Ferienaktivitäten eröffnen neue Handlungsräume, wobei die Partizipation der Kinder und Jugendlichen ganz besonders im Blickpunkt steht. Von Jugendradiosendungen und Videoprojekten – aufgenommen auf der Straße und im Park, bis CU-tv, dem eigenen Jugendformat im Community- Fernsehsender Okto, von Gartenprojekten – Jugendliche bepflanzen und versorgen ihr eigenes kleines Grundstück – bis zum Projekt ÖKO-Ritter/innen und Climate Coolers, in dem sich Jugendliche Wien weit mit ökologischen Aspekten und Nachhaltigkeit beschäftigen, bieten diese Projekte eine Bandbreite von kleinen, flexiblen Aktionsformen bis zu längerfristigen Angeboten, die kontinuierliche Lernerfahrungen ermöglichen. (http://www.jugendzentren.at)

7. Ebene: Netzwerke über Kooperation

Jugendarbeit unterstützt Aneignungs- und Bildungsprozesse auch außerhalb ihrer Orte, insbesondere im öffentlichen Raum. Hier entstehen über Kooperationen mit Schulen, über Auseinandersetzung mit Erwachsenen, mit Verwaltung und Politik Netzwerke und Möglichkeitsräume für Jugendliche, in denen vielfältige informelle Lernprozesse stattfinden und in denen Jugendliche auch Anerkennung erfahren. Ein bereits institutionalisiertes Projekt stellt die Kinderstadt „Mini-Salzburg" dar: Alle zwei Jahre öffnet die Kinderstadt in der Eisarena und im Volksgarten für drei Wochen ihre Pforten. Mit täglich 1500 Kindern und Jugendlichen wird dieses Bildungsprojekt mittlerweile von mehr als 50 Partner/innen aus Politik, Wirtschaft, Bildung, Medien-, Sozial- und Kulturbereich unterstützt (http://www.spektrum.at).

8. Ebene: Jugendarbeit und öffentlicher Raum

Jugendarbeit fördert die Aneignungsprozesse von Jugendlichen im öffentlichen Raum und nimmt auch ein jugendpolitisches Mandat wahr. Beteiligung und politische Bildung meint sowohl Aneignung im Raum als auch vielfältige Formen politischer Bildungsprozesse. Speziell Mädchen erfahren durch die Jugendarbeit Unterstützung in ihren Bestrebungen, Plätze und Freiräume abseits klassischer Burschenterritorien zu besetzen. Beispielhaft sei hier das Wien weite Mädchenpicknick genannt, eine von Mädchen organisierte Veranstaltungsreihe im öffentlichen Raum, bei der sich Mädchen ihren Platz im öffentlichen Raum nehmen und ihn gestalten (http://www.jugendzentren.at). Einen ähnlichen Zugang bilden das steirische Projekt „Freizeichen" (http://www.dv-jugend.at) oder die oberösterreichische Initiative „green up my car" (http://www.verein-isi.at) ab, die künstlerische Interventionen im öffentlichen Raum initiieren.

9. Ebene: Jugendarbeit und Partizipation

Die Beteiligung Kinder und Jugendlicher an den Vorgängen der Jugendarbeit ist ein Charakteristikum der offenen Jugendarbeit. Die Förderung von Partizipation entspricht nicht nur einem demokratischen Prinzip, sondern geht davon aus, dass in der Mitbestimmung, in der Umsetzung von Interessen in demokratischen Aushandlungsformen und in der damit verbundenen Übernahme von Verantwortung bedeutende (politische) Bildungsprozesse eingelagert sind (vgl. Verein Wiener Jugendzentren 2008, Burgstaller/Schuster 2006, http://www.dv-jugend.at/fileadmin/user_upload/Pdfs/Partizipation_2009_download.pdf). Damit ist auch ein Ausschnitt der Kompetenzentwicklung Jugendlicher angesprochen, nämlich auch Lernprozesse selbst zu gestalten.

Der „Seitenwechsel", ein Projekt indem Jugendliche für eine Woche die Funktionen der Mitarbeiter/innen im Jugendzentrum übernehmen und Jugendarbeit selbst gestalten, steht für diesen Zugang (http://www.jugendzentren.at).

8. Übergänge in Arbeit und offene Jugendarbeit in der Praxis

In der österreichischen Jugendarbeit ist in den letzten Jahren eine intensive Auseinandersetzung mit der Frage des Überganges in Ausbildung und Beruf entstanden, welche sich zum einen in konkreten Angeboten und Projekten zur Berufsorientierung niederschlägt. Im Zentrum stehen jüngere Jugendliche denen Unterstützung bei der Bewältigung des Überganges in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zukommt. Darüber hinaus entstehen gegenwärtig in der Jugendarbeit konkrete, sehr innovative Formen der Unterstützung von arbeitslosen Jugendlichen, die z.T. auch Vorschläge für neue Formen der Ausbildung darstellen.

Jugendarbeit und Übergänge in die Ausbildung

Der Übergang in die duale Ausbildung wird auf Grund der schwierigen Situation am Lehrstellenmarkt zu einer immer größer werdenden Herausforderung, die von Jugendlichen, die sich in vielschichtigen Entwicklungsprozessen befinden, bewältigt werden muss. In der Jugendarbeit entstehen viele Formen der Unterstützung, die sich in Form von Projekten aber auch von Beratung, die sich in den alltäglichen Angeboten der österreichischen Jugendarbeit wiederfindet, abbilden.

Beispielhaft sind die jugendgerechten Berufsinformationstage in den Floridsdorfer Jugendzentren, die für alle Hauptschüler/innen des Bezirks zugänglich sind oder aber „Star Jobs – check your future", ein von Schüler/innen äußerst positiv bewertetes Berufsorientierungs-Stationenspiel, dass in enger Kooperation mit Schulen stattfindet (http://www.jugendzentren.at) oder die Mittagspausenberatung des Vereins I.S.I (http://www.verein-isi.at).

Jugendarbeit und sozialräumliche Bildungs- und Beschäftigungsförderung

Der offenen Jugendarbeit kommt die Aufgabe zu, das Thema Bildung und Beschäftigung auf eine eigene, spezifische Weise aufzugreifen. Sie hat die Chance, ihren Bildungsauftrag nicht in Hinblick auf das institutionelle Übergangssystem bzw. auf bestimmte Bildungseinrichtungen wie Schule oder Lehre, z.B. als Ergänzung für schulische Bildung, hin zu formulieren. Sie kann den bereits umfangreich dargestellten „sozialräumlichen Blick" (Deinet/Krisch 2006) einnehmen und aus dieser Perspektive Bildungsprozesse von Jugendlichen arrangieren (vgl. grundlegend dazu Böhnisch/Münchmeier 1990). Mit diesem Blick kann sie zum einen Kompetenzen bzw. Bildungsprozesse von Jugendlichen anerkennen und stärken, die in anderen, institutionalisierten Bildungseinrichtungen gar nicht als Kompetenzen anerkannt werden (vgl. Krisch/Öehme 2006). Zum anderen eröffnen die sozialräumlichen und lebensweltorientierten Zugänge der offenen Jugendarbeit den Blick auf Bildungsprozesse und Beschäftigungsstrukturen, die an Lebenswelten, Interessen und Fähigkeiten der Jugendlichen ansetzen, von ihren sozialen Räumen ausgehen, als sinnstiftend erlebt werden und Kompetenzentwicklung – auch über ein hohes Maß an Partizipation, Nutzbarmachung sozialer Netzwerke, entsprechender Öffentlichkeitsarbeit, etc. erlauben.

Im Kontext des von der EU geförderten Space!lab – Projektes ist hier die Studie „sozialräumliche Bildungs- und Beschäftigungsförderung" der Wiener Jugendzentren entstanden, welche die Arbeitsansätze und Ideen der Jugendarbeit zusammenfasst und konkrete Vorschläge beinhaltet (Oehme/Beran/Krisch 2007).

Ähnliche Zugänge finden sich in den niedrigschwelligen Beschäftigungsprojekten der vier untersuchten Organisationen.

Ausgangspunkt ist die Konfrontation mit Arbeitslosigkeit, die immer weitere Teile Jugendlicher betrifft. Ausgehend von den spezifischen Bewältigungsformen Jugendlicher, die von vielfachen Erfahrungen des Scheiterns beim Übergang in Bildung und Ausbildung geprägt sind, werden vielschichtige Initiativen entworfen, die in ihrem jugendzugewandten Setting oft alternative Organisationsformen, sozialpädagogische Ansätze und andere Formen einer entsprechenden Entlohnung aufweisen.

Hier sind beispielsweise neben „Ship Ahoi" und der Hauptschulabschlusskurse der Jugendarbeit Dornbirn (http://www.koje.at), das niederschwellige Beschäftigungsprojekt Heidenspaß – aus Recyclingmaterialien werden in der Steiermark Designprodukte hergestellt (http://www.heidenspass.cc), die „Glanpiraten", ein ökologisch betontes Projekt (http://www.spektrum.at) in Salzburg oder aber spacelab3, eine Kooperation der offenen Jugendarbeit mit WUK und Volkshilfe-Beschäftigung, die von EFS, MA 13-Landesjugendreferat, AMS und WAFF gefördert wird (http://www.space-lab.cc), zu nennen.

Literatur

Andresen, S. (2005): Bildung vor neuen Herausforderungen in Ganztagssystemen. In: Sozialextra 9/2005, Wiesbaden, S. 6-10.

Böhnisch, L. (1993): Sozialpädagogik des Kinder- und Jugendalters. Weinheim und München.

Böhnisch, L./Münchmeier, R. (1990): Pädagogik des Jugendraums. Zur Begründung und Praxis einer sozialräumlichen Jugendarbeit. Weinheim und München.

Böhnisch, L./Schröer, W. (2001): Pädagogik und Arbeitsgesellschaft, Weinheim u. München.

Böhnisch, L./Schröer, W. (2002): Soziale Benachteiligung und Kompetenzentwicklung. In: ABWF/QUEM (Hrsg.): Kompetenzentwicklung 2002. Auf dem Weg zu einer neuen Lernkultur. Münster; New York; München; Berlin, S. 199-227.

Böhnisch, L./Schröer, W. /Thirsch, H.: (2005): Sozialpädagogisches Denken. Wege zu einer Neubestimmung. Weinheim und München.

Böhnisch, L./Lenz, Karl/Schröer, W.: (2009): Sozialisation und Bewältigung. Eine Einführung in die Sozialisationstheorie der zweiten Modernen. Weinheim und München.

Böhnisch, L./Rudolph, M./Wolf, B. (Hrsg.) (1998): Jugendarbeit als Lebensort. Jugendpädagogische Orientierungen zwischen Offenheit und Halt. Weinheim und München.

du Bois-Reymond, M. (2004): Lernfeld Europa. Eine kritische Analyse der Lebens- und Lernbedingungen von Kindern und Jugendlichen in Europa. Wiesbaden.

Brown, Phillip (2004): Gibt es eine Globalisierung positionalen Wettbewerbs. In: Mackert, Jürgen (Hg.): Die Theorie sozialer Schließung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 233-256.

Bundesjugendkuratorium (2001): URL: http://www.bundesjugendkuratorium.de/pdf/1999-2002/bjk_2001_stellungnahme_zukunftsfaehigkeit_sichern.pdf [22.5.2010]

Burgstaller, P./Schuster, T. (2006): Was haben Freizeitaktivitäten mit Bildung zu tun? Die offene Kinder- und Jugendarbeit im Spannungsfeld von informellem Lernen, Spiel und Soziokultur: In: Spektrum Freizeit Heft1/2006. Bielefeld.

Brater, M. (1997): Schule und Ausbildung im Zeichen der Individualisierung. In: Beck, U. (Hrsg.) Kinder der Freiheit. Frankfurt am Main.

Cloos, P./Köngeter, S./Müller, B./Thole, W. (2008): Die Pädagogik der Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden.

Deinet, U./Krisch, R. (2006): Der sozialräumliche Blick der Jugendarbeit. Methoden und Bausteine zur Konzeptentwicklung und Qualifizierung. Wiesbaden.

Deinet, U. (Hrsg.) (2009): Sozialräumliche Jugendarbeit. Grundlagen, Methoden und Praxiskonzepte. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden.

Deinet, U. (2010): Von der schulzentrierten zur sozialräumlichen Bildungslandschaft. URL: http://www.sozialraum.de/von-der-schulzentrierten-zur-sozialraeumlichen-bildungslandschaft.php, Datum des Zugriffs: 12.04.2010

Deinet, U./Reutlinger, C. (Hrsg.) (2004): Aneignung als Bildungskonzept der Sozialpädagogik. Wiesbaden.

Kirchhöfer, D. (2005): Grenzen der Entgrenzung. Lernkultur in der Veränderung. Frankfurt a.M.

Kreher, T./Oehme, A. (2005): Übergänge in Arbeit und Beschäftigungspolitik. In: Kessl, F./Reutlinger, Ch./Maurer, S./Frey, O. (Hrsg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden S. 405-422.

Krisch, R. (2005): Sozialräumliche Perspektiven von Jugendarbeit. In: Braun, Karl-Heinz/Wetzel, Konstanze u.a. (Hrsg.): Handbuch Methoden der Kinder- und Jugendarbeit. Wien, S. 336-351.

Krisch, R. (2009): Sozialräumliche Methodik der Jugendarbeit. Aktivierende Zugänge und praxisleitende Verfahren. Weinheim und München.

Krisch, R./Deinet, U./Öehme, A. (2006) Sozialräumliche Aneignung als Bildungsperspektive – Grundzüge einer Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule. In: Wetzel, K. (Hrsg.): Ganztagsbildung – eine europäische Debatte. Impulse für die Bildungsreform in Österreich. LIT Verlag, Wien.

Krisch, R./Öehme, A. (2006) Jugendarbeitslosigkeit als Thema der Offenen Jugendarbeit. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (Hrsg.): Offene Jugendarbeit. Zeitschrift für Jugendhäuser, Jugendzentren, Spielmobile. 2/2006. Stuttgart

Mack, W. (2008): Lokale Bildungslandschaften: Neue Ansätze der kommunalen Bildungspolitik als Antwort auf Herausforderungen des Zwölften Kinder- und Jugendberichts. In: Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Hrsg.): Themenheft 7. Berlin.

Oehme, A./Beran C.M./Krisch, R. (2007): Neue Wege in der Bildungs- und Beschäftigungsförderung. Wissenschaftliche Reihe des Vereins Wiener Jugendzentren. Band 4. Wien.

Oehme, A. (2010): Der Aneignungsansatz in der Jugendarbeit. URL: http://www.sozialraum.de/der-aneignungsansatz-in-der-jugendarbeit.php, Datum des Zugriffs: 12.04.2010

Otto, H.-U./Coelen, T. (Hrsg.). (2004): Grundbegriffe der Ganztagsbildung. Beiträge zu einem neuen Bildungsverständnis in der Wissensgesellschaft. Wiesbaden.

Rauschenbach, T. (2009): Zukunftschance Bildung, Familie, Jugendhilfe und Schule in neuer Allianz, Weinheim und München.

Reinprecht, C. (2006): Arbeit und Diversität. In: Verein Wiener Jugendzentren: Fortbildung 2006. Unveröffentlichtes Manuskript. Wien.

Rätz-Heinisch, R./Schröer, W./Wolff, M. (2009): Lehrbuch Kinder- und Jugendhilfe. Grundlagen, Handlungsfelder, Strukturen und Perspektiven. Weinheim und München.

Scherr, A. (2002): Der Bildungsauftrag der Jugendarbeit: Aufgaben und Selbstverständnis im Spannungsverhältnis von sozialpolitischer Indienstnahme und aktueller Bildungsdebatte. In: Münchmeier, R./Otto, H.-U./Rabe-Kleberg, U. (Hrsg. im Auftrag des Bundesjugend-kuratoriums): Bildung und Lebenskompetenz. Kinder- und Jugendhilfe vor neuen Aufgaben. Opladen.

Schröer, W. (2004): Befreiung aus dem Moratorium? Zur Entgrenzung von Jugend. In: Lenz, K./ Schefold, W./ Schröer, W.: Entgrenzte Lebensbewältigung. Jugend, Geschlecht und Jugendhilfe. Weinheim und München, S. 19-74.

Steiner, M. (2010): Early School Leaving in Österreich 2008. Ausmaß, Unterschiede, Beschäftigungswirkung. URL: http://wien.arbeiterkammer.at/bilder/d125/StudieEarlySchoolLeaving.pdf. [15.6.2010]

Sting, S. (2002): Bildung. In: Schröer, W./Struck, N./Wolff, M. (Hrsg.): Handbuch Kinder und Jugendhilfe. Weinheim und München 2002, S. 377-393.

Verein Wiener Jugendzentren (Hrsg.)(2008): Partizipation. Zur Theorie und Praxis politischer Bildung in der Jugendarbeit. Wissenschaftliche Reihe, Band 5. Wien.

DER AUTOR:

Mag. Dr. **Richard Krisch**, Studium Soziologie und Sozialpädagogik. Pädagogischer Grundlagenreferent des Vereins Wiener Jugendzentren, Lektor an der Fachhochschule Campus Wien.

3.3 Bildung und Berufsorientierung in Kinder- und Jugendorganisationen

Benedikt Walzel

Einleitung

Bildung und lebenslanges Lernen sind heutzutage untrennbar miteinander verknüpft und beinhalten als wesentlichen Aspekt nicht-formales Lernen. Dieser Beitrag beleuchtet die Felder Bildung und Berufsorientierung in Kinder- und Jugendorganisationen von verschiedenen Blickwinkeln aus: einerseits wird aufgezeigt, welchen Beitrag Kinder- und Jugendorganisationen im Bereich der nicht-formalen Bildung leisten und welche Angebote sie im Besonderen zur Berufsorientierung setzen, andererseits werden Bildungsmaßnahmen zur Aus- und Weiterbildung der freiwillig Engagierten geschildert, wie sie von nahezu allen Kinder- und Jugendorganisationen abgehalten werden.

Zur Klärung des Bildungs- bzw. Lernbegriffs in Kinder- und Jugendorganisationen sei an dieser Stelle erwähnt:

„Nicht-formales Lernen zeichnet sich auch dadurch aus, dass es grundsätzlich frei zugänglich ist, freiwillig erfolgt, individuell auf die Lernenden zugeschnitten ist, in hohem Ausmaß von ihnen mitgestaltet wird und in flexiblen Rahmenbedingungen erfolgt. Nicht-formale Bildung ist ein organisierter Prozess, in dem junge Menschen die Möglichkeit haben, Wissen und Kompetenzen zu erwerben sowie Fähigkeiten vielerlei Art zu entwickeln." (BJV, 2006)

Kinder- und Jugendorganisationen verstehen sich dementsprechend als „Ermöglichungsräume" sowie als „gesellschaftlicher Lernort" für junge Menschen (vgl. Düx/Prein/Sass/Tully, 2009). Mit ihrer Arbeit tragen sie auch zur sozialen Integration von Kindern und Jugendlichen bei.

1. Nicht-formale Bildung in Kinder- und Jugendorganisationen

Nicht-formales Lernen als implizite Berufsorientierung

Kinder- und Jugendorganisationen fungieren als Hauptanbieterinnen nicht-formaler Bildung und spielen als „entpädagogisierte Räume" (vgl. Düx/Prein/Sass/Tully, 2009) eine wichtige Rolle in der Entwicklung junger Menschen. Im Gegensatz zum formalen Bildungssystem ermöglichen diese Räume selbstbestimmtes, selbst organisiertes Lernen und Kompetenzentwicklung abseits von Erfolgs- oder Ergebnisdruck.

Kinder- und Jugendorganisationen haben nicht-formales Lernen daher oft auch explizit als Zielsetzung in Form von Bildungskonzepten verankert. Zwei Beispiele sollen stellvertretend für die Grundsätze aller Kinder- und Jugendorganisationen zur Veranschaulichung dienen.

So heißt es etwa im Bildungskonzept der Katholischen Jungschar Österreichs (KJSÖ):

„Wir verstehen Bildung als einen sich ständig weiterentwickelnden Austauschprozess über allgemeines Wissen und individuelle Erfahrung. Im Rahmen dieses Prozesses teilen wir uns einander mit, informieren wir einander, stellen wir uns persönlichen wie sachlichen Auseinandersetzungen, lernen wir voneinander." (KSJÖ Bildungskonzept)

Bildung hat auch im Leitbild der Pfadfinder und Pfadfinderinnen Österreichs (PPÖ) „PfadfinderIn sein heißt…" einen zentralen Stellenwert:

„... ständige Weiterentwicklung fordern und fördern: Unser Kinder- und Jugendprogramm und die Aus- und Weiterbildung der Kinder- und Jugendleiter/innen werden auf Basis unserer Grundsätze kontinuierlich weiter entwickelt. Diese Weiterentwicklung basiert auf regelmäßiger Evaluierung, ständigem Austausch unserer Kinder- und Jugendleiter/innen untereinander sowie auf dem Einbringen von persönlichen Erfahrungen aus dem privaten und beruflichen Umfeld." (Leitbild der PPÖ, 2007)

Kinder- und Jugendorganisationen verfolgen mit ihrer Arbeit einen ganzheitlichen und partizipativen Bildungsansatz, wie er auch vom Bundes-Jugendförderungsgesetz gefordert wird. Neben Kriterien wie der Persönlichkeitsentfaltung sowie der körperlichen, seelischen und geistigen Entwicklung junger Menschen geht es dem Gesetzgeber ebenso darum, berufs- und karriereorientierte Bildung durch Kinder- und Jugendarbeit zu fördern (vgl. B-JFG, § 3).

In weiterer Folge wird aufgezeigt, in welcher Weise Kinder- und Jugendorganisationen diesem Anspruch gerecht werden. Die vielfältigen Ausprägungen, in denen nicht-formales Lernen in Kinder- und Jugendorganisationen stattfindet, können aus Platzgründen nur ansatzweise und beispielhaft dargestellt werden.

Düx/Prein/Sass/Tully (2009) nehmen in ihrer empirischen Studie „Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement" zum Teil eine Unterscheidung zwischen verschiedenen Beteiligungsformen in Kinder- und Jugendorganisationen vor. Dabei lässt sich jedenfalls feststellen, dass alle Formen der Einbindung in Kinder- und Jugendorganisationen nicht-formales Lernen ermöglichen. Je stärker junge Menschen jedoch in die Arbeitsstrukturen einer Kinder- und Jugendorganisation involviert sind, desto breiter ist die Palette von Fachwissen und Kompetenzen, die sie durch ihr Engagement erwerben können.

Düx/Prein/Sass/Tully (2009) weisen jedoch darauf hin, dass das, was Kinder- und Jugendorganisationen von anderen wichtigen Sozialisationsinstanzen (wie Familie, Clique oder Schule) unterscheidet, ihr jugendpolitisches Mandat ist, das auch im Bundes-Jugendförderungsgesetz beschrieben ist (vgl. B-JFG, § 3). Sie konstatieren daher auch Folgendes:

„In Organisationen, die dieses Mandat ernst nehmen und die Interessen von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum vertreten, erhalten Jugendliche die Möglichkeit, sich in Gremien und anderen Arbeitsgruppen an solchen Prozessen zu beteiligen und entsprechende Erfahrungen im politischen Raum zu sammeln. [D]ies ist ein exklusives Lernfeld der Freiwilligenorganisationen." (Düx/Prein/Sass/Tully, 2009, S. 109)

Für ausnahmslos alle beim freiwilligen Engagement erworbenen Kompetenzen lässt sich nachweisen, dass es zum Kompetenztransfer in andere Lebensbereiche kommt: Schule, Familie und Freund/innen, Mehrfachengagement, Beruf und gesellschaftliche Partizipation. Das heißt, dass (auch ehemals) freiwillig Engagierte die in Kinder- und Jugendorganisationen erworbenen Kompetenzen über ihr Engagement hinaus gewinnbringend nutzen können. In Richtung Beruf werden diese Kompetenzen im Besonderen hinsichtlich der Berufswahl, aber ebenso im Bezug auf Bewerbungsverfahren, Berufsabschluss und Berufsstatus wirksam. (vgl. Düx/Prein/Sass/Tully, 2009)

So kristallisiert sich durch freiwilliges Engagement in Kinder- und Jugendorganisationen für viele junge Menschen heraus, welche Merkmale sie für ihren späteren Beruf als wichtig erachten – sei dies etwa der Umgang mit Menschen oder das Motiv der Selbstwirksamkeit. Mitunter dienen die im freiwilligen Engagement gemachten Erfahrungen auch dazu, einen Berufswunsch zu hinterfragen und gegebenenfalls abzuändern.

Durch ihre Studie können Düx/Prein/Sass/Tully (2009) einen deutlichen Einfluss von freiwilligem Engagement auf die Berufswahl feststellen. Im Besonderen trifft dies auf die Bereiche des Sozial- und Gesundheitswesens und im erzieherischen Bereich zu.

Der klar belegbare Kompetenztransfer, der durch freiwilliges Engagement ermöglicht wird, ist nicht zuletzt ein starkes Argument dafür, die nicht-formal erworbenen Kompetenzen junger Menschen adäquat anzuerkennen und wertzuschätzen.

Explizite Berufsorientierung und Auseinandersetzung mit dem Thema Arbeitswelt

Die Auseinandersetzung mit dem Thema Arbeitswelt spielt in der inhaltlichen Ausrichtung von Jugendorganisationen seit langem eine wichtige Rolle. Neben den impliziten Möglichkeiten der Berufsorientierung setzen sie daher auch fokussiert Angebote für junge Menschen, die dem Bereich der Berufsorientierung und Bewusstseinsbildung für arbeitsweltliche Themen zuzuordnen sind.

Das reicht von Aktionen, die gemeinsam mit (betroffenen) Jugendlichen beispielsweise zu den Themen Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung entwickelt und durchgeführt werden über Schwerpunktsetzungen in Jahresprogrammen bis hin zu längerfristigen, in die laufende Jugendarbeit integrierten Projekten, in denen sich die Jugendlichen in der Gruppe mit ihren Bedürfnissen, Vorstellungen und Wünschen auseinandersetzen.

Gemäß den unterschiedlichen inhaltlichen Ausrichtungen der Kinder- und Jugendorganisationen haben sie auch verschiedene Stärken, wenn es darum geht, Jugendlichen Orientierungsmöglichkeiten zu bieten. So bietet etwa die Landjugend Österreich vor allem Jugendlichen im ländlichen Raum zahlreiche Weiterbildungsmöglichkeiten wie Rhetorik- oder Projektmanagementseminare an; Schüler/innenorganisationen führen weitreichende Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für Schüler/innenvertreter/innen durch; „parteipolitische" Jugendorganisationen bieten jungen Menschen in verschiedenen gesellschaftspolitischen Feldern zahlreiche Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten; andere Kinder- und Jugendorganisationen wiederum verschaffen jungen Menschen spezifische Weiterbildungsangebote in den unmittelbaren fachlichen Tätigkeitsbereichen der Organisationen – im musikalischen Bereich, im internationalen bzw. europäischen Feld oder etwa auch dezidiert im Natur- und Umweltbereich.

Im Folgenden werden stellvertretend für die zahlreichen Projekte von Kinder- und Jugendorganisationen einige Beispiele beschrieben, die von Jugendorganisationen durchgeführt bzw. mitgestaltet wurden.

Projekt Stellenwert – Jugend will Arbeit! der Katholischen Jugend Österreich

Im Rahmen dieser sehr stark auf Öffentlichkeit und politische Entscheidungsträger/innen ausgerichteten Kampagne der Katholischen Jugend Österreich (KJÖ) fanden seit 2007 neben Medienaktionen auch zahlreiche regionale Projekte wie Lehrlingsnachmittage, Straßenaktionen, Kunstprojekte statt. Eine Übersicht findet sich auf der Kampagnen-Homepage.

Stellvertretend wird an dieser Stelle das Teilprojekt „Mein Spot" – eine Burgwoche für arbeitssuchende Jugendliche beschrieben.

Die Zielgruppe von „Mein Spot" waren langzeitarbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene sowie Jugendliche mit Handicap im Alter von 16-24 Jahren. Das Projekt fand von 23.-27. November 2009 auf der Burg Altpernstein (Micheldorf in Oberösterreich) statt. Mit der Burgwoche wurden mehrere Zielsetzungen verfolgt: Die Jugendlichen sollten ihre eigenen Qualitäten und Ressourcen erkennen sowie Kraft und Selbstvertrauen tanken können. Das Projekt sollte Klarheit über ihren Platz in der Berufswelt verschaffen und die Teilnehmer/innen befähigen, Selbstverantwortung für ihr Leben und ihre Jobsuche zu übernehmen.

Diese Ziele konnten durch vielfältige Methoden (beispielsweise Erlebnis- und Theaterpädagogik, multimediale Kunsttherapie, Peer Coaching) und professionelle sowie individuelle Unterstützung durch die Trainer/innen über die Woche hinaus erreicht werden.

Die Kurzfilme, die in dieser Woche von den Teilnehmer/innen gedreht wurden und in denen sie zu den Fragestellungen „Wer bin ich? Was kann ich? Was will ich?" gearbeitet hatten, konnten die Teilnehmer/innen bei einem Präsentationsabend im Jänner 2010 in Linz vorstellen.

Bewerbungstraining für Jugendliche – Österreichische Gewerkschaftsjugend

Seit 1997 werden Bewerbungstrainings für Jugendliche organisiert. In 2-tägigen Workshops wird vor allem mit Schüler/innen aus Hauptschulen und Polytechnischen Schulen zu Fragestellungen, die sie im Vorfeld eines Bewerbungsverfahrens beschäftigen, gearbeitet. Alle Teilnehmer/innen bekommen am Anfang des Workshops eine Arbeitsmappe, die konkrete Tipps und Hilfestellungen beinhaltet. Weiters erhalten sie Informationen über Berufe durch Videos, Broschüren und das Internet. In Rollenspielen, in denen die Jugendlichen beispielsweise auch die Arbeitgeber/innen-Perspektive einnehmen, werden mögliche Fragen, Problemstellungen und Situationen erprobt und Lösungsmöglichkeiten gefunden. Erklärtes Ziel der Workshops ist es, gemeinsam mit den Jugendlichen Hemmschwellen abzubauen.

Ein besonderer Motivationsfaktor, um am Workshop teilzunehmen, ist sicherlich auch die kostenlose Nutzung der Infrastruktur (PC, Telefon, Internet), die vielen Jugendlichen eine tatsächliche Bewerbung bei Firmen und das konkrete Vereinbaren von Vorstellungsterminen erst ermöglicht.

Zusätzlich haben die Jugendlichen nach dem Workshop die Möglichkeit einer individuellen Nachbetreuung, das heißt, es wird ihnen weiterhin geholfen, Bewerbungen zu formulieren, sich telefonisch zu bewerben oder sich auf ein Vorstellungsgespräch vorzubereiten.

Bis Ende des Jahres 2009 haben bereits rund 7000 Jugendliche an solchen Bewerbungstrainings teilgenommen.

Materialpaket Freier Sonntag

Unter Beteiligung von Österreichischer Gewerkschaftsjugend, Katholischer Jugend Österreich, Naturfreundejugend Österreich und Bundesjugendvertretung wurde von der Allianz für den freien Sonntag ein Materialpaket für die Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen erstellt. Neben den geschichtlichen und rechtlichen Informationen enthält die Broschüre auch Anleitungen zu kreativen Methoden (Plan- und Rollenspiele) sowie zur liturgischen Umsetzung des Themas. Das Materialpaket kann auf der Website der Allianz kostenlos bestellt oder heruntergeladen werden.

2. Bildungsmaßnahmen von Kinder- und Jugendorganisationen

Jede Kinder- und Jugendorganisation bildet ihre freiwillig Engagierten für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen aus, um so die Qualität ihrer Angebote sicherzustellen und das Engagement junger Menschen professionell zu unterstützen und zu begleiten. Die Ausbildungen beinhalten stets allgemeine Grundlagen (wie etwa Pädagogik, Gruppendynamik, etc.) und organisationsspezifische Elemente.

Nachfolgend werden stellvertretend einige Bildungsmaßnahmen von Kinder- und Jugendorganisationen ausführlicher beschrieben. Nähere Informationen dazu sowie über Ausbildungen anderer Kinder- und Jugendorganisationen sind den jeweiligen Websites der Organisationen zu entnehmen.

Lehrgang Jungschararbeit der Katholischen Jungschar Österreichs

Die Katholische Jungschar Österreichs (KJSÖ) bietet jährlich den Lehrgang Jungschararbeit an. Das Angebot richtet sich sowohl an die eigenen Mitarbeiter/innen als auch an andere interessierte Personen, die mit Kindern im außerschulischen Freizeitbereich pädagogisch arbeiten. (Die Teilnehmer/innen des Lehrgangs sollten an kirchlicher Kinder- oder Jugendarbeit interessiert sein, religiösen Inhalten offen gegenüberstehen bzw. eine christliche Lebenseinstellung haben. Die KJSÖ wirbt besonders unter jenen Personen, die eine Leitungsaufgabe in der Jungschar übernehmen bzw. übernommen haben, für den Lehrgang.)

Der Lehrgang ist in fünf Module mit den folgenden Schwerpunktsetzungen unterteilt:

- Einführungsseminar – Arbeiten in einem Verband: Neben dem Kennenlernen und dem Zusammenfinden als Gruppe geht es im Einführungsseminar vor allem auch um die Auseinandersetzung mit Traditionen, Zielsetzungen und Arbeitsweisen der Organisation.
- Methoden und Techniken der Beratungsarbeit: In der konkreten Jungschararbeit kommt es mitunter auf sachkundige Bildung und praxisbezogene Fachberatung an. In diesem Modul werden persönliche Haltungen im Umgang mit anderen Menschen reflektiert und beraterische Kompetenzen erworben.
- Jungschararbeit im Spannungsfeld Kirche und Gesellschaft: Engagement in einer Organisation ist stets mit deren jeweiligen Zielsetzungen und Werthaltungen verbunden und bedeutet letztendlich für die Engagierten, dass sie „für eine Sache einstehen". Dieser Kursteil setzt sich mit den Fragestellungen und den Anfragen von außen, die sich daraus ergeben können, auseinander und bietet den Teilnehmer/innen die Möglichkeit, ein tragfähiges Selbstkonzept für ihr Engagement zu entwickeln. Zudem geht es auch darum, was unter einer zeitgemäßen seelsorglichen Kinder- und Jugendarbeit verstanden werden kann und wie sich diese in der Gesellschaft verorten lässt.

- Global denken und handeln: Die Arbeit der KJSÖ ist in gesamtgesellschaftliche Entwicklungen eingebettet und wird auch von diesen beeinflusst. Um sich anwaltschaftlich für ein gutes Leben von Heranwachsenden engagieren zu können, müssen die Mitarbeiter/innen daher über gesellschaftliche Entwicklungen Bescheid wissen, Position beziehen und ihr Handeln danach ausrichten können. Dieses Seminar geht anhand von Beispielen auf globale Entwicklungen ein und vermittelt die Fähigkeit, Konsequenzen für das konkrete politische Handeln im Kleinen zu ziehen.
- Teamleitung und Entscheidungskompetenz: Die KJSÖ sieht wie die meisten Kinder- und Jugendorganisationen in ihrer Organisationsstruktur eine breite Basisbeteiligung vor. Demzufolge sind Entwicklungsprozesse oft vielschichtig und Entscheidungen in Teams zu treffen. Eine wichtige Anforderung an die Mitarbeiter/innen ist daher die Leitung und Begleitung derartiger Teamprozesse. Dieses Seminar bietet den Teilnehmer/innen die Möglichkeit, Rahmenbedingungen für eine gelingende Teamarbeit zu entwickeln und anwenden zu können. Leitungsaufgaben und kooperative Entscheidungskultur stehen sowohl in der Theorie als auch in der Praxis auf dem Programm des Moduls.

Um den Lehrgang erfolgreich absolvieren zu können, müssen die Teilnehmer/innen alle Module besuchen und ein eigenständiges Praxisprojekt, das während des Lehrgangs durchgeführt wird, dokumentieren. (Wer nicht den kompletten Lehrgang besuchen will, hat die Möglichkeit einzelne Module als individuelle Weiterbildungsmaßnahme zu wählen.)

Kinder- und Jugendleiter/innen-Ausbildung der Pfadfinder und Pfadfinderinnen Österreichs

„Die Ausbildung von Jugendleitern und Jugendleiterinnen ist so alt wie die Pfadfinder/innenbewegung selbst." Dieser Satz findet sich als Einleitung zur Beschreibung des Ausbildungsweges auf der Website der Pfadfinder und Pfadfinderinnen Österreichs (PPÖ). Die Ausbildung für Jugendleiter/innen umfasst bei der PPÖ drei Bereiche:

- Persönliches Lernen: Leiter/innen eignen sich selbstverantwortlich und in der Reflexion ihrer Tätigkeit mittels Unterstützung von Behelfen und Ausbildungsunterlagen eigenständig Kenntnisse und Fertigkeiten an.
- Lernen in der Pfadfinder/innengruppe: Die Ausbildung innerhalb der Pfadfinder/innengruppe hat bei den PPÖ eine zentrale Bedeutung. Nur so können die Kontinuität der Ausbildung und die Abstimmung der Inhalte auf die Bedürfnisse der Pfadfinder/innengruppe bzw. auf die Bedürfnisse der einzelnen Jugendleiter/innen gewährleistet werden. Möglichkeit zur Ausbildung in der Gruppe bilden Gruppenrat, Pfadfinderleiter/innenrunden, Pfadfinderleiter/innenwochenenden, aber auch gemeinsame Reflexion von Veranstaltungen und „Training on the Job". Zur Unterstützung der Gruppen gibt es geeignete Arbeitsbehelfe und Schulungen.
- Lernen in Seminaren: Seminare, die von speziell geschulten Trainer/innen der PPÖ geleitet werden, vermitteln die Fertigkeiten und Kenntnisse, die nicht durch das Lernen in den Pfadfinder/innengruppen abgedeckt werden können. Durch solche Seminare bewirken die PPÖ ein einheitliches Ausbildungsniveau ihrer Leiter/innen. Zudem stellen die Seminare für die Teilnehmer/innen ein persönliches Erlebnis und ein Motivationselement dar.

Zur Umsetzung dieses Konzepts gibt es bei den PPÖ eigene Bundes- bzw. Landesausbildungsteams sowie eigene Richtlinien (Verbandsordnung, Organisationshandbuch der Ausbildung).

Die Ausbildung für Jugendleiter/innen passiert entlang der vier Alterstufen, in die Kinder und Jugendliche bei den PPÖ eingeteilt werden: Wichtel und Wölflinge (7-10 Jahre), Guides und Späher (10-13 Jahre), Caravelles und Explorer (13-16 Jahre), Ranger und Rover (16-20 Jahre). Diese „Stufenleiter/innen"-Ausbildung haben im Jahr 2009 über 1000 junge Menschen absolviert.

Darüber hinaus bieten die PPÖ ihren freiwillig Engagierten auch die Möglichkeit, den Ausbildungsweg zum/zur Gruppenleiter/in oder Trainer/in der PPÖ einzuschlagen.

SPOT und P.U.L.S. – Bildungsangebote der Alpenvereinsjugend

Die SPOT Seminare sind das alpine und pädagogische Bildungsprogramm und umfassen auch die Jugendleiter/innenausbildung der Alpenvereinsjugend. Die SPOT Seminare stehen grundsätzlich allen offen, die Interesse an persönlicher Weiterbildung haben. Alle Angebote haben zum Ziel, das Repertoire der teilnehmenden Multiplikator/innen aus der Kinder- und Jugendarbeit zu erweitern. Der Leitgedanke ist dabei, den Teilnehmer/innen mehr Handlungssicherheit zu geben, sie mit neuen Ideen anzuregen und neben technischen Tools vor allem auch ein Gespür für die Begegnung mit Gruppen und mit Natur zu vermitteln. Den inhaltlichen Schwerpunkt des Bildungsangebots bilden Kurse zur handlungsorientierten Kinder-, Familien- und Jugendarbeit und zur Erlebnispädagogik. Einige Kurse sind für spezielle Zielgruppen konzipiert, andere richten sich nach Themenschwerpunkten.

Lehrgang „Alpinpädagogik": Der Lehrgang „Alpinpädagogik" wendet sich an alle, die sich für die Arbeit mit Gruppen im alpinen Naturraum qualifizieren wollen. In erster Linie werden Interessierte aus der Kinder- und Jugendarbeit angesprochen, die Interesse an Bewegung, Natursport und kreativem Gestalten mit und in der alpinen Natur haben. Um den Lehrgang beginnen zu können sind keine speziellen Kenntnisse nötig.

Die Teilnehmer/innen müssen zu Beginn der Ausbildung mindestens das 16. Lebensjahr und zum Abschluss der Ausbildung mindestens das 18. Lebensjahr vollendet haben. Die gesundheitliche, physische und psychische Verfassung der Teilnehmer/innen muss die Leitung einer Gruppe im alpinen Gelände ermöglichen.

Weitere Seminarangebote der Alpenvereinsjugend umfassen etwa Themen wie Erlebnispädagogik, Integrative Jugendarbeit, Rescue Management oder auch Sozialpädagogik.

Unter dem Titel **P.U.L.S.** (Praxis.Umwelt.Leben.Sommer.) bietet die Alpenvereinsjugend jungen Menschen ab 18 Jahren auch die Möglichkeit, ein Medienpraktikum zu absolvieren. Nach einem Startworkshop im Frühjahr übernehmen die Praktikant/innen dann eigenverantwortlich die Pressearbeit für ein ausgewähltes Projekt. Durch „learning by doing" trainieren sie, Pressetexte zu formulieren und den Kontakt zu Journalist/innen herzustellen. Die Projekte, die sie im Sommer mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit betreuen und unterstützen, sind beispielsweise Umweltbaustellen oder Bergwaldprojekte. Neben Presseaussendungen und einer Pressekonferenz erstellen die Medienpraktikant/innen auch eine umfassende Projektdokumentation. Während des ganzen Praktikums steht den Praktikant/innen ein professioneller Mediencoach zur Verfügung. Nach Abschluss des Praktikums erhalten die Teilnehmer/innen ein vom Lebensministerium ausgestelltes Zertifikat.

3. Ausblick – Herausforderungen für die Jugendpolitik

Vor dem Hintergrund der eben geschilderten Situation erscheinen folgende Punkte zukunftsweisend für die Gestaltung von Jugendpolitik:

- Förderung von freiwilligem Engagement: 2011 ist das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeiten. Bei der Umsetzung der damit verbundenen Zielsetzungen (unter anderem Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen und Stärkung von Freiwilligenorganisationen) auf nationaler Ebene gilt es im besonderen Maße Kinder- und Jugendorganisationen zu berücksichtigen und einzubeziehen, da sie Hauptanbieterinnen für nicht-formale Bildung von jungen Menschen sind.
- Anerkennung für nicht-formal erworbene Kompetenzen schaffen: Zur Aufwertung der Kompetenzen, die junge Menschen in Kinder- und Jugendorganisationen entwickeln und auf andere Lebensbereiche übertragen, bedarf es einer umfassenden und adäquaten Anerkennung seitens Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.
- Förderung von Berufsorientierung im nicht-formalen Bildungssektor: Lernen in Kinder- und Jugendorganisationen funktioniert anders als im formalen Bildungssystem und eröffnet Kindern und Jugendlichen alternative Lernmöglichkeiten. Dies muss von Politik und Wirtschaft als große Chance begriffen und dementsprechend unterstützt werden.
- Förderung von Bildungsmaßnahmen von Kinder- und Jugendorganisationen: Wie anhand ausgewählter Beispiele aufgezeigt wurde, leisten Kinder- und Jugendorganisationen Großartiges im Bereich der Qualifizierung ihrer freiwillig Engagierten. Da diese Bildungsarbeit auch einen Nutzen für Wirtschaft und Gesellschaft darstellt, ist eine entsprechende Unterstützung durch öffentliche Gelder angebracht und erforderlich.

Literatur

Bildungskonzept der Katholischen Jungschar Österreichs, Juni 1999

Bundes- Jugendförderungsgesetz, BGBl 2000/126

Düx, Wiebken et al. (Hg.) (2009): Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement: eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften

Leitbild der Pfadfinder und Pfadfinderinnen Österreichs, 2007

Positionspapier der Bundesjugendvertretung „Anerkennung nicht-formaler Bildung", 2006

Positionspapier der Bundesjugendvertretung „Freiwilliges Engagement", 2010

Websites

www.alpenvereinsjugend.at [15.6.2010]

www.freiersonntag.at [14.6.2010]

www.jugendvertretung.at [15.6.2010]

www.jungschar.at [14.6.2010]

www.landjugend.at [15.6.2010]

www.oegj.at [15.6.2010]

www.ppoe.at [14.6.2010]

DER AUTOR:

Mag. **Benedikt Walzel**, Geschäftsführer der Österreichischen Bundesjugendvertretung (bis Ende 2010).

3.4 Niederschwelliger jugendgerechter Zugang zur beruflichen Qualifizierung

Martin Hagen

Was als „Bildung" gilt, hat in den vergangenen zwanzig bis dreißig Jahren einen deutlichen Wandel erfahren. Denn obwohl die Pflichtschulzeit immer noch auf neun Jahre festgelegt ist, genügt die Absolvierung lediglich der Pflichtschule nicht mehr, um als gebildet zu gelten. Wer heute maximal Pflichtschulabschluss aufweist, der wird als Mensch mit „akutem Qualifikationsbedarf" klassifiziert – von der medialen Öffentlichkeit ebenso wie von Bildungspolitikern und Unternehmen. Diesem Wandel der Anforderung an Bildung entspricht aber kein institutioneller Wandel, mit dem diese Anforderungen bewältigt würde: Für die erforderliche Ausbildungszeit von bis zu zwölf Jahren gibt es weder ein Recht auf einen Ausbildungsplatz noch die Garantie eines entsprechenden Angebots. Es gibt zwar einen gesellschaftlichen Bildungsdruck, aber keine wirkliche „Bildungsgarantie" bis zum 17. oder 18. Lebensjahr (Schneeberger, 2009, S. 70-72).

Statt dass Ausbildungskapazitäten über den heutigen Pflichtschulabschluss hinaus garantiert werden – und so die Pflichtschulzeit de facto von neun auf zwölf Jahre verlängert wird –, behilft sich die Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik mit einem uneinheitlichen System von „Auffangnetzen", die allesamt den Charakter des Experimentellen, des Temporären und des Karitativen haben. Wenn aber die Politik die inzwischen eingetretene faktische Verlängerung der „Pflichtbildungszeit" von neun auf zwölf Jahre ernst nimmt, dann muss sie für die zusätzliche Zeit auch entsprechende Kapazitäten bereitstellen – und das nicht in Form von „Projekten", anlassbezogenen Förderungen oder Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes, sondern systematisch und dauerhaft. Diese Kapazitäten müssen vor allem für jene Jugendlichen da sein, deren Bildungs- oder Persönlichkeitsreife am Ende der jetzigen Pflichtschulzeit weder für eine weiterführende Schule noch für eine Lehrlingsausbildung genügt.

Das gegenwärtige System errichtet äußerst starre zeitliche Hürden, wenn es um lebensgeschichtlich prägende Qualifikationsentscheidungen geht: Mit zehn Jahren wird entschieden, ob ein Kind ins Gymnasium oder in die Hauptschule und dort womöglich in die dritte Leistungsgruppe kommt. Mit fünfzehn Jahren wird entschieden, ob ein Jugendlicher auf eine weiterführende Schule, in eine Lehre oder unqualifiziert ins berufliche Abseits kommt. Solche Fixierungen auf Lebensjahre berücksichtigen nicht die unterschiedlichen Familienverhältnisse und Persönlichkeitsentwicklungen von Jugendlichen, sondern stellen Weichen, wo gerade im schwierigen Lebensabschnitt des Erwachsenwerdens Verständnis, Flexibilität und beratende Begleitung erforderlich wären. Solchen Anforderungen wollen besonders konzipierte Qualifizierungsprojekte gerecht werden, wie sie im Folgenden beschrieben werden.

1. Bildungs- und erwerbsfern– die Zukunft bereits verbaut?

Jedes Jahr ist in Österreich eine jeweils neue Gruppe von nahezu 10.000 Jugendlichen mit einer betrüblichen Tatsache konfrontiert: Ihre Ausbildung war nach dem 9. Pflichtschuljahr, das in manchen Fällen nicht einmal zu einem positiven Schulabschluss geführt hat, formal zu Ende, und sie haben auch keine Aussicht, eine fehlende Lehre oder eine weiterführende Schule vor Vollendung des 24. Lebensjahres nachzuholen. Im Jahre 2008 umfasste das Alterssegment zwischen 18 und 24 Jahren rund 66.900 Personen ohne Bildungsabschlüsse der Sekundarstufe II (Statistik Austria, 2009).

Eine aktuelle Erhebung des Forschungsinstituts Synthesis zum Stichjahr 2007 (Kamleitner et al., 2008) geht von einer Gesamtzahl von fast 150.000 jungen Menschen im Alter zwischen 15 und 24 aus, die einen akuten Qualifikationsbedarf aufweisen. Denn sie verfügen weder über eine abgeschlossene Lehre oder den Abschluss einer weiterführenden Schule noch stehen sie in einer Aus- oder Weiterbildung. Wir haben es deshalb bei der Qualifizierung von Jugendlichen mit zwei Gruppen zu tun:

1. jenen, die ihr Erwerbsleben immerhin als Hilfsarbeiter/innen bestrebten, aber für eine dauerhafte Erwerbsintegration bzw. eine Verringerung ihres Beschäftigungsrisikos einer qualifizierten Ausbildung bedürften. Hier handelte es sich 2007 österreichweit um 118.000 Personen im Alterssegment der 15- bis 24-Jährigen;
2. jenen, die durch eine Ausbildung oder Anlehre überhaupt an eine nachhaltige Erwerbskarriere herangeführt werden müssten, da sie sich aus dem regulären Arbeitsmarkt dauerhaft zurückgezogen haben. Im Alterssegment der 15- bis 24-Jährigen handelt es sich im Jahr 2007 um 31.000 Personen (Kamleitner et al., 2008, S. 11).

Es ist offensichtlich, dass solche Jugendlichen überwiegend nur mit niederschwelligen Angeboten erreicht werden können, da sie von den herkömmlichen Institutionen wie AMS oder Berufsberatungsstellen nicht erfasst werden bzw. sie sich diesen entziehen. Von besonderem Interesse für die Bildungsverantwortlichen sind zuerst einmal jene Jugendlichen, die den Übergang von der Schule in die Lehre nicht schaffen und auch nicht als lehrstellensuchend beim AMS vorstellig werden. Sie gelten gleichsam als „U-Boote", die es mit innovativen Methoden zu orten gilt. Bei diesen „U-Booten" handelt es sich zum einen um jene, die direkt nach ihrer Pflichtschullaufbahn (mit oder ohne Abschluss) eine Hilfsarbeiter/innen-Tätigkeit aufnehmen und die dadurch zumindest im Erwerbsleben stehen. Zum anderen aber sind es Jugendliche, die in der einen oder anderen Form erwerbsfern bleiben: Sie leben von Zuwendungen ihrer Familien, informellen Tätigkeiten, Hilfstätigkeiten im Graubereich des Schwarzmarkts oder – vorrangig Mädchen – von unbezahlter Familienarbeit.

Doch es geht nicht nur um die soeben erwähnten Jugendlichen, die nach der Schule quasi verloren gegangen sind. Sondern es geht auch um jene, die zwar einmal den Weg ins Erwerbsleben oder zu einer Lehrausbildung gefunden haben, sich dann aber rasch wieder aus dem formalen System zurückgezogen haben. Und schließlich geht es um jene Jugendlichen, deren Position auf dem Arbeitsmarkt aus anderen als nur aus Qualifikationsgründen prekär ist: weil sie schon sehr früh sozial auffällig geworden sind, mit dem Gesetz ernsthaft in Konflikt gekommen sind und auch schon Gefängnis- oder Drogenentzugsaufenthalte hinter sich haben. Für sie alle sind die Beratungs- und Qualifizierungsprojekte der Jugendarbeit, die anschließend beschrieben werden, konzipiert.

2. Frühe Bildungsabbrecher/innen in Österreich

Als „frühe Bildungsabbrecher/innen" (Early School Leavers) werden nach EU-Definition Jugendliche zwischen 18 und 24 Jahren bezeichnet, die maximal über Bildungsabschlüsse unterhalb der Sekundarstufe II (dies entspricht ISCED- Level 3c) verfügen und an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen. Das sind also Jugendliche, die weder einen Lehrabschluss noch den Abschluss einer weiterführenden Schule vorweisen können. Haben sie also höchstens einen Hauptschulabschluss (oder nicht einmal diesen), den Abschluss einer Polytechnischen Schule oder auch einer lediglich einjährigen berufsbildenden Schule, dann gelten sie als „frühe Bildungsabbrecher/innen" (Steiner, 2009, S. 141). Manchmal werden sie, dem englischen Terminus (early school leavers) entsprechend, auch als „frühe Schulabgänger" bezeichnet, doch ist das irreführend, weil es sich eben generell um Jugendliche handelt, die nach der Pflichtschulzeit keine weitere Ausbildung machen.

2008 betrug der Anteil dieser frühen Bildungsabbrecher/innen in Österreich 9,6 % des oben erwähnten Alterssegments (EU-15: 16,9 %; EU-27: 15,2 %). In Österreich weisen damit insgesamt rund 66.900 Personen keinen weiterführenden Bildungsabschluss auf, darunter 34.500 junge Männer und 32.400 junge Frauen (Statistik Austria, 2009).

Diese Systematik ist für Zwecke praktischer Bildungsmaßnahmen allerdings nicht scharf genug. Denn sie macht keinen Unterschied zwischen jenen, die zwar die Pflichtschule positiv abgeschlossen haben, aber dann nicht weiterqualifiziert wurden, und jenen, bei denen es nicht einmal zu einem positiven Pflichtschulabschluss gereicht hat. Diese letztere Gruppe ist statistisches Niemandsland, weil solche Jugendlichen weder in den bisherigen Volkszählungen noch in den laufenden Mikrozensen noch in der bisher ausgewerteten Bildungsdokumentation des BMUKK als eigene Gruppe erfasst werden.

Betrachtet man die frühen Bildungsabbrecher/innen unter dem Aspekt des Migrationshintergrundes bzw. des Geburtslandes, dann zeigt sich das folgende Verhältnis:

- Der Anteil bei Österreicher/innen ohne Migrationshintergrund liegt bei 4,3 %.
- Der Anteil bei Österreicher/innen mit Migrationshintergrund (zweite Generation, in Österreich geboren, aber Geburtsland der Eltern im Ausland) liegt bei 18,8 %.
- Ein Wert von 29,8 % wird bei Migrant/innen der ersten Generation (Geburtsland außerhalb der EU-15) verzeichnet (Steiner, 2009, S. 148).

Dieser Wert bei Migrantinnen und Migranten der ersten Generation ist nicht überraschend, weil genau dieses niedrigqualifizierte Bevölkerungssegment im Zuge der Gastarbeiterpolitik angeworben wurde. Der Wert für die zweite Generation, die bereits das österreichische Bildungssystem durchlaufen hat, liegt jedoch signifikant höher als jener der Österreicher/innen ohne Migrationshintergrund; allerdings zeigt er eine – wenn auch zu geringe – Bildungsmobilität im Vergleich zur Elterngeneration.

3. Unterstützung für den beruflichen und sozialen Neubeginn

Die Jugendlichen, die in Qualifizierungsprojekten der Offenen Jugendarbeit eingebunden sind, haben ähnliche Problemlagen, aber jeweils eigene Geschichten. Sie sprechen flüssig Dialekt, doch bei einigen hapert es mit dem Hochdeutschen. Ein paar haben versucht, durch Bewerbungen und Schnupperlehren einen Platz auf dem Arbeitsmarkt zu finden, doch sind sie damit, auch nach zahlreichen Versuchen, gescheitert. Etwa die Hälfte hat keinen Hauptschulabschluss, ein Mädchen hingegen ist nach zwei Jahren Handelsschule wegen psychosomatischen Problemen aus ihrer Bildungslaufbahn geworfen worden. Einige sind noch nie mit dem AMS in Berührung gekommen, andere hingegen schon, aber mit eher demotivierenden Erfahrungen, da entweder die Kurse nichts brachten oder Jobs angeboten wurden, die absolut nicht in die gewünschte Berufsrichtung gingen.

Nun aber haben sie eines gemeinsam: zwei Betreuerinnen, die ihnen als Partnerinnen in der beruflichen und persönlichen Orientierung zur Verfügung stehen, und die Möglichkeit, 15 Stunden in der Woche zusammen mit hochqualifizierten Fachkräften an einem handwerklichen Projekt zur Renovierung alter Holzboote zu arbeiten. Das soll den Weg in den ersten Arbeitsmarkt öffnen. Dazu gehört nun die Gewinnung von Arbeitsmotivation, die vorher nie richtig entstanden oder auf Grund vergeblicher Bewerbungen und langer Wartezeiten verschwunden war, von Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit, das in der bisherigen Schulkarriere kaum jemals geweckt worden war, von Zeit- und Arbeitsdisziplin, die schon auf Grund der Unbeständigkeit des familiären Umfelds oft nicht gefördert worden war. Und schließlich die Aussicht, in einem Projekt unter demselben Dach wenn nötig den Hauptschulabschluss zu machen.

Auch die oben erwähnten Jugendlichen würden wahrscheinlich in diesem Segment der Unqualifizierten verbleiben, wenn ihnen nicht ein eigener Qualifikationsweg in die Arbeitswelt abseits bürokratischer Institutionen und Verfahren geboten würde: nämlich mittels Angeboten der Offenen Jugendarbeit, der Jugendkultur und der mobilen Jugendarbeit.

4. Forschungsbedarf

Für eine Beobachtung längerfristiger Trends der Qualifikationsentwicklung Jugendlicher wäre es wünschenswert, wenn Daten der Schulstatistik bzw. der Bildungsdokumentation des BMUKK, der Lehrlingsstatistik, des Arbeitsmarktservice, des Mikrozensus und der EU-SILC-Erhebungen sowie der Sozialversicherungsträger regelmäßig in übersichtlicher Form zusammengeführt würden. So wie es eine Übersichtspublikation des BMUKK „Zahlenspiegel 2008 – Statistiken im Bereich Schule und Erwachsenenbildung in Österreich" gibt, sollte es ein Kompendium „Jugend in Zahlen" geben. Dabei sollten wesentliche statistische Verläufe für folgende Bereiche deutlich werden:

- Wie viele Personen verlassen das Schulsystem ohne Pflichtschulabschluss?
- Welche Bildungs- und Berufswege werden nach dem 9. Schuljahr eingeschlagen?
- Wie viele Jugendliche sind in Maßnahmen außerhalb der kontinuierlichen Schullaufbahn zur Nachholung eines Hauptschulabschlusses österreichweit eingebunden?
- Drop-out-Zahlen für Lehre und weiterführende Schulen, einschließlich nicht bestandener Lehrabschluss- und Schulabschlussprüfungen.

- Wie viele Pflichtschulabgänger/innen gehen direkt auf den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt, wie viele auf den informellen und wie viele in Maßnahmen? Wie viele bleiben ohne selbständige und unselbständige Beschäftigung (arbeitslose, arbeitsuchende, Familienarbeiter/innen)?
- Wie viele Jugendliche ziehen sich nach kurzen Arbeitsmarktkontakten dauerhaft aus dem Erwerbsleben zurück und wie viele werden arbeitslos?
- Wünschenswert wäre eine Aufschlüsselung der Bildungsabbrecher in solche, die zumindest einen positiven Hauptschulabschluss erzielt haben, sowie jene, die andere Schulformen abgebrochen haben.
- Wie viele und welche Qualifizierungsmaßnahmen gibt es, die weniger als 20 Wochenstunden umfassen und folglich nicht den Förderrichtlinien des AMS genügen? Sind solche Maßnahmen bereits evaluiert worden?

Alle diese Verläufe müssten noch einmal alters- und geschlechterspezifisch sowie im Hinblick auf den Migrationshintergrund differenziert werden.

5. Niederschwellige Qualifizierungs- und Beschäftigungsmodelle für Jugendliche

Die Zahl der frühen Bildungsabbrecher/innen liegt in Österreich, wie erwähnt, bei 10 %. Auf politischer Ebene entsteht Handlungsdruck, hat sich doch Österreich die Benchmark gesetzt, bis 2010 bei „Early School Leavers" einen Prozentsatz von 5,1 % zu erreichen (Steiner, 2009, S. 143). In den vergangenen fünf Jahren wurden zur Verringerung dieser Zahl mehrere nationale Strategien und Programme umgesetzt, unter anderem das „Österreichische Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung" (2005), der „Nationale Aktionsplan für soziale Eingliederung" (2001), der „Nationale Aktionsplan für Beschäftigung" (1998) sowie die verschiedenen operationellen Programme Österreichs im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF); weiters das Jugendausbildungssicherungsgesetz (JASG), das „Auffangnetz für Jugendliche" und „Jobs4Youth" sowie die „Ausbildungsgarantie bis zum 18. Lebensjahr" (Steiner, 2009, S. 143). Dazu kommt noch das Programm „Beschäftigung Österreich 2007-2013" mit der „Integration arbeitsmarktferner Personen" (ESF, 2009), das eine Reihe von Angeboten für arbeitsmarktferne Jugendliche in den Bundesländern realisiert. Als Träger fungieren bei fast allen Programmen klassische Bildungsanbieter (ZSI, 2009).

Berufsorientierung- und Beratung für Jugendliche

Zu den niederschwelligen Berufsorientierungs- und Beratungsprojekten zählt XXL 221 des Vereins Wiener Jugendzentren (Stadt Wien, 2009). Dieses „mobile" Projekt der Wiener Jugendzentren wurde zur Unterstützung, Förderung und Beratung für arbeitssuchende Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren im 21. und 22. Bezirk der Bundeshauptstadt eingerichtet. Es bietet Informationen zu Berufslehrgängen, Lehrwerkstätten und Angeboten des AMS, zu gesetzlichen Bestimmungen rund um die Lehrlingsausbildung, informiert über aktuelle Lehrstellenangebote und Ausbildungsadressen. Die Jugendlichen haben die Möglichkeit, sich auf Vorstellungsgespräche und Aufnahmetests vorzubereiten. PCs, Telefon, Fax und Internetzugang stehen in der Servicestelle zur Verfügung.

Das Projekt „mut! Geschlechtssensible Berufsorientierung mit dem Schwerpunkt Mädchen und Technik" wird vom Verein Akzente – zuständig für die außerschulische Jugendarbeit in Salzburg – als Träger sowie vom Mädchenzentrum Amazone (Vorarlberg), dem Mädchenzentrum Klagenfurt (Kärnten), dem Verein Mafalda – Verein zur Förderung und Unterstützung von Mädchen und jungen Frauen (Steiermark) und dem Verein Sprungbrett, einer Beratungsstelle für Mädchen und junge Frauen von 12 bis 21 (Wien), neben anderen Trägern aus dem Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsbereich umgesetzt. Die genannten Einrichtungen sind ebenfalls in der Jugendarbeit engagiert (Verein Akzente, 2009).

„Job Talks" wurde im Rahmen des Europäischen Pakts für die Jugend vom BMWA (jetzt BMWFJ) als Pilotprojekt der Jugendinformation umgesetzt. Das Projekt wurde für Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen (schulische Problemlagen, Behinderung, Migrationshintergrund etc.) konzipiert und hilft ihnen, mit Unterstützung von Expert/innen in Kleingruppen herauszufinden, welche Berufsausbildung ihren Interessen und Neigungen entspricht, welche Chancen auf dem Arbeitsmarkt bestehen und wie sich auf einen Berufseinstieg vorbereiten können. „Job Talks" soll zukünftig in den Jugendinformationsstellen und Jugendeinrichtungen in den Bundesländern angeboten werden, die dadurch aktiv in die Förderung der Jugendbeschäftigung eingebunden sein werden (BMWA, 2007, S. 149-150).

Auch die Jugendinfo-Stellen in den Bundesländern decken im Bereich Arbeit alle Ebenen ab – von Informationen über die Arbeits- und Lehrstellensuche, Informationen für Jungunternehmer/innen und bereits Arbeitende bis hin zu alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten. Ein Projekt, das über die reine Informations- und Servicetätigkeiten hinausgeht, ist „Jobcoaching", angesiedelt in der Jugendinfo Oberösterreich. Die Jugendinfo Oberösterreich bietet Jugendlichen, die die Pflichtschule abgeschlossen haben oder kurz davor sind und nun einen passenden Lehrberuf suchen, den Jobcoach-Service. Persönliche Jobcoaches unterstützen die Jugendlichen bei der Suche nach einer passenden Lehrstelle. Die Coaches erstellen gemeinsam mit den Jugendlichen ein individuelles Trainingsprogramm. Dabei werden sie durch vier Stufen gecoacht: Stufe 1 – Berufsorientierung, Stufe 2 – Berufswahl, Stufe 3 – Berufssuche, Stufe 4 – Berufseinstieg.

Der Jugendservice Oberösterreich führt das Projekt seit Juni 2006 durch. Circa 1.200 Jugendliche nehmen pro Jahr teil. Die Jugendinfo OÖ hat im Jahr 2008 nach eigenen Angaben mit seinen 15 Job Coaches und den 31 Coaches-4YOU insgesamt 2001 Jugendliche persönlich erreicht hat. Zusätzlich wurden 247 Jugendliche, welche bereits vor dem 1.1.2008 ins Coaching aufgenommen wurden, weitergeführt bzw. wieder aufgenommen. 1267 Jugendliche sind 2008 ins aktive Jobcoaching eingetreten. Von den 1079 abgeschlossenen Coachings wurden 932 Jugendliche auf einen Ausbildungsplatz vermittelt, sodass das Coaching erfolgreich beendet werden konnte.

Das Thema Beschäftigung steht bei der verbandlichen Jugendarbeit nicht im Vordergrund.

In Verbänden, wie Musik- und Sportvereinen, werden Verlässlichkeit, Disziplin und die Fähigkeit zum selbständigen Zeitmanagement vorausgesetzt. Auch in anderen Vereinen, die Jugendarbeit betreiben, werden bestimmte soziale Grundkompetenzen vorausgesetzt, auf denen aufbauend dann sogenannte „Soft Skills" entwickelt werden: Teamfähigkeit, Einsatzbereitschaft, Verantwortungsbewusstsein, Konfliktfähigkeit und Entscheidungsstärke. All das sind Voraussetzungen, die bildungsschwache und erwerbsferne Jugendliche oft nicht mitbringen.

Doch auch Jugendliche in der verbandlichen Jugendarbeit können mit Problemen ihrer beruflichen Zukunft konfrontiert sein. Aus diesem Grund haben einzelne Verbände, vor allem die Katholische Jugend mit ihrem Fachbereich „Arbeit", begonnen, Anlaufstellen für arbeitslose Jugendliche zu schaffen und das Thema Berufsorientierung in ihre Tätigkeiten zu integrieren. Dies geschieht in Kooperation mit Schulen, AMS und Wirtschaft.

Die Qualifizierungsaktivitäten der verbandlichen Jugendarbeit sind im Zusammenhang dieser Untersuchung nicht eigens erhoben worden.

De facto führen auch alle Bildungsanbieter in den österreichischen Bundesländern – von Arbeiter- und Wirtschaftskammern über Berufsförderungsinstitute bis zu den Trägern sozialer Arbeit – Projekte zur beruflichen Qualifikation Jugendlicher durch. Dazu einige Beispiele: AR.SOS in Niederösterreich, ein Projekt des SOS-Kinderdorfes in Kooperation mit dem AMS Niederösterreich; das Projekt RE.Chance in Oberösterreich, in dem das BFI Oberösterreich als Lead-Träger fungiert; SOS-Jobfit in der Steiermark, getragen vom SOS-Kinderdorf in Kooperation mit weiteren Partnern wie dem Arbeitsmarktservice Steiermark.

Qualifizierungsangebote für Jugendliche bieten auch die in Österreich bestehenden acht „Produktionsschulen" an; bis 2011 sollen weitere elf eingerichtet werden. Es wird dann eine in Wien, jeweils zwei in Kärnten und Tirol, vier in Vorarlberg, sechs in Oberösterreich und vier in der Steiermark geben. Auch „Jugend am Werk" in der Steiermark und in Wien ermöglicht Berufsbildung für Jugendliche. Weiters wird im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) unter dem Titel „Beschäftigung Österreich 2007-2013" eine Reihe von Projekten zur Integration arbeitsmarktferner Jugendlicher in den Bundesländern finanziert (TEPs, 2010).

Niederschwellige Qualifizierungsprojekte für Jugendliche in der Offenen Jugendarbeit

Der Autor dieser Expertise ist selbst seit vielen Jahren in der Offenen Jugendarbeit tätig und hat aus dem dort erkennbaren Bedarf zwei Arbeits- und Qualifizierungsprojekte – Alb@tros und Job Ahoi! – initiiert. An ihnen kann gut demonstriert werden, nach welchen Prinzipien solche Projekte in der Offenen Jugendarbeit erfolgreich funktionieren können. Sie bauen auf den Grundlagen der Offenen Jugendarbeit auf – Freiwilligkeit, Niederschwelligkeit, nicht hierarchisch und „Kultur der zweiten und dritten Chance", d. h. Akzeptanz von Abbrüchen und Wiederzulassung zum Projekt. Die Selbstmotivation und die Eigeninitiative der Jugendlichen werden gefördert. Das verlangt fürs erste von den Jugendlichen keine allzu große Umstellung auf dauerhafte Arbeitsleistung und Zeitdisziplin, schafft also keinen abrupten Übergang in das Arbeitsleben. Stattdessen werden Routinen des Berufsalltages nach und nach eingeübt. Im Folgenden werden die drei wichtigsten Methoden beschrieben, die die Wirkung dieser Projekte begründen.

1. Die Jugendlichen erreichen: Niederschwelliger Zugang über Freizeitangebote

Die Jugendlichen werden über die Angebote der Offenen Jugendarbeit, wie Konzerte oder den Offenen Betrieb in den Jugendzentren, angesprochen. Hier sind besonders Jugendliche mit Migrationshintergrund erreichbar. Assoziationen zum schulischen Milieu werden bewusst vermieden, da die Angehörigen der Zielgruppe in der Regel schon früher mit den schulischen Leistungsanforderungen und Autoritätspersonen nicht oder nur schwer zu

Rande gekommen sind. Aus demselben Grund ist keine vorgängige Meldung beim AMS als arbeitsuchend erforderlich. Die Angebote werden somit von den Jugendlichen als Projekte der Offenen Jugendarbeit und nicht als schulische oder Projekte des Arbeitsmarktservice wahrgenommen. Hier erhält auch die Mobile Jugendarbeit, zum Beispiel auf öffentlichen Plätzen, Veranstaltungsorten und informellen Treffs, eine besondere Rolle: Mitarbeiter/innen der Mobilen Jugendarbeit sprechen Jugendliche auf diese Ausbildungsangebote an. Die beiden Projekte sind räumlich und organisatorisch an das bestehende Jugendzentrum angebunden; auch dies senkt die Zugangsschwelle, weil die Jugendlichen das Zentrum als angenehmen Aufenthaltsort frequentieren, um dort Tischfussball zu spielen und ohne Konsumzwang Freunde zu treffen. Die enge Zusammenarbeit mit dem Jugendzentrum und die Bewerbung durch die Mobile Jugendarbeit fördern die Mundpropaganda innerhalb der Zielgruppe.

2. Die Jugendlichen im Projekt halten: die größte Herausforderung

Die Jugendlichen in den Projekten zu halten, hat sich als die eigentliche Herausforderung erwiesen. Auf Grund des oft jahrelangen Fehlens eines geregelten Tagesablaufes sind die Jugendlichen meist nur in der Lage, mit wenigen Arbeitsstunden pro Tag zu starten. Das ergibt also pro Woche nicht jene 20 Arbeitsstunden, die das AMS als Untergrenze für anerkannte und damit auch geförderte Qualifizierungsmaßnahmen fordert. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass diese Mindestanforderung bei solchen Jugendlichen nicht schlagartig einsetzen darf, sondern dass solche Wochenstundenleistungen über Wochen und Monate erst langsam erreicht werden müssen. Andernfalls scheiden viele Jugendliche aus derartigen Projekten wieder aus. Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich, wenn ein Teil dieser geforderten Stunden durch selbständige Arbeit von Jugendlichen bei e-Learning oder Prüfungsvorbereitungen außerhalb von Kursen erbracht wird. Dann ist ein überprüfbarer Nachweis gegenüber dem AMS ebenfalls schwer möglich.

Die Jugendlichen, ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse stehen im Zentrum aller Aktivitäten: Zu Beginn wird mit ihnen eine auf ihre individuellen Fähigkeiten und Möglichkeiten abgestimmte Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Es herrscht das Prinzip der „Kultur der zweiten und dritten Chance": Längere Abwesenheiten werden toleriert, mehrmaliges Fehlen führt nicht dazu, dass die Jugendlichen die Qualifizierungsmaßnahme verlassen müssen, allerdings werden mangelnde Disziplin, aggressives Verhalten oder Teilnahmslosigkeit in regelmäßiger Gruppen- und Einzelarbeit von den Betreuer/innen und Fachkräften pädagogisch thematisiert. Die Jugendlichen erhalten somit einen strukturierten Tagesablauf, und besonders wichtig: sie spüren rasch einen Erfolg, sei es durch den modularen Aufbau von Leistungsbewertungen bei Alb@tros oder durch die Bezahlung des (nicht allzu hohen) Lohnes für die tatsächlichen Anwesenheits- und Arbeitsstunden am Ende jeder Woche.

3. Vermittlung der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt: durch persönliche Begleitung, Betreuung und Beratung

Das wichtigste Ziel ist es, die Jugendlichen in den Arbeitsmarkt zu vermitteln. Die Herausforderung besteht deshalb darin, Jugendliche soweit und solange zu begleiten, bis sie im ersten oder zweiten Arbeitsmarkt ihren Platz finden und sich dort auch behaupten können. Das verlangt ein gewisses Maß an persönlicher Nähe, das aber nicht erdrückend wirken darf, und gleichzeitig Distanz, um die Stärkung des Selbstbewusstseins und der Selbständigkeit zu erlauben. Es geht also um Empowerment und um die Vermittlung sozia-

ler und beruflicher Erfolgserlebnisse. Besonders wichtig ist es, den Jugendlichen viel Zeit zuzugestehen, weil sie Entwicklungen durchmachen sollen, für die ihnen früher die Unterstützung und oft auch die nötige Zeit gefehlt hatten.

Der Betreuer/innen-Schlüssel wird der Situation angepasst und ergibt sich aus der Zahl und Arbeitsdauer der Jugendlichen. Mindestens zwei bis drei Monate vor dem prognostizierten Projektabschluss sollte der/die Jugendliche mit Unterstützung der Betreuer/innen eine Arbeitsstelle, eine Lehrstelle oder einen Platz in einem Arbeitsprojekt des AMS (z.B. in einem „Überbetrieblichen Ausbildungszentrum") in Aussicht haben. Wenn keine Vermittlung auf den 1. oder 2. Arbeitsmarkt zu erwarten ist, verlieren die Jugendlichen meist auch ihre Motivation zum Hauptschulabschluss. Sie brauchen unbedingt eine realistische Berufsperspektive. Das ist ein wichtiger Faktor für den Erfolg dieser Projekte.

Das sind auch die grundlegenden Unterschiede zu Qualifizierungsmaßnahmen, wie sie zum Beispiel vom AMS in Arbeitsprojekten oder von klassischen Bildungsträgern angeboten werden. Denn dort werden in der Regel von vorneherein ein Zeitmanagement und eine Leistungsbereitschaft vorausgesetzt, die einer normalen Erwerbslaufbahn auf dem Arbeitsmarkt entsprechen, an denen jedoch gerade die zu fördernden Jugendlichen anfangs gescheitert sind.

Für den Erfolg von Job Ahoi ! sprechen die aktuellen Zahlen: Das Projekt bietet Platz für 12 Jugendliche. 2008 wurde das Projekt speziell für Mädchen ausgeweitet: Bei Job Ahoi! Design werden Handtaschen produziert, so dass derzeit insgesamt 16 bis 17 ständige Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Im Schnitt bleiben Jugendliche vier bis sechs Monate im Projekt. 2008 haben 38 Jugendliche (davon 8 Mädchen) bei Job Ahoi! (und Job Ahoi! Design) mitgearbeitet. 18 von ihnen konnten im Laufe des Jahres in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden, andere wurden von Maßnahmen des AMS übernommen oder haben vorrangig für einen erfolgreichen Hauptschulabschluss gearbeitet.

Inzwischen gibt es in Vorarlberg weitere Projekte, die das Erfolgsmodell von Job Ahoi! übernommen haben: „Startbahn für beschäftigungslose Jugendliche"; ein Projekt der Caritas Vorarlberg. (Caritas Vorarlberg, 2009) und WerkSTADT Bregenz mit dem Träger INTEGRA – Arbeitsinitiative Regio Bodensee gem. GmbH (Integra, 2009).

6. Maßnahmenempfehlungen

Da nicht zu erwarten ist, dass die Zahl früher Bildungsabbrecher/innen in Zukunft wesentlich abnimmt, müssen Wege gefunden werden, diese Jugendlichen aufzufangen und in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Auf Grund bisheriger Erfahrungen erweist sich eine enge Verbindung von niederschwelligem Zugang zu Qualifizierungen mit Methoden, die sich in der Offenen Jugendarbeit als wirksam erwiesen haben, zielführend. Diese Methoden brauchen also keineswegs auf die Offene Jugendarbeit beschränkt zu bleiben, sondern können auch in anderen Umgebungen und von anderen Trägern angewandt werden. Außerdem müssen folgende institutionelle Rahmenbedingungen gesichert werden:

Qualifikation der Mitarbeiter/innen

Es braucht in der Betreuung der Jugendlichen sowohl Mitarbeiter/innen mit sozialpädagogischer Qualifikation (als Sozialarbeiter/innen oder Psycholog/innen) als auch solche mit einer handwerklichen Ausbildung.

Betreuungsschlüssel

Angesichts des erforderlichen Betreuungsaufwandes muss auf ein realistisches Verhältnis von Betreuenden und Jugendlichen Wert gelegt werden. Auf zwei bis drei Jugendliche sollte eine Betreuungsstelle kommen, wobei aber zu anzumerken ist, dass in diesen Projekten Jugendliche nicht die volle Wochenarbeitszeit anwesend sind, sodass die Zahl der Jugendlichen pro betreuender Fachkraft entsprechend größer ist.

Pädagogische Prinzipien

Zu den pädagogischen Prinzipien dieser Projekt gehört, dass nicht die formelle Erfüllung von Arbeitszeiten in Vordergrund steht, sondern die Jugendlichen schrittweise angeleitet werden, Arbeitsmotivation zu entwickeln, Zeitmanagement zu lernen sowie Beratung und Begleitung in Anspruch zu nehmen. Es handelt sich hier also nicht ausschließlich und auch nicht in erster Linie um die Einübung handwerklicher Fertigkeiten, sondern um einen nachholenden Sozialisationsprozess, in welchem Fähigkeiten erworben und eingeübt werden, die generell für ein gelingendes Berufsleben erforderlich sind. Solche Prozesse benötigen ihre Zeit, und zwar individuell recht unterschiedlich. Deshalb müssen diese Projekte, um erfolgreich zu sein und die Jugendlichen für normale Arbeitszeiten fit zu machen, in den Eingangsphasen auch geringe Wochenarbeitszeiten unter 20 Stunden akzeptieren. Denn: „Stundenweise arbeiten ist besser als gar nichts arbeiten". Ebenso muss man berücksichtigen, dass Jugendliche angesichts der sozialen Verfassung ihrer Familien immer wieder selbst Aufgaben zum Familienerhalt übernehmen müssen und dafür Zeit brauchen.

Nach bisherigen Erfahrungen sind Jugendliche, die auf Anhieb mit 20 oder 30 Stunden Wochenarbeitszeit diszipliniert umgehen können, die Ausnahme. Ein wesentlicher Motivator für die Arbeit ist der klare Zusammenhang von Arbeitszeit und Lohn. Durch die wöchentliche Auszahlung des Lohnes wird dieser Zusammenhang jeweils deutlich gemacht. Wenn keine Voraussetzungen für eine Sozialversicherung mehr vorliegen, dann sollte eine Zusatzversicherung für Geringfügige (derzeit rund € 55.-- pro Monat) finanziert werden und dieser Betrag ebenfalls als zusätzlicher de-facto-Lohn deutlich gemacht werden.

Evaluierung

Alle Qualifizierungsprojekte bedürfen einer regelmäßigen Evaluierung, damit ihre Tauglichkeit für eine Überführung in das Regelsystem der beruflichen Bildung geprüft wird.

Erfolgreiche Projekte sollten als Good-Practice-Modelle auch in anderen Bundesländern bekannt gemacht und als Anregungen für den Ausbau der Angebote niederschwelliger Qualifizierung für Jugendliche herangezogen werden.

Erfordernis für neue Richtlinien

Das beschriebene Qualifizierungsmodell „Job Ahoi !"wird derzeit vom AMS als „Modellprojekt" eingestuft und erhält eine Finanzierung von der Stadt Dornbirn, dem Land Vorarlberg, dem AMS, der EU sowie der HIT-Stiftung und dem Rotary Club. Das Problem besteht aber darin, dass diese Qualifizierungsmaßnahmen Arbeitszeiten unter 20 Stunden zulassen und dies den derzeitigen AMS-Förderrichtlinien für Projekte im Regelsystem nicht entspricht. Außerdem gelten die Jugendlichen, trotz stundenweiser Beschäftigung, als arbeitsuchend und werden somit in der Arbeitslosenstatistik geführt. Das wiederum bedeutet

nach den gegenwärtigen Regeln, dass das AMS seiner Vermittlungsaufgabe formal nicht gerecht wird. Die Jugendlichen werden deshalb nach drei Monaten, wenn bis dahin die Integration in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt nicht geglückt ist, einer der üblichen Kursmaßnahmen zugeteilt – und damit aus diesen Qualifizierungsprojekten herausgerissen. Dies ist für alle Systempartner kontraproduktiv, denn es ist klar, dass ein solcher Sozialisations- und Qualifikationsprozess für einen Erfolg sehr oft mehr als drei Monate benötigt.

Erforderlich wäre also eine Regelung, der zufolge auch Qualifizierungsprojekte gefördert werden, in denen weniger als 20 Wochenstunden gearbeitet wird.

Literatur

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2007): Wirtschaftsbericht 2007. Wien

Caritas Vorarlberg (2009): Startbahn für beschäftigungslose Jugendliche. www.caritas-vorarlberg.at/spenden/aktuelle-projekte/inlandsprojekte/startbahn-fuer-beschaeftigungslose-jugendliche

Europäischer Sozialfonds (2009): Europäischer Sozialfonds. http://www.esf.at/?page_id=236 [18.8.2009]

INTEGRA – Arbeitsinitiative Regio Bodensee gem. GmbH (2009): Werkstadt Bregenz. www.integra.or.at [10.8.2009]

Kamleitner, Daniel et al. (Günter Kernbeiß, Ursula Lehner, Karin Städtner, Paul Timar, Michael Wagner-Pinter) (2008): Jugendliche mit akutem Qualifikationsbedarf 2007–2015 – Monitoring und Prognosen; erstellt im Auftrag des Arbeitsmarktservice Österreich. Wien

Katholische Jugend Österreichs

Schneeberger, Arthur (2009): Bildungsgarantie bis zum 18./19. Lebensjahr – Entwicklungen und Perspektiven in der Berufsbildung in: Specht, Werner (Hg.): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009 – Band 2. Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen. S. 55-72. Graz: Leykam

Stadt Wien (2009): XXL 221. http://sozialinfo.wien.gv.at/content/de/10/InstitutionDetail.do?it_1=2098755&senseid=32 [18.8.2009]

Statistik Austria (2009): Frühe Schulabgänger http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/fruehe_schulabgaenger/index.html [18.8.2009]

Steiner, Mario (2009): Early School Leaving und Schulversagen im österreichischen Bildungssystem. in: Specht, Werner (Hg.): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009 – Band 2. Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen. S. 141-159. Graz: Leykam

TEPs – Territoriale Beschäftigungspakte in Österreich (2010): TEP Projekte http://www.pakte.at/projekte/2932/list [31.3.2010]

Verein Akzente (2009): Mut-Mädchen und Technik. http://www.mut.co.at) [10.8.2009]

Zentrum für Soziale Innovation – ZSI (2009): Projekte der TEPs zur Umsetzung des Schwerpunktes 3b "Integration arbeitsmarktferner Personen" (ESF – Operationelles Programm "Beschäftigung Österreich 2007-2013") http://www.pakte.at/projekte/2932/list?land=0&project_status=&projektzielgruppe=3512&sort=title [18.8.2009]

Dieser Beitrag entstand in Zusammenarbeit mit Dr. Eva Häfele und mit Hilfe von Texten Informationen, die von Carmen Willi (Landesjugendbeirat Vorarlberg) und von Johanna Koch (aha – Tipps & Infos für junge Leute) zur Verfügung gestellt wurden.

DER AUTOR:

Dr. **Martin Hagen**, Psychologe und seit 17 Jahren Geschäftsführung Offene Jugendarbeit Dornbirn

Arbeitsfeld: Offene Jugendarbeit in Theorie und Praxis und Jugendthemen allgemein

Mitglied/Mitarbeit im: Landesjugendbeirat Vorarlberg, Beirat Berufsorientierung und Jugendbeschäftigung des Vorarlberger Beschäftigungspaktes, Obmann der koje (Vorarlberger Dachverband für Offene Jugendarbeit), Arbeitsgruppe Schulsozialarbeit, Vorstandsmitglied der bOJA (Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit)

3.5 Lebensphase Jugend und Anforderungen an die Jugendarbeit

Heinz Schoibl

Einleitung

Jugend ist historisch gesehen ein junges gesellschaftliches Phänomen, dessen Entstehung in der Blütezeit des Bürgertums auf das späte 19. / frühe 20. Jahrhundert datiert werden kann. Folgende Eckpfeiler waren wesentlich an der Herausbildung der Jugend als eigenständige Entwicklungsphase beteiligt und im Zuge der Modernisierung der Gesellschaft einem weitreichenden Veränderungsprozess ausgesetzt.

Die kontinuierliche Ausweitung der allgemeinen Schulpflicht führte im Verlauf der letzten Jahrzehnte zu einer weitgehenden Entpflichtung der Jugendlichen von Arbeit und reproduktiven Verpflichtungen. Diese Freistellung von (re-)produktiven Verpflichtungen ist mit steigenden Leistungsanforderungen, einer durchgängigen Ausweitung der Ausbildungszeiten bis hin zum Prinzip des lebenslangen Lernens als Perspektive gesellschaftlicher Veränderung verknüpft. Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass der Zugang zu höherer schulischer und beruflicher Bildung nicht mehr nur für kleine Bevölkerungsgruppen realisiert ist, sondern – zumindest theoretisch – Jugendlichen aus allen Schichten und Klassen die Option auf Bildung eröffnet. Die individuellen Perspektiven in Hinblick auf Bildung, Beruf und Lebensgestaltung sind sowohl vielfältig als auch anspruchsvoll geworden.

Effekte demografischer Entwicklung in Stichworten:

- Rückgang von Mehrgenerationen- und Mehrkindfamilien
- steigende Scheidungsziffern und Zunahme von Patchwork-Familien
- Anteil der kinderlosen Haushalte steigt
- Single- und kinderlose Haushalte dominieren die sozialen Nahräume.

1. Ablösung aus dem sozialen Nahraum

Der demografische Wandel der Gesellschaft führt dazu, dass Jugendliche zur „Restgröße" in den sozialen Nahräumen schrumpfen. Jugendliche verbringen einen zunehmend größeren Teil ihrer ‚freien' Zeit gemeinsam in der Gruppe der Gleichaltrigen und verständigen sich in diesem Rahmen auf jugendspezifische Gesellungsformen (von Gangs bis Cliquen, von Peer Groups bis Szenen). Dies führt letztlich zu einer Ablösung dieser Altersgruppe aus den sozialen Nahräumen. Von Bedeutung erscheint dabei, dass dieser Individualisierungsdruck bereits in frühen biografischen Phasen zum Tragen kommt und auch vor jüngeren Jugendlichen nicht halt macht. Jugendforscher/innen konstatieren, dass mittlerweile bereits 11 – 12Jährige sich als Jugendliche verstehen und Zugang zu jugendlichen Gesellungsformen sowie zu den Infrastruktureinrichtungen für Jugendliche suchen. Der Abschied von der Kindheit findet fortschreitend bereits in früheren Altersphasen statt (Kromer 1995).

Verstärkt wird dieser Trend durch die zunehmende Modernisierung der urbanen Lebensräume, wonach insbesondere der Raumbedarf des motorisierten Individualverkehrs und die kommerzielle Nutzung der öffentlichen Räume die Freiräume für Jugendliche zunehmend enger machen. Während die Bedeutung des sozialen Nahraums für Jugendliche abnimmt und diese immer weniger attraktive Möglichkeiten vorfinden, sich im öffentlichen Raum zu treffen und aufzuhalten, steigen die Anforderungen an die Einrichtungen der sozialen Infrastruktur für Jugendliche, Nischen für eine ‚sinnvolle' Freizeitgestaltung bereit zu stellen. (Schoibl 2009)

Mehrere Faktoren der Gesellschaftsentwicklung haben zu einer entscheidenden Veränderung der Mobilität von Jugendlichen geführt. Hervorzuheben sind hier insbesondere nahraumübergreifende Orientierungen in den Lebensbereichen Bildung, Freizeit und Konsum sowie die Strategie der (neuen) Familien, sich nahraumübergreifende soziale Netzwerke unter Nutzung der vorhandenen Infrastrukturangebote zu schaffen. Gleichzeitig werden damit die Strukturen im Nahraum sozial entleert, die ‚Räume' für ein soziales (Er)Leben vor Ort enger. Die moderne Stadtforschung hat für diese Entwicklung den Begriff der „Verinselung der Stadträume" (Herlyn 1990) geprägt, wonach die sozialen Kontakte der Familien und ihre Bekanntschafts- und Verwandtschaftsnetze sich nicht auf den jeweiligen Siedlungsraum konzentrieren, sondern über den ganzen Stadt- bzw. regionalen Raum streuen. Der soziale Horizont der Familien fördert soziale und räumliche Mobilität, setzt diese gewissermaßen voraus und veranlasst Jugendliche dazu, sich in sozialer sowie räumlicher Hinsicht qualitativ neu zu verorten. Parallel zu diesen lebensweltlichen Veränderungen im Zeichen der Modernisierung der Gesellschaft entsteht durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie eine zunehmende Medialisierung ein verstärkter Impuls, die internationalen bis globalen Jugendkulturen in den je eigenen Erfahrungshorizont hereinzunehmen.

2. Unumkehrbar anders – der soziale Ort Jugend im Wandel

Jugendlichen sind im Rahmen höherer sozialer Mobilität vielfältige Chancen auf sozialen Aufstieg und neue Möglichkeiten zur Realisierung eigener Wünsche und Ziele eröffnet. Zum einen stehen große Entscheidungen (Berufswahl und Bildungswege, künftige Lebensform, sexuelle Orientierung etc.) an. Zum anderen sind die Jugendlichen damit konfrontiert, sich (absehbar) aus ihren familiären Bezügen abzulösen und eine selbstständige und selbstbestimmte Grundlage für ihr künftiges Leben zu schaffen. Das ist, wie jede/r von uns aus eigener Erfahrung weiß, keine einfache Sache: Konflikte mit der eigenen Orientierung sowie mit Personen im engeren / weiteren Umfeld sind in gewissem Sinne normal bis vorprogrammiert.

Neue Chancen bedeuten auch Risiken und Belastungen

Bei Jugendlichen sind in diesem Zusammenhang neue Bedürfnisse festzustellen, die sich nur teilweise auf jeweils konkrete Mängel- und Problemlagen beziehen, sondern ihrerseits auf den umfassenderen lebensweltlichen Zusammenhang verweisen. Insbesondere sind in diesem Zusammenhang Bedürfnisse nach Orientierung und Entscheidungssicherheit zu nennen, welche die künftige Lebensplanung und -gestaltung betreffen. Fragen der Persönlichkeitsentwicklung, der individuellen Sinnsuche sowie der Identitätsbildung stehen im Mittelpunkt dieser neuen Bedürfnisqualität. Diesen unspezifischen Bedürfnissen nach ganz-

heitlichen Rahmenbedingungen für soziale Erfahrungen und individuelle Lebensplanung entspricht häufig ein äußerst unkonkretes Nachfrageverhalten. Entsprechende Erwartungen werden eher diffus an die Eltern und/oder an zentrale Bezugspersonen in Nachbarschaft und Schule gerichtet, die aber vielfach anderen Prioritäten verpflichtet sind. All das wird überlagert von einer zunehmenden Präsenz der Massenmedien, die weitgehend unsortiert den Alltag von Jugendlichen mit vorgefertigten Lebensentwürfen, Vorbildern und hochstilisierten Geschlechtsrollenklischees überschwemmen.

Jugend in der Moderne

Individualisierung, Qualifizierung und Mobilisierung stellen neue Rahmenbedingungen dar und sorgen für eine weitgehende Ausdifferenzierung der Lebenslage Jugendlicher. Schillernde Blasen der Konsum- und Warenwelt im Kontext von Internationalisierung, (Hochglanz-) Medien und Jugendkulturen lenken von individuellen Belastungen und systematischen Überforderungen ab.

Problematisch wird es dann, wenn die betroffenen Jugendlichen in dieser Situation auf sich alleine gestellt bleiben bzw. adäquate Hilfestellungen aus welchen Gründen auch immer nicht annehmen können. Unter diesen Vorzeichen kann es dann passieren, dass Jugendliche Entscheidungen treffen, die ihren weiteren Lebensweg, ihre Optionen und Chancen tendenziell belasten. Umso wichtiger erscheint es vor diesem Hintergrund, dass es nicht bei der ‚ersten Chance' auf eine eigenständige Entscheidung bleibt. Nur zu oft gilt es sicherzustellen, dass Fehlentscheidungen und –entwicklungen nicht in der Sackgasse enden sondern bearbeitet und revidiert werden können. Viele Jugendliche brauchen eine zweite (dritte …) Chance, um Folgen einer Fehlentwicklung abwenden bzw. diese so gering als möglich halten zu können.

Damit ist gleichhin auch der Auftrag umrissen, der sich verstärkt an die Einrichtungen der jugendspezifischen Infrastruktur vor Ort richtet, geschlechtsspezifische, interkulturelle und parteiliche Angebote zu entwickeln und zu implementieren, um den Jugendlichen auf ihrem Weg durch ihre moderne Welt mit ihren Anreizen aber auch Risiken beizustehen – sie zu fördern und zu fordern also, ihren Weg auch wirklich in Angriff zu nehmen und nicht in der Verweigerung / im Anti-Establishment-Reflex stecken zu bleiben.

3. Risiko Jugend: Gesellschaftliches Umfeld für problematische Entwicklungen

In diesem Rahmen ist es nicht möglich, detailliert auf einzelne Bedarfskonstellationen einzugehen. Stattdessen sollen hier einige Stichworte zur inhaltlichen Relevanz der Problemstellungen genügen, der insbesondere eine erste Annäherung zur Frage leisten soll, wie es um die Erreichbarkeit der betroffenen Jugendlichen steht.

Erreichbarkeit von Jugendlichen in kritischen Lebensphasen

Schwer erreichbar durch Sozial- und Jugendarbeit sind vor allem armutsgefährdete Jugendliche, Jugendliche, die von Scheidung betroffen sind, Bildungsabbrecher/innen und arbeitslose Jugendliche, Jugendliche mit psychischen Problemen, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind.

Empirische Daten und quantitative Schätzungen zu einigen dieser Problemlagen finden sich in den entsprechenden Kapiteln im Teil A. Anzumerken ist hier, dass die Probleme häufig kumuliert auftreten. Gespart wird z.B. unter Armutsbedingungen nur zu oft bei Lebens- und Konsumbereichen, die gerade für Jugendliche nicht nur relevant sondern auf Sicht besonders folgenreich sind. Das betrifft in erster Linie lebensweltlich relevante Aufgabenbereiche wie Bildung und Kultur, Gesundheit und Ernährung etc. Für Jugendliche aus Armutshaushalten hat das weitreichende Konsequenzen: Fehlernährungsfolgen, Spätfolgen unzureichend behandelter Krankheiten (z.B. Belastungen des Stützapparates, der Sinnesorgane etc.), funktioneller Analphabetismus etc. Sie sind damit mit einem hohen Risiko konfrontiert, die Armut ihrer Eltern zu ‚erben' und wichtige Armut verfestigende Faktoren zu reproduzieren.

Einkommensverhältnisse von Jugendlichen

Jugendliche sind vielfach noch darauf angewiesen, dass sie von Eltern oder Erziehungsberechtigten ein monatliches Taschengeld erhalten. Eine repräsentative Studie über das Konsumverhalten Jugendlicher in Oberösterreich[117] aus dem Jahr 2007 kam zu folgenden (Kern)Befunden:

Abbildung 1: Taschengeld

Altersstufen	kein Taschengeld (in%)	Ø Taschengeld pro Monat
10 – 11 Jahre	20%	€ 8
12 – 14 Jahre	14%	€ 15
15 – 18 Jahre	**6%**	**€ 44**

Quelle: OÖ, 2007

Die vorliegenden Daten verdeutlichen, dass ein erheblicher Anteil der Jugendlichen, ib. bis zum Eintritt in eine Lehre oder Erwerbsarbeit letztlich ohne verfügbare finanzielle Mittel auskommen (muss).

Die verfügbaren finanziellen Mittel bei Jugendlichen im Alter von 15 – 25 Jahren verändern sich mit dem Eintritt vieler Jugendlicher in Lehrverhältnisse oder Erwerbsarbeit wesentlich.

Tabelle 2: Durchschnittliches Jahreseinkommen Erwerbstätiger

	Frauen	**Männer**
jünger als 18 Jahre	€ 3.354	€ 4.474
19 – 25 Jahre	€ 10.112	€ 12.188

Quelle: Stat. Nachrichten 8/09, S. 732

Mit dem Eintritt in eine duale Berufsbildung und dem Bezug einer Lehrlingsentschädigung sowie in weiterer Folge mit der Aufnahme einer Erwerbsarbeit zeigen sich neben der erheblichen geschlechtsspezifischen Differenz somit große Einkommensunterschiede zwischen den Jugendlichen in den einzelnen Altersgruppen / gemäß ihrem jeweils realisierten

[117] Lehner 2007, S. 67 ff..

sozioökonomischen Status. Dieser sozio-ökonomische Hintergrund hat wesentlichen Einfluss darauf, in welchem Ausmaß Jugendliche über Mittel für regelmäßigen Konsum verfügen bzw. an der Konsum- und Warenwelt Anteil nehmen können.

Regionale Aspekte der Lebenslage Jugendlicher

Die Lebensphase Jugend wird – wie oben bereits skizziert – mit fortschreitendem Alter wesentlich durch zunehmende Mobilität für schulische und berufliche Bildung sowie für kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe gekennzeichnet. Gleichermaßen verliert mit der Erweiterung des räumlichen Orientierungsrahmens zum einen der soziale Nahraum für die auspendelnden Jugendlichen an Bedeutung. Zum anderen verändern sich damit auch dominante Kommunikationsformen und –medien sowie Gesellungsformen.

Insbesondere für Jugendliche kommt es in diesem Zusammenhang zu einer weitreichenden Verflachung der Unterschiede, die sich aus den regionalen Besonderheiten ihrer Lebensverhältnisse ergeben. Ob Jugendliche etwa in großstädtischen oder in eher kleinräumig strukturierten ländlichen Bereichen aufwachsen, hat zwar in Hinblick auf die Wahl von Bildungs- oder Berufsperspektiven durchaus noch einen nennenswerten Einfluss. Danach sind Jugendliche im ländlichen Milieu überproportional auf Pflichtschule und duale Berufsausbildung verwiesen. Die Teilhabe ib. an jugendkulturellen Entwicklungen ist in Zeiten der Mediatisierung und der durchgängigen Verbreitung von IKT jedoch längst schon unabhängig vom realen Lebensort.

Umso bedeutsamer erscheint es, wie bezirkliche Zentren und Ballungsräume mit einem hohen Anteil an Bildungseinpendler/innen mit den Infrastrukturbedürfnissen der einpendelnden Jugendlichen umgehen bzw. wie Einrichtungen der jugendspezifischen Infrastruktur ihre Angebote auf die Interessen dieser zusätzlichen (potenziellen) Konsument/innen und Nutzer/innen eingehen (können).

Querschnittmaterien: Gender und Migrationshintergrund

Quer zu den oben vorgestellten bereichsspezifischen Problemlagen sind weitere Rahmenbedingungen zu benennen, die es für die Betroffenen sehr schwer machen, aktiv mit individuellen Problemlagen umzugehen bzw. damit zusammenhängende kritische Situationen zu bewältigen. Das betrifft zum einen die Auswirkungen mangelnder bzw. belasteter Integration im Kontext von Migration, kultureller Herkunft und fremden- respektive aufenthaltsrechtlichen Benachteiligungen. Zum anderen gilt es hier auch zu beachten, dass sich die unterschiedlichen Problembereiche und Risiken in genderspezifischer Hinsicht wesentlich unterscheiden. Junge Frauen benötigen vielfach andere Zugänge und Angebote zur Bearbeitung ihrer aktuellen Risikolagen, als dies bei jungen Männern beobachtet werden kann.

Weder Gender noch Migrationshintergrund stellen per se eigenständige Problematiken dar. In der Kombination mit einer oder mehreren der oben vorgestellten Belastungen ergeben sich aber je eigenständig zu bearbeitende Bedarfskonstellationen (z.B. kumulierte Armut) und spezifische Anforderungen an das Hilfesystem, ib. nach einer zielgruppenspezifischen sowie gendersensiblen Gestaltung der Angebote.

4. Hürden der Inanspruchnahme von Förderung / Hilfestellung bei der Bewältigung von Risiken und/oder Krisen

Gemeinsam ist den exemplarisch hervorgehobenen Gefährdungen und Adoleszenzkrisen, dass sie nur unsystematisch von sozialarbeiterischen Angeboten erfasst werden. Die hohe Dunkelziffer an nicht erfassten Problemlagen ist zum einen wesentlich auf die Tatsache zurück zu führen, dass betroffene junge Menschen und ihre Familien in erster Linie versuchen, aus eigenem Vermögen mit konkreten Belastungen und Risiken fertig zu werden, sich also auf die eigenen Stärken und Ressourcen zu verlassen, bevor externe Hilfestellungen eingeholt werden.

Individuelle Hürden

- Informationsmangel, ib. bei bildungsfernen Jugendlichen
- fehlendes Problem- und Risikobewusstsein
- Scham und Angst vor sozialer Kontrolle und Stigmatisierung durch Kontakt zum Hilfesystem
- fehlendes Knowhow im Umgang mit institutionellen Hilfeangeboten
- kontraproduktive Strategien der ‚Selbsthilfe'; z.B. Laiendiagnose, Eigenmedikation, Beschaffungskriminalität etc.

Die Neigung von problembelasteten Jugendlichen in existenziellen Krisen, Hilfe von außen zu suchen bzw. zuzulassen, ist erfahrungsgemäß, gelinde gesagt, enden wollend. Jugendlichen in sehr belasteten Lebensverhältnissen (Ausbildungsabbruch, Flucht aus Familie oder Jugendwohlfahrts-Maßnahme, verdeckte Wohnungslosigkeit etc.) fällt es zum anderen schwer, aus eigenem Vermögen einen Zugang zum Hilfesystem zu finden, sofern sie nicht überhaupt von sich aus und aktiv den Kontakt mit Professionisten/innen verweigern. Vor diesem Hintergrund erscheint es nicht verwunderlich, dass Jugendliche in problematischen / kritischen Belastungsszenarien erst sehr spät in eine zielgerichtete Problembearbeitung gelangen bzw. häufig nicht in der Lage oder gewillt sind, sich in Hilfestrukturen zu halten. Die psychosozialen Zugangshürden zum Hilfenetzwerk sind vor allem dann besonders hoch bis unüberwindbar, wenn diese Jugendlichen ihre persönlichen Chancen und Perspektiven eher fraglich beurteilen oder wenn sie die realistischen Perspektiven sozialer und / oder beruflicher Integration tendenziell ablehnen.

Die hohe Dunkelziffer nicht oder erst spät erfasster Problemlagen bei Jugendlichen kann jedoch mit dem Verweis auf individuelle psychosoziale Faktoren nur unzureichend erklärt werden. Vielmehr sind für diese Hürden der Inanspruchnahme von professioneller Hilfe auch strukturelle Zugangsbarrieren auf der Seite der Hilfesysteme zu berücksichtigen. Nur zu oft kann beobachtet werden, dass individuelle und strukturelle Faktoren sich wechselseitig verstärken und gewissermaßen im Mix dazu führen, dass vorhandene Hilfeangebote erst zu einem sehr späten Zeitpunkt der Problementwicklung in Anspruch genommen werden.

Strukturelle Barrieren

- unzureichende Vorsorgen für Prävention
- Hochschwelligkeit der Angebote durch Regelsysteme für Anmeldung, Terminvergabe, Pünktlichkeit, Situierung der Angebote in öffentlichen Gebäuden etc.
- Auflagen wie Problemeinsicht, Veränderungsbereitschaft, Verbindlichkeit und Compliance

- Defizitorientierung und tendenzielle Entmündigung bis Stigmatisierung durch ‚helfende' Intervention
- Komplexität des Hilfesystems und Schnittstellenprobleme zwischen relevanten Bereichen der sozialen Infrastruktur
- fehlende Angebote für Mischproblematiken

Niedrige Frustrationstoleranz auf der Seite der Jugendlichen und hohe Verbindlichkeit bzw. Entwicklungs- und Veränderungsanforderungen auf der Seite der sozialpädagogisch / therapeutisch ausgerichteten Einrichtungen für Kinder und Jugendliche stehen in einem nur zu oft unüberwindlichen Konflikt zueinander. Häufig mündet diese Konstellation im Abbruch der sozialpädagogischen Beziehungsarbeit bzw. führt in letzter Konsequenz zu tendenzieller bis faktischer Betreuungsverweigerung bei den Jugendlichen. Tatsächlich lassen sich für die Gruppe/n von sehr problembelasteten Jugendlichen Lücken zwischen den professionellen Angeboten, z.B. der Jugendwohlfahrt oder der Suchthilfe, und ihrem konkreten Bedarf nach Hilfe und Unterstützung bei der Problembewältigung belegen (Gödl/ Schoibl 2004).

5. Infrastrukturangebote für Jugendliche

Von den traditionellen Angeboten der Jugendsozialarbeit sowie der sozialen Infrastruktur wird zunehmend versucht, dem Wandel der Bedürfnisse von Jugendlichen nach Freiraum und individueller Förderung Rechnung zu tragen. Mit ganzheitlichen und unspezifischen Erwartungen und Anforderungen, wie sie für Jugendliche in existenziellen Krisen eher typisch sind, haben die professionellen Hilfestrukturen jedoch in mehrfacher Hinsicht manifeste Probleme. Dafür können im Wesentlichen zwei Gesichtspunkte und Entwicklungstendenzen verantwortlich gemacht werden.

Spezialisierung

Einrichtungen der jugendspezifischen und psychosozialen Infrastruktur haben im Verlauf der letzten Jahrzehnte einen weitreichenden Professionalisierungsschub hinter sich gebracht, Standards, Methoden, Know-how etc. zunehmend spezialisiert und ihre Angebote auf jeweils konkrete Bedürfnisse und Nachfragen ausgerichtet. Mit der zunehmenden Spezialisierung sind jedoch untrennbar auch Anforderungen verbunden, die unter dem Begriff der ‚Compliance', d.h. die Bereitschaft zur Veränderung von Haltungen und Einstellungen sowie zur aktiven Mitwirkung an der Bewältigung von Problem verursachenden individuellen Faktoren, zusammengefasst werden können.

Defizitorientierung

Jugendliche treten in der Regel als Nachfrager/innen nach professionellen Hilfeangeboten nicht aktiv und selbständig in Erscheinung. Sie werden stattdessen dann, wenn sie aufgrund spezifischer Probleme auffällig geworden sind, von Dritten (z.B. Eltern, Schule, Polizei) ‚zugewiesen'. Das Angebot von Unterstützung und Hilfe zur Problembewältigung erfolgt demgemäß überwiegend reaktiv und steht nur zu oft unter den Vorzeichen von Sanktion und/oder Zwang. In Zusammenhang damit ist auch zu beobachten, dass die Angebotsstrukturen wesentlich auf einer Problem- und Defizitorientierung beruhen, die von den betroffenen Kindern und Jugendlichen zum einen das Eingeständnis verlangen,

ein Problem zu haben und demgemäß Hilfe zu benötigen. Zum anderen wird die Bereitschaft vorausgesetzt, die Rahmenbedingungen für die Inanspruchnahme von Hilfe (z.B. Terminvereinbarung, Pünktlichkeit etc.) einzuhalten und den entsprechenden Anforderungen (Erfüllung der Auflagen und Mitwirkung bei der Veränderung des Verhaltens etc.) zu entsprechen.

Die strukturellen Rahmenbedingungen für den Zugang zum Hilfeangebot korrespondieren mit den psychosozialen Zugangshürden. Nicht nur ist damit Freiwilligkeit der Inanspruchnahme zunehmend erschwert und eine proaktive Mitwirkung bei der Problembewältigung durch die Auflage weitreichender Verhaltens- und Haltungsänderungen tendenziell verhindert. Eine fehlende bzw. unzureichende Ausrichtung der Hilfeangebote und –strukturen an den Bedürfnissen und Ressourcen der Jugendlichen führt solcherart dazu, dass eine zum Teil enorme Distanz von deren Lebenswelt konstituiert wird.

6. Innovative Ansätze zur Neuorganisation der Jugendsozialarbeit

Initiativen im Kontext der Jugendsozialarbeit / Jugendwohlfahrt bemühen sich aktuell darum, die traditionelle Komm-Struktur durch aufsuchende und nachgehende Angebote zu erweitern. Insbesondere sollen damit Zugangsmöglichkeiten ergänzend und jenseits der traditionellen hochschwelligen Angebote eröffnet werden. Die Bemühungen der Jugendsozialarbeit gehen zunehmend auch in die Richtung, ihre Kontaktangebote dort zu setzen, wo die Kinder und Jugendlichen sich aufhalten, wo ihre Probleme entstehen und wo diese sinnvollerweise auch bearbeitet bzw. auf Perspektive bewältigt werden müssen. Diese Initiativen erscheinen umso bedeutsamer, zumal in den sozialen Nahräumen bzw. auf der Ebene der Wohnsiedlungen in der Regel keine leicht zugänglichen und niederschwelligen Angebote für eine ganzheitliche Hilfestellung anzutreffen sind.

Diese innovativen Arbeitsansätze leiten gewissermaßen einen Paradigmenwandel in der Jugendsozialarbeit ein, sind aber – gesamthaft gesehen – in fachlicher sowie regionaler Hinsicht noch auf kleinere Teilbereiche des Hilfesystems beschränkt und erst ansatzweise mit dem Regelbetrieb der Jugendwohlfahrt verknüpft. Hervorzuheben sind hier insbesondere:

- Streetwork: Das Angebot der Streetwork, Jugendliche an informellen Treffpunkten (z.B. öffentliche Plätze) zu kontaktieren und erste Schritte zur Inanspruchnahme von professioneller Hilfe einzuleiten, hat sich mittlerweile, überwiegend in den größeren Städten, ausgesprochen bewährt. Regionale Ansätze für nachgehende / aufsuchende Arbeitsansätze in der Jugendsozialarbeit sind jedoch noch keineswegs flächendeckend realisiert.
- Einrichtungs- und bereichsübergreifende Vernetzung und Kooperation: Die sozialräumliche Neuorganisation der jugendspezifischen Angebote (vgl. dazu bspw. die aktuellen Entwicklungen in der Grazer Jugendwohlfahrt: Scheipl 2008) greift bewährte – in den letzten Jahren aber eher unter Wert gehandelte – Erfahrungen und Arbeitsansätze der Gemeinwesenarbeit auf und legt diese konsequent auf die strukturellen Rahmenbedingungen der Jugendwohlfahrt und der ausführenden sozialpädagogischen Einrichtungen um. Gemäß dem aktuell umgesetzten Sozialraumkonzept werden die städtischen Ressourcen (Finanzen, Personal etc.) konsequent auf die vier Sozialräume verteilt. Wesentlich wird es in den kommenden Umsetzungsschritten darum gehen, die in den Sozialräumen vorhandene jugendspezifische Infrastruktur in die nahräumlich ausge-

richtete Struktur systematisch einzubinden und deren Leistungen und Angebote konsequent für Anliegen der sozialräumlichen Entwicklung zu öffnen. Dabei handelt es sich gewissermaßen um eine (noch) offene Baustelle, deren endgültige Gestalt keineswegs ausgelotet werden kann.

- Niederschwelliger Zugang zum Hilfesystem: In den vergangenen zehn Jahren sind in annähernd allen österreichischen Landeshauptstädten niederschwellige Einrichtungen entstanden, die speziell auf bestimmte Zielgruppen (z.B. Beratungsstellen mit angeschlossenen Tageszentren und Nächtigungsangeboten etc. für wohnungslose Jugendliche; Chillout-Zonen im Kontext mit Jugendevents; ‚base camps' für drogenkonsumierende Jugendliche etc.) ausgerichtet sind. Diese geben, ib. in Hinblick auf ihre differenzierte Gestaltung der offenen Zugänge und dem durchgängigen Prinzip der Niederschwelligkeit, ein wichtiges inhaltliches und methodisches Beispiel dafür, wie Jugendliche in existenziell kritischen Lebensphasen mit professioneller Hilfe erreicht werden können. Allem voran ist hier die konsequente Binnenstrukturierung in einen niederschwelligen Zugangsbereich (anforderungsarm, vielfältige Überlebenshilfen, stärken- und ressourcenorientiert) und unmittelbar daran geknüpfte weiterführende Hilfen mit abgestufter höherer Verbindlichkeit der Nutzung zu nennen (vgl. dazu die Standardempfehlungen der ARGE NE 2001). Bis dato sind diese Angebote auf die Landeshauptstädte sowie einzelne Bezirkszentren (z.B. Avalon / Bezirk Liezen) beschränkt und haben demgemäß in den eher ländlich strukturierten Bezirken noch keinen nennenswerten Niederschlag gefunden.
- Meldesystem: Ein modellhafter innovativer Ansatz wurde in den vergangenen Jahren im Bundesland Vorarlberg entwickelt und umgesetzt, um sicherzustellen, dass Abgänger/innen der Pflichtschule bei der Suche nach einer Lehrstelle systematisch unterstützt werden. An der Schnittstelle zwischen Pflichtschule und Arbeits-/Lehrstellenmarkt wurde dazu gewissermaßen ein Abholdienst eingerichtet. Die Gemeinden übernehmen in enger Kooperation mit AMS-nahen Einrichtungen (z.B. BIFO) sowie der jugendspezifischen Infrastruktur eine koordinierende Funktion. Schüler/innen mit Problemen im Kontext eines positiven Pflichtschulabschluss sowie einer Lehrstellensuche werden bereits im letzten Halbjahr der Pflichtschule kontaktiert, über Hilfeangebote informiert und, sofern sie dies wünschen, in Hilfen zur Berufswahl sowie Lehrstellensuche eingebunden. Eine wichtige Rolle spielen jugendspezifische Infrastruktureinrichtungen vor Ort / in der Region (wie etwa Jugendzentren), denen dabei eine begleitende und unterstützende Aufgabe zukommt. (Schoibl u.a. 2008)
- Patenschaftsmodelle: Ein anderes Modell an der Schnittstelle zwischen Pflichtschule und Arbeits-/Lehrstellenmarkt findet sich in Form von Patenschaftsmodellen, wie es etwa im Bundesland Salzburg aktuell entwickelt und implementiert wird.[118] Im Zentrum dieses Modells steht der Versuch, im Umfeld der Pflichtschulen jeweils eine Gruppe von ehrenamtlich engagierten Erwachsenen anzuwerben, die Pflichtschüler/innen mit absehbaren Schwierigkeiten, einen positiven Pflichtschulabschluss respektive eine erfolgreiche Lehrstellensuche zu realisieren, eine ganzheitlich angelegte Lernhilfe anbieten sollen. Dem Angebot der Lernhilfe kommt hier im Wesentlichen die Funktion eines niederschwelligen Einstiegs in die gezielte Förderung von Lern- und sozialer Kompetenz

[118] Projektskizze unter: http://www.kirchen.net/iglu/page.asp?id=14169

sowie in unterstützende Integrationsangebote etc. zukommt. Die Patenschaften werden vom Projektträger durch gezielte qualifizierende Angebote (Information, Supervision und Beratung) unterstützt und begleitet.

Gemeinsam ist diesen modellhaften Initiativen und innovativen Arbeitsansätzen, dass diese eine systematische Einbindung von Einrichtungen der Offenen und mobilen Jugendarbeit sowie eine konsequente Umsetzung von methodischen Elementen der Jugendarbeit im offenen Handlungsfeld – basierend auf Freiwilligkeit, Niederschwelligkeit und (aktivierender) Beteiligung – vornehmen. So wird beispielsweise im Vorarlberger Modell des Meldesystems in einigen Gemeinden die koordinierende Funktion auf örtlicher Ebene durch Beteiligungsbeauftragte und/oder leitende Mitarbeiter/innen der örtlichen Jugendzentren wahrgenommen. Im Modell der Integrationspatenschaften werden die Räumlichkeiten von Jugendzentren, die in unmittelbarer Schulnachbarschaft situiert sind, als Lernorte genutzt, um damit auch eine Hinführung der betreuten Jugendlichen an die vorhandene Jugendfreizeitinfrastruktur zu bewirken.

Die Hinwendung der jugendspezifischen Hilfesysteme und –einrichtungen zu den örtlichen / regionalen Vorsorgen für offene und mobile Jugendarbeit stellt einen unmittelbaren Reflex darauf dar, dass die Einrichtungen der Jugendarbeit sich in den vergangenen etwa zehn Jahren vermehrt um eine systematische Angebotsvertiefung und -diversifizierung durch Leistungsangebote der Jugendsozialarbeit bemühen. Dieser Wandel des Angebotsprofils findet beispielsweise im aktuellen Leitbild der Grazer Jugendzentren ihren Ausdruck. Explizit werden hier die Themenstellungen der Sozialraumorientierung einerseits und der Diversifizierung ihre Angebote durch Methoden und Arbeitsansätze der Jugendsozialarbeit andererseits als (unverzichtbare) Ergänzungen des Regelbetriebs deklariert und auf den Bedarf nach der dafür notwendigen Finanz- und Auftragssicherheit verwiesen[119]. Systematisch wurde diese Entwicklung z.B. von der Jugendwohlfahrt des Landes Vorarlberg aufgegriffen, als im Jahr 2006 ein Projektfonds eingerichtet wurde, der den Einrichtungen der offenen Jugendarbeit die Realisierung von gezielten Angeboten der Jugendsozialarbeit (z.B.: Gewaltprävention) und deren Implementierung in ihr Regelangebot ermöglicht. Eine konsequente Strukturentwicklung und Qualifizierung der offenen Jugendarbeit kann im Kontext einer ausschließlich projektbezogenen Förderstruktur jedoch nur ansatzweise umgesetzt werden und steht mithin noch aus. (Schoibl 2007).[120]

An dieser Stelle ist festzuhalten, dass der Paradigmenwandel, der gleichermaßen im Bereich der Jugendwohlfahrt als auch der Offenen Jugendarbeit beobachtet werden kann, jeweils nur punktuell und regional sehr begrenzt stattfindet. Als hinderlich erweisen sich insbesondere

- länderspezifische Unterschiede der gesetzlichen Grundlagen zwischen Jugendwohlfahrt einerseits und Jugendförderung andererseits sowie die fehlende Abstimmung zwischen diesen Gesetzesmaterien
- unzureichende Regelungen hinsichtlich der Auftrags- und Finanzsicherheit für die Ausführung von sozialarbeiterischen Agenden in der Offenen und Mobilen Jugendarbeit

[119] Das Leitbild der offenen Jugendarbeit Graz wurde im Winter 2008/2009 entwickelt und 11/2009 öffentlich präsentiert; siehe dazu: http://www.dv-jugend.at/projekte/leitbild-oja-graz/

[120] Vgl. dazu den Überblick über die realisierten lokalen und regionalen Projekte unter www.koje.at

- fehlende Grundlagen für die Planung und Strukturentwicklung im Bereich der niederschwelligen Vorsorgen
- unzureichende strukturelle Vorsorgen für die systematische Kooperation zwischen Angeboten der Jugendsozialarbeit und der (offenen) Jugendarbeit sowie
- fehlendes bzw. nur unzureichend aufbereitetes wissenschaftlich belegtes Grundwissen über die Wirkung von jugendspezifischer Infrastruktur im Wandel der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des sozialen Orts von Jugend respektive über die Effekte unzureichend differenzierter Infrastrukturvorsorgen.

7. Angebote der Jugendsozialarbeit im Kontext der Offenen / Mobilen Jugendarbeit

Einrichtungen der Offenen und der Mobilen Jugendarbeit haben sich in den vergangenen Jahren nicht nur als ‚Türöffner' für die Jugendsozialarbeit bewährt, sondern in engem Zusammenhang mit ihrer Professionalisierung und Qualifizierung zunehmend Initiativen zur Bearbeitung von existenziellen Krisen im Jugendalter gesetzt und realisiert. Der Hintergrund für diese Entwicklung ist m.E. wesentlich in der Tatsache zu sehen, dass Armutsfolgen bei betroffenen Jugendlichen die Freizeiteinrichtungen für Jugendliche tendenziell überfordern und hohe Anforderungen an die Angebote der Offenen und Mobilen Jugendarbeit stellen. Um mit der Teilgruppe der Besucher/innen, die in Armutshaushalten leben bzw. sich aus diesen abzulösen suchen, Sinn und Perspektiven stiftend arbeiten zu können, haben Einrichtungen der OJA (gewissermaßen im Auftrag ihrer Besucher/innen) auf zielgruppen- und problemspezifische Mängellagen mit ergänzenden Nachbesserungen durch niederschwellige Angebote der Jugendsozialarbeit reagiert. Ansätze der primären und sekundären Prävention (Peer Consulting, soziale Gruppenarbeit und Jugendberatung) werden vermehrt in den Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit etabliert und eröffnen durch die Platzierung von Hilfe- und Unterstützungsangeboten im lebensweltlichen Kontext betroffener Jugendlicher neue Perspektiven für die professionelle Auseinandersetzung mit Armutsfolgen. Exemplarisch und ohne Anspruch auf Vollständigkeit sollen in der Folge einzelne innovative Angebotsschwerpunkte vorgestellt werden, die im Rahmen der offenen Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche bereits umgesetzt werden.[121]

Offene Jugendarbeit ist interkulturell

Migranten/innen der 2. und 3. Generation sind hinsichtlich Bildung und ib. Berufsbildung überproportional benachteiligt und zu hohen Anteilen mit Perspektivlosigkeit konfrontiert. Mehr noch als ihre Alterskollegen/innen orientieren sie sich stattdessen an ihren Cliquen und den frei Haus gelieferten medial aufbereiteten Vorbildern aus der ‚heilen' Welt der Seifenopern. Dies ist der Ausgangspunkt dafür, dass Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit gezielt Aufgaben übernehmen, die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu fördern. Die entsprechenden Angebote gehen weit über Freizeitangebote hinaus, eröffnen Zugänge zu Bildung und Berufsbildung und unterstützen die lebensweltlichen Rahmenbedingungen durch Angebote der begleitenden Jugendberatung.

[121] Dabei greife ich auf eine Vielzahl von persönlichen Kontakten im Rahmen meiner Evaluations- und Beratungstätigkeit im Bundesland Vorarlberg zurück. Ich bin mir dessen bewusst, dass es auch in anderen Bundesländern ‚models of good practice' gibt, die ich jedoch mangels entsprechender Einblicke hier nicht ausreichend würdigen kann.

Beispielhaft möchte ich in Stichworten die integrativen Leistungen im Angebotsverbund des Jugend- und Kulturzentrums Zone 11[122] (Hallein / Salzburg) vorstellen:

- Niederschwelliger Zugang in mehrere Angebotsbereiche – Jugendliche mit Migrationshintergrund und/oder aus jugendkulturellen Szenen können sich in ethnisch respektive kulturell homogenen Gruppen treffen und positionieren
- Kontaktnahme und Aufbau von tragfähigen Beziehungen – Jugendliche können somit nahtlos in die Bearbeitung weitergehender Bedürfnisse und Problemstellungen eintreten
- Zielgruppenspezifische Selbstvergewisserung einerseits und übergreifende Begegnung und Kooperation in interkulturellen Projekten, Workshops, Angeboten sozialer Gruppenarbeit und jugendkulturellen Veranstaltungen andererseits stellen Kernangebote im aktivierenden Freizeitprogramm dar.
- Die Vernetzung mit Kulturinitiativen der ethnischen Minderheiten vor Ort bildet die Grundlage für die gezielte Förderung der Integration der (überwiegend männlichen) Besucher/innen der Zone 11.
- Ergänzende sozialarbeiterische Angebote fokussieren schwerpunktmäßig auf Hilfestellungen bezüglich Existenzsicherung, Vermittlung von Wohnraum, Zugang zu Erwerbsarbeit etc. und beruhen wesentlich auf der engen Kooperation mit den jugendspezifischen Sozialeinrichtungen vor Ort.

Offene Jugendarbeit engagiert sich in der Bewältigung von Armutsverhältnissen

Jugendliche Besucher/innen der Offenen Jugendarbeit, die aus Armutshaushalten stammen, sind im offenen Betrieb der Jugendhäuser häufig mit Ausgrenzungserfahrungen konfrontiert. Sie erweisen sich vielfach als schwierig im Umgang, demotiviert und/oder nur schwer in weiterführende Angebote von Projektarbeit, sozialer Gruppenarbeit etc. einzubinden. Nur zu oft stehen dann die Jugendarbeiter/innen vor der Entscheidung, diese ‚störenden' Besucher/innen im Interesse der anderen Besuchergruppen mit einem Hausverbot zu belegen.

Beispielhaft sei hier auf die Implementierung einer integrierten Jugendsozialarbeit im Rahmen der Offenen Jugendarbeit Dornbirn (www.ojad.at) verwiesen, die explizit mit dem Ziel entwickelt wurde, diese Ausgrenzungsdynamiken zu unterlaufen und durch proaktive Gewalt- und Ausgrenzungsprävention sicherzustellen, dass insbesondere auch jene Jugendliche mit auffälligem Verhalten und hohem Förderbedarf von den vielfältigen Angeboten der OJA profitieren können. Als Eckpfeiler dieses Modells möchte ich folgende Strukturvorsorgen hervorheben:

- Eigenständigkeit des Angebots und Rollenklarheit – die Jugendsozialarbeiter/innen bilden ein eigenständiges Team und sind von den Aufgaben des Regelbetriebs im Jugendhaus freigespielt
- Sie nehmen im offenen Betrieb sowie an Veranstaltungen aller Art teil und stehen somit in einem offenen Kontakt mit allen Jugendlichen; damit können sie bereits im Vorfeld der Entstehung von problematischen Gruppenkonstellationen und/oder konflikthaften Dynamiken deeskalierend eingreifen

[122] http://www.zone11.at/de/index/contact.ran.aspx

- Kennenlernen und Aufbau von Vertrauensbeziehungen ermöglicht es Jugendlichen in mehr/minder existenziellen Krisen, sich quasi zu ihren Bedingungen an die Jugendsozialarbeiter/innen wenden und eine Bearbeitung dieser Problematik einleiten zu können
- Die Integration der Jugendsozialarbeiter/innen in die Teamarbeit, den laufenden Austausch über die Erfahrungen in den unterschiedlichen Angebotsbereichen und die gemeinsame Reflexion der täglichen Praxis bildet die Grundlage für die gemeinsame Qualifizierung sowohl der Jugendarbeiter/innen als auch der organisatorischen Grundlagen und Strukturen
- Bedarfsorientierte und wissensgeleitete Innovation und Strukturentwicklung ist durch ihre Mitwirkung an der Angebots- und Projektentwicklung gewährleistet
- Der methodische Ansatz der Jugendsozialarbeit ist bereichsübergreifend angelegt und besteht aus folgenden Angeboten: Einzelberatung, soziale Gruppenarbeit, Begleitung in Bildungs- und Erwerbsangebote innerhalb und außerhalb des Angebotsverbundes sowie dem Angebot der Begleitung während der Inanspruchnahme externer Sozialdienste (z.B. Therapie, Schuldnerberatung etc.).[123]

Offene Jugendarbeit ist gendersensibel

Mit den weitreichenden Veränderungen des sozialen Orts Jugend und der Lebenslage Jugendlicher haben sich auch die Anforderungen an diese im Kontext der Geschlechtsrollenentwicklung deutlich erhöht. Davon sind gleichermaßen Mädchen wie Burschen betroffen. Das ist der Ausgangspunkt dafür, dass Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit zunehmend Angebote der (feministischen) Mädchenarbeit sowie neuerdings auch der Burschenarbeit entwickelt und in ihr Regelangebot integriert haben.

Beispielhaft möchte ich hier die Initiative des Vorarlberger Dachverbands der Offenen Jugendarbeit (KOJE) anführen, der als Service für die Mitgliedseinrichtungen ein Kompetenzzentrum für Bubenarbeit einrichtete (vgl. dazu: www.koje.at). Damit wurde gewissermaßen eine burschenspezifische Ergänzung zum bereits vordem vom Mädchenzentrum Amazone vorarlbergweit implementierten Angebot der feministischen Mädchenarbeit gewährleistet (siehe dazu: www.amazone.at). Der Schwerpunkt dieser kooperierenden Angebotsschienen besteht in der Qualifizierung der Mitarbeiter/innen der Offenen Jugendarbeit sowie der örtlichen Jugendnetzwerke, der Begleitung von genderspezifischen Projekten auf örtlicher und regionaler Ebene wie z.B. zur Gestaltung des öffentlichen Raums nach Gendergesichtspunkten. Im Rahmen der KOJE sorgen themenspezifische Arbeitsgruppen aus Vertreter/innen der OJA für die gemeinsame Abstimmung von Lobbying und Impulsen zur Förderung gendersensibler Jugendarbeit im Bundesland.

Zugänge zu Berufsbildung und Erwerbsarbeit

Jugendliche sind unmittelbar von der Krise des Arbeitsmarktes betroffen; das betrifft insbesondere die Verknappung von betrieblichen Lehrstellen sowie die Tatsache, dass sich Jugendarbeitslosigkeit auf hohem Niveau einpendelt. Insbesondere Drop-Outs, Bildungs- und Lehrabbrecher/innen haben große Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden.

[123] Vgl. dazu im Detail: www.ojad.at

Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit sind seit einigen Jahren vermehrt damit konfrontiert, dass ihre Besucher/innen durch die schwierige Suche nach einer Lehrstelle respektive einem Arbeitsplatz existenziell belastet und gefährdet sind. Angebote der sozialen Gruppenarbeit mit Job oder Lehrstellen suchenden Jugendlichen sollen ihre Kompetenz bei der Jobsuche verbessern. Individuelle Beratung und Job-Coaching ergänzen diese gruppenbezogenen Angebote. Einige Jugendzentren sind darüber hinaus dazu übergegangen, eigenständige Beschäftigungs- und Ausbildungsangebote zu entwickeln und in den offenen Freizeitbetrieb zu integrieren (Vgl. dazu beispielhaft: Job-Ahoi in Dornbirn).

Verknappung der Freiräume und Generationen übergreifender Dialog

Die Modernisierung der Städte und die Verkehrsentwicklung etc. haben zu einer Verknappung der Freiräume geführt, sodass Jugendliche nur wenige und vor allem keine adäquaten informellen Treffpunkte im öffentlichen Raum vorfinden. In belasteten Stadtteilen kumulieren diese Probleme durch fehlende bzw. unzureichende Infrastrukturvorsorgen. Wen wundert's, wenn unter diesen Vorzeichen Jugendliche, die sich im öffentlichen Raum aufhalten, tendenziell als störend empfunden und nach Möglichkeit vertrieben werden.

Beispiele für eine systematische Bearbeitung dieser Trends finden sich in der Jugendarbeit des Vereins Wiener Jugendzentren[124], aber auch in kleineren Gemeinden wie in Hard, Lauterach sowie Hohenems. In Kooperation und enger inhaltlich/methodischer Abstimmung stehen hier zum einen ein gezielter Aufbruch nach dem Motto: Raus aus dem Jugendhaus! und zum anderen die Erarbeitung und Umsetzung von nachgehenden Angeboten zur aktiven Einmischung in die Gestaltung des öffentlichen Raums auf dem Programm. Im Mittelpunkt dieser Initiativen steht der Versuch, einen Generationen übergreifenden Dialog zwischen Jugendlichen und anderen Nutzer/innen des öffentlichen Raums zu moderieren und eine ziel- und altersgruppenspezifische Möblierung / Gestaltung der öffentlichen Räume zu initiieren. Als besonderes Highlight möchte ich hier auf die Installation von Vandalismus-Stationen in den Gemeinden Hard und Lauterach (Projekt: Frischluft – Freiräume für Jugendliche; zu den Themenstellungen von Vandalismus, Vorurteilen und Vorbildern[125]) verweisen.

8. Schlussfolgerungen und Maßnahmenvorschläge

Die Inhalte und Grundlagen für eine überfällige Weiterentwicklung der Vorsorgen für Jugendliche in kritischen Lebensphasen sind meines Erachtens eindeutig. In modellhaften Ansätzen und Initiativen wurden darüber hinaus vielfältige Belege dafür erbracht, wie Zugangshürden zum Hilfesystem erfolgreich abgebaut, den differenzierten Bedürfnissen Jugendlicher entsprochen und die Raten der Inanspruchnahme verbessert werden können. Deutlich wird dabei in jedem Fall, dass es dazu einer weitreichenden und systematischen Verbesserung der Standards in den benachbarten Angebotsbereichen der Jugendsozialarbeit und der offenen / mobilen Jugendarbeit bedarf. In der nachstehenden Punktation habe ich die aktuell vorliegenden methodischen Standardempfehlungen stichwortartig zusammengefasst.

[124] Krisch 2008

[125] Siehe dazu: http://www.sprengel.at/pflegenetzwerk/de/tmp_1_2065714650/detail.aspx

Anforderungen an jugendspezifische Hilfestrukturen

- Freiraum als Kontaktschiene für die selbstbestimmte Inanspruchnahme weitergehender Hilfen
- Niederschwelligkeit im Zugang (anforderungsarm), Freiwilligkeit und Respekt – die Jugendlichen sind die Expert/innen ihrer Lebenswelt
- Orientierung an Ressourcen und Stärken
- Partizipation und Selbsthilfe
- Professionalität in Bearbeitung, Begleitung
- proaktives Schnittstellenmanagement
- Kontinuität, Vermeidung von Beziehungsabbrüchen
- Prävention und Abbau von Stigmatisierung
- aufbauende Gestaltung der Hilfeangebote
- Einbindung der Peers als stützender Rahmen durch gruppenbezogene Methoden, Peer Education und Peer Counselling
- bereichsübergreifende Kooperation im örtlichen / regionalen Jugendnetzwerk, Prinzip der kurzen Wege und Einbindung externer Professionisten/innen in Regelbetrieb und Teamarbeit

Darüber hinaus erscheint es mir notwendig, spezifische Nachbesserungen im Bereich der Rahmenbedingungen für eine wissensgeleitete Infrastrukturentwicklung vorzunehmen. Das betrifft insbesondere rechtliche Grundlagen für eine ganzheitlich gestaltete Jugend (sozial-) arbeit, sozialwissenschaftliche Begleitung durch angewandte Infrastruktur- und Grundlagenforschung sowie eine systematische Standardentwicklung in der Jugend(sozial)arbeit.

a) Rechtliche Grundlagen

Regelung von bundesweiten Grundsätzen der Infrastrukturvorsorgen zur Jugendförderung im Grundsatzgesetz Jugendwohlfahrt; Zusammenführung und wechselseitige Abstimmung der rechtlichen Grundlagen für Jugendwohlfahrt einerseits und Jugendförderung, mit Schwerpunkt auf Offene und Mobile Jugendarbeit, andererseits auf Länderebene; Verpflichtung zur Etablierung von Planstellen zur bereichsübergreifenden Planung von Jugendwohlfahrt und Jugend(sozial)arbeit sowie zur Einführung einer sozialraumorientierten und bereichsübergreifend angelegten Budgetierung und zur sozialräumlichen Organisation der Angebots- und Strukturentwicklung in Kooperation und wechselseitiger Abstimmung der Jugendwohlfahrtseinrichtungen sowie der Offenen und Mobilen Jugendarbeit.

b) Sozialwissenschaftliche Forschung

Angewandte Soziale Infrastrukturforschung erfasst aktuell den Bereich der jugendspezifischen Unterstützungs- und Förderungsangebote nur punktuell und in den wenigsten Fällen bereichsübergreifend. Demgemäß fehlen begleitende Ansätze zur Struktur- und Organisationsentwicklung, die als Langzeiterhebungen über Wirkungen und Effekte sowie als Vergleich zwischen den methodischen und strukturellen Vorsorgen in den Bundesländern und Kommunen das nötige Wissen für eine Qualitätsentwicklung beitragen können.

Eine systematische Evaluation der Planungs- und (wissensgeleiteten) Strukturentwicklungsvorsorgen müsste die derzeit präferierten Ansätze der Trendforschung und der Untersuchung des Wandels von Einstellungen und Haltungen bei Jugendlichen um die Dimension des sozialen Ortes von Kindheit und Jugend im Wandel der gesellschaftlichen Strukturen bereichern und ergänzen.

c) Qualitätssicherung und Standardentwicklung in der Kinder- und Jugend(sozial)arbeit

Der aktuell zu beobachtende Trend zur Juvenalisierung von Armut sowie zur Verfestigung von Armutslagen bei Jugendlichen verweist überdeutlich auf den Bedarf nach einem Paradigmenwandel in der Jugend(wohlfahrts)politik. Insbesondere bedarf es einer Strukturentwicklungsoffensive hinsichtlich der Grundlagen für die Vernetzung auf lokaler und regionaler Ebene (lokale und regionale Jugendnetzwerke mit sozialraumorientierter und bereichsübergreifend angelegter Planung und Budgetierung), der Schaffung von niederschwelligen Anlaufstellen (one stop shops) mit angegliederten weiterführenden Hilfeangeboten sowie der systematischen Verbesserung der Ressourcenausstattung in der offenen Jugendarbeit.

Literatur

Gabriele Amann, Rudolf Wipplinger (Hg.), Sexueller Missbrauch. Überblick zu Forschung, Beratung und Therapie, Tübingen 1997

Arbeitsmarktdaten 10/09, in: http://www.ams.at/ueber_ams/14172.html

ARGE NE (Hg.), Heinz Schoibl (Red.), Niederschwelligkeit braucht Ressourcen – Standards der Grundausstattung und inhaltliche Schwerpunkte von niederschwelligen Einrichtungen für wohnungslose Jugendliche; Graz – Wien – Linz – Salzburg – Innsbruck 2001

Renate Böhm, Heinz Schoibl, Armut im Wohlstand, regionaler Armutsbericht, Salzburg 2002

Nikolaus Dimmel, Karin Heitzmann, Martin Schenk (Hg.), Handbuch Armut in Österreich, Innsbruck 2009

Forum Wohnungslosenhilfe Salzburg, Probleme der Wohnversorgung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Salzburg 2002

Doris Gödl, Heinz Schoibl, Polytoxikomane Jugendliche und Wohnungslosigkeit, Bedarfsanalyse im Bundesland Tirol, Salzburg 2004

Doris Gödl, Heinz Schoibl, Offene Jugendarbeit in Graz – Evaluation, Salzburg 2005

Ulfert Herlyn, Leben in der Stadt, Lebens- und Familienphasen in städtischen Räumen, Opladen 1990

Paloma Fernandez de la Hoz (2009), Kinder zwischen Wohlstand und Armut, in: Dimmel / Heitzmann / Schenk 2009

Richard Krisch, Perspektiven sozialräumlicher Jugendarbeit, in: Jugend inside, Graz 2008

Ingrid Kromer, Heide Tebbich, Christian Friesl, Bernhard Heinzlmaier, Abschied von der Kindheit? Die Lebenswelten der 11 – 14jährigen Kids, Wien 1995

Markus Lehner, Fritz Hemedinger, Annamaria Gabanyi, Jugendverschuldung, Analyse und Präventionsansätze, Linz 2007

Arno Pilgram, Hans Jörg Schlechter (2009), Armut und soziale Abweichung, in: Dimmel / Heitzmann / Schenk 2009

Josef Scheipl, Sozialraumorientierung als Herausforderung, in: Sozial Extra 1-2/2008

Heinz Schoibl, Evaluation der offenen Jugendarbeit in Vorarlberg, Salzburg – Bregenz 2001 – 2003

Heinz Schoibl (Red.), Perspektiven und Probleme der Wohnversorgung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Kontext der Herabsetzung der Volljährigkeit, Salzburg 2002

Heinz Schoibl, Jugendsozialarbeit in Offenen Handlungsfeldern, eine vergleichende Analyse unterschiedlicher Modelle im Spannungsverhältnis zwischen Streetwork, offener Jugendarbeit und institutionalisierter Jugendberatung im Bundesland Vorarlberg, Salzburg – Bregenz 2004

Heinz Schoibl, Jugendnetzwerk Salzburg – Evaluation einer Beschäftigungsinitiative für benachteiligte Jugendliche, Salzburg 2007

Heinz Schoibl, Jugendsozialarbeit im Handlungsfeld der offenen Jugendarbeit, Evaluation einer Projektreihe der KOJE, Salzburg 2007

Heinz Schoibl, Jugendrahmenplanung und Jugenddiskurs in der Gemeinde Hard, Salzburg 2009

Heinz Schoibl, Günther Marchner, Angela Schoibl, Martin Hebertshuber, Meldesystem in Vorarlberg – Evaluation einer arbeitsmarktpolitischen Innovation zur Neugestaltung des Übergangs von schulischer in berufliche Bildung, Salzburg 2008

Heinz Schoibl, Leitbild der Offenen Jugendarbeit in Graz, Salzburg 2009

Heinz Schoibl, GenerationenLernen; formative Evaluation eines Patenschaftsmodells im Bundesland Salzburg, im Auftrag des Vereins Einstieg; in Arbeit (der Abschlussbericht wird voraussichtlich Ende 2010 vorliegen)

Statistische Nachrichten, Statistik Austria, Integrierte Lohn- und Einkommenssteuerstatistik, Wien, August 2009

Mario Steiner, Peter M. Steiner, Bildungsabbruch und Beschäftigungseintritt; Ausmaß und soziale Merkmale jugendlicher Problemgruppen, Wien 2006

Mario Steiner, Elfriede Wagner, Dropoutstrategie, Wien 2007

Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch 2009, Wien 2009

DER AUTOR:

Heinz Schoibl; Dr. phil., Jahrgang 1951, Sozialpsychologe, Studium von Psychologie und Politikwissenschaft

Soziale Arbeit – Wohnungslosenhilfe (1979-89); Forschungstätigkeit am Institut für Alltagskultur (1990-1996), seit 1997 Gesellschafter von Helix – Forschung und Beratung

Forschungsschwerpunkte: Soziale Infrastrukturforschung und angewandte Sozialforschung zu Jugend und Jugendarbeit, Immigration und Integration, Armut und Wohnungslosenhilfe, Behinderung und Erwerbsbeteiligung etc.

Weitere Informationen können unter www.helixaustria.com eingesehen werden. Einzelne der für diesen Aufsatz verwendeten Forschungsarbeiten und Publikationen stehen hier zum Download zur Verfügung.

Kapitel 4: Jugendarbeit und Jugendwohlfahrt

4.1 Jugendwohlfahrt in Österreich

Josef Scheipl

Vorbemerkung

Aus dem umfassenden Bereich der Jugendwohlfahrt (in der Folge: JW) werden in der vorliegenden Expertise besonders jene Inhalte herausgearbeitet, die für den Jugendbericht relevant erscheinen – das sind grundlegende Klärungen, leitende Prinzipien, inhaltliche Angebote sowie einige spezifische Themenstellungen. Aspekte wie Strafbestimmungen oder das komplexe Feld der Kostentragung bleiben weitgehend ausgespart.

1. Was ist Jugendwohlfahrt in Österreich? Begriffsklärung und gesetzliche Grundlagen

Die ersten zwei Paragraphen des Jugendwohlfahrts-Grundsatzgesetzes von 1989 (im Folgenden zitiert als: JWG) bestimmen die Aufgaben der öffentlichen JW: Allgemeine Aufgabe der JW ist es, „die Familie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in der Pflege und Erziehung Minderjähriger zu beraten und zu unterstützen" (JWG 1989 § 2 (1)).

Der traditionelle Begriff der „Fürsorge" findet sich noch im § 1 des Grundsatzgesetzes, wird dort aber unter den Oberbegriff „Öffentliche Jugendwohlfahrt" subsummiert:

„§ 1 (1) Die Mutterschafts-, Säuglings- und Jugendfürsorge (öffentliche Jugendwohlfahrt) hat

1. Für die Betreuung der Mütter, der werdenden Mütter und ihrer Leibesfrucht sowie von Säuglingen und deren Eltern vorzusorgen (Mutterschafts- und Säuglingsfürsorge),
2. Die Entwicklung Minderjähriger durch Anbot von Hilfen zur Pflege und Erziehung zu fördern und durch Gewährung von Erziehungsmaßnahmen zu sichern (Jugendfürsorge)".

Die Grundüberlegung des Gesetzes lässt sich charakterisieren durch das „Anbot von Hilfen", als subjektives Recht des Minderjährigen (in der Folge: MJ) bei Gefährdung seines Wohls, dem zugleich der Charakter des „Sicherns" durch Erziehungsmaßnahmen gegenüber steht (vgl. JWG § 2 (2)). Solcherart wird ein verbindlicher Ordnungsanspruch des Staates eingebracht. In gewisser Weise lässt sich darin eine disziplinierende Vorgabe erkennen. In diesem Spannungsverhältnis kann dem Grundsatzgesetz das Bemühen um eine Balance zwischen deutlichen Akzenten zur Stärkung von subjektiven Rechten mit einer zurückhaltenden staatlichen Auslegung und einem klassischen interventionsorientierten Zugang attestiert werden. Dieses Grundverständnis einer Balance wird durch die Betonung der Subsidiarität bestärkt (s. Abschn. 2.3).

Als „Träger der öffentlichen Jugendwohlfahrt [fungiert jeweils] das Land (Jugendwohlfahrtsträger)" (JWG § 4 (1)).

Diese grundlegenden Bestimmungen der öffentlichen JW, welche das Grundsatzgesetz des Bundes vorgibt – dem Bund kommt im Bereich der JW die Kompetenz der Grundsatzgesetzgebung, den Bundesländern jene der Ausführungsgesetzgebung zu (vgl. B-VG Art. 12 (1) 1) –, werden von den einzelnen Bundesländern in ihren Ausführungsgesetzen (erlassen zwischen 1990 und 1992) natürlich in den Grundzügen, aber doch mit einigen Variationen, übernommen.

Während etwa Wien, die Steiermark, das Burgenland und Kärnten die genannten Textpassagen des Bundesgesetzes fast wörtlich übernehmen, haben Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg die Vorsorge bzw. den Schutz der Leibesfrucht „von der (festgestellten; NÖ) Empfängnis an" in ihre jeweiligen Paragraphen 1 aufgenommen. Dies ist deshalb bemerkenswert, weil „die Fassung des § 1 JWG dem Gesetzgeber aus ideologischen Gründen besondere Schwierigkeiten verursacht hat, die zu einer beträchtlichen Verzögerung der Gesetzwerdung geführt haben" (Stockart-Bernkopf 1989, S. 56). Kärnten, Oberösterreich und Salzburg wie auch Vorarlberg betonen ferner die Entfaltung der Persönlichkeit in ihren grundlegenden Bestimmungen.

2. Grundzüge und Leistungen der Jugendwohlfahrt in Österreich

Allgemeines

Die Leistungen in den für den Jugendbericht relevanten Bereichen der JW umfassen sogenannte „Soziale Dienste", „Hilfen zur Erziehung", „Das Pflegekinderwesen", „Vermittlung der Annahme an Kindesstatt" (Adoption) sowie die Bewilligung und Aufsicht über stationäre Unterbringungsmöglichkeiten (Heime, Wohngemeinschaften etc.) für MJ.

Während die Leistungen in den Bereichen „Pflegekinderwesen" und „Adoption" relativ eindeutig sind, ist die Unterscheidung zwischen Leistungen, die im Rahmen „Soziale Dienste" angeboten werden und den „Hilfen zur Erziehung" oftmals nicht so klar. Angebote der Sozialen Dienste und Maßnahmen der Erziehungshilfe – vor allem solche zur „Unterstützung der Erziehung", aber auch solche der „Vollen Erziehung" (Fremdunterbringung) – lassen sich vielfach nur schwer unterscheiden. Sie können inhaltlich zum Teil identisch sein: So können Beratungsdienste für Erziehungsberechtigte und MJ, aber auch Betreuungsdienste für MJ wie Notschlafstellen, Pflegeplätze in Familien, Heimen oder Wohngemeinschaften sowohl im Rahmen der Sozialen Dienste als auch im Rahmen der Hilfen zur Erziehung angeboten werden. Besonders deutlich kommt dies im Vorarlberger JWG zum Ausdruck. Dort wird im Passus über (freiwillige) Erziehungshilfen auf Angebote im Rahmen der Sozialen Dienste verwiesen: „Maßnahmen der Unterstützung der Erziehung (…) sind insbesondere die Gewährung von Hilfen der Sozialen Dienste nach den §§ 7 und 8, …" (VbgJWG § 11 (2)). Als wesentliche Unterscheidungshilfen kann man auf die folgenden zurückgreifen: Soziale Dienste sind serviceorientierte Angebote, bei denen der Präventionscharakter im Vordergrund steht und welche ohne Intervention des Jugendamtes von den Jugendlichen bzw. deren Eltern in Anspruch genommen werden können. Es besteht „kein subjektives Recht auf die Errichtung" eines solchen Angebotes, z.B. von Streetwork, Jugendzentren, Kinderschutzzentren oder betreuten Notschlafstellen. Dies „hängt in erster Linie von den finanziellen Möglichkeiten ab" (Erläuterungen zum Steiermärkischen Jugendwohlfahrtsgesetz 1990, S. 9), in besonderem aber wohl von den politischen Prioritäten. Hingegen besteht eine rechtliche Verpflichtung des öffentlichen JW-

Trägers, Hilfen zur Erziehung zu gewähren, wenn dies – nach Ansicht der Behörde – bei Gefährdung des Wohls des MJ notwendig ist, wenn also die Erziehungsberechtigten seine Pflege und Erziehung nicht gewährleisten oder dabei Unterstützung benötigen. Dabei ist auf Grund der fachlichen Expertise der behördlichen Mitarbeiter/innen (Jugendamt) die jeweils gelindeste zielführende bzw. zweckmäßigste Maßnahme zu treffen. Zwar besteht für den MJ (dessen Familie) nicht der Anspruch auf eine konkrete Maßnahme. Wird ihm aber trotz fachlicher Expertise keine Hilfe (z.B. Unterstützung, aber auch stationäre Unterbringung) gewährt, könnte er eine solche möglicherweise einklagen. Wird eine Erziehungsmaßnahme mit dem Einverständnis der Erziehungsberechtigten getroffen (freiwillige Erziehungshilfe), dann bedarf es dazu „einer schriftlichen Vereinbarung zwischen dem Erziehungsberechtigten und dem Jugendwohlfahrtsträger" (JWG § 29 (1)). „Der Jugendwohlfahrtsträger hat das mindestens zehnjährige Kind jedenfalls persönlich, das noch nicht zehnjährige Kind tunlichst, in geeigneter Weise zu hören" (JWG § 29 (2)). Sollten die Erziehungsberechtigten einer notwendigen Erziehungshilfe nicht zustimmen, „hat der Jugendwohlfahrtsträger das zur Wahrung des Wohls des Minderjährigen Erforderliche zu veranlassen" (JWG § 30) (gerichtliche Erziehungshilfe).

Anspruchsberechtigte

Gemäß JWG § 2 zielt die Gewährung der öffentlichen JW zentral auf das Wohl des MJ ab. Die jeweilige Maßnahme hat der Persönlichkeit des MJ und seinen Lebensverhältnissen (Berücksichtigung von Anlagen, Fähigkeiten, Neigungen, Entwicklungsmöglichkeiten) zu entsprechen (vgl. JWG § 31).

Maßnahmen sind bis zum Erreichen der Volljährigkeit vorgesehen. Diese war zunächst mit der Vollendung des neunzehnten Lebensjahres gegeben. Mit dem Kindschaftsrechts-Änderungsgesetz (KindRÄG 2001) wurde das Erreichen der Volljährigkeit – den übrigen Mitgliedern des Europarates entsprechend – auf das vollendete 18. Lebensjahr herabgesetzt: „Minderjährige sind Personen, die das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben; haben sie das vierzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet, so sind sie unmündig" (KindRÄG 2001, § 21 (2)). Diese Änderung war neben dem Strafrecht auch für das JW-Recht nicht unumstritten, reduzierte sich doch auf Grund dieser Vorgabe der Leistungsanspruch der MJ um ein Jahr. In Absehung dieser Veränderung durch das KindRÄG 2001 wurde bereits in der ersten Novelle des JWG der Passus aufgenommen, dass „Hilfen zur Erziehung (…) nach Erreichen der Volljährigkeit mit Zustimmung des Jugendlichen längstens bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres fortgesetzt werden (können), wenn dies zur Sicherung des Erfolges bisheriger Erziehungshilfen notwendig ist" (JWG § 31 (4)) – Novelle 1998, BGBl. I 53/1999). Eine weitere Novellierung des JWG war nach dem Inkrafttreten des KindRÄG 2001 nicht mehr nötig, da dieses nur den Begriff „Minderjährige(r)" kennt, der inhaltlich eben im ABGB (KindRÄG) definiert ist (s.o.).

Bezüglich des Anwendungsbereiches verankert der Gesetzgeber im JWG das Territorialitätsprinzip, indem er im JWG § 3 bestimmt, dass „öffentliche Jugendwohlfahrt (…) allen Personen zu gewähren (ist), die ihren Aufenthalt im Inland haben; Österreichischen Staatsbürgern und Staatenlosen jedenfalls, wenn sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben."

Das Prinzip der Subsidiarität

Einen wesentlichen Impuls zum Aufbau einer Vielfalt von Leistungen in den 1990er Jahren brachte das im Grundsatzgesetz deutlich erkennbare Bekenntnis des Gesetzgebers zum Prinzip der Subsidiarität. Das bedeutet zunächst, dass die Pflege und Erziehung MJ zuerst der Familie obliegt. Der öffentlichen JW kommt dabei eine beratende und unterstützende Funktion zu (vgl. JWG § 2).

Es bedeutet dieses Prinzip ferner, dass freie (private) JW-Träger zur Erfüllung nicht-hoheitlicher Aufgaben der öffentlichen JW „bevorzugt" herangezogen werden sollen, wenn sie „das Wohl eines Minderjährigen besser und wirtschaftlicher als der öffentliche Träger" gewährleisten (JWG § 8 (1)(vgl. Scheipl et al. 1994).

Allerdings müssen die freien Träger für ihre Einrichtungen eine bescheidmäßige Bewilligung vom öffentlichen JW-Träger einholen (hinsichtlich baulicher Voraussetzungen, Ausbildung des Personals, Personalschlüssel etc.), bevor sie im Sinne des JWG mit Jugendlichen zu arbeiten beginnen dürfen; ferner unterliegen sie der Fachaufsicht der Jugendwohlfahrtsbehörde (vgl. JWG § 8 (2) (3)). Auf diese Weise bleibt zwar zunächst ein hohes Maß an Steuerungsmöglichkeit bei den staatlichen Behörden, trotzdem hat sich die Praxis in Österreich zumindest in manchen Bereichen recht unterschiedlich entwickelt, wie im Folgenden ausgeführt wird.

So zeigte sich etwa im Rahmen der stationären sozialpädagogischen Betreuung (Unterbringung von Jugendlichen in Heimen, Wohngemeinschaften, in betreutem Wohnen), dass das Platzangebot der freien Träger in den einzelnen Bundesländern, z.B. im Jahr 2000 (neuere umfassende Untersuchungen liegen leider nicht vor), äußerst heterogen war: Während in Wien private Träger 22 % der angebotenen Plätze stellten, waren es im Burgenland und in Vorarlberg jeweils 100%, in Salzburg 96 %, in Kärnten 88 %, in Tirol und Oberösterreich jeweils 70 %, in der Steiermark 67 % und in Niederösterreich 47 %. Insgesamt überwog das Platzangebot der privaten Träger mit 73 % jenes der öffentlichen Träger mit 27 % deutlich, wobei sich dieser Trend seit Mitte der 1990er Jahre verstärkt hat (vgl. Scheipl 2001a, S. 106ff.). Mit der Umsetzung der Heimreform in Wien und der damit erfolgten Auflösung der großen Heime hin zu regional spezifischen Verbünden mit Krisenzentren, Wohngemeinschaften und Kleinheimen verbunden mit sozialpädagogischen Beratungsstellen (vgl. Fleischmann 2001; Winkler 2001; Stadt Wien-MAG ELF 2004) dürfte der Anteil des Platzangebotes privater Träger für stationäre Unterbringung in den letzten Jahren auch in Wien zugenommen haben.

Als weiteres Beispiel für eine unterschiedliche, ja nahezu konträre Entwicklung von privater und öffentlicher Trägerschaft mag die Organisation des Pflegekinderwesens in Wien und Vorarlberg gelten. Während die Landesjugendwohlfahrtsbehörde in Vorarlberg den Pflegekinderdienst des Vorarlberger Kindesdorfes als freien Träger mit sämtlichen Agenden des Pflegekinderwesens beauftragt, werden in Wien aktuell sämtliche diesbezügliche Agenden vom öffentlichen JW-Träger (Magistrat) wahrgenommen (vgl. Scheipl 2009). Nach wie vor in Diskussion bezüglich öffentlicher und privater Trägerschaft ist die Problematik, ob bzw. welche Grundleistungen vom öffentlichen Träger anzubieten bzw. ob er sehr teure Spezialangebote vorzusehen hat oder ob solche etwa Spezialisierungsnischen für freie Träger eröffnen.

Die Struktur der freien Träger in Österreich ist durch Anbieter kleiner bis mittlerer Größe gekennzeichnet, so dass man nicht von „Sozialkonzernen" in größerem Ausmaß – wie in der Bundesrepublik – sprechen kann. Bis auf die Caritas und das SOS Kinderdorf, die von der Leistungskraft eventuell als selbstreferentielle Systeme gesehen werden könnten, sind die freien Träger im Bereich der JW, wie z.B. Jugend am Werk, Rettet das Kind, Pro Juventute, das Institut für Sozialdienste in Vorarlberg, das Vorarlberger Kinderdorf und auch die regionalen Pflegeelternvereine neben weiteren kleinen privaten Anbietern meist bloß regional oder gar nur lokal tätig. Zur besseren Koordination der Interessen und um mehr Gewicht gegenüber den Behörden und der Politik zu erhalten, haben sich die freien Träger in den einzelnen Bundesländern zu „Dachverbänden" zusammengeschlossen – zunächst zu „Interessengesellschaft Sozialpädagogischer Wohngemeinschaften" (IGSWG), dann zum Dachverband der JW in Österreich (DÖJ) als Vereinigung der JW-Einrichtungen in Österreich, die u.a. auch eine „Platzbörse" betreibt (http://www.doej.at/).

Jugendwohlfahrtsbeiräte, wie sie die Bundesländer Salzburg, Steiermark und Tirol kennen (vgl. Sbg JWG §§ 11,12; StJWG §§ 11,12; TJWG § 30), fördern zusätzlich den Informationsfluss an die freien Träger wie auch ansatzweise deren Partizipation (vgl. Posch 2008).

Die Janusköpfigkeit von Standardisierung

Die sozialen Dienstleistungserbringer stehen auch in Österreich unter einem wachsenden Kosten- und Rechtfertigungsdruck. Insgesamt bildet die Qualitätskategorie einen wesentlichen Bestandteil einer neuen und „modernen" Steuerung in der gesamten Verwaltungsreform (vgl. Merchel 2004, S. 18). „Verkompliziert werden die verschiedenen Arrangements in der Sozialen Arbeit durch neun Behinderten-, Sozialhilfe-, Landespflegegeld- und Jugendwohlfahrtsgesetze, wodurch sich neun unterschiedliche Förderkulturen ergeben" (Schuhmeyer/Walzl 2009, S. 255), die teilweise sehr divergierende Ansätze zur Qualitätsentwicklung verfolgen.

Auf Bundesebene beinhaltet bereits das JWG (1989) grobe Regelungen, die sich auf die Qualität der JW-Leistungen beziehen – beispielsweise Vorgaben hinsichtlich der fachlichen Eignung der Fachkräfte in der öffentlichen JW (vgl. § 6), der Eignungsvoraussetzungen der freien Träger (vgl. § 8) etc.

Im laufenden Diskurs zeichnet sich über eine Allianz von Managementorientierung im Zuge der Verwaltungsökonomisierung und der Durchsetzung der neoliberalen Marktwirtschaft die Tendenz in der JW ab, die Herausforderungen nach Qualitätssicherung und Kostenoptimierung über Standardisierungen in den Griff zu bekommen. Von Seiten der Behörden werden dazu Normkostenmodelle – z.B. für stationäre Unterbringungsformen – als Maßnahmen der Qualitätssicherung und des Controllings vorgegeben. Das Bundesland Salzburg etwa gab bereits im Jahr 2000 im Rahmen der Jugendwohlfahrts-Wohnformen-Verordnung (JWWfVO 2000) einen rechtlichen Rahmen für konkrete qualitätsbezogene Standards für stationäre und teilstationäre Einrichtungen vor, welche sich auch auf die fachlichen Voraussetzungen der Mitarbeiter/innen bezieht. Die im Zusammenhang der Jugendwohlfahrtsplanung erarbeiteten „Produktbeschreibungen" (vgl. Land Salzburg 2008, S. 113ff.) sind bezüglich der stationären und teilstationären Einrichtungen den in der JWWfVO 2000 festgelegten Qualitätserfordernissen verpflichtet. In der Steiermark bildet die „Durchführungsverordnung" (DVO) einen umfassenden Katalog mit detaillierten Be-

schreibungen der einzelnen Dienstleistungen im Rahmen der stationären JW (vgl. StWG-DVO 2005). Weitere Beispiele sind die vom Amt für Jugend und Familie der Stadt Wien (vgl. 2006a) oder die im Rahmen einer leistungs- und qualitätsorientierten Steuerung im Bereich der Erziehungshilfen (Volle Erziehung) vom Land Oberösterreich (vgl. 2008) entwickelten Standards. Auf solche Weise werden die Leistungsangebote in der JW im Großen und Ganzen standardisiert und über Zielbeschreibungen, Qualitätskriterien etc. einer Qualitätskontrolle besser zugänglich gemacht. In Verbindung mit Zeit- und Kostenplänen lassen diese Vorgaben im Rahmen der JW-Planung mehr Transparenz erwarten, sowohl was die Klienten/innenorientierung, die regionale Versorgung aber auch den finanziellen Aufwand anlangt. Solches ist gegenüber der intransparenten Vergabe- und Kostenpraxis, wie sie noch in den 1990er Jahren vielfach anzutreffen war, zweifellos als Fortschritt zu werten. So wird etwa durch Norm-Leistungskataloge den Erwartungen des Klientels besser entsprochen, bestimmte Leistungen auch in verschiedenen Regionen oder bei verschiedenen Trägern gleichwertig zu erhalten. Auch die Qualität der durchschnittlichen Leistungserbringung dürfte durch die detaillierten Vorgaben angestiegen sein.

Allerdings geraten normorientierte Vorgaben sehr leicht in Widerspruch zur fachlichen Herausforderung einer Flexibilisierung, eines „passgenauen Zuschnitts" von Angeboten der JW. Ob den bei solchen Standardvorgaben regelmäßig zu findenden allgemeinen Bestimmungen, wonach „in begründeten Ausnahmefällen" zusätzliche Kosten übernommen bzw. individuelle Leistungsangebote entwickelt werden können (vgl. StJWG-DVO 2005, § 2), nicht bloß eine Alibifunktion zukommt oder ob sie tatsächlich zur Entwicklung individueller Hilfen genutzt werden können, müsste untersucht werden.

Jedenfalls unterläuft die zunehmende Praxis der Standardisierung die Idee der Subsidiarität, wenn sie nicht flexibel und in Abstimmung mit den freien Trägern gehandhabt wird. Einengenden Vorgaben des öffentlichen Trägers, wie sie nicht nur hinsichtlich der Preisgestaltung sondern auch bezüglich des Leistungsangebotes erfolgen könnten, lassen den privaten Trägern kaum noch Spielraum für eigenverantwortliches Gestalten. Diese werden bei einer ausschließlich behördenorientierten Vorgangsweise vielmehr darauf reduziert, im Sinne eines Outsourcing-Prozesses die vom öffentlichen JW-Träger vorgegebenen Konzepte umzusetzen. Nur dafür erhalten sie die finanziellen Mittel. Solches würde eine Fesselung der Entwicklung sozialpädagogischer Fachlichkeit der freien Träger durch die Behörde bedeuten. Der Sinn des Subsidiaritätsprinzips liegt aber darin, dass die öffentliche Hand Vorleistungen erbringt, die es den freien Trägern ermöglicht, kreative Lösungen für anstehende Aufgaben zu entwickeln. Die sozialpädagogische Dienstleistungsdiskussion im Rahmen der JW wird durch die Vorgaben allzu sehr von der finanziellen Dimension dominiert, gestalterische sozialpädagogische und sozialpolitische Dimensionen gehen dabei verloren.

Etwas anders zu bewerten sind Standardisierungen von Prozessen bzw. Fallverläufen. Damit sind Initiativen zur Qualitätsentwicklung angesprochen, bei denen es um die Erarbeitung von Leitlinien bzw. Standards für die unmittelbare fachliche Arbeit in Bereichen der JW geht. Den Anfang machten das Burgenland mit „Leitlinien zum Kindeswohl" (1998) und die Stadt Graz mit dem umfassenden „Qualitätskatalog der Grazer Jugendwohlfahrt" (2000) von dem Pantucek meinte, dass dies „eine der bemerkenswertesten fachlichen Initiativen war (…), (die) sich auf der Höhe der aktuellen Entwicklungen einer klient/innen-

orientierten Sozialen Arbeit befand" (2005, S. 9). In jüngster Zeit wurden mehrere Qualitätsentwicklungsinstrumente konzipiert: Das SOS-Kinderdorf entwickelte in einem internationalen Verbund mit „Quality 4 children" (Q4C) Qualitätsstandards für die Betreuung von fremd untergebrachten Kindern unter Nutzung der Storytelling-Methode (2007). Pflegerl u.a. (2007) erarbeiteten den Leitfaden zur Fremdunterbringung „Gemeinsam über Qualität nachdenken" unter Einbeziehung der Nutzer/innenperspektive. Im Magistrat Wien wurden fachliche Standards zum Fallverlauf in Krisenzentren erstellt (vgl. 2006b). In der Steiermark hat man neben der Entwicklung eines „Handbuch(s für) sozialarbeiterische Hilfe und Abklärung bei vermuteter Gefährdung des Kindeswohls" (Bertl u.a. 2007) in allen Bezirkshauptmannschaften im selben Jahr auch ein handlungsleitendes Instrument zur prozess- und zielorientierten Fallarbeit als „Systematische sozialarbeiterische Dokumentation und Fallarbeit in Bereich der Gewährleistung des Kindeswohls" (2007) eingeführt, und jüngst hat die Stadt Graz die Abläufe im „Hilfeplanverfahren" neu geregelt (2009). Diese Ansätze sind unter Einbeziehung der Nutzer/innenperspektive im Wesentlichen dialogisch und reflexiv orientiert.

Solche Standardisierungen von Prozessen werden im Sinne von Richtlinien von den Fachkräften als Hilfsmittel bei der Aufgabenbewältigung in den vielfältigen Arbeitsfeldern der JW durchaus begrüßt (z.B. bei Risikoeinschätzungen, Interventionen, Durchführung von Fremdunterbringung). Sie vermögen aber die Komplexität eines Falles nur unzureichend abzubilden, weshalb sie nach Ansicht der Fachkräfte nicht am Ende des Hilfeprozesses stehen dürfen. Dort hat Raum zu bleiben für Interpretation und Reflexion (vgl. Scheipl 2008, S. 397).

Trotz dieser ermutigenden reflexiv und dialogisch ausgerichteten Ansätze bleibt die Vermutung nicht unplausibel, dass im Zuge einer wirkungsorientierten Verwaltungsreform von den Behörden eher korsettähnliche Standardisierungsansätze – topdown auf Grund der Ökonomisierung der Verwaltung – zu erwarten sein werden. Ferner besteht die nicht ganz unbegründete Befürchtung, dass Konzepte, die nicht von den Behörden verordnet sondern von freien Trägern im Sinne des Subsidiaritätsverständnisses entwickelt werden, ein ähnliches Schicksal erleiden könnten wie der erwähnte Grazer Qualitätskatalog, der in der konkreten Arbeit über die Grenzen der Stadt Graz hinaus nahezu unbemerkt geblieben ist.

Die Vielfalt der Leistungen und ihre quantitativen Ausprägungen

Zur Umsetzung der Vorgaben des Bundesgrundsatzgesetzes und der Ausführungsgesetze der Länder in konkrete Maßnahmen haben die öffentlichen JW-Träger entsprechende Planungen zu erstellen (vgl. JWG § 7). Während die Steiermark (1992, 1999 und 2005) und Salzburg (1998, 2003 und 2008) auf Grund ihrer dezidierten gesetzlichen Vorgaben mit der Vorlage von mehreren JW-Plänen hervortreten (vgl. Scheipl 2001b), begnügen sich die übrigen Bundesländer mit mehr oder weniger integrierten bzw. generellen Planungen, die nicht in Berichtform vorliegen.

Die konkreten Maßnahmen finden sich in einer Reihe von Dienstleistungsangeboten, um den MJ und ihren Familien bei der Bewältigung ihrer Probleme vorbeugend, begleitend und unterstützend zur Seite zu stehen. Dazu zählen zunächst frühe Hilfen zur Gesundheits- und Entwicklungsförderung wie z.B. Kurse zur Vorbereitung auf die Geburt, Elternberatung, Beratungsangebote und Hilfen in Krisensituationen, Maßnahmen bei Gefährdung

des Kindeswohls zum Schutz des Kindes, vielfältige Angebote zur Fremdunterbringung u.a.m. Im Wesentlichen finden sich diese Leistungen in allen Bundesländern, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß und wohl auch in unterschiedlicher inhaltlicher Ausgestaltung und Dynamik, weshalb eine Auflistung immer ergänzungsbedürftig bleibt.

Beispielhaft werden zunächst die Angebote der Durchführungsverordnung zum StJWG aus dem Jahr 2005 herangezogen (vgl. StJWG-DVO 2005). Diese kennt insgesamt 25 Leistungsangebote:

Kinder- und Jugendwohngruppen, Wohngemeinschaft für Kinder- und Jugendliche (in unterschiedlichen Differenzierungsformen); Kriseninterventionsstelle/Krisenunterbringung; Wohn-, Lebens- und Arbeitstrainingsmaßnahmen im Rahmen der JW; Betreutes Wohnen; Wohnbetreuung von jugendlichen Paaren/Müttern mit Kindern; Pflegeplatzunterbringung (in unterschiedlichen Differenzierungsformen); Interdisziplinäre Frühförderung und Familienbegleitung; Erziehungshilfe; Sozial- und Lernbetreuung; Sozialpädagogische Familienbetreuung; Betreuung gefährdeter ausländischer Jugendlicher; Familienhilfe; Krisendienst für Familien; Psychologische Behandlung; Psychotherapeutische Betreuung (auch in Wohngemeinschaften); Tagesmütter im Rahmen der JW; Sozialbetreuung. Neben den in der StJWG-DVO genannten Leistungen gibt es im primärpräventiven Bereich über die klassischen Mütterberatungsstellen hinausgehend derzeit fünf landeseigene Beratungs- und Bildungsangebote als Elterberatungsstellen für werdende Eltern und Eltern mit Kindern bis zu drei Jahren mit einem multiprofessionellen psychosozialen und einem medizinischen Angebot. Der Jugendwohlfahrtsbericht des Bundeslandes Salzburg (vgl. 2008, S. 113ff) wählt mit seinen 37 standardisierten „Produktbeschreibungen" eine ähnliche Vorgangsweise. Zusätzlich zu den in der Steiermark genannten Angeboten finden sich dort u.a. noch Kurse zur Vorbereitung auf Geburt und Elternschaft; Informationsdienste auf den Wochenstationen; Notschlafstellen; Streetwork sowie die Produktgruppe Kinder- und Jugendanwaltschaft und auch Hinweise auf ausgelaufene bzw. nicht umgesetzte (5) sowie geplante (2) Produkte.

In beiden Aufzählungen fehlen z.B. die Jugendheime. Im Zuge der Erarbeitung der DVO in der Steiermark wurden bspw. die letzten bestehenden Landesjugendheime in Wohngemeinschaften umorganisiert, doch bestehen nach wie vor Heime in der Mehrzahl der Bundesländer. Ihre Größe wurde jedoch stark reduziert und ihre innere Gestaltung im Laufe der Heimreformen der 1990er Jahre deutlich verändert (Verbesserung des Betreuungsschlüssels, Professionalisierung des Personals, koedukative Führung, Ausrichtung am Konzept der Lebensweltorientierung, familiär orientierte Gruppenformen, Vernetzung mit Krisenzentren und ambulanten Wohn- und Betreuungsangeboten). Beispielhaft ist dazu die Heimreform in Wien – Heim 2000 – zwischen 1995 und 2003 anzuführen (vgl. MAG ELF 2004, Rückert 2000; zu weiteren Initiativen vgl. Scheipl 2001, Gnant/Lauermann 2000, Scheipl 1999).

Ergänzungsfähig wäre die Auflistung der Leistungspalette noch durch individuelle Betreuungskonzepte mit zum Teil erlebnispädagogischen Projektangeboten (vgl. Gasser 2001).

Zusätzlich sind jugendarbeiterische Angebote mit den schwerpunktmäßigen Aufgabenstellungen im Jugendwohlfahrtsbereich zu nennen – wie etwa jugendwohlfahrtsorientierte Projekte in Jugendzentren, z.B. zu Gewaltprävention, zur Arbeitsintegration etc. Insge-

samt ist davon auszugehen, dass in den einzelnen Bundesländern in etwa ein vergleichbares Leistungsspektrum angeboten wird, dass aber in der quantitativen Ausprägung z.T. beachtliche Unterschiede gegeben sind.

Hinsichtlich der quantitativen Dimensionierung ist zunächst darauf hinzuweisen, dass eine einigermaßen informative Jugendwohlfahrtsstatistik nur bis zum Jahr 2001 erstellt wurde. Trotzdem gelangt Heimgartner mit aufwändigen Recherchen und Berechnungen zu einigen doch bemerkenswerten quantitativen Angaben und Trendbeobachtungen (vgl. 2009, S. 200ff), welche im folgenden Abschnitt dargestellt werden:

Im Jahr 2007 (31.12.) waren in Österreich 10.008 MJ in voller Erziehung fremduntergebracht (Heime, Wohngemeinschaften, Pflegeeltern). Für 1999 beträgt diese Zahl 9.617, für 1997: 9.519.

Der Anteil der Pflegekinder an der Fremdunterbringung geht deutlich zurück: von 60,35 % (1999) auf 44,02 % (2006).

Abbildung 1 zeigt, dass in Österreich insgesamt durchschnittlich 0,60 Prozent der Mj (= 9.862) im Jahr 2006 fremd untergebracht sind, das ist etwa jeder 168. MJ in Österreich. Die Größenverhältnisse variieren zwischen den Bundesländern allerdings beträchtlich. Während die Prozentsätze in Kärnten mit 0,88, in Wien mit 0,82, in der Steiermark mit 0,74 und in Vorarlberg mit 0,61 mehr oder weniger deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegen, sind in Oberösterreich lediglich 0,39 Prozent der MJ von einer Fremdunterbringungen betroffen (NÖ und Sbg.: 0;49 Prozent; B. u. T.: 0,50 Prozent). Während also in Kärnten jeder 114. MJ, in Wien jeder 122. und in der Steiermark jeder 136. MJ fremduntergebracht ist, findet sich in Oberösterreich die geringste Anzahl von Fremdunterbringungen, da dort nur jeder 257. MJ durch die Maßnahme einer vollen Erziehung (Heim, Wohngemeinschaft, Pflegeeltern) betreut wird.

Abbildung 1: Anzahl der Minderjährigen in einer Maßnahme der „Vollen Erziehung" in den Bundesländern; 2006

Bundes-land	Anzahl der Minder-jähr.	Anzahl der Kinder in „Voller Erziehung" (ohne Pflege-kinder)	a	Pflege-kinder	b	c	„Volle Erzieh." Insges.	d	%
BGL	52.392	172	1:304,6	92	1:569,5	1,9	264	1:198,5	0,50
VBG	84.858	253	1:335,4	264	1:321,4	1,0	517	1:164,1	0,61
K	107.142	690	1:155,3	254	1:421,8	2,7	944	1:113,5	0,88
SZB	107.483	355	1:302,8	177	1:607,2	2,0	532	1:202,0	0,49
Tirol	144.409	437	1:330,5	292	1:494,6	1,5	729	1:198,1	0,50
STMK	222.496	821	1:271,0	818	1:272,0	1,0	1.639	1:135,8	0,74
Wien	291.139	1.267	1:229,8	1.116	1:260,9	1,1	2.383	1:122,2	0,82
OÖ	303.673	687	1:442,0	497	1:611,0	1,4	1.184	1:256,5	0,39
NÖ	338.379	839	1:403,3	831	1:407,2	1,0	1.670	1:202,6	0,49
Österreich	1.651.971	5.521	1:299,2	4.341	1:380,6	1,2	9.862	1:167,5	0,60

a Kinder in „Voller Erziehung" (ohne Pflegekinder) relativiert an der Zahl der Minderjährigen
b Pflegekinder relativiert an der Zahl der Minderjährigen
c Verhältnis von Kindern in „Voller Erziehung" ohne Pflegekinder und Pflegekindern
d Kinder und Jugendliche in „Voller Erziehung" insgesamt relativiert an der Zahl der Minderjährigen
(Quelle: Heimgartner 2009, S. 203)

Abbildung 2 informiert über den Anstieg bei den Maßnahmen zur „Unterstützung der Erziehung". Dieser fällt zwischen 1999 und 2006 deutlich aus: Profitierten im Jahr 1999 15.202 MJ von solchen Maßnahmen, waren es im Jahr 2006 20.793 (+ 37 %). Auch hier variiert der Anteil der MJ, die eine solche Maßnahme beanspruchen, zwischen den Bundesländern deutlich. Österreichweit sind es im Jahr 2006 mit 20.793 durchschnittlich 1,26 Prozent der MJ – also etwa jeder 80. MJ. Oberösterreich weist mit 0,58 Prozent auch hier die wenigsten MJ (nur jeder 172!) mit erzieherischen Unterstützungsmaßnahmen auf, während die Steiermark mit 2,64 Prozent (jeder 38. MJ) das Feld anführt.

Abbildung 2: Anzahl der Minderjährigen in einer Maßnahme der „Unterstützung der Erziehung" in den Bundesländern; 2006

Bundesland	Anzahl der Minderjähr.	Kinder mit Unterstützung der Erziehung	a	%	b
Burgenland	52.392	617	1:84,9	1,18	0,43
Vorarlberg	84.858	951	1:89,2	1,12	0,54
Kärnten	107.142	843	1:127,1	0,79	1,11
Salzburg	107.483	692	1:155,3	0,64	0,77
Tirol	144.409	1.042	1:138,6	0,72	0,70
Steiermark	222.496	5882	1:37,8	2,64	0,28
Wien	291.139	2.694	1:108,1	0,93	0,88
Oberösterreich	303.673	1771	1:171,5	0,58	0,67
Niederösterreich	338.379	6.301	1:53,7	1,86	0,26
Österreich	**1.651.971**	**20.793**	**1:79,4**	**1,26**	**0,47**

a Kinder mit Unterstützung der Erziehung relativiert an der Zahl der Minderjährigen
b Verhältnis „Voller Erziehung" zu „Unterstützung der Erziehung"
(Quelle: Heimgartner 2009, S. 204)

Erklärungen bezüglich der zum Teil doch gravierenden Unterschiede zwischen den Bundesländern lassen sich nicht mit Bestimmtheit angeben. Vermutlich liegen die Gründe zunächst in einer unterschiedlichen Handhabung der JW-Praxis der einzelnen Länder. Darüber hinaus dürfte aber ein uneinheitliches begriffliches Verständnis von einzelnen Leistungen und auch deren unterschiedliche Kategorisierung hinsichtlich „Sozialer Dienste" oder „Hilfen zur Erziehung" (vgl. Abschn. 2.1) für die z.T. gravierenden Differenzen verantwortlich sein.

Das Geschlechterverhältnis ist bei Pflegekindern annähernd ausgeglichen. Bei den übrigen Maßnahmen besteht ein Überhang an betreuten männlichen MJ. Bei den Altersgruppen dominieren die 14 – 18-Jährigen bei der Heim- und WG-Unterbringung, die 6 – 13-Jährigen bei Maßnahmen zur Unterstützung der Erziehung (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Alter und Geschlecht der Minderjährigen in der österreichischen Jugendwohlfahrt; 2006

Alter	Volle Erziehung (ohne Pflegekinder)		Unterstützung der Erziehung		Pflegekinder		
Jahre	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	**Gesamt**
0 - 5	**177**	**192**	**2.139**	**2.292**	**616**	**619**	**6.035**
6 - 13	984	1.411	4.953	6.376	948	1.008	15.680
14 - 18	1.326	1.431	2.189	2.844	594	556	8.940
Gesamt	**2.487**	**3.034**	**9.281**	**11.512**	**2158**	**2.183**	**30.655**

(Quelle: Heimgartner 2009; S. 206)

Hinsichtlich der Gründe für die Fremdunterbringung liegen aktuelle Zahlen nur für Einrichtungen des SOS-Kinderdorfes vor (vgl. Hinteregger/ Posch/Zoller-Mathies 2006 – zit.n. Heimgartner 2009, S. 207): Bei Müttern überwiegen Überforderung (31,8 %) vor psychischer Krankheit (20,1 %) und Gewalt und Zerrüttung der Lebensgemeinschaft (18,0 %). Bei Vätern führt Trennung (durch Tod, Inhaftierung, kein Kontakt) die Liste mit 41,8 % an, gefolgt von Gewalt und Zerrüttung der Lebensgemeinschaft (23,9 %).

Insgesamt kann Heimgartner eine sowohl quantitativ als auch qualitativ steigende Nachfrage durch Familien und MJ nach Angeboten der JW während der letzten Jahre nachweisen (vgl. Heimgartner 2007 S. 183ff): Die Zahl der Jugendlichen, die im Rahmen des mobil betreuten Wohnens unterstützt werden, hat sich in der Steiermark von 1998 bis 2004 annähernd verdoppelt und ebenso stieg in diesem Zeitraum die Nutzung von Erziehungshilfe sowie von Sozial- und Lernbetreuung stark an. Diese Entwicklung zeigt einen an und für sich erfreulichen Trend in diesem Bundesland hin zu individuelleren, flexibleren und präventiv orientierten Maßnahmen. Aber auch die sozialpädagogische Familienhilfe als komplexes Unterstützungsangebot hat im Zeitraum von 1998 bis 2004 in der Steiermark eine Verdoppelung der betreuten Familien erfahren; in Niederösterreich ist in diesem Zeitraum ebenfalls ein gravierender Ausbau der SFH zu beobachten. Es müsste allerdings im Detail geklärt werden, ob die Zunahmen der Fallzahlen nicht zu Lasten der Betreuer/innen geht. Ebenso stieg in der Steiermark vom Jahr 1998 bis 2004 die Zahl jener Kinder kontinuierlich an, die im Rahmen der mobilen Frühförderung (nach dem JWG) betreut werden.

Schließlich sei noch exemplarisch auf das Verhältnis von Sozialarbeiter/innen zu MJ verwiesen, wie es sich nach dem JW-Plan 2005 in den Bezirken der Steiermark darstellt: In Graz besteht ein Verhältnis von 1:900, in Mürzzuschlag von 1:1.500 und in Leibnitz eines von 1:1.900 (vgl. ebda S. 187).

Neuorientierung am Sozialraum?

Das eben beschriebene Leistungsspektrum ist wesentlich von der Orientierung am Einzelfall bestimmt. In dessen Mittelpunkt stehen das Individuum oder bestimmte Gruppen mit identifizierten Problemlagen bzw. Hilfebedarfen. Diese sollten ausschlaggebend sein für die Erstellung von bestimmten Maßnahmepaketen. Dem gegenüber orientieren sich die Hilfen oftmals eher an den konzipierten Maßnahmen und den zur Verfügung stehenden Angeboten statt an den Bedürfnissen und Potentialen der Jugendlichen. So passiert es nicht selten, dass Einrichtungen eher ihre Auslastung im Blick haben anstatt ressourcenorientiert und gezielt mit den Jugendlichen/der Familie zu arbeiten, um die Unterstützung möglichst kurz zu halten. Die üblicherweise vorgenommene „Tagsatzfinanzierung" des Einzelfalls stützt diese Form der Praxis. Dieser als „versäult" bzw. als „segmentiert" bezeichnete Ansatz (vlg. Deinet 2002, S. 25) wird zunehmend in Frage gestellt.

Sozialraumorientierte Konzepte sollen dieses traditionelle Verständnis zumindest ergänzen. Sie orientieren sich primär am Sozialraum, weil man im gesellschaftlichen Umfeld sowohl Bedingungen für individuelle Problemlagen ausmacht, in ihm aber auch einen Pool an Ressourcen für die Jugendlichen wahrnimmt, den es zu nutzen gilt. Die Entwicklung flexibler Hilfeformen durch Sozialraumteams, die Entspezialisierung von Einrichtungen und der Aufbau von Netzwerken und Kooperationen mit zentraler Ausrichtung auf „das Feld"/ die Lebenswelt der Betroffenen sowie eine neue Budgetgestaltung (Sozialraumbudget)

kennzeichnen wesentliche Merkmale dieses Ansatzes. Von ihm erwartet man sich neben besser zielbezogen ausgerichteten JW-Leistungen, welche die Ressourcen der Betroffenen wecken und verstärkt aktivieren, auch eine günstigere Kostenentwicklung.

Überdies knüpft das Modell der Sozialraumorientierung an bereits vorliegende und einflußreiche sozialpädagogische Konzeptionen an, wie jener der Lebensweltorientierung, der Lebensbewältigung und natürlich der Gemeinwesenorientierung (vgl. Sing/Heimgartner 2009). Auch die Dienstleistungsorientierung macht sich Leitprinzipien dieser Konzeptionen zu nutze. Die grundlegende Um- und Neugestaltung der sozialpädagogischen Fremdunterbringung im Jugendwohlfahrtsbereich durch die Stadt Wien (vgl. oben: Heim 2000) war auf Grund ihrer Stadtteilorientierung zumindest ansatzweise sozialräumlich angelegt (vgl. Winkler 2001, S. 164). Derzeit geht man in Graz seit 2004 konsequent den Weg der Umgestaltung der JW nach Kriterien der Sozialraumorientierung (vgl. Krammer 2007; Krammer et al. 2009; Fritz/Weber 2009). Wie sehr dieser Umgestaltungsprozess mit Schwierigkeiten zu rechnen hat, dass er aber auch erfolgreich sein kann, zeigen die Modelle in Stuttgart und Zürich (vgl. Pfeifle 2007, Oetiker 2007, Waldvogel 2007).

Zwei spezifische Problemlagen

Jugendwohlfahrt und Kinder- und Jugendpsychiatrie

Nicht unerwähnt bleiben darf in einem Abriss zur Thematik der JW in Österreich der Hinweis auf jene Kinder und Jugendlichen, die sowohl das System der JW als auch jenes der Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) in Anspruch nehmen. Es geht dabei um jene Kinder und Jugendlichen, die frühe Traumatisierungen (z.B. Trennung, Missbrauch) erlebt haben bzw. die auf Grund verschiedener Faktoren keine bzw. nur unzureichende Gelegenheiten hatten, sich förderlich zu entwickeln. Obwohl sich sowohl die JW mit ihren Angeboten als auch die KJP-Kliniken der Aufgabe stellen, zur Überwindung und Bewältigung von Lebenskrisen bei Kindern und Jugendlichen beizutragen, gelingt es diesen beiden Systemen bis heute oft nur wenig zufriedenstellend, diese Schnittstellenproblematik in fruchtbarer Ergänzung und kooperativ zu bewältigen. Stattdessen kommt es nicht selten zum sogenannten Drehtür-Effekt: Kinder bzw. Jugendliche wechseln ständig zwischen einer stationären JW-Einrichtung und der jugendpsychiatrischen Klinik. Auf Grund von Eskalationen in der Einrichtung der JW erfolgt eine Überweisung in die Klinik. Auf Seiten der KJP interveniert man, um die Krisenspitzen zu beseitigen, und danach erfolgt die Rücküberweisung in dieselbe oder in eine andere Einrichtung der JW. Möstl (vgl. 2009) beschreibt und analysiert diese Problematik im Rahmen einer umfassenden empirischen Studie und formuliert entsprechende Empfehlungen zur Verbesserung der Kooperation beider Systeme: U.a. Zusammenarbeit über einen Liaisondienst für JW-Einrichtungen; Einrichtung eines KJP-Dienstes; KJP-Clearingstellen als erweitertes Angebot der JW; klare Kooperationsvereinbarungen zwischen Einrichtungen der JW und der KJP; Berücksichtigung der KJP-Versorgung bei der Jugendwohlfahrtsplanung. Kooperationen auf politischer Ebene sollen schließlich Angebote ermöglichen, die sowohl durch das Gesundheitssystem als auch durch das System der JW finanziert werden, um „Abschiebetendenzen" bzw. „Drehtüreffekte" und Streitigkeiten um (finanzielle) Zuständigkeiten und Abgrenzungen auf dem Rücken der Jugendlichen zu vermeiden. Um den genannten Drehtüreffekt zu minimieren, bieten in Oberösterreich – und länger schon in Wien – Fachärzte konsiliarpsychiatrische Tätigkeiten in stationären Einrichtungen der JW an. In Oberösterreich überlegt man fer-

ner, im Rahmen eines interdisziplinären Teams (KJP, Sozialpädagogik, Klinische Psychologie) bei schwierigen Fällen der JW bereits zu Beginn eine Abklärungsphase (Erstellung einer interdisziplinären Diagnose und eines darauf aufbauenden Handlungsplanes) vorzunehmen (vgl. Leixnering 2010). In Salzburg plant man an der Schnittstelle JW und KJP das Produkt „Intensiv betreutes Wohnen für psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche" (vgl. Land Salzburg 2008, S. 15).

Das Phänomen sogenannter „unbetreubarer" Kinder und Jugendlicher

Ein nicht unwesentliches Problem, welches die JW gegenwärtig beschäftigt, ist das Phänomen der sogenannten „unbetreubaren" Kinder und Jugendlichen. Aussagen über die Häufigkeit dieses Phänomens sind schwer zu treffen, da die Grenzen, ab wann ein Kind/Jugendlicher als unbetreubar eingestuft wird, in den Jugendämtern unterschiedlich gezogen werden. Als durchaus hinterfragenswertes Ergebnis eines bundesweiten Arbeitskreises wähnt man in Wien etwa 20 Jugendliche in dieser Situation, in der Steiermark hingegen ist die Rede von beinahe 160 jungen Menschen (vgl. Graf 2004). Jedenfalls können Grabmayr/Konrad/Wisniewski (2009, S. 606) in einer differenzierten Erhebung deutlich machen, „dass die Genese eines ‚unbetreubaren' Falles ein Zusammenspiel zweier Systeme ist, wo sich der Jugendliche mit einem entsprechenden Verhalten, das im Kontext seiner Biographie zu sehen ist, und das Hilfesystem mit all seinen Reaktionen auf dieses Verhalten sowie seinen Handhabungen, Gewohnheiten und Regelabläufen gegenüber stehen, wobei das Hilfesystem allerdings die Hauptlast trägt."

Sie schlagen eine Vielzahl von „Bausteinen" vor, um adäquate Hilfeangebote zu entwickeln. Deren Bandbreite reicht von Einzelbetreuung bis zur Elternarbeit. Die drei Autorinnen beziehen aber auch Überlegungen um eine begrenzte „geschlossenen Unterbringung" mit ein. Man sollte sie ihrer Meinung nach als Möglichkeit „von der man eigentlich zurück schrecken und die man im Grunde ablehnen Muss, [nicht von vornherein ausschließen; J. Sch.]. Das ist das Dilemma der geschlossenen Unterbringung: Ihr Elend besteht darin, dass sie mit Elend zu tun hat" (Winkler 2005, S. 201). Die Forscherinnen thematisieren überdies die Miteinbeziehung der Jugendlichen bei der Maßnahmengestaltung, wie sie auch höchste Professionalität der Fachkräfte und Flexibilität des Betreuungssettings neben vielen anderen Vorschlägen anregen (vgl. 2009, S. 618ff). Auf keinen Fall darf sich die JW damit abfinden, dass sogenannte „unbetreubare" Kinder und Jugendliche „übrig" bleiben.

Ein weiterer zunehmend stärker zu beachtender Themenbereich wäre die Zusammenarbeit der JW mit der Schule. Hier sind Themen wie die Schulverweigerung (vgl. Kittl-Satran 2006) oder die allmählich sich entwickelnde Schulsozialarbeit (vgl. Scheipl 2007) zu verorten. Diese sollte allerdings nicht auf JW-Probleme verengt werden. Eine detaillierte Bearbeitung dieses Arbeitsbereiches übersteigt jedoch den hier vorgegebenen Rahmen.

3. Kinder- und Jugendanwaltschaft

Mit der Einführung des Kinder- und Jugendanwalts zur Beratung von MJ und deren Familien- bzw. gesetzlichen Vertreter/innen „in allen Angelegenheiten, die die Stellung des Minderjährigen und die Aufgaben des Erziehungsberechtigten betreffen" (JWG § 10 (1)) hat der Gesetzgeber im Bundesgrundsatzgesetz eine weitere Initiative im Sinne einer jugendorientierten Politik geschaffen. Trotz der UN-Konvention über die Rechte des Kindes

im Rücken, die seit 6.9.1992 in Österreich in Kraft ist, ist der Umsetzungsprozess entsprechend den Ausführungsgesetzen in den Bundesländern zunächst eher schleppend angelaufen. Daher wurde im Jahr 1991 „mit einer ministeriellen Weisung beim damaligen Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie eine Kinder- und Jugendanwaltschaft des Bundes geschaffen" (Benzoni 2001, S. 193). Diese hat österreichweit über das „Rote Telefon" Hilfe und Informationen angeboten. Bis zum Jahr 1995 wurden die Kinder- und Jugendanwaltschaften in den Ländern schließlich eingerichtet.

Dem föderalistischen Prinzip im Jugendwohlfahrtsbereich folgend, „sind die Aufgabenstellungen, Befugnisse, personelle und finanzielle Ausstattung der einzelnen Kinder- und Jugendanwaltschaften sehr unterschiedlich. Gemeinsam ist ihnen die Weisungsfreiheit, die ihnen in fachlicher Hinsicht völlige Handlungsfreiheit ermöglicht, sowie die gemeinsame Sorge um das Wohl des Kindes im Einzelfall (Ombudsstelle) und die Vertretung von Kinderinteressen (Interessenvertretung) im Allgemeinen (…). Die Anwaltschaften sehen es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, Empfehlungen zur Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen und Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen zu formulieren. Dies erfolgt vornehmlich durch Begutachtung und Anregung von Gesetzesbestimmungen, das Aufdecken von Missständen und das Hineinreklamieren der Interessen von Kindern und Jugendlichen bei Planungs- und Forschungsvorhaben. Entsprechende Anregungen und Empfehlungen finden sich in den Jahresberichten der einzelnen Kinder- und Jugendanwaltschaften der Länder" (ebda S. 194).

Über eine ständige Konferenz der Kinder- und Jugendanwältinnen Österreichs (seit 1993) koordinieren sie ihre Tätigkeiten bundesweit.

4. Forschung im Bereich der Jugendwohlfahrt

Ein Desideratum im JW-Bereich bleibt bislang die Forschung. Das Bundesgrundsatzgesetz formuliert im Zusammenhang mit der Planung zwar eindeutig einen Forschungsauftrag „… erforderlichenfalls haben sie (die JW-Träger; J.Sch.) sich um die Einleitungen entsprechender Forschungen zu bemühen" (JWG § 7), doch eine umfassende JW-Forschung konnte sich bislang nicht etablieren. So gibt es auf Grund fehlender statistischer Erfassung eine äußerst unzureichende Datenlage (s.o.). Darüber hinaus sind Statistiken, wo sie vorhanden sind, oftmals fehlerhaft. Z.B. stimmen Angaben der Länder und des Bundesministeriums bezüglich fremd untergebrachter Kinder nicht überein (vgl. Zoller-Mathis/Madner 2006). Das mag u. a. auch damit zusammenhängen, dass die Beschreibungen von Leistungen oftmals zu wenig eindeutig sind, woraus sich Zuordnungsschwierigkeiten ergeben. Doch auch die Erfassungskategorien der Haushaltssystematik sind undifferenziert und veraltet, so dass „derzeit der Großteil der Jugendwohlfahrtsausgaben (durchschnittlich rund 70 Prozent) in der überwiegenden Mehrzahl der Länder im Unterabschnitt ‚UA 439 Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen' ausgewiesen" wird (Hochholdinger et al. 2007, S. 63). Das mittlerweile differenzierte Angebot an stationären und mobilen Betreuungsformen findet sich nicht im Kategoriensystem für Aufwendungen abgebildet.

Als typisches Beispiel für die fehlende Forschungsorientierung kann die groß angelegte Reform „Heim 2000" in Wien gelten (vgl. Stadt Wien-MAG ELF 2004). Zwar hat es Mitarbeiter/innenbefragungen hinsichtlich der Zufriedenheit mit den geänderten (reformierten) Arbeitsbedingungen gegeben. Eine systematische Begleitforschung dieses beach-

tenswerten Reformprojektes zwischen 1995 und 2003 wurde nicht durchgeführt. Anderseits ist aber zu erwähnen, dass bspw. das SOS-Kinderdorf als freier Träger in Innsbruck ein Forschungsinstitut als „Sozialpädagogisches Institut" führt, welches u.a. seit 2002 die JW-Befragungsreihe JU-Quest (vgl. Putzhuber 2003-2009) betreibt.

Einschlägige Forschungsarbeiten werden vor allem von den Arbeitsbereichen für Sozialpädagogik an den Universitäten in Graz und Klagenfurt sowie in jüngerer Zeit zunehmend auch von den FH-Studiengängen durchgeführt. Dabei hat es den Anschein, dass Fachhochschulen bei der Vergabe von Forschungsaufträgen durch die Bundesländer bevorzugt werden, haben diese doch auf Grund ihrer Finanzierungsbeteiligung ein hohes Interesse an deren wissenschaftlichem Output. Die Arbeiten bleiben in der Regel kleinräumlich orientiert und sind auf Grund des prekären Personalstandes der Einrichtungen und der unzureichenden finanziellen Dotierung der Projekte meist nicht systematisch ausgerichtet.

Über die zu verbessernden Forschungsbedingungen hinaus wird vermehrt Augenmerk auf die forschungsmethodische Qualifizierung des Personals besonders in den universitären Ausbildungsgängen (Masterstudien, Doktoratsstudien, aber auch Habilitationen) zu legen sein.

In jedem Fall wird, um die Anforderungen an die JW auf der Höhe der Zeit bewältigen zu können, der systematische Auf- und Ausbau der JW-Forschung auf Bundesebene voranzutreiben sein. Neben der unerlässlichen Einrichtung eines zentralen Forschungsinstituts – vergleichbar dem Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung (bifie) – sind punktuelle Pilotprojekte und forschungspraktische Vernetzungen über regelmäßig durchzuführende Jugendwohlfahrtstage, wie sie Pantucek vorschlägt (vgl. 2005, S. 12), sicherlich sinnvoll. Aber auch die Erarbeitung eines periodisch erscheinenden Bundes-JW-Berichtes (analog den Jugendberichten der Bundesregierung) und die Errichtung eines nationalen Fonds zur Förderung von einschlägigen Forschungsarbeiten (vgl. Heimgartner 2008) könnten die gesellschaftspolitische Bedeutung dieses Arbeitsbereiches befördern.

5. Aufbruch zu einem neuen Gesetz

Obwohl das JWG 1989 nur vier Novellierungen erfahren hat (BGBl I 53/1999; BGBl I 135/2000; BGBl I 112/2003 und BGBl I 41/2007), die neben der Klärung des Kostenersatzes bei voller Erziehung (2003) und der deutlichen Ausweitung der Angebotspalette der Sozialen Dienste (1999) im Wesentlichen eine Präzisierung der Mitteilungspflicht (§ 37) (1999, 2000, 2007) gebracht haben, mehren sich vor allem auf Grund bestehender unterschiedlicher gesetzlicher Vorgaben und Standards in den länderspezifischen JW-Gesetzgebungen die Kritiken an der bestehenden gesetzlichen Regelung. Verstärkt wurde diese Kritik im Jahr 2008 auf Grund einiger tragischer Zwischenfälle gegen Ende des Jahres 2007, so dass die ursprüngliche Idee einer umfassenden neuerlichen Novellierung aufgegeben und eine Neufassung des Gesetzes bis Mitte 2009 in Aussicht gestellt wurde (vgl. Schuhmeyer 2009). Der vorgelegte Gesetzesentwurf eines „Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetzes (B-KJHG) 2009" wurde von den JW-Organisationen (u.a. durch die vom SOS-Kinderdorf initiierte „Interessengemeinschaft Chancengesetz"), dem „Österreichischen Berufsverband der Sozialarbeiter/innen (OBDS)" oder dem „Netzwerk Kinderrechte" zunächst zwar als wichtiger Schritt hinsichtlich einer Förderung von Nutzerinteressen bezüglich klarerer Zielbestimmungen und der Entwicklung professioneller Standards gewertet. Hinsichtlich einiger Aspekte (u. a. fehlende eindeutige Rechtsan-

sprüche auf die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, unzureichende präventive Orientierung, Ausrichtung an einer überholten Systematik und vor allem mangelnde Angaben zur finanziellen Bedeckung) (vgl. u.a. Wienerroither 2009) war die Kritik allerdings so massiv, dass man sich von ministerieller Seite offenbar nicht mehr in der Lage gesehen hat, den angestrebten Termin zur Gesetzesverabschiedung (Juli 2009) zu halten. Überdies hatte die vorgezogene Wahl zum Nationalrat im Herbst 2008 eine intensive inhaltliche Arbeit offensichtlich nicht mehr ermöglicht.

Resümierend kann man festhalten, dass das Bundesgrundsatzgesetz zur JW aus dem Jahr 1989 sozialhistorisch durchaus als struktureller Meilenstein gewertet werden kann. Mit seiner Dienstleistungsorientierung, der erstmaligen Betonung der Subsidiarität, der Einrichtung der Kinder- und Jugendanwaltschaft u.a.m. sollte es eine Triebkraft für die Entwicklung der Praxisfelder der Sozialen Arbeit v.a. in den 1990er Jahren entwickeln, die erst in der Gegenwart abzuflachen scheint.

Auf Grund der Diskussionen vor allem des letzten Jahres ist jedoch offenkundig geworden, dass eine gesetzliche Neuordnung des JW-Bereiches in Österreich unumgänglich geworden ist, haben sich doch die Herausforderungen auf Grund des gesellschaftlichen Wandels in den letzten 20 Jahren massiv verändert.

Wünschenswert, aber derzeit politisch nicht absehbar, ist eine Entwicklung hin zu einem für die gesamte Republik Österreich gleichermaßen gültigen Jugendwohlfahrtsrecht – ähnlich den Überlegungen, die derzeit im Bereich der Schulverwaltung angestellt werden. Zumindest sollte eine größere Einheitlichkeit bei den Ländergesetzen angestrebt werden, die jedoch zu keiner „Nivellierung nach unten" führen darf. Die derzeitige Situation leistet allzu sehr dem Trend zur „Verzwergung" Vorschub, benötigt einen enormen Verwaltungsaufwand und verhindert letztendlich große Entwürfe, die angesichts der Herausforderungen der Zeit auch im Jugendwohlfahrtsbereich notwendig wären.

6. Zum Weitermachen – neun Anregungen

Selbstverständlich lässt sich nach Vorliegen dieses Textes aber auch auf Grund der Expertisen der einschlägigen Fachkräfte (vgl. u.a. Putzhuber 2009) eine Vielzahl von Anregungen zur Weiterentwicklung der Situation der JW in Österreich gewinnen. Die folgende Auswahl impliziert neben dem fachlich notwendigen auch das politische Handeln.

1. Die Überforderung der Eltern, ihren Erziehungsaufgaben nachzukommen, kann als einer der gravierendsten Gründe für die JW-Maßnahmen insgesamt gesehen werden. Elternarbeit zählt daher zu den vordringlichsten Aufgaben nicht nur der JW-Arbeit sondern der Jugend-, Familien- und Sozialpolitik insgesamt. Die JW hat neben der Entwicklung sowohl primär- als auch sekundärpräventiver Elternbildungs- und -förderungsprogramme Lobbying für entsprechende Familien- bzw. Elternpolitik zu betreiben.
2. Zunehmend häufiger wird von den Fachkräften auf das immer jünger werdende Klientel der JW hingewiesen. Unter Bedachtnahme auf diese Problematik sind Formen zur Frühintervention bereits im Kindesalter in Zusammenarbeit mit Schulen, Horten und (Sport-)Vereinen zu entwickeln.

3. Unter Berücksichtigung des Phänomens der „Postadoleszenz", wonach die Übergänge zwischen Jugend und Erwachsensein heute nicht nur einen längeren Zeitraum beanspruchen, sondern auch an Komplexität zunehmen und die jungen Menschen zugleich Anforderungen der Jugendlichkeit und des Erwachsenseins bewältigen müssen, sollte erwogen werden,
   a. entweder die Leistungen der JW (Hilfen zur Erziehung; Pflegekinderwesen) grundsätzlich bis zum vollendeten 21. Lebensjahr mit einer Verlängerungsmöglichkeit zu gewähren
   b. oder eine besser funktionierende Transferschiene von der JW hin zur Erwachsenensozialarbeit aufzubauen.
4. Unter Berücksichtigung dieses Sachverhaltes und in Ansehung der Tatsache, dass JW-Jugendliche idR schwierigere Lebenskonstellationen vorfinden als üblich, sind Angebote zur Nachbetreuung – wie sie u.a. derzeit vom SOS-Kinderdorf angeboten werden – massiv auszubauen.
5. Nicht die kostengünstigste JW-Maßnahme ist die beste, sondern die beste JW-Maßnahme ist die kostengünstigste. Die gesetzliche Vorgabe, wonach jeweils die „gelindeste noch zum Ziel führende Maßnahme zu treffen" (JWG § 26) ist, verführt häufig dazu, billige statt adäquate Maßnahmen zu setzen – mit dem nicht selten zu beobachtenden Effekt, dass die Maßnahmen einen zu langen Zeitraum beanspruchen oder überhaupt nicht zielführend sind. Daher ist vorzusehen, dass das Bestbieter-Prinzip und nicht das Billigstbieter-Prinzip zur Anwendung gelangt.
6. Neue Wege von flexiblen Betreuungsformen bis hin zur Einzelbetreuung sind unter Rücksichtnahme auf die Budgetdisziplin zu entwickeln, um Kinder/Jugendliche auch in extrem schwierigen Lebenslagen halten zu können.
7. Konzepte im Rahmen der Hilfen zur Erziehung müssen über den Ausbau von Kooperationsformen mit Einrichtungen der Drogentherapie Jugendliche mit Substanzmittelkonsum entsprechend einbeziehen.
8. Der Bedarf an systematisch und langfristig konzipierten Forschungen im Bereich der JW ist unbestritten. Eine gesicherte Finanzierung und die Einrichtung einer leistungsfähigen Forschungsinstitution für JW-Forschung in Österreich sind unerlässlich, um neben der Beforschung aktueller Problemlagen den Anschluss an die internationale Forschung herzustellen.
9. In Kenntnis der steigenden Belastung durch wachsende Fallzahlen sind österreichweit nachvollziehbare einheitliche Standards für Qualität und Personaleinsatz auch für die Einrichtungen der öffentlichen JW zu entwickeln.

Literatur

Amt der Burgenländischen Landesregierung – Abt. 6 (Hg) (1998): Leitlinien zum Kindeswohl, Eisenstadt

Benzoni, G. (2001): Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs. In: Der österreichische Amtsvormund, Folge 162, 193-198

Bertl, G./Felbinger, G./Fink, F. u.a. (2007): Handbuch Sozialarbeiterische Hilfe und Abklärung bei vermuteter Gefährdung des Kindeswohls. Beratung/Soziale Anamnese/Soziale Diagnose. Graz, Amt der Steiermärkischen Landesregierung. FA 11B – Sozialwesen. Referat IV/Sozialarbeit

B-VG: Bundes-Verfassungsgesetz. http://www.bka.gv.at/bka/medien/bvg.htm

Deinet, U. (2002): Die Sozialraumdebatte in der Jugendhilfe. In: Deinet, U./Krisch, R. (Hg.), Der sozialräumliche Blick in der Jugendarbeit, 13-29, Opladen, Leske und Budrich

Erläuterungen zum Steiermärkischen Jugendwohlfahrtsgesetz (1990): Beilage zum Steiermärkischen Jugendwohlfahrtsgesetz 1991, LGBl Nr. 32/1990. Graz

Fleischmann, P. (2001): Heim 2000: Zur Reform der sozialpädagogischen Fremdunterbringung in Wien. In: Knapp, G./Scheipl, J. (Hg.), Jugendwohlfahrt in Bewegung, 134-146, Klagenfurt, Laibach, Wien, Hermagoras

Fritz, G./Weber, K. (2009): Gelebte Theorie? Die Praxis der Sozialraumorientierung am Beispiel des Jugendamtes Graz-Südost. Masterarbeit. Graz, Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft

Gasser, M. (2001): Jedem das Seine: Individuelle Betreuungskonzepte als Herausforderung in der pädagogischen Arbeit mit verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen in Vorarlberg. In: Knapp, G./Scheipl, J. (Hg.), Jugendwohlfahrt in Bewegung, 220-237, Klagenfurt, Laibach, Wien, Hermagoras

Gnant, I./Lauermann, K. (2000): Sozialpädagogik zwischen 1960 und 2000. In: Gnant, I./Lauermann, K. (Hg.), 40 Jahre Bildungsanstalten für Sozialpädagogik, 173-194, Innsbruck, Studienverlag

Grabmayr, M./Konrad, C./Wisniewski, M. (2009): „Unbetreubare" Jugendliche in der Steiermark – wenn die Jugendwohlfahrt an ihre Grenzen stößt. Masterarbeit. Graz, Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft

Graf, H. (2004): Zusammenfassung. Ergebnisse des bundesweiten Arbeitskreises „Konzepte für schwierige Minderjährige" (Unveröffentlichtes Dokument)

Heimgartner, A. (2009): Komponenten einer prospektiven Entwicklung der Sozialen Arbeit. Wien, LIT-Verlag

Heimgartner, A. (2008): Europäische Forschung in der Jugendwohlfahrt. In: Sozialarbeit in Österreich, Heft 1, 24-27

Heimgartner, A. (2007): Komponenten einer prospektiven Entwicklung der Sozialen Arbeit unter besonderer Berücksichtigung der Situation in Österreich. Habilitationsschrift. Graz, Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft

Hinteregger, R./Posch, C./Zoller-Mathies, S. (2006): 3.0 Perspektiven. Innsbruck, SOS-Kinderdorf

Hochholdinger, N./Mitterer, K./Wirth, K. (2007): Budgetentwicklung in der Jugendwohlfahrt. Das Sozialbudget der Länder im Zeitverlauf. Endbericht. Wien, KDZ Managementberatung

Jugendwohlfahrts(Grundsatz)Gesetz des Bundes (JWG): BGBl. Nr. 161/1989

Jugendwohlfahrtsgesetze der Bundesländer

Burgenländisches Jugendwohlfahrtsgesetz 1992 (BgldJWG)
http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrBgld&Gesetzesnummer=10000302

Kärntner Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 (KJWG)
http://www.kaernten-sozialarbeit.at/content/download/ktn_Jugendwohlfahrtsgesetz.pdf

Niederösterreichisches Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 (NÖJWG)
http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/LrNo/LRNI_2002022/LRNI_2002022.html

Oberösterreichisches Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 (OÖJWG)
http://www.prosoz.at/downloads/JWG_OOE_1992.pdf

Salzburger Kinder- und Jugendwohlfahrtsgesetz 1992 (SbgJWG)
http://www.salzburg.gv.at/themen/gs/soziales/soziales_recht/recht_jugendwohlfahrtsgesetz.htm

Steirisches Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 (StJWG)
http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=LrStmk&Dokumentnummer=LRST_9270_001

Tiroler Jugendwohlfahrtsgesetz 1990 (TJWG)
http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/kinder-und-jugendliche/jugendwohlfahrt/downloads/tjwg.doc

Vorarlberger Jugendwohlfahrtsgesetz 1991(VbgJWG)
http://voris.vorarlberg.at/voris/chronik/1991/46_1991.doc

Wiener Jugendwohlfahrtsgesetz 1990 (WrJWG)
http://www.magwien.gv.at/recht/landesrecht-wien/rechtsvorschriften/pdf/s2000000.pdf

Kindschaftsrechts-Änderungsgesetz 2001 (BGBl. Nr. I 135/2000)

Kittl-Satran (2006): Schulschwänzen – Verweigern – Abbrechen. Eine Studie zur Situation an Österreichs Schulen. Reihe Bildungsforschung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Band 19, Innsbruck, StudienVerlag

Krammer, I. (2007): Der Grazer Weg zur Sozialraumorientierung in der Jugendwohlfahrt. In: Haller, D./Hinte, W./Kummer, B. (Hg.), Jenseits von Tradition und Postmoderne. Sozialraumorientierung in der Schweiz, Österreich und Deutschland, 151-160,Weinheim und München, Juventa

Krammer, I./Sandner-Koller, E./Sixt, H. (2009): Der Grazer Weg: Sozialraumorientierung als Gesamtstrategie für das Jugendamt und mehr? In: Sing, E./Heimgartner, A. (Hg.), Gemeinwesenarbeit in Österreich, 66-82, Graz, Leykam

Land Oberösterreich (Hg.) (2008): Abteilung Jugendwohlfahrt. Richtlinie zur leistungs- und qualitätsorientierten Steuerung im Bereich der Erziehungshilfen. Angebot Vollversorgung. Linz

Land Salzburg (Hg.) (2000): Jugendwohlfahrts-Wohnformen-Verordnung. Salzburg, Abteilung Soziales. Referat für Soziale Kinder- und Jugendarbeit

Land Salzburg (Hg.) (2008): Dritter Jugendwohlfahrtsbericht 2002-2007. Salzburg, Abteilung Soziales. Referat für Soziale Kinder- und Jugendarbeit

Land Steiermark (Hg.) (2007): Systematische sozialarbeiterische Dokumentation und Fallarbeit im Bereich der Gewährleistung des Kindeswohls. Graz

Landes-Jugendwohlfahrtsgesetz Vorarlberg (LGBl Nr. 36/2009)

Leixnering, W. (2010): Kinder-Jugendpsychiatrie Oberösterreich. Mündliche Auskunft (6.4.2010).

Merchel, J. (2004): Qualitätsmanagement in der Sozialen Arbeit. 2. Auflage. Weinheim und München, Juventa

Möstl, S. (2009): Erziehungsbedürftig oder krank? Grenzfälle und Kooperationen zwischen stationären Einrichtungen der Jugendwohlfahrt und der Kinder- und Jugendpsychiatrie in der Steiermark. Dissertation. Graz, Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft

Oetiker, H. (2007): Soziale Arbeit in Zürich Nord – der soziale Raum als Ressource. In: Haller, D./Hinte, W./Kummer, B. (Hg.), Jenseits von Tradition und Postmoderne. Sozialraumorientierung in der Schweiz, Österreich und Deutschland, 194-203, Weinheim und München, Juventa

Pantucek, P. (2005): Jugendwohlfahrt neu erfinden. In: Sozialarbeit in Österreich, Heft 3, 7-13

Pfeifle, B. (2007): Hat es sich gelohnt? Positive Effekte und Zukunftsaufgaben auf dem Stuttgarter Weg im Reformprozess des sozialraumorientierten Umbaus der Hilfen zur Erziehung. In: Verein für Kommunalwissenschaften e.V. (Hg.), Sozialraumorientierter Umbau der Hilfen zur Erziehung. Positive Effekte, Risiken und Nebenwirkungen. Band 2, 13-25, Berlin, Eigenverlag

Pflegerl, J./Viertelmayr, A./Zettl, C./Pantucek, P. (2007): Gemeinsam über Qualität nachdenken. Ein Leitfaden über den Prozess der Fremdunterbringung. Herausgegeben von der EQUAL – Entwicklungspartnerschaft Donau – Quality in Inclusion. St. Pölten, FH St. Pölten (Ilse Arlt Institut für soziale Inklusionsforschung)

Posch, K. (2008): Jugendwohlfahrtsbeiräte. In: kontraste. Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik, Heft 8, 4-7

Putzhuber, H. (2003-2009): JU-Quest. Trends zur Jugendwohlfahrt. ExpertInnenbefragung 2002 bis 2009. Innsbruck, Eigenverlag

Putzhuber, H. (2009): Rohbericht zur siebten JU-Quest-ExpertInnenbefragung 2008. Innsbruck, Eigenverlag

Rückert, K. (2000): Institut für Sozialpädagogik der Stadt Wien. In: Gnant, I./Lauermann, K. (Hg.), 40 Jahre Bildungsanstalten für Sozialpädagogik, 133-137, Innsbruck, Studienverlag

Scheipl, J./Enzenhofer, R./Haider, B./Streicher, H. (1994): Die gehobene Bedeutung der freien Träger im Jugendwohlfahrtsgesetz 1989. In: Janig, H./Rathmayr, B. (Hg), Wartezeit. Studien zu den Lebensverhältnissen Jugendlicher in Österreich (2. Jugendbericht), 323-349, Innsbruck, Studienverlag

Scheipl, J. (1999): Heimerziehung in Österreich. In: Colla, H. u.a. (Hg.), Handbuch Heimerziehung und Pflegekinderwesen in Europa, 71-84, Neuwied, Kriftel

Scheipl, J. (2001): Heimreform in der Steiermark: 1980-2000. In: Knapp, G./Scheipl, J. (Hg.), Jugendwohlfahrt in Bewegung. Reformansätze in Österreich, 208-219, Klagenfurt, Laibach, Wien, Hermagoras

Scheipl, J. (2001a): Die stationäre Betreuung in der Jugendwohlfahrt: Eine aktuelle Übersicht. In: Knapp, G./Scheipl, J. (Hg.), Jugendwohlfahrt in Bewegung. Reformansätze in Österreich, 105-119, Klagenfurt, Laibach, Wien, Hermagoras

Scheipl, J. (2001b): Jugendwohlfahrtsplanung in Österreich. In: Knapp, G./Scheipl, J. (Hg.), Jugendwohlfahrt in Bewegung. Reformansätze in Österreich, 283-303, Klagenfurt, Laibach, Wien, Hermagoras

Scheipl, J. (2007): Schulsozialarbeit. Noch Intervention oder schon Innovation? In: Knapp, G./Lauermann, K. (Hg.), Schule und Soziale Arbeit, 710-736, Klagenfurt, Laibach, Hermagoras

Scheipl, J. (2008): Risikoeinschätzung und Intervention – Das Spannungsfeld sozialpädagogischer Diagnostik – in der Jugendwohlfahrt. In: Eder, F./Hörl, G. (Hg.), Gerechtigkeit und Effizienz im Bildungswesen, 393-405, Wien, LIT-Verlag

Scheipl, J. (2009): Das Pflegekinderwesen in Österreich. In: Meyer, C./Tetzer, M./Reusch, K. (Hg.), Liebe und Freundschaft in der Sozialpädagogik, 225-244, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften

Schuhmeyer, L. (2009): Kommentar zum Entwurf des Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz (B-K-HG) 2009. Unveröff. Arbeitspapier. Graz, Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft

Schuhmeyer, L./Walzl, N. (2009): Soziale Arbeit im Spiegel der Ökonomisierung. Neue Steuerung, Finanzierung und Qualität Sozialer Arbeit vor dem Hintergrund aktueller politischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Dissertation, Graz, Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft

Sing, E./Heimgartner, A. (2009): Gemeinwesenarbeit in Österreich, Graz, Leykam

SOS-Kinderdorf International (Hg.) (2007): Quality 4 Children. Standards für die Betreuung von fremd untergebrachten Kindern und jungen Erwachsenen in Europa. Eine Initiative von FICE, IFCO und SOS-Kinderdorf International. Innsbruck, Eigenverlag

Stadt Graz/Das junge Amt (Hg.) (2000): Qualitätskatalog der Grazer Jugendwohlfahrt. Graz, Steiermärkische Landesdruckerei GmbH

Stadt Graz (2009): Hilfeplanverfahren. Internes Dokument des Amtes für Jugend und Familie. Graz

Stadt Wien – MAG ELF – Amt für Jugend und Familie (Hg.) (2004): Heim 2000. Abschlussbericht 1995-2003. Wien

Stadt Wien, MAG ELF – Amt für Jugend und Familie, Dezernat 6 (Hg.) (2006a): Fachliche Standards. Sozialpädagogische Einrichtungen. Wien

Stadt Wien, MAG ELF – Amt für Jugend und Familie, Dezernat 6 (Hg.) (2006b): Fachliche Standards für die sozialpädagogische Arbeit in Krisenzentren. Wien

StJWG-DVO (2005): Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 24.1.2005, mit der das Steiermärkische Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 durchgeführt wird. Landesgesetzblatt, Land Steiermark

Stockart-Bernkopf, E. (1989): Das Jugendwohlfahrtsgesetz 1989 samt Erläuterungen. In: Der österreichische Amtsvormund, Folge 94, 55-71

Waldvogel, R. (2007): Zürichs Soziale Dienste – ein umfassender Change. In: Haller, D./Hinte, W./Kummer, B. (Hg.), Jenseits von Tradition und Postmoderne. Sozialraumorientierung in der Schweiz, Österreich und Deutschland, 140-150,Weinheim und München, Juventa

Wienerroither, P. (2009): Neuerungen im Jugendwohlfahrtsrecht. JuRE/Crossover vom 28.1.2009, 38-48, Wels

Winkler, M. (2001): Heimerziehung, Hilfen zur Erziehung – Wien. In: Knapp, G./Scheipl, J. (Hg.), Jugendwohlfahrt in Bewegung. Reformansätze in Österreich, 148-186, Klagenfurt, Laibach, Wien, Hermagoras

Winkler, M. (2005): Das Elend mit der geschlossenen Unterbringung. In: Forum Erziehungshilfen 11, Heft 4, 196-202

Zoller-Mathies, S./Madner, V. (2006): Zahlen, Daten, Fakten in der Jugendwohlfahrt am Beispiel Fremdunterbringung. In: Der österreichische Amtsvormund, Folge 192, 175-181

DER AUTOR:

Univ.- Prof. Dr. **Josef SCHEIPL**, Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft, Universität Graz, Leiter des Arbeitsbereiches für Sozialpädagogik;

Arbeitsschwerpunkte: Entwicklung und Theorien der Sozialpädagogik, Jugendwohlfahrt, Sozialpolitik und Soziale Arbeit

4.2 Schnittflächen von Jugendwohlfahrt und Jugendarbeit

Josef Scheipl

Einleitung

Österreichweit besteht ein relativ dichtes und differenziertes Netz an Hilfeangeboten der Jugendwohlfahrt (JW) in Form von mobilen Diensten sowie Beratungs- und Betreuungseinrichtungen. Diese werden von den Jugendlichen von sich aus – vor allem nach der Pflichtschulzeit – eher wenig in Anspruch genommen, wenn nicht sogar gemieden (vgl. Schoibl et al. 2004; Scheipl/Häfele 2009). Einrichtungen der JW tun sich also in gewisser Weise schwer, Jugendliche in schwierigen Lebenslagen zeitgerecht zu erreichen, bei diesen Kooperationsbereitschaft aufzubauen und Akzeptanz zu entwickeln. In zunehmendem Maße beginnen daher Einrichtungen der offenen Jugendarbeit (JA) entsprechende Angebote zu erarbeiten. Damit entwickeln sich mehr oder weniger ausgeprägte Überschneidungsbereiche zwischen JW und JA. Lebensthemen und Problemlagen der Jugendlichen sind von vornherein ganzheitlich, weshalb die Aufspaltung in solche Bereiche, die der JA und in solche, die der JW zugänglich sind, eher einer Verwaltungslogik und weniger einer Sach- und Fachlogik entspricht.

Auf Grund der erkennbaren Trends in der offenen JA ist für die nächste Zukunft zu erwarten, dass die begleitende Sozialarbeit einen Schwerpunkt in der JA insgesamt ausmachen wird. Doch JA darf dabei nicht auf Jugendsozialarbeit (JSA) reduziert werden (vgl. Scheipl 2008, S. 31).

Die folgenden Ausführungen beziehen sich stärker auf Aspekte der offenen JA. Für den wichtigen und vielfältigen Bereich der verbandlichen JA liegen dem Autor leider keine systematischen Erhebungen vor, die entsprechend gehaltvolle inhaltliche Aussagen ermöglichen würden. Die in Abschnitt 2 genannten Angebote lassen sich aber weitgehend durchaus auch im Rahmen von verbandlicher JA umsetzen. Unerlässlich dabei bleiben aber ausgewiesene Qualifikationen für jugendarbeiterische Tätigkeiten.

1. Beispiele aus der Perspektive der Jugendarbeit

Jugendarbeiter/innen bieten den Jugendlichen im Jugendzentrum (JUZ), im Verein, Vereins- oder Verbandslokal einen Raum und ihre Kompetenzen an

- zur Freizeitgestaltung, z.B. Musik hören, proben, Konzerte vorbereiten;
- zur Diskussion und Auseinandersetzung über aktuelle Jugendthemen;
- zur Bearbeitung/Problematisierung von Geschlechtsrollenstereotypen.

Sie bieten Hilfe an

- bei der Erledigung schulischer Aufgaben (z.B. Hausübungen);
- zur Aussprache über persönliche Probleme des/der Jugendlichen (in dessen/deren Freizeitkontext), als Troubleshooter/innen bei alltäglichen privaten Turbulenzen, als kompetente Ansprechpartner/innen für komplexe Probleme in Form einer niederschwelligen Beratung und als Vermittler/innen zu professionellen Beratungseinrichtungen bei schwerwiegenden Problemen oder Lebenskrisen, z.B. bei Schulversagen, Elterngewalt oder Arbeitslosigkeit.

Jugendarbeiter/innen bieten in Jugendberatungsstellen alltagsrelevante Informationen zu Schullaufbahn, Berufsorientierung oder Job-Möglichkeiten an. Sie geben aber auch – zumindest in begrenztem Umfang – Raum für persönliche Beratungsgespräche bei individuellen Problemen. Jugendarbeiter/innen entwickeln darüber hinaus nicht selten aufwändige Konzepte zur sozialen und beruflichen Integration – etwa zur Unterstützung bei der Berufsfindung oder zur Prävention gegen Gewalt u.a.m. Solcherart schaffen sie Zugangsweisen zu jenen Jugendlichen, für die eine sozialarbeiterische Beratung und Begleitung zunächst mit hohen Schwellenängsten verbunden ist. Sie bauen eine Vertrauensbasis auf, mit deren Hilfe die problembelasteten Jugendlichen Jugendwohlfahrtsleistungen überhaupt erst einfordern können.

2. Rechtliche Bezugnahmen

Die eben angegebenen Leistungen von entsprechend qualifizierten Mitarbeiter/innen in der JA reichen von Praktiken der Information, Alltagskommunikation, Freizeitbegleitung und Animation über die individuelle Unterstützung bei persönlichen Krisen bis hin zur professionellen Betreuung von problembelasteten Jugendlichen durch die Gestaltung von durchkomponierten Konzepten mit direkter persönlicher Begleitung. Sie beziehen sich damit einerseits auf die Eigenart des Handlungsfeldes der Kinder- und Jugendarbeit, welche die Kinder und Jugendlichen bei der Entwicklung und Entfaltung ihrer Kompetenzen im außerschulischen Bereich unterstützt, indem sie „Jugend" als eigenständige Lebensphase ermöglicht und wertschätzt. Sie betreffen anderseits aber auch Maßnahmen, die Jugendliche bei der Bewältigung ihrer Problemlagen und Krisen begleiten und fördern.

Die teils unterschiedlich akzentuierten, teils ineinander fließenden Leistungen finden in den zwei Gesetzesmaterien zur JW und zur Jugendförderung ihren Ausdruck. Diese lassen bei näherer Betrachtung bemerkenswerte Überschneidungen in ihren Leistungsangeboten erkennen. So nennen die JW-Ausführungsgesetze der Bundesländer im Rahmen der Sozialen Dienste u.a. durchgängig „Beratungshilfen", „Hilfen im Bereich der Freizeitgestaltung" (NÖ, Sbg., W), „Jugendzentren mit sozialpädagogischer Ausrichtung" (StJWG § 17 (3), SbgJWG § 23 (2)); Niederösterreich spricht darüber hinaus noch von „Hilfe bei Problemen im Schulbereich" bzw. „bei der Eingliederung in den Arbeitsprozess und zur Unterstützung bei Schwierigkeiten im Arbeitsprozess" (NÖJWG § 15 (2)).

Jedenfalls ist es im Sinne des JW-Grundsatzgesetzes (JWG 1989 § 12 (2)), „bei der Durchführung der Aufgaben auf die Zusammenarbeit mit den Einrichtungen der außerschulischen Jugenderziehung und anderer Einrichtungen zu achten, die ebenfalls Aufgaben der Betreuung und Förderung der Jugend wahrnehmen". Von Seiten der JW werden also durchaus Brücken zur JA geschlagen.

Das Bundes-Jugendförderungsgesetz (2000 § 2 (3)) wiederum versteht unter Jugendarbeit (außerschulische Jugenderziehung und Jugendarbeit) „alle geeigneten jugenderzieherischen und –bildenden Maßnahmen, die die familiäre Erziehung oder die im sonstigen privaten Lebensbereich von Jugendlichen stattfindende Sozialisation ergänzen, jedoch außerhalb des formellen schulischen Bildungssystems oder der durch die öffentliche Jugendwohlfahrt bereitgestellten Dienste erbracht werden".

Die Vorgabe dieses Gesetzes – das nicht, wie das JWG 1989 den Charakter eines Grundsatzgesetzes hat, da Anliegen der Jugendförderung lt. Bundes-Verfassungsgesetz der Gesetzgebungskompetenz der Bundesländer unterliegen – klammert Dienste, die „durch die öffentliche JW bereitgestellt" werden, bemerkenswerter Weise also zunächst einmal aus.

Doch die Jugendförderungsgesetze der Länder (ausgenommen OÖ, Kärnten und Wien, welche über kein Jugendförderungsgesetz verfügen) sprechen neben der allgemeinen Förderung von „Maßnahmen zur Entfaltung der Persönlichkeit und der Anlagen des jungen Menschen" immer auch zumindest von Jugendberatungsstellen bzw. Jugendberatungsdiensten (vgl. Bgld, NÖ, Sbg, Stmk, T und Vbg); Vorarlberg nennt noch „Gewalt – und Suchtvorbeugung" (VbgJG § 4), Niederösterreich erwähnt die Förderung von Initiativen, die sich gefährdeter junger Menschen – auch außerhalb der Vollziehung der JW – annehmen (vgl. NÖJG § 4). Jugendförderungsgesetze beziehen darüber hinaus auch Unterstützung „bei der Berufsfindung und beim Übergang in die Arbeitswelt" (SbgJG § 2 (2)) bzw. die Förderung „von jungen Arbeitnehmer/innen und Arbeitnehmern, Arbeitslosen und Menschen mit besondern Bedürfnissen, insbesondere Aktivitäten zu deren Integration" mit ein (BgldJG § 2 (3)).

Wie die Beispiele zeigen, beziehen sich also beide Gesetzesmaterien neben aller Unterschiedlichkeit durchaus auch auf ähnliche Angebote und Aufgabenbereiche.

3. Probleme aus der Sicht der Jugendwohlfahrt

Im Allgemeinen dürfte die Unzulänglichkeit der JW u.a. darin bestehen, dass sie erst zu agieren beginnt, wenn beim Jugendlichen (von Seiten der Behörde) ein Problem definiert ist und dieses in den Rahmen der standardisierten Angebote der JW-Leistungen fällt. Überdies gelingt es der JW von sich aus zunächst häufig nicht, Jugendliche mit massiven Problembelastungen zu erreichen – zumindest ist für viele Jugendliche zunächst die Schwelle zu hoch, später sind die Vorgaben zu eng (vgl. Scheipl/Häfele 2009).

Im Detail lassen sich bespielsweise folgende Probleme benennen: Es fällt Jugendlichen in besonders belasteten Lebensverhältnissen (Flucht aus der Familie, Ausbildungsabbruch, Wohnungslosigkeit) schwer, aus eigenem Vermögen einen Zugang zum Hilfesystem der JW zu finden (vgl. Schoibl et al. 2004). Es führt das Unvermögen auf Seiten der Jugendlichen, mit Strukturvorgaben und Entwicklungsanforderungen von Seiten der JW-Einrichtungen umzugehen, nicht selten zum Abbruch der Betreuung durch die JW. Darüber hinaus sind die Einrichtungen der JW oftmals nur unzureichend im Stande, ihre Angebote flexibel auf die jungen Menschen in ihren Bedürfnislagen auszurichten. Aus der Kenntnis solcher Problemlagen lässt sich für diese Gruppe eine Lücke zwischen den Betreuungsangeboten der JW und deren konkretem Hilfebedarf folgern. Somit hält sich die Reichweite der JW mit ihren freiwilligen Erziehungshilfen aber auch mit den Sozialen Diensten spätestens bei den 15- bis 17-Jährigen in Grenzen.

Überdies wird die JW von Mitarbeiter/innen der offenen JA mit einem gewissen Zwangskontext assoziiert, im Sinne einer „festen Rahmung eines Büros", während der Kooperation zwischen beiden Bereichen ein „Setting zwischen Tür und Angel" zugeschrieben wird. Man sieht darin „eher Beratung" und „Vermittlung bzw. Begleitung zu den Profis". Je deutlicher sich das Setting von „offen für alle" (das JUZ als erste Anlaufstelle) zu mehr Strukturiertheit verfestigt, desto wichtiger wird die Beratungskompetenz und desto stärker geht damit ein Verständnis von einer Verschiebung der Arbeitsbereiche von der JA über deren Zusammenarbeit mit der JW hin zur JW im Sinne von festgerahmter (behördlicher) Sozialarbeit einher (vgl. Scheipl/Häfele 2009, S. 10).

Aus dem Wissen um diese Problemkonstellationen entwickelte man im nachgehenden JW-Bereich, auch im Verbund mit niederschwelligen Jugendberatungsangeboten, Angebote zu Streetwork, ferner Jugendnotschlafstellen sowie beschäftigungsorientierte Projekte. Teilweise werden solche Angebote, wie z.B. Streetwork in Graz, sowohl aus Budgetansätzen der JA als auch der JW finanziert. Es verwundert daher nicht, dass solche Angebote – wie in Abschn. 3 gezeigt – sowohl in den Jugendwohlfahrtsgesetzen als auch in den Jugendförderungsgesetzen der Länder zu finden sind. Der vorgenannte Hinweis auf mögliche komplexe und komplizierte gemeinsame Finanzierungsformen läßt zumindest die Idee der Schaffung einer gemeinsamen Gesetzesmaterie für die beiden getrennten Bereiche JA und JW aufkeimen.

4. Unterschiedliche Überschneidungsintensitäten

Aktivitäten, die im Sinne der Abschn. 2 und 3 angeboten werden, bewegen sich im Schnittflächenbereich von JW und JA. Sie sind oftmals weder eindeutig dem Bereich der JW noch dem der JA zuzuordnen.

Zunächst lassen sich Jugendberatungs- und Jugendinformationsstellen relativ klar der Jugendförderung zuordnen. Solche Angebote finden sich – wie in Abschn. 3 ausgeführt – in allen der sechs vorhandenen Jugend(förderungs)gesetze der Bundesländer. Es sind damit Einrichtungen gemeint, welche allgemeine Serviceleistungen für Jugendliche im Sinne von Informationen über schulische, berufliche Aus- und Weiterbildungsangebote oder über gesetzliche Vorschriften anbieten.

Weniger eindeutig wird die Zuordnung, wenn diese Einrichtungen als Jugendberatungsstellen „die Jugend oder auch die Erziehungsberechtigten über die mit dem Heranwachsen verbundenen Probleme aufklären, informieren oder bei Bedarf an andere Einrichtungen (z.B. Familienberatung, Jugendamt, Kinder- und Jugendanwaltschaft) vermitteln …." (SbgJG § 9 (1)). Zur weiteren „Klar-Stellung" wird dort darauf verwiesen: „Die Aufgaben der Familien- und Erziehungsberatungsstellen werden hiervon nicht berührt" (ebda). Auch die Hinweise zu „Amtsverschwiegenheit" der „im Jugendberatungsdienst tätigen Personen" bzw. zur Wahrung der Anonymität der Ratsuchenden (vgl. TJG § 2 (5, 6)) zeugen davon, dass die Beratungen über die genannte Serviceleistung des Informierens hinausgehen können.

Es scheint sich in der Praxis der offenen JA ein Agreement herauszubilden, wonach in Beratungsstellen, Jugendzentren oder –treffs bei Bedarf und bei entsprechend qualifizierten Mitarbeiter/innen vor Ort einem/r Jugendlichen zwei bis drei Beratungsstunden angeboten werden, diese/r dann aber, wenn dessen/deren persönliche Situation es erfordert,

an eine professionelle Beratungsstelle weiter vermittelt und erforderlichenfalls persönlich dorthin begleitet wird. Organisatorisch ließen sich mehrere Kombinationen von Angeboten und Maßnahmen vorstellen: Es könnte ein „Beratungsverbund" zwischen Einrichtungen der offenen JA und professionellen Beratungsangeboten der JW eingerichtet werden. Um die notwendige Vertrauensbasis bei den betreffenden Jugendlichen aufzubauen, wäre jedenfalls eine enge Kopplung des Beratungsangebotes an den Betrieb des JUZ notwendig – etwa in der Form, dass die Berater/innen an Veranstaltungen des JUZ mitwirken und zu den Jugendlichen auf diese Weise informelle und unverbindliche Kontakte herstellen. Funktionaler wäre es wahrscheinlich, wenn professionelle Berater/innen in Einrichtungen der JA schlicht und einfach mitarbeiten. Solcherart können über die Alltagsbegegnungen Zugangshürden abgebaut und die JW mit ihren unterstützenden Maßnahmen und Diensten näher an die Bedarfe der Jugendlichen herangeführt werden. Selbst in der Freizeitbegleitung, der eigentlichen Domäne der JA, sind z.B. beratende, unterstützende oder korrigierende Anteile immer wieder zu finden. Auch wenn für die Jugendlichen Freizeit in erster Linie Freiraum bedeutet, der zur Befriedigung von Bedürfnissen der Selbstentfaltung, der Entspannung und der Befriedigung sozialer Kontaktbedürfnisse dient (vgl. Opaschowski 1996) und den sie mit Spaß, Genuss und Freude assoziieren (vgl. Österreichisches Institut für Jugendforschung 2005), so reduziert sich Jugend (heute) nicht mehr auf eine Spaßgesellschaft. „Etwas zu leisten, um sich etwas leisten zu können" – dazu zählen auch die Freizeitangebote – wird zunehmend in den Mittelpunkt gerückt (vgl. Friesl/Kromer/Polak 2008, S. 9f.). In diesem Sinne ist Freizeitpädagogik in der JA nicht streng abgrenzbar von anderen Handlungsfeldern der Pädagogik. Sie thematisiert als Querschnittbereich auch den wichtigen Stellenwert der freizeitbezogenen Bildungs- und Erziehungsarbeit (vgl. Fromme 2005).

Die eben dargestellten Szenarien verweisen auf unterschiedliche Überschneidungsmengen und -formen von Bereichen der JA und der JW, die sich durch Kooperationen weiter intensivieren lassen: Z.B. bietet ein JUZ für Jugendliche ohne Schulabschluss oder für solche mit Defiziten in der Arbeits- und Berufsorientierung durchkomponierte Konzepte zum Pflichtschulabschluss, zur Ausbildung einer Arbeitsorientierung im Rahmen des zweiten Arbeitsmarktes oder zur Entwicklung von Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten an. Solche Projekte wären etwa die Bildungs- und Beschäftigungsprojekte „Albatros" und „Job AHOJ!" des JUZ Vismut in Dornbirn oder die sozialräumlichen Bildungs- und Beschäftigungsprojekte für Jugendliche des Vereins Wiener Jugendzentren (vgl. Oehme/Beran/Krisch 2007). Denkbar ist natürlich auch, wie es im Rahmen der Jugendnotschlafstelle „Schlupfhaus" in Graz mit „tag.werk" der Fall gewesen ist (vgl. Kahr 2008), dass niedrigschwellige JW-Einrichtungen entsprechende Beschäftigungsprojekte aufbauen, die sowohl Anteile von JW als auch von JA aufweisen.

Solche Initiativen entsprechen im Sinne der Jugendförderung jedenfalls den Interessen der Kinder und Jugendlichen (vgl. VbgJG § 3 (2)) bzw. unterstützen diese „bei der Berufsfindung und beim Übergang in die Arbeitswelt" (SbgJG § 2 (4); vgl. auch BgldJG § 2 (3/11)) und beugen weiteren Gefährdungen der jungen Menschen vor (vgl. NÖJG § 4). Sie beinhalten neben der Vermittlung von Inhalten selbstverständlich vielfältige animatorische Phasen zur Rekreation und jugendgerechten Gestaltung wie sie auch intensive persönliche Beratungs- und Stützungsmaßnahmen für die Jugendlichen zur Bewältigung ihrer persönlichen Krisen beibringen. JA und JW sind in solchen Projekten somit auf eine integrative

Zusammenarbeit angewiesen. „Bildungsträger" wie das WIFI oder das BFI rücken auf solche Weise in das Blickfeld als mögliche Träger von JA. Doch wenn als Kriterien für JA die Bedürfnis-, Subjekt- und Erfahrungsorientierung unter der Perspektive der Beziehungsarbeit im jugendkulturellen Freizeitkontext herangezogen werden (siehe Abschn. 6.1 und 6.3), sind sie als Angebotsträger für die Jugend(sozial)arbeit eindeutig als zu eng berufsqualifizierend zu verstehen, auch wenn sie – was mittlerweile in solchen Beratungskontexten als unhintergehbar gilt – entsprechende personenbezogene Beratungsleistungen einbeziehen (vgl. Nestmann et al. 2007).

Sowohl in den angeführten Beratungssituationen als auch in den komplexen Bildungs- und Beschäftigungsprojekten ist oft nicht mehr eindeutig auszumachen, was noch zur JA und was bereits zur JW zählt. Es lässt sich meist keine eindeutige Schnittstelle identifizieren. Überschneidungsbereiche, gemeinsame Schnittflächen sind vielmehr kennzeichnend für die Herausforderung, denen sich beide Arbeitsbereiche gegenüber sehen. Unterschiedliche Altersvorgaben bei Förderleistungen – in der JW (Maßnahmen bis zur Erreichung der Volljährigkeit bzw. bis zum 21. Lebensjahr; vgl. JWG § 31 (4)) und in der JA, wo die Altersgrenzen nach Bundesländern variieren (BgldJG § 2 (1): bis 27. Lebensjahr (Lj); NÖJG § 3 (2): bis 25. Lj; SbgJG § 3: bis 27. Lj; VbgJG: bis 25. Lj), – dürften kein maßgebliches Hindernis auf dem Weg zu einer verbesserten Kooperation darstellen. Es geht um eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den zunächst möglicherweise nicht „geborenen" Kooperationspartnern JA und JW (vgl. Stork 2005). Die eher präventive Orientierung im Rahmen der JA ermöglicht einen positiv-pragmatischen und kreativen Zugang bezüglich der Arbeit mit problemorientierten Verhaltensweisen von Jugendlichen. Sie bietet die Chance einer größeren Offenheit und Reichweite und ist nicht mit Stigmatisierung verbunden. Diese ist wahrscheinlicher bei der JW, wo die Zugänge zu Maßnahmen mit z.T. beachtlichen Barrieren verbunden und stärker dirigistisch ausgerichtet sind. Eine Professionalisierung der Mitarbeiter/innen der JA ist jedenfalls unerlässlich, um die Vielfalt der Rollen im Schnittmengenbereich von JA und JW ausfüllen zu können (vgl. Scheipl/Häfele 2009).

5. Begriffliche Klärungsversuche

Wie könnte man die Schnittmenge von JA und JW bezeichnen? Mehrere Varianten, die Abgrenzungen bzw. Gemeinsamkeiten akzentuieren, werden diskutiert:

„Faustregel": Prävention?

Manches Mal wird, um die beiden Bereiche JW und JA unterscheiden zu können und um den verschiedenen Rechtsmaterien zu entsprechen, mit folgender „Faustregel" operiert: Jene Angebote, die als primärpräventiv gelten – also Maßnahmen, die ergriffen bzw. angeboten werden, bevor ein Schaden eingetreten ist, um ihn zu vermeiden, –, seien der JA zuzuordnen. Auf diese Weise entsprechen zahlreiche Maßnahmen der Zielsetzung der JA, z.B. „die Fördermaßnahmen sollen die Erziehungsaufgaben von Familie, Schule, Beruf und anderen Einrichtungen unterstützen" (StJG § 1 (3)).

Sekundär präventive Maßnahmen hingegen sind dann solche der JW. Sie sollen die Weiterentwicklung von Problemen verhindern. Doch zahlreiche Angebote der JW etwa im Bereich der Sozialen Dienste sind durchaus als primärpräventiv einzustufen (z.B. „Hilfen im Bereich der Freizeitgestaltung"; s.o.). Häufig ist nicht eindeutig zu unterscheiden, ob eine

Maßnahme primär- oder sekundärpräventiven Charakter aufweist. Somit ist das Kriterium der Prävention als Unterscheidungsmerkmal aber auch als Kennzeichnung für Überschneidungen nicht wirklich geeignet. Abgesehen davon ist es unangemessen einengend, außerschulische JA über das Kriterium der Prävention zu bestimmen. Unglücklicherweise scheint der vierte Jugendbericht mit seinem Teil B („Prävention in der außerschulischen JA") trotz der Beteuerung, dass „JA nicht auf Prävention reduziert werden darf", einem solchen Missverständnis Vorschub geleistet zu haben (BM für Soziale Sicherheit 2003, Teil B, S. 59; vgl. Scheipl 2004). Prävention gilt in der JA als ein Strukturmoment neben anderen. Moderne JA ist v.a. durch die Leitkategorien der Bedürfnis-, Subjekt- und Erfahrungsorientierung mit den Zielen der Partizipation und Bemündigung gekennzeichnet, welche – wie oben erwähnt – die Jugend als eigenständige Lebensphase wertschätzt und sie nicht in erster Linie aus einer gefährdeten oder gar defizitorientierten Perspektive wahrnimmt.

„Jugendsozialarbeit"?

Ein zweiter Versuch einer begrifflichen Klärung verweist auf die im Kinder- und Jugendhilfegesetz der Bundesrepublik Deutschland definierte „Jugendsozialarbeit" (KJHG § 13). Sie dient unter Beachtung einer ganzen Palette von verschiedenen Arbeitsfeldern „der Förderung der sozialen/beruflichen Integration von sozial benachteiligten und/oder individuell beeinträchtigten Jugendlichen und jungen Erwachsenen" (Galuske 2004, S. 235). Projekte wie die genannten zum Pflichtschulabschluss oder zur beruflichen Integration finden sich durch diese Begrifflichkeit relativ gut abgedeckt, denn zweifellos kommt in solchen Projekten der begleitenden Sozialen Arbeit ein unerlässlicher Part zu. Doch wenn es um Einzelbetreuung im Rahmen des offenen Betriebes eines JUZ geht, wenn Beziehungsarbeit gefragt ist, um eine Vertrauensbasis für weiterführende Beratung zu schaffen, dann wird die begriffliche Fassung dieses Phänomens durch „Jugendsozialarbeit" zu problemlastig. Darüber hinaus ist eine Assoziation des Begriffes mit der von den Jugendlichen ungeliebten und gemiedenen, als defizitorientiert eingeschätzten „Sozialarbeit", welche die JW einschließt, naheliegend. Aus diesen Gründen scheint mir, obwohl ich diesen Begriff zunächst forciert habe (vgl. Scheipl 2008, S. 31f.), dieser Vorschlag nicht optimal, auch wenn das intensive Angebot sozialpädagogischer Hilfen für jugendarbeiterische Settings in seinem Verständnis miterfaßt ist.

„Integrative" oder „inklusive" Jugendarbeit?

Wenn die Zusammenarbeit von Arbeitsansätzen der (offenen) JA mit Angeboten und Interventionen der JW im Sinne der Förderung und Unterstützung der Entwicklungsmöglichkeiten der Jugendlichen im Vordergrund steht, dann könnten die nicht diskriminierenden Begriffe „integrative JA" bzw. „inklusive JA" diesen Angebotsbereich brauchbar kennzeichnen. Während der Terminus „integrativ" die Zusammen- und Ineinanderführung, also die Schnittflächen beider Arbeitsbereiche, hervorhebt, akzentuiert der Inklusionsbegriff darüber hinaus den für die JA selbstverständlichen akzeptierenden und partizipativen Umgang mit den heterogen Bedürfnissen, Kompetenzen und Problemlagen der Jugendlichen (vgl. Scheipl et al. 2009). Wesentlich bei beiden Begriffsvarianten ist der Gedanke, die Jugendlichen in ihrem jugendkulturellen Alltags- und Freizeitkontext mit möglichst niedrigschwelligen Angeboten zu erreichen. Auf diese Weise werden jugendarbeiterische Arbeits-

ansätze insoferne zu Leitkategorien, als sie den Zugang für sozialarbeiterische bzw. JW-orientierte Maßnahmen aufschließen und diese dann in Abstimmung mit Inhalten und Methoden der JA anbieten.

Eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen des integrativen Ansatzes liegt in der Finanzierung solcher Initiativen. Doch JA und JW stellen in der gegenwärtigen Verwaltung zwei weitgehend unterschiedliche Bereiche mit je zugeordneter Finanzierung dar, die durch eigene Gesetze normiert werden. Überdies sind die Gesetzgebungskompetenzen gem. B-VG unterschiedlich angelegt – bezüglich der JW liegt die Grundsatzgesetzgebungskompetenz beim Bund, die Kompetenzen zur Ausführungsgesetzgebung finden sich bei den Ländern; bei der Jugendförderung liegen die Gesetzgebungskompetenzen zur Gänze bei den Ländern. Aus diesen Gründen sind Schwierigkeiten für den weiteren Ausbau solcher bereichsübergreifender Angebote jedenfalls zu erwarten. Gehören die Leiter/innen der politischen Ressorts, welche in den Ländern für JW und JA zuständig sind, überdies verschiedenen politischen Parteien an, dürfte solches negative Auswirkungen auf die Finanzierung von Projekten haben und einer förderlichen Entwicklung zusätzlich im Wege stehen. Gegenwärtig scheint man sich mit Absprachen zwischen Fachstellen der Verwaltung, sogenannten „Fachstellennetzwerken", zu begnügen. Es sind jedoch unbedingt Erfahrungen bezüglich der vielfältigen Möglichkeiten der Kooperation von JA und JW über Pilotprojekte zu sammeln, die – wie etwa in Vorarlberg – selbstverständlich wissenschaftlich zu evaluieren sind (vgl. Schoibl 2008; Scheipl/Häfele 2009). Dabei bildet die Professionalisierung der Mitarbeiter/innen eine unhintergehbare Voraussetzung für eine weiterführende Integration beider Handlungsfelder.

6. Resümee

Die Kooperationen der JW mit der JA werden durch die beiden Gesetzesmaterien keinesfalls ausgeschlossen. Der behördlichen Sozialarbeit könnten sie überdies wichtige

„Einblicke in die Cliquen und Szenen der Kinder und Jugendlichen in ihre Vielfalt, ihre Vitalität, ihre Kompetenzen und ihre Fähigkeit zur Selbstorganisation verschaffen. Sie könnte an den Fachkräften (der JA; J. Sch.) den angstfreien Umgang mit jungen Menschen, (…) den methodischen Umgang mit Gruppen und die Begegnung mit unterschiedlichen Kulturen"

(Stork 2005, S. 559) auf eine partnerschaftliche Weise erfahren. Im Sinne einer Neuorientierung von JA aber auch von JW könnten sich beide als strategische Partner wahrnehmen, die „proaktiv statt reaktiv" (ebda, S. 558) aufeinander zugehen und bei Bedarf im Sinne der Fachlogik miteinander arbeiten. Eine Voraussetzung dafür liegt allerdings in einem entsprechenden Ausbau von Angeboten der JA und in deren Nutzung durch die Jugendlichen. Hinweise des dritten Jugendberichtes und der Schriftenreihe Jugendpolitik, wonach nur knapp ein Fünftel der Jugendlichen vor allem die jüngeren und solche, die am kommerziellen Freizeitmarkt nicht teilnehmen können, JUZ frequentieren (vgl. BM für Umwelt, Jugend und Familie 1999, S. 5ff bzw. BM für Soziale Sicherheit 2005), sollten Anlass zumindest für eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit und darüber hinaus auch für den Ausbau von Angeboten zur JA insgesamt bieten.

Für die offene JA ist eine partnerschaftliche Kooperation mit Zielvereinbarungen und Arbeitsabsprachen mit der JW von höchster Relevanz, denn sonst läuft sie als der weit weniger institutionell und professionell abgesicherte Bereich Gefahr, ihre Identität und ihr

Selbstverständnis zu verlieren. Evaluationsergebnisse von Projektreihen aus der offenen JA (KOJE-Vorarlberg) lassen nämlich erkennen, dass die Schnittstellen zur JW von Seiten der offenen JA als schwierig zu bearbeiten eingestuft werden, und dass die Zusammenarbeit nur punktuell funktioniert (vgl. Schoibl 2008; Scheipl/Häfele 2009). In ähnlicher Weise wären systematische Initiativen und Untersuchungen auch bei der verbandlichen JA erforderlich.

Literatur

BM für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (Hg.) (2005): Schriftenreihe Jugendpolitik. https://broschuerenservice.bmsg.gv.at/PubAttachments/Info-Gesellschaft.pdf

BM für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (Hg.) (2003): Vierter Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Teil A: Jugendradar 2003. Teil B: Prävention in der außerschulischen Jugendarbeit. Wien, Eigenverlag

BM für Umwelt, Jugend und Familie (Hg.) (1999): Dritter Bericht zur Lage der Jugend. Wien, Eigenverlag

Bundes-Jugendförderungsgesetz (BGBl. I Nr. 126/2000 vom 29.12.2000)

Friesl, Chr./Kromer, J./Polak, R. (2008): Lieben, Leisten, Hoffen. Die Wertewelt junger Menschen in Österreich. Wien, Czermin Verlag

Fromme, J. (2005): Freizeitpädagogik. In: Otto, H.U./Thiersch, H. (Hg.), Handbuch Sozialarbeit – Sozialpädagogik, 3. Auflage, 610-629, München, Basel, Reinhardt

Galuske, M. (2004): Lebensweltorientierte Jugendsozialarbeit. In: Grunwald, K./Thiersch, H. (Hg.), Praxis Lebensweltorientierter Sozialer Arbeit, 233-246, Weinheim, München, Juventa

Jugend(förderungs/schutz)gesetze der Bundesländer:

Burgenländisches Jugendförderungsgesetz 2007 (BgldJG) (http://www.ljr.at/ljr/docs/19/86/Jugendfoerderungsgesetz.doc?PHPSESSID=1956d4afbea06ead230cc01b62870313) ;

Niederösterreichisches Jugendgesetz vom 28.11.2008 (NÖJG) http://www.noe.gv.at/bilder/d33/Jugendgesetz.pdf;

Salzburger Jugendgesetz vom 10.12.1998 (SbgJG) http://www.salzburg.gv.at/recht_jugendgesetz;

Steiermärkisches Jugendförderungsgesetz vom 23.3.2004 (StJG) http://www.jugendreferat.steiermark.at/cms/beitrag/10114253/3072269;

Tiroler Jugendschutzgesetz LGBl. 2005 (TJG) http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/kinder-und-jugendliche/jugendreferat/downloads/jugendschutzgesetz.pdf;

Jugendschutz- und Jugendförderungsgesetz Vorarlberg (VbgJG) http://www.api.or.at/sp/download/gestze/2009%20vlbg%20jugend.pdf;

Jugendwohlfahrtsgesetz des Bundes: (BGBl. Nr. 161/1989)

Kahr, M. (2008): Wiedereinstieg und Neubeginn. Über die Motivation zur Arbeit in niederschwelligen Jugendbeschäftigungseinrichtungen. Diplomarbeit. Graz, Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft

Kinder- und Jugendhilfegesetz der Bundesrepublik Deutschland SGB 8, BGBl. 1

Landes-Jugendwohlfahrtsgesetze i.d.g.F.

Steiermärkisches Landes-Jugendwohlfahrtsgesetz (LGBl Nr. 7/2005) http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/10888565_28314620/fd682edd/Jugendwohlfahrtsgesetz_.pdf

Salzburger Landes-Jugendwohlfahrtsgesetz 1989 http://www.salzburg.gv.at/themen/gs/soziales/soziales_recht/recht_jugendwohlfahrtsgesetz.htm

NÖ Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=LrNo&Dokumentnummer=LRNI_2002022&WxeFunctionToken=6c09c8ed-2e64-409b-bd9b-0fcc90ae7483

Vorarlberger Jugendwohlfahrtsgesetz (LGBl. Nr. 36/2009) http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/LrVbg/LRVB_5300_000_20090626_99999999/LRVB_5300_000_20090626_99999999.pdf

Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzt 1990
http://www.wien.gv.at/recht/landesrecht-wien/landesgesetzblatt/jahrgang/2007/pdf/lg2007009.pdf

Nestmann, F./Sickendiek, U./Engel, F. (2007): Die Zukunft der Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung. In: Sickendiek, U./Nestmann, F./Engel, F./Bamler, V. (Hg.): Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung, 13-51, Tübingen, dgvt-Verlag

Oehme, A./Beran, Chr./Krisch, R. (2007): Neue Wege in der Bildungs- und Beschäftigungsförderung für Jugendliche. Wissenschaftliche Reihe des Vereins Wiener Jugendzentren, Band 4, Wien, Verein Wiener Jugendzentren

Opaschowski, H. (1996): Pädagogik der freien Lebenszeit, 3. Auflage, Opladen, Leske und Budrich

Österreichisches Institut für Jugendforschung (Hg.) (2005): mobilkom austria Freizeitstudie. Netzwerkkids im Spannungsfeld zwischen Schule, Freizeit und Job der Eltern. Wien

Scheipl, J. (2004): Jugendforschung in Österreich. In: Sozialpädagogische Impulse, 1, 30-32

Scheipl, J. (2008): Offene Jugendarbeit im sozial- und gesellschaftspolitischen Kontext. In: KOJE (Hg.), Das ist offene Jugendarbeit, 20-36, Hohenems, Wien, Bucher Verlag

Scheipl, J./Häfele, E. (2009): Jugendsozialarbeit im Handlungsfeld der Offenen Jugendarbeit. Evaluation der Projekte 2008 im Auftrag des Koordinationsbüro für Offene Jugendarbeit und Entwicklung (KOJE). Unveröff. Abschlussbericht. Graz, Hohenems

Scheipl, J./Rossmann, P./Heimgartner, A. (Hg.) (2009): Partizipation und Inklusion in der Sozialen Arbeit. Graz, Leykam

Schoibl, H. u.a. (2004): Jugendsozialarbeit in offenen Handlungsfeldern. 2002-2004. Salzburg, helix

Schoibl, H. (2008): Jugendsozialarbeit im Handlungsfeld der Offenen Jugendarbeit. Evaluation der KOJE Projektreihe 07. Salzburg, helix

Stork, R. (2005): Kooperationspartner ASD/Hilfen zur Erziehung. In: Deinet, U./Sturzenhecker, B. (Hg.), Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit, 3. Auflage, 555-559, Mainz, Verlag für Sozialwissenschaften

DER AUTOR:

Univ.- Prof. Dr. **Josef SCHEIPL**, Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft, Universität Graz, Leiter des Arbeitsbereiches für Sozialpädagogik;

Arbeitsschwerpunkte: Entwicklung und Theorien der Sozialpädagogik, Jugendwohlfahrt, Sozialpolitik und Soziale Arbeit

6. Jugendbericht

Schlussfolgerungen der Sachverständigenkommission

Schlussfolgerungen der Sachverständigenkommission

Jugendpolitische Empfehlungen und Maßnahmen

Die inhaltliche Ausrichtung des Jugendberichts, die Zusammenstellung der einzelnen Expertisen, die Auswahl der Autoren/innen, die Einleitung und die Endredaktion der Empfehlungen oblag beim sechsten österreichischen Jugendbericht erstmals einer unabhängigen „Sachverständigenkommission".

Mitglieder der Sachverständigenkommission waren folgende Personen:

- Lajali Abuzahra (Muslimische Jugend Österreich)
- Univ.-Prof. Dr. Johann Bacher (Johannes-Keppler-Universität Linz)
- Franz Bair (ehemals Landesjugendreferat Niederösterreich)
- Univ.-Prof. Dr. Eva Dreher (Ludwig-Maximilians-Universität München)
- Mag. Sabine Liebentritt (bOJA – Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit, Wien)
- Univ.-Prof. Dr. Stephan Sting (Alpen-Adria-Universität Klagenfurt)
- Mag. Christian Theiss (selbstständig, ehemaliger Kinder- und Jugendanwalt der Steiermark)

In den Schlussfolgerungen werden nachfolgend die in den verschiedenen Expertisen enthaltenen jugendpolitischen und fachspezifischen Empfehlungen und Maßnahmen zusammengefasst und systematisiert. In ihren Empfehlungen geht die Sachverständigenkommission von einem Politikverständnis aus, nach dem Jugendpolitik als mehrdimensionale Querschnittsaufgabe betrachtet wird. Jugendpolitik bedient sich unterschiedlicher Instrumente auf unterschiedlichen Ebenen, bedarf aber dringend einer Koordinierung. Trotz dieses breiten Verständnisses wird – wenn konkrete Anliegen im Vordergrund stehen – aus pragmatischen Gründen der Fokus auf die Jugendarbeit gelegt, da dies der derzeitigen Kompetenzaufteilung der Ministerien entspricht. Mit Jugendarbeit meinen wir dabei Tätigkeiten von und für Jugendliche, die sich bestimmten Handlungsprinzipien verpflichtet fühlen (siehe dazu später). Es gibt zahlreiche Formen, Methoden und Angebote, die üblicherweise unter den Begriffen verbandliche Jugendarbeit, Offene Jugendarbeit, Jugendinformation und behördliche Jugendarbeit zusammengefasst werden.

1. Ziele einer zukunftsorientierten Jugendpolitik

Das übergreifende Ziel der Jugendpolitik besteht in der Gewährleistung bestmöglicher Entwicklungschancen für Heranwachsende und in der Ermöglichung einer umfassenden Integration und Teilhabe der nachwachsenden Generation an der Gesellschaft. Zu dem Zweck muss sich Jugendpolitik an den lebensphasenbedingten Entwicklungsanforderungen und -bedürfnissen Jugendlicher orientieren und sich für eine entwicklungsförderliche Gestaltung von Lebensräumen und Lebenswelten Jugendlicher in Familie, Schule, Ausbildung, Beruf und Freizeit einsetzen. Jugendliche benötigen unterstützende Rahmenbedingungen zur Bewältigung der sich im Jugendalter häufenden Entwicklungsaufgaben wie der Herausbildung einer eigenständigen Identität, der Auseinandersetzung mit Körper und

Sexualität, der Aneignung einer Geschlechterrolle, dem Aufbau sozialer Beziehungen und Partnerschaften, der Entwicklung von Ausbildungs- und Berufsperspektiven und der Beschäftigung mit der persönlichen und der gesellschaftlichen Zukunft.

Die Auseinandersetzung mit diesen Aufgaben ist in den letzten Jahrzehnten nicht einfacher, sondern komplexer und unübersichtlicher geworden. Bei der Bewältigung der mit der Jugendphase verbundenen Übergangsproblematiken sind Heranwachsende mit risikoreichen Ansprüchen an Selbstorientierung und Selbstgestaltung konfrontiert, an denen sie scheitern können und für deren Bewältigung ihnen in unterschiedlichem Ausmaß Ressourcen zur Verfügung stehen. Die Jugendphase hat sich pluralisiert und ausdifferenziert. Jugendpolitik sollte die vorhandene Diversität jugendlicher Lebenslagen und Lebenswelten berücksichtigen und ihre Aktivitäten dementsprechend nach Alter, Geschlecht, Kultur, Region, soziokulturellen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen (wie z.B. Jugendliche in ländlichen Regionen, Jugendliche mit Migrationshintergrund, Jugendliche mit Beeinträchtigungen) differenzieren.

Unterstützung bei der Identitätsbildung:

Jugendliche benötigen vielfältige, positive Identifikationsmöglichkeiten, die sich an ihre eigene Erfahrungswelt anschließen. Dazu gehört z.B. die Ermöglichung produktiver Tätigkeiten und Aktivitäten, die soziale Anerkennung, Wertschätzung und Selbstwert hervorrufen.

Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit Körper und Sexualität:

Das Phänomen der Akzeleration führt dazu, dass sich körperliche Entwicklungsprozesse vorverlagert haben und sich zum Teil jugendtypische Praktiken verfrühen. Daraus resultierende Diskrepanzen z.B. zwischen frühen sexuellen Erfahrungen, Formen des Substanzkonsums oder der Mediennutzung und dem generellen Entwicklungsverlauf bedürfen angemessener Beachtung. In dem Zusammenhang ist zu konstatieren, dass jugendliche Lebenswelten zunehmend weniger an körperlichen Bedürfnissen von Heranwachsenden (wie z.B. Bewegung) ausgerichtet sind und dass sich entsprechende konstitutionelle und gesundheitsbeeinträchtigende Folgewirkungen abzeichnen.

Unterstützung bei der Aneignung einer Geschlechterrolle:

Geschlechterrollen befinden sich gegenwärtig in einem gesellschaftlichen Transformationsprozess. Die Identifikation mit der eigenen Geschlechterrolle erfordert daher Möglichkeiten, sich mit konventionellen Möglichkeiten von Männlichkeit und Weiblichkeit auseinanderzusetzen und darauf bezogene Bilder (wie z.B. die Assoziation von Männlichkeit mit Gewaltbereitschaft) zu dekonstruieren. In einigen Bereichen (z.B. Zugehörigkeit zu Gleichaltrigengruppen, Rauchen, Rauschtrinken) ist eine Angleichung der Geschlechter zu verzeichnen oder es kehrt sich die tradierte Geschlechterhierarchie um (z.B. bei Bildungsabschlüssen), in anderen Bereichen lässt sich nach wie vor eine Benachteiligung von Mädchen und jungen Frauen feststellen (z.B. beim Übergang in den Beruf, beim Zugang zu Informationen und politischen Entscheidungen). Bei allen jugendpolitischen Maßnahmen ist auf die Sicherung der Geschlechtergerechtigkeit und auf gleichwertige Möglichkeiten für Mädchen und Burschen zu achten.

Unterstützung beim Aufbau sozialer Beziehungen:

Mit der Identitätsfindung, der Aneignung einer Geschlechterrolle und der Auseinandersetzung mit Körper und Sexualität geht auch eine Neudefinition bestehender und eine Erweiterung sozialer Beziehungen einher. Die Beziehung zu den Eltern wird neu strukturiert, die Gleichaltrigengruppe gewinnt an Bedeutung und erste Partnerschaften werden ausprobiert. Aufgabe der Jugendpolitik ist die Bereitstellung von entsprechenden Rahmenbedingungen, die von der finanziellen Absicherung bis hin zu Beratung reichen sollten.

Unterstützung bei Bildungsprozessen und bei der Ausbildungs- und Berufswahl:

Grundlegend ist die Anerkennung eines Bildungsbegriffs, der sich nicht nur auf Wissensvermittlung und schulische Bildungsformen beschränkt, sondern der ein ganzheitliches Verständnis von Bildung forciert. Dabei müssen Jugendliche in ihrem gesamten Interessenspektrum gesehen werden und auch Aktivitäten außerhalb des etablierten Bildungs- und Erwerbsbereichs als bildungs- und beschäftigungsrelevant akzeptiert werden. Bei bildungsfernen Jugendlichen zeigt sich, dass ihnen die Werte Geld und Vermögen über- und Bildung unterdurchschnittlich wichtig sind. Sie brechen häufig aus finanziellen Motiven Ausbildungen ab oder besuchen keine weiterführenden Ausbildungen. Demgegenüber muss deutlich gemacht werden, dass sich der Umweg über Bildung auf dem Weg zur beruflichen und gesellschaftlichen Integration lohnt und Bildung ein wesentliches Element von Lebensqualität darstellt. Der Beitrag Jugendlicher zur langfristigen gesellschaftlichen Entwicklung sollte stärker ins Zentrum der Politik gestellt werden. Dazu gehören neben Fragen der Bildung und Beschäftigung auch Fragen der gesellschaftlichen Beteiligung, der sozialen Unterstützung, der Gesundheit, der Freiwilligenbetätigung und der Entwicklung einer nachhaltigen Lebensführung, die im Rahmen einer integrierten Jugendpolitik zu berücksichtigen sind.

Unterstützung bei der Entwicklung von Zukunftsperspektiven:

Die Unterstützung bei der Entwicklung von Zukunftsperspektiven erfordert einen breiten Horizont: In welche Welt wachsen Jugendliche hinein und wie stellen sie sich den zukünftigen Herausforderungen? Wie stellen sie sich dem internationalen Wettbewerb, wie gehen sie mit den ökologischen Aspekten von Arbeit um und wie bewältigen sie Erfahrungen und Folgen von Migrationsprozessen? Angesichts vielfältiger Herausforderungen ist in der Beschäftigung mit Jugendlichen von einem Kompetenzmodell anstatt von Versagensmetaphern auszugehen und es erscheint wichtig, sie ausgehend von ihren eigenen Perspektiven, Interessen und Bestrebungen zu unterstützen.

2. Leitlinien und Prinzipien

Aus der Beschäftigung mit den für Jugendliche relevanten Themen und Lebensbereichen lassen sich grundlegende Leitlinien und Prinzipien für die österreichische Jugendpolitik und die Arbeit mit Jugendlichen ableiten. Die Orientierung an diesen Leitprinzipien in den an Jugendliche gerichteten Aktivitäten, Fördermaßnahmen und Unterstützungsangeboten trägt zu einer Erweiterung und Verbesserung der Entwicklungspotentiale bei. In dem Zusammenhang ist ein koordiniertes Vorgehen von Bundes-, Landes- und Gemeindepolitik und -behörden sowie allen Trägern der Jugendarbeit förderlich.

Konvention über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen (UN-KRK)[126]:

Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (die sog. Kinderrechte-Konvention) gilt für alle Menschen von 0 – 18 Jahren und wurde von Österreich 1992 ratifiziert[127]. Die Konvention kann aufgrund ihrer weltumspannenden Gültigkeit und ihrer 54 standarddefinierenden Artikel als Leitinstrument der Jugendarbeit und Jugendpolitik betrachtet werden. Sie legt fünf große Aufgabengebiete als Orientierungsmaßstab jeder nationalen Kinder- und Jugendpolitik fest:

- „Survival Rights": Rechte auf Überleben, Nahrung, Wohnen und medizinische Grundversorgung;
- „Provision Rights": Verpflichtung des Staates für ausreichende Grundversorgung, Bildungsangebote, Gesundheitsvorsorge, Wohnversorgung ... zu sorgen;
- „Protection Rights": Schutz vor Ausbeutung, Vernachlässigung, Missbrauch, Gewalt, willkürliche Trennung der Familie usw.;
- „Development Rights": Recht auf angemessene Entwicklung, Spiel, Freizeit, Erziehung, Schule, Gedankenfreiheit;
- „Participation Rights": umfassende Rechte auf freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, Mitsprache und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Lebensbereichen.

Im Nationalen Aktionsplan (NAP) für die Rechte der Kinder und Jugendlichen ist dazu zu lesen: „Die Umsetzung der UNO-Kinderrechtekonvention und der Zusatzprotokolle sind eine permanente politische Aufgabe, sie bilden die Grundlage der Arbeit der Bundesregierung"[128].

Eine Kinder- bzw. Jugendrechtspolitik, die sich an der UN-Konvention über die Rechte des Kindes orientiert, „muss die konkreten Bedürfnisse und Erwartungen der jungen Menschen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stellen. Diese Kind- bzw. Jugendzentriertheit anerkennt Kinder und Jugendliche – individuell wie auch als soziale Gruppe – als eigenständige, selbstbewusste Subjekte der Gemeinschaft und als berechtigte Mitgestalter/innen ihrer Umwelt. Sie legitimiert zur Vertretung ihrer Interessen mit dem Anspruch, dass diese in einer Interessenabwägung auch tatsächlich berücksichtigt werden."[129]

Aus der Kinderrechtekonvention filtert der österreichische Aktionsplan folgende Leitlinien heraus: Kinder- und Jugendpolitik als Kinderrechtspolitik, Kinder- und Jugendpolitik als Querschnittsmaterie, Orientierung am (neudefinierten) Kindeswohl, Partizipation als Handlungsprinzip, Generationen- und Gender-Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Diskriminierungsverbot.[130] Der Nationale Aktionsplan räumt dem Auftrag der Vereinten Nationen, für die Bekanntmachung der Kinderrechte-Konvention mit Nachdruck zu sorgen, aktuelle Forschungsdaten zu generieren und laufende Bewusstseinsbildung bei Kindern und Er-

[126] Übereinkommen über die Rechte des Kindes (Kinderrechte-Konvention der Vereinten Nationen). www.unicef.at; www.bmwfj.gv.at; www.kinderhabenrechte.at;

[127] Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes kundgemacht im BGBl. 1993/7, in Österreich in Kraft getreten am 5. September 1992.

[128] Nationaler Aktionsplan für die Rechte von Kindern und Jugendlichen. Erstellt von der Republik Österreich gemäß Beschluss der UN-Sondergeneralversammlung, Weltkindergipfel 2002. Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Wien 2004, S. 11.

[129] Ebenda

[130] Ebenda, S. 12-17.

wachsenen zu machen, breiten Raum ein. In den abschließenden Bemerkungen des UN-Kinderrechte-Komitees (Concluding Observations of the Committee of the Rights of the Child, Genf, 2005)[131] wird jedoch angemerkt, dass es keine disaggregierten Daten zu kinder- und jugendrelevanten Lebenswelten gibt, es wird die Einrichtung permanenter und effektiver Koordinationsmechanismen auf Bundes- und Länderebene mit ausreichenden Personal- und Finanzressourcen für eine effiziente Umsetzung empfohlen und zur Beteiligung von Kindern, Jugendlichen, Eltern und relevanten Gruppen sowie zur Entwicklung von Indikatoren für das Monitoring und die Evaluation des NAP ermuntert.

Vor dem Hintergrund deutlich zu kürzender Budgets und eines immer heftiger werdenden Interessensabwägungskampfs legt das UN-Kinderrechte-Komitee jedem Staat besonders Artikel 4 der UN-Kinderrechte-Konvention ans Herz: Der Staat muss das Bestmögliche für seine Kinder und Jugendlichen unternehmen und umfassende rechtliche, wirtschaftliche und soziale Maßnahmen zur Verfügung stellen[132], damit junge Menschen, die keine Lobby haben, in Zukunft kein Nachsehen haben.

Neben dem Leitinstrument der Kinderrechts-Konvention sind noch folgende, weitere Leitprinzipien für die Jugendpolitik von Bedeutung.

Orientierung an Stärken, Ressourcen, Chancen und Bedürfnissen:

In der Jugendpolitik ist ein konsequenter Perspektivenwechsel von einer Defizit- und Problemorientierung zu einer Orientierung an Stärken, Ressourcen, Chancen und Bedürfnissen von Jugendlichen vorzunehmen. Die Förderung von personalen und sozialen Ressourcen, von Kompetenzen, Selbstwert und förderlichen Lebensbedingungen wird in den Feldern der Gesundheitsförderung, Prävention und Jugendpädagogik (z.B. bei Themen wie Sucht, Risikosport, Aids, Unfallverhütung) schon seit einiger Zeit als zielführender anerkannt als die Konzentration auf Risiken und Gefährdungen. Prävention, verstanden als integrales Moment einer generellen Erziehungs- und Bildungsarbeit, ist erfolgversprechender als die bloße Reaktion auf Probleme. In ähnlicher Weise sollten z.B. bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund die Stärken, die aus der Mehrsprachigkeit und Multiperspektivität resultieren, mehr ins Zentrum der Betrachtung gerückt werden als postulierte Probleme und Defizite. Durch die Bereitstellung von Gelegenheitsstrukturen für jugendgemäße Erfahrungen und Erlebnisse und die Initiierung von darauf bezogenen Reflexionsprozessen ist mehr zu erreichen als durch Sanktionen und Regeln, Disziplinierung und Repression. Nur eine Orientierung an den Bedürfnissen und der Lebenswelt von Jugendlichen, die einen verstehenden und parteilichen Zugang zu Jugendlichen beinhaltet, kann die Herausbildung der heute vielfach geforderten Eigenverantwortung und self care (der Sorge um das eigene Wohlbefinden) gewährleisten.

[131] Abschließende Bemerkungen des UN-Kinderrechtekomitees (Concluding Observations of the Committee of the Rights of the Child), CRC/C/15 Add. 251, Genf, 28. Jänner 2005

[132] Übereinkommen über die Rechte des Kindes (Kinderrechte-Konvention der Vereinten Nationen). www.unicef.at; www.bmwfj.gv.at; www.kinderhabenrechte.at

Vermeidung von Pauschalierungen:

Die öffentliche, gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit Jugendthemen tendiert häufig zu einem negativen Jugendbegriff, der Risiken für die Selbstwahrnehmung und die gesellschaftliche Position von Jugendlichen in sich birgt. Probleme der Erwachsenengesellschaft wie Gewalt, Kriminalität, Rechtsextremismus oder Alkoholkonsum werden auf Jugendliche verschoben und zu Jugendproblemen deklariert. Dabei konstituieren sich pauschalisierende und stereotypisierende Sichtweisen, die Jugendliche z.B. generell als potentiell gewalttätig oder kriminell etikettieren und stigmatisieren. Vor dem Hintergrund plädieren wir dafür, dass sich Jugendpolitik für eine Änderung des auf Jugendliche bezogenen politischen Stils einsetzt.

Strategien, die Jugendliche oder bestimmte Gruppen von Jugendlichen diskriminieren und ausgrenzen, muss gezielt entgegen getreten werden. Dazu gehört z.B. die Forderung nach einer objektiven Berichterstattung über Jugendkriminalität. Ebenso wichtig sind die Stärkung gesellschaftlicher Inklusion in verschiedenen Lebensbereichen und die Vermeidung von Exklusion, z.B. durch die Bereitstellung niederschwelliger Angebote im Sport-, Kultur- und Freizeitbereich.

Ermöglichung von Partizipation:

Die österreichische Gesellschaft braucht aktive Bürger/innen in allen gesellschaftlichen Schichten und Bereichen. Gerade bei Jugendlichen ist eine lebensweltliche Verankerung von Politik wichtig. Jugendliche müssen konkrete Einflussmöglichkeiten bei aktuellen, sie betreffenden Problemen und Angelegenheiten im sozialen Nahbereich erfahren können. Daher sind Opportunitätsstrukturen zur aktiven Partizipation im schulischen, kommunalen und regionalen Umfeld zu etablieren. Möglichkeiten zur Erfahrung von Partizipation bieten sich z.B. im Rahmen von Jugendarbeit. Für die Demokratieentwicklung ist darüber hinaus die Implementierung von Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche in unterschiedlichen Lebensbereichen entscheidend, gerade auch angesichts der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Jugendliche sollen die Auswirkungen von Beteiligung praktisch erleben und damit auch erfahren, dass politisches Engagement sinnvoll ist. Partizipation schützt zugleich vor Gewalt und fördert das soziale Klima. Die Demokratisierung in der Schule und in der Kommune trägt z.B. zur Verbesserung der Schulatmosphäre und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts bei.

Besonders für Jugendliche mit Migrationshintergrund und ohne österreichische Staatsbürgerschaft erscheint es in besonderer Weise notwendig, authentische Erfahrungen von politischer Einflussnahme und Selbstwirksamkeit zu ermöglichen. Nur durch reale Chancen zu aktiver Beteiligung lässt sich die Distanz dieser Gruppe zum politischen Geschehen reduzieren.

3. Politische Handlungsmöglichkeiten und Instrumente

Jugendpolitik ist nicht nur Aufgabe der dafür zuständigen politischen Instanzen, sondern ‚Jugend' ist ein Querschnittsthema für unterschiedliche Politikfelder. Die Entwicklungen im Feld der Jugendgesundheit legen beispielsweise eine konzeptuell zusammengehaltene, kongruente Gesundheitspolitik für Jugendliche nahe, die den bisher vorfindbaren Aktionismus von Einzelmaßnahmen ersetzt. Gegenwärtig auf unterschiedliche Handlungsfelder

und Instanzen verstreute Präventionsaktivitäten könnten durch eine umfassende Präventionspolitik, die universelle, selektive und indizierte Präventionsmaßnahmen gut aufeinander abstimmt, effektiviert werden. Bildungspolitik, Sozialpolitik und Arbeitsmarktpolitik verschränken sich in Angeboten der Schulsozialarbeit, in der Verstärkung der Berufsorientierung in Schule und Jugendarbeit oder in beschäftigungsfördernden Aktivitäten in der Jugendarbeit. Ebenso finden sich jugendrelevante Fragestellungen quer zu den verschiedenen, mit Jugend befassten Handlungsfeldern, wenn z.B. Sexualpädagogik, Gesundheitsförderung und Inklusion als Aufgaben einer allgemeinen Bildungsarbeit, die Schule und Jugendarbeit betrifft, anerkannt werden.

Jugendpolitik kommt dabei die Aufgabe des Lobbying für Jugendliche und für die Interessen von Jugendlichen in der Gesellschaft zu. Für eine gelingende österreichische Jugendpolitik stehen verschiedene Instrumente zur Verfügung, um diese Aufgabe auf der Basis der vorangestellten Ziele und Leitlinien umzusetzen.

Organisatorische und behördliche Maßnahmen:

Um die Rolle der Jugendpolitik auf Bundesebene aufzuwerten und um die übergreifenden Koordinationsaufgaben und die Leitlinienkompetenz in der Jugendpolitik sichtbarer zu machen, wäre die Etablierung eines eigenen (Kinder- und) Jugendministeriums sinnvoll. Zur Stärkung der Jugendbelange auf nationaler Ebene ist zusätzlich eine ressortübergreifende Zusammenarbeit zu Jugendfragen zu installieren. Nützlich für die Anliegen der Jugendpolitik wäre ein eigener fixer Jugendausschuss im Parlament. Die beigezogenen Experten/innen, darunter Vertreter/innen der Jugendlichen selbst, sollten hierbei die aktuellen Lebensherausforderungen und Entwicklungsanforderungen von Jugendlichen aus verschiedenen sozialen Schichten deutlich machen.

Ein erster Schritt zur stärkeren Präsenz von Jugendpolitik im öffentlichen Diskurs wäre die Ausarbeitung einer „Nationalen Entwicklungsstrategie für die Jugendpolitik in Österreich" durch das für Jugendpolitik langfristig verantwortliche Ministerium. Dies müsste unter Einbindung der Bundesjugendvertretung, jugendinfo.cc und des Bundesnetzwerkes Offene Jugendarbeit, von Vertreter/innen der Jugendforschung, von Vertreter/innen der Landesjugendreferate und von Vertreter/innen angrenzender Handlungsfelder geschehen. In dem Zusammenhang ist ein längerfristiges jugendpolitisches Aktionsziel erforderlich, dass das gegenwärtige Hin und Her von Themen und die immer wieder neuen, kurzfristigen Kampagnen zu Bildung, Prävention, Integration, Kompetenzvermittlung usw. ablöst. Ein „Nationaler Aktionsplan: Jugendpolitik in Österreich" sollte festlegen, auf welchem Weg sich eine österreichische Jugendpolitik des Bundes längerfristig bewegen wird und was umzusetzen sein wird. Neben den im letzten Abschnitt aufgestellten Leitlinien können dabei die in der EU erarbeiteten jugend-politischen Leitlinien als Orientierung dienen.

Der Rat der Europäischen Union vereinbarte im November 2009 den erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010 – 2018) und legte dabei folgende Zielausrichtung für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa fest:

- „mehr Möglichkeiten und mehr Chancengleichheit für alle jungen Menschen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt sowie

- Förderung des gesellschaftlichen Engagements, der sozialen Eingliederung und der Solidarität aller jungen Menschen."[133]

Als Initiativen zur Verfolgung der Ziele werden vom Europäischen Rat verschiedene Aktivitäten genannt, wie z.B. eine intensivere Zusammenarbeit von Entscheidungsträger/innen, qualitativ hochwertige Informationsangebote, systematische Jugendforschung und die Förderung von experimentellen Projekten, insbesondere auf bilateraler und multilateraler Ebene.

Die Intentionen der europäischen Staaten kommen in folgender Übereinkunft noch einmal deutlich zum Ausdruck. Der Europäische Rat vereinbart, dass

„1. in der Zeit bis einschließlich 2018 die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa im Wege einer erneuerten offenen Koordinierungsmethode erfolgen sollte und sich die Staaten auf die allgemeinen Ziele, das zweigleisige Vorgehen und die Hauptaktionsfelder stützen;

2. die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa auf gesicherten Erkenntnissen beruhen, zielgerichtet und konkret sein sollte. Sie sollte zu klaren und greifbaren Ergebnissen führen, die regelmäßig auf strukturierte Weise vorgestellt, überprüft und verbreitet werden und somit eine Grundlage für die laufende Evaluierung und Weiterentwicklung bieten."[134]

Die Wirkung aller politischen Maßnahmen auf Jugendliche sollte grundsätzlich überprüft werden. Zu dem Zweck könnte die Einführung von Kinder- und Jugendverträglichkeitsprüfungen in allen politischen und behördlichen Ebenen ein geeignetes Steuerungs- und Evaluierungsinstrument sein. Alle Politikbereiche, die in irgendeiner Form in den Alltag der Jugendlichen hineinwirken, sollen auf eben diese Auswirkungen, aber auch auf ihre Kompatibilität mit den Bedarfslagen und den Bedürfnissen von Jugendlichen hin überprüft werden. Jugendpolitik könnte hierdurch eine Leitfunktion bei der Umsetzung der Querschnittsaufgabe einer umfassenden politischen Jugendförderung übernehmen.[135]

Eine Vereinheitlichung der Jugendberichte der einzelnen Bundesländer würde zu einer Verbesserung der Jugendberichterstattung beitragen. Derzeit erstellen einzelne Bundesländer ihre eigenen Berichte nach jeweils eigenen Kriterien.

Alle mit Jugendfragen befassten Instanzen auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene sollten dafür Sorge tragen, dass Kinder und Jugendliche ihren Platz im „Realen" erhalten – damit für sie relevante Erfahrungen und Erlebnisse im wirklichen sozialen Leben möglich werden. Dafür müssen ausreichend Lebensräume, Zeit- und Naturräume für Jugendliche zur Verfügung stehen – Freiräume, die von ihnen gestaltet werden können und die bei Bedarf im Sinne von Mentoring entwicklungsfördernd begleitet werden können.

[133] Entschließung des Rates der Europäischen Union über einen erneuerten Rahmen für die Jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010 – 2018); 15131/09; JEUN 50; 6. November 2009, DG I-2B, S. 5

[134] Ebenda, S. 7

[135] Es gibt bereits mehrere Modelle für Kinder- und Jugendverträglichkeitsprüfungen auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene.

Gesetze:

Ein zentrales rechtliches Instrument bietet die Kinderrechte-Konvention. Deren flächendeckende und umfassende Umsetzung in allen Lebensbereichen ist voranzutreiben: in Schule, Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnversorgung, Armutsvermeidung und Schutz vor Gewalt, in Form von Hilfe in allen Lebenslagen, jugendgerechter Behandlung bei Gericht, ausreichenden Freizeitangeboten usw. Dazu ist die langfristige finanzielle Absicherung von Kinderrechte-Organisationen, die große Anteile der bewusstseinsbildenden Kinderrechteprojekte in ganz Österreich durchführen, empfehlenswert.

Zur Ermöglichung eines übergreifenden, fundierten Umgangs mit jugendlichen Gefährdungen bedarf es einer österreichweiten Rahmengesetzgebung für den Jugendschutz. Das geplante Bundes-Kinder- und Jugend-Hilfe-Gesetz für einen verstärkten Ausbau des Schutzes von Kindern und Jugendlichen, für eine bessere Unterstützung von Familien, für eine zeitgemäße, wissens- und evidenzbasierte Planung und Durchführung von bundesweit einheitlichen Jugendwohlfahrtsdiensten und -maßnahmen, ist ebenso dringend nötig.

Eine rechtliche Verankerung der Offenen Jugendarbeit in den jeweiligen Landesgesetzen – und auf Bundesebene – stärkt deren Stellenwert und gewährleistet Förderungssicherheit. Ein bundesweites Grundsatzgesetz zur Jugendförderung, das Regelungen zur Infrastrukturvorsorge und zu den Schnittstellen Jugendsozialarbeit und Jugendwohlfahrt beinhaltet, erscheint zudem wünschenswert . Dies könnte z.B. auch den Einsatz von kombinierten, aufeinander abgestimmten Angeboten wie niederschwellige Beratungsstellen oder Meldesysteme ermöglichen.

Für eine verstärkte inklusive oder kombinierte Jugendarbeit sollten folgende Ansätze politisch und rechtlich umgesetzt werden:

- Zusammenführung und wechselseitige Abstimmung der rechtlichen Grundlagen für Jugendwohlfahrt und Jugendförderung, mit Schwerpunkt auf Offene und Mobile Jugendarbeit, sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene;
- Verpflichtung zur Etablierung einer bereichsübergreifenden Planung von Jugendwohlfahrt und Jugend(sozial)arbeit;
- Verpflichtung zur Einführung einer sozialraumorientierten und bereichsübergreifend angelegten Budgetierung;
- Verpflichtung zur Kooperation und wechselseitigen Abstimmung der Jugendwohlfahrtseinrichtungen sowie der Offenen und Mobilen Jugendarbeit bei der Angebots- und Strukturentwicklung;
- Auftrags- und Finanzierungssicherheit für neue Ansätze und Hilfsangebote.

In verschiedenen Feldern der Jugendarbeit ist die rechtliche Situation für die in der außerschulischen Jugendarbeit handelnden Personen (Jugendarbeiter/innen, Jugendleiter/innen, Jugendbetreuer/innen, Pädagogen/innen) unklar. Es herrscht große Unsicherheit darüber, was erlaubt ist und welche Verantwortlichkeiten vorliegen. Damit wieder mehr Handlungsspielraum entstehen kann, sind die Verantwortlichen angehalten, umfassende Informationen bereit zu stellen und die legislativen Vorgaben an einigen Stellen zu entschärfen. In dem Zusammenhang wäre auch die Klärung versicherungstechnischer Fragen für Jugendarbeiter/innen in der außerschulischen Jugendarbeit sinnvoll.

Das Bundes-Jugendförderungsgesetz (B-JFG, 2001) regelt die „Förderung außerschulischer Jugenderziehung und Jugendarbeit", es fehlt aber ein einheitlicher Modus bezüglich der Basis- und Projektförderung. Während die Höhe der Fördersumme der parteipolitischen Jugendorganisationen im B-JFG geregelt ist, ist für verbandliche Jugendorganisationen nur die Basisförderung gesetzlich festgeschrieben.

Sowohl die Höhe der Basis- als auch die Höhe der Projektförderung für alle verbandlichen Organisationen sollte gesetzlich verankert werden, und eine Valorisierung wäre wünschenswert. Die Förderung der Bundesjugendvertretung (BJV) als gesetzlich eingerichteter Interessensvertretung der Jugendlichen in Österreich sollte ebenfalls verbindlich abgesichert werden.

Förderung der Aktivitäten für Jugendliche:

Die Aktivitäten für Jugendliche unterscheiden sich in den verschiedenen Bundesländern und Regionen sehr stark. Vor diesem Hintergrund erscheint eine stärkere Kooperation und Koordination sowie eine Stabilisierung und Kontinuitätssicherung der Infrastruktur für Jugendliche notwendig.

Empfehlungen auf der Ebene der Bundesländer: Eine übergreifende Aufgabe besteht darin, die Motivation zur Weiterentwicklung der Jugendarbeit in den Bundesländern und Regionen zu fördern. In der Jugendarbeit sollten bundesländerbezogene Entwicklungsstrategien implementiert werden, die Folgendes beinhalten könnten:

- Erhebung des Ist-Stands der Jugendarbeit in allen Bundesländern, um Good-Practice-Modelle zu eruieren und Vernetzung zu ermöglichen;
- Darstellung der Entwicklungspotenziale der Jugendarbeit angesichts komplexer werdender Herausforderungen;
- Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit für Angebote der Jugendarbeit;
- professionelle Hilfestellung für Jugendorganisationen, um ihnen bei der Entwicklung von Angeboten und von Formen des Vereinslebens zu helfen, die den aktuellen Verhaltensweisen Jugendlicher entgegenkommen.

Eine Aufwertung der Jugendbeiräte durch die Zuteilung von konkreten Aufgabenbereichen ist anzustreben. Jugendbeiräte können Unterstützung bei Innovationen und Know-how-Transfer leisten. Verbände, Jugendinformationsstellen und Offene Jugendarbeit sollten zukünftig in allen Landesjugendbeiräten vertreten sein.

Empfehlungen zur Kooperation von Ländern und Gemeinden: Die Vernetzung kommunaler Jugendreferate unterstützt die Abstimmung von Maßnahmen und die Schaffung und Finanzierung gemeindeübergreifender Infrastrukturen (Treffs, Fun-Parks, Sportplätze etc.), zumal Jugendliche ihren Aktionsradius längst nicht mehr auf ihre Heimatgemeinde beschränken. Deshalb sollten jugendpolitische Maßnahmen im Rahmen von Gemeindekooperationen erfolgen und nicht an Gemeindegrenzen halt machen.

Notwendig ist eine Verstärkung und Absicherung der Förderungsstrukturen durch folgende Maßnahmen:

- Gewährleistung von Planungssicherheit für die Träger der Jugendarbeit;
- Ausbalancierung des Verhältnisses von Basisfinanzierung und projektbezogenen Finanzierungen;
- Valorisierung der Förderungen;
- Darstellung der öffentlichen Förderstrukturen und der Zuständigkeiten der jeweiligen Förderabteilungen;
- einheitliche und transparente Vergabepraxis;
- langfristige Absicherung der Finanzierung der drei Bereiche Offene Jugendarbeit, Jugendinformation und verbandliche Jugendarbeit;
- Festschreibung von instanzenübergreifenden Ko-Finanzierungsmodellen von Bund-Land-Gemeinde.

Empfehlungen für Gemeinden: Die Raumplanung in den Städten, aber auch die Nutzungsrechte in Naturräumen sind so zu gestalten, dass Kinder und Jugendliche wieder mehr Möglichkeiten für „freies Gestalten von Spiel und Handlung" haben. So weit möglich, müssen diese autonom betreten werden dürfen.

Förderung von Jugendlichen:

Sinnvoll ist die Einführung und Systematisierung von Verfahren zur Anerkennung von informellen und nonformalen Lern- und Bildungsprozessen von Jugendlichen. Für den außerschulischen Bereich könnten formelle Bestätigungen zum Nachweis kultureller oder sozialer Kompetenzen entwickelt werden.

Zur Stärkung der Wahrnehmung von jugendlichen Interessen ist die Förderung von Kontakten zwischen Jugendlichen und politischen Repräsentanten notwendig. Bei Jugendlichen verfestigt sich der Eindruck, dass politische Repräsentanten sich nicht ausreichend um Anliegen der Jugendlichen kümmern. Dies führt zur Distanz zum politischen System. Vor dem Hintergrund sind jugendnahe Gesprächs- und Beratungsmöglichkeiten anzudenken. Zentrale Rahmenbedingung dafür ist eine ernsthafte politische Auseinandersetzung mit den Perspektiven, Interessen und Anliegen von Jugendlichen.

4. Handlungsthemen der Jugendpolitik

Bildung, Ausbildung und Beruf:

Aus empirischer Sicht zeigt sich, dass Bildungsbenachteiligung großteils ‚vererbt' wird. Einmal vorhandene Bildungsungleichheiten verstärken sich im weiteren Bildungsverlauf. Aus diesem Grund sollte schon zu Beginn der Elternschaft die Basis für ein bildungsnahes Umfeld geschaffen werden. Sinnvoll wäre es z.B. wirksamere Anreizsysteme zu schaffen, um Eltern zur regelmäßigen Teilnahme an Elternbildungskursen zu bewegen. Eine Bindung zur Elternbildung kann bereits bei Geburtsvorbereitungslehrgängen geschaffen werden. Auch über öffentlichkeitswirksame Kampagnen und die Kanäle Fernsehen und Radio sind bildungsferne Schichten erreichbar.

Es ist wichtig, Ketten der Benachteiligung so früh wie möglich zu durchbrechen und ein ausreichendes Niveau von Grundkompetenzen bei allen Jugendlichen sicherzustellen. In dem Zusammenhang sollten Jugendpolitik und Jugendarbeit entlang folgender Fragestellungen geeignete Unterstützungsmaßnahmen entwickeln:

- Wer geht verloren zwischen den Systemen und wie kann das verhindert werden (z.B. durch kommunale Follow-up-Maßnahmen im Anschluss an die Pflichtschule, durch die Sicherung von Förderansprüchen und -gelegenheiten, durch effektive Möglichkeiten für Abbrecher/innen, wieder eine Ausbildung aufzunehmen und abzuschließen)?
- Wie sieht die Wirksamkeit von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen aus? Wie kann das Zusammenspiel von Arbeitsmarktausbildung und Abschlüssen im Bildungswesen verbessert werden?
- Wie könne Möglichkeiten zur Neuorientierung und zur Anrechnung bereits vorhandener Bildungs- und Ausbildungsleistungen verbessert werden?
- Was bringt die Lehrlingsausbildung? Welche beruflichen Chancen ergeben sich danach?

Über eine angemessenere finanzielle Absicherung durch Ausbau der bedarfsorientierten Mindestsicherung und über eine dauerhafte Finanzierung des sekundären Arbeitsmarktes muss in absehbarer Zukunft ernsthaft nachgedacht werden.

Gering sind die längerfristigen Verbleibsquoten im erlernten Beruf bei Personen mit Lehrabschluss. Eine weitere Erhöhung der Verbleibsquote ist aus vielen Gründen anzustreben, dafür sind aber bessere Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten durch politische und sozialpartnerschaftliche Maßnahmen nötig.

Neuere Bildungskonzepte beachten sowohl informelle und als auch nicht-formale Qualifizierungen. Durch die Förderung von Portfolio-Konzepten und einer Neu-Gestaltung von Anerkennungsrichtlinien (vergleichbar z.B. mit Verordnungen zur Zulassung von FH-Studierenden zum Doktoratsstudium) könnten in Zukunft weit mehr jungen Menschen Chancen auf zusätzliche Weiterbildungen in höheren Bildungsinstitutionen gegeben werden.

Werte, Interessen, Bedürfnisse:

Die Bedürfnisse von Jugendlichen, die am häufigsten öffentlich wahrnehmbar sind, betreffen deren Freizeit- und Konsumverhalten, leider meist unter der von Medien angeheizten negativen Konnotation des „zuviel/zuwenig" bzw. „unangemessen". Auch wenn es dabei um stark individuelle und autonome Entwicklungen geht, sollte die Politik Regulierungs- und Steuerungsaufgaben übernehmen.

Das Freizeitverhalten von Jugendlichen spielt sich immer öfter im öffentlichen Raum ab, der gleichzeitig immer enger wird. Daher sollte z. B. jede Gemeinde für einen klaren Rahmen sorgen, wo gespielt bzw. Trendsportarten ausgeführt werden dürfen und welche Treffpunkte für Jugendliche offen stehen. Wenn kultur- und freizeitrelevante Fragestellungen mit Beteiligung der betroffenen Jugendlichen erörtert und beantwortet bzw. gelöst werden, dann lässt sich das Bedürfnis des „Gehört-werden-wollens" auf lokaler Ebene gut erfüllen.

Das Wechselspiel zwischen „Politik interessiert mich nicht" und „Politik interessiert sich nicht für mich" rührt häufig von einer lange eingeübten Sprach- bzw. Verständnislosigkeit auf beiden Seiten her. Wenn Jugendliche erleben, dass sie bei der Gestaltung ihrer realen

Lebenswelt mitreden dürfen und ihre Überlegungen auch ernst genommen werden, kann das Image der Politik steigen. Dass die Wünsche von Jugendlichen an ihre Gemeinde, Schule, Freizeiträume, Jugendzentren usw. verhältnismäßig günstig sind und deren Umsetzung oft gar nicht so schwierig ist, sollte ein zusätzlicher Ansporn für jeden politisch Aktiven sein, genau hinzuhören und Vereinbarungen umzusetzen. In dem Zusammenhang würde die zur Verfügung Stellung eines „autonomen Projektfonds" zur Gestaltung und Durchführung von eigenen Projekten dem Bedürfnis „selbst etwas tun zu dürfen" entgegen kommen.

Wie die Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes eingehalten und kontrolliert bzw. sanktioniert werden, sollte sowohl auf Gemeindeebene den jeweiligen Jugendlichen eindeutig kommuniziert werden als auch österreichweit einheitlich definiert und ausgeführt werden.

Mobilität wird als jugendrelevantes Thema sehr oft außer Acht gelassen, obwohl die allermeisten Jugendlichen davon direkt betroffen sind: Schulstandorte sind konzentriert in größeren Städten, Ausbildungsbetriebe befinden sich immer häufiger am Stadtrand, Freizeitangebote der ganzen Region werden in Anspruch genommen, schwache Nebenbahn-/buslinien werden eingestellt, Arbeitszeiten verschieben sich an Tagesrandzeiten usw. Wer aber arbeiten will bzw. etwas erleben will, muss mobil sein – täglich und nächtlich. Die Nachteile der verpflichtenden Mobilitätserfordernisse müssen die Jugendlichen selbst tragen: Organisation der Transportmittel (Eltern, Freunde, ...), Finanzierung der (Netz-)Karten oder des eigenen Fahrzeugs. Die Aufrechterhaltung einer funktionierenden Transport-Infrastruktur sollte daher aus drei Gründen Ziel der Politik sein: (1) Vermeidung des Brain Drain aus ländlichen Regionen, (2) Förderung eines bedürfnisgerechten und ökologischen Transportsystems für alle Bevölkerungsgruppen, (3) Reduktion der hohen Verkehrsunfallraten unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Bei der Auseinandersetzung mit ihren Bedürfnissen und Problemstellungen finden Jugendliche häufig keinen Zugang zu Beratungs- und Hilfsangeboten. Deshalb müssen Zugangshürden zum Hilfssystem abgebaut werden, um die Inanspruchnahme von Unterstützungsangeboten durch Jugendliche zu verbessern. Die Hilfsangebote müssen zu dem Zweck den differenzierten Bedürfnissen Jugendlicher entsprechen.

Gesundheit, riskantes Verhalten, Delinquenz:

Viele Jugendliche sind in Schule, Freizeit und Beruf einseitigen körperlichen Belastungen mit überwiegend sitzenden Tätigkeiten ausgesetzt, die sich bereits im Jugendalter in entsprechenden Gesundheitsproblemen manifestieren. Eine Förderung ausgleichender Bewegungsmöglichkeiten sowie ein Überdenken der Gestaltung des Alltags in Schule, Freizeit und Beruf sind in dem Zusammenhang notwendig.

Auch Unfälle im Verkehr sowie im Sport- und Freizeitbereich stellen ein enormes Gesundheitsrisiko für Jugendliche dar. Zugleich ist Risikoverhalten Bestandteil jugendlicher Entwicklung. Vor dem Hintergrund sind jugendgemäße Aktivitäten zur Unfallprävention und zur Förderung von Risikokompetenz zu konzipieren und zu etablieren. Für den Freizeit- und Sportbereich bieten Sportverbände und außerschulische Jugendarbeit geeignete Anknüpfungsfelder.

Die Raucherquoten unter österreichischen Heranwachsenden sind im internationalen Vergleich sehr hoch. Aufgrund der enormen gesundheitspolitischen Bedeutung des Rauchens sind Bemühungen zur Reduktion des Rauchens notwendig. Isolierte, auf Jugendliche gerichtete Raucherentwöhnungs- oder Nichtraucherprogramme erscheinen allerdings weniger sinnvoll als die Entwicklung einer gesamtgesellschaftlichen Strategie zum Umgang mit dem Rauchen.

Eine besondere Gefährdung stellt das Aufwachsen in einer suchtbelasteten Familie dar. Bisher existieren erst vereinzelte Unterstützungsmaßnahmen für betroffene Kinder und Jugendliche. Diese müssten österreichweit verbreitet und vernetzt werden.

Angesichts einer nicht unbeträchtlichen Verschuldungsquote bei einzelnen Jugendlichen sind gesetzliche Maßnahmen zur Vermeidung von Verschuldungen angebracht. Es wäre zu untersuchen, ob beispielsweise eine strengere Prüfung von Werbung für verschuldungsanfällige Konsumgüter sinnvoll wäre.

In der Auseinandersetzung mit Jugendgewalt und Jugenddelinquenz sind kriminalisierende Situationsbeschreibungen und Konfliktlösungen so weit wie möglich zu vermeiden. In dem Zusammenhang sollte die polizeiliche Kriminalitätsstatistik nicht als Kriminalitätsbarometer verwendet werden, da in ihr vor allem das Anzeigeverhalten der Bevölkerung und nicht das faktische Delinquenzverhalten von Jugendlichen zum Ausdruck kommt. Insgesamt trägt eine präzise Begriffswahl (Aggression, Gewalt, Mobbing, selbstschädigendes Verhalten, Devianz, Delinquenz, Kriminalität usw.) zur Differenzierung der Debatte, zur Entwicklung von geeigneten Konzepten zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention und zur Bestimmung von Zuständigkeiten in der Jugendpolitik und Jugendarbeit bei.

5. Handlungsfelder der Jugendpolitik

Auch wenn Jugendanliegen in unterschiedlichen Politik- und Praxisfeldern zur Geltung kommen haben sich spezialisierte Handlungsfelder etabliert, die in besonderer Weise mit der Förderung und Unterstützung von Jugendlichen befasst sind. Für die unterschiedlichen Handlungsfelder ergeben sich aus den Expertisen je spezifische Empfehlungen.

Jugendinformation – Offene Jugendarbeit – verbandliche Jugendarbeit:

Traditionelle Jugendarbeitsformen erreichen nur einen Teil der Jugendlichen. Deshalb sind neue und lebensweltnahe Formen von Jugendarbeit notwendig, z.B. in Form von kommunaler und regionaler Jugendarbeit. Neben dem Hauptanliegen der Förderung der Entwicklungschancen von Jugendlichen könnten kommunale Jugendarbeit, Sport- und Freizeitvereine z. B. auch als Infrastruktur für an Jugendliche gerichtete Gesundheitsförderungs- und Präventionsmaßnahmen dienen, die in Kooperation mit anderen Institutionen durchgeführt werden. In dem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die Offene Jugendarbeit als Angebot an eine breite Gruppe von Jugendlichen grundsätzlich eine gesundheitsförderliche und stärkende Struktur darstellt.

Jugendarbeit hat sich traditionell als Freizeitangebot und Ort zum Erwerb von vielfältigen sozialen und kulturellen Kompetenzen etabliert. Neuere Entwicklungen im Bereich der Bildungs- und Beschäftigungsförderung zeigen, das sich Jugendarbeit darüber hinaus als Bildungseinrichtung verstehen sollte, in der informelle und nonformale Bildungsprozesse stattfinden, in der aber zunehmend auch formale Bildung angeboten wird.

Auch im Bereich der beruflichen Qualifizierung und der Beschäftigungsförderung kann Jugendarbeit durch niederschwellige Angebote wichtige Beiträge leisten. Gerade Jugendliche, deren Integration in den ersten und zweiten Arbeitsmarkt bisher nicht geglückt ist und die in anderen Qualifikationsmaßnahmen nicht erfolgreich waren, können hier Zugang zu Beschäftigungs- und Qualifikationsangeboten finden. Zu dem Zweck ist eine bessere Abstimmung mit den Vorgaben des Arbeitsmarktservice erforderlich. Regelungen, die eine Förderung von niederschwelligen Qualifikations- und Beschäftigungsmaßnahmen im Rahmen der Jugendarbeit erlauben, müssten deshalb eingeführt werden. Wichtig erscheint eine stärkere Förderung von Projekten mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von unter 20 Stunden für mehrfach beachteilige Jugendliche, was durch die derzeitigen Förderrichtlinien des AMS ausgeschlossen ist.

Sport- und Vereinsengagement kann das soziale Umfeld der Betroffenen stärken. Ein gut funktionierendes soziales Umfeld mindert das Risiko, bildungsfern zu werden. Beim Sport und in Vereinen erhöht sich für Jugendliche die Chance auch andere Altersgruppen und Gesellschaftsschichten kennenzulernen. Sie erfahren dort – neben Familie und Schule – eine weitere Lebensrealität. Diese neue Lebensrealität fördert Sozialkompetenzen und Konfliktlösungspotenziale und heterogenisiert das Umfeld der Jugendlichen, was wiederum einen Impulsgeber für Berufs-/Bildungsoptionen darstellen kann. Projekten, die Freizeitaktivitäten mit Bildung und Berufsorientierung verknüpfen, sollte politisch mehr Augenmerk geschenkt werden.

Jugendinformation ist in Österreich ein breit ausgebautes Feld. In vielen politischen Überlegungen und Dokumenten werden hohe Erwartungen in verschiedene Informations- und Beratungsleistungen für Jugendliche gesetzt. Noch vorhandene Informationsdefizite sollten beseitigt werden, zugleich sind aber auch „naive" Vorstellungen über die Wirkungen dieser Leistungen zu vermeiden. Jugendliche benötigen nicht nur Informationen, sondern vor allem Informationskompetenz. Dies beinhaltet Fähigkeiten zum angemessenen Umgang mit Informationen und auf der Seite des Informationsangebots Grundlagen der Information und Beratung, die das bei Jugendlichen bereits vorliegende Wissen ernst nehmen und die auf die Zukunft ausgerichtet sind. Einzelnen Erkenntnissen der Jugendforschung zufolge wissen Jugendliche aufgrund ihrer sozialen Primärerfahrungen zum Teil mehr über die heutige und zukünftige Welt als ihre Berater/innen.

Viele Aktivitäten und Projekte der außerschulischen Jugendarbeit tragen ebenfalls zur Ausweitung der Informationskompetenz von Jugendlichen bei. In der Regel wird dies weder von den Mitarbeiter/innen noch von der Öffentlichkeit wahrgenommen, weil es nicht explizit Teil der Konzepte der Jugendarbeit ist. Die Jugendarbeit sollte daher das eigene Bewusstsein in diesem Bereich schärfen. Die bereits existierenden professionellen Ansätze sollten dokumentiert und öffentlich klarer positioniert werden.

Jugendwohlfahrt – Jugendsozialarbeit:

Im Bereich der Jugendwohlfahrt scheint eine Anpassung der bestehenden Angebote an die Entwicklungserfordernisse heutiger Jugendlicher dringend erforderlich. Aufgrund der Ausdehnung der Jugendphase sind eine Gewährleistung von Jugendwohlfahrtsleistungen grundsätzlich bis zum 21. Lebensjahr mit Verlängerungsmöglichkeit oder der Aufbau eines gut funktionierenden Transfers von der Jugendwohlfahrt zur Erwachsenensozialarbeit zu prüfen. Dazu gehört auch der Ausbau von Angeboten zur Nachbetreuung.

Die Entwicklung flexibler Betreuungsformen muss fortgesetzt werden. Bei der Wahl von geeigneten Unterstützungsmaßnahmen sollte man sich nicht an der billigsten, sondern an der am meisten adäquaten Maßnahme orientieren (Bestbieter- statt Billigstbieter-Prinzip). Auf diese Weise lassen sich langfristige Folgekosten (durch Problemeskalationen, Scheitern von Betreuungskarrieren) vermeiden. Qualitätssicherung und die Einführung von angemessenen Standards sind in dem Zusammenhang wichtige Steuerungselemente.

Darüber hinaus sind Kooperationen zwischen Jugendwohlfahrtseinrichtungen und Einrichtungen der Drogentherapie auszubauen, um Jugendliche mit Substanzkonsum in Konzepte im Rahmen der Hilfen zur Erziehung einzubeziehen. Ebenso notwendig sind eine verbesserte Kooperation zwischen Jugendwohlfahrt und Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie zwischen Jugendwohlfahrt und Schule, z.B. in Form von Schulsozialarbeit.

Die Anpassung der jugendspezifischen Hilfestrukturen und bestehenden Angebote an die Entwicklungserfordernisse heutiger Jugendlicher kann nach folgenden Ideen bzw. Maßnahmen erfolgen:

- „Freiraum" wird als Kontaktschiene für die selbstbestimmte Inanspruchnahme weitergehender Hilfen eingesetzt und genutzt;
- der Zugang muss anforderungsarm und niederschwellig sein;
- Freiwilligkeit und Respekt werden geachtet – die Jugendlichen sind die Expert/innen ihrer Lebenswelt;
- Orientierung an den Ressourcen und Stärken des einzelnen Jugendlichen;
- Partizipation und Selbsthilfe werden ermöglicht;
- Professionalität in Bearbeitung und Begleitung ist auch in der Jugendarbeit Prinzip;
- das Schnittstellenmanagement erfolgt von allen Partnern pro-aktiv und nicht reaktiv;
- Kontinuität vermeidet bewusst Beziehungsabbrüche;
- Prävention gilt als grundlegendes Arbeitsprinzip;
- der Abbau von Stigmatisierung ist Ziel der Begleitung und Angebote;
- die Hilfeangebote werden aufbauend gestaltet;
- „Peers" werden als stützender Rahmen durch gruppenbezogene Methoden (z.B. Peer Education und Peer Counseling) eingebunden;
- bereichsübergreifende Kooperationen im örtlichen / regionalen Jugendnetzwerk finden laufend statt (Prinzip der kurzen Wege, bereichsübergreifende Planung und Budgetierung, Sozialraumorientierung);
- externe Professionisten/innen werden in den Regelbetrieb und die Teamarbeit eingebunden.

Bildungssystem und Bildungsträger:

Nach heutigem Forschungsstand scheint das österreichische Bildungswesen keine Chancengleichheit sicher zu stellen, weder sozial, noch geschlechtsspezifisch und schon gar nicht im Hinblick auf den Migrationshintergrund. Das trägt dazu bei, dass Jugendliche aus bildungsbenachteiligten Gruppen, Menschen mit Migrationshintergrund und nach wie vor auch Mädchen Schwierigkeiten haben, Jobs in wachstumsträchtigen, gut bezahlten Tätigkeiten zu bekommen. Die geringe soziale Durchlässigkeit des Bildungssystems kann ein wesentlicher Hemmschuh für die Innovationskraft Österreichs sein. Sie verhindert z.B.,

dass Jugendliche mit Migrationsintergrund ihre Fähigkeiten voll entwickeln können. Die Anti-Diskriminierungsrichtlinien auf EU-Ebene und die entsprechenden nationalen Gesetze sind weitestgehend unbekannt und müssen über Informationskampagnen an Schüler/innen weitergegeben werden.

Aus den Expertisen zum Jugendbericht lässt sich eine Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung der Lebens- und Entwicklungschancen von Jugendlichen ableiten, die das Bildungssystem betreffen:

- Reduktion der äußeren Differenzierung zugunsten einer inneren Differenzierung sowie Ausbau einer flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Ganztagesbetreuung für 3 bis 14-Jährige mit gleichen Zugangschancen für alle: Dadurch könnten Potentiale besser genutzt und Orientierungslosigkeit vermieden werden. Da die Einführung einer Gesamtschule derzeit politisch nicht durchsetzbar ist, ist realpolitisch der geplante Ausbau der Neuen Mittelschule zu befürworten.
- Das österreichische Bildungssystem ist durch eine hohe Komplexität gekennzeichnet, die eine Übersicht schwer möglich macht. Vor allem für bildungsferne Gruppen ergibt sich daraus eine problematische Situation. Konkrete Maßnahmen in dem Zusammenhang könnten die Reduktion der äußeren Differenzierung, die Verankerung von Berufs- und Schulorientierung in Schulen, die gezielte Information von Eltern sowie gleitende Übergänge zwischen den Schultypen und Schulstufen sein. Eine gewisse Gegensteuerung findet bereits durch die Zentralmatura statt.
- Lernen lehren: Bildungsferne Jugendliche geben signifikant häufiger an, nicht gerne zur Schule gegangen zu sein, Schwierigkeiten beim Lernen für Prüfungen und auch Angst vor diesen gehabt zu haben, genauso wie sie signifikant häufiger angeben schlechtere Schulnoten zu haben. In der Schule sollte deshalb Grundlegendes zu Lern- und Arbeitstechniken, Lernplanung, Zeitmanagement, Konzentration, Motivation und Umgang mit Prüfungssituationen vermittelt werden.
- Da das wirtschaftliche Wissen und die wirtschaftlichen Kompetenzen der Jugendlichen mangelhaft sind, sollten Themen wie Konsum- und Finanzierungserziehung in den Schulen mit den Zielgruppen der 12- bis 18-Jährigen verankert werden. Weiters sollten Qualifizierungsangebote zur Stärkung der wirtschaftlichen Kompetenz für Eltern und Professionist/innen, die mit Jugendlichen zu tun haben, zur Verfügung stehen.
- Dem Erkennen von Begabungen sollte in jeder Phase des Schullebens besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Etablierung spezieller Fördergruppen, die auf individuelle Bedürfnisse und Begabungen der Kinder und Jugendlichen eingehen, erhöht die Chancen, Begabungen zu erkennen und reduziert das Risiko von späteren Ausbildungsabbrüchen aufgrund unpassender Berufs- oder Bildungswahl.
- Die empirischen Befunde weisen darauf hin, dass gerade bildungsferne Jugendliche das Schulsystem oftmals ohne erkennbare berufliche Perspektive bzw. orientierungslos verlassen. Gleichzeitig senkt das Erkennen des Wunschberufes und das Ergreifen einer kompetenz- und begabungsadäquaten Berufsausbildung das Risiko, bildungsfern zu werden. Insofern gilt es Angebote zur beruflichen Orientierung zu intensivieren und auszubauen. Darüber hinaus wäre eine zeitlich vorgesetzte und verstärkte Einführung des Unterrichtsfaches Berufsorientierung im Lehrplan bereits in der siebten Schulstufe anzudenken. Aber auch die Förderung von mehr handwerklichen und beruflichen Elementen sind in die Institution Schule zu integrieren.

- Für bildungsferne Jugendliche stellt die Kontaktaufnahme mit öffentlichen Institutionen oft eine Hürde dar. Daher braucht es im Bereich der Bildungs- und Berufsberatung niederschwellige Angebote. Ein möglicher Ansatzpunkt ist die Einrichtung von Info-Points in Schulen oder auch in Jugendzentren, wo institutionelle Barrieren durchbrochen werden und Beratungsgespräche den notwendigen informellen Charakter aufweisen.
- Im Hinblick auf die Gesundheit von Jugendlichen kommt der Schule eine Schlüsselrolle zu. Sie ist zum einen Setting und Lebensraum von Jugendlichen und hat als solche durch ihre Formen der Alltagsgestaltung (z.B. im Hinblick auf Bewegung, Ernährung, Wechsel von Arbeit und Erholung, Schulklima, räumliche Umgebung) unmittelbare Wirkungen auf die Gesundheit. Zum anderen hat sie im Sinne des Lernens und Einübens gesundheitsrelevanter Einstellungen und Praktiken („health literacy") langfristige Wirkungen auf das Gesundheitsverhalten im späteren Leben. Daher sind bereits bestehende Aktivitäten zur Stärkung des Wohlbefindens in der Schule und zur Umsetzung „gesundheitsfördernder Schulen" zu verbreitern und zu vernetzen.
- Die Einführung des Schulfaches Politische Bildung wird positiv bewertet. Schule sollte verstärkt politische Informationen anbieten und Möglichkeiten zu politischen Erfahrungen, zu Erfahrungen der Mitbestimmung, Mitgestaltung und aktiven Partizipation bereitstellen. Dies gilt insbesondere auch für Jugendliche aus einem wenig politisierten Umfeld.
- Kooperationen zwischen der Schule und der Jugendarbeit sollten verstärkt werden, um die Schule zu einem positiven, entwicklungsförderlichen Lebensort zu entwickeln. Zu dem Zweck ist z.B. der Ausbau von Angeboten der Schulsozialarbeit voranzutreiben. Schulsozialarbeit ist keineswegs ein Ersatz für andere Formen der Jugendarbeit. Sie kann vielmehr präventiv in der Schule agieren, um Probleme und Devianz im Vorfeld zu minimieren, und sie kann im Interventionsfall als Schnittstelle fungieren, die unterschiedliche Ressourcen in Schule, Polizei, Jugendamt und Jugendarbeit vernetzt.
- Sportvereine oder Initiativen im Kulturbereich sollten mit ganztägigen Schulformen kooperieren. Ebenso sind die Einbindung der außerschulischen Umwelt und die Öffnung der Schule zur Lebenswelt der Jugendlichen zu forcieren.

Ausbildung und Beruf:

Die Erlangung des Wunschberufs ist neben dem Orientierungsproblem auch ein Problem der Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Daher müssen mittels Arbeitsmarktpolitik gezielt Chancen für Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden. Daneben wird es sinnvoll sein, beschäftigungsrelevante Tätigkeiten und Projekte, die mit Kompetenzerwerb und der Möglichkeit zur Selbsterprobung verbunden sind, anzubieten. Diese Angebote sind auch außerhalb des klassischen Karriereweges Bildung-Ausbildung-Beruf anzusiedeln. Flexible und neue Beschäftigungsformen sind eine Chance für Jugendliche, einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden. Problematisch wird diese Situation dann, wenn langfristig keine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt gelingt. Daher ist es zu empfehlen, dass Strukturen und Regelungen entwickelt werden, die langfristig eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt ermöglichen.

Ein niederschwelliger Zugang zu Qualifizierungsmöglichkeiten über die Offene Jugendarbeit hat sich als wirksam erwiesen. Diese Methode braucht aber keineswegs auf die Offene Jugendarbeit beschränkt zu bleiben, sondern könnte auch in anderen Umgebungen

und von anderen Trägern angewandt werden. Die bereits existierenden Beispiele einer „kombinierten Offenen Jugendarbeit mit Jugendwohlfahrt bzw. AMS (Arbeitsmarktservice) oder Gemeinde" können als Empfehlungen zum Nachahmen für andere Institutionen angesehen werden. In diesen Projekten über Prozesse informellen Lernens angeeignete Kompetenzen wie Mehrsprachigkeit, interkulturelle Handlungskompetenzen, soziale oder handwerkliche Fertigkeiten (‚skills') sollten als zusätzliche Qualifikationen Anerkennung finden.

Zur Förderung der Gesundheit von Lehrlingen und jungen Berufstätigen müsste die betriebliche Gesundheitsförderung systematisch auf- und ausgebaut werden. Dabei müsste zugleich ein spezieller Fokus auf junge Arbeitnehmer/innen gelegt werden.

Gesundheitssystem:

Die Familie ist auch noch im Jugendalter ein wichtiges Umfeld für gesundheitsbezogene Erfahrungen, Einstellungen und Verhaltensweisen. Sie ist damit ein wichtiger, bisher vernachlässigter Interventionsort für präventive Maßnahmen. Prävention braucht dabei nicht nur Kompetenz bei den Eltern, sondern auch Zeit, Ruhe, ökonomische und soziale Sicherheit als wichtige Rahmenbedingungen für die Gestaltung eines positiven Familienlebens. Eine besondere Herausforderung stellt das Erreichen von Vätern, von wenig integrierten und fremdsprachigen Eltern bzw. von Eltern verhaltensauffälliger Kinder und Jugendlichen dar.

Der Peer-Gruppen-Einfluss hat eine hohe Bedeutung für präventive Maßnahmen. Effekte von Peergroups beschränken sich nicht nur auf die Teilhabe am umfassenden Prozess der Sozialisation junger Menschen in eine durch soziale, ökonomische und kulturelle Verhältnisse ausgeformte Gesellschaft, sondern sie beinhalten darüber hinaus Bildungs- und Erziehungsaspekte. Trotz zum Teil problematischer Implikationen überwiegt der positive, unterstützende Charakter von jugendlichen Gesellungsformen. Vor dem Hintergrund erscheint die Ausbreitung von Konzepten der Peer-Education sinnvoll. Dabei ist es wesentlich, gelingende good-practice-Modelle zu analysieren und zu propagieren, um mit Peer Education möglicherweise verbundene Überforderungen und Probleme zu vermeiden. Peer Education spezifiziert sich gegenüber sonstigen in einer Gesellschaft existierenden Bildungs- und Erziehungsangeboten dadurch, dass hier Bildungs- und Erziehungsprozesse von jugendlichen Gleichaltrigen für jugendliche Gleichaltrige initiiert und getragen werden und dass eine Reihe von jugendspezifischen Themen angemessener besprochen werden können als zwischen Jugendlichen und Erwachsenen.

Im Feld der Suchtprävention erscheint es sinnvoll, szenenahe, jugend- und konsumentenorientierte Präventionsangebote für Jugendliche mit riskanten Konsumformen auszubauen. Dies betrifft sowohl Jugendliche mit exzessiven Alkoholkonsumpraktiken als auch Konsumenten/innen von illegalen Substanzen.

Gesundheitsförderung und Prävention könnten auf der Gemeindeebene durch kommunale Aktivitäten erweitert werden. Neben Familieninterventionen, schulischer Prävention und massenkommunikativen Angeboten ist die Einrichtung einer kommunalen Steuerungsgruppe hilfreich, die die wichtigsten Akteuren/innen in der Gemeinde umfasst.

6. Anforderungen in den Bereichen Ausbildung, Qualifikation und Vernetzung

Für eine qualitätsvolle Förderung von Jugendlichen sind in verschiedenen Handlungsfeldern die bisher etablierten Qualifikations- und Professionalisierungsstrukturen zu überprüfen. Die österreichische Ausbildungslandschaft ist durch ein hohes Maß an regionaler und angebotsbezogener Heterogenität gekennzeichnet, das die Etablierung übergreifender Qualitätsstandards und fachlicher Orientierungen erschwert.

Ausbildung und Qualifikation:

In der Offenen und verbandlichen Jugendarbeit und in der Jugendwohlfahrt sollten einheitliche Rahmenbedingungen und Standards für die Sicherung der Qualität und für den Personaleinsatz in den Einrichtungen entwickelt werden. Ebenso ist die Definition und Einhaltung von transparenten pädagogischen Standards und die Formalisierung von Ausbildungsgängen und Abschlüssen in der Aus- und Weiterbildung erforderlich.

In dem Zusammenhang ist die Qualifizierung der Jugendarbeiter/innen (sowohl freiwilliger als auch bezahlter Mitarbeiter/innen) ein besonderes Anliegen. Ehrenamtliche Mitarbeiter/innen (z. B. im Sport) sollten durch entsprechende Qualifizierungen gefördert werden. Die Jugendarbeit kann aber nicht ausschließlich auf Freiwilligenarbeit aufbauen, sondern sie braucht in allen Handlungsfeldern ausgebildete Fachkräfte. Nur ausreichend bezahlte Hauptamtliche, die gut ausgebildet sind, sind in der Lage, die Herausforderungen und Erwartungen an die Jugendarbeit zu erfüllen. Eine Professionalisierung der Mitarbeiter/innen in der Jugendarbeit ist insbesondere deswegen unerlässlich damit die Vielfalt der Aufgaben im Schnittmengenbereich von Jugendarbeit und Jugendwohlfahrt angemessen bewältigt werden kann.

Themenspezifische Aus- und Fortbildungsmaßnahmen können die Sensibilität für jugendliche Problemlagen in unterschiedlichen Feldern erhöhen und zur Etablierung angemessener Handlungsansätze beitragen. Dazu gehören Fortbildungsangebote im Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung, sexualpädagogische Qualifikationen, die Vermittlung interkultureller Kompetenzen sowie kultur- und medienpädagogische Bausteine in der Ausbildung von JugendarbeiterInnen, Sozialpädagogen/innen und anderen pädagogischen Berufen. Um die Möglichkeiten „bewegten Lernens" in den unterschiedlichen Handlungsfeldern verstärkt zu nutzen, ist eine Integration erlebnisorientierter Methoden bereits in die Grundausbildung von Pädagogen/innen nötig.

Darüber hinaus könnten Weiterbildungsmaßnahmen für die Jugendreferenten/innen zu spezifischen Themen wie Jugend-Mainstreaming, geschlechtersensible Jugendarbeit oder Jugend-Bildungsarbeit zur Professionalisierung in der Jugendarbeit beitragen.

Da nicht zu erwarten ist, dass die Zahl früher Bildungsabbrecher/innen in Zukunft wesentlich abnimmt, müssen Wege gefunden werden, diese Jugendlichen aufzufangen und in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Auf Grund bisheriger Erfahrungen erweist sich eine enge Verbindung von niederschwelligem Zugang zu Qualifizierungen mit Methoden, die sich in der Offenen Jugendarbeit als wirksam erwiesen haben, als zielführend. Dazu braucht es in der Betreuung der Jugendlichen sowohl Mitarbeiter/innen mit sozialpädagogischer Qualifikation, als auch solche mit einer handwerklichen Ausbildung.

Vernetzung:

Eine wichtige politische Aufgabe besteht darin, verbesserte Rahmenbedingungen für eine Zusammenarbeit und Vernetzung von Jugendwohlfahrt, Schule, außerschulischer Jugendarbeit und Elternarbeit zu schaffen. Dabei scheint es sinnvoll den Fokus auf spezifische Zielgruppen zu richten (z.B. Jugendliche mit Migrationshintergrund, sozial benachteiligte Jugendliche). Im Bereich der Jugendarbeit ist eine stärkere Vernetzung der Handlungsfelder der außerschulischen Jugendarbeit – der Offenen Jugendarbeit, der Verbandlichen Jugendarbeit und der Jugendinformation – durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen.

Im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit Jugendgewalt und -delinquenz gilt die größtenteils fehlende Kooperation zwischen Jugendarbeit, Jugendwohlfahrt, Schule und Polizei als entscheidende Lücke im Hilfesystem. Effektive Gewalt- und Kriminalitätsprävention kann nicht durch eine Institution alleine geleistet werden, sondern sie erfordert die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Einrichtungen. Es gibt bereits einige gut funktionierende Modelle und Beispiele, in welchen sich die systematische und nachhaltige institutionsübergreifende Vernetzung als sinnvoll und Nutzen stiftend für alle Beteiligten etabliert hat.

In ähnlicher Weise ist eine Kooperation von Jugendarbeit, Jugendwohlfahrt und Einrichtungen des Gesundheitssystems zur Verbesserung der Gesundheitschancen von Jugendlichen sinnvoll.

Zur Förderung der Jugendkulturarbeit ist ein Ausbau der Vernetzung von Jugendarbeit und klassischen Kulturanbietern anzustreben.

7. Forschungsbedarf

Die Forschungslage zu jugendrelevanten Themen und Fragestellungen ist in Österreich verbesserungswürdig. In zahlreichen Expertisen wird bemängelt, dass es zum jeweiligen Thema kaum einschlägige Daten und Untersuchungen zur österreichischen Situation gibt. Vor dem Hintergrund erscheint ein genereller Ausbau der Jugendforschung unerlässlich. Nur auf diese Weise kann eine wissensbasierte Jugendpolitik, die sich weniger von aktuellen Konjunkturen und Stimmungslagen als von fundierten Erkenntnissen und Informationen leiten lässt, durchgesetzt werden. Die Übertragung von Erkenntnissen aus anderen Ländern oder aus internationalen Studien ist häufig problematisch, da sie nicht auf die spezifischen regionalen Entwicklungen und Rahmenbedingungen in Österreich eingehen kann. Insbesondere zu den Bereichen Jugendarbeit und Jugendwohlfahrt existiert jenseits von disparaten Einzelstudien keine Forschungsinfrastruktur, die übergreifende Perspektiven aufzeigen und entwickeln kann.

Die derzeit präferierten Ansätze der Trendforschung und der Untersuchung des Wandels von Einstellungen und Haltungen bei Jugendlichen müssten um Untersuchungen zu den Lebenslagen und zur Dimension des sozialen Ortes von Kindheit und Jugend im Wandel der gesellschaftlichen Strukturen ergänzt werden. Dazu wird es auch notwendig sein, die Wirkung der jugendspezifischen Infrastruktur im Wandel der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das Aufwachsen von Jugendlichen zu analysieren.

Eine systematische, übergreifende Forschung zur Jugendarbeit kann in der Lage sein, die Potentiale, die eine breitflächige und kontinuierliche Jugendarbeit für die Gesellschaft entfalten kann, sichtbar zu machen und eine bereichsübergreifende Struktur- und Organisationsentwicklung zu ermöglichen. Zur Sammlung und Aufbereitung relevanter Daten auf nationaler Ebene wären folgende Elemente notwendig:

- Systematisierung der Datensammlung und -dokumentation (in Abstimmung mit EU-Vorgaben, damit auch europaweite Datenvergleiche und -erhebungen ermöglicht werden);
- regelmäßige Daten zur Lebenssituation von Jugendlichen liegen nicht vor; es wird daher ein Monitoring auf der Basis des EU-SILC empfohlen;
- Entwicklung von Indikatoren zur Planung und Qualitätssicherung;
- Zusammenführung bundesländerbezogener Daten zur Jugendarbeit;
- Ausarbeitung einer mittelfristigen Forschungsstrategie in Hinblick auf Forschungsschwerpunkte in der Jugendforschung (auf Basis einer nationalen, jugendpolitischen Entwicklungsstrategie);
- Aufbau einer Wirkungsforschung zur Dokumentation und Analyse der Wirkungsprinzipien und Wirkungen der Jugendarbeit;
- Herstellung von Vergleichsdaten, um einen Überblick über die eingesetzten Finanzmittel (in Bund, Ländern und Gemeinden) zu erhalten;
- methodisch und strukturell ausgerichtete Vergleichsstudien, um in den Bundesländern und Kommunen Wissen zur Qualitätsentwicklung bereitzustellen;
- Erhebung zur Repräsentanz von zuständigen Abteilungen, Personal, Arbeitsbereichen und finanziellen Ressourcen auf kommunaler Ebene;
- Kooperationen zwischen Jugendarbeitspraxis und Universitäten bzw. Fachhochschulen, um Evaluationen zu erhalten, Aus- und Weiterbildung gut zu platzieren und Netzwerke zu etablieren.

Auch für den Bereich der Jugendwohlfahrt ist der Aufbau einer systematisch und langfristig konzipierten Forschung nötig. Dazu gehört die Etablierung und finanzielle Absicherung einer entsprechenden Forschungsinfrastruktur. Der Aufbau eines finanziell gut abgesicherten Jugendforschungsinstituts könnte einen Teil der österreichischen Forschungsinfrastrukturlücke schließen.

Relativ dürftig ist ebenfalls die Datenlage zur Jugendinformation und zum Informationsverhalten junger Menschen. Studien fragen zwar oberflächlich ab, welche Informationsmedien benutzt werden, gehen dann aber nicht in die Tiefe: wozu diese benutzt werden, wie gesucht wird, was gefunden wird, wie hilfreich die Information war, ob sie verstanden wurde usw. Fundierte Studien zur Wirkung der Jugendinformation und -beratung sowie zum Know-How-Transfer in andere Handlungsfelder sind wünschenswert. In dem Zusammenhang sind auch Forschungen über Soziale Digitale Netzwerke und andere neue Medien und deren Auswirkungen auf politische Bildung und politische Partizipation interessant.

Für dringend erforderlich wird Grundlagenforschung zu Gewalterfahrungen von Jugendlichen erachtet. Dies betrifft nicht nur Gewalt unter Jugendlichen, sondern auch Gewalterfahrungen in der Familie und in pädagogischen Institutionen und deren Zusammenhänge

mit eigener Gewaltbereitschaft. Zwar gibt es Untersuchungen zur Gewaltbereitschaft von Schüler/innen, doch sind diese auf die Schule beschränkt, ohne die vielfältig ausdifferenzierten Lebensrealitäten von Jugendlichen zu berücksichtigen. Es wäre wünschenswert, die unterschiedlichen soziokulturellen, sozioökonomischen und sozialräumlichen Wirklichkeiten kontextspezifisch zu untersuchen, um so adäquate Schlussfolgerungen ziehen zu können. Im Hinblick auf rechtsextreme Gewalt umfasst dies auch Untersuchungen zu den Zusammenhängen von biographischen Verläufen, Wahlverhalten und Gewaltverhalten.

Im Bereich der Gesundheitsförderung existieren keine Studien, die sich mit der präventiven, gesundheitsfördernden Wirkung von Jugendarbeit befassen.[136] Ebenso sind Entwicklungen und Potentiale des erlebnisorientierten Lernens und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen in der österreichischen Jugendarbeit bisher noch kaum untersucht. Auch Grundlagenforschung zu gesundheitsrelevanten Themen und Verhaltensweisen Jugendlicher müsste intensiviert werden. So gibt es z.B. keine gezielten Untersuchungen zum Umgang Jugendlicher mit Sexualität und zu sexuellen Entwicklungen und Trends im Zeitvergleich.

Die für Jugendliche wesentlichen Lebenswelten Konsum und Finanzen müssten unbedingt eingehend erforscht werden, um aussagekräftige österreichspezifische Daten über jugendliches Konsumverhalten zur Verfügung zu haben.

Daten über den aktuellen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsmarkt gibt es in Österreich. Die Wirksamkeit der Interventionen am Arbeits- und Bildungsmarkt sollte noch genauer geprüft werden, um die Strategien und die dafür erforderlichen Mittel effektiv und effizient einsetzen zu können. Für Aussagen über die zukünftigen Entwicklungen bzw. Bedürfnisse am Markt sollten auch Jugendlichen einbezogen werden. An Jugendliche gerichtete Qualifizierungsprojekte bedürfen einer regelmäßigen Evaluierung, damit ihre Tauglichkeit für eine Überführung in das Regelsystem der beruflichen Bildung geprüft wird.

Die Datenbasis zur Drop-Out und Out-of-School-Population muss verbessert werden. Ebenso sind Zugänge zur statistischen Erfassung und Anerkennung von non-formalen und informellen Bildungsprozessen zu entwickeln.

[136] Anmerkung des Herausgebers: Mit Ende 2009 wurde vom BMWFJ die Studie "Die Präventive Rolle der Offenen Jugendarbeit" (Auftragnehmer: Gesundheit Österreich GmbH – Geschäftsbereich ÖBIG) fertiggestellt. Zielsetzung war es, die präventive Rolle und Funktion der Offenen Jugendarbeit fachlich wie auch inhaltlich aufzubereiten. Des Weiteren wurde mittels Literaturrecherchen und qualitativen Methoden (Interviews, Fokusgruppen mit Fachleuten) die vorhandene Evidenz zur präventiven Wirkung sowie zum ökonomischen Nutzen von außerschulischer Jugendarbeit analysiert und dargestellt.

6. Jugendbericht

Autorinnen und Autoren

Autorinnen und Autoren

Lajali Abuzahara
Junge Musliminnen Österreich – JMÖ
Märzstraße 100/4, A-1150 Wien
E-Mail: info@jmoe.at

Univ.-Prof. Mag. Dr. Johann Bacher
Abteilung für empirische Sozialforschung
Institut für Soziologie, Johannes Kepler Universität Linz
A-4040 Linz, Altenbergerstr. 69
Tel. +43/732/2468/8291
Fax: +43/732/2468/8561
e-mail: johann.bacher@jku.at url: www.soz.jku.at

Franz Bair
ehemals NÖ Landesjugendreferat
3712 Maissau, Hornerstrasse 6
0664/326 26 55
f.bair@a1.net

Mag. Helmut Baudis
Österreichischer Leichtathletik Verband / Austrian Athletic Federation:
Prinz-Eugen-Straße 12, A-1040 Wien
Telefon: +43 (0)1 505 73 50
E-Mail: office@oelv.at

Christa Bauer
Mauthausen Komitee Österreich
Obere Donaustraße 97-99/4/5, A- 1020 Wien
Telefon: +43 / (0)1 / 212 83 33
E-Mail: info@mkoe.at

Mag. Dr. Ingo Bieringer
Friedensbüro Salzburg
Franz-Josef-Straße 3, A-5020 Salzburg
Telefon: 0650-6060809
E-Mail: bieringer@friedensbuero.at

Univ.-Prof. Mag. Dr. Gudrun Biffl
Austrian Institute of Economic Research (WIFO)
Arsenal, Objekt 20, A-1030 Vienna
Telefon: +431 / 798 26 01 – 259
E-mail: Gudrun.Biffl@wifo.ac.at
Donau-Universität Krems
Zentrum für Migration, Integration und Sicherheit
Dr.-Karl-Dorrek-Straße 30, A-3500 Krems
E-Mail: gudrun.biffl@donau-uni.ac.at

Alexandra Cangelosi
Geschäftsführung
jugendinfo.cc
Lilienbrunngasse 18/2/41, A-1020 Wien
Telefon: +43/1/216 48 44 – 56
E-Mail: alexandra.cangelosi@jugendinfo.cc

Univ.-Prof. Dr. Eva Dreher
Ludwig Maximilians-Universität München
Department für Psychologie
Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie
Leopoldstraße 13, D – 80802 München
Telefon: +49-821-609785
E-Mail: Eva.Dreher@psy.lmu.de

Univ.-Doz. Mag. Dr. Wolfgang Dür
Director / Key Researcher
Ludwig Boltzmann Institute for Health Promotion Research
Untere Donaustraße 47, A-1020 Wien
Telefon: +43 1 2121 493 – 11
E-Mail: wolfgang.duer@lbihpr.lbg.ac.at

DSA Werner Ebner MSc
Fakultät für Gesundheit und Soziales
FH Oberösterreich
Franz-Fritsch-Straße 11, A-4600 Wels
Telefon: +43 (0)732 2008-2220
E-Mail: werner.ebner@fh-linz.at

Dipl. Sozialpäd (FH) Jürgen Einwanger
Alpenvereinsjugend
Olympiastraße 37, A-6020 Innsbruck
Telefon: +43/676/6709607
E-Mail: juergen.einwanger@alpenverein.at

Dr. MA Walter Fuchs
Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie
Museumstrasse 5/12, A-1070 Wien
Telefon: +43[0]1-526 15 16
E-Mail: walter.fuchs@irks.at

Dr. Martina Gasser MBA
IfS-Sozialpsychiatrische Intensivbetreuung Leitung
Interpark FOCUS 1, A-6832 Röthis
Telefon: +43/(0)5523/52176
E-Mail: gasser.martina@ifs.at

Mag. Robert Griebler
Senior Researcher
Ludwig Boltzmann Institute for Health Promotion Research
Untere Donaustraße 47, 1020 Vienna
Telefon: +43 1 2121493 – 14
E-Mail: robert.griebler@lbihpr.lbg.ac.at

Dr. Beate Großegger
Institut für Jugendkulturforschung
Alserbachstr. 18/7.OG, A-1090 Wien
Telefon: +43/1/532 67 95
E-Mail: jugendkultur@jugendkultur.at

Mag. Franz Gschwandtner
Institut Suchtprävention Pro Mente OÖ
Hirschgasse 44, A-4020 Linz
Telefon: +43 (0) 732 77 89 36 – 0
E-Mail: gschwandtnerf@praevention.at

Dr. Martin Hagen
Offene Jugendarbeit Dornbirn (OJAD)
Schlachthausstr 11a, A-6850 Dornbirn
Schlachthausstr 11a
6850 Dornbirn
Telefon: +43/( )05572 365 08
E-Mail: martin.hagen@ojad.at

Dr. Eva Häfele
Schweitzerstrasse 3, A-6845 Hohenems
Telefon: +43 – 676 – 4756580
E-Mail: eva.haefele@worknet.at

Ass.-Prof. Mag. Dr. Arno Heimgartner
Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Graz
Merangasse 70/II, A-8010 Graz
Telefon: +43 316 380 2556
E-Mail: arno.heimgartner@uni-graz.at

Mag. Bernhard Heinzlmaier
T-Factory Trendagentur Markt- und Meinungsforschung GmbH
Alserbachstrasse 18 – A-1090 Wien
Telefon: +43 (1) 595 25 66
E-Mail: bernhard.heinzlmaier@tfactory.com

Mag. Markus Hojni
Junior Researcher
Untere Donaustraße 47, 1020 Vienna
Telefon: +43 1 2121 493 – 17
E-Mail: markus.hojni@lbihpr.lbg.ac.at

Mag. Carola Koppermann
Mitglied im Institut für Sexualpädagogik Dortmund (www.isp-dortmund.de)
Rennweg 89/14/3, A-1030 Wien
Telefon: +43 (1) 20 86 085
E-Mail: c.koppermann@chello.at

Mag. Richard Krisch
Verein Wiener Jugendzentren
Prager Straße 20, A-1210 Wien
Telefon: +43/(0)1/278 76 45/19
E-Mail: r.krisch@jugendzentren.at

Mag. Ingrid Kromer
Wissenschaftliche Projektleiterin
FH Campus Wien
Kompetenzzentrum für Soziale Arbeit (KOSAR)
Favoritenstrasse 226 I Raum 2.11,
A-1100 Wien,
Telefon: +43 1 606 68 77-8308
E-Mail: ingrid.kromer@fh-campuswien.ac.at

Mag. Brita Krucsay
Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie
Museumstrasse 5/12, A-1070 Wien
Telefon: +43[0]1-526 15 16
E-Mail: brita.krucsay@irks.at

Dr. Lorenz Lassnigg
Institut für Höhere Studien (IHS)
Stumpergasse 56, A-1060 Wien
Telefon: +43 1 59991-214
E-Mail: lassnigg@ihs.ac.at

Mag. Sabine Liebentritt
Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit
c/o Lilienbrunngasse 18/2/471020 Wien
Telefon: +43-660-73 15 237
E-Mail: sabine.liebentritt@boja.at

Willi Merny
Mauthausen Komitee Österreich
Obere Donaustraße 97-99/4/5, A- 1020 Wien
Telefon: +43 / (0)1/ 212 83 33
E-Mail: info@mkoe.at

Mag. Sigrid Muck
Therapieamublatorium Mistelbach (VKKJ)
Pater Helde-Straße 10
2130 Mistelbach an der Zaya

Mag. Karl Niederberger
Institut für Berufs- und
Erwachsenenbildungsforschung
an der Johannes Kepler Universität Linz
Weingartshofstraße 10, A – 4020 Linz
Telefon: +43-732-609313
E-Mail: office@ibe.co.at

Mag. Barbara Neudecker, MA
Psychoanalytisch-pädagogische
Erziehungsberaterin
Penzinger Straße 19, A-1140 Wien,
E-Mail: Barbara.Neudecker@univie.ac.at

Mag. Richard Paulik
Institut Suchtprävention Pro Mente OÖ
Hirschgasse 44, A-4020 Linz
Telefon: +43 (0) 732 77 89 36 – 0
E-Mail: paulik@praevention.at

Univ.-Prof. Dr. Rudolf Richter
Institut für Soziologie der Universität Wien
Rooseveltplatz 2, A- 1090 Wien
Telefon: +43 (1) 4277-48240
E-Mail: rudolf.richter@univie.ac.at

Univ.-Prof. Dr. Josef Scheipl
Institut für Erziehungswissenschaft der
Universität Graz
Merangasse 70/II, A-8010 Graz – Austria
Telefon: +43 316 380 2545
E-Mail: josef.scheipl@uni-graz.at

Mag. Peter Schlögl
Geschäftsführender Institutsleiter
öibf – Österreichisches Institut für
Berufsbildungsforschung
Margaretenstr. 166/2. Stock, A-1050 Wien
Telefon: +43 (0) 1 310 33 34 – 16
E-Mail: peter.schloegl@oeibf.at

Dr. Rainer Schmidbauer
Leiter
Institut Suchtprävention Pro Mente OÖ
Hirschgasse 44, A-4020 Linz
Telefon: +43 (0) 732 77 89 36 – 0
E-Mail: schmidbauerr@praevention.at

Dr. Heinz Schoibl
Verein b.a.s.e. – Büro für angewandte
Sozialforschung & Entwicklung
Mirabellplatz 9/3, A-5020 Salzburg
Telefon: +43 (0)662 – 88 66 23 – 10
E-Mail: heinz.schoibl@helixaustria.com

Mag. Steve Schwarzer, MA
TNS Opinion
40 avenue Herrmann-Debroux
1160 Brussels, Belgium
E-Mail: steve.schwarzer@tns-opinion.com

Mag. Seifried Seyer
Institut Suchtprävention Pro Mente OÖ
Hirschgasse 44, A-4020 Linz
Telefon: +43 (0) 732 77 89 36 – 0
E-Mail: seifried@praevention.at

Ass. Prof., Mag. phil. Dr. rer. nat. Ulrike Sirsch
Institut für Entwicklungspsychologie und Psychologische Diagnostik
der Universität Wien
Liebiggasse 5, A-1010 Wien
Telefon: +43-1-4277-47865
E-Mail: ulrike.sirsch@univie.ac.at

Univ.-Prof. Dr. Stephan Sting
Alpen-Adria-Universität Klagenfurt
Abteilung für Sozial- und Integrationspädagogik
Universitätsstr. 65-67, A-9020 Klagenfurt
Telefon: +43 (0) 463 2700 1221
E-Mail: Stephan.Sting@uni-klu.ac.at

Mag. Sabine Strobl
Institut für Entwicklungspsychologie und Psychologische Diagnostik
der Universität Wien
Liebiggasse 5, A-1010 Wien
E-Mail: sabine.strobl@univie.ac.at

Mag. Christian Theiss
selbstständig (ehemaliger Kinder- und Jugendanwalt der Steiermark)
Charlottendorfgasse 6, A-8010 Graz
E-Mail: christian@theiss.at

Mag. Matthias Till
Statistik Austria – Direktion Bevölkerung
Analyse und Prognose
Bereichsleitung
Guglgasse 13, A-1110 Wien
Telefon:+43(1)71128-7106
E-Mail: matthias.till@statistik.gv.at

Dr. Karlheinz Valtl
Institut für Sexualpädagogik
Huckarder Str. 12, D-44147 Dortmund
Telefon: +49 – (0)231 – 14 44 22
E-Mail: k.valtl@t-online.de

Mag. Benedikt Walzel
Bundesjugendvertretung
Praterstraße 70/13, A-1020 Wien
Telefon: + 43 /(0)1/ 214 44 99
E-Mail: office@jugendvertretung.at

Mag. Eva Zeglovits
Department of Methods in the Social Sciences der Universität Wien
Rooseveltplatz 2/4, A-1090 Vienna
Telefon: +43-1-4277-49903
E-Mail: Eva.Zeglovits@univie.ac.at